NORDRHEIN-WESTFALEN
DEUTSCHE QUELLEN
ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE
DES LANDES 1945/46

EINGELEITET
UND BEARBEITET
VON
WOLFGANG HÖLSCHER

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien /
im Auftr. d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien. – Düsseldorf: Droste
Reihe 4. Deutschland seit 1945 / hrsg. von Karl Dieter Bracher ...
Bd. 5. Nordrhein-Westfalen – deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945, 46. – 1988
NE: Bracher, Karl [Hrsg.]

Nordrhein-Westfalen – deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945, 46 /
eingeleitet u. bearb. von Wolfgang Hölscher. Hrsg. in Verbindung mit Walter Först. – Düsseldorf: Droste, 1988.
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4,
Deutschland seit 1945; Bd. 5)
ISBN 3-7700-5145-9
NE: Hölscher, Wolfgang [Bearb.]

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN
© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn 1988
Verlag
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1988
Satz
pagina GmbH, Tübingen
Papier
Alterungsbeständiges Nordland Naturpapier
gemäß DIN 6723, frei von Aluminiumsulfat und
säurebildenden Verbindungen
Druck und Einband
Verlagsdruckerei Schmidt GmbH, Neustadt/Aisch
Printed in Germany

ISBN 3-7700-5145-9

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

VIERTE REIHE
DEUTSCHLAND SEIT 1945

IM AUFTRAGE DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER, RUDOLF MORSEY
UND HANS-PETER SCHWARZ

BAND 5

HERAUSGEGEBEN
IN VERBINDUNG MIT
WALTER FÖRST

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

QUELLEN ZUR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS UND DER
POLITISCHEN PARTEIEN

VIERTE REIHE

BAND 5

Vorwort

Gleichzeitig mit der vorliegenden Edition von Wolfgang Hölscher veröffentlicht die Kommission die von Rolf Steininger bearbeitete Edition „Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen" als vierten Band dieser Reihe. Beide Veröffentlichungen sind das Ergebnis zweier Forschungsprojekte zur Vorgeschichte und Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, für deren Durchführung der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen eine zweckgebundene Zuwendung gewährt hat. Die Projekte sind von Walter Först, Vorsitzender des „Brauweiler Kreises für Landes- und Zeitgeschichte e. V.", angeregt worden und werden gemeinsam mit ihm in der Reihe „Deutschland seit 1945" der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" herausgegeben. Die Kommission setzt mit der gemeinsamen Herausgabe dieser beiden Bücher eine Tradition fort, die sich schon früher in Kooperation mit verschiedenen Institutionen und Forschungseinrichtungen bewährt hat.

Die vorliegende Edition ist in enger Zusammenarbeit mit zahlreichen Archiven entstanden, in erster Linie mit dem Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf. Im Namen der Herausgeber danke ich dessen Direktor, Herrn Professor Dr. Wilhelm Janssen, ganz besonders dafür, daß er dem Bearbeiter für die Dauer der Laufzeit des Projekts im Hauptstaatsarchiv, aus dessen Beständen die meisten der hier veröffentlichten Quellen stammen, Arbeitsmöglichkeiten einräumte, sowie den Mitarbeitern dieses Archivs für tatkräftige Unterstützung des Forschungsvorhabens.

Bonn, im Februar 1987 — Rudolf Morsey

Inhalt

Vorwort 5

Verzeichnis der Karten 8

Einleitung

I. Vorbemerkungen 9
1. Zur Auswahl der Dokumente 9
2. Rheinland und Westfalen 1815–1945 14

II. Die Bildung von Provinzialregierungen und Provinzialräten 17
1. Nord-Rheinprovinz 17
2. Westfalen 23

III. Der rheinisch-westfälische Raum im Rahmen der territorialen und administrativen Neuordnung der britischen Zone 29
1. Die internationalen Rahmenbedingungen 29
2. Vorstellungen und Pläne regionaler Verwaltungsspitzen und Wirkungen des innerzonalen Dialogs 34
a) Ansätze zur administrativen und territorialen Neuordnung (Juni 1945 – März 1946) 34
b) Die Intensivierung der Neugliederungsdiskussion (April/Mai 1946) 41
c) Das Ringen um ein Land Rheinland-Westfalen (Mai – Juli 1946) 50
3. Stellungnahmen von kommunaler Seite 57
4. Die Haltung der Parteien 60
a) CDU 60
b) SPD 65
c) KPD 70
d) Zentrum 72
e) FDP 74
5. Bemühungen der Industrie- und Handelskammern 76
6. Der deutsche Anteil an der Landesgründung – ein Resümee 79

IV. Reaktionen auf die Bekanntgabe der Bildung des Landes 83

Einrichtung der Edition
A. Zur Edition 90
B. Verzeichnis der Archivalien 93
C. Verzeichnis benutzter Editionen und Darstellungen 97
D. Verzeichnis der Abkürzungen 104
E. Verzeichnis der Dokumente 106

Dokumente 123

Register 533

VERZEICHNIS DER KARTEN

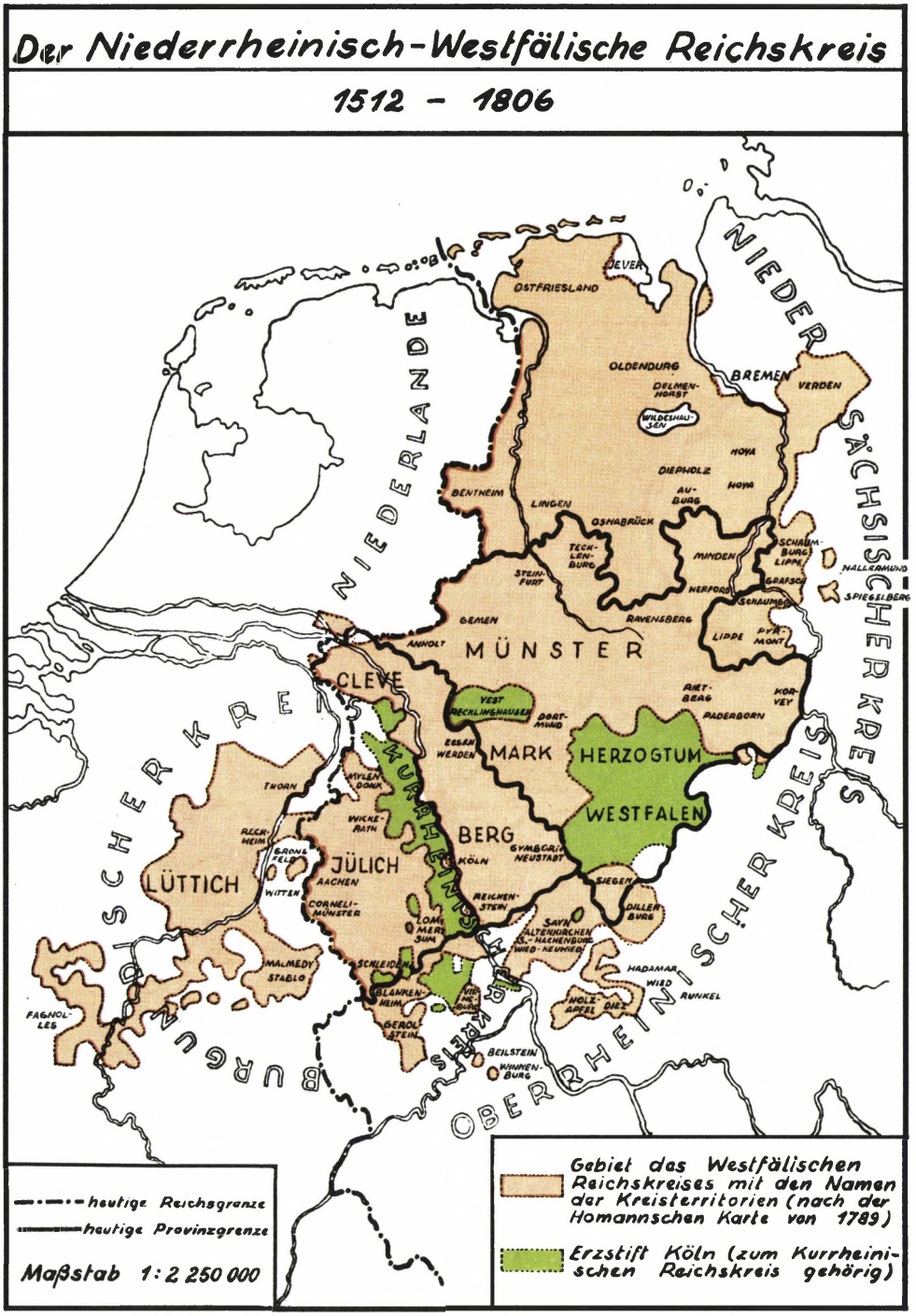
1 Die britische Besatzungszone (Mai 1946)
HStA Düsseldorf I

2 Der Niederrheinisch-Westfälische Reichskreis 1512–1806
HStA Düsseldorf II

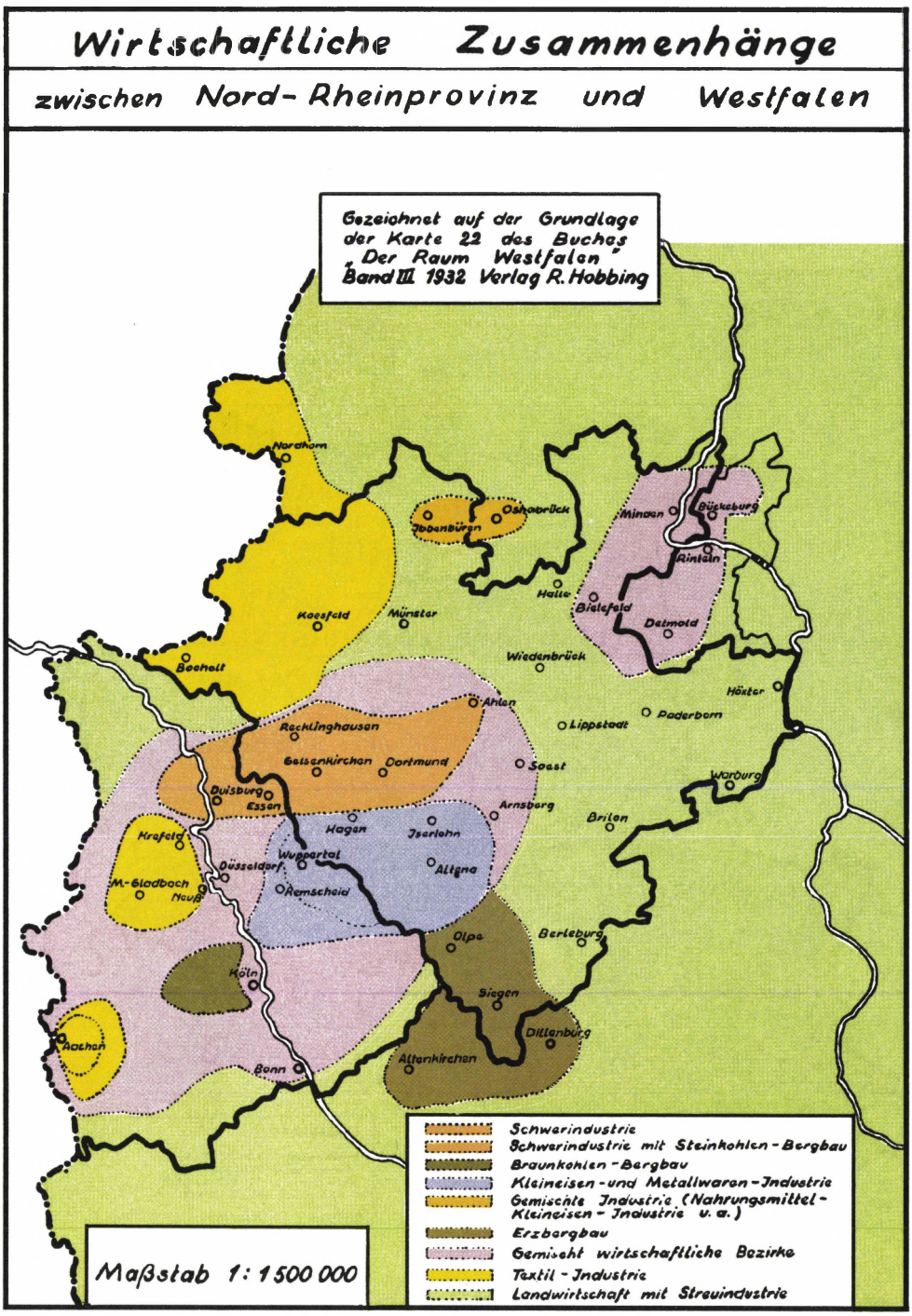
3 Wirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Nord-Rheinprovinz und Westfalen
HStA Düsseldorf III

4 Die britische Besatzungszone (Juli 1947)
Monatsblätter Nordrhein-Westfalen IV

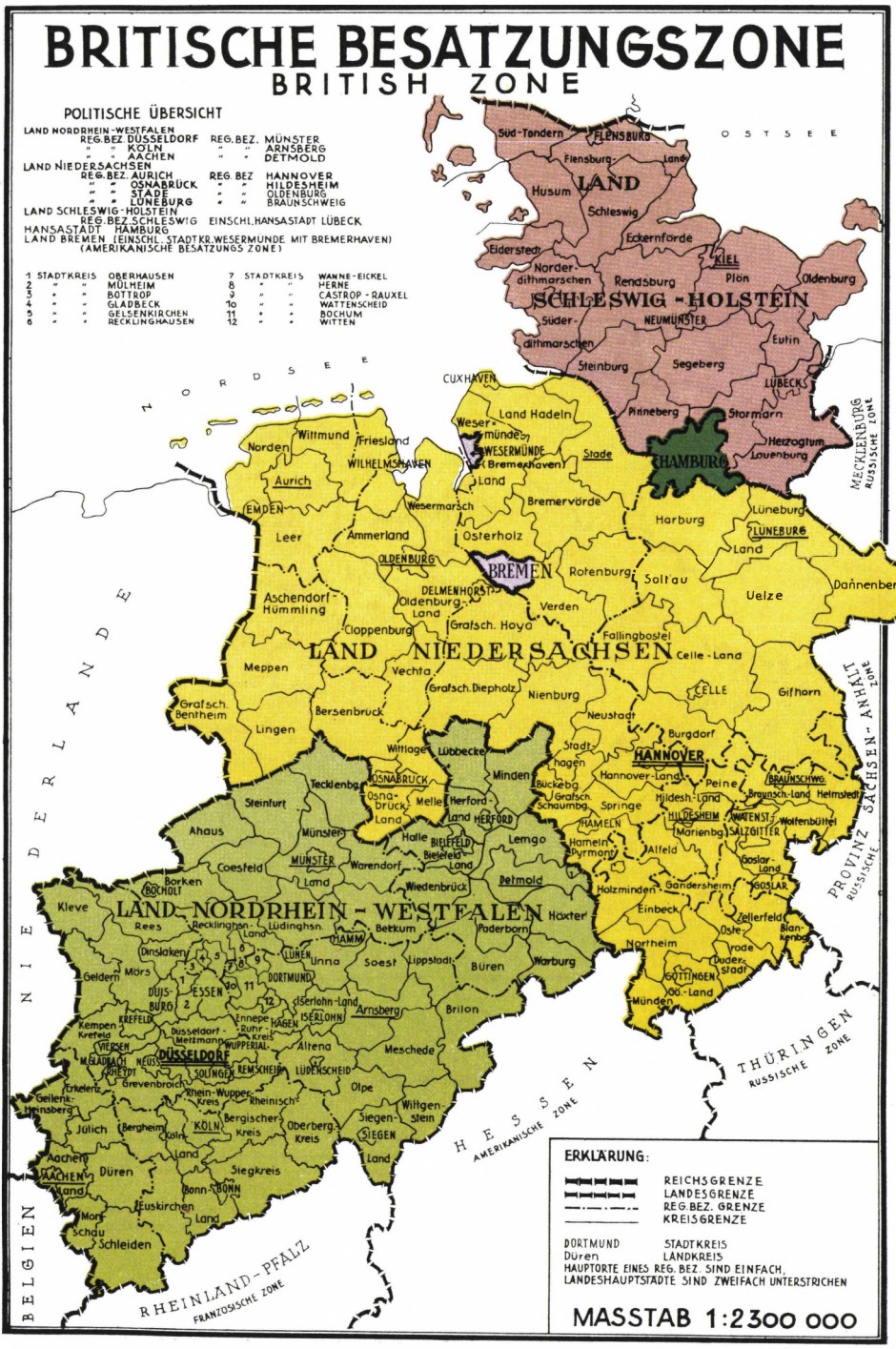
Karte 1: Die britische Besatzungszone (Mai 1946) mit Vorschlag zur Neugliederung (rote Linien) (HStA Düsseldorf, RWN 91–3; vgl. Nr. 115)



Karte 2: Der Niederrheinisch-Westfälische Reichskreis 1512–1806
(HStA Düsseldorf, RWN 91–3; vgl. Nr. 115)



Karte 3: Wirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Nord-Rheinprovinz und Westfalen (HStA Düsseldorf, RWN 91–3; vgl. Nr. 115)



Karte 4: Die britische Besatzungszone (Juli 1947)
(Monatsblätter Nordrhein-Westfalen, 1. Jahrgang 1948, nach S. 14)

EINLEITUNG

I. VORBEMERKUNGEN

1. Zur Auswahl der Dokumente

Am 23. August 1986 kehrte zum 40. Mal der Jahrestag der offiziellen Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen wieder. Im Vergleich zur Dauerhaftigkeit anderer territorialer Gebilde im Raum zwischen Rhein und Weser ist die Zeitspanne der Geschichte dieses Landes vergleichsweise gering, gemessen an der schnellen Wandelbarkeit unserer Zeit aber durchaus beachtlich. Die staatliche Neuschöpfung war in den ersten Monaten und Jahren ihres Daseins nicht unumstritten. Am 27. Juli 1946, zehn Tage nach Bekanntgabe der Entscheidung der britischen Regierung, die 1945 geschaffene Nord-Rheinprovinz und die alte preußische Provinz Westfalen zu einem neuen Land zu vereinen, schrieb der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Fritz *Henßler*, an seinen Parteifreund Kurt *Schumacher*: „Ich sehe in dem neuen Staat ein uns aufgezwungenes Gebilde, das ich nicht als endgültig hinzunehmen gewillt bin. Es paßt nicht zu dem staatlichen Neubau Deutschland, wie wir ihn wünschen."[1] Ähnlich wie *Henßler* äußerten auch andere Politiker, Verwaltungsbeamte und Wissenschaftler Vorbehalte gegenüber dem neuen Land. Nordrhein-Westfalen sei ein Staatswesen aus der Retorte, das von der britischen Besatzungsmacht ohne Mitwirken und weitgehend auch ohne Mitwissen deutscher Politiker ins Leben gerufen worden sei.[2] Angesichts des angeblich künstlichen, unhistorischen Charakters des Bindestrich-Landes erstaunt es im nachhinein, wie schnell Nordrhein-Westfalen an Stabilität gewinnen konnte. Schon Mitte der fünfziger Jahre wurde die staatlich-politische Existenz des Landes nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt.[3]

Die letztlich vorhandene Bereitschaft, den Zusammenschluß der beiden ehemaligen preußischen Provinzen zu akzeptieren, läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß das neue Land keineswegs unhistorisch gewachsen war, sondern eine Vorgeschichte besaß, die zwar nicht zwangsläufig in eine derartige Neugründung münden mußte, diese aber als vernünftige Konsequenz aus bestimmten im 19. Jahrhundert angelegten Prozessen annehmbar machte.[4] Der Schlüssel zum Verständnis der zügigen staatlichen Stabilisierung des Landes Nordrhein-Westfalen liegt aber in der Geschichte seiner unmittelbaren Entstehung zwischen April 1945 und August 1946.

Obwohl seit geraumer Frist sowohl die deutschen als auch die britischen Quellen zur Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in den Archiven zugänglich sind, fehlen bisher Publikationen, die diesen Bestand einem breiteren Publikum erschließen. Bis Mitte der siebziger Jahre konnte die Entstehungsgeschichte des Landes, d.h. die Phase vom Wiederaufbau einer Ver-

1 AdsD, NL Schumacher J 0.

2 So E. HARDER-GERSDORFF, 1972, S. 405.

3 Vgl. zur Diskussion um den Bestand des Landes Nordrhein-Westfalen in seinen Anfangsjahren: W. FÖRST: Entstehung, 1984, S. 35f.; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 327; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 795; W. JANSSEN, 1965, S. 191.

4 W. JANSSEN, 1965, S. 198; vgl. zur „Vorgeschichte" Kap. I/2.

waltung in den beiden preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen im Frühjahr/Sommer 1945 bis zur Gründung Nordrhein-Westfalens am 23. August 1946, nur unter vornehmlicher Verwendung sekundären Quellenmaterials, etwa zeitgenössischer Zeitungsberichte oder später aufgezeichneter Erinnerungen, geschildert werden.[5] Ein Studium der Akten war vor der generellen Offenlegung der Archivbestände nur in begrenztem Umfang möglich. Den politischen Prioritäten der Nachkriegskonstellation entsprechend, konzentrierte sich die Forschung seit Ende der siebziger Jahre zunächst auf die Auswertung der zügig frei werdenden britischen Akten. Für die Londoner Regierungsebene wurden insbesondere Vorgeschichte und der Ablauf der Ereignisse, die im Sommer 1946 den Entschluß zur Bildung des Landes herbeiführten, mehrfach dargelegt.[6] Hierbei wurden außen- und wirtschaftspolitische Motive Großbritanniens als grundlegend für den Entscheidungsprozeß herausgestellt. In einem parallel zu dieser Edition erscheinenden Band werden die maßgeblichen Akten aus dem Bereich der Londoner Ministerien, ergänzt durch Material aus dem Umfeld der Besatzungsbehörden in Deutschland, nun allgemein verfügbar gemacht. Auf der Grundlage dieser Dokumente wird dort einleitend eine umfassende, in ihren Grundzügen aber von unseren bisherigen Kenntnissen nicht abweichende Darstellung der Planungs- und Entscheidungsprozesse auf britischer Seite geliefert.[7]

Neue Quellen aus deutschen Archiven zu den Anfängen Nordrhein-Westfalens sind über die begrenzte Zahl schon früher bekannter Dokumente hinaus in den letzten Jahren nur im Rahmen regionaler oder auf einzelne Fragestellungen gerichteter Studien herangezogen worden.[8] Hier soll die vorliegende Edition „Deutsche Quellen zur Entstehung des Landes 1945/46" eine Lücke schließen. Bei den darin veröffentlichten Stücken handelt es sich in der Regel um Akten deutscher Provenienz. Verschiedentlich sind aber auch an deutsche Empfänger gerichtete Schreiben oder Anweisungen der Militärregierung, die dementsprechend in hiesigen Archiven zu finden waren, in die Edition aufgenommen worden. Ferner wurden einige zeitgenössische Zeitungsbeiträge berücksichtigt, sofern sie von grundsätzlicher Bedeutung waren bzw. anderweitige Überlieferungen zu bestimmten Vorgängen nicht zur Verfügung standen.

Auffällig ist die Streuung der Fundorte. In etwa 30 Archiven wurden Recherchen vor Ort durchgeführt oder schriftliche Mitteilungen ausgewertet. In 19 Fällen erwiesen sich die Nachforschungen als ertragreich.[9] Wie vorauszusehen war, nimmt das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf dabei eine zentrale Position ein. Aus seinen Beständen stammen 67 der insgesamt 221 Dokumente der Edition. Von diesen 30% entfallen 52 Dokumente auf Bestände des staatlichen Bereichs, während die restlichen 15 aus Nachlässen oder Parteischriftgut stammen. Ergiebig mit 26 bzw. 24 ausgewählten Stücken waren noch das Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bzw. das Landtagsarchiv Nordrhein-Westfalen. Mit deutlichem Abstand folgt eine Gruppe von vier Archiven, die jeweils 10–15 Dokumente zur Edition beisteuerten: Staatsarchiv Münster (15), Landes-

5 Dies gilt vor allem für die Arbeiten von W. KÖHLER, 1961 und W. FÖRST: Geschichte, 1970; P. HÜTTENBERGER, 1973 konnte bei seiner Untersuchung schon in größerem Umfang Archivmaterial mitheranziehen.

6 Hier ist vor allem auf die im Literaturverzeichnis genannten Arbeiten R. STEININGERS zu verweisen; darüber hinaus: H. LADEMACHER: Großbritannien, 1979; F. PINGEL, 1982.

7 R. STEININGER: Ruhrfrage, 1987.

8 Vgl. beispielsweise: K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983; J. BRAUTMEIER, 1986.

9 Vgl. hierzu „B. Verzeichnis der Archivalien".

hauptarchiv Koblenz (11), Westfälisches Wirtschaftsarchiv (11), Bundesarchiv Koblenz (10). Der Rest verteilt sich auf 12 Archive, wobei die Zahl der aufgenommenen Stücke zwischen 1 und 9 schwankt (zusammen 51). Hinzu kommen 6 Dokumente, die nicht dem eigentlichen Archivbereich zuzuordnen sind, sondern Zeitungen oder zeitgenössischen Druckschriften entnommen wurden.[10]

Mit dem im Frühjahr 1945 beginnenden Aufbau deutscher Provinzialregierungen in Nord-Rhein und Westfalen wurden frühzeitig prägende Grundlagen für das künftige Regierungssystem des Landes geschaffen. Die Provinzialregierungen – nicht mehr vergleichbar mit den früheren Oberpräsidien – sind in formaler und personeller Hinsicht Vorläufer der späteren Landesregierung. Dokumente zur Konzeption, Organisation und personellen Zusammensetzung dieser Provinzialregierungen, die sich im Februar/März 1946 konsolidiert hatten, bilden einen ersten Schwerpunkt der Edition.[11] Ein weiteres zentrales Problem stellen die sogenannten Provinzialräte dar, die als Vorläufer des Ernannten Landtags vom Oktober 1946 anzusehen sind. Die Anfänge des nordrheinischen bzw. westfälischen Provinzialrats werden – besonders in der entscheidenden Phase zwischen Dezember 1945 und März 1946 – anhand zentraler Quellen illustriert.

Ohne Kenntnis der wesentlichen Linien bei der Bildung der Provinzialregierungen und Provinzialräte bleiben viele Vorgänge unverständlich, die mit dem Schwerpunkt der Edition in Zusammenhang stehen. Hier geht es um das staatlich-territoriale Nachkriegsschicksal der Provinzen Rheinland und Westfalen bzw. des nordwestdeutschen Raums insgesamt, gesehen aus der Perspektive deutscher Politiker und Verwaltungsfachleute. In ihrer Mehrzahl veranschaulichen die Akten, zeitgenössischen Kommentare und Berichte die Entwicklung und den Verlauf der Diskussion um die territoriale und verwaltungsmäßige Neuordnung der britischen Zone, um die Abtrennung bzw. Internationalisierung des Rhein-Ruhr-Gebiets und insbesondere um den Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen. Dabei finden – soweit überhaupt erfaßbar – alle politisch relevanten Gruppen und Institutionen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft Berücksichtigung. Erste Vorstellungen, Konzepte und Pläne wurden schon im Sommer 1945 entwickelt, der Höhepunkt deutscher Aktivitäten liegt jedoch zwischen April und Juli 1946.

Seit Mitte der fünfziger Jahre ist in der Forschung wiederholt konstatiert worden, daß die Entscheidung der britischen Regierung zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Ideen und Wünschen eines nicht unbeträchtlichen Teils der deutschen Akteure übereinstimmte.[12] Gerade diese positive Einstellung führender Kräfte im rheinisch-westfälischen Raum gegenüber dem neuen Land war für dessen politische Festigung von großer Bedeutung. Bei systematischer Durchleuchtung der deut-

10 Von den 221 in die Edition aufgenommenen Dokumenten wurden 13 anderenorts bereits ediert. Nicht berücksichtigt wurden bei der vorstehenden Auswertung die zusätzlich in Einleitung und Kommentar herangezogenen Dokumente; in diesem Fall würde sich die Gesamtzahl etwa verdoppeln.

11 Im vorliegenden Abschnitt (I/1) wird darauf verzichtet, auf die entsprechenden Nummern der Dokumente zu verweisen, da hier nur die wichtigsten Kriterien der Auswahl erläutert werden sollen.

12 Wesentliche Darstellungen über die Haltung der deutschen Seite bisher: K. ZUHORN, 1955, S. 102–133; W. KÖHLER, 1961, S. 107–133; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 77–113; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 196–220; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 780–796; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 317–324.

schen Aktivitäten lassen sich neue Erkenntnisse über die Ursachen dieser „britisch-deutschen Übereinstimmung" gewinnen. Insbesondere durch Einordnung der Ereignisse auf deutscher Seite in den internationalen bzw. besatzungspolitischen Zusammenhang können bisher offene Fragen in bezug auf die Entstehung Nordrhein-Westfalens klarer beantwortet werden. Waren beispielsweise im Planungsverlauf internationale Zusammenhänge für die Deutschen ein ebenso ausschlaggebender Faktor wie für die Briten? Oder führten bei ihnen ganz andere Gründe, etwa verfassungsrechtlicher oder wirtschaftlicher Art, nur zu einem gleichen Ergebnis? Und waren die Deutschen schließlich nur Objekt in einem für sie unbeeinflußbaren Gesamtprozeß, oder gab es wechselseitige Beeinflussungen zwischen britischen und deutschen Stellen, so daß letztlich beide Seiten zur Verwirklichung des Plans für ein Land Nordrhein-Westfalen beitrugen? Die vorliegenden Dokumente machen es möglich, diese Fragen zu beantworten.

Ein großer Teil der Quellen schildert die Geschehnisse im Umfeld der nordrheinischen und westfälischen Verwaltungsspitzen. Damit sind sowohl die beiden Provinzialregierungen als auch der westfälische Provinzialverband gemeint. Dagegen wurden die Regierungspräsidenten als untergeordnete Verwaltungsorgane bei der Auswahl der Quellen nicht ausdrücklich einbezogen. Ihre Ansichten kommen allerdings teilweise in Dokumenten anderer Herkunft zum Ausdruck.

Die Oberpräsidenten der beiden westlichen Provinzen, Robert *Lehr* und Rudolf *Amelunxen*, wurden als direkte Ansprechpartner der Militärregierung am nachdrücklichsten mit den Problemen der staatlichen Neugestaltung konfrontiert. Die von *Lehr* und seinen Mitarbeitern erarbeiteten Stellungnahmen, Berichte und Memoranden zeigen deutlich, wie sehr auch deutsche Überlegungen durch die internationale Auseinandersetzung um die Kontrolle der Ruhr bestimmt wurden. Ebenso groß war der Einfluß, der von den britischen Militärbehörden in Deutschland und deren besatzungspolitischen Maßnahmen ausging. Umgekehrt sind speziell für den Bereich der Düsseldorfer Provinzialregierung Einwirkungen von deutscher Seite auf die regionale bzw. zonale Ebene der Militärregierung mehrfach zu belegen. So kamen beispielsweise Ende Mai 1946 Experten der britischen Kontrollkommission für Deutschland (CCG/BE) nach Düsseldorf, um sich über den Stand der Neugliederungsdiskussion auf deutscher Seite zu informieren. Bei der Provinzialregierung in Münster zog man dagegen die internationale Entwicklung kaum mit ins Kalkül. *Amelunxen* und seine Generalreferenten kamen daher zu anderen, an der Realität vorbeizielenden Folgerungen. Die Möglichkeiten einer Einflußnahme auf britische Stellen blieben dementsprechend gering.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen der Provinzialregierungen in Münster und Düsseldorf sind auch die zonale Gremien hervorzuheben, deren Bedeutung in den bisherigen landesgeschichtlichen Darstellungen zur Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens zu wenig beachtet worden ist. Der Meinungsaustausch auf zonaler Ebene, d.h. bei den Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen sowie im Hamburger Zonenbeirat, wirkte in hohem Maße auf das Verhalten der regionalen Instanzen zurück. Dokumente aus dem Umkreis der Länderchefkonferenz sowie Protokolle einzelner Sitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats können die in den „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland" (Band I, 1976) edierten Protokolle sinnvoll ergänzen. Anhand dieses Materials läßt sich aufzeigen, wie konträr – im Gesamtrahmen der britischen Zone – die Auffassungen der Deutschen, vor allem der Länder- und Provinzchefs, zum Problem

Neugliederung/Verwaltungsreform waren und welche Rolle die CCG/BE bei dieser Debatte spielte.

Auch die Kampagne des Oberstadtdirektors von Münster, Karl *Zuhorn*, und der eng mit ihm zusammenarbeitenden westfälischen Provinzialverwaltung[13] zugunsten eines Landes „Rheinland-Westfalen" wird im einzelnen belegt. Eine breite, z.T. noch nicht erschlossene Quellenbasis regt an, die Vorgeschichte des *Zuhornschen* Rahmengesetzes, die Motive seiner Befürworter und den Grad seiner Wirkung neu zu überdenken. Darüber hinaus kommen aber auch andere Aktivitäten der Provinzialverwaltung, die vorzugsweise in der Hand von Landesrat Helmut *Naunin* lagen, in zahlreichen Dokumenten zur Geltung. *Naunin* veranlaßte z.B. die Evangelische Kirche von Westfalen zu einer Stellungnahme gegenüber der Militärregierung, in der der Erhalt der westfälischen Einheit gefordert wurde. Ansonsten sind weder von Seiten der evangelischen, noch der katholischen Kirche weitere Schritte in dieser Richtung überliefert.

Neben dem Kölner Oberbürgermeister Hermann *Pünder* zählte *Zuhorn* auch im „Deutschen Städtetag der Britischen Zone" zu den eifrigsten Verfechtern eines Landes „Rheinland-Westfalen". Die diesbezügliche Position *Pünders* und *Zuhorns* in diesem Gremium war aber keineswegs unumstritten. Namentlich die Eingabe, die *Pünder* als vorläufiger Vorsitzender des Städtetages Ende Mai 1946 an die Militärregierung richtete, ist im Zusammenhang mit anderen Dokumenten eingehend zu interpretieren. Sein Vorgehen zugunsten einer Vereinigung der beiden Provinzen stieß bei einer Reihe von städtischen Oberhäuptern keineswegs auf Gegenliebe. Auch *Pünders* Mitteilung in seinen Memoiren, er habe die Eingabe Deutschlandminister *Hynd* persönlich überreicht,[14] trifft nicht zu. Bestrebungen einzelner Stadt- oder Kreisverwaltungen im Zusammenhang mit der Gründung Nordrhein-Westfalens werden nur verstreut dokumentiert. Eine systematische Durchsicht kommunaler Archive war nicht möglich.

Großes Gewicht wurde der Einstellung der Parteien zum Plan eines Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen beigemessen. Neben anderem oft wenig bekannten Material geben hierüber besonders die Akten der beiden Provinzialräte Aufschluß. Selbst regional unterschiedliche Standpunkte innerhalb ein und derselben Partei können deutlicher dargelegt werden als bisher. Während bei CDU, Zentrum und FDP vor allem die Parteiinstanzen in den beiden Provinzen bei der Auswahl der Quellen Berücksichtigung fanden, wurde bei der SPD auch die Parteizentrale in Hannover, die maßgeblich auf die Ebene der Bezirke einwirkte, mit in die Überlegungen einbezogen.[15] Ein Schlüsseldokument stellt dabei ein Schreiben *Schumachers* vom 20. Mai 1946 an den Vertrauten von Deutschlandminister *Hynd*, Austen *Albu*, dar. Hierin sprach sich der SPD-Vorsitzende deutlich gegen ein Land „Rheinland-Westfalen" aus, von dem er vor allem ein Übergewicht der konservativen Kräfte befürchtete. Auch die territorialen bzw. verwaltungsmäßigen Vorstellungen und Pläne der rheinisch-west-

13 Dem zeitgenössischen Verständnis folgend, ist in der Edition mit „Provinzialverwaltung" stets die provinzielle Selbstverwaltung (auch: Provinzialverband) gemeint; die Spitze der staatlichen Verwaltung in der Provinz wird dagegen als Provinzialregierung oder Oberpräsidium bezeichnet.

14 H. PÜNDER, 1968, S. 299.

15 Hinzu kommt, daß das zur Entstehungsphase des Landes überlieferte Material aus den vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirken außerordentlich dürftig ist. Zudem konnte – aufgrund fehlender Antwortbereitschaft – nicht in Erfahrung gebracht werden, ob bei den SPD-Bezirken Westliches bzw. Östliches Westfalen noch einschlägige Aktenbestände existieren.

fälischen KPD-Führung lassen sich – trotz der Unzugänglichkeit der originären Parteiakten in DDR-Archiven – hinreichend dokumentieren.

Wie man in Kreisen der Wirtschaft über einen Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit der Provinz Westfalen dachte, läßt sich nur für die Industrie- und Handelskammern genauer ermitteln, auch für deren intensive Zusammenarbeit im regionalen und zonalen Rahmen. Trotz gewisser taktischer Vorbehalte besonders der westfälischen Seite bestand eine eindeutige Option zugunsten einer staatlichen Einheit der beiden Provinzen. Nachforschungen, die speziell in bezug auf die Stahlindustrie angestellt wurden, lassen vermuten, daß auf den Führungsetagen der Konzerne bzw. bei den im Aufbau begriffenen Industrieverbänden in dieser Phase andere Probleme im Vordergrund standen als Neugliederung und künftige Verwaltungsorganisation der Länderinstanz. Jedenfalls scheinen kaum Zeugnisse in dieser Hinsicht vorzuliegen bzw. deuten diese dort, wo vereinzelte Hinweise auftauchen, eher auf Desinteresse hin. Eine gezielte Durchsicht von Aktenmaterial in den Archiven von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden mag allerdings noch das ein oder andere Detail zum Komplex der staatlichen Neuordnung in der britischen Zone zu Tage fördern. Im übrigen existiert nur ein singulärer Beleg dafür, daß auch die gewerkschaftliche Führungsspitze in der britischen Zone mit diesem Problemkreis befaßt war. So bevorzugte der vorläufige Zonenvorsitzende, Hans *Böckler*, für den Fall, daß die Nord-Rheinprovinz zu einem Land umgewandelt werde, den Namen „Rheinland".

Den Abschluß der Edition, deren Endpunkt die britische Verordnung Nr. 46 vom 23. August 1946, also die offizielle „Geburtsurkunde" für Nordrhein-Westfalen, markiert, bilden einige Dokumente, die unmittelbare Reaktionen auf den am 17. Juli bekanntgegebenen Beschluß der Besatzungsmacht zur Bildung des Landes aufzeigen. Dagegen werden die in den Zeitraum zwischen dem 17. Juli und 23. August fallenden Vorentscheidungen und Verhandlungen bezüglich der Ernennung des ersten Ministerpräsidenten und der Bildung der Regierung nicht in die Sammlung einbezogen. Ebenso finden die Vorbereitungen für den Ernannten Landtag keine Berücksichtigung.

2. *Rheinland und Westfalen 1815–1945*

Mit der Schaffung der beiden preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen nach dem Wiener Kongreß wurden die bis dahin heterogenen territorialen Gebilde dieses Raums zu Einheiten zusammengefaßt, in denen sich die ihnen eigene kulturelle und politische Individualität nun erst vollends entfaltete, die zugleich aber durch das gemeinsame Schicksal in einem übergeordneten Staatsverband geprägt wurden. Insbesondere wiederholte religiös-politische Auseinandersetzungen mit der Zentrale in Berlin ließen in den beiden Westprovinzen das Gefühl einer Zusammengehörigkeit wachsen. Zum wichtigsten Integrationsfaktor wurde jedoch die Mitte des 19. Jahrhunderts mit Vehemenz einsetzende Industrialisierung. Die Bedürfnisse des beide Provinzen gleichmäßig überlappenden Industriegebiets an der Ruhr brachten im außerstaatlichen Bereich eine Reihe provinzübergreifender Organisationen hervor, für die das Etikett „rheinisch-westfälisch" zum Merkmal wurde. Ernsthafte Versuche, auch auf staatlich-administrativem

Gebiet zu einer engeren Zusammenfassung von Rheinland und Westfalen zu gelangen, sind bis zum Ersten Weltkrieg allerdings nicht zu verzeichnen.[16]

Erst die mit der Revolution von 1918 einsetzende Debatte über eine neue Reichsverfassung brachte Bewegung ins Spiel. Das weitere Schicksal Preußens und damit auch seiner Provinzen war heftig umstritten. Der Vater der Weimarer Verfassung, Hugo *Preuß*, setzte sich für eine Aufteilung Westdeutschlands in drei „Freistaaten" ein: Rheinland, Westfalen und Hessen. Aus Kreisen des Kölner Zentrums wurde diesem Plan der Gedanke einer „Rheinisch-Westfälischen Republik" als Gliedstaat innerhalb des Reiches entgegengesetzt. Das Vorhaben, eine territoriale Neuordnung des Reiches bzw. Preußens in der Verfassung zu verankern, scheiterte jedoch vor allem am Widerstand der preußischen Regierungen und der Sozialdemokraten. Nach Artikel 18 der Weimarer Verfassung war eine Neugliederung nur unter Erfüllung äußerst schwieriger Voraussetzungen durchführbar.[17]

Auch dem zur gleichen Zeit auftauchenden Vorhaben, eine selbständige Ruhrprovinz zu schaffen, um so die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten der Industrieregion zu überwinden, war kein Erfolg beschieden. Im Mai 1920 wurde vom preußischen Landtag das Gesetz zur Schaffung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk verabschiedet. Mit Hilfe dieser Einrichtung konnten die dringenden Siedlungs- und Verkehrsprobleme des Reviers erfolgreich bewältigt werden. Damit war den Befürwortern einer Ruhrprovinz vorerst der Wind aus den Segeln genommen. Der Ruhrsiedlungsverband fügte die beiden Westprovinzen vor allem auf der Ebene der Kommunalverwaltung enger zusammen.[18]

Trotz des Scheiterns der Neugliederungspläne im Rahmen der Verfassungsdiskussion blieb der Gedanke einer Reichsreform – angesichts des fortdauernden Übergewichts Preußens – in den zwanziger Jahren virulent. Sowohl Wissenschaftler als auch Verwaltungsfachleute entwickelten zahlreiche Vorschläge zur territorialen Neugestaltung des Reiches. Dabei wurden – mehr zufällig als gezielt – auch Formen eines Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen propagiert, teilweise sogar in den Grenzen des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen. Insgesamt waren diese Pläne aber nicht von großer Wirkung.[19]

Die Konzepte, die von den beiden politisch allein ernstzunehmenden Initiativen zur Reichsreform vorgelegt wurden, sahen dagegen getrennte Gebiete „Rheinland" und „Westfalen" vor. Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die sich im Januar 1928 konstituiert hatte, trat dafür ein, die preußischen Provinzen zu „Ländern neuer Art" zu erheben, die im Gegensatz zu den „Ländern alter Art" wie Bayern, Sachsen usw. eine weniger ausgeprägte Selbständigkeit gegenüber dem Reich haben sollten. Von ähnlichen Überlegungen ging der ebenfalls im Januar 1928 unter dem Vorsitz des ehemaligen Reichskanzlers Hans *Luther* gebildete „Bund zur Erneuerung des Reiches" aus. Nach den dort entwickelten Vorstellungen sollte Preußen insge-

16 Vgl. H.-J. Behr, 1983, S. 55; F. Petri, 1966/67, S. 169f.; P. Hüttenberger, 1973, S. 8–16.

17 Vgl. H.G. Steinberg: Reichsreform, 1971, S. 101–112; H. Lademacher: Rheinlande, 1976, S. 769; W. Kothe, 1943/52, S. 183–185; R. Morsey: Rheinlande, 1965, S. 183–195; ausführlich zum Problem der Reichsreform in der Weimarer Republik auch: G. Schulz, 1963; L. Biewer, 1980.

18 Vgl. P. Hüttenberger, 1973, S. 17; E. Kühl, 1967, S. 297; allg. zum Ruhrsiedlungsverband: H.G. Steinberg: Ruhrsiedlungsverband, 1968.

19 Vgl. W. Kothe, 1943/52, S. 185–193; H.G. Steinberg: Reichsreform, 1971, S. 108f., 115–118.

samt als „Reichsland" der Reichsregierung unterstehen und innerhalb des Reichslandes Preußen einzelnen „Reichslandprovinzen" eine größere Eigenverwaltung zugestanden werden. Hier ist der Einfluß der rheinischen bzw. westfälischen provinziellen Selbstverwaltung zu spüren. Deren Landeshauptleute, Johannes *Horion* und Franz *Diekmann*, waren wesentlich an der Gründung des Bundes beteiligt.[20] Die Provinzialverbände wandten sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die nach dem Entwurf der Länderkonferenz vorgesehene Umwandlung der preußischen Provinzen in Länder. Bei einem solchen Schritt hätte die dem genossenschaftlichen Prinzip verpflichtete Selbstverwaltung mit großer Wahrscheinlichkeit staatlichen Organisationsformen weichen müssen.[21]

Die westfälische Provinzialverwaltung nahm nicht nur im Rahmen des „Erneuerungsbundes" aktiv an den Territorialfragen Anteil, sondern setzte sich auch gegen Bestrebungen von seiten der Provinz Hannover zur Wehr, Teile Ostwestfalens in ein Land „Groß-Niedersachsen" einzubeziehen. 1931 legte die Provinzialverwaltung den ersten Band des Werks „Der Raum Westfalen" vor, in dem der Anspruch auf westfälische Individualität und Einheit seine wissenschaftliche Begründung fand.[22]

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten fanden die Reichsreformbestrebungen ihr Ende. Nichtsdestoweniger stand auch im Dritten Reich eine Neuordnung des rheinisch-westfälischen Raums zur Disposition. Doch weder der vom Essener Gauleiter Josef *Terboven* propagierte Gedanke einer Ruhrprovinz, noch der Plan einer Teilung Westfalens auf der Grundlage der Parteigaue Westfalen-Nord und -Süd wurde verwirklicht. An der Erhaltung des Status quo hatte vor allem die westfälische Provinzialverwaltung unter ihrem Landeshauptmann Carl-Friedrich *Kolbow* entscheidenden Anteil.[23]

Auch in Kreisen des Widerstands beschäftigte man sich mit der Frage einer späteren Neugliederung des Reiches. Dabei traten u.a. Fritz *von der Schulenburg* und der Geopolitiker Albrecht *Haushofer* für eine Gliederung in große territoriale Einheiten ein. Nach ihren Überlegungen war auch ein Land Niederrhein-Westfalen vorgesehen, das den Raum des heutigen Nordrhein-Westfalen einschließlich des Regierungsbezirks Osnabrück umfassen sollte. Derartig konkrete Vorstellungen zur territorialen Neugestaltung des Reiches findet man in anderen „Verfassungskonzepten" des Widerstands allerdings selten. Übereinstimmung bestand aber darin, daß eine Auflösung Preußens erfolgen müsse. Diese Forderung wurde auch von deutschen Emigranten wie beispielsweise dem früheren Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium, Arnold *Brecht*, erhoben. Die in Emigration und Widerstand entwickelten Pläne sind der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit aber erst später bekannt geworden; sie dürften für die Neugliederungsdiskussion der Jahre 1945/46 keine Rolle gespielt haben.[24]

---

20 Vgl. A. Hartlieb von Wallthor, 1983, S. 194f.; H. Lademacher: Rheinlande, 1976, S. 774–776; H.G. Steinberg: Reichsreform, 1971, S. 119; E. Kühl, 1967, S. 292–297.

21 Vgl. H. Naunin: Rückblick, 1984, S. 11.

22 Vgl. A. Hartlieb von Wallthor, 1983, S. 195; E. Kühl, 1967, S. 295–297.

23 Vgl. K. Teppe: Selbstverwaltung, 1977, S. 115–143; A. Hartlieb von Wallthor, 1983, S. 195f.; H.G. Steinberg: Reichsreform, 1971, S. 128–131; E. Kühl, 1967, S. 298–302.

24 Vgl. H.G. Steinberg: Reichsreform, 1971, S. 131f.; W. Kothe, 1943/52, S. 194–196; H. Lademacher: Rheinlande, 1976, S. 783; W. Först: Geschichte, 1970, S. 79f.; Beispiele für „Verfassungskonzepte" aus Widerstand und Emigration: K.-J. Ruhl, 1982, Nrn. 66–69.

II. DIE BILDUNG VON PROVINZIALREGIERUNGEN UND PROVINZIALRÄTEN[1]

1. Nord-Rheinprovinz

Im Laufe des April 1945 übernahm die 15. US-Armee anstelle der weiterziehenden Kampftruppen die Verantwortung für ein Besatzungsgebiet, das neben der preußischen Rheinprovinz auch die Pfalz, das Saarland und Teile Hessens umfaßte.[2] Ende April wurde für dieses Gebiet eine deutsche Verwaltung eingerichtet. An ihre Spitze berief die amerikanische Militärregierung am 30. April den ehemaligen rheinischen Oberpräsidenten Hans *Fuchs*, der 1933 von den Nationalsozialisten aus seinem Amt entlassen worden war.

In Bad Tönisstein, unweit des amerikanischen Hauptquartiers in Bad Neuenahr, begann *Fuchs* mit seiner Arbeit. Es ging zunächst um ein Organisationsschema für die neu einzurichtende Verwaltung. *Fuchs* legte einen Plan nach dem herkömmlichen Modell eines Oberpräsidiums vor, den die Amerikaner jedoch ablehnten.[3] Sie forderten die Einrichtung einer selbständigen Regierung in ihrem Besatzungsgebiet, die in der Lage sein sollte, ursprüngliche Zentralfunktionen der preußischen bzw. der Reichsministerien mitzuübernehmen. Der schließlich von der Militärregierung genehmigte Plan sah die Bildung einer Regierung mit 11 Abteilungen vor, deren Gliederung weitgehend der klassischen ministeriellen Ressorteinteilung folgte.[4] Damit war bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Schritt zu einer neuartigen Provinzialregierung vollzogen worden, die in vieler Hinsicht als Vorform einer späteren Landesregierung anzusehen ist. Auch wenn die Bezeichnungen „Oberpräsident" und „Oberpräsidium" weiter verwandt wurden, hatte die neue Behörde mit einem Oberpräsidium alten Stils kaum mehr etwas gemeinsam.[5] Allerdings war die Provinzialregierung vorerst nur ausführendes Organ der Besatzungsmacht und verfügte kaum über eigene Kompetenzen.

Ein Problem beim Aufbau der neuen Verwaltung stellte die rheinische provinzielle Selbstverwaltung mit Sitz in Düsseldorf dar. *Fuchs* war ursprünglich bestrebt, die Provinzialverwaltung zu erhalten, doch aufgrund des Widerstands der Amerikaner, denen diese Form der Selbstverwaltung fremd war und zu kompliziert erschien, verständigte er sich Ende Mai mit dem Ersten Landesrat Wilhelm *Kitz* darauf, den Provinzialverband in die neu zu errichtende Provinzialregierung zu integrieren. Die Überleitung der einzelnen Abteilungen der Provinzialverwaltung in das Oberpräsidium wurde allerdings erst im August 1945 in einem Abkommen geregelt. Obwohl die Provinzialverwaltung de facto fast völlig in die Provinzialregierung einbezogen wurde, blieb sie de jure bestehen und nahm gleichsam nur auftragsweise bestimmte Geschäfte innerhalb des Oberpräsidiums wahr. Auch behielt *Kitz* trotz seiner Ernennung zum Leiter der Abteilung Finanzen im Oberpräsidium weiterhin die Führung des Provinzialverbandes.[6]

---

1 Vgl. allg. zu diesem Kapitel: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 160–180; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 32–67.

2 Vgl. F. LATOUR/T. VOGELSANG, 1973, S. 66; G.F. BÖHN, 1984, S. 4–6.

3 Vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 162f.; sehr aussagekräftig sind auch die Aufzeichnungen des engen Mitarbeiters von *Fuchs*, Aloys *Becker*: HStA Düsseldorf, RWN 52–7.

4 Nr. 5.

5 Vgl. H. ROMEYK, 1986, S. 49f.

6 Vgl. Nr. 1 mit Anm. 1; Nr. 24.

Am 24. Mai 1945 wurde *Fuchs* vom Hauptquartier der 15. US-Armee offiziell zum „Oberpräsident des Rheinprovinz-Militärdistrikts" ernannt, und wenige Tage später zog die neue Behörde von Tönisstein nach Bonn um. Damit nahm die Tätigkeit der Provinzialregierung konkretere Formen an, auch wenn noch nicht für alle Abteilungen ein Leiter gefunden worden war. Mitte Juni waren aber immerhin neun der elf vorgesehenen Abteilungen besetzt.[7]

Der Bestand des Rheinprovinz-Militärdistrikts sollte aber nur von kurzer Dauer sein. Bereits Anfang Juni 1945 zeichnete sich eine Teilung dieses Gebiets ab, als die amerikanische Militärregierung dem Oberpräsidenten mit dem Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar eine neue Behördeninstanz unterordnete, deren Befugnisse sich nicht nur auf Rheinhessen, die Pfalz und das Saarland erstreckten, sondern auch auf die beiden zur preußischen Rheinprovinz gehörenden Regierungsbezirke Koblenz und Trier. Bezeichnend dabei ist, daß *Fuchs* gegenüber dem als Oberregierungspräsidenten in Neustadt a.d.H. eingesetzten Hermann *Heimerich* keinerlei Weisungsrecht hatte.[8] Analog zu Mittelrhein-Saar war geplant, auch die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen zu einem Oberregierungsbezirk zusammenzufassen, als dessen Leiter der ehemalige Oberbürgermeister von Düsseldorf, Robert *Lehr*, in Erwägung gezogen wurde.[9] Zur Bildung dieser Behörde kam es allerdings nicht mehr. Am 21. Juni 1945 wurden die drei letztgenannten Regierungsbezirke zur Nord-Rheinprovinz zusammengefaßt und einem Provinzial-Detachment der britischen Militärregierung in Düsseldorf unterstellt.[10] Damit war die Teilung der Rheinprovinz besiegelt, deren südlicher Teil fortan unter französischer Besatzungsgewalt stand.[11]

Schon einen Tag vor Vollzug dieser Maßnahme war *Fuchs* von den Briten zum Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz ernannt worden und hatte den Auftrag erhalten, seine Behörde von Bonn nach Düsseldorf zu verlegen.[12] Die Teilung der Rheinprovinz löste unter den Beamten der Provinzialregierung Betroffenheit aus. In einer Denkschrift brachte Oberpräsident *Fuchs* am 28. Juni seine „schweren Bedenken" gegen die Zerreißung der Verwaltungsgemeinschaft der fünf rheinischen Regierungsbezirke zum Ausdruck. In einer ersten Stellungnahme lehnte der Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, (noch Oberst)[13] John *Barraclough*, aber jede Diskussion in dieser Frage ab. Zwar versuchte *Fuchs*, in weiteren Gesprächen mit Vertretern der regionalen Militärbehörde darauf zu dringen, ihm wenigsten einen direkten Kontakt mit der Verwaltung in der Süd-Rheinprovinz zu ermöglichen, doch sollte sich dieser Wunsch aufgrund der strikten Abschottungspolitik der Franzosen als nicht erfüllbar erweisen.[14]

7 Vgl. die Nrn. 2, 3, 5, 8.

8 Vgl. Nr. 6; allg.: U. SPRINGORUM, 1982, S. 80–86; G.F. BÖHN, 1984, S. 8–10.

9 Nr. 8.

10 Nr. 10.

11 Die offizielle Übergabe der Süd-Rheinprovinz an die französische Besatzungsmacht erfolgte allerdings erst am 10. 7. 1945; vgl. U. SPRINGORUM, 1982, S. 97.

12 Siehe die Nrn. 9, 10.

13 *Barraclough* wurde erst kurze Zeit später zum General ernannt; vgl. Nr. 11, Anm. 2.

14 Siehe die Nrn. 11–15, 17, 18; zur Reaktion im Oberpräsidium vgl. auch: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 164f.

Mit der Ernennung *Lehrs* zum Leiter der Abteilung Allgemeine Verwaltung war Ende Juni die personelle Spitze der Provinzialregierung komplettiert worden.[15] Die kurz darauf von der Militärregierung angeordnete Auflösung der Abteilung Justiz[16] machte jedoch noch einmal eine Umorganisation notwendig, so daß erst Ende August/Anfang September 1945 die schließlich für die nächsten Monate gültige Einteilung der Provinzialregierung in 10 Abteilungen feststand.[17] Bei Betrachtung der personellen Zusammensetzung der Provinzialregierung fällt auf, daß *Fuchs* bei der Auswahl seiner Abteilungsleiter ausschließlich auf konservativ-bürgerliche Kreise zurückgegriffen hatte. Bei der SPD, die inzwischen wieder organisatorisch gefestigt war, formierte sich gegen diese Personalpolitik im Spätsommer 1945 verstärkter Widerstand. Während der SPD-Bezirk Niederrhein die Ernennung seines Vorstandsmitglieds Georg *Stöver* zum Nachfolger des im September auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Leiters der Abteilung Volkswohlfahrt, *Albrecht*, betrieb, setzte sich der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Robert *Görlinger*, dafür ein, dem Wirtschaftshistoriker Bruno *Kuske* die Abteilung Wirtschaft zu übertragen. Deren bisheriger Leiter, Regierungsdirektor Hans *Soergel*, war kurz zuvor von den Briten verhaftet worden.[18] In einem gemeinsamen Schreiben der beiden Bezirke an den Oberpräsidenten vom 2. Oktober 1945 wurde zudem gefordert, die Stelle eines stellvertretenden Oberpräsidenten zu schaffen und diese mit einem Sozialdemokraten zu besetzen.[19]

Dieser Brief sollte *Fuchs* jedoch nicht mehr erreichen. Am 2. Oktober war er überraschend und ohne Angabe von Gründen von der Militärregierung aus seinem Amt entlassen worden. Für diese Maßnahme sind verschiedene Motive genannt worden, doch dürfte die eigentliche Ursache in der Absicht der Labourregierung zu suchen sein, die nach ihrer Einschätzung zu konservativ gesinnten Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben in ihrer Besatzungszone zu eliminieren.[20] Anstelle von *Fuchs* beauftragte General *Barraclough* den Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, *Lehr*, die Amtgeschäfte des Oberpräsidenten kommissarisch zu übernehmen.[21] Unmittelbar nach seinem Amtsantritt scheint *Lehr*, der sich der neugegründeten CDP angeschlossen hatte, in Verhandlungen mit der SPD und der KPD eingetreten zu sein, um die Unterstützung der Parteien für seine endgültige Ernennung zu erlangen. Tatsächlich erschienen am 9. Oktober Karl *Arnold* (CDP), Georg *Glock* (SPD) und Konrad *Skrentny* (KPD) bei *Barraclough*, um sich für die Bestätigung *Lehrs* als Oberpräsident einzusetzen.[22] Ihre Empfehlung dürfte die Entscheidung der Militärregierung erleichtert haben: Am 5. November 1945 teilte der

15 Vgl. Organisationsplan der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz von Ende Juni 1946: RWWA, Abt. 18 b 62.

16 Vgl. Nr. 21.

17 Siehe Nr. 30.

18 Nr. 31; Vermerk über die Vorstandssitzung des SPD-Bezirks Niederrhein vom 8. 9. 1945 (HStA Düsseldorf, RW 164–624); Schreiben *Görlingers* an *Kuske* vom 21. 9. 1945 (HAStK, NL Görlinger 47); zur Ablösung *Soergels* durch *Kuske* vgl. allg. die Personalakte *Kuskes*: HStA Düsseldorf, NW.Pe 164.

19 Schreiben vom 2. 10. 1945: HStA Düsseldorf, NW 53–528; die Militärregierung hatte *Pünder* als stellvertretenden Oberpräsidenten vorgeschlagen; *Fuchs* lehnte jedoch generell die Schaffung einer solchen Position ab (Besprechung vom 28. 8. 1945: HStA Düsseldorf, NW 53–503).

20 P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 167f.; vgl. W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 50f.; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 781; siehe auch Nr. 33, Anm. 1.

21 Nr. 33; zur Person *Lehrs*: W. FÖRST: Lehr, 1981.

22 Nr. 34; vgl. D. HÜWEL, 1980, S. 65.

Kommandeur der Militärregierung *Lehr* mit, daß er mit Wirkung vom 25. Oktober als Oberpräsident bestätigt worden sei.[23]

Als Gegenleistung für die Unterstützung seiner Person hatte *Lehr* den Sozialdemokraten drei Abteilungsleiterposten in der Provinzialregierung zugesagt. Neben der schon vorher geplanten Besetzung der Ressorts Volkswohlfahrt und Wirtschaft mit SPD-Kandidaten war in Aussicht gestellt worden, auch die durch den Aufstieg *Lehrs* frei gewordene Abteilung Allgemeine Verwaltung für einen Sozialdemokraten zu reservieren, der gleichzeitig als stellvertretender Oberpräsident fungieren sollte. Insbesondere um die Vergabe dieser Position, von der sich die SPD verstärkten Einfluß auf die Personalpolitik im Oberpräsidium versprach, kam es zu einer Kontroverse zwischen den Bezirken Niederrhein und Obere Rheinprovinz. Während der oberrheinische SPD-Vorstand für seinen Vorsitzenden Görlinger als Amtsleiter plädierte, setzte sich der Parteibezirk Niederrhein für den ursprünglich als Leiter der Abteilung Volkswohlfahrt vorgesehenen Stöver ein.[24]

Die SPD-internen Auseinandersetzungen haben es dem Oberpräsidenten vermutlich leicht gemacht, seine vorherigen Zusagen zu mißachten. Anfang November 1945 ernannte *Lehr* den der CDP nahestehenden Hermann *Wandersleb*, seinen bisherigen Stellvertreter in der Abteilung Allgemeine Verwaltung, zum neuen Leiter dieses Ressorts. Am 12. desselben Monats schlug er der Militärregierung vor, den inzwischen mit der Leitung der Abteilung Volkswohlfahrt betrauten *Stöver* zu seinem allgemeinen Vertreter zu berufen – ein Vorhaben, das nie verwirklicht wurde.[25]

Ebenso ungünstig gestalteten sich zunächst die Verhältnisse in der Abteilung Wirtschaft für die SPD. Hier hatte *Lehr* den von *Görlinger* unterstützten *Kuske* zunächst nur als Stellvertreter bei der Militärregierung in Vorschlag gebracht, während er den Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Josef *Wilden*, an die Spitze dieser Abteilung zu stellen gedachte.[26] Erst nach langem Hin und Her gelang es vereinten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kräften Anfang Januar 1946 bei *Lehr* und *Wandersleb*, *Kuske* als Abteilungsleiter durchzusetzen. Zuletzt war der Oberpräsident sogar bereit, die Forderung *Kuskes* zu akzeptieren, seinen Lehrstuhl an der Universität Köln beizubehalten.[27]

In ähnlicher Weise wie bei der SPD scheint auch das Wohlwollen der KPD gegenüber der Person *Lehrs* mit personellen Zugeständnissen erlangt worden zu sein. So avancierte der zugunsten *Lehrs* beim Kommandeur der Militärregierung vorstellig gewordene Kommunist *Skrentny* im Januar 1946 zum stellvertretenden Leiter der Abteilung Arbeit. Im Februar forderten SPD und KPD sogar, daß *Skrentny* den bisherigen Chef der Abteilung, den gleichzeitigen Präsidenten des Landesarbeitsamtes *Scheuble*, ablösen solle. Die Auflösung der Abteilung Arbeit durch die Militärregierung Nord-Rheinprovinz Anfang März 1946 – aufgrund der Forderung der CCG/BE nach Zentralisierung des Arbeitsein-

23 Vermerk über die Besprechung vom 5. 11. 1945 und Ernennungsurkunde *Lehrs*: Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 42.

24 Siehe die Nrn. 37, 39.

25 Vgl. Nr. 40; Nr. 37, Anm. 6; Schreiben Gerhard *Schröders* an *Fuchs* vom 21. 11. 1945 (LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 121).

26 Vgl. Nr. 37, Anm. 6.

27 Siehe die Nrn. 41, 42, 51.

satzes –, erübrigte weitere Diskussionen in dieser Angelegenheit.[28] Seit März 1946 verfügte die Provinzialregierung damit nur noch über neun Abteilungen.

Wie interne Berichte der sozialdemokratischen Seite zeigen, waren SPD und KPD über die Personalentscheidungen *Lehrs*, die letztlich alle von der Militärregierung genehmigt wurden, enttäuscht.[29] Deshalb haben sie erhebliche Vorbehalte hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der Provinzialregierung sowohl in der Öffentlichkeit als auch vermutlich gegenüber den Besatzungsbehörden deutlich zum Ausdruck gebracht. Jedenfalls sah sich der Oberpräsident Mitte März 1946 genötigt, General *Barraclough* eine Liste der in seiner Amtszeit eingestellten Abteilungsleiter und Referenten zu übersenden, um nachzuweisen, daß er bemüht gewesen sei, den Linksparteien Stellen von Einfluß zu verschaffen.[30] Hierbei erwähnte er aber weder die Ernennung *Wanderslebs* zum Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, noch führte er den neuen Abteilungsleiter Kultur, Aloys *Lammers* (CDU), auf, der bereits am 5. März anstelle des im Dezember 1945 verstorbenen Hermann *Platz* seine Arbeit aufgenommen hatte.[31]

Insgesamt gesehen kann von einem kräftigen „Linksdrall"[32] der Provinzialregierung nach dem Amtsantritt von *Lehr* nur bedingt gesprochen werden. Aber nicht nur SPD und KPD – ganz zu schweigen vom Zentrum und den Liberalen – waren mit der Praxis der Stellenbesetzung im Oberpräsidium unzufrieden, auch die CDU meldete Vorbehalte an. Allerdings zeigen die diesbezüglichen Eingaben des rheinischen Parteivorsitzenden Konrad *Adenauer*, daß es ihm neben der Kritik am Oberpräsidenten auch um die Durchsetzung seiner eigenen Führungsrolle innerhalb der CDU ging.[33]

Die Unzufriedenheit der Parteien mit diesem System ist verständlich; denn ihr personalpolitischer Einfluß auf die Provinzialregierung unterlag nicht einem nach demokratischen Gesichtspunkten ausgewogenen Proporzprinzip, sondern war letztlich abhängig von kaum abzuwägenden Faktoren: dem Druck der verschiedenen Gruppen auf den Oberpräsidenten, dessen persönlichem Einsatz und Renommee bei der Militärregierung und nicht zuletzt deren Entscheidung. Deshalb waren die Parteien um so mehr bestrebt, wenigstens beim Aufbau des sogenannten „Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz", der ansatzweise die Funktionen eines parlamentarischen Kontrollorgans übernehmen sollte, ihre Vorstellungen durchzusetzen.[34]

Der Gedanke zur Bildung eines der nordrheinischen Provinzialregierung zugeordneten demokratischen Gremiums wurde Ende August 1945 von dem damals noch als Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung fungierenden *Lehr* aufgebracht, der hierbei Anregungen aus Westfalen aufgriff. Im September machte *Lehr* Oberpräsident *Fuchs* erste Vorschläge für die personelle Zusammensetzung eines derartigen Provinzialrats. Auch die Parteien – soweit sie zu diesem Zeitpunkt bereits formiert waren – schei-

28 Vgl. Nr. 65 mit Anm. 1, 2.

29 Vgl. Nr. 37, Anm. 6.

30 Nr. 67; ein gleichlautendes Schreiben *Lehrs* erhielt auch der SPD-Führer Kurt *Schumacher* (AdsD, NL Schumacher J 21).

31 Zur Ernennung von *Lammers*: HStA Düsseldorf, RWN 93–1.

32 So P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 170.

33 ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 209.

34 Zum Folgenden besonders: J. BRAUTMEIER, 1986, S. 36–41; vgl. auch P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 170f.

nen über das Vorhaben unterrichtet worden zu sein.[35] Durch die Entlassung von *Fuchs* trat eine Verzögerung ein. Erst nach seiner endgültigen Bestätigung als Oberpräsident wandte sich *Lehr* Mitte November mit dem Vorschlag an die Militärregierung, einen Provinzialrat aus Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst zu berufen.[36]

Der am 1. Dezember 1945 von der Militärregierung genehmigte Provinzialrat sah schließlich folgende Zusammensetzung vor: 6 Vertreter der politischen Parteien, 6 Vertreter der Gewerkschaften, 6 Vertreter der Wirtschaft, 4 Vertreter des kulturellen Lebens und 6 Vertreter der Verwaltung. Bei einer Besprechung *Lehrs* mit Beauftragten von CDP, SPD und KPD am 5. Dezember lehnten jedoch alle drei Parteien den quasi ständischen Aufbau des Provinzialrats ab und erhoben Anspruch darauf, selber Vorschläge einzubringen. Man einigte sich endlich auf den Kompromiß, daß mit Ausnahme weniger Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft die Parteien das restliche Kontingent stellen sollten. Hierbei sollten allerdings nach Möglichkeit die ursprünglich vorgesehenen Interessengruppen Berücksichtigung finden.[37] Zum Zeitpunkt seiner ersten Sitzung am 14. Dezember umfaßte der Nichtexekutive Provinzialrat der Nord-Rheinprovinz 23 Personen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, von denen 8 der CDP, 6 der SPD und 5 der KPD zuzuordnen waren. Vier Mitglieder galten als parteilos.[38]

Wie sich herausstellte, hatte *Lehr* zur Eröffnungssitzung einige Oberbürgermeister ohne vorherige Verständigung mit den Parteien berufen, wodurch sich insbesondere die Sozialdemokraten benachteiligt fühlten. Aber nicht nur sie drängten in der Folgezeit auf eine Korrektur der Zusammensetzung des Provinzialrats, auch die bisher nicht berücksichtigten kleineren Parteien, Zentrum und FDP, sowie die katholische Kirche meldeten im Laufe des Januar und Februar 1946 Ansprüche an. Zudem fühlten sich verschiedene Regionen der Nord-Rheinprovinz in diesem Gremium unterrepräsentiert.[39]

Um diesen unterschiedlichen Forderungen gerecht werden zu können, unterbreitete der Oberpräsident im Februar 1946 der Militärregierung einen Plan zur Erweiterung des Provinzialrats. Nachdem diese die vom Oberpräsidium eingereichten Namenslisten geprüft hatte, konnte der Provinzialrat erstmals am 22. März in seiner erweiterten Form zusammentreten. Auf 27 ausschließliche Parteivertreter kamen nun zwei Vertreter der jüdischen Gemeinden sowie 26 Repräsentanten der Gruppen Kultur, Verwaltung und Wirtschaft, die aber ebenfalls überwiegend parteipolitisch orientiert waren. Unter parteipolitischen Gesichtspunkten läßt sich folgende Aufteilung feststellen: CDU 15 Mitglieder, SPD 15 Mitglieder, KPD 12 Mitglieder, FDP 3 Mitglieder, Zentrum 3 Mitglieder, parteilos 7 Mitglieder.[40]

35 Vermerk über die Vorstandssitzung des SPD-Bezirks Niederrhein vom 22. 9. 1945 (HStA Düsseldorf, RW 164–624).

36 Vgl. Nr. 40; die anvisierte ›ständische‹ Zusammensetzung des Provinzialrats entsprach den von der britischen Besatzungsmacht in der ›Directive on Administrative, Local and Regional Government‹ entwickelten Vorstellungen (hierzu unten S. 38f.).

37 Vgl. Nr. 44 mit Anm. 3; Nr. 45.

38 Liste vom 13. 12. 1945: HStA Düsseldorf, NW 53–358; ebd., NW 53–359.

39 Vgl. Nr. 45 mit Anm. 4; Nr. 52 mit Anm. 2; *Lehr* an Militärregierung Nord-Rheinprovinz vom 21. 2. 1946 mit Hinweis auf Ansprüche der katholischen Kirche (HStA Düsseldorf, NW 53–362; vgl. auch Nr. 99, Anm. 8); Protokoll der Vorstandssitzung des FDP-Landesverbandes Nord-Rheinprovinz vom 26. 2. 1946 (HStA Düsseldorf, RWV 49-vorläufig 8).

40 Vgl. Nr. 61 mit Anm. 3; auch in der Folgezeit scheint es noch geringfügige Fluktuationen gegeben zu haben.

Zwar kam der Provinzialrat vom März 1946 einer „demokratischen Volksvertretung" ein wenig näher als das im Dezember des vorangehenden Jahres berufene Gremium, doch blieb die parteipolitische Schlüsselung der Mandate ohne die Durchführung regulärer Wahlen ein ständiges Ärgernis. Besonders *Adenauer* machte schon im März/April in zwei Schreiben an das Oberpräsidium geltend, daß die Stärke der Parteien im letzten Provinziallandtag vor 1933 in etwa hätte berücksichtigt werden müssen.[41] Ende April 1946 begann sich eine neue Entwicklung hin zu einem rund 100-köpfigen Ernannten Landtag für die Nord-Rheinprovinz abzuzeichnen. Ein eigenständiger nordrheinischer Landtag kam aber nicht mehr zustande.[42] Die Planungen hierfür mündeten unmittelbar in die Vorbereitungen für den ersten nordrhein-westfälischen Landtag vom Oktober 1946 ein.

Wie schon der Name „Nichtexekutiver Provinzialrat" besagt, hatte dieses Organ keinerlei gesetzgeberische oder exekutive Funktionen. Am ehesten läßt sich der Provinzialrat als ein Forum charakterisieren, das den Parteien die Möglichkeit bot, zumindest die notwendigsten Informationen über die Tätigkeit der Provinzialregierung zu gewinnen und gegebenenfalls – unter Darstellung der eigenen Position – Kritik hieran zu üben. Größere Bedeutung besaß dieses Gremium allerdings in der Sicht der Provinzialregierung. Mit fachlichen Wissensvorsprung ausgestattet, war es dem Oberpräsidenten bzw. den Abteilungsleitern ein leichtes, den Provinzialrat zu lenken und etwa durch die Anregung bestimmter thematischer Entschließungen ein – wenn auch nicht sonderlich starkes – Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Politik gegenüber der Militärregierung in die Hand zu bekommen.[43]

2. *Westfalen*[44]

In Westfalen stand der Neuaufbau der Verwaltung von vornherein unter britischer Kontrolle. Im Zuge des Vormarschs der Alliierten richtete sich bereits am 5. April 1945 ein Provinzial-Detachment der Militärregierung unter Colonel George A. *Ledingham* in Münster ein.[45] Mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten wurde der Vizepräsident der Regierung Münster, Rudolf *Klein*, betraut, dem *Ledingham* am 4. Mai ausführliche Richtlinien für die Ausübung seines Amtes übermittelte. Hierin wurde u.a. die unverzügliche Bildung einer Provinzialregierung gefordert, die für die Militärregierung annehmbar sei. Dabei war von vornherein offensichtlich, daß *Klein* aufgrund seiner Parteinahme für Franz *von Papen* vor 1933 selbst nicht als Oberpräsident in Frage kam. *Klein* leitete infolgedessen während seiner zweimonatigen Amtszeit weder grundsätzliche Änderungen bei der personellen Besetzung, noch hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus des Oberpräsidiums ein.[46]

41 ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nrn. 189, 190; vgl. Nr. 71.

42 Vgl. hierzu unten S. 43.

43 Zur Funktion der Provinzialräte ausführlicher: J. BRAUTMEIER, 1986, S. 42–47; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 170f.

44 Vgl. zum folgenden Abschnitt besonders: K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 270–285.

45 Allerdings übernahmen die Briten erst am 30. 5. 1946 die Kontrolle über ganz Westfalen: vgl. F.S.V. DONNISON, 1961, S. 228; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 38.

46 Vgl. Nr. 4; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 277f.; G. SCHWARZE, 1984, S. 23.

Sondierungen der Militärregierung bei dem Reichs- und preußischen Innenminister a.D. Carl *Severing* und anderen Vertretern der deutschen Öffentlichkeit ergaben, daß neben dem ehemaligen Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hermann *Pünder*, der frühere Regierungspräsident von Münster, Rudolf *Amelunxen*, geeignet erschien, die Position des Oberpräsidenten einzunehmen. Da ersterer nicht auffindbar war, wurde schließlich am 5. Juli 1945 *Amelunxen* zunächst kommissarisch und ab November endgültig zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ernannt.[47]

Versehen mit denselben Richtlinien wie *Klein* machte sich *Amelunxen* während des Juli daran, einen Plan für die Umgestaltung des Oberpräsidiums in eine Provinzialregierung zu entwickeln, die – wie er in einem Interview Anfang August betonte – alle Aufgaben für ganz Westfalen erledigen müsse, die früher von den Berliner Ministerien und Zentralstellen geregelt worden seien.[48] Von diesem Gedanken ausgehend, betrachtete er die Provinz Westfalen einschließlich der ihr in einigen Bereichen verwaltungsmäßig zugeteilten Länder Lippe und Schaumburg-Lippe als selbständiges Staatswesen und schlug der Militärregierung am 7. August die Einrichtung einer Provinzialregierung mit 10 Ministerien vor, die er als Generalreferate bezeichnete.[49] Mit Ausnahme des Generalreferats Justiz genehmigte der inzwischen zum neuen Kommandeur der Militärregierung Westfalen ernannte General Cecil A.H. *Chadwick* am 19. September 1945 den Organisationsentwurf *Amelunxens*. Er wies jedoch die Ansicht zurück, die Provinz sei ein selbständiges Staatswesen. Vielmehr sei die britische Kontrollkommission für die Wahrnehmung der zentralen Regierungsaufgaben ihrer Zone verantwortlich und strebe hierfür die Bildung bestimmter gesamtzonaler Verwaltungsbehörden an. Der Oberpräsident und seine Beamten, so fügte *Chadwick* hinzu, seien lediglich eine Behörde zur Ausführung der Anweisungen der Militärregierung.[50]

Nachdem *Amelunxen* Ende September in einer Konferenz mit der Militärregierung noch einige Änderungsvorschläge eingebracht hatte,[51] schien der Aufbau der Provinzialregierung zunächst abgeschlossen zu sein. So konnte der Oberpräsident Anfang Oktober auch die in der Zwischenzeit von ihm verpflichteten Generalreferenten der Öffentlichkeit präsentieren. Zu diesem Zeitpunkt hatten allerdings erst sechs der neun Generalreferenten sowie Regierungspräsident Clemens *von Oer* als ständiger Vertreter des Oberpräsidenten ihre Arbeit aufgenommen. Die Besetzung der restlichen Ressorts zog sich noch einige Zeit hin, bis als letzter am 26. November 1945 Rechtsanwalt Walter *Menzel* mit dem wichtigen Generalreferat Innere und Allgemeine Verwaltung betraut wurde.[52]

---

47 Vgl. C. SEVERING, 1950, Bd. II, S. 449, 455; H. PÜNDER, 1968, S. 195f.; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 33f.

48 Druck der Richtlinien für *Amelunxen*: K.-J. RUHL, 1982, Nr. 52; Interview: ›Neue Westfälische Zeitung‹ vom 3. 8. 1945.

49 Nr. 22; vgl. R. AMELUNXEN, 1960, S. 152.

50 Nr. 29; gegen die Errichtung von Generalreferaten wandte sich am 25. 8. 1945 auch der Regierungspräsident von Münster, Franz *Hackethal*: Die Einrichtung von Generalreferaten mit ministerieller Kompetenz in Westfalen und der Rheinprovinz sei unangebracht, weil die Gebiete der Provinzen räumlich zu eng seien; er hielt es für notwendig, eine Zentralorganisation für die gesamte britische Zone, zumindest aber eine einheitliche Verwaltung für Rheinland und Westfalen anzustreben (Abschrift: BA Koblenz, NL Pünder 216).

51 Vgl. Nr. 32 mit Anm. 2.

52 ›Neue Westfälische Zeitung‹ vom 5. 10. 1945; vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, S. 284f.

Der bis Ende September unproblematisch verlaufende organisatorische Aufbau der Provinzialregierung wurde in den folgenden Monaten durch die Absicht der Militärregierung, noch Änderungen vorzunehmen, empfindlich gestört. Das Provincial-Detachment forderte insbesondere die Installation eines neuen Generalreferats X – Straßentransport –, das einen Teil der Kompetenzen des bereits eingerichteten Generalreferats Verkehr übernehmen sollte.[53] *Amelunxen* hielt jedoch an der Gliederung der Provinzialregierung in neun Generalreferate fest, die er Mitte Dezember – trotz der noch ausstehenden Genehmigung der britischen Seite – als gegeben ansah. Selbst als der im Januar 1946 von der Militärregierung als verbindlich vorgelegte Organisationsplan wiederum ein Generalreferat X vorschrieb, blieb der Oberpräsident bei seinem Widerstand. Man scheint sich schließlich darauf geeinigt zu haben, lediglich ein unpolitisches Sonderreferat Straßenbau und Straßenverkehr unter direkter Aufsicht des Oberpräsidenten einzurichten.[54]

Zu Anfang des Jahres 1946 existierte somit in der Provinz Westfalen – ebenso wie in der Nord-Rheinprovinz – eine Behörde, die zwar noch als Oberpräsidium bezeichnet wurde, deren Aufgaben – wahrgenommen durch eine Provinzialregierung – mit denen des ursprünglichen preußischen Oberpräsidiums aber kaum mehr vergleichbar waren. Die Struktur der westfälischen Provinzialregierung, die derjenigen einer späteren Landesregierung mit Ministerien und einem Ministerpräsidenten vergleichbar war, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr zunächst jede Souveränität fehlte, ja einige Generalreferate – wie beispielsweise Ernährung und Arbeit – sogar unmittelbar den Besatzungsbehörden unterstellt waren.[55]

Ein weiterer Schwachpunkt für die westfälische Provinzialregierung war dadurch gegeben, daß es ihr im Vergleich zum Düsseldorfer Oberpräsidium nicht gelungen war, die provinzielle Selbstverwaltung in die staatliche Behörde zu integrieren. Im Gegensatz zur amerikanischen Militärverwaltung in der Rheinprovinz scheinen die britischen Offiziere mehr Verständnis für die spezifischen Aufgaben der Provinzialverwaltung entwickelt zu haben. Mit Bernhard *Salzmann* stellten sie schon Anfang Juni 1945 einen neuen Landeshauptmann an die Spitze des Provinzialverbandes. Als *Amelunxen* im Juli das Oberpräsidium übernahm, hatte sich die Provinzialverwaltung so weit bereits etabliert, daß sie kaum mehr widerstandslos in die neu entstehende Provinzialregierung einbezogen werden konnte. Daher einigte sich der Oberpräsident Mitte August mit *Salzmann* darauf, zunächst keine Änderungen vorzunehmen, sondern die weitere Entwicklung abzuwarten.[56]

Wie läßt sich nun die Provinzialregierung *Amelunxen* mit Blick auf die parteipolitische Zusammensetzung charakterisieren? Bei der Auswahl seiner Generalreferenten, die er mit einer Ausnahme alle persönlich aus der Weimarer Zeit kannte, scheint der Oberpräsident in erster Linie auf fachliche Kompetenz sowie politische Qualifikation Wert gelegt zu haben. Angesichts seiner früheren Orientierung zum Zentrum ist es jedoch nicht verwunderlich, daß vier seiner Generalreferenten ebenfalls der alten Zentrumspartei angehört hatten. Drei Generalreferenten ließen sich der SPD zurechnen, einer stand liberalen

53 Vgl. Nr. 43.

54 Vgl. Nr. 43, Anm. 10 und Nr. 49 mit Anm. 5.

55 K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 285; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 175f.

56 Vgl. Nr. 20; H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960, S. 130f.

Kreisen nahe.[57] Diese Zusammensetzung entsprach zwar in etwa dem Kräfteverhältnis der Parteien in Westfalen vor 1933, wurde jedoch den neuen parteipolitischen Strömungen in der Provinz kaum gerecht.

Überhaupt hat *Amelunxen* es in der ersten Zeit versäumt, mit den Parteiführern Kontakt aufzunehmen, um seine Personalentscheidungen sowie die allgemeine politische Linie abzustimmen. So formierte sich eine ablehnende Haltung der Parteien gegenüber dem Oberpräsidium. Die KPD machte bereits am 10. Oktober 1945 ihren Anspruch auf Beteiligung an der Provinzialregierung geltend.[58] Die eher ausweichende Antwort *Amelunxens*[59] dürfte die Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen kaum befriedigt haben. Am 4. Dezember stellten die münsterschen Kommunisten zusammen mit den örtlichen Vertretern von SPD und LDP beim Oberpräsidium den Antrag, den einzelnen Generalreferaten je eine Kommission aus Parteivertretern zur Kontrolle zuzuordnen. Wenige Tage später kam es in Herne, dem Sitz der KPD-Bezirksleitung, zu einem Treffen aller fünf bis dahin in der Provinz zugelassenen Parteien, auf dem eine gemeinsame Denkschrift an den Oberpräsidenten entworfen wurde. Wie es scheint, hat sich die Zentrumspartei davon später distanziert. So legten lediglich die Provinzleitungen von SPD, KPD, CDP und LDP am 20. Dezember bei *Amelunxen* dagegen Protest ein, daß die Parteien bei der Bildung der Provinzialregierung nicht berücksichtigt worden seien und zudem der vom Oberpräsidenten in Aussicht gestellte Provinzialrat noch nicht berufen worden sei.[60]

Der Vorsitzende der westfälischen Zentrumspartei, Bernhard *Reismann*, wandte sich dagegen im Alleingang an *Amelunxen* und den Generalreferenten Fritz *Stricker*, um Auskunft über die parteipolitische Zusammensetzung der Provinzialregierung zu erlangen.[61] Die Antwort *Strickers* vom 28. Dezember[62] zeigt, daß zwei der eigentlich dem Zentrum zuneigenden Generalreferenten (Josef *Weber*, Hermann *Heller*) sich noch nicht offiziell festgelegt hatten, vermutlich um insbesondere der CDU nicht weiteren Anlaß zur Kritik zu bieten. Ebenso wurde die parteipolitische Zugehörigkeit *Amelunxens* selbst sowie des Generalreferenten für Finanzen, Hermann *Höpker-Aschoff*, als „unbestimmt" bezeichnet. Drei Generalreferenten wurden der SPD und zwei dem Zentrum zugeordnet. Zur CDU zählte *Stricker* den stellvertretenden Oberpräsidenten, Freiherrn *von Oer*, sowie den Generalreferenten für Ernährung und Landwirtschaft, Hermann *Heukamp*. Letzterer gehörte im Spätsommer 1946 aber keiner Partei mehr an. Speziell die CDU war im Verhältnis zu ihrer Stärke in der Provinzialregierung offensichtlich unterrepräsentiert. Dieses Faktum bot erneut Ende Februar 1946 Anlaß zu heftiger Klage, als *Amelunxen* – wie beschrieben – durch die Vereitelung eines eigenständigen Ressorts Transportwesen auch die in diesem Zusammenhang geplante Ernennung eines CDU-Vertreters zum Generalreferenten verhinderte.[63]

57 K. Teppe: Besatzungsregiment, 1983, S. 282.

58 Schreiben der Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen an *Amelunxen* vom 10. 10. 1945 (HStA Düsseldorf, NW 110–434).

59 Schreiben vom 24. 10. 1946 (Entwurf: HStA Düsseldorf, NW 110–434).

60 Vgl. Nr. 46 mit Anm. 1; Nr. 47 mit Anm. 3; K. Teppe: Besatzungsregiment, 1983, S. 290f.; siehe auch Nr. 154.

61 Schreiben *Reismanns* vom 24. 12. 1946 (ACDP, I-293–001/4).

62 ACDP, I-293–001/4.

63 Vermerk vom 26. 2. 1946 (Abschrift: ACDP, III-002–50).

Der Angriff der Parteien auf seine Personalpolitik war für *Amelunxen* kein Grund, Änderungen im Oberpräsidium vorzunehmen. Er muß sich in dieser Frage eines starken Rückhalts bei der Militärregierung bewußt gewesen sein. Allerdings hat der westfälische Oberpräsident, ähnlich wie sein nordrheinischer Amtskollege, die Forderungen der Parteien bezüglich des Provinzialrats anerkannt und sie auch gegenüber der Besatzungsbehörde vertreten. Bereits der kommissarisch mit dem Amt des Oberpräsidenten betraute *Klein* hatte Überlegungen zur Bildung eines Provinzialrats angestellt, auf die *Amelunxen* nach seinem Amtsantritt zurückgreifen konnte.[64] Im Gegensatz zu *Klein*, dem mehr ein Kreis aus Männern der Verwaltung bzw. anderer öffentlicher Institutionen vorgeschwebt hatte,[65] schlug *Amelunxen* der Militärregierung Ende August einen siebenköpfigen Ausschuß vor, dem ausschließlich führende Parteifunktionäre angehören sollten.[66] Aus Sicht der britischen Kontrollkommission in Berlin, die erst im September 1945 Richtlinien für die Einsetzung demokratischer Gremien auf den verschiedenen Verwaltungsebenen an ihre untergeordneten Dienststellen weiterleitete,[67] kam die Idee des westfälischen Oberpräsidenten zu früh. Somit behandelte das Provinzial-Detachment in Münster die Angelegenheit in der Folgezeit dilatorisch, und erst als *Amelunxen* Mitte Dezember – aufgrund der Kritik der inzwischen eigenständiger agierenden Parteien – auf eine Entscheidung drängte, fand seine Anfrage positive Resonanz;[68] denn in dieser Phase begann die Besatzungsmacht in der britischen Zone allgemein, ernannte Landtage oder Provinzialräte zu konstituieren.

Bei einer Zusammenkunft mit Parteivertretern Anfang Januar 1946 rechtfertigte der Oberpräsident die bisherige Verzögerung und erklärte gleichzeitig, daß die Militärregierung nun grundsätzlich der Errichtung eines Provinzialrates zugestimmt habe. Man einigte sich darauf, daß die Zahl der Mitglieder wenigstens 30 betragen sollte und diese ausschließlich durch die Parteien zu benennen seien. Die Militärregierung legte jedoch noch am selben Tag eine Konzeption vor, nach der wie in der Nord-Rheinprovinz neben den Parteivertretern auch andere Interessengruppen im Provinzialrat zu berücksichtigen waren.[69] Die Parteien, die sich inzwischen schon auf einen Schlüssel zur Verteilung der 30 Sitze geeinigt hatten, sprachen sich scharf gegen berufsständische Vertreter aus, und insbesondere SPD, KPD und CDU erklärten in einer weiteren Besprechung im Oberpräsidium Ende Januar, sich an einem 30-köpfigen Provinzialrat nicht beteiligen zu wollen. Stattdessen forderten sie nun wenigstens 90 ausschließlich parteipolitisch gebundene Mitglieder. Diese Forderungen wurden in einer von allen Parteien getragenen Denkschrift niedergelegt, die *Amelunxen* der Militärregierung am 4. Februar mit dem Hinweis übermittelte, daß auch nach den Richtlinien der Militärregierung vom September 1945 ein Provinziallandtag von 100 Mitgliedern für Westfalen vorgesehen sei.[70]

64 Zur Bildung des westfälischen Provinzialrats besonders: J. BRAUTMEIER, 1986, S. 31–36; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 300, 315f.; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 179f.

65 Nachträglicher Vermerk *Amelunxens* vom 14. 8. 1945 über Vorschlag *Kleins* (Landtagsarchiv NRW, A 10100/2).

66 Nr. 26.

67 Vgl. Anm. 36.

68 Vgl. Nr. 46.

69 Nr. 48 mit Anm. 5.

70 Siehe die Nrn. 50, 54, 56, 57, 59; zu den Richtlinien der Militärregierung vom September 1945 unten S. 38.

Tatsächlich hatten die Bemühungen Erfolg, und der Oberpräsident konnte am 16. Februar 1946 den Parteivertretern mitteilen, daß nun ein Provinzialrat gebildet werde, dessen 100 Mitglieder ausschließlich von den Parteien gestellt würden. Allerdings hatte die Militärregierung die Verteilung der Mandate von sich aus festgelegt, was von den Parteien trotz einiger Bedenken akzeptiert wurde. Der Kommandeur der Militärregierung Westfalen, General *Chadwick*, wies am selben Tag in einer Ansprache noch einmal auf die lediglich beratende Funktion des Provinzialrats hin. Zudem betonte er, daß der Provinzialrat eine Vertretung aller Bevölkerungsschichten, Berufe und Gewerbe sowie der verschiedenen religiösen und politischen Denkrichtungen sein solle.[71]

Die organisatorischen Vorbereitungen für die Zusammenkunft des westfälischen Provinzialrats zogen sich unverhältnismäßig lange hin. Erst am 30. April 1946 sollten die 100 Mandatsträger zu ihrer ersten und gleichzeitig einzigen Sitzung zusammenkommen. Allerdings tagte der 10 Personen umfassende Hauptausschuß von Mai bis Juli noch viermal und übernahm dabei gewissermaßen die politische Funktion des Plenums.[72]

71 Nr. 62a,b.

72 Vgl. die Nrn. 96, 113a, 141, 180, 191.

III. DER RHEINISCH-WESTFÄLISCHE RAUM IM RAHMEN DER TERRITORIALEN UND ADMINISTRATIVEN NEUORDNUNG DER BRITISCHEN ZONE

1. Die internationalen Rahmenbedingungen[1]

Mit der Übernahme der Hoheitsgewalt durch die alliierten Siegermächte am 5. Juni 1945 wurde auch die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen festgeschrieben. Während das sowjetische Besatzungsgebiet im wesentlichen seit September 1944 feststand, wurde erst im Frühjahr 1945 aus dem den USA und Großbritannien zustehenden westlichen Teil des Reiches ein französischer Sektor ausgegrenzt. Die Besatzungswünsche der provisorischen französischen Regierung wurden jedoch nur bedingt erfüllt. Die Briten waren insbesondere nicht bereit, auf den Norden der preußischen Rheinprovinz mit Köln zu verzichten. Lediglich der Süden mit Koblenz und Trier wurde der französischen Zone zugeschlagen. Die britische Zone umfaßte mit dem Industriegebiet an Rhein und Ruhr einen Komplex, der auch für die langfristige Verwirklichung der deutschlandpolitischen Ziele Großbritanniens von herausragender Bedeutung war: nämlich ein Wiederaufleben der deutschen Gefahr zu verhindern, gleichzeitig aber das wirtschaftliche Potential Deutschlands für den Wiederaufbau Europas nutzbar zu machen.[2]

Im Juli 1945 kamen die Staats- bzw. Regierungschefs der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens in Potsdam zusammen, um über die weitere Entwicklung der inneren Verhältnisse Deutschlands zu beraten. Die Konferenzteilnehmer einigten sich darauf, die deutsche Verwaltung weitgehend zu dezentralisieren. Lediglich gewisse Aufgaben sollten von zentralen deutschen Verwaltungsabteilungen unter der Leitung von Staatssekretären wahrgenommen werden. Außerdem wurde vereinbart, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln.

Die Brüchigkeit dieser Beschlüsse trat durch die Obstruktionspolitik Frankreichs im Berliner Alliierten Kontrollrat schnell zu Tage. Die französische Regierung, die sich nicht an die Vereinbarungen von Potsdam gebunden fühlte, beharrte darauf, der Einrichtung zentraler deutscher Stellen erst zustimmen zu können, wenn ihre Forderungen in bezug auf die deutschen Westgrenzen erfüllt würden. Die Pläne, die Außenminister Georges *Bidault* auf der Londoner Außenministerkonferenz im September 1945 vorbrachte, zielten auf eine Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland sowie die politische und wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebiets ab.[3]

Wie reagierte England, dessen Besatzungsgebiet ja in erster Linie hiervon betroffen war, auf die französischen Forderungen? Englisch-französische Expertengespräche

---

1 Der vorliegende Abschnitt beruht im wesentlichen auf den im Literaturverzeichnis genannten Arbeiten R. STEININGERS (besonders: R. STEININGER: Rhein-Ruhr-Frage, 1979); im folgenden wird nur angemerkt, wenn ergänzend Literatur oder Quellen herangezogen wurden.

2 Zur Frage der Festlegung der Besatzungszonen: T. SHARP, 1975; zur britischen Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit allg.: J. FOSCHEPOTH: Kalter Krieg, 1985; J. FOSCHEPOTH/R. STEININGER: Deutschland- und Besatzungspolitik, 1985; F. PINGEL, 1982; H. LADEMACHER: Großbritannien, 1979; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 166–175.

3 Vgl. H. GRAML, 1983, S. 320–329; zur französischen Politik besonders: R. POIDEVIN: Französische Deutschlandpolitik, 1983; R. POIDEVIN: Ruhrfrage, 1979, S. 317–321; W. LIPGENS, 1973; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 179–193.

im Spätherbst 1945 zeigten sehr bald die gravierenden wirtschaftlichen Nachteile auf, die ganz Europa bei einer Verwirklichung der Vorstellungen Frankreichs zu befürchten hatte. Nur die in Potsdam beschlossene Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit konnte auf Dauer die Entwicklung der britischen Zone zu einem Zuschußgebiet verhindern und die Gefahr der wirtschaftlichen Ost-Orientierung eines Rumpf-Deutschland ausschalten. Zudem befürchtete man im Foreign Office, eine Abtrennung deutscher Gebiete im Westen könne Unruhe unter der deutschen Bevölkerung hervorrufen bzw. irredentistische Bewegungen entstehen lassen. Aus ähnlichen Gründen wie die Briten lehnten auch die USA die französischen Pläne ab. Lediglich der Sowjetunion, die bereits in Potsdam vorgeschlagen hatte, das Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle zu stellen, kam zumindest dieser Teil des französischen Wunsches entgegen.[4]

Obwohl eine Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebiets von Deutschland aus der Sicht Großbritanniens politisch nicht tragbar war, zögerte das Foreign Office, eine klare Gegenposition zu beziehen. Man glaubte, auf Frankreich als Partner auf dem Kontinent angewiesen zu sein und darum einen Kompromiß anstreben zu müssen. Am 21. Februar 1946 betonte der britische Außenminister Ernest *Bevin* vor dem Unterhaus, daß die Vorschläge Frankreichs geprüft würden, eine Entscheidung jedoch noch ausstehe.[5] Im Februar/März 1946 wurde nach langen Überlegungen im Foreign Office ein vom Economic and Industrial Planning Staff (EIPS) ausgearbeiteter Plan als weitere Diskussionsgrundlage angenommen, nach dem eine politische Abtrennung des Ruhrgebiets zwar nicht vorgesehen war, eine direkte internationale Kontrolle der Schlüsselindustrien – auch unter Beteiligung der Sowjetunion – aber befürwortet wurde. Eine Entscheidung über die künftige britische Ruhrpolitik – und damit auch über diesen Plan – sollte am 17. April durch das Gesamtkabinett getroffen werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich aber ein grundlegender Umschwung in London vollzogen, für den nicht zuletzt der Einfluß der Besatzungsbehörden in Deutschland von Bedeutung war. Der führende Kopf der britischen Kontrollkommission in Berlin, der stellvertretende Militärgouverneur Brian *Robertson*, übte bereits im Dezember 1945 scharfe Kritik an den französischen Plänen. Dabei unterstrich er neben den schon vorher allseits erörterten wirtschaftlichen Nachteilen auch die negativen Auswirkungen in sicherheitspolitischer Hinsicht. Die Franzosen sprächen nur von der Sicherheit gegenüber einer erneuten deutschen Agression, doch müsse damit gerechnet werden, daß sich ein Rumpf-Deutschland an die Sowjetunion anlehnen werde. Für die westlichen Mächte könne eine Lösung, die die Russen in engen Kontakt mit der Ruhr und dem Rheinland bringen werde, kaum größere Sicherheit bedeuten. *Robertson* betonte zudem, daß der Industriebezirk keineswegs ein in sich geschlossenes Gebiet darstelle, sondern den größten Teil der Provinzen Nord-Rheinland und Westfalen umfasse. Man könne nicht ein Gebiet, das eine wirtschaftliche Einheit sei, auf Dauer durch künstliche Grenzen zersplittern. In Anlehnung an diesen Gedanken schlug *Robertson* nur wenige Tage später die Aufteilung der britischen Zone in vier bis fünf Staaten vor, von denen einer das Ruhrgebiet einschließen sollte.[6]

4 Zur Haltung der USA bzw. der Sowjetunion vgl.: H. GRAML, 1983, S. 332–335; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 105–119, 236–241.

5 Zur Rede *Bevins*: E. HARDER-GERSDORFF, 1972, S. 413f.; Aufzeichnung der Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz: HStA Düsseldorf, NW 115–108.

6 Vgl. F. PINGEL, 1982, S. 103f.

Der von General *Robertson* vorgebrachte Gedanke der Sicherheit gegenüber Sowjetrußland wurde im Frühjahr 1946 auch im Foreign Office mehr und mehr mit in die Deutschlandplanung einbezogen. Verschiedene Indizien, wie etwa die Zwangsfusion von KPD und SPD in der sowjetischen Zone, verstärkten die Überzeugung, daß es Ziel des Kreml sei, mit Hilfe einer kommunistisch gesteuerten Zentralregierung in Berlin die Kontrolle über Deutschland zu gewinnen. Folgerichtig wurde in einer Besprechung im Foreign Office am 3. April 1946 herausgestellt, daß man durch die Bildung starker Länder innerhalb Deutschlands einer möglicherweise kommunistisch beherrschten Zentralregierung entgegenwirken könne.[7]

Zu diesem Zeitpunkt existierte allerdings zu dem bis dahin im Foreign Office favorisierten EIPS-Plan noch keine Alternative, die sowohl die sicherheitspolitischen Erwägungen gegenüber der Sowjetunion als auch den Trend zur Stärkung einer föderalistischen Struktur des britischen Besatzungsgebiets berücksichtigte. Erst am 10. April, wenige Tage vor der maßgeblichen Kabinettssitzung, präsentierte eine Gruppe im Foreign Office nach Rücksprache mit Vertretern der CCG/BE einen neuen Plan. Dieser setzte vor allem die Gründung eines neuen Landes unter Einschluß des Ruhrgebiets voraus. Die Schlüsselindustrien sollten in eine Gesellschaft überführt werden, die – unter britischer Aufsicht – von der Regierung des zu errichtenden Landes kontrolliert werden sollte. Der Gedanke der Internationalisierung der Ruhrindustrie wurde damit zugunsten ihrer Sozialisierung fallengelassen.[8] Eine oberste internationale Kontrollbehörde sollte erst nach dem Ende der Besatzungszeit eingesetzt werden.

Außenminister *Bevin* legte der Ministerrunde am 17. April den EIPS-Plan und den neuen Plan zur Diskussion vor. Da man sich nicht sofort auf einen der Vorschläge einigen konnte, wurde *Bevin* beauftragt, beide Pläne als Grundlage für künftige Verhandlungen mit Frankreich und den anderen betroffenen Staaten zu betrachten. Ein Gedanke fand jedoch im Kabinett allseits Anklang und wurde gleichsam als Beschluß interpretiert: die Schaffung eines neuen Landes. Der Außenminister sollte versuchen, in dieser Frage als erstes eine Übereinkunft mit den Verhandlungspartnern herbeizuführen. Damit war die grundsätzliche Entscheidung für ein neues Land im rheinisch-westfälischen Raum gefallen, doch blieben entscheidende Fragen offen: War es opportun und machbar, dieses Land u.U. auch gegen französischen Widerstand durchzusetzen? Wenn ja, wie sollte das neue Land konkret aussehen? Und nicht zuletzt, wie würden die Deutschen darauf reagieren?

Wenige Tage später, am 24. April 1946, begann in Paris eine neue Konferenzrunde des Außenministerrates der vier alliierten Mächte.[9] Gleich zu Anfang dieser Sitzung legte Frankreich noch einmal seine Haltung zur Deutschlandfrage dar, die seit dem Sommer 1945 in ihren Grundzügen unverändert geblieben war. Nur einmal, Ende März, hatten Äußerungen von Ministerpräsident Felix *Gouin* die Möglichkeit eines flexibleren Entgegenkommens der Franzosen in der Rhein-Ruhr-Frage signalisiert, aber schon am 5. April 1946 machte ein Beschluß des Kabinetts in Paris deutlich, daß *Gouin* mit seiner

7 Vgl. ebd., S. 106–108.

8 Zum Zusammenhang zwischen Landesgründung und Sozialisierungsplänen auch: H. LADEMACHER: Sozialisierungspolitik, 1979, S. 60–62.

9 Zur Pariser Konferenz: J. FOSCHEPOTH: Außenministerkonferenzen, 1985, S. 68–73; H. GRAML, 1983, S. 344–364.

Ansicht allein stand und eine grundlegende Änderung der französischen Einstellung nicht zu erwarten war.[10]

Am Rande der Pariser Konferenz fanden zwischen dem 28. April und 9. Mai vertrauliche englisch-französische Gespräche über die beiden vom britischen Kabinett in Erwägung gezogenen Pläne zur Lösung des Ruhrproblems statt. Dabei wurde erstmals auch die Größe des neu zu errichtenden Landes erörtert. Dieses sollte nach den Vorstellungen der britischen Experten in Paris lediglich das engere Ruhrgebiet östlich des Rheines umfassen oder maximal um einen Korridor bis zur holländischen Grenze erweitert werden. Der Umfang entsprach somit weitgehend dem ursprünglichen französischen Plan.

In der Außenministerrunde wurde das Deutschlandproblem erst am 15./16. Mai auf die Tagesordnung gesetzt. Neue Aspekte brachten lediglich die Amerikaner in die Diskussion ein. Sie schlugen u.a. die Einsetzung eines Sonderausschusses vor, der eine Klärung der deutschlandpolitischen Probleme, so auch der Internationalisierung von Rhein und Ruhr und der Festlegung der deutschen Westgrenzen, voranbringen sollte. Dagegen beharrten die Franzosen trotz deutlicher Bereitschaft der USA und Großbritanniens, ihnen in der Saarfrage entgegenzukommen, auf ihrem Standpunkt. *Bevin* lehnte sowohl den französischen Plan als auch die mehrfach vom sowjetischen Außenminister Wjatscheslav *Molotow* erhobene Forderung nach einer Vier-Mächte-Kontrolle über das Ruhrgebiet mit dem Hinweis ab, daß dieses Problem nicht isoliert, sondern im Sinne der Potsdamer Beschlüsse im gesamtdeutschen Zusammenhang betrachtet werden müsse.

Als Möglichkeit zur Lösung dieser Frage in einem umfassenderen Rahmen konzentrierte sich *Bevin* – ähnlich wie die amerikanische Seite – auf eine bundesstaatliche Gestaltung Deutschlands unter Bildung starker Länder. Am 4. Juni betonte der britische Außenminister vor dem Unterhaus, für ihn liege in der Errichtung einer autonomen Ruhrprovinz, die später in ein föderatives Deutschland eingegliedert und unter internationale Kontrolle gestellt werden könne, eine größere Zunkunftschance als in einer vollständigen Abtrennung dieses Gebiets.[11] Die Frage der Größe des geplanten Rhein-Ruhr-Landes war jedoch in der internen britischen Diskussion umstritten. Während die in Paris erörterte „kleine Lösung" – engeres Ruhrgebiet erweitert u.U. um einen Korridor westlich des Rheins – von *Bevin* selbst und anderen Mitarbeitern des Foreign Office sowie den Stabschefs der Streitkräfte befürwortet wurde, setzte sich die Kontrollkommission in Berlin für eine „große Lösung" ein, die vorsah, die Nord-Rheinprovinz und die gesamte Provinz Westfalen zu einem Land zu vereinigen.

Am 6. Juni kam es in London zu einem Austausch der unterschiedlichen Standpunkte. Die Vertreter der Kontrollkommission, an ihrer Spitze General *Robertson*, hatten sich mit Akribie auf diese Besprechung vorbereitet und trugen ihre Argumente für eine große Lösung eindringlich vor. *Robertson* wies hierbei besonders auf die enge wirtschaftliche Verflechtung der beiden Provinzen hin, die sich nicht nur auf das engere Ruhrgebiet, sondern weit darüber hinaus erstrecke. Außerdem sei ein ausschließlich hochindustrialisiertes Land zu krisenanfällig. Erst die Einbeziehung landwirtschaftlicher

10 R. POIDEVIN: Ruhrfrage, 1979, S. 319.

11 Aufzeichnung der Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz: HStA Düsseldorf, NW 115–108.

Gebiete werde zu einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur beitragen. Neben wirtschaftlichen Gründen wurde seitens der Kontrollkommission hervorgehoben, daß man auf die Gefühle der Deutschen Rücksicht nehmen müsse, da nur mit einer gewissen Kooperationsbereitschaft der deutschen Seite überhaupt eine Kontrolle möglich sei. Dabei vermittelten die Vertreter der Besatzungsbehörde den Eindruck, daß der weitaus größte Teil der deutschen Politiker den Zusammenschluß der beiden Provinzen befürworte. Nicht zuletzt wurden verwaltungsorganisatorische Vorteile zugunsten der großen Lösung angeführt: Ein neues Land auf der Grundlage der bestehenden Verwaltungsgrenzen könne quasi über Nacht errichtet werden, während es erheblich länger dauern werde, ein kleines, künstliches Land zu schaffen.

Der überzeugende Auftritt der „people on the spot" auf dieser Sitzung brachte den Durchbruch. Bereits am 11. Juni übermittelte *Bevin* dem für die Entscheidung zuständigen Kabinettsausschuß ein Memorandum, in dem er – die Argumente der Kontrollkommission übernehmend – nun seinerseits für ein großes Land plädierte. Allerdings sollte innerhalb dieses Landes ein besonderes Gebiet ausgewiesen werden, in dem sich die Schlüsselindustrien befanden und das später einer internationalen Kontrolle unterworfen werden sollte. Am 21. Juni 1946 fiel in der Sitzung des Overseas Reconstruction Committee (ORC) die Entscheidung zugunsten des von *Bevin* vorgelegten Memorandums. Premierminister Clement *Attlee* und die anwesenden Minister sprachen sich fast einstimmig für die Schaffung eines Landes aus den bestehenden Provinzen Nord-Rheinland und Westfalen aus. Lediglich Deutschlandminister John B. *Hynd*, der an der Besprechung am 6. Juni nicht teilgenommen hatte, führte neue Gründe gegen diese Lösung an: Ein solches Land umfasse mehr als 50% der Bevölkerung der britischen Zone und laufe Gefahr, ein neues Preußen zu werden. Außerdem befürchtete *Hynd* ein Übergewicht der konservativen Kräfte in diesem Land, während die voraussichtliche sozialdemokratische Mehrheit im Ruhrgebiet verloren gehen werde. Daher sei es besser, Westfalen und die Nord-Rheinprovinz, die man um den Raum Bochum/Dortmund erweitern könne, als Einzelländer bestehen zu lassen. Die Einwände *Hynds* blieben jedoch ohne Resonanz. Am 28. Juni wurde die Kontrollkommission in Berlin von der positiven Entscheidung des ORC informiert. Am 9. Juli unterrichtete diese ihrerseits die regionalen Militärregierungen in Münster und Düsseldorf, daß die Gründung eines Landes Rheinland-Westfalen[12] unmittelbar bevorstehe.

Die britische Regierung zögerte allerdings noch, ihre Entscheidung öffentlich bekannt zu geben, da sie zunächst den weiteren Verlauf der Pariser Außenministerkonferenz abwarten wollte. Nach einer längeren Unterbrechung hatte am 15. Juni die zweite Session der Konferenz begonnen, doch wandten sich die Außenminister erst am 9. Juli wieder der deutschen Frage zu.[13] Nach Presseberichten scheint es zunächst in der Absicht *Bevins* gelegen zu haben, dem Außenministerrat seinen Plan über eine bundesstaatliche Gestaltung Deutschlands vorzulegen.[14] Aufgrund der Haltung der Sowjetunion scheiterte dieses Vorhaben aber schon im Ansatz. In Abkehr vom bisherigen offiziellen Standpunkt stellte Außenminister *Molotow* nämlich gleich zu Anfang fest, daß die Sowjetunion unter keinen Umständen einer wie auch immer gearteten Föderalisie-

12 Über den genauen Namen des neuen Landes war zu diesem Zeitpunkt noch keine definitive Entscheidung gefallen.

13 Wie Anm. 9.

14 Vgl. Nr. 167.

rung Deutschlands zustimmen werde.[15] *Bevin* konzentrierte sich daher in erster Linie auf die Frage der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit. Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß Großbritannien nicht länger in der Lage sei, die finanziellen Zuschüsse für seine Zone aufzubringen. Falls die Beschlüsse von Potsdam nicht umgehend verwirklicht würden, sei seine Regierung gezwungen, die britische Zone selbständig für den Export zu organisieren. In der Folge machte US-Außenminister *Byrnes* dann jenes berühmte Angebot, die amerikanische Zone mit jeder anderen Besatzungszone zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschließen. Dieser Vorschlag, der den Weg zur Bizone ebnete, eröffnete der Londoner Regierung die Möglichkeit, das wirtschaftliche Dilemma in ihrer Zone zu überwinden und dadurch den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern.

Das Entgegenkommen von amerikanischer Seite dürfte die britische Regierung in ihrem Entschluß bestärkt haben, bei der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen nun keine Rücksicht mehr auf den französischen Partner zu nehmen und die Forderung nach einer politischen Abtrennung deutscher Gebiete im Westen endgültig zurückzuweisen. Drei Tage nach Abschluß der Pariser Konferenz unterrichtete General *Robertson* am 15. Juli 1946 in Berlin vertraulich die beiden Parteiführer *Adenauer* und *Schumacher* von der bevorstehenden Maßnahme.[16] Am 17. Juli wurde schließlich die Öffentlichkeit darüber informiert, daß die Nord-Rheinprovinz und die Provinz Westfalen zu einem Land vereint würden. Der Sprecher der britischen Militärregierung verschleierte allerdings die wahren, internationalen Motive Londons, als er mitteilte, die Maßnahme sei lediglich getroffen worden, um die Regierungs-, Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben in der britischen Zone zu erleichtern.[17] Mit der Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung vom 23. August 1946 erhielt die Neugründung Nordrhein-Westfalen ihre offizielle Rechtsgrundlage.[18]

2. *Vorstellungen und Pläne regionaler Verwaltungsspitzen und Wirkungen des innerzonalen Dialogs*

a) Ansätze zur administrativen und territorialen Neuordnung (Juni 1945 – März 1946)

Die Teilung der Rheinprovinz im Juni 1945 zwang Politiker und Verwaltungsfachleute frühzeitig, sich Gedanken über das weitere Schicksal der neu entstandenen Nord-Rheinprovinz zu machen. Klar war, daß die einseitig schwerindustriell und großstädtisch strukturierte Nord-Rheinprovinz als eigenständige Verwaltungseinheit auf Dauer kaum lebensfähig war. Der zunächst vehement vorgetragene Versuch, zumindest den wirtschaftlichen Zusammenhang mit den südlichen Teilen der Rheinprovinz nicht abreißen zu lassen, schlug aufgrund englischen Drucks und französischer Unzugänglichkeit schon im Juli 1945 in Resignation um.[19] Zwar wurde auch später wiederholt der Gedanke eines

15 Vgl. auch D. GEYER, 1985, S. 53–55.

16 Siehe unten S. 86.

17 Vgl. Nr. 192.

18 Druck der Verordnung Nr. 46: K.-J. RUHL, 1982, Nr. 62; H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 27; URSACHEN UND FOLGEN, Bd. XXIV, S. 192f.

19 Vgl. oben S. 18.

Wiederanschlusses der Süd-Rheinprovinz geäußert,[20] doch hatte dies wohl eher rhetorische Bedeutung; denn weniger der Süden der alten Rheinprovinz als vielmehr Westfalen mit seinem Anteil am Ruhrbezirk und den angrenzenden landwirtschaftlichen Gebieten stellte die lebensnotwendige wirtschaftliche Ergänzung für die Nord-Rheinprovinz dar.

Am 9. Juli 1945, nur wenige Tage nach dem Verlust des südlichen Verwaltungsterrains, brachte Oberpräsident *Fuchs* gegenüber der Militärregierung in Düsseldorf den Wunsch nach einer Zusammenkunft mit seinem westfälischen Kollegen *Amelunxen* zum Ausdruck. Er wollte Probleme wirtschaftlicher und finanzieller Art erörtern, die nicht im engen Rahmen der Nord-Rheinprovinz allein gelöst werden könnten. Die beiden Oberpräsidenten kamen am 17. Juli in Münster zusammen und erzielten weitgehende Übereinstimmung in allen Fragen.[21] Als spezifische Aufgabe rheinisch-westfälischer Zusammenarbeit dürfte in diesem Gespräch auch die Stellung des Ruhrsiedlungsverbandes behandelt worden sein, dem zu dieser Zeit unter seinem Leiter Philipp *Rappaport* Bestrebungen nachgesagt wurden, eine eigene Ruhrprovinz zu schaffen.[22]

Nach dem Verlust der Süd-Rheinprovinz sah sich die Düsseldorfer Provinzialregierung bald darauf mit der drohenden Loslösung der Rhein-Ruhr-Region aus dem alten Reichsgebiet konfrontiert. Schon im August 1945 wurden die entsprechenden Pläne Frankreichs aufgrund von Rundfunkmeldungen im rheinisch-westfälischen Raum bekannt[23] und mußten somit deutscherseits zum Spektrum potentieller Deutschlandpolitik der Alliierten gezählt werden. Als Anfang September gemeldet wurde, General Charles *de Gaulle* wolle die französischen Forderungen auf der kommenden Außenministerkonferenz den anderen Mächten vorlegen, wurde der damals noch mit der Abteilung Allgemeine Verwaltung betraute *Lehr* aktiv. Am 11. September übermittelte er dem Verbindungsoffizier der Militärregierung Nord-Rheinprovinz eine Denkschrift, in der er davor warnte, sich auf die französischen Werbungen für einen Rheinstaat bzw. einen Herrschaftsanspruch im Ruhrgebiet einzulassen. Tags darauf brachte er auch im Oberpräsidium die französischen Pläne zur Sprache, jedoch wurde eine aktivere Politik der Provinzialregierung in dieser Angelegenheit durch die resignative Haltung von Oberpräsident *Fuchs* verhindert.[24]

Erst im Frühjahr 1946 griff *Lehr*, nun selbst Oberpräsident, das Thema wieder auf, wobei ihm der im Dezember geschaffene Provinzialrat als willkommenes Forum diente. Unmittelbar im Anschluß an die Äußerungen Außenminister *Bevins* vor dem Unterhaus[25] stellte er in der Sitzung vom 22. Februar 1946 unter Betonung der Bedeutung von Rhein und Ruhr den Willen zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands heraus.[26] In der folgenden Sitzung des Provinzialrats, am 22. März, referierte der Oberpräsident wiederum über die Frage der Abtrennung bzw. Internationalisierung des Rhein-Ruhr-Gebiets und wandte sich scharf gegen alle separatistischen Tendenzen.

20 Vgl. beispielsweise die Nrn. 131, 135, 200.

21 Vgl. die Nrn. 15–17.

22 Siehe Nr. 25; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 210.

23 Hierzu die Aufzeichnungen der Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz: HStA Düsseldorf, NW 115–107.

24 Nr. 28 mit Anm. 4.

25 Siehe oben S.30.

26 Nr. 63.

Diesmal wurde auch eine Entschließung des Provinzialrats angenommen, in der die Ausführungen *Lehrs* uneingeschränkt unterstützt wurden.[27]

In Westfalen diskutierte man ebenfalls schon im Juni 1945 wieder über die künftige territoriale Gestalt der Provinz. Wie in den zwanziger Jahren wurde mit der Provinz Hannover um die Angliederung benachbarter Gebiete gestritten, nämlich der beiden Länder Lippe, des Regierungsbezirks Osnabrück sowie südoldenburgischer Gebiete.[28] Einen ersten Anlaß, um über den Anschluß der lippischen Gebiete nachzudenken, bot eine Entscheidung der Militärregierung. Die Richtlinien, die Regierungsvizepräsident *Klein* Anfang Mai von Colonel *Ledingham* erhielt, besagten, daß er nicht nur die Verwaltung der Provinz Westfalen übernehmen solle, sondern auch für die Länder Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe zuständig sei. Es stellte sich jedoch wenig später heraus, daß mit dieser Maßnahme keineswegs beabsichtigt war, die Selbständigkeit der beiden Länder aufzuheben.[29] Vielmehr wurde der lippische Landespräsident Heinrich *Drake* in Personalunion zum Chef beider Territorien ernannt. Die westfälische Provinzialregierung sollte lediglich bestimmte Aufgaben der früheren Reichsregierung, die ihr mit Zustimmung der Militärregierung übertragen waren, auch in Lippe und Schaumburg-Lippe wahrnehmen. Eine genaue Abgrenzung dieses Aufgabenkomplexes und die Regelung der organisatorischen Durchführung der Verwaltungsmaßnahmen zog sich jedoch noch bis Mitte 1946 hin, so daß es bis dahin mehrmals zu Schwierigkeiten zwischen den auf ihre Selbständigkeit bedachten Lippern und der westfälischen Verwaltungsspitze kam.[30] Für den späteren Anschluß des Landes Lippe an Nordrhein-Westfalen waren diese administrativen Beziehungen höchstens mittelbar von Bedeutung.

In der Zeit vom Sommer 1945 bis zum Frühjahr 1946 war es aber weniger die Provinzialregierung, als vielmehr die westfälische Provinzialverwaltung, die sich mit den Territorialfragen beschäftigte. Bereits in der Weimarer Zeit verstand sich der Landeshauptmann als Wahrer westfälischer Eigenart und Einheit im preußischen Staatsverband und war daher intensiv mit den damals diskutierten Raumfragen befaßt.[31] An diese Tradition knüpfte man nach Kriegsende unmittelbar an. So erstaunt es nicht, daß schon Anfang Juli 1945 im Umfeld der Provinzialverwaltung eine Denkschrift über „Die Stellung Osnabrücks zwischen Westfalen und Hannover" entstand. Auch im August sind Aktivitäten der Provinzialverwaltung zu verzeichnen: Nach einem Kontakt mit der Provinzialregierung in Hannover machte sich Landeshauptmann *Salzmann* Gedanken über einen möglichen Tausch von Schaumburg-Lippe gegen die altwestfälischen Teile um Osnabrück, die erst auf dem Wiener Kongreß zur Provinz Hannover geschlagen worden waren.[32]

Die nach Norden bzw. Osten gerichteten territorialpolitischen Überlegungen westfälischer Stellen sind allerdings nur als Spiegelung entgegengesetzter Expansionsbestrebungen von Seiten Hannovers zu verstehen. Im September/Oktober 1945 strebte

27 Nr. 68a,b.

28 Hierzu oben S. 16.

29 Vgl. die Nrn. 4, 7.

30 Vgl. H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nrn. 34–37, 39, 41, 43; U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 196–198.

31 Wie Anm. 28.

32 Nr. 19 mit Anm. 6; vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 319.

der hannoversche Oberpräsidenten Hinrich Wilhelm *Kopf* eine Verbindung seiner Provinz mit den Ländern Oldenburg und Braunschweig zur gemeinsamen Wahrnehmung der Reichsaufgaben an. Das Ziel eines größeren Landes Niedersachsen war hier in Umrissen deutlich erkennbar.[33] Gegen dieses Vorhaben regte sich insbesondere in den südoldenburgischen Kreisen Cloppenburg und Vechta Widerstand, da man bei Verlust der Selbständigkeit Oldenburgs vorzugsweise mit der Provinz Westfalen verbunden zu werden wünschte. Die Stimmung in Südoldenburg bot der westfälischen Seite die Chance, ihrerseits aktiv zu werden, wobei diesmal Provinzialverwaltung und Provinzialregierung Hand in Hand arbeiteten.[34] Die Angelegenheit blieb jedoch Ende Oktober in den Vorbereitungen zu einer größeren Kampagne stecken, als die Militärregierung Hannover den von *Kopf* vorgesehenen Verbund ablehnte.

Das Interesse des westfälischen Provinzialverbandes galt jedoch nicht nur dem Verhältnis zur nördlichen Nachbarprovinz; auch mit dem Leiter der rheinischen Provinzialverwaltung, dem Ersten Landesrat *Kitz*, nahm man im August 1945 Kontakt auf. Hierbei spielten allerdings zunächst nicht territoriale Abgrenzungsprobleme eine Rolle, sondern die grundsätzliche Frage des Fortbestands der Provinzialverbände angesichts der faktischen Auflösung Preußens. Trotz gewichtiger Stimmen, die für eine Eingliederung der westfälischen Provinzialverwaltung in die Provinzialregierung plädierten, stellten sich Landeshauptmann *Salzmann* und seine Mitarbeiter auf den Standpunkt, daß dies nur in Frage komme, wenn Westfalen die Stellung eines autonomen Landes erhalte und keine Aussicht mehr auf Schaffung einer übergeordneten deutschen Regierung wenigsten im zonalen Rahmen bestehe.[35] Zwei Denkschriften der Provinzialverwaltung vom Oktober 1945 und vom März 1946 geben dem Gedanken Ausdruck, daß der Aufbau der Verwaltung in Westfalen stets auch unter dem Gesichtspunkt einer künftigen gesamtdeutschen Verwaltungsorganisation zu betrachten sei. Eine Zusammenfassung aller Provinzialbehörden, d.h. der staatlichen Instanzen und der provinziellen Selbstverwaltungsorgane, zu einer einheitlichen Länderregierung hätte nach Auffassung des Provinzialverbandes die spätere Organisation zentraler Verwaltungsebenen in unerwünschter Weise präjudiziert.[36]

Die Kontakte mit dem Rheinland dürften die leitenden Kräfte der westfälischen Provinzialverwaltung auch für die Fragen des Ruhrgebiets und der deutschen Westgrenze in besonderem Maße sensibilisiert haben. Vermutlich auf Initiative des Oberstadtdirektors von Münster, Karl *Zuhorn*, der als ehemaliger Landesrat dem Provinzialverband eng verbunden war, und des speziell für Raumfragen zuständigen Landesrats Helmut *Naunin* kamen am 27. Februar 1946 Persönlichkeiten aus Verwaltung und Öffentlichkeit in Münster zusammen, um Fragen der territorialen Gestaltung des westfälischen Raums zu beraten.[37] Neben den Konfliktpunkten im Verhältnis zu Hannover wurde nun auch erörtert, welche Konsequenzen sich für Westfalen aus der Bildung eines Ruhrstaates ergeben könnten, genauergenommen welches Hinterland ein solcher Ruhrstaat umfassen könnte. Die Anwesenden kamen überein, daß man versuchen müsse, auf den Fortgang der Planungen bzgl. eines Ruhrstaates Einfluß zu nehmen. Auf jeden Fall

33 Vgl. hierzu: U. SCHNEIDER: Niedersachsen 1945/46, 1984, S. 111f.; T. VOGELSANG, 1963, S. 52–60.

34 Siehe die Nrn. 35, 36, 38.

35 Nrn. 20, 24.

36 Denkschrift Oktober 1945: Archiv des LWL, NL Salzmann 17; Denkschrift März 1946: siehe Nr. 70.

37 Nr. 64.

sollte die Einheit Westfalens erhalten bleiben. Ob bereits in dieser Besprechung Möglichkeiten für den Zusammenschluß Westfalens mit der Nord-Rheinprovinz diskutiert wurden, läßt sich den Aussagen nicht entnehmen.

Auf deutscher Seite war man frühzeitig bestrebt, über den engen Verwaltungsraum einer Provinz oder eines Landes hinaus Absprachen zu treffen. Den führenden Kräften in Politik und Verwaltung war klar, daß die Schaffung quasi autonomer Provinzial- bzw. Länderregierungen in der britischen Zone nur eine vorübergehende Lösung sein konnte. Die Einrichtung übergeordneter deutscher Verwaltungseinheiten auf zonaler oder – falls dies möglich sein würde – überzonaler Ebene stellte eine unbedingte Notwendigkeit dar. Zudem forderte die Aufteilung des britischen Besatzungsgebiets in Klein- und Kleinstländer einerseits sowie umfänglichere Provinzen andererseits eine gebietliche Neuordnung geradezu heraus.[38] Nach ersten Kontakten zwischen Vertretern einzelner nordwestdeutscher Regionen bildete sich im Laufe des September/Oktober 1945 die Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Besatzungszone.[39] Dieses Gremium konzentrierte sich zunächst darauf, die brennenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu diskutieren und den Briten entsprechende Vorschläge zu ihrer Lösung zu unterbreiten. Bald rückten aber auch – forciert durch besatzungspolitische Maßnahmen – Fragen des generellen Verwaltungsaufbaus des britischen Besatzungsgebiets mit ins Blickfeld.

Ende August 1945 hatte die CCG/BE in Berlin anstelle der 21. Armeegruppe die Aufsicht über die einzelnen Instanzen der Militärregierung in der britischen Besatzungszone übernommen. Während die Besatzungspolitik bis zu diesem Zeitpunkt stärker auf die pragmatische Wiederingangsetzung von Wirtschaft und Verwaltung ausgerichtet gewesen war, entwickelte die Kontrollkommission, wahrscheinlich in Abstimmung mit den Londoner Stellen, gleich zu Anfang ein längerfristiges Konzept zur Gestaltung der inneren Verhältnisse der britischen Zone.[40] Die im September 1945 erlassene „Directive on Administrative, Local and Regional Government" enthielt – in Übereinstimmung mit den Leitlinien des Potsdamer Abkommens – Anweisungen über Demokratisierung und Dezentralisierung der Verwaltung.[41]

Während man noch im Herbst 1945 daran ging, die Kommunalverwaltungen nach den Vorstellungen der Direktive zu gestalten, blieben die Auswirkungen auf regionaler Ebene zunächst gering. Dies lag auch an der Direktive selbst: Einerseits propagierte diese zwar der Tendenz nach den Gedanken eines dezentralisierten Einheitsstaates, in dem die regionalen Verwaltungseinheiten nach dem Muster der englischen Grafschaften organisiert werden sollten,[42] andererseits offenbarte sie jedoch erhebliche Unsicherheit im Umgang mit der in der Besatzungszone vorgefundenen Struktur der Mittelinstanz. Insbesondere die gleichzeitige Existenz von Provinzen und Regierungs-

38 Die britische Besatzungszone umfaßte die Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Nord-Rheinprovinz, die Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe und Schaumburg-Lippe sowie den Stadtstaat Hamburg; Bremen gehörte als Exklave zur US-Zone; siehe Karte 1.

39 Hierzu: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Einleitung S. 44–46; C. SEVERING, 1950, Bd. II, S. 467–474.

40 Zur Organisation der Militärregierung bzw. zum Konzept der Besatzungspolitik 1945/46 vgl.: U. SCHNEIDER: Nach dem Sieg, 1985; U. REUSCH: Besatzungsregiment, 1985, S. 181–185.

41 Druck der Direktive: W. RUDZIO: Export, 1969, S. 223–236.

42 Ebd., S. 221.

bezirken sei eine „wasteful and unnecessarily complicated form of organisation", heißt es in der Direktive. Allerdings sei es nicht möglich, das Problem einfach dadurch zu lösen, daß man eine Ebene wegfallen lasse. Die Provinzen seien zu groß, um eine wirksame Aufsicht über die Kreise zu gewährleisten. Die Regierungsbezirke seien dagegen zu klein, um die notwendigen großflächigen Projekte durchzuführen. Gegenwärtig solle man daher die regionalen Verwaltungsinstanzen und auch die Grenzen nach Möglichkeit bewahren. Man wolle zunächst einen ständigen Ausschuß einsetzen, der das Problem untersuchen und Vorschläge machen solle.

Sieht man einmal von der Schaffung repräsentativer Körperschaften wie z.B. der beiden Provinzialräte für die Nord-Rheinprovinz und Westfalen ab, änderten die Briten an den formalen Verwaltungsstrukturen, wie sie sich im Herbst 1945 auf der regionalen Ebene herauskristallisiert hatten, in den folgenden Monaten nur wenig. Unberührt ließen sie vor allem die territoriale Einteilung der Zone. De facto wurde die verwaltungsmäßige und politische Bedeutung der Mittelinstanzen, d.h. der Länder- und Provinzialregierungen, in dieser Phase aber stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Militärregierung begann nämlich, für bestimmte Aufgabengebiete, wie etwa Finanzen oder Arbeit, zentrale zonale Einrichtungen zu schaffen, die unabhängig von den Verwaltungen auf der regionalen Ebene agierten.[43]

Gegen diese Aushöhlung der Mittelinstanzen meldeten die Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone schon Ende Oktober 1945 Bedenken an. Auf einer Konferenz in Hamburg bezogen sie Stellung gegen die Bildung zonaler Fachverwaltungen mit durchgängigem Unterbau bis hinab in die Städte und Gemeinden und forderten eine Konzentration der Verwaltung in der regionalen Mittelinstanz. Die Länderchefs spürten, daß der von den Briten angestrebte Verwaltungsaufbau, bei dem – unter Vernachlässigung der Region – vor allem eine Stärkung der kommunalen sowie der zonalen Ebene vorgesehen war, die von ihnen gewünschte Institutionalisierung eines föderalistisch strukturierten obersten Organs in der Zone gefährden mußte. Andererseits kamen jedoch die Länderchefs in Hamburg überein, die territoriale Gliederung des Besatzungsgebiets zunächst unverändert zu lassen. Während die Militärregierung der letztgenannten Anregung zustimmte, lehnte sie die beabsichtigte Zusammenfassung der Verwaltung in der Mittelinstanz ohne Umschweife ab.[44]

Der Widerstand der Länder- und Provinzchefs gegen das britische Konzept wurde im Frühjahr 1946 erneut evident. Anfang Februar wurden die Oberpräsidenten *Lehr* und *Kopf* überraschend zu einer Tagung des Länderrats nach Stuttgart eingeladen. Unterstützt von ihren süddeutschen Kollegen, gaben sie ihren Vorstellungen über die Gestaltung der britischen Zone offen Ausdruck: es seien neue lebensfähige Länder unter Berücksichtigung der geographischen, wirtschaftlichen, verkehrs- und stammesmäßigen Gegebenheiten zu schaffen. Eine Aufteilung in kleinere Gebiete, wie sie in Kreisen der britischen Militärregierung diskutiert werde, sei abzulehnen. Außerdem sprach man sich für die Bildung eines zonalen Länderorgans nach süddeutschem Vorbild aus. Den von der Kontrollkommission inzwischen ins Auge gefaßten Zonenbeirat lehnten die beiden Oberpräsidenten ab, weil diesem neben den Chefs der Länder und Provinzen auch Ver-

43 Vgl. I. GIRNDT, 1971, bes. S. 22–31, 92–121.

44 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 3, S. 136f. und Nr. 5, S. 158f.; M.E. FOELZ-SCHROETER, 1974, S. 52–54.

treter der Parteien und der zentralen Fachverwaltungen angehören sollten. *Lehr* griff auch das Problem der möglichen Abtrennung von Rhein und Ruhr auf, indem er das Bekenntnis der dortigen Bevölkerung zur Reichseinheit und die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Verbindung des Industriegebiets mit den übrigen Reichsteilen unterstrich.[45]

Bei dem wenige Wochen später stattfindenden Gegenbesuch von Mitgliedern des Stuttgarter Gremiums bei der Chefkonferenz in Bremen plädierten die Oberhäupter der britischen Zone für eine Art Länderrat auf der Basis mittelgroßer Länder anstelle des Zonenbeirats. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Mittelbehörden hingewiesen.[46] Die anderslautende Entscheidung der Militärregierung ließ sich zu diesem Zeitpunkt aber nicht mehr beeinflussen. Bereits am 6. März 1946 trat in Hamburg der Zonenbeirat zum ersten Mal zusammen. Die Länderchefkonferenz bekam damit einen inoffiziellen Charakter,[47] behielt jedoch eine gewisse Bedeutung, da man sich regelmäßig vor den Sitzungen des Zonenbeirats traf, um speziell Fragen des territorialen und verwaltungsmäßigen Aufbaus der Zone zu erörtern.[48]

Trotz allem haben die Kontakte mit dem Stuttgarter Länderrat die Diskussion in Nordwestdeutschland angeregt. Nicht nur in den zonalen Gremien kam es zu einem verstärkten Gedankenaustausch über die Probleme einer Verwaltungsreform, auch die Regionalbehörden, speziell in der Nord-Rheinprovinz und Westfalen, legten nun erste umfangreichere Entwürfe vor.[49] Allen bis dahin geäußerten Vorstellungen war allerdings eins gemein: Zwar wurden die Probleme des Verwaltungsaufbaus der Zone, insbesondere hinsichtlich der Stellung der Mittelinstanz, eingehend dargelegt, doch blieben die Ausführungen mehr oder weniger theoretisch. An eine territoriale Neugliederung – Voraussetzung für die Lösung der Verwaltungsprobleme – hatte man gemäß der Ende Oktober 1945 getroffenen Übereinkunft bisher kaum gerührt.

Soweit erkennbar, brachte der schleswig-holsteinische Oberpräsident Theodor *Steltzer* den Gedanken der territorialen Neugliederung erstmals bei der Länderchefkonferenz am 25./26. März 1946 wieder in die Debatte ein.[50] Aufgrund des Widerstands anderer Konferenzteilnehmer kam man jedoch anscheinend überein, sich bei der anschließenden Erörterung im Zonenbeirat auf das Thema „Verwaltungsreform" zu beschränken. Nun ergriff die Militärregierung jedoch selbst die Initiative und beauftragte den Zonenbeirat, die Fragen des Verwaltungsaufbaus auch hinsichtlich einer möglichen Anpassung der territorialen Gliederung zu behandeln.[51] Vermutlich als ein erster Schritt hierzu wurde von der CCG/BE die Liquidation des Landes Preußen angesehen. Am 25. März, also unmittelbar vor der Zonenbeiratssitzung, hatte sie einen entsprechenden Verordnungsentwurf angekündigt. Er sah die Umwandlung der in der britischen Zone liegenden preußischen

45 Akten zur Vorgeschichte I, 1976, Nr. 11, S. 274–289.

46 Ebd., Nr. 12, S. 290–300.

47 Ebd., Einleitung S. 48.

48 Vgl. die Nrn. 69, 138.

49 Vgl. beispielsweise: Nr. 70; „Gedanken zum Verwaltungsaufbau" von Ministerialrat i.R. *Janich*, Gruppenleiter bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, vom 19. 3. 1946 (HStA Düsseldorf, NW 96–550); von der seitens *Severings* konstatierten „Massenproduktion an Plänen" (schon für 1945; C. Severing, 1950, Bd. II, S. 476) ist allerdings nichts zu spüren.

50 Nr. 69.

51 Vgl. Akten zur Vorgeschichte I, 1976, Nr. 16, S. 374 mit Anm. 37.

Provinzen (oder ihrer Teile) in die vier Länder Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Nord-Rheinland vor. Diese Maßnahme, die britischerseits aber nicht als Vorwegnahme einer künftigen Reorganisation verstanden wurde, sollte bis zum 8. Mai 1946 durchgeführt werden.[52] Eine neue Linie der englischen Besatzungspolitik bahnte sich an. Nach einer zentralistischen Phase spielten nun föderalistische Momente im Aufbau der Zone eine zunehmende Rolle.[53]

b) Die Intensivierung der Neugliederungsdiskussion (April/Mai 1946)

Nur wenige Tage nachdem die britische Besatzungsbehörde grünes Licht für die Behandlung der Territorialfragen gegeben hatte, bot sich erneut Gelegenheit, den Gegenstand in einem Kreis kompetenter deutscher Politiker zu erörtern. Anfang April 1946 trafen sich in Stuttgart zum dritten Mal Mitglieder des Länderrats der US-Zone mit Vertretern der britischen Zone. Oberpräsident *Lehr* nutzte diese Chance, um erstmals seine Vorstellungen über eine mögliche Gliederung des nordwestdeutschen Raums vorzutragen. Die bisherige Einteilung der britischen Zone in neun Gebiete könne, so *Lehr*, nicht Grundlage einer künftigen Entwicklung sein. Vielmehr halte er, wie in Süddeutschland, eine Zusammenfassung in drei große Regionen für wünschenswert: den rheinisch-westfälischen Raum, das niedersächsische Gebiet und die Länder an der Nord- und Ostsee. Wie schon bei den vorangehenden interzonalen Tagungen legte der nordrheinische Oberpräsident ein Bekenntnis zur Einheit Deutschlands ab und gab der Entschlossenheit Ausdruck, jeden Versuch zur Abtrennung deutscher Gebiete abzuwehren.[54] In den Berichten, die *Lehr* im Anschluß an die Stuttgarter Tagung der Militärregierung Nord-Rheinprovinz bzw. dem britischen Verbindungsoffizier beim Zonenbeirat zukommen ließ, hob er – ohne allerdings die Möglichkeit der Dreiteilung zu erwähnen – nochmals hervor, daß im britischen Besatzungsgebiet eine geringere Zahl größerer Länder zu schaffen sei. Erst dann könne auch das Problem der allgemeinen Verwaltungsreform in angemessener Weise gelöst werden.[55]

Wie *Lehr* schlug auch der hannoversche Oberpräsident *Kopf* in einer Denkschrift vom 1. April eine Dreiteilung der Zone vor. Im Gegensatz zu *Lehr* umriß er speziell die Größe des vorgesehenen Landes Niedersachsen bereits sehr genau. Neben Hannover, Oldenburg und Braunschweig sollte dieses Land auch die Hansestadt Bremen, die beiden Länder Lippe sowie den größten Teil des westfälischen Regierungsbezirks Minden umfassen.[56] In Stuttgart hielt sich *Kopf* allerdings auffallend zurück, möglicherweise weil sein ebenfalls anwesender Parteifreund *Schumacher* allzu föderalistisch geprägtem Gedankengut skeptisch gegenüberstand.[57] Der designierte SPD-Vorsitzende lehnte die Schaffung von Ländern zwar nicht grundsätzlich ab, betonte aber, daß sie nur Bausteine einer

52 Schreiben des britischen Verbindungsstabes beim Zonenbeirat vom 25. 3. 1946: Bundestag ParlA, 1–151; Verordnungsentwurf: Bundestag ParlA, 1–148.

53 Vgl. hierzu die Entwicklung auf der Londoner Regierungsebene oben S. 30f.

54 Zur Stuttgarter Tagung: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 18, S. 422–441; M.E. FOELZ-SCHROETER, 1974, S. 55f.

55 Nrn. 72, 74.

56 Druck der Denkschrift *Kopfs*: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 40; vgl. auch T. VOGELSANG, 1963, S. 66f.

57 Zur gegensätzlichen Haltung von *Schumacher* und *Kopf* in der Frage der Neugliederung vgl. unten S. 66, 88.

höheren Ordnung sein könnten. Dieser Gedanke wurde auch von den Teilnehmern des Stuttgarter Treffens in einer Entschließung einstimmig zum Ausdruck gebracht.

Die Stuttgarter Tagung hat erheblich dazu beigetragen, die Neugliederungsdiskussion in der britischen Zone zu intensivieren. So unterbreitete Oberpräsident *Steltzer* Mitte April seinem nordrheinischen Kollegen *Lehr* einen Vorschlag für das weitere Vorgehen im Zonenbeirat. *Steltzer* sah es als notwendig an, neben grundsätzlichen Fragen der bundesstaatlichen Gestaltung Deutschlands bzw. des damit zusammenhängenden Verwaltungsaufbaus in der britischen Zone die Abgrenzungsfragen auf der Basis von drei Lösungsmöglichkeiten zu erörtern, nämlich der Einteilung in kleine Länder von ein bis zwei Millionen Einwohnern, einer mittleren Lösung mit etwa fünf Ländern von drei bis fünf Millionen Einwohnern oder der schon erwähnten Dreierlösung.[58]

Für die Bewohner des rheinisch-westfälischen Raums kam Anfang April ein weiterer Grund hinzu, sich mit der Materie zu befassen. Meldungen in der Presse über den Beschluß des französischen Kabinetts vom 5. April, uneingeschränkt an der Forderung zur politischen Abtrennung deutscher Gebiete festzuhalten, hatten die Hoffnung auf eine Konsolidierung der gemäßigteren Linie Ministerpräsident *Gouins* schnell zunichte gemacht und die bedrohliche Lage an der Westgrenze noch einmal in aller Schärfe ins Bewußtsein gerufen.[59] Zudem wurden durch einen Bericht der englischen Zeitung „The Observer" vom 14. April auch nähere Einzelheiten der französischen Planungen bekannt.[60] Bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz beschränkte man sich allerdings nicht darauf, nur aufgrund von Rundfunk- oder Pressemeldungen ein Bild von der internationalen Lage zu gewinnen. Bereits Anfang März hatte *Lehr* den Legationsrat a.D. Eugen *Budde* nach Süddeutschland gesandt, um dort Informationen über aktuelle politische Probleme zu sammeln. Bezeichnenderweise befaßt sich *Buddes* erster Bericht mit der bevorstehenden Regelung der Rhein-Ruhr-Frage. Die unterschiedliche Haltung der vier Alliierten in dieser Angelegenheit wird von *Budde* im großen und ganzen zutreffend und detailliert geschildert, und auch sein abschließendes Votum, in dem er eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Rheinland und Westfalen zur Erarbeitung deutscher Anregungen empfiehlt, trifft den Kern der Sache.[61]

Unmittelbarer Anlaß für Oberpräsident *Lehr*, sich erstmals mit eingehenden Neugliederungsvorschlägen an die Militärregierung in Düsseldorf zu wenden, waren jedoch weder die gesamtzonalen Erörterungen im Gefolge der Stuttgarter Tagung, noch seine Erkenntnisse über die Politik Frankreichs. Entscheidend wurde der seit März von der britischen Kontrollkommission anvisierte Plan zur Umwandlung der preußischen Provinzen in Länder. Am 16. April setzte die Militärregierung *Lehr* von diesem Plan offiziell in Kenntnis und forderte ihn auf, Namensvorschläge für ein allein aus der Nord-Rheinprovinz zu bildendes Land zu machen. Wenige Tage danach erhielt das Oberpräsidium Anweisung, in diesem Zusammenhang ein Konzept zur Straffung der Organisation der Provinzialregierung vorzulegen.[62] Diese Vorgänge müssen den nordrheinischen Politikern deutlich vor Augen geführt haben, daß die Engländer nunmehr gewillt waren, das

58 Nr. 76.

59 Z.B. Meldung der „Rheinischen Post" vom 10. 4. 1946; vgl. oben S. 31f.

60 Teilabdruck: H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 31; vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 107.

61 Nr. 73.

62 Vgl. Nr. 81 mit Anm. 2, 3.

Problem der Auflösung Preußens und die damit verbundene Reorganisation der britischen Zone ernsthaft anzupacken. Wenn man die Chance auf Berücksichtigung deutscher Interessen wahren wollte, durfte mit der Darlegung eigener konstruktiver Vorschläge nicht länger gezögert werden.

Lehr reagierte sofort. Am 17. April ließ er ein Rundschreiben an Vertreter der Öffentlichkeit in der Nord-Rheinprovinz versenden, mit der Bitte, ihm Vorschläge für die Bezeichnung des neuen Landes zu unterbreiten. Gleichzeitig beauftragte er seine engeren Mitarbeiter im Oberpräsidium, ihm Stellungnahmen zu dem Komplex Neugliederung, Verwaltungsreform und Namensgebung zugehen zu lassen.[63] Auf der Grundlage dieses Materials entwickelte der Oberpräsident seine eigenen Überlegungen, die er der Militärregierung am 25. April übermittelte. Bezüglich der Namensgebung votierte er für ›Rheinland‹. Weiterhin schlug er vor, die zur Zeit vorhandenen neun Abteilungen der Provinzialregierung in fünf zusammenzufassen. Nicht zuletzt legte er seine grundsätzlichen Gedanken zum Verwaltungsaufbau und zur territorialen Gliederung der britischen Zone dar. Er blieb bei einer Einteilung der Zone in den rheinisch-westfälischen Raum, ein Land Niedersachsen sowie eine Kombination von Schleswig-Holstein und Hamburg. Eine Aufteilung in fünf Länder, d.h. Rheinland, Westfalen, Hannover, Hamburg und Schleswig-Holstein, oder in noch kleinere Einheiten beurteilte er weniger zweckmäßig. Als Argument für die Dreierlösung führte *Lehr* neben der in sich geschlossenen wirtschaftlichen und stammesmäßigen Struktur dieser Gebiete an, daß dem Schwergewicht Bayerns in der süddeutschen Gruppierung ein wirtschaftliches Gegengewicht im rheinisch-westfälischen Raum gegenübergestellt werde.[64] Die Darlegungen *Lehrs* scheinen bei der nordrheinischen Militärregierung auf positive Resonanz gestoßen zu sein, da diese am 26. April um eine Zusammenfassung der wichtigsten Gedanken bat.[65] Am folgenden Tag gab General *Barraclough* für die vorgeschlagene neue Gliederung der Provinzialregierung in fünf Abteilungen seine prinzipielle Genehmigung. Am 30. April wurde schließlich dem Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, *Wandersleb*, die Umgestaltung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz in einen ernannten Provinzial-Landtag mit etwa 100 Mitgliedern angekündigt.[66]

So deutete Ende April alles darauf hin, daß in Kürze mit einer Umwandlung der Nord-Rheinprovinz und der anderen preußischen Provinzen in eigenständige Länder zu rechnen sei. Wie bereits aus dem entsprechenden Verordnungsentwurf der Kontrollkommission vom 25. März herauszulesen war, konnte diese Maßnahme jedoch nur als ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer endgültigen Reorganisation der britischen Zone verstanden werden.[67] Hierüber waren sich auch *Lehr* und seine Mitarbeiter im klaren; denn unbeschadet der Anweisungen zur Errichtung eines Landes Nord-Rheinland legten sie ja umfassendere Pläne zur Neugestaltung des Besatzungsgebiets vor.

Sehr viel ruhiger verlief bis zu diesem Zeitpunkt die Entwicklung in Westfalen. Im April wurde zunächst die provinzielle Selbstverwaltung aktiv. Dabei knüpfte man

63 Vgl. Nr. 81 und Nr. 85 mit Anm. 1.

64 Siehe die Nrn. 87–89.

65 Nr. 90.

66 Vgl. Nr. 95 mit Anm. 6; vgl. auch P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 204f.

67 Vgl. oben S. 40f.

an die bewährten Kontakte mit dem Rheinland an. Am 11. April hielt sich der Leiter der Abteilung Wirtschaft im nordrheinischen Oberpräsidium, Professor *Kuske*, in Münster zu einer Besprechung mit Landesrat *Naunin* auf. *Kuske* hatte bereits vor dem Krieg für die Provinzialverwaltung wissenschaftliche Abhandlungen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Provinz Westfalen verfaßt und versprach, eine derartige Arbeit eines seiner Schüler zu fördern.[68] Darüber hinaus wollte sich *Kuske* bemühen, mit seinem westfälischen Kollegen im Generalreferat Wirtschaft, Professor Erik *Nölting*, Argumente gegen einen Rhein-Ruhr-Staat festzulegen. Möglicherweise resultierte aus dem Kontakt mit *Nölting* ein Vortrag des Düsseldorfer Abteilungsleiters im münsterschen Oberpräsidium Mitte Mai. Ansonsten ist von einer Abstimmung der beiden Wirtschaftsabteilungen nichts zu spüren.[69]

Erst gegen Mitte April griff die Provinzialregierung selbst ins Geschehen ein. Der Anstoß hierzu dürfte allerdings einmal mehr von seiten der Provinzialverwaltung bzw. des eng mit dieser zusammenarbeitenden Oberstadtdirektors *Zuhorn* ausgegangen sein. Am 16. April 1946 hatte man beim Provinzialverband eine Information über angebliche Pläne der Briten zur Aufteilung der Besatzungszone in vier Gebiete erhalten, wobei die Provinz Westfalen zum einen Teil dem Rheinland, zum anderen Teil einem neuen Land Niedersachsen zugeschlagen werden sollte. Der Umstand, daß diese Nachricht von einem Offizier der Militärregierung Hannover stammte, mußte die Westfalen aufgrund ihres Mißtrauens gegenüber dem nördlichen Nachbarn hellhörig werden lassen.[70] Nur zwei Tage später lud Provinzial-Pressechef *Stricker* zu einer Informationsveranstaltung der Provinzialregierung über die Frage der Neugliederung der britischen Zone ein, auf der *Zuhorn* das Hauptreferat halten sollte.[71]

Kurz darauf, am 20. April, legte auch Generalreferent *Menzel*, der in den folgenden Monaten die Federführung bezüglich dieses Fragenkomplexes innerhalb des Oberpräsidiums übernahm, eine Denkschrift zum „Neuaufbau des Reiches" vor.[72] Die hierin entwickelten Gedanken sind grundlegend für alle späteren Äußerungen *Menzels* auf diesem Gebiet. Im Gegensatz zu den konkreten Plänen *Lehrs* waren seine Überlegungen viel allgemeinerer, theoretischer Natur. Ihm ging es um die Schaffung idealtypischer Länder, denen sich später innerhalb eines klar gegliederten Reichsganzen fest umrissene Funktionen zuweisen ließen. Als eine diesem Konzept angemessene Möglichkeit wurde in der Denkschrift nur beiläufig eine Gliederung der Zone in fünf Provinzen erwähnt: Nordrheinland, Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein und eine Nordseeprovinz.

Als weiteres Indiz einer bevorstehenden Neugliederung der Zone galt der westfälischen Provinzialregierung die beabsichtigte Eingliederung von Schaumburg-Lippe in die Provinz Hannover. Aufgrund des anhaltenden Widerstands der schaumburg-lippischen Bevölkerung gegen die Verwaltungshoheit westfälischer Stellen waren die Militärregierungen in Hannover und Münster übereingekommen, diesen Schritt möglichst bis zum 1. Mai zu vollziehen. Oberpräsident *Amelunxen*, der einen ersten Termin zur Besprechung dieser Angelegenheit am 17. April nicht hatte wahrnehmen können, meldete

68 Siehe Nr. 75; die Provinzialverwaltung bemühte sich in dieser Phase aber auch um die Ausarbeitung eigener Stellungnahmen (vgl. beispielsweise Nr. 79); zur Haltung *Kuskes* unten S. 68, 88.

69 Vgl. Nr. 117, Anm. 3.

70 Nr. 80; vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 107.

71 Nr. 83.

72 Vgl. Nr. 103, Anm. 1; unten S. 47.

jedoch Bedenken an. Er bat, die Eingliederung zurückzustellen, bis die Frage der Neugliederung als Ganzes im Zonenbeirat besprochen worden sei. Außerdem müsse man die landwirtschaftlichen Überschüsse von Schaumburg-Lippe für Westfalen erhalten. Da das Provinzial-Detachment in Münster letzterem Gedanken beipflichtete und zudem erklärte, die Angliederung von Schaumburg-Lippe an Hannover stelle kein Präjudiz im Rahmen einer späteren Neugliederung dar, konnte Mitte Mai der Übergang problemlos vollzogen werden.[73]

Unverkennbar war in Westfalen – wie schon im Spätsommer 1945 – auch während des April 1946 das Augenmerk vornehmlich auf die vermeintliche territoriale Bedrohung von Norden her gerichtet. Erst auf der Eröffnungssitzung des westfälischen Provinzialrats am 30. April wurde die Rhein-Ruhr-Frage mit in den Gesichtskreis einbezogen. Allerdings war die dort einstimmig verabschiedete Resolution „gegen alle Bestrebungen, das Rhein-Ruhr-Gebiet aus dem Bestand des Deutschen Reiches zu lösen", in erster Linie von den Parteiführern formuliert worden. Die Provinzialregierung hatte nur beratend zur Seite gestanden.[74]

Waren während des April erste Grundpositionen in der Frage der gebietlichen Neuordnung der britischen Zone entwickelt worden, so trieb die Diskussion speziell über das weitere Schicksal des rheinisch-westfälischen Raums im Mai 1946 einem vorläufigen Höhepunkt zu. Dabei gaben sowohl gesamtzonale Beratungen als auch neue Nachrichten über die britischen Absichten wieder entscheidende Impulse. Auf der dritten Sitzung des Zonenbeirats am 2./3. Mai wurde der Komplex Neugliederung/Verwaltungsreform zunächst im Rechts- und Verfassungsausschuß beraten, wobei der schleswig-holsteinische Oberpräsident *Steltzer* als Referent ein Fünfländermodell für Nordwestdeutschland befürwortete. Eine Einteilung in drei Länder war für *Steltzer* dagegen nur bei erheblichen Eingriffen in die gewachsenen Strukturen erreichbar, womit insbesondere auf eine Teilung Westfalens angespielt wurde.[75] Vermutlich aufgrund kontroverser Auffassungen kam das Problem der territorialen Gliederung anschließend im Plenum nicht mehr zur Sprache. Man beschränkte sich darauf, fünf allgemeine Leitsätze zur Verwaltungsreform vorzustellen und die Kontrollkommission zu ersuchen, „in der Frage des weiteren staatsrechtlichen Schicksals der britischen Zone oder ihrer Teile keine Entschließung ohne vorherige gutachtliche Stellungnahme des Zonenbeirats zu treffen."[76] Wichtiger als der interne Meinungsaustausch im Zonenbeirat war ohne Zweifel die Tatsache, daß Anfang Mai die britischen Deutschlandplanungen auch für die deutsche Seite schärfere Konturen gewannen. Am 3. Mai konnte man der Presse entnehmen, der britische Außenminister habe der französischen Regierung zwei neue Vorschläge zur Lösung des Ruhrproblems unterbreitet, von denen der eine auf eine Verstaatlichung der Ruhrindustrie unter deutscher Verwaltung hinauslaufe, während der andere eine internationale Kontrolle vorsehe.[77] Nur wenige Tage später, am 10. Mai, wurde bekannt, daß mit dieser Initiative *Bevins* gleichzeitig ein Plan zur Schaffung eines Ruhrstaates innerhalb eines bundesstaatlich strukturierten Deutschland verbunden war.[78]

73 Vgl. die Nrn. 82, 109; U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 198–201.

74 Siehe Nr. 96 mit Anm. 4.

75 Nr. 97.

76 AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 19, S. 459f.

77 Z.B. „Freiheit" vom 3. 5. 1946; vgl. dazu oben S. 31.

78 „Freiheit" vom 10. 5. 1946 (basierend auf einer Meldung des „Daily Telegraph" vom 6. 5. 1946).

Zwei Tage später erschien im „Observer" ein Bericht mit weiteren Einzelheiten über den „*Bevin*-Plan", wie er nun genannt wurde. Danach beabsichtigten die Engländer, in ihrer Zone drei Länder einzurichten, von denen eines das Rhein-Ruhr-Gebiet sowie den größten Teil von Westfalen umfassen sollte.[79] Es ist anzunehmen, daß dieser Bericht offiziösen Charakter hatte und dazu dienen sollte, die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit zu testen; denn zur selben Zeit bemühte sich auch die britische Kontrollkommission in direktem Kontakt mit deutschen Politikern, ein Meinungsbild zu gewinnen. So war der Zonenvorsitzende der CDU, *Adenauer*, bereits am 28. April von einem Mitglied der Politischen Abteilung der CCG/BE gefragt worden, ob er für den Zusammenschluß von Westfalen (ohne den Regierungsbezirk Minden) mit der Nord-Rheinprovinz zu einem Land oder für die Bildung von zwei Ländern aus diesem Territorium sei.[80] In ähnlicher Weise wurde diese Frage Anfang Mai in einem Gespräch zwischen dem Controller[81] der Militärregierung Westfalen, Major *Emck*, und dem stellvertretenden Oberpräsidenten *von Oer* angeschnitten.[82] Während *Adenauer* sich für einen Zusammenschluß aussprach, wies *von Oer* auf den Wunsch weiter Kreise der Bevölkerung hin, die Grenze zum Rheinland nicht zu verändern, dagegen die alten westfälischen Landesteile – wie etwa Osnabrück – der Provinz wieder anzugliedern.

Der Informationsfluß in den ersten Maitagen 1946 veranlaßte auch Oberpräsident *Lehr*, ein weiteres Mal bei der Militärregierung in Düsseldorf Vorstellungen über die Neugliederung des Besatzungsgebietes vorzubringen. Wiederum befürwortete er eine Dreigliederung der Zone, fügte jedoch ein neues Argument hinzu: Durch den Fortfall der landwirtschaftlichen Teile im Süden der alten Rheinprovinz sei die Nord-Rheinprovinz schwer getroffen. Eine Zusammenfassung lediglich der hochindustrialisierten Gebiete des Rheinlandes und Westfalens müsse zu einer einseitigen, krisenanfälligen Struktur führen. Deshalb stelle der landwirtschaftliche Teil Westfalens in seiner ganzen Ausdehnung zur Zeit einen unentbehrlichen Ausgleich für das rheinisch-westfälische Wirtschaftsgebiet dar.[83] Noch eingehender wurden die Argumente für eine Dreigliederung in einem Memorandum dargelegt, das aller Wahrscheinlichkeit nach am 15. Mai von *Lehr* dem britischen Militärgouverneur Sholto *Douglas* bei seinem Besuch in Düsseldorf übergeben wurde.[84] Hier wurden von rheinischer Seite zum ersten Mal die Grenzen eines Land Rheinland-Westfalen genau umrissen. Es sollte aus der Nord-Rheinprovinz, der Provinz Westfalen, dem Land Lippe sowie Teilen des Regierungsbezirks Osnabrück bestehen. Darüber hinaus enthält das Memorandum einen speziellen Anhang, in dem die schwerwiegenden wirtschaftlichen Gründe erörtert wurden, die die Erweiterung Westfalens nach Norden sowie den Einbezug Lippe-Detmolds notwendig machen würden.

Während die Planungen im Mai rasche Fortschritte machten, wurde die von der Militärregierung Mitte April angekündigte faktische Umwandlung der Nord-Rheinprovinz in ein eigenständiges Land plötzlich hinausgezögert. Ende April/Anfang

79 Nr. 111.

80 Vgl. Nr. 94; unten S. 62.

81 Zur Funktion des „Controller" siehe Nr. 63, Anm. 3.

82 Nr. 108.

83 Nr. 102; vgl. auch die Ausführungen *Lehrs* vor dem nordrheinischen Provinzialrat am 6. 5. 1946 (Nr. 100).

84 Nr. 115 mit Anm. 2; vgl. zu diesem Dokument: W. KÖHLER, 1961, S. 122; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 84; *Lehr* hatte Ende Mai 1946 in Hamburg noch einmal persönlich Kontakt mit *Douglas* (P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 214).

Mai scheint der Controller der Düsseldorfer Militärregierung, Major *Askwith*, neue Anweisungen der CCG/BE erhalten zu haben.[85] Jedenfalls lehnte er am 6. Mai die von *Lehr* in Vorschlag gebrachte und von *Barraclough* bereits akzeptierte Neueinteilung der Provinzialregierung in fünf Abteilungen ab. Er bestand darauf, „aus politischen Gründen" wenigsten sieben Abteilungen in der Nord-Rheinprovinz einzurichten. Ein Organisationsplan der Provinzialregierung vom 20. Mai zeigt, daß man durch die interne Zusammenfassung von Wirtschaft und Landwirtschaft sowie der Abteilungen Volkswohlfahrt und Öffentliche Gesundheit tatsächlich eine Reduzierung auf sieben Ressorts vorgenommen hat. Nach außen hin blieb jedoch vorläufig alles beim Alten, da an der Spitze der neuen „Doppelabteilungen" weiterhin zwei Abteilungsleiter fungierten.[86] Wie Kontakte des Oberpräsidenten mit der Militärregierung und auch mit *Adenauer* belegen, wurden bis in den Juli hinein weitere Vorbereitungen zur Umwandlung der Provinz in ein eigenes Land getroffen.[87] Die Durchführung dieser Maßnahme blieb jedoch aus. Offensichtlich hat die britische Kontrollkommission nach der positiven Stellungnahme des Londoner Kabinetts zur Bildung eines Rhein-Ruhr-Landes vom 17. April ihren Plan zur Umwandlung der ehemals preußischen Provinzen in Länder zunächst auf Eis gelegt. Die zumindest von der Militärregierung Nord-Rheinprovinz dennoch fortgeführten Vorplanungen mögen dadurch zu erklären sein, daß man in jedem Fall auf die Bildung eines Landes – sei es auf der Grundlage der Nord-Rheinprovinz, sei es in einem größeren Rahmen – vorbereitet sein wollte.[88]

In Westfalen nahm Generalreferent *Menzel* die Zonenbeiratssitzung von Anfang Mai zum Anlaß, um die in seiner Denkschrift vom April niedergelegten Grundgedanken in einer überarbeiteten Form zu verbreiten. In der neuen Fassung vom 6. Mai werden konkrete Möglichkeiten zur territorialen Gliederung der britischen Zone nicht mehr genannt. *Menzel* bezeichnet die Schaffung von Ländern mit etwa fünf bis sechs Millionen Einwohnern als ideal, entsprechend einer Einteilung der Zone in vier bis fünf Gebiete. Hierbei schwebt ihm ein klarer Verwaltungsaufbau mit nicht mehr als drei Instanzen vor: Stadt-/Landkreis, Land, Reich.[89] Eine Verwirklichung dieses Plans hätte somit die Auflösung sowohl der Regierungspräsidien als auch der provinziellen Selbstverwaltung zur Folge gehabt. Legt man die von *Menzel* ins Auge gefaßte Ländergröße zugrunde, wird deutlich, daß er an ein eigenständiges Land Westfalen dachte.

Gerade Anfang Mai schien die Hoffnung auf westfälische Eigenständigkeit einen realen Hintergrund zu besitzen. Auf der Eröffnungssitzung des westfälischen Provinzialrats am 30. April 1946 hatte ein Vertreter der Militärregierung angekündigt, in Kürze sei mit der Berufung eines Ernannten Landtags sowie mit der Bildung von Ministerien für die Provinz Westfalen zu rechnen.[90] Damit wurden auch hier, mit zeit-

85 Aller Wahrscheinlichkeit nach war *Askwith* Ende April/Anfang Mai 1946 nicht in Düsseldorf (vgl. Nr. 101).

86 Nr. 101 mit Anm. 6.

87 Vgl. die Nrn. 106, 130, 131, 133, 137, 145, 187, 189; ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nrn. 235, 237, 238, 254.

88 Eine genauere Klärung der Vorgänge bei der CCG/BE und den regionalen Militärbehörden und des Wechselspiels zwischen diesen beiden Ebenen ist erst möglich, wenn die entsprechenden Akten – sofern überhaupt noch vorhanden – vollständig ausgewertet worden sind; eine Übersicht über die britische Aktenlage bietet: J. FOSCHEPOTH/R. STEININGER: Deutschland- und Besatzungspolitik, 1985, S. 307–310.

89 Nr. 103.

90 Nr. 96.

licher Verzögerung gegenüber der Nord-Rheinprovinz, die Vorbereitungen für die Umwandlung der Provinz in ein Land eingeleitet. Am 9. Mai übersandte das Provinzial-Detachment Oberpräsident *Amelunxen* genaue Richtlinien für die Durchführung dieser Maßnahme. Kern dieser Anweisung, die offiziell auf den 10. Mai datiert wurde, war die Errichtung einer Provinzialregierung mit zehn Ministerien, für deren Organisation, Aufgaben und Befugnisse der Oberpräsident in Zusammenarbeit mit dem Provinzialrat Vorschläge erarbeiten sollte. Bezüglich der territorialen Gliederung wurde hinzugefügt, daß keine weiteren Grenzveränderungen in der Zone geplant seien, bis die Frage der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt worden sei.[91] *Amelunxen* wollte die Angelegenheit zunächst in aller Ruhe behandeln, doch drängte Major *Emck* in einem Gespräch mit Regierungspräsident *von Oer* darauf, den Hauptausschuß des Provinzialrats auf seiner nächsten Sitzung am 14. Mai zu informieren und die deutschen Vorschläge bis zum 1. Juli vorzulegen.[92]

Obwohl auch der westfälischen Provinzialregierung die Nachrichten über die Schaffung eines Ruhrstaates und einer möglichen Teilung Westfalens nicht unbekannt geblieben waren, müssen diese Informationen auf *Amelunxen* und seinen Generalreferenten beruhigend gewirkt haben. Die Vorbereitungen für ein Land Westfalen liefen ja bereits an, und Grenzveränderungen sollten nur nach Anhörung deutscher Stellen vorgenommen werden. Dementsprechend lehnten *Amelunxen* und *Menzel* in der Hauptausschußsitzung des westfälischen Provinzialrats am 14. Mai die inzwischen nicht nur im Düsseldorfer Oberpräsidium, sondern auch im Umfeld des westfälischen Provinzialverbandes propagierten Pläne für eine Zusammenlegung Westfalens mit der Nord-Rheinprovinz entschieden ab. Angesichts der Bedrohung des Rhein-Ruhr-Gebiets argumentierte *Menzel* sogar, ein Land Rheinland-Westfalen würde „das Ruhrgebiet zu einer Besonderheit hervorheben und damit die Absicht fördern, es von Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu trennen."[93]

Noch am selben Tag erhielt die Provinzialregierung einen erheblichen Dämpfer. Die Militärregierung nahm nämlich die Anweisung vom 10. Mai zurück. Es hieß, der Oberpräsident solle sie als nicht-existent betrachten.[94] Vermutlich war in der Zwischenzeit der Controller der Militärregierung Westfalen, wie zuvor schon sein Düsseldorfer Kollege, von der CCG/BE davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Plan zur Umwandlung der Provinzen in Länder zunächst auszusetzen sei. Im Gegensatz zur Nord-Rheinprovinz scheint die Besatzungsbehörde in Westfalen daraufhin auch alle weiteren internen Vorbereitungen vorläufig gestoppt zu haben.[95]

Unterdessen beschritt eine zweite Gruppe in Westfalen einen anderen Weg als die Provinzialregierung. In den ersten Maitagen hatte der münstersche Oberstadtdirektor *Zuhorn* einen ersten Entwurf für ein „Rahmengesetz über die Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen" formuliert.[96] Im ersten Artikel dieses sogenannten Rahmenplans wurde die Vereinigung der Nord-Rheinprovinz und der Provinz Westfalen unter Ein-

91 Nr. 107 mit Anm. 1.

92 Nr. 108.

93 Siehe Nr. 113a,b; vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 321.

94 Vgl. Nr. 108, Anm. 6.

95 Wie Anm. 88.

96 Siehe Nr. 112a mit Anm. 1, 2.

schluß des Regierungsbezirks Osnabrück und Lippe-Detmolds zu einem Land gefordert. In weiteren neun Artikeln wurden Grundzüge der Verwaltungsorganisation des Landes beschrieben und als deren besonderes Merkmal zwei getrennte Provinzialverwaltungen für den rheinischen bzw. westfälischen Teil herausgestellt. Am 14. Mai legte *Zuhorn*, nachdem ihn Landesrat *Naunin* noch einmal auf die Auswirkungen des *Bevin*-Plans für die Provinz Westfalen aufmerksam gemacht hatte,[97] eine endgültige Fassung seines Rahmenplans vor. Gleichzeitig steuerte *Naunin* eine ausführliche Begründung hierzu bei.[98]

Für den Rahmenplan sprachen aus der Sicht seiner Befürworter mehrere Gründe: die Verhinderung der Teilung Westfalens, die Erhaltung der provinziellen Selbstverwaltung sowie die Bewahrung eines ausgewogen strukturierten rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraums. Im Gegensatz zur Provinzialregierung scheint *Zuhorn* die Bedrohung der Einheit Westfalens – und zugleich derjenigen des Deutschen Reiches – angesichts der Pläne für einen Ruhrstaat als sehr real empfunden zu haben. Anzeichen sprechen dafür, daß er bei einer weniger prekären außenpolitischen Situation durchaus die Schaffung eines eigenständigen Landes Westfalen befürwortet hätte.[99] Unter den gegebenen Umständen, die einen Zusammenschluß mit dem Rheinland als unvermeidlich erscheinen ließen, war die Erhaltung der provinziellen Selbstverwaltung eine „conditio sine qua non" für ihn. Nur auf diesem Wege konnte immerhin ein Stück politischer und kultureller Selbständigkeit Westfalens bewahrt und nicht zuletzt auch die Stellung der Stadt Münster als zentralen Verwaltungsortes gesichert werden.[100]

Für die Provinzialverwaltung dagegen war klar, daß ihr Überleben neben einer mit voller staatlicher Kompetenz ausgestatteten Landesregierung in dem eng begrenzten Raum Westfalen nicht von Dauer sein konnte. Darüber hinaus wurde die westfälische Eigenart für Landeshauptmann *Salzmann* und seine Mitarbeiter eo ipso eher durch das Prinzip der Selbstverwaltung als durch staatliche Institutionen verkörpert. Auch der wirtschaftliche Aspekt ist wahrscheinlich in erster Linie von seiten des Provinzialverbandes, und nicht von *Zuhorn* selbst, mit in den Begründungszusammenhang einbezogen worden. Als ersten Grund für die Bestimmung der Grenzen des Landes Rheinland-Westfalen nennt Landesrat *Naunin* in seiner Begründung die starke wirtschaftliche Verflechtung des engeren Ruhrgebiets mit einem weiten wirtschaftlichen Hinterland, das Sieger- und Sauerland, den bergischen Raum und im Norden Minden-Ravensberg, Osnabrück und Lippe mit umfasse. Auch die alt-westfälischen Gebiete des oldenburgischen Münsterlandes gehören für ihn noch zu diesem zusammenhängenden Wirtschaftsraum. In einem Rückblick betont *Naunin* noch einmal, daß man der Konzeption der Provinzialregierung mit Skepsis begegnet sei, weil eine Staatsgrenze durch das Ruhrgebiet ungleich komplizierter zu überbrücken gewesen wäre als die kaum fühlbare Grenze zweier Provinzialverbände.[101] Es fällt auf, wie sehr die wirtschaftlichen Argumente *Naunins* denjenigen der Düsseldorfer Experten ähnlich sind. Vermutlich haben hier beide Seiten auf das ihnen bekannte Gedankengut *Kuskes* zurückgegriffen.

97 Vgl. H. NAUNIN: Rückblick, 1984, S. 8.

98 Nr. 112b.

99 Vgl. Nr. 20 mit Anm. 4.

100 Für den Hinweis, daß auch die Stadt Münster in den Überlegungen *Zuhorns* eine Rolle spielte, ist Herrn Dr. H. *Naunin*, Erster Landesrat a.D. (Münster), zu danken.

101 H. NAUNIN: Rückblick, 1984, S. 8f.

c) Das Ringen um ein Land Rheinland-Westfalen (Mai – Juli 1946)

Am 16. Mai kam es zu einem ersten ausführlichen Meinungsaustausch zwischen rheinischen und westfälischen Akteuren über das weitere Schicksal ihrer Heimatprovinzen. *Zuhorn* und *Naunin* machten bei einem Besuch in Düsseldorf den Oberpräsidenten, dessen persönlichen Referenten Oberregierungsrat Gerhard *Schröder* sowie die Abteilungsleiter *Wandersleb* und *Kitz* mit ihrem Plan bekannt.[102] Während *Kitz* – seinerseits der Gedankenwelt der rheinischen Provinzialverwaltung verhaftet – befürchtete, ein Land Rheinland-Westfalen könne die Wiedervereinigung der Rheinprovinz erschweren, versicherte *Lehr* den Westfalen, daß er mit ihrer Auffassung übereinstimme. Insbesondere befürwortete er – im Sinne der westfälischen Provinzialverwaltung – bei Schaffung eines gemeinsamen Landes die Beibehaltung zweier getrennter Provinzialverbände. Auf Anregung *Zuhorns* und *Naunins* war er auch bereit, zukünftig die Einbeziehung nicht nur von Teilen, sondern des ganzen Regierungsbezirks Osnabrück zu fordern.

Die Darlegungen *Lehrs* in diesem Gespräch machen übrigens deutlich, daß sein Eintreten für den Zusammenschluß der beiden Provinzen nicht allein auf den gegenüber den Briten offiziell herausgestellten wirtschaftlichen Motiven beruhte, sondern auch außenpolitische Momente immense Bedeutung hatten. Durch die Bildung eines starken, weit nach Westen verankerten Landes sollte das Rheinland gegen Absplitterungen geschützt und die Zugehörigkeit zum Reich auf Dauer gesichert werden. Der nordrheinische Oberpräsident wies am Ende des Gesprächs darauf hin, daß es notwenig sei, noch vor der nächsten Sitzung des Zonenbeirats ein Einvernehmen zwischen Westfalen und dem Rheinland herzustellen, und kündigte in diesem Sinne eine Kontaktaufnahme mit *Amelunxen* an.

Am folgenden Tag setzte sich *Lehr* auch mit dem Hannoveraner Oberpräsidenten *Kopf* und dem lippischen Landespräsidenten *Drake* in Verbindung, um für seine Vorstellungen von einem Land Rheinland-Westfalen zu werben.[103] Zu ersten informellen Sondierungen bei der Provinzialregierung in Münster entsandte *Lehr* den zuvor bereits in Süddeutschland für ihn tätig gewordenen Legationsrat a.D. *Budde*. In seinem Bericht vom 18. Mai teilte *Budde* mit, in den Gesprächen mit *Amelunxen*, *Höpker-Aschoff* und *Menzel* sei der Wunsch erkennbar geworden, ein eigenes Land Westfalen zu bilden. Er, *Budde*, habe dagegen gehalten, es sei zwar u.U. zweckmäßig, wenn Westfalen nach außen an diesem Gedanken festhalte, intern müsse man jedoch auf ein Land Rhein-Ruhr vorbereitet sein. Eine Analyse der außenpolitischen Situation zeige, daß mit der Bildung eines solchen Landes als kleinstem Nenner zwischen den englischen und französischen Plänen in jedem Fall zu rechnen sei.[104]

Die unterschiedlichen Standpunkte der beiden Provinzialregierungen trafen auch bei der von *Lehr* angeregten Besprechung am 19. Mai in Bielefeld aufeinander. Hieran

102 Vgl. die Nrn. 116, 117; dazu K. ZUHORN, 1955, S. 111–113; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 214; bereits vor dem Treffen war der *Zuhorn*-Plan Oberpräsident *Lehr* durch den Düsseldorfer Oberstadtdirektor Walter *Kolb* zur Kenntnis gebracht worden (*Kolb* an *Lehr* vom 11. 5. 1946: Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218).

103 Siehe Nr. 119 mit Anm. 1; vgl. T. VOGELSANG, 1963, S. 67; U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 212, die vermutet, das Schreiben *Lehrs* an *Drake* habe den Anstoß für direkte Verhandlungen zwischen den beiden gegeben; tatsächlich ist aber unklar, ob weitere Verhandlungen zwischen *Lehr* und *Drake* stattgefunden haben (hierzu: H. LICHTENSTEIN, 1968, S. 147f.).

104 Nr. 122.

nahmen westfälischerseits Generalreferent *Menzel* und für die Nord-Rheinprovinz *Wandersleb* und *Schröder* teil.[105] In der Frage des allgemeinen Verwaltungsaufbaus der britischen Zone, speziell in bezug auf die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den zentralen Stellen und den Ländern als Mittelinstanzen, erzielten die Gesprächsteilnehmer weitgehende Übereinstimmung. Ebenso stellte man fest, daß hinsichtlich der angestrebten Organisationsform der Landesregierung nur ein formaler, jedoch kein sachlicher Gegensatz bestehe. Beim Problem der territorialen Neugliederung gingen indes die Meinungen auseinander. *Menzel* plädierte wiederholtermaßen für eine Gliederung der Zone in fünf Länder unter Beibehaltung Westfalens und der Nord-Rheinprovinz. Erst als ihm die rheinischen Vertreter noch einmal vor Augen führten, daß nach den derzeitig vorliegenden außenpolitischen Erkenntnissen mit der Bildung eines Ruhrstaates unter Teilung der Provinz Westfalen zu rechnen sei, räumte *Menzel* ein, „daß der letzte Stand der außenpolitischen Diskussion in Münster bisher noch nicht entsprechend berücksichtigt sei und daß unter diesen Umständen tatsächlich der Zusammenschluß eingehender überdacht und gegebenenfalls vorbereitet werden müsse." Man einigte sich darauf, bis zum nächsten Zusammentreffen der beiden Oberpräsidenten auf der Länderchefkonferenz in Lübeck am 26. Mai weitere Informationen zur internationalen Lage einzuziehen und, falls diese die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses bestätigen sollten, gemeinsame Schritte zu unternehmen.

Inzwischen hatte Oberpräsident *Lehr* das Ende der ersten Session der Pariser Außenministerkonferenz (15. Mai) zum Anlaß genommen, um seinen engeren Mitarbeitern ein Resümee der englischen, französischen und amerikanischen Haltung in der Rhein-Ruhr-Frage vorzutragen mit der Bitte, ihm bis zu seiner Reise nach Lübeck weiteres Material zuzuleiten.[106] Aufgrund der Erfahrungen der Bielefelder Besprechung stellte daraufhin Oberregierungsrat *Schröder* am 23. Mai angesichts der internationalen Lage für das weitere Vorgehen der nordrheinischen Provinzialregierung vier Leitlinien auf:[107] 1. Zwar solle der Wunsch nach einer Wiedervereinigung der Rheinprovinz nicht aufgegeben werden, doch müsse man zunächst die britische Besatzungszone als Gegebenheit zugrunde legen. 2. Der *Bevin*-Plan sei grundsätzlich zu befürworten, da eine Dreigliederung der britischen Zone dem Lebensinteresse der Nord-Rheinprovinz gerecht werde. Allerdings sei gleichzeitig die Erhaltung Gesamt-Westfalens anzustreben, da eine reine Industrieprovinz eine Totgeburt sei. 3. Bei der Erörterung dieser Fragen dürfe man die gesamtdeutsche Dikussion nicht aus den Augen verlieren. So sei die Möglichkeit eines stärkeren Zusammenschlusses der westlichen Besatzungszonen ins Auge zu fassen, da die Mitwirkung Sowjetrußlands an der von den USA und England angestrebten (gesamtdeutschen) Lösung zweifelhaft sei. Innerhalb einer Föderation der drei Westzonen habe der rheinisch-westfälische Zusammenschluß durchaus seine Berechtigung, und auch das Wiederzusammenwachsen des ganzen Rheinlandes sei nicht unwahrscheinlich. 4. In der Diskussion mit Westfalen müsse herausgestellt werden, daß die Nord-Rheinprovinz keine Annexionsgelüste habe und daß die nordrheinische Provinzialregierung mithelfen wolle, eine Teilung der Provinz Westfalen zu verhüten.[108]

105 Nr. 125; vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 321.

106 Nr. 123.

107 Nr. 131.

108 Vgl. Nr. 131, Anm. 5.

Wie reagierte man im Oberpräsidium in Münster auf die Verbreitung des *Zuhorn*-Plans bzw. das Angebot der Nord-Rheinprovinz zur Zusammenarbeit? Vor allem die Haltung *Amelunxens* dürfte entscheidend dafür gewesen sein, daß keine grundsätzliche Änderung der Politik der Provinzialregierung erfolgte. Allem Anschein nach hinderte ihn das Mißtrauen gegenüber den rheinischen Politikern, den Männern der Provinzialverwaltung und auch gegenüber Hannover daran, den internationalen Geschehnissen die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Bereits als ihm Landesrat *Naunin* von dem Treffen mit *Lehr* am 16. Mai berichtete, qualifizierte er die Pläne für ein Land Rheinland-Westfalen ab und äußerte sinngemäß, die Engländer möchten sich selbst an ihn wenden, wenn sie in dieser Angelegenheit Vorschläge haben wollten.[109] Tatsächlich haben verschiedene Indizien *Amelunxen* auch nach dem vorläufigen Stopp des Plans zur Umwandlung der Provinz in ein Land darin bestärkt, damit rechnen zu können, daß die Militärbehörden das Problem der Neugliederung in jedem Fall erst dem Zonenbeirat zur Beratung vorlegen würden. Eine Absprache mit der rheinischen Seite oder gar gemeinsame Aktivitäten müssen dem westfälischen Oberpräsidenten und seinen Mitarbeitern daher als voreilig erschienen sein.

Infolge dieser Einstellung wurde auf der Besprechung der Chefs der Länder und Provinzen in Lübeck am 26. Mai 1946 die Gelegenheit vertan, ein Einvernehmen zwischen *Lehr* und *Amelunxen* herzustellen und gemeinsam gegenüber der Besatzungsmacht aufzutreten.[110] Bei der Zusammenkunft legte aber nicht nur die westfälische Seite große Zurückhaltung an den Tag, auch die kleineren Länder, insbesondere Oldenburg und Braunschweig, verfolgten eigene Interessen, so daß eine Übereinkunft der Länderchefs in der Gebietsfrage nicht zu finden war.[111] Man konnte sich lediglich auf die Formel einigen, daß die Provinzen und Länder der britischen Zone bereit seien, zur Erhaltung des Rhein-Ruhr-Gebiets im Reichsverband alle erdenklichen Opfer zu bringen. Auch in der anschließenden Zonenbeiratssitzung in Hamburg kam man in der Frage Verwaltungsreform/Länderneugliederung nicht weiter. Es wurde lediglich eine Sondersitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses in Bad Godesberg zur eingehenden Beratung der Materie vereinbart.[112]

Wie skeptisch *Lehr* nach den Tagungen in Lübeck und Hamburg die Aussicht beurteilte, eine Mehrheit im Zonenbeirat für den Zusammenschluß von Nord-Rheinland und Westfalen zu finden, läßt sich einem Gespräch am 31. Mai mit dem stellvertretenden Präsidenten der Governmental Subcommission, der für Verwaltungs- und Neugliederungsfragen zuständigen Stelle der Kontrollkommission, Austen *Albu* und dessen Begleiter Oberst Noel *Annan* entnehmen.[113] Wenige Tage vor der entscheidenden Sitzung in London am 6. Juni 1946[114] waren *Albu* und *Annan* in Düsseldorf erschienen, um die Auffassung *Lehrs* als Experten in der Länderneugliederungsfrage noch einmal zu hören. Auch wenn *Albu*

109 Für die mündliche Auskunft ist Herrn Dr. H. *Naunin*, Erster Landesrat a.D. (Münster), zu danken; vgl. auch K. Teppe: Amelunxen, 1979, S. 59f.

110 Vgl. Nr. 138.

111 Hierzu die späteren Aussagen *Lehrs* vom 31. 5. 1946 (Nr. 140).

112 Vgl. Nr. 139; Akten zur Vorgeschichte I, 1976, Nr. 22, S. 528.

113 Siehe Nr. 140; außer mit *Albu* und *Annan* lassen sich direkte Kontakte *Lehrs* auch nachweisen mit Militärgouverneur Sholto *Douglas* (Nr. 115), dessen persönlichem Berater Sir William *Strang* (Nr. 140, Anm. 8) sowie General Michael *Balfour* vom britischen Hauptquartier in Lübbecke (Nr. 117).

114 Vgl. oben S. 32f.

ausdrücklich betonte, daß die Zukunft des Rhein-Ruhr-Gebiets nicht in den Händen der britischen Stellen in Deutschland liege, so gewinnt man doch den Eindruck, daß die Kontrollkommission bei einer positiveren Auskunft *Lehrs* über die Haltung des Zonenbeirats die Chance genutzt hätte, dieses Gremium einzuspannen, um der von ihr vertretenen Idee der „großen Lösung" bei der Schaffung des neuen Landes in London nachdrücklich Gehör zu verschaffen. So konnte *Albu* dem nordrheinischen Oberpräsidenten immerhin versichern, daß der beste deutsche Vorschlag, der das Hauptquartier der Militärregierung erreiche, maßgeblichen Einfluß auf die Neugestaltung der britischen Zone nehmen werde.

Anfang Juni 1946 verdichteten sich ein weiteres Mal die Meldungen über die Planungen der Londoner Regierung bzw. der CCG/BE in bezug auf die Neuordnung Deutschlands und der britischen Zone. Besonders die Ausführungen *Bevins* vor dem Unterhaus über die Schaffung einer selbständigen Ruhrprovinz fanden große Beachtung in Rundfunk und Presse. Im Zusammenhang damit wurde darüber spekuliert, welche Gestalt das von *Bevin* angekündigte bundesstaatliche Deutschland haben könnte. Es war die Rede von elf bis dreizehn Bundesstaaten, die der britische Plan mit Zustimmung der Amerikaner für das gesamte Reich vorsehe.[115] Überdies gab die Kontrollkommission am 6. Juni eine Mitteilung an die Presse, daß beschlossen worden sei, einen Sonderausschuß des Zonenbeirats mit der Frage der regionalen Neugliederung zu beauftragen. Dabei wurde jedoch die Einschränkung gemacht, daß eine Erörterung der Zukunft des Rhein-Ruhr-Gebiets gegenwärtig noch nicht zur Zuständigkeit des Zonenbeirats gehöre.[116]

Bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz muß man gespürt haben, daß die Phase zur Entwicklung eigenständiger deutscher Aktivitäten damit ihrem Ende zuging. Im Vergleich zum Mai lassen sich die Aktionen Oberpräsident *Lehrs* in Sachen Neugliederung im Juni/Juli 1946 an einer Hand abzählen. An britische Stellen, in diesem Fall die Militärregierung in Düsseldorf, wandte *Lehr* sich überhaupt nur noch ein einziges Mal mit einem Schreiben vom 12. Juni, in dem er eher beiläufig erwähnte, daß eine Beseitigung der mißlichen Versorgungslage engstens mit seinem Vorschlag verknüpft sei, ein weites landwirtschaftliches Hinterland für die Nord-Rheinprovinz zu schaffen.[117] Von gewisser Bedeutung war für ihn nur die Tagung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats in Bad Godesberg am 13./14. Juni. *Lehr* wies hier noch einmal alle Pläne zur Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebiets zurück und betonte, bei der Neugliederung seien nicht nur die politischen und administrativen, sondern vor allem auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Mit dieser Auffassung stand er im Kreis der Länderchefs und Parteiführer allein da. Überhaupt traten auf der Godesberger Tagung die divergierenden Auffassungen unter den Deutschen einmal mehr zu Tage; die Erörterung bestimmter Fragen wurde von vornherein abgeblockt. So reagierten etwa *Amelunxen* und *Kopf* auf die Frage nach ihrer Meinung mit Stillschweigen.[118]

Die Zurückhaltung, die *Amelunxen* in Bad Godesberg an den Tag legte, täuscht darüber hinweg, daß sich die Aktivitäten der westfälischen Provinzialregierung während der Monate Juni/Juli 1946 verstärkten. Am 3. Juni erstattete der Oberpräsident dem Haupt-

115 Vgl. die Nrn. 144, 158, 165, 167.

116 Nr. 147; vgl. die Nrn. 151, 161a.

117 HStA Düsseldorf, NW 53–312.

118 Vgl. Nr. 161a mit Anm. 20.

ausschuß des Provinzialrats einen Bericht über die Beratungen der Länderchefs und des Zonenbeirats in Lübeck und Hamburg.[119] Über die Verhandlungen mit dem Düsseldorfer Oberpräsidium und die Bedeutung der von rheinischer Seite vorgebrachten Argumente für einen Zusammenschluß ließ er kein Wort verlauten. Immerhin war man in Münster angesichts der britischen Pläne aber vorsichtig genug, die ablehende Haltung gegenüber einem Land Rheinland-Westfalen nicht mit letzter Konsequenz nach außen hin zu vertreten. Darüber hinaus leitete man vorsorglich eine Kampagne zur Mobilisierung der Öffentlichkeit in Ostwestfalen ein. Dieser Gebietsteil schien – sieht man vom Teilungskonzept des *Bevin*-Plans einmal ganz ab – sowohl aufgrund der Ansprüche Hannovers als auch wegen einer dort vor allem in landwirtschaftlichen Kreisen verbreiteten unterschwelligen Strömung gegen die Zentrale in Münster am ehesten gefährdet zu sein. Wie die Reaktion aus dem Minden-Ravensberger Raum auf die Bemühungen der Provinzialregierung zeigt, hätte der weitaus größte Teil der dortigen Bevölkerung eine Abkopplung von Westfalen aber kaum toleriert.[120]

Die Generalreferenten standen, soweit überhaupt Äußerungen von ihrer Seite vorliegen, hinter der Linie *Amelunxens*. Besonders der Generalreferent für Finanzen, *Höpker-Aschoff*, und der stellvertretende Oberpräsident *von Oer* lehnten – ebenso wie *Menzel* – den Plan zur Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen vehement ab: Namentlich bei Erweiterung durch Lippe, Osnabrück und Südoldenburg sei Westfalen groß genug, um ein eigenes Land zu werden; es sei zweifelhaft, ob sich Rheinländer und Westfalen in einem Staat vertragen würden; die Süd-Rheinprovinz drohe verlorenzugehen; die Zugehörigkeit von Rheinland und Ruhrgebiet zum Reich werde durch diese Staatsbildung nicht gesichert; der Zugriff Hannovers auf Minden-Ravensberg und die außerhalb der Provinz liegenden westfälischen Gebiete werde erleichtert; der Verwaltungsaufbau werde – insbesondere durch die angestrebte Beibehaltung der Provinzialverwaltung – erheblich kompliziert.[121]

Mit diesen Argumenten wurde die Initiative *Zuhorns* und *Naunins* unmißverständlich zurückgewiesen. Der Rahmenplan, der inzwischen in weiten Kreisen Verbreitung gefunden hatte und auch der Militärregierung zugänglich gemacht worden war,[122] mußte der Provinzialregierung aufgrund seiner westfälischen Urheberschaft ein besonderer Dorn im Auge sein. Trotz des grundsätzlichen Gegensatzes hinsichtlich des Zusammengehens mit dem Rheinland kam es zwischen der westfälischen Provinzialregierung und der Provinzialverwaltung dort zu einer Zusammenarbeit, wo beide das gleiche Ziel verfolgten: nämlich die Einheit Westfalens in jedem Fall zu erhalten und nach Möglichkeit angrenzende altwestfälische Gebiete in das – wie auch immer beschaffene – neue Land einzubeziehen. *Zuhorn* und *Naunin*, aber auch Landeshauptmann *Salzmann* selbst, entwickelten vielfältige Aktivitäten, um diesem Ziel näher zu kommen.[123] Dabei nutzte *Salzmann* seine Stellung als Vorsitzender des Westfälischen Heimatbundes, um über diese Institution die Auffassung des Provinzialverbandes zu verbreiten.[124] Besonderen Erfolg hatte

119 Siehe Nr. 141.

120 Vgl. die Nrn. 148, 149, 164, 165, 171, 177, 183, 190.

121 Vgl. die Nrn. 143, 160.

122 Siehe Nr. 112a, Anm. 4.

123 Vgl. die Nrn. 129, 142, 159, 171, 183.

124 Vgl. Nr. 149, Anm. 2 und Nr. 163, Anm. 1; zu den Aktivitäten westfälischer Heimatvereine auch: H. NAUNIN: Rückblick, 1984, S. 9; K. ZUHORN, 1955, S. 119.

ein Referat *Zuhorns* vor Vertretern südoldenburgischer Kreise, in dessen Folge aus den Landkreisen Lingen, Meppen, Cloppenburg und Vechta Resolutionen eingingen, in denen für den Fall einer künftigen Neugliederung der Anschluß an Westfalen gefordert war. Die Provinzialregierung, der *Zuhorn* die Resolutionen zugänglich machte, griff diese für Westfalen positiven Bekundungen auf.[125] Im Gegensatz zur Einstellung im Oldenburger Münsterland fällt auf, daß aus dem Raum um Osnabrück keine positive Resonanz auf die Annäherungsversuche seitens der Provinz Westfalen zu verzeichnen ist. Dies dürfte vor allem mit der Stellung der Stadt Osnabrück zusammenhängen, die als Konkurrent zur westfälischen Metropole Münster größere Vorteile von einem Verbleib bei Hannover erwartete.[126]

Mitte Juni 1946 bekam der Verlauf der Geschehnisse in Westfalen, insbesondere aus Sicht der Provinzialregierung, eine entscheidende Wende, als der Kommandeur der regionalen Militärregierung, General *Chadwick*, den Mitte Mai zurückgenommenen Plan zur Schaffung einer westfälischen Landesregierung überraschend am 17. Juni erneut vorlegte. Dabei fehlt jedoch derjenige Passus, in dem ursprünglich eine Anhörung deutscher Stellen zu den territorialen Grenzveränderungen angekündigt wurde. Die deutschen Vorschläge sollten bis zum 27. Juli der Militärregierung eingereicht werden.[127] Die Frage, warum die Militärregierung ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt diese Idee wieder aufnahm, ist nicht leicht zu beantworten. Man kann nur vermuten, daß die CCG/BE nach der positiven Aufnahme ihrer Vorstellungen in London für ein großes, aus beiden Provinzen bestehendes Land die organisatorischen Voraussetzungen für den Zusammenschluß weiter vorantreiben wollte. Wahrscheinlich sollte der Stand der Planungen in Münster demjenigen im Düsseldorfer Oberpräsidium angepaßt werden, wo ja zumindest intern einige Änderungen durchgeführt bzw. weitere Schritte vorbereitet worden waren.[128]

Bei der westfälischen Provinzialregierung mußte die britische Anweisung natürlich einen ganz anderen Eindruck hervorrufen. *Amelunxen* und seine Mitstreiter waren jetzt vollends überzeugt, daß die einmalige Chance offeriert wurde, die Provinz Westfalen in ein Land mit staatlichem Charakter umzuformen. Deswegen glaubte man auch, nunmehr den Standpunkt der Provinzialregierung offiziell präsentieren zu können. Mit dem Anspruch, für die gesamte Bevölkerung Westfalens zu sprechen, verkündete der Oberpräsident auf einer Pressekonferenz am 24. Juni 1946, die Provinz habe genau die richtige Größe, um die Funktion eines Landes innerhalb Deutschlands zu erfüllen. Er begründete noch einmal das Anrecht Westfalens auf Lippe, Osnabrück und Südoldenburg. Über den Plan für ein Land Rheinland-Westfalen verlor er kein Wort.[129]

Auch gegenüber der Provinzialverwaltung schlug man im Oberpräsidium unmittelbar nach Bekanntwerden der britischen Anweisung eine schärfere Gangart an. Am 27. Juni teilte der Generalreferent Finanzen, *Höpker-Aschoff*, Landesrat Leonhard *Westermann* vertraulich mit, *Menzel* habe bereits im Entwurf eine Verfügung vorgelegt,

125 Vgl. Nr. 156.

126 Vgl. Nr. 153.

127 Druck der Anweisung vom 17. 6. 1946: K. ZUHORN, 1955, Anlage 7; vgl. Nr. 107 mit Anm. 2, 13.

128 K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 322 vermutet dagegen Koordinierungs- oder sogar Konzeptionsdifferenzen zwischen der regionalen Militärverwaltung, der CCG/BE und den Londoner Ministerien; vgl. oben S. 47 und Anm. 88.

129 Nr. 169.

nach der die vollständige Eingliederung der Provinzialverwaltung in die Provinzialregierung in nächster Zeit durchzuführen sei. Ebenfalls sei eine Auflösung der Regierungspräsidien geplant.[130] Am 2. Juli unterrichtete *Amelunxen* den Hauptausschuß des Provinzialrats über die neueste Entwicklung und vereinbarte mit den Parteiführern, ihnen in Kürze weiteres Material betreffend die Umbildung der Provinzialregierung zukommen zu lassen. Mitte Juli sollte die Materie eingehend beraten und eine Vorlage für die Militärregierung formuliert werden.[131]

Mitten in diese Vorbereitungen zur Bildung einer westfälischen Landesregierung platzte am 4. Juli ein Schreiben der britischen Kontrollkommission an den Zonenbeirat, in welchem definitiv die Modalitäten für die Einrichtung eines Sonderausschusses „Neuaufbau der Länder in der britischen Zone" bekanntgegeben und dessen Aufgaben im einzelnen umrissen wurden. Bis zum 30. September des Jahres sollte der Sonderausschuß sein Votum zur territorialen Neugliederung und zum Verwaltungsaufbau vorlegen. Hierbei waren gewisse Vorgaben von britischer Seite zu beachten: Zum einen sollten nicht mehr als fünf – wenn möglich weniger – Länder gebildet werden; zum anderen – und das ist entscheidend – sollte die Frage der Stellung von „Nordrhein/Westfalen" zunächst zurückgestellt werden. Hierüber könne der Zonenbeirat u.U. zu einem späteren Zeitpunkt beraten.[132]

Spätestens als der Sonderausschuß auf der Sitzung des Hamburger Zonenbeirats am 10./11. Juli eingerichtet wurde,[133] müßte der westfälischen Provinzialregierung deutlich geworden sein, daß ihr Vorhaben, die Bildung eines eigenen Landes Westfalen im Zonenbeirat durchzufechten, gescheitert war. Doch selbst jetzt gab Generalreferent *Menzel* die Hoffnung noch nicht auf. Die Zurückstellung der Frage „Nordrhein/Westfalen" im Sonderausschuß besagte nach seiner Interpretation lediglich, daß man das Ruhrproblem nicht erörtern dürfe, jedoch durchaus dazu Stellung nehmen könne, ob Rheinland und Westfalen nach Lage der Dinge zusammengehen oder selbständig bleiben sollten. Dieser Auffassung entsprechend plädierte *Menzel* ein letztes Mal für eine Gliederung der Zone in fünf Länder.[134]

Am 17. Juli 1946 wurde man in Münster mit der Wirklichkeit konfrontiert. Um 10.30 Uhr – noch vor Bekanntwerden der amtlichen Mitteilung – informierte Oberpräsident *Amelunxen* den Hauptausschuß des Provinzialrats darüber, daß laut einer Erklärung der Militärregierung aus Rheinland und Westfalen ein Land mit der Hauptstadt Düsseldorf gebildet werde. Man spürt anhand des Sitzungsprotokolls, wie überrascht die Versammelten gewesen sein müssen. Die Mitglieder des Hauptausschusses äußerten einmütig, „daß man nichts anderes tun könne, als diese schicksalhafte Erklärung zur Kenntnis zu nehmen." Um 11.00 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.[135] Als am Abend desselben Tages der Rundfunk die offizielle Verlautbarung der Militärregierung über die Errichtung des Landes Nordrhein-Westfalen verbreitete, wurde auch weiteren Kreisen der

130 Nr. 174; vgl. auch die Ausführungen *Menzels* vor dem Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats am 2. 7. 1946 (Nr. 180).

131 Nr. 180; vgl. auch Nr. 186.

132 Vgl. Nr. 147, Anm. 1, 2.

133 Hierzu AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 25, S. 612–616.

134 Nr. 188.

135 Nr. 191.

Bevölkerung deutlich, daß damit ein neuer Abschnitt in der Geschichte von Rheinland und Westfalen begonnen hatte.[136]

3. Stellungnahmen von kommunaler Seite

Auf der kommunalen Ebene war die enge strukturelle Verflechtung zwischen Rheinland und Westfalen schon in den ersten Nachkriegsmonaten von erheblicher Bedeutung. Zunächst waren es vor allem die größeren Ruhrgebietsstädte, die miteinander Kontakt aufnahmen, um der aus dem Zusammenbruch herrührenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme sowie der Schwierigkeiten des Verwaltungslebens Herr zu werden. Bald kamen jedoch die Chefs der städtischen Verwaltungen aus dem gesamten nordrheinischen und westfälischen Raum zu informellen Treffen zusammen. Aus dieser Initiative entwickelte sich – unter Hinzuziehung der kreisfreien Städte aus anderen Regionen der britischen Zone – allmählich der „Deutsche Städtetag in der Britischen Zone", der im Frühjahr 1946 von der Militärregierung die Genehmigung zu seiner provisorischen Konstituierung erhielt. Zum vorläufigen Vorsitzenden des Städtetages wurde Anfang Mai der Kölner Oberbürgermeister Hermann *Pünder* gewählt, der in der Folgezeit einer der beharrlichsten Befürworter eines Landes Rheinland-Westfalen war.[137]

Bereits Mitte April 1946 hatte *Pünder* einen Besuch des britischen Deutschlandministers *Hynd* in Köln benutzt, um diesem gegenüber die französischen Ansprüche auf das Rheinland zurückzuweisen. Die Kölner und die Rheinländer hätten den dringenden Wunsch, bei Deutschland zu bleiben, heißt es in *Pünders* Stellungnahme, die er *Hynd* übergab. Wenig später wurde von seiten des Control Office mitgeteilt, daß man die Darlegungen *Pünders* wohlwollend prüfen werde.[138]

Der enge Kontakt mit dem Oberstadtdirektor von Münster, *Zuhorn*, hat den Kölner Oberbürgermeister wahrscheinlich inspiriert, seine anfänglich eher defensive Haltung aufzugeben und durch einen konstruktiven Plan zur Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen den französischen Ambitionen entgegenzutreten. Es ist anzunehmen, daß *Zuhorn* und *Pünder* schon am 4. Mai auf einer Vorstandsitzung des Deutschen Städtetages in Braunschweig die Probleme der Bildung eines Ruhrstaates miteinander besprochen haben. Jedenfalls formulierte *Zuhorn* im Anschluß an diese Sitzung den ersten Entwurf seines Rahmengesetzes zur Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen und stellte diesen am 9. Mai auf einer Konferenz der Oberstadtdirektoren der rheinisch-westfälischen Städte zur Diskussion. Die Gedanken *Zuhorns* wurden seitens der städtischen Vertreter allerdings mit Zurückhaltung aufgenommen. Man einigte sich zunächst darauf, einen Ausschuß aus den Vorstandsmitgliedern des Deutschen Städtetages zur weiteren Erörterung der Frage zu bilden.[139]

Einige Tage später, am 16. Mai, legte *Pünder* seinerseits den *Zuhornschen* Entwurf auf einer Tagung der Oberbügermeister der kreisfreien Städte von Nord-Rhein und West-

136 Nr. 192; Vermerk *Drakes* über die Rundfunkmeldung vom 17. 7. 1946: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 46.

137 Vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 104; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 45f.

138 Siehe Nr. 77 mit Anm. 3.

139 Vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 109f., 111; Protokoll der Konferenz vom 9. 5. 1946: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn/Deutscher Städtetag 16; Nr. 112a.

falen in Essen vor. Die anschließende Mitteilung *Pünders* an *Zuhorn*, der Entwurf sei mit großem Interesse aufgenommen worden,[140] trifft wohl nur bedingt zu. Tatsächlich hatte sich die Versammlung in Essen lediglich darauf einigen können, einen Ausschuß einzusetzen, der bis zur ersten umfassenden rheinisch-westfälischen Städtekonferenz, die für den 6. Juni geplant war, versuchen sollte, eine bestimmte Linie festzulegen.[141] Vermutlich hat *Pünder* in Essen schon Anzeichen der Ablehnung gegenüber dem Rahmenplan gespürt, so daß ihm klar war, daß keineswegs mit einem positiven Votum der Städtekonferenz zu rechnen sei. Denn anstatt den vorgesehenen Termin abzuwarten, warf er nun – ohne entsprechende Legitimation – seine Position als vorläufiger Vorsitzender des Deutschen Städtetages zugunsten eines Zusammenschlusses der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen ins Rennen. In einem Schreiben vom 25. Mai, ausgefertigt namens des Deutschen Städtetages, setzte er sich bei der CCG/BE für die Schaffung eines Landes Rheinland-Westfalen ein. Dabei suggerierte er zugleich, dieser Gedanke sei auf den verschiedenen Konferenzen der Kommunen positiv aufgenommen worden.[142]

Die Argumente und Vorstellungen, die *Pünder* zugunsten einer Vereinigung der beiden Provinzen vorbrachte, sind denen *Zuhorns* und *Naunins* recht ähnlich. Insbesondere plädiert er wie diese für die Bewahrung der westfälischen Einheit und den Erhalt getrennter Provinzialverbände. Allerdings rückt bei *Pünder* die Rheinland-Problematik eindeutiger mit ins Blickfeld. Unverblümt weist er die französischen Forderungen zurück: Die Sicherheit Frankreichs sei bei Fortbestand der bisherigen Reichsgrenzen besser garantiert als durch die Errichtung eines oder mehrerer Kleinstaaten an Rhein und Ruhr unter internationaler Aufsicht. Außerdem sei es dringend geboten, auch die rheinischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier dem neuen Land anzugliedern.

Zeitgleich mit der Militärregierung machte *Pünder* den Inhalt seines Schreibens zahlreichen deutschen Stellen zugänglich. Insbesondere sprach er persönlich im Düsseldorfer Oberpräsidium vor, wo seine Aktivitäten ausdrücklich begrüßt und eine engere Zusammenarbeit auf diesem Feld vereinbart wurden.[143] Konträr waren dagegen die Meinungen über *Pünders* Plan bei der westfälischen Provinzialregierung. Generalreferent *Höpker-Aschoff* und der stellvertretende Oberpräsident *von Oer* wandten sich persönlich an den Kölner Oberbürgermeister, um dessen Argumente aus Sicht der Provinzialregierung zu widerlegen.[144] Inwiefern *Pünders* Stellungnahme seitens der Besatzungsbehörde rezipiert worden ist, läßt sich nicht sagen. Immerhin dürfte sein Schreiben rechtzeitig vor der bedeutsamen Londoner Sitzung am 6. Juni bei der Kontrollkommission eingegangen sein. Unzutreffend ist allerdings die spätere Aussage *Pünders*, er habe seine Vorstellungen Ende Mai/Anfang Juni Deutschlandminister *Hynd* persönlich bei einem ersten Treffen dargelegt. Tatsächlich fand die erste Begegnung der beiden – wie erwähnt – schon im April statt und wird von *Pünder* in seinen Memoiren wohl irrtümlich zeitlich verlegt.[145]

---

140 Vgl. Nr. 129 mit Anm. 1.

141 Hinweise auf die Tagung vom 16. 5. 1946 in einem Protokoll vom 31. 5. 1946: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn/Deutscher Städtetag 16; vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 111.

142 Nr. 135; vgl. hierzu: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 212f.; K. ZUHORN, 1955, S. 114f.

143 Vgl. Nr. 137.

144 Vgl. die Nrn. 143, 160.

145 Irreführend sind auch die Aussagen *Pünders*, die Schar der Befürworter der Landesgründung sei ungewöhnlich klein gewesen bzw. seine Eingabe sei von seinen britischen Gesprächspartnern als erster und einzig konstruktiver Plan bezeichnet worden (H. PÜNDER, 1968, S. 297–301); vgl. Nr. 77, Anm. 1 und

Auf der rheinisch-westfälischen Städtekonferenz vom 6. Juni 1946 fand das eigenmächtige Vorgehen *Pünders* keine Billigung. Zwar wurde er von *Zuhorn* und einigen anderen Delegierten unterstützt, doch sprach sich die Mehrheit der städtischen Oberhäupter gegen eine Entschließung des Städtetags in dieser Angelegenheit aus. *Pünder* war gezwungen zu erklären, er habe bei den Ausführungen gegenüber der Militärregierung nur für seine Person gesprochen. Besonders der Oberbürgermeister von Hagen und spätere Ministerpräsident des Landes, Fritz *Steinhoff*, lehnte – hierbei letztlich die Haltung des SPD-Vorstands in Hannover vertretend – eine derartige Entschließung ab.[146] Die politischen Fragen der Neugliederung müßten Sache der Parteien sein. Diese Auffassung wurde auch von CDU-Vertretern, so etwa dem Herforder Oberbürgermeister Friedrich *Holzapfel*, vertreten.[147] Ebenso läßt sich seitens der politischen Spitze der Stadt Dortmund Widerstand gegen *Pünder* ausmachen, nicht nur aus parteipolitischen Gründen, sondern auch weil Oberbürgermeister *Henßler* im Falle eines Zusammenschlusses der beiden Provinzen befürchtete, daß die größte westfälische Kommune hinter Köln und Essen auf die dritte Position zurückfallen würde.[148] Erst auf einer Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages am 22. Juni in Köln gelang es *Pünder*, teilweise eine Politisierung in seinem Sinn herbeizuführen. Zumindest wurde jetzt eine Pressenotiz veröffentlicht, nach der sich der Vorstand explizit gegen eine Abtrennung von Rhein und Ruhr und für die Schaffung leistungsfähiger Länder aussprach.[149]

Sieht man von den Aktivitäten *Pünders* bzw. den Ereignissen im Umfeld der Städtekonferenzen einmal ab, gibt es nur wenige Anzeichen für kommunale Aktionen in bezug auf die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Auf die unter Mitwirkung *Zuhorns* gefaßten Resolutionen der südoldenburgischen Kreise Vechta, Lingen, Cloppenburg und Meppen wurde bereits hingewiesen.[150] Auch bei einer Tagung der Landräte und Oberkreisdirektoren des Regierungsbezirks Münster fanden *Zuhorns* Vorstellungen anscheinend überwiegende Zustimmung. Besonders sensibel für die aus der internationalen Lage resultierenden Gefahren waren naturgemäß die Vertreter der Städte im Ruhrgebiet. So machten beispielsweise die Stadtvertretungen von Wattenscheid, Herne und Gladbeck in Entschließungen Front gegen separatistische Bestrebungen.[151] Anders war die Perspektive in Ostwestfalen. Hier sprach sich der Kreistag des Kreises Höxter Anfang Juni 1946 gegen die Pläne aus, gewisse Teile Westfalens der Provinz Hannover anzugliedern.[152]

Nr. 135, Anm. 3; kritisch gegenüber *Pünder* bereits: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 213; mit Überbewertung der Eingabe *Pünders*: W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 107–109; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 790–793; H. NAUNIN: Rückblick, 1984, S. 8.

146 Vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 116; zu positive Schilderung bei H. PÜNDER, 1968, S. 299f.; siehe auch Nr. 135, Anm. 4.

147 Vgl. Nr. 177.

148 Für diesen Hinweis ist Herrn Dr. H. *Naunin*, Erster Landesrat a.D. (Münster), zu danken; zur Haltung *Henßlers* in diesem Zusammenhang vgl. besonders Nr. 141.

149 Protokoll der Vorstandssitzung vom 22. 6. 1946: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn/Deutscher Städtetag 16; die Pressenotiz folgt inhaltlich der Entschließung des nordrheinischen Provinzialrats vom 7. 6. 1946 (Nr. 151).

150 Vgl. oben S. 55.

151 Vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 113f., 119; Resolution der Stadtvertretung Wattenscheid vom 14. 6. 1946: HStA Düsseldorf, NW 57–152.

152 Nr. 149.

4. Die Haltung der Parteien

a) CDU

Bei der Mitte 1945 im Rheinland und in Westfalen entstehenden Christlich Demokratischen Partei waren die Überlegungen hinsichtlich der staatlichen Neugestaltung anfangs vornehmlich auf das gesamte Deutsche Reich gerichtet. Das Schicksal der Region zwischen Rhein und Weser lag weitgehend noch außerhalb des Blickfelds der Parteigründer; denn im Gegensatz zu den Provinzial- und Länderregierungen wurden die im Aufbau begriffenen Parteiführungen nicht so unmittelbar mit den alltäglichen Konsequenzen des zonalen Verwaltungsgefüges konfrontiert und zeigten daher bis zum Frühjahr 1946 nur wenig Interesse an Fragen der verwaltungsmäßigen und territorialen Organisation der britischen Zone. Überhaupt beherrschten programmatische Aussagen zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen das Feld, während der Komplex der staatspolitischen Neuordnung Deutschlands zumeist nur sehr knapp und allgemein behandelt wurde.[153] So heißt es in dem frühesten im rheinischen Raum nach dem Krieg entstandenen Parteiprogramm, den Kölner Leitsätzen der CDP vom Juni 1945, lediglich: „Der Zentralismus wird als undeutsch abgelehnt. Deutschland gliedert sich in selbständige freie Länder. Ihr Zusammenschluß erfolgt in der Form des freien republikanischen Bundes."[154] Die zur selben Zeit in Westfalen im Umfeld der späteren CDP verfaßten Programme enthalten keinen Hinweis auf den staatlich-territorialen Aufbau Deutschlands.[155]

Die Aussage in den Kölner Leitsätzen muß Anlaß zu Mißverständnissen hinsichtlich des Gedankens der Reichseinheit geboten haben, denn in der überarbeiteten Fassung vom September 1945, die unter dem Titel „Leitsätze der CDP in Rheinland und Westfalen" bekannt geworden ist, ist nun eindeutiger vom Reich als Bundesstaat und von der Pflicht der Wahrung der deutschen Einheit die Rede.[156] Deutlich wird jedenfalls, daß die frühe CDP im rheinisch-westfälischen Raum eine föderalistische Gestaltung Deutschlands anstrebte. Auch im Neheim-Hüstener Programm, das die mittlerweile in CDU umbenannte und auf zonaler Ebene organisierte Partei am 1. März 1946 verabschiedete, wurde erneut die Idee des Föderalismus bekräftigt.[157]

Im Gegensatz zur Gesamtpartei machte sich der Kölner Oberbürgermeister *Adenauer* schon Monate vor seiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone eingehende Gedanken über die innerdeutsche und gesamteuropäische Bedeutung des rheinisch-westfälischen Gebiets.[158] Aus einem Schreiben vom 5. Juli 1945 geht hervor, daß er die Nord-Rheinprovinz für die Wahrnehmung gewisser staatlicher Aufgaben als zu kleinflächig empfand und daher die Bildung einer „Staatsregierung" unter *Fuchs* ab-

153 Vgl. W. FÖRST: Entstehung, 1984, S. 41; W. FÖRST: Möglichkeiten, 1981, S. 277; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 788.

154 K.-J. RUHL, 1982, Nr. 77, S. 196.

155 Vgl. G. SCHWARZE, 1984, Dokumente Nr. 2 und 3, S. 330–334.

156 H. PÜTZ, 1975, Nr. 2; vgl. G. SCHWARZE, 1984, S. 112f.

157 Vgl. H. PÜTZ, 1975, Nr. 5; allg. zur Föderalismus-Diskussion innerhalb der frühen CDU/CSU: R. LEY, 1978.

158 Die frühzeitige Meinungsbildung *Adenauers* ist auch darauf zurückzuführen, daß er an eigene Überlegungen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg anknüpfen konnte (vgl. K.D. ERDMANN, 1966, S. 203); hierzu neuerdings auch: H. KÜSTERS/H.P. MENSING, 1986.

lehnte.[159] Seine Überlegungen über die weitere staatliche Entwicklung Westdeutschlands legte er im Herbst 1945 bzw. noch einmal auf dem Zonenparteitag in Neheim-Hüsten im März 1946 dar. Zwar erkannte *Adenauer* das Bedürfnis Frankreichs nach Sicherheit an, doch hielt er die Abtrennung eines Rhein-Ruhr-Staates in diesem Zusammenhang für äußerst gefährlich. Die Loslösung eines solches Staates von Deutschland bewirke, daß die restlichen Teile der Westzonen – wie bereits Mittel- und Ostdeutschland – auf nicht absehbare Zeit unter sowjetischen Einfluß gelangen würden. Dagegen könne ein Rhein-Ruhr-Staat innerhalb Deutschlands Garant für die französische Sicherheit und auch den europäischen Wiederaufbau sein, wenn seine Wirtschaft aufs engste mit derjenigen Frankreichs, Hollands, Belgiens und Luxemburgs verbunden werde.[160] *Adenauer* befürwortete also bereits damals einen Zusammenschluß des Rheinlands (einschließlich der in der französischen Zone gelegenen Teile) mit Westfalen, ohne allerdings hierfür einen genaueren Rahmen zu definieren.

Adenauers Haltung hat ihm, insbesondere von westfälischer Seite, Mißtrauen eingetragen, da nicht gewährleistet schien, daß er sich mit voller Kraft für die Einheit Deutschlands einsetzen würde. Man unterstellte ihm separatistische Neigungen.[161] Seine Kritiker unterlagen in diesem Punkt jedoch einem Mißverständnis: Zwar war die Idee eines zentralistisch regierten Deutschen Reiches unter preußischer Führung für *Adenauer* überholt, der Gedanke an einen deutschen Staatenbund französischer Prägung lag ihm aber fern. *Adenauer* orientierte sich eindeutig an der Linie der CDU zugunsten einer bundesstaatlichen Lösung.[162]

Nach der Übernahme des Parteivorsitzes der rheinischen CDU im Februar 1946 standen für *Adenauer* jedoch nicht theoretische Überlegungen über die Rolle der Nord-Rheinprovinz im Rahmen einer Neuordnung Deutschlands im Mittelpunkt, sondern seine Politik war zunächst eher pragmatisch angelegt: Es galt, seiner Partei im Düsseldorfer Oberpräsidium und im Provinzialrat angemessenen politischen Einfluß zu verschaffen.[163] Gleichzeitig war mit den Manövern *Adenauers* gegenüber der Provinzialregierung aber auch die Absicht verbunden, den eigenen Führungsanspruch im Landesverband durchzusetzen. Ähnlich lagen die Dinge zu diesem Zeitpunkt in Westfalen. Hier wurden die Kräfte der CDU insbesondere durch die Bildung des westfälischen Provinzialrats sowie die interne Auseinandersetzung mit der Zentrumspartei in Anspruch genommen.[164] Ende März 1946 sind aber erste Ansätze eines Nachdenkens über das künftige Schicksal des rheinisch-westfälischen Raums seitens der dortigen CDU zu verzeichnen. Verschiedentlich wurden Resolutionen gegen die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebiets von rheinischen bzw. westfälischen CDU-Vertretern mitgetragen.[165] Allerdings ist zu vermuten, daß die Initiative zu diesen Entschließungen vornehmlich von den anderen Parteien, SPD, KPD und FDP, ausging.[166]

---

159 ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 22.

160 Ebd., Nr. 121A, Nr. 127; vgl. K. ADENAUER, 1965, S. 34f., 39–41; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 425–442; H.-P. SCHWARZ, 1986, S. 447–466.

161 Nr. 55; vgl. auch Nr. 53.

162 Vgl. R. MORSEY: Aufstieg, 1971, S. 23, 27.

163 Vgl. oben S. 23.

164 Vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 290f., 295f.; G. SCHWARZE, 1984, S. 58–120, 195.

165 Vgl. die Nrn. 68b, 96; Entschließung vom 31. 3. 1946 anläßlich einer Kundgebung der Parteien in Münster (vgl. Nr. 78, Anm. 2).

166 Hierzu unten S. 67, 71.

Erst mit dem von der CCG/BE eingeleiteten Prozeß der Umwandlung der preußischen Provinzen in Länder und dem Bekanntwerden des *Bevin*-Plans Anfang Mai 1946 wurden innerhalb der CDU die Probleme von Verwaltung und territorialer Struktur der britischen Zone auf breiterer Basis diskutiert. *Adenauer* erfuhr Ende April von einem Mitglied der britischen Kontrollkommission, daß ein Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen – allerdings ohne den Regierungsbezirk Minden – zum Spektrum britischer Planungen gehörte. Nach seiner Meinung befragt, sprach er sich für einen derartigen Zusammenschluß und gegen die Bildung von zwei Ländern in diesem Raum aus.[167] Aufgrund des Kontakts mit der Militärregierung scheint *Adenauer* zu diesem Zeitpunkt darauf gehofft zu haben, daß die Deutschen nicht nur als Objekt behandelt würden, sondern auch mit eigenen Ansichten durchdringen könnten. Versehen mit den Informationen aus britischer Hand, vertrat er im nordrheinischen Provinzialrat die Meinung, daß die ehemaligen preußischen Provinzen sich auf Dauer nicht zu selbständigen Ländern entwickeln würden. Damit spielte *Adenauer* aber nicht nur auf eine mögliche territoriale Neuformierung, sondern gleichzeitig auf die aus seiner Sicht notwendige Beibehaltung zentraler Instanzen in der Besatzungszone an.[168] Trotz der Erkenntnisse über die gesamtzonalen Perspektiven ging *Adenauer* in der Praxis weiterhin von den tatsächlichen Gegebenheiten, d.h. vor allem der Existenz der Nord-Rheinprovinz, aus. Die von der Militärregierung angekündigte Umwandlung der Nord-Rheinprovinz in ein eigenes Land, für das *Adenauer* den Namen „Rheinland" vorschlug, veranlaßte ihn, vehement die Ansprüche seiner Partei bei der geplanten Umformung von Provinzialregierung und Provinzialrat geltend zu machen. Zwischen Ende April und Mitte Juli 1946 entwickelte sich ein reger Gedankenaustausch in dieser Frage zwischen *Adenauer* einerseits, dem Oberpräsidenten, der Militärregierung und dem zweiten Verhandlungsführer der CDU, *Arnold*, andererseits.[169]

Auch der westfälische CDU-Vorsitzende Johannes *Gronowski* muß Ende April/Anfang Mai über die britischen Pläne zur Bildung eines Rhein-Ruhr-Landes informiert worden sein. Dabei rief insbesondere die in diesem Zusammenhang erwogene Teilung Westfalens seine Sorge hervor und veranlaßte ihn, die Angelegenheit im Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats zur Beratung zu stellen. Aufgrund der Zurückhaltung der münsterschen Provinzialregierung, aber auch wegen der ablehnenden Einstellung der SPD-Mitglieder im Ausschuß wurde die Frage in der Sitzung am 14. Mai jedoch nur oberflächlich behandelt. Gleichwohl stellte Oberpräsident *Amelunxen* abschließend fest, der Hauptausschuß sei der Meinung gewesen, daß der Plan, Rheinland und Westfalen zu vereinen, im Provinzialrat keine Zustimmung finden werde.[170]

Über diesen Passus des Protokolls kam es in der nächsten Hauptausschußsitzung am 3. Juni 1946 zu einer heftigen Kontroverse. Die drei Vertreter der CDU, *Gronowski*, Georg *Jöstingmeier* und Wilhelm *Lindner*, bemängelten, daß von einer Ablehnung des Zusammenschlusses der beiden Provinzen keine Rede gewesen sei. Die CDU wolle sich zwar nicht auf die Schaffung eines Staates Rheinland-Westfalen festlegen,

167 Nr. 94.

168 Vgl. hierzu die Aussagen *Adenauers* vor dem nordrheinischen Provinzialrat am 6. 5. 1946 (Nr. 100); später äußerte sich *Adenauer* allerdings skeptischer hinsichtlich der möglichen Beteiligung Deutscher am Entscheidungsprozeß (vgl. die Nrn. 200, 205; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 455).

169 Vgl. Anm. 87 und Nr. 91, Anm. 11.

170 Siehe die Nrn. 110, 113a.

diesen aber auch nicht – wie im Protokoll geschehen – grundsätzlich ablehnen. *Gronowski* war sogar der Ansicht, daß die Stimmung zugunsten einer Vereinigung der beiden Provinzen spräche; jedenfalls gelte es, unter allen Umständen das Ruhrgebiet für Deutschland zu erhalten. Gegen die Stimmen der Vertreter von Union und der Zentrumspartei wurde die Richtigkeit des Protokolls vom 14. Mai schließlich bestätigt. Als Kompromiß einigte man sich dann in der laufenden Sitzung auf die Formel, daß die Frage eines Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen noch nicht spruchreif sei.[171]

Der Vorfall zeigt, daß der von *Zuhorn* und *Naunin* propagierte Plan eines Landes Rheinland-Westfalen und die entsprechenden Überlegungen rheinischer Kreise in den Reihen der westfälischen CDU überwiegend auf Zustimmung trafen. Neben *Gronowski* sind in erster Linie *Jöstingmeier* und *Holzapfel*, die beide dem westfälischen CDU-Vorstand angehörten, als Befürworter dieser Lösung zu nennen.[172] Zu einer definitiven Äußerung zugunsten einer Verbindung der beiden Provinzen kam es seitens der westfälischen Parteispitze aber nicht. Anscheinend mußte man auf Anhänger einer gegenteiligen Meinung in der Partei Rücksicht nehmen, die auf der Linie der westfälischen Provinzialregierung lagen oder aus anderen Gründen einem Zusammenschluß abgeneigt waren. So wurde auf dem Parteitag der westfälischen CDU, der vom 17. bis 19. Mai in Recklinghausen stattfand, eine Resolution verabschiedet, in der lediglich der Verbleib des Rhein-Ruhr-Gebiets bei Deutschland und der Erhalt der Einheit Westfalens gefordert wurde.[173] Wie aus einem späteren Schreiben hervorgeht, war die Entschließung von Josef *Kannengießer* formuliert worden, der als Osnabrücker zwar dem Parteivorstand der westfälischen CDU angehörte, den Plänen zur Eingliederung des Osnabrücker Raums in ein Land Rheinland-Westfalen aber mit Skepsis begegnete. Er befürchtete in dieser Frage Streitigkeiten der CDU-Anhänger untereinander. Für ihn stand die Sicherung des Ruhrgebiets im Mittelpunkt, die – wie er glaubte – mit einer Teilung Westfalens erkauft werden müsse.[174]

Auf dem besagten Parteitag in Recklinghausen trat *Adenauer*, der in seiner Funktion als Zonenvorsitzender anwesend war, erstmals in aller Öffentlichkeit für eine staatliche Gemeinschaft von Rheinland und Westfalen ein.[175] Über die Gründe dafür äußerte er sich aber nicht. Seinen Memoiren läßt sich entnehmen, daß neben den bereits erwähnten außenpolitischen und wirtschaftlichen Motiven auch der Gedanke eine Rolle spielte, durch eine Zusammenfassung des Industriegebiets mit überwiegend konservativ ausgerichteten landwirtschaftlichen oder gemischtwirtschaftlichen Gebieten der Gefahr eines kommunistischen – und, so muß man wohl ergänzen, sozialdemokratischen – Übergewichts entgegenzuwirken.[176] Auch in der folgenden Zeit blieb *Adenauer* in der Frage der Neugliederung der britischen Zone weiter aktiv, ohne allerdings die Idee einer Vereinigung der beiden Provinzen noch einmal so prononciert herauszustellen. Im nordrheinischen Provinzialrat und im Zonenbeirat bemühte er sich um Unterstützung allgemeinerer Forderungen: etwa Erhalt des Rhein-Ruhr-Gebiets, Fortfall der Zonengrenzen oder

171 Nr. 141.

172 Vgl. die Aussage *Jöstingmeiers* vom 17. 10. 1967 (HStA Düsseldorf, RWN 139–2); vgl. auch Nr. 154; zur Haltung *Holzapfels*: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 203f., 208; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 788f. (Anm. 35).

173 Nr. 121; vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 116.

174 Nr. 153.

175 Vgl. Nr. 121, Anm. 4.

176 K. ADENAUER, 1965, S. 100; kritisch dazu: W. JANSSEN, 1965, S. 200.

Schaffung wirtschaftlich und verwaltungsmäßig leistungsfähiger Länder. Außerdem war er bestrebt, im Zusammenhang mit der Einsetzung des Sonderausschusses zur Neugliederung der britischen Zone die Vorrangigkeit der politischen Parteien in diesem Gremium gegenüber den Vertretern der regionalen Verwaltungen durchzusetzen.[177] Speziell auf zonaler Ebene scheint *Adenauers* innerparteilicher Führungsanspruch in der Frage der Neuordnung des Besatzungsgebiets unbestritten gewesen zu sein. Ende Juni 1946 erstattete er dem Zonenausschuß der Partei einen Bericht zu diesem Komplex und wurde daraufhin ermächtigt, bei Bedarf einen Ausschuß von Sachverständigen einzusetzen.[178]

Obgleich sich im Juni 1946 – besonders aufgrund der Ankündigung des Sonderausschusses – die Anzeichen für eine bevorstehende Neuordnung der britischen Zone und speziell des rheinisch-westfälischen Raums verdichteten, mußte man weiterhin mit der Möglichkeit rechnen, daß es u.U. zu zwei selbständigen Ländern Nord-Rheinland und Westfalen kommen würde. Insbesondere sahen sich die CDU-Vertreter im Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats am 2. Juli mit der Mitteilung *Amelunxens* konfrontiert, die Schaffung eines Landes Westfalen sei fest geplant. Zu einer Neuorientierung der Politik der westfälischen CDU kam es jedoch nicht mehr. Schon am 16. Juli, einen Tag vor der tatsächlichen Bekanntgabe der Bildung Nordrhein-Westfalens, erklärte *Kannengießer* vor dem Provinzvorstand der Partei, er habe aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß die Gründung eines Rhein-Ruhr-Staates unmittelbar bevorstehe.[179]

Auch im Rheinland liefen noch während des Juli Verhandlungen über die parteipolitische Besetzung von Ministerien in einer möglichen nordrheinischen Landesregierung. Am 5. Juli informierte *Arnold* den rheinischen Parteivorsitzenden *Adenauer* über ein entsprechendes Angebot der Militärregierung an die CDU. Nur drei Tage darauf meldete der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen in einem zweiten Schreiben an *Adenauer* jedoch Bedenken gegenüber einem allein aus der Nord-Rheinprovinz bestehenden Staatswesen an. Wenn schon eine Gliederung des Reiches auf föderativer Grundlage notwendig erscheine, dann sei eine staatliche Zusammenfassung von ganz Rheinland und Westfalen unentbehrlich.[180] In seiner Antwort vom 14. Juli 1946 teilte *Adenauer* diese Bedenken *Arnolds*, sprach sich zugleich aber dafür aus, hinsichtlich der Schaffung einer nordrheinischen Regierung weitere Erkundigungen einzuziehen. Darüber hinaus teilte er mit, er werde am 15. Juli auf Ersuchen der britischen Militärregierung für unbestimmte Zeit nach Berlin fliegen. Daß er bei dieser Gelegenheit von der Bildung eines neuen Landes auf der Grundlage der Nord-Rheinprovinz und Westfalens in Kenntnis gesetzt werden würde, scheint der Zonenvorsitzende der CDU – so ist zumindest dem Schreiben zu entnehmen – noch nicht geahnt zu haben.[181]

177 Vgl. die Nrn. 151, 161a, 168; AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 25, S. 615; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 216.

178 Vgl. H. PÜTZ, 1975, Nr. 7; angeblich hatte *Adenauer* bereits am 14. 5. 1946 *Holzapfel* die Verhandlungsführung mit den Briten in der Frage der Neugliederung übertragen (Aussage *Holzapfels* vom 17. 4. 1968: HStA Düsseldorf, RWN 139–5); vgl. die gegenteilige Aussage bei H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 788f. (Anm. 35).

179 Vgl. Nr. 180; Protokoll der Vorstandssitzung vom 16. 7. 1946: HStA Düsseldorf, RWN 105–8/I.

180 Nr. 187 mit Anm. 1; vgl. auch die Beteiligung *Arnolds* an einer Kundgebung in Düsseldorf am 29. 6. 1946 (Nr. 176).

181 Nr. 189; vgl. unten S. 86.

b) SPD

Die Haltung der vier regionalen SPD-Bezirke in Rheinland und Westfalen zur Frage der staatlichen Neuordnung Deutschlands bzw. der britischen Zone wurde frühzeitig von zentraler Stelle, nämlich dem sich im Sommer 1945 in Hannover herausbildenden Büro *Schumacher*, mitbeeinflußt. Ende Juli 1945 wies *Schumacher* in einem Schreiben an *Severing*, der wenig später zum Vorsitzenden des Bezirks Östliches Westfalen gewählt wurde, erstmals auf die politisch bedeutsame Aufgabe der Neugliederung des deutschen Raums „unter stärkster Betonung der Reichseinheit" hin.[182] In einem Brief an die noch im Londoner Exil weilenden Parteifreunde, von dem *Severing* einen Durchschlag erhielt, legte *Schumacher* Anfang August seine Grundgedanken zu diesem Problem nieder, die bis zur Gründung von Nordrhein-Westfalen im Juli 1946 – und darüber hinaus – seine Einstellung bestimmt haben.[183] An vorderster Stelle seiner politischen Ziele stand die Erhaltung der Reichseinheit und einer starken zentralen Reichsgewalt. Dabei lehnte er die Schaffung von Ländern jedoch keineswegs ab. Gerade die Liquidation Preußens mache eine territoriale Neugliederung unumgänglich. Allerdings dürfe man weder in eine neue Kleinstaaterei verfallen, noch einen diametral entgegengesetzten Weg wählen, indem man etwa aus den drei (westlichen) Besatzungszonen je ein großes selbständig regiertes Land mache.[184] Im Interesse des Reiches erschienen *Schumacher* Länder mit einer Einwohnerzahl von fünf bis acht Millionen als ideal – groß genug, um ökonomisch und kulturell lebensfähige Faktoren zu sein, klein genug, um echte Reichsgewalt aufkommen zu lassen. Als Beispiel für ein solches Gebilde schwebte ihm ein Zusammenschluß von Hannover, Braunschweig und Oldenburg zu einem neuen Land Niedersachsen vor.[185] Bis zur Schaffung einer zentralen Reichsgewalt, so konzedierte *Schumacher*, könne man Ländern dieser Größe auch eine beratende (aber nicht mitregierende) Zusammenarbeit im Rahmen der einzelnen Besatzungszonen zugestehen.[186]

Mit den Ende August 1945 verbreiteten „Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren" wurden diese Gedanken *Schumachers* auch den Bezirksorganisationen der SPD zugänglich gemacht.[187] Einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen programmatischen Ausrichtung der SPD, speziell in der britischen Zone, stellte die Konferenz von Wennigsen am 5./6. Oktober 1945 dar. In seinen „Programmatischen Erklärungen" machte Schumacher einmal mehr auf die entscheidende Bedeutung der Aufgliederung des Raums für den Bestand des Reiches aufmerksam. Um eventuelle Führungsansprüche seitens der sowjetzonalen SPD-Spitze vorbeugend abzuwehren, betonte er jedoch, daß die Einheit des Reiches zur Zeit nur als Idee existiere, da Deutschland in verschiedene Besatzungszonen zerfalle. Die Formel von der Reichseinheit als Idee galt allerdings nur zur Definition des Verhältnisses gegenüber der sowjetischen Zone; denn auf der anderen Seite erhob *Schumacher* zugleich die kon-

182 W. ALBRECHT, 1985, Nr. I/2/b, S. 241.

183 Ebd., Nr. I/2/c, S. 245f. und Einleitung S. 114f.; vgl. dazu: H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 542–553; K. KLOTZBACH, 1982, S. 98f.

184 Die letztgenannte Aussage *Schumachers* richtet sich gegen die (provisorischen) Vorschläge, die *Adenauer* im Juli 1945 gegenüber der Nachrichtenagentur UP gemacht hatte (vgl. W. ALBRECHT, 1985, S. 246, Anm. 18).

185 Vgl. T. VOGELSANG, 1963, S. 51–54; zur Kritik *Severings* an diesen frühen Neugliederungsplänen innerhalb der eigenen Partei vgl.: C. SEVERING, 1950, Bd. II, S. 478.

186 Vgl. auch W. ALBRECHT, 1985, Nr. I/8/d, S. 364.

187 Ebd., Nr. I/3, S. 259f.

krete Forderung, Rheinland und Ruhrgebiet weder politisch von Deutschland zu trennen, noch als Gebiet zu internationalisieren. Eine internationale Wirtschaftskontrolle hielt er dagegen für möglich.[188] Den in Wennigsen wohl erstmals von ihm formulierten Einspruch gegen eine mögliche Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebiets brachte *Schumacher* bis zum Frühjahr 1946 wiederholt bei öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere auch im rheinisch-westfälischen Raum, vor.[189]

Die Errichtung des Zonenbeirats im Frühjahr 1946 wurde von *Schumacher* im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung parteipolitischer Interessen begrüßt. Damit war ein politisch relevantes Forum geschaffen, vor dem er seine Vorstellungen über die Neuordnung Deutschlands bzw. der britischen Zone propagieren konnte. Auf der gemeinsamen Tagung des süddeutschen Länderrats mit dem Zonenbeirat Anfang April 1946 in Stuttgart legte *Schumacher* auf die Feststellung Wert, daß die Länder nur Bausteine einer höheren Ordnung sein könnten. Diese Formulierung wurde auch in die von allen Delegierten einmütig verabschiedete Resolution übernommen. Dennoch deuteten sich in Stuttgart erste Differenzen zwischen dem Konzept *Schumachers* und den Vorstellungen verschiedener Länder- und Provinzchefs der britischen Zone an. So dürften besonders die von Oberpräsident *Lehr* in Stuttgart entwickelten Gedanken zur Bildung großer, starker Länder kaum dem Bild des SPD-Führers entsprochen haben. Auf der gleichen Linie wie *Lehr* lag auch der sozialdemokratische Oberpräsident von Hannover, *Kopf*, der jedoch in Stuttgart durch auffallende Zurückhaltung einem Konflikt mit seinem Parteifreund *Schumacher* anscheinend aus dem Weg ging.[190]

Angesichts der unterschiedlichen Auffassungen von *Schumacher* und *Kopf*, die ein innerparteiliches Spannungsverhältnis andeuten, stellt sich die Frage, inwieweit die Parteispitze in Hannover ihren Standpunkt in den einzelnen regionalen SPD-Bezirken durchzusetzen vermochte. Für die vier Bezirke im rheinisch-westfälischen Raum läßt sich konstatieren, daß eigenständige programmatische Aussagen in der Frühzeit nur ansatzweise zu verzeichnen sind.[191] Vorrang hatten der organisatorische Wiederaufbau der Partei und die Bemühungen, der Sozialdemokratie in den entstehenden staatlichen Institutionen wie Provinzialregierung und Provinzialrat gebührenden Einfluß zu sichern.[192] Mithin konnte *Schumacher* bis etwa Ende 1945 erfolgreich darauf hinwirken, daß seine politischen Grundsätze als Leitlinie in den Parteibezirken von Rheinland und Westfalen akzeptiert wurden. Innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens entwickelten die regionalen Parteiführer aber durchaus individuelle Ideen zur Lösung der Probleme ihrer Heimatprovinzen, ja in Einzelfällen scheute man nicht davor zurück, eine entgegengesetzte Position wie die Parteizentrale zu beziehen.

Geraume Zeit vor *Schumachers* erster Äußerung zur Rhein-Ruhr-Frage hatte man bereits innerhalb der westfälischen Sozialdemokratie zu diesem Problem Stellung bezogen. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne *de Gaulles* Ende August 1945

188 Ebd., Nr. I/5, S. 309f., 317; vgl. H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 508f., 542.

189 Vgl. beispielsweise: Rundfunkmeldung vom 27. 2. 1946 (HStA Düsseldorf, NW 115–108); Meldung vom 1. 4. 1946 (FDP-Informationsschreiben Nr. 118: HStA Düsseldorf, RWV 49-vorläufig 530).

190 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 18, S. 430–433, 440f.; zu den gegensätzlichen Vorstellungen von *Schumacher* und *Kopf* vgl.: T. VOGELSANG, 1963, S. 69f.; oben S. 41f.

191 Vgl. H.P. EHNI, 1974, S. 420; H. PIETSCH, 1978, S. 164–166; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 299; G. SCHWARZE, 1984, S. 126–128.

192 Vgl. oben S. 19–28.

wandte sich der Vorsitzende des Bezirks Westliches Westfalen, Fritz *Henßler*, mit einer Eingabe an die Militärregierung, in der er eindringlich vor den Gefahren einer Abtrennung von Rhein und Ruhr von Deutschland warnte.[193] Eine solche Maßnahme berge schwerwiegende sicherheitspolitische und wirtschaftliche Risiken in sich und werde seitens der SPD niemals hingenommen werden. Diese Abwehrbereitschaft wurde von *Henßler* im Frühjahr 1946 wiederholt demonstriert. Anfang März 1946 brachte er auf einem Parteitag seines Bezirks eine entsprechende Entschließung ein, und auch die Resolution zur Ruhrfrage, die in der ersten Sitzung des westfälischen Provinzialrats am 30. April 1946 verabschiedet wurde, dürfte im wesentlichen auf *Henßlers* Initiative zurückzuführen sein.[194]Auch der SPD-Bezirk Östliches Westfalen sprach sich Ende April gegen alle Bestrebungen aus, Teile des Rhein-Ruhr-Gebiets von Deutschland abzutrennen oder zu internationalisieren.[195]

Ebenso wie in Westfalen scheint man sich Anfang Februar 1946 im SPD-Bezirk Obere Rheinprovinz in einer Entschließung gegen die französischen Pläne gewandt zu haben. Das zu diesem Zeitpunkt von seiten der KPD vorgetragene Angebot, eine gemeinsame Kundgebung aller Parteien gegen die Pläne zur Zersplitterung Deutschlands durchzuführen, wurde vom Bezirksvorsitzenden *Görlinger* jedoch zurückgewiesen. Man wollte den Bestrebungen der Kommunisten nach einer sozialistischen Einheitspartei in keiner Form Vorschub leisten. Aus demselben Grund lehnte die Kölner Bezirksleitung Ende April auch einen Vorschlag der FDP hinsichtlich einer Kundgebung zur Rhein-Ruhr-Frage ab.[196] Lediglich im Rahmen des nordrheinischen Provinzialrats waren die Sozialdemokraten bereit, gemeinsam mit den anderen Parteien zu diesem Problem Stellung zu beziehen.[197] Auch auf eine erneute Kampagne der KPD Ende Mai/Anfang Juni 1946 reagierten die SPD-Bezirksleitungen Niederrhein und Obere Rheinprovinz – soweit erkennbar – zurückhaltend. Allerdings kam es im Juni auf lokaler Ebene, in Duisburg und Düsseldorf, zu gemeinsamen öffentlichen Auftritten von SPD, KPD, CDU, FDP und Zentrum, bei denen – mit Blick auf die Politik Frankreichs – auch die Forderung erhoben wurde, die Einheit Deutschlands zu erhalten.[198]

Im Laufe des April 1946 dürfte den Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr klar geworden sein, daß man sich nicht allein auf eine rein defensive Haltung beschränken konnte, sondern mit eigenen konstruktiven Vorschlägen in die Diskussion um die Neugliederung der britischen Zone eingreifen mußte. In diesem Sinne regte *Henßler* Anfang Mai 1946 an, im Landesvorstand für Westfalen einen gemeinsamen Standpunkt zu den Fragen von Verwaltungsreform und „Staatengliederung" im britischen Besatzungsgebiet zu erarbeiten.[199] Ein Vordenker auf diesem Gebiet – nicht nur bei der Provinzialregierung in Münster, sondern auch in der Spitze der westfälischen Sozialdemokratie – war Generalreferent Walter *Menzel*. *Menzel* hatte schon Ende April – auf eigene

193 Siehe Nr. 27.

194 Vgl. Nr. 96; Entschließung des Parteitags der SPD Westliches Westfalen vom 3. 3. 1946: AdsD, NL Schumacher J 2; ebd., NL Henßler Mappe 4; eine weitere Resolution wurde am 31. 3. 1946 in Münster mit Beteiligung der SPD verabschiedet (vgl. Nr. 78, Anm. 2).

195 Meldung vom 29. 4. 1946: HStA Düsseldorf, NW 22–918.

196 Vgl. die Nrn. 60, 92.

197 Vgl. Nr. 68a,b.

198 Vgl. die Nrn. 124, 176.

199 Nr. 104.

Initiative hin – den Parteiführern in Hannover seine Überlegungen vorgetragen und bei *Schumacher* offensichtlich positive Resonanz gefunden.[200] Dagegen stand *Henßler* den Plänen des westfälischen Generalreferenten eher ablehnend gegenüber, da sie seiner Ansicht nach die Herausbildung autarker Länderrechte zu sehr begünstigten. *Henßler* befürwortete dagegen strikt die Schaffung starker zentraler Organe, die vorläufig auch auf zonaler Ebene verankert sein könnten. Angesichts dieser gegensätzlichen Auffassungen scheint man innerhalb der westfälischen SPD zu keiner gemeinsamen konstruktiven Stellungnahme gelangt zu sein.[201] Wie das Verhalten der SPD-Vertreter im westfälischen Provinzialrat jedoch zeigt, war man sich in einem Punkt völlig einig: in der ablehenden Haltung gegenüber einem Land Rheinland-Westfalen. Ebenso pflichtete man der Provinzialregierung bei, daß die Provinz Westfalen als Einheit zu erhalten sei.[202]

In den beiden rheinischen SPD-Bezirken sind eigene Überlegungen zur Frage von Neugliederung und Verwaltungsreform bis Anfang Juni 1946 nur ansatzweise entwickelt worden. Eine Rolle haben hier Gedanken des Wirtschaftshistorikers *Kuske* gespielt, der speziell mit *Görlinger* in engem Kontakt stand. *Kuske* hatte schon vor dem Krieg auf die ausgeprägten wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Rheinland und Westfalen hingewiesen, und hieran anknüpfend äußerte er im September 1945, also noch vor seinem Eintritt in die Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, man müsse bei einer künftigen Neuregelung der deutschen Verwaltungsorganisation die wirtschaftlichen Zusammenhänge des rheinisch-westfälischen Raums und darüber hinaus der Gebiete bis hin zur Nordsee stärker beachten.[203] Diesen Gedanken brachte er auch einige Monate später, in der Phase der eigentlichen Auseinandersetzung um die Neuordnung der britischen Zone, wiederholt zum Ausdruck. Als angemessene Lösung des Problems dürfte *Kuske* dabei aber weniger die Schaffung großflächiger, starker Länder im Ausmaß von Nordrhein-Westfalen vorgeschwebt haben als vielmehr der Aufbau einer Verwaltung nach dem Muster eines dezentralisierten Einheitsstaates.[204]

In einem Schreiben an *Kuske* sprach sich *Görlinger* im November 1945 ebenfalls für eine Zusammenfassung der ganzen britischen Zone zu einem einheitlichen Gebiet aus. Damit reagierte er u.a. auf angebliche Pläne *Lehrs*, die industriellen Teile der Provinz Westfalen zur Nord-Rheinprovinz herüberzuziehen.[205] In den Sitzungen des Provinzialrats Nord-Rheinprovinz legte die SPD, zumeist geführt von *Görlinger*, weitgehende Zurückhaltung an den Tag. So bezog man zu dem von *Lehr* vorgebrachten Gedanken einer Dreigliederung der britischen Zone keine eindeutige Stellung; doch ist eine unterschwellige Ablehnung nicht zu verkennen. Lediglich sehr allgemein gehaltene Forderungen, z.B. nach Schaffung möglichst leistungsfähiger Gebiete oder nach Fortfall der Zonengrenzen, wurden von den Sozialdemokraten mitgetragen.[206]

Wie reagierte man nun in der Parteizentrale in Hannover auf die im Mai 1946 zu Tage tretenden Pläne der Briten, ein Rhein-Ruhr-Land zu bilden? Auf dem ersten

200 Vgl. Nr. 103, Anm. 1.

201 Vgl. die Nrn. 154, 161a, 170.

202 Vgl. die Nrn. 113a, 141.

203 Nr. 31.

204 Vgl. unten S. 88.

205 Nr. 42 mit Anm. 4.

206 Vgl. die Nrn. 68a, 91, 100, 168.

Parteitag der SPD in Hannover vom 9.-11. Mai legte *Schumacher* seine schon in Wennigsen propagierten Gedanken noch einmal dar. Sein Bekenntnis zur Reichseinheit verband er gleichzeitig mit einer Klage über eine sogar in sozialdemokratischen Kreisen ausgeprägte reaktionäre föderalistische Einstellung. Zwar solle Deutschland auf der Grundlage von Ländern, d.h. auf föderativer Basis, aufgebaut werden, aber diese Länder dürften keine Politik föderalistischer Tendenz betreiben. Vom Föderalismus sei es nur ein kleiner Schritt zum Partikularismus und von dort wiederum zum Separatismus. Diese globalen Aussagen *Schumachers* waren wenig geeignet, der Parteibasis eine klare Vorstellung von den Möglichkeiten und Aufgaben im Hinblick auf eine Neugliederung der britischen Zone zu vermitteln. Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte der SPD-Vorsitzende, sich dabei direkt an die Militärregierung wendend, immerhin eins klar heraus: eine Loslösung des Rhein-Ruhr-Gebiets von Deutschland sei aus Sicht der SPD politisch nicht zu verantworten. Die über 200 Parteitagsdelegierten unterstützten in einer Resolution diese Ausführungen.[207]

Der Plan eines möglichen Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen stand auf dem Parteitag noch nicht zur Debatte. Im Gegensatz zu *Adenauer* war *Schumacher* zu diesem Zeitpunkt anscheinend noch nicht von seiten der britischen Kontrollkommission zu diesem Problem befragt worden. Erst nach dem Bekanntwerden des Observer-Artikels Mitte Mai bezog er in einem Schreiben an Austen *Albu*, der für die Fragen der Neugliederung innerhalb der CCG/BE zuständig war und gleichzeitig als konsequenter Labour-Mann das Vertrauen der SPD genoß, hierzu Stellung.[208] Angesichts seines vehementen Eintretens für den Verbleib des Industriegebiets beim Reich hätte man vermuten können, daß *Schumacher* eine weite Verankerung des Rheinlands nach Osten, d.h. die Verbindung mit Westfalen, befürwortet hätte, um den Abbruch westlicher Reichsteile zu verhindern. Dies war aber nicht so. Vor allem wahltaktische Gründe sprachen seiner Meinung nach gegen ein Land Rheinland-Westfalen.[209] Dort käme die CDU an die Spitze der politischen Kräfte, während bei Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit beider Provinzen wenigsten für Westfalen mit einer SPD-Mehrheit zu rechnen sei. Darüber hinaus führte *Schumacher* als Argument gegen einen solchen „Weststaat" an, daß dieser bei seiner Größe ein neues und weit schwieriges Bayern innerhalb Deutschlands darstelle, mit dem die kleineren Staaten in der britischen Zone nicht konkurrieren könnten.

Ob *Albu* bei General *Robertson* im Sinne *Schumachers* interveniert hat, erscheint zweifelhaft, doch unterrichtete er offensichtlich Deutschlandminister *Hynd*, der als entschiedener Verfechter sozialdemokratischer Interessen innerhalb der Londoner Labour-Regierung galt.[210] Tatsächlich versuchte *Hynd*, in der entscheidenden Sitzung des ORC am 21. Juni 1946 unter Anführung der Argumente *Schumachers* – aber ohne dessen Namen zu erwähnen – die Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen zu verhindern.[211] *Hynds* Einwände fanden in der Ministerrunde aber kein Gehör. Ohne Auswirkungen blieb auch

207 Vgl. W. ALBRECHT, 1985, Nr. II/1/b, S. 405–408; K. KLOTZBACH, 1982, S. 78–81.

208 Nr. 127.

209 Vermutungen in dieser Hinsicht wurden bereits früher geäußert: H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 789 (Anm. 35); P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 209; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 793.

210 Zu den besonderen Beziehungen zwischen *Hynd* und der SPD letztlich: U. REUSCH: Hynd, 1986, S. 66–68.

211 Vgl. oben S. 33.

ein Telegramm, in dem die britische Kontrollkommission kurz darauf das Foreign Office noch einmal von der entschiedenen Ablehnung des SPD-Vorsitzenden gegenüber einem Zusammenschluß von Westfalen und der Nord-Rheinprovinz in Kenntnis setzte. Die Entscheidung zugunsten von Nordrhein-Westfalen war gefallen, zumal Außenminister *Bevin* der Person *Schumachers* wenig Sympathie entgegenbrachte.[212]

Am 25. Juni 1946, viel zu spät, um hierdurch noch Druck auf die Militärregierung ausüben zu können, legte *Schumacher* in einem Artikel in der „Welt" erstmals öffentlich sein Konzept zur Neugliederung der britischen Zone vor.[213] Hierbei polemisierte er gegen einen an gleicher Stelle vorgetragenen Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten Karl *Geiler*, die britische Zone – analog zur amerikanischen – in drei Länder einzuteilen. Insbesondere die Schaffung eines Landes Rheinland-Westfalen bezeichnete er nationalpolitisch gesehen als Katastrophe. Es sei notwendig, vier bis fünf Länder in der britischen Zone einzurichten, wobei Rheinland und Westfalen getrennt bleiben müßten.

Nicht nur mit Blick auf die Entwicklung in London kam diese klare Stellungnahme *Schumachers* zu spät, sondern er hatte es auch versäumt, die innerparteiliche Diskussion rechtzeitig in eine einheitliche Richtung zu steuern. Zwar lagen die beiden westfälischen Parteibezirke sowie der Bezirk Obere Rheinprovinz in der Frage einer Verbindung der beiden Provinzen auf seiner Linie, doch war *Schumachers* Neuordnungskonzept aus Sicht *Henßlers* zu wenig zentralistisch geprägt.[214] Eine konträre Auffassung hatte man dagegen beim SPD-Bezirk Niederrhein entwickelt. Noch am 17. Juli sprach sich der erweiterte niederrheinische Bezirksvorstand intern für einen Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen aus. Eine offizielle Stellungnahme vermied man allerdings mit Rücksicht auf die Gesamtpartei. Dessenungeachtet erschien am selben Tag ein pro Rheinland-Westfalen gehaltener Kommentar im „Rhein-Echo", dessen Redaktion von dem niederrheinischen Bezirksvorstandsmitglied Alfred *Dobbert* geführt wurde.[215] Die Voraussetzungen für die weitere parteiinterne Diskussion hatten sich zu diesem Zeitpunkt aber bereits verschoben. Schon zwei Tage zuvor, am 15. Juli 1946, war *Schumacher* von der Militärregierung darüber informiert worden, daß die Bildung des Landes beschlossene Sache sei.[216]

c) KPD

Wie für CDU und SPD stellte sich auch für die Kommunistische Partei in Westfalen und Rheinland im Sommer/Herbst 1945 vordringlich die Aufgabe des Aufbaus eines funktionsfähigen Parteiapparats.[217] Gleichzeitig war man sehr daran interessiert, in den wieder- bzw. neuerrichteten Verwaltungsorganen und vorparlamentarischen Gremien der beiden Provinzen Fuß zu fassen.[218] Langfristigere politische Ziele wie beispielsweise die Bewahrung der Reichseinheit bestimmten erst ab Anfang 1946 die Aktionen der

212 R. STEININGER: Ruhrfrage, 1987, S. 195.

213 Nr. 172.

214 Vgl. Nr. 170.

215 Vgl. Nr. 197 mit Anm. 4; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 157f.

216 Zur Reaktion der SPD hierauf unten S. 86–89.

217 Die KPD war in diesem Raum bis zur Landesgründung in drei Parteibezirken organisiert: Ruhrgebiet-Westfalen (Herne), Niederrhein (Düsseldorf), Mittelrhein (Köln); vgl. G. SCHÄDEL, 1973, S. 63.

218 Vgl. oben S. 20f., 26f.

KPD. Dabei verfolgten die rheinisch-westfälischen Parteibezirke die Absicht, den Kampf gegen die Abtrennung deutscher Gebiete im Westen zugleich zur Triebkraft ihrer Bestrebungen nach einer sozialistischen Einheitspartei werden zu lassen.

So wandte sich der KPD-Bezirk Mittelrhein am 1. Februar 1946 an die sozialdemokratische Parteileitung in Köln mit dem Vorschlag, auf einer gemeinsamen Kundgebung der demokratischen Parteien den Willen zur Einheit Deutschlands zum Ausdruck zu bringen. Während die Kommunisten in diesem Fall mit einer Annäherung kein Glück hatten, gelang es ihnen Ende März zumindest im nordrheinischen Provinzialrat, eine entsprechende Resolution mit Erfolg einzubringen.[219] Auch auf lokaler Ebene, in Münster, kam es wenige Tage später zu einer gemeinsamen Kundgebung von CDU, SPD, KPD, Zentrum und FDP. Hierbei sprach sich der Vorsitzende des Bezirks Ruhrgebiet-Westfalen, Max *Reimann*, gegen die Internationalisierung des Industriegebiets aus. Diese Ansicht wurde von den anderen Parteien bekräftigt.[220]

Obwohl die SPD auf dem Parteitag in Hannover im Mai 1946 dem Gedanken einer sozialistischen Einheitspartei eine Absage erteilte, blieben besonders die rheinischen KPD-Bezirke (Mittelrhein, Niederrhein) weiterhin bestrebt, auf der Basis des gemeinsamen Wunsches nach Sicherung der deutschen Westgrenze zu Aktionen mit der dortigen SPD-Führung zu kommen. Erfolg hatten diese Bemühungen aber nur im lokalen Bereich: Im Juni 1946 fanden in Duisburg bzw. Düsseldorf Auftritte von KDP und SPD zusammen mit anderen Parteien statt, wobei die Sorge um eine eventuelle Abtrennung von Rhein und Ruhr jeweils im Mittelpunkt stand.[221]

Die im April 1946 verstärkt einsetzende Diskussion um die territoriale Neugliederung der britischen Zone bzw. die Schaffung eines Landes Rheinland-Westfalen veranlaßte die KPD, ihre taktische Marschroute zu modifizieren. Zum Kampf gegen Separatismus und Internationalisierungsbestrebungen trat nun die Auseinandersetzung mit dem Föderalismus. Im Zusammenhang mit der angekündigten Umwandlung der preußischen Provinzen in Länder vertrat Heinz *Renner*, Vorstandsmitglied im Bezirk Ruhrgebiet-Westfalen, Anfang Mai im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz die Auffassung, daß diese Entwicklung einen „ganz bösen Föderalismus" heraufbeschwöre.[222] Am deutlichsten bezog die KPD-Fraktion im westfälischen Provinzialrat, in der die Mitglieder der Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen dominierten, zu den Neugliederungsplänen Stellung. Bereits in der Hauptausschußsitzung des Provinzialrats am 14. Mai unterstützten die kommunistischen Vertreter Josef *Ledwohn* und Willi *Perk* den gegen einen Zusammenschluß von Rheinland und Westfalen gerichteten Kurs des Oberpräsidenten.[223] In einem Schreiben an *Zuhorn* vom 25. Mai lehnte die KPD nicht nur dessen Vereinigungsplan ab, sondern sprach sich überhaupt gegen selbständige Länder in der britischen Zone aus. Ein derartiger Partikularismus werde den Gedanken der Reichseinheit von vornherein praktisch zu Grabe tragen. Am selben Tag brachte die kommunistische Fraktion einen eigenen „Entwurf über die politische Neuregelung des Reiches

219 Vgl. die Nrn. 58, 68a,b.

220 Hierzu Nr. 78, Anm. 2; vgl. auch Meldung der „Neuen Westfälischen Zeitung" vom 5. 4. 1946 (Ausschnitt: HStA Düsseldorf, NW 115–177).

221 Vgl. die Nrn. 124, 176.

222 Nr. 100; vgl. auch Nr. 91.

223 Nr. 113a.

und der Selbstverwaltungskörperschaften" im westfälischen Provinzialrat ein. Hierin wurde der Aufbau eines dezentralisierten Einheitsstaates beschrieben, in dem Provinzen – als mittlere Stufe der Verwaltung – Selbstverwaltungsrechte im Rahmen des Reiches ausüben sollten.[224] In diesem Sinne trat die KPD in der Hauptausschußsitzung am 3. Juni für die Beibehaltung von Westfalen und Nord-Rhein als Provinzen ein, wies „im Namen der werktätigen Bevölkerung" aber den Plan zurück, die beiden Provinzen zu einem „Bundesland" zusammenzuschließen.[225]

Als Oberpräsident *Amelunxen* Anfang Juli den Mitgliedern des Hauptausschusses die Umgestaltung der Provinzial- in eine Landesregierung ankündigte, konnte dies die KPD nur bedingt befriedigen. Zwar schien damit die Gefahr der Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen gebannt, doch blieb die Sorge bestehen, daß durch die Schaffung einer eigenständigen westfälischen „Regierung" Westfalen den Charakter als Provinz des Reiches verlieren und den Charakter eines Landes annehmen könnte.[226] Deshalb plädierte *Ledwohn* – wie zuvor schon *Reimann* bei der Godesberger Tagung des Verfassungsausschusses des Zonenbeirats –[227] dafür, über die neue Einteilung der Länder in Deutschland auf einer interzonalen Konferenz aller Parteiführer und der entsprechenden staatlichen Stellen zu beraten. Mit der Gründung von Nordrhein-Westfalen wurde den Überlegungen der KPD wenig später weithin der Boden entzogen.

d) Zentrum

Mit der Wiedergründung der Zentrumspartei am 14. Oktober 1945 im westfälischen Soest wurde zugleich ein Sofortprogramm erstellt, das zehn Arbeitsziele beinhaltete.[228] Beim ersten dieser Arbeitsziele wurde die künftige staatliche Gestaltung Deutschlands angesprochen: „Republikanische Staatsform und Reichseinheit auf sinnvoller bundesstaatlicher Grundlage. Ausbau der Selbstverwaltung in Gemeinden, Provinzen und Ländern." Fünf Monate später fand die Forderung nach Erhalt der Reichseinheit auf dem 1. Parteitag des Zentrums in Essen ihren politischen Niederschlag. In einem öffentlichen Grundsatzreferat zur außenpolitischen Lage wandte sich Karl *Spiecker* gegen eine Zerstückelung Deutschlands. Zwar sei Frankreichs Verlangen nach Sicherheit berechtigt, werde aber nicht durch die Abtrennung von Rhein und Ruhr gewährleistet. Mit einer Resolution der Parteitagsdelegierten wurde dieser Standpunkt unterstützt.[229] Die in Essen dargelegte Haltung seiner Partei zum Ruhrproblem bekräftigte das Direktoriumsmitglied Alois *Rüberg*[230] Ende März auf einer überparteilichen Kundgebung in Münster.[231]

Eine Anregung der FDP, eine entsprechende Veranstaltung auch im Rheinland durchzuführen, traf bei der dortigen Zentrumspartei auf Zustimmung, scheiterte

224 Vgl. Nr. 136 mit Anm. 2, 3.

225 Vgl. Nr. 141.

226 Vgl. Nr. 180.

227 Vgl. Nr. 161a.

228 BA Koblenz, NL Brockmann 2; ACDP, I-058-A013; Druck: K. HIRSCH, 1967, S. 253f.; der Annahme von G. SCHWARZE, 1984, S. 89, die Arbeitsziele seien erst später formuliert worden, kann nicht gefolgt werden; vgl. auch P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 83f.

229 Niederschrift über den ersten Parteitag des Zentrums vom 9./10. 3. 1946: BA Koblenz, NL Brockmann 3.

230 Zur Funktion und Zusammensetzung des Direktoriums: G. SCHWARZE, 1984, S. 95 mit Anm. 164.

231 Wie Anm. 220.

jedoch an der Ablehnung der Sozialdemokraten.[232] Eigene Überlegungen oder Initiativen hinsichtlich des weiteren Schicksals ihrer Heimatprovinz gingen vom rheinischen Zentrum in den nächsten Wochen nicht aus. Auch in den Gremien des nordrheinischen Provinzialrats hielten sich die Zentrumsvertreter, an ihrer Spitze der Zonenvorsitzende Wilhelm *Hamacher*, in dieser Frage zurück. Erst Anfang Juli brachte *Hamacher* auf einer Vorstandssitzung der Gesamtpartei in Essen eine Entschließung „zur Neugestaltung Deutschlands" ein, die jedoch allgemein gehalten war. Wenige Tage zuvor hatte sich das Zentrum auch auf lokaler Ebene, in Düsseldorf, einem Aufruf der Parteien gegen die Abtrennung deutscher Gebiete im Westen angeschlossen.[233]

Aktiver zeigte sich dagegen die westfälische Zentrumspartei. Ende April 1946 richtete deren Vorsitzender, Bernhard *Reismann*, ein Schreiben an Oberpräsident *Amelunxen*, in welchem er für den Fall einer möglichen Aufteilung der Zone in fünf Länder den Regierungsbezirk Osnabrück, das Emsland und Südoldenburg für Westfalen reklamierte. Zugleich sprach er sich aber dafür aus, vorläufig unter allen Umständen die provinzielle Selbstverwaltung beizubehalten, da noch keineswegs gesichert sei, daß die Provinz Westfalen in ein selbständiges Staatswesen umgewandelt werde. Falls künftig die bei SPD und KPD ausgeprägten zentralistischen Tendenzen Platz griffen, so folgerte *Reismann*, wäre es ein großer Nachteil, wenn man die Provinzialverwaltung vorzeitig aufgegeben hätte.[234]

Mitte Mai äußerte sich *Reismann* im Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats wiederum zum Problem Südoldenburg/Emsland, hielt sich hinsichtlich der aufkeimenden Diskussion um „Rheinland-Westfalen" aber zurück.[235] Aus seinem Verhalten in der nächsten Hauptausschußsitzung Anfang Juni ist jedoch zu schließen, daß das westfälische Zentrum den *Zuhorn*-Plan, d.h. einen Zusammenschluß der beiden Provinzen unter Beibehaltung der Selbstverwaltung, nicht grundsätzlich als Lösung ausschließen wollte. Zusammen mit der CDU stimmte *Reismann* gegen die vom Oberpräsidenten sowie von SPD, KPD und FDP vertretene Auffassung, der Hauptausschuß habe sich in der Mai-Sitzung gegen den Plan einer Vereinigung von Rheinland und Westfalen ausgesprochen.[236] Das Verhalten des Zentrums ist übrigens um so bemerkenswerter, wenn man daran denkt, in welchem Maße Anhänger dieser Partei die Zusammensetzung der Provinzialregierung in Münster bestimmten.[237]

Einig war sich *Reismann* mit der Provinzialregierung indes in der Frage der Einheit Westfalens. Er trat nicht nur selbst für den Erhalt der Gesamtprovinz ein, sondern aktivierte auch Kreis- und Ortsverbände seiner Partei, die sich beim Oberpräsidenten für ein ungeteiltes Westfalen einsetzten. In diesem Zusammenhang kritisierte der Zentrumsvorsitzende allerdings Mitte Juni die Informationspolitik der Provinzialregierung und drängte darauf, die westfälischen Forderungen – auch hinsichtlich des Anschlusses weiterer Gebiete – öffentlich bekanntzugeben.[238] Aufgrund der kurz darauf von *Ame-*

232 Vgl. die Nrn. 78, 105.

233 Vgl. die Nrn. 176, 184.

234 Vgl. Nr. 86 mit Anm. 1.

235 Vgl. Nr. 113a.

236 Vgl. Nr. 141.

237 Hierzu oben S. 25f.

238 Vgl. Nr. 162 und Nr. 169, Anm. 7.

lunxen angekündigten Schaffung eines eigenständigen Landes Westfalen[239] scheinen die Bemühungen *Reismanns* zum Erliegen gekommen zu sein.

e) FDP

Mit einer gewissen Verzögerung gegenüber den anderen politischen Gruppierungen konstituierten sich im Oktober bzw. Dezember 1945 zwei voneinander unabhängige liberale Parteiorganisationen in den Provinzen Westfalen und Nord-Rhein.[240] Im November legte die westfälische LDP ein erstes Programm vor, das sich auch mit der Rolle von Ländern und Provinzen in einem politisch und wirtschaftlich geeinten Deutschland auseinandersetzte. Den Ländern als mittleren Instanzen sollte eine weitgehende Selbstverantwortlichkeit zuerkannt werden, doch sollten Außen-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik sowie Zivil- und Strafrecht reichseinheitlich geregelt werden.[241]

Nachdem sich die verschiedenen liberalen Landesverbände im Januar 1946 zur FDP in der britischen Zone zusammengeschlossen hatten, legte der Parteivorstand, dem auch führende Liberale aus Rheinland und Westfalen angehörten, Anfang Februar die sogenannten „Programmatischen Richtlinien" vor. Im Gegensatz zum Programm der westfälischen LDP wurde hier kein spezieller Katalog für die Zuständigkeiten des Reichs aufgestellt, sondern generell festgelegt, das Reich bestimme die Grenzen der Selbständigkeit der Länder und führe allein die Politik.[242] Diese Aussage deutete an, daß die FDP im Rahmen einer Neugliederungsdiskussion gegen die Bildung starker Länder votieren würde.

Um so energischer strebten die Liberalen dagegen den Erhalt der Reichseinheit an. Besonders der rheinische Landesverband setzte sich im April 1946 aktiv gegen die französischen Pläne zur Loslösung des Ruhrgebiets ein. Am 8. April machte Franz *Blücher* in einer Sitzung des FDP-Vorstandes Nord-Rheinprovinz – unter Hinweis auf die jüngsten Erklärungen *Bidaults* – auf die bedrohliche Lage im Westen aufmerksam und bekräftigte zwei Tage später in einer öffentlichen Rede die Forderung der FDP, das Ruhrgebiet für Deutschland zu erhalten. Auf *Blüchers* Anregung hin beschloß der Vorstand am 12. April, eine Resolution zur Rhein-Ruhr-Frage an die Presse zu leiten und die anderen Parteien in der Nord-Rheinprovinz zu gemeinsamen Kundgebungen in Düsseldorf, Köln und Essen aufzufordern.[243] Während CDU, Zentrum und KPD dem Vorschlag der Liberalen zustimmten, lehnten die Sozialdemokraten eine solche Veranstaltung ab, um den Kommunisten keine Angriffsfläche hinsichtlich der angestrebten Einheitspartei zu bieten. Anfang Mai mußte die FDP das Scheitern ihrer Bemühungen zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien konstatieren.[244] Im Gegensatz zum Rheinland

239 Siehe oben S. 55f.

240 Vgl. G. SCHWARZE, 1984, S. 156–158.

241 Druck des LDP-Programms: G. SCHWARZE, 1984, Nr. 7, S. 343–350.

242 Druck: K.-J. RUHL, 1982, Nr. 86; vgl. hierzu: D. HEIN, 1985, S. 260; K. SCHRÖDER, 1985, S. 159f.; G. SCHWARZE, 1984, S. 163–166.

243 Vgl. Nr. 78; Protokolle der Vorstandssitzungen vom 8. bzw. 12. 4. 1946 (HStA Düsseldorf, RWV 49-vorläufig 8); Rede *Blüchers* vom 10. 4. 1946 (BA Koblenz, NL Blücher 154).

244 Vgl. die Nrn. 92, 105; Anfang Mai scheiterte auch eine Initiative der FDP, einen Ausschuß zum Studium der Rhein-Ruhr-Frage des nordrheinischen Provinzialrats einzurichten (vgl. Nr. 100 mit Anm. 21).

sind in Westfalen während des April/Mai 1946 keine nennenswerten Aktionen der dortigen FDP-Führung bezüglich der Rhein-Ruhr-Frage oder in Sachen Neugliederung zu erkennen. Lediglich zwei Entschließungen wurden auch von westfälischen FDP-Vertretern mitgetragen.[245]

Auf Antrag der Landesverbände Nord-Rheinprovinz und Braunschweig wurde auch auf dem ersten Parteikongreß der FDP in der britischen Zone vom 18. bis 20. Mai 1946 in Bad Pyrmont eine Resolution zur Frage der Reichseinheit verabschiedet, in der ausdrücklich vor der Herauslösung des Ruhrgebiets aus dem deutschen Staatsgefüge gewarnt wurde.[246] Noch in anderer Hinsicht bestimmte dieser Parteikongreß nachhaltig den Standpunkt der FDP zur staatlichen Neuordnung in der britischen Zone. Im Zuge innerparteilicher Führungskämpfe wurde der bisherige Vorsitzende, Wilhelm *Heile*, auf den eher repräsentativen Posten eines Präsidenten abgeschoben. Hierbei spielte nicht zuletzt der von *Heile* wiederholt propagierte Gedanke eines föderalistischen Staatsaufbaus eine entscheidende Rolle. Besonders der Rheinländer *Blücher*, der zum wichtigsten Mann im neuen Vorstand avancierte, widersprach dieser Auffassung.[247] *Blücher* ging bei seinem Überlegungen von der Schaffung eines starken Einheitsstaates aus, in dem möglichen Ländern nur in einem begrenzten Rahmen Selbstverwaltungsaufgaben zugestanden werden sollten.[248]

Nur wenige Tage nach Pyrmont klagte *Blücher* einmal mehr in einem Schreiben an den rheinischen Landesvorsitzenden Friedrich *Middelhauve* über *Heiles* Neigungen zum Föderalismus. Er sehe es als notwendig an, durch eine gemeinsame Entschließung der Landesverbände Rheinland und Westfalen *Heile* endlich „auf den Weg der Tugend" zu bringen.[249] Wie sehr *Heile* dazu beitragen konnte, die mehrheitliche Meinung der FDP-Führungsschicht zu diskreditieren bzw. innerparteiliche Verwirrung zu stiften, zeigen seine Äußerungen auf der Godesberger Tagung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats Mitte Juni. *Heile* sprach sich hier für die vorläufige Schaffung von deutschen Ländern mit eigenen Regierungen aus. Eine endgültige Regelung solle von einer Nationalversammlung beschlossen werden. Deutlich wies er darauf hin, daß in einem zentralistisch regierten Staat keine Demokratie herrschen könne.[250] Erst nach dem Parteiausschluß *Heiles* im Januar 1947 konnte sich *Blücher* mit seiner einheitsstaatlichen Linie endgültig durchsetzen.[251]

Die Differenzen innerhalb der Partei hinsichtlich der staatlichen Neuordnung Deutschlands mögen erklären, warum eine eindeutige Stellungnahme der FDP zur Frage der Vereinigung der Provinzen Nord-Rhein und Westfalen nicht vorliegt. Für die westfälische FDP kann man zumindest indirekt aus dem Abstimmmungsverhalten in der Hauptausschußsitzung des Provinzialrats am 3. Juni erschließen, daß sie einem Land Rheinland-Westfalen ablehnend gegenüberstand.[252] Dagegen waren die Aussagen, die

245 Vgl. Nr. 78 mit Anm. 2 und Nr. 96.

246 Vgl. Informationsschreiben Nr. 128 der FDP vom 24. 5. 1946 (HStA Düsseldorf, RWN 203–5); Parteitagsprotokoll vom 18.-20. 5. 1946 (ADL, FDP in der britischen Besatzungszone Nr. 1).

247 Vgl. T. RÜTTEN, 1984, S. 62–65; G. SCHWARZE, 1984, S. 171; K. SCHRÖDER, 1985, S. 49f.

248 Vgl. Nr. 166.

249 *Blücher* an *Middelhauve* am 8. 6. 1946 (ADL, FDP in der britischen Besatzungszone Nr. 5).

250 Vgl. Nr. 161a.

251 Vgl. K. SCHRÖDER, 1985, S. 52f., 139–154.

252 Vgl. Nr. 141.

ein Vertreter der münsterschen FDP Mitte Juni gegenüber der westfälischen Militärregierung machte, recht unpräzise.[253]

5. *Bemühungen der Industrie- und Handelskammern*[254]

Im August 1945 schlossen sich die Industrie- und Handelskammern der Provinz Westfalen unter Federführung der Kammer Münster zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. In gleicher Weise entstand im Laufe des Sommers 1945 eine Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der Nord-Rheinprovinz. Obwohl frühzeitig enge informelle Kontakte zwischen beiden Organisationen bestanden und vor allem von rheinischer Seite der Wunsch nach einer gemeinsamen Führungsspitze vorgetragen wurde, bildete sich erst im November 1946, nach Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, eine rheinisch-westfälische Dachorganisation heraus. Wie *Teppe* vermutet, scheuten die Westfalen aufgrund der noch ungewissen politischen Zukunft des Industriegebiets um die Jahreswende 1945/46 davor zurück, von sich aus im Bereich der Wirtschaftsorganisation Fakten zu schaffen, die die Entscheidungsfindung der Alliierten bzw. der britischen Regierung über das Schicksal des Ruhrgebiets hätten präjudizieren können.[255] Dieser Umstand hielt aber weder die rheinischen noch die westfälischen Kammern davon ab, sich im Frühsommer 1946 intensiv und in enger Abstimmung untereinander an der Diskussion um die Neugliederung der britischen Zone zu beteiligen.

Zu ersten Überlegungen kam es im Anschluß an die Gründungsversammlung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der britschen Besatzungszone am 13. Mai 1946 in Hahnenklee.[256] Dort hatte Oberpräsident *Kopf* für seinen Plan eines Landes Groß-Niedersachsen geworben und damit eine unmittelbare Reaktion der betroffenen Kammern hervorgerufen. Nur zwei Tage später berichtete der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Franz-Josef *Gieselmann*[257], über die Absichten *Kopfs* im westfälischen Oberpräsidium, und am 17. Mai beschlossen die westfälischen Industrie- und Handelskammern das Problem einer Aufteilung Westfalens bzw. eines Zusammenschlusses mit dem Rheinland auf ihrer nächsten Präsidialsitzung zu besprechen.[258]

Noch vor dieser Sitzung wurde die Kammer Münster von sich aus aktiv: Ende Mai lud sie Vertreter aus Industrie und Handel zu einer Informationsveranstaltung nach

253 Vgl. Nr. 154.

254 Nachforschungen hinsichtlich der Haltung von Großindustrie und Wirtschaftsverbänden blieben weithin ergebnislos; ebenso scheint die gewerkschaftliche Führungsspitze in der britischen Zone kaum mit der Thematik Länderneugliederung befaßt gewesen zu sein (nur ein wenig ergiebiger Hinweis in Nr. 91); der Frage, ob die Handwerkskammern in irgendeiner Form zum Zusammenschluß von Rheinland und Westfalen Stellung bezogen haben, wurde nicht weiter nachgegangen (bereits K. ZUHORN, 1955, S. 119, Anm. 7 kann keine Aktivitäten der Handwerkskammern feststellen).

255 K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 310f.; vgl. auch: K. ZUHORN, 1955, S. 105; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 788.

256 Vgl. H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 370.

257 K. ZUHORN, 1955, S. 107, Anm. 4 berichtet übrigens, *Gieselmann* sei schon im August 1945 von einem Amerikaner über die wirtschaftlichen Beziehungen des Münsterlandes zu anderen Regionen befragt worden.

258 Vgl. Nr. 120, Anm. 2, 3 und Nr. 163; wie aus einem Vermerk *Naunins* vom 3. 6. 1946 hervorgeht, war anscheinend auch die Industrie- und Handelskammer Hannover mit den Ausführungen *Kopfs* in Hahnenklee keineswegs völlig einverstanden (Archiv des LWL, II K 265).

Gelsenkirchen ein. Das Interesse der etwa 40 anwesenden Geschäftsleute am Thema „Gebietsabgrenzungen" war nicht sehr lebhaft, doch befürwortete man – sofern es zur Bildung von Ländern kommen würde – eine Vereinigung der beiden Provinzen.[259] Am 6. Juni setzte sich *Gieselmann* auch mit der für die Industrie- und Handelskammer Münster zuständigen Militärregierung in Warendorf in Verbindung und berichtete über die Sorge der Wirtschaft des nördlichen Münsterlandes, vom übrigen Westfalen getrennt zu werden.[260]

Zeitgleich mit den westfälischen Kammern ergriff man auch im Rheinland die Initiative. Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, *Wilden*, richtete am 17. Mai die dringende Bitte an *Gieselmann*, an der nächsten Sitzung der Industrie- und Handelskammern der Nord-Rheinprovinz teilzunehmen, da Oberpräsident *Lehr* über die Frage der territorialen Neugliederung berichten wolle. Mit seinen Vorstellungen traf *Lehr* bei den Vertretern der nordrheinischen Kammern auf offene Ohren.[261] Da *Gieselmann* nicht an der Sitzung hatte teilnehmen können, verständigte man sich darauf, sofort mit den westfälischen Kammern wegen der Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen Kontakt aufzunehmen. Wenige Tage später kam es zu einer Absprache zwischen *Wilden* und *Gieselmann*, gemeinsam für den Zusammenschluß von Rheinland und Westfalen einschließlich Osnabrücks einzutreten.[262]

Neben Düsseldorf war in der Nord-Rheinprovinz besonders die Industrie- und Handelskammer zu Essen an den Verwaltungs- und Territorialfragen interessiert. In ihrem Auftrag legte der Leiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor Walther *Däbritz*, Anfang Juni 1946 eine Denkschrift „Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsgebietes" vor.[263] Hierin wurden aus wirtschaftlicher Sicht vor allem große Bedenken gegen eine Eingliederung westfälischen Territoriums in ein Land „Groß-Hannover" geltend gemacht. Dagegen wurde das Problem einer Vereinigung der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen nicht konkretisiert. Dies mag daran liegen, daß man in Essen zu diesem Zeitpunkt den Westfalen noch ein gewisses Mißtrauen entgegenbrachte. So äußerte der Hauptgeschäftsführer der Essener Kammer, August *Küster*, gegenüber *Däbritz*, die im *Zuhorn*-Plan vorgesehene Beibehaltung zweier Provinzialverbände lasse das Bestreben vermuten, das bisherige einfach zu übernehmen. Dies sei vom Standpunkt des Ruhrgebiets aus nicht unbedingt richtig.[264]

Im Rahmen der zonalen Vereinigung der Industrie- und Handelskammern sprach man die Thematik auf einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses am 7. Juni in Bremen wieder an. *Gieselmann* trug – auch im Namen der rheinischen Kammern – die Argumente für ein Land Rheinland-Westfalen vor, das – so setzte er vorsichtigerweise hinzu – dann gefordert werden müsse, wenn das Ruhrgebiet als Ganzes nur einem Land zugeteilt werde. Er machte klar, daß sich die Zonenvereinigung bei einer Stellung-

259 Einladung vom 23. 5. 1946 mit umseitigem Vermerk: WWA, K 5 Nr. 198; vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 117.

260 Nr. 150.

261 Vgl. die Nrn. 120, 128; über Kontakte *Lehrs* mit der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf auch: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 206f.

262 Vgl. Nr. 120, Anm. 1 und Nr. 152.

263 Vgl. Nr. 146 mit Anm. 2.

264 Nr. 134.

nahme zur Neugliederung auf einige wichtige Grundsätze beschränken müsse und sich nicht im Detail zu den Abgrenzungsfragen äußern könne.[265]

Im Sinne dieser Ausführungen *Gieselmanns* verabschiedeten die westfälischen Industrie- und Handelskammern auf einer Konferenz in Detmold eine Entschließung, in der als Leitgedanke herausgestellt wurde, bei einer künftigen Grenzziehung seien neben den kulturellen und volkstumsmäßigen Belangen auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Um einen Affront gegenüber der Provinzialregierung in Münster zu vermeiden und sich nicht dem Vorwurf direkter Einmischung in politische Fragen auszusetzen, wurde der – nichtsdestoweniger deutlich erkennbare – Wunsch nach einer Vereinigung der beiden westlichen Provinzen nur verklausuliert zum Ausdruck gebracht.[266] Im Zusammenhang mit dieser Entschließung ist zum einen bemerkenswert, daß die zum westfälischen Sprengel zählende und hier sogar als Gastgeber fungierende Industrie- und Handelskammer Detmold die Resolution ablehnte, weil hierin indirekt auch für den Anschluß Lippes an Rheinland-Westfalen plädiert wurde. Zusammen mit der Handwerkskammer und der Kreisbauernschaft Lippe hatte sich die Detmolder Kammer schon am 4. Mai 1946 für einen Anschluß an Hannover ausgesprochen – unter Betonung wirtschaftlicher, verkehrsmäßiger, administrativer und religiöser Vorteile.[267] Zum anderen ist die positive Haltung der Industrie- und Handelskammer Bielefeld zu dieser Entschließung hervorzuheben. Die Bielefelder Kammer hatte sich nämlich in den zwanziger Jahren aus lohnpolitischen Gründen dem Handelskammerverband Niedersachsen-Kassel angeschlossen und damit noch Oberpräsident *Kopf* in seiner Denkschrift vom 1. April 1946 ein wichtiges Argument für die Einbeziehung westfälischer Gebiete in ein Land Niedersachsen geliefert. Um letzte Zweifel an ihrer mittlerweile geänderten Haltung auszuräumen, bezog man in Bielefeld Mitte Juni zur lippischen Denkschrift vom 4. Mai Stellung. Deren Beweisführung wurde widerlegt und die enge Verbindung Lippes zu Minden-Ravensberg hervorgehoben. Die Einheit Westfalens unter Einschluß Lippe-Detmolds, so folgerte die Bielefelder Kammer, sei daher anzustreben.[268]

Bezeichnenderweise informierte *Gieselmann* nicht als erstes das Oberpräsidium in Münster, sondern Landesrat *Naunin*, d.h. einen exponierten Befürworter des Zusammenschlusses, über die Ereignisse in Detmold.[269] Erst vier Tage später, am 18. Juni, wurde dem Generalreferenten Wirtschaft, *Nölting*, die Entschließung der westfälischen Kammern vorgelegt. Dieser erklärte überraschend, daß der Inhalt der Entschließung durchaus dem entspreche, was im Oberpräsidium gewünscht werde. Allerdings machte *Nölting* darauf aufmerksam, daß er selbst diese Angelegenheit dem Oberpräsidenten nicht vortragen könne, da Generalreferent *Menzel* dafür zuständig sei.[270] Daraufhin wandte sich die Industrie- und Handelskammer Münster direkt an den westfälischen Oberpräsidenten. *Amelunxen* scheint die diplomatisch formulierten Aussagen der Resolution in seinem Sinn interpretiert zu haben, denn am 26. Juni teilte das Oberpräsidium mit, man habe gegen eine Verbreitung nichts einzuwenden. Hatte *Gieselmann* schon tags zuvor der zuständigen Militärregierung in Warendorf ein Exemplar mit der nochmaligen

265 Nr. 152.

266 Vgl. Nr. 157a,b.

267 Druck der Entschließung vom 4. 5. 1946: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 42.

268 Vgl. Nr. 163 mit Anm. 6.

269 Vermerk *Naunins* vom 14. 6. 1946: Archiv des LWL, II K 265.

270 Vgl. Nr. 173, Anm. 2.

Bitte übersandt, den Kammerbezirk Münster nicht vom Ruhrgebiet zu trennen, so wurde die Entschließung nun einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht. Insbesondere die Provinzialregierung in Düsseldorf, der Zonenbeirat sowie die Militärregierung Westfalen erhielten jeweils ein Exemplar.[271]

Auch im Rheinland war man inzwischen nicht untätig geblieben. Der in der Denkschrift des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung vertretene Gedanke, bei einer Neugliederung wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgeblich einzubeziehen, fand in einer Veröffentlichung des in Düsseldorf erscheinenden „Handelsblatts" vom 20./27. Juni 1946 eingehend Ausdruck. Der Artikel ging von einer Gliederung der Besatzungszone in drei Hauptwirtschaftsbezirke aus, von denen der erste die Nord-Rheinprovinz, die Provinz Westfalen und die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe umfaßte. Am 1. Juli legte *Däbritz* eine überarbeitete Fassung seiner Denkschrift vor, in der noch deutlicher als im Juni der organische Zusammenhang des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraumes einschließlich der landwirtschaftlichen Gebiete Westfalens, des Landes Lippe sowie des Gebiets um Osnabrück herausgearbeitet wurde.[272]

Ende Juni/Anfang Juli 1946 gab es Bemühungen, auch auf zonaler Ebene zu einer gemeinsamen Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern in der Neugliederungsfrage zu gelangen. Ein von der Handelskammer Bremen vorgelegter Entwurf wurde von *Gieselmann* jedoch mit Skepsis aufgenommen. Die Bremer blieben zwar weiterhin optimistisch im Hinblick auf eine einmütige Erklärung der Zonenvereinigung, doch kam die Sache bis zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen zu keinem Abschluß.[273]

Abschließend ist festzustellen, daß die Unternehmungen der rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskammern mit Blick auf den Ablauf der Ereignisse auf britischer Seite sehr spät erfolgten. Die CCG/BE dürfte vor der wichtigen Sitzung in London am 6. Juni 1946 von der Haltung der Kammern kaum Kenntnis erlangt haben. Zwar teilte die Militärregierung Westfalen als Antwort auf die ihr zugeleitete Entschließung der westfälischen Industrie- und Handelskammern am 8. Juli mit, sie wolle die vorgebrachten Ansichten an die zuständigen Stellen weiterleiten,[274] doch stand zu diesem Zeitpunkt der britische Beschluß zur Gründung des Landes längst fest. Nichtsdestoweniger bestätigten die Bemühungen der Industrie- und Handelskammern im Nachhinein, daß die Entscheidung zugunsten eines Landes Nordrhein-Westfalen auch in Kreisen der Wirtschaft auf breite Zustimmung traf.

6. Der deutsche Anteil an der Landesgründung – ein Resümee

Um den deutschen Anteil an der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen in den wesentlichen Zügen herauszukristallisieren, ist es notwendig, den Ereignisablauf auf briti-

271 Nr. 173 mit Anm. 4.

272 Vgl. Nr. 179; auch Oberpräsident *Lehr* behandelte am 27. 6. 1946 im „Handelsblatt" „Die Länder- und Verfassungsreform"; dabei plädierte er wiederholtermaßen für den Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen.

273 Vgl. die Nrn. 175, 181.

274 Siehe Nr. 173, Anm. 3.

scher und auf deutscher Seite noch einmal vergleichend zu analysieren. Dabei muß eins von vornherein deutlich gesagt werden: Die deutschen Handlungsträger, Politiker und Verwaltungsbeamte, waren unter den spezifischen Bedingungen des besiegten und besetzten Nachkriegsdeutschland nicht in der Lage, mit ihren Bemühungen und Initiativen den von internationalen und besatzungspolitischen Geschehnissen diktierten Rahmen zu sprengen. Wohl aber stellt sich die Frage, inwiefern es ihnen möglich war, innerhalb dieses Rahmens eigenen Vorstellungen und Plänen Geltung zu verschaffen.

Ein erstes besatzungspolitisches Faktum stellte die Teilung der Rheinprovinz im Sommer 1945 dar, die den Blick der Rheinländer zwangsläufig verstärkt auf den westfälischen Teil des Industriegebiets an der Ruhr fallen ließ. Von konkreten Plänen für eine Vereinigung rheinischen und westfälischen Gebiets unter einem gemeinsamen staatlichen Dach war man aber noch weit entfernt. Sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei den Parteien stand in dieser Phase eher eine defensive Grundhaltung zur Abwehr der französischen Forderungen nach Abtrennung deutschen Terrains an Rhein und Ruhr im Vordergrund. In Westfalen waren die territorialpolitischen Überlegungen anfangs ohnehin nicht nach Westen, sondern in erster Linie nach Norden gerichtet. Nur vereinzelt tauchten hier gedankliche Ansätze für eine engere rheinisch-westfälische Zusammenarbeit auf.

Überhaupt waren die Spitzen der Verwaltung in der britischen Zone, die Chefs der Länder und Provinzen, während des Jahres 1945 gegen eine vorschnelle territoriale Neugliederung. Allerdings versuchten sie, durch eine Stärkung der Mittelinstanz gegenüber den damals von den Briten forcierten Zentralstellen die Grundlagen für die Einrichtung mittelgroßer, leistungsfähiger Länder in der Zone zu schaffen. Die Absicht der Länderchefkonferenz, einen föderalistischen Aufbau des britischen Besatzungsgebiets einschließlich eines „Länderorgans" an der Spitze durchzusetzen, wurde im Februar/März 1946 aufgrund von Kontakten mit dem Stuttgarter Länderrat bestärkt. Ende März tauchte auch der Gedanke einer territorialen Neugliederung der Zone im Kreis der Provinz- und Länderchefs auf. Detaillierte Vorschläge darüber, wie die neue gebietliche Einteilung aussehen könnte, lagen zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht vor.

Der anfängliche Wunsch der Länder und Provinzen, keine territorialen Änderungen in der britischen Zone vorzunehmen, kam der Auffassung der Besatzungsmacht durchaus gelegen; dagegen blockte sie Vorschläge für eine Ausweitung der Kompetenzen der regionalen Verwaltungseinheiten zunächst konsequent ab. Erst allmählich setzte sich im Frühjahr 1946 bei der britischen Regierung der Gedanke zur Schaffung stärkerer Länder durch, um – abgesehen von den französischen Forderungen – auch dem möglichen Einfluß einer sowjetisch gesteuerten deutschen Zentralregierung entgegenwirken zu können. Für die Durchsetzung dieses Standpunkts bei den Londoner Stellen waren nicht zuletzt die Bemühungen der britischen Abteilung der Kontrollkommission für Deutschland von großer Bedeutung. Bereits im Dezember 1945 hatte der stellvertretende Militärgouverneur, General *Robertson*, einen Plan zur Errichtung von vier bis fünf Ländern im britischen Besatzungsgebiet entwickelt, von denen eines das Ruhrgebiet umfassen sollte.

Im Einklang mit dem Trend zur Föderalisierung wandelte sich auch die Besatzungspolitik. Ende März 1946 erteilte die CCG/BE dem Zonenbeirat die Genehmigung, den Plan einer Zuweisung von mehr Kompetenzen an die Mittelinstanzen in Angriff zu

nehmen. Dabei sollten die Deutschen, die in diesem Punkt noch zögerten, auch die Frage der territorialen Neueinteilung mitberücksichtigen. Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Neugliederung setzte die Besatzungsbehörde gleichzeitig den Prozeß einer Umwandlung der preußischen Provinzen in Länder in Gang.

Auf dieses Startzeichen von britischer Seite scheinen zwei der führenden Politiker aus dem Kreis der Länder- und Provinzchefs gewartet zu haben, um ihre schon länger gehegten Vorstellungen über die gebietliche Struktur der Zone endlich vorzubringen. Am 1. April 1946 legte der hannoversche Oberpräsident *Kopf* seine Denkschrift über eine Dreigliederung des Besatzungsgebiets vor, der zufolge Westfalen auf ein Rhein-Ruhr-Land und das neue Land Niedersachsen aufgeteilt werden sollte. Auch der nordrheinische Oberpräsident *Lehr* befürwortete Anfang April eine Dreigliederung der britischen Zone, ohne allerdings die Grenzen des rheinischen-westfälischen Gebiets genauer zu umschreiben. Der Gedanke einer Sicherung von Rhein und Ruhr gegenüber französischen Ansprüchen spielte bei *Lehrs* Vorschlag noch eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund standen zu diesem Zeitpunkt grundsätzliche Überlegungen über den notwendigen verwaltungsmäßigen Aufbau Nordwestdeutschlands im Hinblick auf ein föderalistisch zu gestaltendes Deutsches Reich sowie das Bedürfnis, mit dem westfälischen Anteil am Ruhrgebiet die fehlende wirtschaftliche Ergänzung zur Nord-Rheinprovinz zu gewinnen.

Parallel zu diesen deutschen Ansätzen, aber aufgrund ganz anderer, nämlich ursächlich internationaler Motive, lief während des April 1946 auch in London die Entwicklung auf eine Neuordnung des rheinisch-westfälischen Raums zu. Am 17. April 1946 fiel im britischen Kabinett die prinzipielle Entscheidung zugunsten eines neuen, das Industriegebiet an Rhein und Ruhr umfassenden Landes. Offen war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch die Frage, welchen territorialen Umfang dieses Land haben sollte. Außenminister *Bevin* und führende Mitarbeiter des Foreign Office sprachen sich Ende April/Anfang Mai für ein möglichst kleines Land aus, das im wesentlichen nur aus dem engeren Ruhrbezirk bestehen sollte. Ihre Auffassung über die Gesamtgestaltung der britischen Zone kam dem Dreigliederungsvorschlag hannoverscher Prägung recht nahe.

Vornehmlich in der Phase des zähen Ringens um die präzise Gestalt des neuen Landes von Ende April bis Anfang Juni 1946 kam es zu einer intensiven Wechselwirkung zwischen der britischen und der deutschen Seite. Die deutschen Akteure erhielten teils direkt durch die Besatzungsbehörden, teils durch Presse und Rundfunk genauere Kenntnis von dem Stand der englischen Planungen, wodurch erst ein gezieltes Vorgehen angeregt und möglich wurde. Ein großer Teil der Männer in den leitenden Positionen von Politik und Verwaltung in Rheinland und Westfalen gelangte dabei zu dem Urteil, daß nur bei einer Vereinigung der beiden Provinzen – nach Möglichkeit unter Einschluß weiterer Gebiete – die Gefahr einer Abtrennung oder Internationalisierung deutschen Terrains im Westen bzw. einer Zerreißung der Provinz Westfalen zu bannen sei. Darüber hinaus sprachen gewichtige wirtschaftliche Gründe für ein Land Rheinland-Westfalen.

Die deutschen Pläne wurden in erheblichem Umfang von den Besatzungsbehörden, d.h. letztlich der CCG/BE, rezipiert. Zwar scheint man bei der britischen Kontrollkommission in Berlin schon von Anfang an einer „großen Lösung" bei der Schaffung eines Rhein-Ruhr-Landes zugeneigt gewesen zu sein, doch fehlten noch tref-

fende Argumente und entscheidende Detailkenntnisse, um diese Auffassung auch in London erfolgreich vertreten zu können. Hier konnte man nur mit Hilfe der Deutschen weiterkommen. Zum wichtigsten Experten entwickelte sich dabei für die Engländer der nordrheinische Oberpräsident *Lehr*, der verschiedentlich seine Vorstellungen – z.T. direkt auf Befragen der Militärregierung – darlegen konnte. Aber auch die Aktivitäten von *Zuhorn*, *Naunin* und *Pünder* blieben der Kontrollkommission nicht verborgen. Darüber hinaus kannte man auch das positive Votum des Zonenvorsitzenden der CDU, *Adenauer*, der in dieser Frage zumindest tendenziell die rheinisch-westfälische Parteispitze hinter sich hatte. Die Anstrengungen der Industrie- und Handelskammern erfolgten zwar zu spät, um den britischen Entscheidungsprozeß in irgendeiner Form zu beeinflussen, doch bescheinigten sie der CCG/BE im nachhinein einmal mehr die Richtigkeit ihres Vorgehens.

Die Gegner eines Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen, an ihrer Spitze die westfälische Provinzialregierung sowie der größte Teil der SPD-Führung, waren der Schar der Befürworter nicht nur zahlenmäßig, sondern auch argumentativ unterlegen. Darüber hinaus vermißt man bei ihnen ein rechtzeitiges intensives Bemühen um Verbreitung ihrer Ansichten sowohl in der deutschen Öffentlichkeit als auch gegenüber der Militärregierung. Letztere blieb damit von diesen Überlegungen weitgehend unbeeinflußt. Allerdings hinderten vermutlich die divergierenden Meinungen unter den Deutschen die oberste Militärbehörde daran, eine ihr genehme Entschließung des Zonenbeirats in dieser Frage herbeizuführen.

Am Ende waren es die unter Einbezug deutscher Pläne herangereiften Argumente der britischen Kontrollkommission, die der „großen Lösung", nämlich der Vereinigung der Nord-Rheinprovinz mit dem gesamten Westfalen, in London zum Durchbruch verhalfen. Dabei ist es nicht verwunderlich, daß General *Robertson* und seine Männer den deutschen Anteil an ihrer Stellungnahme gegenüber den britischen Regierungsstellen weitgehend verschwiegen, um nicht eigenes Renommee einzubüßen. Der auf Argumenten des SPD-Vorsitzenden *Schumacher* basierende Vorschlag Deutschlandminister *Hynds*, zwei Länder im rheinisch-westfälischen Raum zu bilden, fand dagegen kein Gehör. Ohne die indirekte deutsche Unterstützung wäre die Entscheidung in London möglicherweise anders ausgefallen; nach dem ursprünglichen Willen *Bevins* und führender Persönlichkeiten des Foreign Office wäre – unter Teilung Westfalens – ein sehr viel kleineres Land im Rhein-Ruhr-Gebiet geschaffen worden. Ob dieses einseitig industriell geprägte und in erheblicher Weise westfälisches Zusammengehörigkeitsgefühl verletzende Land allerdings eine ebenso starke politische und wirtschaftliche Integrationskraft besessen hätte wie das heutige Nordrhein-Westfalen, mag man mit Recht bezweifeln.

IV. REAKTIONEN AUF DIE BEKANNTGABE DER BILDUNG DES LANDES[1]

Am 23. Juli 1946 kommentierte Oberpräsident *Lehr* vor dem Hauptausschuß des nordrheinischen Provinzialrats den britischen Entschluß zur Bildung des Landes mit den Worten: „Er kam für uns völlig überraschend, aber nicht unerwartet." Er gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß die von ihm angestrebte Lösung nun tatsächlich verwirklicht worden sei. Über die personelle Besetzung der politischen Positionen werde noch entschieden.[2] Zu diesem Zeitpunkt war *Lehr* noch zuversichtlich, selbst als Ministerpräsident an die Spitze des neuen Landes treten zu können. Schon drei Tage zuvor hatte sein persönlicher Referent, Oberregierungsrat *Schröder*, einen Entwurf vorgelegt, der aufzeigte, worauf bei der künftigen Organisation des Landes und der Bildung einer Regierung zu achten sei.[3] Bestärkt durch persönliche Gespräche mit britischen Vertretern legte der Oberpräsident, der Stellungnahme *Schröders* folgend, am 22. Juli der Militärregierung seine Vorstellungen hinsichtlich der Gliederung eines Kabinetts vor: Neben dem Posten des Ministerpräsidenten sollten 10 Ministerien errichtet werden.[4]

Die Ernennung *Amelunxens* zum ersten Ministerpräsidenten[5] bedeutete für *Lehr*, der sich selbst als „geistigen Urheber" des Landes Nordrhein-Westfalen empfand,[6] eine tiefe Enttäuschung. Das ihm angebotene Amt des Kultusministers lehnte er ohne Umschweife ab.[7] Dennoch scheint er die Hoffnung nicht aufgegeben zu haben, selbst noch das höchste Amt im neuen Land zu erreichen. Ein von *Lehr* im August 1946 vorgelegter Verfassungsentwurf, einer der frühesten für Nordrhein-Westfalen, sah neben dem Ministerpräsidenten zusätzlich einen Staatspräsidenten vor. Dieser sollte nicht nur repräsentative, sondern auch politische Funktionen übernehmen.[8] Und wer wäre für dieses Amt prädesti-

---

1 Behandelt werden im folgenden die unmittelbaren Rückwirkungen der britischen Entscheidung bei den Spitzen der Verwaltung und den politischen Parteien.

2 Vgl. Nr. 199.

3 Nr. 196.

4 Nr. 198.

5 Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Ernennung des ersten Ministerpräsidenten sowie der Bildung der Regierung können hier nicht näher geschildert werden; vgl. dazu aus britischer Sicht neuerdings: R. STEININGER: Ruhrfrage, 1987, S. 196–208; weiterhin: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 227–236; W. FÖRST: Kleine Geschichte, 1986, S. 32f.

6 So *Lehr* in einem Schreiben an H.J. *Ditzen* vom 25. 9. 1946 (Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70); weiter heißt es dort: „Es kam für uns Deutsche darauf an, den selbständigen Rheinstaat mit seiner völligen Ohnmacht und der Abschnürung durch Zoll- und Währungsschranken zu verhindern und ein ausschließlich nach deutschen Interessen ausgerichtetes Land zu schaffen, auf das fremdländische Ansprüche weniger leicht gerichtet werden konnten als auf den Rest der in der Form von Nord-Rhein nicht lebensfähigen Rheinprovinz. Die Zusammenballung von fast 6 Millionen Menschen auf 12.000 qkm, das mangelnde agrarische Hinterland, die zerstörten Städte und die zerstückelte Industrie zwangen zur Anlehnung an Westfalen. Es ist uns von deutscher Seite keineswegs in den übrigen Teilen der britischen Zone das notwendige Verständnis entgegengebracht worden. Der deutsche Partikularismus ist ein offenbar unausrottbares Erbübel. Es gelang uns aber, uns durchzusetzen, um so mehr als hier englische und deutsche Interessen übereinstimmten. Von englischer Seite ist auch diese Arbeit durchaus gewürdigt und anerkannt. Für Düsseldorf ist jetzt eine große Möglichkeit gegeben; möge sie klug genutzt werden."

7 W. Först: GESCHICHTE, 1970, S. 169.

8 Verfassungsentwurf *Lehrs* vom 29. 8. 1946: Bundestag ParlA, 1–148; hinsichtlich der Schaffung eines Staatspräsidentenamtes ging *Lehr* mit *Adenauer* konform (vgl. ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 325).

niert gewesen, wenn nicht *Lehr*? In der wenig später intensiv einsetzenden Verfassungsdebatte konnte sich der Gedanke eines Staatspräsidentenamtes aber nicht durchsetzen.[9]

Die unmittelbare Reaktion der westfälischen Provinzialregierung auf die Nachricht von der bevorstehenden Landesgründung ist nicht bekannt. Angesichts ihrer bisherigen Haltung dürfte die Überraschung um so größer gewesen sein, als die Briten nur eine Woche später *Amelunxen* den Auftrag zur Regierungsbildung erteilten. Dies änderte die Lage grundlegend. *Amelunxen* als einer der entschiedensten Gegner der Rheinland-Westfalen-Lösung war nun aus Gründen politischer Räson gezwungen, dem neuen Land positive Züge abzugewinnen. In seiner ersten Ansprache an die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, bezeichnete er die beiden Landesteile als „Schwesterprovinzen" und unterstrich die engen Bindungen auf dem Gebiet der Wirtschaft. Gleichzeitig trat er dafür ein, insbesondere den kulturellen Unterschieden zwischen Rheinländern und Westfalen bei der künftigen Organisation des Landes Rechnung zu tragen.[10] In einer ähnlichen Situation wie *Amelunxen* befanden sich auch diejenigen seiner Generalreferenten, die in Düsseldorf ein Ministeramt übernahmen.

Nicht nur der Wunsch der westfälischen Provinzialregierung nach staatlicher Selbständigkeit, sondern auch die Forderung nach Angliederung benachbarter Territorien schien mit der Verlautbarung der CCG/BE vom 17. Juli in weite Ferne gerückt zu sein. Die Militärregierung hatte nämlich erklärt, das Land Lippe falle an Hannover.[11] Gegen diesen Beschluß legte der lippische Landtag aber sofort Protest ein und wies einmal mehr auf die engen Bindungen Lippes zum Minden-Ravensberger Raum hin. Landespräsident *Drake* wurde beauftragt, diese Bedenken der Militärregierung vorzutragen.[12] Auch der Wirtschaftsausschuß des westfälischen Provinzialrats forderte in einer Entschließung, das Land Lippe und das Gebiet um Osnabrück aus wirtschaftlichen Gründen dem neuen Land anzugliedern.[13] Obwohl der Anschluß Lippes an Hannover von einem Teil der dortigen Bevölkerung begrüßt wurde, hatten die Bemühungen *Drakes* und seiner Mitstreiter schließlich Erfolg. Am 20. August 1946 teilte die Militärregierung mit, die Zuweisung Lippes nach Hannover werde zunächst aufgeschoben.[14] Nur zwei Tage danach brachte Ministerpräsident *Amelunxen* eine Eingabe beim Sonderausschuß des Zonenbeirats für die Länderneugliederung ein, in der er die Gründe darlegte, die für eine Eingliederung Lippe-Detmolds in das Land Nordrhein-Westfalen sprachen.[15] Als der Zonenbeirat Ende September *Amelunxens* Antrag mit großer Mehrheit annahm,[16] war eine weitere wichtige Hürde auf dem Weg zur britischen Verordnung Nr. 77 genommen, mit der im Januar 1947 den Anschluß des ehemaligen Fürstentums an Nordrhein-Westfalen perfekt wurde.[17]

Im Gegensatz zum Oberpräsidium war für den westfälischen Provinzialverband mit der britischen Entscheidung ein Teilziel seines Plans in Erfüllung gegangen, nämlich

9 Vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 437–473.

10 WEGE ZUM VOLKSSTAAT, 1947, S. 35f.

11 Vgl. Nr. 192.

12 H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 47.

13 Vgl. J. BRAUTMEIER, 1986, S. 47.

14 H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 51.

15 Nr. 210.

16 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 34, S. 847.

17 Zum weiteren Hergang: U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 215–237.

die Bildung eine Landes Rheinland-Westfalen. Das zweite, ebenso wichtige Ziel, der Erhalt zweier getrennter provinzieller Selbstverwaltungen für Rheinland und Westfalen, mußte aber erst noch sichergestellt werden. Die unklare Formulierung in der britischen Pressemitteilung vom 17. Juli, daß die Grenzen der beiden Provinzen weiter bestehen bleiben würden,[18] konnte kaum mehr als vage Hoffnungen wecken. Die Frage der inneren Verwaltungsorganisation des neuen Landes war offen. Tatsächlich wurden die Befürworter der provinziellen Selbstverwaltung schon Ende Juli 1946 heftig attackiert. Der SPD-Vorsitzende *Schumacher* legte ein Konzept zur Schaffung einer neuartigen „unteren Mittelinstanz" vor, die sowohl die Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung, d.h. insbesondere der Regierungspräsidenten, als auch die bisherigen Zuständigkeiten der Provinzialverbände in sich vereinen sollte. Eine dieser neuen Verwaltungseinheiten, die *Schumacher* als „Landschaften" bezeichnete, sollte das gesamte Ruhrgebiet umschließen.[19] Die Regierungspräsidenten, die seit je um eine Ausweitung ihrer Kompetenzen bemüht waren, schlossen sich unter Führung des Arnsberger Behördenleiters Fritz *Fries* dieser Auffassung an.[20]

Diesen Bestrebungen trat der westfälische Provinzialverband mit Landeshauptmann *Salzmann* an der Spitze auf breiter Front entgegen. Schon im Juli/August 1946 begann man die Befürworter einer eigenständigen landschaftlichen Selbstverwaltung zu sammeln und gemeinsame Aktionen abzustimmen.[21] Auch erste grundlegende Denkschriften zur Stellung der Provinzialverbände im neuen Land wurden vorgelegt.[22] Damit wurden noch vor der offiziellen Landesgründung die Grundpositionen in einem lange schwelenden Konflikt bezogen, der erst 1953 mit der Einführung der Landschaftsverbandsordnung gelöst werden konnte.[23]

Wie in den Monaten zuvor traten besonders *Zuhorn* und *Pünder* wieder als Fürsprecher der Provinzialverwaltung auf. Nur wenige Tage nach der Bekanntgabe des Zusammenschlusses von Nord-Rhein und Westfalen erarbeitete Oberstadtdirektor *Zuhorn* auf der Grundlage seines ursprünglichen Rahmengesetzes vom 15. Mai eine vorläufige Verfassung für das neue Land. In einem zugehörigen Memorandum wies er noch einmal auf die Bedeutung der provinziellen Selbstverwaltung hin. Der *Zuhornsche* Verfassungsentwurf wurde auch vom Deutschen Städtetag in der Britischen Zone in einer eigenen, leicht veränderten Version vorgelegt.[24] In der späteren Verfassungsdiskussion haben diese beiden Entwürfe aber keine Rolle mehr gespielt.[25] Es ist anzunehmen, daß *Zuhorn* auch auf eine Entschließung Einfluß genommen hat, die der Rat der Stadt Münster am 19. Juli 1946 verabschiedete. Da Düsseldorf Landeshauptstadt werden sollte, fürchtete die west-

18 Vgl. Nr. 192.

19 Vgl. hierzu Nr. 204.

20 Vgl. Grundsätze eines Arbeitsausschusses der Regierungspräsidenten vom 30. 7. 1946 (Bundestag ParlA, 1–147); auch: Schreiben *Salzmanns* an *Pünder* vo 14. 8. 1946 (HStA Düsseldorf, RWN 58–2).

21 Vgl. die Nrn. 195, 201–204, 208a, 208b, 209.

22 Denkschrift der Provinzialverwaltung vom 2. 8. 1946 (gedruckt in der Broschüre „Zur Eingliederung Westfalens in das Land Nordrhein-Westfalen", hg. v. der Verwaltung des Provinzialverbandes der Provinz Westfalen).

23 Vgl. dazu: H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960.

24 Nr. 208a mit Anm. 2; Nr. 208b.

25 Wie Anm. 9.

fälische Metropole, zahlreiche große Verwaltungsbehörden zu verlieren. Deshalb sprach sich die Stadtvertretung dafür aus, die gesamtwestfälischen Verwaltungsaufgaben weiterhin in Münster zu konzentrieren.[26]

Auch der Kölner Oberbürgermeister *Pünder* wandte sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Deutschen Städtetages noch im Juli 1946 ein weiteres Mal an die CCG/BE. Ohne die Erhaltung der Selbstverwaltung auf der Ebene der bisherigen Provinzen, so führte er aus, bliebe das neue Land eine Fehlkonstruktion. Die Landesregierung in Düsseldorf stellte er sich möglichst klein und schlagkräftig vor; dagegen sollten große Teile der Verwaltungsarbeit von den Selbstverwaltungskörperschaften in den beiden Landesteilen übernommen werden.[27] Das Engagement *Zuhorns*, *Pünders* und anderer städtischer Vertreter, wie etwa des Duisburger Oberbürgermeisters Heinrich *Weitz*,[28] war in den folgenden Monaten und Jahren ein wichtiger Rückhalt im politischen Streit um die Errichtung der beiden Landschaftsverbände.

Am 15. Juli 1946, zwei Tage vor der offiziellen britischen Pressemitteilung, waren die beiden wichtigsten parteipolitischen Persönlichkeiten in der britischen Zone, Konrad *Adenauer* und Kurt *Schumacher*, von General *Robertson* über die bevorstehende Bildung von Nordrhein-Westfalen informiert worden.[29] *Adenauer* reagierte positiv auf die Erklärung *Robertsons*, da ein solches Land von jeher seiner Anschauung entsprochen hatte.[30] Damit wurde die seit langem von ihm angestrebte feste Verklammerung des Rheinlands mit dem übrigen Deutschland sichergestellt. Wenn der CDU-Vorsitzende den britischen Beschluß in den folgenden Wochen kommentierte, hob er dementsprechend in erster Linie die außenpolitischen Implikationen der Landesgründung hervor.[31] Allerdings gab *Adenauer* sich mit dem Land Nordrhein-Westfalen in dieser Form noch nicht zufrieden, sondern forderte darüber hinaus den Anschluß der südlichen Teile der alten Rheinprovinz.[32] Langfristig schwebte ihm die Schaffung eines größeren westdeutschen Landes vor, das neben Westfalen und der Rheinprovinz auch Rheinhessen, Rheinpfalz und Teile von Hessen-Nassau umfassen sollte. Von einem solchen „Bundesland" innerhalb Deutschlands erhoffte er sich einen positiven Einfluß auf die Saarfrage und sah es vor allem als Garant einer friedlichen Entwicklung in Westeuropa an.[33] Diese Überlegungen *Adenauers* wurden in den kommenden Monaten allerdings zunehmend von aktuellen politischen Erfordernissen im Gefolge der Errichtung des Landes überlagert: der Regierungsbildung und der Konstituierung des Ernannten Landtags.

---

26 Nr. 194a,b.

27 Schreiben *Pünders* an die CCG/BE vom 24. 7. 1946, gedruckt bei: H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 34; vgl. auch Nr. 203.

28 Vgl. Nr. 209.

29 Außer *Adenauer* und *Schumacher* waren von deutscher Seite bei der Besprechung mit *Robertson* anwesend: der Berliner CDU-Vorsitzende Jakob *Kaiser*, Hermann *Katzenberger* (CDU-Berlin), der Generalsekretär der CDU in der britischen Zone, Josef *Löns*, sowie ein (nicht genannter) Begleiter des SPD-Vorsitzenden; vgl. hierzu und zum Folgenden Nr. 205.

30 Nicht nur die rheinische CDU, als deren Exponent *Adenauer* anzusehen ist, begrüßte die Bildung des Landes; auch der westfälische Landesverband gab in einer Entschließung seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Zusammenschluß der beiden „Schwesterprovinzen" dem deutschen Vaterlande und der Bevölkerung von Westfalen und Rheinland zum Segen gereichen möge (siehe Nr. 201).

31 Vgl. neben Nr. 205 auch Nr. 200.

32 Vgl. auch die entsprechende Forderung *Pünders* (Nr. 203).

33 Vgl. hierzu oben S. 60f.

Im Gegensatz zu *Adenauer* nahm der SPD-Vorsitzende *Schumacher* die Erklärung des stellvertretenden Militärgouverneuers mit gemischten Gefühlen auf. Auf seine Frage, ob eine Änderung des Beschlusses noch möglich sei, erhielt er von Robertson ein klares Nein zur Antwort. Daraufhin lehnte *Schumacher* – aus den erwähnten Gründen – für sich und seine Partei die Schaffung Nordrhein-Westfalens ab.[34] Auf der anderen Seite war er aber von der Versicherung *Robertsons* beeindruckt, daß eine politische oder wirtschaftliche Abtrennung des Industriegebiets nicht mehr geplant sei.[35] Ambivalent waren infolgedessen seine Äußerungen, die er Ende Juli 1946 in der „Welt" zu diesem Thema abgab: Außenpolitisch sei die Bildung Nordrhein-Westfalens durchaus zu begrüßen, da hierdurch der Wille manifestiert werde, Rhein und Ruhr unter allen Umständen für das Reich zu erhalten. Innenpolitisch seien die Folgen jedoch komplizierter und gefährlich. Das „Riesenland" sei in seinen Dimensionen für Deutschland viel zu groß.[36]

Welche Vorschläge entwickelte man nun innerhalb der Sozialdemokratie, um diese negativen innenpolitischen Folgen der Landesgründung aufzufangen? Unmittelbar nachdem der Vorsitzende des Bezirks Westliches Westfalen, *Henßler*, von der, wie er sich ausdrückte, „Zwangsvereinigung" der beiden Provinzen erfahren hatte, teilte er dem Parteivorstand mit, daß man nun ernstlich eine Zwei-Länder-Lösung für die britische Zone in Betracht ziehen müsse.[37] Dem Gedanken, den Rest der britischen Zone zu einem Land zusammenzuschließen, schlossen sich auch *Schumacher* und der führende Kopf der SPD bei der Provinzialregierung in Münster, *Menzel*, an. *Schumacher* arbeitete mit Nachdruck darauf hin, im zonalen Sonderausschuß für die Länderneugliederung, dessen Vorsitz er übernommen hatte, eine Mehrheit für diesen Plan zu gewinnen.[38]

Unterschiedliche Auffassungen vertraten *Schumacher* und *Menzel* einerseits sowie *Henßler* andererseits zunächst in der Frage der weiteren Untergliederung der beiden einzurichtenden „Groß-Länder". Während erstere dafür plädierten, eine neuartige untere Mittelinstanz („Landschaften") zu schaffen, gab *Henßler* zu bedenken, daß man angesichts der neuen Lage die Beibehaltung der provinziellen Selbstverwaltung überdenken müsse. Am 27. Juli teilte *Henßler* dem Parteivorsitzenden ausdrücklich mit, daß er das neue Land nur als Übergangslösung betrachte. Gerade deshalb sei bei der Festlegung der Mittelinstanz die provinzielle Grenzziehung zu beachten. Ein eigener „Landschaftsbezirk" Ruhrgebiet schien ihm mithin unmöglich. Noch einmal wandte sich der Bezirksvorsitzende auch gegen die völlige Überführung der provinziellen Selbstverwaltung in den staatlichen Aufgabenbereich.[39] Erst Ende August 1946 billigte *Henßler* – vermutlich aus Gründen der Parteiräson – das von *Schumacher* und *Menzel* vertretene Konzept der „Landschaften".[40]

Letztlich blieb der SPD-Vorschlag für eine neue untere Mittelinstanz ebenso wie die Zwei-Länder-Lösung Theorie. Als der Zonenbeirat am 18./20. September 1946 über

34 Vgl. Nr. 205.

35 Hierzu R. STEININGER: Ruhrfrage, 1987, S. 201.

36 Teilabdruck des Artikels vom 30. 7. 1946: H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 33; vgl. H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 798 (Anm. 35).

37 Nr. 193.

38 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 823, Anm. 38; Stellungnahme *Menzels* für den Sonderausschuß vom 10. 8. 1946 (AdsD, NL Schumacher J 0); vgl. W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 162f.

39 Vgl. Nr. 193 mit Anm. 1; Nr. 204, Anm. 4.

40 Vgl. Schreiben *Henßlers* an *Hemsath* vom 30. 8. 1946 (Stadtarchiv Dortmund, Best. 454 Nr. 3); vgl. W. BIERBACH, 1979, S. 148f.

die vom Sonderausschuß vorgelegten Gutachten zu entscheiden hatte, wurde der Entwurf *Schumachers* mit 9 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Für diese Niederlage des SPD-Vorsitzenden und seiner Mitstreiter *Menzel* und *Henßler* war mitentscheidend, daß es ihnen nicht gelungen war, eine einheitliche Meinung der SPD-Vertreter im Zonenbeirat herbeizuführen. So konnte sich, mit gewissen Abstrichen, der Plan des ebenfalls der SPD angehörenden Oberpräsidenten von Hannover, *Kopf*, durchsetzen, der dafür eintrat, neben Nordrhein-Westfalen zwei weitere Länder, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in der britischen Zone einzurichten. Außerdem sollte die Selbständigkeit von Hamburg und Bremen erhalten bleiben. Die britische Kontrollkommission folgte wenige Wochen später diesem Mehrheitsbeschluß des Zonenbeirats.[41]

Nicht nur in der SPD-Parteizentrale bzw. im Bezirk Westliches Westfalen reagierte man auf den Beschluß zur Landesgründung. Auch die Parteigenossen in den beiden rheinischen Bezirken meldeten sich zu Wort. So äußerte, in Erwiderung einer positiven Stellungnahme Oberbürgermeister *Pünders*, der Bezirksvorsitzende Obere Rheinprovinz, *Görlinger*, in einer Sitzung der Kölner Stadtrats am 19. Juli schwere Bedenken gegenüber dem neuen Land.[42] Mit gleicher Stoßrichtung trat *Görlinger* wenige Tage später auch im Hauptausschuß des nordrheinischen Provinzialrats auf.[43]

Bekräftigt in seiner ablehnenden Haltung gegenüber Nordrhein-Westfalen wurde *Görlinger* durch seinen Kontaktmann in der Düsseldorfer Provinzialregierung, den Leiter der Abteilung Wirtschaft, *Kuske*. Obwohl *Kuske* in der Vergangenheit wiederholt auf die engen wirtschaftlichen Verflechtungen von Rheinland und Westfalen hingewiesen hatte, stand er dem neuen staatlichen Gebilde mit Mißtrauen gegenüber. Die Bildung von Nordrhein-Westfalen schaffe einen unerwünschten „Wasserkopf" im zonalen und im gesamtdeutschen Rahmen, teilte er *Görlinger* mit. Nach *Kuskes* Meinung hätte eine Neuordnung in einem umfassenderen Rahmen erfolgen müssen. Hiermit spielte der Wirtschaftshistoriker zum einen auf die Angliederung der Süd-Rheinprovinz an, zum anderen schwebte ihm wohl die Einrichtung starker zentraler Instanzen speziell auf dem Gebiet der Wirtschaft vor. Darüber hinaus befürchtete *Kuske* – mit Blick auf die Ernennung von *Amelunxen* zum Ministerpräsidenten –, daß die rheinische von der westfälischen Seite überflügelt werden könne. Er argwöhnte, daß die westfälischen Experten den komplizierteren rheinischen Verhältnissen nicht gerecht werden würden.[44] Ende August 1946 legte *Kuske*, als sich die Ernennung des westfälischen Generalreferenten *Nölting* zum Wirtschaftsminister abzeichnete, sein Amt in der Provinzialregierung enttäuscht nieder.[45]

Im Gegensatz zu *Görlinger* und *Kuske* sprach sich der SPD-Bezirk Niederrhein über seinen Vorsitzenden Ernst *Gnoß* mehrheitlich für einen Zusammenschluß von Rheinland

41 AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 34, S. 823–848; vgl. allg.: T. VOGELSANG, 1963, S. 70; K. KLOTZBACH, 1982, S. 99, Anm. 12; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 162–164; U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 217–221.

42 Rundfunkmeldung vom 19. 7. 1946: HStA Düsseldorf, NW 115–106.

43 Vgl. Nr. 199.

44 Vgl. Nr. 207; *Kuske* wurde bisher stets als Mitinitiator und klarer Befürworter der Landesgründung angesehen (vgl. z.B.: W. KÖHLER, 1961, S. 121; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 210; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 789; W. HELMRICH, 1965, S. 104f.); angesichts der hier gezeigten Einstellung ist diese Einschätzung allerdings kritisch zu bewerten.

45 Rücktrittsgesuch vom 18. 7. 1946 (HStA Düsseldorf, NW.Pe-164); hierzu auch: Schreiben *Görlingers* an *Kuske* vom 23. 8. 1946 (HAStK, NL Görlinger 47); vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 233.

und Westfalen aus. Vor allem vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus konnte *Gnoß* dem Land Nordrhein-Westfalen positive Aspekte abgewinnen. Er plädierte dafür, angesichts der neuen Situation eine Aussprache der vier rheinisch-westfälischen SPD-Bezirke herbeizuführen.[46]

In Kreisen der Zentrumspartei wurde das neue Land prinzipiell begrüßt, doch entwickelte man anfangs unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich seiner inneren administrativen Gestaltung. Ende Juli 1946 legte der Vorstand des westfälischen Zentrums in Abstimmung mit der rheinischen Parteispitze ein Konzept für die künftige Organisation Nordrhein-Westfalens vor. Danach sollte in Düsseldorf lediglich eine kleine politische Spitze gebildet werden, während der Hauptteil der Verwaltungsarbeit auf zwei getrennte „Provinzialverwaltungen" in den beiden Landesteilen verlagert werden sollte. Die Regierungspräsidenten sollten auf Dauer fortfallen.[47] Dagegen wollte Landrat Willi *Vahle*, eines der Gründungsmitglieder des Nachkriegszentrums in Westfalen,[48] gerade durch die Abschaffung selbständiger provinzieller Instanzen von vornherein jede Rivalität zwischen Rheinland und Westfalen ausschließen. Er plädierte dafür, die Regierungsbezirke zur einzigen Mittelinstanz auszubauen.[49] Im weiteren Verlauf der Diskussion schlug sich die Zentrumspartei aber auf die Seite derer, die für den Fortbestand der provinziellen Selbstverwaltung fochten.[50]

Wie angesichts der Denkmodelle über den staatlichen Neuaufbau Deutschlands nicht anders zu erwarten, stieß die Landesgründung bei KPD und FDP auf Ablehung. In der Sitzung des Hauptausschusses des nordrheinischen Provinzialrats am 23. 7. 1946 kritisierten die KPD-Vertreter auch den Einsatz Oberpräsident *Lehrs* im Hinblick auf die Vereinigung der beiden Provinzen. Sie brachten eine Entschließung ein, in der die Bildung Nordrhein-Westfalens als ein erster Schritt zu einer Aufsplitterung Deutschlands in Bundesstaaten bezeichnet wurde. Der Neuaufbau könne aber nur unter einer demokratischen Zentralregierung gesichert werden. Nicht zuletzt wurde gefordert, daß die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen in einer Volksabstimmung ihren Standpunkt zur Gründung des Landes darlegen solle. Zu einer Entscheidung über die Entschließung der KPD kam es in einem Gremium des Provinzialrats aber nicht mehr.[51]

Eine Stellungnahme seitens führender FDP-Politiker liegt erst von Anfang September 1946 vor. Auf einer Delegiertentagung des Landesverbandes Nord-Rheinprovinz nannte der Vorsitzende *Middelhauve* das Land Nordrhein-Westfalen ein befremdliches Gebilde. Er forderte einmal mehr die Schaffung eines dezentralisierten Einheitsstaates in Deutschland. Angesichts der unabänderlichen Umstände war *Middelhauve* aber bereit, zunächst einen deutschen Bundesstaat zu akzeptieren. In diesem Fall sollte allerdings der Zentralregierung eine politische Führungsrolle eingeräumt werden.[52]

---

46 Vgl. Nr. 197.

47 Nr. 202 mit Anm. 2.

48 G. SCHWARZE, 1984, S. 88f.

49 Nr. 206.

50 Vgl. H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960, S. 136–146.

51 Vgl. Nr. 199 mit Anm. 17; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 161 schreibt irrtümlich, die KPD-Entschließung sei vom Hauptausschuß angenommen worden; vgl. auch die Anfrage *Reimanns* bezüglich der Bildung Nordrhein-Westfalens im Zonenbeirat (AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 653f.).

52 Stellungnahme vom 3. 9. 1946: HStA Düsseldorf, RWN 172–367.

EINRICHTUNG DER EDITION

A. ZUR EDITION

In formaler Hinsicht folgt die Edition den Prinzipien, die den bisherigen Bänden der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" zugrunde liegen. Die Dokumente sind grundsätzlich chronologisch angeordnet und fortlaufend numeriert. Allerdings werden inhaltlich zusammengehörende Dokumente, etwa Briefe mit Anlagen, unter derselben Ziffer zusammengefaßt und mit Kleinbuchstaben (a,b) bezeichnet. Hierdurch wird in einem Fall das chronologische Schema durchbrochen, jedoch findet sich an der zugehörigen Stelle ein Verweis auf das entsprechende Dokument (Nr. 113b).

Das zu jedem Dokument gehörende Kopfregest besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil enthält das Datum, kennzeichnet Gattung (Protokoll, Vermerk etc.) und Gegenstand (Sitzung, Besprechung etc.) des Schriftstücks und nennt – sofern bekannt – den Verfasser bzw. bei Briefen jeweils Absender und Empfänger. Hierbei werden stets nur die Nachnamen der erwähnten Personen aufgeführt, jedoch ihre wichtigste politische oder amtliche Funktion genannt. Für die chronologische Einordnung von Briefen gilt das Absendedatum, ansonsten ist das Datum des dokumentierten Vorgangs maßgeblich. Ist dieses nicht mit dem Tag der Ausarbeitung der Aufzeichnung identisch bzw. ergeben sich anderweitige Probleme hinsichtlich der Datierung, wird darauf in einer Anmerkung verwiesen. Angaben über den Ort der Handlung bzw. bei Briefen über Absende- und Zielort entfallen in bestimmten Fällen: Bei der Militärregierung Nord-Rheinprovinz ist jeweils Düsseldorf stillschweigend zu ergänzen, bei der Militärregierung Westfalen jeweils Münster. Analog muß bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz und ihren Mitgliedern (Abteilungsleitern) Düsseldorf, bei der Provinzialregierung Westfalen und ihren Mitgliedern (Generalreferenten) Münster eingesetzt werden. Auch bei der westfälischen provinziellen Selbstverwaltung (Provinzialverwaltung, Provinzialverband) und ihren Mitarbeitern (Landeshauptmann, Landesräte) wird – falls keine abweichenden Angaben vorliegen – Münster als Ort vorausgesetzt.

Der zweite Teil des Kopfregests nennt den Archivfundort und die Bestandsbezeichnung bzw. den Nachlaß (einschließlich weiterer Angaben zur Archivsignatur). Mehrfachüberlieferungen werden in den Anmerkungen nachgewiesen. Falls im folgenden nichts anderes vermerkt ist, handelt es sich um maschinenschriftliche (Erst-)Fassungen. Ansonsten wird unterschieden nach (handschriftlicher, zweitschriftlicher) Ausfertigung, Entwurf, Abschrift, Durchschlag, Übersetzung, vervielfältigem Exemplar oder Druck. Zur weiteren Beschreibung der Quelle folgen Hinweise auf Vermerke, Korrekturen, Paraphen, Unterstreichungen usw. Ebenso werden Angaben über den zeitlichen Beginn und Schluß der Handlung gemacht, wenn diese im Dokument ausgewiesen werden.

Bei eigenhändig unterzeichneten Schriftstücken wird der Namenszug der Vorlage entsprechend wiedergegeben. Bei Abschriften oder vervielfältigten Exemplaren, die keine eigenhändige Unterschrift aufweisen, wird dem Namen der Zusatz „gez." vorangesetzt. Paraphen werden unter Kennzeichnung ergänzt.

In den Fällen, in denen Dokumente bereits an anderer Stelle ediert worden sind, wird darauf in einer Fußnote verwiesen. Außerdem ist das jeweilige Dokument selbst, sofern der vorherige Abdruck vollständig war, in einer kleineren Schrifttype gesetzt. Dieses Verfahren gilt aber nicht für zeitgenössische Drucke, die ihrerseits als Quelle für die Edition dienen. Bei Stücken britischer Herkunft wurde die in der Regel vorhandene (amtliche) deutsche Übersetzung herangezogen. Lediglich ein Artikel des „Observer" (Nr. 111) wird in englischer Sprache abgedruckt.

Um den Umfang der Edition in einem angemessenen Rahmen zu halten, wurden vom Bearbeiter bei etwa einem Fünftel der Dokumente Kürzungen vorgenommen. Diese sind durch [...] gekennzeichnet. Gekürzt sind nur solche Passagen, deren Inhalt im Zusammenhang mit dieser Dokumentation nicht relevant ist. Die Auslassungen werden jeweils in einer Anmerkung kurz charakterisiert. Wenige Textergänzungen des Bearbeiters werden ebenfalls durch eckige Klammern gekennzeichnet.

Abkürzungen, deren Kenntnis zum Verständnis des Textes notwendig sind, wurden nach Möglichkeit aufgelöst bzw. in das Abkürzungsverzeichnis aufgenommen. Rechtschreibung und Zeichensetzung sind durchgehend normalisiert worden. Zahlen von eins bis neun werden in der Regel ausgeschrieben. Nachnamen sind grundsätzlich kursiv gesetzt; eine Ausnahme stellen Sprecher in Sitzungsprotokollen dar, die in Kapitälchen wiedergegeben werden.

Die Anmerkungen zu den Dokumenten enthalten zum einen die notwendigen textkritischen Angaben, die insbesondere den zweiten Teil des Kopfregests ergänzen. Außerdem werden – in gebotener Knappheit – Erläuterungen zum Text gegeben und auf weiterführende Literatur hingewiesen. Querverweise auf andere Dokumente in der Edition ermöglichen es, bestimmte Ereignisabläufe in ihrem logischen Mit- und Nacheinander zu verfolgen. Schließlich werden Hinweise auf Dokumente gegeben, die nicht in die Edition aufgenommen wurden, aber dazu beitragen können, bestimmte Sachverhalte im Detail oder in einem größeren Zusammenhang verständlicher werden zu lassen.

Die Verwirklichung der vorliegenden Edition ist mehreren Voraussetzungen zu verdanken. Angeregt wurde das Projekt durch den Vorsitzenden des Brauweiler Kreises für Landes- und Zeitgeschichte e.V., Herrn Professor Walter *Först*, der als Mitherausgeber des Bandes dem Bearbeiter mit Rat und Tat hilfreich zur Seite stand. Seine institutionelle Anbindung fand das Vorhaben bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn. Ihr Vorsitzender Herr Professor Dr. Rudolf *Morsey* sowie die Herren Professoren Dr. Karl Dietrich *Bracher* und Dr. Hans-Peter *Schwarz* haben im Rahmen ihrer Herausgebertätigkeit die Edition nach Kräften gefördert. Auch den Kolleginnen und Kollegen in Bonn, namentlich Herrn Dr. Martin *Schumacher*, ist für Hinweise und Anregungen sowie die Abwicklung technischer Arbeiten zu danken.

Eine wesentliche Bedingung für das Zustandekommen der Edition war darüber hinaus die Unterstützung von seiten des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf. Dafür ist seinem Leiter, Herrn Professor Dr. Wilhelm *Janssen*, besonders zu danken, ebenso Herrn Dr. Horst *Romeyk*, der ein stets aufgeschlossener Gesprächspartner war. Aber auch den anderen Archivaren und Bediensteten in Düsseldorf ist der Bearbeiter für ihr Verständnis und ihre Mitarbeit zu Dank verpflichtet. Insbesondere Frau

Edeltraud *Reefschläger* hat durch die Übernahme von Schreibarbeiten zur zügigen Erstellung des Manuskripts beigetragen.

Dank gilt auch all den anderen Archiven und Privatpersonen, die dem Bearbeiter bei seiner Suche nach Dokumenten mit großer Hilfsbereitschaft entgegengekommen sind. Hier ist besonders Herr Dr. Jürgen *Brautmeier* (Düsseldorf) zu erwähnen. Nicht zuletzt bleibt Herrn Dr. Helmut *Naunin*, Erstem Landesrat a.D. (Münster), Dank auszusprechen, der in einem längeren Gespräch seine Erinnerungen an die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen schilderte.

B. VERZEICHNIS DER ARCHIVALIEN

ACDP, III-002	Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin, Landesverband CDU-Westfalen-Lippe
ACDP, I-182	Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin, Nachlaß Kannengießer
ACDP, I-293	Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin, Nachlaß Stricker
ADL, FDP in der britischen Besatzungszone	Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach, Bestand: FDP in der britischen Besatzungszone
AdsD, NL Henßler	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Nachlaß Henßler
AdsD, NL Menzel	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Nachlaß Menzel
AdsD, NL Schumacher	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Nachlaß Schumacher
Archiv der IHK zu Düsseldorf, 402–00	Archiv der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Düsseldorf, Schriftwechsel Wilden 1946
Archiv des LWL, II K	Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Münster, Abteilung Verwaltungsaufbau – Kommunaler Sektor – 1945–53
Archiv des LWL, C 10/11	Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Münster, Abteilung I
Archiv des LWL, NL Salzmann	Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Münster, Nachlaß Salzmann (= Bestand N 2)
BA Koblenz, NL Blücher	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Blücher
BA Koblenz, NL Brockmann	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Brockmann
BA Koblenz, NL Holzapfel	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Holzapfel
BA Koblenz, NL Pünder	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Pünder
BA Koblenz, NL Spiecker	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Spiecker (= Kleine Erwerbungen 147)
Bundestag ParlA, 1	Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, Bonn, Bestand 1: Zonenbeirat
DGB-Archiv, NL Hansen	Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf, Nachlaß Hansen

HAStK, NL Görlinger	Historisches Archiv der Stadt Köln, Nachlaß Görlinger (= Bestand 905)
HStA Düsseldorf, NW 22	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatskanzlei, Landespressestelle
HStA Düsseldorf, NW 23	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Innenministerium
HStA Düsseldorf, NW 53	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatskanzlei
HStA Düsseldorf, NW 57	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Innenministerium
HStA Düsseldorf, NW 96	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Finanzministerium
HStA Düsseldorf, NW 110	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Innenministerium
HStA Düsseldorf, NW 115	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatskanzlei, Landespressestelle
HStA Düsseldorf, NW 190	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatskanzlei
HStA Düsseldorf, NW 318	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Finanzministerium
HStA Düsseldorf, NW.Pe	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatskanzlei, Ministerien und nachgeordnete Behörden, Personalakten
HStA Düsseldorf, BR 1021	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Verfassung und Verwaltung
HStA Düsseldorf, RW 164	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, SPD-Bezirk Niederrhein
HStA Düsseldorf, RWN 105	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, CDU-Landesverband Westfalen-Lippe
HStA Düsseldorf, RWV 26	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, CDU-Landesverband Rheinland
HStA Düsseldorf, RWV 49	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen
HStA Düsseldorf, RWN 10	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Kitz
HStA Düsseldorf, RWN 48	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Hamacher
HStA Düsseldorf, RWN 51	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Kitz
HStA Düsseldorf, RWN 52	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Becker

HStA Düsseldorf, RWN 58	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Pünder
HStA Düsseldorf, RWN 91	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Wandersleb
HStA Düsseldorf, RWN 93	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Lammers
HStA Düsseldorf, RWN 96	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Blücher
HStA Düsseldorf, RWN 106	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Lensing
HStA Düsseldorf, RWN 133	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß von Oer
HStA Düsseldorf, RWN 139	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Sammlung Hüttenberger
HStA Düsseldorf, RWN 172	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Middelhauve
HStA Düsseldorf, RWN 203	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Nachlaß Altenhain
HStA Hannover, Nds. 50	Hauptstaatsarchiv Hannover, Staatskanzlei
Landtagsarchiv NRW, A 09...	Nordrhein-Westfälisches Landtagsarchiv, Düsseldorf, Provinzialrat Nord-Rheinprovinz
Landtagsarchiv NRW, A 10...	Nordrhein-Westfälisches Landtagsarchiv, Düsseldorf, Provinzialrat Westfalen
LHA Koblenz, Best. 700,40	Landeshauptarchiv Koblenz, Nachlaß Fuchs
RWWA, Abt. 18	Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Köln, Industrie- und Handelskammer zu Essen
StA Münster, Oberpräsidium	Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Münster
Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb	Stadtarchiv Bonn, Sammlung Wandersleb
Stadtarchiv Dortmund, Best. 454	Stadtarchiv Dortmund, Handakten Oberbürgermeister Henßler
Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr	Stadtarchiv Düsseldorf, Nachlaß Lehr
Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn	Stadtarchiv Münster, Akten Oberstadtdirektor Zuhorn
Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn/Deutscher Städtetag	Stadtarchiv Münster, Akten Oberstadtdirektor Zuhorn/Deutscher Städtetag
StBKAH, 06. bzw. 08.	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf, Nachlaß Adenauer

WWA, K 1 — Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund, Industrie- und Handelskammer Dortmund

WWA, K 5 — Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund, Industrie- und Handelskammer Münster

C. VERZEICHNIS BENUTZTER EDITIONEN UND DARSTELLUNGEN

ABELSHAUSER, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984

ADENAUER. Briefe 1945–1947, bearb. v. Hans Peter Mensing (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1983

ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965

AKTEN ZUR VORGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1945–1949. Bd. I: September 1945–Dezember 1946, bearb. v. Walter Vogel/Christoph Weisz, München/Wien 1976

ALBRECHT, Willy (Hg.): Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, Berlin/Bonn 1985

AMELUNXEN, Rudolf: Ehrenmänner und Hexenmeister. Erlebnisse und Betrachtungen, München 1960

BALFOUR, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959

BEHR, Hans-Joachim: Rheinland, Westfalen und Preußen in ihrem gegenseitigen Verhältnis 1815–1945, in: Westfälische Zeitschrift 133, 1983, S. 37–56

BIERBACH, Wolf: Fritz Henßler, in: Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker Porträts, hg. v. Walter Först, Köln/Berlin 1979, S. 138–151

BIEWER, Ludwig: Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik, Frankfurt 1980

BÖHN, Georg Friedrich: Wiederaufbau der Verwaltung, in: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945–1951, hg. v. Franz-Josef Heyen (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard 1984, S. 1–22

BRAUTMEIER, Jürgen: Der Weg zum Landesparlament. Die Provinzialräte der Nord-Rheinprovinz und Westfalens 1945/46, in: Geschichte im Westen 1 (Heft 1), 1986, S. 31–52

BUCHHAAS, Dorothee: Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 79), Düsseldorf 1985

DONNISON, F.S.V.: Civil Affairs and Military Government North-West-Europe 1944–1946, London 1961

EHNI, Hans Peter: Der Wiederaufbau der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, hg. v. Jürgen Reulecke, Wuppertal 1974, S. 415–439

ENSELING, Jost: Entwicklung und Bedeutung der preußischen Provinzialverbände und das Problem ihres Fortbestehens als Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, Diss., Münster 1955

ERDMANN, Karl Dietrich: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966

FOELZ-SCHROETER, Marie Elise: Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–47. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974

FÖRST, Walter: Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1: 1945–1949, Köln/Berlin 1970

FÖRST, Walter: Robert Lehr, in: Land und Bund, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 9), Köln 1981, S. 169–193

FÖRST, Walter: Möglichkeiten und Grenzen deutscher Politik in Nordrhein-Westfalen im Zeitalter der Besatzungsherrschaft, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45, 1981, S. 265–286

FÖRST, Walter: Die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde, hg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd. 1), Köln 1984, S. 35–55

FÖRST, Walter: Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1986

FOSCHEPOTH, Josef: Großbritannien und die Deutschlandfrage auf den Außenministerkonferenzen 1946, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 65–85

FOSCHEPOTH, Josef (Hg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 6), Göttingen/Zürich 1985

FOSCHEPOTH, Josef/STEININGER, Rolf (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985

GEYER, Dietrich: Deutschland als Problem der sowjetischen Europapolitik am Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Josef Foschepoth (Hg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 6), Göttingen/Zürich 1985, S. 50–65

GIRNDT, Ilse: Zentralismus in der britischen Zone. Entwicklungen und Bestrebungen beim Wiederaufbau der staatlichen Verwaltungsorganisation auf der Ebene oberhalb der Länder 1945–1948, Diss., Bonn 1971

GRAML, Hermann: Die deutsche Frage, in: Theodor Eschenburg: Jahre der Besatzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland I), Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 281–374

HARDER-GERSDORFF, Elisabeth: Außen- und innenpolitische Aspekte der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1945/46, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 23, 1972, S. 405–417

HARTLIEB VON WALLTHOR, Alfred: Die landschaftliche Selbstverwaltung, in: Westfälische Geschichte II, hg. v. Wilhelm Kohl, Düsseldorf 1983, S. 165–209

HELMRICH, Wilhelm: Bruno Kuske. Leben und Werk des Kölner Wirtschaftshistorikers, in: Menschen, Landschaft und Geschichte, hg. v. Walter Först, Köln/Berlin 1965, S. 95–106

HEIN, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 76), Düsseldorf 1985

HERBST, Ludolf (Hg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986

HIRSCH, Kurt (Hg.): Deutschlandpläne. Dokumente und Materialien zur deutschen Frage, München 1967

HÜTTENBERGER, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 1), Siegburg 1973

HÜWEL, Detlev: Karl Arnold. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1), Wuppertal 1980

JANSSEN, Wilhelm: Literatur zur Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Westfälische Forschungen 18, 1965, S. 191–200

KADEN, Albrecht: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964

KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin/Bonn 1982

KÖHLER, Wolfram: Das Land aus dem Schmelztiegel. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1961

KOHTE, Wolfgang: Die Gedanken zur Neugliederung des Reiches 1918–1945 in ihrer Bedeutung für Nordwestdeutschland, in: Westfälische Forschungen 6, 1943/52, S. 182–196

KRABBE, Wolfgang: Westfälischer Regionalismus in der Diskussion um die territoriale Neuordnung der britischen Besatzungszone 1946, in: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag, hg. v. Heinz Dollinger/Horst Gründer/Alwin Hanschmidt, Münster 1982, S. 547–560

KÜHL, Ernst: Westfalen und der Staat, in: Selbstverwaltung einer Landschaft. Initiativen und Aufgaben am Beispiel Westfalens, hg. v. Ludger Baumeister/Helmut Naunin (Verwaltung und Wirtschaft, H. 35), Stuttgart 1967, S. 289–309

KÜSTERS, Hanns/MENSING, Hans Peter (Hg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944–1945 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 4), München 1986

LADEMACHER, Horst: Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband. Zur Geschichte der landschaftlichen Selbstverwaltung der Rheinlande, Köln 1973

LADEMACHER, Horst: Die nördlichen Rheinlande von der Rheinprovinz bis zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland (1815–1953), in: Rheinische Geschichte II, hg. v. Franz Petri/Georg Droege, Düsseldorf 1976, S. 475–844

LADEMACHER, Horst: Großbritannien und die Rhein-Ruhr-Frage, in: Entscheidungen im Westen, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 7), Köln/Berlin 1979, S. 81–108

LADEMACHER, Horst: Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum 1945–1948, in: Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone 1945–1949, hg. v. Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 6), Wiesbaden 1979, S. 51–92

LATOUR, Conrad F./VOGELSANG, Thilo: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947 (Studien zur Zeitgeschichte), Stuttgart 1973

LEY, Richard: Föderalismus-Diskussion innerhalb der CDU/CSU. Von der Parteigründung bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes, Mainz 1978

LICHTENSTEIN, Heiner: Der Anschluß. Wie Lippe zu Nordrhein-Westfalen kam, in: Leben, Land und Leute, hg. v. Walter Först (Rheinisch-Westfälische Lesebücher, Bd. 3), Köln/Berlin 1968, S. 143–153

LIPGENS, Walter: Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZG 21, 1973, S. 52–102

NAUNIN, Helmut: Entstehung und Sinn der Landschaftsverbandsordnung in Nordrhein-Westfalen, in: Westfälische Forschungen 13, 1960, S. 119–170

NAUNIN, Helmut: Dokumente zur Entstehung der Landschaftsverbandsordnung vom 12. Mai 1953, in: Westfälische Forschungen 14, 1961, S. 168–225

NAUNIN, Helmut: Ein Kapitel der Landschaft Westfalen: Rückblick auf die Bildung von Land und Landschaftsverband, in: Westfälische Forschungen 34, 1984, S. 7–12

NIEBUHR, Hermann/SCHOLZ, Klaus (Bearb.): Der Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen. Behauptung und Ende staatlicher Selbständigkeit 1802/3–1947. Eine Dokumentation (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C, Bd. 20), Detmold 1984

MENSING, Hans Peter: Frühe Westdiplomatie und landespolitische Weichenstellung. Neue Quellenfunde zu den Nachkriegsaktivitäten Konrad Adenauers, in: Geschichte im Westen 1 (Heft 2), 1986, S. 79–92

MORSEY, Rudolf: Die Rheinlande, Preußen und das Reich 1914–1945, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 30, 1965, S. 176–220

MORSEY, Rudolf: Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945–1949, in: Adenauer-Studien I, hg. v. Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 10), Mainz 1971, S. 20–57

PABST, Klaus: Holländisch für vierzehn Jahre, in: Entscheidungen im Westen, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 7), Köln/Berlin 1979, S. 145–176

PARTEIEN-HANDBUCH. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, hg. v. Richard Stöss, 2 Bde., Opladen 1983/84

PETRI, Franz: Nordrhein-Westfalen, Ergebnis geschichtlicher Entwicklung oder politische Neuschöpfung?, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 31, 1966/67, S. 139–176

PIETSCH, Hartmut: Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945–1948 (Duisburger Forschungen, Bd. 26), Duisburg 1978

PINGEL, Falk: „Die Russen am Rhein?" Die Wende der britischen Besatzungspolitik im Frühjahr 1946, in: VfZG 30, 1982, S. 98–116

POIDEVIN, Raymond: Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951, in: HZ 228, 1979, S. 317–334

POIDEVIN, Raymond: Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, hg. v. Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 14), Wiesbaden 1983, S. 15–25

POTTHOFF, Heinrich/WENZEL, Rüdiger (Bearb.): Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 1), Düsseldorf 1983

PÜNDER, Hermann: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968

PÜTZ, Helmuth (Bearb.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975

REUSCH, Ulrich: Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik 1943–48, in: Historisches Jahrbuch 100, 1980, S. 318–443

REUSCH, Ulrich: Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung 1943–1947 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 6), Stuttgart 1985

REUSCH, Ulrich: Das Besatzungsregiment der Briten. Planung, Politik und Praktiken (1943/45–1950), in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 13, 1985, S. 181–188

REUSCH, Ulrich: John Burns Hynd (1902–1971), in: Geschichte im Westen 1, 1986, S. 53–80

ROMBECK-JASCHINSKI, Ursula: Heinrich Drake und Lippe (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 13), Düsseldorf 1984

ROMEYK, Horst: Die Verwaltung des Landes, in: Vierzig Jahre. Historische Entwicklungen und Perspektiven des Landes Nordrhein-Westfalen, hg. v. Peter Hüttenberger (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 17), Düsseldorf 1984, S. 49–70

RUDZIO, Wolfgang: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der britischen Zone (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 17), Stuttgart 1968

RUDZIO, Wolfgang: Export englischer Demokratie? Zur Konzeption der britischen Besatzungspolitik in Deutschland, in: VfZG 17, 1969, S. 219–236

RÜTTEN, Theo: Der deutsche Liberalismus 1945–1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984

RUHL, Klaus-Jörg (Hg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, München 1982

SCHÄDEL, Gudrun: Die Kommunistische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen von 1945–1956, Diss., Bochum 1973

SCHARF, Claus/SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 6), Wiesbaden 1979

SCHARF, Claus/SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 14), Wiesbaden 1983

SCHNEIDER, Ullrich: Zur Deutschland- und Besatzungspolitik Großbritanniens im Rahmen der Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands von Kriegsende bis Herbst 1945, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 31, 1982, S. 77–112

SCHNEIDER, Ullrich: Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung), Hannover 1984

SCHNEIDER, Ullrich: Nach dem Sieg: Besatzungspolitik und Militärregierung 1945, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 47–64

SCHRÖDER, Karsten: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 77), Düsseldorf 1985

SCHULZ, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I, Berlin 1963

SCHWARZ, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949 (Politica, Bd. 38), Neuwied 1966

SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986

SCHWARZE, Gisela: Eine Region im demokratischen Aufbau. Der Regierungsbezirk Münster 1945/46 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 11), Düsseldorf 1984

SHARP, Tony: The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany, Oxford 1975

SEVERING, Carl: Mein Lebensweg, 2 Bde., Köln 1950

SPRINGORUM, Ulrich: Entstehung und Aufbau der Verwaltung in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1947) (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 88), Berlin 1982

STEINBERG, Heinz Günther: Die Entwicklung des Ruhrsiedlungsverbandes, in: Ruhrgebiet und neues Land, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 2), Köln/Berlin 1968, S. 113–152

STEINBERG, Heinz Günther: Der deutsche Westen und die Reichsreform, in: Provinz und Staat, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 4), Köln/Berlin 1971, S. 93–145

STEININGER, Rolf: Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, hg. v. Heinrich August Winkler (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5), Göttingen 1979, S. 111–166

STEININGER, Rolf: Die britische Deutschlandpolitik in den Jahren 1945/46, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1–2, 1982, S. 28–47

STEININGER, Rolf: Großbritannien und die Ruhr, in: Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 10), Köln 1982, S. 9–63

STEININGER, Rolf: Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente, 2 Bde., Frankfurt/Main 1983

STEININGER, Rolf: Großbritannien und die Gründung Nordrhein-Westfalens, in: Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3, hg. v. Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann, Wuppertal 1984, S. 214–231

STEININGER, Rolf (Bearb.): Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 4), Düsseldorf 1987

TEPPE, Karl: Westfälische Selbstverwaltung im Dritten Reich, in: Raum und Politik, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 6), Köln/Berlin 1977, S. 115–143

TEPPE, Karl: Rudolf Amelunxen, in: Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker Porträts, hg. v. Walter Först, Köln/Berlin 1979, S. 48–65

TEPPE, Karl: Karl Zuhorn, in: Land und Bund, hg. v. Walter Först (Beiträge zur Neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 9), Köln 1981, S. 147–168

TEPPE, Karl: Zwischen Besatzungsregiment und politischer Neuordnung (1945–1949), in: Westfälische Geschichte II, hg. v. Wilhelm Kohl, Düsseldorf 1983, S. 269–339

THIES, Jochen: What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46, in: Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone 1945–1949, hg. v. Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 6), Wiesbaden 1979, S. 29–50

URSACHEN UND FOLGEN. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. XXIV: Deutschland unter dem Besatzungsregime, Berlin [1977]

VOGELSANG, Thilo: Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963

WEGE ZUM VOLKSSTAAT. Ansprachen des Ministerpräsidenten Dr. Amelunxen, Düsseldorf 1947

WENZLAU, Joachim Reinhold: Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwestdeutschland 1945–1949, Diss. (Hamburg), Königstein 1979

WESTFALEN 1945/46. Niederschrift über die 1. Sitzung des Beratenden Provinzial-Rates am 30. April 1946, hg. v. der Pressestelle der Westfälischen Provinzialregierung, Emsdetten [1946]

WÜNSCHEL, Hans-Jürgen (Bearb.): Quellen zum Neubeginn der Verwaltung im rheinisch-westfälischen Raum unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung April bis Juli 1945 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 7), Mainz 1985

ZUHORN, Karl: Zur Vorgeschichte der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Erörterungen und Pläne in Westfalen über den Zusammenschluß von Westfalen und Nordrhein im ersten Halbjahr 1946, in: Westfälische Forschungen 8, 1955, S. 102–133

D. VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
Adm & Loc(al) Gov	Administration & Local Government
Anm.	Anmerkung(en)
Art.	Artikel
Best.	Bestand
Capt	Captain
CDP	Christlich-Demokratische Partei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CCG/BE	Control Commission for Germany/British Element
Col	Colonel
Comd	Commander
Coord	Coordination
DepComd	Deputy Commander
DetMilGov	Detachment Military Government
Dok.	Dokument(e)
DPD	Deutscher Pressedienst
dt.	deutsch(e)
engl.	englisch(e)
FDP	Freie Demokratische Partei
Frhr.	Freiherr
gefl.	gefälllig(en)
HQ	Headquarters
hs.	handschriftlich
IA & C	Internal Affairs & Communication
IHK	Industrie- und Handelskammer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kts.	Kenntnis
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LtCol	Lieutenant Colonel
Maj	Major
MBE	Member of the British Empire
M.d.W.d.G.b.	Mit der Wahrung der Geschäfte betraut
Mp	Manpower
MPr	Ministerpräsident
Mts.	Monats
NLP	Niedersächsische Landespartei
OB	Oberbürgermeister
OBE	Officer of the British Empire
OP	Oberpräsident
ORR	Oberregierungsrat
OStDir	Oberstadtdirektor
PH	Public Health
Pkt.	Punkt(e)
PS	Public Safety

Reg.-Bez.	Regierungsbezirk
R.P.	Regierungspräsident
RR	Regierungsrat
RWE	Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke
Sgt	Sergeant
SK	Stadtkommandant
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sts.	Staatssekretär
Tg.	Tag(e)
vervielf.	vervielfältigt(e)
VEW	Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen
Wv.	Wiedervorlage
ZAC	Zonal Advisory Council (= Zonenbeirat)
Z.d.A.	Zu den Akten
Ziff.	Ziffer(n)
ZP	Zentrumspartei

E. VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
1	22. 5. 1945	Stellungnahme des Ersten Landesrats Kitz (Düsseldorf) für Oberpräsident Fuchs (Bad Tönisstein) (Auszug) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 78.*	125
2	24. 5. 1945	Der Oberbefehlshaber der 15. US-Armee, General Gerow (Bad Neuenahr), an Oberpräsident Fuchs (Bad Tönisstein) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr.79.*	127
3	24. 5. 1945	Ansprache von Oberpräsident Fuchs vor Vertretern von Verwaltung, Kirche und Presse in Bad Tönisstein (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 190–627.*	128
4	29. 5. 1945	Runderlaß des kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Regierungsvizepräsident Klein (Auszug) *StA Münster, Oberpräsidium 8180.*	129
5	1. 6. 1945	Oberpräsident Fuchs (Bonn) an das Detachment E1G2 der amerikanischen Militärregierung (Bad Tönisstein) *HStA Düsseldorf, NW 190–627.*	130
6	3. 6. 1945	Vermerk eines Verwaltungsbeamten (Regierungspräsidium Koblenz?) über eine Konferenz im Hauptquartier des XIII. Corps der 15. US-Armee in Idar-Oberstein *HStA Düsseldorf, NW 190–627.*	132
7	5. 6. 1945	Der kommissarische Oberpräsident der Provinz Westfalen, Regierungsvizepräsident Klein, an die Militärregierung Westfalen *HStA Düsseldorf, NW 57–7.*	134
8	18. 6. 1945	Vermerk des Düsseldorfer Oberbürgermeisters a.D., Lehr *Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.*	136
9	20. 6. 1945	Die Militärregierung Nord-Rheinprovinz an Oberpräsident Fuchs (Bonn) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 86.*	137
10	21. 6. 1945	Rundschreiben von Oberpräsident Fuchs (Bonn) an die Abteilungsleiter der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz *HStA Düsseldorf, NW 190–627.*	138
11	23. 6. 1945	Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und dem stellvertretenden Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberstleutnant Macintyre, in Bonn (Auszüge) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr.162.*	139
12a	28. 6. 1945	Oberpräsident Fuchs (Bonn) an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 88.*	140

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
12b	28. 6. 1945	Denkschrift von Oberpräsident Fuchs (Bonn) für die Militärregierung Nord-Rheinprovinz (Auszug) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 88.*	141
13	4. 7. 1945	Ansprache des Kommandeurs der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberst Barraclough, vor Vertretern der Provinzialregierung sowie den Regierungspräsidenten, Oberbürgermeistern und Landräten der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf *HStA Düsseldorf, BR 1021–178.*	146
14	4. 7. 1945	Ansprache von Oberpräsident Fuchs anläßlich der Zusammenkunft der Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landräte der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 53–352.*	148
15	9. 7. 1945	Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und dem stellvertretenden Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberstleutnant Macintyre (Auszug) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162.*	149
16	14. 7. 1945	Oberpräsident Fuchs an Oberpräsident Amelunxen *HStA Düsseldorf, NW 53–194.*	150
17	18. 7. 1945	Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und dem stellvertretenden Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberstleutnant Macintyre (Auszug) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162.*	151
18	23. 7. 1945	Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und Vertretern der Militärregierung Nord-Rheinprovinz *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162.*	152
19	3. 8. 1945	Vermerk von Landeshauptmann Salzmann über eine Besprechung mit dem kommissarischen Oberpräsidenten und Landeshauptmann der Provinz Hannover, Hagemann, in Hannover *Archiv des LWL, NL Salzmann 17.*	153
20	4. 8. 1945	Landeshauptmann Salzmann an den Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz *Archiv des LWL, NL Salzmann 17.*	154
21	6. 8. 1945	Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und Vertretern der Militärregierung Nord-Rheinprovinz *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162.*	155
22	7. 8. 1945	Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen *StA Münster, Oberpräsidium 7121.*	157
23	8. 8. 1945	Stellungnahme des Vorstandsmitglieds des „Allgemeinen Industriearbeiterverbandes“ Bochum, Böker (Bochum) (Auszüge) *Archiv des LWL, NL Salzmann 17.*	159

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
24	24. 8. 1945	Vermerk von Landesrat Westermann über eine Besprechung mit dem Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz, in Düsseldorf *Archiv des LWL, NL Salzmann 17.*	161
25	27. 8. 1945	Der Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, Lehr, an den Abteilungsleiter Wiederaufbau, Schwippert *HStA Düsseldorf, NW 110–301.*	162
26	27. 8. 1945	Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen *Landtagsarchiv NRW, A 10100/3.*	162
27	29. 8. 1945	Eingabe des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler (Dortmund), an die Militärregierung der Stadt Dortmund *HAStK, NL Görlinger 115.*	163
28	12. 9. 1945	Protokoll einer Besprechung von Oberpräsident Fuchs mit den Abteilungsleiter der Provinzialregierung (Auszug) *LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 161.*	165
29	19. 9. 1945	Die Militärregierung Westfalen an Oberpräsident Amelunxen *StA Münster, Oberpräsidium 7121.*	166
30	25. 9. 1945	Namensverzeichnis der Mitglieder der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz (Auszüge) *HStA Düsseldorf, NW 110–215.*	168
31	27. 9. 1945	Professor Kuske (Gummersbach) an Oberpräsident Fuchs (Auszug) *HAStK, NL Görlinger 47.*	170
32	28. 9. 1945	Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen *StA Münster, Oberpräsidium 7121.*	171
33	2. 10. 1945	Vermerk von Oberpräsident Lehr über ein Gespräch mit dem Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, General Barraclough *Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 42.*	174
34	9. 10. 1945	Protokoll über eine Besprechung von Arnold (CDP), Glock (SPD) und Skrentny (KPD) mit dem Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, General Barraclough, in Düsseldorf *Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.*	175
35	9. 10. 1945	Protokoll der Dienstversammlung der Bürgermeister des Kreises Cloppenburg in Cloppenburg (Auszug) *Archiv des LWL, II K 265.*	178
36	16. 10. 1945	Oberpräsident Amelunxen an Oberpräsident Kopf (Hannover) *HStA Düsseldorf, NW 53–525.*	180
37	19. 10. 1945	Bericht des Vorsitzenden des Bezirks Niederrhein, Gnoß, über eine Sitzung der Vorstände der SPD-Bezirke Obere Rheinprovinz und Niederrhein in Düsseldorf *HStA Düsseldorf, RW 164–624.*	181

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
38	20. 10. 1945	Der Bürgermeister von Goldenstedt, Egbring (Goldenstedt), an Oberpräsident Amelunxen *HStA Düsseldorf, NW 22–1261.*	185
39	2. 11. 1945	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an den Mitarbeiter im „Büro Schumacher", Kriedemann (Hannover) *AdsD, NL Schumacher J 8.*	186
40	12. 11. 1945	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *HStA Düsseldorf, NW 53–312.*	188
41	19. 11. 1945	Professor Kuske (Gummersbach) an den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln) (Auszüge) *HAStK, NL Görlinger 47.*	189
42	26. 11. 1945	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an Professor Kuske (Gummersbach) (Auszug) *HAStK, NL Görlinger 47.*	191
43	29. 11. 1945	Protokoll über die 5. Konferenz zwischen der Militärregierung Westfalen und der Provinzialregierung Westfalen (Auszüge) *StA Münster, Oberpräsidium 7653.*	192
44	1. 12. 1945	Einladung von Oberpräsident Lehr für die Mitglieder des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz *Landtagsarchiv NRW, A 09030/11.*	195
45	14. 12. 1945	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Niederrhein, Gnoß (Düsseldorf), an den Bevollmächtigten der SPD in den Westzonen, Schumacher (Hannover) *AdsD, NL Schumacher J 8.*	196
46	14. 12. 1945	Oberpräsident Amelunxen an Friedrich (LDP), Möhle (SPD) und Kipp (KPD) (alle Münster) *Landtagsarchiv NRW, A 10100/15.*	197
47	20. 12. 1945	Die Provinzleitungen von KPD, SPD, LDP und CDP (Dortmund) an Oberpräsident Amelunxen *Landtagsarchiv NRW, A 10100/17.*	198
48	2. 1. 1946	Vermerk von Oberpräsident Amelunxen über eine Besprechung mit Parteivertretern in Münster *Landtagsarchiv NRW, A 10100/22.*	199
49	3. 1. 1946	Protokoll über die 6. Konferenz zwischen der Militärregierung Westfalen und der Provinzialregierung Westfalen (Auszüge) *StA Münster, Oberpräsidium 7653.*	201
50	8. 1. 1946	Protokoll der Sitzung des Provinzialausschusses der CDU-Westfalen in Dortmund *ACDP, III-002–041.*	203
51	8. 1. 1946	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an Professor Kuske (Köln) *HAStK, NL Görlinger 47.*	206

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
52	9. 1. 1946	Der Vorsitzende der Zentrumspartei in der britischen Zone, Hamacher (Düsseldorf), an Oberpräsident Lehr *Landtagsarchiv NRW, A 09034/1.*	207
53	12. 1. 1946	Der Vorsitzende der CDU-Rheinland, Schwering (Köln), an Schmidt (Wuppertal) *HStA Düsseldorf, RWV 26–1020.*	208
54	15. 1. 1946	Der Sekretär des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Wenke (Dortmund), an Oberpräsident Amelunxen *HStA Düsseldorf, NW 57–154.*	209
55	28. 1. 1946	Oberpräsident a.D. Gronowski (Bad Driburg) an den Vorsitzenden der CDU-Westfalen, Lensing (Dortmund) *ACDP, III-002–014.*	210
56	30. 1. 1946	Protokoll über eine Besprechung zwischen Vertretern der Provinzialregierung Westfalen und den Parteileitungen für Westfalen in Münster *Landtagsarchiv NRW, A 10100/36.*	211
57	31. 1. 1946	Denkschrift der Parteien der Provinz Westfalen für Oberpräsident Amelunxen zur Weiterleitung an die Militärregierung Westfalen *Landtagsarchiv NRW, A 10100/41.*	213
58	1. 2. 1946	Das Sekretariat des KPD-Bezirks Mittelrhein (Köln) an den Vorstand des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz (Köln) *HAStK, NL Görlinger 113.*	215
59	4. 2. 1946	Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen *Landtagsarchiv NRW, A 10100/47.*	216
60	8. 2. 1946	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an die Bezirksleitung Mittelrhein der KPD (Köln) *HAStK, NL Görlinger 113.*	217
61	15. 2. 1946	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *HStA Düsseldorf, NW 53–362.*	218
62a	16. 2. 1946	Protokoll über eine Besprechung zwischen Vertretern der Provinzialregierung Westfalen und den Parteileitungen für Westfalen in Münster *Landtagsarchiv NRW, A 10100/66.*	220
62b	16. 2. 1946	Ansprache des Kommandeurs der Militärregierung Westfalen, General Chadwick, vor Vertretern der Parteien in Münster *ACDP, III-002–050.*	222
63	22. 2. 1946	Ansprache von Oberpräsident Lehr in der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszug) *Landtagsarchiv NRW, A 09010/3/2.*	224
64	27. 2. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin für Landeshauptmann Salzmann über eine Besprechung in Münster *Archiv des LWL, II K 265.*	225

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
65	1. 3. 1946	Die Abteilung Manpower der Militärregierung Nord-Rheinprovinz an die Abteilung Internal Affairs & Communication der Militärregierung Nord-Rheinprovinz *HStA Düsseldorf, NW 53–359.*	226
66	11. 3. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin über eine Unterredung mit dem Münsteraner Regierungspräsidenten Hackethal und dem Regierungsvizepräsidenten Prange in Warendorf *Archiv des LWL, NL Salzmann 12.*	228
67	15. 3. 1946	Oberpräsident Lehr an den Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, General Barraclough *HStA Düsseldorf, NW 53–362.*	229
68a	22. 3. 1946	Wortprotokoll der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszüge) *Landtagsarchiv NRW, A 09010/4/1.*	230
68b	22. 3. 1946	Entschließung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz *Landtagsarchiv NRW, A 09010/4.*	236
69	25./26. 3. 1946	Notizen über den Verlauf der Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen in Hamburg (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 53–528.*	237
70	26. 3. 1946	Denkschrift des Provinzialverbandes Westfalen (Auszüge) *StA Münster, Oberpräsidium 4868.*	238
71	30. 3. 1946	Oberpräsident Lehr an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Köln) *HStA Düsseldorf, RWV 26–205.*	242
72	5. 4. 1946	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *HStA Düsseldorf, NW 53–362.*	243
73	6. 4. 1946	Bericht (Nr. 1) des Legationsrats a.D. Budde (Bad Godesberg) *BA Koblenz, NL Pünder 228.*	245
74	10. 4. 1946	Oberpräsident Lehr an den britischen Verbindungsoffizier beim Zonenbeirat, Major Gibb (Hamburg) *HStA Düsseldorf, NW 53–362.*	253
75	11. 4. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung mit dem Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske, in Münster *Archiv des LWL, II K 265.*	255
76	12. 4. 1946	Oberpräsident Steltzer (Kiel) an Oberpräsident Lehr *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 149.*	256
77	13. 4. 1946	Stellungnahme des Kölner Oberbürgermeisters Pünder für Staatsminister Hynd anläßlich dessen Besuchs in Köln (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 53–528.*	258
78	15. 4. 1946	Der Sekretär des Landesverbands Nord-Rheinprovinz der FDP, Schumacher-Hellmold (Bonn), an die Leitung der Zentrumspartei Rheinland (Düsseldorf) *HStA Düsseldorf, RWN 48–8.*	259

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
79	15. 4. 1946	Stellungnahme von Landesrat Naunin *Archiv des LWL, II K 265.*	260
80	16. 4. 1946	Aufzeichnung einer Information des Mitglieds der Militärregierung Hannover, Oberst Patterson (Hannover) *Archiv des LWL, II K 265.*	263
81	17. 4. 1946	Oberpräsident Lehr an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Wilden (Düsseldorf) *Archiv der IHK zu Düsseldorf, 402–00.*	264
82	18. 4. 1946	Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen *HStA Düsseldorf, NW 57–7.*	265
83	18. 4. 1946	Rundschreiben des Generalreferenten Verkehr und Leiters der Provinzial-Pressestelle, Stricker *StA Münster, Oberpräsidium 7127.*	266
84	20. 4. 1946	Der Abteilungsleiter Finanzen, Erster Landesrat Kitz, an Landesrat Naunin *Archiv des LWL, NL Salzmann 12.*	267
85	21. 4. 1946	Stellungnahme des Abteilungleiters Finanzen, Ersten Landesrats Kitz, für Oberpräsident Lehr *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.*	268
86	23. 4. 1946	Der Vorsitzende der Zentrumspartei Westfalen, Reismann (Münster), an Oberpräsident Amelunxen *HStA Düsseldorf, RWN 133–10.*	272
87	25. 4. 1946	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *Landtagsarchiv NRW, A 0912/7.*	273
88	25. 4. 1946	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *HStA Düsseldorf, NW 53–528.*	273
89	25. 4. 1946	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *StA Düsseldorf, NW 53–362.*	275
90	26. 4. 1946	Vermerk der Sekretärin Oberpräsident Lehrs, Kämper, für den Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, Wandersleb *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.*	278
91	26. 4. 1946	Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz *Landtagsarchiv NRW, A 09020/3/4.*	278
92	26. 4. 1946	Das Sekretariat des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz (Köln) an den Landesverband Nord-Rheinprovinz der FDP (Bonn) *HAStK, NL Görlinger 119.*	282
93	28. 4. 1946	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Köln), an Oberpräsident Lehr *StBKAH, 08.52.*	283

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
94	29. 4. 1946	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Köln), an den Abteilungsleiter Ernährung und Landwirtschaft, Müller (Bonn) *StBKAH, 08.57.*	284
95	29. 4. – 4. 5. 1946:	Vermerk des Abteilungsleiters Allgemeine Verwaltung, Wandersleb, für Oberpräsident Lehr über wichtige Vorgänge in dessen Abwesenheit (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 53–528.*	284
96	30. 4. 1946	Wortprotokoll der Sitzung des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug) *Druck: Westfalen 1945/46, S. 21–25.*	286
97	2. 5. 1946	Notizen von Oberpräsident Lehr über die Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats in Hamburg *HStA Düsseldorf, NW 53–261.*	289
98	4. 5. 1946	Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über ein Gespräch mit dem Controller der Militärregierung Westfalen, Major Emck *HStA Düsseldorf, NW 57–154.*	292
99	5. 5. 1946	Oberpräsident Lehr an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf) *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 192.*	293
100	6. 5. 1946	Wortprotokoll der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszüge) *Landtagsarchiv NRW, A 09010/5/1.*	296
101	6. 5. 1946	Der Controller der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Major Askwith, an die Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Abteilung Allgemeine Verwaltung *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.*	306
102	6. 5. 1946	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 53–362.*	308
103	6. 5. 1946	Denkschrift des Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel *HStA Düsseldorf, NW 57–154.*	310
104	6. 5. 1946	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler (Dortmund), an den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Östliches Westfalen, Severing (Bielefeld) *Stadtarchiv Dortmund, Best. 454 Nr. 2.*	313
105	7. 5. 1946	Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des FDP-Landesverbandes Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf (Auszüge) *BA Koblenz, NL Blücher 247.*	314
106	8. 5. 1946	Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *HStA Düsseldorf, NW 53–362.*	315

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
107	10. 5. 1946	Die Militärregierung Westfalen an Oberpräsident Amelunxen *StA Münster, Oberpräsidium 4868.*	317
108	10. 5. 1946	Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über eine Besprechung mit dem Controller der Militärregierung Westfalen, Major Emck *StA Münster, Oberpräsidium 7121.*	320
109	10. 5. 1946	Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über eine Besprechung mit dem Controller der Militärregierung Westfalen, Major Emck *HStA Düsseldorf, RWN 133–10.*	321
110	10. 5. 1946	Der Vorsitzende der CDU-Westfalen, Gronowski (Bad Driburg), namens der Fraktion der CDU im Beratenden Westfälischen Provinzialrat an Oberpräsident Amelunxen *Landtagsarchiv NRW, A 10300/1.*	323
111	12. 5. 1946	Korrespondentenbericht der Londoner Zeitung „The Observer“ *Archiv des LWL, NL Salzmann 15.*	324
	13. 5. 1946	*Siehe Nr. 113b.*	
112a	14. 5. 1946	Entwurf eines Rahmengesetzes über die Bildung des Landes „Rheinland-Westfalen“ durch Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) *Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.*	326
112b	14. 5. 1946	Begründung zum Rahmengesetzentwurf Oberstadtdirektor Zuhorns durch Landesrat Naunin *Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.*	329
113a	14. 5. 1946	Protokoll der 1. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug) *Landtagsarchiv NRW, A 10200/1a.*	333
113b	13. 5. 1946	Vortragsentwurf des Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel, für die 1. Hauptausschußsitzung des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 57–154.*	336
114	14. 5. 1946	Der Generalreferent Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel, an die übrigen Generalreferenten der Provinzialregierung Westfalen *HStA Düsseldorf, RWN 133–10.*	338
115	15. 5. 1946	Denkschrift von Oberpräsident Lehr für den Militärgouverneur der britischen Zone, Luftmarschall Douglas, anläßlich dessen Besuchs in Düsseldorf *HStA Düsseldorf, RWN 91–3.*	340
116	16. 5. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung bei dem Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz, in Düsseldorf *Archiv des LWL, II K 265.*	345

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
117	16. 5. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung bei Oberpräsident Lehr in Düsseldorf *Archiv des LWL, II K 265.*	346
118	16. 5. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung bei Oberstadtdirektor Hansmann in Dortmund *Archiv des LWL, II K 265.*	348
119	17. 5. 1946	Oberpräsident Lehr an Oberpräsident Kopf (Hannover) *HStA Hannover, Nds. 50 acc. 32/63 Nr. 70 vol. 1.*	348
120	17. 5. 1946	Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Wilden (Düsseldorf), an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster) *WWA, K 5 Nr. 198.*	350
121	17.–19. 5. 1946	Entschließung des Parteitags der westfälischen CDU in Recklinghausen *Archiv des LWL, II K 265.*	351
122	18. 5. 1946	Bericht (Nr. 31) des Legationsrats a.D. Budde (Bad Godesberg) *BA Koblenz, NL Pünder 228.*	352
123	18. 5. 1946	Vermerk von Oberpräsident Lehr *HStA Düsseldorf, NW 190–638.*	354
124	18. 5. 1946	Die Bezirksleitung der KPD-Niederrhein (Düsseldorf) an die Landes- bzw. Bezirksleitungen der SPD, CDU, FDP und der Zentrumspartei *HStA Düsseldorf, RWV 26–287.*	357
125	19. 5. 1946	Vermerk des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder, über eine Besprechung zwischen Vertretern der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz und der Provinzialregierung Westfalen in Bielefeld *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.*	358
126	20. 5. 1946	Der Generalreferent Wohlfahrt, Weber, an den Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel *HStA Düsseldorf, RWN 133–10.*	363
127	20. 5. 1946	Der Vorsitzende der SPD Deutschlands, Schumacher (Hannover), an den stellvertretenden Präsidenten der Governmental Sub-Commission bei der CCG/BE, Albu (Lübbecke) (Auszüge) *AdsD, NL Schumacher J 80.*	365
128	21. 5. 1946	Protokoll der Präsidial-Sitzung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf (Auszug) *WWA, K 5 Nr. 198.*	367
129	21. 5. 1946	Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) an Oberbürgermeister Pünder (Köln) *BA Koblenz, NL Pünder 660.*	368

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
130	23. 5. 1946	Der Controller der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Major Askwith, an Oberpräsident Lehr *Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.*	369
131	23. 5. 1946	Stellungnahme des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.*	370
132a	23. 5. 1946	Der Oberregierungsrat bei der Provinzialregierung Westfalen, Barbrock, an Landesrat Naunin *Archiv des LWL, II K 228.*	372
132b	23. 5. 1946	Gesetzentwurf des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Westfalen, Barbrock *Archiv des LWL, II K 228.*	373
133	24. 5. 1946	Vermerk von Oberpräsident Lehr über ein Gespräch mit Vertretern der Militärregierung Nord-Rheinprovinz *Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.*	375
134	24. 5. 1946	Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Küster (Essen), an den Leiter des Instituts für Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsforschung, Däbritz (Essen) *RWWA, Abt. 18 b 3.*	375
135	25. 5. 1946	Oberbürgermeister Pünder (Köln) als vorläufiger Vorsitzender des Deutschen Städtetages in der Britischen Zone an die CCG/BE über die Militärregierung Köln *HStA Düsseldorf, NW 53–528.*	376
136	25. 5. 1946	Die Fraktion der KPD im Beratenden Westfälischen Provinzialrat (Herne) an Oberpräsident Amelunxen *Landtagsarchiv NRW, A 10302/12.*	379
137	25./29. 5. 1946	Vermerk des Abteilungsleiters Allgemeine Verwaltung, Wandersleb, für Oberpräsident Lehr über wichtige Vorgänge in dessen Abwesenheit (Auszüge) *HStA Düsseldorf, NW 53–528.*	380
138	26. 5. 1946	Protokoll über die Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen in Lübeck (Auszug) *HStA Düsseldorf, NW 53–737.*	382
139	27. 5. 1946	Protokoll der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats in Hamburg *HStA Düsseldorf, NW 53–261.*	383
140	31. 5. 1946	Vermerk des Regierungsrats bei Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Nansen, über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Lehr und Vertretern der CCG/BE in Düsseldorf *HStA Düsseldorf, NW 53–738.*	384
141	3. 6. 1946	Protokoll der 2. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug) *Landtagsarchiv NRW, A 10200/2.*	386

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
142	3. 6. 1946	Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) an den Generalsekretär des Zonenbeirats, Weisser (Hamburg) *Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.*	389
143	5. 6. 1946	Der Generalreferent Finanzen, Höpker-Aschoff, an Oberbürgermeister Pünder (Köln) *StA Münster, Oberpräsidium 4868.*	390
144	5. 6. 1946	Vermerk von Oberpräsident Lehr *HStA Düsseldorf, NW 190–638.*	391
145	5. 6. 1946	Oberpräsident Lehr an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Köln) *HStA Düsseldorf, RWV 26–205.*	392
146	5. 6. 1946	Der Geschäfsführer der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Küster (Essen), an den Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske *RWWA, Abt. 18 b 3.*	393
147	6. 6. 1946	Pressemitteilung der CCG/BE (Auszug) *Druck: „Rheinische Post" vom 8. 6. 1946.*	394
148	6. 6. 1946	Der Generalreferent Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker, an den Sekretär des SPD-Bezirks Östliches Westfalen, Groß (Bielefeld) *HStA Düsseldorf, NW 22–1261.*	395
149	6. 6. 1946	Entschließung des Kreistags des Kreises Höxter in Brakel *HStA Düsseldorf, NW 57–152.*	396
150	6. 6. 1946	Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster), an die Militärregierung für den Regierungsbezirk Münster (Warendorf) (Auszüge) *WWA, K 5 Nr. 491.*	396
151	7. 6. 1946	Entschließung des Hauptausschusses des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz *Landtagsarchiv NRW, A 09020/5/2.*	397
152	7. 6. 1946	Protokollauszug über die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Zonenvereinigung der Industrie- und Handelskammern in Bremen *WWA, K 5 Nr. 198.*	398
153	11. 6. 1946	Das Mitglied des Zonenausschusses der CDU, Kannengießer (Osnabrück), an den Osnabrücker Regierungspräsidenten Petermann (Osnabrück) *ACDP, I-182–008/02.*	399
154	12. 6. 1946	Protokoll über eine Besprechung zwischen dem Mitglied der Militärregierung Westfalen, Major Bailey, und Vertretern von CDU, SPD und FDP in Münster *ACDP, III-002–001.*	401
155	12. 6. 1946	Oberpräsident Lehr an den Provinzbeauftragten für die Nord-Rheinprovinz, Asbury (Düsseldorf-Rath) *HStA Düsseldorf, NW 53–363.*	405

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
156	12. 6. 1946	Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) an den Rektor der Universität Münster, Schreiber (Münster) *Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.*	406
157a	12. 6. 1946	Protokoll über die Präsidialsitzung der Vereinigung der westfälischen Industrie- und Handelskammern in Detmold (Auszug) *WWA, K 1 Nr. 2317.*	407
157b	12. 6. 1946	Entschließung der westfälischen Industrie- und Handelskammern anläßlich ihrer Konferenz in Detmold *WWA, K 5 Nr. 198.*	408
158	12. 6. 1946	Kommentar der „Rheinischen Post" (Düsseldorf) *Druck: „Rheinische Post" vom 12. 6. 1946*	409
159	13. 6. 1946	Landesrat Naunin an die Dortmunder Stadtarchivrätin von Winterfeld (Dortmund) *Archiv des LWL, II K 73.*	411
160	13. 6. 1946	Der Regierungspräsident beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, an Oberbürgermeister Pünder (Köln) *BA Koblenz, NL Pünder 660.*	412
161a	13./14. 6. 1946	Vermerk des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder, über die gemeinsame Tagung des Rechts- und Verfassungsauschusses sowie Hauptausschusses des Zonenbeirats in Bad Godesberg *HStA Düsseldorf, NW 53–261.*	414
161b	13./14. 6. 1946	Gemeinsame Entschließung des Rechts- und Verfassungsausschusses sowie des Hauptausschusses des Zonenbeirats anläßlich der Tagung in Bad Godesberg *HStA Düsseldorf, NW 53–261.*	422
162	14. 6. 1946	Der Vorsitzende der Zentrumspartei Westfalen, Reismann (Münster), an den Generalreferenten Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker *HStA Düsseldorf, NW 22–1261.*	423
163	14. 6. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin für Landeshauptmann Salzmann *Archiv des LWL, II K 265.*	424
164	15. 6. 1946	Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über ein Telefongespräch mit dem Regierungspräsidenten von Minden, Zenz *HStA Münster, RWN 133–10.*	425
165	15. 6. 1946	Kommentar der „Freien Presse" (Bielefeld) *Druck: „Freie Presse" vom 15. 6. 1946.*	426
166	16. 6. 1946	Rede des Vorstandsmitglieds der FDP in der britischen Zone, Blücher, in Wuppertal (Auszug) *BA Koblenz, NL Blücher 154.*	428
167	18. 6. 1946	Informationsdienst des Sekretariats des Zonenbeirats für die Mitglieder des Zonenbeirats *HStA Düsseldorf, NW 53–716.*	432

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
168	21. 6. 1946	Wortprotokoll der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszug) *Landtagsarchiv NRW, A 09010/6/1.*	433
169	24. 6. 1946	Ansprache von Oberpräsident Amelunxen auf einer Pressekonferenz der Provinzialregierung Westfalen *HStA Düsseldorf, NW 22–1261.*	436
170	24. 6. 1946	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler, an den SPD-Parteivorstand (Hannover) *Stadtarchiv Dortmund, Best. 454 Nr. 4.*	440
171	24. 6. 1946	Der Superintendent der Evangelischen Kirche von Westfalen, Kunst (Bielefeld), an Landesrat Naunin *Archiv des LWL, NL Salzmann 12.*	441
172	25. 6. 1946	Artikel des 1. Vorsitzenden der SPD Deutschlands, Schumacher, in der Zeitung „Die Welt" *Druck: „Die Welt" vom 25. 6. 1946.*	441
173	26. 6. 1946	Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster), an die Industrie- und Handelskammern Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Hagen und Siegen *WWA, K 5 Nr. 198.*	445
174	27. 6. 1946	Vermerk von Landesrat Westermann über eine Besprechung mit dem Generalreferenten Finanzen, Höpker-Aschoff, und dessen Mitarbeiter Oberregierungsrat Barbrock in Münster *Archiv des LWL, II K 228.*	446
175	27. 6. 1946	Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster), an den Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen, Ulrich (Bremen) *WWA, K 5 Nr. 198.*	448
176	29. 6. 1946	Gemeinsame Entschließung von CDU, Zentrum, KPD und SPD anläßlich einer Kundgebung in Düsseldorf *Druck: „Rheinische Post" vom 3. 7. 1946.*	450
177	1. 7. 1946	Oberbürgermeister Holzapfel (Herford) an den Generalreferenten Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker *HStA Düsseldorf, NW 22–1261.*	451
178	1. 7. 1946	Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Küster (Essen), an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster) *WWA, K 5 Nr. 198.*	452
179	1. 7. 1946	Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Essen) im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Essen (Auszug) *RWWA, Abt. 18 b 3.*	452
180	2. 7. 1946	Wortprotokoll der 3. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug) *Landtagsarchiv NRW, A 10200/3b.*	455

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
181	2. 7. 1946	Der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen, Ulrich (Bremen), an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster) *WWA, K 5 Nr. 198.*	463
182	2. 7. 1946	Der Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske, an die Industrie- und Handelskammer Münster *WWA, K 5 Nr. 198.*	464
183	3. 7. 1946	Regierungsrat Heyne (Minden) an Landeshauptmann Salzmann *Archiv des LWL, II K 265.*	464
184	4. 7. 1946	Entschließung der Deutschen Zentrumspartei anläßlich der Sitzung des Vorstands in Essen *ACDP, I-293–001/4.*	466
185a	5. 7. 1946	Legationsrat a.D. Budde (Bad Godesberg) an Oberbürgermeister Pünder (Köln) *BA Koblenz, NL Pünder 228.*	467
185b	5. 7. 1946	Anlage zum Schreiben des Legationsrats a.D. Budde (Bad Godesberg) an Oberbürgermeister Pünder (Köln) *BA Koblenz, NL Pünder 228.*	467
186	8. 7. 1946	Rundschreiben von Oberpräsident Amelunxen an die Mitglieder des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats *HStA Düsseldorf, RWN 133–4.*	470
187	8. 7. 1946	Oberbürgermeister Arnold (Düsseldorf) an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf) *StBKAH, 06.05.*	475
188	11.–16. 7. 1946	Stellungnahme des Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel, für den Sonderausschuß zur Länderneugliederung des Zonenbeirats *Bundestag ParlA, 1–147.*	476
189	14. 7. 1946	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf), an Oberbürgermeister Arnold (Düsseldorf) *StBKAH, 06.05.*	482
190	15. 7. 1946	Der Generalreferent Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker, an Oberbürgermeister Holzapfel (Herford) *HStA Düsseldorf, NW 22–1261.*	483
191	17. 7. 1946	Protokoll der 4. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats *HStA Düsseldorf, RWN 133–4.*	483
192	17. 7. 1946	Aufzeichnung der Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz über eine Meldung des Nordwestdeutschen Rundfunks *HStA Düsseldorf, NW 115–106.*	485

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
193	18. 7. 1946	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler (Bad Sassendorf), an den SPD-Parteivorstand (Hannover) *AdsD, NL Schumacher J o.*	487
194a	19. 7. 1946	Der Rat der Stadt Münster an Oberpräsident Amelunxen *HStA Düsseldorf, NW 23–364.*	488
194b	19. 7. 1946	Entschließung des Rats der Stadt Münster *HStA Düsseldorf, NW 23–364.*	489
195	19. 7. 1946	Vermerk von Landesrat Westermannn über eine Besprechung mit dem Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz, in Düsseldorf *Archiv des LWL, II K 48.*	490
196	20. 7. 1946	Stellungnahme des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder *Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.*	491
197	20. 7. 1946	Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Niederrhein, Gnoß (Düsseldorf), an den SPD-Parteivorstand (Hannover) *AdsD, NL Schumacher J o.*	495
198	22. 7. 1946	Oberpräsident Lehr an den stellvertretenden Controller der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Sealy-King *HStA Düsseldorf, NW 53–363.*	497
199	23. 7. 1946	Wortprotokoll der Sitzung des Hauptausschusses des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszug) *Landtagsarchiv NRW, A 09020/6/3.*	498
200	24. 7. 1946	Rede des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer, vor dem Landesvorstand in Köln (Auszüge) *HStA Düsseldorf, RWV 26–14.*	507
201	25. 7. 1946	Entschließung der Delegiertentagung der CDU-Westfalen in Werl *StA Münster, Oberpräsidium 4869.*	510
202	26. 7. 1946	Entwurf einer Satzung über die Organisation des Verwaltungsaufbaus des Staates Nordrhein-Westfalen durch den Vorstand der Zentrumspartei Westfalen (Münster) *Archiv des LWL, II K 228.*	510
203	28. 7. 1946	Ansprache des Kölner Oberbürgermeisters Pünder auf einer Kundgebung der CDU in Münster (Auszug) *StA Münster, Oberpräsidium 4869.*	512
204	1. 8. 1946	Vermerk von Landesrat Naunin für Landeshauptmann Salzmann *Archiv des LWL, II K 228.*	514
205	1. 8. 1946	Eröffnungsreferat des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer, anläßlich der Tagung des Zonenausschusses der CDU in Neuenkirchen (Auszug) *BA Koblenz, NL Holzapfel 261.*	515

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
206	2. 8. 1946	Rundschreiben von Landrat Vahle (Schwelm) an führende Politiker der Zentrumspartei in Rheinland und Westfalen (Auszug) *ACDP, I-293–001/4.*	518
207	4. 8. 1946	Der Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske (Neuss), an den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln) *HAStK, NL Görlinger 47.*	520
208a	7. 8. 1946	Entwurf eines Rahmengesetzes über eine vorläufige Verfassung durch Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) *StA Münster, Oberpräsidium 4869.*	523
208b	7. 8. 1946	Memorandum Oberstadtdirektor Zuhorns (Münster) zum Entwurf eines Rahmengesetzes über eine vorläufige Verfassung *StA Münster, Oberpräsidium 4869.*	526
209	19. 8. 1946	Oberbürgermeister Weitz (Duisburg) an Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) *BA Koblenz, NL Pünder 660.*	529
210	22. 8. 1946	Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Amelunxen (Münster), an den Sonderausschuß zur Länderneugliederung des Zonenbeirats (Hamburg) *Bundestag ParlA, 1–148.*	531

DOKUMENTE

I.

22. 5. 1945: Stellungnahme des Ersten Landesrats Kitz (Düsseldorf) für Oberpräsident Fuchs (Bad Tönisstein) (Auszug)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 78. Ausfertigung. Unterstreichungen und hs. Korrekturen.

Im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde von mir erbetene Stellungnahme zu dem Entwurf eines Organisationsplanes für die Rheinische Provinzialregierung.[1]

Die Stellungnahme soll sich dabei auftragsgemäß auf die Eingliederung des Aufgabenkreises der Provinzialverwaltung in den Entwurf des Organisationsplanes beschränken.[2]

I. Allgemeines. Um zu dem Entwurf des Organisationsplanes verantwortungsbewußt und zutreffend Stellung nehmen zu können, bedürfte es eigentlich zuvor einer vollen Klärung nach folgenden vier Richtungen hin:

1. Auf welchen räumlichen Bereich soll sich die Rheinische Provinzialregierung erstrekken?

Nach dem, was mir in Tönisstein gesagt wurde, denkt man an die ganze Rheinprovinz und an ein weiter anschließendes Gebiet in Richtung auf die Pfalz und das Saargebiet.[3] Nach einem Rundfunkbericht soll dagegen inzwischen schon eine Provinzialregierung für das Gebiet südlich von uns mit dem Sitz in Neustadt gebildet worden sein, die sich auch auf rheinisches Gebiet erstreckt.[4]

2. Wie soll sich die Rheinische Provinzialregierung in den Gesamtorganisationsplan für die Verwaltung Deutschlands eingliedern?

Nach einer Rundfunkmeldung soll die Verwaltung Deutschlands vorerst dezentralisiert durch Provinzregierungen durchgeführt werden. Bedeutet das, daß die Funktionen aller Zentralstellen auf die betreffenden Stellen der Provinzregierung übergehen? Bedeutet das weiter, daß das Reichs- und Staatsvermögen, welches in der Region der Provinzialregierung liegt, von dieser treuhänderisch solange verwaltet wird und bedeutet das weiter, daß zunächst lediglich durch das über den Provinzregierungen stehende alliierte Organ ein Lasten-, Ernährungs-, Rohstoff- usw. Ausgleich zwischen den einzelnen deutschen Gebieten durchgeführt wird? Bedeutet es endlich, daß zentrale Organisationen oder Organisationen, die sich über größere deutsche Gebiete erstrecken (z.B.

1 Der Stellungnahme geht eine nicht näher zu datierende Besprechung bei Oberpräsident *Fuchs* in Bad Tönisstein voraus.

2 Zum Problem der Eingliederung des rheinischen Provinzialverbandes in die Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz vgl. auch Nr. 24; weiteres Material hierzu im LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 78 und 94. Rückblickend betont *Kitz* in einem Schreiben vom 31. 8. 1946, daß Provinzialverwaltung und Provinzialregierung nie völlig miteinander verschmolzen worden seien; allerdings sei eine enge personelle und sachliche Zusammenarbeit angestrebt worden, die ihren Ausdruck speziell darin fand, daß die Funktionen des Ersten Landesrats und des Abteilungsleiters Finanzen in Personalunion von ihm ausgeübt worden seien (HStA Düsseldorf, NW 96–550). Zur Problematik des Übergangs von den Provinzialverbänden zu den Landschaftsverbänden allg.: J. ENSELING, 1955; H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960; H. LADEMACHER: Provinzialstände, 1973.

3 Vgl. Nr. 2.

4 *Kitz* meint hier wahrscheinlich das kurzlebige Oberpräsidium Saarland-Pfalz-Südhessen; hierzu: G.F. BÖHN, 1984, S. 7f.; U. SPRINGORUM, 1982, S. 63–71; vgl auch Nr. 6.

Reichsknappschaft, Angestelltenversicherung, RWE, Ruhrsiedlungsverband, wasserwirtschaftliche Verbände usw.) entweder in ihrer Tätigkeit nunmehr auch dezentralisiert verwaltet werden, oder aber, daß, wenn sich Unternehmungen über das Gebiet mehrerer Provinzen erstrecken, die Provinzregierungen an diesen Unternehmungen finanziell und arbeitsmäßig beteiligt bleiben? Bei meiner Stellungnahme ist davon ausgegangen worden, daß die vorstehenden skizzierten Fragen in bejahendem Sinne zu beantworten sind.

3. Sollen innerhalb des Rahmens einer Provinz die bisher selbständigen Behörden und Organisationen wie Eisenbahn, Post, Finanzverwaltung, Versorgungsbehörden, Sozialversicherungsträger usw. vorerst selbständig, wenn auch unter Aufsicht der Provinzregierung weiterarbeiten, oder sollen sie jetzt schon eingegliedert werden?

Bei meiner Stellungnahme ist davon ausgegangen worden, daß diese Stellen vorerst selbständig bleiben und daß bei einigen von ihnen ihre Eingliederung in die Provinzregierung und die ihr unmittelbar unterstellten Dienststellen bzw. die Kommunalverwaltungen vorbehalten bleibt.

4. Soll ein Provinzialverband als Träger von Rechten und Pflichten für einen bestimmten Aufgabenkreis mit eigenem Provinzhaushaltsplan und eigener Finanzwirtschaft sowie eigener Vermögens- und Schuldenverwaltung noch weiter bestehen bleiben, oder aber ist daran gedacht, den Provinzialhaushaltsplan in einen sogenannten Territorialhaushaltsplan aufgehen zu lassen, der keinen Unterschied mehr macht zwischen einem staatlichen und provinziellen Aufgabenkreis?

Letztere Frage ist natürlich für meine Stellungnahme von entscheidender Bedeutung. Das äußere Bild des Organisationsplanes der Provinzregierung würde sich, gleichgültig ob man sich für die eine Lösung (selbständiger Provinzetat) oder für die andere Lösung – einheitlicher Territorialhaushaltsplan – entscheidet, nicht wesentlich verändern. In der inneren Konstruktion aber ist es naturgemäß etwas Grundverschiedenes.

Was das äußere Bild des Organisationsplanes anbelangt, so könnte es also, was den Aufbau der Provinzregierung im großen angeht, in beiden Fällen bei dem gleichen Schema verbleiben. In beiden Fällen könnte sich – wie vorgesehen – die Provinzregierung in die Gruppen gliedern: Finanzen, Wirtschaft, Sicherheit, Justiz, Landwirtschaft, Erziehung, Wohlfahrt, Gesundheitswesen, Öffentliche Arbeiten.[5]

In beiden Fällen könnte es auch dabei bleiben, daß dem Oberpräsidenten einmal ein persönlicher Stab zur Verfügung steht und dann eine Kanzlei nach Art der früheren Reichskanzlei im Reich und nach Art der Staatskanzleien in den Ländern. Auch die Untergruppen des Organisationsplanes würden im wesentlichen die gleichen bleiben können. Ebenso wie Reichsbahndirektionen und Oberpostdirektionen, wie Sozialversicherungen und Finanzverwaltung, wie ferner die öffentlichen Versicherungsunternehmen und die öffentlichen Banken und auch die mit öffentlichem Kapital gespeisten Energieversorgungsunternehmen selbständige Einrichungen bleiben und von der Provinzregierung nur beaufsichttigt werden, so würde bei der Lösung I auch der Provinzialverband eine selbständige Organisation bleiben und, wie er in seinem Aufgabenkreis bisher von den Berliner Zentralstellen (Innenministerium, Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium usw.) beaufsichtigt wird, in Zukunft in seinen einzelnen Sparten von den zuständigen Stellen

5 Zum Organisationsschema der (nord-)rheinischen Provinzialregierung die Nrn. 5, 8, 30.

der Provinzregierung beaufsichtigt werden. Auch könnten dem Provinzialverband, wie das bisher schon der Fall war, gewisse staatliche Aufgaben, die nunmehr vorerst Aufgaben der Provinzregierung wären, auftragsweise übertragen bleiben bzw. übertragen werden. Das äußere Schema des Organisationsplanes würde sich dadurch – wie nochmals betont – kaum verändern.

Nach der Besprechung in Tönisstein zweifele ich aber, ob an eine solche Lösung gedacht ist oder ob nicht vielmehr daran gedacht ist, den Provinzialverband aufzulösen bzw. durch die Provinzregierung zum mindesten mitverwalten zu lassen.

[...][6]

Kitz
Erster Landesrat

6 Es folgen ins Detail gehende Überlegungen, wie die verschiedenen Arbeitsgebiete der bisherigen Provinzialverwaltung in die Abteilungen der künftigen Provinzialregierung einbezogen bzw. wie insbesondere die Abteilungen Finanzen und Wohlfahrt gestaltet werden könnten.

2.

24. 5. 1945: Der Oberbefehlshaber der 15. US-Armee, General Gerow (Bad Neuenahr), an Oberpräsident Fuchs (Bad Tönisstein)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 79. Übersetzung.[1]

Betrifft: Ernennung zum Oberpräsidenten des Rheinprovinz-Militärdistrikts[2]

1. Hiermit erhalten Sie die Bestätigung, daß Sie zum Oberpräsidenten für die Zivilverwaltung des Rheinprovinz-Militärdistrikts ernannt worden sind.[3] Ihre offizielle Bezeichnung wird sein: „Oberpräsident des Rheinprovinz-Militärdistrikts".

2. Sie werden eine demokratische, gerechte und leistungsfähige Zivilregierung führen, in Übereinstimmung mit den Anweisungen, Richtlinien und Anordnungen, die vom Hauptquartier herausgegeben werden.

3. Die Funktionen Ihrer Stellung werden diejenigen einschließen, die vorher im Bereich des Oberpräsidenten der Rheinprovinz lagen, mit Ausnahme jener, die mit der Basis der alliierten Verlautbarungen unvereinbar sind. Diese Funktionen werden Sie auch über das zusätzliche Gebiet des Saarlandes, der Pfalz [und] Hessen westlich des Rheins ausüben.

Auf Befehl des Generalleutnants *Gerow*
gez. R.P. *Patterson*
Oberst, AGD, Generaladjutant

1 Eine Ausfertigung in englischer Sprache: LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 86; eine Abschrift hiervon: HStA Düsseldorf, NW 110–260.

2 Die Auflösung des Rheinprovinz-Militärdistrikts erfolgte mit Wirkung vom 21. 6. 1945; vgl. die Nrn. 9, 10.

3 Inoffiziell war *Fuchs* bereits seit Ende April 1945 mit dem Aufbau einer Verwaltungsspitze für dieses Territorium betraut; vgl. hierzu: W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 35f.; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 162f.

3.

24. 5. 1945: Ansprache von Oberpräsident Fuchs vor Vertretern von Verwaltung, Kirche und Presse in Bad Tönisstein[1] (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 190–627. Unterstreichungen.

Auf den Wunsch der amerikanischen Militärregierung soll heute die neue zivile Provinzregierung auch für die Außenwelt zum ersten Male in die Erscheinung treten. Zu diesem für unser Vaterland und unsere geliebte rheinische Heimat bedeutungsvollen Ereignisse habe ich neben meinen engeren Mitarbeitern die Vertreter der Kirchen, einige verdienstvolle Herren aus der Zeit der Weimarer Verfassung und die Presse gebeten. Es soll damit vor aller Welt bekundet werden, daß eine neue Zeit begonnen hat, daß das unglückselige nationalsozialistische Regierungssystem, das unser deutsches Vaterland in größte Not und tiefste Erniedrigung gestürzt hat, zu Grabe getragen ist.

Deutschland ist heute in politischer, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ein einziges Trümmerfeld. Aus Schutt und Asche muß neues Leben erstehen.

Wann und wie eine neue zentrale Regierung gebildet werden kann, läßt sich z.Zt. noch nicht übersehen. Es müssen deshalb vorerst Regierungen für Teilgebiete des Reiches geschaffen werden. Ein solches neues Verwaltungsgebiet ist von dem Hauptquartier der XV. US-Armee zusammengefaßt worden. Es besteht aus der Rheinprovinz und einer zweiten selbständigen Provinz, die aus dem Saarland, der Rheinpfalz und Rheinhessen gebildet wurde.[2] An der Spitze der Militärregierung über dieses ganze Gebiet steht der Kommandant der XV. US-Armee – Lieutenant General *Gerow*.[3]

Der Herr General hat unter dem 24. Mai mich an die Spitze der Zivilregierung für diesen aus den beiden Provinzen bestehenden Militärdistrikt berufen mit der amtlichen Bezeichnung „Oberpräsident des Rheinprovinz-Militärdistrikts".[4] Ich habe die Berufung angenommen, einzig und allein aus dem Gedanken heraus, mit meiner langjährigen Erfahrung in den verschiedensten Stellen der Verwaltung, insbesondere auch während der auf den 1. Weltkrieg folgenden Besatzung, meinem Vaterlande und meiner Heimat helfen zu können. Ich bin mir bewußt, daß ein Erfolg meiner Tätigkeit in erster Linie abhängig ist von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Militär- und Zivilbehörden. Von letzteren erwarte ich diese Zusammenarbeit mit aller Bestimmtheit und vertraue darauf, daß mich die Militärbehörden in meinem Bestreben unterstützen werden. Eine einheitliche und gleichmäßige Behandlung, wenigstens aller wichtigen Angelegenheiten in dem großen Militärdistrikt, muß unbedingt und baldigst erreicht werden. Die Anordnungen der Militärbehörde sind pünktlich und genau zu erfüllen, wenn Bestrafung der Schuldigen und schwere Nachteile für Unschuldige vermieden bleiben sollen.

[...][5]

---

1 Die Angabe des Ortes ist mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

2 Vgl. Nr. 1, Anm. 4.

3 Zur amerikanischen Besatzung in diesem Gebiet: C.F. LATOUR/T. VOGELSANG, 1973, S. 66; H.-J. WÜNSCHEL, 1985.

4 Vgl. Nr. 2.

5 Im folgenden werden Fragen von Ernährung, Finanzen und Wirtschaft sowie das Problem der Beseitigung des Nationalsozialismus erörtert.

4.

29. 5. 1945: Runderlaß des kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Regierungsvizepräsident Klein[1] (Auszug)

StA Münster, Oberpräsidium 8180. Vervielf. Exemplar.

1. Gemäß Anordnung der Alliierten Militärregierung ist der Oberpräsident der Provinz Westfalen die höchste deutsche Verwaltungsbehörde in der Provinz Westfalen und in den Ländern Lippe und Schaumburg-Lippe.[2] Er ist berechtigt, alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden mit Anweisungen zu versehen. Berichte, die bisher an einen Fachminister zu richten waren, sind in Zukunft ihm vorzulegen. Der Unterzeichnete ist mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten beauftragt worden.

2. Bei allen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden ist der Geschäftsbetrieb, soweit es noch nicht geschehen ist, alsbald wieder in Gang zu bringen.

3. Die Vorschriften der Militärregierung betreffend Entlassung oder Suspendierung von Angehörigen der Verwaltung sind von den Behörden in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Über Zweifelsfragen ist zu berichten.

4. Über die Zurückführung der Ausweichstellen von Münster verlegter Behörden wird Verfügung folgen. Die gesamte Dienstpost für das Oberpräsidium ist nach Münster zu richten.[3]

[...][4]

gez. *Klein*
M.d.W.d.G.b.

1 Der Vizepräsident der Regierung Münster, *Klein*, war bereits am 4. 5. 1945 von der Militärregierung Westfalen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten beauftragt worden; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S 172f.; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 277f.; zur Ablösung *Kleins* durch *Amelunxen* vgl. Nr. 22.

2 Bzgl. der Kompetenzen des Münsteraner Oberpräsidenten in den beiden Ländern Lippe ist diese Aussage nur teilweise korrekt; vgl. Nr. 7.

3 1944 war das Oberpräsidium größtenteils nach Bad Driburg verlegt worden.

4 Pkt. 5: Steuern und Abgaben; Pkt. 6: Bezüge der Beamten; Pkt. 7: Finanzausgleich; Pkt. 8: Kurierdienst.

5.

1. 6. 1945: Oberpräsident Fuchs (Bonn)[1] an das Detachment E1G2 der amerikanischen Militärregierung[2] (Bad Tönisstein)

HStA Düsseldorf, NW 190–627. Durchschlag. Unterstreichungen. Hs. Vermerk: „bleibt hier".

Betrifft: Stand der Arbeiten

I. Gebäude und Ausstattung

1) Die Instandsetzung der Landwirtschaftskammer wird laufend fortgesetzt.

2) Durch einen Beauftragten werden z.Zt. Möbel in öffentlichen Verwaltungen beschlagnahmt. Sie werden ab Mittwoch nächster Woche der Landwirtschaftskammer zugeführt werden, so daß Ende der nächsten Woche ein Teil der Zimmer mit Möbeln ausgestattet ist.

3) Es empfiehlt sich, als weitere Unterkunft der Behörden das Gebäude der Pädagogischen Akademie in Aussicht zu nehmen, da in kurzer Zeit damit gerechnet werden muß, daß das Gebäude der Landwirtschaftskammer nicht ausreicht.

II. Stand der sachlichen Arbeiten[3]

1) Allgemeine Verwaltung. Am Montag [4. 6. 1945] kann damit gerechnet werden, daß Ministerialrat *Triebel* und Oberbürgermeister *Zuhorn*[4] in der Abteilung Verwaltung ihren Dienst aufnehmen. Die Anstellung von Hilfskräften wird von Montag ab verstärkt einsetzen. Die Bildung einer Oberpräsidialkasse in dem Gebäude der Landwirtschaftskammer ist in die Wege geleitet.

2) Finanzen. Der Leiter der Abteilung Finanzen, Landesrat *Kitz*, Düsseldorf, wird angewiesen werden, unverzüglich mit seiner Tätigkeit in Bonn zu beginnen.

3) Wirtschaft. Regierungsdirektor *Soergel* wird zum Leiter der Abteilung Wirtschaft ernannt werden.[5] Gleichzeitig wird seine Ernennung zum Präsidenten des Landeswirtschaftsamtes erfolgen. Regierungsdirektor *Soergel* wird im Einvernehmen mit der Alliierten Militärregierung in Düsseldorf dortselbst bleiben, da seine Tätigkeit auch auf den westfälischen Raum ausgedehnt wird.[6] Er wird jedoch in der Woche nach Bedarf auch seinen Aufenthalt in Bonn nehmen.

---

1 Ende Mai 1945 war die Landwirtschaftskammer in Bonn zum Sitz des Oberpräsidiums bestimmt worden.

2 Literaturhinweise zur amerikanischen Militärregierung unter Nr. 3, Anm. 3.

3 Zur endgültigen Einteilung der Ressorts und ihrer personellen Besetzung unter Oberpräsident *Fuchs* vgl. die Nrn. 8, 30.

4 Der ehemalige Oberbürgermeister von Münster, Karl *Zuhorn*, hatte das Kriegsende als Angestellter des Gemeindeprüfungsamtes in Düsseldorf erlebt, wurde aber am 14. 6. 1945 wieder in sein altes Amt eingesetzt; vgl. K. TEPPE: Zuhorn, 1981, S. 154.

5 *Soergel* wurde von der Militärregierung niemals endgültig bestätigt; bereits Mitte Juni 1945 war der Kölner Wirtschaftshistoriker Bruno *Kuske* als Leiter dieser Abteilung im Gespräch, doch zogen sich die Verhandlungen über seine Ernennung bis Januar 1946 hin; vgl. die Nrn. 8, 31, 37, 39–42, 51.

6 Welcher Art die Kompetenzen im westfälischen Raum sein sollten, ist nicht bekannt; jedenfalls scheint man diesen Gedanken nach Errichtung der Nord-Rheinprovinz fallengelassen zu haben.

Das Landeswirtschaftsamt wird seine Tätigkeit über das Gebiet der gesamten Rheinprovinz erstrecken. In Koblenz wird für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier eine Nebenstelle errichtet werden. Eine Verbindung mit dem Landeswirtschaftsamt in Neustadt a.d.H. wird aufgenommen werden.

Oberregierungsrat *Mosheim* wird zum Vertreter des Leiters der Abteilung Wirtschaft in Bonn bestellt und unverzüglich ernannt werden. Zum Leiter der Gruppe Preisbildung und Preiskontrolle wird Rechtsanwalt *Gierlichs* ernannt werden, der seine Tätigkeit ab Dienstag beginnt.

4) Öffentliche Sicherheit.[7] Oberregierungsrat *Busch* ist ersucht, seine Tätigkeit im Anfang der nächsten Woche zu beginnen. Seine Ernennung wird vorgeschlagen werden.

5) Justiz. Der Leiter der Abteilung Justiz wird morgen in seine Tätigkeit eingeführt werden.[8]

6) Landwirtschaft. Die Abteilung Landwirtschaft hat ihre Tätigkeit in größerem Umfange aufgenommen. Ein Organisationsplan wird vorgelegt.

7) Erziehung. Die Abteilung Erziehung hat ihre Tätigkeit in vollem Umfange begonnen. Ein Organisationsplan wird vorgelegt werden.

8) Wohlfahrt. Der Leiter der Abteilung Wohlfahrt muß herangeholt werden.

9) Gesundheit. Regierungs- und Medizinalrat Dr. *Vogt* wird seine Tätigkeit am Montag beginnen. Die Suche nach einem Leiter der Abteilung Gesundheit wird fortgesetzt. Der Vorschlag für die Besetzung wird in der nächsten Woche erfolgen.

10)Arbeit und Aufbau.[9] Der Leiter der Abteilung hat seine Tätigkeit in Bonn aufgenommen. Mit dem Leiter des Landesarbeitsamtes Köln wird unverzüglich eine Besprechung angesetzt werden, um den Aufbau des Landesarbeitsamtes zu erörtern. Der personelle Aufbau der Abteilung wird in der kommenden Woche fortgesetzt werden.

11) Öffentliche Dienste. Die Besetzung der Stelle der Abteilung Öffentliche Dienste wird nächste Woche erfolgen.

Dr. *F[uchs]*
Oberpräsident des Rheinprovinz-Militärdistrikts

7 Das Ressort Öffentliche Sicherheit wurde nicht eingerichtet.

8 Leiter der Abteilung war der Oberlandesgerichtspräsident *Lingemann*; zur Auflösung der Abteilung Justiz im August 1945 vgl. Nr. 21.

9 Die Ressorts Arbeit und Wiederaufbau wurden später getrennt; vgl. Nr. 30.

6.

3. 6. 1945:[1] Vermerk eines Verwaltungsbeamten (Regierungspräsidium Koblenz?)[2] über eine Konferenz im Hauptquartier des XIII. Corps der 15. US-Armee in Idar-Oberstein

HStA Düsseldorf, NW 190–627. Durchschlag.[3] Hs. Vermerke. Paraphe von Fuchs.

Betrifft: Neuordnung der Verwaltung in der Rheinprovinz

Auf Anordnung der Militärregierung nahm ich gestern mit First Lieutenant *Moore*, der mich nach Oberstein brachte, an einer Konferenz für Ernährungs- und Transportfragen beim Kommandierenden General des XXIII. Corps teil. Einleitend gaben General *Gaffey* und mehrere Obersten einen Überblick über die Neuordnung der Verwaltung.

Der General betonte, daß es das Ziel der Militärregierung sei, Ordnung zu schaffen und das Land wieder aufzubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es notwendig, die Verwaltung zu erhalten und neu aufzubauen. Das Grundprinzip dieser Verwaltung sei indirektes Gesetz oder Regelung. Die Militärregierung habe die Verwaltung zu überprüfen, aber nicht durchzuführen. Das werde den deutschen Verwaltungsbeamten in den Bezirken mitgeteilt werden.

Es wurde alsdann an Hand einer Zeichnung laut Anlage der Neuaufbau der Verwaltung erklärt.[4] Die Regelung des Ernährungsproblems mache es notwendig, daß Dr. *Heimerich*[5] Oberregierungspräsident im Bereiche des XXIII. Corps über 5 Regierungsbezirke wird.[6] An deren Spitze stehe ein Regierungspräsident. Falls die militärischen Besetzungszonen geändert werden sollten, könne es sein, daß Dr. *Heimerich* nur noch drei Regierungsbezirke übernehme, ohne daß an dem Grundaufbau etwas gestört werde.

Es folgten dann Referate über die Ernährung und das Transportproblem, über die ich besonderen Bericht vorlege. Einleitend zu diesen Besprechungen betonte der General, daß sich die Militärregierung von dem Augenblick an, wo die deutsche Verwaltung gebildet sei, auf die Überwachung beschränke, und daß ihm Dr. *Heimerich* und diesem die beauftragten deutschen Stellen verantwortlich seien für die Durchführung von Maßnahmen des Transportes und zur Sicherstellung der Nahrungsmittel.

---

1 Das Datum bezieht sich auf den Tag der Konferenz; als Datum für die Anfertigung der Vermerks wird „Koblenz, den 4. Juni 1945" angegeben; vgl. hierzu auch das von *Heimerich* gezeichnete Protokoll der Konferenz bei H.-J. WÜNSCHEL, 1985, Nr. 34.

2 Der Aussteller konnte nicht näher identifiziert werden.

3 Übersetzungen des Vermerks in Englische: HStA Düsseldorf, NW 53–285; HStA Düsseldorf, NW 190–627.

4 Die Anlage gibt ein Schema wieder, an dessen Spitze sich – unter der Aufsicht des Hauptquartiers der 15. US-Armee – der Oberpräsident des Rheinprovinz Militärdistrikts befindet. Ihm untergeordnet ist ein Oberregierungspräsident im Bereich des XXII. Corps mit den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Köln sowie ein Oberregierungspräsident im Bereich des XXIII. Corps mit den Regierungsbezirken Koblenz, Trier, Saar, Pfalz und Hessen westlich des Rheins (HStA Düsseldorf, NW 190–627).

5 Hier und im folgenden korrigiert aus „*Heimrich*".

6 Das Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar unter *Heimerich* wurde mit Wirkung vom 4. 6. 1945 eingerichtet; zum Schicksal dieser Behörde allg.: G.F. BÖHN, 1984, S. 9–12; U. SPRINGORUM, 1982, S. 80f., 85f., 93–97; zum geplanten Oberregierungspräsidium im Bereich des XXII. Corps vgl. Nr. 8.

In der anschließenden Aussprache, zu der die deutschen Vertreter aufgefordert wurden, erklärte Dr. *Heimerich* etwa folgendes: Er sei dankbar, daß größere Verwaltungsbezirke gebildet würden, und daß die unteren Verwaltungsbehörden nunmehr mit einheitlichen Weisungen versehen werden könnten. Das werde diesen die Arbeit erleichtern. Bisher mußten sich die Landräte mit den örtlichen Stellen der Militärregierung selbst helfen so gut es ging. Er müsse aber darauf hinweisen, wie schwierig die Lösung der Personalfrage sei. Die Tatsache, daß durch die Zugehörigkeit zur NSDAP so viele Beamte belastet sind, die weitere Tatsache, daß viele Kräfte durch Kriegsgefangenschaft abgezogen sind, und schließlich der Umstand, daß durch die Verkehrskrise wertvolle Personen nicht zu erreichen sind, haben einen großen Personalmangel herbeigeführt und erschweren den Aufbau einer guten und soliden Zivilverwaltung. Er stimme mit der Militärregierung darin überein, daß alle führenden Nazis und solche Beamte, die sich für die Partei besonders eingesetzt haben mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden, wir müssen aber manchmal um Nachsicht gegenüber Persönlichkeiten bitten, die auf Drängen der vorgesetzten Stelle der Partei beigetreten sind. Natürlich müssen diese Leute entsprechend überwacht werden, aber wenn wir sie nicht haben, wird der Aufbau einer Verwaltung vielfach nicht möglich sein. So seien in der Forstverwaltung unter dem Druck *Görings* alle Beamte in die Partei gedrängt worden.

Für besonders wichtig und schwierig halte er die Abgrenzung der Befugnisse unter den Behörden der höheren Instanz. Der Regierungspräsident soll im allgemeinen die Funktionen übernehmen, die er bisher in Preußen hatte. Das werde eine klare Abgrenzung geben und eine gute Geschäftsabwicklung bringen. Aus dem vorgelegten Übersichtsplan sehe er, daß über dem Oberregierungspräsidenten noch ein Oberpräsident der Rheinprovinz stehen soll. Er wäre dankbar, über die Funktion dieses Oberpräsidenten Klarheit zu haben, bevor wir mit unserer Arbeit beginnen. Vor allem sei wichtig, wer das Budget (Etat) aufstelle. Ferner müsse geklärt sein, wer das Recht habe, Gesetze zu erlassen, der Oberpräsident oder der Oberregierungspräsident.[7]

Dr. *Heimerich* schlug vor, die Militärregierung möge bald eine Konferenz der Oberregierungspräsidenten mit dem Oberpräsidenten in die Wege leiten. Das wurde ihm vom komm(andierenden) General zugesagt.

Ein Oberst erläuterte an Hand einer Übersichtskarte dann den geplanten Aufbau der Verwaltung und betonte, daß der Oberregierungspräsident die volle Kontrolle über die einzelnen Regierungsbezirke, auch über Koblenz und Trier ausübe, soweit ihm dies durch die Militärregierung zugesprochen wird. Er solle nur solche Leute einsetzen, die ihm genehmigt würden. Der Regierungspräsident dürfe nichts anderes unternehmen, als was ihm vom Oberregierungspräsident[8] gesagt würde. Außerdem unterstehe er den Befehlen des Offiziers, der für den betreffenden Kreis zuständig ist. Eine Anweisung über die Kompetenzen und ein Schema des Aufbaues gehe den Verwaltungen noch zu.

7 Von irgendwelchen Einflüssen seitens des Bonner Oberpräsidiums auf *Heimerich* und seine Behörde ist in der kurzen Zeitspanne bis zur Errichtung der Nord-Rheinprovinz am 21. 6. 1945 nicht zu spüren; vgl. Nr. 10; U. SPRINGORUM, 1982, S. 85f; H.-J. WÜNSCHEL, 1985, bes. die Nrn. 36–38 und Vorbemerkung S. 11f.

8 Korrigiert aus „Oberpräsident".

7.

5. 6. 1945: Der kommissarische Oberpräsident der Provinz Westfalen, Regierungsvizepräsident Klein, an die Militärregierung Westfalen[1]

HStA Düsseldorf, NW 57–7. Entwurf. Hs. Vermerke.

Betrifft: Zivile Verwaltung in den Ländern Lippe und Schaumburg-Lippe – Memorandum der Militärregierung in Detmold[2]

Den Grundgedanken des Memorandums ist m.E. durchaus zuzustimmen. Wenn es auch, auf lange Sicht gesehen, wünschenswert wäre, die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe ganz in Westfalen aufgehen zu lassen, um sie in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung noch enger mit dem größeren Gebiet zu vereinigen, zu dem sie nach Geschichte und Stammeseigenart seit jeher gehört haben, so wäre es doch nicht zu vermeiden, daß durch eine solche Maßnahme eine gewisse Beunruhigung der Bevölkerung einträte und vorübergehend Verwaltungsmehrarbeit entstünde. Es ist deshalb davon auszugehen, daß die beiden Länder Lippe und Schaumburg-Lippe ihren Status als Länder im Sinne des bisher geltenden Reichsrechts behalten. Die Länder waren indessen schon längst nicht mehr Staaten im Sinne des Völkerrechts, sondern nur eine Art von gehobenen Selbstverwaltungskörperschaften, etwa vergleichbar den preußischen Provinzen. Im wesentlichen oblagen ihnen auch dieselben Aufgaben wie sie die preußischen Provinzen als Selbstverwaltungskörperschaften zu erfüllen hatten. Dabei kann es im Falle der Länder Lippe und Schaumburg-Lippe verbleiben. Diese beiden Länder bilden ohnehin einen besonderen Landesfürsorgeverband, der von Westfalen bisher unabhängig war. Eine Notwendigkeit, sie jetzt in die provinzielle Selbstverwaltung von Westfalen einzugliedern, besteht nicht. Da beide Länder über nicht unerhebliches Staatsvermögen verfügen, wird auch die Finanzierung der ihnen verbleibenden Aufgaben keine besonderen Schwierigkeiten machen.

Die engere Verbindung der Länder mit der Provinz Westfalen wird sich also auf die eigentliche Staatsverwaltung zu beschränken haben.[3]

Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß

1. wie in dem Memorandum bereits vorgeschlagen, der Landespräsident von Lippe gleichzeitig Chef der Verwaltung von Schaumburg-Lippe wird, ohne daß hierdurch eine Vermehrung des vorhandenen Beamtenapparates eintritt.

2. muß dann aber die Eingliederung des Lippischen Staatsverwaltungsapparates in den westfälischen erfolgen. Dies geschieht am einfachsten dadurch, daß der Landespräsident der Länder Lippe im Verhältnis zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen hinsichtlich

1 Vgl. auch Nr. 4.

2 Das Memorandum stammt vom 11. 5. 1945; in einem erläuternden Schreiben hierzu vom 29. 5. 1945 spricht die Militärregierung Detmold gegenüber der Militärregierung Westfalen die Bitte aus, „a) daß die beiden Länder ihren Status als unabhängige Länder nicht verlieren innerhalb der Provinz Westfalen, b) daß die Notwendigkeit für verwaltungsmäßige Vereinigung der beiden Länder im Prinzip angenommen wird"; gleichzeitig wird empfohlen, *Drake* in Personalunion zum Landespräsidenten von Lippe und Schaumburg-Lippe zu ernennen (HStA Düsseldorf, NW 57–7).

3 Zum Verhältnis der Provinz Westfalen zu Lippe und Schaumburg-Lippe bis zur Gründung von Nordrhein-Westfalen vgl. auch die Nrn. 22, 29, 98, 109, 169, 210; allg. hierzu: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nrn. 34–37, 39, 41–43; U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 181–216.

der im eigentlichen Sinne staatlichen Aufgaben (z.B. Polizei, Aufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände, öffentliches Gesundheitswesen usw.) dieselbe Stellung erhält, wie sie die Preußischen Regierungspräsidenten in Münster, Minden und Arnsberg inne haben. Das bedeutet für den gegenwärtigen Zeitpunkt, daß der Oberpräsident in Münster befugt ist, sich von sämtlichen in den Ländern Lippe ansässigen Reichs- und Landesbehörden sowie von den unter Aufsicht des Reichs oder der Länder stehenden öffentlich rechtlichen Körperschaften unterrichten zu lassen, sie auf die maßgebenden Gesichtspunkte und die danach erforderlichen Maßnahmen aufmerksam zu machen, die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorgänge in den beiden Ländern zu beobachten und darüber zu wachen, daß die Verwaltung im Einklang mit den Zielen der Staatsführung gesetzmäßig, sparsam, sauber und einheitlich geführt wird. Er hat danach ferner das Recht, die Behörden der Länder Lippe im Rahmen der dem Minister zustehenden Befugnisse mit Weisungen zu versehen. Insbesondere hat er auch den Ländern Lippe gegenüber diejenigen Befugnisse, die ihm von der Militärregierung im Verhältnis zu den sonstigen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden der Provinz Westfalen übertragen worden sind.

3. Es würde dies insbesondere bedeuten, daß die Reichssteuern, die in den Ländern Lippe aufkommen, wie bisher an die Oberfinanzkasse abgeführt und von dieser an die neu gegründete Generalkasse für Westfalen-Lippe weitergeleitet werden müssen. Das gleiche gilt für alle öffentlichen Einnahmen, die bisher aus den Ländern Lippe in Berliner Zentralkassen flossen, so insbesondere für die Beiträge der Bauern zum Reichsnährstand und für die Arbeitslosenversicherungsbeiträge, die dem Reichsstock für Arbeitslosenversicherung zugeführt wurden. Andererseits erhalten die Länder Lippe und ihre Gemeinden und Gemeindeverbände diejenigen Finanzzuweisungen (Grants), die sie nach dem Finanzausgleichsgesetz bisher schon erhalten haben. Dazu gehören auch u.a. die Zuschüsse für die Polizei und die staatlichen Gesundheitsämter.

4. Es wird anzustreben sein, daß nach und nach entsprechend dem Bedürfnis, das Lippische Landesrecht dem in Westfalen geltenden Recht angeglichen wird, doch ist diese Frage nicht von akuter Bedeutung.

Klein

8.

18. 6. 1945: Vermerk des Düsseldorfer Oberbürgermeisters a.D., Lehr[1]

Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.

Nach einem zuverlässigen Bericht sollen die derzeitigen Verwaltungsverhältnisse im Rheingebiet folgende sein:

1. Geographische Abgrenzung des erweiterten Rheinbezirkes

Die derzeitige provinzielle rheinische Staatsverwaltung umfaßt folgendes Gebiet: Pfalz, Saargebiet, Rheinhessen, die Regierungsbezirke Koblenz, Trier, Köln, Aachen und Düsseldorf.[2]

Davon entfallen auf die französische Besatzungszone folgende Gebiete: Pfalz, Saargebiet, Rheinhessen, die Bezirke Koblenz und Trier.[3] Dieses Gebiet ist in einem Oberregierungsbezirk zusammengefaßt und wird der Besatzung gegenüber vertreten durch einen Oberregierungspräsidenten. Die Stelle des Oberregierungspräsidenten in der französischen Besatzungszone ist z.Zt. besetzt durch Herrn Dr. *Heimerich*.

Auf die englische Besatzungszone entfallen die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen. Auch diese drei Regierungsbezirke sollen in einem Oberregierungsbezirk zusammengefaßt werden. Dieser Oberregierungsbezirk soll der englischen Besatzungsarmee gegenüber vertreten werden durch einen Oberregierungspräsidenten. Die Stelle des Oberregierungspräsidenten für die englische Besatzungszone ist noch nicht besetzt. Wie verlautet soll hierfür Herr Oberbürgermeister Dr. *Lehr*, Düsseldorf, in Aussicht genommen sein.[4]

Der Oberregierungsbezirk mit französischer Besatzung ist räumlich der größte. Der Oberregierungsbezirk Köln, Aachen, Düsseldorf mit englischer Besatzung ist dagegen mit seiner Bevölkerung, Industrie, Gewerbe und Handel bedeutungsvoller. Die oben bemerkte politische Grenzziehung darf indessen noch nicht als endgültig angesehen werden. Es sollen z.Zt. Erwägungen schweben, ob nicht noch industrielle Ruhrbezirke dem vorläufigen rheinischen Staatsgebiet eingefügt werden können.

2. Die regierungsmäßige Verwaltung dieses Rheinstaates ist derzeitig folgende:[5]

1 Das Dokument selbst enthält keinen Hinweis auf den Verfasser; aufgrund der Provenienz des Stückes und seinem äußeren Erscheinungsbild nach zu urteilen handelt es sich um einen persönlichen Vermerk *Lehrs*.

2 Vgl. Nr. 6.

3 Tatsächlich wurde dieses Gebiet erst am 10. 7. 1945 von den amerikanischen Truppen an die französische Besatzungsmacht übergeben; hierzu: U. SPRINGORUM, 1982, S. 93–97; C.F. LATOUR/T. VOGELSANG, 1973, S. 75.

4 Mit der drei Tage später erfolgten Errichtung der Nord-Rheinprovinz (vgl. Nrn. 9, 10) wurde die Besetzung der Stelle eines Oberregierungspräsidenten im Bereich des XXII. US-Corps hinfällig; erst daraufhin scheint sich *Lehr* entschieden zu haben, den Posten des Abteilungsleiters Allgemeine Verwaltung bei der Provinzialregierung anzunehmen.

5 Nicht aufgeführt wird die schon existierende Abteilung Gesundheit; zur weiteren Organisation der Provinzialregierung vgl. Nr. 30.

Dr. *Fuchs*, Oberpräsident (Ministerpräsident)
Abt. Allg[emeine] Verwaltung (Innenministerium) (noch unbesetzt)
Abt. Kultus Prof. *Platz*
Abt. Finanzen Dr. *Kitz*
Abt. Justiz Dr. *Lingemann*
Abt. Wirtschaft Prof. Dr. *Kuske*[6]
Abt. Verkehr *von Bode* (Fachbeamter)
Abt. Arbeit und Wiederaufbau Prof. *Schwippert*, J. *Scheuble*
Abt. Wohlfahrt Prof. *Albrecht*
Abt. Öffentliche Sicherheit (noch unbesetzt)
Abt. Ernährung und Landwirtschaft Dr. K. *Müller*

6 Die Ernennung von *Kuske* an Stelle von *Soergel* war zu dieser Zeit noch offen; vgl. Nr. 5, Anm. 5.

9.

20. 6. 1945: Die Militärregierung Nord-Rheinprovinz an Oberpräsident Fuchs (Bonn)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 86.[1] Übersetzung. „Vertraulich".

1. Sie werden hiermit zum Oberpräsident der Zivilverwaltung für die Nord-Rhein-Provinz ernannt. Ihre offizielle Bezeichnung wird lauten: „Oberpräsident der Nord-Rhein-Provinz".[2]

2. Sie werden eine leistungsfähige Zivilregierung verwalten und zwar in Übereinstimmung mit den Anordnungen, Richtlinien und Anweisungen, die von diesem Hauptquartier herausgegeben werden.

gez. [John *Barraclough*]
Oberst
Kommandeur Hauptquartier der Militärregierung
Nord-Rhein-Provinz

Abschrift an: Militärregierung I Korps Distrikt[3]

1 Englische Ausfertigung: LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 86.

2 Die Nord-Rheinprovinz wurde erst mit Wirkung vom 21. 6. 1945 gebildet; siehe Nr. 10.

3 Gemeint ist das Hauptquartier des I. Corps-Distrikts in Iserlohn, das für die Provinzen Westfalen und Nord-Rheinland zuständig war; im Gegensatz zu den beiden Provinzial-Detachments in Münster und Düsseldorf, die später in direktem Kontakt zur CCG/BE standen, scheint diese Instanz praktisch ohne Bedeutung für die Besatzungspolitik geblieben zu sein; vgl. zur Organisation der britischen Militärregierung, insbesondere auch zur Einrichtung der Corps-Distrikte: M. BALFOUR, 1959, S. 146–153; F.S.V. DONNISON, 1961, S. 227–230, 244, 274–277; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 37–46; J. THIES, 1979, S. 37–40; U. SCHNEIDER: Deutschland- und Besatzungspolitik, 1982, S. 83–86.

10.

21. 6. 1945: Rundschreiben von Oberpräsident Fuchs (Bonn) an die Abteilungsleiter der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz

HStA Düsseldorf, NW 190–627. Durchschlag. „Gemäß Anweisung vertraulich!"

Durch Anordnung der Militärregierung, Nord-Rheinprovinz, bin ich unter dem Datum vom 20. Juni 1945 zum Oberpräsidenten der Zivilverwaltung für die Nord-Rheinprovinz ernannt worden. Die offizielle Bezeichnung meiner Behörde lautet: „Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz".[1]

In dem mir zusammen mit der Ernennungsurkunde übersandten Schreiben vom 20. Juni 1945[2] wird bestimmt:

„1) Die deutsche Zivilverwaltung der Rheinprovinz, die jetzt ihren Sitz in Bonn hat, wird so wie sie aufgebaut ist und am 19. Juni besteht, mit dem Datum vom 21. Juni 1945 um 18 Uhr vollständig unter die Kontrolle des ersten Britischen Korps[3] gestellt werden.

2) Vom 21. Juni 1945, 18 Uhr an werden Sie keine Kontrolle mehr über irgendeinen Teil der Rheinprovinz ausüben, außer über die drei Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen.

3) Die drei Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen werden bezeichnet als ‚Nord-Rheinprovinz'.

4) Die beiden Regierungsbezirke Koblenz und Trier werden bezeichnet als ‚Süd-Rheinprovinz'.

5) Die Neu-Organisierung, die als Ergebnis dieser Teilung der Rheinprovinz notwendig sein wird, wird eine enge Verbindung Ihrer Regierung mit der Regierung der Süd-Rheinprovinz erforderlich machen.[4] Der Zutritt zu gewissen Teilen der Süd-Rheinprovinz und der Zutritt zu amtlichen Akten, die sich in der Süd-Rheinprovinz befinden, wird, wenn es von mir als notwendig angesehen wird, erlaubt werden. Wird eine derartige Genehmigung nachgesucht, so muß jedesmal ein Gesuch von Ihnen an dieses Hauptquartier erfolgen. Auf keinen Fall werden Beamte Ihrer Regierung die Süd-Rheinprovinz ohne die schriftliche Genehmigung dieses Hauptquartiers aufsuchen.

6) Die Anweisungen, die Ihnen von dem Kommandierenden General der 15. amerikanischen Armee mit dem Datum vom 24. Mai 1945 erteilt worden sind,[5] treten mit dem 21. Juni 1945, 18 Uhr, außer Kraft. Die beigefügten Anweisungen treten mit dem gleichen Tage und der gleichen Stunde in Kraft."

1 Siehe Nr. 9.

2 Das im folgenden inserierte Schreiben vom 20. 6. 1945 liegt in geringfügig abweichender Übersetzung ebenfalls vor: HStA Düsseldorf, NW 190–627.

3 Vgl. Nr. 9, Anm. 3.

4 Zu der hier angekündigten engen Verbindung zwischen der Nord-Rheinprovinz und der Süd-Rheinprovinz ist es in der Praxis nicht gekommen; vgl. hierzu und allg. zum Problem der Teilung der Rheinprovinz die Nrn. 11–15, 17, 18.

5 Siehe Nr. 2.

Zum Sitz der Behörde ist Düsseldorf bestimmt worden. Als Verwaltungsbehörde ist der Stahlhof vorgesehen. Der Umzug von Bonn nach Düsseldorf wird am 2. und 3. Juli vorgenommen werden.[6] Am 4. Juli wird die Regierung in Düsseldorf arbeitsbereit sein. Ich selbst werde vom 2. Juli vormittags ab in Düsseldorf sein. Hiernach ersuche ich die erforderlichen Vorbereitungen für den Umzug Ihrer Abteilung zu treffen. Über Einzelheiten der Übersiedlung wird noch weitere Mitteilung ergehen.

gez. Dr. *Fuchs*

6 Der Umzugstermin wurde auf Drängen der Militärregierung später auf den 26. 6. 1945 vorverlegt; siehe Nr. 11.

II.

23. 6. 1945: Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und dem stellvertretenden Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberstleutnant Macintyre, in Bonn (Auszüge)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162.

Von britischer Seite wurde zunächst gefragt, ob der Herr Oberpräsident bereits Feststellungen betr. des angeblich in Bad Godesberg wohnenden früheren Ministers Hans *Koch* habe treffen können.[1] Der Herr Oberpräsident verneinte diese Frage, erklärte aber, bei seiner heutigen Durchfahrt durch Godesberg Rückfrage halten zu wollen.

Oberstleutnant *Macintyre* teilte dann mit, er habe von Oberst *Barraclough*[2] einen Brief an Herrn Oberpräsidenten *Heimerich* bei sich, den er über die amerikanische XV. Armee an diesen leiten wolle. Es wurde nochmals erinnert an die Aufstellung der Liste der Beamten, die amtlich in der Süd-Rheinprovinz zu tun hätten. Der Verkehr mit der Verwaltung *Heimerichs* müsse zunächst unbedingt vom britischen und amerikanischen Hauptquartier gehen. Sei die Liste genehmigt, so gelte die Genehmigung für dauernd. Ausführungen über die Notwendigkeit ständiger Verbindung zwischen Nord- und Süd-Rheinprovinz sei der Hauptinhalt des Schreibens an *Heimerich*. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung erklärte Oberstleutnant *Macintyre* noch, die Briten würden darauf hinwirken, daß Oberpräsident *Heimerich* zuerst seinen Besuch bei Oberpräsident Dr. *Fuchs* machen werde, da dieser der höhere und ältere sei.[3] Die Amerikaner glaubten ja vielleicht, ihr Oberpräsident sei der größere, weil sie selbst gegenüber den Briten die Größeren seien.

1 Hans *Koch* war vom 23. 10. 1923 – 4. 2. 1924 Minister in der von den Franzosen eingesetzten Separatistenregierung *Dorten*; auch nach 1945 ist er wieder im Umfeld separatistischer Bewegungen zu finden; vgl. W. KÖHLER, 1961, S. 86f.

2 Die Beförderung *Barracloughs* zum Brigadegeneral muß etwa Juli/August 1945 erfolgt sein.

3 Weder zur Zeit der amerikanischen Besatzung noch nach Übernahme der Süd-Rheinprovinz durch die französischen Militärbehörden (hierzu Nr. 8, Anm. 3) hat ein Treffen zwischen *Fuchs* und *Heimerich* bzw. dessen Nachfolger stattgefunden; vgl. die Nrn. 15, 17, 18.

Bezüglich des Zeitpunktes der Übersiedlung des Oberpräsidiums von Bonn nach Düsseldorf erklärte Oberstleutnant *Macintyre* als Mitteilung des Oberst *Barraclough*, der 4. Juli sei als allerletzter Termin genannt worden, es sei unerwünscht, daß die Übersiedlung erst zum letztmöglichen Termin erfolge. In künftigen Fällen möge beachtet werden, daß Terminsetzungen immer den letztzulässigen Termin bezeichneten und frühere Durchführung der betr. Maßnahmen sehr begrüßt würde.

Den Plan der täglichen Beförderung von Beamten und Angestellten des Oberpräsidiums von Bonn bzw. Godesberg nach Düsseldorf und zurück habe Oberst *Barraclough* als phantastisch bezeichnet. Er sei unausführbar.

Im Stahlhof in Düsseldorf würde der Oberpräsident in der wirksamen Aufnahme der Dienstgeschäfte von der britischen Militärverwaltung nach Möglichkeit unterstützt werden. Es würden dort auch direkte Telefonleitungen zu den Regierungspräsidenten angelegt werden. Es werde darüber aus bestimmten Gründen allerdings noch einige Zeit vergehen. Militärleitungen dürften von den zivilen Dienststellen nicht benutzt werden.

[...][4]

Zur Übersiedlung nach Düsseldorf erklärte Herr Oberpräsident Dr. *Fuchs*, er werde nun Anweisung geben, den Umzug schon ab Dienstag, den 26.6. durchzuführen und selbst am 28.6. in Düsseldorf eintreffen.

4 Erörterung eines Plans zur Herausgabe einer „Hauszeitung" für die Bediensteten des Oberpräsidiums und eines Falls von Bandenunwesen.

12a.

28. 6. 1945: Oberpräsident Fuchs (Bonn) an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 88. Durchschlag.

Betrifft: Teilung der Rheinprovinz

Unter Bezugnahme auf meine mündliche Darlegung überreiche ich im folgenden Ausführungen über meine schweren Bedenken gegen eine Aufteilung der Rheinprovinz.[1]

gez. [Dr. *Fuchs*]
Oberpräsident

1 Zur unmittelbaren Reaktion im Oberpräsidium auf die Teilung der Rheinprovinz vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 164f; zur ablehnenden Haltung der Engländer gegenüber den deutschen Einwänden hinsichtlich der Teilung siehe Nr. 13.

12b.

28. 6. 1945: Denkschrift von Oberpräsident Fuchs (Bonn) für die Militärregierung Nord-Rheinprovinz[1] (Auszug)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 88.[2]

130 Jahre engster Verwaltungsgemeinschaft haben die fünf rheinischen Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln, Aachen, Koblenz und Trier zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen, dessen Zerreißung schon in normalen Friedenszeiten die Lebensfähigkeit der einzelnen Teile schwer gefährdet haben würde. Ein wesentlicher Grund für die wirtschaftliche Blüte des Rheinlandes lag von jeher in dem gesunden Ausgleich zwischen dem überwiegend industriellen Nordteil und dem vorherrschend landwirtschaftlichen Südteil der Provinz. Nach den im Laufe des Krieges erfolgten Zerstörungen in den Industriegebieten der drei nördlichen Bezirke Düsseldorf, Köln und Aachen sind diese, unter den heutigen Verhältnissen für längere Zeit auf sich allein gestellt, tatsächlich lebensunfähig.

Die Bevölkerung dieser jetzt als Nord-Rheinprovinz zusammengefaßten Bezirke kann aus der landwirtschaftlichen Erzeugung dieses Gebietes nicht ernährt werden, sie braucht heute mehr denn je die Überschußerzeugnisse aus dem Südteil der Provinz.[3]

Die einzigartige Anhäufung großstädtischer Trümmerhaufen, die jetzt Nord-Rheinprovinz heißt, ist für den Wiederaufbau von Wohn- und Arbeitsstätten auf unbeschränkte Einfuhr großer Mengen Baustoffe aus der Süd-Rheinprovinz und für die Unterbringung ihrer Arbeitermassen auf einen weiten Siedlungsraum angewiesen.

Die Finanzkraft der einseitig industriellen Nord-Rheinprovinz reicht nach Zerstörung ihrer Wirtschaft zur Erfüllung ihrer sozialen Verpflichtungen und zur Durchführung ihrer zahllosen großen Wiederaufbauaufgaben nicht aus.

Die von der Militärregierung selbst gewünschte wirksame Civil-Verwaltung ist auf den meisten Verwaltungsgebieten im Rheinland tatsächlich wirksam nur im Rahmen eines großen einheitlich geleiteten Gebietes aufzurichten.

Besonders verhängnisvoll würde es sein, wenn außer der bisher staatlichen Verwaltung auch noch Einrichtungen des rheinischen Provinzialverbandes als Selbstverwaltungsorganisation auseinandergerissen würden.[4]

1. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier sind in mehreren Produkten landwirtschaftliche Überschußgebiete. So betrug z.B. ihre Marktleistung im Wirtschaftsjahr 1943 bei Frühkartoffeln 30.000 to und bei Spätkartoffeln 301.626 to. Im Hinblick auf die Struktur der Bevölkerung in den beiden südlichen Regierungsbezirken, in denen über 40% Selbst-

1 Außer dieser Denkschrift liegt noch der Entwurf einer knapperen Stellungnahme von *Kitz* vor, in der vor allem auf die Finanzprobleme in dem zu eng gefaßten Raum der Nord-Rheinprovinz hingewiesen wird (HStA Düsseldorf, RWN 51–4).

2 Deutscher Entwurf und Übersetzung ins Englische: HStA Düsseldorf, NW 190–627.

3 Schon am 27. 6. 1945 hatte *Fuchs* ein Gesuch an die Militärregierung eingereicht, dem Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, Karl *Müller*, zur Klärung von Ernährungsfragen die Einreise in die Süd-Rheinprovinz zu gestatten (HStA Düsseldorf, NW 190–629).

4 Zum Problem der Fortexistenz des rheinischen Provinzialverbandes vgl. Nr. 1, Anm. 2.

versorger sind, konnten etwa 2/3 dieser Mengen, rd. 200.000 to Kartoffeln, für die Versorgung der Bevölkerung in den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Düsseldorf herangezogen werden. Insbesondere diente dieses Gebiet für die Sicherung der Winterversorgung des Kartoffelbedarfs der Bevölkerung in dem nördlichen Teil der Rheinprovinz, da im Hinblick auf die verhältnismäßig kurzen Frachtwege auch bei größeren Kältegraden die Transportmöglichkeit gegeben war. Auch die Lieferung großer Mengen von Saatgut, Pflanzkartoffeln wie Klee- und Grassamen erfolgt für die Nordbezirke von jeher aus den Südbezirken. Ebenso erzeugt der Süden im Gebiet Bitburg - Prüm - Wittlich bei den Schweinen einen großen Teil der für die Mastgebiete des Nordens erforderlichen Ferkel.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Heranziehung der Überschüsse eines Gebietes im Rahmen des gleichen Provinzialernährungsamtes im allgemeinen erreichbar ist, während das Hereinholen von Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Bedarfsartikeln in größeren Mengen aus anderen in sich abgeschlossenen Verwaltungsbezirken äußerst schwierig ist.

Auch die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen besitzen landwirtschaftlich wertvolle Räume. Von diesen Gebieten sind aber weite Flächen durch die Westwallbauten in ihrer Nutzungsfähigkeit beschränkt. In ganz großem Ausmaße sind sie dann monatelang Kampfgebiet gewesen und bleiben für lange Zeit verminte Unkrautsteppen mit eingestreuten Dorfruinen.

2. Die kriegerischen Ereignisse haben die Notwendigkeit unbehinderter Zufuhren aus dem weniger betroffenen Südteil der Provinz in den zerbombten und zerschossenen Nordteil noch außerordentlich verstärkt. Nun tritt eine Lähmung der unmittelbaren Zufuhrmöglichkeit in dem Augenblicke ein, in dem unaufhaltsam große Menschenmassen aus den Evakuierungsorten in die früheren Industriezentren der nordrheinischen Bezirke zurückströmen, ohne Rücksicht darauf, daß alle Groß- und Mittelstädte dieses Gebietes mehr oder weniger und zum Teil überhaupt völlig zerstört sind. In diesen Städten ringt jetzt die Bevölkerung um Ernährung, Wohnung und Arbeit. Wird schon die Ernährungsfrage durch die Abtrennung der Süd-Rheinprovinz sehr verschärft, so gilt das gleiche für den Wiederaufbau der Wohn- und Arbeitsstätten in der Nord-Rheinprovinz.

Der Norden braucht große Mengen der Erzeugnisse der Industrien der Steine und Erden als Baumaterial aus dem Südteil. Kommen hier zu der Fülle der übrigen Schwierigkeiten, besonders des Transportes, auch noch die bei Aufrichtung einer Verwaltungsgrenze im allgemeinen auftretenden Hemmungen, so kann der Aufbau des Nordens überhaupt nicht umfassend in Angriff genommen werden.

Auch das Holz aus den Wäldern der Bezirke Koblenz und Trier muß den Nordbezirken der Rheinprovinz unbehindert zugeführt werden. In Stamm- und Faserholz, vor allem aber in Grubenholz waren die Nordbezirke des Rheinlandes schon immer zum weitaus größten Teil auf die Holzanfälle der Südbezirke angewiesen. Die Forstverwaltungen der Rheinprovinz haben hier bisher eine große Aufgabe reibungslos durchführen können. Würde auch nur ein nennenswerter Teil dieser Holzmengen künftig statt nach Norden nach Süden oder Osten gehen, so würde das zu einem unüberwindbaren Mangel an Holz in der Nord-Rheinprovinz führen, der jedenfalls auch durch andere übergebietliche Zufuhren nicht voll gedeckt werden könnte.

Sollte es mit Unterstützung der Militärverwaltung gelingen, auf dem Gebiet von Ernährung und Wiederaufbau Fortschritte zu erzielen, so wird immer noch eine sehr große Zahl der in der Nord-Rheinprovinz zurückgekehrten Arbeitsuchenden dort keine Beschäftigung finden können. Die daraus entstehende Notlage kann erheblich gemildert werden durch Aussiedlung zahlreicher arbeitsfähiger Rückkehrer in die weitere Umgebung der Industriezentren. Das ist aber unmöglich bei Beschränkung auf den Raum der Bezirke Düsseldorf, Köln und Aachen. Das Westerwald-, Eifel- und Hunsrückgebiet der Süd-Rheinprovinz bietet hier große Möglichkeiten mit seinen landwirtschaftlichen und teilweise auch für Klein- und Mittelindustrie verwendbaren Flächen. Seit Generationen kommen aus diesem Gebiet Arbeitskräfte in die Nord-Rheinprovinz, deren künftige Absperrung einen Verlust für die rheinische Großindustrie bedeuten würde, da sie gerade diese Kräfte zur Deckung des Bedarfs an hochqualifizierten Facharbeitern immer gut gebrauchen konnte. Für lange Zeit wird jetzt aber der Zug aus den Industriezentren in die ländlichen Gebiete der Rheinprovinz noch erheblich größere Bedeutung erhalten. Im Rahmen einer einheitlichen Rheinprovinz könnte sich hier eine für Norden und Süden gleich günstige Entwicklung vollziehen, die aber bei verwaltungsmäßiger Trennung von Norden und Süden abgeschnitten würde. Jeder fremde Verwaltungsbezirk sperrt sich aber erfahrungsgemäß mit allen Gründen und Mitteln gegen den Zuzug von größeren Gruppen beschäftigungsloser Industriearbeiter.

3. Wenn schon dem arbeitsfähigen Teil der jetzt im rheinischen Industriegebiet noch bzw. wieder zusammengeballten Bevölkerung keine ausreichende Lebensmöglichkeit gegeben werden kann, so bilden die hier ansässigen Massen der Kriegsinvaliden und anderer teilweise oder ganz Arbeitsunfähiger eine besonders große soziale und politische Gefahr. Auch bei äußerster Beschränkung der Unterstützungszahlungen und anderer sozialer Maßnahmen werden in einem Verwaltungsbezirk Düsseldorf-Köln-Aachen ungeheure Beträge für die allerdringlichsten Ausgaben benötigt. Durch die Zerstörung der Wirtschaft dieses Gebietes sind aber die Einnahmequellen stark beeinträchtigt, zum großen Teil völlig versiegt. Die nicht zu umgehenden hohen steuerlichen Lasten, die notwendigen Kürzungen bzw. steuerlichen Beeinträchtigungen von Gehältern, Löhnen und Renten werden sich in einem Gebiet von so massierter Bevölkerung und vor allem einseitiger Arbeiterbevölkerung im Zusammenhang mit den zu erwartenden Arbeiterentlassungen besonders krisenhaft auswirken.

Bevor aus der Gewerbetätigkeit in der Nord-Rheinprovinz wieder größere Einnahmen fließen können, müssen große Arbeiten an den der Gesamtwirtschaft dienenden Anlagen erfolgen. Da die Fliegerangriffe vor allem auch die Verkehrs- und Hafenanlagen sowie die Versorgungsbetriebe des rheinischen Industriegebietes trafen, verlangt der Aufbau auch auf diesem Gebiet riesige Summen, für die sehr schwer Deckungsmöglichkeit zu finden ist. Industrielle Mittelpunkte wie Köln, Düsseldorf, Duisburg und Essen stellen noch besondere Aufbauaufgaben, die sich aus ihrem Charakter als Zentralpunkte ergeben. Die umfangreichen Industrieanlagen der jetzt in der Nord-Rheinprovinz zusammengefaßten Bezirke waren die Quellen ihres früheren Reichtums, die zerstörten Werke sind die Ursache ihrer jetzigen Armut. Finanziell ist bei dieser Sachlage mit Maßnahmen in kleinem Rahmen und auch mit allgemeiner Ausgabenabdrosselung, Vereinfachungen, Restriktionen und Kürzungen aller Art zu erreichen. Es bedarf schon stärkerer, das Währungspolitische hart streifender oder sogar ins Wäh-

rungspolitische hinübergreifender Maßnahmen, die umso bedenklicher und folgenschwerer sind, je engbegrenzter der Bezirk ist, für den sie durchgeführt werden müssen.

Währungspolitische Gesichtspunkte spielen auch bei der Stabilisierung der Preise, der Verhütung von Lohnschwankungen und dergl. eine erhebliche Rolle. Auch hier können Anordnungen auf zu engem Raum sich sehr gefährlich auswirken.

4. Die für finanzpolitische Maßnahmen feststehende Tatsache, daß sie nur bei einheitlicher Planung und Durchführung in einem größeren Verwaltungsgebiet mit Erfolg rechnen können, gilt auch für fast alle anderen Abteilungen meiner Verwaltung.

In der Wirtschaft wirken sich bei der Produktionsplanung und -lenkung wie auch bei der Verbrauchsregelung einseitig industrielle Struktur und räumliche Enge eines Verwaltungsbezirks besonders lähmend aus.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit, der Justizverwaltung, des Erziehungswesens, der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, wie auch in der Arbeitsverwaltung. Überall lohnt der Erlaß grundsätzlicher Anordnungen und auch die Einzelarbeit unter einheitlichen Gesichtspunkten nur in weiterem Rahmen, als er mit der jetzt gebildeten Nord-Rheinprovinz gegeben wird.

In der Abteilung Öffentliche Werke verlangen Versorgungsbetriebe wie Transportunternehmungen weite Räume zur zweckmäßigen Wirksamkeit.

Unerträglich wäre eine Zerschneidung der ausgezeichnet bewährten Organisation der Rheinstrombauverwaltung. In meiner langen Tätigkeit als Oberpräsident der Rheinprovinz wie als Minister für die besetzten Gebiete habe ich die einheitliche geleitete Rheinstrombauverwaltung als besonders wertvolles Instrument für eine fruchtbringende wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem noch weit über den Rahmen der Rheinprovinz hinausreichenden Gebiet ganz besonders schätzen gelernt. Im einzelnen weise ich hierzu auf die Kartenskizzen[5] und Begleitausführungen über die einzelnen Auswirkungen der Trennung zwischen der Nord- und Süd-Rheinprovinz hin.

5. Sollte die jetzt bestimmte Teilung der Rheinprovinz auch die Einrichtungen des rheinischen Provinzialverbandes als Selbstverwaltungsorganisation einbeziehen, so entstände weiterer unabsehbarer Schaden gerade für die Nord-Rheinprovinz.

Mit der Provinzialselbstverwaltung verbunden sind zahlreiche selbständige Institute, so die rheinische Giro- und Provinzialbank, Landesversicherungsanstalt, Provinzialfeuer- und Provinziallebens-Versicherungsanstalt und Rheinische Heimstätte. Ferner sind jetzt im Rahmen der Provinzialverwaltung eine Anzahl großer rheinischer Kassen einheitlich als selbständige juristische Personen oder wenigstens als Sondervermögen zusammengefaßt, darunter die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, der Gemeindeunfallversicherungsverband, Witwen- und Waisenkassen für die rheinischen Gemeinden und Gemeindeverbände, Zusatzversorgungskassen und Viehseuchenkassen. Neben der infolge Vernichtung vieler Unterlagen durch Fliegerangriffe noch besonders erschwerten wirtschaftlich nicht vertretbaren Verwaltungsarbeit bei einer Aufsplitterung aller dieser Einrichtungen fiele auch hier die Zerstörung von Ausgleichsmöglichkeiten besonders ins Gewicht.

5 Die Karten lagen dem Dokument nicht bei.

Auch hier gilt der Satz: Was als Ganzes durchaus lebensfähig sein kann, ist in seinen Teilen oft nicht mehr lebensfähig.

Bei einer Einbeziehung der Provinzialeinrichtungen in die Aufteilung zwischen Nord- und Süd-Rheinprovinz würde der Anstaltsbesitz des Provinzialverbandes in höchst unzweckmäßiger Weise auseinandergerissen. Man hat seinerzeit wohl überlegt die Anstaltsplanung so gemacht, daß man die Provinzialanstalten zum großen Teil nicht in die Industriebezirke legte, sondern mehr in die ländlichen Gebiete. So kommt es, daß im Süden der Provinz sich viele Provinzialerziehungsheime, Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, Provinzial-Blinden- und Taubstummenanstalten, Krüppelheime usw. befinden, die neben den dort befindlichen anderen zahlreichen Provinzialanstalten die zu Betreuenden aus den Bezirken des Nordens, wo die Bevölkerung zusammengeballt ist, aufnehmen.

So finden wir auf allen Verwaltungsgebieten einen äußerst fruchtbaren Austausch und Ausgleich zwischen dem Nord- und Südteil der Rheinprovinz, der in seiner glücklichen Mischung schon frühere Krisenzeiten immer wieder überwinden half, wie auch die folgenden Karten mit der Darstellung der Einzelauswirkung der Abtrennung der Süd-Rheinprovinz von der Nord-Rheinprovinz bestätigen.

Auch wenn anzunehmen ist, daß mit Unterstützung der Militärverwaltung Reibungen in der Zusammenarbeit zwischen der Nord- und Süd-Rheinprovinz möglichst vermieden werden und sich z.B. der Warenaustausch unbehindert vollziehen kann, so bleiben doch die Gründe für die naturgegebenen Schwierigkeiten bestehen und damit ein großer Teil der Schwierigkeiten selbst.

Die Rheinprovinz im Ganzen könnte sich trotz der furchtbaren Verheerungen, die das Kriegsgeschehen gerade hier hinterlassen hat, wieder zu erträglichen Lebensmöglichkeiten durcharbeiten, ihre endgültige Zerschlagung bedeutet für die Teilgebiete Siechtum und Tod.

[...][6]

6 Es folgt die Beschreibung von neun Karten: Karte 1: Politische Gliederung; Karte 2: Volksdichte; Karte 3: Landwirtschaft; Karte 4: Gewerbe; Karte 5: Baumaterialien; Karte 6: Holzwirtschaft; Karte 7: Verteilung der Arbeiterbevölkerung; Karte 8/9: Bedeutung der Wasserstraßen.

13.

4. 7. 1945: Ansprache des Kommandeurs der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberst Barraclough,[1] vor Vertretern der Provinzialregierung sowie den Regierungspräsidenten, Oberbürgermeistern und Landräten der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf

HStA Düsseldorf, BR 1021–178.[2] Übersetzung. Anstreichungen.

Ich habe Sie heute hierher bestellt, und zwar aus zwei Gründen. – Zunächst möchte ich die Amtsurkunde verlesen, welche durch die Militärregierung an Herrn Dr. *Fuchs* erlassen worden ist. Zweitens möchte ich Ihnen einige der wichtigsten Grundsätze der Militärregierung darlegen, sowie die Dienstleistung, die ich von allen Mitgliedern Ihrer Regierung in der nördlichen Rheinprovinz erwarte.

Die Amtsurkunde ist eine einfache. Sie ist datiert vom 20. Juni 1945 und der Inhalt wurde Herrn Dr. *Fuchs* an jenem Tage mitgeteilt. Der Wortlaut ist folgender:

[...][3]

Diese Amtsurkunde bedarf keiner Erklärung oder Vervollständigung. Ich bin mir bewußt, daß Sie mancherlei Schwierigkeiten gegenübergestellt sind. Viele von Ihnen sind ernstlich betroffen durch die Aufspaltung Ihrer Provinz in die nördliche und die südliche Rheinprovinz. Ich habe hierfür Verständnis.

Es sind zahlreiche Vorstellungen an mich ergangen, um mir zu beweisen, daß eine Teilung wie diese aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei.[4] Ich möchte es nun vor allem ganz klar herausstellen, daß diese Teilung der Provinz hingenommen werden muß. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten müssen überwunden werden, wie schmerzlich ein solcher Vorgang auch sein mag. Zu diesem Zweck wird Ihnen durch meine Mitarbeiter jede nur mögliche Hilfe gewährt werden, doch muß ich Ihnen zu verstehen geben, daß ich nicht gewillt bin, irgendwelche weiteren Vorstellungen anzuhören, welche für die Aufgabe des Planes eintreten wollen. Es sind bereits andere und viel willkürlichere Teilungen verschiedenen Gegenden Ihres Landes auferlegt worden, deren wirtschaftliche Folgen sich viel drastischer und viel eingreifender auswirken als in dem Fall der Rheinprovinz. Dies ist eines der unvermeidlichen Ergebnisse der Niederlage Deutschlands.[5]

Es ist mir mitgeteilt worden, daß zuweilen einige Ihrer Beamten in Ihren Stadt- und Landkreisen sich haben verwirren lassen durch die Vielseitigkeit der Anordnungen, welche sie von Zeit zu Zeit erhalten haben. Ein Grund zur Verwirrung besteht nicht.

1 Vgl. Nr. 11, Anm. 2.

2 Abschrift eines Exemplars in englischer Sprache: HStA Düsseldorf, BR 1021–178; ein weiteres Exemplar in deutscher Sprache: LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 91.

3 Es folgt eine Abschrift des Texts von Nr. 9 (in deutscher Übersetzung).

4 Vgl. Nr. 12a,b.

5 In einer Besprechung am 29. 6. 1945 hatte *Barraclough* auf eine Äußerung von *Fuchs*, er sehe seine Regierung nur als vorläufig an und wolle deshalb auch nicht den Titel eines Ministerpräsidenten annehmen, entgegnet, daß die Provinzialregierung keineswegs als vorläufig anzusehen sei und ihm alle Unterstützung gegeben werde, um seine Stellung und Regierung zu konsolidieren (LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162).

Jede, von Herrn Dr. *Fuchs* erlassene Anordnung wird zunächst meiner Zustimmung unterbreitet werden. Daher können Sie es als eine Tatsache ansehen, daß jede Anordnung, die Sie von Herrn Dr. *Fuchs* erhalten, eine Anordnung meinerseits ist.[6] Niemand, außer mir selbst hat die Befugnis, von mir erlassene Befehle zu widerrufen oder anzuändern. Wenn irgend jemand von Ihnen jemals aus irgendwelcher Quelle Verordnungen erhält, welche den Befehlen, die Sie von Herrn Dr. *Fuchs* erhielten, entgegenstehen, so müssen Sie Herrn Dr. *Fuchs* unverzüglich und auf dem allerschnellsten Wege davon verständigen. Herr Dr. *Fuchs* wird mir die Angelegenheit alsdann persönlich melden.

Bevor irgendeine Persönlichkeit als Mitglied Ihrer Regierung zugelassen werden kann, muß dieselbe einer strengen Prüfung unterzogen werden. Auf Grund dieser Prüfung sind manche, die zweifellos befähigt waren, vom Regierungsdienst ausgeschlossen worden. Der Ausschluß dieser Leute hat ihre Aufgabe noch schwieriger gestaltet. Ich betone aber nochmals, daß diese Schwierigkeiten bewältigt werden müssen. Was auch immer das Ergebnis sein möge, so kann ich in Ihrer Regierung niemand dulden, der mich nicht überzeugen kann, daß er von jedem Verdacht irgendwelcher Sympathien mit der Partei[7] frei ist.

Ich muß Sie noch daran erinnern, daß die Ernennung von Herrn Dr. *Fuchs* zum Oberpräsidenten der nördlichen Rheinprovinz die amtliche Zustimmung der Regierung seiner britannischen Majestät erhalten hat. Wenn es irgend jemand unterlassen sollte, Herrn Dr. *Fuchs* rückhaltlos und loyal zu unterstützen, so würde er sich eines Vergehens schuldig machen, welches von den Militärgerichten verhört wird.

Zum Schluß kann ich Ihnen versichern, daß das Letzte, was ich und meine Mitarbeiter tun würden, wäre, Ihnen Schwierigkeiten in der Weg zu legen. Im Gegenteil, wir würdigen vollkommen die Größe Ihrer Aufgabe und wir wollen alles tun was in unserer Macht steht, um Ihnen zu helfen, diese Aufgabe zu erfüllen und indem wir dies tun, erwarten wir von Ihnen unbedingten und unzweifelhaften Gehorsam.

6 In der Besprechung vom 29. 6. (vgl. Anm. 5) war die Zusammenkunft der Behördenleiter der Nord-Rheinprovinz vorbereitet worden. Dabei betonte *Fuchs*, daß es notwendig sei, die Anerkennung seiner Autorität durch die Engländer öffentlich klarzustellen.

7 Gemeint ist die NSDAP.

14.

4. 7. 1945: Ansprache von Oberpräsident Fuchs anläßlich der Zusammenkunft der Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landräte der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf[1] (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 53–352. Vervielf. Exemplar.

[...][2]

Meine Herren, ich muß noch ganz kurz auf die Entstehung, die Entwicklung und den Aufbau meiner Regierung hinweisen. Ich bin Anfang Mai von Koblenz[3] nach Bad Tönisstein berufen worden, um eine zivile Regierung an der Seite der Militärregierung aufzubauen. Das Gebiet, daß die zivile Regierung umfassen sollte, war gleich dem der XV. Besatzungsarmee, die damals in Neuenahr ihren Sitz hatte. Diese teilte sich in zwei Korps, in das XXII. und XXIII. Korps, die ihre Sitze einmal in Hilden und andererseits in Oberstein hatten. Mir war die Aufgabe übertragen, die Spitze dieser Regierung zu bilden, die sich nun erstreckte über die gesamte Rheinprovinz mit fünf Bezirken, darüber hinaus auf das Saargebiet, auf die Pfalz und Hessen westlich des Rheins.[4]

Da wir keine Reichs- und Preußische Staatsregierung hatten, so war es klar, daß meine Regierung für das genannte Gebiet diese Funktionen übernehmen mußte und infolgedessen auch alle die Aufgaben übernehmen mußte, die bisher in Berlin durchgeführt wurden. Ferner war mir vorgeschrieben ein Schema, das ich meiner Regierung zugrunde zu legen und damit meine Regierung dem Aufbau der amerikanischen Verwaltung anzugleichen hatte. Dies bitte ich zu beachten. Es war nicht immer sehr leicht.

Inzwischen ist die Besatzungszone geändert worden. Die Briten haben die Bezirke Düsseldorf, Köln und Aachen übernommen. Südlich davon sind die Amerikaner noch geblieben.[5] Weiteres vermag ich zu dieser Sache nicht zu sagen. Wie die Trennung mir ans Herz gegangen ist, das können sie sich denken. Ich würde es weiter ausgeführt haben, wenn nicht eben der Herr Oberst erklärt hätte, damit ist die Sache erledigt und er wünsche weitere Äußerungen zu diesem Thema nicht.[6]

Meine Herren! Die Änderungen und der Wechsel in dem Wohnsitz haben meinen Mitarbeitern und mir die Arbeit außerordentlich erschwert. Es kommen dazu die vielen anderen Umstände, die Ihnen bekannt sind, die Schwierigkeiten, die Sie ja auch haben. Ich konnte deshalb eine arbeitsfähige Regierung nicht so rasch einrichten als ich gewünscht hätte. Zu meiner Freude habe ich mich aber überzeugen können, daß Sie in der

1 Die Ansprache ist Teil eines Protokolls über den Gesamtverlauf der Zusammenkunft, das darüber hinaus folgende Punkte enthält: Referat *Müllers* über die Ernährungslage; Referat *Kitz'* über Finanzmaßnahmen; Referat *Soergels* über Wirtschaftsfragen; Referat des Düsseldorfer Regierungspräsidenten *Sträter* zur allgemeinen Lage; Abschlußworte von *Fuchs*.

2 Begrüßungsworte; kurze Wertung der Weimarer Zeit und des Dritten Reichs.

3 *Fuchs* war Anfang April 1945 zunächst mit dem Wiederaufbau des Regierungspräsidiums in Koblenz beauftragt worden; vgl. U. SPRINGORUM, 1982, S. 76.

4 Vgl. hierzu die Nrn. 1–3, 5, 6.

5 Vgl. Nr. 8, Anm. 3.

6 Siehe Nr. 13.

Zwischenzeit nicht müßig gewesen sind. Überall regte sich das Leben und ich kann sagen, daß ich ganz außerordentlich die Aktivität begrüßt habe, in Anbetracht der Trümmer eine solche Aufgabe anzupacken.

Meine Herren! Ich danke Ihnen allen dafür. Ich wußte, daß ich mich auf den Tatendrang und die Energie der rheinischen Oberbürgermeister und der rheinischen Landräte verlassen konnte, so wie ich Sie vor 12 Jahren kennengelernt habe. Ich danke den Herren Regierungspräsidenten für die entfaltete Initiative. Von heute ab wollen wir nun gemeinsam arbeiten. Ich werde Sie mit meinen Mitarbeitern unterstützen. Sie wissen, daß ich kein Freund bin, vom grünen Tisch aus zu regieren. Ich werde die lebhafteste Fühlungnahme mit Ihnen allen halten und Ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ich kenne die schweren Aufgaben, die Ihnen, meine Herren, noch bevorstehen. Es sind Herkulesaufgaben, die Sie zu vollführen haben. Ich glaube, daß nicht in letzter Linie auch die Arbeit des Herkules bei Augias zu bewältigen ist. Wir wollen vertrauensvoll und beherzt an unsere Arbeit herangehen. Möge uns der allmächtige Gott, zu dem wir uns aus innerem Herzen und aufrichtig bekennen, seine Hilfe schenken.

Meine Herren! Ich glaube, daß es am nutzbringendsten ist, wenn ich Ihnen jetzt von einigen meiner Herren einen Bericht erstatten lasse: 1) über den Stand der Ernährung, 2) über die geplanten Finanzmaßnahmen, 3) über den Stand der Wirtschaft. Weiterhin habe ich den Herrn Regierungspräsidenten von Düsseldorf gebeten, kurz über die Lage des Regierungsbezirks Düsseldorf zu berichten.

15.

9. 7. 1945: Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und dem stellvertretenden Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberstleutnant Macintyre (Auszug)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162. Unterstreichungen.

1) Herr Oberstleutnant *Macintyre* teilte mit, daß Herr Oberpräsident Dr. *Heimerich* zurückgetreten sei. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt.[1] Die Verbindung mit dem französischen Hauptquartier wird aufgenommen werden und sobald wie möglich eine Zusammenkunft zwischen dem neuen Oberpräsidenten der Süd-Rheinprovinz und Herrn Oberpräsidenten Dr. *Fuchs* arrangiert.[2] Herr Oberpräsident wies auf die Dringlichkeit einer Zusammenkunft hin, da wirtschaftliche und finanzielle Fragen verhandelt werden müßten, die nicht im engen Rahmen der Nord-Rheinprovinz allein gelöst werden könnten. Eine Zusammenkunft mit dem Oberpräsidenten von Westfalen *Amelunxen*

1 Die Ablösung *Heimerichs* durch *Hoffmann* erfolgte noch vor Abzug der Amerikaner; vgl. G.F. BÖHN, 1984, S. 12; U. SPRINGORUM, 1982, S. 93–97.

2 Zu den Schwierigkeiten, eine solches Treffen zustande zu bringen, vgl. Nr. 11, Anm. 3 und die Nrn. 17, 18.

wäre daher ebenfalls sehr erwünscht. Oberstleutnant *Macintyre* versicherte, daß diese Besprechung in aller Kürze stattfinden könnte.[3]

[...][4]

3 Das Treffen zwischen *Fuchs* und *Amelunxen* fand am 17. 7. 1945 in Münster statt; vgl. die Nrn. 16, 17.

4 Erörterung von Fragen zum Geschäftsgang im Oberpräsidium.

16.

14. 7. 1945: Oberpräsident Fuchs an Oberpräsident Amelunxen

HStA Düsseldorf, NW 53–194. Entwurf.

Sehr verehrter Herr Oberpräsident!

Zur Übernahme Ihres hohen Amtes in der freundnachbarlichen Provinz Westfalen wünsche ich Ihnen Gottes reichsten Segen.[1] Wie sehr wir diesen notwendig haben, habe ich während meiner beinahe dreimonatigen Tätigkeit hinreichend erfahren.

Ich bin der Auffassung, daß man in unseren kleinräumigen Verwaltungsgebieten allgemeine richtunggebende Maßnahmen nur in Anlehnung an die Nachbarprovinzen treffen kann. Nachdem das Oberhaupt der Süd-Rheinprovinz, die mir aus den bekannten Gründen besonders am Herzen liegt, mit den Amerikanern auf neue Weiden gezogen und ein neuer Oberpräsident noch nicht ernannt ist,[2] möchte ich mit Ihnen schleunigst die Verbindung aufnehmen. Meine Militärregierung versucht seit gestern, Sie zu erreichen, dies ist aber noch nicht gelungen. Deshalb möchte ich Ihnen auch durch einen Brief, der Ihnen vermutlich heute oder morgen noch überbracht werden kann, mitteilen, daß ich mit dem Leiter der Allgemeinen Verwaltung und dem Leiter der Finanz-Abteilung am nächsten Dienstag[3] zu Ihnen kommen will. Ich werde mit den Herren zwischen 10 und 11 Uhr im Kraftwagen bei Ihnen eintreffen. Die Besprechung wird mehrere Stunden in Anspruch nehmen und ich hoffe, daß ich Ihnen in Ihren Dispositionen nicht unbequem werde.

Auf gutes Wiedersehen, mit herzlichen Grüßen

Ihr *F[uchs]*

1 *Amelunxen* hatte am 5. 7. 1945 das Amt des Oberpräsidenten übernommen; vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 278.

2 Hierzu Nr. 15, Anm. 1.

3 17. 7. 1945; vgl. Nr. 17.

17.

18. 7. 1945: Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und dem stellvertretenden Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Oberstleutnant Macintyre (Auszug)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162. Unterstreichungen.

[...][1]

Herr Oberpräsident teilte mit, daß das Treffen in Münster mit Oberpräsident Dr. *Amelunxen*[2] sehr erfolgreich gewesen sei und daß weitgehenste Übereinstimmung in den Hauptfragen erzielt wäre. Dr. *Amelunxen* wird sich mit dem Oberpräsidenten von Hannover in Verbindung setzen und die zwischen Dr. *Fuchs* und Dr. *Amelunxen* besprochenen Maßnahmen auch mit dem Oberpräsidenten von Hannover abstimmen.[3] Der Herr Oberpräsident hofft, daß auf diese Art und Weise eine möglichst einheitliche Regelung wesentlicher Maßnahmen für das gesamte von den Engländern besetzte Gebiet zu erreichen sei.

Oberstleutnant *Macintyre* bemerkte, daß ein Zusammentreffen zwischen dem zukünftigen Oberpräsidenten der Süd-Rheinprovinz und Herrn Oberpräsidenten mit äußersten Schwierigkeiten verbunden sein wird.[4] Er hofft jedoch, Autorität von der französischen Militärbehörde zu bekommen, dahingehend, daß das technische Personal des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz mit dem technischen Personal des Oberpräsidenten der Süd-Rheinprovinz in Verbindung treten kann. Der Ausdruck „technisches Personal" dehnt sich bis auf die Abteilungsleiter aus. Herr Oberpräsident frug hier, ob es nicht möglich sei, daß er dem Regierungspräsidenten von Koblenz jeweils einen Durchschlag der wichtigsten hier getroffenen Maßnahmen zulassen kommen könnte. Oberstleutnant *Macintyre* sagte, dies könne in Erwägung gezogen werden.

Unter der Verwaltung von Oberpräsident Dr. *Amelunxen* nimmt die Justizabteilung eine besondere Stellung ein. Sie untersteht in keiner Weise dem Oberpräsidenten, sondern ist selbständig. Herr Oberpräsident Dr. *Fuchs* wies darauf hin, daß er sich ernstlich, sollten ähnliche Bestrebungen hier vorliegen, dem entgegensetzen müßte. Gerade die deutsche Justiz sei vor der Machtübernahme in der ganzen Welt anerkannt und geachtet worden. Sie habe während der nationalsozialistischen Zeit ihr Ansehen eingebüßt und die Urteile seien nach den Anweisungen der Partei gesprochen worden. Da er selber verantwortlich sei für alle gegen die Militärbehörde möglicherweise gerichteten Bewegungen, sei es unbedingt erforderlich, daß die Abteilung Justiz weiterhin seiner Aufsicht unterstehen bleibe.[5]

---

1 Erörterung untergeordneter Personalangelegenheiten und technischer Probleme.

2 Zur Vorgeschichte des Treffens die Nrn. 15, 16; Gegenstand der Besprechung zwischen *Amelunxen* und *Fuchs* waren im wesentlichen Probleme der beiderseitigen Verflechtung der Provinzen im Ruhrgebiet; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 210.

3 Vermutlich ist dies der Ursprung der informellen Zusammenkünfte von Politikern bei *Amelunxen* in Hiltrup, die wiederum Ausgangspunkt für die Einrichtung der Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone waren; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 44f.

4 Siehe hierzu Nr. 18.

5 Zur Auflösung der Abteilung Justiz vgl. Nr. 21.

18.

23. 7. 1945: Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und Vertretern der Militärregierung Nord-Rheinprovinz

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162. Hs. Vermerke.

Zunächst fand eine kurze Unterhaltung über die Fahrt durch Düsseldorf am Donnerstagmorgen[1] statt. Eine Fahrt, die einen Überblick geben soll über die Unterbringung (Kellerwohnungen) und Arbeitsräume der minderbemittelten Bevölkerung und über die Wohnungen der mittleren und höheren Schichten. Oberst *Macintyre*[2] bat den Herrn Oberpräsidenten, bis Mittwoch 12 Uhr einen Fahrplan einzureichen und den Endpunkt der Fahrt, die etwa zwei Stunden dauern soll, zu bestimmen. Über die technischen Einzelheiten der Fahrt wird Herrn Oberpräsidenten heute noch ein Brief zugesandt werden.

Eine „kordiale" Besprechung zwischen Oberst *Macintyre* und den französischen Verbindungsoffizieren von Infanterie-General *Billotte* hat inzwischen stattgefunden. Oberst *Macintyre* betonte, daß zwischen der Nord- und Süd-Rheinprovinz keine strenge wirtschaftliche Grenzziehung sein wird. Der Wirtschaftsverkehr zwischen diesen beiden Provinzen würde im möglichst weitgehenden Umfange dem der Friedenszeit angepaßt werden. Die französischen Offiziere hatten volles Verständnis für die Notwendigkeit einer baldigen Besprechung zwischen dem Herrn Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz und dem der Süd-Rheinprovinz. Sobald ein Oberpräsident der Süd-Rheinprovinz ernannt ist, wird auch von französischer Seite alles getan, um sofort eine Zusammenkunft zu arrangieren.[3] Ein neuer Paß in französischer und englischer Sprache wird für Herrn Oberpräsidenten ausgestellt werden, um zum Wochenende nach Cochem fahren zu können.

Die für Freitag 11 Uhr festgelegte Besprechung zwischen Herrn Oberpräsidenten, Herrn *Scheid*, Oberst *Macintyre* und dem für die Rheinstromfrage verantwortlichen Oberst wurde nochmals besprochen.

1 26. 7. 1945.

2 In einem Vermerk vom 6. 8. 1945 (Nr. 21) wird *Macintyre* wieder als Oberstleutnant bezeichnet.

3 Zu einer derartigen Zusammenkunft ist es nicht gekommen; darüber hinaus erwies sich auch der Wirtschaftsverkehr zwischen der britischen und der französischen Zone als äußerst schwierig; vgl. auch Nr. 11, Anm. 3; allg. zur französischen Besatzungspolitik: C. SCHARF/H.-J. SCHRÖDER, 1983.

19.

3. 8. 1945:[1] Vermerk von Landeshauptmann Salzmann über eine Besprechung mit dem kommissarischen Oberpräsidenten und Landeshauptmann der Provinz Hannover, Hagemann, in Hannover[2]

Archiv des LWL, NL Salzmann 17. Hs. Korrekturen.

Im Anschluß an die Besprechung wegen der Gliederung der Provinzregierung[3] fragte mich Herr Landeshauptmann *Hagemann*, wie sich Westfalen zu der Frage der Eingliederung von Schaumburg-Lippe nach Hannover stelle. Es seien ihm Eingaben von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, auch von den Kirchen und sonstigen Stellen zugeleitet worden, ebenso auch von der Militärregierung Hannover, in denen die Angliederung von Schaumburg-Lippe an Hannover zum Ausdruck komme. Die Verhältnisse seien ja auch so, daß Schaumburg-Lippe vor den Toren Hannovers liege und all seine wirtschaftlichen Beziehungen nach Hannover hingingen, während die Verbindung nach Westfalen und Münster doch nur eine sehr lose sei, auch die Verbindung mit den Verwaltungsstellen überaus schwierig wäre. Er wolle aber nicht verhehlen, daß die Militärregierung Hannover bei der Militärregierung Westfalen angefragt habe, die den Standpunkt vertrete, es müsse bleiben wie es sei. Er wolle die Frage aber doch nochmals aufwerfen.[4]

Ich habe bemerkt, daß ich Erklärungen hierzu nicht abgeben könne, daß das eine Angelegenheit des Herrn Oberpräsidenten und der Militärregierung sei.

Ich darf in dem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, daß ich aus den Vorgängen bei der Provinzialverwaltung, auch den wiederholten Besprechungen zwischen dem früheren Landeshauptmann und dem Oberpräsidenten schon zu Zeiten des Herrn Freiherrn *von Lüninck*[5] dahin unterrichtet bin, daß Oberpräsidium und Selbstverwaltung sich dahin einig waren, bei Gelegenheit der Abgabe von Schaumburg-Lippe unter allen Umständen zu erreichen, daß der Teil Hannovers von der westfälischen Grenze bis etwa Osnabrück, der wie ein Einschnitt nach Westfalen hereinragt, gegen Abgabe von Schaumburg-Lippe eingetauscht werden solle. Dabei ist auf die historische Zusammengehörigkeit und die wirtschaftlichen Zusammenhänge im einzelnen hingewiesen worden.[6]

---

1 Der Vermerk wurde am 4. 8. 1945 angelegt.

2 Vgl. auch Nr. 20.

3 Hierüber existiert ebenfalls ein Vermerk im Archiv des LWL, NL Salzmann 17; *Hagemann* betonte in dieser Besprechung, daß er mit der Umgestaltung der Verwaltung noch zögere, da nicht feststehe, ob und inwieweit eine übergeordnete Regierung für die gesamte britische Zone geschaffen werde; vorläufig habe er lediglich eine allgemeine Verwaltungsabteilung, eine Abteilung für Finanzen und eine Abteilung für Wirtschaft eingerichtet; bzgl. der provinziellen Selbstverwaltung sei noch keine Entscheidung getroffen worden; vgl. allg. zum Wiederaufbau der Verwaltung im niedersächsischen Raum: U. SCHNEIDER: Niedersachsen 1945/46, 1985.

4 Vgl. zu dieser Frage auch Nr. 7 mit Anm. 3 und Nr. 109.

5 Ferdinand *von Lüninck*, Oberpräsident der Provinz Westfalen 1933–1938.

6 Bereits am 8. 7. 1945 wurde im Umfeld des Provinzialverbandes eine Denkschrift über „Die Stellung Osnabrücks zwischen Westfalen und Hannover" erstellt (Archiv des LWL, II K 265; StA Münster, Oberpräsidium 4868).

20.

4. 8. 1945: Landeshauptmann Salzmann an den Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz

Archiv des LWL, NL Salzmann 17. Entwurf. Abgangsvermerk vom 4. 8. 1945. Hs. Vermerke: „Abschrift Herrn Dr. Westermann"; „Wv. nach 10 Tg."

Sehr geehrter lieber Herr *Kitz*!

Gestern war ich in den Fragen der Organisation der Provinzregierung in Hannover und habe dort mit Herrn Landeshauptmann *Hagemann* die Fragen eingehend besprochen. Sie ersehen das einzelne aus der Durchschrift meines Vermerks, den ich Herrn Oberpräsident Dr. *Amelunxen* heute morgen vorgelegt habe.[1]

Es hat dann hier heute nach einer bereits vorausgegangenen Vorbesprechung[2], an der Herr Regierungspräsident *von Oer*, Herr Oberbürgermeister *Zuhorn*, Herr ORR *Thamm*, Herr ORR *Barbrock*, Herr Dr. *Westermann* und ich beteiligt waren, eine eingehende erneute Besprechung stattgefunden. Ich habe dabei darauf hingewiesen, daß in der Rheinprovinz nach den uns gemachten Mitteilungen daran festgehalten würde, daß der Provinzialverband als solcher außer den Abteilungen (Referaten) selbständig bestehen bleibe und daß einzelne Aufgabengebiete daraus durch die Dezernenten der Provinzialverwaltung im Rahmen der Provinzregierung bearbeitet würden.[3] Dabei habe ich in Übereinstimmung mit Herrn Landesrat Dr. *Westermann* Herrn Oberpräsidenten Dr. *Amelunxen* vorgeschlagen, daß einzelne Abteilungen wie z.B. Straßenbau, Wohlfahrt, insbesondere daraus das Anstaltswesen, die landschaftliche Kulturpflege und ein Teil der Vermögensverwaltung durch die Selbstverwaltung weiter bearbeitet würde und zwar en bloc.

Dem gegenüber hat zu meinem großen Erstaunen Herr Oberbürgermeister Dr. *Zuhorn* darauf hingewiesen, daß in den Besprechungen er mit Ihnen dahin abgekommen sei, daß die gesamte Provinzialverwaltung aufgeteilt in die Provinzregierung eingegliedert werde. Sein Vorschlag ging sogar so weit, daß auch vermögensmäßig eine sofortige Übertragung stattfinden solle.[4]

Ich habe mich demgegenüber ganz entschieden auf den Standpunkt gestellt, daß solches nach Ihren Darlegungen in der Rheinprovinz nicht beabsicht wäre und daß ich es für ganz untunlich halte, da ja die Gesamtlage noch vollkommen ungeklärt sei.

Ich habe aus den Besprechungen überhaupt den Eindruck gehabt, daß Herr Oberbürgermeister Dr. *Zuhorn* alles darauf abstellt, jetzt die provinzielle Selbstverwaltung in der Provinzregierung aufgehen zu lassen. Das hätte seine Berechtigung dann, wenn tatsächlich die Provinzen auch unter Abänderung der Bezeichnung etwa dahin, daß sie fürder-

1 Vgl. Nr. 19 mit Anm. 3.

2 Ein Beleg für diese Vorbesprechung konnte nicht ermittelt werden.

3 Zur Frage der Eingliederung der rheinischen Provinzialverwaltung in das Düsseldorfer Oberpräsidium vgl. Nr. 1 mit Anm. 2 und Nr. 24.

4 Der hier geäußerte Vorschlag *Zuhorns* widerspricht in auffälliger Weise seinen späteren Aktivitäten zur Erhaltung der westfälischen provinziellen Selbstverwaltung (vgl. die Nrn. 112a, 117, 142, 156, 208a,b); wahrscheinlich kommt hier der auch bei ihm im Innersten vorhandene Wunsch nach Schaffung eines eigenständigen Landes Westfalen zum Ausdruck; erst unter dem Zwang der außenpolitischen Situation des Jahres 1946 scheint ihm klar geworden zu sein, daß die Wahrung der Einheit und einer gewissen Selbständigkeit Westfalens nur innerhalb eines größeren Landes „Rheinland-Westfalen" zu verwirklichen war.

hin die Bezeichnung „Land Westfalen", „Land Rheinland", „Land Hannover" erhielten, die Stellung von Ländern erhalten, und gar keine Aussicht mehr besteht, daß eine übergeordnete deutsche Regierung zum mindesten für die unter englischer Oberhoheit stehenden Gebietsteile geschaffen wird und kommt.

Sie ersehen, welche Schwierigkeiten sich jetzt ergeben daraus, daß das Rheinland den von den Amerikanern festgelegten Plan übernommen hat. Ich bitte Sie um sofortige Benachrichtigung, wie dort nun verfahren wird, ob Sie an dem Provinzialverband festhalten und ihn neben den Referaten weiter laufen und bestehen lassen. Die Sache eilt außerordentlich, da der Vorschlag zunächst nach der grundsätzlichen Seite der Militärregierung unterbreitet werden wird.[5]

Ich möchte noch – entschuldigen Sie, wenn die Sache nicht ganz im Zusammenhang schon vorher erwähnt worden ist – darauf hinweisen, daß Herr Dr. *Zuhorn* den Standpunkt vertrat, daß die Beamtenfrage, auch die Erledigung der Beamtenangelegenheiten und damit auch der sonstigen Personalsachen, in das Referat I sollen, also auch die Angelegenheiten der Personalien der Selbstverwaltung.

Ihnen und Herrn *Greinert* recht freundliche Grüße auch von Herrn Dr. *Westermann*.

Ihr *S[alzmann]*

5 Am 14. 8. 1945 teilte *Amelunxen* dem Landeshauptmann mit, daß die Provinzialverwaltung – wie dies nach den Ermittlungen auch in der Rheinprovinz der Fall sei – trotz der Errichtung einer Provinzialregierung vorerst bestehen bleibe (Archiv des LWL, NL Salzmann 17); zum Verhältnis zwischen Provinzialregierung und Provinzialverwaltung in Westfalen vgl. auch die Nrn. 66, 70, 103, 112b, 143, 160, 174; allg. hierzu H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960.

21.

6. 8. 1945: Vermerk über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Fuchs und Vertretern der Militärregierung Nord-Rheinprovinz

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 162. Hs. Vermerk: „Dr. Hübinger".[1]

Zu der Verordnung des Herrn Oberpräsidenten die Ernennung und Absetzung von Gemeindebeamten und Staatsbeamten betreffend teilte Oberstleutnant *Macintyre* folgendes mit: Publikationen von deutschen Behörden werden als „Bekanntmachung (Notice)" veröffentlicht werden. Die Bezeichnung „Gesetz" oder „Verordnung" ist nicht erwünscht, da hier zu leicht eine Verwechslung zwischen britischen und deutschen Verordnungen entstehen könne. Die vom Oberpräsidenten der Militärregierung unterbreitete Gesetzesausarbeitung wurde von Oberst *Fielden* bearbeitet und enthält im wesentlichen die von Dr. *Fuchs* vorgeschlagenen Paragraphen.[2] Eine entscheidende Änderung wurde jedoch vorgenommen. Dr. *Fuchs* ist danach nicht berechtigt, Gerichtsbeamte zu ernennen oder abzusetzen.

1 Der Historiker Paul Egon *Hübinger* arbeitete damals als persönlicher Referent von Oberpräsident *Fuchs*; nach dessen Absetzung schied er aus dem Dienst der Provinzialregierung aus.

2 Gemeint ist wahrscheinlich die Bekanntmachung der Militärregierung über „Autorität und Machtbefugnisse des Oberpräsidenten bezüglich der Beamten der Nord-Rhein-Provinz" vom 20. 8. 1945 (HStA Düsseldorf, NW 110–186).

Hierzu bemerkte Oberst *Fielden*: Von höchster Autorität ist jetzt eine bindende Verordnung herausgegeben worden, wonach die Gerichtsbarkeit nicht mehr der Verwaltung des Oberpräsidenten untersteht.[3] Die juristische Abteilung wird in Zukunft eine selbständige und unabhängige Behörde bilden. Der Leiter des Oberlandesgerichtes wird zunächst verantwortlich sein für die Rechtsprechung in der Provinz.[4] Sobald für die britisch-besetzte Zone ein Justizkolloquium in Berlin anstelle des früheren Justizministeriums eingerichtet ist, werden von dort Anweisungen und Richtlinien an die juristischen Abteilungen der Provinzen ergehen. Eine derartige Trennung zwischen Verwaltung und Gerichtsbarkeit entspräche der englischen Auffassung und habe sich auch in England bewährt.

Dr. *Fuchs* entgegnete, als er mit 70 Jahren seine Tätigkeit als Oberpräsident wieder aufgenommen habe, sei dies mit der Absicht geschehen, das einstmals so hochgeschätzte deutsche Rechtswesen wieder zu Ansehen zu bringen. Da er für die Gesamtzustände und Geschehnisse in seiner Provinz verantwortlich sei, müsse grundsätzlich auch die Gerichtsbarkeit seiner Verwaltung unterstehen.[5] Außerdem seien jedoch sehr enge Bindungs- und Berührungspunkte vorhanden zwischen den einzelnen Abteilungen einerseits und der juristischen Abteilung andererseits, als daß dieselbe ohne weiteres völlig aus dem Verwaltungsapparat herausgenommen werden könne.

Oberst *Fielden* meinte, daß durch diese Trennung in keiner Weise die Stellung und Autorität des Oberpräsidenten beeinträchtigt würde oder werden sollte. Sie müsse aber auch deshalb vorgenommen werden, um von vorne herein die Möglichkeit des Übergewichts der Einflußnahme einer Abteilung oder Gruppe zu unterbinden, die die Rechtsprechung in eine unerwünschte Richtung lenkte.

Der Oberpräsident stellte ganz energisch in Abredung, daß er etwa befürchte, daß seine Autorität eingeschränkt würde. Werde die Rechtsprechung in einer von der Besatzungsmacht nicht gewünschten Weise gehandhabt, so liege es schon immer an der Militärregierung, den Leiter der juristischen Abteilung bzw. ihn zur Verantwortung zu ziehen, wie dies bei allen übrigen Abteilungen in einem solchen Falle ja auch getan würde. In jedem Falle wünsche er nochmals deutlichst darauf hinzuweisen, daß er als Oberhaupt der Provinz die Justizabteilung innerhalb seiner Verwaltung behalten müsse, da er ja auch stets die letzte Verantwortung gegenüber der Militärregierung zu tragen habe.

Oberstleutnant *Macintyre* und Oberst[6] *Fielden* sahen die Notwendigkeit nicht ein und deuteten lediglich darauf hin, daß der Oberpräsident berechtigt sei und die Pflicht habe, falls die Rechtsprechung in eine ihm nicht genehm erscheinende Richtung geführt würde, darauf aufmerksam zu machen.

3 Zum Wiederaufbau der Justiz in der britischen Zone allg.: J. R. WENZLAU, 1979.

4 Damit schied die Abteilung Justiz unter Oberlandesgerichtspräsident *Lingemann* aus der Provinzialregierung aus; weitere Details zu diesem Vorgang könnte u.U. der noch nicht erschlossene NL Lingemann im Stadtarchiv Bonn enthalten.

5 Auch für die Provinzialregierung Westfalen wurde noch am 7. 8. 1945 von *Amelunxen* ein Generalreferat Justiz in Vorschlag gebracht, das aber von der Militärregierung nicht genehmigt wurde; vgl. die Nrn. 22, 29.

6 Korrigiert aus „Oberstleutnant".

22.

7. 8. 1945: Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen[1]

StA Münster, Oberpräsidium 7121. Entwurf. Kanzleivermerke. Abgangsvermerk vom 11. 8. 1945. Paraphe von Oers.

Betr.: Einrichtung der Provinzial-Regierung
Ihr Schreiben vom 6. 7. 1945 – 307 Exec 2214/10.

Nach meiner Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen hat die Militärregierung durch obiges Schreiben mir Richtlinien gegeben für die Führung meines Amtes. In diesen Richtlinien heißt es unter Ziffer 2: „Sie bilden unverzüglich eine Provinzial-Regierung, die für die Militärregierung annehmbar ist."[2]

Während der ersten Wochen meiner Amtstätigkeit habe ich diesen Auftrag nur behelfsmäßig ausführen können, da ich mir zunächst einen Überblick über die vorhandene Organisation verschaffen mußte, die ich von meinem Amtsvorgängern übernommen habe. Auch waren die technischen und räumlichen Schwierigkeiten für einen sachgemäßen Aufbau der Provinzial-Regierung so groß, daß ein umfassender und gut durchdachter Plan für die Ausführung der oben erwähnten Richtlinien nicht sofort aufgestellt werden konnte.

Nachdem nunmehr meine Amtszeit hinreichend lange gewährt hat, um mir den nötigen Überblick zu verschaffen, habe ich für die Bildung einer Provinzial-Regierung einen Organisationsplan aufgestellt, den ich anbei mit der Bitte um Prüfung und Genehmigung überreiche.[3] Bei der Ausarbeitung dieses Planes haben mich folgende Gesichtspunkte geleitet:

Da nach den Verlautbarungen der Alliierten Regierungen eine deutsche Zentral-Regierung in absehbarer Zeit nicht eingesetzt werden wird, ferner auch eine solche nur für die britische Besetzungszone nach der mir von Ihnen, Herr Provinzgouverneur, gegebenen Erklärung nicht zu erwarten ist, muß die Provinz Westfalen mit den ihr verwaltungsmäßig zugeteilten Ländern Lippe und Schaumburg-Lippe zunächst als selbständiges Staatswesen betrachtet werden, dessen Spitze, der Oberpräsident, in seiner Behörde alle Verwaltungsaufgaben und Zuständigkeiten übernehmen muß, die früher von den Ministerien in Berlin wahrgenommen worden sind. Daneben verbleiben dem Oberpräsidenten die Aufgaben, die er früher schon als leitender Beamter der Provinz als Staatsverwaltungsbezirk und als Kommunalverband wahrzunehmen hatte.

---

1 Vgl. insgesamt zu diesem Schreiben die Antwort der Militärregierung vom 19. 9. 1945 (Nr. 29); allg. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 281f.

2 Schon der kommissarische Oberpräsident *Klein* hatte bei seinem Amtsantritt entsprechende Richtlinien erhalten; bis zur Ernennung von *Amelunxen* am 5. 7. 1945 waren jedoch keine Schritte hinsichtlich des Aufbaus einer Provinzialregierung eingeleitet worden; vgl. Nr. 4, Anm. 1; die Richtlinien für *Amelunxen* sind gedruckt bei: K.-J. RUHL, 1982, Nr. 52.

3 Nach dem Organisationsplan sollte sich die Provinzialregierung, an deren Spitze der Oberpräsident bzw. dessen Vertreter stand, in 10 Generalreferate gliedern: I Inneres, II Finanzen, III Wirtschaft, IV Verkehr, V Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, VI Arbeit, VII Wohlfahrt, Öffentliche Gesundheit, VIII Kultus, IX Wiederaufbau und Wohnungswesen, X Justiz (StA Münster, Oberpräsidium 7121; ebd., Oberpräsidium 7013).

Ein weiterer Gesichtspunkt war die Erzielung möglichst großer Sparsamkeit in der Verwaltung und eine Arbeitseinteilung, die sowohl für die Militärregierung als auch für die zu betreuende Bevölkerung übersichtlich und leicht verständlich ist.

Da, wie oben schon dargelegt, die Aufgaben der Berliner Ministerien nunmehr für die Provinz hier erledigt werden müssen, habe ich die Aufteilung des gesamten Aufgabengebietes meiner Behörde in Abteilungen (Ressorts) vorgesehen. Den Abteilungen (Ressorts) würden Beamte vorstehen, denen ich die Bezeichnung „Generalreferent" beilegen möchte. Das Aufgabengebiet jedes Generalreferenten würde in die notwendige Zahl von Abteilungen gegliedert werden, denen Abteilungsleiter vorzustehen hätten.Soweit eine weitere Untergliederung erforderlich ist, würden den Abteilungsleitern Referenten und Hilfsarbeiter für die Erledigung der einzelnen Aufgabengebiete zugeteilt werden. Das Nähere bitte ich aus dem Plan selbst entnehmen zu wollen.

Sie werden feststellen, daß mein Organisationsplan und die Einteilung der Generalreferate nicht genau übereinstimmt mit den einzelnen Abteilungen der Militärregierung, über deren Aufbau ich durch Ihr Schreiben vom 27. 7. 1945 – 307 P Mil Gov Det –, betreffend Schriftwechsel, informiert worden bin.[4] Ich verkenne nicht, daß manche Gesichtspunkte dafür sprechen würden, diese Übereinstimmung vollständig herzustellen. Es schien mir dies aber unmöglich, weil die Organisation der Militärregierung naturgemäß von anderen Gesichtspunkten aus erfolgt ist, wie die Organisation meiner Behörde. Manche Abteilungen der Militärregierung kommen für mich als selbständige Abteilung überhaupt nicht in Frage (z.B. „PTT"[5] und „Property Control"). Auch habe ich, wie schon oben dargelegt, aus Sparsamkeitsgründen die Zahl der Generalreferate möglichst klein zu halten gesucht.

Eine Erläuterung möchte ich noch geben hinsichtlich des Generalreferats X „Justiz". Eine vollständige und reinliche Scheidung zwischen Rechtsprechung und Verwaltung ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Es gibt aber auf dem Gebiete der Justiz eine Reihe von Aufgaben, die nicht richterlicher, sondern verwaltungsmäßiger Art sind, z.B. Ernennung von Richtern, (Vorschläge hierfür), Aufstellung des Haushalts der Justiz-Behörden, Verwaltung der Gerichtsgebäude, Kassenverwaltung u.a. Diese wurden bisher von dem Justizminister in Berlin erledigt, müssen jetzt aber auch von mir wahrgenommen werden, wenn die zu bildende Behörde eine Provinzialregierung sein soll. Für die Erledigung dieser Aufgaben habe ich das Generalreferat X vorgesehen. Es soll sich in keiner Weise in die Rechtsprechung einmischen und keineswegs die Unabhängigkeit der Richter, ohne die kein Staat ein Kulturstaat ist, gefährden. Ich halte mich um so mehr für verpflichtet, diesen Vorschlag zu unterbreiten, weil auch in der Nord-Rheinprovinz die Justiz auf Anordnung der dortigen Militärregierung dem Oberpräsidenten unterstellt worden ist.[6] Ich

4 Das Schreiben vom 27. 7. 1945 konnte nicht ermittelt werden; einen guten Überblick über die Abteilungen der Militärregierung im August 1945 gibt ein Rundschreiben der Provinzialverwaltung (Archiv des LWL, C 10/11): Executive Branch, Administration Branch, Finance Branch, Public Safety, Post-Telegraph-Telephon, Trade and Industry, Road Transport, Engineer Services, Food and Agriculture, Property Control, Legal, Public Health, Education and Religious Affairs, Labour; bis zum November 1945 ist auch bei der Militärregierung Westfalen eine Reorganisation ihres inneren Aufbaus durchgefürt worden; vgl. hierzu den bei K. Teppe: Besatzungsregiment, 1983, S. 275 abgebildeten Organisationsplan.

5 Post-Telegraph-Telephon.

6 Zur mittlerweile veränderten Situation in der Nord-Rheinprovinz siehe Nr. 21.

kann wohl nicht in den Verdacht geraten, als ob ich eine Vermischung von Justiz und Verwaltung, wie sie in der Nazizeit üblich war, befürwortete. Würde man die Justiz nicht in die Provinzialregierung einbauen, so würde die Justiz einen Staat im Staat oder neben dem Staate bilden. Das aber wäre, wenn man sich die Militärregierung mal einen Augenblick wegdenkt, eine große Gefahr, eine staatsrechtliche und politische Unmöglichkeit. Die Erfahrungen, die ich in meiner früheren Laufbahn mit der Justiz gemacht habe, zwingen mich, diese Gedanken klar auszusprechen. In den letzten Wochen sind bereits einige bedauernswerte Eingriffe der Verwaltung in die Angelegenheiten der Justiz erfolgt. Diese Eingriffe wären nicht vorgekommen, wenn die Justiz bereits in die Provinzialregierung eingegliedert gewesen wäre.

Vorschläge für die personelle Besetzung der vorgesehenen Beamtenstellen mache ich in diesem Augenblick noch nicht. Ich bitte zunächst darüber zu entscheiden, ob mein Organisationsplan grundsätzlich genehmigt wird. Erst wenn dies geschehen ist, kann ich übersehen, welche Stellen zu besetzen sind. Ich werde sodann der Militärregierung meine personellen Vorschläge unterbreiten.[7]

Mit Rücksicht darauf, daß der gegenwärtige Übergangszustand nicht länger als unbedingt notwendig dauern sollte, wäre ich für baldmöglichste Entscheidung besonders dankbar. Ich bin überzeugt, daß nach Durchführung der vorgeschlagenen Reform, die in Einzelheiten selbstverständlich abgeändert werden könnte, auch der Militärregierung ihre schwierige Aufgabe erleichtert werden wird.

Am[elunxen]

7 Erst Anfang Oktober 1945 trat *Amelunxen* mit seinen Personalvorschlägen an die Öffentlichkeit; vgl. „Neue Westfälische Zeitung" vom 5. 10. 1945; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 282–285.

23.

8. 8. 1945: Stellungnahme des Vorstandsmitglieds des „Allgemeinen Industriearbeiterverbandes"[1] Bochum, Böker (Bochum) (Auszüge)

Archiv des LWL, NL Salzmann 17. Abschrift.

Rhein-Ruhr

Die Entwicklung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ließ schon in der Vergangenheit erkennen, daß es notwendig sein würde, den Nordteil der Rheinprovinz mit den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Aachen und die Provinz Westfalen zu einem einheitlichen Verwaltungs- und Wirtschaftskörper zusammenzufassen. Noch vorteilhafter wäre es, wenn auch das Industriegebiet bei Osnabrück aus dem Provinzverband der

1 Zum „Allgemeinen Industriearbeiterverband" in Bochum: H. PIETSCH, 1978, S. 88–90; vgl. auch G. SCHWARZE, 1984, S. 268.

Provinz Hannover herausgenommen und diesem neu zu bildenden Verwaltungsbereich angeschlossen würde. Die enge Verflechtung des Industriegebietes in wirtschaftspolitischer Hinsicht macht es auf die Dauer untragbar, daß die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen von einer anderen Provinzverwaltung verwaltet werden. Bei dem Aufbau der kommenden Verwaltung muß unter allen Umständen berücksichtigt werden, daß die Süd-Nord-Wanderung der Industrie, besonders des Bergbaus, in kürzester Zeit noch größere Fortschritte machen wird wie bisher und die Regierungsbezirke Münster und Minden, mit ihrem vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter, als Zuschußgebiet für den rheinisch-westfälischen Bezirk als nächstliegende in Frage kommen können, den Bedarf an notwendiger Nahrung zu decken. Es wäre daher noch vorteilhafter, wenn die Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Oldenburg mit erfaßt würden, um die Ernährung im Industriegebiet unter allen Umständen sicherzustellen. Aber auch die mit der industriellen Entwicklung zusammenhängenden Fragen, die die Arbeiterschaft betreffen, zwingen dazu, zu einem einheitlichen Verwaltungswesen in der Provinz Westfalen in Verbindung mit der Nord-Rheinprovinz (Regierungsbezirke Köln, Aachen, Düsseldorf) zu kommen. Diese Entwicklung wäre schon weiter vorgetrieben worden, wenn nicht die nationalsozialistische Wirtschafts- und Verwaltungs-Auffassung die größten Hemmnisse in dieser Beziehung gewesen wären. Nachdem die Hemmnisse in der Entwicklung durch den verlorengegangenen Krieg beseitigt worden sind, halte ich es für erforderlich, daß nunmehr die Arbeiten für eine einheitliche Zusammenfassung durchgeführt werden. An der Spitze der neu zu bildenden Verwaltung müßte eine Körperschaft stehen, die die Grundlage dafür bilden könnte, daß man über die verschiedenen Besatzungszonen hinweg zu einer einheitlichen Verwaltung für das ganze deutsche Reich käme.

[...][2]

Eine so zusammengefaßte Zentralverwaltung wird zweifellos zu einer wesentlichen Vereinfachung aller Arbeiten führen. Der Aufbau des zu schaffenden Verwaltungsrates wäre so vorzunehmen, daß von den bereits bestehenden Handelskammern in Verbindung mit den Stadtverwaltungen und Vertretern der Gewerkschaften die notwendigen Arbeiten zu erledigen wären. Es bleibt hierbei zu überlegen, ob die Zahl der in dem eng zusammengeschlossenen Industriegebiet befindlichen Handelskammern nicht erheblich reduziert werden kann. Der Verwaltungsrat oder wie man die leitenden Körperschaften nennen will, darf unter keinen Umständen durch einen allzu starken Personenkreis in seiner Arbeit gehemmt werden. Die Leitung dieses Verwaltungsrates müßte selbstverständlich in der Hand des Herrn Oberpräsidenten, unter Hinzuziehung von Regierungspräsidenten, liegen. Hinzu kämen Vertreter der Industrie, der Banken, des Handels, des Verkehrs und Vertreter der Gewerkschaften etwa in der Zusammenfassung des früheren Reichswirtschaftsrates. Damit wäre eine Körperschaft geschaffen, die alle für diesen so wichtigen Bezirk notwendigen Maßnahmen zu bearbeiten und zum Gesamtwohl durchzuführen hätte.

gez. *Böker*

2 Es folgt eine genauere Erläuterung der Vorteile einer verwaltungsmäßigen Zusammenfassung Westfalens mit der Nord-Rheinprovinz unter wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen und verkehrsmäßigen Gesichtspunkten.

24.

24. 8. 1945: Vermerk von Landesrat Westermann über eine Besprechung mit dem Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz, in Düsseldorf

Archiv des LWL, NL Salzmann 17. Unterstreichungen.

In der Besprechung gab Dr. *Kitz* Kenntnis von der finanztechnischen Verordnung Nr. 33 vom 5. 8. 1945, die von der Finanzabteilung des Hauptquartiers – Kontrollkommission für Deutschland – erlassen ist. Sie betrifft „Frühere Reichsausgaben und Regeln betreffend Haushaltsführung" und stellt in ausführlicher Form in einem Abschnitt „Vorläufige Wiedererrichtung der Reichsbehörden" in jeder Militärregierungs-Provinz fest, daß die gesamten finanztechnischen Buchungen getrennt nach Reichsetat, Preußischem Etat, Provinzial-Etat zu erfolgen haben.

Dr. *Kitz* teilte ferner aus einer Unterredung mit der Militärregierung mit, daß deutsche Zentralstellen für die besetzte britische Zone in etwa drei Monaten vorhanden sein würden, bestimmt jedenfalls für die Finanzen.[1] Es werde sich das Aufgabengebiet der Provinzial-Regierung als jetzige Ministerialinstanz stark vermindern und es werde sich eine Art Provinzial-Länderverwaltung herausbilden.

Zu der Stellung der Provinzialverwaltung in der Provinzial-Regierung teilte Dr. *Kitz* mit, daß eine Zusammenlegung nicht erfolgt sei.[2] Die Provinzialverwaltung arbeite genau so weiter wie z.B. die Landesversicherungsanstalt, die Landesbank, die Landwirtschaftskammer unter der Aufsicht des Oberpräsidenten als Ministerialinstanz. Die Provinzialverwaltung steht also jetzt in der Rheinprovinz selbständig unter der Provinzial-Regierung. Um Überschneidungen auszuschließen und rationell zu arbeiten, sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die in dem anliegenden Abkommen zwischen Provinzial-Regierung und Provinzial-Verwaltung enthalten sind.[3]

Westermann

1 Ein Zentralhaushaltsamt für die britische Zone wurde erst ab April 1946 aufgebaut; vgl. H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 167.

2 Hierzu Nr. 1, Anm. 2.

3 Das Abkommen liegt dem Stück bei; eine Erläuterung *Westermanns* zu diesem Abkommen ebenfalls im Archiv des LWL, NL Salzmann 17.

25.

27. 8. 1945: Der Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, Lehr, an den Abteilungsleiter Wiederaufbau, Schwippert

HStA Düsseldorf, NW 110–301. Entwurf.

Dem Herrn Oberpräsidenten wird aus zuverlässiger und befreundeter Quelle berichtet, daß man im Ruhrrevier bemüht ist, eine Ruhrprovinz zu schaffen. Im Zusammenhang damit wird der Leiter des Ruhrsiedlungsverbandes Oberregierungsrat *Rappaport* genannt.[1]

Angeblich sind von der Rheinkohlenkommission auf Villa Hügel und vom Ruhrsiedlungsverband durch Fragebogen Erhebungen über die Lage auf dem Wohnungsmarkt angestellt worden.

Ich bitte um vertrauliche Prüfung und Berichterstattung, ob über diese Bestrebungen in Ihrem Geschäftsbereich etwas bekannt geworden ist.

In Vertretung:

Dr. *Lehr*

1 Die Versuche *Rappaports*, dem Ruhrsiedlungsverband größere Unabhängigkeit zu verschaffen, wurden von Düsseldorf und Münster gemeinsam zurückgewiesen; vgl. auch Nr. 17, Anm. 2, und bes. Nr. 75.

26.

27. 8. 1945: Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen

Landtagsarchiv NRW, A 10100/3. Entwurf mit hs. Korrekturen. Anweisungen für die Kanzlei. Abgangsvermerk vom 30. 8. 1945.

Betr.: Bildung eines Provinzialrates[1]

Ich habe die Absicht, in Kürze einen Provinzialrat zu berufen. Der Provinzialrat, aus sieben Mitgliedern bestehend, soll in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die laufenden Arbeiten der Provinzregierung unterrichtet werden. Gleichzeitig ist der Provinzialrat als Sprachorgan der Bevölkerung gedacht, durch das Anregungen, Wünsche, Beschwerden und Klagen an den Oberpräsidenten herangebracht werden sollen. Der Provinzialrat soll also kein Beschlußorgan, sondern nur Beratungsorgan sein.

Ich habe in Aussicht genommen, folgende Männer in diesen Provinzialrat zu berufen:

1 Vgl. zur Bildung des westfälischen Provinzialrats auch die Nrn. 44, 46–48, 50, 54, 56, 57, 59, 62a,b; allg. J. BRAUTMEIER, 1986.

1. Johannes *Gronowski*, Oberpräsident a.D., Neuenbeken bei Paderborn,
2. Fritz *Henßler*, Redakteur, in Dortmund,
3. Paul *Jagenburg*[2], Schriftsteller, in Bielefeld, Hochstr.
4. Lambert *Lensing*, Verleger, in Dortmund, Potgasse 4
5. Dr. Bernhard *Reismann*, Rechtsanwalt und Notar, in Münster, Kirchstrasse
6. Dr. h.c. Carl *Severing*, Staatsminister a.D., in Bielefeld, Lampingstrasse 6,
7. *Zimmermann*[3], Oberbürgermeister zu Gelsenkirchen.

Herr *Zimmermann* gehörte der früheren demokratischen Partei an und Herr *Jagenburg* der früheren kommunistischen Partei; von den übrigen Herren gehörten die Herren zu Ziffer 1, 4 und 5 zur früheren Zentrumspartei und die Herren zu Ziffer 2 und 6 zur früheren sozialdemokratischen Partei. Ich bitte, der Bildung des Provinzialrates in der vorgesehenen Form zustimmen zu wollen.

Am[elunxen]

2 Bereits am 30. 7. 1945 hatte Carl *Severing* Oberpräsident *Amelunxen* mitgeteilt, daß *Jagenburg* bereit sei, ein Mandat in dem neu zu bildenden Provinzialrat anzunehmen (Landtagsarchiv NRW, A 10100/1).

3 *Zimmermann* wurde erst nachträglich anstelle von Hermann *Höpker-Aschoff* in die Liste eingesetzt; letzterer konnte wegen seines geplanten Eintritts in die Münsteraner Provinzialregierung nicht zugleich dem Provinzialrat angehören.

27.

29. 8. 1945: Eingabe des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler (Dortmund), an die Militärregierung der Stadt Dortmund

HAStK, NL Görlinger 115.[1] Abschrift. Hs. Vermerk „Separatismus, Rheinland".

Sorgeerfüllt bitte ich um die Beachtung folgender Gedanken: Durch den Rundfunk wurde mitgeteilt, daß der französische Staatschef *de Gaulle* für Frankreich die Kontrolle des linken Rheingebiets fordere und auch französische Mitbestimmung im Ruhr-Gebiet. Eine spätere Meldung besagte, Frankreich fordere einen Pufferstaat aus Rheinland und Ruhrgebiet als Scheidewand gegenüber dem übrigen Deutschland.[2]

Ich sehe in dieser Politik nicht nur große Gefahren für Deutschland, sondern darüber hinaus für alle ehrlichen Bemühungen, Europa zu befrieden. Wenn auch *de Gaulle* erklärt, er erhebe keinen Anspruch auf deutsches Gebiet, so müßte die Wirkung eines solchen Pufferstaates doch sein, daß dieses Gebiet von Deutschland getrennt wird – also weitere Zertrümmerung Deutschlands.

1 Unter der Überschrift „Was wird aus dem Rhein- und Ruhrgebiet? Eine Stellungnahme der westfälischen Sozialdemokratie" abgedruckt in der „Ennepe-Ruhr-Zeitung" , Nr. 1 vom 15. 10. 1945.

2 Am 24. und 27. August wurden entsprechende Äußerungen *de Gaulles*, die er anläßlich von Verhandlungen in Washington gemacht hatte, über Rundfunk verbreitet (vgl. Aufzeichnung der Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz: HStA Düsseldorf, NW 115–107); vgl. auch Nr. 28; allg. zur Haltung Frankreichs in der Rhein-Ruhr-Frage 1945/46: R. POIDEVIN: Französische Deutschlandpolitik, 1983, S. 17–23; R. POIDEVIN: Ruhrfrage, 1979, S. 317–321; W. LIPGENS, 1973.

Wie denkt man sich denn die Lösung des deutschen Wiederaufbau-Problems? So überwältigend auch die Aufgabe des Wiederaufbaus der zerstörten Wohn- und Arbeitsstätten und die Wiederherstellung der Verkehrswege (Bahnen, Brücken, Kanäle usw.) ist, so sehr die Wiedergutmachungspflicht durch Ablieferung von Maschinen etc. den Wirtschaftsaufbau erschwert, noch mehr Sorge macht jetzt schon die Grenzziehung im Osten und der Abschub der deutschen Bevölkerung aus den abgetrennten Gebieten. Kommt dazu nun noch die Gründung eines Pufferstaates Rhein-Ruhr, wie soll dann die deutsche Demokratie die ihr gestellte Aufgabe lösen?

Wie gesagt, schon die neu geschaffene Lage im Osten bringt eine ungeheure Belastung in wirtschaftlicher Hinsicht, weil die abgetrennten Provinzen von lebenswichtiger Bedeutung für die Ernährung in Deutschland sind. Nicht minder groß aber ist die politische Belastung. In ihrer Existenz wurzellos gemachte Menschen – und das sind vor allem die ca. 9 Millionen, die aus den abgetrennten Provinzen abgeschoben werden – werden auch immer eine politische Gefahr sein, weil sie für chauvinistische Einflüsterungen bester Nährboden sind und der Rachegedanke bei ihnen leicht entzündet werden kann.

Ein solches Problem zu lösen, wäre selbst für einen innerlich festgefügten Staat eine gewaltige Belastung. Wieviel mehr für ein Volk in der Lage Deutschlands, das nach einer militärischen Niederlage von beispiellosem Ausmaß sich ganz und gar im politischen Umbruch befindet und [dessen] große Massen auch einen moralischen und physischen Niederbruch erlitten haben.

Wenn nun auch noch Rheinland und Ruhrgebiet vom Rest-Deutschland abgetrennt werden sollen, dann findet bei der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Gebietsteile eine solche Zertrümmerung Deutschlands statt, daß mir das Aufbau-Problem Deutschlands überhaupt unlösbar erscheint.

Außerdem aber: Wenn man eine Demokratie in Deutschland will, dann wird doch wohl auch mit in die Waagschale fallen müssen, wie sich die politischen Kräfte in Deutschland, die Träger des demokratischen Gedankens sind, zu diesen Plänen stellen. Es hätte doch bestimmt mit Demokratie nichts mehr zu tun, wenn die Bevölkerung von Rhein und Ruhr, die den Pufferstaat bilden soll, dazu selbst gar nicht gehört würde.

Ich sehe in der Forderung *de Gaulles* die Wiederholung des verhängnisvollen Versuchs vom Jahre 1923, einen Rhein-Ruhr-Pufferstaat zu schaffen. Die Parteien, die Träger des demokratischen Gedankens sind, lehnten diesen Versuch am entschiedensten ab. Die separatistische Putschbewegung scheiterte an ihrem Widerstand.

Ich kann mir nicht denken, daß die Stellungnahme der für eine deutsche Demokratie strebenden Parteien heute eine andere sein könnte wie damals. Für mich und meine Partei kann ich jedenfalls absolute Gegnerschaft gegenüber solchen Plänen erklären.[3] Für die demokratische Entwicklung Deutschlands wäre die Verwirklichung der *de Gaulleschen* Forderung ein vernichtender Schlag. Die Chauvinisten und Militaristen aber hätten Ursache, sich darüber noch mehr zu freuen als wie 1923 über die Ruhrbesetzung.

Liegen die Dinge aber so, wo wäre da die größere Friedens-Sicherung für Frankreich? Ein 60-Millionen-Volk im Herzen Europas, dem man die nationale Einigung und Selbstbestimmung versagt, das man gegen seinen Willen in Aufsplitterung halten will, dem man

3 Soweit feststellbar, handelt es sich hier um die erste Stellungnahme eines SPD-Politikers in dieser Frage; *Schumacher* sprach sich zum ersten Mal auf der Konferenz von Wennigsen öffentlich für den Verbleib des Rhein-Ruhr-Gebiets bei Deutschland aus; vgl. W. ALBRECHT, 1985, S. 310.

damit auch eine nur ungefähre wirtschaftliche Sicherung für die Erhaltung seiner Menschen nimmt, kann nie und nimmer ein Friedens-Garant werden. Die beste Sicherung liegt darin, dem demokratischen Deutschland Wirkungsmöglichkeit zu geben, Deutschland neu aufzubauen als demokratische Nation.

Man kann einwenden: „Was tat *Hitler* und wie hätte die europäische Landkarte ausgesehen, wenn *Hitler* seine Pläne hätte verwirklichen können?" Ich weiß, daß auf *Hitler* als böses Beispiel hingewiesen werden kann. Aber, so wenig wir innenpolitisch in Deutschland Gleiches mit Gleichem vergelten können, weil eben der Nazismus nur beispielgebend war für Demoralisation und Vernichtung, so wenig kann man ihn nachahmen in der Außenpolitik, wenn man aufbauend und nicht zerstörend wirken will.

Ich bitte, mein Schreiben zu werten als ernsten und besorgten Stimmungsausdruck des Teiles der deutschen Bevölkerung, der mit ganzen Kräften bestrebt ist, einen Neuaufbau der deutschen Nation auf einer Grundlage zu schaffen, daß Deutschland zu einem unerschütterlichen Bollwerk der Demokratie und des Friedens wird.

28.

12. 9. 1945: Protokoll einer Besprechung von Oberpräsident Fuchs mit den Abteilungsleiter der Provinzialregierung (Auszug)

LHA Koblenz, Best. 700,40 Nr. 161.

Anwesend: sämtliche Abteilungsleiter außer Dr. *Kitz* und Dr. *Soergel*, der durch Oberregierungsrat *Mosheim* vertreten wird; ferner Oberlandesgerichtspräsident *Lingemann*, Dr. *Hübinger*, Dr. *Schröder.*[1]

[...][2]

LEHR spricht über die Pläne *de Gaulles*[3] und die Haltung der Times sowie über die Zustände in der russischen Zone. Das Ziel der Russen bleibt die bolschewistische Weltherrschaft.[4] Die KPD tritt als demokratische Partei auf. Die Argumentation geht von einzelnen aus, die sehr geschickt vorgehen. In Bochum ist es bereits zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen.

---

1 Zum Personalbestand der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz vgl. die Übersicht vom 25. 9. 1945 (Nr. 30).

2 Erörterung folgender Themen: Entnazifizierung, Wirtschaftsproduktion, Verkehr, Landwirtschaft.

3 Vgl. Nr. 27 mit Anm. 2; nach seinen Äußerungen in Washington Ende August hatte *de Gaulle* am 9. 9. 1945 in einem Interview mit der „Times" erneut die französischen Forderungen nach einer Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebiets bekräftigt.

4 Bereits am 11. 9. 1945 hatte *Lehr* in einer Eingabe an die Militärregierung in Düsseldorf auf die Gefahren des Bolschewismus und der französischen Pläne für einen Rheinstaat aufmerksam gemacht; der Boden für die Aufnahme solcher Werbungen aus dem Osten und Westen sei um so günstiger, je drückender die Verhältnisse in den nicht russisch bzw. französisch besetzten Teilen empfunden würden (Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70).

OBERPRÄSIDENT: Die Franzosen verstärken ihre Besatzungsarmee unter Beteiligung der Engländer.

SCHEUBLE berichtet über örtliche Schwierigkeiten in Moers, die durch einen französischen Offizier hervorgerufen wurden.

PLATZ fragt was geschehen könne, um die Bevölkerung zu beruhigen, die in großer Sorge wegen der französischen Pläne ist.

OBERPRÄSIDENT: Im Augenblick kann man gar nichts tun.

PLATZ: In Frankreich stoßen die Pläne *de Gaulles* auf Bedenken wegen der Einflüsse, die vom Rheinland auf Elsaß-Lothringen wirken könnten.

29.

19. 9. 1945: Die Militärregierung Westfalen an Oberpräsident Amelunxen

StA Münster, Oberpräsidium 7121. Übersetzung. Unterstreichungen.

Betrifft: Neuorganisation der Provinzialverwaltung (Oberpräsidium)
Bezug: Ihr diesbezügliches Schreiben vom 7. 8. 1945[1]

1. Der von Ihnen eingereichte Plan über die Neuorganisation der Provinzialverwaltung ist grundsätzlich genehmigt; der Wiederaufbau kann unter folgenden Vorbehalten erfolgen:

2. a) Es ist nicht richtig, zu sagen, daß die Provinz Westfalen und die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe „als selbständige Staatswesen betrachtet werden müssen, dessen Spitze, der Oberpräsident, in seiner Behörde alle Verwaltungsaufgaben und Zuständigkeiten übernehmen muß, die früher von den Ministerien in Berlin wahrgenommen worden sind".

b) Ich verweise auf die Proklamation Nr. 1 § 2.[2] „Die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militär-Gouverneur vereinigt. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalten unter meinem Befehl auszuüben".

c) Sie dürfen daher keinerlei Verordnungen oder Dekrete erlassen oder versuchen, dieselben zu erlassen, oder den Anschein erwecken; ferner dürfen Sie keine Verwaltungsanweisung erlassen, die als Verordnung oder Dekret angesehen oder ausgelegt werden könnte, noch dürfen Sie irgendwelche Gesetze geben, versuchen sie zu geben oder den Anschein erwecken, als gingen sie von Ihnen aus, da Sie k e i n e r l e i gesetzgebende Gewalt besitzen.

1 Siehe Nr. 22.

2 Gemeint ist die Proklamation General *Eisenhowers* vom April 1945; Druck: K.-J. RUHL, 1982, Nr. 42.

d) Die Kontroll-Kommission für Deutschland (British Element) (CCG/BE) ist für die Regierung der britisch besetzten Zone in Deutschland verantwortlich[3] und erläßt an mich, den Kommandeur der Militärregierung, Richtlinien über die in der Provinz Westfalen und den Ländern Lippe und Schaumburg-Lippe gültige Regierungspolitik. Sie als Oberpräsident und Ihre Beamten sind lediglich ausführende Behörde (Executive body), die zur Ausführung der Anweisungen der Militärregierung eingesetzt ist.

3. Es wird nachdrücklich betont, daß der Wiederaufbau der Provinzialverwaltung in keiner Weise die Stetigkeit der Politik der Militärregierung stören darf (interferieren).

a) Bei Ausführung Ihres Planes ist daher folgendes Verfahren einzuhalten: Zunächst sind Ernennungen zu Generalreferenten (Head of General Department) vorzulegen.

b) Nach der Genehmigung erhält jeder Generalreferent Richtlinien von der entsprechenden Abteilung bzw. Dienststelle unseres Hauptquartiers (vgl. Anlage A) mit Angaben über seine Zuständigkeiten und den Umfang seines Generalreferats. Vor Empfang dieser Direktive dürfen keine Abteilungen umgebildet werden.

4. Anlage A[4] zeigt den provisorischen Plan der Provinzialverwaltung, ihre Generalreferate (General Departments) und Abteilungen (Departments); ferner sind darin die entsprechenden Abteilungen und Stellen (Branches and Sections) beim hiesigen Hauptquartier aufgeführt, die mit der Beaufsichtigung beauftragt sind. Der Plan enthält, wie Sie sehen, verschiedene Abänderungen gegenüber Ihrem ursprünglichen Vorschlag;[5] einige Abteilungen sind anderen Generalreferaten zugewiesen, andere sind fallengelassen wie z.B. die folgenden drei

a) Generalreferat II: Finanzen. Die Abteilung „Rechnungsprüfung" ist entbehrlich, da für Rechnungsprüfungen ein zentraler Rechnungshof in Hamburg im Entstehen begriffen ist.[6]

b) Generalreferat VIII: Kultus. Abteilungen für Volks- und Mittelschulen, sowie für Berufs- und Fachschulen sind in der Provinzialverwaltung n i c h t einzurichten. Diese Angelegenheiten werden weiter von den Regierungspräsidenten bearbeitet und zwar unter der Zentralleitung des Leiters der Abteilung: Erziehung und Religion (Education and Religious Affairs Section) am hiesigen Hauptquartier.

c) Generalreferat X: Justiz. Die Einrichtung dieses Generalreferates ist n i c h t genehmigt. Bezug: § 3 b oben. Weitere für notwendig gehaltene Abstimmungen können zwischen den jeweiligen Leitern der Generalreferate und den entsprechenden aufsichtsführenden Abteilungsleitern am hiesigen Hauptquartier besprochen werden.

5. Bei der Neuorganisation der Provinzialverwaltung bitte ich besonders zu bedenken, daß, solange keine zentrale deutsche Regierung für die gesamte britische Zone besteht, bestimmte zentrale Verwaltungsbehörden gebildet werden (z.B. der oben in § 4 a erwähnte Rechnungshof). Demgemäß bitte ich dafür Sorge zu tragen, daß Ihre Verwaltung

3 Zur Organisation der britischen Militärregierung vgl. Nr. 9, Anm 3.

4 Ebenfalls im StA Münster, Oberpräsidium 7121.

5 Welche Änderungen außer den hier erläuterten noch vorgenommen wurden, läßt sich dem Antwortschreiben *Amelunxens* vom 28. 9. 1945 entnehmen (Nr. 32).

6 Im Juli 1945 wurde der Präsident des Rechnungshofs des Deutschen Reiches ermächtigt, seine Tätigkeit in der britischen Zone vorläufig weiter auszuüben; vgl. H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 171f.

so eingerichtet ist, daß es möglich ist, den einen oder anderen Teil ihrer Aufgabengebiete an die oben erwähnte einzurichtende Zentralbehörde abzutreten.[7] Näheres über die Abtretung derartiger Aufgaben wird Ihnen oder dem betreffenden Generalreferenten vom hiesigen Hauptquartier jeweils mitgeteilt werden.

gez. *Chadwick*

7 Im Zuge der Einrichtung von Zentralstellen in der britischen Zone wurden die Generalreferate Arbeit sowie Ernährung und Landwirtschaft weitgehend der Kontrolle Oberpräsident *Amelunxens* entzogen; vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 285.

30.

25. 9. 1945: Namensverzeichnis der Mitglieder der Provinzialregierung[1] Nord-Rheinprovinz (Auszüge)

HStA Düsseldorf, NW 110–215. Durchschlag.

Oberpräsident und Personalstab

Oberpräsident Dr. *Fuchs*
Referent Dr. *Hübinger*
Justitiar Dr. *Schröder*

Abteilung Allgemeine Verwaltung

Abteilungsleiter Oberbürgermeister i.R. Dr. *Lehr*
Gruppenleiter für Abteilung Organisation, Öffentliche Sicherheit, Vizepräsident Dr. *Wandersleb*
Gruppenleiter für Personalien, Ministerialrat i.R. Dr. *Janich*
[...][2]

Abteilung Finanzen

Abteilungsleiter, Erster Landesrat Dr. *Kitz*
Gruppenleiter für Vermögens- und Schuldenverwaltung, Oberregierungsrat *Geissbüsch*
Gruppenleiter für Haushalt und Kassenwesen, Finanzausgleich, Landesrat *Greinert*
Gruppenleiter für Banken und Börse, Direktor *Butschkau*
Gruppenleiter für Verwaltung der öffentlichen Gebäude, Landesoberbaurat *Rühl*

Abteilung Gesundheit

Abteilungsleiter, Oberregierungs- und Medizinalrat Dr. *Gerfeldt*
Gruppenleiter, Oberregierungs- und Veterinärrat Dr. *Goldmann*
[...]

1 Das Verzeichnis wurde zur Information an die einzelnen Abteilungen der Provinzialregierung verteilt; zu den bis zum Frühjahr 1946 eingetretenen personellen und organisatorischen Veränderungen vgl. die Nrn. 33, 37, 39, 40, 51, 65, 67.

2 Im Druck werden jeweils nur die Abteilungs- und Gruppenleiter aufgeführt; die im Dokument zusätzlich angegebenen Referenten der einzelnen Abteilungen bleiben unberücksichtigt.

Abteilung Volkswohlfahrt
Abteilungsleiter,[3]
Gruppenleiter, Oberregierungsrat *Köppen* (Verwaltung)
Gruppenleiter, Oberregierungsrat *Konrad* (Kriegsopferversorgung)
Gruppenleiter, Landesrat *Piepgras* (Kriegsbeschädigtenfürsorge)
[...]

Kulturabteilung
Abteilungsleiter, Universitätsprofessor *Platz*
Gruppenleiter für Höheres Schulwesen, Oberstudiendirektor Dr. *Schnippenkötter*
Gruppenleiter für Volks-, Haupt- und Mittelschulen, Schulrat Dr. *Esterhues*
Gruppenleiter für Allgemeine Schulverwaltung, Regierungsdirektor *Gildemeister*
Gruppenleiter für Volksschullehrerbildung, Hochschulprofessor *Antz*
Gruppenleiter für Universitätsangelegenheit, Universitätsprofessor Dr. *Thyssen*
Gruppenleiter für Berufs- und Fachschulwesen, Direktor-Stellvertreter *Conradsen*
[...]

Abteilung Wirtschaft
Abteilungsleiter, Regierungsdirektor *Soergel*[4]
Gruppenleiter für Produktions- und Rohstoffbewirtschaftung, Oberregierungsrat Dr. *Mosheim*
Gruppenleiter für Produktionsplanung und -förderung, Studienrat Dr. *Schepke*
Gruppenleiter für Handel, Handwerk und Verbrauchsregelung, Kreisrechtsrat Dr. *Mohr*
[...]

Abteilung Arbeit
Abteilungsleiter Präsident *Scheuble*
[...]

Abteilung Verkehr und öffentliche Arbeiten
Abteilungsleiter, Generaldirektor Baron *von Bode*
Regierungsrat Dr. *Schülgen*[5]
Gruppenleiter, Ministerialrat Dr. *Fritzen*, Reichsbahn und sonstige Bahnen
Gruppenleiter für Gas und Elektrizität, Dipl.Ing. und Regierungsrat *Brodehl*
Gruppenleiter für Wasser und Abwässer, Talsperren, Dipl.Ing. und Baurat *Strümpfel*
Bevollmächtigter für den Nahverkehr, Dr. *Vormann*
[...]

Abteilung Wiederaufbau:
Abteilungsleiter Dr. *Schwippert*
Gruppenleiter für bauwirtschaftliche Bevollmächtigung, Volkswirt Dr. *Baerleken*
[...]

---

3 Die Abteilung Volkswohlfahrt war zu diesem Zeitpunkt de facto vakant; der bisherige Amtsinhaber, Professor *Albrecht*, hatte bereits Anfang Juli – unter Hinweis auf die mangelnden Kompetenzen seiner Abteilung – den Wunsch geäußert, aus der Provinzialregierung auszuscheiden; offiziell wurde dieser Schritt erst zum 30. 9. 1945 vollzogen, doch war schon seit Anfang September der Sozialdemokrat *Stöver* als Nachfolger im Gespräch; zur Haltung *Albrechts*: HStA Düsseldorf, NW 110–258; zur Nachfolge *Stövers* die Nrn. 37, 39, 40.

4 Vgl. Nr. 5, Anm. 5.

5 Eine spezielle Funktion *Schülgens* ist nicht ausgewiesen.

Abteilung Preisbildung[6]
Gruppenleiter *Gierlichs*, Beigeordneter i.R.
[...][7]

Abteilung Landwirtschaft, Ernährung, Domänen, Forsten und Landeskultur
Leiter der Abteilung: Dr. Karl *Müller*
Stellv. Leiter der Abteilung: Fritz *Heymann*
[...]
Gruppe I (Produktion): Gruppenleiter Dr. Martin *Frey*
[...]
Gruppe II (Markt und Ernährung): Gruppenleiter Wilhelm *Kühbach*
[...]
Gruppe III (Landesforstamt, Domänen, Fischerei): Gruppenleiter Landesforstmeister Werner *Habel*
[...]
Gruppe IV (Landeskultur): Gruppenleiter Dr. Otto *Tietmann*

6 Hier wohl nur versehentlich als eigene Abteilung geführt; ansonsten wird die Gruppe Preisbildung der Abteilung Wirtschaft zugeordnet.

7 Abgesehen von den Referenten (vgl. Anm. 2) wurde an dieser Stelle auch auf eine Übersicht über die Bergämter in der Nord-Rheinprovinz verzichtet.

31.

27. 9. 1945: Professor Kuske (Gummersbach) an Oberpräsident Fuchs (Auszug)

HAStK, NL Görlinger 47. Abschrift.

Sehr geehrter Herr Oberpräsident!

Für Ihren freundlichen Brief vom 14. und 18. d. Mts.[1] danke ich Ihnen verbindlichst. Nach den Nachrichten, die durch die Öffentlichkeit über die künftige Regelung der deutschen Verwaltung laufen, scheinen deren räumliche und organisatorische Grundlagen noch unklar zu sein. Auch gehen sichtlich Änderungsabsichten um, die dabei das Rheinland und Westfalen betreffen. Hier wäre es meines Erachtens sehr erwünscht, wenn die beiden Westprovinzen ihre lebensnotwendige Verflechtung mit dem ganzen Land bis zur Weser

1 Am 9. 9. 1945 hatte *Kuske* dem Oberpräsidenten mitgeteilt, er nehme von der Amtsnachfolge in der Abteilung Wirtschaft Abstand, da auf die von ihm in den bisherigen Verhandlungen geäußerten Bedenken und Wünsche hin keine Reaktion der Provinzialregierung erfolgt sei (HAStK, NL Görlinger 47); daraufhin erhielt *Kuske* ein beschwichtigendes Schreiben von *Fuchs* (erwähnt in einem Schreiben von *Kuske* an *Görlinger* vom 25. 9. 1945: HAStK, NL Görlinger 47); zu den weiteren Verhandlungen die Nrn. 37, 39–42, 51; vgl. allg. zum Vorgang auch die Personalakte *Kuskes*: HStA Düsseldorf, NW.Pe 164.

und zur Nordsee entschieden zur Geltung brächten.[2] Hier scheinen sich auch übertriebene deutsche Partikularinteressen auf Kosten der Nachbarn auszuspielen, deren organische Zusammenhänge künstlich zu stören und den großen Schaden noch größer zu machen.

Auch sonst sehe ich für die Wirkungsmöglichkeiten Ihrer Verwaltung sachliche Schwierigkeiten, mit denen Sie zu ringen haben. Ob und wie ich mich persönlich beteiligen könnte, überlasse ich der weiteren Entwicklung der Dinge. Ich möchte, um da durchgreifend wirken zu können, freiere Bahnen sehen, als jetzt zu bestehen scheinen.

Nebenher stelle ich übrigens fest, daß auch über mich unsinnige verleumderische und denunziatorische Redereien umlaufen, wie das jetzt so üblich ist.

[...][3]

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr ergebener

gez. *Kuske*

2 *Kuske* knüpft hier an die von ihm in dem Werk „Der Raum Westfalen, Bd. I, Berlin 1931" geäußerten Gedanken über die wirtschaftliche Verflechtung des rheinisch-westfälischen Gebiets an; zur weiteren Haltung *Kuskes* in Fragen der Neuordnung der britischen Zone vgl. die Nrn. 41, 75, 161a, 182, 207.

3 Es folgt eine Stellungnahme *Kuskes* zu dem Gerücht, er sei Mitglied der SS gewesen.

32.

28. 9. 1945: Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen

StA Münster, Oberpräsidium 7121. Entwurf mit hs. Korrekturen. Anweisungen für die Kanzlei. Abgangsvermerk vom 1. 10. 1945.

Betrifft: Bildung der Provinzialregierung[1]

Entsprechend dem Ergebnis der heutigen Konferenz[2] lege ich im folgenden noch einmal die Gesichtspunkte dar, unter denen ich noch einige kleinere Abänderungen des Planes vorschlagen möchte, der mit Ihrem Schreiben vom 19. 9. 1945[3] – 307/Exec/2269 – im Prinzip genehmigt worden ist.

1 Zum Fortgang vgl. die Nrn. 43, 49.

2 Protokoll der Konferenz vom 28. 9. 1945: StA Münster, Oberpräsidium 7653; StA Düsseldorf, RWN 133–2. Hierbei handelt es sich um die erste einer Reihe von Konferenzen, die auf Vorschlag des Kommandeurs der Militärregierung stattfanden, um die Zusammenarbeit zwischen Militärregierung und deutscher Verwaltung zu verbessern. Im Frühjahr 1946 ließ allerdings das Interesse der Generalreferenten an diesen Konferenzen rapide nach, wofür der persönliche Referent *Amelunxens*, Regierungsrat *Schilling*, zwei Gründe anführte: „a) das verständliche Bestreben der Herren Generalreferenten, ihre Fachoffiziere, mit denen sie ein gutes Einvernehmen pflegen müssen, nicht durch die Vorbringung von Wünschen oder Klagen in der Gouverneurbesprechung bloßzustellen, b) die Tatsache, daß die Gouverneurbesprechungen vielfach nicht zu greifbaren Ergebnissen führen." (Vermerk vom 1. 4. 1946: StA Münster, Oberpräsidium 7013); ein letzter Hinweis auf diese Konferenzen findet sich in einer Notiz *Schillings* vom 14. 5. 1946 (StA Münster, Oberpräsidium 7013); vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 178f.

3 Siehe Nr. 29.

Zum Generalreferat I:

1. Die Bezeichnung des Generalreferates I sollte heißen: „Innere Verwaltung". Die von Ihnen gewählte Bezeichnung „Provinzialangelegenheiten"[4] könnte nach dem deutschen verwaltungsrechtlichen Sprachgebrauch zu Verwechslungen mit den Angelegenheiten der Provinzialselbstverwaltung (Verwaltung des Provinzialverbandes) führen.

2. Die in Ihrem Schreiben vom 19. d. Mts. für die beiden ersten Abteilungen des Generalreferates I gewählten Bezeichnungen „Oberpräsident" und „Stellvertretender Oberpräsident"[5] sollten an dieser Stelle gestrichen und stattdessen eine Abteilung „Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" eingefügt werden. Eine solche Abteilung ist nötig, weil es eine ganze Anzahl von Angelegenheiten gibt, die in keine der folgenden Unterabteilungen hineinpassen. Die Bezeichnungen „Oberpräsident" und „Stellvertretender Oberpräsident" (letzterer führt im deutschen Verwaltungsrecht die Bezeichnung „Regierungspräsident") sollten an die Spitze des ganzen Organisationsplanes gesetzt werden, weil diesen beiden Beamten sämtliche Generalreferate und Abteilungen unterstehen.

3. Die Abteilung „Presse und Nachrichtenwesen" gehört an sich zum Generalreferat I. Da jedoch für die Leitung dieser Abteilung Herr Dr. *Stricker* von Ihnen bestätigt worden ist, der zugleich das Generalreferat IV – Verkehr – leiten soll, hatte ich vorgeschlagen, die Abteilung „Presse und Nachrichtenwesen" vorläufig diesem Generalreferat zuzuteilen. Falls diese Einteilung Ihnen nicht annehmbar erscheint, wird an der in Ihrem Schreiben vom 19. d. Mts. vorgesehenen Einteilung nichts geändert werden und Dr. *Stricker* wird in seiner Eigenschaft als Leiter der Abteilung „Presse und Nachrichtenwesen" dem Generalreferat I unterstehen.

4. Dem Generalreferat I sollte eine Abteilung „Justitiariat" eingefügt werden. Diese im deutschen Sprachgebrauch übliche Bezeichnung darf nicht so verstanden werden, als ob der für diese Abteilung vorgesehene Beamte irgendeine richterliche Tätigkeit ausüben sollte oder in irgendeinem Zusammenhang stände mit der Justizverwaltung. Er soll vielmehr den Oberpräsidenten beraten in allen Fällen, wo es sich um die Auslegung oder Anwendung von Rechtsnormen handelt, seien es Gesetze und Anordnungen der Militärregierung oder deutsche Gesetze.

5. Dem Generalreferat I sollte ferner eine Abteilung „Kommissar für Wiedergutmachungen" eingefügt werden. Diese Abteilung sollte die zahlreichen Fälle bearbeiten, in denen die Frage zu klären ist, ob und inwieweit die widerrechtlich angerichteten Schäden und Nachteile wieder gutgemacht werden können, die Personen wegen ihrer Rasse, ihres Glaubens oder ihrer politischen Überzeugung durch die Nationalsozialisten erlitten haben.

6. Schließlich sollte dem Generalreferat I noch eine Abteilung „Politische Parteien" oder „Politische Angelegenheiten" beigefügt werden, die die Aufgabe hätte, die Einhaltung und Durchführung der von der Militärregierung erlassenen Richtlinien über politische Betätigung in Westfalen zu überwachen.

4 Laut Anlage A des Schreibens vom 19. 9. 1945.

5 Wie Anm. 4.

Zum Generalreferat V:
Diesem Generalreferat müßte noch eine Abteilung „Domänen" eingefügt werden, die die Verwaltung der staatlichen Landgüter zu führen hätte, die nicht der Wehrmacht gehört haben, sondern von jeher land- und forstwirtschaftlich genutzt (zumeist verpachtet) sind. Da die Zahl dieser Landgüter in Westfalen klein ist, würde es nicht nötig sein, hierfür einen besonderen Abteilungsleiter zu bestellen. Diese Angelegenheiten könnten vielmehr von dem gleichen Beamten besorgt werden, der die Abteilung „Landwirtschaft" leitet.

Zum Generalreferat VII:
Dem Generalreferat VII möchte ich eine Abteilung „Jugendpflege (Landesjugendamt)" einfügen. Hierbei soll es sich in keiner Weise etwa darum handeln, die von den Nazis eingerichteten Jugendorganisationen wieder erstehen zu lassen. Die Abteilung soll sich vielmehr mit der Fürsorge für verwaiste, verwahrloste und uneheliche Kinder befassen. Ich beabsichtige, die Leitung dieser Abteilung einer Frau zu übertragen, deren Namen ich der Militärregierung vorschlagen werde, sobald ich auf mein heutiges Schreiben eine zustimmende Antwort erhalten habe.

Zum Generalreferat VIII:
1. Dem Generalreferat VIII möchte ich eine Abteilung „Volksbildung (Theater, Lichtspielwesen, Allgemeine Volksbildung)" einfügen, die sich vor allem mit dem Theater und Lichtspielwesen zu befassen hätte. Wünschenswert schiene es mir auch, die von den Nazis 1933 aufgelöste „Zentrale für Heimatdienst" wieder zu errichten, die vor 1933 dafür sorgen sollte, daß die Maßnahmen der Regierung dem Volke in richtiger Weise erklärt und verständlich gemacht wurden. Die „Zentrale für Heimatdienst" könnte auch der Abteilung „Presse und Nachrichtenwesen" angegliedert und damit dem Generalreferat I (bzw. IV) eingefügt werden.

2. Die Einrichtung einer Abteilung „Volksschulen" im Generalreferat VIII hat bisher die Genehmigung der Militärregierung nicht erhalten. Ich bitte, diese Entscheidung noch einmal nachzuprüfen. Wie auf allen anderen Gebieten, so scheint es mir auch auf dem Gebiete der Volksschulen notwendig, und zum Zwecke der Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte nützlich, eine solche Abteilung einzurichten. Es ist richtig, daß nach dem früheren Aufbau der deutschen Verwaltung der Oberpräsident in Volksschulangelegenheiten keine Zuständigkeit hatte. Soweit diese Angelegenheiten zentral zu regeln waren, geschah dies durch den Reichserziehungsminister in Berlin. Solange eine deutsche Reichsregierung und auch eine deutsche Zentralregierung für die britische Zone nicht besteht, erscheint es notwendig, die früher vom Reichserziehungsminister besorgten Verwaltungsgeschäfte auf dem Gebiete der Volksschulen für die Provinz Westfalen durch den Oberpräsidenten wahrnehmen zu lassen, wie dies auf allen anderen Gebieten – mit Ausnahme der Justizverwaltung – bereits geschieht. Wie mir berichtet wird, hat die Militärregierung der Nord-Rheinprovinz und auch der anderen Provinzen der britischen Zone die Einrichtung einer Abteilung für Volksschulen beim Oberpräsidium genehmigt.[6] Im Zusammenhang hiermit darf ich ferner darauf hinweisen, daß die Angelegenheiten der Volksschullehrerbildung auch früher schon zur Zuständigkeit des Oberpräsidenten gehört haben. Ich möchte annehmen, daß es nicht Absicht der Militärregierung

6 Vgl. Nr. 30.

ist, diese früher bereits gegebene Zuständigkeit dem Oberpräsidenten zu entziehen, und daß die meiner Abteilung für höhere Schulen mündlich gegebene dahingehende Weisung auf einem Mißverständnis beruht.

Hierbei, wie auch bei der Ausarbeitung des gesamten Reorganisationsplanes habe ich den in Ziffer 5 Ihres Schreibens vom 19. d. Mts. dargelegten Gesichtspunkt beachtet, daß bestimmte zentrale deutsche Verwaltungsbehörden für die gesamte britische Zone gebildet werden sollen. Die Abtretung einzelner Aufgabengebiete an etwa entstehende derartige Zentralstellen wäre nach dem von mir vorgelegten Organisationsplan jederzeit möglich.

Zum Schluß darf ich die Bitte aussprechen, bezüglich derjenigen Punkte, die nicht schon mündlich genehmigt worden sind, mir Ihre Entscheidung recht bald zukommen zu lassen, damit ich die entsprechenden Anordnungen für den Neuaufbau des Oberpräsidiums erlassen und einen Stellenbesetzungsplan vorlegen kann.

Am[elunxen]

33.

2. 10. 1945: Vermerk von Oberpräsident Lehr über ein Gespräch mit dem Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, General Barraclough

Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 42.

Um 11.30 Uhr rief mich Frl. Dr. *Lammers* an, ich möchte in 5 Minuten zu Oberst *Macintyre* kommen. Oberst *Macintyre* forderte mich auf, mit ihm zu Brigadier *Barraclough* zu kommen. Frl. Dr. *Lammers* begleitete mich. Brigadier *Barraclough* forderte mich auf Platz zu nehmen. Vor meinem Platz lag ein Befehl persönlich und vertraulich vom 2. Oktober 1945.[1]

Danach habe ich das Amt des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz sofort zu übernehmen. Die Übernahme erfolgt auf einige Zeit bis zur Ernennung eines Oberpräsidenten auf Dauereinstellung.[2]

Brigadier *Barraclough* fragte, ob ich etwas zu sagen hätte. Ich antwortete: nein. Darauf fragte er, ob ich mir im klaren sei, daß ich innerhalb von 24 Stunden die Geschäfte zu übernehmen hätte und ob ich die Zeit für ausreichend hielte. Ich antwortete: ja.

Ich habe den Raum verlassen und Oberst *Macintyre* um eine kurze Unterredung gebeten. Einleitend machte mich der Oberst darauf aufmerksam, daß er über diese ganze Angelegenheit weder jetzt noch in Zukunft Auskunft geben könne. Ich erwiderte, ich sei persönlich mit Dr. *Fuchs* befreundet und habe ihm mit besten Kräften zu dienen gesucht. Deshalb sei der Gang jetzt für mich ein sehr schwerer. Oberst *Macintyre* erwiderte, daß

1 Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 42; ebd. auch eine Abschrift des Entlassungsschreibens für *Fuchs*.

2 Die formelle Bestätigung *Lehrs* erfolgte Anfang November rückwirkend zum 25. 10. 1945; vgl. auch Nr. 34.

er das vollkommen verstehe, daß auch er und Brigadier *Barraclough* sich das klar machten, daß sie aber auf höheren Befehl handelten.[3] Ich betonte nochmals, daß mir der Weg sehr schmerzlich sei und daß ich ebenfalls einem Befehl gehorche.

3 Zu den Motiven für die Entlassung von *Fuchs* vgl.: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 168f.; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 51; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 781.

34·

9. 10. 1945: Protokoll über eine Besprechung von Arnold (CDP), Glock (SPD) und Skrentny[1] (KPD) mit dem Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, General Barraclough, in Düsseldorf

Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.

Anwesend: General *Barraclough* und sein Stab.
Arnold: Christlich-Demokratische Partei,
Glock: Sozialdemokratische Partei,
Skrentny: Kommunistische Partei.

GENERAL: Wer ist von Ihnen als Sprecher bestimmt?

Antwort: Herr *Arnold.* Frage an *Glock* und *Skrentny:* Ob damit einverstanden? Von beiden bejaht.

GENERAL: Was haben Sie vorzutragen?

ARNOLD: Sprach den Dank aus, daß der General die Möglichkeit zu einer Unterredung gewährt habe. Der Grund für die nachgesuchte Unterredung bestehe in der Neuberufung des Oberpräsidenten für die Nord-Rheinprovinz. Er verwies auf die bereits vorliegende schriftliche Eingabe.[2] Diese Eingabe war nicht zur Hand. *Arnold* überreichte die englische Übersetzung.

GENERAL: Ich bitte um mündlichen Vortrag.

ARNOLD: In der Bevölkerung findet die Frage der Berufung des künftigen Oberpräsidenten ein sehr großes Interesse. Man wünscht eine tüchtige, bewährte und mit der Bevölkerung der Nord-Rheinprovinz aufs engste verbundene Persönlichkeit. Die Vertreter der in der Bildung begriffenen drei großen Parteien haben daher die Frage der Neuberufung eines Oberpräsidenten mit ihren politischen Freunden besprochen. Sie bitten, für die Stelle des Oberpräsidenten Herrn Oberbürgermeister Dr. *Lehr* in Vorschlag bringen zu dürfen.[3] Die Vertreter der drei Parteien tun das in der festen Überzeugung, daß

1 Bei W. KÖHLER, 1961, S. 99 und im Anschluß daran bei W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 53 wird irrtümlicherweise der Kommunist *Waterkorte* als Mitglied der Delegation genannt; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 167 behauptet, eine Delegation unter *Arnold*, der auch *Waterkorte* angehört habe, habe *Lehr* zum Stellvertreter von *Fuchs* vorgeschlagen.

2 Nicht ermittelt.

3 Zur Bestätigung *Lehrs* vgl. Nr. 33, Anm. 2.

1) Dr. *Lehr* die Gewähr für eine ordnungsgemäße und gute Verwaltung bietet und daß

2) Dr. *Lehr* die Gewähr bietet, daß die Verwaltung mit neuem und aktiven Geist erfüllt und daß dieser Geist in seiner Auswirkung auch auf die anderen öffentlichen Verwaltungen übergehen wird, und daß

3) Dr. *Lehr* die Gewähr dafür bietet, daß das politische und soziale Leben und die ganzen Wiederaufbauarbeiten vom Geiste wahrer Demokratie getragen werden, und daß

4) Dr. *Lehr* endlich volle Gewähr dafür bietet, daß die Jugend und die gesamte Bevölkerung im Geiste der Verantwortung der Demokratie und der abendländischen Kultur neu erzogen und gebildet werden wird, und daß endlich

5) Dr. *Lehr* und die hier vertretenen Parteien Bürge dafür sind, daß alle separatistischen Tendenzen, falls solche irgendwo oder irgendwann auftreten sollten, schon im Keime vernichtet werden.

Aus den dargelegten Gründen wären wir dem Herrn General sehr dankbar, wenn der von uns gemachte Vorschlag von der britischen Militärregierung angenommen werden könnte.

GENERAL: Frage an *Glock* und *Skrentny*, ob die Ausführungen von *Arnold* auch von der SPD und KPD gedeckt werden?

GLOCK und SKRENTNY: Bejahen.

GENERAL: Welche Gründe haben Sie, anzunehmen, daß Herr Dr. *Lehr* von dem Mehrheitswillen der rheinischen Bevölkerung getragen wird? Glauben Sie, daß auch die Kölner Bevölkerung damit einverstanden ist?

ARNOLD: Bejaht.

GLOCK: Dr. *Lehr* ist als kommunaler Politiker eine in der Nord-Rheinprovinz bekannte Persönlichkeit. Als Oberbürgermeister von Düsseldorf hat er dazu beigetragen, den Ruf der Stadt auf allen Gebieten des sozialen und kulturellen Lebens zu festigen. Er hat mit den einzelnen Parteien während seiner Amtsführung als Oberbürgermeister stets in loyaler Weise zusammengearbeitet. Er hat schon vor der Machtübernahme durch die Nazis der NSDAP gegenüber eine klare und eindeutige Haltung eingenommen. Diese Haltung hat er in den verflossenen 12 Jahren beibehalten. Er gibt uns die Gewähr dafür, daß er nach demokratischen Grundsätzen sein Amt führen wird. Wir haben die Überzeugung, daß er es an der notwendigen Tatkraft bei der Durchführung der vor uns stehenden schweren Aufgaben nicht fehlen lassen wird.

SKRENTNY: Schloß sich diesen Ausführungen an.

GENERAL: Welche Unterschiede bestehen zwischen SPD, KPD und Christlich-Demokratischer Partei?

GLOCK: In den Tagesfragen stimmen wir weitgehend überein. Als Endziel erstrebt die SPD die Vergesellschaftung der Produktionsmittel in ähnlicher Weise, wie das jetzt in England hinsichtlich der Verstaatlichung des Bergbaues, der Banken usw. beabsichtigt ist.

ARNOLD: Die Christlich-Demokratische Partei empfängt ihre geistige Orientierung aus den Grundlehren des Christentums. Auch sie ist in wirtschaftlicher Hinsicht entschlossen, die großen Monopol- und Konzernbetriebe aufzulösen. In sozialer Hinsicht wird sie für nachdrückliche Gerechtigkeit eintreten.

SKRENTNY: Ich stimme mit dem überein, was Herr *Glock* ausgeführt hat. Wir sind ebenfalls für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In der Vergangenheit sind wir in der Taktik verschiedene Wege gegangen. Wir sind nun aber bestrebt, mit der Sozialdemokratischen Partei wieder zu einer Einheit zu kommen.

GENERAL: Woher wissen Sie, daß Sie den Willen Ihrer Parteimitglieder in der Nord-Rheinprovinz vertreten?

ARNOLD: Wir haben mit unseren Freunden, soweit dies bei den schwierigen Verkehrsverhältnissen möglich ist, Fühlung genommen. Wir sind zu den Verhandlungen mit der Militärregierung beauftragt, einmal, weil Düsseldorf der Sitz der Militärregierung ist und weil zweitens bei Festsetzung von Terminen die Entsendung von auswärtigen Vertretern aus verkehrstechnischen Gründen nicht gut möglich ist.

GLOCK und SKRENTNY: Geben Erklärungen im gleichen Sinne ab.

GENERAL: Wie wurde die Absetzung von Dr. *Fuchs* von der Bevölkerung aufgenommen?

ARNOLD: Die Bevölkerung war wegen der Plötzlichkeit zunächst überrascht. Dann befaßte sie sich ziemlich stark mit der Frage des Nachfolgers.

SKRENTNY: Dr. *Fuchs* hat es unterlassen, sich die Mitarbeit aus den Kreisen der Bevölkerung zu sichern.

GLOCK: Dr. *Fuchs* beobachte eine reservierte Haltung. Es fehlte ihm an dem notwendigen Kontakt mit der Bevölkerung. Es war nicht festzustellen, daß die Absetzung von Dr. *Fuchs* von der Bevölkerung bedauert wurde.

GENERAL: Ich möchte auch einige andere Fragen an Sie stellen. Wie denken Sie über die Behebung der Schwierigkeiten bei der Wiederherstellung der Wohnungen und über die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung?

ARNOLD: Bisher fehlte es an der Möglichkeit, in der Öffentlichkeit über diese Fragen zu der Bevölkerung zu sprechen. Das Ansprechen der Bevölkerung halten wir aber für eine dringende Notwendigkeit. Die Zulassung der Parteien würde diese Aufgabe erleichtern.[4]

SKRENTNY: Es würde eine gute Auswirkung haben, wenn die Möglichkeit gegeben wäre, in öffentlichen Versammlungen zu der Bevölkerung zu sprechen.

GENERAL: Versammlungen können Sie doch abhalten. Was wollen Sie denn in diesen Versammlungen sagen?

SKRENTNY: 1) Daß die vorliegenden Schwierigkeiten Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft sind, 2) daß die Militärregierung von sich aus ihr möglichstes tut, uns in der Beseitigung der Schwierigkeiten zu unterstützen. 3) Daß die Bevölkerung selbst Hand anlegen muß, um neuen Wohnraum zu schaffen.

GLOCK: Bei der Beseitigung der Wohnungsnot handelt es sich um eine Frage der Materialbeschaffung und der Erfassung der notwendigen Arbeitskräfte. Die Materialbeschaffung ist in erster Linie eine Transportfrage. Vor allem mangelt es an Brennstoff. Bei den Arbeitskräften ist festzustellen, daß zu wenig Bauhandwerker zur Verfügung stehen. Mit dem Arbeitsamt werden Beratungen geführt, um weitere Facharbeiter und Hilfsarbeiter

4 Im Gegensatz zu anderen Städten der britischen Zone zögerte die örtliche Düsseldorfer Militärregierung die offizielle Zulassung von Parteien lange hinaus; vgl. D. HÜWEL, 1980, S. 64f.

aus dem Kreise der vorhandenen Arbeitskräfte herauszuziehen. Außerdem sollen den Baubüros Ausschüsse aus der Bürgerschaft zugeteilt werden, die auf die Reihenfolge der zu reparierenden Wohnungen und eine sparsame Materialverwendung Einfluß nehmen.

GENERAL: Dankt dafür, daß er Gelegenheit gehabt hat, mit den Vertretern der drei großen Parteien diese Aussprache zu führen. Er setzt voraus, daß es richtig ist, daß die Vertreter die Mehrheit der Parteimitglieder in der Nord-Rheinprovinz vertreten, sonst könne er dazu künftighin das Vertrauen nicht mehr haben.

Er führt dann weiter aus, daß es darauf ankomme, ob die Bevölkerung die notwendige Improvisationsgabe besitzt. Den Deutschen fehle im allgemeinen diese Eigenschaft. Wenn sie nicht zu improvisieren verstünden, dann würde es in den kommenden Wintermonaten recht schwer werden. Er sei kürzlich in England auf Urlaub gewesen. Die englische Bevölkerung lebe jetzt schlechter als im Kriege. Sie frage sich mit Recht warum, denn schließlich habe England doch den Krieg gewonnen. Der General bat, diese Gedanken bei den künftighin abzuhaltenden Versammlungen der Bevölkerung nahezubringen. Es seien jetzt neue Richtlinien für die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen herausgekommen. Die Anträge müßten bei der Militärregierung aber mindestens acht Tage vor dem Termin gestellt werden.

ARNOLD: Dankt dem Herrn General für die gewährte Unterredung und für seine Erklärungen. Er versichert, daß die drei hier vertretenen Parteien bestrebt sein werden, zwischen der deutschen Bevölkerung und der britischen Militärregierung ein gutes Vertrauensverhältnis herzustellen.

35.

9. 10. 1945: Protokoll der Dienstversammlung der Bürgermeister des Kreises Cloppenburg in Cloppenburg (Auszug)

Archiv des LWL, II K 265. Abschrift. Zeit: 9.30–12.00 Uhr.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landrat wurde in die Tagesordnung eingetreten.

[...][1]

3. Staatsvertrag: Oldenburg – Braunschweig – Hannover.[2]

Die Bürgermeiter brachten sodann die Sprache auf den Ende September des Jahres [unterzeichneten] und inzwischen bekannt gewordenen Staatsvertrag zwischen Hannover, Oldenburg und Braunschweig betr. Wahrnehmung der Reichsaufgaben. Allgemein

1 Die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung fehlen in der vorliegenden Abschrift.

2 Staatsvertrag zwischen der Provinz Hannover und den Ländern Oldenburg und Braunschweig vom 28. 9. 1945 über die gemeinsame Wahrnehmung der Reichsaufgaben; Druck: URSACHEN UND FOLGEN XXIV, S. 158–160; der Staatsvertrag, der bereits frühzeitig ein einheitliches Verwaltungsgebiet „Niedersachsen" unter Führung Hannovers geschaffen hätte, wurde von der Militärregierung Hannover nicht genehmigt; stattdessen wurde ein Gemeinschaftsrat unter dem Vorsitz des hannoverschen Oberpräsidenten angeordnet; vgl. hierzu: U. SCHNEIDER: Niedersachsen 1945/46, 1984, S. 111f.; T. VOGELSANG, 1963, S. 52–62; zur Reaktion auf diesen Staatsvertrag in Westfalen vgl. die Nrn. 36, 38.

wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß der Vertrag im Endergebnis eine Aufgabe der Selbständigkeit der Länder Oldenburg und Braunschweig sowie ihr Aufgehen in Hannover bezwecke. Diese Lösung schaffe kein homogenes Staats- und Verwaltungsgebilde. Die Bevölkerung, soweit sie von dem Vertragsinhalt Kenntnis erlangt habe, sei bereits sehr beunruhigt. Man sei erstaunt, daß das Staatsministerium in Oldenburg den Vertrag unterzeichnet habe, ohne sich vorher über den Willen der Bevölkerung zu vergewissern und damit den von ihm nach seinen bisherigen Verlautbarungen gewollten Grundsätzen der Demokratie entgegenhandle. Der Vertrag entspreche nicht dem Willen der eingesessenen Bevölkerung des Kreises Cloppenburg. Man verschließe sich nicht der Notwendigkeit, in Deutschland bis zur Wiederkehr einer einheitlichen Reichsverwaltung größere Verwaltungsgemeinschaften mit den bisherigen Aufgaben und Befugnissen der Reichsregierung zu schaffen. Dies geschehe aber im nordwestdeutschen Raum zweckmäßig durch die Zusammenfassung aller unter englischer Militärverwaltung stehenden Länder und Provinzen. Eine solche Regelung erleichtere auch der Militärregierung ihre Arbeit. Daneben könne ebenfalls eine provinzielle Neuaufgliederung entsprechend den geschichtlichen, stammesmäßigen, kulturellen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Erfordernissen unter Berücksichtigung des Willens der Bevölkerung vorbereitet werden. Der Ende September unterzeichnete Vertrag nehme eine solche regionale Neuordnung vorweg, die zudem für größere Gebietsteile, nicht nur für den Kreis Cloppenburg untragbar sei.[3] Man wolle aber offenbar in Hannover vollendete Tatsachen für die Zukunft schaffen. Darüber könne der Fortfall der im Entwurf vorgesehenen Präambel nicht hinwegtäuschen. Dem Willen der Bevölkerung werde man nur gerecht, wenn der Kreis künftig dem Raum Westfalen zugeteilt werde. Mit diesem sei der Kreis wie auch der Nachbarkreis Vechta, das Emsland und der überwiegende übrige Teil des Regierungsbezirks Osnabrück durch die stammesmäßige Eigenart der Bevölkerung sowie durch wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen aufs engste verbunden. Leider sei 1803 durch den Gewaltakt des Reichsdeputationshauptschlusses von Regensburg die seit 1400 vorhanden gewesene staatliche Verbindung mit Westfalen gelöst und der Kreis dem Lande Oldenburg zugeteilt worden, in dem er sich nie heimisch gefühlt habe.

Es wurde sodann einstimmig folgende Entschließung gefaßt:[4]
Wir, die Bürgermeister des Kreises Cloppenburg nehmen mit Befremden Kenntnis von dem zwischen dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover und den Ministerpräsidenten der Länder Oldenburg und Braunschweig abgeschlossenen „Staatsvertrag" betr. Wahrnehmung der Reichsaufgaben.

Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß die am Vertragsabschluß beteiligten Personen ohne Auftrag der betroffenen Bevölkerung oder ihrer Vertreter und daher entgegen den demokratischen Prinzipien gehandelt haben.

Wir sind der Auffassung, daß der Vertrag keine Rechtsgültigkeit hat.

3 Von seiten der Bürgermeisterversammlung des Kreises Vechta liegt eine Entschließung mit ähnlicher Tendenz vor (HStA Düsseldorf, NW 22–1261; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21); Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 8, zu d.

4 Druck der folgenden Entschließung: K. ZUHORN, 1955, Anlage 8, zu c.

Wir erkennen als notwendig an, daß bis zur Wiedereinsetzung einer Reichsregierung ihre Aufgaben und Befugnisse von einer Verwaltungsstelle übernommen werden, deren Zuständigkeit sich über ein größeres Gebiet als das eines Landes oder einer Provinz zu erstrecken hat. Zu dem Zwecke erscheint es uns aber geboten, eine Zusammenfassung aller zur Zeit der englischen Militär-Regierung unterstehenden Länder und Provinzen anzustreben, nicht bloß der Provinz Hannover sowie der Länder Braunschweig und Oldenburg.

Vor allem wenden wir uns gegen die aus dem Gesamtinhalt des Vertrages eindeutig zu entnehmende Absicht, Oldenburg und damit auch den Kreis Cloppenburg in ein Land oder eine Provinz „Niedersachsen" aufgehen zu lassen. Einen einheitlichen Begriff Niedersachsen in dem im Vertrage vorausgesetzten Umfange gibt es weder geschichtlich, wirtschaftlich, kulturell noch stammesmäßig.

Der Kreis Cloppenburg insbesondere hat keine engeren Beziehungen zu einem durch den Vertragsschluß offenbar angestrebten endgültigen Staats- oder Verwaltungsgebilde, dessen Schwergewicht in Hannover liegt.

Demgegenüber entspricht eine Verbindung des Kreises mit Westfalen mehr dem Gesamtinteresse und dem Willen der Bevölkerung, ganz abgesehen davon, daß sie auch geschichtlich und stammesmäßig begründet ist.

Den Bestrebungen, die auf eine Wiederherstellung der im Jahre 1803 gelösten Jahrhunderte langen Verbindung des Kreises mit Westfalen gerichtet sind, können wir die Berechtigung daher nicht absprechen. Wir halten es allerdings für richtiger, wenn eine Verwirklichung dieser Bestrebungen in dem größeren Rahmen einer provinziellen Neugliederung des deutschen, zumindest des nordwestdeutschen Raums erfolgt.

[...][5]

Zur Beglaubigung:
gez. Dr. *Ostmann* gez. *Creybohm*

5 Die weiteren Punkte der Tagesordnung fehlen in der vorliegenden Abschrift.

36.

16. 10. 1945: Oberpräsident Amelunxen an Oberpräsident Kopf (Hannover)

HStA Düsseldorf, NW 53–525. Abschrift.[1] Hs. Vermerke. Eingangsstempel vom 19. 10. 1945.

Von verschiedenen Seiten ist mir in jüngster Zeit die Nachricht zugegangen, daß über die verwaltungsmäßige Wahrnehmung gewisser Aufgaben in der Provinz Hannover und in den Ländern Oldenburg und Braunschweig an dortiger Stelle Verhandlungen schweben, die eine Vereinfachung und Zusammenfassung zum Ziele haben sollen.[2] Ich wäre Ihnen

1 Vorliegend eine Abschrift für Oberpräsident *Lehr*; weitere Abschriften gingen an Oberpräsident *Steltzer* in Kiel und an den Regierenden Bürgermeister von Hamburg, *Petersen*.

2 Vgl. Nr. 35, Anm. 2.

für eine baldige Information außerordentlich dankbar, die mich in die Lage versetzen würde, die Tragweite der dortigen Bestrebungen und die etwaige Auswirkung auf die Provinz Westfalen zu übersehen.[3] Gegebenenfalls würde ich es für wünschenswert halten, auch mit den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz und der Provinz Schleswig-Holstein sowie mit dem Regierenden Bürgermeister in Hamburg in Verbindung zu treten.

gez. Dr. *Amelunxen*

3 Bereits vor Bekanntwerden des Staatsvertrags zwischen Hannover, Oldenburg und Braunschweig hatte man allerdings auch westfälischerseits damit begonnen, den Anschluß altwestfälischer Stammesgebiete, d.h. insbesondere Osnabrücks, ins Auge zu fassen; vgl. Nr. 19 mit Anm. 6.

37.

19. 10. 1945: Bericht des Vorsitzenden des Bezirks Niederrhein, Gnoß, über eine Sitzung der Vorstände der SPD-Bezirke Obere Rheinprovinz und Niederrhein in Düsseldorf[1]

HStA Düsseldorf, RW 164–624.

Anwesend waren: *Zöllig*, *Reifferscheidt*, *Gnoß*, *Marx*, später erschienen: *Stöver*, *Görlinger*.

Der Sitzung war eine gemeinsame Sitzung der Bezirksvorstände Niederrhein und Oberrhein vorausgegangen.[2] In dieser Sitzung erhoben die Genossen aus Köln die Forderung, an Stelle des Genossen *Stöver* den Genossen *Görlinger* als Vizepräsident und [Leiter] des Dezernats „Allgemeine Verwaltung" vorzuschlagen. Der Bezirksvorstand Niederrhein lehnte diese Forderung ab. Eine Einigung war nicht möglich. Es wurde beschlossen, die Mitglieder des Landesvorstandes sollten zusammentreten, um eine Klärung herbeizuführen. Zu diesem Zweck trat der Landesvorstand am 19. 10. zusammen.[3] Die Genossen *Stöver* und *Görlinger* nahmen an der Sitzung zunächst nicht teil. Auch in dieser Sitzung beharrten die Genossen *Reifferscheidt* und *Marx* auf die Forderung der Kölner Genossen. *Zöllig* führte aus, daß der SPD bei der Regierung Rheinland-Nord bisher drei Ministerien in Aussicht gestellt worden seien[4] und daß die Genossen des Bezirks Niederrhein der Auffassung seien, daß entsprechend der Bedeutung des Bezirks Niederrhein dieser zwei und die Genossen aus Köln einen Vorschlag zu machen hätten. Genossen *Reifferscheidt* und *Marx* vertraten den umgekehrten Standpunkt. Nach ihrem Vorschlag sollte Köln zwei und Düsseldorf einen Vorschlag machen. Sie erklärten, Genosse *Kuske* könne nicht

1 Vgl. bes. Nr. 39.

2 Hierzu konnte nichts Näheres ermittelt werden.

3 Dies war die erste Sitzung des SPD-Landesvorstands für die Nord-Rheinprovinz.

4 Als Gegenleistung für die Unterstützung seiner Kandidatur als Oberpräsident (vgl. Nr. 34) stellte *Lehr* der SPD die Abteilungen Allgemeine Verwaltung, Wirtschaft und Volkswohlfahrt in Aussicht (vgl. den Bericht eines der SPD nahestehenden Mitarbeiters im Oberpräsidium vom 6. 11. 1945: DGB-Archiv, NL Hansen 10).

als Kölner Genosse betrachtet werden. Er sei eine politische und fachliche Persönlichkeit von einem solchen Ausmaße, daß er nicht nur als Kölner, sondern als Vorschlag beider Bezirke gewertet werden müsse. *Kuske* sei auch nicht von Köln, sondern von Düsseldorf vorgeschlagen worden.[5] Köln hätte dann noch einen und Düsseldorf ebenfalls einen zu benennen. Köln schlage den Genossen *Görlinger* vor als Vizepräsident, der zugleich auch das Amt „Allgemeine Verwaltung" übernehmen sollte.[6] *Stöver* solle das Sozialamt übernehmen.[7] *Görlinger* sei der Mann, der die Qualifikation für dieses Amt besitze. Er sei der anerkannte Kommunalpolitiker, der weit über die Kölner Grenzen hinaus dafür bekannt sei.

Zöllig vertrat den Standpunkt, daß, wenn *Kuske* nicht als Genosse des Kölner Bezirks gelten solle, dann die Düsseldorfer mit demselben Recht dies auch bezüglich des Genossen *Stöver* sagen könnten. Er wies darauf hin, daß der Vorschlag *Kuske* tatsächlich von den Kölner Genossen gemacht worden sei. Aber wenn man auch unterstellen wolle, die Kölner Genossen hätten den Vorschlag nicht gemacht, so bliebe doch die Tatsache bestehen, daß *Kuske* Mitglied der Kölner Bezirksorganisation sei, genau wie *Stöver* Mitglied der Düsseldorfer Bezirksorganisation sei. Bezüglich der Qualifikation der in Frage kommenden Genossen ständen die Genossen des Bezirks Niederrhein auf dem Standpunkt, daß der Genosse *Stöver* mindestens so qualifiziert für dieses Amt sei wie der Genosse *Görlinger*. Die Genossen des Bezirks Niederrhein vertraten die Auffassung, daß, wenn das Amt des Vizepräsidenten mit dem Dezernat „Allgemeine Verwaltung" verbunden bleibe, der Genosse *Stöver* für dieses Amt in Frage komme. Solle es aber so kommen, daß *Stöver* das Amt des Vizepräsidenten und das Derzernat „Sozialamt" erhalte, behielten sich die Düsseldorfer Genossen das Recht vor, für das Amt „Allgemeine Verwaltung" einen Vorschlag zu machen. In ersterem Falle würden die Düsseldorfer einen anderen Genossen für das Sozialamt in Vorschlag bringen, um *Stöver* für das Amt „Allgemeine Verwaltung" frei zu bekommen.

Genosse *Reifferscheidt* machte nun einen Vorschlag, den er einen Vermittlungsvorschlag nannte. Er schlug vor, daß Genosse *Kuske* als Vorschlag beider Bezirke gelten solle. *Stöver* sollte das Amt des Vizepräsidenten und das Sozialamt übernehmen. *Görlinger* solle das Amt „Allgemeine Verwaltung" übernehmen. Er meinte, das sei doch ein Vorschlag, der den guten Willen der Kölner Genossen beweise. Wenn *Zöllig* auch dies noch ablehne, dann zeige das, daß er nicht den guten Willen und nicht das Parteiinteresse im Auge habe. Er gab in diesem Zusammenhange auch zu, daß die Qualifikation der beiden Genossen *Stöver* und *Görlinger* gleich zu stellen sei.

---

5 Zur Frage der Nachfolge *Kuskes* in der Abteilung Wirtschaft vgl. Nr. 5, Anm. 5.

6 Anfang November 1945 wurde *Wandersleb* (CDU) zum Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung ernannt; dies rief bei der SPD heftige Erregung hervor, zumal darüber hinaus bekannt wurde, *Lehr* habe die Absicht, die Abteilung Wirtschaft dem Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, *Wilden*, zu übertragen; vgl. den in Anm. 4 genannten Bericht, der in revidierter Form am 13. 12. 1945 von *Görlinger* an *Schumacher* übermittelt wurde (AdsD, NL Schumacher J 8); in diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß die Militärregierung dem Oberpräsidenten – vermutlich auf dessen Gesuch hin – am 6. 11. 1945 die Erlaubnis erteilte, *Kuske* zum stellvertretenden Leiter der Abteilung Wirtschaft zu ernennen (HStA Düsseldorf, NW 53–359).

7 Vgl. Nr. 30, Anm. 3; *Stöver* war bereits am 8. 9. 1945 auf einer Vorstandssitzung des SPD-Bezirks Niederrhein als voraussichtlicher Leiter der Abteilung Volkswohlfahrt angekündigt worden (HStA Düsseldorf, RW 164–624).

Genosse *Zöllig* legte dar, daß das, was Genosse *Reifferscheidt* einen Vermittlungsvorschlag nenne, abgesehen von der Frage des Vizepräsidenten, doch nicht anderes sei, als das, was die Kölner Genossen zu Anfang der Sitzung vorgeschlagen hätten, wonach Düsseldorf einen und die Kölner Genossen zwei Ministerien zu besetzen hätten. Er frug, mit welchem Recht und welcher stichhaltigen Begründung die Kölner Genossen eine solche Forderung an die Düsseldorfer Genossen stellten. Nachdem sie doch ausdrücklich anerkannt hätten, daß die bisher genannten Genossen *Stöver* und *Görlinger* bezüglich ihrer Qualifikation gleichzustellen seien, müsse den Düsseldorfer Genossen doch auch zuzutrauen sein, daß sie für das zweite Amt einen qualifizierten Vorschlag bringen würden. Die Frage, wer den zweiten Sitz erhalten solle, müsse nach der regionalen Bedeutung erledigt werden. Dem Bezirk Niederrhein mit seinen 10 Großstädten, seiner überragenden Bedeutung in bezug auf Industrie und Bevölkerungszahl und demzufolge doch auch wohl der Organistionsstärke ein solches Angebot zu machen, sei unbillig und mit nichts zu begründen. Wenn der Bezirk Niederrhein den Genossen aus Köln den Vorschlag gemacht habe zwei zu eins und daneben den Kölner Genossen auch noch die Besetzung einer wichtigen und einflußreichen Position zuerkannte, so sei das doch genug Beweis dafür, daß auf unserer Seite der Wille zur Verständigung vorhanden sei, daß aber die Kölner Genossen die Verständigung nicht wollten.

Der Genosse *Marx* drohte jetzt damit, daß er sein Amt als Mitglied des Landesvorstandes niederlegen wolle. Genosse *Reifferscheidt* drohte damit, daß die Kölner Genossen den Vorschlag *Kuske* zurückziehen würden, dann müsse Düsseldorf den Genossen *Kuske* vorschlagen, dann hätte Düsseldorf ja zwei und Köln mit *Görlinger* nur einen Sitz.

Genosse *Zöllig* erwiderte, daß sich auch durch ein solches Manöver an der Tatsache nichts ändern würde. Auch dann noch sei *Kuske* ein Genosse des Kölner Bezirks. Sollten sich aber dadurch unerfreuliche Konsequenzen ergeben, so hätten die Kölner Genossen dafür die Verantwortung zu übernehmen und nicht die Genossen des Bezirks Niederrhein, die sich von rein sachlichen Gesichtspunkten hätten leiten lassen. Überhaupt solle man es unterlassen, mit Drohungen, beleidigenden Redewendungen und Schulmeistereien zu opponieren; dies sei der Sache nicht dienlich und der Partei nicht würdig.

Genosse *Reifferscheidt* schlug nunmehr vor, daß man die Sache an die beiden Bezirksvorstände zurückverweisen solle. Es solle dann in geheimer Abstimmung entschieden werden.

Zöllig erwiderte, daß auch das keine befriedigende Entscheidung bringen würde. Er glaube, daß das Abstimmungsergebnis eins zu eins sein würde.

Reifferscheidt war davon überzeugt, daß es anders kommen würde und drückte sich derart bestimmt aus, daß man glauben konnte, er habe bestimmte Zusagen, was mich umsomehr veranlaßte, eine Abstimmung in den Bezirksvorständen abzulehnen, nicht weil ich ernstlich daran glaubte, daß Genosse *Reifferscheidt* eine solche Zusage habe oder daß ein Mitglied des Bezirksvorstandes des Bezirks Niederrhein sich dazuhergeben würde, den durch nichts gerechtfertigten Forderungen der Kölner Genossen zum Siege zu verhelfen, sondern, weil ich derartige Manöver für unwürdig und parteischädigend halte.

Nunmehr schlug Genosse *Reifferscheidt* vor, es solle festgestellt werden, welcher Bezirk die meisten Mitglieder habe. Als Maßstab für den Mitgliederbestand solle gelten der

Betrag, der anteilig an die Genossen in Hannover abgeführt würde. Ich erklärte, daß ich es ablehne, ein Wettlaufen auf diesem Gebiet mitzumachen. Den Maßstab für die Bedeutung der beiden Bezirke hatte ich schon dargelegt (siehe oben). Die Mitgliedschaft unseres Bezirks würde es nicht verstehen, wenn wir uns auf solche Manöver einließen. Mit Recht würden sie uns Vorwürfe machen, und so würde ein Eingehen auf solche Vorschläge nur Unruhe und Unzufriedenheit in die Mitgliedschaft bringen. (Ich lehnte es aber auch darüber hinaus noch ab, weil mir der Genosse *Görlinger* in Hannover mitteilte, daß im Kölner Bezirk gestaffelte Beiträge erhoben würden.)

Nunmehr drohte Genosse *Reifferscheidt* damit, daß die Kölner Genossen für sich allein ihre Vorschläge bei der Regierung Rheinland Nord und der Militärregierung machen würden. Düsseldorf könne dann ja auch für sich allein Vorschläge machen. Wir würden dann ja sehen, wie weit wir kämen.

Zöllig erwiderte, daß er bedauern würde, wenn es so weit käme. Die Stärke der Partei habe immer darin bestanden, daß sie nach außen hin geschlossen aufgetreten sei. Wenn die Kölner Genossen glaubten, die Verantwortung für ein solches Verhalten übernehmen zu können, so könne sie niemand hindern; wir ließen uns aber durch solche Drohungen nicht beeindrucken.

Auf die Frage des Genossen *Reifferscheidt*, wie ich mir denn nun die Erledigung der Angelegenheit vorstelle, erwiderte ich, daß ich nicht erwartet hätte, daß die Kölner Genossen auf ihre unbilligen Forderungen bestehen würden. Ich sähe keine andere Möglichkeit, als daß sich nunmehr wieder die beiden Bezirksvorstände mit der Angelegenheit befassen müßten. Ich hoffte, daß auf dieser breiteren Grundlage doch eine Einigkeit erzielt werden könnte.

Der Genosse *Reifferscheidt* erklärte, daß er dann den Mitgliedern des Bezirksvorstandes einen schriftlichen Bericht über die Sitzung unterbreiten würde.

Genosse *Zöllig* erklärte, dies von sich aus auch zu tun.

Jetzt erschienen auch die Genossen *Stöver* und *Görlinger* in der Sitzung. Sie ließen sich kurz das Ergebnis der Sitzung mitteilen. Leider erging sich dann auch Genosse *Görlinger* in beleidigenden Redensarten über den Bezirk Niederrhein, der immer quergetrieben und gespalten habe und nur, weil Genosse *Stöver* auf die Vorwürfe nicht einging und rein sachlich Stellung nahm, gelang es, die Sitzung zu einem erträglichen Ende zu führen. Er betonte, daß Kräfte am Werk seien, die den Landeshauptmann auch im neuen Deutschland erhalten wissen wollten. Er wolle sich eventuell dafür einsetzen, daß der Bezirk Niederrhein, obwohl er auch einen Experten für dieses Amt habe, den Genossen *Görlinger* in Gemeinschaft mit den Kölner Genossen in Vorschlag bringen werde. Im übrigen machte sich Genosse *Stöver* den Vorschlag des Genossen *Zöllig* zu eigen, wonach die beiden Bezirksvorstände erneut zu der Frage der Ämterbesetzung beim Oberpräsidium Stellung nehmen sollen. Aber auch er war der Meinung, daß eine Abstimmung keine im Interesse der Partei liegende Lösung der Frage bringen könne.

Die Genossen *Reifferscheidt* und *Marx* waren während der ganzen Sitzung sehr erregt und nervös. Sie unterbrachen mich fortwährend, während ich sie ruhig aussprechen ließ. Sie drohten fortwährend mit allen möglichen Maßnahmen, ergingen sich in für mich beleidigenden Redensarten und Bewertungen. Ich mußte sie wiederholt bitten, doch das

Drohen, das Schulmeistern und die beleidigenden Redewendungen beiseite zu lassen, da das der Sache nicht dienlich sei, und ich doch lediglich den sachlich absolut berechtigten Standpunkt des Bezirks Niederrhein zu vertreten habe und dies auch rein sachlich ohne jede Drohung und ohne jede Schärfe, geschweige beleidigenden Redewendungen getan hätte. Leider nutzte dies alles nichts. Ich hoffe gern, daß diese erste Sitzung des Landesvorstandes kein Schulbeispiel für künftige Sitzungen ist.[8] Das läge nicht im Interesse der Partei, lähmt uns vielmehr bei der Lösung der gewaltigen Aufgaben, die wir als Sozialdemokraten im neuen Deutschland zu erfüllen haben.

8 Eine weitere Sitzung des SPD-Landesvorstands Nord-Rheinprovinz, auf der ebenfalls personalpolitische Fragen erörtert wurden, fand am 23. 11. 1945 statt; vgl. Nr. 42.

38.

20. 10. 1945: Der Bürgermeister von Goldenstedt, Egbring (Goldenstedt), an Oberpräsident Amelunxen

HStA Düsseldorf, NW 22–1261. Ausfertigung. Hs. Vermerk: „Vertraulich". Paraphe Strickers.

Es tut mir leid, daß ein eingehender Bericht über unsere Tätigkeit bezüglich des Staatsvertrages und des Zusammenschlusses von Ländern Ihnen nicht eher zugehen konnte.[1] Aber unsere Inanspruchnahme war in der letzten Zeit außerordentlich, zumal die Durchführung der Gemeindevertretungen und des Kreistages außerordentlich sorgfältig vorgenommen wurde, da es sich eben um den ersten Versuch handelte. Ich habe gestern einen Bericht über den Kreistag für die Presse an Herrn Baron *von Oer* gesandt, aus dem zugleich zu ersehen war, daß der Kreistag sofort wegen des Staatsvertrages interpelliert wurde, so daß er besprochen werden mußte.

Bezüglich des Staatsvertrages und der damit im Zusammenhang stehenden Gedanken und Bemühungen darf ich Ihnen noch folgendes mitteilen: Nach meiner Rückkehr von Westfalen habe ich ein kurzes Expose, das ich in englischer Sprache beilege – den deutschen Text habe ich im Moment nicht einmal, aber Herr Oberbürgermeister *Zuhorn* besitzt ihn – dem Herrn Obersten *Betteley* überreicht.[2] Es kam gerade zur rechten Zeit, denn der Gouverneur des Landes Oldenburg, Oberst *Dillon*, wurde erwartet. Ich wurde mit dem Herrn Landrat Dr. *Siemer*[3] zu einer Besprechung zugezogen, wobei der Oberst auf den Staatsvertrag zu sprechen kam und uns längere Darlegungen machte, die darauf hinausliefen, daß es sich hier nicht um einen politischen Zusammenschluß, sondern nur

1 Vgl. die Nrn. 35, 36.

2 Möglicherweise ist hiermit die von *Egbring* stammende Denkschrift vom 8. 10. 1945 „Darstellung der stammesmäßigen, geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Gebiet um Ems und Hase" gemeint (StA Münster, Oberpräsidium 4868).

3 Landrat des Kreises Vechta.

um eine Maßnahme zur praktischen Durchführung der Anweisungen der Heeresgruppe Hannover handele.

Als wir dem Herrn Oberst dann die Zusammenhänge erklärten und die wirklich viel weitergehenden Tendenz dargelegt hatten, wurde er sehr interessiert. Wir haben fast zwei Stunden mit ihm verhandelt. Er hat uns fest zugesagt, daß er unsere Gedanken, Befürchtungen und Mitteilungen in Hannover mit allem Nachdruck vorbringen würde.[4]

Inzwischen hat auch die Bürgermeisterversammlung des Kreises Vechta zu der Frage Stellung genommen und einstimmig eine Resolution angenommen, die ich Ihnen gleichfalls beilege. Der Kreis Cloppenburg hat gleichfalls eine Resolution angenommen, die in der Sprache schärfer ist.[5]

Mittlerweile haben der Herr Landrat Dr. *Siemer* und ich weiter verhandelt mit dem Herrn Landrat Graf *von Galen* in Lingen und dem Landrat in Meppen, die sich uns völlig anschließen. Sie werden ihrerseits mit den benachbarten Kreisen sprechen und haben mich gebeten, eine gemeinsame Konferenz der interessierten Landräte einzuberufen, sowie einige andere interessierte Herren zuzuziehen, die weiteren Schritte vorzubereiten.

Ich hoffe, am Mittwoch, den 24. Oktober, in Münster zu sein, um mit Ihnen und den anderen Herren weiter zu verhandeln.

Mit den verbindlichsten Grüßen
Ihr sehr ergebener
Egbring

4 Nicht zuletzt könnte dieses Gespräch die Engländer in ihrer negativen Haltung gegenüber dem Staatsvertrag bestärkt haben (vgl. Nr. 35, Anm. 2).

5 Nr. 35 mit Anm. 3.

39.

2. 11. 1945: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an den Mitarbeiter im „Büro Schumacher", Kriedemann (Hannover)

AdsD, NL Schumacher J 8. Ausfertigung.

Lieber Genosse *Kriedemann*!

Besten Dank für Deinen Brief[1], der mich in dem Augenblick erreichte, da die Angelegenheit mit den Düsseldorfer Genossen wahrscheinlich vor dem Abschluß steht.[2] Deinen Eindruck, daß das eine sehr unerfreuliche Angelegenheit ist, teile ich und gleich-

1 Schreiben *Kriedemanns* nicht ermittelt.

2 Vgl. Nr. 37 mit Anm. 4–6.

falls meine Freunde vom Oberrhein und wahrscheinlich auch ein Teil der Genossen vom Niederrhein. Derartige Auseinandersetzungen – und das habe ich den Genossen vom Niederrhein schon zum Ausdruck gebracht – sind die Fortsetzung der unerfreulichen Parteiverhältnisse in Düsseldorf vor 1933.

Du wirst selbst gemerkt haben, daß sachliche Gesichtspunkte im wesentlichen nur von den Genossen vom Oberrhein vertreten wurden und wir bemühen uns ernstlich, uns auch weiterhin nur von diesen sachlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Ich persönlich bin an der ganzen Angelegenheit desinteressiert, was die Stellung selbst angeht, doch kann sich keiner der Ansicht verschließen, daß gerade die Stelle für die INNERE VERWALTUNG von einem unserer Genossen besetzt werden muß, der eine klare Übersicht über die damit im Zusammenhang stehenden weiteren Besetzungen haben muß. Ohne mich da besonders hervorzuheben, kann ich ohne weiteres erklären, daß ich diese Übersicht habe und zwar nicht deshalb, weil ich vielleicht intelligenter bin als beispielsweise die Düsseldorfer Genossen, sondern weil ich auf Grund meiner Entwicklung in der Parteiarbeit gerade dieses Arbeitsgebiet als meine Domäne betrachtet und bearbeitet habe. Meine Tätigkeit in der Partei sollte mich von dem Verdacht bewahren, in eigener Angelegenheit besonders wirksam zu sein. Es ist lediglich das Interesse der Partei, was Anfang und Ende meiner Arbeit ist, und Ihr könnt Euch darauf verlassen, daß ich mit der Besetzung dieser Stelle nur und ausschließlich das Interesse der Partei im Auge habe. Die Parteiarbeit werde ich nicht vernachlässigen, sondern im Gegenteil bin ich entschlossen, nicht nur den Vorsitz im Parteibezirk Oberrhein zu behalten, sondern ihn auch mit der bisherigen Aktivität auszuüben. Würde ich das nicht können, dann wäre für mich die Besetzung der Stelle in Düsseldorf an sich schon gegenstandslos.[3]

Über die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit wird Dir noch ein abschließender Bericht zugehen.

Ich danke Dir für Dein persönliches Interesse und ich freue mich, daß auch Du zu den Genossen zählst, die innerlich so stark mit der Partei verwachsen sind, daß sie sich um solche Angelegenheiten im ausgleichenden Sinne bemühen und bestätigen Dir, daß ich solchen Ratschlägen immer zugänglich bin.

Mit freundlichen Grüßen!

R. *Görlinger*

3 Angesichts des Ziels britischer Besatzungspolitik, die aktive politische Betätigung von Beamten zu unterbinden, erscheint diese Forderung *Görlingers* illusorisch; vgl. – auch zur Kritik der deutschen Seite an dieser Praxis der Engländer – U. Reusch: Berufsbeamtentum, 1985, bes. S. 157, 240–274.

40.

12. 11. 1945: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz

HStA Düsseldorf, NW 53–312. Entwurf. Hs. Korrekturen. Anweisungen für die Kanzlei.

Unter Bezugnahme auf meinen mündlichen Vortrag über die Ernennung eines ständigen Stellvertreters bitte ich, folgendes ergänzend vortragen zu dürfen.

Die Regierung der Nord-Rheinprovinz hat im Gegensatz zu früher weder einen Provinzial-Landtag noch einen Provinzial-Ausschuß. Solche oder ähnliche Institutionen können auch erst geschaffen werden, wenn die erforderlichen Wahlen stattgefunden haben. Da aber bis zur Vornahme dieser Wahlen noch eine längere Zeit vergeht und die Nöte dieses Winters eine enge Fühlungnahme mit der Bevölkerung wünschenswert erscheinen lassen, bitte ich zwei von mir vorgesehenen Maßnahmen Ihre Zustimmung zu geben.

1. Ich werde der Militärregierung einen vorläufigen Provinzialrat[1] vorschlagen, der aus Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst besteht. Unter Wirtschaft verstehe ich eine Vertretung sowohl der Arbeitgeber wie der Gewerkschaften. Für einen Vorschlag werde ich eine besondere Liste der geeigneten Persönlichkeiten einreichen.[2]

2. Ich will einige besonders geeignete Vertreter der Gewerkschaften und der politischen Parteien zur Mitarbeit in gehobenen Stellungen in die Regierung berufen.

Bei meinem heutigen Schreiben handelt es sich darum, Herrn Georg *Stöver*, welcher mit Ihrem Einverständnis die Leitung der Abteilung Volkswohlfahrt übernommen hat, gleichzeitig mit meiner allgemeinen Vertretung zu beauftragen.[3]

Herr Georg *Stöver* kommt aus dem Handwerkerstand und ist später Sekretär der Berufsorganisation des deutschen Holzarbeiterverbandes in Düsseldorf gewesen. Er hat in der Vergangenheit stets führende Stellen in der Sozialdemokratischen Partei innegehabt und ist auch jetzt Führer der Sozialdemokratie für den Niederrhein.

Ich kenne ihn aus vielen Jahren persönlich sehr gut. Er war auch Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums während meiner Amtszeit als Oberbürgermeister. Er ist ein aufrechter Charakter, zuverlässig, pflichtbewußt und befähigt.

Seine Aufgaben liegen nicht in einer dauernden Vertretung der einzelnen Fachabteilungen der Provinzialregierung. Hierfür kommen unter meiner Führung vielmehr die Abteilungsleiter in Betracht, die sich ihrerseits wieder auf die Gruppenleiter stützen.

Herr *Stöver* ist selbst Abteilungsleiter und muß die außerordentlich umfangreiche und auch recht schwierige Abteilung für Volkswohlfahrt führen und sich noch darin einarbeiten.

Ich halte es aber für richtig, wenn auch vor der Vornahme allgemeiner Wahlen schon der Vertreter der mutmaßlich größten Partei mir zur Seite steht, damit ich angesichts der un-

1 Zur Entstehung und Funktion der Provinzialräte in Rheinland und Westfalen neuerdings: J. BRAUTMEIER, 1986.

2 Zur weiteren Entwicklung des Provinzialrats Nord-Rheinprovinz die Nrn. 44, 45, 52, 61.

3 Zur Vorgeschichte die Nrn. 37, 39.

vermeidlich kommenden großen Schwierigkeiten dieses Winters mich in den geeigneten Fällen eines Vertreters und Übermittlers meiner Pläne zu den Parteien bedienen kann.

Die endgültige Ausgestaltung der Vertretung muß der Zeit nach den Wahlen vorbehalten bleiben. Ich bitte Sie, mir zur Erleichterung der Amtsführung in dieser Übergangszeit die Zustimmung zur Bestellung eines kommissarischen Stellvertreters zu geben.[4]

L[ehr]

4 Zu einer Ernennung *Stövers* zum Stellvertreter des Oberpräsidenten ist es nicht gekommen; de facto fungierte der Leiter der Abteilung Allgemeine Verwaltung, *Wandersleb*, als solcher.

41.

19. 11. 1945: Professor Kuske (Gummersbach) an den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln) (Auszüge)

HAStK, NL Görlinger 47. Hs. Ausfertigung. „Vertraulich!"

Lieber Genosse *Görlinger*!

Für den Fall, daß sich die häufiger werdenden Nachrichten über den Aufbau einer deutschen Gesamtverwaltung für die Britische Zone unter der Führung *Severings*[1] bestätigen sollten, wird sich wohl Manches um die sogenannten Provinzialregierungen künftig anders gestalten und zwar sehr vermutlich besser. Aber diese Regierungen und ihre einzelnen Abschnitte werden dann kleiner und mehr Ausführungsorgane. Damit nehmen die Ressort- und deren Besetzungsfragen einen anderen Rahmen an, als wir seit dem Juni erörterten. Sie gehen dann wieder mehr nur Oberpräsidien bisherigen Stiles an.

Die Zusammenfassung wird ein enormer Fortschritt im Hinblick auf den Wiederaufbau und dessen Finanzierung sein, aber auch für die Durchführung von tiefgreifenden Prinzipien. Das gilt namentlich auch für das sozialistische, das wir im Bereich eines Einzelkörpers, wie es z.B. die nördliche Rheinprovinz ist, gar nicht ansetzen können. In der Richtung lagen immer auch meine Bedenken in bezug auf den Eintritt in eine leitende Position, und nicht nur bei der ganz unzulänglichen Ressortgliederung, wie sie für unsere Provinz besteht. Sie wird ja besonders deshalb von den anderen so zäh verteidigt, weil sie damit ihr parteipolitisches Süppchen am wirkungsvollsten kochen können. Das geht

1 Aufgrund des Widerstands von seiten der Briten, aber auch der SPD-Führung hatte *Severing* schon am 12. 11. 1945 seine Mitgliedschaft in der Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen niedergelegt und damit auch auf die Leitung des geplanten Sekretariats verzichtet; vgl. hierzu: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 45f.; H.P. EHNI, 1974, S. 425–427; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 102f; C. SEVERING, 1950, Bd. II, S. 470–474.

aus dem Verwaltungsschema, das Sie mir kürzlich zeigten, ganz klar hervor. Ganz absichtlich ist hierbei die Wirtschaftsabteilung ausdrücklich so klein gehalten. Wir sollen uns, wenn wir sie vielleicht doch übernehmen, damit kompromittieren. Mindestens schrumpft sie auf so etwas wie eine Handelskammer zusammen. Ich vermag in so etwas nicht einzutreten.[2] Das kann ein Kammersyndicus tun, oder damit mag Herr *Mosheim* weiter verwalten, der anscheinend ohnehin Befürchtungen vor mir zu haben pflegt, die an sich ganz unbegründet gewesen wären, da ich ja jemand als Verwaltungschef brauche, und mich auf die in die Zukunft führenden größeren und klaren Prinzipien der Leitung und der Wirtschaftspolitik beschränken wollte.

Ich halte es aber nun für höchst zweckmäßig, daß Sie und *Böckler* wegen der westdeutschen Erfordernisse baldigst mit *Severing* verhandeln. Nach meinen letzten Eindrücken wird die Lage und werden die Probleme um Rheinland, Westfalen und das ganze Land zwischen Nordsee und Hessen, Westgrenze und Weser immer akuter.[3] Am Donnerstag war z.B. Dr. *van Aubel*[4] bei mir wegen eines schleunigen Gutachtens für den Gemeindetag und ich soll am 13. Dezember ein Referat vor diesem halten. Am Freitag habe ich in Rammenohl mit Moritz *Klönne* die westfälische Frage erörtert und auf seine dringende Bitte die Leitung der Wirtschaftsforschung um Westfalen beim Harkortinstitut[5], die ich neulich niederlegen wollte, wieder übernommen. Ich soll das voriges Jahr mit der Provinz Westfalen verabredete bzw. von dieser gewünschte Gutachten über sie unbedingt liefern.[6] Das ist allerdings im Hinblick auf die neuen Ansprüche, die von Hannover aus auf Kosten Westfalens besonders durch die Welfenpartei erhoben werden, sehr zweckmäßig.

[...][7]

Kennen Sie die Anschrift von *Severing*? Ich möchte gern auch eventuell von mir aus mit ihm in Verbindung treten.

Bitte, halten sie mich auf dem laufenden.[8] Es ist schade, daß wir so gar nicht imstande sind, die großen Fragen miteinander ganz ungestört und ohne Belastung mit anderen an sich auch wichtigen Sachen zu erörtern. Das sollten wir ganz entschieden ändern.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr *Kuske*

2 Weitere Hinweise hierzu bes. in Nr. 5, Anm. 5 und Nr. 37, Anm. 6.

3 Vgl. das Schreiben *Kuskes* vom 29. 9. 1945 (Nr. 31).

4 *Van Aubel* war später Geschäftsführer des Deutschen Städtetages in der britischen Zone.

5 Benannt nach dem westfälischen Industriellen und Liberalen Friedrich *Harkort* (1793–1880).

6 Vgl. Nr. 75.

7 Erörterung forschungspolitischer Fragen.

8 Zur Antwort *Görlingers* siehe Nr. 42.

42.

26. 11. 1945: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an Professor Kuske (Gummersbach) (Auszug)

HAStK, NL Görlinger 47. Entwurf.

Lieber Genosse *Kuske!*

Am vergangenen Freitag[1] hat in Düsseldorf eine Sitzung des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei, Nord-Rheinprovinz, stattgefunden. Die Genossen *Stöver*, *Zöllig* und *Gnoß* vom Niederrhein haben wieder darauf gedrängt, daß Sie eine zusagende Antwort für die Übernahme der Abteilung Wirtschaft geben sollten.[2] Ich habe ihnen erklärt, daß Sie dazu bereit seien unter der Voraussetzung, daß diese Abteilung Wirtschaft so gestaltet wird, daß die Möglichkeit einer Planung und einer fruchtbringenden Arbeit gegeben ist. Es sei notwendig, daß zumindest die Banken und das gesamte Verkehrswesen der Abteilung Wirtschaft mit unterstellt werden müßten. Sie gaben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und haben die Absicht, mit Ihnen in Gummersbach selbst diese Frage durchzusprechen.

Wie Sie in Ihrem Schreiben vom 19. 11.[3] mit Recht betonen, ist es notwendig, daß möglichst bald der Aufbau einer deutschen Gesamtverwaltung für die britische Zone erreicht wird. Ich halte es auch für zweckmäßig, daß Sie sich direkt einmal mit dem Genossen *Severing* in Verbindung setzen. Seine Adresse lautet: Karl *Severing*, Bielefeld, Lampingstr. 6.

Z.Zt. bemüht sich Herr Dr. *Lehr* aus der Provinz Westfalen den Teil zu der Nord-Rheinprovinz hinzuzubekommen, in dem hauptsächlich die Wirtschaft vorherrschend ist.[4] Ich sehe darin gewisse Gefahren, weil das parallel läuft mit den Bestrebungen der Welfen-Partei in Hannover, einen Teil Westfalens nach dort zu ziehen.

Gegenüber all diesen Bestrebungen gibt es nur eine Lösung; das ist die der Zusammenfassung der ganzen britischen Zone zu einem einheitlichen Gebiet.

Ich bin z.Zt. nicht in der Lage, Köln zu verlassen, um die notwendige Aussprache mit *Severing* herbeizuführen, da meine Anwesenheit in Köln dringend erforderlich ist. Ich werde jedoch dem Genossen *Severing* in dem von Ihnen dargelegten Sinne schreiben, da wir in der Grundauffassung dieser Probleme durchaus einig gehen.

[...][5]

Mit freundlichem Parteigruß!

Ihr R[obert] *G[örlinger]*

---

1 23. 11. 1945.

2 Vgl. Nr. 37.

3 Nr. 41.

4 Für derartige Bestrebungen *Lehrs* zu diesem Zeitpunkt liegen keine weiteren konkreten Hinweise vor; allerdings berichtet *Severing* in seinen Memoiren, er sei im Herbst 1945 durch bürgerliche Politiker ersucht worden, zu dem Vorschlag einer Industrieprovinz im Westen und eines Landes „Groß-Niedersachsen" Stellung zu nehmen; er habe eine derartiges Projekt abgelehnt (C. SEVERING, 1950, Bd. II, S. 476f.).

5 Erörterung untergeordneter Personalfragen.

43.

29. 11. 1945: Protokoll über die 5. Konferenz[1] zwischen der Militärregierung Westfalen und der Provinzialregierung Westfalen (Auszüge)

StA Münster, Oberpräsidium 7653. Vervielf. Exemplar.[2]

Anwesend waren:

DepComd[3]	Stellvertretender Befehlshaber	Col D.G.B. *Ridout* OBE
Secretariat	Sekretariat	LtCol *Bowen* MBE LtCol G.C. *Stockwell* Maj J.A. *Firebrace* Maj W.H.G. *Edwards*
Coord	Zusammenfassender Stab	Maj V. *Mitchell* Maj C.I.E. *Haslock*
PRISC	Presse und Nachrichten	Capt A.E. *Grogan*
Adm & Local Gov	Örtliche Selbstverwaltung	Maj J.H.A. *Emck*
PS	Öffentliche Sicherheit	LtCol W.J.V. *Williams*
Mp	Arbeitskräfte	Capt C.H. *Cutting*
PH	Öffentlicher Gesundheitsdienst	Maj J. *Battersby*
	Oberpräsidium	Dr. *Amelunxen* Dr. *Stricker* Dr. *Heller* Dr. *Menzel* Freiherr *von Oer* Dr. *Nölting* Dr. *Schilling*
Interpreters	Dolmetscher	Lt N.B.C. *Kneble* Mr. A.G.A. *Adler*
Secretary	Sekretärin	J/Comd N. *Addess*
CCG	Kontrollkommission für Deutschland	Mr. E.W. *Evans*

[...][4]

3. Organisation der neuen provinziellen Zivilverwaltung

Bevor er zum nächsten Punkt der Tagesordnung überging, stellte der Oberpräsident Dr. *Menzel*, jetziges Oberhaupt des Generalreferats I für innere Angelegenheiten, vor.

---

1 Zur Bedeutung dieser Konferenzen Nr. 32, Anm. 2.

2 Die Protokolle wurden von der Militärregierung angefertigt.

3 Zur Auflösung der hier genannten Abkürzungen vgl. den bei K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 275 wiedergegebenen Organisationsplan der Militärregierung Westfalen.

4 TOP 1: Rede des stellvertretenden Befehlshabers; TOP 2: Grenzbewachung.

Der OBERPRÄSIDENT sagte, daß er am 5. Juli gebeten worden sei, einen Organisationsplan der provinziellen Verwaltung Westfalens einzureichen.[5] Die provinzielle Zivilverwaltung sollte aus Männern bestehen, die von der Militärregierung genehmigt seien. Er sei imstande zu sagen, daß die provinzielle Regierung nun vollständig sei und daß alle berufstätigen Referenten Männer seien, die nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt hätten. Sie haben alle sowohl geistig als auch physikalisch unter dem Nationalsozialismus gelitten. Der Oberpräsident dankte der Militärregierung für die Hilfe, die sie ihm bei der Einsetzung dieser provinziellen Regierung zuteil werden ließ.

Es wurde bedauert, daß während der Übergangszeit von der alten Regierung zur jetzigen die Bearbeitung gewisser Angelegenheiten etwas langsam vonstatten gegangen sei. Niemand bedauere dieses mehr als er. Er hoffe, daß diese neue Provinzialregierung den Erwartungen der Militärregierung entsprechen werde.

Der Oberpräsident legte einen Organisationsplan der provinziellen Zivilverwaltung vor und bat seinen Stellvertreter, Freiherr *von Oer*, diesen Plan zu erklären.[6]

FREIHERR VON OER sagte, daß die ersten Pläne der neuen Organisation am 7. August der Militärregierung eingereicht worden seien.[7] Am 19. September habe die Militärregierung die Richtlinien des vorgelegten Planes genehmigt.[8] Die Provinzialregierung wurde dann in verschiedene Referate geteilt. Wegen gewisser Abänderungen, die seitens der Militärregierung gewünscht wurden, hat es in der Folgezeit noch mehrfachen Schriftwechsel gegeben, z.B. über die Vereinigung der Generalreferate VI (Arbeit) und IX (Wiederaufbau und Wohnungswesen). Dieses wurde später dadurch geändert, daß Herr *Halbfell* die Leitung des Landesarbeitsamtes übernahm, und es wurde entschieden, daß Herr *Halbfell* keiner anderen Stelle untergeordnet sein sollte.

Später habe die Militärregierung die Teilung des Generalreferates IV (Verkehr) und die Einrichtung des Referates X für Straßentransport gewünscht.[9] Der Oberpräsident hat auch in dieser Hinsicht andere Vorschläge gemacht.[10]

„Wir hoffen, daß der vorliegende Plan angenommen werden wird. Er enthält einige Referate, für deren Einrichtung die Militärregierung noch keine Genehmigung erteilt hat – diese sind grün gefärbt. Um diesen Plan durchzuführen, wären wir dankbar, wenn die Militärregierung, statt die Punkte einzeln zu überlegen, den ganzen Plan annähme.

5 Vgl. Nr. 22, Anm. 2.

6 Der Plan wurde nicht ermittelt; er dürfte aber im wesentlichen mit dem bei K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 283 abgedruckten Organisationsplan vom 15. 12. 1945 übereinstimmen.

7 Nr. 22.

8 Nr. 29.

9 Schreiben der Militärregierung Westfalen vom 10. 11. 1945 (StA Münster, Oberpräsidium 7121); die Absicht der Militärregierung zur Errichtung eines Generalreferats X steht in Zusammenhang mit der Neuorganisation der Straßenbau- und Verkehrsdirektionen in der britischen Zone.

10 Schreiben *Amelunxens* vom 24. 11. 1945 (StA Münster, Oberpräsidium 7121): *Amelunxen* sprach sich im Prinzip gegen eine Teilung des Generalreferats IV aus; falls diese jedoch unumgänglich sei, solle das neue Generalreferat X nur für Fragen des Straßentransports zuständig sein. Im Februar/März 1946 scheint man sich darauf geeinigt zu haben, lediglich ein Sonderreferat Straßenbau und Straßenverkehr unter direkter Aufsicht des Oberpräsidenten einzurichten; weiteres Material hierzu: StA Münster, Oberpräsidium 7122; HStA Düsseldorf, NW 318–182 bzw. NW 318–184.

MAJOR EMCK sagte, daß dieser Reorganisationsplan der Provinzialverwaltung, der die Teilung der abteilungsmäßigen Verantwortung einschließt, mit großem Interesse von diesem Hauptquartier erhalten worden wäre.

„Es muß selbstverständlich sein, daß dieser Plan den Oberhäuptern der verschiedenen Abteilungen dieses Hauptquartiers und voraussichtlich einer Anzahl von Behörden der Kontrollkommission auszuhändigen ist, bevor eine endgültige Genehmigung erteilt werden kann. Es wird gewürdigt, daß der Oberpräsident wünscht, seine Organisation zu vervollständigen, so daß sie handeln kann als eine vollständige Einheit in möglichst kurzer Zeit, und wir wollen daher tun, was in unseren Kräften steht, um die endgültige Genehmigung dieser Organisation zu befördern."

Im Hinblick auf den ersten der zwei von Freiherr *von Oer* erörterten Punkte, bezüglich der Zusammenbringung der Generalreferate Arbeit und Wiederaufbau wurde an erster Stelle als wünschenswert angesehen, daß, seit das Oberhaupt der Abteilung Arbeitskräfte dieses Hauptquartiers für beide Angelegenheiten, Arbeit und Wohnungswesen, verantwortlich ist, die zwei Generalreferate des Oberpräsidiums für diese Angelegenheiten miteinander verbunden werden sollten. Wenn der Oberpräsident der Meinung ist, daß es für seine Verwaltung wünschenswerter ist, zwei getrennte Abteilungen zu haben, so kann dieses von diesem Hauptquartier erneut überlegt werden.

Im Hinblick auf den zweiten Punkt bezüglich des Generalreferates Verkehr haben wir das Schreiben vom 24. Nov.[11] des Oberpräsidenten über diese Angelegenheit erhalten, und seine diesbezüglichen Ansichten werden z.Zt. von der Abteilung Straßenverkehr dieses Hauptquartiers überlegt. Es ist von dieser Abteilung erklärt worden, daß sie die Schwierigkeiten des Oberpräsidenten in dieser Sache anerkenne und es sei wahrscheinlich, daß irgendein Kompromiß gefunden werde, der nicht nur von [der Militärregierung], sondern auch von dem Oberpräsidenten annehmbar sein werde.

Der STELLVERTRETENDE BEFEHLSHABER versicherte dem Oberpräsidenten, daß er Maßnahmen treffen würde, um diese Sache so schnell wie möglich durchzuführen.

FREIHERR VON OER sprach dann über Generalreferat IV. Das grün gefärbte Feld bezeichnet die für Eisenbahn- und Postangelegenheiten beabsichtigte Abteilung. Es wird von uns anerkannt, daß diese Angelegenheiten schon von der Militärregierung bearbeitet werden und daß nur die kleineren Einzelheiten den Oberpräsident betreffen, z.B. die Frage der Telefonverbindungen, die schon in einer früheren Konferenz hier besprochen worden ist. Daher erscheint es notwendig, daß ein Beamter, der deutschen Verwaltung zur Verfügung steht, um solche Angelegenheiten zu bearbeiten.

Zusammenfassend sagte Freiherr *von Oer*, daß er dem stellvertretenden Befehlshaber für die Versicherung einer so bald wie möglich erteilten endgültigen Genehmigung des Planes sehr dankbar sei. Er bat darum, daß der Verwaltung Genehmigung erteilt würde, nach diesem Plan zu arbeiten, in Voraussicht, daß eine endgültige Genehmigung später erteilt würde.[12]

11 Korrigiert aus „4. Nov."

12 Zur weiteren Entwicklung Nr. 49.

Der STELLVERTRETENDE BEFEHLSHABER schlug vor, daß der Plan in diesem Hauptquartier geprüft und eine provisorische Genehmigung in Voraussicht einer endgültigen durch eine vorgesetzte Behörde erteilt würde.

[...][13]

13 TOP 4: Wappen für Westfalen.

44.

1. 12. 1945: Einladung von Oberpräsident Lehr für die Mitglieder des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz

Landtagsarchiv NRW, A 09030/11. Entwurf.

Betr.: Einberufung eines vorläufigen Provinzialrats[1]

Die Militär-Regierung hat mir heute die Genehmigung erteilt, einen vorläufigen Provinzialrat einzuberufen. Ich berufe Sie als Vertreter

(a) der politischen Parteien,
b) der Wirtschaft,
c) des kulturellen Lebens,
d) der Verwaltung)

in diesen Provinzialrat und bitte Sie, sich zur ersten konstituierenden Versammlung am Freitag den 14. Dezember 1945, 11 Uhr im ...[2] einzufinden.

Der vorläufige Provinzialrat wird mit Genehmigung der Militär-Regierung durch das Vertrauen des Oberpräsidenten berufen.

Ihm gehören an 6 Vertreter der politischen Parteien,
6 Vertreter der Gewerkschaften,
6 Vertreter der Wirtschaft,
4 Vertreter des kulturellen Lebens,
6 Vertreter der Verwaltung.[3]

Der Provinzialrat hat ausschließlich beratende und begutachtende Funktionen.

Den Vorsitz im Provinzialrat führt der Oberpräsident. Die Berufung zum Provinzialrat gilt für die Zeit bis zur Vornahme gesetzlicher Wahlen. Mitglieder des Provinzialrats können nicht sein Persönlichkeiten, die der Provinzialregierung und Provinzialverwaltung angehören, mit Ausnahme des Oberpräsidenten.

1 Vgl. Nr. 40 mit Anm. 1, 2.

2 Die Sitzung fand im Konferenzraum der Militärregierung im Stahlhof in Düsseldorf statt; vgl. Schreiben der Militärregierung vom 4. 12. 1945 (HStA Düsseldorf, NW 53–359).

3 Diese quasi ständische Zusammensetzung des Provinzialrats wurde von den Parteien (CDP, SPD, KPD) in einer Besprechung mit *Lehr* am 5. 12. 1945 abgelehnt; man einigte sich auf einen Kompromiß, wonach die Parteien das Übergewicht bei der Besetzung des Provinzialrats haben sollten; vgl. Nr. 45, Anm. 1.

45·

14. 12. 1945: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Niederrhein, Gnoß (Düsseldorf), an den Bevollmächtigten der SPD in den Westzonen, Schumacher (Hannover)

AdsD, NL Schumacher J 8. Ausfertigung. Eingangsstempel vom 18. 12. 1945.

Werter Genosse *Schumacher*!

Bei unserer Zusammenkunft am 4. ds. Mts. in Hannover erwähnte ich in der Aussprache, daß wir einen juristischen Beirat im Bezirk gebildet hätten, der zu den Vorschlägen des Genossen Rechtsanwalt *Siemsen*, die dieser für die Justiz ausgearbeitet hat, Stellung nehmen soll. In der Anlage übersende ich eine Abschrift dieser Vorschläge zur gefl. Kenntnisnahme. Ebenfalls erhalten Sie die Abschrift von Satzungen für die Ratsversammlung für die Stadt Homberg/Ndrh., die der dortige Landrat herausgebracht hat. Die Kenntnisnahme dieser dürfte auch für Euch von Interesse sein.

Gleichzeitig möchte ich Euch davon Kenntnis geben, daß für die Nord-Rheinprovinz nunmehr ein Provinzialrat gebildet worden ist, der sich vorerst aus 25 Personen zusammensetzt.[1] Der erste Vorschlag des Oberpräsidenten war aufgebaut auf ständischer Grundlage und zergliederte sich in

6 Vertreter der drei Parteien,
3 Gewerkschaftsvertreter,
6 Vertreter der Industrie und Wirtschaft,
1 Vertreter des Handwerks,
5 Vertreter der Wissenschaft,
2 Landräte,
6 Oberbürgermeister.

In der ersten Verhandlung mit dem Oberpräsidenten wurde dieser Vorschlag von allen drei Parteien abgelehnt und der Anspruch darauf erhoben, daß das Vorschlagsrecht den Parteien zusteht.[2] Der Oberpräsident erklärte sich dann damit einverstanden, daß mit Ausnahme einiger Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft die Parteien die übrigen Vertreter benennen sollten unter Berücksichtigung der verschiedensten Interessengruppen. Das ist dann geschehen. Nach Fertigstellung der Parteilisten hat dann der Oberpräsident jedoch die Zahl der Mitglieder des Provinzialrates für zu groß erachtet, und erhielten dann die Sozialdemokraten statt 7 = 5, die Kommunisten statt 7 = 5, die Christlichen Demokraten statt 9 = 6 Vertreter. Später stellte sich heraus, daß der Oberpräsident trotzdem die Berufung einer Reihe von Oberbürgermeister von sich aus vorgenommen hat, ohne sich mit den Parteien darüber zu verständigen. Das bedeutet also, daß das zuerst von ihm anerkannte Prinzip wiederum von ihm durchbrochen wurde. Diese Regelung dürfte zu einigen weiteren Auseinandersetzungen führen,[3] da bei der Zuteilung der Oberbürgermeister die CDP am besten abgeschnitten hat. Da der Provinzialrat

1 Von diesen 25 Vorschlägen wurden zwei von der Militärregierung zurückgewiesen, so daß sich der Provinzialrat am 14. 12. 1945 mit 23 Mitgliedern konstituierte; hiervon gehörten 8 der CDP, 6 der SPD und 5 der KPD an; 4 Vertreter galten als parteilos (HStA Düsseldorf, NW 53–358 bzw. NW 53–359); zur Zusammensetzung des nordrheinischen Provinzialrats weiterhin Nr. 61.

2 Gemeinsame Erklärung von CDP, SPD und KPD vom 5. 12. 1945 (Landtagsarchiv NRW, A 09011/3).

3 Zur Kritik an der Vorgehensweise *Lehrs* vgl. weiter Nr. 52.

bereits am 14. 12. zu seiner ersten Sitzung zusammentritt, ist vorher eine Bereinigung nicht mehr möglich, und werden wir dies unter allen Umständen hinterher betreiben.[4] Über den weiteren Gang der Dinge werden wir Euch dann unterrichten.

Mit Parteigruß!

Ernst *Gnoß*

2 Anlagen.

4 Schon am 15. 12. 1945 wandte sich die SPD mit ihren neuen Vorschlägen an den Oberpräsidenten (Landtagsarchiv NRW, A 09031/2/4)

46.

14. 12. 1945: Oberpräsident Amelunxen an Friedrich (LDP), Möhle (SPD) und Kipp (KPD) (alle Münster)

Landtagsarchiv NRW, A 10100/15. Entwurf. Hs. Korrekturen. Vermerke zum Geschäftsgang.

Betr: Politische Kommissionen

Von dem Vorschlag Ihres gemeinschaftlichen Schreibens vom 4. Dez. 1945[1] habe ich mit Interesse Kenntnis genommen, und ich stimme mit Ihnen darin überein, daß zwischen den politischen Parteien und den Behörden eine möglichst enge Fühlungnahme und Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse erforderlich ist. Dies war für mich auch der Grund, daß ich die britische Militärregierung bereits in einem Schreiben vom 27. 8. 1945[2] gebeten habe, die Bildung eines Provinzialrats aus sieben den verschiedenen Parteien und Berufen angehörenden Personen einrichten zu dürfen. Leider habe ich bisher auf diesen Antrag eine Antwort nicht erhalten. Um die Angelegenheit zu beschleunigen, werde ich bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Vertreter der britischen Militärregierung bitten, die Entscheidung zu beschleunigen.[3]

Darüber hinaus stehen die Generalreferenten und deren Mitarbeiter, ebenso wie ich selbst, den Vertretern der politischen Parteien jeder Zeit gern zu einer Besprechung wichtiger Fragen zur Verfügung, so daß ich nicht glaube, daß es zur Zeit der Einrichtung besonderer Ausschüsse für jedes Generalreferat bedarf. Die schwierigen Verkehrsverhältnisse würden überdies für die beteiligten Herren – da nicht alle Herren der vorgeschlagenen Ausschüsse aus Münster sein können, sondern aus allen Gebieten der Provinz stammen müßten – auch eine unerwünschte Arbeits- und Zeitbelastung bedeuten.

Indem ich Ihnen für das durch Ihren Brief vom 4. 12. 1945 bekundete Interesse meinen Dank ausspreche zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung

Am[elunxen]

1 Landtagsarchiv NRW, A 10100/12.

2 Vgl. Nr. 26 mit Anm. 1.

3 Vgl. Nr. 48, Anm. 5.

47.

20. 12. 1945: Die Provinzleitungen von KPD, SPD, LDP und CDP (Dortmund) an Oberpräsident Amelunxen[1]

Landtagsarchiv NRW, A 10100/17.[2] Ausfertigung. Unterstreichungen. Eingangsstempel. Hs. Vermerke.

Die unterzeichneten Parteien der Provinz Westfalen geben ihrem Bedauern Ausdruck, daß die Bildung der Provinzial-Regierung für Westfalen durch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ohne Fühlung mit den Parteien erfolgt ist.[3] Auch wenn zur Zeit der Regierungsbildung eine Anerkennung der Provinz-Parteien durch die Militär-Regierung noch nicht vorlag, so hätte eine Befragung und Hinzuziehung der führenden Politiker der Parteien dem Sinne und Gebrauch wahrhaft demokratischer Regierungsmethoden entsprochen. Die Parteien sehen sich außerstande, der jetzigen Provinzial-Regierung das Vertrauen entgegenzubringen, das diese zur Bewältigung ihrer vielfachen und schwierigen Aufgaben benötigt.

Die Regierung der Provinz Westfalen arbeitet noch heute ohne Hinzuziehung einer demokratischen Körperschaft, wie sie bei allen anderen Behörden seit Monaten mit bestem Erfolg in Funktion ist. Der seinerzeit vom Oberpräsidenten in Aussicht gestellte Provinzialrat ist nicht berufen worden.[4]

Die unterzeichneten Parteien ersuchen den Herrn Oberpräsidenten, die Schaffung und Einberufung einer demokratischen Körperschaft für die Provinz Westfalen bei der englischen Militär-Regierung baldigst und mit Nachdruck zu beantragen. Sie bitten ferner den Oberpräsidenten um Anberaumung und Mitteilung eines baldmöglichen Termins, an dem die Vertreter der unterzeichneten Parteien ihre politischen Wünsche gemeinsam darlegen und begründen können.[5]

Für die Kommunistische Partei Westfalens:
Max *Reimann*

Für die Sozialdemokratische Partei Westfalens:
Heinrich *Wenke*

Für die Liberal-Demokratische Partei Westfalens:
Clemens *Bender*

Für die Christlich-Demokratische Partei Westfalens:
L. *Lensing*

1 Vgl. hierzu K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 290f.

2 Wiedergabe als Faksimile bei J. BRAUTMEIER, 1986, S. 44.

3 Eine Denkschrift mit entsprechendem Tenor wurde von allen Parteien (CDP, SPD, KPD, LDP, Zentrum) bereits am 8. 12. 1945 anläßlich einer Besprechung in Herne formuliert (HStA Düsseldorf, RWN 106–2; Landtagsarchiv NRW, A 10100/13); diese Denkschrift konnte *Amelunxen* aber nicht übermittelt werden, da die Aktion von der Zentrumspartei später nicht mehr mitgetragen wurde.

4 Vgl. Nr. 26 mit Anm. 1.

5 Hierzu Nr. 48.

48.

2. 1. 1946: Vermerk von Oberpräsident Amelunxen über eine Besprechung mit Parteivertretern in Münster

Landtagsarchiv NRW, A 10100/22. Vermerk: „Sofort". Hs. Korrekturen. Anweisungen zum Geschäftsgang.

Es erschienen heute bei mir
1. Herr *Steup* als Vertreter der Christlich-Demokratischen Partei in Dortmund, Bismarckstr. 9
2. Herr Rechtsanwalt Dr. *Reismann*[1] als Vertreter der Zentrumspartei in Münster, Kirchstr. 58
3. Herr *Bender* als Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei in Dortmund, Kreuzstr. 35
4. Herr *Wenke* als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, Dortmund, Schliepstr. 3
5. Herr *Becker* von der Kommunistischen Partei in Herne. Herr *Becker* war noch begleitet von seinen Parteifreunden *Kaiser* (Herne, Körnerstr. 12) und Herrn *Ledwohn* (Essen, Corneliastr. 18).

Sämtliche Herren erklärten mir, daß sie Vertreter der für die Provinz zugelassenen Parteien seien.

Nachdem die Herren die Gedanken, die in dem anliegenden, von der KPD, der SPD, der Liberal-Demokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Partei unterzeichneten Schreiben vom 20. 12. vorigen Jahres[2] niedergelegt sind, erörtert hatten, habe ich den Herren die Umstände dargelegt, unter denen seiner Zeit von mir auf Anordnung der Militärregierung die Provinzial-Regierung gebildet worden ist.[3] Ich sei an die Bildung der Provinzial-Regierung herangegangen zu einer Zeit, als die Parteien noch nicht oder kaum bestanden hätten, jedenfalls nicht auf der Provinzebene. Ich hätte mich bemüht, aus allen politischen Lagern Männer hinzuzuziehen. Außerdem hätte ich auch vor langer Zeit schon bei der Militärregierung den Vorschlag gemacht, einen 7-köpfigen Provinzialrat zu berufen, in dem alle Parteien hätten vertreten sein sollen.[4] Dieser Plan sei bisher noch nicht durchgeführt, da die höhere Militärregierung bisher die Genehmigung nicht gegeben habe. Nunmehr aber hätte die Militärregierung vor wenigen Tagen sich mir gegenüber grundsätzlich bereit erklärt, der Einrichtung eines Provinzialrates zuzustimmen.[5]

Sämtliche Herren zeigten für die von mir vorgebrachten Gesichtspunkte volles Verständnis und sprachen den Wunsch aus, ich möge ihnen nunmehr die Möglichkeit geben, bei der Bildung des Provinzialrates mitzuwirken.

---

1 *Reismann* war auf Initiative des Oberpräsidenten zu dem Gespräch gebeten worden, was insbesondere seitens der CDP auf Kritik stieß, da das Zentrum an der Aktion vom 20. 12. nicht beteiligt gewesen sei; vgl. Nr. 50.

2 Nr. 47.

3 Vgl. dazu die Nrn. 22, 29, 32, 43.

4 Siehe Nr. 26.

5 Mit Schreiben vom 2. 1. 1946 genehmigte die Militärregierung Westfalen die Errichtung eines 20–30 Mitglieder starken Provinzialrats, dem neben Vertretern der Parteien auch andere Interessengruppen angehören sollten (Landtagsarchiv NRW, A 10100/20).

Daraufhin wurden die verschiedenen Fragen des zu bildenden Provinzialrates eingehend durchgesprochen und es bestand einmütige Ansicht bezüglich folgender Punkte:

1. Der Provinzialrat soll nach Möglichkeit beschließende, nicht nur konsultative Tätigkeit haben. Man war sich indes klar darüber, daß nach dem Willen der Militärregierung vorläufig bis zu den späteren Wahlen wohl nur ein Provinzialrat mit beratender Tätigkeit in Frage komme.

2. In den Provinzialrat sollen nur Mitglieder berufen werden, die von den Parteien benannt werden.

3. Die Zahl der Mitglieder soll wenigstens 30 betragen.

Wegen des Anteils der einzelnen Parteien in dem Provinzialrat, also hinsichtlich der Zahl der Vertreter, sollen die Parteien zunächst unter sich noch einmal Fühlung nehmen und dann mir Vorschläge machen.[6] Ich habe den Herren versprochen, daß ich in den nächsten Tagen mit der Militärregierung verhandeln würde wegen der Gründung des neuen Provinzialrates, daß ich in Düsseldorf und Braunschweig Erkundigungen über die dortigen Beiräte[7] einziehen und in etwa 10 Tagen die Vertreter der 5 Parteien zu einer neuen Besprechung einladen würde.[8]

Es wurde festgelegt, daß folgende 5 Vertreter der Parteien nach den bisher vorliegenden Parteibeschlüssen in Frage kommen: 1. Herr Lambert *Lensing* in Dortmund, Potgasse, für die Christlich-Demokratische Partei, 2. Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. *Reismann*, Münster, Kirchstr. 58, für die Zentrumspartei, 3. Herr *Bender* in Dortmund, Kreuzstr. 35, für die Liberal-Demokratische Partei, 4. Herr *Wenke* in Dortmund, Schliepstr. 3, für die Sozialdemokratische Partei, 5. Herr Max *Reimann*, Herne, Mont-Cenis-Str. 266, für die Kommunistische Partei.

6 Die Besprechung der Parteivertreter fand am 8. 1. 1946 in Dortmund statt (vgl. Nr. 50); die Vorschläge der Parteien wurden am 15. 1. 1946 an *Amelunxen* übermittelt (Nr. 54).

7 Zum Stand in der Nord-Rheinprovinz vgl. Nr. 45 mit Anm. 1; in Braunschweig trat ein Ernannter Landtag im Februar 1946 zusammen; vgl. H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 110f.

8 Die zweite Besprechung fand am 30. 1. 1946 statt (Nr. 56).

49.

3. 1. 1946: Protokoll über die 6. Konferenz[1] zwischen der Militärregierung Westfalen und der Provinzialregierung Westfalen (Auszüge)

StA Münster, Oberpräsidium 7653. Vervielf. Exemplar.[2]

Anwesend waren:

Comd – Befehlshaber:	Brigadier C.A.H. *Chadwick*, OBE
Secretariat – Sekretariat:	LtCol G.C. *Stockwell*
	Maj J.A. *Firebrace*
	S/Comd L.M. *Meve*
	Capt A.E. *Grogan*
IA & C – Innere Angelegenheiten und Verkehrswesen:	
	Maj C.I.E. *Haslock*
Adm & LocalGov – Örtliche Selbstverwaltung:	
	Maj J.H.A. *Emck*
Refugee – Flüchtlinge:	LtCol F.C. *Davis*, MC
Oberpräsidium:[3]	Dr. *Amelunxen*
	Freiherr *von Oer*
	Dr. *Stricker*
	Dr. *Weber*
	Oberbaurat *Heller*
	Dr. *Halbfell*
	Dr. *Brockmann*
	Regierungsrat *Schilling*

1. Eröffnungsrede des Befehlshabers

Der BEFEHLSHABER sagte: „Ich freue mich, Sie heute zum ersten Male im neuen Jahre zu treffen und möchte Ihnen allen ein gutes neues Jahr wünschen. Ich hoffte, dem Herrn Oberpräsidenten ein Papier überreichen zu können, in welchem ich ihm die Genehmigung für die Reorganisation der Zivilverwaltung[4] erteilen konnte. Es sind aber noch einige Kleinigkeiten zu entscheiden. Ich werde jedoch jetzt meine Genehmigung zu dem Plan im großen erteilen, und wenn meine Mitarbeiter fertig sind, werde ich dem Herrn Oberpräsidenten eine schriftliche Genehmigung über die ganze Sache zukommen lassen.[5] Dieses wird in den nächsten Tagen geschehen.

---

1 Zur Bedeutung der Konferenzen Nr. 32, Anm. 2.

2 Die Protokolle wurden von der Militärregierung angefertigt.

3 Korrigiert aus „Oberpräsident".

4 Vgl. Nr. 43.

5 Genehmigung der Militärregierung vom 7. 1. 1946 mit zugehörigem Anhang: StA Münster, Oberpräsidium 7121 bzw. Oberpräsidium 7122; erst mit dieser Genehmigung stand die Gliederung der Provinzialregierung in die neun Generalreferate Innere und Allgemeine Verwaltung (I), Finanzen (II), Wirtschaft (III), Verkehr (IV), Ernährung, Land- und Forstwirtschaft (V), Arbeit (VI), Wohlfahrt, Öffentliche Gesundheit (VII), Kultus (VIII) und Wiederaufbau und Wohnungswesen (IX) offiziell fest; die Briten beharrten in der Genehmigung vom 7. 1. darüber hinaus weiter auf einem Generalreferat Straßen- und Landstraßentransport (X), das in dieser Form jedoch nicht zustande kam (siehe Nr. 43, Anm. 10); vgl. allg. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 282f.

Ich glaube, es wird eine Menge Anfragen geben, aber ich hoffe, daß sich die Angelegenheiten noch besser und wirksamer erledigen lassen werden als 1945. Ich werde nun zum ersten Punkt der Tagesordnung übergehen."

[...][6]

3. Deutsche Dienststellen, die den Militär- und den Militärregierungs-Dienststellen gegenüberstehen

FREIHERR VON OER sagte: „Die soeben dem Herrn Oberpräsidenten grundsätzlich erteilte Genehmigung war für uns ein außerordentliches Neujahrsgeschenk. Wir hoffen, daß die Geschäfte sich in Zukunft rascher und besser erledigen lassen, als es bisher möglich war. Eine große Schwierigkeit bereitet uns jetzt noch die Unterbringung unserer Dienststelle. Bei der Bearbeitung dieser Fragen haben sich insofern Schwierigkeiten ergeben, daß noch keine klare Abgrenzung besteht zwischen der Militärregierung und dem Oberpräsidenten. Ich möchte da an die Anordnung erinnern, die im Monat Oktober die Räumung dieses Gebäudes verlangte und gleichzeitig die Verlegung des Landeswirtschaftsamtes von Warendorf nach Münster. Wir haben einen Plan für die Errichtung von Baracken am Hindenburg-Platz vorgelegt. Da kein Einwand erfolgte, haben wir geglaubt, die Arbeit in Angriff nehmen zu können. Dann hat man uns durch eine Dienststelle der Stadtverwaltung mitteilen lassen, daß auf dem Platz hinter dem Generalkommando nicht gebaut werden dürfe. Da wir keine schriftliche Anweisung erhielten, glaubten wir, daß ein Irrtum vorliege. Mehrere Wochen hindurch wurde eine Menge Arbeit und Zeit auf die Errichtung der Baracken verwandt. Vor 8 oder 10 Tagen haben wir erfahren, daß diese Anordnung von der britischen Rheinarmee erteilt wurde und daß wir nicht beginnen dürfen zu bauen, ohne die Genehmigung der britischen Rheinarmee eingeholt zu haben. Eine Menge Zeit, Arbeit und Material ist inzwischen verloren gegangen. Wir bitten, uns, um solche Mißverständnisse zu vermeiden, über die Verteilung der Zuständigkeit der britischen Rheinarmee zu unterrichten."

Der BEFEHLSHABER sagte: „Ich will jetzt versuchen, zu erklären, was die britische Rheinarmee und 307 P Mil Gov Det[7] miteinander zu tun haben. Mil Gov Det ist ein Teil der Kontrollkommission für Deutschland. Die Kontrollkommission für Deutschland hat keinen Verwaltungsdienst wie z.B. technische, Versorgungs- und Lagerabteilungen usw. Für einige Zeit noch werden diese von der britischen Rheinarmee gestellt werden. Es besteht keine Notwendigkeit für die deutsche Zivilverwaltung meiner Provinz, sich direkt mit der Rheinarmee in Verbindung zu setzen. Alle Sachen, die mit der Rheinarmee zu tun haben, werden von der Militärregierung durchgeführt werden. In diesem Fall weiß ich nicht, warum die Militärregierung Ihnen keine Nachricht hat zukommen lassen, und ich weiß auch nicht, warum die Hütten dort nicht gebaut werden. Ich werde die Sache selbst nachsehen und werde Sie wissen lassen, was das letzte Wort ist. Ich wiederhole, daß die deutsche Zivilverwaltung sich keine Sorgen bezüglich des Geschäftsverkehrs mit der Rheinarmee machen braucht."[8]

---

6 TOP 2: Gründung von Flüchtlingsämtern.

7 307 Provincial Military Government Detachment (für die Provinz Westfalen); zur Organisation der Militärregierung vgl. Nr. 9, Anm. 3.

8 Zu diesem Vorfall bzw. allg. zum Verhältnis zwischen der CCG/BE und der Rheinarmee: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 39; *Hüttenberger* bezieht sich bei seinen Angaben irrtümlicherweise auf die Konferenz vom 29. 11. 1945 (Nr. 43).

FREIHERR VON OER sagte: „Wir sind sehr erfreut zu hören, daß es für uns nicht notwendig ist, mit zwei verschiedenen Militärbehörden in Verbindung zu treten. Soviel ich weiß ist der Grund für die Zurückziehung der Erlaubnis, an dieser Stelle zu bauen, wie folgt:

Es ist die Absicht der britischen Rheinarmee, an derselben Stelle Gebäude für ihren eigenen Gebrauch zu errichten. Insbesondere war die Rede von Kantinen. Wenn es möglich wäre, diese Entscheidung rückgängig zu machen und wir mit dem Bauen fortfahren könnten, würde es möglich sein, das Landeswirtschaftsamt drei Wochen früher von Warendorf nach Münster zu übersiedeln."

Der BEFEHLSHABER sagte: „Ich will die Sache selbst nachsehen, aber wenn in Zukunft der Militär-Stadtkommandant oder irgendeine Militärdienststelle andere Befehle erteilen sollte, wollen Sie sich bitte sofort mit uns in Verbindung setzen."

[...][9]

9 TOP 4: Einrichtung einer Stelle für staatsbürgerliche Bildung.

50.

8. 1. 1946:[1] Protokoll der Sitzung des Provinzialausschusses[2] der CDU-Westfalen in Dortmund

ACDP, III–002–041.[3]

Erschienen waren die Herren: *Lensing*, Dr. *Kannengießer*, *Lindner*, *Gilsing*, *Bitter*, *Hillenkötter*, *Helferich*, *Schmelzer*, *Hoppe*, *Schrage*, *Heuer*, *Ebert*, *Alef*, *Rippel*, *Hennemann*, Dr. *Jöstingmeier*, Dr. *Vockel* und *Steup*.

Herr *Lensing* berichtete zunächst über die politische Entwicklung in der Provinz. Er stellte fest, daß Oberpräsident Dr. *Amelunxen* die Zusammensetzung seiner Regierung nach durchaus undemokratischen Grundsätzen vorgenommen habe. Diese Tatsache sei Veranlassung gewesen zu einer Zusammenkunft zwischen der CDU, der SPD, der KPD und der LDP, die in gemeinsamer Entschließung dem Oberpräsidenten das Befremden über sein Vorgehen ausdrückten und von ihm die sofortige Einberufung eines Provinzialrates als mitbestimmendes Organ der Provinzialregierung forderten.[4] Sie ersuchten den Oberpräsident um Gewährung einer Aussprache zwischen ihm und den unterzeichneten Parteien. Diese Aussprache fand am 2. 1. statt.[5] Der Oberpräsident hatte außer den Ver-

1 Im Kopf des Protokolls wird als Datum der Sitzung der 7. 1. 1946 angegeben; im Protokoll werden jedoch Vorgänge beschrieben, die am 8. 1. 1946 vormittags stattgefunden haben; es ist anzunehmen, daß der Provinzialausschuß der CDU am Nachmittag dieses Tages zusammengekommen ist; das Protokoll selbst wurde von *Steup* am 10. 1. 1946 ins Reine geschrieben.

2 Gemeint ist wahrscheinlich der Vorstand der CDU-Westfalen, der zu diesem Zeitpunkt 24 Personen umfaßte; vgl. K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 295f.

3 Fotokopie dieses Exemplars: HStA Düsseldorf, RWN 105–8.

4 Siehe Nr. 47.

5 Nr. 48.

tretern der unterzeichneten vier Parteien eigenartigerweise auch einen Vertreter der Zentrumspartei hinzugezogen, obschon diese an der ganzen Aktion nicht beteiligt gewesen war.[6] Bezüglich des Vorwurfs des undemokratischen Vorgehens erklärte Dr. *Amelunxen*, die Provinzialregierung sei gebildet worden zu einem Zeitpunkte, an dem es noch keine Partei gegeben habe. Wenn schon die Behauptung insofern richtig ist, daß die Konstituierung der Provinzialregierung zu einem Zeitpunkt erfolgte, an dem die Anerkennung der Provinzialparteien noch ausstand, so ist ebenfalls richtig, daß Herrn Dr. *Amelunxen* die führenden Männer sämtlicher Provinzialparteien bekannt waren, daß sowohl er als auch die Vertreter der Militärregierung mit diesen Herren verschiedentlich verhandelt hatten. Bezüglich des Provinzialrates sagte Dr. *Amelunxen*, er habe bereits seit mehreren Monaten der Militärregierung einen Vorschlag nach dieser Richtung hin gemacht, bis heute sei aber noch keine Antwort eingegangen. Der von Dr. *Amelunxen* bei der Militärregierung gemachte Vorschlag wurde von allen Parteivertretern mit Ausnahme des Zentrumsvertreters, als undiskutabel angesehen, da ein Gremium von sieben Mann durchaus unzureichend sei. Das Mindeste müßten 30 Vertreter sein. Dr. *Amelunxen* erklärte sich bereit, für diese Lösung einzutreten und warf die Frage nach der Beteiligung der Parteien an diesem Gremium auf. Die Vertreter der ZP und der LDP waren für eine paritätische Zusammensetzung dergestalt, daß sämtliche 5 Parteien mit der gleichen Anzahl von Vertretern im Provinzialrat fungieren müßten. Dieser Ansicht schloß sich Dr. *Amelunxen* an. Hauptgeschäftsführer *Steup* wandte sich gegen den Vorschlag und es wurde dann beschlossen, die Vertreter der Parteien treffen sich am 8. 1., vormittags 11.00 Uhr bei *Lensing* in Dortmund, damit sie sich über die Verteilung der Sitze im Provinzialrat einig werden können.[7] Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Herrn *Wenke* (SPD), der folgende Besetzung vorschlägt: CDU, SPD, KPD je 8, Vertreter LDP und Z[entrum] je 3 Vertreter wie folgt abgeändert: CDU 9 Vertreter, SPD und KPD je 8 Vertreter, LDP 3 Vertreter und Z[entrum] 2 Vertreter.[8] Die Liberaldemokratische Partei wollte unter allen Umständen einen 4. Sitz haben, und zwar auf Kosten der Zentrumspartei. Die CDU konnte unter keinen Umständen zugeben, daß die christliche Front durch Abgabe eines Sitzes weiter geschwächt würde. Die zahlenmäßige Schwäche der Zentrumspartei, die von allen Parteien als wahr unterstellt wurde, war dann die Veranlassung, daß sie diesen Sitz für sich forderte. Die Maßnahmen der Provinzialparteileitung wurden von den Anwesenden gebilligt.

Man schritt dann zur Wahl der Mitglieder eines zu bildenden Zonenausschusses der CDU[9] für die englische Besatzungszone. Gewählt wurden die Herren: *Lensing*, *Holzapfel*, *Hoppe*, *Rippel*, *Kannengießer*. Als Vertreter wurden gewählt: *Bornefeld-Ettmann*, Dr. *Boelitz*, *Heeke*, *Lindner* und *Zillken*.

6 Vgl. Nr. 47, Anm. 3.

7 Ein Vertreter der Zentrumspartei war bei dieser Besprechung nicht anwesend, da Helene *Wessel*, die teilnehmen sollte, von *Reismann* zu spät benachrichtigt worden war (Schreiben *Wessels* an *Reismann* vom 8. 1. 1946: ACDP, I–293–001/4).

8 Der Vorschlag, den *Wenke* im Auftrag der Parteien am 15. 1. 1946 *Amelunxen* übermittelte, nennt hiervon abweichend 9 Sitze für die SPD und 7 Sitze für die KPD; vgl. Nr. 54.

9 Der Zonenausschuß der CDU trat erstmals am 22./23. 1. 1946 zusammen; vgl. H. PÜTZ, 1975, Nr. 3.

Herr *Bitter*, Recklinghausen, wies dann auf die katastrophale Ernährungslage in der britischen Zone hin und forderte die Parteileitung auf, sofort energische Maßnahmen zur Abwehr der bevorstehenden Gefahr einzuleiten. Die Herren *Blank*, *Bitter*, *Schmelzer*, *Jöstingmeier*, *Deist* und *Steup* sollen sofort mit der Provinzialregierung in Verbindung treten und sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß alles getan wird, um eine Katastrophe zu vermeiden. Herr Dr. *Jöstingmeier* wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte vorzunehmen und die Einladungen zu der Besprechung zugehen zu lassen.

Es wurden auch die Vorkommnisse in Berlin zur Sprache gebracht. Herr *Lensing* gab die Gründe, die zur Absetzung der Herren Dr. *Hermes* und Dr. *Schreiber* geführt haben, an, die in beigeheftetem Rundschreiben[10] soweit es möglich ist, den Parteimitgliedern zur Kenntnis gebracht worden sind.

Bei einer Besprechung in Recklinghausen, die zwischen den Parteivertretern und der Militärregierung stattfand, wurde Herr *Weiser* (Zentrum) von den Vertretern der Militärregierung gefragt, warum er die Christlich-Demokratische Union als Partei für sich ablehne. Herr *Weiser* erklärte, die Christlich-Demokratische Union versuche das Volk in christliche und unchristliche Parteien zu spalten. Zudem sei durch die Explosion in Berlin wohl erwiesen, daß sich starke reaktionäre Kräfte in die CDU eingeschlichen hätten. Er mußte sich von der Militärvertretung allerdings sagen lassen, daß diese die ganzen Verhältnisse anders sehe. Das Deutsche Volk müsse die letzten Reste seiner Kraft zusammennehmen, um seinen Untergang zu vermeiden. Er sähe im Zentrum eine Splitterpartei, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, die christliche Front zu sprengen und verurteile diese Bestrebungen.

Schluß der Sitzung war gegen 18.00 Uhr.

Paul *Steup*
Hauptgeschäftsführer

Anlage: Rundschreiben Nr. 5

10 Rundschreiben Nr. 5 im ACDP, III–002–229.

51.

8. 1. 1946: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an Professor Kuske (Köln)

HAStK, NL Görlinger 47. Durchschlag.

Lieber Genosse *Kuske*!

Die Sitzung zwischen *Böckler*, *Agartz*, *Gnoß* und mir einerseits und Herrn Dr. *Lehr* und Dr. *Wandersleb* andererseits am Montag, den 7. 1. 1946 in Düsseldorf war außerordentlich bewegt. Ich habe die absolute Notwendigkeit der Übernahme der Wirtschaftsabteilung wegen der uns gerade jetzt gestellten Aufgaben durch Sie mit ihren einzigartigen Kenntnissen und Erfahrungen herausgestellt und betont, daß die Beibehaltung der Uni-Tätigkeit durchaus vertretbar und notwendig sei. Die Einzelheiten werde ich Ihnen schildern und komme wegen der Kürze der Zeit zum Ergebnis. Herr Dr. *Lehr* ist damit einverstanden, daß Sie die Tätigkeit in Köln beibehalten an der Uni und die Leitung der Abteilung Wirtschaft übernehmen.[1] Er bittet darum, daß Dr. *Agartz* als ihr Stellvertreter mit einsteigt, um die Aufgaben zu übernehmen, die sich aus der Notwendigkeit und den Anforderungen der Engländer ergeben.[2]

Am Freitag, den 11. 1. 1946 soll im Anschluß an die Tagung des Provinzial-Rates eine erneute Aussprache mit Herrn Dr. *Lehr* stattfinden, bei der auch *Böckler* und Dr. *Agartz* und ich zugegen sein werden.[3] Ich hoffe, daß Dr. *Agartz* einverstanden ist, dem ich noch keine Mitteilung zukommen lassen konnte, da mich die telefonische Mitteilung von OB Dr. *Kolb* im Auftrag von Dr. *Lehr* erst abends erreichte. Ich bitte Sie nun unter allen Umständen am 11. 1. 1946 in Düsseldorf zu sein. Ich werde veranlassen, daß Sie mit dem Wagen in Gummersbach abgeholt werden. Vor der Besprechung mit Dr. *Lehr* müssen wir etwas Zeit haben uns auszusprechen. Sie müssen jetzt schnellstens nach Düsseldorf, um die Zügel in Ihre bewährten Hände zu nehmen. OB Dr. *Kolb* hat Vorsorge getroffen, daß Sie in Düsseldorf gut unterkommen.

Vielleicht lassen Sie mir ein paar Zeilen zukommen, daß ich mit Ihrem Kommen nach Düsseldorf rechnen kann.

Mit vielen herzlichen Grüßen

Ihr R. *Görlinger*

---

1 Die Forderung *Kuskes*, neben der Leitung der Abteilung Wirtschaft seine Tätigkeit als Hochschullehrer fortführen zu können, war in der letzten Phase der Verhandlungen zum Hauptstreitpunkt zwischen ihm und *Lehr* geworden; insgesamt lassen sich die Verhandlungen anhand des Schriftwechsels zwischen *Kuske* und *Görlinger* im HAStK, NL Görlinger 47 sehr gut nachvollziehen; vgl. auch die Personalakte *Kuskes*: HStA Düsseldorf, NW.Pe 164.

2 *Agartz* hat den angebotenen Posten bei der Provinzialregierung in Düsseldorf nicht übernommen; im Februar 1946 wurde er zum Generalsekretär des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Zone ernannt; vgl. H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 162.

3 Nach dieser Aussprache konnte *Kuske* endlich – wie seit langem geplant – die Abteilung Wirtschaft in Düsseldorf übernehmen; zum gesamten Vorgang vgl. Nr. 5 mit Anm. 5.

52.

9. 1. 1946: Der Vorsitzende der Zentrumspartei in der britischen Zone, Hamacher (Düsseldorf), an Oberpräsident Lehr

Landtagsarchiv NRW, A 09034/1. Ausfertigung. Paraphe Lehrs und hs. Vermerk: „[...] Dr. Wandersleb." Eingangsstempel vom 10. 1. 1946.

Betr.: Ernennung von Mitgliedern des Provinzialrates

Bei der vor kurzem vollzogenen Ernennung von Mitgliedern zum Provinzialrat[1] ist die Zentrumspartei übergangen worden. Dagegen erheben wir hiermit schärfstens Protest.[2]

Bei der Bemessung der Ansprüche der einzelnen Parteien muß die Zentrumspartei erwarten, daß sie genau wie die SPD und KPD behandelt wird; d.h. also, daß bei der Zuerkennung von Sitzen in den einzelnen Körperschaften von den letzten Wahlergebnissen ausgegangen wird. Die Zentrumspartei hat im März 1933 bei den Provinziallandtagswahlen im Rheinland 1.234.000 Stimmen erhalten. Demgegenüber stehen 1.181.000 Stimmen aller anderen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, die ja heute kein Recht mehr haben mitzusprechen. Daß bei solchen Wählerziffern die Partei, die ganz fraglos den politischen Führungsanspruch im Rheinland zu stellen hat, bei den ersten Anfängen demokratischer Neugestaltung des Staatslebens übergangen wird, darf wohl ohne Übertreibung als grotesk bezeichnet werden.

Wenn inzwischen neue Parteien gegründet worden sind, so haben diese erst einmal nachzuweisen, ob und welche Kreise hinter ihnen stehen. Jedenfalls haben sie kein Recht, sich die Ansprüche der Zentrumspartei zu eigen zu machen. Es handelt sich ja dabei um vollkommen neue Parteien, die, wie das bei der Christlich-Demokratischen Partei ausdrücklich der Fall ist, jede Verbindung mit der alten Zentrumspartei ablehnen. (Erklärung des inzwischen abgesetzten 2. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union, Reichsminister a.D. Dr. *Schreiber*, im Nordwestdeutschen Rundfunk und Chefredakteurs Dr. *Dovifat*.) Unter diesen Umständen kann die Partei natürlich nicht die Rechte der Zentrumspartei für sich in Anspruch nehmen.

Im Namen der Demokratie fordert die Deutsche Zentrumspartei im Provinzialrat die ihr auf Grund der letzten Wahlergebnisse zustehende Vertretung, genau wie sie der SPD und KPD zugestanden ist.[3]

Hochachtungsvoll!

Dr. *Hamacher*

Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei im englisch besetzten Gebiet

---

1 Vgl. Nr. 45, Anm. 1.

2 Klagen in bezug auf die Zusammensetzung des Provinzialrats erfolgten nicht nur von seiten des Zentrums; so beschwerte sich die CDP Krefeld über die mangelnde Repräsentation des linken Niederrheins (Schreiben vom 20. 12. 1945: Landtagsarchiv NRW, A 09031/1/3); die Industrie- und Handelskammer zu Essen sah dagegen das Ruhrgebiet vernachlässigt (Schreiben vom 9. 1. 1946: RWWA, Abt. 18 b 62); Kritik an der regionalen und politischen Zusammensetzung des Provinzialrats übte auch *Weitz* in einem Schreiben an *Arnold* vom 14. 1. 1946 (StBKAH, 06.05); zu den Einwänden der SPD vgl. Nr. 45.

3 Am 9. 2. 1946 unterbreitete *Lehr* der Militärregierung den Vorschlag, weitere Personen – darunter auch Vertreter des Zentrums – in den Provinzialrat zu berufen; siehe Nr. 61 mit Anm. 5.

53.

12. 1. 1946: Der Vorsitzende der CDU-Rheinland, Schwering (Köln), an Schmidt[1] (Wuppertal)

HStA Düsseldorf, RWV 26–1020. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Dr. *Schmidt*!

Zu meinem großen Bedauern ist auf der Einladung zu der Vorstandssitzung am 21. d. Mts. Punkt 2 der Tagesordnung ausgefallen, betreffend Antrag Dr. *Schmidt* und Dr. *Brauda*: Stellung der Partei zu den Internationalisierungs-Bestrebungen an Rhein und Ruhr. Ich werde den Punkt, den ich für sehr wichtig halte, mündlich als Punkt 2 auf die Tagesordnung setzen, und zweifle nicht, daß wir noch zur Verhandlung kommen werden, weil ja die Wahlen unmöglich unsere ganze Zeit in Anspruch nehmen können.[2]

Ich lege besonderen Wert darauf, daß über diese Angelegenheit verhandelt wird, weil, wie ich in den Kreisen der Nordrheinprovinz hier und da feststellen muß, sich der alte Separatismus wieder regt, gleichgültig, welcher Form er auch sein mag. Es steigen alte Erinnerungen in mir auf. In den Jahren 1919 bis 1923 bin ich in der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags im Zusammenwirken mit dem später leider auf Irrwege geratenen *von Papen* einer der schroffsten Gegner dieser Bestrebungen gewesen. Schließlich aber gelang es, dieser Bestrebungen Herr zu werden. Als ich am 5. Dezember 1923 als Sprecher der Landtagsfraktion die endgültige Absage an alle diese Bestrebungen aussprechen konnte, war ein langer Kampf vorhergegangen, dessen ich mich noch heute freue. Natürlich sind die Formen, in denen heute ähnliche Gedanken ausgesprochen werden, andere. Diese Kreise haben gelernt, sich geschickt zu tarnen, aber sie sind darum erst recht gefährlich.[3] Aus all diesen Gründen halte ich die Behandlung dieser Frage für wichtig, damit auch die Vorstandsmitglieder über diese Strömungen orientiert werden. Ich möchte Sie oder Herrn Dr. *Brauda* bitten, den Antrag dann eingehend zu begründen, damit eine sachliche Diskussion, die ich für sehr fruchtbar halten möchte, stattfinden kann. Sie sehen, wie sehr mir an diesen Dingen liegt und wie sehr ich Ihre Anregung begrüße.

Mit den besten Empfehlungen bin ich
Ihr sehr ergebener
gez. [*Schwering*]

1 Otto *Schmidt* gehörte dem ersten Vorstand der CDU-Rheinland an; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 60–62.

2 Das Thema wurde allerdings in der Vorstandssitzung am 21. 1. 1946 nicht mehr angesprochen, da die Personaldiskussion – Wahl des Vorsitzenden – doch kontroverser war als angenommen; vgl. Protokoll der Sitzung im HStA Düsseldorf, RWV 26–1018; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 62.

3 Separatistisches Gedankengut findet man in dieser Zeit hauptsächlich im Umfeld der Rheinischen Volkspartei; jedoch ist diesen Bestrebungen aus heutiger Sicht nur geringe Bedeutung beizumessen; vgl. hierzu: W. KÖHLER, 1961, S. 86–90; PARTEIEN-HANDBUCH II, 1984, S. 2017–2020; vermutlich waren die Ausführungen *Schwerings* indirekt auch gegen seinen Kontrahenten um den Parteivorsitz, *Adenauer*, gerichtet.

54.

15. 1. 1946: Der Sekretär des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Wenke (Dortmund), an Oberpräsident Amelunxen

HStA Düsseldorf, NW 57–154.[1] Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Oberpräsident!

In der von Ihnen anberaumten Besprechung der Parteiführer Westfalens am 2. Januar des Jahres[2] wurde die Frage der Verteilung der Sitze für den neu zu bildenden Provinzial-Ausschuß[3] auf die einzelnen Parteien besprochen. Wir kamen dahin überein, daß die Parteien unter sich noch einmal zu dieser Frage Stellung nehmen sollten. Das ist inzwischen geschehen.[4] Der an sich begreifliche Wunsch der kleinen Parteien, Zentrum und Freie Demokratische Partei, nach Parität kann nicht gebilligt werden.

Unter der Voraussetzung, daß der Provinzial-Ausschuß 30 Mitglieder erhalten soll und, wie wir übereingekommen waren, nur aus Vertretern der Parteien bestehen soll, machen die Parteien folgenden Vorschlag: Die SPD erhält 9 Sitze, die CDU erhält 9 Sitze, die KPD erhält 7 Sitze, die Freie Demokratische Partei erhält 3 Sitze, das Zentrum erhält 2 Sitze.[5]

Sollte das Zentrum und die Freie Demokratische Partei für eine Vertretung im Provinzial-Ausschuß noch nicht in Frage kommen, weil in der britischen Zone zunächst nur die 3 großen Parteien, SPD, CDU und KPD anerkannt worden sind, müßten sich die 5 übrigen Sitze auf die 3 Parteien verteilen.

Die Parteien erklären sich noch einmal ganz entschieden gegen eine berufsständische Vertretung im Provinzial-Ausschuß und sind bereit, bei der Aufstellung ihrer Vertreter einen Ausgleich zu suchen, der sämtliche Berufsstände mit berücksichtigt.

Die vorstehenden Vorschläge werden von mir im Auftrage sämtlicher, an der Parteiführerbesprechung teilgenommenen Parteien gemacht. Es nahmen an dieser Besprechung teil: Die SPD, die CDU, die KPD, und die Freie Demokratische Partei, Vertreter des Zentrums waren nicht anwesend.[6] Da ich nur als Vertreter des Westlichen Westfalens an der Besprechung teilnahm, habe ich die Vorschläge auch mit meinen Freunden aus dem Östlichen Westfalen, den Herren *Severing* und *Groß* besprochen. Auch sie haben mich beauftragt, für das östliche Westfalen die vorstehenden Vorschläge einzureichen.

Für den Arbeitsausschuß oder vorbereitenden Provinzialrat, wie Sie, Herr Oberpräsident, ihn nannten, bitte ich, bei zukünftigen Besprechungen als Vertreter der SPD

1 Ein weiteres Exemplar im Landtagsarchiv NRW, A 10100/32.

2 Nr. 48.

3 Gemeint ist der westfälische Provinzialrat.

4 Siehe Nr. 50.

5 Hinter den hier genannten Zahlen sind auf dem Durchschlag hs. die Zahlen 6, 6, 5, 2, 2 ergänzt, wahrscheinlich entsprechend den Vorstellungen *Amelunxens* über die Aufteilung der bis dahin von der Militärregierung lediglich zugestandenen 20 Sitze für politische Vertreter im Provinzialrat; vgl. Nr. 56.

6 Siehe Nr. 50, Anm. 7.

des Bezirks Östliches Westfalen und die beiden Länder Lippe auch noch Herrn Emil *Groß*, Bielefeld, Arndtstr. 8, einzuladen.[7]

Außerhalb dieser Vorschläge der Parteien habe ich als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei auf Beschluß des Bezirksvorstandes des Westlichen Westfalens noch einmal ganz nachdrücklich auf meinen schon in der Besprechung am 2. Januar gemachten Vorschlag hinzuweisen, der anstelle eines Provinzialausschusses die Schaffung eines regelrechten Provinzial-Landtages etwa in der Stärke des früheren Provinzial-Landtages verlangte. Dieser Provinzial-Landtag müßte auch Beschlußkraft haben. Es ist nicht einzusehen, warum die Stadtvertretungen und Gemeindevertretungen, Kreistage usw. soweit sie bis jetzt eingeführt sind, Beschlußcharakter haben sollen, die Provinzialvertretung aber nicht. Soweit ich aus Gesprächen mit den anderen Parteiführern feststellen kann, dürften auch die übrigen Parteien den gleichen Standpunkt vertreten. Ich bitte Sie darum, Herr Oberpräsident, auch bei der Militärregierung auf diesen Wunsch der Parteien hinzuweisen. Wenn schon die Parteien die Träger des politischen Lebens sein sollen, und sie sind es tatsächlich, dann darf das öffentliche Leben auch nicht über die politische Bühne rollen, ohne daß die Wünsche der Parteien berücksichtigt bzw. ohne daß auf sie eingegangen wird.

Mit freundlichen Grüßen!

Heinrich *Wenke*

7 Bei der Besprechung am 30. 1. 1946 (Nr. 56) war als Vertreter des SPD-Bezirks Östliches Westfalen allerdings der Vorsitzende *Severing* selbst anwesend.

55.

28. 1. 1946: Oberpräsident a.D. Gronowski (Bad Driburg) an den Vorsitzenden der CDU-Westfalen, Lensing (Dortmund)

ACDP, III–002–014.[1] Ausfertigung. „Z.d.A. Vertrauliches".

Lieber Herr *Lensing*!

Vor wenigen Tagen war Herr Dr. *Kannengießer* hier und berichtete über die Vorgänge am 22. d. Mts. in Herford.[2] Das selbstherrliche Verhalten des Herrn Dr. *Adenauer* und die Brüskierung der geladenen Gäste muß doch stark befremden. Wir Westfalen können dies ohne schärfsten Protest nicht hinnehmen. Auf jeden Fall muß sich der Vorstand am 12. Februar damit beschäftigen. Meine persönliche Haltung mache ich von dem Beschluß des Vorstandes abhängig. Aber bis dahin werde ich keine Einladung von Herrn Dr. *Adenauer* zu einer Konferenz oder Besprechung annehmen. Er muß den geladenen Gästen

1 Fotokopie des Stückes: HStA Düsseldorf, RWN 105–6.

2 Über die Gründung des Zonenausschusses der CDU in Herford: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 62f.; H. PÜTZ, 1975, S. 4–6.

eine ausreichende Genugtuung leisten, und ferner eine ganz eindeutige Erklärung öffentlich abgeben, ob er immer und überall für die Erhaltung der Einheit Deutschlands einzutreten bereit ist. Wenn Herr Dr. *Adenauer* Vorsitzender der CDU sein will, dann haben wir ein Anrecht darauf zu erfahren, wie er über ein einiges Deutschland denkt, und ob er ohne Zögern und Zaudern für die Einheit eintritt.[3] Der Bericht von Dr. *K[annengießer]* hat mich traurig gestimmt und verärgert. Dies schreibe ich Ihnen zunächst privat, und bitte, mir vor der Vorstandssitzung keinen schriftlichen Bescheid zu erteilen. In den nächsten Tagen habe ich noch drei Versammlungen: Höxter, Oelde und Osnabrück.

Auf gesundes Wiedersehen in Hamm und freundlichen Gruß

Ihr ergebener

Gronowski

3 Die ihm 1945/46 vorgeworfenen Neigungen zum Separatismus hat *Adenauer* (berechtigterweise) zurückgewiesen: vgl. ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 127; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 430.

56.

30. 1. 1946:[1] Protokoll über eine Besprechung zwischen Vertretern der Provinzialregierung Westfalen und den Parteileitungen für Westfalen in Münster

Landtagsarchiv NRW, A 10100/36. Hs. Korrekturen und Ergänzungen. Paraphe Amelunxens.

Die Sitzung begann um 11 Uhr und dauerte etwa eine Stunde. Es waren folgende Herren zugegen:

1. Oberpräsident Dr. *Amelunxen*,
2. Regierungspräsident Frhr. *von Oer*,
3. der Generalreferent für Innere und Allgemeine Verwaltung, Dr. *Menzel*,
4. der Generalreferent für Verkehr und Referent für das Pressewesen, Dr. *Stricker*,
5. der persönliche Referent des Herrn Oberpräsidenten, Regierungsrat Dr. *Schilling*,
6. Max *Reimann*, als Vertreter der KPD, Herne/Westf., Poststraße 1,
7. Kurt *Lichtenstein*, als Vertreter der KPD, Herne/Westf., Poststraße 1,
8. Reichs- und Staatsminister a.D. Karl *Severing*, als Vertreter der SPD, Bielefeld/Westf., Lampingstr. 6,
9. Heinrich *Wenke*, als Vertreter der SPD, Dortmund, Schliepstr. 3,
10. Gustav *Altenhain*, als Vertreter der Freien Demokratischen Partei, Hasslinghausen (Telefon: Gevelsberg 2096),
11. Clemens *Bender*, als Vertreter der Freien Demokratischen Partei, Dortmund, Kreuzstr. 35,

1 Das Protokoll trägt das Datum vom 29. 1. 1946; tatsächlich fand die Besprechung – wie andere Dokumente zeigen (etwa Nr. 59) – am 30. 1. 1946 statt; vgl. auch J. BRAUTMEIER, 1986, S. 33.

12. Lambert *Lensing*, als Vertreter der CDU, Dortmund, Potgasse 3, (40667),
13. Paul *Steup*, als Vertreter der CDU, Dortmund, Bismarckstr. 9,
14.[2] Dr. Bernhard *Reismann*, Münster/Westf., Kirchstr. 58, als Vertreter der Zentrumspartei.

Der OBERPRÄSIDENT eröffnete die Sitzung und gab einen kurzen Bericht über die bisher bei der Militärregierung unternommenen Schritte zur alsbaldigen Bildung eines Provinzialrates. Er führte dann aus, daß die Militärregierung nunmehr einen 30köpfigen Provinzialrat bewilligen wolle, von denen 20 Teilnehmer als Vertreter der Parteien und 10 Teilnehmer als nicht parteigebundene Vertreter des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Konfessionen und der Wissenschaft in den Provinzialrat berufen werden sollen.[3] Er sei der Meinung, die Parteien sollten sich erst miteinander darüber einigen, nach welchem Verteilungsschlüssel die auf sie entfallenden 20 Sitze verteilt werden sollen, und ihm entsprechend Vorschläge machen; alsdann werde er nach Fühlungsnahme mit den Parteien die 10 restlichen nicht parteigebundenen Vertreter bestimmen und sodann die im ganzen vorgesehenen 30 Mitglieder der Militärregierung in Vorschlag bringen.

Herr WENKE bemerkte dazu, daß ein Gremium von 30 Personen nicht genüge, weil als Gegenstück zu den Generalreferenten eine genügend große Zahl von Fachleuten im Provinzialrat vertreten sein müßte. Außerdem müsse der Provinzialrat eine Beschlußkörperschaft sein und dürfe keine unabhängigen, berufsständischen Vertreter aufweisen. Er schlage daher vor, daß nach dem Vorbild der schon vorhandenen Stadtvertretungen ein Provinzialrat gebildet werde, der 1. bis zur Bildung des Provinziallandtages aus mindestens 90 Personen bestehen müsse, 2. Beschlußkraft haben solle und 3. keine nicht-parteilichen, berufsständischen Vertreter aufweise.[4]

Herr REIMANN schloß sich dem Vortrag von Herrn *Wenke* im vollen Umfange an. Desgleichen auch Herr *Lensing*.

Herr SEVERING unterstrich die Notwendigkeit eines vergrößerten Provinzialrates damit, daß, gleichgültig, ob der Provinzialrat schon Beschlüsse oder nur Entschließungen fassen könne, die Kundgebungen eines Provinzialrates von etwa 120 Personen viel eindringlicher seien als von nur etwa 30 Personen. Dies sei gerade im Hinblick auf die in nächster Zukunft bevorstehenden wichtigen politischen Ereignisse von Bedeutung. Es solle daher ein entsprechender Antrag an die Militärregierung gerichtet werden, wobei man zweckmäßigerweise auf das Beispiel von Hannover hinweisen könne.[5] Ein derartiger Antrag sei selbst dann sinnvoll, wenn ihn die Militärregierung ablehne.

Er halte den Vorschlag des Herrn Oberpräsidenten auf Verteilung der nicht parteigebundenen Vertreter des öffentlichen Lebens pp. nach vorheriger Fühlungnahme mit den Parteien für akzeptabel.

Herr WENKE führte aus, daß seine Partei an einem Provinzialrat von nur 30 Personen nicht teilnehmen wolle.

---

2 Angaben zu „14." von Hand nachgetragen.

3 Vgl. Nr. 48, Anm. 5.

4 Vgl. Nr. 54.

5 Über die Größe der ersten ernannten Körperschaft in der Provinz Hannover liegen bisher keine Angaben vor.

Herr REISMANN hielt es für taktisch richtiger, erst einmal mit einem Provinzialrat von nur 30 Personen zu beginnen, damit die Militärregierung nicht den Eindruck eines Affronts gewinne.

Herr REIMANN äußerte, die KPD wolle sich auch nicht an einem kleinen Provinzialrat von nur 30 Personen beteiligen.

Herr BENDER meinte, wenn die SPD und KPD nicht an einem nur 30köpfigen Provinzialrat teilnehmen wollen, so käme auch eine Beteiligung seiner Partei nicht in Frage.

Herr LENSING meinte, man könne doch auch in sachlicher Form unsere diesbezüglichen Vorschläge der Militärregierung unterbreiten, ohne dadurch den Eindruck eines Affronts zu erwecken. Er schlug eine gemeinsame Entschließung der Parteien an die Militärregierung auf Bewilligung eines größeren Provinzialrates vor. Sämtliche Parteivertreter schlossen sich dem Vorschlag des Herrn *Lensing* an. Die Anregung von Herrn *Altenhain* schon jetzt einmal über das Verteilungsverhältnis der Mandate zu beraten, um keine unnötige Zeit zu verlieren, wurde von Herrn *Lensing* für untunlich gehalten, weil noch zuviel unbekannte Faktoren da seien.

Alle Parteien beschlossen, sich am nächsten Tage in Dortmund zusammenzufinden und eine Resolution über die Gestaltung des neuen Provinzialrates zu fassen.[6]

Der Herr Oberpräsident versprach die beschleunigte Weiterleitung einer derartigen Resolution an die Militärregierung.

Schilling

6 Siehe Nr. 57.

57.

31. 1. 1946:[1] Denkschrift der Parteien der Provinz Westfalen für Oberpräsident Amelunxen zur Weiterleitung an die Militärregierung Westfalen[2]

Landtagsarchiv NRW, A 10100/41.

Die unterzeichneten demokratischen Parteien der Provinz Westfalen haben in gemeinsamer Aussprache zu den Vorschlägen für die Bildung und Zusammensetzung eines Provinzialausschusses[3] Stellung genommen[4] und unterbreiten der englischen Militärregierung der Provinz ihren einheitlichen Standpunkt.

1 Die Datierung wurde dem zugehörigen Begleitschreiben der Parteien entnommen: Landtagsarchiv NRW, A 10100/40.

2 Mit Schreiben vom 4. 2. 1946 (Nr. 59) wurde die Denkschrift von *Amelunxen* an die Militärregierung weitergeleitet.

3 Vgl. allg. zum westfälischen Provinzialrat Nr. 26, Anm. 1.

4 Vgl. Nr. 56.

Die Provinz Westfalen ist auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Struktur eine der wichtigsten Provinzen Deutschlands. Entsprechend ihrer großen Bedeutung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und für die demokratische Gestaltung der deutschen Republik trägt die Regierung der Provinz Westfalen eine schwere Verantwortung für die Zukunft Deutschlands und für den Frieden. Die Provinzialregierung wird dieser Verantwortung nur gerecht werden, wenn sie vom Vertrauen der demokratischen Bevölkerung der Provinz getragen und durch die entschlossene Mitarbeit der Bürger in ihren Bemühungen unterstützt wird.

Um dieses Vertrauen und diese Mitarbeit aller demokratischen Kräfte in weitestem Maße zu sichern, erachten die demokratischen Parteien einen Provinzialausschuß, der aus mindestens neunzig Mitgliedern besteht, als unerläßlich. Der Provinzialausschuß muß so stark sein, daß die Zusammensetzung arbeitsfähiger Ausschüsse für die verschiedenen Generalreferate und andere wichtige Referate möglich ist.

Die demokratischen Parteien sind der einheitlichen Auffassung, daß auch in dem vorläufigen Parlament der Provinz Westfalen nur die Abgeordneten der politischen Parteien Sitz und Stimme erhalten dürfen. Bei der Nominierung ihrer Kandidaten für den Provinzialausschuß werden sich die demokratischen Parteien gegenseitig verständigen, um so die Anwesenheit aller sozialen und konfessionellen Schichten unserer Bevölkerung und die Vertretung aller regionalen Interessen unserer Provinz in dem Ausschuß zu garantieren.

Die demokratischen Parteien sind fest entschlossen, die Verantwortung für die demokratische Verwaltung und für den friedlichen Aufbau der Provinz zu tragen, wie es vom deutschen Volk in den Berliner Beschlüssen der Alliierten verlangt wird. Aus diesem Grunde vertreten die unterzeichneten Parteien die Auffassung, daß der Provinzialausschuß nicht nur eine beratende Funktion, sondern, wie auch die kommunalen Ratsausschüsse, Beschlußkraft haben muß.

Durch ihre verantwortungsvolle Zusammenarbeit im Provinzialausschuß werden die demokratischen Parteien den wirtschaftlichen Aufbau der Provinz Westfalen beschleunigen, die Selbstverwaltungsorgane wirklich demokratisieren, die Umerziehung der Bevölkerung fördern, die nationale Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage und damit den Frieden sichern.

Für die Kommunistische Partei: *Ledwohn*
Für die Sozialdemokratische Partei: Heinrich *Wenke*
Für die Christlich-Demokratische Union: Lambert *Lensing*
Für die Freie Demokratische Partei: G. *Altenhain*
Für die Zentrumspartei: Helene *Wessel*

58.

1. 2. 1946: Das Sekretariat des KPD-Bezirks Mittelrhein (Köln) an den Vorstand des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz (Köln)

HAStK, NL Görlinger 113. Ausfertigung. Vermerk: „Erledigt 8. 2. 46".

Werte Genossen,

in letzter Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Notlage Deutschlands von gewissenlosen und rückschrittlichen Elementen ausgenutzt wird, separatistische Forderungen in offener oder versteckter Form aufzustellen. Ob es sich um die Gründung einer „königstreuen" Partei in Bayern, oder um die „Welfenpartei" in Hannover, oder die „Rheinische Volkspartei" in Köln handelt, überall ist die Absicht, die Teilung Deutschlands zu fordern und zu propagieren, deutlich erkennbar.[1]

Zwar sind wir der Meinung, daß solche separatistische Forderungen keinen starken Widerhall bei der Bevölkerung finden (auch im Rheinland und in Köln), glauben aber, daß es notwendig ist, alle Versuche, die Sache des Separatismus in das deutsche Volk hineinzutragen, bereits im Keime zu ersticken.

Wir glauben auch, daß es Aufgabe der demokratischen Partei ist, im Namen des deutschen Volkes alle separatistischen Bestrebungen – woher sie auch kommen mögen – zu bekämpfen, und die Einheit der deutschen Nation, die sich zu einer wirklich demokratischen entwickelt, als das große Ziel ihres Kampfes herauszustellen.

Wir sind ferner der Meinung, daß es erforderlich ist, daß die drei demokratischen Parteien ihren gemeinsamen Willen zur Einheit Deutschlands, gemeinsam vor dem deutschen Volk verkünden. Dies gilt auch und besonders für Köln, als einem der Ausgangspunkte separatistischer Tendenzen.

Wir schlagen Euch deshalb vor, in einer großen gemeinsamen Kundgebung der drei demokratischen Parteien in Köln, die Fragen der Einheit der deutschen Nation und des Kampfes gegen alle Versuche der Zerreißung oder Zersplitterung Deutschlands zu behandeln.[2]

Eine solche gemeinsame Kundgebung würde nicht nur im Reich einen starken Widerhall finden, sondern auch den Ausland einen politischen Reifegrad des deutschen Volkes aufzeigen, den man im allgemeinen noch nicht bei uns voraussetzt und damit dazu beitragen, das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt wiederherzustellen.

Wir bitten, unseren Vorschlag zu prüfen und um Mitteilung Eurer Stellungnahme. Zur praktischen Durchführung einer solchen gemeinsamen Versammlung in Köln würden wir empfehlen, eine Vorbesprechung der Vertreter der drei Parteien festzulegen, in der

1 Zum Problem des Seperatismus im Rheinland vgl. Nr. 53, Anm. 3.

2 Der Vorschlag ist im Zusammenhang mit den Bestrebungen der KPD zur Bildung einer sozialistischen Einheitspartei zu sehen; vgl. auch Nr. 124; allg. zum Verhältnis KPD-SPD in Nordrhein-Westfalen: G. SCHÄDEL, 1973, S. 28–36.

die Einzelheiten beraten werden müßten. Dieser Termin wäre zweckmäßig in die Mitte dieses Monats zu legen. Eurer baldigen Antwort sehen wir entgegen.[3]

Mit kameradschaftlichem Gruß

Sekretariat der Bezirksleitung Mittelrhein
der KPD

Hermann *Zilles*

Heinrich *Gérard*

Rudolf *Wascher*

Kurt *Beckmann*

Maria *Fenzky*

Einen Brief gleichen Inhalts richteten wir an die Christlich Demokratische Union in Köln.

3 Antwortschreiben *Görlingers* vom 8. 2. 1946: Nr. 60.

59.

4. 2. 1946: Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen

Landtagsarchiv NRW, A 10100/47. Entwurf. Hs. Korrekturen. Anweisungen zum Geschäftsgang. Paraphe Schillings und hs. Vermerk: „Am 5. II. 46, 12 Uhr, bei Adm & LocGov eingereicht."

1. Auf Grund des Schreibens vom 2. 1. 1946[1] 307/A & LG/2263, worin die Bildung eines Provinzialrates genehmigt wurde, hatte ich die politischen Parteien sofort zu einer Besprechung[2] eingeladen.

2. Die in Verfolg dieser Vorbesprechung seitens der politischen Parteien in Aussicht gestellten Vorschläge über die Aufteilung der einzelnen Provinzialratsitze sind mir zugegangen[3] und veranlaßten mich zur Anberaumung einer weiteren Sitzung mit den Parteien.

1 Siehe Nr. 48, Anm. 5.

2 Die Besprechung vom 2. 1. (Nr. 48) fand in Wirklichkeit schon vor Eingang des Schreibens der Militärregierung statt.

3 Nr. 54.

3. Diese hat am 30. 1. 1946 stattgefunden.[4] Die Aussprache ergab, daß die politischen Parteien Wünsche grundsätzlicher Art über die Zusammensetzung und die Befugnisse des Provinzialrates haben. Diese Wünsche sind in der anliegenden gemeinsamen unterschriebenen Eingabe aller Parteien[5] enthalten.

4. Ich bitte, über diese Anfrage zu entscheiden und darf zur Forderung auf Vermehrung der Mitgliederzahl von 30 auf 90 bemerken, daß [in] Teil IV und V der Richtlinien der Militärregierung über Verwaltung, Lokal- und Regionalverwaltung[6] vorgesehen ist, daß der demnächstige Provinzial-Landtag für Westfalen aus 100 Mitgliedern bestehen soll.[7]

5. Wie ich höre, ist in der Provinz Hannover dem Oberpräsidenten der Auftrag erteilt worden, einen Provinzialrat mit 101 Mitgliedern zu bilden.[8]

Am[elunxen]

4 Siehe Nr. 56.

5 Nr. 57.

6 Druck der Richtlinien: W. RUDZIO: Export, 1969, S. 223–236.

7 Zur Reaktion der Militärregierung hierauf vgl. Nr. 62a,b.

8 Vgl. Nr. 56, Anm. 5.

60.

8. 2. 1946: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln), an die Bezirksleitung Mittelrhein der KPD (Köln)

HAStK, NL Görlinger 113. Durchschlag.

Werte Genossen,

wir bestätigen den Empfang Eurer beiden Schreiben vom 1. d. Mts.[1] Wir glauben, durch die beiden Entschließungen, die die Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Obere Rheinprovinz, am Sonntag, den 3. Febr. 1946 einstimmig angenommen hat,[2] hinreichende Klarheit über die Probleme, die in Euren beiden Schreiben behandelt worden sind, gegeben zu haben.

Bezüglich der Einstellung zu den separatistischen Bewegungen haben wir die Auffassung, daß sich eine gemeinsame Versammlung erübrigt, wenn alle Parteien mit genügendem Nachdruck in ihren Versammlungen zu diesen Bestrebungen in ablehnendem Sinne Stellung nehmen. Das wird uns aber nicht hindern, im Anschluß an eine unserer nächsten Bezirks-Vorstandssitzungen uns nochmals zu Euren Vorschlägen zu äußern.

1 Zu dem einen Schreiben siehe Nr. 58; das zweite Schreiben wurde nicht ermittelt; sein Inhalt läßt sich jedoch aus dem weiteren Kontext dieses Briefes erschließen.

2 Nicht ermittelt.

Eine Diskussion über die Entschließung des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands[3] halten wir in jedem Falle für gegenstandslos. Nach einer Vereinbarung auf einer Konferenz in Wenningsen, die mit den Berliner Genossen unserer Partei getroffen wurde, sind die Beschlüsse der östlichen Zone für die westliche Zone nicht bindend. Die westliche Zone der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands besitzt vorläufig einen eigenen Vorstand, der in keiner Weise abhängig ist von dem Vorstand der östlichen Zone.

Mit sozialistischem Gruß!

R[obert] *G[örlinger]*

2 Anlagen

3 Gemeint ist die Entschließung im Anschluß an die sogenannte Sechziger-Konferenz vom 23. 12. 1945 (vgl. A. KADEN, 1964, S. 212f.).

61.

15. 2. 1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz

HStA Düsseldorf, NW 53–362.[1] Zweitschrift der Ausfertigung. Unterstreichungen.

Betrifft: Nichtexekutiven Provinzialrat

Von den zur Zeit 23 Mitgliedern des nichtexekutiven Provinzialrats[2] sind Vertreter der

CDU: *Arnold*, Karl, Oberbürgermeister, Düsseldorf, Merkurstr. 17; *Hegmann*, Heinrich, Landwirt, Waardt/ Xanten; *Siemons*, Carl Ludwig, Handwerksmeister, Düsseldorf, Beethovenstr. 1; *Heinemann*, Dr. Dr. Gustav W., Rechtsanwalt, Essen, Ahrenberghaus.

SPD: *Gnoß*, Ernst, Schriftsetzer, Düsseldorf, Wallstr. 10; *Görlinger*, Robert, Parteiführer, Köln-Sülz, Grafenwerthstr. 8; *Kolb*, Walter, Oberstadtdirektor, Düsseldorf; *Wilms*, Matthias, Gewerkschaftsführer, Aachen, Josef v. Görresstr. 11.

KPD: *Paul*, Hugo, Parteisekretär, Düsseldorf-Benrath, Ansbacherstr. 14; *Renner*, Heinz, Oberbürgermeister, Essen-West, Unkenstr. 5; *Zilles*, Hermann, Buchhalter, Köln-Ehrenfeld, Eisheiligenstr. 58; *Langhoff*, Wolfgang, Generalintendant, Düsseldorf, Beethovenstr.

Von der Gruppe Kultur vertreten die Professoren: Dr. *Konen*, Heinrich, Rektor der Universität Bonn, Joachimstr. 6, Dr. *Kroll*, Joachim, Rektor der Universität Köln, Dr. *Röntgen*, Paul, Prof. der Technischen Hochschule Aachen, keine Partei.

Die Angehörigen der Gruppe Verwaltung: Dr. *Pünder*, Hermann, Oberbürgermeister, Köln, und Dr. *Weitz*, Heinrich, Oberbürgermeister, Duisburg, Am Mühlenberg 24, gehören der CDU an.

1 Durchschlag: Landtagsarchiv NRW, A 09030/22.

2 Zur konstituierenden Sitzung des Provinzialrats vgl. Nr. 45, Anm. 1.

In der Gruppe Wirtschaft gehören:
Dr. *Agartz*, Viktor, Wirtschaftsprüfer, Köln-Sülz, Eitorfstr. 1, *Böckler*, Hans, Gewerkschaftsführer, Köln-Bickendorf, Akazienweg 125 der SPD,
Bender, Paul, Gewerkschaftsführer, Wuppertal-Barmen, Amselstr. 8 der KPD,
Albers, Johann, Gewerkschaftsführer, Köln, Breitestr. 108 und *Pferdmenges*, Dr. Robert, Bankier, Köln-Marienburg, Golsteinstr. 250 der CDU,
Frowein, Abraham, Präsident, Wuppertal-Elberfeld, Sadowastr. 38 keiner Partei an.

Von den bei Erweiterung des Provinzialrats[3] vorgeschlagenen Personen sind Vertreter der

CDU: Dr. *Adenauer*[4], Konrad, Oberbürgermeister a.D., Rhöndorf bei Honnef, Zengigsweg 8a; Frau Dr. *Franken*, Anne, Oberstudiendirektorin, Düsseldorf, Karltor 2; *Kölges*, Max, Kreishandwerksmeister, Düsseldorf, Beethovenstr. 1 (Fragebogen liegt bei).

SPD: *Dobbert*, Alfred, Redakteur, Wuppertal-Barmen, Humboldstr. 21; Frau *Härdle*, Minna, Berufsschullehrerin, Biesfeld über Bergisch-Gladbach; *Nieswandt*, Wilhelm, Schlossermeister, Essen, Frohnhauserplatz 17; *Runge*, Hermann, Parteiangestellter, Moers, Bombergerstr. 162; *Zöllig*, Karl, Kaufmann, Ratingen, Graf-Adolfstr. 1a.

KPD: *Herzner*, Franz, Landwirt, Kaldenhausen bei Uerdingen, Düsseldorferstr. 46; *Schwerdt*, Paul, Bergmann, Alsdorf bei Aachen, Graf Speestr. 61; *Soberg*, Adolf, Angestellter, Mülheim/Ruhr, Heissenerstr. 100; *Vesper*, Walter, Parteiangstellter, Düsseldorf, Hombergerstr. 9.

In der Gruppe Kultur sind vorgeschlagen: Dr. *Göbel*, Fritz, Direktor der Kinderklinik, Düsseldorf, Moorenstr. 5 (ohne Partei); Prof. *Heuser*, Werner, Direktor an der Kunstakademie Düsseldorf, Büderich, Birkenweg 9 (ohne Partei).

In der Gruppe Verwaltung: *Herzfeld*, Karl, Arbeiter, Essen-Altenessen, Feldmannshof 13 (KPD); *Meister*, Fritz, Bürgermeister, Waldbröl, Nümbrechterstr. 21 (SPD); *Zulauf*, Ernst, Beigeordneter, Remscheid, Parkstr. 13 (KPD).

In der Gruppe Wirtschaft: *von Joest*, August, Landwirt, Wesseling bei Köln, Gut Eichholz (CDU); Dr. *Wilden*, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Schumannstr. 14 (CDU); *Wolf*, Heinrich Chr., Präsident der Bergischen Industrie- und Handelskammer, Remscheid, Sieperstr. 41 (CDU).

Vorgesehen sind noch zwei Vertreter des Zentrums, falls die Militärregierung zustimmt, ferner ein Vertreter der Jüdischen Gemeinden, der noch benannt wird.[5]

Ferner sind noch vorgesehen in der Gruppe Kultur: Dr. *Müller*, Prof. Hygieniker, Köln (Universität) (ohne Partei);

---

3 *Lehr* hatte der Militärregierung bereits am 9. 2. 1946 vorgeschlagen, den Provinzialrat zu erweitern (HStA Düsseldorf, NW 53–368); die neuen Mitglieder wurden am 22. 3. 1946 in den Provinzialrat eingeführt (vgl. Nr. 68a); von den hier vorgeschlagenen Kandidaten erhielt lediglich einer kein Mandat; darüber hinaus wurden bis Mitte März von *Lehr* weitere Vorschläge gemacht, so daß der Provinzialrat am 22. 3. 1946 56 Mitglieder umfaßte (Stand nach Liste vom 22. 3. 1946 im HStA Düsseldorf, RWN 48–79; hiervon schied am 2. 4. 1946 ein weiteres Mitglied aus: HStA Düsseldorf, NW 53–360/I); zu leicht abweichenden Zahlen kommt J. BRAUTMEIER, 1986, S. 38.

4 *Adenauer* hatte bereits am 30. 1. 1946 seine Bereitschaft erklärt, im Provinzialrat mitzuarbeiten (ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 147).

5 Das Zentrum erhielt schließlich 3 Sitze; dazu kamen ebenfalls 3 Vertreter der FDP sowie 2 der Jüdischen Gemeinden.

in der Gruppe Wirtschaft: *Ernst*, Johann, Gewerkschaftsführer, Aachen (CDU); *Wascher*, Rudolf, Gewerkschaftsführer, Köln-Ehrenfeld, Gottfried Danielstr. (KPD).

Ich beabsichtige, gelegentlich der Sitzung des Provinzialrats am 22. Februar die Herren, welche keine Partei vertreten, zu befragen, welcher Partei sie nahestehen.

Dr. *Lehr*

62a.

16. 2. 1946: Protokoll über eine Besprechung zwischen Vertretern der Provinzialregierung Westfalen und den Parteileitungen für Westfalen in Münster[1]

Landtagsarchiv NRW, A 10100/66.

Die Sitzung begann um 10.30 Uhr im Konferenzraum der Provinzialregierung und dauerte bis 12 Uhr. Es waren folgende Herren zugegen:
1. Oberpräsident Dr. *Amelunxen*,
2. Der Generalreferent für Innere und Allgemeine Verwaltung, Dr. *Menzel*,
3. Der Provinzialpressechef Dr. *Stricker*,
4. Der persönliche Referent des Herrn Oberpräsidenten, Regierungsrat Dr. *Schilling*,
5. Lambert *Lensing*, Dortmund, Potgasse 3, als Vertreter der CDU,
6. Paul *Steup*, Dortmund, Bismarckstr. 9, als Vertreter der CDU,
7. Gustav *Altenhain*, Hasslinghausen, als Vertreter der FDP,
8. Ewald *Kaiser*, Herne, Körnerstr. 12, als Vertreter der KPD,
9. Kurt *Lichtenstein*, Herne, Poststr. 1, als Vertreter der KPD,
10. Ferdinand *Haake*, Paderborn, Bahnhofstr. 32, als Vertreter des Zentrums,
11. Bernhard *Reismann*, Münster, Kirchstr. 58, als Vertreter des Zentrums.

Die mit Telegramm vom 8. 2. 1946 geladenen Vertreter der SPD, Minister *Severing* und Herr Heinrich *Wenke*, waren nicht erschienen.

Der Herr Oberpräsident berichtete einleitend über die derzeitigen Pläne der Provinzial-Militärregierung von Westfalen über die Bildung des neuen Provinzialrates. Er bemerkte insbesondere, daß die Militärregierung vorläufig nur eine rein beratende Körperschaft wünsche, jedoch damit einverstanden sei, daß 1. der Provinzialrat 100 Mitglieder habe und 2. sämtliche Mitglieder von den politischen Parteien benannt würden.[2]

Die Militärregierung beabsichtige, der Verteilung der Mandate folgenden Schlüssel zugrunde zu legen:

1 Vgl. die Nrn. 56, 57.

2 Die Genehmigung der Militärregierung hierzu wurde am 7. 2. 1946 erteilt (Landtagsarchiv NRW, A 10100/52).

CDU	30 Sitze
FDP	5 Sitze
KPD	20 Sitze
SPD	35 Sitze
Zentrum	10 Sitze
	100 Sitze

Die Vertreter des Zentrums und der Freien Demokratischen Partei erklärten diese Mandatsverteilung für sachlich nicht gerechtfertigt. Die Parteien einigten sich jedoch dahin, daß man sich trotz der Bedenklichkeit der von der Militärregierung vorgesehenen Mandatsverteilung mit dieser Regelung zunächst einverstanden erklären solle, damit die Bildung des Provinzialrates keinen weiteren Aufschub erleide.[3]

In der sich um 11 Uhr anschließenden Sitzung im großen Konferenzsaal der Militärregierung von Westfalen nahmen außer den vorgenannten Personen noch die folgenden Herren teil: 1. Commander Brigadier C.A.H. *Chadwick* OBE, 2. Deputy Commander Colonel D.B.G. *Ridout* OBE, 3. Major J.H.A. *Emck*, 4. Major *Bailey* sowie 5. zwei weitere politische Offiziere der Provinzial-Militärregierung.

Der Commander hielt die in der Anlage beigefügte Ansprache.[4] Nach Beendigung der Ansprache ließ er sich von Herrn Oberpräsidenten die einzelnen Herren persönlich vorstellen.

Im Anschluß an die Sitzung mit der Militärregierung fand noch eine kurze Aussprache der Vertreter der Parteien unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten statt, in der folgendes vereinbart wurde:

1. Die Parteien übergeben bis spätestens Mittwoch, den 20. 2. 1946 vormittags, Herrn Regierungsrat Dr. *Schilling* ihre Rückfragen und Wünsche bezüglich der aufzustellenden Kandidatenlisten. Die Frage der Schlüsselung soll vorerst nicht mehr angeschnitten werden.[5]

2. Herr Regierungsrat Dr. *Schilling* wird den Überbringern der Schreiben der Parteien eine genügende Anzahl von Fragebogen für die von den Parteien in Aussicht genommenen Kandidaten zur alsbaldigen Ausfüllung mitgeben.

3. Der Herr Oberpräsident wird unverzüglich die Rückfragen und Wünsche der Parteien übersetzen lassen und bis spätestens Freitag, den 22. 2. 46, der Militärregierung zuleiten. Generalreferent Dr. *Menzel* wird um eine entsprechende Fristverlängerung bei der Militärregierung (vgl. vorletzten Absatz der Ansprache des Herrn Commanders) nachkommen.

4. Die Parteien reichen bis Montag, den 25. 2. 46, vormittags, die Listen der von ihnen in Vorschlag gebrachten Kandidaten bei Herrn Regierungsrat Dr. *Schilling* ein.

---

3 Obwohl damit die grundsätzlichen Probleme hinsichtlich der Bildung des Provinzialrats in Westfalen beseitigt waren, zogen sich die organisatorischen Vorbereitungen noch geraume Zeit hin; die erste und einzige Sitzung des Plenums fand erst am 30. 4. 1946 statt; vgl. dazu die Broschüre: Westfalen 1945/46. Niederschrift über die 1. Sitzung des Beratenden Provinzial-Rates am 30. April 1946, Emsdetten [1946]; siehe auch Nr. 96.

4 Nr. 62b.

5 Die Mandatsverteilung wurde gemäß den Vorschlägen der Militärregierung vorgenommen; dazu die Broschüre: Die Westfälische Provinzialregierung. Der Provinzialrat. Die Ausschüsse, Emsdetten [1946].

5. Der Herr Oberpräsident wird in einer gemeinsamen Sitzung mit den Parteien am Dienstag, dem 26. 2. 1946, 11 Uhr, die endgültige Liste der Kandidaten, welche der Provinzial-Militärregierung in Vorschlag gebracht werden soll, zusammenstellen.

Die Vertreter der Parteien wurden gebeten, von sich aus keine Veröffentlichung über diese Zusammenkunft in der Presse zu veranlassen.

Schilling

genehmigt durch Herrn Dr. *Amelunxen*

62b.

16. 2. 1946: Ansprache des Kommandeurs der Militärregierung Westfalen, General Chadwick, vor Vertretern der Parteien in Münster[1]

ACDP, III–002–050. Vervielf. Exemplar.[2]

Ich habe Sie heute morgen hierher gebeten, um Ihnen meine Richtlinien hinsichtlich des Beratenden Provinzialrates zu geben. Bevor ich mit diesen beginne, möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß ich den Führern der politischen Parteien zur persönlichen Besprechung zur Verfügung stehe. Bisher haben nur die Vertreter einer Partei hiervon Gebrauch gemacht. Ich möchte noch einmal klarstellen, daß die Führer aller 5 Parteien kommen können, um mich einzeln und persönlich zu sprechen, um Fragen im beiderseitigen Interesse zu erörtern. Voraussetzung ist, daß Verabredungen einige Tage vorher mit meinem politischen Offizier, Herrn Major *Bailey*, getroffen werden.

Als erstes möchte ich das Hauptgewicht auf das Wort b e r a t e n d legen. Der Beratende Provinzialrat hat weder ausführende noch gesetzgebende Befugnisse und seine einzige Aufgabe soll es sein, mich als Chef der Militärregierung für die Provinz Westfalen durch den Herrn Oberpräsidenten in bezug auf das Fühlen und Denken aller Bevölkerungsschichten zu beraten.

Deshalb wünsche ich vor allem, daß der Provinzialrat ein wahrer Vertreter aller Bevölkerungsschichten, Berufe und Gewerbe, religiösen und politischen Denkens sei; es ist zum Beispiel notwendig, daß die folgenden Interessengebiete voll vertreten sind: Religion, Erziehung und Kultur, Berufe, Wirtschaft, Arbeiter und Angestellte, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Handwerk.

Insbesondere wünsche ich eine entsprechende Vertretung innerhalb des Provinzialrates des Teiles der Bevölkerung, der m.E. in der Vergangenheit keine angemessene Vertretung in deutschen Angelegenheiten hatte, der H a u s f r a u e n. In der Tat geht mein Bestreben dahin, daß Frauen einen mehr aktiven Anteil an den Angelegenheiten der Gemeinschaft nehmen sollen.

---

1 Anlage zu Nr. 62a.

2 Die Exemplare wurden wahrscheinlich durch die Militärregierung angefertigt.

Der Provinzialrat wird sich aus 100 Personen zusammensetzen und ich bitte jede der anwesenden Parteien, Mitglieder wie folgt für den Provinzialrat zu benennen: CDU 30, KPD 20, SPD 35, FDP 5, Zentrum 10.

Die Gründe für diese Aufteilung sind folgende:

1. Bis zur Abhaltung von Kreiswahlen kann niemand die Stärke der politischen Einstellung in der Provinz schätzen, und eine Veranschlagung hinsichtlich der Wahlergebnisse ist eine sehr gewagte Sache. Ich bin unterrichtet worden, daß diese Aufteilung im Augenblick als gerecht zu betrachten ist.

2. Da der Provinzialrat keine ausführenden und gesetzgebenden Befugnisse hat, werden auch keine Abstimmungen stattfinden, und nur ich allein kann den Wert der gegebenen Beratung ermessen.

3. Der Provinzialrat ist eine Art Versuch, und wenn nach meiner Meinung die Beratung, die ich erhalte, nicht die wahre Ansicht des Volkes repräsentiert, werde ich seine Verfassung abändern.

Deshalb wünsche ich, daß jede der politischen Parteien dem Herrn Oberpräsidenten zur Weiterleitung an mich zu meiner Zustimmung eine Namensliste – wie bereits erwähnt – einreicht, die das Gewerbe oder den Beruf und das Bekenntnis des Einzelnen zeigt. Diese Liste ist innerhalb von 14 Tagen vorzulegen. Wenn ich feststellen sollte, daß die namentlich vorgeschlagenen Personen m.E. nicht in angemessener Weise die verschiedenen Interessengebiete der Provinz vertreten, werde ich eine neue, abgeänderte Liste anfordern oder werde unabhängig davon selbst Vertreter bestimmen.

Abschließend wiederhole ich, daß der Provinzialrat eine wirkliche Volksvertretung sein muß, so daß mir die Wünsche und das Denken aller Bevölkerungsschichten unterbreitet werden. Es ist ferner auch eine Art Versuch, der, wenn ich feststelle, daß einem nutzbringenden Zweck dabei nicht gedient ist, teils oder vollkommen geändert werden kann. Wenn die Zeit für einen berufenen Provinzialrat, der ausführende und gesetzgebende Befugnisse hat, reif ist, wird der Beratende Provinzialrat als solcher aufgelöst.[3] Ich hoffe aber, daß viele von seinen Mitgliedern sich auch in diesem Provinzialrat befinden werden.

Zweifellos werden die verschiedenen Parteien eine Anzahl von Fragen zu stellen wünschen. Jedoch ersuche ich, daß meinen soeben gemachten Ausführungen vollste Beachtung geschenkt wird und daß irgendwelche Fragen schriftlich an die zivile Provinzialverwaltung bis Mittwoch, den 20. 2. 1946, eingereicht werden.

Die Entscheidung, die obenerwähnte Anzahl von Sitzen jeder Partei zuzuteilen, ist im Augenblick eine endgültige und wird nicht geändert werden bis die Erfahrung zeigt, daß dies notwendig ist. Es ist daher überflüssig, in dieser Hinsicht Fragen zu stellen.

3 Zur Frage der Umwandlung des Beratenden Provinzialrats in einen berufenen Provinzialrat vgl. die Nrn. 96, 107, 180, 186.

63.

22. 2. 1946: Ansprache von Oberpräsident Lehr in der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszug)

Landtagsarchiv NRW, A 09010/3/2.

[...][1]

Im Anschluß an diese sehr ernste Betrachtung möchte ich eine weitere ernste Betrachtung anstellen. Sie haben aus der Presse, aus dem Rundfunk, und soweit Sie die ausländischen Zeitungen verfolgen, gehört, daß in der Gegenwart über das Schicksal der Menschen an Rhein und Ruhr beraten worden ist.[2] Nach Mitteilungen, die ich vom Ausland gehört habe, möchte ich annehmen, daß diese Frage doch nicht in der Gegenwart entschieden wird, sondern vielleicht erst auf der Friedenskonferenz behandelt wird. Wir können nur sagen, daß wir uns vorbehaltlos zur Einheit unseres deutschen Vaterlandes bekennen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Wir an Rhein und Ruhr sind uns bewußt, daß wir ein Herzstück des deutschen Wirtschaftslebens sind. Wir können ohne Übertreibung und persönliche Ansprüche von unserem Lande sagen, daß dieses Wirtschaftsgebiet an Rhein und Ruhr in seiner einzigartigen Zusammensetzung in der europäischen Wirtschaft einzig dasteht: die gewaltigen Kohlenvorkommnisse, die außerordentlich günstigen Verkehrswege, namentlich unser auf das äußerste tragfähige Rheinstrom, der bis herauf zur Schweiz 200 t Schiffe gegenüber seines Wasserstandes gestattet, zahlreiche Eisenbahnwege, gute Verkehrsstraßen, eine bis auf das genaueste durchorganisierte Wirtschaft mit modernsten Betrieben und am Schluß nicht das Schlechteste, eine qualifizierte und intelligente Arbeiterschaft, die den höchsten Ansprüchen gewachsen ist. Alles zusammen bedeutet eine Wirtschaftskraft, von der wir von unserem Standpunkt aus noch hoffen und wünschen werden, daß sie berufen sein möchte, unter vollem Einsatz beizutragen zur Wiederbelebung des gesamten europäischen Wohlstandes. Anschließend werde ich Ihnen auch über die so wichtige Lebens- und Grundfrage, die Arbeit, etwas sagen. Vor kurzem habe ich den Vorzug gehabt, zusammen mit dem Controller[3] und dem Oberpräsidenten von der Provinz Hannover[4] nach Süddeutschland zu fahren und mit den Ministerpräsidenten der drei süddeutschen Staaten und der amerikanischen Besatzungsbehörde über Wirtschaftsfragen und Staatsrechtsfragen dort zu sprechen. Auch dort haben Vertreter der britischen Zone zum Aus-

1 Begrüßung; Erörterung der Ernährungslage.

2 Am 17. 1. 1946 hatte Außenminister *Bidault* vor der französischen Nationalversammlung erneut die Abtrennung des rheinisch-westfälischen Gebiets von Deutschland gefordert (Druck: URSACHEN UND FOLGEN XXIV, S. 226–228; vgl. R. POIDEVIN: Ruhrfrage, 1979, S. 319); die erste amtliche Verlautbarung der britischen Regierung zur Ruhrfrage seit der Potsdamer Konferenz erfolgte mit einer Erklärung *Bevins* vor dem Unterhaus am 21. 2. 1946; er kündigte die Prüfung der Vorschläge Frankreichs an und setzte sich für weitere Verhandlungen ein (vgl. Aufzeichnung der Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz vom 22. 2. 1946: HStA Düsseldorf, NW 115–108); vgl. Nr. 73.

3 Mit „Controller" wurde bei der Militärregierung in Düsseldorf der Leiter der Abteilung „Internal Affairs & Communication", Major *Askwith*, bezeichnet; im Gegensatz zum Kommandeur der nordrheinischen Militärregierung, General *Barraclough*, dessen militärische Funktion im Vordergrund stand, scheint der Controller der politisch Verantwortliche gegenüber der CCG/BE gewesen zu sein; diese Aussagen gelten analog auch für die Militärregierung Westfalen; vgl. hierzu die Aussagen *Wanderslebs* vor dem Hauptausschuß des nordrheinischen Provinzialrats am 26. 4. 1946 (Nr. 91).

4 Hinrich Wilhelm *Kopf*.

druck gebracht, daß uns die Einheit des deutschen Vaterlandes in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht vor allem am Herzen liegt, und [wir] freuen uns festzustellen, daß das auch die Meinung unserer süddeutschen Kollegen ist.[5] Es hat uns besonders gefreut, positive Antwort aus Baden und Großhessen zu bekommen. Wir haben besonders von der Notwendigkeit des Interzonenverkehrs, des Im- und Exportes gesprochen. Für uns an Rhein und Ruhr sind das Lebensfragen, denen wir nicht ausweichen können. In Anbetracht der ernsten Lage bin ich bei Brigadier *Barraclough* vorstellig geworden und habe zusammenhängend die großen Fragen der Gegenwart in bezug auf unsere Wirtschaftslage vorgetragen und namentlich die Kohle in den Mittelpunkt unserer Ausführungen gestellt.

[...][6]

5 Zur Zusammenkunft von *Lehr* und *Kopf* mit dem Stuttgarter Länderrat am 6. 2. 1946: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 11.

6 Ausführungen zur Kohlenfrage, zur Lage der Bauwirtschaft sowie zum Interzonen- bzw. Außenhandel.

64.

27. 2. 1946: Vermerk von Landesrat Naunin für Landeshauptmann Salzmann über eine Besprechung in Münster

Archiv des LWL, II K 265. Paraphe und hs. Vermerke Salzmanns.

Teilnehmer an der Besprechung waren Professoren der Universität, Direktor *Weiler*, Deutsche Bank, die ORR *Barbrock* und *Grünberg*. Professor *Nölting* und Minister *Höpker-Aschhoff* waren nicht erschienen.

Oberbürgermeister Dr. *Zuhorn* schilderte die geschichtliche Entwicklung des westfälischen Raumes und des westfälischen Bewußtseins an Hand des Raum-Werkes sowie die Entstehung des Raum-Werks selbst.[1]

In der Diskussion wurden die Probleme besprochen, die sich einerseits aus der Bildung eines Ruhrstaates und andererseits aus Hannoverschen Plänen einer Neuordnung im nordwestdeutschen Raum ergeben.

1 Von dem Werk „Der Raum Westfalen" lagen zu diesem Zeitpunkt Band I: Grundlagen und Zusammenhänge, Berlin 1931 sowie Band II/2: Untersuchungen zu seiner Geschichte und Kultur, Berlin 1934 vor; auf der Grundlage dieses Materials erarbeitete *Zuhorn* einen Vortrag mit dem Titel „Westfälische Geschichte – Westfälisches Bewußtsein" (StA Münster, Oberpräsidium 4869; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21); nach einer Notiz *Zuhorns* vom 25. 5. 1946 (Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21) wurde dieses Manuskript an zahlreiche Persönlichkeiten übersandt.

Zur Ruhrgebietsfrage wurde erörtert, welches Hinterland hinzukommen würde, da das Gebiet ohne Hinterland nicht denkbar sei. Zur übrigen Abgrenzung wurde erwähnt, daß die Süd-Oldenburgischen Kreise einer Eingliederung nach Hannover widersprochen haben, da sie im Falle der Auflösung Oldenburgs nach Westfalen zurückkehren wollen.[2] Ferner wurden die Fragen Osnabrück, Emsland, Lippe und Schaumburg-Lippe (Schaumburg-Lippe ist zwar westfälisch, liegt aber vor den Toren Hannovers und kann daher nicht beansprucht werden) sowie des Siegerlandes besprochen. Die Diskussion soll am nächsten Dienstag fortgesetzt werden, wobei Professor *Müller* über die wirtschaftliche Entwicklung des westfälischen Raumes berichten wird.[3]

Die Anwesenden waren der Auffassung, daß etwas unternommen werden müsse um a) die Bildung bzw. Nichtbildung des Ruhr-Staates zu beeinflussen, b) die Einheit Gesamtwestfalens zu erhalten. Der Versuch, hinsichtlich der Ruhrgebietsfrage die Parteien einzuspannen, soll an einer Ablehnung der Engländer gescheitert sein. Gedacht wurde an die sofortige Herausgabe einer kurzen Schrift, in der die gesamte westfälische Entwicklung geschichtlich und wirtschaftlich dargestellt wird. Man erwartet von der Provinz Schritte in dieser Richtung.[4]

Naunin, Landesrat

2 Vgl. Nr. 35.

3 Über weitere Zusammenkünfte in diesem Rahmen konnte nichts ermittelt werden.

4 Die westfälische Provinzialverwaltung blieb ab diesem Zeitpunkt kontinuierlich darum bemüht – unter Verfolgung der Interessen der provinziellen Selbstverwaltung – Material zur Frage der territorialen Neugliederung bzw. verwaltungsmäßigen Neuordnung zu beschaffen; vgl. z.B. die Nrn. 66, 70, 75, 79, 112b, 159, 163, 171, 183.

65.

1. 3. 1946: Die Abteilung Manpower der Militärregierung Nord-Rheinprovinz an die Abteilung Internal Affairs & Communication

HStA Düsseldorf, NW 53–359. Abschrift einer Übersetzung.

Betr.: Personal des Oberpräsidenten
Bezug: Ihr Schreiben NR/IA & C/1240 of 23. Feb. addressed to Adm & Local Gov. Branch

1. Im § 5 der Verordnung H.Q./15864/53 Mil.Gov. (B) vom 10. Okt. 1945 ist klargestellt, und die Verfügung Mp H.Q./40424 vom 23. Jan. 1946 gilt entsprechend, daß in allen Angelegenheiten, die die Abteilungen Labour (oder Manpower) betreffen, der Geschäftsgang und Instanzenweg folgender ist: Landesarbeitsamt – Regional Headquarters North Rhine Region – Manpower Division Control Commission for Germany, also nicht über den Oberpräsidenten führt.

2. Das Landesarbeitsamt (unter der Leitung des Herrn Julius *Scheuble*) mit seinen nachgeordneten Ämtern ist die einzige Stelle, die von Manpower Division Control Commission for Germany ermächtigt ist, den Arbeitseinsatz, Festsetzung von Löhnen usw. innerhalb North Rhine Region zu regeln. Diese Ämter sind unabhängig vom Oberpräsidenten, von den Regierungspräsidenten, Landräten und Bürgermeistern.

3. Zum Geschäftsbereich von Labour (Manpower) gehören ferner Wohnungsbeschaffung und Städteplanung und Sozialversicherungswesen, und dasselbe gilt für die hiesigen (entsprechenden) Abteilungen.

4. Alle Ernennungen, die durch das Landesarbeitsamt erfolgen, haben unpolitischen Charakter, wie in England, und daher ist die Frage, ob eine politische Partei einige ihrer Mitglieder für die Ernennung, beispielsweise zum Präsidenten des Landesarbeitsamtes, vorschlagen darf, abschlägig zu bescheiden. Herrn *Scheubles* Ernennung ist von Manpower Division gutgeheißen und bestätigt worden, die ihrerseits eine sehr hohe Meinung von seiner Lauterkeit und Tüchtigkeit hat.[1]

5. Wir möchten dem Herrn Oberpräsidenten und anderen nochmals zu verstehen geben, daß wir zwar jederzeit und gerne Vorschläge entgegennehmen, jedoch Manpower Division es ein für alle Mal klargestellt, daß der Betrieb und das Getriebe der deutschen Arbeitsmaschine in der Nord-Rheinprovinz keine Eingriffe duldet.

6. Der Sachverhalt ist von Herrn Captain *Keith* von der hiesigen Abteilung, Herrn *Skrentny* dargelegt worden, und dieser hat daraufhin sein Amt in der Abteilung Arbeit des Oberpräsidenten niedergelegt.[2] Herr *Skrentny* war völlig einverstanden, als ihm die Sachlage erklärt wurde.

7. Angesichts der Einrichtung des Landesarbeitsamtes und seines Aufgabenkreises und Instanzenweges halten wir die Abteilung Arbeit des Oberpräsidiums für unnötig. Sie könnte zu Verwicklungen Anlaß geben und sollte daher künftig wegfallen und Herr *Scheuble* soll nicht länger Leiter der Abteilung Arbeit des Oberpräsidiums sein.[3] Als Präsident des Landesarbeitsamtes ist er nur dem Hauptquartier der Militärregierung Nord-Rheinprovinz und Manpower Division Control Commission for Germany verantwortlich.

Abschrift für Herrn *Scheuble*, für Manpower-Division, für Control Commission for Germany.

gez. [...][4] Lieutenant-Colonel
Chief Manpower Officer
Headquarters Military Government
North Rhine Region

1 Anfang Februar 1946 war in einer Besprechung mit Abteilungsleiter *Wandersleb* von seiten der Parteien heftige Kritik an der Person *Scheubles* geübt worden; KPD und SPD forderten dessen Ablösung durch das KPD-Mitglied *Skrentny* (HStA Düsseldorf, NW 53–528).

2 Am 19. 2. 1946 hatte die Militärregierung Nord-Rheinprovinz *Lehr* mitgeteilt, daß das „Referat für Wirtschaft und Arbeit" in der Abteilung Arbeit überflüssig sei und dessen Leiter *Skrentny*, der gleichzeitig als stellvertretender Abteilungsleiter fungierte, in eine andere Abteilung versetzt werden solle (HStA Düsseldorf, NW 53–359).

3 Die Abteilung Arbeit im Oberpräsidium Nord-Rheinprovinz wurde daraufhin wenig später aufgelöst.

4 Unterschrift fehlt.

66.

11. 3. 1946: Vermerk von Landesrat Naunin über eine Unterredung mit dem Regierungspräsidenten von Münster Hackethal und dem Regierungsvizepräsidenten Prange in Warendorf[1]

Archiv des LWL, NL Salzmann 12. Hs. Vermerke.

Die Aktion des Regierungspräsidenten von Arnsberg beginnt mit der Zusammenkunft der Regierungspräsidenten in der Heilstätte bei Brilon, wo auch Herr Landeshauptmann war. In einer Besprechung der drei Regierungspräsidenten hat Regierungspräsident *Fries* den Herren einen vorläufigen Denkschriftentwurf in die Hand gegeben und sie aufgefordert, weitere Unterlagen, die einige Tage später fertig sein würden, bei ihm abholen zu lassen.[2] Regierungspräsident *Hackethal* hat das absichtlich nicht getan.

Regierungspräsident *H[ackethal]* hat mir den Inhalt der Denkschrift nicht bekannt gegeben, da er deren Vertraulichkeit nur insoweit als aufgehoben ansah, als Herr Regierungsvizepräsident *Jenner* mit Herrn Landeshauptmann während der Shakespeare-Tagung darüber gesprochen hatte. Doch war aus den Andeutungen zu ersehen, daß die Forderungen sich in Richtung auf die Bildung einer neuen Südprovinz und auch gegen Aufgabengebiete und besonders die Einrichtungen des Provinzialverbandes richteten.

Regierungspräsident *H[ackethal]* erklärte, daß er grundsätzlich für die Aufrechterhaltung der provinziellen Selbstverwaltung sei, da sie materiell und, worauf er besonderen Wert legte, auch ideell die tragfähige breite Basis für ihre Aufgaben sei, die von den Regierungspräsidenten nicht übernommen werden könnten. Er läßt z.Zt. eine Denkschrift bearbeiten, in der er für die Erhaltung der Regierungspräsidenten als rein staatliche Mittelinstanz eintritt und zugleich seine Auffassung über die provinzielle Selbstverwaltung sehr klar ausspricht. Vizepräsident *Prange* sprach die Denkschrift anschließend mit mir in großen Zügen durch.

Regierungspräsident *H[ackethal]* legte Gewicht auf die Frage, wie die Provinz zu der Frage der staatlichen Mittelinstanz stehe. Ich erklärte, daß ich die Auffassung des Landeshauptmanns noch nicht im einzelnen kennte, daß aber die Provinz allgemein dafür eintrete, daß (nach Einrichtung der Zentralregierung) das Oberpräsidium sich im wesentlichen wieder auf seine früheren Aufgaben als ‚commissarius regius' beschränke und die eigentliche Innenverwaltung, wie historisch erprobt, bei den Regierungspräsidenten bleibe.

Mir ist zwar bekannt, daß die Provinzen sich früher auf den Standpunkt gestellt haben, eine Mittelinstanz solle entfallen, und zwar der Regierungspräsident zugunsten des Oberpräsidenten. Dagegen sprechen aber gewichtige Gründe: die Stellung des Oberpräsidenten ist heute, besonders wenn wieder ein Landtag da sein wird, in höherem Maße eine politische, als dies früher der Fall war. Eine große Verwaltung des Oberpräsidenten wird ferner stets die Tendenz haben, durch Hinzuziehung der provinziellen Selbst-

1 Erst im Dezember 1946 konnte das Regierungspräsidium von Warendorf wieder nach Münster übersiedeln.

2 Die März-Denkschrift von *Fries* wurde nicht ermittelt; *Fries* entwickelte übrigens im Mai 1946 einen Plan zur Aufteilung der britischen Zone in zwölf Bezirke, basierend auf den bisherigen Regierungsbezirken (vgl. hierzu R. STEININGER: Ruhrfrage, 1987, S. 174f.).

verwaltungsinstanz ein Ministerium zu bilden und damit die Selbstverwaltung aufzugeben. Die richtige Konstruktion für die Erledigung der Geschäfte ist, daß der Oberpräsident von seiner allgemeineren Warte aus die Aufsicht über die Provinz führt und daß die Provinz bei ihrem unmittelbaren Verkehr mit den Kreisen in den generellen Sachen die Regierungspräsidenten mit unterrichtet und heranzieht; das größere Gewicht der Provinz wird sich dann gegenüber den staatlichen Regierungsbezirken zugunsten der Selbstverwaltung auswirken. Über einzelne Aufgabengebiete kann man hinsichtlich der Abgabe an die Selbstverwaltung sprechen. Dagegen sollten die Aufgaben mit hoheitlichem Einschlag geschlossen beim Regierungspräsidenten liegen.

Regierungspräsident *H[ackethal]* zog daraus den Schluß, daß die Provinz und er in dieser Sache Verbündete seien. Er wird seine Denkschrift dem Oberpräsidenten und der Militärregierung einreichen und dem Landeshauptmann eine Abschrift zuleiten. Es wurde besprochen, daß die Provinz im Anschreiben oder Schlußabsatz ihrer eigenen Denkschrift auf die Denkschrift des Regierungspräsidenten Bezug nehmen und ihr beitreten solle.[3]

Naunin, Landesrat

3 In dem Memorandum der Provinzialverwaltung vom 26. 3. 1946 (Nr. 70) wird eine Denkschrift des Münsteraner Regierungspräsidenten nicht erwähnt; auch wenn die Provinzialverwaltung zunächst weiterhin für die Beibehaltung der Regierungsbezirke plädierte (vgl. z.B. Nr. 112a), nahm in der Folgezeit – speziell nach Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen – die Kontroverse um den Fortbestand der provinziellen Selbstverwaltung bzw. der Regierungspräsidien erheblich an Schärfe zu; vgl. H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960, bes. S. 126f.

67.

15. 3. 1946: Oberpräsident Lehr an den Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, General Barraclough

HStA Düsseldorf, NW 53–362. Zweitschrift der Ausfertigung. „Persönlich und vertraulich!"

Es ist im Verlaufe des bisherigen Wahlkämpfe von der Linken behauptet worden, daß ich vorzugsweise in die leitenden Stellen Angehörige der Christlich Demokratischen Union einstelle. Der Vorwurf ist gänzlich unberechtigt.

Bei der Übernahme der Geschäfte des Oberpräsidenten habe ich die leitenden Stellen besetzt vorgefunden und habe in der Zwischenzeit als leitende Beamte, nämlich als Abteilungsleiter, stellvertretende Abteilungsleiter und Gruppenleiter, die in Anlage 1 aufgeführten Personen neu eingestellt.

Ich bitte daraus zu ersehen, daß ich bemüht war, zunächst einmal der SPD und KPD Stellen von Einfluß zuzuteilen.[1]

In der Gruppe der Referenten, also in nachgeordneten, aber immerhin leitender Stelle, habe ich die aus Anlage 2 ersichtlichen Personen eingestellt.[2]

Es ist daraus zu ersehen, daß ich auch hierbei nicht einseitig vorgegangen bin. Neben Angehörigen der CDU sind auch Mitglieder der SPD berücksichtigt. Die überwiegende Mehrzahl der neu einberufenen Referenten gehört keiner Partei an.

Dr. *Lehr*

1 In Anlage 1 werden genannt: für die SPD die Abteilungsleiter *Kuske* und *Stöver*, der stellvertretende Leiter der Landesversicherungsanstalt *Wingender* sowie fünf Gruppenleiter; für die KPD der stellvertretende Abteilungsleiter *Skrentny* und ein Gruppenleiter; für die CDU ein Gruppenleiter; als parteilos ein Gruppenleiter. Interessanterweise führt *Lehr* weder seinen Nachfolger in der Abteilung Allgemeine Verwaltung, *Wandersleb* (CDU), auf, noch weist er auf die von seiner Seite bereits in die Wege geleitete Übernahme der Abteilung Kultur durch Aloys *Lammers* (CDU) hin. In einem Schreiben an *Adenauer* vom 5. 5. 1946 (Nr. 99) erklärt *Lehr* außerdem sinngemäß, daß hinsichtlich der Besetzung der leitenden Posten der Provinzialregierung die Interessen der CDU ausreichend zur Geltung kämen.

2 In Anlage 2 werden genannt: für die SPD zwei Referenten; für die CDU fünf Referenten; ohne Partei 14 Referenten.

68a.

22. 3. 1946: Wortprotokoll der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszüge)

Landtagsarchiv NRW, A 09010/4/1.

Oberpräsident Dr. Lehr: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die vierte Sitzung des heute nun wesentlich erweiterten Provinzialrates.[1] Ich heiße Sie herzlich im Namen der Provinzialregierung und im eigenen Namen willkommen. Ich begrüße den Vertreter der Militärregierung, Herrn Major *Frederik*. Es ist uns auch noch mitgeteilt worden, daß wir im Laufe der Sitzung auch noch Herrn [...][2] sehen werden. Ich heiße ihn schon jetzt willkommen, da ich im Verlauf der Sitzung nicht noch einmal mit einer Begrüßung die Verhandlungen unterbrechen kann.

Wir beginnen zunächst mit der Einführung der neuen Mitglieder, und ich werde sie bitten, einzeln hier vorzutreten. Sie werden durch Handschlag zur treuen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und ich überreiche ihnen gleichzeitig die für sie ausgefertigte Urkunde. Ich darf Sie bitten, in der alphabetischen Reihenfolge freundlicherweise vorzutreten.

1 Zur Erweiterung des Provinzialrats Nr. 61.

2 Name fehlt.

Wir kommen dann zu dem Punkt 2 unserer Tagesordnung. Meine Damen und Herren! Entsprechend dem Brauch, der sich hier herausgebildet hat, gebe ich Ihnen zu Anfang einer jeden Sitzung einen Überblick über die wichtigsten Tagesfragen. Es hat den Zweck, daß Sie in großen Zügen über wichtigste Probleme informiert werden, weil ja dieses Gremium berufen ist, dereinst das Parlament der Provinz zu werden und weil sich deshalb die Beratungen auf einer anderen Ebene, ja auf der Linie der großen Probleme bewegen. Der eigentliche Kampf im vordersten parlamentarischen Graben wird ja auf der Ebene der Gemeinden ausgefochten, während hier die Provinz berufen ist, die großen Probleme im Zusammenhang mit der ganzen Zone im Auge zu haben. Meine Herren! Auch diese Tagung steht unter sehr schweren Sorgen. Ich gebe Ihnen einen Überblick in dreifacher Richtung. Zuerst über die uns am meisten berührende Frage: Was wird aus dem Land an Rhein und Ruhr? Die zweite große Frage: Wie steht es mit unserer Ernährung? Die dritte große Frage: Wie steht es mit Arbeitsgang und Wirtschaft in unserer Provinz? Ich komme zuerst zu der Frage: Was wird aus den Ländern an Rhein und Ruhr? Meine Herren, eine klare Antwort kann niemand von uns geben, wohl aber können wir ganz wesentliche Entwicklungsmerkmale aufzeigen. Ich verweise auf die Potsdamer Beschlüsse. Nach den Potsdamer Beschlüssen stand fest, daß Deutschland nicht geteilt werden soll. Zentrale Verwaltungsabteilungen sollten gebildet werden. Es ist mir daraus erinnerlich, daß in den Zeitungen genannt wurden: Abteilung für Finanzen, Transport, Verkehr, Außenhandel, Industrie. Und das Wesentliche war, Deutschland sollte als wirtschaftliche Einheit behandelt werden. Und das andere Wesentliche an diesem Beschluß war, der Lebensstandard Deutschlands sollte nicht über dem Lebensstandard anderer europäischer Völker stehen; er sollte diesen in der Gesamtheit gesehen nicht überschreiten. Nun stehen wir hier im Rheinland vor einer Lage, die sich von diesem Problem wesentlich unterscheidet, denn in der Diskussion der großen Welt, an der wir noch nicht teilhaben, wird die Frage der Abtrennung eines selbständigen Gebietes erörtert.[3] Ich glaube nach allem, was aus den Versammlungen der Gemeindevertretungen, aus den Pressestimmen laut geworden ist, was ich selbst in persönlichen Unterhaltungen mit zahlreichen ihrer Mitglieder vernommen habe, ich glaube, wenn ich das alles zusammenfasse, nicht fehlzugehen, wenn ich mit Ihrer aller Zustimmung ausspreche: Wir an Rhein und Ruhr bekennen uns ohne Einschränkung und Vorbehalt zum ungeteilten deutschen Vaterland in wirtschaftlicher und politischer Beziehung (allgemeine Zustimmung). Ich wähle diese Worte in ihrer schlichten Einfachheit ohne Umschreibung, aber aus tiefgefühltem Herzensgrund heraus als ein unumwundenes Bekenntnis zum einigen deutschen Vaterland. Ein Mitglied unseres Hauses, Herr Oberbürgermeister der Stadt Köln, hat es vor einigen Tagen einmal sehr treffend in der Stadtvertretung formuliert: In der Zeit der Atombombe soll man die wichtig erscheinende Frage der Sicherheit nicht auf diesen oder jenen Kilometerstein festlegen. Kürzer und treffender kann man die Frage der Sicherheit nicht umreißen. Im übrigen darf ich darauf verweisen, daß ich bei den verschiedensten Gelegenheiten Anlaß genommen habe zu betonen, wenn man uns heute noch an Rhein und Ruhr ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen sollte, nämlich in bezug auf Rüstung und Wiederaufrüstung, so läßt sich sehr einfach auch dazu sagen: Wir alle wünschen nicht, daß die Wirtschaftskraft an Rhein und Ruhr je wieder zu Rüstungszwecken mißbraucht werde und wir sind selber bereit, weitgehende Vorschläge

3 Zum Stand der öffentlichen Diskussion hinsichtlich der Rhein-Ruhr-Frage vgl. Nr. 63, Anm. 2.

zu machen und mitzuarbeiten, daß ein solcher Mißbrauch verhindert wird für alle Zukunft. Wenn man darüber hinaus es aber mit solchen Erklärungen nicht gut sein lassen will und noch mehr Sicherheiten haben will, was immerhin nach den vergangenen Jahren verständlich sein kann, dann möchten wir sagen, gut, wirtschaftliche Kontrolle. Das kann man ohne territoriale Beeinträchtigung auch noch in solchem Maße vornehmen, daß das notwendigste Maß an wirtschaftlicher und damit auch politischer Sicherheit ohne weiteres gegeben ist. Ich glaube, ich kann mich auf diese kurze Darstellung beschränken und ich sehe aus Ihrer Zustimmung, daß wir in diesem Punkt ohne Unterschied unserer politischen Einstellung vollständig einig gehen. Ich danke Ihnen für diese zum Ausdruck gebrachte Gesinnung.

[...][4]

PAUL: Den wichtigsten Teil aus Deutschland oder von Deutschland abzutrennen, hat in unserer Bewegung und im schaffenden Volk ebenfalls zu Auseinandersetzungen geführt, und da wir hier an Rhein und Ruhr leben, sind wir unmittelbar an diesem Problem beteiligt, einmal weil es unsere engere Heimat ist und weil wir die Wichtigkeit dieses Gebietes kennen, darum interessiert uns die Frage ganz besonders. Ich nehme zur Kenntnis die Erklärungen des Herrn Oberpräsidenten. Aus den Erklärungen, die in der Presse veröffentlicht wurden, ging nicht eindeutig und klar genug diese Stellung zur Reichseinheit hervor.[5] Ich brauche nicht auf die sinnverwirrenden Meldungen hinzuweisen, die durch bestimmte Zeitungen und sonstige Informationensquellen gegeben wurden, aber ich glaube, es kommt nicht allein darauf an, nur eine formelle Zustimmung zur Reichseinheit zu geben, sondern wir müssen hinweisen auf die ungeheuere Notwendigkeit der baldigen Wiederherstellung der Einheit. Alle die aufgeworfenen wirtschaftlichen Fragen, die Fragen unserer Ernährung hängen mit diesem Problem eng zusammen und sind nicht davon zu trennen. Wir würden ohne Zweifel, auch was die Ernährung anbelangt, oder was unsere wirtschaftliche Entwicklung anbelangt, was den Wiederaufbau im allgemeinen angeht, ein gewaltiges Stück weiter sein, wenn wir schon eine deutsche Zentralverwaltung hätten, wenn wir schon in der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ein gutes Stück weiter wären, wenn Klarheit geschaffen würde oder vorhanden wäre über die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse in der Frage der Aufrichtung einer deutschen Einheit. Wir müssen die Frage der Reichseinheit fördern, weil auch in gewissen Gebieten Deutschlands Bestrebungen im Gange sind, die zur Aufspaltung des deutschen Volkes und zur Aufspaltung Deutschlands führen können, und zwar wenn wir solche Bestrebungen sehen wie in Bayern, wo nicht allein eine starke föderalistische Bewegung sich bemerkbar macht, sondern sogar zugelassen wurde eine monarchistische Partei, die ganz offensichtlich auf die Zerschlagung des Deutschen Reiches hinzielt. Ich möchte Sie weiter darauf aufmerksam machen, daß hier gerade in Düsseldorf, wenn die Gruppe auch erfreulicherweise unbedeutend ist, immerhin eine rheinische Partei[6] sich bemerkbar macht, die in ihrer letzten Verlautbarung sogar die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes fordert, während sie vor einigen Wochen noch nicht mit dieser Forderung hervorgetreten

4 Ausführungen des Oberpräsidenten zum Ernährungsproblem, zur Wirtschaftslage und zum Stand des Wiederaufbaus.

5 *Paul* bezieht sich hier auf die Presseveröffentlichungen über die Bremer Konferenz der Länder- und Provinzchefs mit Vertretern des Stuttgarter Länderrats (28. 2. – 1. 3. 1946); hierzu: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 12, S.299f.

6 Zur Rheinischen Volkspartei Nr. 53, Anm. 3.

ist. Ich glaube, daß wir gerade hier an Rhein und Ruhr sagen müssen, daß solche föderalistisch-monarchistischen Umtriebe nur dazu dienen, das deutsche Volk zu schädigen in jeder Form. [...] Wir sind der Auffassung, und mit uns wohl das ganze schaffende Volk, hinter diesen föderalistischen Absichten verstecken sich bestimmt reaktionäre Umtriebe, die die Lasten des Krieges nach Möglichkeit auf Kosten eines Teiles des deutschen Volkes abwälzen wollen. Und diese Gruppen befürchten, daß, wenn eine Reichseinheit hergestellt wird und die Demokratie sich in ganz Deutschland in ihrer vollen Größe auswirkt, daß sie dann endgültig in Deutschland ausgeschaltet werden. Das sind die tieferen Beweggründe, weshalb diese Leute das Wort dem Föderalismus reden unter der Maske der Demokratie oder des Mitbestimmungsrechtes der einzelnen Länder. Sie nutzen die Stimmung in den verschiedenen Ländergebieten, vor allem in Bayern, gegen Preußen sehr stark aus und knüpfen an jene falschen Gefühle an, welche vielleicht bei verschiedenen bürgerlichen Kreisen in diesen Ländern vorhanden sind. Die Arbeiterbewegung in den Betrieben hat sich entschieden gegen diese föderalistischen Bestrebungen, ganz gleich welcher Art und unter welcher Form, ausgesprochen. Begrüßenswert war die Feststellung des Vertreters von Groß-Hessen zu der Frage der Reichseinheit, und ich erlaube mir, Ihnen eine Entschließung zu unterbreiten, um in aller Öffentlichkeit als Provinzialrat das Bekenntnis zum einheitlichen Deutschland auszusprechen. Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut: (verliest die Entschließung).[7] Erlauben Sie, daß ich noch einige Ausführungen mache. Von dem französischen Parteiführer und auch von dem französischen Kommunistenführer Thorez ist verlangt worden eine bestimmte Sicherheit Frankreichs und die Forderung erhoben worden der Internationalisierung des Ruhrgebietes. Ist diese Forderung berechtigt, oder ist sie unberechtigt? Ist die Forderung Frankreichs nach Sicherheit berechtigt? Wir sagen jawohl! Ist die Sicherheit Frankreichs garantiert und ist Sicherheit überhaupt zu garantieren? Ich sage nein. Weil es hier im Westen reaktionäre Kräfte gibt, die versuchen, die Beschlüsse von Potsdam zu hintertreiben und zu unterbinden und die zum zweitenmal, nach wie vor, eine völkerverhetzende Propaganda betreiben. Das Aufleben nationalsozialistischer Untergrundbewegungen, nationalsozialistischer Kolonnen in Versammlungen demokratischer Parteien dürfte Ihnen Beweis sein, daß unser Volk ganz bewußt in die Verhetzung hineingetrieben wird, die auch jetzt noch fortgesetzt wird. Es gibt Leute von demokratischen Parteien, die sich zu Wortführern dieser Gruppen machen. Die beste Sicherheit Frankreichs wird darin bestehen, daß die demokratischen Volksrechte Deutschlands garantiert werden, wenn das werktätige Volk einen entscheidenden Einfluß in Wirtschafts- und Verwaltungskörpern der Städte und Provinzen erhält. Da ist die beste Sicherheit Frankreichs. Eine andere Sicherheit ist nicht geboten, nämlich die Rhein-Ruhr-Besetzung, die wir gehabt haben. Sie hat auch die Entwicklung zum Faschismus nicht aufhalten können. Eine Wiederholung der Fehler würde nicht die Sicherheit Frankreichs erhöhen. Die Sicherheit Frankreichs und unsere eigene Sicherheit und die Garantie des Friedens ist nur gegeben, wenn in Deutschland eine wirklich demokratische Ordnung einzieht, die ein für allemal ein Wiederaufleben reaktionärer, militärischer Kräfte unmöglich macht, im politischen wie im wirtschaftlichen Leben. Ich habe es einmal gesagt mit ganzer Deutlichkeit für die KPD, die diese Resolution unterbreitet. Ich möchte Sie bitten, die Entschließung, die ich Ihnen vorlege, gutzuheißen.

7 Nr. 68b stellt eine Überarbeitung der von *Paul* eingebrachten Entschließung dar; vgl. hierzu die folgende Diskussion.

WASCHER: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, mir kurz einige Ausführungen zu gestatten. Der Herr Oberpräsident hat hier in der heutigen Sitzung ein ziemlich unzweideutiges Bekenntnis für die Einheit der deutschen Nation abgelegt, und ich glaube, wenn der Herr Oberpräsident das so versteht: ein demokratisches erneuertes Deutschland, in welchem das deutsche Volk seinen Willen unzweideutig und unmißverständlich und uneingeschränkt zum Ausdruck bringen kann und in der Lage ist, seinen Willen durchzusetzen, dann könnte man diese Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten nur voll und ganz unterstreichen. Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich mich des peinlichen Eindrucks nicht erwehren kann, daß der Herr Oberpräsident Äußerungen gemacht hat, die in mir den Eindruck erwecken, daß er dieses Deutschland nicht gemeint hat. Ich möchte nicht etwas Vages gesagt haben. Ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß die heutigen Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten in krassem Gegensatz stehen zu einigen Ausführungen, die Herr Oberpräsident bereits an anderer Stelle gemacht hat. Ich möchte nicht zurückkommen auf gewisse Ausführungen in vertraulichem Kreise, die in mir tatsächlich den Eindruck hinterlassen haben, daß Sie gesinnt sind, die Einheit des Reiches schwerstens zu schädigen. Ich möchte aber zurückkommen auf eine Äußerung des Herrn Oberpräsidenten, für welche ich mir in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am vergangenen Montag[8] eine Stellungnahme vorbehalten habe. Der Herr Oberpräsident hat in dieser Sitzung gegen eine der Zonen Deutschlands in einer Form Stellung genommen, die mir geeignet scheint, die so notwendige Einheit des Deutschen Reiches zu gefährden, indem er Behauptungen aufstellte, daß man in der russischen Besatzungszone KZ-Lager errichtet hätte, in welchen Sozialdemokraten eingesperrt würden. Wir erblicken in dieser unexakten Erklärung des Herrn Oberpräsidenten einen Schuß gegen die für unser deutsches Vaterland so notwendige Einheit. Wir erblicken darin einen besonderen Verstoß gegen die sich anbahnende Einheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, von der breite Massen des deutschen Volkes wünschen, daß sie in sehr naher Zeit in einer einzigen sozialistischen Einheitspartei ausmünden werde. Ich möchte nicht zu dieser Bemerkung jetzt Stellung nehmen, ich möchte nur den Herrn Oberpräsidenten bitten, da er eine derartige Bemerkung heute nicht wiederholt hat, ob ich das so verstehen darf, daß die von ihm heute abgegebene Erklärung vorbehaltlos ist und daß man sie so verstehen darf, daß der Herr Oberpräsident seine Meinung vom vergangenen Montag revidiert hat.

Oberpräsident DR. LEHR: Darf ich eine persönliche Bemerkung machen. Ich bin 33 Jahre unter Ihnen, und in dieser Zeit hat jedermann Gelegenheit gehabt, meine innere Einstellung und politische Haltung zu überprüfen. In der ganzen Zeit, gleichgültig, welche Herren uns regiert haben, habe ich den Separatismus, solange ich in der rheinischen Verwaltung diene, mit aller Leidenschaft bekämpft, so wie Sie noch aus der Besatzungszeit wissen. Und meine heutige Erklärung ist vorbehaltlos und ohne Einschränkung genau wörtlich das, was ich gesagt habe. Vor einiger Zeit wurde ich in Bremen im Anschluß an die Tagung[9] in später Stunde noch interviewt vom Bremer Rundfunk und Nachrichtendienst zu dieser Frage. Ich hatte meinen Mitarbeiter gebeten, zugegen zu sein. Bei solchen Interviews ist es immer gut, einen zweiten Mann zu haben. Mißverständnisse können leicht entstehen, und die Unterhaltung ist stenografisch aufgenommen worden, und sie ergab genau das, was ich heute gesagt habe. Der Bremer Rundfunk hat

8 18. 3. 1946.

9 Vgl. Anm. 5.

die Sache gekürzt. Es war ein Interview von beinahe drei Viertel Stunden. Man hat es gekürzt gebracht. In dem Mißverständnis waren meine Äußerungen so ausgelegt, als ob ich für eine internationale Kontrolle der Wirtschaft wäre, für eine internationale Kontrolle, soweit sie sich auf wirtschaftliches Gebiet beschränkt. Das Mißverständnis ist klargestellt worden. Ich habe nach der Rückkehr von Bremen die Presse zu mir gebeten und habe die nötigen Unterlagen und Erklärungen abgegeben. Die Presse hat sie veröffentlicht.[10] Meine Ausführungen in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses bedeuten keinen Gegensatz zu der heutigen Erklärung. Die Verhältnisse im Osten Deutschlands, die ich im übrigen aus politischen Gründen nicht zur Diskussion stellen kann, sind aber so, daß ich das Wort wiederholen will, das ich beim Empfang des Kardinal Erzbischofs in Köln am Dom gesagt habe: Mit tiefem Mitleid richten sich unsere Blicke gegen den Osten. Wenn Sie offen meine Meinung hören wollen, dann, bitte, nehmen Sie mein Bekenntnis, daß ich in der russischen Zone Demokratie nicht so ansehen kann, wie ich sie mir als Ideal vorstelle. Meine Herren, wer in den KZ-Lagern, die es dort gibt, sitzt, kann ich ja im einzelnen auch nicht wissen. Ich glaube aber, nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß Sozialdemokraten darin sind, und nicht wenige. Das kann man ja untereinander einmal besprechen. Diese Frage ist kein Gegenstand unserer heutigen Tagung. Ich gebe Herrn *Wascher* die bündige Erklärung, ich stehe zu dem, was ich heute gesagt habe, ich bin uneingeschränkt für ein wirtschaftlich und politisch ungeteiltes Deutschland.

GÖRLINGER: Wir haben die Erklärung des Herrn Oberpräsidenten begrüßt. Auch wenn wir im Gegensatz zu ihm stehen, erkennen wir an, daß Herr Dr. *Lehr* in der Frage der Reichseinheit immer eine sehr klare Linie verfolgt hat. Wir bekunden auch, wie das Kollege *Paul* nochmals unterstrichen hat, den Willen zur Einheit und die Willenserklärung findet in der Formulierung unsere Zustimmung. Es sind im Bereich unserer näheren Heimat, im Saargebiet, Bestrebungen im Gange, die außerordentlich schwerwiegend sind. Auch dort ist zu verzeichnen, daß eben auch deutsche Kreise eine Bewegung zur Befreiung der Saar versuchen und sie als Teil der deutschen Wirtschaft herauszugliedern und sie mit anderen Wirtschaftsbezirken zusammenzubringen und sie herauszubringen aus der Verantwortung, aus dem gemeinsamen Schicksal, das wir zu tragen haben. Ich glaube, daß hier nicht der Platz ist, uns über die KZ-Lager im Osten zu unterhalten. Es ist wichtig, daß man die Demokratie aufs stärkste betont. Wir möchten aber aussprechen, daß das, was im Osten sich vollzieht, nicht den demokratischen Grundgedanken entspricht, die jeder von uns mit einer neuen Demokratie verbindet. Ich glaube deshalb, daß es gut wäre, wenn die Herren von der KPD sich eingehend einmal damit befassen, was das Wesen der Demokratie eigentlich darstellt, und es wird nur wenig mit dem zusammenfallen, was sich im Osten abspielt.

KUHNEN: Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß wir uns über irgendwelche Dinge entzweien. Ich bin dafür, daß wir eine einmütige Kundgebung machen in dem Sinne, daß wir alle einmütig und restlos für die deutsche Einheit einstehen. Ich würde empfehlen, die Erklärung so kurz und treffend wie möglich zu machen. Ich habe in der Geschwindigkeit nicht alles verfolgen können. Ich habe aber den Eindruck, daß Kürze besser ist und man keine Nebendinge macht. Jede unserer Äußerungen, bei denen eine geringste Uneinigkeit besteht, würde sofort das Gegenteil dessen bedeuten, was wir wollen. Das richtigste ist es, wenn wir einfach erklärten, daß wir alle einmütig für die Einheit des

10 Vgl. „Rheinische Post" vom 9. 3. 1946.

demokratischen Deutschland einstehen und in seinem Ausbau das sicherste Mittel erblikken auch für die Sicherheit unserer Nachbarn. Das würde völlig genügen. Wir werden restlos zustimmen, und Sie werden das Vergnügen haben, der Provinzialrat hat einstimmig zugestimmt.

Oberpräsident Dr. Lehr: Herr *Paul*, wir sind ein nichtexekutiver, ein beratender Ausschuß, und ich würde gegen die uns auferlegten Pflichten verstoßen, wenn ich hier über etwas abstimmen ließe. Wohl aber ist hier eine Angelegenheit die unsere Zustimmung ohne weiteres erlaubt. Ich kann feststellen, daß wir auf dieser Basis vollständig derselben Meinung sind. Wir haben keinen Beschluß formell gefaßt und auch nicht fassen lassen dürfen, aber es ist trotzdem zum Ausdruck gekommen, daß dieses Gremium einer Meinung ist. Wenn sie den Entwurf nochmals durchberaten wollen, wenn Sie vielleicht einen kleinen Redaktionsausschuß aus Ihrer Mitte bilden wollen, können wir das inzwischen tun. Dann verlese ich das und stelle fest, daß Sie alle zustimmen. Dann haben wir eine einmütige Willensäußerung.

Kuhnen: Die Parteien sollen nicht nur alles zu sagen haben. Hinter dem Berge wohnen auch noch Leute. Es wäre gut, wenn ein Oberlehrer hier mitarbeiten würde.

Oberpräsident Dr. Lehr: Vielleicht können wir es so machen: Herr *Paul*, Rektor *Kuhnen*, Stadtdirektor *Kolb*, die die endgültige Fassung[11] festlegen.

[...][12]

11 Siehe Nr. 68b.

12 Es folgen weitere Berichte von Abteilungsleitern mit anschließender Diskussion zu den Themen Ernährungslage und Landwirtschaft, Wirtschaft und Handel, Kohle, Wohnungsbau, Baustoffindustrie, Haushalt 1946.

68b.

22. 3. 1946: Entschließung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz[1]

Landtagsarchiv NRW, A 09010/4.

Der nichtexekutive Provinzialrat der Nord-Rheinprovinz hat in seiner Sitzung vom 22. 3. 1946[2] festgestellt, daß alle seine Mitglieder ohne Ausnahme, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen von Potsdam, die Abtrennung bzw. Internationalisierung des Rhein-Ruhr-Gebietes als für das deutsche Volk untragbar ablehnen.

Der Provinzialrat weist mit Entschiedenheit und Entrüstung alle separatistischen Tendenzen zurück. Er bekennt sich zu einem wahrhaft-demokratischen Deutschland in einer friedlichen Welt.

1 Die Entschließung wurde von *Lehr* am 8. 4. 1946 der nordrheinischen Militärregierung übersandt (HStA Düsseldorf, NW 53–362).

2 Siehe Nr. 68a.

Der Provinzialrat hält weiterhin eine baldige Überwindung der Zonengrenzen und die Schaffung zentraler deutscher Verwaltungsbehörden für eine unbedingte Voraussetzung für die Erhaltung unseres Volkes und erblickt darin einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Friedens.

69.

25./26. 3. 1946: Notizen[1] über den Verlauf der Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen[2] in Hamburg (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 53–528. Paraphe und hs. Vermerk Lehrs.

[...][3]

4. Zur Frage des Verwaltungsaufbaus wollte Oberpräsident *Steltzer* zunächst einzelne besonders krasse Fälle herausgreifen und verwies dabei auf die ihm völlig unklare Organisation des Kraftfahr- und Verkehrswesens;[4] so habe er gehört, daß dafür nicht mehr der Oberpräsident, sondern die neue Generaldirektion in Bielefeld zuständig sein solle; Bielefeld habe ihm aber geantwortet, davon sei dort nichts bekannt; eine Rückfrage bei der Militärregierung habe die Antwort ausgelöst, man sei sich noch nicht völlig im klaren über die beabsichtigte Organisation.

Oberpräsident Dr. *Lehr* konnte demgegenüber darauf hinweisen, daß die Einrichtung von Generaldirektionen auf Provinz- und Länderstufe für Straßenbau und Verkehr bereits eine vollzogene Tatsache sei; jedenfalls sei ihm dies für die Nord-Rheinprovinz bereits eröffnet worden; es müsse sich jetzt darum handeln, die Verbindung zur Provinz- und Länderregierung sicherzustellen.

Bürgermeister *Petersen* bemerkte dazu, er könne sich auch bei Berücksichtigung ähnlicher Vorgänge in Hamburg des Eindrucks nicht erwehren, als seien die Bestrebungen zur Errichtung von Sonderverwaltungen und zur Zerreißung des Zusammenhangs mit der Allgemeinen Verwaltung nicht so sehr auf Ideen der Militärregierung zurückzuführen, als vielmehr auf eigensüchtige Tendenzen von deutscher Seite, um sich relativ hohe

1 Die Notizen wurden wahrscheinlich von einem Angehörigen des Düsseldorfer Oberpräsidiums für Oberpräsident *Lehr* angefertigt.

2 Auch nach der Einrichtung des Zonenbeirats wurde die Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen weitergeführt, hatte jedoch für die britische Militärregierung nun lediglich inoffiziellen Charakter; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 355, Anm. 6.

3 Pkt. 1: Finanz- und Steuerfragen; Pkt. 2: Bitte des Handwerks um einen Sitz im Zonenbeirat; Pkt. 3: Sonderrationen für Beamte.

4 Die Verwaltungsorganisation im Bereich Verkehrswesen wurde von den Länderchefs oft als ein Negativ-Beispiel für den Ausbau von Sonderbehörden bis hinunter zur Kreisebene angeführt; zwar wurde der Gedanke des Abbaus der Sonderbehörden immer wieder mit in die Diskussion um die Neuordnung der britischen Zone eingebracht, doch konnte eine Lösung dieses Problems letztlich erst nach der territorialen und administrativen Konsolidierung der Länder angegangen werden; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 276–287.

Posten zu sichern. Im Verlaufe der Erörterung kam zum Ausdruck, daß Oberpräsident *Steltzer* bei seinem im ZAC vorgesehenen Referat nicht so sehr in erster Linie den Verwaltungsaufbau, als vielmehr die territoriale Neugliederung der britischen Zone im Auge hatte.

Bürgermeister *Petersen* meinte dazu, es sei noch nicht die Zeit dazu gekommen, Gebietsaufteilungen zu erörtern. Er warnte auch davor, einzelne Fragen, wie die des Kraftfahrwesens und des Verkehrs herauszugreifen, sondern man müsse das Problem des Verwaltungsaufbaus einheitlich und geschlossen anfassen.

Bürgermeister *Kaisen* bedauerte die Zersplitterung der Verwaltung durch Errichtung immer neuer Reichssonderverwaltungen und riet dazu, die deutschen Bedenken gegen die Verwaltungsideen der Engländer vorzubereiten und zu fundieren, und gab schließlich seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß die Engländer mit dem von ihnen angestrebten Umbau der Verwaltung letzten Endes Schiffbruch erleiden würden.[5]

[...][6]

5 In der Sitzung des Zonenbeirats am 26./27. 3. 1946 wurden nach Vortrag von Oberpräsident *Steltzer* schließlich folgende Punkte zur Behandlung an den Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen: „a) Dezentralisation der Verwaltung durch Abgabe von Verwaltungsfunktionen an die mittleren und unteren Stufen der Verwaltung; b) Stellung der sogenannten Reichssonderverwaltungen in der Mittel- und Unterstufe bei Durchführung der Dezentralisierung gemäß a); c) Anpassung der territorialen Gliederung des verbliebenen Reichsgebietes an die Neuregelung gemäß a) und b)"; dabei wurde bemerkenswerterweise der Punkt c) auf Wunsch der Militärregierung hinzugefügt (AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 16, S. 374); zur weiteren Erörterung der Materie im Rechts- und Verfassungsausschuß siehe Nr. 97.

6 Pkt. 5: Einrichtung einer zentralen Haushaltsleitstelle; Pkt. 6: Wirtschaftsfragen.

70.

26. 3. 1946: Denkschrift des Provinzialverbandes Westfalen[1] (Auszüge)

StA Münster, Oberpräsidium 4868.[2] Vervielf. Exemplar.

Verwaltungsorganisationen müssen in Krisen oder Übergangszeiten ihre Bewährungsprobe bestehen. In diesen Zeiten sind sie daher besonders stark der Kritik ihrer Zweckmäßigkeit und grundsätzlichen Richtigkeit ausgesetzt. Damit verbinden sich in der Regel Vorschläge für andere Organisationsprinzipien. Es bedarf dann sorgfältiger Überprüfung, ob und inwieweit die neuen Prinzipien veränderten Lagen besser gerecht zu werden versprechen als eine vorhandene Organisation.

1 Die genaue Überschrift lautet: „Vorlage der Verwaltung des Provinzialverbandes der Provinz Westfalen zur Organisation der Verwaltung in der Provinzialinstanz"; die Gedanken der Vorlage wurden zusätzlich auch in thesenartiger Form verbreitet: „Thesen zur Organisation der Provinzialinstanz in Westfalen" (u.a. im: HStA Düsseldorf, RWN 58–2; BA Koblenz, NL Pünder 660); vgl. allg. Nr. 20, Anm. 5.

2 Weitere Exemplare: Archiv des LWL, NL Salzmann 15; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 12; StA Münster, Oberpräsidium 4869; HStA Düsseldorf, RWN 133–10; BA Koblenz, NL Pünder 660.

Für die Einrichtung der Verwaltung in der Provinzialinstanz werden z.Zt. besonders zwei Vorschläge erörtert:
a) die Bildung einer großräumigen Landesregierung, in der Staats- und Selbstverwaltung in einer Ministerialbehörde zusammengefaßt sind, ähnlich der Organisation der süddeutschen Länder,
b) Aufteilung des Großraums der Provinz in selbständige staatliche Verwaltungsbezirke (Regierungsbezirke), die zugleich die Aufgaben der überörtlichen kommunalen Selbstverwaltung übernehmen.

Beide Pläne stimmen darin überein, daß sie die Staats- und die Selbstverwaltungsaufgaben zusammenfassen; sie unterscheiden sich einmal hinsichtlich des räumlichen Bereichs und dann hinsichtlich ihrer Grundtendenz. Im Falle Landesregierung herrscht der Gedanke einer politischen Selbstverwaltung vor, im Falle Regierungsbezirk dagegen würden die staatlichen Kräfte das Übergewicht erhalten. Ihnen gegenüber beruht
c) die derzeitige Organisation auf der Trennung der Hoheitsverwaltung – Behörde des Oberpräsidenten – von der Selbstverwaltung – Behörde des Landeshauptmanns – in einem geschichtlich zusammengewachsenen großräumigen Provinzgebiet.

Für eine zweckmäßige und im Grundsatz richtige Verwaltungsorganisation in der Provinzialinstanz kommen besonders die folgenden Gesichtspunkte in Betracht:

I) Die geschichtliche Tradition. Auch die Verwaltungsorganisation muß eine gesunde Stetigkeit haben, notwendige neue Formen sollen sich in die Entwicklungslinie einfügen.

II) Demokratisierung der Verwaltung.

III) Ausgewogenheit des Verwaltungsraums. Der Raum braucht in sich die Fähigkeit zum politischen Ausgleich, zum ständigen kommunalfinanziellen Ausgleich, zum Ausgleich hinsichtlich der Arbeitsverteilung und der Wohlfahrtslasten. Damit die Verwaltung billig arbeitet, müssen Raum- und Aufgabenumfang aufeinander abgestimmt sein.

IV) Westfalen als Glied Gesamtdeutschlands. Die gegenwärtige Selbständigkeit darf nicht vergessen lassen, daß die westfälische Verwaltung nur ein Teil einer künftigen gesamtdeutschen Verwaltungsorganisation sein kann.

[...][3]

IV. Westfalen als Glied Gesamtdeutschlands

1) Durch den Wegfall der Reichsministerialbehörden sind in der Provinzialregierung alle staatlichen Verwaltungzuständigkeiten und alle Aufsichtsbefugnisse über die Selbstverwaltungskörper vereinigt. Aus dieser Situation ist der Gedanke entstanden, alle Provinzialbehörden zu einer einheitlichen Provinzialregierung nach Art eines Länderministeriums zusammenzuschließen. Diese Situation ist aber nur vorübergehend. Der zukünftige Aufbau der Verwaltung überhaupt kann heute noch nicht übersehen werden. Wenn für die britische Zone oder für das gesamte Reichsgebiet zentrale Stellen gebildet werden (Ministerien oder Staatssekretariate), werden nicht nur die Reichsbehörden, wie das Oberfinanzpräsidium, das Oberlandesgericht und das Oberbergamt, sondern auch Reichsbehörden, die heute im Geschäftsverteilungsplan der Provinzregierung als Abteilungen oder Unterabteilungen der Provinzialregierung erscheinen (z.B. das Landesar-

3 Nähere Ausführungen zu den Punkten I, II und III.

beitsamt, das Hauptversorgungsamt, die Wasserstraßendirektion, die Straßenverkehrsdirektion, die Eichdirektion, die Hauptvermessungsabteilung) wiederum Reichsmittelbehörden sein und der zentralen Stelle unmittelbar unterstellt werden. Es hat keinen Zweck, die vorübergehenden Zustände zum Anlaß für Lösungen zu nehmen, die sich zeitlich auf die Dauer auswirken. Im gleichen Sinne äußert sich der Finanzbericht der Provinzialregierung zum Provinzhaushalt 1946.

2) Soll eine einheitliche Behörde in der Provinz geschaffen werden, so wäre der richtige Weg, die provinzielle Selbstverwaltung zu einer Art Landesregierung auszubauen. Ihr könnten dazu Aufgaben der bisherigen Staatsverwaltung, die zu ihr passen, als Auftragsangelegenheiten übertragen und sie auf diese Weise etwa der englischen „county" angeglichen werden. In ähnlicher Weise sollte die Entwicklung nach den amtlichen Reformvorschlägen von 1930[4] gehen (die aber einen kleinen staatlichen Aufsichtsapparat belassen wollten). Man kann diese Entwicklung aber nicht weiter treiben, solange die Provinzialregierung noch die zentralen Regierungsaufgaben wahrzunehmen hat, die ihr durch den Wegfall der Reichsministerien zugewachsen sind. Denn diese Aufgaben passen in eine auf der Selbstverwaltung beruhende Landesregierung nicht hinein. Durch die Abgabe an zonale und zentrale deutsche Stellen werden sich außerdem Umorganisationen ergeben. Während z.Zt. die staatlichen Aufgaben in der Provinzial-Regierung das Übergewicht haben und einer Gesamtbehörde ihren Stempel aufdrücken würden, würde sich im Laufe der Entwicklung der Anteil der Selbstverwaltungsaufgaben erhöhen. Es ist unzweckmäßig, alle diese Organisationsänderungen der nächsten Zeit sich auch auf die festgefügte Selbstverwaltung auswirken zu lassen, die daran unmittelbar nicht beteiligt ist.

3) Die Lage der übrigen Provinzen der britischen Zone bildet keinen Vorgang. Die dortigen Provinzial-Regierungen sind bisher nicht nach einem einheitlichen Muster aufgebaut, und selbst die organisatorische Eingliederung der Provinzialverwaltung ist nicht einheitlich geregelt. Selbst innerhalb der einzelnen Provinzen ergeben sich große Unterschiede in der Behandlung der einzelnen Abteilungen der Selbstverwaltung, die zum Teil noch völlig selbständig ihre Tätigkeit wie bisher fortsetzen. Auch die Frage, ob der Provinzialverband aufgelöst oder nur seine selbständige Verwaltung suspendiert ist oder ob umgekehrt die Landesregierung ihre Nachfolgerin geworden ist, ist in jeder Provinz anders entschieden bzw. unentschieden geblieben.[5]

4) Schon die Einbeziehung der Provinzialverwaltung allein in die Provinzialregierung, auch ohne eine gleichzeitige Auflösung oder Umgestaltung des Provinzialverbandes, hat tatsächliche Auswirkungen, die seine Verfassung und Aufgaben wesentlich in Mitleidenschaft ziehen. Ihre Auflösung durch eine einfache Verwaltungsordnung begegnet daher rechtlichen Bedenken. In der gesamten Selbstverwaltung aber würde eine solche Änderung einen Zustand der Ungewißheit hervorrufen und die Ordnung im Geschäftsablauf stören.

5) Gerade in Westfalen wird jeder Eingriff in die Selbstverwaltung besonders kritisch aufgenommen. Es wirkt noch nach, daß Westfalen die Geburtsstätte der deutschen Selbstverwaltung war und die Erinnerung an ihren deutschen Erneuerer, den Freiherrn *vom Stein*, ihren ersten Landtagsmarschall, lebendig erhalten hat. Führende Stadt- und Landkreise

4 Hierzu: G. SCHULZ, 1963, S. 592–600.

5 Zur Regelung in der Nord-Rheinprovinz vgl. Nr. 1, Anm. 2.

der Provinz haben daher die Provinzialverwaltung aufgefordert, ihre Gedanken und Wünsche hinsichtlich der Erhaltung der provinziellen Selbstverwaltung vorzutragen. Sie bitten, diese Organisationsform, die den Zusammenhang der kommunalen Arbeit gewährleistet, die der Bürgerschaft den denkbar weitestgehenden Einfluß sichert und die sich in guten und bösen Tagen bewährt hat, nicht im gegenwärtigen Übergangsstadium aufzugeben.

V. Schlußergebnis

1) Die Einbeziehung der provinziellen Selbstverwaltung in die Behörde der Provinzial-Regierung ist z.Zt. nicht zweckmäßig.

2) Es ist vielmehr zweckmäßig, die Provinzialverwaltung als selbständige Behörde unter der Provinzial-Regierung zu belassen und weitere Entscheidungen erst zu treffen, wenn der Übergang von Zentralaufgaben an deutsche zonale oder zentrale Behörden abgeschlossen ist.

3) Die Aufteilung der Provinzialverwaltung auf die Generalreferate begegnet erheblichen sachlichen Bedenken und führt zur Auflösung der provinziellen Selbstverwaltung.

4) Eine Abgabe von Selbstverwaltungsaufgaben an die Regierungsbezirke ist eine verwaltungsmäßige Fehlkonstruktion und führt zu sachlich untragbaren Verhältnissen.

5) Es ist angebracht, dem Provinzialverband vorab sein demokratisches Verwaltungsorgan, den Provinzialausschuß, wiederzugeben. Ebenso sollte – wenn die Militärregierung nicht z.Zt. von einer Änderung überhaupt absehen will –, dem Landeshauptmann seine frühere Stellung wieder eingeräumt werden, die er jetzt nur vertretungsweise wahrnimmt.[6]

6) Bei der Bedeutung dieser Verwaltungsfrage für die Öffentlichkeit und für die gesamte kommunale Selbstverwaltung sollte dem Beratenden Provinzialrat Gelegenheit gegeben werden, Stellung zu nehmen.

6 Während des Dritten Reiches war der Landeshauptmann dem Oberpräsidenten unterstellt worden; dieser Zustand bestand 1945/46 zunächst formell weiter.

71.

30. 3. 1946:[1] Oberpräsident Lehr an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Köln)

HStA Düsseldorf, RWV 26–205. Ausfertigung. An- und Unterstreichungen. Hs. Vermerke. Eingangsvermerk vom 4. 4. 1946.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Auf Ihr Schreiben vom 19. 3. 1946[2] beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

1. Für die Zusammensetzung des Provinzialrates, der ursprünglich nur aus einer kleinen Anzahl von Personen bestehen sollte, hatte die Militärregierung der Nord-Rheinprovinz entschieden, daß neben einer bestimmten Anzahl von Vertretern der politischen Parteien eine ebenfalls festgelegte Anzahl von unpolitischen Repräsentanten berufen werden sollte. Hierbei waren Vertreter der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Universitäten, der Kunst, des Handwerks, der Medizin usw. zu berücksichtigen.

2. Die schlüsselmäßige Aufteilung der den Parteien zugestandenen Sitze erfolgte auf Grund zwischenparteilicher Vereinbarungen, in die sich die Provinzialregierung nicht eingeschaltet hat. Soweit ich unterrichtet bin, haben an diesen Verhandlungen für die CDU die Herren *Albers*, *Arnold*, Dr. *Pünder*, Dr. *Weitz* und Dr. *Müller* teilgenommen.

3. Die Benennung der CDU-Kandidaten mir gegenüber ist durch die eben genannten Herren erfolgt; ich hatte und habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß sie hierzu von seiten der Landesleitung entsprechend legitimiert waren.[3] Andere Vertreter der CDU jedenfalls haben niemals eine Rücksprache in dieser Angelegenheit mit mir nachgesucht, obwohl allgemein bekannt war, daß Verhandlungen über die Benennung von Parteivertretern für den Provinzialrat im Gang waren.

4. Eine erneute Erweiterung des Provinzialrates ist nicht beabsichtigt. Insbesondere sind noch keinerlei Maßnahmen für seine Ausgestaltung zu einem Provinziallandtag und eine entsprechende Vergrößerung der Mitgliederzahl getroffen worden.

5. Sollte eine Änderung in der Zusammensetzung des Provinzialrates oder seine Erweiterung seitens der Militärregierung angeordnet werden, werde ich selbstverständlich die

1 Wie aus dem Antwortschreiben *Adenauers* vom 15. 4. 1946 hervorgeht, scheint der Brief – vermutlich in Abschrift – noch einmal unter dem Datum vom 5. 4. 1946 an *Adenauer* übersandt worden zu sein; vgl. ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 209.

2 ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 189; in seinem Schreiben bemängelt *Adenauer* vor allem, daß weder die Landesleitung der CDU, noch er über die Erweiterung des Provinzialrats in ausreichender Form informiert worden seien; zur Erweiterung des Provinzialrats vgl. Nr. 61.

3 In der Antwort vom 15. 4. (vgl. Anm. 1) betont *Adenauer*, daß die Herren *Albers*, *Arnold*, *Pünder*, *Weitz* und *Müller* nicht beauftragt gewesen seien, für die Partei Vorschläge zu unterbreiten, und er annehme, die Sache beruhe auf einem Mißverständnis; zu dieser Angelegenheit auch die Schreiben von *Albers* (vom 24. 4. 1946: HStA Düsseldorf, RWV 26–14) und *Weitz* (vom 25. 4. 1946: BA Koblenz, NL Pünder 476) an *Adenauer*; vgl auch das Protokoll der Sitzung des Landesvorstands der CDU-Rheinland vom 10. 4. 1946 (HStA Düsseldorf, RWV 26–14).

zentralen Parteiinstanzen umgehend hiervon benachrichtigen und um Benennung von Kandidaten ersuchen.[4]

6. Schon mit Rücksicht auf den hohen Prozentsatz unpolitischer bzw. nicht als Vertreter einer bestimmten Partei berufener Sachverständiger, ist eine Zusammensetzung, die der des letzten Provinziallandtages vor 1933 völlig adäquat wäre, nicht möglich. Darüber hinaus bitte ich zu berücksichtigen, daß sich die parteipolitische Struktur seitdem durch das Entstehen neuer und das Verschwinden früherer Parteien so erheblich gewandelt hat, daß die alten Paritätsverhältnisse doch nur einen sehr begrenzten Anhaltspunkt für die Gegenwart zu bieten vermögen.[5]

Im übrigen ist damit zu rechnen, daß erhebliche Zeit vor etwaigen Wahlen zu einem Provinziallandtag die kommunalen Wahlen stattfinden werden und daß deren Ergebnis allen Parteien, die sich jetzt unzulänglich vertreten glauben, die Möglichkeit geben wird, mit berechtigtem Nachdruck einen höheren als den ihnen bisher eingeräumten Anteil an den für die politischen Parteien bestimmten Sitzen zu fordern.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr Dr. *Lehr*

4 Am 30. 4. 1946 kündigte die Militärregierung in einer Besprechung mit Abteilungsleiter *Wandersleb* die Berufung eines Provinziallandtags mit etwa 100 Vertretern an (Nr. 95); darauf hin wurden die Parteien vom Oberpräsidenten ersucht, weitere Namensvorschläge einzureichen (Landtagsarchiv NRW, A 09030/35); vgl. Schreiben *Lehrs* an *Adenauer* vom 5. 5. 1946 (Nr. 99).

5 Trotz dieser Argumente *Lehrs* beharrte *Adenauer* in dem Schreiben vom 15. 4. (vgl. Anm. 1) darauf, daß die CDU nicht dem wirklichen Stärkeverhältnis der Parteien entsprechend im Provinzialrat vertreten sei.

72.

5. 4. 1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz

HStA Düsseldorf, NW 53–362. Zweitschrift der Ausfertigung.

Dienstag, den 2., Mittwoch, den 3. und Donnerstag, den 4. April 1946 fand in Stuttgart eine gemeinsame Tagung des Länderrates der drei süddeutschen Länder in der amerikanischen Zone und des Zonenbeirates der englischen Zone statt.[1]

1 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 18; nachdem insbesondere *Lehr* und *Kopf* schon bei den vorangegangenen Tagungen zwischen Ländervertretern der amerikanischen und britischen Zone (Stuttgart 6. 2. 1946; Bremen 28. 2./1. 3. 1946) betont hatten, man müsse in der britischen Zone zu einer ähnlichen territorialen und staatsrechtlichen Konstruktion wie in Süddeutschland gelangen, wurde hier von *Lehr* erstmals konkret eine Dreiteilung des britischen Besatzungsgebiets vorgeschlagen, nämlich in „das rheinisch-westfälische Wirtschaftsgebiet, das niedersächsische Gebiet und die Länder an der Nord- und Ostsee"; vgl. auch Nr. 74.

Der Verhandlung wohnten Vertreter der amerikanischen Zivil- und Militärbehörden und Vertreter des Verbindungsstabes des Zonenbeirates und der Militärregierung bei. Die Verhandlung wurde zuerst von dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. *Högner* und sodann von dem unterzeichneten Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz als derzeitigem Vorsitzenden des Zonenbeirates in Hamburg geleitet.

Die Verhandlungen gipfelten in der Sitzung am 3. April und in einer einstimmig angenommenen Entschließung aller Beteiligten über die Einheit Deutschlands, den inneren Aufbau in der englischen und amerikanischen Zone und die Ausrichtung ihrer Arbeit nach großen Gesichtspunkten. Ich füge in der Anlage eine Übersetzung der bedeutsamen Resolution bei und ein zweites Exemplar in deutscher Sprache. Ferner füge ich eine Übersetzung des von englischer und amerikanischer Seite genehmigten Presseberichtes bei.[2]

Das Zusammentreffen war ein weiterer bedeutsamer Fortschritt in der Richtung einer vertieften Zusammenarbeit zwischen Süd- und Nordwestdeutschland und ihre bessere Ausrichtung auf wesentliche große Gesichtspunkte. Die übrigen Tagespunkte, über die ebenfalls einheitlich beschlossen wurde, traten in ihrer Bedeutung hinter den eingangs erwähnten Beschluß zurück. Ein weiterer Besuch der Herren des Länderrates ist für die übernächste Tagung des Zonenbeirates in Hamburg vorgesehen.[3]

Außerhalb der Tagung fanden vielfache persönliche Fühlungnahmen und Aussprachen der Tagungsteilnehmer untereinander, aber auch mit den Vertretern der englischen und amerikanischen Behörde, statt. Den Abschluß bildete ein Empfangsabend bei dem Controller Prof. Dr. James *Pollock*, dem ein ebenfalls harmonisch verlaufendes schwäbisches Essen in Endersbach/Temstal, auf Einladung des Staatsministeriums von Württemberg-Baden vorausgegangen war.

Mit besonderem Dank ist es zu begrüßen, daß die Verkehrsschwierigkeiten dadurch behoben wurden, daß den Teilnehmern der britischen Zone ermöglicht wurde, auf dem Luftwege mit englischem Flugzeug die Tagung zu erreichen. Besonderen Dank möchte ich im Namen von Bürgermeister *Petersen*, Hamburg, und im eigenen aussprechen, daß uns ermöglicht wurde, an den Kohletagungen des Wirtschaftsrates Minden in Düsseldorf teilzunehmen und doch noch rechtzeitig in Stuttgart zu sein.

Lehr

2 Siehe hierzu: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 18, S. 440f.; die Formulierung entscheidender Passagen der Entschließung geht auf Kurt *Schumacher* zurück, der bereits in der Aussprache betont hatte, daß die Länder nur Bausteine für eine höhere Ordnung sein könnten. Dementsprechend heißt es in der Resolution u.a.: „1. Unerläßlich ist die sofortige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. 2. Die wirtschaftliche Einheit ist auf die Dauer ohne die politische Einheit nicht möglich. Die Länder sind nur Bausteine dieser höheren Einheit."

3 Ein erneutes Treffen zwischen süddeutschen und norddeutschen Vertretern kam erst im Oktober 1946 auf der Interzonenkonferenz in Bremen zustande; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 36.

73.

6. 4. 1946: Bericht (Nr. 1)[1] des Legationsrats a.D. Budde (Bad Godesberg)

BA Koblenz, NL Pünder 228. Durchschlag. An- und Unterstreichungen. „Streng vertraulich und persönlich". Paraphe Buddes und hs. Vermerk: „Herrn Staatssekretär Dr. Pünder zur lediglich persönlichen Kts."

Betr.: Bevorstehende Regelung der Rhein- und Ruhrfrage

Auf Grund von persönlichen Informationen, die ich im Zusammenhang mit meiner Studienreise[2] zum Länderrat in Stuttgart und zu den drei süddeutschen Ministerpräsidenten aus verschiedenen ausländischen Quellen beschaffen konnte, ist zu der bevorstehenden Regelung der Rhein- und Ruhrfrage folgendes festzustellen:

Frankreichs Aspirationen

Was Frankreich erstrebt, ist besser als aus den absichtlich evasiven öffentlichen Erklärungen des französischen Regierungschefs *Gouin* aus einem Gespräch zu erkennen, das der französische Außenminister *Bidault* vor einigen Wochen mit einem amerikanischen Gewährsmann gehabt hat. Während *Gouin* kürzlich – bereits in Erkenntnis der Haltung der andern alliierten Mächte – erklärte, Saar, Rhein und Ruhr als Kerngebiete der deutschen Wirtschaft müßten ‚unter internationale Kontrolle und Verwaltung gestellt' werden, und es aus kluger Rücksicht auf die Dollaranleiheverhandlungen Leon *Blums* in Washington sowie auf das von England gewünschte Bündnis mit Frankreich bedachtsam unterließ, dieser Forderung einen klar umrissenen politischen Rahmen zu geben, hat der französische Außenminister *Bidault* ganz entschieden erklärt, maßgebend für die französische Haltung in der Rhein- und Ruhrfrage sei allein der mit den anderen Alliierten geführte Notenwechsel, nach dem Frankreich die Einschließung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes in den Hoheitsbereich der zukünftigen deutschen Zentralverwaltung in Berlin ablehne.[3] Wörtlich hat *Bidault* in dem erwähnten politischen Gespräch hinzugefügt: „Ich habe das ganz klar in meinem Brief an den amerikanischen Außenminister zum Ausdruck gebracht, als ich ihm die Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz zur Lösung der deutschen Probleme vorschlug. Unserer Ansicht nach muß das Ruhrgebiet internationalisiert und das Rheinland unter dauernde alliierte Kontrolle gestellt werden. Das bedeutet die absolute politische Trennung der beiden Territorien von Deutschland ebenso wie die wirtschaftliche Trennung. Natürlich haben wir keine Einwände gegen den Warenaustausch der internationalisierten Zonen mit dem übrigen Deutschland."

1 Die Berichte *Buddes* gingen – in wechselnder Zahl und Zusammensetzung der Empfänger – an Persönlichkeiten in der Nord-Rheinprovinz und Westfalen, in erster Linie an *Lehr* und *Pünder*, z.B. aber auch an *Amelunxen*; weiterer Bericht: Nr. 122.

2 *Budde* hatte Anfang März 1946 von *Lehr* den Auftrag erhalten, ihn über die Aktivitäten des Länderrats und anderer Institutionen im süddeutschen Raum ständig zu unterrichten; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 299, Anm. 39.

3 Im französischen Kabinett einigte man sich am 5. 4. 1946 darauf, die gemäßigtere Linie *Gouins* nicht weiter zu verfolgen (R. POIDEVIN: Ruhrfrage, 1979, S. 319; vgl. Nr. 63, Anm. 2); Druck der französischen Note an die anderen Mächte vom 12. 2. 1946 und des Schreibens von *Bidault* an den Botschafter der USA vom 1. 3. 1946: URSACHEN UND FOLGEN XXIV, S. 228–233.

Auf meine Frage, wie Frankreich sich die politische und wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebietes vorstelle, wurde mir geantwortet, Frankreichs Argumente gegen eine nur wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebiets, an die England denke, basierten auf der folgenden Kritik: Eine ausschließlich wirtschaftliche Kontrolle sei schwer durchführbar und werde immer unvollständig und deshalb unwirksam sein. Denn wäre die Kontrolle oberflächlich, dann sei sie überflüssig, oder aber die internationalen Kontrollorgane müßten jede Fabrik, jede Handelsgesellschaft, jeden Bahnhof und die Produktion ebenso wie die Exporte und Importe überwachen. Dazu sei eine große Menge von Kontrollbeamten erforderlich, die Techniker sein müßten und sich in das gesamte wirtschaftliche Getriebe des Ruhrgebiets einzuschalten hätten. Die Länder, die die Garantie zu übernehmen hätten, könnten gar nicht genug Personal aufbringen, das dazu geeignet sei. Diese Kontrollbeamten würden den Deutschen bald verhaßt werden und sich dadurch ihre schwierige Aufgabe noch weiter erschweren. Dagegen würde die politische Lostrennung der Ruhr die Errichtung einer Zollschranke ermöglichen, wodurch der Warenverkehr zwischen Rumpfdeutschland und dem Ruhrgebiet kontrollierbar wäre, ohne die Einzelheiten der Produktion überwachen zu müssen. Im Falle des französischen Projektes könnte z.B. leicht verhindert werden, daß Deutschland zu viel Ruhrkohle einführe. Beim englischen Projekt müßten die Kontrollbeamten die Exporte jeder Zeche und die Verladungen auf jedem Bahnhof und in jedem Hafen überwachen. Beim französischen Projekt genüge eine Zollkontrolle auf dem Rhein, beim Ein- und Austritt des Dortmund-Ems-Kanals aus dem Ruhrgebiet und auf den Grenzbahnhöfen der zwölf in das Ruhrgebiet und aus dem Ruhrgebiet hinausführenden Eisenbahnstrecken, also nur an 15 verschiedenen Strecken. Es komme hinzu, daß die wirtschaftliche Stabilität und das Niveau des Außenhandels der Ruhr stark von der Valuta, also dem Wert des deutschen Geldes bestimmt und bei Einbeziehung der Ruhr in die politische Einheit Deutschlands die Finanzpolitik in Berlin und nicht im Ruhrgebiet gemacht würde. Wie könnte man aber das Ruhrgebiet vor einer finanziellen Katastrophe schützen, wenn weder seine Ausgaben noch seine Anleihen zu kontrollieren wären? Nur wenn das Ruhrgebiet politisch abgetrennt werde, eine eigene Währung erhalte und eine von Deutschland völlig unabhängige Finanzpolitik treiben könne, würden solche Folgen verhindert.

Das französische Ruhrprojekt will also über das Ruhrgebiet eine internationale, politische und wirtschaftliche Kontrolle verhängen und dieses Gebiet „wie ein von Deutschland losgelöstes Ganzes betrachten". Die Beweggründe sind rein politischer Natur und Frankreich führt zur Bekräftigung dieser Auffassung keine wirtschaftlichen Gründe an. „Die Sicherheit Europas und der Welt erfordert, daß Deutschland sein Kriegspotential und die Durchgangszone, die das rheinisch-westfälische Gebiet darstellt, für immer genommen wird". Der französische Außenminister *Bidault* verlangt eine von allen interessierten Staaten durchgeführte Kontrolle des Ruhrgebietes (also praktisch die Verwaltung und die Regierung) und außerdem die Garantie der Aufrechterhaltung der internationalen Regierung durch die dauernde militärische Besetzung (durch internationale Streitkräfte).

Zur Untermauerung dieser politischen Thesen wurden von ihm vier Punkte wirtschaftlicher Art hervorgehoben:

1. Die Internationalisierung darf dem Ruhrgebiet keine bevorzugte Stellung bei den Reparationszahlungen geben, zu denen auch dieses Gebiet seinen Anteil beitragen muß.

2. Frankreich will den Handel des Ruhrgebietes nicht ausdrücklich nach Westen orientieren, sondern ist bestrebt, die Handelsbeziehungen des Gebietes mit dem Osten ebenso wie mit dem Westen aufrecht zu erhalten. Man dürfe Deutschland von seinem Hauptlieferanten an Kohle, Stahl und Fertigfabrikaten nicht vollständig abtrennen. Ebensowenig wolle man dem Ruhrgebiet die unentbehrlichen Zufuhren an Lebensmitteln und Eisenerz aus Deutschland wegnehmen. Es soll zwar eine Zollschranke und eine politische Grenze zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland errichtet werden, aber dies bedeute nach französischer Meinung keine Trennung, sondern eher das Gegenteil.

3. Soll das Ruhrgebiet ebenso wie Deutschland zu einer starken Einschränkung seiner Stahlerzeugung und überhaupt seiner industriellen besonders auch seiner chemischen Erzeugung gezwungen werden.

4. Wird von Frankreich vorgeschlagen, daß das „Rumpfdeutschland", das zweifellos ein Defizit seiner Zahlungsbilanz haben wird, einen Teil dieses vermutlichen Überschusses zugewiesen erhält, denn sonst würde Deutschland in eine hoffnungslose wirtschaftliche und finanzielle Lage geraten.

Die englische These[4]

England will – nach den mir aus anderer Quelle zugeflossenen Informationen, die aus Londoner diplomatischen und Parlamentskreisen stammen – Deutschland keineswegs das freie Verfügungsrecht über das Rüstungspotential an der Ruhr zurückgeben. Andererseits will es auf wirtschaftlichem Gebiet keine Schwierigkeiten heraufbeschwören, die nicht weniger gefährlich seien. England fürchtet, daß ein politisch vollkommen von Deutschland abgetrenntes Ruhrgebiet auf wirtschaftlichem Gebiet ein gefährlicher Konkurrent für die großen europäischen Exportländer werden könnte und daß Deutschland ohne das Ruhrgebiet ein erhebliches Defizit in seiner Zahlungsbilanz hätte, wodurch es einer Katastrophe entgegengehen müßte, weil es seinen Bedarf nicht mehr zu bestreiten in der Lage sei. Darum solle das Ruhrgebiet wirtschaftlich internationalisiert, aber politisch beim Deutschen Reich bleiben.

Die offiziellen Erklärungen Englands sind bisher recht spärlich gewesen. Außenminister *Bevin* hat ausdrücklich im Unterhaus erklärt, daß die englische Meinung über die westlichen Grenzen Deutschlands sich noch nicht endgültig gebildet habe und wörtlich hinzugefügt: „Viele unserer Verbündeten fordern, daß wir aus Sicherheitsgründen die ganze Produktionskapazität der Ruhr ausschalten sollen. Mein industrieller Instinkt sagt mir, daß es am besten wäre, die Ruhr unter internationale Kontrolle zu nehmen, an der jede interessierte Regierung Anteil hat. Es müßte eine öffentliche Körperschaft für die Ruhrindustrie gebildet werden und nichts privaten Kräften überlassen bleiben. Aus Sicherheitsgründen müßte die Frage geprüft werden, ob nicht das Ausmaß der Ruhrproduktion beschränkt werden sollte. Es dürften keine Fertigfabrikate hergestellt werden, die leicht in Munition und sonstige Kriegsmittel umgewandelt werden könnten und dann schnell auf ganz Europa verteilt werden könnten."[5]

Deutlicher ist als Sprecher der Regierung im Oberhaus Lord *Stansgate* geworden, der am 21. März des Jahres die Erklärung abgegeben hat, England sei zu einer wirtschaftlichen

4 Vgl. zur britischen Deutschlandpolitik im Frühjahr 1946 neben den Arbeiten von R. STEININGER bes.: J. FOSCHEPOTH: Außenministerkonferenzen, 1985, S. 65–73; F. PINGEL, 1982.

5 Zur Rede *Bevins* vor dem Unterhaus am 21. 2. 1946: Nr. 63, Anm. 2.

Internationalisierung des Ruhrgebietes unbedingt gewillt, dagegen sei ein Entscheid über die politische Abtrennung noch nicht gefällt.

Nach den mir erteilten vertraulichen Auskünften ist das britische Kabinett erst in den letzten Märztagen an die Beratung eines Situationsberichts gegangen, der von Sachverständigen des Foreign Office, der Verteidigungsministerien und anderer Ämter zusammengestellt wurde, um die britische Verhandlungsposition bei den Besprechungen der vier Außenminister im Mai des Jahres in Paris vorzubereiten.[6] Meinem Gewährsmann zufolge soll der britische Sachverständigenbericht für die wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebietes eintreten, sich aber mit großem Nachdruck gegen eine Abtrennung vom Reichsgebiet wenden, da eine solche in der Zukunft die internationale Sicherheit gefährden würde. Es sei zu befürchten, daß eine politische Abtrennung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes von Deutschland sowohl eine Verstärkung der kommunistischen Tendenzen wie auch ein Wiederaufleben des fanatischen Nationalismus in ganz Deutschland zur Folge haben könnte. Man müsse vor allem darauf sehen, daß die Produktion des Ruhrgebiets ganz Europa einschließlich Deutschland zur Verfügung stehe.

Nach Angabe meines Gewährsmanns besteht in dem britischen Sachverständigenbericht für die französische Idee der Errichtung eines unabhängigen Rheinstaates noch viel weniger Neigung. Was dagegen das Saargebiet anlange, so neige man zu der Annahme des französischen Vorschlags, die Saar in wirtschaftlicher Hinsicht mit Frankreich zu verbinden, und die Entscheidung über ihre politische Verwaltung einer Volksabstimmung zu überlassen. Diese Haltung im Schoße der britischen Regierung soll auch von den englischen Parteien eingenommen werden, in denen vom rechten Flügel der Konservativen bis zum linken Flügel der Labour-Partei eine scharfe Opposition gegen einen unabhängigen Rhein- und Ruhrstaat herrscht.

Der frühere britische Generalsekretär des Völkerbundes in Genf Sir Eric *Drummond*, heute *Earl of Perth*, der in langjähriger internationaler Zusammenarbeit auf dem weitschichtigen Arbeitsgebiet des Völkerbundes die Intransigenz der französischen Politik häufig kennengelernt hat, versucht zur Zeit in den englischen Regierungs- und Parlamentskreisen zu der französischen Politik an Rhein und Ruhr eine Brücke zu schlagen, indem er folgende Gedanken propagiert: Es müsse ein zentraler Wirtschaftsrat für ganz Deutschland gebildet werden, in dessen Geschäftsbereich Rhein und Ruhr jedoch nicht fallen sollten. Das augenblickliche Zonenbesetzungssystem bezeichnet er als Grundlage für einen künftigen deutschen Bundesstaat, dem die industriellen deutschen Westgebiete als ein bundesstaatliches Glied angehören könnten, dessen Produkte jedoch ganz Europa zur Verfügung zu stehen hätten. Wenn aber Deutschland in der weiteren politischen Entwicklung wiederum sich zu einem neuen zentralisierten Staat gestalten sollte, dann müßten die Gebiete an Rhein und Ruhr sowohl wirtschaftlich wie politisch unter internationale Kontrolle kommen, ähnlich wie 1919 das Saargebiet.

Es kann erwartet werden, daß dieser Gedanke des *Earl of Perth*, der sozusagen eine politische Bewährungsfrist für Rhein und Ruhr in einer föderativen Struktur des Reiches

6 Gemeint ist wahrscheinlich der im Februar 1946 vom Industrial and Economic Plannig Staff (EIPS) vorgelegte Plan, der am 15. März vom Kabinettsausschuß für deutsche Industrie gebilligt wurde und als Grundlage für die weitere britische Ruhrpolitik dienen sollte (R. STEININGER: Rhein-Ruhr-Frage, 1979, S. 120f.).

fordert, noch eine wichtige Rolle bei den internen Auseinandersetzungen der Alliierten spielen wird.

Die amerikanische Stellungnahme[7]

Von autoritativer amerikanischer Seite erfuhr ich in einem ausdrücklich als privat bezeichneten Gespräch, daß die Vereinigten Staaten sich strikt gegen eine politische Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebiets wenden und nicht gewillt sind, über eine wirtschaftliche Lösung hinauszugehen. Die amerikanische Außenpolitik vertritt den Standpunkt, daß die Zoneneinrichtungen in Deutschland nur vorübergehend sein sollen und die Einheit Deutschlands eine unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Ausgehend von diesem Gedanken komme für das industrielle Rhein-Ruhrgebiet nur eine besondere wirtschaftliche Kontrolle durch die Alliierten in Frage, keinesfalls jedoch eine politische Konstruktion, auch nicht in einer Form wie seinerzeit das das Saarregime. Sicherlich sei der letzte Wunsch Frankreichs eine Annexion des Rheinlands und eine politische Loslösung des Ruhrgebiets unter internationaler Kontrolle und Verwaltung. Dieser Wunsch werde jedoch von den Vereinigten Staaten unbeachtet belassen. Als Grund für die amerikanische Haltung wurde die Rücksicht auf das wirtschaftliche Wohl bezeichnet, das sowohl für Deutschland wie auch für Frankreich, Belgien und Holland als den anderen direkten Nachbarstaaten gleich gerichtet sei. Bleibe Frankreich trotz aller Argumente der Alliierten auf seinem intransigenten Standpunkt, so bleibe nichts anderes übrig als das bisherige Zonensystem beizubehalten.

Im Hinblick auf die augenblickliche politische Situation in der Rhein- und Ruhrfrage äußerte mein Gewährsmann die Ansicht, Frankreichs Position sei in den letzten Wochen schwächer und schwächer geworden. Den größten Widerstand fänden die Franzosen mit ihren politischen Konstruktionswünschen bei den Amerikanern und Russen, aber auch Belgien und Holland seien gegen die politische französische Lösung. Englands Haltung sei weniger klar, letzten Endes aber auch gegen die politischen Pläne der Franzosen gerichtet.

Der russische Standpunkt[8]

Im Oktober vorigen Jahres erklärte der russische Außenminister *Molotow*, „daß Rußland den französischen Sicherheitsplänen am Rhein wohlwollend gegenübersteht". Ferner hat die Sowjetunion damals die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich davon in Kenntnis gesetzt, „daß Rußland außerdem für die Internationalisierung des Ruhrgebiets eintrete und auch an dessen Besetzung und Verwaltung teilzunehmen wünsche." Diese Erklärungen erfolgten zu einem Zeitpunkt, in dem die Stellungnahme der Vereinigten Staaten sowie Englands noch nicht genau erkennbar war. Inzwischen ist klar geworden, daß die Russen unter einer Internationalisierung der Ruhr nicht eine politische Trennung vom Reichsgebiet verstehen, sondern eine wirtschaftliche Konstruktion, an der sie naturgemäß teilnehmen wollen. Einer politischen Lösung, die das Ruhrgebiet stärker an die Westmächte heranführen würde, stehen die Russen ablehnend gegenüber. Mit Rück-

7 Allg. zur Deutschlandpolitik der Alliierten: J. FOSCHEPOTH: Kalter Krieg, 1985; H. GRAML, 1983, S. 281–374; H.-P. SCHWARZ, 1966; neuerdings auch: L. HERBST (Hg.), 1986, S. 27–63.

8 Wie Anm. 7.

sicht auf andere politische Ziele enthalten sich die russischen Staatsmänner jedoch z.Zt. jeder öffentlichen Äußerung.

Kompromißlösung in Sicht

Auf Grund der Gespräche, die ich mit verschiedenen wohl unterrichteten Gewährsleuten gehabt habe, besteht Anlaß zu der Vermutung, daß die französische Forderung nach einer politischen Lostrennung von Rhein und Ruhr nicht durchgesetzt werden kann, sondern auf eine wirtschaftliche Internationalisierung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets zurückgeführt werden wird.

An sich gibt es vier Möglichkeiten, das Problem der deutschen Westgrenzen zu regeln:

1. Internationalisierung der Ruhr unter Treuhänderschaft der Vereinten Nationen und Schaffung eines getrennten Rheinlandes unter einer Dauerbesetzung oder Einrichtung eines unabhängigen Staates.

2. Wirtschaftliche Treuhänderschaft der Vereinten Nationen für die Ruhr und eine Dauerbesatzung des Rheinlandes als eines Teiles von Deutschland.

3. Fremde Inbesitznahme der Ruhrindustrie, während das Gebiet Teil Deutschlands bleibt.

4. Ein unabhängiger Staat, bestehend aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland. Dieser Plan kann auch die Möglichkeit zweier getrennter Staaten in sich schließen, von denen der eine das Ruhrgebiet und der andere das Rheinland ist.

Zwischen diesen vier Möglichkeiten wird die Lösung des Rhein- und Ruhrproblems auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz diskutiert werden. Als Resultat wird eine Lösung zu erwarten sein, die in jedem Falle als eine – wenn auch vorwiegend wirtschaftliche – Herauslösung aus der früheren engen Verbundenheit der gesamten deutschen Volkswirtschaft mit dem Rhein-Ruhrgebiet anzusehen ist.

Möglichkeiten einer deutschen Stellungnahme zu der Lösung der Rhein- und Ruhrfrage

Falsch wäre es, von deutscher Seite aus auch heute noch gegen jede Art der Internationalisierung der Ruhr anzugehen. Eine solche Stellungnahme ist durch die Kapitulation der Hitlergeneräle unmöglich geworden. Möglich gewesen wäre sie noch in den Jahren 1942/43 nach einer radikalen Beseitigung des Hitlerregimes aus eigener Reinigungskraft.

Unter den heutigen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als propagandistisch zwar das Minimum der französischen Forderungen als für die Einheit des Reiches unerträglich zu betrachten, praktisch aber sich auf einen Kompromiß zwischen den Alliierten vorzubereiten, der in der Skala der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten noch über einem solchen Minimum liegt. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eines Tages die von den Alliierten gefundene Lösung Gegenstand eines Friedensvertrages mit Deutschland werden muß und daher die Unterschrift deutscher Staatsvertreter erfordern wird, ist eine negative Einstellung nicht möglich.

Was im jetzigen Augenblick nottut, ist ein stärkeres Hervortreten der staatspolitischen Führung in Rheinland und Westfalen, d.h. ein praktisch-politisches Zusammenwirken

der Nord-Rheinprovinz und Westfalens.[9] Die anderen deutschen Provinzial- und Landesregierungen mögen dabei im weiteren politischen Felde eine zu verabredende Hilfestellung leisten. Eine politische Aktivlegitimation steht jedoch nur Düsseldorf und Münster zu. Diese beiden politischen Brennpunkte für das politische und wirtschaftliche Leben des rheinisch-westfälischen Industriegebiets müssen sich zu gemeinsamer Stellungnahme vereinigen, um im Wechselspiel der beiderseitigen politischen Kraftfelder einer Lösung das Wort zu reden, die vor allem und in erster Linie den Interessen des gesamten werktätigen Volkes an Rhein und Ruhr dient. Nur darauf kommt es an. Die Notwendigkeit eines ausgesprochenen rheinisch-westfälischen Egoismus steckt den Rahmen ab, innerhalb dessen heute an Rhein und Ruhr praktisch-politisch gehandelt werden muß, um deutscherseits zu der bestmöglichen Lösung des Rhein- und Ruhrproblems positiv beizutragen. Ebenso unmöglich wie es für Rheinland-Westfalen wäre, etwa bei der neuen staatspolitischen Gestaltung z.B. in Bayern, Württemberg oder in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mitreden zu wollen, ebenso unmöglich ist es, andere deutsche Stellen, an der Formung des politischen und wirtschaftspolitischen Willens an Rhein und Ruhr verantwortlich teilnehmen zu lassen.

Ebensowenig wie Rheinland-Westfalen bisher in der Lage gewesen ist z.B. auf die ernährungswirtschaftliche Produktion und Verteilung in anderen deutschen Überschußgebieten Einfluß zu nehmen, ebenso wenig kann es zugelassen werden, daß diese selben Gebiete die klare Linie einer bewußten wirtschaftspolitischen Heimatschutzpolitik in Rheinland-Westfalen beeinflussen, die letzten Endes in eine bundesstaatliche Gestaltung der Reste des Reichs münden wird.

Aus den Äußerungen des *Earls of Perth* geht hervor, daß man in England an Rheinland-Westfalen als Baustein eines deutschen Bundesstaates denkt. Dieser Baustein soll aber aus dem Bau des Reiches wieder herausgenommen und verselbständigt werden, wenn die Zentralisierung des Reiches eine neue deutsche Gefahr herbeiführen würde. Mit diesem Willen ist zu rechnen. Wer heute in Deutschland die Einheit des Reiches will, tut gut daran, sie nicht auf allen Märkten und bei jeder Gelegenheit lärmend auszurufen. Klüger ist es, die durch den politischen Tod Preußens und die verschiedenen Besatzungszonen und Besatzungssysteme eingetretene Desintegration des Reiches in neuen Ländern und politischen Kraftfeldern zu konsolidieren und auf dem Wege dieses organischen Aufbaus zu einer Reintegration des Reiches als Bundesstaat in späterer Zeit zu gelangen.

Nur wenn die politische Führung an Rhein und Ruhr besonnen genug ist, heute in erster Linie die Eigeninteressen unserer engeren politischen Heimat zu wahren, sind wir in der Lage, dem nicht nur in Frankreich immer wachen Verdacht zu entgehen, das Industriepotential an Rhein und Ruhr könne noch einmal zu dem Kriegsinstrument werden, das in der Hand *Hitlers* und seiner blinden Gefolgsleute so große Verheerungen über die Welt gebracht oder ausgelöst hat.

Unter diesen Umständen wäre es falsch, jetzt etwa über den vielköpfigen Zonenbeirat in Hamburg, den Wirtschaftsbeirat in Minden oder über die Chefkonferenz der Länder und Provinzen in der britischen Zone das Rhein- und Ruhrproblem anzupacken und mit deutschen Vorschlägen aus diesen teilweise sehr heterogenen Gremien an die Militärre-

9 Zu den insbesondere von rheinischer Seite ausgehenden Bemühungen, eine Abstimmung zwischen den beiden Provinzialregierungen in Düsseldorf und Münster herbeizuführen vgl. die Nrn. 75, 117, 122, 125.

gierung heranzutreten. Die Fülle der bisherigen Proklamationen über die wirtschaftliche und politische Einheit des Reiches anläßlich der verschiedenen offiziellen Tagungen und Zusammenkünfte in den letzten Monaten reicht einstweilen aus.[10] Jetzt kommt es praktisch darauf an, daß die Wirtschaftskraft an Rhein und Ruhr in möglichst großem Umfange erhalten bleibt.

Einer meiner Gewährsleute sagte mir: „Akzeptieren Sie jede internationale Lösung an Rhein und Ruhr, wenn Sie damit das gesamte Wirtschaftspotential erhalten können. Eine Internationalisierung geht vorüber, wenn die Zeit gekommen ist. Die Vernichtung des Wirtschaftspotentials dagegen können Sie nie wieder rückgängig machen." Die Alternative in dieser überspitzten Formulierung ist nicht ganz richtig. Richtig aber ist es, in gemeinsamer Aktion zwischen Rheinland und Westfalen Vorschläge zu überlegen, wie im Lebensinteresse der werktätigen Bevölkerung an Rhein und Ruhr eine wirtschaftliche Internationalisierung praktisch und technisch durchgeführt werden könnte.

Angebracht wäre zu diesem Zwecke die sofortige, interne Zusammenstellung einer Sachverständigenkommission von etwa fünf Mitgliedern, die sämtlich aus Rheinland-Westfalen stammen und mit seinem Volks- und Wirtschaftsleben verbunden sein müssen. Diese Kommission hätte die Aufgabe, unter Vermeidung jeden öffentlichen Aufsehens Anregungen auszuarbeiten, die unter Beachtung der jetzt schon erkennbaren Gedankengänge der Alliierten Richtlinien für die praktische Ausgestaltung einer wirtschaftlichen Internationalisierung an Rhein und Ruhr mitschaffen könnten.

Zwar ist die deutsche Seite bisher überhaupt noch nicht befragt worden. Diese Tatsache hindert nicht die Pflicht, unsere Meinung zu sagen. Dabei kommt uns der Umstand zugute, daß wir bereits aus der Vorhitlerzeit über Erfahrungen verfügen, wie eine internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit großen Stils praktisch durchführbar ist. Dabei sind zu beachten die Thoiry-Gespräche *Stresemanns* mit *Briand*, der vorwiegend aus außenpolitischen Gründen erfolgte Erwerb des Mehrheitsaktienpakets der Gelsenkirchener-Bergwerks A.G. durch den Reichsfiskus unter dem Kabinett *Brüning*, die frühere Zusammenarbeit Frankreich-Deutschland auf dem Gebiet der Kali-Wirtschaft, die Organisation der Arbed-Luxemburg, die Organisation der deutschen Reichsbahn und Reichsbank in der Reparationszeit.

Wir können heute noch nicht damit rechnen, unseren Standpunkt voll durchzusetzen, wir dürfen aber erwarten, mit praktischen Vorschlägen wenigstens gehört zu werden. Auch die anderen müssen darauf schon mit Rücksicht auf den einmal notwendigen Abschluß eines Friedensvertrages Wert legen.

Budde

10 Vgl. hierzu Nr. 72, Anm. 2.

74.

10. 4. 1946: Oberpräsident Lehr an den britischen Verbindungsoffizier beim Zonenbeirat, Major Gibb (Hamburg)

HStA Düsseldorf, NW 53–362. Zweitschrift der Ausfertigung.

Dear Sir,

1. Auf der Stuttgarter Konferenz der Delegierten des Zonenbeirats mit den süddeutschen Ministerpräsidenten[1] baten Sie mich, Ihnen die wichtigsten Punkte meiner Darlegungen in Stuttgart noch einmal persönlich vorzutragen.

2. Ich übersende Ihnen beigeschlossen die am 3. April 1946 in Stuttgart gefaßte gemeinsame Entschließung[2] der Mitglieder des Länderrats der amerikanischen Besatzungszone und der Vertreter des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone zur Frage der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands und der dazu notwendigen Maßnahmen und bemerke ergänzend folgendes:

3. Das Fundament einer wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands müssen einheitlich ausgerichtete, sparsam verwaltete und wirtschaftlich hoch entwickelte Länder sein, die in ihrer Gesamtheit das Reich bilden.

Diese Länder dürfen bevölkerungsmäßig und gebietlich nicht zu klein bemessen sein, weil sonst die Verwaltung zu kostspielig und zu schwerfällig wird, und außerdem den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht genügend oder überhaupt nicht Rechnung getragen werden kann. Jede Zersplitterung führt zu dauernder Beunruhigung im Innern und nach außen.

Die territoriale Gliederung der amerikanischen Zone in drei große Länder bei recht weitgehender Übertragung staatlicher Rechte bedeutet einen großen Schritt auf diesem Wege. Eine Aufgliederung des Gebietes der britischen Zone in neun selbständige Gebilde (Provinzen und Länder) erscheint nicht richtig. Es wird vielmehr zu erwägen sein, auch das Gebiet der britischen Zone territorial so aufzugliedern, daß nur eine geringere Zahl größerer Länder darin entsteht.

Die Zusammenfassung der Länder in der amerikanischen Zone durch die Organisation des Länderrates erscheint klar durchdacht und nach den bisher erzielten Erfolgen der Verwaltungsarbeit durchaus zweckmäßig, so daß auch in dieser Beziehung eine Angleichung der Verhältnisse in der britischen Zone an die der amerikanischen Zone erwünscht erscheint.[3]

Die organisatorische Entwicklung in der amerikanischen Zone ist weiter vorgeschritten als in der britischen Zone, hat sich in der Praxis gut bewährt und kann daher bei der territorialen Neugliederung nicht unbeachtet bleiben, um zur Einheit zu gelangen.

4. Die im Gange befindliche Neuorganisation der Verwaltung in der britischen Zone ist in ihrer Form abhängig von der künftigen territorialen Neugliederung. Denn der Aufbau der Verwaltung muß sich den organisatorischen Schöpfungen territorialer Art anpassen.

---

1 Vgl. Nr. 72 mit Anm. 1.

2 Nr. 72, Anm. 2.

3 Zur Kritik der Chefs der Länder und Provinzen an der Errichtung des Zonenbeirats vgl.: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Einleitung S. 52; M.E. FOELZ-SCHROETER, 1974, S. 29–54; vgl. auch Nr. 76.

Daher erscheint es notwendig, vor endgültigen Entschließungen über den Neuaufbau der Verwaltung in den einzelnen Regionen die Frage der territorialen Neugliederung der britischen Zone in einzelne Länder zu lösen.

5. Die Übertragung von Aufgaben an die Selbstverwaltung (Dezentralisation) muß berücksichtigen, daß wir uns in einem Übergangsstadium befinden. Die finanzielle Verschuldung der Selbstverwaltungskörperschaften und die Notwendigkeit einer einheitlichen Lenkung des Wiederaufbaus verlangen eine Aufsicht über die Selbstverwaltung, wenn Entschuldung und Wiederaufbau gelingen sollen. Ohne eine solche Aufsicht werden alle Bemühungen vergeblich bleiben. Die Aufsicht über die Selbstverwaltung muß in den Verfassungen der Länder verankert werden.

6. Bei der Übertragung der Ordnung der wichtigsten Lebensgebiete an zentral geleitete Sonderverwaltungen mit selbständigem Unterbau (Zentralisation) muß darauf geachtet werden, daß für politisch, wirtschaftlich, verkehrsmäßig, landsmannschaftlich und historisch zusammengehörige Gebiete eine Stelle vorhanden sein muß, die die Bedürfnisse dieser Gebiete unter allgemeinen, nicht durch Sonderinteressen der einzelnen Fachverwaltungen getrübten Gesichtspunkten einheitlich wahrnimmt. Es ist daher notwendig, eine Mittelinstanz mit dieser Aufgabe zu betrauen. Diese Mittelinstanz muß in der Lage sein, sich über alle Vorgänge der Region zu unterrichten, die Zentralverwaltungen zu beraten und vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung der Zentralverwaltung in dringenden Fällen selbst vorläufige Maßnahmen zu treffen. Dieser allgemeinen Mittelinstanz muß auch die entsprechende Stellung gegenüber den Mittelinstanzen der Sonderverwaltungen eingeräumt werden.[4]

7. Ich hoffe, mit diesen grundsätzlichen Darlegungen Ihnen die Auffassung wiedergegeben zu haben, die von den verantwortlichen Chefs der Provinzen und Länder der britischen Zone übereinstimmend vertreten wird,[5] und die ihre Bestätigung in dem Verwaltungsaufbau der Länder der amerikanischen Zone findet. Es soll sich dabei nur um Grundgedanken handeln, deren Vertiefung und Ausarbeitung zu bestimmten Vorschlägen noch vorbehalten bleiben darf.

Ihr ergebener

Dr. *Lehr*

4 Am selben Tag betonte *Lehr* auch in einem Gespräch mit Controller *Askwith* die notwendige Konzentration der Verwaltung auf der mittleren Stufe (HStA Düsseldorf, NW 53–528); in gleicher Weise hatte sich der Oberpräsident bereits in einem Memorandum geäußert, das am 26./27. 3. 1946 im Zonenbeirat vorgetragen worden war und am 4. 4. der Militärregierung Nord-Rheinprovinz übermittelt wurde (HStA Düsseldorf, NW 53–528 bzw. NW 53–312).

5 Soweit erkennbar, konnte sich *Lehr* keineswegs auf ein offizielles Votum der Chefs der Länder und Provinzen stützen, zumal der Vorbildcharakter der US-Zone in territorialer Hinsicht nicht übereinstimmend akzeptiert worden war (vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 12).

75.

11. 4. 1946: Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung mit dem Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske, in Münster

Archiv des LWL, II K 265. Paraphen von Salzmann, Westermann und Rave.

a) Professor Dr. *Kuske* stimmt dem Plan der Provinz auf Herausgabe des zusammengefaßten Raumwerkes zu.[1] Er ist bereit die Arbeit zu fördern und insbesondere Dr. *Helmrich* mit Anregungen und Material zu versehen.[2]

b) Professor Dr. *Kuske* berichtet darüber, daß der Ruhrsiedlungsverband den Versuch gemacht hatte, sich die Aufgaben eines Regierungspräsidenten für das Verbandsgebiet zu sichern.[3] Professor *Kuske* sei dem im Rahmen der rheinischen Provinzial-Regierung entgegen getreten und habe z.B. verhindert, daß der Ruhrsiedlungsverband weiterhin die Federführung in den Angelegenheiten der Kohleförderung behielt. Auch die rheinische Provinzial-Regierung steht jetzt auf dem Standpunkt, daß Dr. *Rappaport* lediglich Leiter des Siedlungsverbandes sei.

c) Professor Dr. *Kuske* machte auf die Gefahren aufmerksam, die bei Bildung einer Ruhrprovinz den beiden nördlichen rheinischen Kreisen droht. Sie wären nämlich abgeschnitten und böten sich holländischen Zugriffen an.[4]

d) Professor Dr. *Kuske* ist bemüht, bezüglich der Argumente gegen einen Rhein-Ruhr-Staat mit dem westfälischen Generalreferat Wirtschaft einheitliche Gesichtspunkte festzulegen[5] und dies auch den Industrie- und Handelskammern aufzuerlegen. Es soll verhindert werden, daß Westfalen und Rheinland in dieser Frage gegeneinander ausgespielt werden können.

Herrn Landeshauptmann zur Kenntnisnahme.
Herrn Landesrat Dr. *Westermann* zur Kenntnisnahme.
Dr. *Riepenhausen*, Provinzial-Institut, zur Kenntnisnahme, zugleich zur Unterrichtung von Landesbaurat Dr. *Rave*, Abteilung VIIa.

I.A. *N[aunin]*

1 Vgl. hierzu P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 210, mit der abweichenden Angabe, Oberpräsident *Amelunxen* habe die Herausgabe der hier erwähnten zusammenfassenden Schrift zum Raumwerk initiiert.

2 Am 17. 4. 1946 vereinbarte die Provinzialverwaltung mit *Helmrich* die Erstellung eines Manuskripts zur Wirtschaftsgeschichte Westfalens und dankte gleichzeitig *Kuske* für dessen Unterstützung; die Schrift müsse schnellstens herausgebracht werden, da die Verwaltungs- und Territorialfragen bereits in Kürze im Zonenbeirat behandelt würden (Archiv des LWL, II K 265); das Manuskript wurde von *Helmrich* unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Zusammenhänge im Norden und Nordosten Westfalens" zu Ende Mai 1946 vorgelegt (Archiv des LWL, II K 265; StA Münster, Oberpräsidium 4869).

3 Diese Aktivitäten des Ruhrsiedlungsverbandes setzten bereits im August 1945 ein; vgl. Nr. 25.

4 Zur Haltung *Kuskes* in der Territorialfrage bereits Nr. 31 mit Anm. 2.

5 Von einer Abstimmung zwischen *Kuske* und Generalreferent *Nölting* ist in der Folgezeit nichts zu bemerken.

76.

12. 4. 1946: Oberpräsident Steltzer (Kiel) an Oberpräsident Lehr

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 149. Abschrift. Unterstreichungen. Hs. Vermerk: „Dr. Wandersleb".

Sehr verehrter lieber Herr *Lehr*!

Es ist sehr schade, daß wir nicht noch einmal ausführlich über mein Referat[1] sprechen konnten. Leider sind diese wichtigen Fragen bisher bei uns noch zu sehr am Rande behandelt. Eigentlich sind sie von solcher Tragweite, daß sie einer gründlichen Arbeit bedürfen, die Wochen in Anspruch nähme. Auf der anderen Seite drängen die Verhältnisse so zu einer Entscheidung, daß wir nicht so lange Zeit haben. Meines Erachtens müßte daher doch angestrebt werden, daß die Dinge im Ausschuß soweit verbreitet werden, daß eine Generalaussprache schon beim nächsten Zonenbeirat stattfindet.[2] Ob wir das erreichen, wird erst die Praxis zeigen. Ich beabsichtige, zunächst in einer grundsätzlichen Erörterung die Notwendigkeit eines Bundesstaates, der sich aus Ländern zusammensetzt zu begründen. In diesem Teil werde ich versuchen darzulegen, daß wir staatsrechtlich eine neue Untersuchung des Verhältnisses zwischen dem Ganzen und den Teilen nötig haben. Im Norddeutschen Bund kam das Ganze zu kurz, in der Weimarer Verfassung die Teile.

Ich hatte über diese Frage auch ein interessantes Gespräch mit *Smend*[3]. Als Resultat ergibt sich nicht nur die Forderung von Ländern, sondern auch die Begründung eines Eigenrechtes und einer Eigenständigkeit für sie, die vom Ganzen berücksichtigt werden müßten. Daraus folgt z.B. ohne weiteres die Ablehnung der Kompetenz-Kompetenz. In einem weiteren Teil will ich dann eine knappe Untersuchung für die Einzelgebiete durchführen, welche Aufgaben dem Ganzen und welche den Teilen zufallen. Dann beabsichtige ich eine Kritik der gegenwärtigen Situation einschließlich des Zonenbeirates mit seiner unabgestimmten Zusammensetzung durchzuführen, die für die nächste Übergangsperiode die Notwendigkeit einer anderen Struktur erforderlich macht. Ich denke mir diese so, daß ein Länderrat gebildet wird, in dem die Chefs der Länder und Provinzen und die Fachminister, aber nicht die politischen Parteien vertreten sind. Denn der Länderrat muß in der augenblicklichen Lage die Funktion einer Ersten Kammer und einer Regierung einnehmen, nicht aber die Aufgaben des Parlamentes. Wir werden eine solche Zusammensetzung den Parteien gegenüber nur durchsetzen können, wenn bei der Besetzung der Fachminister Wünsche der politischen Parteien berücksichtigt werden.

Ich halte das für unvermeidbar, nötig und erreichbar. Der Unterbau eines solchen Länderrates könnte sich dann an das Vorbild der amerikanischen Zone anlehnen. Wir haben auf diese Weise die Sonderverwaltung wieder eingefangen.

In einem letzten Abschnitt wollte ich auf die Abgrenzungsfragen eingehen. Hier kann es meines Erachtens nicht meine Aufgabe sein, eine bestimmte Lösung vorzuschlagen,

1 Vgl. Nr. 69 mit Anm. 5.

2 Die im folgenden skizzierten Gedanken wurden von *Steltzer* am 2. 5. 1946 im Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats vorgetragen (Nr. 97) und in Form von fünf Leitsätzen anschließend im Zonenbeirat vorgestellt, ohne daß allerdings eine längere Aussprache hierüber stattgefunden hätte (AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 459f.).

3 Rudolf *Smend*, Staats- und Kirchenrechtler, gest. 1972.

zumal mir hier die Zeit zu einer fundierten Begründung fehlen würde. Ich habe daher nur die Absicht, die Lösungsmöglichkeiten anzudeuten. Diese kann man in drei Gruppen zusammenfassen:

1. Eine kleine Lösung, Länder von 1–2 Millionen Einwohnern, wie sie eine bestimmte englische Richtung wünscht.[4] Ich bin der Ansicht, daß wir diese Lösung ablehnen müssen, da die entstehenden Länder zu klein sind, um die Generalunkosten einer geschlossenen Landesverwaltung zu tragen. Man braucht hier nur für Hannover zu exemplifizieren, um die Möglichkeit dieser Lösung deutlich zu machen.

2. Die mittlere Lösung von 3–5 Millionen Einwohnern, ermöglicht den stärksten Anschluß an die bisherige historische Entwicklung der Länderschaften. Wir kommen hierbei auf fünf Länder: Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover, Rheinland und Westfalen. Ich kenne die Verhältnisse im Westen nicht genügend, um zu übersehen, ob sie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch zweckmäßig ist. Persönlich bin ich der Meinung, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten durch Zweckverbände geregelt werden könnten. Die selbständige Stellung Hamburgs würde ich auf Grund der besonderen Aufgaben Hamburgs und seiner geschichtlichen Eigenentwicklung für richtig halten.

3. Die große Lösung würde schematisch gesehen auf Länder von 6–7 Millionen Einwohnern kommen. Sie wäre aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten wahrscheinlich die beste, erfordert aber die stärksten Eingriffe in die jetzigen Abgrenzungen. Um auf diese Größenverhältnisse zu kommen, müßten nicht nur Schleswig-Holstein und Hamburg vereinigt, sondern noch durch größere Teile von Nordhannover vergrößert werden, während Hannover durch landwirtschaftliche Gebiete Westfalens ergänzt werden müßte. Ich glaube, daß bei dieser Lösung die stärksten Widerstände entstehen würden.

Im einzelnen beabsichtige ich auch, noch auf die Frage der Regierungsbezirke einzugehen. Hier bin ich der Ansicht, daß man auf Regierungsbezirke in der bisherigen Form verzichten und sie durch Bezirksverbände (Zweckverbände) für bestimmte Verwaltungsaufgaben ersetzen sollte, z.B. für Wohlfahrtseinrichtungen, Straßenbau, Wasserstraßen und ähnliches. Hierdurch würden wir auch eine Konzentrierung der Landesregierungen auf die Regierungsaufgaben und ihre Entlastung von Verwaltungsaufgaben erreichen.

Ich weiß nicht, ob ich bei der großen Inanspruchnahme in der Lage sein werde, Referat und etwaiges Material den Ausschußmitgliedern rechtzeitig zuzustellen. Es wäre aber sehr lieb, wenn auch Sie mir persönlich kurz Ihre Hauptauffassung mitteilen könnten.[5]

---

4 Bereits am 6. 2. 1946 hatte *Kopf* in Stuttgart seiner Besorgnis Ausdruck gegeben, „daß, nach Stimmen aus Kreisen der englischen Militärregierung zu urteilen, der Gedanke nicht aufgegeben sei, die Provinzen und Länder der britischen Zone in noch kleinere Gebiete zu unterteilen" (AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 11, S. 280); die Vermutungen über derartige britischen Planungen gehen wohl auf die „Directive on Administrative, Local and Regional Government" zurück, die im September 1945 von der CCG/BE erstellt wurde und tendenziell zu einem dezentralisierten Einheitsstaat englischen Musters (Grafschaftsverfassung) hinführte (vgl. W. RUDZIO: Export, 1969, S. 221); im April 1946 verfolgte man bei der CCG/BE dieses Konzept zumindest für die regionale Ebene aber nicht mehr, sondern orientierte sich mittlerweile eher an der Bildung starker Länder.

5 Das Schreiben *Steltzers* scheint *Lehr* veranlaßt zu haben, verschiedene seiner Mitarbeiter zu Stellungnahmen bzgl. Verwaltungsreform und Neugliederung aufzufordern; vgl. Nr. 85.

Ich weiß nicht, ob Sie Spezialkräfte zur Verfügung haben, die gerade den Abschnitt Länderabgrenzung schon intensiver vorbereiten könnten. Ich habe hier den Prof. *von Mangoldt*[6] um spezielle Unterlagen gebeten, mit dem ich prinzipiell weitgehend übereinstimme. Dieser konnte mir aber nicht mit Sicherheit versprechen, mit einer umfassenderen Darstellung rechtzeitig fertig zu werden.

Mit herzlichen Grüßen und Empfehlungen
Ihr sehr ergebener
gez. *Steltzer*

6 Hermann von Mangoldt, Staats- und Völkerrechtler, gest. 1953.

77·

13. 4. 1946: Stellungnahme des Kölner Oberbürgermeisters Pünder für Deutschlandminister Hynd anläßlich dessen Besuchs in Köln[1] (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 53–528. Abschrift.[2]

1. Die Kölner und die Rheinländer haben den dringenden Wunsch, bei Deutschland zu bleiben.[3] Sie billigen völlig das französische Verlangen, auf die Dauer gegen einen abermaligen kriegerischen Überfall geschützt zu werden. Diese Sicherung kann aber auf anderen Wegen gefunden werden als durch neue Grenzen. Die bedeutsamen Ausführungen des Vorsitzers des auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer, Salomon *Grumbach*, auf dem Sozialistenkongreß in Paris, weisen einen klaren Weg.[4] Die Abtrennung der wichtigsten westdeutschen Teile vom deutschen Volkskörper würde die ehrliche Arbeit der Vertreter eines neuen und wahrhaft demokratischen Deutschland unerträglich und unmöglich machen.

[...][5]

gez. Dr. *Pünder*
Oberbürgermeister

1 Die Stellungnahme wurde *Hynd* von *Pünder* persönlich übergeben; in seinen Memoiren verlegt *Pünder* sein „erstes" Treffen mit dem Deutschlandminister auf die Monatswende Mai/Juni 1946; vgl. H. PÜNDER, 1968, S. 299.

2 Abschriften gingen am 17. 4. an Kardinal *Frings*, *Lehr*, *Adenauer* und *Budde*; bereits während des Besuchs von *Hynd* hatte *Pünder* auch ein Exemplar an den Kölner Stadtkommandanten *White* und an Controller *Askwith* überreicht (vgl. BA Koblenz, NL Pünder 660).

3 Am 16. 4. teilte das Control Office *Pünder* schriftlich mit, die Vorschläge der Kölner und Rheinländer wohlwollend prüfen zu wollen (HStA Düsseldorf, NW 53–528).

4 *Grumbach* vertrat die gemäßigtere Linie Ministerpräsident *Gouins*; vgl. hierzu Nr. 73 mit Anm. 3.

5 Pkt. 2: Kohlenförderung; Pkt. 3: Baustoffindustrie; Pkt. 4: Deutscher Städtetag; Pkt. 5/6: Export und wirtschaftlicher Ausgleich; Pkt. 7: Rechtfertigung der Eingabe.

78.

15. 4. 1946: Der Sekretär des Landesverbands Nord-Rheinprovinz der FDP, Schumacher-Hellmold (Bonn), an die Leitung der Zentrumspartei Rheinland (Düsseldorf)[1]

HStA Düsseldorf, RWN 48–8. Ausfertigung. Hs. Vermerke.

In letzter Zeit sind Besorgnis erregende Stimmen aus der Welt zu uns gedrungen, die die Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebietes von Deutschland und Schaffung eines internationalen Staates fordern. Gegen diese die Einheit Deutschlands und das Schicksal unserer Heimat bedrohende Forderung haben sich in einer Kundgebung auf dem Marktplatz in Münster/Westfalen die fünf Großparteien in einer gemeinsamen Kundgebung gewandt und ihren Willen zur Einheit des Reiches einmütig bekundet.[2] Was in Westfalen geschah, ist in der Nordrheinprovinz um so dringender.

Wir treten daher an Sie mit der Anregung heran, in den Städten Essen, Düsseldorf und Köln durch Kundgebungen der fünf Großparteien den Willen für die Belassung des Rhein-Ruhrgebietes bei Deutschland einmütig zu bekunden.[3] Auf dieser Kundgebung soll je ein Redner unserer Parteien kurz sprechen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme hierzu übermitteln könnten.[4] Als Termin für die gleichzeitig in allen Städten stattfindenden Kundgebungen ist der Anfang Mai vorgesehen.

Freie Demokratische Partei
Landesverband Nordrheinprovinz
Der Landesverbandssekretär
Schumacher-Hellmold

1 Ein gleichlautendes Schreiben erhielt am selben Tag die Leitung des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz (HAStK, NL Görlinger 119); ebenso erhielten CDU und KPD ein entsprechenden Schreiben (vgl. Nr. 105).

2 Die Kundgebung fand am 31. 3. 1946 statt; vgl. Meldung der „Freiheit" vom 2. 4. 1946.

3 Zugleich mit der Aufforderung an die anderen Parteien hatte der FDP-Vorstand Nord-Rheinprovinz eine Resolution verabschiedet, in der man sich zwar bereit erklärte, Opfer für das Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarn in Kauf zu nehmen, jedoch die Loslösung von Teilen aus der Verbundenheit mit Deutschland als verhängnisvoll bezeichnete (Informationsschreiben Nr. 124 der FDP in der britischen Zone: HStA Düsseldorf, RWV 49-vorläufig 530).

4 Vgl. hierzu die Nrn. 92, 105; zustimmendes Antwortschreiben der Zentrumspartei vom 25. 4. 1946 (HStA Düsseldorf, RWN 48–8).

79.

15. 4. 1946: Stellungnahme von Landesrat Naunin[1]

Archiv des LWL, II K 265.

Gedankenskizze zur Abgrenzung des westfälischen Raums nach Osten und Norden aufgrund der natürlichen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge.

1. Geographisch

Westfalen gehört nach Höhenlage und Oberflächengestaltung zu zwei großen orographischen Regionen, dem niederdeutschen Tiefland und der deutschen Mittelgebirgsschwelle. Beide gliedern sich in Westfalen in zwei Unterregionen, zwei Bergländer: das Sauerland und das Wesergebirge mit dem Wiehengebirge; zwei Tiefländer: die westfälische (münsterländische) Bucht und das westfälische Tiefland. Alle vier Regionen sind durch Überschneidungen und Übergänge innig verzahnt, ihre Lage zueinander und die daraus resultierenden Beziehungen berechtigen dazu, Westfalen in diesem Umfange als eine landeskundliche Einheit anzusehen.

Im Osten bilden die Weser oder genauer die 450 bis 500 Meter hohen Berge des Sollings und des Süntel auf dem Ostufer der Weser eine klare Grenze. Lippe-Detmold gehört daher zu dieser landschaftlichen Einheit, während Schaumburg-Lippe bereits außerhalb liegt.

Für die Abgrenzung nach Norden ist der Charakter des westfälischen Tieflands entscheidend. Die Grenze liegt nördlich der Wiehenkette, sie geht bis zur Linie Meppen, Löningen, Vechta, Sulingen, Liebenau. Von Süden her bis zu dieser Linie setzt sich die Landschaft im Charakter der münsterländischen Bucht fort und bietet einen außerordentlich raschen Übergang der Geländeformen mit breiten Becken und Niederungen im Wechsel mit Geesthöhen und den Ausläufern des Berglands. Nördlich von dieser Linie dagegen beginnt die davon klar abgesetzte fast tischebene Geestlandschaft, die dann unterhalb der Küste in die Marschlandschaft übergeht.

2. Geschichtlich

Stammesmäßig sitzen die Westfalen – wie Sprache, Häuserbau, Trachten, Volkstum und Sitten usw. ausweisen – bis zur Weser und bis Südoldenburg hinein. In Nordwesten grenzen sie an die Friesen etwa bei Papenburg. Die stammesmäßigen Zusammenhänge werden auch außerhalb des jetzigen Provinzgebietes noch stark empfunden. Im vorigen Jahrhundert sprach Hannover in seinen amtlichen Erlassen noch regelmäßig von seinen neuen „westfälischen Landesteilen", wenn es Osnabrück und Bentheim meinte.

Das Gebiet der Westfalen war bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts im wesentlichen auf die großen Bistümer Münster, Osnabrück, Paderborn und Köln aufgeteilt, von denen das Niederstift Münster bis Papenburg reichte und den wesentlichen Teil des südlichen Oldenburgs mit umfaßte. Schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts faßt Preußen hier Fuß, indem es außer der Grafschaft Mark (1614) im Südwesten der Provinz noch die Grafschaft Ravensburg (1614) und das Fürstbistum Minden (1648) erwarb, sowie zu Beginn des 18. Jahrhunderts Lingen (1702) und Tecklenburg (1707).

1 Laut K. ZUHORN, 1955, S. 107, fertigte *Naunin* diese Ausarbeitung auf Wunsch des Generalreferenten für Finanzen, *Höpker-Aschoff*, an.

Das ganze westfälische Gebiet unter Einschluß ganz Oldenburgs und Ostfrieslands wurde 1512 zum Westfälischen Reichskreis zusammengefaßt, der bis zum Ende des Deutschen Reichs 1806 eine gewisse politische Bedeutung behalten hat. An ihn grenzte im Osten der Niedersächsische Reichskreis und im Süden und Südosten der Oberrheinische Kreis.

Das Fürstbistum Osnabrück erlebte im Westfälischen Frieden eine eigenartige Sonderbehandlung. Es sollte abwechselnd von einem katholischen und einem evangelischen Bischof regiert werden, wobei der letztere jeweils aus dem Hause Braunschweig (Welfen) stammen sollte. Engere verwaltungsmäßige Beziehungen zu Hannover wurden jedoch nicht hergestellt.

Als die geistlichen Fürstentümer im Reichsdeputationshauptschluß 1803 säkularisiert wurden, regierte in Osnabrück gerade ein Angehöriger des Hauses Braunschweig-Lüneburg. Dieser Umstand hat dazu geführt, daß Osnabrück damals statt an Preußen an Hannover zugeteilt wurde. Die Welfen hatten zwar 1802/3 versucht, das Fürstbistum Osnabrück gegen das Bistum Hildesheim von Preußen einzutauschen; dies war aber am preußischen Widerspruch gescheitert. Im Wiener-Kongreß 1815 verblieb es dann bei dieser Zuteilung.

Die Grafschaft Bentheim war 1753 durch ihren überschuldeten Landesherren an das Königreich Hannover verpfändet worden, zunächst auf 30 Jahre, 1783 auf weitere 30 Jahre, als das Pfand nicht eingelöst werden konnte. Im Zuge der Mediatisierung der kleineren Landesherren verblieb es 1815 bei Hannover.

Lingen wurde von 1707 bis 1815 zusammen mit Osnabrück verwaltet. Es bestand zunächst eine eigene preußische Kriegs- und Domänenkammer in Lingen, seit 1723 war das Gebiet der Kammer in Minden und seit 1803 der Kammer in Münster zugeteilt. 1815 ging Lingen an Hannover über.

3. Wirtschaftlich[2]

Der Regierungsbezirk Osnabrück ist mit Hannover nur durch einen Isthmus von 4 1/2 km Breite südlich des Dümmer-Sees verbunden. Die großen Verkehrslinien dieses Gebiets gehen nach Westfalen. Auf der Emslinie laufen die aus der westfälischen Bucht kommenden Schienenstränge, der Wasserweg des Dortmund-Ems-Kanals und die großen Durchgangsstraßen zur Nordseeküste. Die Ostwestverbindungen sind weniger ausgeprägt. Die Eisenbahnlinie Holland-Osnabrück-Hannover berührt auf beiden Seiten westfälische Gebiete, der Weser-Ems-Kanal dient dem überprovinziellen Verkehr des Ruhrgebietes mit Hannover und dem Osten. Die Landstraßen finden ihre Anschlüsse durchweg im westfälischen Gebiet.

Bentheim ist die natürliche Fortsetzung des münsterschen Textilbezirks, in ihm überwiegt die Textilindustrie über die übrigen Industrien und die Landwirtschaft mit den gleichen Prozentsätzen wie in den benachbarten Kreisen Burgsteinfurt und Ahaus.

Die Schwerindustrie Osnabrücks gehört konzernmäßig zum Ruhrgebiet. Der Regierungsbezirk Osnabrück gehört zur Elektrizitätsversorgung des RWE mit seinem Stützpunkt in Ibbenbüren und zu den VEW, die Lingen beliefern. Das Land Lippe setzt den gemischten industriellen Aufbau Minden-Ravensbergs fort, wenn auch – wie es sich aus

2 Vgl. die Begründung *Naunins* zum Rahmenplan *Zuhorns* (Nr. 112b).

der jahrhundertelangen Beengung in einem Kleinstaat ergeben hat – noch etwas eingeschränkt. Sein industrieller Prozentsatz liegt wie der im nördlich angrenzenden Minden zwischen 50 und 60% und erreicht damit fast den Satz der westlich benachbarten Kreise Bielefeld und Herford, der 60% überschreitet.

Der Güterversand Lippes geht mit 52% nach Westfalen und der Rheinprovinz und nur mit 11% nach Hannover. Er deckt sich mit den Prozentsätzen der Güterversandzahlen des benachbarten Minden-Ravensberger Gebietes.

Die Wirtschaft der mehr landwirtschaftlichen Kreise des westfälischen Nordlands ist auf die Belieferung Westfalens und besonders des Ruhrgebietes gerichtet. Dorthin ging nach den Erhebungen der Jahre 1930 folgende die Ablieferung der Milch und des Schlachtviehs. So gingen z.B. damals täglich Milchzüge ins Ruhrgebiet aus den Kreisen Bentheim, Lingen, Meppen, Aschendorf, Bersenbrück, Osnabrück, Iburg, und ebenfalls aus den oldenburgischen Kreisen Cloppenburg und Vechta. Auch der Regierungsbezirk Aurich versandte mehr als die Hälfte seiner Rinder, Kälber und Schweine und seiner Milch nach Westfalen, während der Prozentsatz des Versands nach Hannover bei etwa 10% lag. Ähnliches galt für die südlichen Kreise Oldenburgs.

Von 294 im Jahre 1930 untersuchten rheinisch-westfälischen Wirtschaftsverbänden erstreckten sich 28 auch auf Osnabrück, 7 auf Bentheim, 81 auf Lippe.

4. Bevölkerungspolitisch

Für das überfüllte Westfalen (1939: 257,7 Einwohner je qkm) ist das dünnbesiedelte Emsland das natürliche Kolonisationsgebiet, dessen Meliorierung von Westfalen aus viel mehr aus eigenem Interesse erfolgen würde als von Hannover aus, das 1939 mit 90 Einwohnern je qkm unter dem Reichsdurchschnitt stand. Ein Aufschluß des Emslandes ist auch erforderlich, damit nicht das benachbarte Holland dieses Gebiet beansprucht mit der Begründung, es werde von Deutschland ohnehin vernachlässigt und minderbewertet.

5. Bisherige Versuche zur Änderung der provinzmäßigen Gliederung

Schon Oberpräsident *von Vincke* hatte 1814 versucht, den Wiener Kongreß zu bewegen, das Fürstbistum Osnabrück und die Grafschaft Bentheim nach Westfalen zuzuteilen, und sich hierbei auf den Willen der Bevölkerung berufen.

In den Jahren 1866/69 hat sich dann Bismarck wiederholt mit der Frage befaßt, angeregt durch Petitionen der Ostfriesen die sich von Hannover vernachlässigt fühlten. Er bezeichnete damals den Anschluß des Regierungsbezirkes Osnabrück an Westfalen als die ideale Lösung, zu deren Durchführung es aber einmal an der Zeit und den Fachkräften gefehlt habe, dann aber auch die Stimmung Hannovers entgegengestanden habe.

Im Laufe des Jahrhunderts hat sich in diesen ursprünglichen westfälischen Gebieten eine Gewöhnung an die neuen Verwaltungszuständigkeiten ergeben, so daß z.Zt. Behörden und Bevölkerung dieser Gebiete trotz ihrer westfälischen Grundhaltung eine Änderung der Grenzen von sich aus nicht betreiben. Dagegen haben die südoldenburgischen Kreise den Wunsch geäußert, wenn Oldenburg als Land entfalle, nicht zu Hannover, sondern zu Westfalen geschlagen zu werden.[3]

3 Siehe Nr. 35.

Die Verhandlungen über einen Anschluß Lippes laufen seit langen Jahrzehnten. Sie sind erst durch den Wunsch des national-sozialistischen Gauleiters der zugleich „Landesherr" und damit reichsunmittelbar sein wollte, wieder abgestoppt worden.

Die Provinz Hannover kann für die Abgabe des Regierungsbezirkes im Westen durch die Zuteilung des Landes Braunschweig im Osten entschädigt werden und dadurch ihr Schwergewicht mehr natürlich auf den mitteldeutschen Raum verlagern.

80.

16. 4. 1946: Aufzeichnung einer Information des Mitglieds der Militärregierung Hannover, Oberst Patterson (Hannover)[1]

Archiv des LWL, II K 265. Abschrift.[2]

I. Staat Hamburg: Stadt Hamburg-Harburg und Cuxhaven

II. Land Schleswig-Holstein: das bisherige Gebiet

III. Land Rheinland: Regierungsbezirk Arnsberg, Teile von Nordwestfalen bis nach Hamm, Nordrheinprovinz (Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln)

IV. Land Niedersachsen, bestehend aus: Provinz Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Ostwestfalen, unterteilt in drei Provinzen:
1. Hannover-Lüneburg und die beiden Lippe, Braunschweig, Hildesheim,
2. Bremen (Küstenprovinz), Bremen, Regierungsbezirk Stade ohne Cuxhaven, Nordteil von Oldenburg, Regierungsbezirk Aurich, Kreis Aschendorf,
3. Provinz Osnabrück, Südoldenburg (Münsterland), Regierungsbezirk Osnabrück, Teile der Regierungsbezirke Minden mit Bielefeld und Münster (bis an Hamm heran?), die Kreise Steinfurt und Tecklenburg.[3]

1 Auf welchem Weg diese Information nach Westfalen gelangte, läßt sich nicht klären; vgl. auch Nr. 150, Anm. 3.

2 Weitere Abschriften: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; WWA, K 5 Nr. 491.

3 Die hier vorgesehene territoriale Einteilung der britischen Zone, insbesondere hinsichtlich des Landes Niedersachsen, deckt sich weitgehend mit den Vorschlägen Oberpräsident *Kopfs* vom 1. 4. 1946 (Druck der Denkschrift *Kopfs*: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 40); somit könnte es sich bei dieser Information um die inoffizielle Stellungnahme eines Offiziers der Militärregierung Hannover handeln, der von *Kopfs* Plänen beeinflußt war.

81.

17. 4. 1946: Oberpräsident Lehr an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Wilden (Düsseldorf)

Archiv der IHK zu Düsseldorf, 402–00.[1] Ausfertigung. „Streng vertraulich!"

Sehr geehrter Herr Dr. *Wilden*!

Einem Vorschlag der Kontrollkommission für Deutschland (British Element) entsprechend soll den früheren preußischen Provinzen in der Britischen Zone die Bezeichnung „Länder" gegeben werden.[2]

Die Militärregierung wünscht daher eine neue Bezeichnung für das Gebiet der drei Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen, welches bisher Nord-Rheinprovinz hieß.[3]

Eine Anregung ging dahin, dieses Gebiet „Land Nordrhein" zu nennen. Diese Bezeichnung wird aber als nicht ganz befriedigend angesehen.

Die Militärregierung hat mich daher ersucht, ihr von uns aus möglichst umgehend einen neuen Land-Namen für die bisherige Nord-Rheinprovinz vorzuschlagen. In dieser Angelegenheit wäre mir Ihr Rat sehr wichtig und so würde ich es dankbar begrüßen, wenn Sie mir unter Benutzung des beiliegenden Freiumschlags oder durch besonderen Boten (dadurch entstehende Nebenkosten werden von hier zurückerstattet) einen Vorschlag so beschleunigt zugehen lassen könnten, daß er mit Sicherheit bis spätestens Donnerstag, den 25. April, mittags, in meinen Händen ist.[4]

Am Freitag, dem 26. vormittags, wird auch der Hauptausschuß des Provinzialrats mit dieser Frage befaßt werden.[5] Auf ausdrückliche Weisung der Militärregierung wird dieser Punkt aber nicht in der heute zur Versendung gelangenden Tagesordnung erwähnt.

---

1 Ein Entwurf im HStA Düsseldorf, NW 22–1273, mit beiliegender Empfängerliste: *Wilden*, *Adenauer*, *Görlinger*, *Gnoß*, *Paul*, *Hamacher*, *Middelhauve*, *Böckler*, Regierungspräsident *Lude*, Regierungspräsident *Busch*, Regierungspräsident *Necker*, Prof. *Kroll*, Prof. *Konen*, Prof. *Röntgen*, Kardinal *Frings*, Generalsuperintendent *Stoltenhoff* (Düsseldorf), Generaldirektor *Kost* (Homberg), Generaldirektor *Roelen* (Duisburg), Direktor *Dinkelbach* (Düsseldorf), Handwerkskammerpräsident *Köbler* (Düsseldorf); Ausfertigung für *Adenauer*: StBKAH, 08.21.

2 Bereits am 25. 3. 1946 hatte der britische Verbindungsstab dem Zonenbeirat mitgeteilt, daß zu den Vorschlägen, die im Rechts- und Verfassungsausschuß künftig zu erörtern seien, auch ein Gesetzentwurf zur Abschaffung des Landes Preußen gehören werde; dies werde gegenwärtig von der CCG/BE diskutiert; Einzelheiten würden dem Ausschuß in Kürze zur Verfügung stehen (Bundestag ParlA, 1–151). Tatsächlich findet sich im Material des Zonenbeirats der Entwurf einer britischen Verordnung, der die Umwandlung der in der britischen Zone gelegenen preußischen Provinzen (oder ihrer Teile) in Länder mit Ministerpräsidenten an der Spitze vorsieht; laut Entwurf sollte die Verordnung zum 8. 5. 1946 in Kraft treten (Bundestag ParlA, 1–148). Im Rechts- und Verfassungsausschuß wurde diese Verordnung aber nicht besprochen.

3 Das Schreiben der Militärregierung Nord-Rheinprovinz datiert vom 16. 4. 1946 (HStA Düsseldorf, NW 53–360/I).

4 Zu den eingegangenen Namensvorschlägen siehe Nr. 91.

5 Nr. 91.

Auch Sie bitte ich dringend, die Angelegenheit vorerst als s t r e n g v e r t r a u l i c h zu behandeln. Ich darf Ihnen anheimstellen, von sich aus weitere geeignete Persönlichkeiten zu befragen, aber auch nur mit der Bindung an unbedingte Vertraulichkeit, solange gemäß Anordnung der Militärregierung die Öffentlichkeit noch nicht darüber in Kenntnis gesetzt werden soll.

Für Ihre Mühewaltung und Unterstützung spreche ich Ihnen im voraus meinen besten Dank aus.

Dr. *Lehr*

82.

18. 4. 1946: Oberpräsident Amelunxen an die Militärregierung Westfalen

HStA Düsseldorf, NW 57–7. Entwurf. Hs. Korrekturen. Vermerk: „Eilt sehr". Anweisungen zum Geschäftsgang. Paraphe von Oers.

Betr.: Eingliederung von Schaumburg-Lippe in die Provinz Hannover

1. Am Nachmittag des 17. April 1946 erreichte mich eine Einladung des Oberpräsidenten Hannover zu einer Besprechung auf Mittwoch, den 17. April 1946, 9.30 Uhr in das Gebäude der Landesregierung Schaumburg-Lippe in Bückeburg. Als Gegenstand der Besprechung war angegeben: Eingliederung des Landes Schaumburg-Lippe in Hanover Region.

2. Der Einladung ist ein Schreiben der Militärregierung Hannover 504/3414/LG beigefügt. Es enthält die Aufforderung an den Oberpräsidenten von Hannover, diese Sitzung einzuberufen und Vorschläge für die notwendigen Abänderungen zu machen, die durch die Eingliederung von Schaumburg-Lippe nach Hannover notwendig werden. In dem Schreiben der Militärregierung Hannover ist ferner erklärt, daß diese Eingliederung am 1. Mai 1946 in Kraft treten solle.

3. Die Einladung erreichte mich zu spät. Ich konnte ihr daher nicht Folge leisten. Außerdem lag mir keine Weisung oder Nachricht der Militärregierung Westfalen vor. Diese wäre jedoch erforderlich gewesen, da der hiesigen Militärregierung ohne deren Zustimmung Schaumburg-Lippe nicht weggenommen werden kann.[1]

4. Gegen territoriale Neugliederungen in der britischen Besatzungszone bestehen grundsätzlich keine Bedenken, wenn damit die Schaffung leistungsfähiger, in sich ausgeglichener Gebiete verbunden ist. Eine solche Neuaufteilung wäre dann sogar zu begrüßen. Im Rahmen dieser Neuordnung mag Schaumburg-Lippe zu Hannover kommen, obwohl damit für die Provinz Westfalen ein erhebliches landwirtschaftliches Überschußgebiet

1 Die Eingliederung von Schaumburg-Lippe nach Hannover wurde schließlich zum 15. 5. 1946 wirksam; vgl. Nr. 109 und die entsprechenden Vorgänge im HStA Düsseldorf, NW 57-7.

verloren geht. Die Fragen der Neuaufteilung können jedoch nur als ein einheitliches Ganzes angesehen werden. Die Vorwegnahme eines Teiles dieses wichtigen Problems wäre unerwünscht, denn es würde den Drang zu der notwendigen Reform herabmindern.[2]

5. Der Verwaltungs- und Rechtsausschuß des Zonenbeirats (ZAC) in Hamburg wird sich in seiner 1. Sitzung Anfang Mai 1946 auf Anregung des britischen Hauptquartiers mit diesen Fragen befassen.[3] Ich bitte daher, auch die Eingliederung von Schaumburg-Lippe nach Hannover zurückzustellen, bis die Stellungnahme des ZAC vorliegt.

Am[elunxen]

2 Am 3. 5. 1946 betonte Controller *Emck* in einer Besprechung mit dem stellvertretenden Oberpräsidenten *von Oer*, „daß der Fall Schaumburg-Lippe ein einzig dastehender Ausnahmefall sei und bleiben solle und daß kein Präjudiz für andere Fälle daraus hergeleitet werden könne. Das gesamte Problem der binnendeutschen Grenzziehung in der britischen Zone werde auch von der Militärregierung als eine Einheit betrachtet und zu gegebener Zeit einheitlich gelöst werden" (HStA Düsseldorf, NW 57–7).

3 Siehe Nr. 97.

83.

18. 4. 1946: Rundschreiben des Generalreferenten Verkehr und Leiters der Provinzial-Pressestelle, Stricker

StA Münster, Oberpräsidium 7127. Ausfertigung. Verteiler.[1] Zahlreiche Paraphen.

Zu einer Information über die Frage der Neuaufgliederung der Länder und Provinzen in der britischen Zone, die in ein akutes Stadium tritt,[2] lade ich Sie im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten zu einer Sitzung für Freitag, 26. 4. 1946, 17 Uhr im Sitzungssaal des Oberpräsidiums ein. Ich bitte Sie, auch Ihre Vertreter sowie die höheren Beamten Ihres Generalreferats, soweit sie für diese Frage Interesse haben und für ihre Lösung von Bedeutung sind, zu der Besprechung mitzubringen. Oberbürgermeister Dr. *Zuhorn*, Münster, der als besonders Fachkundiger auf diesem Gebiet bekannt ist, hat den Vortrag übernommen.[3]

I.A. *Stricker*
Provinzial-Pressechef

1 Laut Verteiler ging das Schreiben an Oberpräsident *Amelunxen*, Regierungspräsident *von Oer*, Landeshauptmann *Salzmann*, die Generalreferenten I-IX sowie weitere Beamte der Provinzialregierung und verschiedene Personen in der Stadt Münster.

2 Die Informationsveranstaltung der Provinzialregierung dürfte in erster Linie eine Reaktion auf das Bekanntwerden der Aufzeichnung von Oberst *Patterson* (Nr.80) sein.

3 Über den Vortrag liegen keine weiteren Informationen vor.

84.

20. 4. 1946: Der Abteilungsleiter Finanzen, Erster Landesrat Kitz, an Landesrat Naunin

Archiv des LWL, NL Salzmann 12. Ausfertigung. Paraphe und hs. Vermerk Naunins: „Herrn Landeshauptmann, Herrn Landesrat Dr. Westermann".

Sehr geehrter Herr Dr. *Naunin*!

Ich danke Ihnen sehr für die Übersendung der Vorlage der Verwaltung des Provinzialverbandes der Provinz Westfalen zur Organisation der Verwaltung in der Provinzinstanz.[1] Sie können sich denken, wie sehr mich diese Vorlage interessiert hat und wie eingehend ich sie studiert habe. Alles, was in dieser Vorlage steht, ist ja in den beiden letzten Jahrzehnten so oft von uns Männern der provinziellen Selbstverwaltung durchdacht worden, so daß diese Gedankengänge mir ja nach allen Richtungen hin durchaus vertraut sind. Andererseits haben sich die Verhältnisse verschoben und die Entwicklung regionaler Länderbezirke ist m.E. nicht aufzuhalten.[2] Hier sagen Sie nun selbst auf Seite 11 der Vorlage: „Soll eine einheitliche Behörde in der Provinz geschaffen werden, so wäre der richtige Weg, die provinzielle Selbstverwaltung zu einer Art Landesregierung auszubauen. Ihr könnten dazu Aufgaben der bisherigen Staatsverwaltung, die zu ihr passen, als Auftragsangelegenheiten übertragen und sie auf diese Weise etwa der englischen county angeglichen werden."[3]

Vielleicht sind wir hier im Rheinland am ehesten auf diesem Wege, wobei noch nicht abzusehen ist, ob sich nicht die Militärregierung die Sache so denkt, daß sich erst über den zeitigen regionalen Verwaltungen die eigentlichen Länder wölben werden. Angesichts dieser Entwicklung darf man sich nicht an Namen stoßen. Wir haben hier schon einen sehr häufig zusammentretenden Provinzialrat (sprich: Provinziallandtag) und zahlreiche Ausschüsse des Provinzialrates.[4] Im Finanzausschuß des Provinzialrats wird am 24. April und 2. Mai von mir ganz ausgiebig der Etat der Nord-Rheinprovinz vertreten werden. Aufgaben, die bisher von uns namens der Zentralstellen wahrgenommen wurden (Steuerverwaltung, Versicherungsfragen, Bankfragen, Reichshaushaltsfragen), gehen immer mehr an zonale Leitstellen über.[5] Damit tritt die Regionalverwaltung immer stärker wieder in die Erscheinung. So sehe ich die Dinge!

Völlig unterschreiben kann ich das, was Sie auf den Seiten 10 und 11 über die Gefährlichkeit und Unzweckmäßigkeit von überörtlichen Selbstverwaltungen im kleinen Raume sagen. Die bayerischen Bezirksverbände (die früheren bayerischen Kreise) und die Bezirksverbände der Provinz Hessen-Nassau sind keineswegs ohne weiteres ein Beispiel zur Nacheiferung.

---

1 Siehe Nr. 70.

2 Vgl. dazu die Stellungnahme von *Kitz* vom 21. 4. 1946 (Nr. 85).

3 Hier Nr. 70, S. 240.

4 Neben dem in der Edition häufiger genannten Hauptausschuß des nordrheinischen Provinzialrats existierten noch Finanzausschuß, Gesundheits- und Wohlfahrtsausschuß, Kulturausschuß, Wirtschafts- und Ernährungsausschuß sowie Verfassungsausschuß.

5 Vgl. I. GIRNDT, 1971, bes. S. 92–121.

Recht interessiert, aber nicht recht überzeugt, hat mich in Ihrer Denkschrift, was Sie auf Seite 5 über die Württembergische Verwaltung ausgeführt haben. Sagen Sie doch bitte Herrn *Westermann*, den ich ja am 25. April in Steinhude sehen werde,[6] daß ich mich gerade über diesen Punkt noch eingehender mit ihm austauschen möchte. Im übrigen bin ich sehr gespannt, wie die Entwicklung läuft. Grüßen Sie bitte Herrn Landeshauptmann *Salzmann* und Herrn *Westermann* recht herzlich von mir.

Mit besten Grüßen
bin ich Ihr

Dr. *Kitz*

N.S.: Bei uns ist die Eingliederung der provinziellen Selbstverwaltung in die Provinzialregierung weder weiter fortgeschritten noch rückgängig gemacht.[7] Daß die Verbindung zur regionalen Straßenverwaltung nicht reißen darf, darüber sind wir unbedingt einer Meinung.

6 Zu diesem Treffen konnte nichts ermittelt werden.

7 Zur Lage der Provinzialverwaltung in der Nord-Rheinprovinz vgl. Nr. 1, Anm. 2.

85.

21. 4. 1946: Stellungnahme des Abteilungleiters Finanzen, Ersten Landesrats Kitz, für Oberpräsident Lehr

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218. Durchschlag. Unterstreichungen. „Vertraulich".

Unter Bezugnahme auf die diesbezügliche Besprechung unter Ihrem Vorsitz lege ich nochmals auftragsgemäß meine Auffassung auch schriftlich nieder.[1] Ich bin der Meinung, man solle Herrn Oberpräsidenten *Steltzer*[2] folgendes als unseren Standpunkt mitteilen:

1. Nochmaliges Bekenntnis zur baldigen Wiederherstellung der Reichseinheit.

1 Neben dem Exposé von *Kitz* liegen noch zwei weitere Stellungnahmen aus dieser Phase vor: In seinen „Leitgedanken über die territoriale Neugliederung und den Neuaufbau der Verwaltung in der britischen Zone" vom 23. 4. 1946 betont Ministerialrat *Janich*, Gruppenleiter in der Abteilung Allgemeine Verwaltung, daß höchstens fünf Länder als Gliedstaaten in der britischen Zone einzurichten seien, unter denen die Hansestadt Hamburg aufgrund ihrer besonderen Stellung einen eigenen Staat bilden müsse (Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218); in einem kurzen – vermutlich von *Wandersleb* stammenden – Papier vom 24. 4. 1946 wird herausgestellt, man solle sich im allgemeinen an die bestehenden Provinzgrenzen halten und nur „kleine Grenzberichtigungen" nach dem Gesichtspunkt des geringsten Widerstandes vornehmen (Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218).

2 Vgl. Nr. 76.

2. Bekenntnis zur Einteilung des Reiches in „Länder mit weitgehender Selbstverwaltung" oder in „Länder mit starker Eigenverwaltung". Ich würde dringend empfehlen, eine solche Formulierung zu wählen und nicht von einem Bekenntnis zum Bundesstaat mit souveränen Einzelstaaten oder von einer Negierung der Kompetenz-Kompetenz des Reiches zu sprechen. Auch die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern kann im Augenblick noch offen bleiben, zumal ja vorerst noch die Rechte des Reiches zonal wahrgenommen werden und auch nach Einrichtung wirklich zentraler Reichsstellen es ja noch verschiedene Besatzungszonen geben wird. M.E. braucht der alte Kampf Unitarismus-Föderalismus im Augenblick gar nicht irgendwie zur Erörterung gestellt zu werden, und man kommt an jeder Erörterung vorbei, wenn man eine der beiden obigen Formulierungen wählt. Diesen Weg wollte schon Hugo *Preuß*, der Vater der Weimarer Reichsverfassung gehen. Es kann auch noch offen bleiben, ob in der Zuständigkeitsfrage das Verhältnis des Reiches zu seinen Ländern überall das gleiche sein muß. Bekanntlich hat sich seiner Zeit die Länderkonferenz und der Lutherbund für die „Differenzierende Gesamtlösung" ausgesprochen.[3] Sie konnte dabei darauf verweisen, daß selbst Preußen konstruktionell die regionale Selbstverwaltung in den einzelnen Provinzen nicht über einen Leisten geschlagen hat. (Z. B. Rheinprovinz: Landeshauptmann, Hannover: Landesdirektorium, Sachsen: Landesdirektion, Brandenburg: Landesdirektor. Ferner in Schlesien Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft weitgehend in Händen der provinziellen Selbstverwaltung. Dagegen im Rheinland Elektrizitätswirtschaft gemischtwirtschaftlich aufgezogen und die technische Landeskulturarbeit staatlich.) All diese Dinge müssen als Einzelheiten im Augenblick zurückgestellt werden, weil nur die große Linie festzulegen ist. Sie dürfen aber auch nicht in irgendeiner Weise positiv oder negativ präjudiziert werden.

3. Was die Ländereinteilung der britischen Zone angeht, so nehme ich zu den drei meist erörterten Projekten wie folgt Stellung: Die englischen Grafschaften haben im Durchschnitt etwa 400 000 Einwohner. Auf die Verhältnisse der britischen Zone übertragen, würde das rund 50 Grafschaften bedeuten.[4] Demgegenüber sind z.Zt. 6 Länder einschließlich Bremen und den beiden Lippe vorhanden und 4 Provinzen mit zusammen 13 Regierungsbezirken (Düsseldorf, Köln, Aachen, Münster, Minden, Arnsberg, Hannover, Osnabrück, Aurich, Stade, Lüneburg, Hildesheim und Kiel). Sowohl vom staatspolitischen, wie auch vom Verwaltungsstandpunkt aus ist die Einstellung in derartige, den englischen Counties vergleichbare, kleine Bezirke, gleichgültig ob 20 oder 50, abzulehnen. In England sind die Counties historisch gewachsen, bei uns ist die Entwicklung einen ganz anderen Weg gegangen und mit den Regierungsbezirken verbindet sich kein Heimatgefühl. Staatspolitisch würden wir in die Zeiten nach dem 30jährigen Krieg zurückfallen. Eine regionale Selbstverwaltung im bezirklichen Rahmen ist zwar auch in Deutschland nichts Neues. So gab es in Bayern entsprechend den Regierungsbezirken ihnen angegliedert derartige Selbstverwaltungsbezirke (zuerst 7, später 5), die sogenannten „Bayerischen Kreise", später Bezirksverbände genannt. Es waren kleine Provinzen. Ferner gab es in der Provinz Hessen-Nassau die beiden Bezirksverbände Wiesbaden und Kassel. Die regionale Selbstverwaltung hat sich aber in diesem engen Rahmen

3 Zu Hugo *Preuß* und den Reichsreformplänen der Weimarer Zeit: H.G. STEINBERG: Reichsreform, 1971, S. 101–126; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 769–778.

4 Vgl. zu diesem Plan: Nr. 76, Anm. 4.

nicht ausreichend entfalten können und war nur tragbar in Verbindung damit, daß über den bayrischen Bezirksverbänden noch das Land Bayern stand und über den Bezirksverbänden Wiesbaden und Kassel die Provinz Hessen-Nassau. Eine regionale Selbstverwaltung muß nach allen Erfahrungen zur richtigen Entfaltung ein viel weiteres – allerdings auch kein zu weites – Gebiet haben, damit
a) sie bei ihren Anstalten und Einrichtungen die verschiedenen Anstaltstypen (z.B. bei der Fürsorgeerziehung Typen für männliche und weibliche Jugend, für Schulpflichtige und Schulentlassene, für stark und weniger Verwahrloste, für Geschlechtskranke, Psychopaten usw.) entfalten kann,
b) auf dem Gebiet des Bank- und Versicherungswesens und bei den anderen selbständigen Instituten Einrichtungen schaffen kann, deren Generalunkosten sich lohnen,
c) auf dem Verkehrs- und Versorgungsgebiet wirklich großzügig gearbeitet werden kann,
d) auch eine Kultur- und Heimatpflege das richtige Fundament hat. Die Entwicklung in Richtung auf „besondere" Zweckverbände ist vom Standpunkt einer rationellen und einheitlichen Verwaltung höchst bedenklich und daher ebenfalls abzulehnen. Die regionale Selbstverwaltung muß der geborene Zweckverband sein, neben dem nur in Ausnahmefällen besondere Zweckverbände sich rechtfertigen lassen.

II. Möglichkeit: Die Einteilung der britischen Zone in drei große Gebiete: Küstenland, Rheinland-Westfalen, Niedersachsen, hat auf den ersten Blick etwas sehr bestechendes. Verwaltungsmäßig könnte man sie sich durchaus denken. Die staatlichen Lenkungsaufgaben würden von den drei großen Ländern im Rahmen der Reichsrichtlinien vorgenommen und darunter bleiben die bisherigen Länder und Provinzen als Selbstverwaltungskörperschaften bestehen. Das wäre schon ein organisches Wachstum. Die Gefahren liegen mehr auf staatspolitischem Gebiete (Rhein-Ruhrstaat, Entwicklung auf die Kurfürstentümer des Mittelalters unseligen Angedenkens). Außerdem besteht für das zusammengefaßte Rhein-Ruhrgebiet, wenn nicht absolut sicher gestellt ist, daß auch die landwirtschaftlichen Teile Westfalens dazukommen, die Gefahr wirtschaftlicher Einseitigkeit. Zu diesem Punkt habe ich bei anderer Gelegenheit (in „Beiträge zu Wirtschaft und Verwaltung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet") einmal früher folgendes geschrieben, was auch heute noch gilt: „Gerade wirtschaftliche Einseitigkeit ist eine irrige Struktur eines Verwaltungsgebietes. Ein wirtschaftlich einseitiges Verwaltungsgebiet ist nicht in sich ausbalanciert und nicht krisenfest. Alle Nöte potenzieren sich durch ihre Gleichartigkeit sozusagen. Vom Standpunkt des Reichsganzen ist in einer Provinz gebündelter Reichtum ebenso bedenklich wie gebündelte Armut. Ein regionales Verwaltungsgebiet hat dann eine richtige Struktur, wenn es die Fähigkeit zum Lasten- und Nöteausgleich in sich einschließt. Es dürfen nicht in einer Provinz nur Unternehmer und Arbeiter, vielleicht auch noch nur solche der Schwerindustrie, beheimatet sein und in der anderen nur Bauern, vielleicht auch nur in einseitiger Schichtung. Das Ideal ist vielmehr eine Provinz wie die Rheinprovinz, wo hochindustrielle Städte und Landkreise wiederum verschiedener Industrieart neben großen Handels- und Schiffszentren (Köln, Duisburg), neben Brennpunkten des Fremdenverkehrs (Tal des Rheins und seiner Nebenflüsse) neben reichen landwirtschaftlichen Bezirken (Niederrhein) und neben ärmeren landwirtschaftlichen Bezirken (Eifel, Hunsrück, Westerwald) stehen. Im Rahmen der gleichen Provinz, wo die Hochöfen nachts das Land erleuchten, wo Schornstein neben Schornstein raucht, wo Schleppkahn auf Schleppkahn die Lasten stromauf und stromab befördert, sind Akkerbau, Viehzucht und Weinbau zu Hause. Das schafft Ausgleichsmöglichkeiten. Das schafft auch die Möglichkeit der Grenzfürsorge. Niemals hätten Eifel und Hunsrück bei

ihrer Armut ohne die provinzielle Verbindung mit dem Ruhrbezirk ihre Aufwärtsentwicklung genommen."

III. Möglichkeit: Es bleibt bei der bisherigen Einteilung unter Flurbereinigung. Dieser Weg scheint mir im Augenblick noch der beste zu sein.

4. Daß m.E. eine Selbstverwaltung im Regierungsbezirksrahmen abzulehnen ist, habe ich bereits ausgeführt. Darüber hinaus würde ich dafür sein, daß man nach dem alten Plan *Drews*[5] die Regierungspräsidien auch staatlich nur als detachierte Abteilungen des Oberpräsidiums, d.h. als Außenstellen bestehen läßt. Der bisherige volle Apparat der Regierungspräsidien ist nicht nötig. Die provinzielle Selbstverwaltung hielt auf den Selbstverwaltungsgebieten auch unmittelbar die Verbindung mit den Stadt- und Landkreisen und mit ihren eignen über die Provinz verteilten Anstalten und Einrichtungen. Das schadete der Sache nichts, im Gegenteil nutzte ihr. Bei einer erweiterten Selbstverwaltung im regionalen Rahmen ist es förderlich, diese Entwicklung fortzusetzen, wodurch naturgemäß die Regierungspräsidenten ausgehöhlt werden. Ich habe es gerade im letzten Jahr auf finanziellem Gebiete immer wieder als störend empfunden, daß sich bei Ausführung des Haushaltsplanes die Regierungspräsidien dazwischen schoben, z.B. auf dem Gebiete des Höheren Schulwesens und des Fachschulwesens, in Fragen der Hochbauverwaltung, der Domänen und kulturellen Verwaltung. Das hindert den Einblick in die Verhältnisse und wirkt sich bürokratisierend aus.

5. Daß im Zonenbeirat z.Zt. die Oberpräsidenten und Länderchefs sowie die Leiter der zonalen Zentralstellen und die Parteien zusammenarbeiten, halte ich für einen Zustand, der im Augenblick vorteilhaft ist und keiner Änderung bedarf. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß sich im Norden die Dinge analog dem Länderrat im Süden entwickeln.

6. Was den zu erwählenden Namen angeht,[6] so weiß ich auch bei nochmaligem Durchdenken keinen besseren als „Nord-Rheinland". Man könnte noch an „Land Niederrhein" denken. Wie ich Ihnen schon sagte, hat man vor mehr als 100 Jahren auch um die Namensnennung gerungen, als damals das Rheinland aus 2 Provinzen bestand. (Vgl. den Abschnitt „Die Organisation" auf Seite 124 des beigefügten Buches aus meiner Privatbibliothek: „Die Behördenverfassung der Rheinprovinz"[7]. Dieser Aufsatz ist überhaupt von hohem akuten Interesse. Es war damals eine Militär-Abteilung „Niederrhein-Westfalen" vorgesehen, die sich aus der Provinz Westfalen, der Provinz Kleve und Berg und der Provinz Großherzogtum Niederrhein zusammensetzte (S. 128). Interessant ist auch der damalige für Oberpräsident und Regierungspräsident vorgesehene Zuständigkeitsbereich. Ich darf bitten, mir das Buch nach Einsichtnahme wieder zuzustellen.)

5 Hierzu Literatur wie bei Anm. 3.

6 Vgl. Nr. 81.

7 M. BÄR: Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815, Bonn 1919.

86.

23. 4. 1946: Der Vorsitzende der Zentrumspartei Westfalen, Reismann (Münster), an Oberpräsident Amelunxen[1]

HStA Düsseldorf, RWN 133–10. Abschrift.[2] Paraphe von Oers.

Sehr geehrter Herr Oberpräsident!

Ich erfahre, daß die Frage eines territorialen Gebietsaustausches zwischen Hannover und Westfalen in Fluß gekommen ist.[3] Bei dieser Gelegenheit bittet die Zentrumspartei dringend, den Regierungsbezirk Osnabrück, das Emsland und das südliche Oldenburg für die Provinz Westfalen zu reklamieren.[4] Diese Gebiete sind uralte westfälische Landschaften. Sie gehören nach ihrer Bevölkerung, nach ihrer wirtschaftlichen, geistigen und politischen Orientierung nicht nach Hannover, sondern zu Westfalen und blicken auf Münster als dem natürlichen Mittelpunkt ihrer Beziehungen. Das Industriegebiet bedarf dieser Landschaft als wirtschaftliche Ergänzung dringend. Die hauptsächlichsten Handels- und Transportverbindungen gehen über Münster zum Industriegebiet. Wenn insbesondere die Frage der Aufteilung der britischen Zone in fünf Länder in Betracht kommt,[5] so legt die Zentrumspartei größten Wert darauf, daß dabei den historischen und landwirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Gebieten Rechnung getragen wird. Bei Gelegenheit möchte ich gern zu diesen Fragen auch mündlich Stellung nehmen.

Mit vorzüglichster Hochachtung
ergebenst
gez. Dr. *Reismann*

1 Vom selben Tag liegt ein weiteres Schreiben von *Reismann* an den Oberpräsidenten vor, in dem er sich für den Erhalt der provinziellen Selbstverwaltung ausspricht: die Frage der staatsrechtlichen Gestaltung Westfalens sei noch völlig offen und ungeklärt; wenn die Provinz endgültig in einen selbständigen Staat umgewandelt werde, hätte allerdings die Provinzialverwaltung ihren Sinn verloren; falls sich jedoch ein zentralistischer Staatsaufbau durchsetzen sollte, wäre es von großem Nachteil, wenn man die Provinzialverwaltung vorzeitig aufgegeben hätte (HStA Düsseldorf, RWN 133–10).

2 Abschrift *Reismanns* für Regierungspräsident *von Oer*.

3 Zur geplanten Angliederung von Schaumburg-Lippe an die Provinz Hannover vgl. Nr. 82.

4 Vgl. auch die Ausführungen *Reismanns* im Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats (Nr. 113a).

5 Die Erörterungen im Zonenbeirat bzw. die Vorschläge *Steltzers* vom 12. 4. 1946 (vgl. die Nrn. 69, 76) scheinen in den politisch interessierten Kreisen von Rheinland und Westfalen allgemein bekannt gewesen zu sein.

87.

25. 4. 1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz[1]

Landtagsarchiv NRW, A 0912/7.[2] Abschrift des Entwurfs. Anweisungen zum Geschäftsgang.

Als künftige Bezeichnung für die Nord-Rheinprovinz nach Fortfall ihres provinziellen Charakters schlage ich in Übereinstimmung mit den gesamten Leitern meiner Verwaltung den Namen „Rheinland" vor.

Die bisherige Nord-Rheinprovinz stellt nach Geschlossenheit, Bevölkerungszahl, wirtschaftlicher und politischer Bedeutung den wichtigsten und überragenden Teil der gesamten Rheinprovinz dar. Der zur Zeit französisch besetzte Südteil hat sich bereits die unterschiedliche Bezeichnung „Rheinland-Hessen-Nassau" gegeben, so daß Mißverständnisse ausgeschlossen sind.

Dieser Vorschlag der Verwaltung wird u.a. auch von von seiten der Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter, Angestellten und Beamten Bezirk Nord-Rheinprovinz durch ihren Vorsitzenden *Böckler* lebhaft vertreten.[3]

gez. Dr. *Lehr*

1 Antwort auf Schreiben der Militärregierung vom 16. 4. 1946 (vgl. Nr. 81, Anm. 3).

2 Durchschlag einer Übersetzung ins Englische im HStA Düsseldorf, NW 53–312.

3 Zu den einzelnen Namensvorschlägen ausführlicher Nr. 91.

88.

25. 4. 1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz

HStA Düsseldorf, NW 53–528. Durchschlag.

Betrifft: Gliederung (Organisation) der Provinzialregierung[1]

1) Die Provinzialregierung hatte bis vor einiger Zeit 10 Abteilungen und zwar: Allgemeine Verwaltung, Finanz, Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, Kultur, Volkswohlfahrt, Öffentliche Gesundheit, Arbeit, Bau, Öffentliche Arbeiten.[2]

1 Während die Militärregierung in Düsseldorf zunächst nur Namensvorschläge für ein aus der Nord-Rheinprovinz zu bildendes Land erbeten hatte (Nr. 81, Anm. 3), erfolgte am 24. April im Zusammenhang mit diesem Plan eine Weisung, die Provinzialregierung neu zu organisieren (vgl. die Aussage *Wanderslebs* vom 26. 4. 1946: Nr. 91). In undatierten „Notizen zum Verwaltungsaufbau in der britischen Zone" (aus der Hand *Wanderslebs* oder *Lehrs*?) heißt es hierzu: „Der angeordnete Wegfall preußischer Provinzen zwingt zur Bildung von Ländern... Die Länder werden sich – schon auf Weisung der Militärregierung – zur Bildung von je 4–5 Ministerien entschließen müssen." (Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218); vgl. zur Wertung: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 204f.

2 Vgl. zu dieser Einteilung Nr. 30.

Die Abteilung Arbeit ist inzwischen aus der Provinzialregierung ausgegliedert worden.[3] Zuständig für Arbeit ist nunmehr der Präsident des Landesarbeitsamtes. Die Herausnahme der Abteilung Arbeit ist sehr bedauerlich, weil damit die einheitliche Wirtschaftsplanung und der zweckmäßige Arbeitseinsatz sehr erschwert werden. Abteilung Bau ist aufgeteilt worden in eine Gruppe Housing and Planning and Building Control.

2) Der neu vorgelegte Plan sieht eine Gliederung der Provinzialregierung in nur noch 5 Abteilungen vor und zwar: Allgemeine Verwaltung, Finanzen, Wirtschaft und Ernährung, Kultur, Volkswohlfahrt und Öffentliche Gesundheit.[4]

Von der früheren Abteilung Landwirtschaft und Ernährung werden in dem neuen Plan drei Gruppen – Erzeugung; Markt und Ernährung; Landesforstamt, Domänen und Fischerei – der Abteilung Wirtschaft angegliedert. Die vierte Gruppe, Landeskulturamt, wird der Abteilung Verwaltung angegliedert.

Die Abteilung Öffentliche Gesundheit wird im Ganzen mit der Abteilung Wohlfahrt verbunden.

Von der Abteilung Bau werden die Gruppen Administration, Building Politics, Country Planning, Town Planning, der Abteilung Verwaltung angegliedert. Die übrigen Gruppen der Abteilung Bau sollen nach dem neuen Plan der Abteilung Wohlfahrt und Öffentliche Gesundheit angeschlossen werden, weil es sich hier im wesentlichen um den sozialen Wohnungsbau handelt.

Von der Abteilung Öffentliche Werke werden die Gruppen Gas und Elektrizität in die Abteilung Wirtschaft eingegliedert. Die anderen Gruppen werden mit der Abteilung Allgemeine Verwaltung verbunden.

3) Die bisherige Aufgliederung der Provinzialregierung in 10 Abteilungen ging davon aus, daß möglichst alle Sachgebiete geschlossen in einer selbständigen Abteilung verbunden waren. Das war im bisherigen Rahmen zweckmäßig.

Wenn eine Landesregierung geschaffen werden soll, ist eine Zusammenfassung in einige wenige große Arbeitsgebiete notwendig. Es entspricht der traditionellen Gliederung von Zentralbehörden, daß eine Abteilung für Inneres, Finanzen, Wirtschaft und Kultur geschaffen wird. Bei der besonderen Bedeutung von Öffentlicher Gesundheit, Volkswohlfahrt und sozialem Wohnungsbau im besonders dicht besiedelten Rheinland empfiehlt sich die Schaffung eines besonderen Sozial-Ministeriums, das die Bezeichnung „Öffentliche Gesundheit" führen könnte und außer diesen Gebieten insbesondere auch den sozialen Wohnungsbau miteinschließt.

Von der bisherigen Abteilung „Ernährung und Landwirtschaft" haben die Gruppen „Produktion, Markt und Ernährung" die ähnlichen Aufgaben wie die entsprechenden Gruppen der Abteilung Wirtschaft. In der weiteren Gruppe „Forsten, Domänen und Fischereien" herrschen vor die Aufgaben der Holzwirtschaft. Es ist daher gerechtfertigt, daß diese drei Gruppen mit der Abteilung Wirtschaft verbunden werden. Aus der Gruppe „Öffentliche Arbeiten" haben die Gruppen „Gas und Elektrizität" schon jetzt enge Berührung mit den Fragen der Industriellen Produktion und verwandten Gebieten. Es rechtfertigt auch ihre Eingliederung in die Abteilung Wirtschaft.

3 Vgl. Nr. 65.

4 Zum weiteren Schicksal dieses Organisationsplans Nr. 95 mit Anm. 6 und Nr. 101.

Die Gruppen „Administration, Country Planning, Town Planning" stehen in enger Berührung mit den allgemeinen Planungsaufgaben der Abteilung „Administration" und werden deshalb zweckmäßig dorthin übernommen.

Das Landeskulturamt (bisher in Ernährung und Landwirtschaft) hat viele Berührungen mit der allgemeinen Planung und andererseits mit der Gruppe „Water Economy" und „Inland Waterways". Es empfiehlt sich deshalb die Eingliederung auch dieser Gruppen in die Abteilung „Administration". Dorthin werden zweckmäßig auch die Gruppen „Transportation", „Roads" und „Railways" eingegliedert, weil auch hier die Planungsaufgaben eine besondere Rolle spielen.

Die Abteilung Finanzen, sowie „Education and Religious Affairs" erfahren keine Veränderung. Soweit einzelne Gruppen von Arbeitsgebieten eine besondere Zusammenfassung unter fachkundiger Leitung benötigen, kann diese auch im Rahmen der neugebildeten großen Abteilung gewährleistet werden.

gez. [*Lehr*]

89.

25. 4. 1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz[1]

HStA Düsseldorf, NW 53–362.[2] Zweitschrift der Ausfertigung.

1) Im Anschluß an die Vorschläge zur Zusammenfassung der Verwaltung der Nord-Rheinprovinz[3] in fünf geschlossene Gruppen (Ministerien) bitte ich meine persönliche Einstellung zum Verwaltungsaufbau in der britischen Zone nach Hauptgesichtspunkten kurz darlegen zu dürfen.[4]

2) Nach dem Fortfall des preußischen Staates kann es auch keine preußischen Provinzen in der britischen Zone mehr geben. An ihre Stelle tritt als neue Verwaltungseinheit und als neues staatsrechtliches Gebilde eine Gruppe von Ländern.

3) Für die Ausgestaltung dieser Länder kommen zwei Gesichtspunkte in Frage: a) ihre Beziehungen zum Reich, b) ihre Beziehungen als Teile einer der vier Besatzungszonen.

1 Zur Reaktion der nordrheinischen Militärregierung auf dieses Schreiben siehe Nr. 90.

2 Durchschlag einer Übersetzung ins Englische: HStA Düsseldorf, NW 53–312; Wiedergabe als Faksimile in: 40 Jahre Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, hg. v. Karl Josef Denzer (Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen, Bd. 1), Düsseldorf 1986.

3 Nr. 88.

4 In diesem Schreiben werden zahlreiche Gedanken aus den Stellungnahmen vom 21., 23. und 24. April verwertet (vgl. Nr. 85 mit Anm. 1); ein Schreiben mit fast identischen Inhalt richtete *Lehr* noch einmal am 6. 5. an die Militärregierung (Nr. 102).

4) Gemeinsam für beide Gesichtspunkte gilt der Grundsatz, daß das in Mitteleuropa wieder zu belebende deutsche Reich einerseits kein Machtinstrument sein soll, das den Frieden Europas beeinträchtigen kann, daß es aber andererseits wirtschaftlich so gesund und verwaltungsmäßig geführt sein muß, daß es zum Aufbau Europas und zur Erhaltung seines Wohlstandes voll leistungsfähig ist.

5) Die neu zu bildenden Länder des Reiches müssen deshalb jetzt schon in ihrem Aufbau so ausgerichtet werden, daß sie nur die Bausteine zur höheren Einheit sind, wie dies in Stuttgart am 3. April 1946 als gemeinsames Bekenntnis von den Vertretern des Länderrates der amerikanischen Besatzungszone festgelegt worden ist.[5]

Ich nehme auch Bezug auf die Erklärung, die der Oberpräsident der Provinz Hannover, Herr *Kopf*, und ich selbst am 6. Februar 1946 auf der ersten gemeinsamen Stuttgarter Tagung abgegeben haben und die von den Oberpräsidenten und Chefs der Länderregierungen der britischen Zone auf ihrer Bremer Tagung am 1. März 1946 voll inhaltlich gebilligt worden ist.[6] Auch da war betont worden, daß es notwendig sei, Gebiete, die wirtschaftlich, geographisch, verkehrsmäßig und stammesmäßig zueinander gehören, in allen vier Zonen zu lebensfähigen Ländern im Rahmen des Reiches zusammenzufassen.

6) In der britischen Zone treten drei Gebiete mit besonderen Wesenszügen hervor:
a) Im Süden das rheinisch-westfälische Gebiet mit seinen reichen Braun- und Steinkohlenvorkommen und der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie als Mittelpunkt.
b) Unmittelbar anschließend der Raum Hannover mit seinen Nachbargebieten und Enklaven, unter dem Begriff „Niedersachsen" zusammengefaßt, und gleichartig in Wirtschaftsformen und stammesmäßigen Zusammenhängen.
c) Im Norden Schleswig-Holstein und in diesem Raum Hamburg in Sonderstellung.

Vom Gesichtspunkt größtmöglicher Wirksamkeit in Wirtschaft und Verwaltung ließen sich danach ohne weiteres drei Ländergruppen staatsrechtlich und wirtschaftlich zusammenfassen, die in ihrer Dreizahl der süddeutschen Länderzusammenfassung entsprächen.[7] Dem Schwergewicht Bayerns in der süddeutschen Gruppierung würde ein wirtschaftliches Schwergewicht im rheinisch-westfälischen Raum gegenüberstehen.

7) Das Gegenteil einer Zusammenfassung in drei großen Gruppen wäre die Aufteilung in Kleinstländer, die grundsätzlich sowohl vom staatspolitischen wie auch vom Verwaltungsstandpunkt für die moderne Zeit völlig abzulehnen ist und das Staatsgebiet und die britische Zone in dieser Hinsicht in die Zeiten nach dem 30jährigen Kriege zurückfallen lassen würde.[8]

8) Eine mittlere Lösung ist die Aufteilung in fünf Gruppen, wo bei Hamburg traditionsgemäß als besonderer Stadtstaat bleibt, aber im ganzen einige Grenzberichtigungen bei den vier übrigen vorgenommen werden müßten. Es würden sich dann etwa im großen gesehen ergeben:[9]

---

5 Siehe Nr. 72, Anm. 2.

6 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 11, S. 284f., Nr. 12, S. 299.

7 Vgl. zu diesen Überlegungen *Lehrs* Nr. 72, Anm. 1.

8 Dazu Nr. 76, Anm. 4.

9 Die folgende Gliederung ist bereits in den erwähnten „Notizen" (Nr. 88, Anm. 1) zu finden.

a) Die heutige Nord-Rheinprovinz mit der künftigen Benennung „Rheinland" (1939: 6,5 Mill., 1946: 5,7 Mill.)
b) Westfalen (1939: 5,2 Mill., 1946: 5,5 Mill.)
c) Hannover (1939: 3,4 Mill., 1946: 4,7 Mill.) Hier würden die meisten Gebietsverschiebungen eintreten in dem Verhältnis zu Braunschweig, Lippe, Oldenburg und Bremen. Zunächst ist die weitere Eigenstaatlichkeit Oldenburgs und die Selbständigkeit Bremens aber noch anerkannt worden.
d) Stadtstaat Hamburg (1939: 1,7 Mill., 1946: 1,4 Mill.)
e) Schleswig-Holstein (1939: 1,5 Mill., 1946: 2,5 Mill.)

9) Für die Zentralverwaltung ist zur Zeit noch wenig festzulegen. Es sind für die britische Zone zunächst die Militärregierung als oberste Reichsgewalt und unter ihr die zentralen Leitstellen vorhanden einschließlich des Zentralamtes für Wirtschaft in Minden und des Zonenbeirats in Hamburg.

10) In den so gebildeten Ländern würde die Verwaltung in etwa 4–5 Ministerien aufgegliedert werden, wobei die alte Grundgliederung Inneres, Finanzen, Kultus und Wirtschaft das gegebene ist und je nach Bevölkerungsdichte und sozialen Verhältnissen ein besonderes Sozialministerium für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege und verwandte Gebiete hinzutreten kann. Bei Ländern mit ausgesprochen überragender Landwirtschaft könnte ein besonderes Landwirtschaftsministerium auch in Betracht kommen.

11) Als Volksvertretung wird ein Landtag in den Ländern zu fungieren haben.

12) Im Verwaltungsaufbau der Länder wird mit Gemeinden und Kreisen und der Landesregierung auszukommen sein. Die Unterteilung der Länder in Regierungsbezirke ist weder in staatlicher Hinsicht noch in bezug auf die Selbstverwaltung mehr erforderlich. Die Regierungspräsidenten sind aus der preußischen Verwaltung übriggebliebene Mittelinstanzen. Sie waren wichtigste Funktionäre des preußischen Staates und für die Durchsetzung der von ihnen betreuten Gebiete mit dem preußischen Staatsgedanken in erster Linie verantwortlich. Die heutigen Länder sind nur noch Bruchteile des ehemaligen mächtigen preußischen Staates und bedürfen solcher besonderen Stützen nicht mehr. Anstelle der Regierungspräsidenten würden höchstenfalls Außenstellen der Landesregierung in den größten Ländern für einige Sonderaufgaben in Frage kommen.

Dr. *Lehr*

90.

26. 4. 1946: Vermerk der Sekretärin Oberpräsident Lehrs, Kämper, für den Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, Wandersleb[1]

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.

Das Hauptquartier der Militärregierung (Major *Philips*) bittet Dr. *Wandersleb*, eine kurz zusammengefaßte (20 Zeilen) Aufstellung in Verbindung mit beigefügtem Schreiben des Herrn Oberpräsidenten (Territoriale Neugliederung der britischen Zone)[2] einzureichen.

Herrn Regierungs-Vizepräsident Dr. *Wandersleb* zur Vorlage.
Die Antwort wird erbeten bis Montag früh.[3]

Kämper

1 *Lehr* selbst war vom 26. 4.–4. 5. 1946 nicht in Düsseldorf anwesend; als Belege die Nrn. 91, 95, 97, 100.

2 Nr. 89.

3 Trotz der Bedenken, daß bei einer solch erheblichen Kürzung wesentliche Gedanken entfallen müßten, übersandte *Wandersleb* der Militärregierung am 27. 4. 1946 eine Zusammenfassung des Schreibens; dabei gab er in erster Linie die verschiedenen territorialen Gliederungsmöglichkeiten wieder (Durchschlag: Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218).

91.

26. 4. 1946: Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz[1]

Landtagsarchiv NRW, A 09020/3/4. Fußvermerk: „Das vorstehende Protokoll ist in zahlreichen Punkten sehr ungenau und kann nur als ungefährer Anhaltspunkt für den Verlauf der Besprechung genommen werden."[2]

Begrüßungsworte durch Herrn Dr. *Wandersleb*. Herr Dr. *Wandersleb* macht kurze Mitteilung und Andeutung über die bevorstehende Umorganisation. Die Mappe wird durchgesehen.

[Dr. Wandersleb:] Wir haben vor wenigen Tagen die Mitteilung bekommen, daß wir uns ab sofort umzustellen hätten auf eine Länderregierung und uns wurde in der vorigen Woche mitgeteilt, es habe die Bezeichnung „Provinz" zu verschwinden.[3] Innerhalb 24 Stunden sollten wir uns äußern. Da wir nun heute Hauptausschuß-Sitzung hatten, baten

1 Laut beiliegender Anwesenheitsliste waren folgende Ausschußmitglieder zugegen: *Görlinger*, *Kolb*, *Adenauer*, *Gnoß*, *Middelhauve*, *Hamacher*, *Renner*, *Skrentny*, *Heinemann*.

2 Das Dokument weist tatsächlich große Mängel hinsichtlich des Satzbaus und der Gedankenführung auf, so daß vom Bearb. an einigen Stellen formale Korrekturen vorgenommen wurden.

3 Vgl. Nr. 81 und Nr. 88, Anm. 1.

wir, man möchte uns bis dahin eine Frist geben. Anstatt Provinz soll die Bezeichnung auf Land umgestellt werden. Es wurde uns aufgegeben, dies streng vertraulich zu behandeln. Im Zusammenhang damit erscheint es fraglich, ob die Regierungsbezirke noch in irgendwelchen kommunalen Formen Sinn haben.

GÖRLINGER: Diese Frage ist von hoch politischer Bedeutung, ich bin darüber sehr erstaunt gewesen. Wir alle sind uns darüber einig, daß die Zerschlagung Preußens kommen muß. Wenn wir aber einfach sklavisch die Provinzen zu Ländern machen, dann ist es das Gegenteil [dessen], was uns vorgeschwebt hat. Ich glaube nicht, daß hinter der Kontrollkommission (British Element) irgendwelche deutschen Stellen wohl dahinter stecken. Bei dieser Frage muß man überlegen, welche Interessen wohl da zusammenfallen. Wer hat das Interesse, die Dinge so zu gliedern. In einem zentralen Maßstab hätte diese Frage behandelt werden müssen. Im Zonen[bei]rat müßte sie zur Debatte gestellt werden; beim Oberpräsidenten, der Vorsitzender des Zonenbeirats ist, hätte die Initiative liegen müssen.

DR. WANDERSLEB: Meine Herren, wir haben sofort Fühlung mit dem Zonenbeirat genommen, ebenfalls wurden sofort die Parteien verständigt. Von sämtlichen Stellen, außer der KPD, ist uns auch Antwort zugegangen. Wir sollten ja sofort die nächsten Tage eine Bezeichnung haben, denn die Militärregierung sollte ebenfalls der Kontrollkommission in dieser kurzen Zeit das Resultat zusenden. Es ist für morgen eine große Sitzung im Hauptquartier anberaumt.[4] Man hat durchblicken lassen, daß wahrscheinlich vor der Konferenz in Paris auch von englischer Seite gesagt werden soll, daß Preußen erledigt wäre, ebenso wie der preußische Etat nicht aufgestellt wird, und die Vorwürfe sich mehr oder weniger konservativ treiben lassen, um zu sagen, auch in der britischen Zone haben wir nicht mehr das eine Drittel von Preußen in der Struktur, sondern die Aufgliederung der Länder ist schon rein äußerlich und dem Namen nach vorhanden. In Oldenburg ist der Status auch so. (Anhand der Karte gezeigt Aufgliederung bzw. Zusammenschließung der übrigen Provinzen. Niedersachsen-Lösung.)

Die Länder sollen verwaltet werden auf der Basis von einem Ministerpräsidenten und einem oder drei Ministern.[5] Es hat sogar starke Tendenz gegeben, um in der britischen Zone auf die englischen Counties zu kommen mit einer halben Millionen Menschen.[6] Von uns wird eine Äußerung erwartet und damit beschäftigt sich der Zonenbeirat. Die Interessen werden dort zum Teil nebeneinander stehen.

Die Gliederung anhand des Bildes zeigt nicht die Kraft, sondern die territoriale Größe der einzelnen Länder. Schleswig-Holstein soll darauf hinaus, nach Mecklenburg eine Ergänzung zu bekommen. Demgegenüber kommen Erwägungen Niedersachsens, das Braunschweig, Lippe, Schaumburg-Lippe, Bremen und den Regierungsbezirk Minden als niedersächsisches Gebiet haben möchte. Oldenburg ist offiziell anerkannt und durch mehrere Minister stabilisiert.[7] Dadurch kommen auch die Grenzen im Westen in Fluß. Hamburg wird eine besondere Stellung haben.

4 Hierzu Nr. 95, Anm. 6.

5 In der Stellungnahme *Lehrs* vom 25. 4. (Nr. 89) ist allerdings von 4–5 Ministerien die Rede.

6 Hierzu Nr. 76, Anm. 4.

7 In der Denkschrift Oberpräsident *Kopfs* vom 1. 4. 1946 wird aber auch noch Oldenburg zum niedersächsischen Gebiet gerechnet; vgl. Nr. 80, Anm. 3.

Provinz-Regierung, in fünf Arbeitsgebiete aufgegliedert, hat an der Spitze parlamentarische Landesräte,[8] denen gegenüber die Fachbeamten stehen. Die Abteilungsleiter sind Ministerial-Direktoren.

Am Mittwoch[9] ist auch an uns diese Anfrage gekommen, daß von heute auf morgen eine Neuorganisation zu bilden sei und die Pläne vorgelegt werden sollen. Dies wird in Hamburg besprochen werden mit allen politischen Parteien. Notwendigkeit besteht, in Hamburg auf ein einheitliches Reich hinzusteuern, damit nicht die Zersplitterung in die kleinen Counties erfolgt. Die Länder müssen geschlossen und brauchbare Bausteine bleiben, um zu einem ganzen Reich zu gelangen, wie die süddeutschen Länder. (Nebenbemerkung über Bayern, das mit seiner sehr starken Selbständigkeitsbestrebung mit Mühe und Not an der Strippe gehalten wird.)

Namensvorschlag: In dem Schreiben[10] wurde gesagt, es wäre die Bezeichnung „Land Nordrhein" bei den Kreisen der Militärregierung aufgetaucht. Diese Bezeichnung sei nicht günstig. Eine bessere Bezeichnung wurde erbeten. Vorschläge sind gekommen: Da schon eine Änderung erfolgen muß und Provinz entfällt, soll am besten „Land Rheinland" gegeben werden. Dieser Vorschlag ist einmal von Herrn *Adenauer* und einmal von Herrn *Böckler* gekommen.[11] (Beide Briefe vorgelesen.) Ich habe mit Bedenken zugestimmt, wenn sie es uns nur lassen. Wir wollen es einmal so starten lassen. Ein anderer Vorschlag, wenn „Rheinland" nicht angenommen werden sollte, steht an 2. Stelle „Land Nord-Rheinland"; an 3. Stelle wurde von verschiedenen Seiten genannt „Land Niederrhein".[12] Ich war erstaunt, daß dies von dem Regierungspräsidenten nicht nur von Düsseldorf, sondern z.B. auch von Aachen gesagt worden ist (Briefe vorgelesen; Briefe vorgelesen von Wirtschaft usw.). „Rheinfranken", dagegen haben wir besondere ernste Gedanken gehabt. Anderer Vorschlag ist: „Westfranken". Dieser Gedanke spukt hier im Hause. [Der] Oberpräsident war auch gegen „Land Rhein-Ruhr", er hat erhebliche Bedenken aus außenpolitischen Gründen. „Rhein-Ruhr" wäre das Ziel, um sich von außen darauf zu stürzen. Mit der Bezeichnung „Rheinland" wollen wir versuchen, die Sehnsucht zum Ausdruck zu bringen, daß wir gerne das Rheinland wieder zusammenbringen möchten.

KOLB: Ich glaube, wir sind einig, daß nach Möglichkeit „Land Rheinland" gewählt wird.

HAMACHER: Ich hatte „Nord Rheinland" gewählt, aber „Niederrhein" ist von derselben Wirkung.

GÖRLINGER: Ich bin der Ansicht, daß „Rheinland" begründet ist. Unser Wille soll sein, Koblenz und Trier wiederzubekommen. Wenn nicht, dann „Niederrhein".

RENNER: Es steckt mehr als eine Namensänderung dahinter. Eine hochpolitische Aktion. Wir haben bedauerlicherweise diesen Brief noch nicht bekommen. Ich weiß, daß die Ursache bei uns zu suchen ist. Wir hatten keine Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

8 Hiernach im Original das Wort „gestellt".

9 24. 4. 1946.

10 Siehe Nr. 81, Anm. 3.

11 ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 219; das Schreiben von *Böckler* liegt nicht vor.

12 So z.B. vom Hauptgeschäftsführer der IHK zu Düsseldorf, *Wilden*, in einem Schreiben vom 23. 4. 1946 (Archiv der IHK zu Düsseldorf, 402–00).

Die britische Militärregierung schlägt diese Namensänderung an, um in Paris einen gewissen Eindruck hervorzuheben. Das scheint auch richtig zu sein. Wenn wir davon reden, daß Preußen verschwinden muß, dann meinen wir nicht damit, daß das Preußen als Land verschwindet, sondern wir sehen darin, daß der Preußengeist verschwinden muß und dieser preußische Geist muß verschwinden in der Verwaltung, wie auch in der Wirtschaft, also im ganzen öffentlichen Leben. Diese Bestrebungen sind mehr oder weniger ungewollt, aber diese Pläne vor allem der Plan Niedersachsens, der heute bekannt geworden ist, ist nichts anderes als Föderalismus und ich bin der Überzeugung, nichts anderes als das Aufleben des Welfengeistes. Wir sollten m.E. als Vertreter des rheinischen Volkes mehr tun, als [eine] Stellungnahme zu dieser Namensänderung [abzugeben]. Wir sollten klar zum Ausdruck bringen, daß wir gegen eine Aufsplitterung, gegen jeden Föderalismus und gegen jede separatistische Bestrebung uns wenden. Wenn die Militärregierung jedoch anderer Meinung ist, soll sie uns einen neuen Namen vorschlagen, aber wir sollen nicht dazu die Hände reichen. Das ist im Augenblick meine Privatmeinung, aber so würde es auch meine Fraktion zum Ausdruck bringen. Die Militärregierung soll uns den Namen nur geben, aber daß wir den Vorschlag machen, finde ich falsch.

Dr. Wandersleb: So ist es auch nicht gemeint. Wir wollen es auf der Linie machen. Ihre Gedankengänge selbst werden absolut geteilt. Wir handeln nur als Verwaltungsstelle. Wenn verlangt wird, eine Bezeichnung zu nennen, dann kann einer solchen Mitteilung gegenüber nicht nein gesagt werden. Wir haben zwar erklärt, nicht in 24 Stunden, sondern zuerst nach Anhören von anderen Persönlichkeiten diese Frage zu beantworten. Wir wollen damit nicht eine Stellungnahme des Hauptausschusses zum Ausdruck bringen, jedoch kann zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Entwicklung als falsch angesehen wird, da bisher die Grundgedanken auf ein einheitliches Reich hinausliefen und dieses jetzt auf Umwegen erreicht wird. Ich darf das anheimstellen. Wir müssen vorsichtig sein, daß man uns keinen politischen Gedanken unterschiebt als Anhänger des ehemaligen alten Preußens. Gerade den Franzosen gegenüber ist diese Vorsicht am Platze. Sie werden sonst dem Engländer sagen, wir müssen kommen, denn wir waren stets unmittelbar durch Preußen bedroht.

Durch Dr. *Wandersleb* Erläuterungen der Bezeichnung Provinz – hergeführt aus der Römer-Zeit.

Dr. Heinemann dagegen, daß Provinz fallengelassen wird.

Dr. Wandersleb: Wir bedauern, daß es so ist, aber es ist nichts zu ändern, da von der Militärregierung diese Linie strikt weiterverfolgt wird. Diesen Punkt können wir verlassen.

In Punkt 2) ist verlangt worden, bis zum Donnerstag einen Vorschlag vorzulegen, in dem die 10 Abteilungen der Provinzial-Regierung in möglichst nur 3–4 Abteilungen zusammengefaßt werden. Von Mittwoch auf Donnerstag mußten schon die Vorschläge vorliegen. Das haben wir ganz roh gemacht und dabei auch erklärt, daß das von uns bedauert wird, denn es bringt uns, bevor wir gewählte Körperschaften haben, durcheinander. Die Militärregierung verlangte die Innehaltung dieses Termins, weil sie selbst entsprechende Weitermeldung machen müßte. Daraufhin haben wir sofort telefonisch mit Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg gesprochen. So wurde Finanz, Kul-

tur und Wirtschaft herausgestellt. Da bei uns die Sozialfrage eine große Bedeutung hat, muß auch eine Sozialabteilung vorhanden sein.[13] (Erklärung des englischen Organisationsplanes.)

Ich muß Sie bitten, von zwei Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Einmal von der Rücksprache beim Controller der Militärregierung. (Brigadier *Barraclough* ist Soldat, der Controller *Askwith* ist Politiker). Ich würde es durchaus für möglich halten, daß der eine oder andere Herr hingeht, und der andere Weg ist, den Zonenbeirat zu instruieren, denn hier sind alle Organe zusammen.

Herr RENNER stellt fest, daß dann die Regierungsbezirke immer entbehrlicher werden.

Herr GNOSS schlägt vor, die Auffassung des Hauptausschusses nicht als Resignation, sondern als stark zum Ausdruck gebrachte Ablehnung, festzustellen.

DR. WANDERSLEB erklärte, daß [der] Oberpräsident nach Rückkehr von Hamburg den Ausschuß über den Stand der Dinge in Kenntnis setzen wird.

Ausschuß wird am 6.5. morgens 8.30 Uhr noch einmal zusammentreten, um 9.15 Uhr sind dann Fraktionssitzungen und um 10.30 Uhr Provinzialratssitzung.[14]

[...][15]

Schluß der Sitzung.

13 Siehe Nr. 88.

14 Vgl. Nr. 100.

15 Weitere Diskussionspunkte: Entnazifizierung und Versorgungslage.

92.

26. 4. 1946: Das Sekretariat des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz (Köln) an den Landesverband Nord-Rheinprovinz der FDP (Bonn)

HAStK, NL Görlinger 119. Durchschlag. Vermerk: „Görlinger zur Kenntnis". Paraphe Görlingers.

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 15. 4. 1946[1] und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Sozialdemokratische Partei hat bei allen bisherigen Gelegenheiten ihren Willen für die Einheit des Reiches klar und eindeutig herausgestellt. Sie darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie als erste der politischen Parteien in Deutschland zur Einheitsfrage unzweideutig Stellung genommen hat.[2] Sie wird ihren Willen auch in den kommenden Veranstaltungen, vor allen in den Kundgebungen zum 1. Mai in würdiger Form Ausdruck geben.

1 Vgl. Nr. 78, Anm. 1.

2 Vgl. die Eingabe *Henßlers* vom August 1945 (Nr. 27).

Auf Grund dieser Tatsache und vor allen Dingen auch aus dem Grunde, weil wir als Partei bereits für die nächste Zeit unseren Versammlungsplan derart besetzt haben, daß wir uns nicht gestatten können, noch überparteiliche Veranstaltungen einzuschieben, können wir Ihrer Anregung für gemeinsame Kundgebungen nicht nachkommen. Bei der gegebenen politischen Lage, insbesondere bei den Bestrebungen aus dem Osten,[3] halten wir gemeinsame Veranstaltungen für den Augenblick auch nicht für angebracht.

Wir sind darüber hinaus beim besten Willen nicht in der Lage, die von Ihnen angegebenen fünf Großparteien zusammen zu bekommen, da nach unserer bescheidenen Kenntnis bisher nur drei Parteien, nämlich die Sozialdemokratische Partei, die Christlich-Demokratische-Union und die Kommunistische Partei die Berechtigung für die Bezeichnung Großpartei unter Beweis gestellt haben.[4]

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Obere Rheinprovinz
gez. W. *Schirrmacher*

3 Gemeint sind die Bestrebungen der KPD zur Bildung einer sozialistischen Einheitspartei.

4 Zur Reaktion der FDP vgl. Nr. 105.

93.

28. 4. 1946: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf), an Oberpräsident Lehr

StBKAH, 08.52.[1] Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Oberpräsident!

In den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover werden die Verhandlungen, die sich aus der Umbildung der Provinzen zu Ländern[2] ergeben, mit den Parteien geführt. Das gilt sowohl hinsichtlich der Gliederung der Länderverwaltungen wie hinsichtlich der personellen Besetzung der maßgebenden Stellen.

Ich spreche die dringende Bitte aus, in gleicher Weise auch in der Nordrheinprovinz diese Verhandlungen zu führen. Als Vertreter der CDU der Nordrheinprovinz ist nur der Vorsitzende der Landespartei Nordrheinprovinz zu Verhandlungen befugt. Ich mache darauf ausdrücklich aufmerksam, damit nicht wieder die gleichen unliebsamen Mißverständnisse entstehen wie über die Zuteilung der Sitze an die Parteien im Provinzialrat.[3]

Mit ausgezeichneter Hochachtung

[...][4]

1 Druck: ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 225.

2 Vgl. die Nrn. 81, 87–89, 91.

3 Siehe Nr. 71.

4 Unterschrift oder Paraphe fehlt.

94.

29. 4. 1946: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf), an den Abteilungsleiter Ernährung und Landwirtschaft Müller (Bonn)

StBKAH, 08.57.[1] Durchschlag. Vermerk: „Persönlich".

Sehr geehrter Herr *Müller*!

Haben Sie vielen Dank für Ihren freundlichen Brief. Gestern hatte ich Besuch eines einflußreichen Mitgliedes der britischen Kontrollkommission.[2] Ich wurde u.a. gefragt, ob ich für den Zusammenschluß von Westfalen ohne den Regierungsbezirk Minden mit der Nord-Rheinprovinz zu einem Lande oder für Bildung von zwei Ländern aus diesem Territorium sei. Ich habe mich für die erste Alternative ausgesprochen. Bitte, denken auch Sie über die sich daraus ergebenden eventuellen Konsequenzen nach.

Viele Grüße

Ihr gez. (*Adenauer*)

1 Druck: ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 231.

2 Hierbei handelte es sich um Oberst Noel G. *Annan* – heute Lord *Annan* –, der 1945/46 als Angehöriger der Political Division der CCG/BE als Besatzungsoffizier tätig war; vgl. auch Nr. 140.

95.

29. 4.–4. 5. 1946: Vermerk des Abteilungsleiters Allgemeine Verwaltung, Wandersleb, für Oberpräsident Lehr über wichtige Vorgänge in dessen Abwesenheit (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 53–528. Anstreichungen.

[...][1]

3. Am 30. 4. machte Major *Britton* in Gegenwart von Major *Larking* und einem Ziviloffizier dem Unterzeichneten Eröffnungen betr. Umgestaltung des nichtexekutiven Provinzialrats in einen ernannten Provinzial-Landtag mit etwa 100 Vertretern (siehe Anlage 1)[2].

Der Unterzeichnete wies nachdrücklich darauf hin, daß eine Ernennung von Mitgliedern im Zahlenverhältnis der eingeforderten Vorschläge (20 CDU, 35 SPD, 10 KPD, 5 FDP, 8 Zentrum) zu schärfsten Beanstandungen führen würde, ganz besonders von der CDU. Der Unterzeichnete nannte aus dem Gedächtnis die Ziffern der Wahlergebnisse der letzten freien Wahlen in den Jahren 1932 und auch noch im März 1933. Falls die Ernennungen auch nur ungefähr entsprechend den angeführten Zahlen erfolgten, bedeute das die Annahme, daß sämtliche frühere Naziwähler, soweit sie noch Stimmrecht hätten,

1 Pkt. 1: Abschaffung des abendlichen Sirenensignals; Pkt. 2: Kulturfragen.

2 Die Anlagen konnten nicht ermittelt werden.

und ein erheblicher Teil der KPD bei der nächsten Wahl SPD wählen würden. Selbst wenn man die gelegentlich der Konfessions-Schulfrage zum Ausdruck gekommene Elternmeinung[3] sehr stark abschwäche, ergäbe sich ein ganz anderes Bild des wahrscheinlichen Ausfalls politischer Wahlen in der Nord-Rheinprovinz als die genannten Zahlen andeuten. Es wurde auch auf den Brief Dr. *Adenauers* verwiesen.[4] Auf diese Vorstellungen hin erfolgte die wiederholte Beteuerung, die Zahl der einzureichenden Vorschläge besage noch nichts über das Prozent-Verhältnis, in dem die Militärregierung die Ernennungen vornehmen würde. Der Unterzeichnete stellte eingehendes Material über die Wahlen 1932 und 1933 in Aussicht.

4. Das angekündigte Material wurde mit näherer Erläuterung den Majoren *Britton* und *Larking* übergeben. Daraufhin fand am 3. 5. eine erneute Besprechung mit den genannten Herren statt (siehe Anlage 2). Auch gegen die dabei angegebene prozentuale Verteilung (CDU 32%, Zentrum 8%, SPD 40%, KPD 15%, FDP 2%, verschiedene Parteien 3%) äußerte der Unterzeichnete Bedenken unter Einzelhinweis auf die oben angeführten Wahlergebnisse (Anlagen 3, 4, 5, 6, 7) und die bisherigen politischen Willensbekundungen der Bevölkerung im Westen und Süden Deutschlands.[5]

5. In Verbindung mit der Besprechung über die Wahlvorschläge wünschte Major *Britton* eine Äußerung über die Rangfolge der künftigen fünf Hauptabteilungen nach ihrer Wichtigkeit.[6] Der Unterzeichnete erklärte, daß wohl bei Wirtschaft und Ernährung vorbehaltlich künftiger Umorganisation das Schwergewicht liege, die anderen Ministerien seien gemäß den Absichten des Herrn Oberpräsidenten ziemlich gleich ausgewogen. Major *Britton* erklärte, er habe sich die nachstehende Reihenfolge errechnet: 1) Wirtschaft und Ernährung, 2) Allgemeine Verwaltung, 3) Finanzen, 4) Wohlfahrt, 5) Kultus. Am 4. 5. übermittelte Major *Larking* Fräulein *Kämper* fernmündlich die Bitte an den Herrn Oberpräsidenten, möglichst bald Vorschläge für die personelle Besetzung der fünf neuen Abteilungen der Provinzialregierung zu machen.

6. Die kurzen Einzelbesprechungen über Neuorganisationen der Provinzialregierung mit den Abteilungsleitern Baron *von Bode*, *Stöver*, Dr. *Schwippert* und Dr. *Kuske* haben übereinstimmend das Ergebnis, zunächst noch abzuwarten, welche Anordnungen über die Besetzung der Spitzenstellungen kommen würden (politische Minister, Fachbeamte). Nach Mitteilung der Herren verhalten sich die englischen Partner nach der grundlegenden Besprechung am 27. z.Zt. ganz zurückhaltend.

[...][7]

Wandersleb

---

3 Die zwischen dem 11. 3. und 6. 4. 1946 in der britischen Zone durchgeführten Elternabstimmungen hatten eine große Mehrheit für die Bekenntnisschule und damit für die politischen Vorstellungen der CDU ergeben; vgl. D. BUCHHAAS, 1985, S. 105.

4 Hierzu Nr. 71, Anm. 2; vgl. auch das Schreiben *Lehrs* an *Adenauer* vom 5. 5. 1946 (Nr. 99).

5 Am 8. 5. 1946 trug *Lehr* selbst noch einmal seine Bedenken gegen die vorgesehene Aufteilung der Mandate vor (Nr. 106).

6 Am 27. 4. 1946 war die Frage der Neuorganisation der Provinzialregierung auf einer Konferenz zwischen den Fachoffizieren der Militärregierung Nord-Rheinprovinz und den deutschen Abteilungsleitern ausführlich besprochen worden; dabei wurde die von *Lehr* am 25. 4. 1946 vorgeschlagene Einteilung in fünf Abteilungen (Ministerien) (vgl. Nr. 88) von General *Barraclough* grundsätzlich genehmigt; deutsche Übersetzung des Protokolls der Konferenz: HStA Düsseldorf, NW 53–360/I; zur weiteren Entwicklung vgl. Nr. 101.

7 Pkte. 7–24: Verschiedene untergeordnete Belange.

96.

30. 4. 1946: Wortprotokoll der Sitzung des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug)

Druck: Westfalen 1945/46, S. 21–25.

[...][1]

Oberpräsident a.D. Gronowski führte aus: Meine Damen und Herren! In der ersten Tagung des neuernannten Provinzialrates habe ich die Ehre, im Auftrage und im Namen aller Fraktionen folgende Erklärung abzugeben: „Die Ernennung und Zusammensetzung des Provinzialrates ist zwar noch nicht aufgrund von Wahlen, d.h. auf demokratischer Grundlage erfolgt, aber die ernannten Mitglieder legen Wert darauf, zu erklären, daß sie zur Mitarbeit am Aufbau unseres Landes bereit sind. Unsere Mitarbeit soll auch ein weithin sichtbares Erkennungszeichen sein für unsere Abneigung gegen die brutale Naziherrschaft und deren grauenhafte Folgen. Wir wollen dem ganzen Westfalenlande sagen, daß bei uns der feste Wille vorhanden ist, mit dem Volke zusammenzustehen und jedes Opfer zu bringen, um aus dieser wirtschaftlichen, sozialen und vaterländischen Not herauszukommen. Wunder wirken können wir freilich nicht; aber wir können die Seelennot, die unser Volk quält und peinigt, mildern. Unser Volk soll aber auch wissen, daß wir hier im Provinzialrat nur gehört werden. Wir haben zwar eine beratende Stimme, ob aber diese beratende Stimme immer Berücksichtigung findet, ist nicht verbürgt. Beschlüsse und Entscheidungen sind uns nicht übertragen. Demokratie, Freiheit und Selbstverwaltung sind aber das Ziel, das wir durch opferwillige Mitarbeit recht bald zu erreichen hoffen. Dieses freimütige Wort möge bei allen Stellen, die über uns Gewalt haben, zu der Erkenntnis beitragen, daß der Provinzialrat eine Körperschaft sein will, die fest entschlossen ist, mit der Regierung zusammen zu arbeiten. Wir wollen durch gemeinsame Arbeit die Not des Landes mildern, das bestehende Mißtrauen bannen, die politische Atmosphäre säubern und ein Fundament zum dauernden Frieden bauen helfen. Dazu sind wir bereit. Wir wollen im deutschen Vaterland nicht nur das Leben ertragen, sondern wir wollen es auch gestalten. (Lebhafter Beifall).“

Dr. Amelunxen: Das Wort hat jetzt der Vertreter der Militärregierung, Major *Bailey*.

Major Bailey führte aus: Meine Damen und Herren! Sie werden sich gewundert haben, daß die Militärregierung gewünscht hat, daß Herr *Gronowski* seine Rede, die Sie soeben gehört haben, erst während der Nachmittagssitzung, statt heute morgen hielt.

Der Grund lag nicht darin, daß wir den Inhalt seiner Rede nicht billigten, sondern weil wir fühlten, daß sie Feststellungen enthielt, die eine Antwort durch die Militärregierung verlangten. Wir sind heute Nachmittag zusammen gekommen, um die Frage Ihrer beratenden Fähigkeit zu besprechen. Hier kann diese Besprechung stattfinden, die, wie Sie wohl mit mir übereinstimmen werden, während der formellen Eröffnung heute morgen nicht passend gewesen wäre.

Herr *Gronowski* sagte, daß es nicht gewährleistet sei, daß Ihre beratende Stimme immer in Betracht gezogen werde, und daß Sie nicht betraut seien mit Entschlußfassungen und Entscheidungen.

Meine Damen und Herren! Wir erkennen Ihr Anerbieten in diesem ersten zentralen Rat Westfalens vollkommen an und wissen es zu schätzen. Wir verstehen vollkommen Ihren ernsten Wunsch, eine tatkräftigere und ausführende Rolle in der Regierung dieser Provinz zu spielen statt einer beratenden. Das beweist Ihren uneigennützigen Wunsch, Ihrem Lande in der Stunde der Not zu dienen.

---

1 Vormittagssitzung: Rede von Brigadier *Chadwick*; Rede von Oberpräsident *Amelunxen*. Nachmittagssitzung: Eröffnung durch Oberpräsident *Amelunxen*.

Sie werden jedoch verstehen, daß, bis die benötigte Wahlmaschinerie nicht läuft, es nicht möglich sein wird, unser Ziel zu verwirklichen, das heißt eine erwählte Körperschaft, die die Wünsche der gesamten Bevölkerung darstellt, zu bilden. Deshalb haben wir den politischen Parteien Sitze zugeteilt, nach unserem besten Wissen und in dem gerechtesten Verhältnis.[2]

Wir glauben, daß Sie zustimmen werden, daß ein Provinzialrat eine ernannte Körperschaft bleiben muß, bis es möglich sein wird, Wahlen abzuhalten. Zur gleichen Zeit werden Sie logischerweise fragen: „Warum sollte nicht solch eine Provinzialversammlung mit größeren Machtbefugnissen betraut werden, als nur beraten zu können?" Meine Damen und Herren! Wir selbst sind daran interessiert, daß eine ernannte Körperschaft wie die Ihrige sobald wie möglich ausführungsberechtigte Machtbefugnisse erhält, ganz abgesehen von den Wahlen, die noch eine gewisse Zeit dauern werden.

Aber ehe das geschehen kann, sind noch einige technische Schwierigkeiten zu überwinden. Ein ausführungsberechtigter Rat, ob ernannt oder gewählt, benötigt eine Verfassung irgendeiner Art, eine Festlegung seiner ausführenden und gesetzgebenden Befugnisse. Außerdem benötigt er eine Niederlegung der Befugnisse über die Überwachung der einzelnen Abteilungen der Verwaltung. Wenn Ihr Provinzialrat nach den Wahlen unmittelbar verantwortlich wird, für bestimmte Tätigkeiten innerhalb der Verwaltung, wie wird er dann diese Tätigkeit überwachen? Wir haben soeben die vorläufigen Richtlinien der Kontrollkommission erhalten, die festlegten, daß dieser beratende Rat die Grundlage für einen ausführenden Rat bilden soll, der die politische Überwachung über die Provinzialregierung ausüben wird. Das wird geschehen mit der Ernennung von politischen Chefs oder Ministern durch die Militärregierung, die für die Hauptabteilungen der Regierung verantwortlich sein werden. Es ist daher möglich, daß die politischen Parteien in Kürze aufgerufen werden, ihre Vorschläge zu unterbreiten, sobald die Militärregierung die Verteilung der Ministerposten entschieden hat.

Aber ehe wir diese Ministerposten zuteilen können, müssen wir darüber wissen, was sie umschließen. Welche Ministerien sind zu bilden und was sind die Machtbefugnisse, die der Provinzialrat durch diese Minister über die verschiedenen Abteilungen ausüben kann?

Dazu müssen wir Ihnen sagen, daß wir noch weitere Richtlinien von der Kontrollkommission erwarten. Offensichtlich bedarf die Frage der ausführenden und gesetzgebenden Verantwortlichkeit in bezug auf die allgemeine Verwaltung und die verschiedenen Abteilungen einer Regelung auf einer gleichen Grundlage für die gesamte Zone. Das ist jedoch eine Angelegenheit, bei der Sie uns zu einer schnellen Lösung helfen können. Ihre erste Aufgabe, die die Militärregierung von Ihnen gelöst zu haben wünscht, wird es sein, Ihre Vorschläge zu unterbreiten, darüber, wie sie glauben, daß diese beratende Körperschaft am besten in eine ausführungsberechtigte umgewandelt werden kann und welche Regierungsfunktionen am besten durch solch eine ausführungsberechtigte Körperschaft übernommen werden können. Die Vorschläge sollen in Verbindung mit dem Oberpräsidenten und seinen Generalreferenten, die vorläufig noch der Militärregierung für die verwaltende Provinz gegenüber verantwortlich bleiben, vorbereitet werden.

Wir, wie auch die Kontrollkommission, haben unsere eigenen Pläne in dieser Angelegenheit. Wir werden deshalb in Kürze durch den Oberpräsidenten Ihnen weitere Einzelheiten über den Plan übermitteln,[3] so daß Ihre Erwägungen sich in Übereinstimmung mit den allgemeinen Richtlinien der Kontrollkommission bewegen, wie Sie für alle Provinzen und Länder in dieser Zone gelten.

Jeder Plan, den Sie beschließen, muß natürlich dehnbar sein, um spätere Abänderungen zu gestatten, wenn sie eine ernannte Körperschaft, durch – wie Sie wohl alle zustimmen werden, daß wir es wünschen – einen frei gewählten Rat für die Provinz Westfalen ersetzt werden.

2 Vgl. Nr. 62a.

3 Hierzu die Richtlinien der Militärregierung vom 10. 5. 1946 (Nr. 107).

Zum Abschluß meine Damen und Herren, möchten wir noch folgendes unterstreichen. Wir sind am Anfang eines großen Versuchs, der Regierung Deutschlands durch das Volk für das Volk. Das ist etwas, was Ihnen während der letzten 12 Jahre verweigert wurde. Wir sind darum sehr bestrebt, daß es Ihnen in Zukunft nicht mehr verweigert wird. Darum unternehmen wir alle möglichen Schritte, um zu vergewissern, daß dieses Ideal ein tatsächlicher Erfolg wird.

Sie mögen uns der Langsamkeit beschuldigen, aber vergessen sie nicht, daß es weniger als ein Jahr her ist, daß die letzte Kugel abgeschossen wurde. Wir alle hier sind stärkstens an dem Wiederaufbau Deutschlands interessiert; aber wir wollen sicher sein, daß wir uns nicht durch schnelles Vorwärtsgehen statt in einer Evolution in einer Revolution wiederfinden. (Lebhafter Beifall)

Oberpräsident Dr. Amelunxen: Ich danke dem Herrn Vertreter der Militärregierung für seine grundsätzlichen Ausführungen und frage, ob dazu das Wort gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß diese Frage in der ersten Sitzung des Hauptausschusses besprochen werden wird. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Der nächste Punkt betrifft die Ruhrfrage. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Provinzialratsmitglied Henssler: Meine Damen und Herren! Ich spreche im Namen aller Fraktionen. Wir wollen die erste Sitzung des Provinzialrates nicht vorbeigehen lassen, ohne unsere Auffassungen kundzugeben zu dem dringenden und bedeutsamen Rhein-Ruhrproblem. Ich schlage daher vor, daß der Provinzialrat folgender Entschließung zustimmt:[4]
Die erste Sitzung des Westfälischen Provinzialrates wendet sich entschieden gegen alle Bestrebungen, das Rhein-Ruhrgebiet aus dem Bestand des Deutschen Reiches zu lösen (Zustimmung). Das Leben des deutschen Volkes und die Sicherung des Friedens ist nur in einem ungeteilten demokratischen Deutschland garantiert (Zustimmung). Die Schaffung einer zentralen deutschen Regierung ist ein Gebot der Stunde, um eine von der Zoneneinteilung unabhängige Regelung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Fragen zu ermöglichen (Zustimmung). Ich glaube einer besonderen Begründung bedarf es nicht. (Lebhafter Beifall).

Oberpräsident Dr. Amelunxen: Ich bitte diejenigen Mitglieder des Provinzialrates, die der Resolution zustimmen, ihre Hand zu erheben. (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe (erfolgt). Die Resolution ist somit einstimmig angenommen.

[...][5]

4 Die Entschließung war am 27. 4. 1946 bei einer Vorbesprechung zwischen Vertretern der Provinzialregierung und der Parteien formuliert worden (Landtagsarchiv NRW, A 10102/1).

5 Wahl der Ausschüsse; Festsetzung des Termins für die erste Hauptausschußsitzung (14. 5. 1946; vgl. Nr. 113a).

97.

2. 5. 1946: Notizen von Oberpräsident Lehr über die Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats in Hamburg

HStA Düsseldorf, NW 53–261. An- und Untersteichungen. Hs. Vermerke Lehrs.

I. Tagesordnung:
1. Wahl des Vorsitzenden
2. Beschluß der Tagesordnung
3. Antrag des OP *Steltzer* über Verwaltungsaufbau[1]
4. Zweckmäßige künftige Gestaltung des Zonenbeirats

II. Teilnehmer mit beschließender Stimme: Die Mitglieder dieses Ausschusses und des Hauptausschusses. Die gemeinsame Tagung unter Hinzuziehung der Mitglieder des Hauptausschusses war mit Rücksicht auf die beabsichtigte Erörterung über die künftige Gestaltung des Zonenbeirates beschlossen worden.

III. Sitzungsverlauf:

1. Wahl des Vorsitzenden: Zum Vorsitzenden wurde das Ratsmitglied *Heile* (FDP) gewählt.

2. Beschluß der Tagesordnung: Gemeinsame Erörterung der Punkte 3 und 4.

3./4. Verwaltungsaufbau unter Einbeziehung der Fragen der territorialen Neugliederung und der künftigen Gestaltung des Zonenbeirats. OP STELTZER begann sein Referat mit Ausführungen darüber, daß weder das Bismarck-Reich noch die Weimarer Republik nach Wegfall Preußens einen geeigneten Anknüpfungspunkt für den Neuaufbau bieten könnten. Die Zonenordnung müsse so gestaltet werden, daß sie für den Augenblick genüge, ohne den späteren größeren Zusammenschluß zu verbauen. Die frühere Tendenz zu immer stärkerer Zentralisation in Berlin habe sich durchaus schädlich ausgewirkt. Schon die Länderkonferenz von 1928[2] habe die Weimarer Regelung als unbefriedigend bezeichnet und eine erhöhte Selbständigkeit der Provinzen gefordert, ohne damit für diese Provinzen die Idee selbständiger Staatlichkeit in Anspruch zu nehmen. Damals habe es sich in der Hauptsache um die Streitfrage gehandelt, ob die Regierungsbezirke oder die Provinzen aufzuheben seien. Der Einheitsgroßstaat sei veraltet und überlebt. Maßgebend müsse ein gesunder Wettbewerb der Länder sein. Soweit es sich um die Kompetenzen der Länder einerseits und des Ganzen andererseits handele, könne man an die Weimarer Verfassung anknüpfen; man gewinne dadurch eine zweckmäßige Aufbauform, müsse allerdings Sicherheitsfaktoren bezüglich der Kompetenz-Kompetenz des Reiches einbauen. Wesentlich sei nicht die Verschiebung der Zuständigkeiten, sondern die Dezentralisation der Verwaltung. Sowohl die Zentralgewalt wie die Landesregierungen müßten ihre Aufgabe darin sehen, zu regieren und nicht zu verwalten. Der Einfluß der Länder auf die Zentrale müsse verstärkt werden; auf der Länderstufe müsse

1 Vgl. dazu die Nrn. 69, 76.

2 Vgl. Nr. 85, Anm. 3.

die Einheit der Verwaltung hergestellt werden, allerdings nicht nur in der Form der Bestellung besonderer Kommissare für die Zusammenfassung der Sonderverwaltungen auf der Mittelstufe. Schule, Bauwesen, Gesundheit und Wirtschaft gehörten in die Länderregierung. Finanzen, Justiz, Arbeit, Verkehr und Wasserstraßen müßten wohl zentral zusammengefaßt werden. Dabei sei für die Regelung der Mittelstufe im einzelnen folgendes zu beachten:

a) Bei der Finanzsonderverwaltung müsse von der Reichsabgabenordnung von 1919 ausgegangen werden. Die Länder müßten im Rahmen des Finanzausgleichs das Recht zur selbständigen Ausschreibung und Erhebung von Steuern erhalten; ein Teil der Realsteuern müsse an einen zentralen Ausgleichsstock fließen. Die Erhebung der Reichssteuern sollte durch alle Finanzverwaltungen erfolgen. Auf der Kreisstufe sollte man die Finanzämter kommunalisieren.

b) Auf dem Gebiete der Justiz sei eine eigene Landesjustizverwaltung zweckmäßig und wünschenswert. Die Gesetzgebung müsse beim Provinziallandtag liegen; die Einbringung der Gesetze sei Sache der Landesregierung. Die Staatsanwaltschaft müssen den Weisungen der Landesregierung unterliegen, die auch das Gnadenrecht auszuüben habe.

c) Auf dem Gebiete der Arbeitsverwaltung brauchten die Länder zum Aufbau aus eigenen Kräften eine eigene Verfügung über die Arbeitskraft der Bevölkerung.

d) Auf dem Gebiete des Straßenbaus und des Verkehrs sei eine gelenkte Zusammenarbeit aller Verkehrsarten nötig. Die Zentralinstanz müsse sich auf diese lenkende Zusammenfassung beschränken. Örtliche Schwierigkeiten müßten in der generellen Kreisstufe ausgeglichen werden. Die örtliche Vereinigung mit der Wirtschaftsverwaltung sei zweckmäßig; dafür sollten im Rahmen der Landeswirtschaftsverwaltung besondere Verkehrsabteilungen geschaffen werden. Die Bauaufgaben müßten abgetrennt werden. Diese gehörten auf keinen Fall in den Zuständigkeitsbereich einer Zentralverwaltung. Abzulehnen sei auf jeden Fall ein eigenes Steuererhebungsrecht der Straßenbaubehörde.

e) Auf dem Gebiete der Wasserstraßen müsse die Landesregierung zuständig sein.

f) Auf dem Gebiete der Wirtschaft müsse man sich gegen eine Ausgliederung der Landeswirtschaftsämter wenden.

g) Die Ernährung müsse der Landesverwaltung verbleiben. Die Kreisernährungsämter müßten örtlich kommunalisiert werden. Die autoritäre Stellung der Landesbauernschaften müsse beseitigt werden.

Die territoriale Neugliederung müsse den Grundsatz haben, politisch, landsmannschaftlich und verkehrsmäßig zusammengehörige Gebiete auch zusammen zu lassen. Die Länder dürften nicht zu klein bemessen werden; Länder mit einer Bevölkerung von 1–2 Mill. könne er keineswegs befürworten. Die Verhältnisse in der amerikanischen Zone müßten berücksichtigt werden. Wenn man möglichst wenig Eingriffe in gewachsene Länder vornehmen wolle, komme man in der britischen Zone zu der Zahl 5. Eine Zusammenfassung von Hamburg und Schleswig-Holstein halte er nicht für gut. Allenfalls könnte man daran denken, Teile von Nord-Hannover zu Schleswig-Holstein zu schlagen. Die Frage eines Nordsee-Landes mit dem Mittelpunkt Bremen müsse geprüft werden.

Wenn man Länder mit einer Bevölkerung von 6–7 Mill. für die zweckmäßige Lösung halte, müsse man erwägen, daß damit die größte Leistungsfähigkeit gesichert sei, daß dann aber auch größere Eingriffe nötig seien. Man würde dann zu einer 3-Teilung kommen, nämlich a) Hamburg + Schleswig-Holstein + Küstenstreifen, b) Hannover + Braunschweig + östlicher Teil von Westfalen, c) Nord-Rhein-Provinz + Westlicher Teil von Westfalen.

Er möchte allerdings nicht dazu raten, größere Eingriffe in die gewachsenen Länder vorzunehmen, und daher zunächst einmal einer solchen 3-Gliederung abraten.

Auf dem Verwaltungsgebiete befürworte er die Beseitigung der Regierungsbezirke.

Der Zonenbeirat müsse zum zentralen Beratungsorgan werden; das habe zwangsläufig zur Folge, daß alle anderen Sondergremien auszuschalten seien. Der gegenwärtige Zustand völliger Ungeklärtheit und die Aufsplitterung in Zonenorgane sei unerträglich.[3] Er hoffe, daß dem Zonenbeirat Gelegenheit gegeben werde, auch zu seiner eigenen Neugestaltung vor endgültigen Beschlüssen gehört zu werden.

HEILE (FDP) schlug als Vorsitzender die Verteilung des Referates des OP *Steltzer* an die einzelnen Ratsmitglieder vor[4] und bat, die heutige Aussprache darauf zu beschränken, welche Aufgaben und Stellung der Zonenbeirat haben solle.

DR. ADENAUER (CDU) warnte vor Verteilung des *Steltzer'schen* Referates.

REIMANN (KPD) sprach sich für die Besprechung des *Steltzer'schen* Referates im Kreise mindestens der Parteibürokratie aus.

HEILE (FDP) erklärte, nach seiner Auffassung könne sich die verlangte Vertraulichkeit der Besprechungen nur darauf beziehen, daß nicht über Vorgänge im Rat oder im Ausschuß gesprochen werde.

DR. ADENAUER (CDU) meinte, solange die Arbeit von OP *Steltzer* noch eine Privatarbeit sei, könne jeder damit machen, was er wolle.

SPLIEDT schloß sich der Auffassung von *Heile* an, daß sich die Vertraulichkeit doch nur auf die internen Vorgänge beziehen könne.

OP DR. LEHR folgte dieser Auffassung und meinte, man dürfe nur keine Indiskretionen aus diesem Kreise begehen.

3 Der von *Steltzer* in der Sitzung des Zonenbeirats am 2./3. 5. 1946 vorgebrachte Wunsch, daß eine möglichst baldige Unterordnung der zahlreichen bei den Fachabteilungen der britischen Militärregierung gebildeten „Beiräte" unter den Zonenbeirat erfolgen solle, wurde am 25. 5. von der CCG/BE zurückgewiesen; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 19, S. 459 mit Anm. 43.

4 Das Referat *Steltzers* wurde in Form einer gedruckten Broschüre verteilt (z.B. im Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218).

Der Vorsitzende HEILE machte darauf folgenden Vorschlag: Der Vorsitzende wird gebeten, bei der Militärregierung vorstellig zu werden, daß wichtige Vorlagen dem Zonenbeirat vorher zur Stellungnahme vorgelegt würden. Der Ausschuß vertagte sich darauf, nachdem er OP *Steltzer* gebeten hatte, im Plenum einen kurzen Bericht zu erstatten.[5]

5 *Steltzer* trug im Plenum des Zonenbeirats am 2./3. Mai fünf Leitsätze zur Verwaltungsreform vor, wobei die territorialen Fragen keine Berücksichtigung fanden; allerdings wurde vom Zonenbeirat beschlossen, „die britische Kontrollkommission zu ersuchen, in der Frage des weiteren staatsrechtlichen Schicksals der britischen Zone oder ihrer Teile keine Entschließung ohne vorherige gutachtliche Stellungnahme des Zonenbeirats zu treffen." Die Kontrollkommission teilte daraufhin am 25. 5. 1946 mit, den Zonenbeirat bei grundsätzlichen politischen Fragen zu Rate ziehen zu wollen, und weiter: „Wir gedenken den Zonenbeirat z.B. in Kürze zu der Frage der zukünftigen Gestaltung der britischen Zone in verfassungsmäßiger Hinsicht und zur Neuordnung der Gebietsgrenzen der Länder und Provinzen zu hören"; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 19, S. 459f. mit Anm. 44.

98.

4. 5. 1946: Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über ein Gespräch mit dem Controller[1] der Militärregierung Westfalen, Major Emck

HStA Düsseldorf, NW 57–154.[2] Abschrift.

1. Herrn Oberpräsidenten vorzulegen.

Heute Mittag wurde ich zu Major *Emck* gebeten und in ein längeres Gespräch gezogen über allgemeine Organisationsfragen für die Verwaltung der britischen Zone. Zunächst schnitt Major *Emck* die Frage an, wie wir uns die zukünftige Stellung der Regierungspräsidenten dächten. Gegenwärtig sei ihre Stellung wohl etwas mißlich und es schiene ihm angezeigt, recht bald zu einer Klärung dieser Frage zu kommen. Die Militärregierung möchte gar bald schriftliche Vorschläge des Oberpräsidenten erhalten, wie dieser sich die Regelung der Frage dächte. Dabei sei zunächst davon auszugehen, daß die Provinz ihren bisherigen Umfang behielte und durch eine Regierung in Form einer Landesregierung verwaltet würde.[3] Ich erklärte demgegenüber, daß mir die grundsätzliche Stellungnahme des Herrn Oberpräsidenten hinreichend bekannt sei, um sagen zu können, daß wir unter diesen Umständen die Regierungspräsidenten und die ganze Regierungsinstanz in Zukunft für entbehrlich hielten. Einzelvorschläge über deren Abbau müßten natürlich noch ausgearbeitet werden.

1 Zur Funktion des „Controllers": Nr. 63, Anm. 3.

2 Ein weiteres Exemplar: HStA Düsseldorf, RWN 133–10.

3 Vgl. dazu die Richtlinien der Militärregierung Westfalen vom 10. 5. 1946 (Nr. 107).

Anschließend kam Major *Emck* auf die Frage der künftigen territorialen Gliederung der britischen Zone zu sprechen. Von manchen Seiten würde empfohlen, die britische Zone in drei Länder aufzuteilen, von denen eines etwa Westfalen-Lippe und die heutige Nord-Rheinprovinz umfassen könnte. Falls ein solcher Plan Wirklichkeit würde, könnte man allerdings wohl die Entbehrlichkeit der Regierungsinstanz bezweifeln. Ich erwiderte, daß ich unter diesen Umständen auch nicht ohne weiteres für deren Abschaffung plädieren könne. Im Zusammenhang damit erwähnte ich dann den in weiten Kreisen der Bevölkerung bestehenden Wunsch, die Grenze der Provinz gegen das Rheinland nicht zu verändern, dagegen die alten westfälischen Landesteile, die jetzt zu Hannover bzw. Oldenburg gehören, der Provinz Westfalen wieder anzugliedern.[4] Noch weitergehende Wünsche gingen auf Einverleibung ganz Oldenburgs und auch Ostfrieslands in die zu einem Lande auszugestaltende Provinz Westfalen.

Für den Augenblick wünscht jedoch die Militärregierung schriftliche Vorschläge nur über die Frage des zukünftigen Schicksals der Regierungsinstanz. Ich habe zugesagt, daß eine diesbezügliche Denkschrift baldmöglichst vorgelegt werden würde.[5]

2. Abschrift Herrn Generalreferenten Dr. *Menzel* zur gefl. Kenntnisnahme.[6]

[von] O[er]

4 Siehe Nr. 35.

5 Nicht ermittelt.

6 Pkt. 2 von Hand nachgetragen.

99.

5. 5. 1946: Oberpräsident Lehr an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf)

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 192. Abschrift.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Zu Ihrem Schreiben vom 15. 4. 1946,[1] dessen Empfang ich dankend bestätige, kann ich Ihnen mitteilen, daß bei der unmittelbar bevorstehenden Umgestaltung des nichtexekutiven Provinzialrats zum ernannten Provinzial-Landtag eine Änderung des bei den ersten Berufungen zum nichtexekutiven Provinzialrat von der Militärregierung festgesetzten Verhältnisses 1:1:1 zwischen CDU, SPD und KPD[2] eintreten wird. Gegenüber den von den Vertretern der Militärregierung zunächst genannten Zahlen für die neu einzureichen-

1 Vgl. Nr. 71, Anm. 1, 3, 5.

2 Zur Zusammensetzung des Provinzialrats vgl. Nr. 61.

den Wahlvorschläge hat sich allerdings bereits mein Vertreter während meiner Reise nach Hamburg zu einem nachdrücklichen Hinweis auf die Ergebnisse der Wahlen 1932/33 sowie das Ergebnis der Abstimmung für die konfessionelle Schule und die neuesten Wahlen in der amerikanischen Zone veranlaßt gesehen.[3]

Bei meiner Rückkehr von Hamburg sind mir nun die jetzt von der Militärregierung für die Mandatsverteilung vorgesehenen Zahlen mitgeteilt worden.[4] Auch diese werden noch Gegenstand weiterer Verhandlung sein müssen, bei denen Ihre persönliche Einschaltung von größter Bedeutung ist.[5]

Bezüglich der Vorschläge selbst kann diesmal Ihrem Wunsche in vollem Umfange Rechnung getragen werden, da die politischen Parteien selbst Namen und Reihenfolge der Kandidaten bestimmen, wenn sich auch naturgemäß die Militärregierung die letzte Entscheidung vorbehält. Regierungsvizepräsident Dr. *Wandersleb* hat in dieser Angelegenheit dem Landessekretär der CDU, Herrn Dr. *Schreiber*, persönlich einige Mitteilungen gemacht, die inzwischen vielleicht bereits an Sie weiter gegeben worden sind.[6]

Bezüglich der bisherigen Zusammensetzung des Provinzialrats nehme ich Bezug auf die Darlegungen meines Schreibens vom 5. 4. 1946.[7] Es haben zahlreiche Verhandlungen und Besprechungen stattgefunden, in die ich mich, wie ich bereits dargelegt habe, nicht, oder nur zu einem kleinen Teil, eingeschaltet habe. Nach längerer Unklarheit über die Absichten der Militärregierung mußten dann plötzlich innerhalb kürzester Frist Benennungen vorgenommen werden, wobei sich die Gesamtzahl und die Aufschlüsselung nach Parteien mehrfach ganz kurzfristig geändert haben. Es blieb deshalb für mich nichts anderes übrig, als mit den Mitgliedern der verschiedenen Parteien zu verhandeln, die gerade verfügbar waren. In den meisten Fällen haben diese wohl auch ihrerseits mit den maßgeblichen Herren auf schnellstem Wege Fühlung genommen. Jedenfalls sind von anderer Seite darüber keine Beanstandungen erfolgt. Allerdings sind die SPD und KPD trotz zahlenmäßig gleicher Stärke mit der CDU in den 3 politischen Hauptgruppen mit der gegenwärtigen Zusammensetzung des nichtexekutiven Provinzialrats gleichfalls sehr unzufrieden, weil sie auf ein gewisses Überwiegen der CDU in den sogenannten berufsständischen Gruppen, z.B. bei Kultur, und das Hinzukommen anderer nichtsozialistischer Gruppen, wie Zentrum, FDP und Jüdischer Gemeinden[8], hinweisen können.

3 Siehe Nr. 95.

4 Vgl. hierzu das Schreiben *Lehrs* an die Militärregierung vom 8. 5. 1946 (Nr. 106).

5 Am 14. 5. 1946 wandte sich *Adenauer* persönlich an den Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, *Barraclough* (ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 237); am 5. 6. 1946 berichtete *Lehr* dem CDU-Vorsitzenden über den Fortgang der Verhandlungen (Nr. 145).

6 Vgl. die Aufforderung des Oberpräsidiums vom 30. 4. 1946 an die Parteien, Vorschläge für einen ernannten Provinzial-Landtag einzureichen (Entwurf: Landtagsarchiv NRW, A 09030/35).

7 Nr. 71 mit Anm. 1.

8 In einem Schreiben vom 6. 5. 1946 wies der Oberpräsident *Adenauer* noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß ein spezielles Vertretungskontingent der christlichen Religionsgemeinschaften von der Militärregierung abgelehnt worden sei; die jüdischen Mitglieder des Provinzialrats seien nicht als Vertreter einer religiösen Gemeinschaft, sondern einer Volksgruppe aufzufassen (StBKAH, 06.05).

Die Besetzung der leitenden Posten meiner Verwaltung, deren Zusammensetzung im übrigen nur zum Teil von mir beeinflußt worden ist, und die ich zum großen Teil bereits fertig organisiert vorgefunden habe, ist im wesentlichen nicht unter politischen, sondern unter fachlichen Gesichtspunkten erfolgt, was m.E. gerade den Interessen der CDU im wesentlichen entspricht.

Neben zahlreichen Abteilungsleitern, die der CDU zum mindesten weltanschaulich nahe stehen, sind nur zwei SPD-Vertreter, die Herren *Stöver* und Prof. Dr. *Kuske*, vorhanden. KPD, Zentrum und Freie Demokratische Partei sind überhaupt nicht berücksichtigt. Bei den übrigen Beamten in höherer Stellung ist das Verhältnis ganz ähnlich, was zu dauernden schärfsten Angriffen von links gegen mich, und zwar nicht nur in der Nord-Rheinprovinz selbst, Anlaß gibt.[9] Die KPD ist in der ganzen Provinzialregierung nach meiner Kenntnis überhaupt nur mit einem einzigen Referenten vertreten.

Ich bitte, mich hier auf diesen kurzen Hinweis beschränken zu dürfen und würde es begrüßen, auch diese Frage ausführlich mündlich mit Ihren erörtern zu können, zumal eine solche eingehende Besprechung bezüglich der Neugestaltung des nichtexekutiven Provinzialrats zum ernannten Provinzial-Landtag und der Neugliederung der Provinzialregierung in der vor uns liegenden Woche dringend erforderlich ist.[10] Ihrem Terminvorschlag dazu sehe ich gern entgegen.

Mit verbindlichen Grüßen

gez. Dr. *Lehr*

9 Siehe Nr. 67.

10 Wie aus einem Schreiben *Adenauers* an *Lehr* vom 20. 5. 1946 hervorgeht, kamen *Arnold* und er einerseits sowie *Lehr* und *Wandersleb* andererseits am 16. 5. zur einer personalpolitischen Besprechung zusammen. In dem Schreiben teilt *Adenauer* mit, *Arnold* und er seien zu der Ansicht gekommen, daß die CDU in der Verwaltung der Nord-Rheinprovinz nicht in starkem Maße vertreten sei. Außerdem wandte er sich nachdrücklich gegen die Zusammenlegung der Abteilung Landwirtschaft mit der Abteilung Wirtschaft, da diese Maßnahme nichts Anderes bezwecke, „als auch die gesamte Ernährung und die Landwirtschaft unter sozialdemokratische Führung zu bringen, da ja wohl ziemliche Gewißheit dafür besteht, daß Herr Professor *Kuske* der zuständige Minister werden wird." (ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 238); zur erwähnten Zusammenlegung von Abteilungen vgl. Nr. 101, Anm. 6.

100.

6. 5. 1946: Wortprotokoll der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz[1] (Auszüge)

Landtagsarchiv NRW, A 09010/5/1.

Oberpräsident Dr. Lehr: Ich eröffne die heutige Sitzung des Provinzialrates und heiße Sie herzlich willkommen. Vor Beginn der Tagesordnung sind vier unserer Mitglieder, die bisher noch keine Berufungsurkunde bekommen haben, einzuführen und Ihnen die Urkunde auszuhändigen. Es sind dies: Oberbürgermeister Dr. *Adenauer*, Franz *Heinen*, Dr. Friedrich *Middelhauve*, Hermann *Runge*.[2]

Wir treten dann in die Tagesordnung ein. Nach der bisherigen Gepflogenheit erstatte ich Ihnen jedesmal einen Bericht über die gegenwärtigen Verhältnisse. Ich bin soeben zurückgekehrt von einer achttägigen Abwesenheit von Düsseldorf. Es führte mich wieder einmal die Sorge um die Ernährung unserer Nord-Rheinprovinz nach Hamburg und in einige in der Nachbarschaft gelegene Gebiete, sodann die Tagung der Regierungschefs und des Zonenbeirates, dem einige wichtige Ausschußsitzungen[3] vorangingen. Des weiteren war die Zeit ausgefüllt durch Besprechungen mit maßgebenden Stellen der Militärregierung, so daß eine überaus arbeitsreiche Woche hinter mir liegt. Ich bin am Samstagabend zurückgekommen und fand nach achttägiger Abwesenheit einen außerordentlich großen Berg von Arbeit hier vor, aber auch wichtige Verhandlungen mit der Militärregierung.[4] Diese Verhandlungen betrafen auch die Umgestaltung unserer Provinz und des Gremiums, in dem Sie hier sitzen. Sie sind noch nicht zum Abschluß gekommen, da natürlich der zur Verfügung stehende Sonntag nicht ausreichte.

Ich darf dann anknüpfend an diese einleitenden Bemerkungen Ihnen berichten, daß in der Zwischenzeit wichtige Ereignisse sich vollzogen haben. Vor allem ist hervorzuheben eine Enquete des Wirtschaftsbeirates in Minden und des Zentralamtes für Wirtschaft an dem gleichen Ort zur Kohleförderung.[5] Diese Enquete hat ganz ausgezeichnete Ergebnisse gehabt, und es bleibt nur zu hoffen, daß die Grundsätze, die dort aufgestellt wurden, recht bald verwirklicht werden können. Es ist die Kohlenkrise als Teilproblem der gesamten Krise behandelt worden. Es ist der verhängnisvolle Fehlzirkel, der bisher zwischen der Kohle und der übrigen Wirtschaft bestand, dargelegt worden und die Kohlenkrise als Ansatzpunkt zur Behebung dieser Krise. Es sind die technischen und organisatorischen Verbesserungen angeregt worden und es ist auch die Verstärkung der menschlichen Arbeitskraft in allen ihren Möglichkeiten erwähnt worden. Ich nehme an, daß diese ausgezeichnete Denkschrift, welche der Wirtschaftsrat und die Kohletagung veröffentlicht hat, zum großen Teil in Ihren Händen ist. Wenn das nicht der Fall ist und Sie den Wunsch haben, dann werde ich diese Denkschrift vervielfältigen lassen und Ihnen allen zustellen. Ich glaube, sie ist so wichtig und für ihr Amt jetzt und in dem neuen

1 Vor der Plenumssitzung fand eine Sitzung des Hauptausschusses statt, deren Protokoll (Landtagsarchiv NRW, A 09020/4/2) im Vergleich zu diesem Wortprotokoll allerdings sehr dürftig ist.

2 Vermutlich waren die hier genannten vier Mitglieder bei der Einführung am 22. 3. 1946 verhindert; vgl. Nr. 68a.

3 Vgl. Nr. 97.

4 Siehe Nr. 95.

5 Hierzu W. Abelshauser, 1984, S. 37f.

Gremium sehr wichtig, so ausgezeichnet über Kohle und die damit zusammenhängenden Verhältnisse unterrichtet zu werden. Ich sehe aus Ihren Äußerungen, daß Sie den Wunsch haben. Wir wollen die Denkschrift vervielfältigen für sämtliche Mitglieder des Provinzialrates.

Im Anschluß an diese bedeutungsvolle Tagung hier in Minden, ich gehe chronologisch vor in meinem Bericht, fand in Stuttgart ebenfalls eine sehr bedeutungsvolle Tagung statt, eine Tagung des Länderrats der drei süddeutschen Länder, Bayern, Groß-Hessen, Nord-Baden – Nord-Württemberg, und gleichzeitig der Vertreter des britischen Zonenbeirats in Hamburg, die für die gesamte Zone sprachen. Ich möchte diese bedeutungsvolle Tagung nicht in den Einzelheiten vortragen. Die Zeit ist hier zu knapp, aber ich möchte Sie auf folgendes hinweisen. Diese Tagung, die im besten Einvernehmen zwischen Nordwest und Süd stattfand und unter dem wechselnden Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten und von mir tagte, zum Zeichen des besonderen und guten Einvernehmens, kam zu einer wichtigen Entschließung für die deutsche Einheit. Ich lese Ihnen diese kurze Entschließung im Wortlaut vor: (Entschließung wird verlesen).[6] Ich wiederhole noch einmal, dieser Satz war sehr viel umstritten: Länder sind nur Bausteine einer höheren Einheit. Das ist der Wortlaut dieser bedeutungsvollen Entschließung, und er hat die Billigung der zuständigen amerikanischen und britischen Militärregierung gefunden. Leider hat der Bericht über diese Tagungen in der Presse in unserem Bezirk jedenfalls nicht die notwendige Aufmerksamkeit gefunden, die er verdient. Das mag daran liegen, daß in Süddeutschland im Anschluß an die Tagung noch eine Pressekonferenz abgehalten werden konnte, während wir es hier in der Nord-Rheinprovinz bei einer Übersendung des Materials belassen mußten. Es wäre sehr erwünscht, wenn im Anschluß an die heutige Tagung und ausgehend von der Tatsache, daß der Provinzialrat von dieser Kundgebung Kenntnis nimmt, die Presse noch einmal die Bedeutung unterstreicht, wie wichtig es ist, daß Nord und Süd sich zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bekennen und von dem Grundsatz ausgehen, daß alle staatlichen Zwischenbildungen in der Übergangszeit nur so abgestimmt werden können, daß sie Bausteine einer künftigen höheren Ordnung sind.

[...][7]

Zu dem selben Zeitpunkt, in dem wir hier in schweren Sorgen der Ernährung und Wirtschaft sind, kommt die Änderung unserer Organisation. Sie wissen, daß wir bereits im vergangenen Jahr schwerwiegende Änderungen unserer deutschen Verwaltung erfahren haben durch die Einführung des Systems der Trennung von Gesetzgebung und Exekutive. Ich habe nie daraus ein Hehl gemacht zu allen Zeiten, daß ich für deutsche Verhältnisse diese Gedanken nicht für gut hielt. Die bisherigen Ergebnisse bestätigen meine Befürchtung. Wir müssen davon ausgehen, daß es zur Zeit so bleibt. Ich bin im Begriff, die Fragen mit der Militärregierung zu klären und ich möchte, da die Beratungen morgen beginnen, nicht vorgreifen. Ich möchte mir vorbehalten, Ihnen später einmal zu diesem Punkt zu berichten. Wenn die Engländer das Prinzip gehabt haben, von unten nach oben

6 Vgl. Nr. 72, Anm. 2.

7 Es folgen längere Ausführungen *Lehrs* zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Nord-Rheinprovinz.

aufzubauen und diese Trennung der Gewalt in den untersten Stufen einführen, so haben sie auch ein anderes System eingeführt, nämlich den Aufbau von oben nach unten durch diese zentrale Leitstelle, die ich schon erwähnte. Nun ist im Augenblick noch eine ungeklärte Situation. Wie verhält sich diese zentrale Leitstelle zu den Regierungen der einzelnen Länder und Provinzen, wie werden die einzelnen Länder und Provinzen neu organisiert. Für unsere Nord-Rheinprovinz speziell kann ich nur berichten, daß zunächst an mich der Auftrag ergangen ist, einmal Vorschläge zu machen, wie man die rheinische Provinzialregierung umwandelt in die Regierung eines Landes, in welchem die gesamte Verwaltung in mehreren großen Gruppen zusammengefaßt wird. Zweitens bin ich gebeten worden, einmal persönlich die Meinung zu äußern, wie man statt der Bezeichnung Nord-Rheinprovinz eine Länderbezeichnung einführt. Zum dritten hat sich da die Frage zwangsläufig an den Oberpräsidenten ergeben, wie denn wohl die ganze Zone gestaltet werden soll.[8] Abschließend kann ich noch nicht berichten. Lediglich die Tatsache möchte ich noch erwähnen, daß mein Vorschlag dahin ging, die Verwaltung in fünf großen Gruppen, man wird sie vermutlich Ministerien nennen, zusammenzufassen, und daß ich nur den Auftrag erhalten habe, mit den Parteiführern einmal darüber zu sprechen und zu verhandeln, welche Vorschläge unsererseits an die englische Regierung gemacht werden, die sich vorbehalten hat, diese Posten politisch zu besetzen. Es ist ein Punkt, den wir wohl einmal in kleinerem Kreise besprechen müssen, der noch nicht spruchreif ist für die Verhandlungen im Plenum. Heute ist das Gremium ja nur ein beratendes Gremium, es wird ein beschließendes, gesetzgebendes Gremium werden. Die einzelnen Parteien werden bereits von mir vertraulich Zahlen bekommen, die die Engländer ihnen aufgeben für Neubenennung, zusätzliche Benennung von Mitgliedern. Sie werden gebeten, das bald zu tun, und dann wird mit dem Engländer überhaupt noch zu sprechen sein über die prozentuale Beteiligung und andere Fragen, die sich ergeben. Ich kann das Ganze nur andeuten. Sie können sich denken, wenn man eine Woche weg war und man dann an einem Sonntagmorgen eine solche Fülle von schwerwiegenden Fragen auf dem Schreibtisch findet neben dem Üblichen, daß der Sonntag nicht ausgereicht hat, dieses Pensum zu erledigen. Und da ist es für mich unangenehm, vor Ihnen zu stehen, ohne Ihnen klar zu sagen, der Weg soll da oder dorthin gehen. Ich weiß es selbst noch nicht, diese Sache muß noch geklärt werden. Und wir werden sie sofort klären, denn auch für die Arbeit unserer Verwaltung ist es notwendig, Klarheit zu haben über Zuständigkeit und organisatorische Fragen. Ich möchte damit den gesamten Überblick abschließen und möchte fragen, ob von Ihrer Seite zu diesen Ausführungen das Wort gewünscht wird.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer: Welche fünf Gruppen haben Sie in Aussicht genommen?

Oberpräsident Dr. Lehr: Ich bin davon ausgegangen, daß man als wichtigste Gruppierungen nennt: 1. Allgemeine Verwaltung; 2. die Finanzen; 3. Wirtschaft, wobei ich zunächst zur möglichsten Vereinfachung unter Wirtschaft auch die Landwirtschaft einbeziehe. Sollte uns auf diesem Gebiet größere Beweglichkeit und Zuständigkeit gegeben werden als bisher, ist es immer noch bei der Bedeutung der Landwirtschaft für uns möglich, daß man noch unterteilt, aber zunächst ist als dritte große Gruppe die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit vorgesehen. Die vierte große Gruppe ist das Gebiet der kultu-

8 Vgl. die Nrn. 87–89.

rellen Angelegenheiten, alles in allem eingeschlossen, Schulwesen, alles, was man unter Kultur zusammenfaßt. Und als fünfte Gruppe ist vorgesehen ein Sozialministerium, das neben der Gesundheit vor allen Dingen das große Gebiet der Volkswohlfahrt umfaßt. Diese Zusammenstellung zeigt einmal den ganz großen Rahmen. Es ist auch durchaus möglich, eine sechste Gruppe zu schaffen, in der man die technischen Angelegenheiten einmal vorzugsweise zu Wort kommen läßt. Es ist aber auch möglich, das eine dem anderen unterzugruppieren. Diese Fragen der Untergruppierung sind nicht schwer zu lösen, wenn man erst mal genau sieht, wie sieht das Gebiet aus, für das diese Ministerien zu schaffen sind. Wir müssen immer von dem Gedanken ausgehen: Wir sind ein armes Land, wir müssen so einfach und sparsam verwalten wie nur möglich. Aus dieser Forderung ergeben sich dann die weiteren Verhandlungen. Morgen am Tage wird zunächst einmal diese Besprechung stattfinden, indem ich versuchen will, zu ergründen, was man mit uns vor hat und welche Richtlinien dort ins Auge gefaßt sind.[9] Ich kann sie noch nicht ganz übersehen und nicht volle Klarheit geben.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer: Sie haben eben gesagt, daß nach dem Willen der Militärregierung die Leiter, Sie sprechen von Ministern, politisch besetzt werden sollen. Wie ist es mit den fachlichen Mitarbeitern? Nach diesem Schema steht an der Spitze der Oberpräsident. Dahinter dann der Stellvertreter des Oberpräsidenten und dann kommen diese fünf Gruppen. Ist der Oberpräsident der Anweisende für die anderen?

Oberpräsident Dr. Lehr: Ich kann Ihnen im Augenblick endgültig eine Auskunft darüber nicht geben, sondern ich nehme an, daß zunächst einmal gedacht ist, daß man politisch führende Leute an die Spitze von etwa fünf Abteilungen stellt. Ich gehe immer aus von dem englischen System. Es entspricht dem englischen Verhältnis, daß einem politischen Minister gegenüber steht ein unpolitischer Verwaltungsmann, der etwa in England der Unterstaatssekretär ist. Dieser Mann ist die dauernde Erscheinung in der Verwaltung, während der Minister ja je nach den politischen Wahlen und Ereignissen eine wechselnde Erscheinung ist, und dieser Minister ist der Mann, der im Ehrensold steht und die politische Aufsicht führt, und der dann einen entsprechenden Facharbeiter zur Seite hat, der ihn in das Arbeitsgebiet einführt und ihn mit seinem Rat unterstützt. Ich könnte mir auch denken, daß eine Partei etwa schon einen Minister hat, der gleichzeitig Fachmann ist. Ich will diese Fragen mal anschneiden. Auf jeden Fall würde ich die Parteiführer bitten, in dieser Woche mit mir einmal über diese Fragen Fühlung zu nehmen. Ich werde mich in der Zwischenzeit bestens zu unterrichten suchen und dann kann ich in die Verhandlungen mit Ihnen eintreten.

Görlinger: Es wird notwendig sein, daß Sie sich selbst einmal Klarheit verschaffen, die ja die Grundlage der Verhandlungen bilden muß. Ich bitte auch zu berücksichtigen, daß wir von der Sozialdemokratie in dieser Woche nicht zur Verfügung stehen können, da wir in Hannover sein müssen.[10] Sie müssen sich Klarheit verschaffen, was gewollt ist und welche Grundlagen Sie haben. Wir haben ja selbst nicht viel Initiative, etwas geltend zu machen. Es muß festgestellt werden, was soll geschehen, wie soll der Aufbau sein.

Oberpräsident Dr. Lehr: Ich bitte nur, mir Herren zu nennen, die Sie wünschen. Das können Sie ja unabhängig von der Tagung machen.

---

9 Über eine Besprechung bei der Militärregierung am 7. 5. 1946 liegen keine Dokumente vor; vgl. zum Fortgang aber Nr. 101.

10 Vom 8.–11. 5. 1946 fand in Hannover der erste Nachkriegsparteitag der SPD statt.

Oberbürgermeister RENNER: Die Sache wird so sein, daß wir mehr Objekt im Augenblick sind. Ich habe doch den Eindruck, als wenn doch deutsche Stellen auch in subjektiver Form in diese Fragen eingeschaltet sind. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns mitteilen wollten, welche Stellungnahme Ihre Kollegen in den anderen Provinzen einnehmen. Wenn Sie uns über diesen Punkt Auskunft geben wollten, was an den Bestrebungen ist über gewisse territoriale Änderungen des ehemaligen preußischen Gebietes, das in der britischen Zone liegt. Es sind Andeutungen gemacht worden, und es wäre interessant zu wissen, was an diesen Andeutungen ist. Ich denke vor allem an die Bestrebungen der Provinz Hannover.

Oberpräsident Dr. LEHR: Soweit ich Auskunft geben kann, werde ich das gern tun. Mir ist bekannt gegeben worden, daß in einem Falle bereits eine fertige Organisation dasteht, und das ist meiner Meinung nach Oldenburg. Oldenburg ist zunächst als Land anerkannt worden und hat seinen bisherigen Ministerpräsidenten behalten. Es hat die übrige Verwaltung in drei große Gruppen aufgeteilt, in drei Ministerien. Das ist meiner Meinung nach zwar eine Rücksichtnahme auf die Tradition, an das Bisherige, aber ich persönlich habe große Bedenken gegen zu kleine Gruppierungen. Das muß doch bezahlt werden. Und Oldenburg ist 700 000 Einwohner groß. Ich nehme doch nicht an, daß Köln in seiner Blütezeit einen Ministerpräsidenten und drei Minister gehabt hätte bei einer noch größeren Einwohnerzahl. Schleswig-Holstein ist, glaube ich, auch wieder an der Arbeit. Beide Länder haben einen Landtag, der gesetzgebende Befugnisse hat, mit einem Landtagspräsidenten, der der politische Führer des Landtages ist, während der Staat repräsentiert wird durch den ebengenannten Ministerpräsidenten oder Oberpräsidenten.[11] Wie die Verhältnisse in anderen Bezirken liegen, weiß ich nicht. Die Westfalen haben ja vor kurzer Zeit, wie Sie in der Presse gelesen haben, zum erstenmal ihren Provinzialrat zusammenberufen, aber gleich im Gegensatz zu uns, die wir aus der Praxis heraus erst mal angefangen haben. Wir waren der erste Provinzialrat in der britischen Zone, der sich konstituierte und mit praktischer Arbeit begann. Die Westfalen haben schon ein beschließendes Gremium, auch von etwa 100 Köpfen.[12] Sie sind noch nicht weiter. Auch dort wird zusammengefaßt und geplant, die Verwaltung in Gruppen aufzuteilen. In Hannover plant man ähnliches.[13] Die schwierige Frage ist die Frage der Gruppierung. Die britische Zone zählt etwa 22 Millionen Einwohner und, wenn jetzt die Rückströme wieder einsetzen im Verlauf des Sommers und sich endgültig vollzogen haben, dann möchte ich annehmen, daß die britische Zone etwa zwischen 23 und 24 Millionen Einwohner zählt. Dann ist es durchaus möglich, für eine solche Bevölkerung, die immerhin schon eine gewisse beachtliche Bedeutung hat, eine Regierung zu schaffen, eine Organisation, die das Ganze zentral zusammenfaßt. Es ist auch möglich, da etwas zu machen. Man kann Länder schaffen, die aus ihrer Spitze wieder heraus ein Gremium bilden. Der Möglichkeiten sind viele. Wenn sie über die Karte der britischen Zone sehen und Überlegungen anstellen nach stammesmäßiger Zugehörigkeit, nach wirtschaftlichen Zusammenhängen, nach verkehrspolitischen Gesichtspunkten, nach kulturellen Gesichtspunkten, dann können Sie sich zunächst einmal in großen Umrissen vorstellen, das hat auch in diesen Tagen Profes-

11 Zu Oldenburg und Schleswig-Holstein vgl.: H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 63, 71f.

12 In Wirklichkeit hatte auch der westfälische Provinzialrat ausschließlich eine beratende Funktion; vgl. Nr. 96.

13 Vgl. U. SCHNEIDER: Niedersachsen 1945/46, 1984, S. 111–117.

sor *Däbritz*[14] in Essen in der großen Denkschrift[15] ausgeführt, daß sich in dem ganzen drei große Gebietsteile abheben. Das eine ist, das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit Eisen und Kohle als Kernpunkte. Das zweite ist das hannoversche Gebiet mit gewissen Nachbarn, die ein gemischtes Wirtschaftsunternehmen darstellen, teils Industrie, teils Landwirtschaft. Und dann endlich kommen Sie herab nach Norden, soweit das Seeklima in das Land hineinreicht, in das Gebiet der Nord- und Ostsee und um Schleswig-Holstein herum, ein Gebiet, das rein landwirtschaftlich orientiert ist oder überwiegend landwirtschaftlich orientiert ist. Hamburg möchte ich mehr als ein besonderes Gebiet annehmen, als einen Stadtstaat alter Tradition entsprechend. Hamburg ist schließlich mit seinen 1 1/4 oder 1 1/2 Millionen Einwohnern ein Ding für sich, während Bremen im Gegensatz dazu zu klein geworden ist. Ich glaube, die haben zwischen 150000 und 200000 Einwohner, 250000. Das ist also doch zu klein, irgend etwas Besonderes damit zu machen. Das wäre zunächst einmal ein Überblick in drei Richtungen. Es sind in England Meinungen laut geworden, die nach der entgegengesetzten Seite verfahren wollen. So hat man den Gesichtspunkt der englischen Grafschaften in den Vordergrund gestellt und hat gesagt, es ist vielleicht richtig, sich nach Grafschaften zu orientieren. Das ist ein Vorschlag, bei dem man von vornherein sagen muß, das wäre das Schlimmste, was uns noch passieren könnte. Dann hätten wir 30 oder 40 oder gar 50 einzelne Teilchen, die überaus schwer zu verwalten und zu bewirtschaften sind. Ich nehme an, daß dieser Plan nicht ernsthaft ist.[16] Dann wird in der Öffentlichkeit diskutiert eine Fünferteilung, bei der man sagt: die Rheinprovinz, soweit sie noch in unserer Hand ist, Westfalen, Hannover mit gewissen Abrundungen und Schleswig-Holstein, auch mit einem gewissen Zubehör, und als fünftes dann Hamburg. Das sind die Gesichtspunkte. Ich möchte an dieser Stelle, solange die Prüfung dieser Pläne noch im Gange ist, auch nicht zuviel darüber sagen. Man erregt viel Unruhe, und wer weiß, ob diese Unruhe nötig ist. Man muß sich erst mal orientieren, was wird nun eigentlich gewünscht, wo soll die Reise hingehen. Im großen und ganzen kann man immer wieder sagen und von dem Gedanken ausgehen, wir sind ein armes Volk, das um sein tägliches Brot ringt und kämpfen muß. Wir können uns nichts leisten, was überflüssig und kostspielig ist. Wir müssen so einfach und bescheiden unsere Verwaltung führen wie nur möglich und wirtschaftlich so zielsicher, als es unter den Verhältnissen gegeben ist. Und nun müssen wir hoffen, daß uns die Militärregierung ausreichend hört und daß wir alles vorbringen können, was von unserer Seite sachkundig zu sagen ist.

Dr. Burghartz: Ich möchte bloß bitten, daß in den weiteren Besprechungen darauf hingewiesen wird, daß außer der Justiz, die noch nicht vertreten ist, vielleicht über die Frage eines Außenministeriums gesprochen wird, was wahrscheinlich verfrüht ist oder überhaupt nicht akut wird. Aber das Kriegsministerium fehlt erfreulicherweise. Aber an dessen Stelle soll ein Friedensministerium, eine Friedensgruppe vorgesehen werden. Ich habe die Erfahrung gemacht und auch bei meiner Arbeit in Besprechungen mit Persönlichkeiten aus allen Kreisen festgestellt, daß das, was eigentlich das Friedensministerium oder sagen wir das, was dem Kriegsministerium gegenübersteht, daß das durch alle

14 Korrigiert aus „Däblis".

15 Anscheinend existiert von der Denkschrift, die das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Essen am 3. 6. 1946 „Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsggbiets" vorlegte, ein Vorläufer; vgl. Nr. 146 mit Anm. 2.

16 Dazu Nr. 76, Anm. 4.

Gruppen geht. Wenn irgendwelche Fragen zu erörtern oder Dinge zu klären sind, die mit der Arbeit auf den Frieden zusammenhängen, dann gibt es Schwierigkeiten. Man denke an Abrüstung, Kulturfragen, Fragen der Vertretung zu den anderen Staaten. Vielleicht könnte man in diesem Sinne eine Gruppe vorsehen. Man wird vielleicht verschiedene Gruppen zusammenfassen müssen, so z.B. Justiz und allgemeine Verwaltung und Finanzen. Vielleicht könnte auch das Friedensministerium mit Wohlfahrt und Sozialinteressen zusammengefaßt und vielleicht auch das Arbeitsministerium mit eingeteilt werden.

Oberpräsident Dr. Lehr: In dieser neuen Konstruktion würde ich mir den Posten des Außenministeriums sehr begehrenswert vorstellen, denn der Mann hätte von morgens bis abends nichts zu tun. Wir müssen uns da durchaus einstellen auf die realen Verhältnisse, und wenn ich sage, wir haben in der Innenpolitik nichts zu sagen, so bedeutet das nicht, daß wir uns um Innenpolitik nicht kümmern sollen, wir müssen sogar fleißig arbeiten daran. Wir müssen immer als Richtschnur nehmen, das, was im Augenblick erreichbar ist. Ich bitte zu bedenken bei allen Wünschen, die Sie vorbringen, daß jede neue größere Gruppe mindestens zwei Leute braucht, zwei Posten, einen Politiker und einen Exekutiven. Wir müssen immer bedenken, daß der Titel, wenn er nun einmal nicht zu umgehen ist, sich richten muß in den Bezügen nach der Armut des Landes und den Verhältnissen. Dann bitte ich Sie noch, daß wir dahin streben, möglichst dahin streben, die großen Gruppen nicht zum [...][17] werden zu lassen.

Gnoss: Ist beabsichtigt, die Justiz wieder außerhalb der Zuständigkeit zu lassen oder soll sie in Zukunft wieder einbezogen werden?

Oberpräsident Dr. Lehr: Das ist eine ungeheuer wichtige Frage. Das gleiche ist es mit der Frage der Arbeit.[18] Wie kann man wirtschaften, ohne über den Arbeitseinsatz im klaren zu sein. Ein Disponieren ist da ganz und gar unmöglich. Und will man wirklich auf die Dauer glauben, daß man ein Landesarbeitsamt aus dem Gremium der übrigen Verwaltung herausnehmen kann und zur selbständigen Stelle macht, die evtl. von einem eigenen Arbeitsminister abhängt, der über die Landesarbeitsämter verfügt. Ich halte das für grundfalsch. Bei der Justiz ist auch eine der bisherigen Fehlleitungen. Man hat die Oberlandesgerichtspräsidenten, die ursprünglich in unserem Gremium in der Abteilung für Justiz waren, herausgenommen und hat sie selbständig und unabhängig gemacht von uns und hat ein Gremium der Oberlandesgerichtspräsidenten geschaffen. Rechtsprechung und Verwaltung und Gesetzgebung sind drei verschiedene Dinge. Ein Oberlandesgerichtspräsident kann nicht sein eigener Gesetzgeber sein und kann auch nicht seine eigene Verwaltungsbehörde sein. Oberlandesgerichtspräsidenten haben nur Recht zu sprechen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, auch in der Justiz wieder klare Verhältnisse zu schaffen. Es muß eine Leitstelle da sein, die die Justizverwaltungsangelegenheiten regelt, und die Gesetzgebung gehört in das Parlament hinein. Wenn in unserer Nord-Rheinprovinz die Justiz zur Regierung der Nord-Rheinprovinz gehört hätte, dann wäre diese Frage, wie sie Köln hatte, gar nicht aufgetaucht.

17 Lücke im Protokoll.

18 Vgl. zur Ausgliederung der Abteilungen Justiz und Arbeit die Nrn. 21, 65.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer: Es ist hier gesagt worden, wir seien Objekt. Ich möchte das Wort nicht hundertprozentig unterschreiben. Was ich aus den Verhandlungen der britischen Militärregierung und den Provinzen gehört habe, sind wir doch nicht nur Objekt und es ist dort in weitem Maße den deutschen Stellen gelungen, die eigenen Ansichten durchzudrücken, und ich hoffe, daß das auch hier in der Nord-Rheinprovinz der Fall sein wird. Ich möchte noch einige Worte sprechen zu der Frage der zentralen Instanzen. Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite, als wie sie hier erwähnt worden ist. Ich für meine Person kann mir nicht vorstellen, daß nun Nord-Rheinprovinz, Westfalen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hamburg auf die Dauer selbständige Länder sein und bleiben sollen, die schließlich noch, wie das in Süddeutschland der Fall ist, gegenseitig Gesandte haben. Unter dem Gesichtspunkt der Einheit begrüße ich die Zusammenfassung einzelner Verwaltungszweige zu Zentralstellen. Es gibt einzelne Zweige, die von selbst nach einer Einheit verlangen. Nehmen Sie z.B. den Verkehr. Sie werden nicht jedem der fünf Länder eine eigene Verkehrswirtschaft übertragen wollen. Auf dem Gebiet der Ernährung ist es genau dasselbe. Ich empfehle, über das, was Herr Oberpräsident Dr. *Lehr* mit aller verständlichen Zurückhaltung gesagt hat, absolutes Stillschweigen zu beobachten. Herr Oberpräsident Dr. *Lehr* ist in der Selbstverleugnung sehr weit gegangen, daß er uns diese Eröffnung gemacht hat. Nehmen Sie an, es kommt zu dem Entstehen eines Landes Niedersachsen, dem auch große Teile von Westfalen angehören werden.[19] Dieses Land würde landwirtschaftlich außerordentlich reich sein, während wir hier in Rheinland und Westfalen, namentlich im Rheinland, in höchstem Maße Zuschußgebiete bleiben. Da wäre es wünschenswert, daß die zentralen Instanzen eingerichtet werden oder bleiben. Daß die Stellen untereinander Fühlung halten müssen, das versteht sich ganz von selbst. Aber befreunden Sie sich bitte mit dem Gedanken, daß Zentralinstanzen im Interesse der Einheit des Ganzen absolut notwendig sind und bleiben müssen.

Oberpräsident Dr. Lehr: Ich möchte keinen Zweifel lassen, daß ich mit diesen Ausführungen vollinhaltlich übereinstimme. Auch ich begrüße zentrale Leitstellen. Es kommt nur darauf an, daß die Sache harmonisch eingerichtet wird und die Fühlungnahme nicht abreißt. Ich habe ganz offen zu Ihnen gesprochen und bin Ihnen dankbar, wenn Sie die Anregung von Herrn *Adenauer* aufnehmen und diese Aussprache als eine vertrauliche behandeln. Ich kann nichts anderes tun, wenn Sie mich fragen, was vorgeht, so bin ich verpflichtet, Ihnen zu sagen, was vorgeht. Ich bitte Sie, meiner Offenheit, die ja auch von Herrn *Adenauer* anerkannt ist, Rechnung zu tragen, indem Sie Diskretion walten lassen.

Konen:[20] Durch das Entgegenkommen der englischen Behörden sind wir in Bonn im Besitz der englischen Literatur und der englischen Presse, und es scheint mir nicht unwesentlich zu sein, was die Engländer zu dieser Sache sagen in ihrer Presse. Wenn man die englische Presse liest, zeichnet sich deutlich ab, daß die Engländer aus uns einen Bundesstaat machen wollen. Sie wollen Länder haben, wie es einstmals gewesen ist, mit einem hohen Maß von Selbständigkeit, mit einer Zentralregierung, wie es die Reichsregierung in der Bismarckzeit war. Diese Schilderungen, die man in allen Schattierungen wiederfindet, sind sichtlich ein Ausdruck der öffentlichen Meinung, die von oben unterstützt wird. Aus dieser Literatur muß man ablesen, in welche Richtung die Reise geht, wie weit man gehen wird, die Zentralinstanz neuzugestalten.

19 Bekanntlich hatte *Adenauer* Gründe, an eine solche Lösung zu denken; vgl. Nr. 94.

20 Korrigiert aus „Pohl".

Oberbürgermeister RENNER: Ich halte es für selbstverständlich, daß wir über das, was hier heute morgen gesprochen worden ist, Stillschweigen bewahren. Aber mit derselben Offenheit, mit der Sie zu uns gesprochen haben, scheint es mir notwendig zu sein, daß wir Ihnen mit auf den Weg geben, was der Provinzialrat zu sagen hat. Und da bin ich der Meinung, daß Herr *Adenauer* das Grundsätzliche in richtiger Form hier vorgetragen hat. Es ist die Frage aufgeworfen worden: Wohin geht die Reise? Die Reise geht in einen ganz bösen Föderalismus, den wir im Interesse der Zusammenhaltung des Reiches, der Einheit des Reiches in wirtschaftlicher und politischer Beziehung unter allen Umständen bekämpfen wollen. Es ist beinahe ein Witz, was da ausgesonnen wird, daß wir neben der Aufteilung des ehemaligen Preußen jetzt in Länder, daß wir uns auch noch gefallen lassen sollen, daß wir in jedem dieser einzelnen Ländchen einen Ministerpräsidenten erhalten, einen Ministerpräsidenten und sechs Minister. Das ist im Interesse unseres Volkes einfach untragbar und eine Lächerlichkeit. In der Linie sollten Sie unseres Erachtens nach vorstoßen und ganz klar zum Ausdruck bringen, daß auch wir die Zerschlagung Preußens wollen. Aber unter der Zerschlagung Preußens meinen wir das Preußentum, darunter verstehen wir Militarismus, Junkertum, den Standpunkt des Herr im Hause sein wollen. Das soll zerschlagen werden und da gehen wir alle mit, aber eine Zerschlagung in einer derartigen Form, scheint uns nichts anderes zu sein, als ein übersteigerter Föderalismus, der mit den Interessen Deutschlands in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung gefährlich tangiert.

Oberpräsident DR. LEHR: Ich bin sicher, daß eine gewisse Umwandlung kommen wird. Wenn man im Augenblick Preußen als nicht mehr vorhanden ansieht – der Hauptteil liegt in der russischen Zone, der andere in der englischen, ein Teil in der französischen und ein anderer sogar auch noch in der amerikanischen – , so ist eine Zerreißung da, und man hält uns dem gegenüber, wenn es kein Land mehr gibt, kann es auch keine Provinzen mehr geben. Ich möchte aber annehmen, daß aus diesem Gremium keine der politischen Parteien sich ausschließen wird, wenn ich an diese die Bitte richten werde, sich mit mir zusammenzusetzen zu Verhandlungen über die Beteiligung an der Regierung. Das darf ich als Ihre Zusage annehmen. Diese Sache wäre erledigt. Es käme dann der Antrag der Freien Demokratischen Partei auf Schaffung eines Ausschusses der Provinzialregierung zum Studium der Rhein-Ruhr-Frage (Verlesung des Entschließungsentwurfs).[21] Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir die Aufgabe dieses Ausschusses überweisen an den Hauptausschuß, der meiner Meinung nach das geeignete Gremium ist. Ich glaube, im Hauptausschuß wird die Sache am besten bearbeitet.

[...][22]

Oberbürgermeister DR. ADENAUER: Sie hatten von der neuen Zusammensetzung gesprochen. Was soll aus uns werden? Wer soll an unsere Stelle treten?

21 Die Entschließung lautet: „Es möge ein Ausschuß des Provinzialrates zum Studium der Rhein-Ruhr-Frage geschaffen werden. Aufgabe dieses Ausschusses soll es sein, alles auf diese Frage bezügliche Material an Veröffentlichungen aller Art im In- und Auslande zu sammeln und zu studieren. Der Ausschuß soll dem Provinzialrat Berichte und Gutachten vorlegen und Vorschläge für die Behandlung der Frage unterbreiten." (Landtagsarchiv NRW, A 09011/4); ein solcher Ausschuß wurde nicht eingerichtet.

22 Aussprache des Provinzialrats zu Fragen der Ernährung und der Bauwirtschaft.

Oberpräsident Dr. Lehr: Die Schwierigkeit liegt darin, daß ich Ihnen im Augenblick nicht eine ganz klare Linie zeigen kann, aber ich glaube, daß dieser Provinzialrat auf eine Zahl von 100, vielleicht sogar 110 Mitglieder ergänzt wird. Das Gremium bleibt wohl im grundsätzlichen bestehen und wird ergänzt. Dieser Provinzialrat ist nur ein beratender und nicht exekutiver Rat. Bei der Umwandlung der Provinz in ein Land wird der Landtag das Gremium werden. Ich nehme an, daß damit auch besondere Anweisungen an uns kommen werden über die Funktionen. Ich bin aber darüber noch nicht so im Bilde, um Ihnen das alles klar sagen zu können. Es handelt sich um meine Eindrücke aus den bisherigen Verhandlungen.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer: Ich habe eine dringende Aufforderung bekommen, am 3. Mai kam sie an, bis zum 5. Mai 20 Leute zu nominieren mit Fragebogen.[23] Das war unmöglich, da ja der 5. Mai ein Sonntag war. Nun ist im Hauptausschuß gesagt worden, daß der zukünftige Landtag nur noch von den politischen Parteien gestellt werden soll, also nicht erweitert werden soll, sondern nur politisch zusammengesetzt werden soll.

Präsident Dr. Wandersleb: Ausführungen laut Bericht[24].

Oberpräsident Dr. Lehr: Geben Sie die Namen zunächst ohne Fragebogen. Überlassen wir das mal einer späteren Zeit. Die Hauptsache ist, Sie geben jetzt einmal Vorschläge. Ich würde Sie bitten, lassen Sie uns eine Angelegenheit, die noch nicht klar ist, noch nicht weiter diskutieren. Ich muß mich doch wirklich zuerst einmal unterrichten über die wirklichen Absichten. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß Sie mir jetzt einzelne Persönlichkeiten vorschlagen aus den Parteien, mit denen ich dann sprechen kann, mit denen ich diese Fragen im einzelnen erörtern kann. Das würde die Sache wesentlich erleichtern. Ich könnte dann ja mit der Arbeit beginnen.

Skrentny: Wieviel Sitze bekommt jede Partei? Das muß zuerst klargestellt werden.

Oberpräsident Dr. Lehr: Diese Frage des prozentualen Verhältnisses muß erst einmal festgestellt werden. Ich möchte Sie bitten, daß Sie diese Wünsche der Militärregierung eröffnen. Geben Sie mir die Namen und selbstverständlich wird nachher der Prozentsatz der Zusammensetzung und Beteiligung geklärt werden.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer: Ich bin nicht so indiskret wie der Kollege von der KPD, aber ich möchte auch etwas über den Schlüssel wissen, ich möchte nur fragen, wer macht den Schlüssel. Macht ihn die britische Militärregierung oder macht ihn das Oberpräsidium? Oder macht die britische Regierung ihn auf Vorschlag des Oberpräsidenten?

Oberpräsident Dr. Lehr: Lassen Sie mich erst den schweren Gang zur Militärregierung gehen, und wir werden dann darüber reden.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer: Ich entnehme dem also, daß die Militärregierung den Schlüssel bestimmt auf Vorschlag des Oberpräsidenten.

Oberpräsident Dr. Lehr: Das kann ich Ihnen nicht einmal sagen. Sie überschätzen den Einfluß in solchen Fragen.

23 Vgl. Nr. 99, Anm. 6.

24 Nicht ermittelt.

Oberbürgermeister RENNER: Ich möchte Sie bitten, dann vorzuschlagen, daß der Schlüssel der Stärke der Parteien entsprechend aufgestellt wird und nicht nach der Vergangenheit gerichtet wird.

Oberpräsident DR. LEHR: Zu dem Entschließungsantrag des Herrn *Gressler* schlage ich vor, daß Sie mir diesen als Material mit auf den Weg geben. Es würde einen seltsamen Eindruck machen, daß wir eine Frist für Fragebogen beschließen. Das würde bedeuten, daß bei diesen allen große Zweifel an der Richtigkeit solcher Fragebogen bestehen. Man muß doch annehmen, daß Fragebogen im großen und ganzen richtig ausgefüllt werden. Geben Sie mir es als Material mit. Ich werde dann anregen, daß man in irgendeiner Form eine gewisse Amnestie gewährt.

GRESSLER: Ich habe keine Ausführungen nach der Richtung gemacht. Aber die Fragebogen sind seinerzeit so schnell ausgefüllt worden und die Sache ist von so vielen Leuten leicht genommen worden, leichter, als sie genommen werden durfte. Es wurde nicht danach gefragt, wer ein förderndes Mitglied gewesen ist. Wie ist es mit denen, die Anwärter gewesen sind von der Partei und den anderen Gliederungen. Alle diese Dinge sind inzwischen geklärt worden, und es wäre gut, wenn man den Leuten Gelegenheit geben würde, die Sache zu berichtigen. Die Ausschüsse hätten dann besseres Material, als wenn die Sache nochmals überprüft würde.

Präsident DR. WANDERSLEB über den Zeitpunkt der nächsten Sitzung.

Schluß.

101.

6. 5. 1946: Der Controller[1] der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Major Askwith, an die Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Abteilung Allgemeine Verwaltung[2]

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218. Übersetzung.

Wie mir mitgeteilt wird, wurde auf einer am 27. 4. 1946 abgehaltenen Versammlung[3] ohne formale Verordnung die mündliche Zustimmung zu den Vorschlägen vom Oberpräsidenten Dr. *Lehr* wegen der Reorganisation der deutschen Provinzialverwaltung in fünf Abteilungen gegeben.[4]

Der neue Plan befriedigt mich jedoch ganz und gar nicht. Nach zwei Richtungen habe ich Einwendungen zu erheben.

1 Hierzu Nr. 63, Anm. 3.

2 Zum Zeitpunkt der Provinzialratssitzung (Nr. 100) war diese Mitteilung im Oberpräsidium noch nicht bekannt.

3 Vgl. Nr. 95, Anm. 6.

4 *Askwith* scheint vom 27. 4. bis zum 5. 5. 1946 nicht in Düsseldorf gewesen zu sein. Es ist zu vermuten, daß er in dieser Zeit neue Instruktionen von der CCG/BE bekam.

1) Nach dem neuen Plan würden einige der Abteilungen sich mit einer Vielzahl von Gebieten befassen, die in keinerlei Beziehungen zueinander stehen. Z.B. sind in der Abteilung Verwaltung derartig voneinander abweichende Gebiete, wie die Gemeindeinspektion, Öffentliche Sicherheit, Stadtplanung, Straßen usw. zusammengebracht worden. Kein Minister könnte so verschiedenartige Gebiete zusammengefaßt wirksam überwachen.

2) Die vorgeschlagene Zahl von fünf Abteilungen ist zu klein. Falls ein Landtag[5] in der Provinz in vollem Umfange aufgestellt wird, mit einem Minister und einem zuständigen Beamten an der Spitze jeder Abteilung, müssen aus politischen Gründen wenigstens sieben Abteilungen in der Nord-Rhein-Provinz vorhanden sein.

Ich füge auf anhängendem Blatt eine Skizze bei, die, wie mir scheint, ein vernünftiges und geeignetes Arrangement darstellt.[6] Ich würde diese Angelegenheit gern persönlich mit Herrn Dr. *Lehr* bei passender Gelegenheit innerhalb der nächsten Tage durchsprechen. Darf Major *Britton* zwecks Vorbereitung einer derartigen Besprechung diese Mitteilung mit Anlage Dr. *Lehr* freundlichst überreichen? Sobald Herr Dr. *Lehr* sie einer Durchsicht unterzogen hat, werde ich die Zeit für die Besprechung mit ihm arrangieren.[7]

Die Aufstellung in der Anlage zu dieser Mitteilung ist lediglich ein Entwurf, jedoch wird der Oberpräsident keine Schwierigkeit haben, die verschiedenen Unterabteilungen in das Schema einzubauen. Zufälligerweise weicht das Schema in der Anlage zu dieser Mitteilung nur wenig von dem bisherigen Schema der Provinzialverwaltung ab.

gez. *[Askwith]*
Controller IA & C Branch

5 Sinngemäß gemeint „Landesregierung".

6 Die beiliegende Skizze weist allerdings sogar acht Abteilungen auf: Verwaltung und örtliche Regierung (=Allgemeine Verwaltung), Finanzen, Ernährung und Landwirtschaft, Handel und Industrie, Öffentliche Gesundheit und Wohlfahrt, Erziehung und kirchliche Angelegenheiten (=Kultus), Öffentliche Arbeiten, Wiederaufbau. Wie ein Organisationsplan der Provinzialregierung vom 20. 5. 1946 zeigt, wurde diese Einteilung übernommen, allerdings unter Zusammenfassung des Gebiets „Ernährung und Landwirtschaft" mit „Handel und Industrie"; somit bestand die nordrheinische Provinzialregierung Ende Mai formal aus sieben Abteilungen; dabei fungierten jedoch an der Spitze der „Doppelabteilungen" (Ernährung und Landwirtschaft – Handel und Industrie; Öffentliche Gesundheit – Wohlfahrt) weiterhin zwei Leiter, so daß diese Reorganisation vorläufig nicht wirksam wurde (HStA Düsseldorf, NW 182–101); wie aus zwei Schreiben *Lehrs* an *Adenauer* vom 23. 5. bzw. 13. 6. 1946 hervorgeht, war der Oberpräsident mit der von der Militärregierung angeordneten Zusammenfassung der Abteilung Wirtschaft mit der Abteilung Landwirtschaft nicht einverstanden (StBKAH, 06.05). Ein Vergleich des neuen Organisationsgefüges der Düsseldorfer Provinzialregierung mit der in den Richtlinien der Militärregierung Westfalen vom 10. 5. 1946 (Nr. 107) für eine künftige westfälische „Regierung" vorgesehenen Struktur macht deutlich, daß die CCG/BE bestrebt war, den Verwaltungsaufbau der beiden Provinzen aufeinander abzustimmen; vgl. auch die Nrn. 125, 131.

7 Am 8. 5. 1946 fand eine Besprechung zwischen *Lehr* und *Askwith* statt (vgl. Nr. 106).

102.

6. 5. 1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 53–362.[1] Zweitschrift der Ausfertigung.

[...][2]

B. Die territoriale Neugliederung der britischen Zone[3]

1. Mit der Aufgliederung des preußischen Staatsgebietes in vier Zonen ist der preußische Staat praktisch beseitigt. Daher kann man auch von preußischen Provinzen nicht mehr sprechen.

2. Anstelle der Provinzen müssen neue staatsrechtliche Gebilde treten mit eigener Verwaltung: „Länder".

3. Die Gesamtheit der Länder in der britischen Zone muß so eingerichtet sein, daß jedes einzelne Land sich harmonisch zum Ganzen fügt und einen Baustein darstellt für die künftig vorgesehene Wiedererrichtung eines einheitlichen Reiches.

4. Die einzelnen Länder müssen verwaltungsmäßig so eingerichtet werden, daß sie eine politische Landesvertretung und eine planvoll zusammengesetzte Regierung erhalten.

5. Die Regierung selbst muß eine klar durchdachte Aufgliederung enthalten, die sie zu sparsamer, aber wirksamer und wirtschaftlicher Verwaltungsführung befähigt.

6. Sparsam und wirtschaftlich kann nur verwaltet werden, wenn die Länder auch richtig territorial zusammengestellt und einander zugeordnet werden. Das bedeutet, daß die Gebiete eines Landes wirtschaftlich, geographisch, verkehrsmäßig und stammesmäßig zueinander gehören.

7. Die Frage einer richtigen Aufteilung der Länder und früheren Provinzen ist seit langem Gegenstand des Bemühens einsichtiger Männer in Deutschland gewesen, welche die aus der deutschen Geschichte und namentlich aus den ehemaligen Dynastien sich ergebende Zersplitterung und Kleinstaaterei beseitigen wollten. Aber gerade der Hang zur Kleinstaaterei und Eigenbrötlerei hat wirklich durchgreifende Lösungen bisher verhindert.

8. Die gegenwärtige äußerste Not und Armut läßt es geboten erscheinen, die im Raume der britischen Zone ohne weiteres möglichen Lösungen durch klare Entscheidungen jetzt zu erreichen. Sie werden ein Segen für spätere Geschlechter sein.

---

1 Durchschlag der deutschen Fassung und einer englischen Fassung: HStA Düsseldorf, NW 53–312; Durchschlag: HStA Düsseldorf, RWN 10–7.

2 In Abschnitt A. wird die Notwendigkeit einer Aufsicht des Oberpräsidenten über Kreise und Gemeinden begründet.

3 Die folgenden Ausführungen stimmen in vieler Hinsicht mit dem Schreiben *Lehrs* vom 25. 4. 1946 (Nr. 89) überein, präzisieren aber in entscheidender Weise seine Gedanken bzgl. einer möglichen Zusammenfügung der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen; erstmals wird – unter Hinweis auf die notwendige landwirtschaftliche Ergänzung des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebiets – die Einbeziehung des landwirtschaftlichen Teils von Westfalen „in seiner ganzen Ausdehnung" gefordert; wahrscheinlich ist dieses Schreiben eine Reaktion auf die Ende April/Anfang Mai allmählich durchsickernden Informationen über die territorialen Pläne der Briten, von denen *Lehr* – sofern nicht von britischer Seite – in jedem Fall über *Adenauer* erfahren haben dürfte; vgl. zu diesem Dokument auch: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 205f.

9. In der britischen Zone treten drei Gebiete mit besonderen Wesenszügen hervor:
a) im Süden das Rheinisch-Westfälische Gebiet mit seinem reichen Braun- und Steinkohlenvorkommen und der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie als Mittelpunkt.
b) Unmittelbar anschließend der Raum Hannover mit seinen Nachbargebieten und Enklaven, unter dem Begriff „Niedersachsen" zusammengefaßt, und gleichartig in Wirtschaftsformen und stammesmäßigen Zusammenhängen.
c) Im Norden Schleswig-Holstein und in diesem Raum Hamburg in Sonderstellung.

Vom Gesichtspunkt größtmöglicher Wirksamkeit in Wirtschaft und Verwaltung ließen sich danach ohne weiteres drei Ländergruppen staatsrechtlich und wirtschaftlich zusammenfassen, die in ihrer Dreizahl der süddeutschen Länderzusammenfassung entsprächen. Dem Schwergewicht Bayerns in der süddeutschen Gruppierung würde ein wirtschaftliches Schwergewicht im rheinisch-westfälischen Raum gegenüberstehen.

10. Das Gegenteil einer Zusammenfassung in drei großen Gruppen wäre die Aufteilung in Kleinstländer, die grundsätzlich sowohl vom staatspolitischen wie auch vom Verwaltungsstandpunkt für die moderne Zeit völlig abzulehnen ist und das Staatsgebiet und die britische Zone in dieser Hinsicht in die Zeiten nach dem 30-jährigen Kriege zurückfallen lassen würde.

11. Eine mittlere Lösung ist die Aufteilung in 5 Gruppen, wobei Hamburg traditionsgemäß als besonderer Stadtstaat bleibt.
a) Die heutige Nord-Rheinprovinz mit der künftigen Benennung „Rheinland" (1939 : 6,5 Mill.; 1946 : 5,7 Mill.),
b) Westfalen (1939 : 5,2 Mill.; 1946 : 5,5 Mill.),
c) Hannover(1939 : 3,4 Mill.; 1946 : 4,7 Mill.).
Hier würden die meisten Gebietsverschiebungen eintreten in dem Verhältnis zu Braunschweig, Lippe, Oldenburg und Bremen. Zunächst ist die weitere Eigenstaatlichkeit Oldenburgs und die Selbständigkeit Bremens aber noch anerkannt worden.
d) Stadtstaat Hamburg (1939 : 1,7 Mill.; 1946 : 1,4 Mill.),
e) Schleswig-Holstein (1939 : 1,5 Mill.; 1946 : 2,5 Mill.).

12. Für die Nord-Rheinprovinz im besonderen ergibt sich folgendes: Diese Provinz ist durch die Wegnahme ihrer landwirtschaftlichen Teile, Regierungsbezirke Koblenz und Trier, schwer getroffen. Eine Zusammenfassung der rheinischen Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaues mit den gleichen westfälischen Wirtschaftsgebieten ergibt ohne weiteres ein gleichartiges Wirtschaftsgebiet, aber es ist nicht richtig, bei einer Länderbildung nur einseitig einige besondere Wirtschaftszweige zusammenzufassen. Gerade im Hinblick auf Krisenfestigkeit ist es bei Neugründungen wichtig, das Gleichartige durch Zusätzliches zu ergänzen. Deshalb muß ein rheinisch-westfälisches Wirtschaftsgebiet auch eine landwirtschaftliche Ergänzung haben.

Es war ein kluger Gedanke Preußens, die jetzige schwerindustrielle Nord-Rheinprovinz mit dem übrigen Rheinland und der Mosel zu verbinden. Der landwirtschaftliche Teil Westfalens in seiner ganzen Ausdehnung wird hier einen z.Zt. unentbehrlichen wesentlichen Ausgleich bieten und das rheinisch-westfälische Gebiet wesentlich krisenfester machen als es z.Zt. ist.

13. Die notwendigen Betrachtungen über das Verhältnis der einzelnen Länder zu den Zentralstellen liegt nicht im gestellten Thema.[4]

Dr. *Lehr*

4 Diese Bemerkung deutet an, daß diesen Ausführungen *Lehrs* eine Aufforderung seitens der Militärregierung zugrunde lag.

103.

6. 5. 1946: Denkschrift des Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel[1]

HStA Düsseldorf, NW 57–154.[2] Vervielf. Exemplar.

Territoriale und verwaltungsmäßige Neugestaltung

1) Raum und Aufgabenumfang müssen aufeinander abgestimmt sein.

2) Schaffung von in sich leistungsfähigen und ausgeglichenen Gebieten (Raumplanung) als möglichst gleichwertige Bausteine für ein künftiges Reich.

Die neue Grenzziehung muß erfolgen aufgrund einer Raumplanung, aufgebaut auf Gebieten, die wirtschaftlich, verkehrstechnisch und kulturell möglichst eine geschlossene Einheit bilden. Es muß genügend groß sein, um eine eigene innere Tragfähigkeit zu besitzen. Das entscheidende Charakteristikum für die Richtigkeit einer Grenzziehung ist, daß das auf eine eigene Verwaltung angewiesene Gebiet den ersten Ausgleich in sich selbst vollziehen kann. Gebiete einseitiger Struktur oder Gebiete, denen wesentliche Lebensgrundlagen fehlen, eignen sich nicht zur Zusammenfassung, da sie in jeder Krise die nächsthöhere Instanz zur Hilfe heranholen müssen und einen ungesunden Zentralismus erstreben.

Diese neue Gebietsaufteilung ist vordringlich, denn sie ist eng verbunden mit dem Problem des neuen Verwaltungsaufbaus. 3–5 Gebiete[3] in der britischen Zone können ganz andere Zuständigkeiten erhalten, als wenn 10–15 Territorien gebildet werden.

1 Ende März hatte *Menzel Schumacher* angeboten, dem Parteivorstand eine Ausarbeitung vorzulegen, damit man sich auf eine einheitliche Linie hinsichtlich des neuen Verwaltungsaufbaus einigen könne (AdsD, NL Schumacher I 2); nach der Zustimmung aus Hannover (Schreiben *Kriedemanns* vom 1. 4. 1946: AdsD, NL Schumacher I 2) trug *Menzel* am 28. 4. ein Referat zum „Neuaufbau des Reiches" vor, das er schon am 20. 4. vor dem Bezirksvorstand Westliches Westfalen erläutert hatte (HStA Düsseldorf, RWN 133–10); hierin wurden die im folgenden aufgeführten acht Leitsätze bereits aufgestellt, allerdings ohne nähere Erläuterungen zu geben; auch die Generalreferenten erhielten ein Exemplar der Fassung vom 20. 4. (vgl. Nr. 114).

2 Weitere Exemplare: StBKAH, 08.21; HStA Düsseldorf, NW 96–550; ebd., NW 318–181; ebd., RWN 133–10; Archiv des LWL, NL Salzmann 12; StA Münster, Oberpräsidium 4869; ebd., Oberpräsidium 7121; BA Koblenz, NL Pünder 228; Bundestag ParlA, 1–151.

3 Später ist in *Menzels* Ausarbeitungen immer von 4–5 Gebieten die Rede (vgl. z.B. Nr. 113b); in der Schrift vom 20. 4. (Anm. 1) ist beiläufig die Rede von fünf „Provinzen": Nordrheinland, Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein, Nordseeprovinz.

3) Ein einfacher und klarer Verwaltungsaufbau mit nicht mehr als drei Instanzen: Stadt- und Landkreis, Land, Reich.

Die Bildung leistungsfähiger Gebiete ermöglicht zugleich einen einfachen, sparsamen und klaren Verwaltungsaufbau. Die vielen Sonderverwaltungen, Nebenstellen, Einzelbehörden usw. müssen verschwinden; sie erschweren den Überblick. Für das restliche Deutschland mit seinen 60–70 Millionen Einwohnern müssen drei Instanzen ausreichen. Bei Ländern, mit durchschnittlich 5–6 Millionen Einwohnern, mit Landkreisen von durchschnittlich 150 Tausend Bewohnern und mit umfangreichen Großstädten bedarf es einer Mittelinstanz zwischen Stadt-, Landkreis und Landesregierung nicht. Der Streit, ob das Oberpräsidium oder die Regierung wegfallen sollen, wird damit hinfällig. Die Zuständigkeit beider Instanzen wird bei der Länderregierung zusammengefaßt und dort zugleich einer parlamentarischen Kontrolle unterstellt. Bei dem Lande liegt auch die notwendig bleibende, jedoch in ihrem Umfang herabzumindernde Kommunalaufsicht.

Das Land soll in erster Linie regieren und nur da verwalten, wo die Aufgaben über den Raum einer Großstadt oder eines Landkreises hinausgehen. Es hat ferner die gleichmäßige Durchführung der von dem Reich gegebenen Gesetze und Richtlinien durch die Gemeinden zu überwachen.

4) Dem Reich stehen die Grundsätze der Politik, die Gesetzgebung, die Richtlinien ihrer Durchführung, die Vertretung nach Außen und alle Verkehrsangelegenheiten zu. Zentrale Lenkung, Dezentralisierte Verwaltung.

Jeder Zentralismus wird in Deutschland auf absehbare Zeit unmöglich sein. Die Zuständigkeit für die Gesetzgebung und die Richtlinien der Politik bieten eine Fülle von Möglichkeiten, die Regierungsgewalt soweit zentral zu lenken, als dies erforderlich erscheint. Diese Lenkung wird vor allem auf den Gebieten der Wirtschafts- und Ernährungspolitik, ferner des Finanzausgleichs einschließlich einer gerechten Lastenverteilung liegen. Eine wichtige Aufgabe wird ferner sein, eine Absonderung der einzelnen Länder zu verhindern; eine Gefahr, die bei der heutigen engen Wirtschafts- und Verkehrsverflechtung nicht als allzu groß angesehen werden darf.

5) Schaffung von Volksvertretungen auf allen Gebiets- und Verwaltungsstufen.

Damit wird eine öffentliche Kontrolle aller verwaltungsmäßigen Betätigung, gleichgültig auf welchem Gebiet sie liegen, herbeigeführt. Sonderverwaltungen unterliegen solcher Kontrolle nicht. Sie müssen daher abgeschafft werden. Diese Volksvertretungen werden in Zusammenarbeit mit einem modernen Verwaltungsbeamtentyp zugleich eine Garantie dafür bieten, daß die einzelnen Länder sich nicht abkapseln, eigene Wege gehen und Sonderinteressen verfolgen.

6) Grundsatz a) des Universalitätsprinzips auf der Stadt- und Landkreisebene; b) Einheit der Verwaltung auf der Länderebene; c) keine Sonderverwaltungen in der Länderstufe und möglichst wenig Sonderverwaltungen auf der Kreis- und Stadtebene.

Bei der vorgeschlagenen gebietsmäßigen Neugliederung (Nr. 1 und 2) und der angeregten Vereinfachung des Verwaltungsaufbaus ist dann die Übertragung der universellen Zuständigkeit auf die Gemeinden eine notwendige und leicht durchführbare Maßnahme. Bei der Kompetenz besteht eine Vermutung für Stadt- und Landkreisstufe und dabei wieder für die Selbstverwaltung. Die Demokratisierung unserer Verwaltung und Politik

und die Erziehung des Deutschen zum demokratischen Denken und Handeln führt über die möglichst weitgehende Beteiligung des Einzelnen an dem Gemeindeleben. Die Zuständigkeitsaufteilung zwischen Landkreis und Gemeinde und die Frage der Schaffung von Zweckverbänden (z.B. Amtsbezirke für einige gemeindliche Aufgaben) bedarf für jeden Aufgabenkreis einer sorgfältigen Prüfung.

7) Schaffung eines politisch kontrollierten Kräftezentrums in jeder Zone für die künftigen Reichsaufgaben. Keine Zonenregierung und keine zonalen Zentralämter mit entscheidender oder verwaltender Befugnis.[4]

Die bereits bestehenden Zentralämter sind eine anonyme, durch keine parlamentarische Vertretung und durch keine über- oder nachgeordnete Instanz kontrollierbare Verwaltung. Solche Behörden sind die Feinde jeder Demokratie und die Grundlage für eine Diktatur. Sie sind daher abzulehnen.

Aus ihnen würde zunächst eine etwaige künftige Zonenregierung zusammengesetzt werden. Dies ist ein politisch taktischer Grund gegen die Bildung einer Zonenregierung. Dazu kommen grundsätzliche Bedenken. Jede der vier Besatzungszonen würde zur Not in sich lebensfähig sein, wenn zusätzliche Im- und Exporte erfolgen.Die Schaffung von Zonenregierungen würde die Stabilisierung von vier separaten deutschen Gebieten schaffen. Sie wären politisch und wirtschaftlich so saturiert, daß sie allein durch das Schwergewicht ihres Vorhandenseins die Bildung eines einheitlichen Reiches erheblich erschweren, wenn nicht unmöglich machen würden. Der Partikularismus würde sich von der Länderstufe auf die Zonenebene verlagern. Der Drang zur Einheit ist größer bei dem Vorhandensein mehrerer Gebiete. Der Separatismus von vier in sich lebensfähigen Zonen ist schwerer zu beseitigen, als von 10–15 Ländern, die zwangsweise aufeinander angewiesen sind und dadurch zur Einheit drängen. Das Ziel zur baldigen Schaffung eines deutschen Reiches ist so wichtig, daß dahinter die verwaltungstechnischen Vorteile, die die Bildung einer Zonenregierung mit sich bringen würde, zurückstehen müssen.

Andererseits ist die Schaffung eines Kräftezentrums erforderlich. Es braucht dies nicht zu einer Zentralgewalt für die Zonen zu führen. Der süddeutsche Länderrat ist parlamentarisch nicht kontrolliert und der norddeutsche Zonenbeirat hat keine Regierungsmöglichkeiten. Beides muß gekoppelt werden. Die einzelnen Länder jeder Zone wären, solange noch keine Reichsgewalt besteht, nach süddeutschem Muster in Länderräte zusammenzufassen mit Fachausschüssen, in die die bei den zentralen Zonenämtern liegenden Aufgaben übergehen. Der Länderrat und seine Ausschüsse werden kontrolliert durch einen Zonenbeirat, der nur aus Vertretern der politischen Parteien besteht mit der Maßgabe, daß entweder die Länderchefs Mitglieder dieses Beirats sind oder dort jederzeit das Recht haben, das Wort zu ergreifen. Länderrat und Zonenbeirat gleichen daher konstruktiv dem System einer parlamentarisch kontrollierten Regierung, ohne aber die Gefahr in sich zu haben, die Entwicklung zu einer Reichseinheit zu hemmen.

4 Im Gegensatz zu *Menzel* stand *Henßler* einem Aufbau starker zentraler Organe in der Zone weniger kritisch gegenüber (vgl. die Nrn. 161a, 170).

8) Errichtung eines deutschen Beirats bei dem Kontrollrat in Berlin.

Aus den Vertretern der Länderräte und der Zonenbeiräte jeder Zone ist die Schaffung einer deutschen Vertretung bei der Kontrollkommission zu erstreben, um so die Kräfte jeder Zone zu binden, zu lenken und zur Reichsgewalt zu führen.

gez. Dr. *Menzel*

104.

6. 5. 1946: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler (Dortmund), an den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Östliches Westfalen, Severing (Bielefeld) (Auszug)

Stadtarchiv Dortmund, Best. 454 Nr. 2. Durchschlag.

Lieber *Severing*!

[...][1]

Ich halte für wünschenswert, daß wir demnächst in der Partei (Landesvorstand für Westfalen) zur Frage der Verwaltungsreform und Staatengliederung in der britischen Zone Stellung nehmen.[2] Ich habe den Eindruck, daß von Hannoverscher Seite aus starke Bestrebungen im Gange sind, das östliche Westfalen dem zu bildenden Niedersächsischen Staat anzugliedern, was andererseits den Bestrebungen entgegenkäme, einen Rhein-Ruhr-Staat zu schaffen. Eine solche Entwicklung halte ich für außerordentlich gefährlich. Wahrscheinlich wird auch im Provinzialrat diese Frage demnächst erörtert werden.[3] Außerdem ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß im Zonenbeirat in Hamburg die Frage zur Sprache kommt. Deshalb halte ich für notwendig, daß die Parteileitungen vom östlichen und westlichen Westfalen sich zunächst mit dieser Frage beschäftigen. Laß mich bitte bald wissen, welche Auffassung Du darüber hast.[4]

Mit freundlichem Gruß!

Dein *H[enßler]*

1 Rückfrage in einer Personalangelegenheit.

2 Vgl. Nr. 170.

3 Vgl. Nr. 113a.

4 Ein Antwortschreiben *Severings* ist nicht bekannt.

105.

7. 5. 1946: Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des FDP-Landesverbandes Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf (Auszüge)

BA Koblenz, NL Blücher 247.[1] Vervielf. Exemplar.

Leitung: Dr. *Middelhauve*. Es nahmen teil die Herren: *Maaß*, *Guntermann*, *Schumacher-Hellmold*, *Mende*.

[...][2]

3. Erweiterung des Provinzialrates

Der Vorsitzende berichtete über den Inhalt der letzten Sitzung des Provinzialrates, in der die Neugestaltung der deutschen Verwaltungen angekündigt worden ist.[3] Zukünftig sollen die preußischen Provinzen zu Ländern umgeformt werden mit Ministerpräsidenten, Ministern und Landtag. Im Rheinland soll der Landtag auf 100–110 Mitglieder erhöht werden und in seiner Zusammensetzung zu 98% aus Vertretern der politischen Parteien bestehen. Gemäß einer Aufforderung des Oberpräsidenten soll die FDP 5 weitere Vertreter für den zukünftigen Landtag benennen.[4] Da nach Ansicht des Landesverbandsvorstandes diese Zahl der Stärke der Partei in der Nordrheinprovinz nicht entspricht, wird eine größere Vertreterzahl angestrebt. Es wurde beschlossen, daß dem Herrn Oberpräsidenten insgesamt weitere 10 Vertreter der FDP namhaft gemacht werden mit einer gleichzeitigen Bitte um diesbezügliche Erhöhung der Sitze der FDP. In geheimer Wahl wurden aus 12 vorgeschlagenen Vertretern 10 Vertreter in folgender Reihenfolge gewählt und aus dringenden Zeitgründen sofort dem Oberpräsidenten namhaft gemacht:

1. *Blücher*, Essen,
2. *Guntermann*, Remscheid,
3. Prof. Dr. *Hertz*, Bonn,
4. Dr. *Fratzscher*, Mönchen-Gladbach,
5. *Dominicus*, Remscheid,
6. Direktor *Kraemer*, Bonn,
7. *Janssen*, Haan/Rhld.,
8. *Durlack*, Krefeld,
9. Hanns *Müller*, Krefeld,
10. Karl *Penz*, Wuppertal.

[...][5]

5. Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Der Landesverband hatte gemäß Sitzungsbeschluß an die vier Großparteien die Anregung herangetragen, in den Städten Düsseldorf, Köln und Essen gemeinsame Kundge-

1 Weiteres Exemplar (Fotokopie): HStA Düsseldorf, RWV 49-vorläufig 8.

2 Pkt. 1: Organisationsfragen; Pkt. 2: Zeitungsfrage.

3 Nr. 100.

4 Zur geplanten Zusammensetzung des neuen Landtags vgl. die Nrn. 95, 106.

5 Pkt. 4: Delegiertentagung in Bad Pyrmont.

bungen für die Belassung des Rhein-Ruhrgebietes bei Deutschland zu veranstalten.[6] Während die CDU, das Zentrum und die KPD zustimmend geantwortet haben, lehnt die SPD (Obere Rheinprovinz) gemeinsame Kundgebungen ab. „Bei der gegebenen politischen Lage, insbesondere bei den Bestrebungen aus dem Osten ..." werden seitens der SPD gemeinsame Veranstaltungen für den Augenblick nicht für angebracht erachtet.[7] Damit sind die Bemühungen der FDP in dieser Hinsicht als gescheitert anzusehen. Die anderen Parteien sind entsprechend verständigt worden.

[...][8]

Verteiler: Alle Kreisgruppen, Herrn Dr. *Middelhauve*, Herrn Dr. *Beutler*, Herrn Dr. *Fratzscher*, Herrn *Blücher*.

Freie Demokratische Partei
Landesverband Nordrheinprovinz
Die Landesverbandssekretäre:
gez. *Schumacher-Hellmold* gez. *Mende*

6 Vgl. Nr. 78.

7 Siehe Nr. 92.

8 Pkt. 6: Geschäftsführung; Pkt. 7: FDP-Nachrichten; Pkt. 8: Schwierigkeiten im Vorstand.

106.

8. 5. 1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz

HStA Düsseldorf, NW 53–362.[1] Zweitschrift der Ausfertigung.

Unter Bezugnahme auf die heutige Besprechung mit Controller Mr. *Askwith* wiederhole ich meine Ausführungen in bezug auf die Zusammensetzung des Provinzialrates in seiner zu erweiternden Form.[2]

1. Die Parteien sind benachrichtigt worden, daß sie zusätzlich benennen sollen:

CDU	20	SPD	35
Zentrum	8	KPD	10
FDP	5		
	33		45

1 Durchschlag: Landtagsarchiv NRW, A 09030/33.

2 Zur bisherigen Zusammensetzung des Provinzialrats vgl. Nr. 61.

Diese Benachrichtigung hat zu einer Beunruhigung geführt, weil die Linksparteien zu mehr Vorschlägen aufgefordert sind als die sogenannten bürgerlichen Parteien. Die Parteien haben sich zum Beispiel im Provinzialrat gegenseitig diese Zahlen vorgehalten.

2. Es ist ferner die Zusammensetzung des nicht exekutiven Provinzialrates der Provinz Westfalen bekannt geworden, welcher nach Zeitungsnotizen besteht aus:

CDU	30	SPD	35
Zentrum	10	KPD	20
FDP	5		
	45		55

3. Der Landesvorsitzende der CDU, Dr. *Adenauer*, befragte mich persönlich nach der Möglichkeit, ob das westfälische Prozentualverhältnis auch auf die Nord-Rheinprovinz zutreffen könnte, wobei er auf die ungleichen Zahlen der neu zu benennenden Mitglieder hinwies.[3] Ich habe die Möglichkeit bejaht, da bei der Besprechung am 3. Mai zwischen den Herren Ihres Stabes und meinem Vertreter, Herrn Vizepräsident Dr. *Wandersleb*, entsprechende Prozentualverhältnisse angegeben worden sind.[4] Auch aus meiner heutigen Besprechung mit Controller Mr. *Askwith* bestätigte sich diese Auffassung.

4. Dieses Prozentualverhältnis zugunsten von KPD und SPD wird in den sogenannten bürgerlichen Parteien mit großer Besorgnis betrachtet. Die CDU würde sich nach dem vorerwähnten Gespräch mit Dr. *Adenauer* voraussichtlich genötigt sehen, in eine Oppositionsstellung zu gehen, die selbstverständlich in loyaler Weise durchgeführt würde.

5. Ohne Wahlen kann man nicht mit Sicherheit prozentuale Stärkeverhältnisse der Parteien voraussagen. Aber der Rückblick auf die vergangenen letzten freien Wahlen bis März 1933 würde ein Überwiegen von KPD und SPD über die sogenannten bürgerlichen Parteien nicht rechtfertigen. Die Wahlen in Süddeutschland, in den ländlichen Gebieten, ergeben eindeutig ein Überwiegen der bürgerlichen Gruppen. In der Nord-Rheinprovinz deuten die Willensäußerungen der Eltern in der Frage der konfessionellen Volksschulen[5] gleichfalls auf ein Überwiegen der bürgerlichen Anschauungen hin.

6. Meines Erachtens muß in diesem Augenblick nach dem Grundsatz des fair play gegenüber allen Parteien, jeder Seite die gleiche Chance gegeben werden. Das halte ich insbesondere in der Nord-Rheinprovinz für erforderlich, weil sie nach Wirtschaftsbedeutung und Bevölkerungszahl das Herzstück der britischen Besatzungszone ist. Zu den gegenwärtigen Ernährungs- und Wirtschaftssorgen würde noch eine politische Belastung hinzutreten.

7. Mein Vorschlag geht also dahin, bis zu den Wahlen ein Verhältnis 50 : 50 einzuhalten.[6]

Dr. *Lehr*

3 Vgl. das Schreiben *Lehrs* an *Adenauer* vom 5. 5. 1946 (Nr. 99); am 8. 5. 1946 informierte *Lehr* sofort den CDU-Vorsitzenden über die neuerlichen Verhandlungen mit der Militärregierung (StBKAH, 06.05).

4 Vgl. Nr. 95.

5 Vgl. Nr. 95, Anm. 3.

6 Zum Fortgang Nr. 145.

107.

10. 5. 1946:[1] Die Militärregierung Westfalen an Oberpräsident Amelunxen[2]

StA Münster, Oberpräsidium 4868.[3] Abschrift einer Übersetzung.

1. Das Hauptquartier der Kontroll-Kommission (Britische Zone) hat bestimmt, daß die Aufsicht über die Provinzialverwaltung im Einklang mit den Richtlinien der Kontrollkommission/Militärregierung so bald wie möglich von den Verwaltungsbeamten auf politische Vertreter übergehen soll.[4] Zur Erreichung dieses Zieles

(a) wird der bestehende Beirat[5] in ein ausführendes Organ verwandelt, welches zur gehörigen Zeit eine Verfassung vorbereiten wird, die ihre Befugnisse festlegt; dieser Entwurf ist diesem Hauptquartier zur Genehmigung vorzulegen;

(b) wird das Amt des Oberpräsidenten in ähnlicher Weise wie das des früheren Oberbürgermeisters/Landrats geteilt werden; die Aufgaben des letzteren werden jetzt geteilt von dem politischen Vorsitzenden des Rates und dem obersten Beamten der Kreisverwaltung – dem Oberkreis- bzw. Oberstadtdirektor. Der Oberpräsident wird demnach als Regierungsleiter ein politischer Vertreter werden, und seine exekutiven Pflichten werden von einem nichtpolitischen höheren Beamten übernommen werden; dieser wird „Leitender Oberregierungsdirektor" genannt und wird der höchste Exekutivbeamte der Provinzialverwaltung;[6]

(c) wird der „politische" Oberpräsident den Vorsitz über einen Ministerrat führen, zusammengesetzt aus von der Militärregierung ernannten Vertretern der politischen Parteien, diese Vertreter bilden zusammen eine Koalitionsregierung und werden nach dem Gutdünken der Militärregierung so lange im Amt bleiben, bis Wahlen in der Provinz abgehalten werden können, oder bis die Militärregierung es für nötig hält, daß ein Umschwung in der politischen Meinung eine Änderung in der Vertretung erfordert.

2. Bevor die obigen Maßnahmen in die Tat umgesetzt werden können, scheint es wünschenswert, die deutsche öffentliche Meinung zu befragen. Infolgedessen sollten Sie den Beratenden Provinzialrat über die beabsichtigten Schritte unterrichten und ihn auffordern, Vorschläge, wie diese Umgestaltung am besten vor sich gehen könnte, zu unterbreiten.[7] Aufgabenbereich und die erforderlichen Maßnahmen werden weiter unten eingehend umrissen.

---

1 Die Militärregierung hatte dem Oberpräsidium bereits am 9. 5. 1946 einige – noch undatierte – Exemplare im voraus zukommen lassen; am 11. Mai wurde dem Oberpräsidenten die offizielle, auf den 10. Mai datierte Fassung übermittelt; vgl. StA Münster, Oberpräsidium 7121.

2 Zur Reaktion im Oberpräsidium vgl. Nr. 108; nachdem die Militärregierung die vorliegende Anweisung wenig später widerrufen hatte (siehe Nr. 108, Anm. 6), erhielt die Provinzialregierung am 17. 6. 1946 eine fast identische Ausfertigung (gedruckt bei K. ZUHORN, 1955, Anlage 7).

3 Weitere Exemplare: HStA Düsseldorf, NW 57–154 (undatiert); StA Münster, Oberpräsidium 4869.

4 Das Dokument ist im Zusammenhang mit der von der CCG/BE angekündigten Umwandlung der preußischen Provinzen in Länder zu sehen; vgl. Nr. 81, Anm. 2.

5 Gemeint ist der westfälische Provinzialrat.

6 Zu entsprechenden Überlegungen in der Nord-Rheinprovinz vgl. Nr. 130.

7 Hierzu Nr. 113a.

3. Plan der Provinzialregierung und ihre Aufgaben
(a) Als Anlage A[8] befindet sich ein Entwurf, der zehn Ministerien aufweist, die innerhalb des Rahmens einer Provinzialregierung eingerichtet werden könnten, sowie die Beziehungen zwischen einigen dieser Ministerien und den deutschen Zonenbehörden, deren politischen Richtlinien sie unterstehen würden. Bei der Prüfung dieses Entwurfs sollte man berücksichtigen, erstens, jede Stufe der deutschen Verwaltung wird der Kontrolle und Aufsicht der Kontroll-Kommission/Militärregierung unterliegen, und zweitens, daß bis die vier Besatzungsmächte sich über die Frage einer deutschen Zentralverwaltung einig werden, die Zone vorläufig die höchste Stufe der deutschen Verwaltung sein wird. Man soll ferner beachten, daß die Funktionen dreierlei Art sind:
(i) Funktionen, die für die ganze Zone von zentraler Stelle und unabhängig von der Provinzialregierung geleitet werden,[9]
(ii) Funktionen unter Aufsicht der Zonenbehörden, deren Richtlinien jedoch von den zuständigen Ministerien der Provinzialregierung durchgeführt werden,[10]
(iii) Funktionen, die von der Provinzialregierung in eigener Zuständigkeit ausgeübt werden.[11]

(b) Während sämtliche Funktionen der Provinzialregierung notwendigerweise in die eine oder andere dieser Kategorien fallen werden, ist die endgültige Verteilung der Aufgabenbereiche unter die Zonen-, Provinzial- und örtlichen Regierungen noch unbestimmt; der in Anlage A angeführte Plan sollte daher n i c h t als endgültig angesehen werden, sondern als Grundlage für Erörterung und Vorschläge. Zum Beispiel kann man noch nicht sagen, in welchem Ausmaße es der Provinzialregierung erlaubt sein wird, eine Kontrolle über Ernährung und Landwirtschaft auszuüben, und ob das noch zu bestimmende Ausmaß der Zonenkontrolle, die Bildung eines Provinzialministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zulassen und rechtfertigen wird. In ähnlicher Weise mag entschieden werden, daß Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit, wie Lohnsätze, Dienstvorschriften und die Art und Weise, wie Abgaben festgelegt werden sollen, sich günstiger für die ganze Zone verwalten ließen, in welchem Falle die Notwendigkeit für ein Provinzial-Ministerium hinfällig würde.

(c) Man wird das Verhältnis zwischen der Provinzialregierung und den örtlichen Behörden zu berücksichtigen haben. Es scheint, als ob die Regierungen letzten Endes abgeschafft werden könnten, da ihre Aufsichtsaufgaben von der Provinz wohl übernommen werden könnten, insbesondere von dem geplanten Ministerium für Städtische Angelegenheiten (welches dem Generalreferat I gleichkommt), dessen nähere Beschreibung in der Anlage B[12] zu finden ist. Die Frage der territorialen Grenzverlegung wird in Absatz 5 unten erörtert.

8 Die Anlage A findet sich bei allen genannten Exemplaren.

9 Eisenbahnen, Post, Rechtswesen, Arbeit, Sozialversicherung.

10 Finanzwesen, Ernährung und Landwirtschaft, Industrie und Handel, Straßen und Straßenverkehr (= Ministerien 1–4).

11 Städtische (Kommunale) Angelegenheiten, Gesundheit und Wohlfahrt, Kultur, Öffentliche Sicherheit, Wohnungswesen, Öffentlicher Grundbesitz (= Ministerien 5–10).

12 Die Anlage B findet sich bei allen genannten Exemplaren.

4. Ministergehälter.
Da Minister nach ihrer Ernennung eine wirkliche und schwere Verantwortung zu tragen haben werden und während ihrer Amtszeit Träger wichtiger Vollmachten sind, ist es notwendig, daß sie Gehälter in Form einer Pauschalvergütung ohne Pensionsberechtigung erhalten. Es wird daher vorgeschlagen, daß die jährlichen Bezüge eines Ministers ungefähr dem Jahresgehalt eines „Leitenden Oberregierungsdirektors" gleichkommen.

5. Territoriale Grenzen.
Keine weitere territoriale Grenzveränderung ist zur Zeit vom Hauptquartier der Kontrollkommission ins Auge gefaßt, bis die Frage der deutschen öffentlichen Meinung vorgelegt werden kann.[13] Vorbehaltlich jeder größeren Verschiebung der Provinz- und Landesgrenzen, die zu irgendeinem späteren Zeitpunkt in der Zone vorgenommen werden könnte, ist es beabsichtigt, daß das Land Lippe seine gegenwärtige Unabhängigkeit von der Provinz Westfalen bewahren soll.[14]

6. Erwünschte Vorschläge
Aufgrund des vorhergehenden sind Vorschläge von dem Beratenden Provinzialrat in Zusammenarbeit mit Ihnen zu machen, die folgendes enthalten

(a) Anzahl und Art, geordnet nach Dringlichkeit, der Ministerien, deren Eingliederung in die Provinzialregierung als wünschenswert erachtet wird, sowie eine Beschreibung der Vollmachten und Machtbefugnisse, welche die Minister benötigen würden,

(b) wie die gegenwärtige Provinzialverwaltung in den Rahmen der unter (a) oben vorgeschlagenen Ministerien sowie der unabhängig von der Provinzialregierung und zonenmäßig kontrollierten Organisationen eingefügt werden kann. In diesem Zusammenhang sollte jede Abteilung, Unterabteilung oder angeschlossene Organisation (z.B. Landesvermessungsamt, für welches eine unabhängige Zonenkontrolle nötig sein mag) genauestens geprüft werden, und sollten Vorschläge für jeden einzelnen Fall gemacht werden,

(c) welche Rechte zu Kritik und Ratschlägen hinsichtlich der zonenmäßig kontrollierten und von der Provinzialregierung unabhängigen Funktionen (z.B. Eisenbahn, Post, Rechtswesen usw.) der Provinzialregierung zugesprochen werden sollten,

(d) welche Änderungen in der Regierungsbezirks-Verwaltung auf Grund der gesteigerten Bedeutung und Vollmachten der Provinzialregierung, der Wiederherstellung der Selbstverwaltung der Kreisräte, und unter der Annahme, daß die territorialen Grenzen unverändert bleiben, als ratsam erachtet werden,

(e) was das Gehalt eines Ministers betragen sollte (siehe Absatz 4 oben); diese Frage erfordert genaueste Erörterung mit Rücksicht auf die Notwendigkeit sparsamer Wirtschaftung und hinsichtlich der Notwendigkeit, höhere nichtpolitische Beamte als Leiter sämtlicher Hauptabteilungen mit angemessenem Gehalt zu behalten.

13 In der Ausfertigung vom 17. 6. 1946 (siehe Anm. 2) fehlt dieser Satz.

14 Vgl. zu Lippe Nr. 7, Anm. 3.

7. Es wird betont, daß irgendwelche auf Grund dieses Schreibens gemachten Vorschläge durch dieses Hauptquartier im Zusammenhang mit weiteren inzwischen von dem Hauptquartier der Kontrollkommission herausgegebenen Anweisungen überprüft werden müssen und daß, obgleich Anlage A die Allgemeinen Richtlinien enthält, die in bezug auf den Aufbau der Provinzialregierung wahrscheinlich angenommen werden sollen, diese Richtlinien noch keineswegs feststehen. Es wird daher gehofft, daß die aus ihren Vorschlägen gewonnenen Kenntnisse diesem Hauptquartier bei der baldmöglichsten Aufstellung einer vorläufigen ministeriellen Kontrolle behilflich sein werden, und zwar einer Kontrolle, die sich zu einem späteren Zeitpunkt einem einheitlichen vom Hauptquartier der Kontrollkommission (Britische Zone) noch aufzustellenden Plan ohne weiteres anpassen läßt. Dieser Plan wird hoffentlich die auf Grund dieser Überprüfung erreichten allgemeinen Richtlinien enthalten.

Commander Military Government
Westfalen Region CCG/BE
gez. Brigadier C.A.H. *Chadwick*

108.

10. 5. 1946: Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über eine Besprechung mit dem Controller[1] der Militärregierung Westfalen, Major Emck[2]

StA Münster, Oberpräsidium 7121. Paraphen von Amelunxen und Menzel.

1. Vermerk

Da Herr Dr. *Menzel* verhindert war, habe ich die umstehend angeordnete Rücksprache mit Major *Emck* heute selbst abgehalten.[3] Sie ergab folgendes:

Die Militärregierung wünscht keineswegs, die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln. Sollte beim Herrn Oberpräsidenten dieser Eindruck entstanden sein, so wäre das ein Irrtum. Major *Emck* wird nur etwa 14 Tage abwesend sein. Er legt Wert darauf, daß die Sache dem Hauptausschuß auf jeden Fall schon in seiner ersten Sitzung am 14. d. Mts. unterbreitet wird; eine sofortige Beratung und Beschlußfassung wird natürlich nicht verlangt, die Mitglieder sollen lediglich sich zunächst einmal mit der Materie vertraut

1 Vgl. Nr. 63, Anm. 3.

2 Über die Besprechung wurde ein zweiter Vermerk anderen Inhalts angelegt (Nr. 109).

3 Am 9. 5. 1946 hatte *Amelunxen Menzel* mitgeteilt: „Herr Major *Emck* ... möchte sie bestimmt morgen, Freitag den 10. 5., vormittags, in dieser Sache mündlich sprechen. Major *Emck* reist morgen abend für einige Zeit nach England und möchte anscheinend die Gewähr haben, daß wir während seiner Abwesenheit nichts in der Sache tun, auch keine Fragen bei der Militärregierung von uns aus stellen." *Amelunxen* bezieht sich hier auf die der Provinzialregierung am 9. 5. übermittelten Richtlinien (Nr. 107 mit Anm. 1).

machen.[4] Bei der Besprechung ergab sich auch, daß die Bezeichnung „Ministerium für Städtische Angelegenheiten" auf einem Übersetzungsfehler beruht. Es muß heißen: „Kommunale Angelegenheiten".[5]

Nachdem ich Major *Emck* zugesagt hatte, daß die Angelegenheit in dieser Weise am Dienstag vor den Hauptausschuß gebracht werden würde, erklärte er sich mit dem Termin vom 1. Juli für unsere abschließende Stellungnahme einverstanden. Selbstverständlich sei auch nichts dagegen einzuwenden, daß mit der Konferenz der Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten sowie mit anderen Stellen, auf deren Votum der Oberpräsident Wert lege, Fühlung genommen werde. Zum 1. Juli erwartet die Militärregierung dann bestimmte Vorschläge seitens der deutschen Stellen, d.h. seitens des Beratenden Provinzialrats und des Oberpräsidenten bzw., was natürlich das Beste sein würde, einen gemeinsamen Vorschlag beider Stellen.[6]

2. Vorzulegen a) Herrn Oberpräsidenten, b) Herrn Generalreferenten Dr. *Menzel* mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Freiherr *von Oer*

4 Zur Hauptausschußsitzung am 14. 5. 1946 vgl. Nr. 113a.

5 Siehe Nr. 107, Anm. 11.

6 Am 14. 5. 1946 notierte der persönliche Referent des Oberpräsidenten, *Schilling*, die Abteilung Administration & Local Government habe das Schreiben vom 10. 5. 1946 zurückgenommen; es solle vom Oberpräsidenten als nicht-existent betrachtet werden (StA Münster, Oberpräsidium 7121). Anscheinend hatte Controller *Emck*, wie zuvor schon sein Düsseldorfer Kollege (vgl. Nr. 101, Anm. 4), in London neue Instruktionen erhalten, die auf einen Stopp der Umwandlung der Provinzen in Länder hinauslief. Erst am 17. 6. 1946 nahm die Militärregierung die Angelegenheit wieder auf (siehe Nr. 107, Anm. 2).

109.

10. 5. 1946: Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über eine Besprechung mit dem Controller[1] der Militärregierung Westfalen, Major Emck

HStA Düsseldorf, RWN 133–10.[2]

Herrn Oberpräsidenten vorzulegen!

In der heutigen Besprechung mit Major *Emck* habe ich die gestern von Ihnen vollzogene Verordnung[3] betreffend Angliederung des Landes Schaumburg-Lippe an Hannover in deutscher und englischer Sprache abschriftlich überreicht. Major *Emck* zeigte sich sehr befriedigt über die rasche und reibungslose Erledigung dieser Angelegenheit.[4] Ich habe

1 Vgl. Nr. 63, Anm. 3.

2 Durchschlag für Generalreferent *Menzel*: HStA Düsseldorf, NW 57–7.

3 Deutsche Fassung der Verordnung: HStA Düsseldorf, NW 57–7.

4 Vgl. Nr. 82; U. Rombeck-Jaschinski, 1984, S. 201.

dann auch unsere Vorschläge betreffend den Staatsakt in Bückeburg am 15. d. Mts. entsprechend der von Hannover gegebenen Anregung unterbreitet. Major *Emck* erklärte sich ganz einverstanden und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Herr Brigadier *Chadwick* persönlich erscheinen und auch die vorgesehene Ansprache halten würde.

Anschließend kam Major *Emck* auf das Verhältnis zwischen Westfalen und Lippe[5] zu sprechen, das in seiner gegenwärtigen, teilweise ungeklärten Form eigentlich recht unbefriedigend sei. Diese Schwierigkeiten würden sich noch vermehren, nachdem in Detmold ein beratender Landtag[6] und in Westfalen ein beratender Provinzialrat eingesetzt worden sei. Es müßte doch möglich sein, eine befriedigende Regelung zu finden, solange die Selbständigkeit des Landes Lippe von der Militärregierung anerkannt werde. Ich erwiderte, daß es m.E. am besten sein würde, dem Land Lippe gegenüber Westfalen die gleiche Stellung zu geben, die jetzt Schaumburg-Lippe gegenüber Hannover erhalten werde. Diese Stellung sei aus der soeben überreichten Verordnung ganz klar ersichtlich. Major *Emck* meinte hierzu, daß dieser Vorschlag an sich diskutabel sei. Man wolle aber den Lokalpatriotismus der Lipper nicht vergewaltigen. Dieser sei anscheinend lebendiger als in Schaumburg-Lippe. Er glaube daher kaum, daß man in Detmold mit einer solchen Regelung einverstanden sein würde. Wenn der Oberpräsident ein solches Einverständnis herbeiführen könne, so würde die Militärregierung sicherlich nichts mehr einzuwenden haben. Major *Emck* regte dann an, es möchte alsbald nach seiner Rückkehr eine Zusammenkunft veranstaltet werden, an der außer ihm selbst und Major *Baily* der Oberpräsident mit dem zuständigen Generalreferenten, der Landespräsident von Lippe und etwa von diesem zuzuziehende weitere Herren aus Lippe teilnehmen sollten.[7] Auf dieser Konferenz sollte versucht werden, die bestehenden Unklarheiten zu beseitigen und eine befriedigende Lösung für die Zeit zu finden, die bis zu einer Neufestsetzung der binnendeutschen Grenzen in der britischen Zone notwendigerweise noch vergehen müsse.[8]

Ich habe zugesagt, diese Anregung dem Herrn Oberpräsidenten unverzüglich zu unterbreiten.

[von] O[er]

5 Vgl. zu Lippe Nr. 7, Anm. 3.

6 Die feierliche Eröffnungssitzung des lippischen Landtags fand am 9. 5. 1946 statt.

7 Für eine derartige Zusammenkunft liegen keine Hinweise vor.

8 Die hier angestrebte klare vorläufige Regelung im Verhältnis von Westfalen und Lippe „bis zu einer Neufestsetzung der binnendeutschen Grenzen" wurde nicht erreicht; der „unbefriedigende" Zustand wurde erst durch die endgültige Eingliederung Lippes in das Land Nordrhein-Westfalen im Januar 1947 beseitigt.

110.

10. 5. 1946: Der Vorsitzende der CDU-Westfalen, Gronowski (Bad Driburg), namens der Fraktion der CDU im Beratenden Westfälischen Provinzialrat an Oberpräsident Amelunxen

Landtagsarchiv NRW, A 10300/1.[1] Ausfertigung. Paraphe Amelunxens. Hs. Vermerke.

Betrifft: Bildung der Länder im Bereich der Britischen Zone – Sitzung des Hauptausschusses am 14. Mai[2]

Nach den uns gewordenen Informationen steht die Aufteilung der Britischen Besatzungszone in Länder unmittelbar bevor. Von dieser Einteilung wird die Provinz Westfalen besonders nachhaltig betroffen, da das neu zu bildende Land Rhein-Ruhr neben der Nord-Rheinprovinz Teile der Provinz Westfalen umfassen soll.

Zur Vermeidung ernstester verwaltungsmäßiger, kultureller und wirtschaftlicher Nachteile halten wir eine sorgfältige Abwägung über die demnächstigen Ländergrenzen für unerläßlich notwendig. Der westfälische Raum ist aus geographischen, stammesmäßigen und wirtschaftlichen Gründen im Laufe der Jahre zu einer solch' geschlossenen Einheit zusammengewachsen, daß eine Herauslösung von Teilen vermieden werden muß. Wir glauben, daß diese Frage nicht gelöst werden darf, ohne den als derzeitige Vertretung der Provinzial-Bevölkerung geltenden Provinzialrat dazu zu hören.

Wir bitten deshalb, die Angelegenheit in der am 14. Mai ds. Js. stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses zur Beratung zu stellen.

Für die Fraktion der
Christlich-Demokratischen-Union
Gronowski

1 Wiedergabe als Faksimile bei J. BRAUTMEIER, 1986, S. 51.

2 Siehe Nr. 113a.

III.

12. 5. 1946:[1] Korrespondentenbericht der Londoner Zeitung „The Observer"

Archiv des LWL, NL Salzmann 15.[2] Druck.

Germanys Future. Britain and France Seek Settlement.
From Our Diplomatic Correspondent.

Paris, May 11

Since Wednesday, the British and French delegations of experts, led by Mr. Oliver *Harvey*, head of the Western European Department of the Foreign Office, and M. *Alphand*, head of the Economic Department at the Quai d'Orsay, have been discussing the British proposals for the future settlement of Western Germany, which have come to be known here as the "*Bevin* Plan".[3]

This is the first time that the British and French have attempted to work towards an agreed policy on this vital matter. No official information is available about the course of the discussions, which are conducted in an atmosphere of mutual friendship and understanding.

The official French demand for the separation of the Ruhr and Rhineland from "political control by Berlin" remains unchanged; the whole question will be discussed in an exploratory manner by the conference of Foreign Ministers.

At the same time, a more special interest has been shown by French diplomatic circles lately in the fate of the Saar, which France wants permanently to incorporate as an autonomous area within the Union Francaise, the new official title of the French Empire.

Defence System

The French plan provides that the new Saar country, while preserving its culturally German character and its local self-government, would become part of the French economy and defence system.

By and large the status of 1920–35 would be restored and made perpetual, with the difference that no theoretical German sovereignty and no prospect of an eventual return to Germany would remain.

It is generally recognised that the Saar fared economically very well under the 1920 statute, that its economy is complementary with that of Lorraine, and that, though racially undoubtedly German (of which the French plan takes account), it has many long-standing associations with French history and culture.

The French plan for the Saar is, therefore, viewed not without sympathy both by British and American circles; and the view is expressed that France might, perhaps, be more ready to compromise on the Ruhr-Rhineland question if, in return, British-American support were given to the French wishes regarding the Saar.

---

1 Erscheinungsdatum des „Observer".

2 Der Bestand enthält den Originalartikel des „Observer"; Abschrift des englischen Originals und deutsche Übersetzung: Archiv des LWL, II K 265; Druck (Auszug, deutsche Übersetzung): H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 32, S. 185f.

3 Zu den britisch-französischen Expertengesprächen am Rande der Pariser Konferenz vgl.: R. STEININGER: Rhein-Ruhr-Frage, 1979, S. 126.

Ruhr Problem

On the Ruhr-Rhineland question, both British and American opposition to a complete separation of this area from the rest of Germany has become more definite, while the Russian attitude remains as unknown as ever.

In British circles it is pointed out that a separate Ruhr settlement, without a settlement of Germany as a whole makes not sense. The "Bevin Plan", it is thought, has the double merit of putting the Ruhr problem in the framework of the general plan for Germany and being flexible enough to be worked, even if that general plan should not materialise.

The general plan aims at a federal Germany, composed of evenly-matched federal units or "countries" with a high degree of political, administrative, and cultural autonomy.

This implies both the amalgamation of some of the surviving German provinces, and the break-up of Prussia, a process already begun by the Americans in their zone with their unification of Wurtemberg and Baden and their creation of Greater Hesse.

Three "Countries"

In the British zone like the American, three "countries" would be created, more or less growing out of the present three corps districts[4] by a gradual devolution of administration and government on the local Germans: a northern country, consisting of Schleswig-Holstein, the Hanseatic cities of Hamburg and Lubeck, and their hinterland; a revived Greater Hanover to the south and south-west; and finally, a western country composed of the Rhine-land, the Ruhr, and most of Westphalia.

While all German countries would form an economic and customs union and loose confederation as envisaged at Potsdam, some of them, like the Ruhr country, would, at the same time, have special relations with their non-German neighbour States.

The Ruhr country would be a completely Socialist State, owning all its mines and industries. There would be a long-term treaty by which the Ruhr Government established the right of non-German neighbour States to participate, through special boards, in the planning, control, and execution of its industrial activities.

In British circles it is thought that this plan, by giving economic control of the Ruhr a political character goes as far in meeting French wishes as is possible without provoking grave consequences both locally and in the rest of Germany; and that it strikes a fair balance between the contradictory requirements of security and economic, while not closing the door to a constructive and organic solution of the problem of Germany as a whole.

Should Germany, under the presure of power politics and international tensions, break in two, the plan could still be worked in a Western German framework.

The first consequence of a British-French agreement, however, would probably be an earnest attempt to work the Potsdam agreement to treat Germany as an economic whole, so far held up mainly by the French veto in the Control Commission.

4 Zur Einteilung der britischen Zone in Corps-Distrikte vgl. Nr. 9, Anm. 3.

112a.

14. 5. 1946:[1] Entwurf eines Rahmengesetzes über die Bildung des Landes „Rheinland-Westfalen" durch Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster)[2]

Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.[3] Vervielf. Exemplar.[4]

Entwurf eines Rahmengesetzes über die Bildung des Landes „Rheinland-Westfalen" innerhalb Deutschlands

Artikel 1

Bildung des Landes „Rheinland-Westfalen"[5]

(1) Im Hinblick darauf, daß die territoriale Neugliederung des deutschen Nordwestens aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen eine dringende Notwendigkeit geworden ist, schließen sich die Provinzen Nordrheinprovinz und Westfalen, das Land Lippe und der altwestfälische Regierungsbezirk Osnabrück innerhalb Deutschlands zu einem Land „Rheinland-Westfalen" zusammen.

(2) Der Anschluß weiterer Gebiete, die politisch, wirtschaftlich und kulturell zum rheinisch-westfälischen Raum gehören, bleibt vorbehalten.

---

1 Im Anschluß an eine Sitzung des Vorstands des Deutschen Städtetages in der Britischen Zone am 4. 5. 1946 fertigte *Zuhorn* einen ersten Entwurf des Rahmengesetzes an, den er am 9. Mai auf einer Konferenz der Verwaltungsleiter der rheinisch-westfälischen Städte vorlegte (Archiv des LWL, II K 265; BA Koblenz, NL Pünder 228); die endgültige, hier vorliegende Fassung einschließlich Begründung (Nr. 112b) wurde dann, nach vorheriger Absprache mit Landesrat *Naunin*, zum 14. 5. 1946 erstellt (vgl. hierzu: K. ZUHORN, 1955, S. 109–111; H. NAUNIN: Rückblick, 1984, S. 8f.); zwischenzeitlich hatte Oberregierungsrat *Barbrock*, Referent im Münsteraner Oberpräsidium, einen Gegenentwurf zu Papier gebracht (StA Münster, Oberpräsidium 4869; Archiv des LWL, II K 265); die wesentlichen Abweichungen der beiden früheren Entwürfe zur Fassung vom 14. Mai sind als Anmerkungen aufgeführt; *Barbrock* legte darüber hinaus noch eine weitere Stellungnahme zum Rahmengesetz vor, in der er darauf hinwies, der *Zuhorn*-Plan lasse eine Reihe von Problemen offen, insbesondere die Klärung des Verhältnisses vom Land zum Bundesstaat und vom Land zu möglichen Provinzen als regionalen Selbstverwaltungskörperschaften (StA Münster, Oberpräsidium 4869; Archiv des LWL, II K 265; HStA Düsseldorf, NW 22–1261).

2 Der *Zuhorn*-Plan, unbenommen eine der wichtigsten deutschen Initiativen, ist aufgrund des mangelnden Bekanntheitsgrades anderer Dokumente in seiner Bedeutung bisweilen überschätzt worden; vgl. zur Wertung vor allem: W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 94–105; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 211f.; H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 790–793; W. KRABBE, 1982, S. 554–557; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 320–323.

3 Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 1; Originalexemplare: Archiv des LWL, II K 265 (dt. und engl. Fassung); StA Münster, Oberpräsidium 4868; ebd., Oberpräsidium 4869; HStA Düsseldorf, NW 22–1261; ebd., NW 22–1274; ebd., RWN 133–10; ebd., RWN 58–2; Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218; BA Koblenz, NL Pünder 228; WWA, K 5 Nr. 198; RWWA, Abt. 18 b 3; Archiv der IHK zu Düsseldorf, 402–00.

4 Ein Exemplar wurde auch der Militärregierung Westfalen übermittelt, welches diese am 18. 6. 1946 an das Hauptquartier in Bünde weiterleitete (vgl. R. STEININGER: Ruhrfrage, 1987, S. 175, Anm. 10); es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß der Plan der CCG/BE schon eher auf anderen Wegen bekannt geworden ist (z.B. über den Zonenbeirat, Oberpräsident *Lehr*, Prälat *Schreiber*).

5 Im ersten Entwurf *Zuhorns* werden alternativ die Möglichkeiten „Rheinland-Westfalen" und „Niederrhein-Westfalen" angegeben.

Artikel 2

Landtag[6]

Die oberste Leitung der Landesregierungsgeschäfte, d.h. der Regierungsgeschäfte, für die nicht die britische Militärregierung oder eine andere interalliierte Stelle oder eine deutsche Zentralverwaltung zuständig sind, im Land „Rheinland-Westfalen" obliegt dem Landtag. Die Mitglieder des Landtags werden von der Bevölkerung gewählt. Der Vorsitzende des Landtags wird vom Landtag selbstgewählt. Er führt den Titel „Landespräsident".

Artikel 3[7]

Landesregierung

(1) Die Durchführung der Landesregierungsgeschäfte nach den Beschlüssen und Weisungen des Landtags obliegt der Landesregierung.

(2) Die Landesregierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und soviel Ministern, als für die ordnungsmäßige Durchführung der Landes-Regierungsgeschäfte Ministerien notwendig sind. Der Ministerpräsident führt im Ministerkolleg den Vorsitz. Im übrigen haben die Minister gleiche Rechte.

(3) Der Ministerpräsident und die Minister werden vom Landtag gewählt.

(4) Unter der Landesregierung führen Regierungspräsidenten, die gleichfalls vom Landtag gewählt werden, in ihren Bezirken die hoheitliche Aufsicht.[8]

Artikel 4

Provinzen

(1) Um die notwendige dezentralisierte Verwaltung der regionalen Selbstverwaltungsangelegenheiten zu gewährleisten, wird das Land „Rheinland-Westfalen" in 2 Provinzen aufgegliedert: 1. Rheinland, 2. Westfalen.

(2) Die Provinz „Rheinland" umfaßt die heutige Nordrheinprovinz. Die Provinz „Westfalen" umfaßt die heutige Provinz Westfalen, das Land Lippe und den Regierungsbezirk Osnabrück. Den lippischen Landkreisen können hinsichtlich des lippischen Landesvermögens Sonderrechte eingeräumt werden.

6 Erster Entwurf *Zuhorns*: „Landesrat".

7 Im Gegenentwurf *Barbrocks* lautet der Artikel 3 folgendermaßen: „Landesregierung: (1) Die Landesregierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und soviel Ministern, wie für die ordnungsmäßige Durchführung der Landesregierungsgeschäfte notwendig sind. (2) Der Landtag wählt den Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident ernennt die übrigen Minister. (3) Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Landespolitik und ist dafür dem Landtag verantwortlich; innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtage. (4) Der Ministerpräsident führt den Vorsitz im Ministerkollegium und leitet dessen Geschäfte. (5) Das Ministerkollegium beschließt über die Zuständigkeit der einzelnen Minister, soweit hierüber nicht gesetzliche Bestimmungen getroffen sind. Die Beschlüsse sind unverzüglich dem Landtage vorzulegen und auf sein Verlangen zu ändern oder außer Kraft zu setzen. (6) Unter der Landesregierung führen Außenbehörden die allgemeine Landesverwaltung. Das Nähere regelt ein zu erlassendes Landesverwaltungsgesetz."

8 Pkt. (4) fehlt im ersten Entwurf *Zuhorns*.

Artikel 5

Provinziallandtage[9]

(1) Die oberste Leitung der regionalen Selbstverwaltungsangelegenheiten in den beiden Provinzen obliegt den Provinziallandtagen.

(2) Der Provinziallandtag der Provinz „Rheinland" besteht aus den rheinischen Mitgliedern des Landtags, der Provinziallandtag der Provinz Westfalen aus den westfälischen, d.h. den in der bisherigen Provinz Westfalen, dem bisherigen Lande Lippe und dem Regierungsbezirk Osnabrück gewählten Mitgliedern.

Artikel 6

Provinzialverwaltungen

(1) Die Durchführung der regionalen Selbstverwaltungsgeschäfte in den beiden Provinzen nach den Beschlüssen und Weisungen der Provinziallandtage obliegt den Provinzialverwaltungen. Die Provinzialverwaltung besteht aus dem Landeshauptmann[10] und den diesem beigeordneten leitenden Beamten.

(2) Der Landeshauptmann und die diesem beigeordneten leitenden Beamten werden für jede Provinz vom Provinziallandtag gewählt.

Artikel 7

Gemeinsame Selbstverwaltungsangelegenheiten

(1) Soweit es erforderlich ist, können für die Verwaltung von regionalen Selbstverwaltungsangelegenheiten, die beiden Provinzen gemeinsam sind und zweckmäßig gemeinsam verwaltet werden, gemeinsame Selbstverwaltungseinrichtungen geschaffen werden.

(2) Die Schaffung solcher gemeinsamer Selbstverwaltungseinrichtungen für beide Provinzen beschließt der Landtag. Zur Gültigkeit eines Beschlusses über die Schaffung gemeinsamer Selbstverwaltungseinrichtungen ist die Mehrheit der rheinischen und die Mehrheit der westfälischen Mitglieder (Art. 5) notwendig.

Artikel 8

Abgrenzung zwischen Landes-Regierungsgeschäften und Selbstverwaltungsangelegenheiten

Die Abgrenzung zwischen Landes-Regierungsgeschäften und Selbstverwaltungsangelegenheiten wird durch Ausführungsgesetz näher bestimmt.

Artikel 9

Tagungsort des Landtags und Sitz der Landesregierung

Die Bestimmung über den regelmäßigen Tagungsort des Landtags und den Sitz der Landesregierung bleibt vorbehalten.

9 Erster Entwurf *Zuhorns*: „Provinzialräte".

10 Erster Entwurf *Zuhorns*: „Oberprovinzdirektor".

Artikel 10

Übergangsbestimmung

(1) Der Zusammenschluß zum Lande „Rheinland-Westfalen" erfolgt so schnell als möglich.

(2) Solange noch keine Wahlen stattfinden können, werden die Mitglieder des Landtages, der Ministerpräsident und die Minister, die Regierungspräsidenten, die Landeshauptleute und die diesen beigeordneten leitenden Beamten von der britischen Militärregierung oder einer sonst zuständigen interalliierten Stelle ernannt.[11]

11 Im Gegenentwurf *Barbrocks* folgt hier ein Pkt. (3): „Bis zum Inkrafttreten der erforderlichen Gesetze erläßt das Ministerkollegium Überleitungsvorschriften für die allgemeine Landesverwaltung. Diese bedürfen der Zustimmung des Landtags."

112b.

14. 5. 1946: Begründung zum Rahmengesetzentwurf Oberstadtdirektor Zuhorns[1] durch Landesrat Naunin[2]

Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.[3] Vervielf. Exemplar.

Begründung zum Rahmengesetz über die Bildung des Landes „Rheinland-Westfalen" innerhalb Deutschlands

Vorbemerkung

Es entspräche dem Willen der Bevölkerung in erster Linie, wenn das Rheinland und Westfalen unter Beibehaltung ihrer gemeinsamen Grenze je ein eigenes Land würden. Nun wird aber in der internationalen Erörterung eine Kontrolle des engeren Industriegebietes an Rhein und Ruhr oder seiner industriellen Anlagen gefordert, und es ist anzunehmen, daß diese Kontrolle einheitlich gestaltet werden wird. Damit wird auch der Zusammenschluß des Rheinlandes mit Westfalen notwendig, denn keine der beiden Provinzen kann ohne das Ruhrgebiet leben.[4]

Ein solches großräumiges Land, zu dem auch das Land Lippe und die altwestfälischen Teile im Norden einbezogen werden, hat die innere Kraft, einen echten föderativen Reichsaufbau zu gewährleisten, denn es bedarf nicht wie zu klein geschnittene oder einseitig strukturierte Gebiete der ständigen Anlehnung an Nachbarn oder der fortgesetzten Hilfe einer Zentralgewalt.

1 Nr. 112a.

2 Die eigenständige Verfasserschaft *Naunins* ist in der Literatur oft nur unzureichend berücksichtigt worden; vgl. zur Entstehung der Begründung: H. NAUNIN: Rückblick, 1984, S. 8; K. ZUHORN, 1955, S. 110f.

3 Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 1; weitere Exemplare: Archiv des LWL, II K 265 (dt. und engl. Fassung); StA Münster, Oberpräsidium 4868; ebd., Oberpräsidium 4869; HStA Düsseldorf, NW 22–1274; BA Koblenz, NL Pünder 228.

4 Vgl. auch Nr. 64.

Das Rahmengesetz schafft einen klaren und einfachen Aufbau der öffentlichen Verwaltung. Es verankert die Demokratie in der Regierung, indem es die Ausübung der Landeshoheit einer parlamentarischen Kontrolle unterwirft, und in der Verwaltung, indem es die Bevölkerung nach dem bewährten Prinzip der Selbstverwaltung zur unmittelbaren Mitwirkung heranzieht.

Das Gesetz findet eine Form, in der die nach Volkstum, Temperament und Lebensgewohnheiten in hohem Maße unterschiedlichen, in vielem geradezu gegensätzlich veranlagten Rheinländer und Westfalen soweit notwendig zu gemeinsamen Handeln verbunden werden, darüber hinaus aber ihre Eigenständigkeit bewahren dürfen.

Das Gesetz vermeidet ungesunden Zentralismus in der Landesverwaltung.

Zu Artikel 1:

Artikel 1 legt den rechtlichen Charakter des Gesamtraumes als „Land" fest. Er bringt weiter zum Ausdruck, daß der Zusammenschluß vom Willen der Bevölkerung getragen wird. Er regelt endlich die Grenzziehung, für die folgende Gründe maßgebend waren:

Das engere Industriegebiet an Rhein und Ruhr, dessen Wirtschaft mit dem Reich ebenso wie mit dem Ausland durch stärkste wirtschaftliche Verflechtungen verbunden ist, hat ringsum ein weites wirtschaftliches Hinterland, das in unmittelbaren und unlöslichen Wechselbeziehungen zu ihm steht. Es handelt sich um ein Glacis, aus dem ihm bestimmte natürliche Grundlagen, wie das Wasser des Sauerlandes, zugeführt werden, das seine abhängigen Ergänzungs- und Weiterverarbeitungsindustrien enthält und das sein unmittelbares landwirtschaftliches Ernährungsgebiet darstellt. Dieses ganze Gebiet, dessen Industrien in der Mark und im Bergischen Land die Produkte der Ruhrindustrie im Wechselverkehr veredeln, dessen Textilindustrien im Aachener und Krefelder Bezirk, im Münsterland einschließlich Bentheim und um Bielefeld das Ruhrgebiet mit seinem Massenbedarf versorgen, dessen Erzeugungs- und Weiterverarbeitungsstätten im Siegerland, Sauerland, an Sieg und Wupper und in Minden-Ravensberg, Lippe und Osnabrück ausschließlich auf das Ruhrgebiet gerichtet sind, und deren gesamte Verkehrseinrichtungen in erster Linie dorthin zielen, kann nicht durch Ländergrenzen durchschnitten werden, wenn nicht schwerste wirtschaftliche Erschütterungen die Folge sein sollen.

Im Norden ist das Ems- und Haseland einbezogen als das notwendige innere Kolonisationsgebiet dieses Großraums, der einen Überdruck an Bevölkerung hat. Dieses Gebiet kann nur von Süden her wirksam für eine intensive Besiedlung erschlossen werden.

Soweit die nach dem Rahmengesetz einbezogenen Gebiete das bisherige Gebiet der Provinzen Nordrheinland und Westfalen überschreiten, handelt es sich um durch Jahrhunderte in Charakter und Bewußtsein westfälisch gebliebene Räume, die erst durch den willkürlichen Gebietsschacher des Wiener Kongresses 1815 aus der engen westfälischen Verwaltungsgemeinschaft herausgerissen wurden. Sie sind noch jetzt durch vielfache organisatorische Einrichtungen mit Westfalen verbunden.

Wenn man eine natürliche Grenze sucht, die dieses zusammenhängende Wirtschaftsgebiet von benachbarten Räumen mit anderer Struktur abgrenzt, die sich mit den wirtschaftlichen und historischen Grenzen deckt, so kann man diese Grenze im Norden nur in dem großen dünn besiedelten oder unbesiedelten Moorgürtel finden, der dieses Gebiet gegen das Küsteneinzugsgebiet abschließt. Im Osten folgt die Grenze im wesentlichen der Weser, die mit ihren hohen Uferbergen bereits seit Jahrhunderten ebenso eine wirtschaftliche wie eine historische und eine natürliche Grenze bildet. Die Süd- und Westgrenze deckt sich mit der Begrenzung der britischen Zone und des Reichsgebiets.

Es ist nicht tragbar, im Norden etwa das nordwestfälisch-lippische Bergland als Grenze zu wählen. Dieses Gebiet gehört einmal wirtschaftlich, historisch und stammesmäßig untrennbar zu Westfalen. Dann aber ist es auch keine natürliche Grenze. Denn sowohl das Wiehengebirge wie der Teutoburger Wald erreichen keine trennenden Höhen, und die vielen Durchbrüche machen das Bergland

leicht durchgängig und bilden die Tore für die dort entstandenen Industriestädte, deren Arbeiterschaft zum großen Teil weiter ab auf den billigeren Sandböden vor dem Gebirge wohnt.

Es hätte nahe gelegen, vom alten Niederstift Münster auch die südoldenburgischen Kreise Cloppenburg und Vechta einzubeziehen, denn sie liegen noch südlich der großen oldenburgischen Moore und hängen mit dem Hümmling zusammen. Dies würde aber voraussetzen, daß Oldenburg nicht als selbständiges Land erhalten bleibt.

Wegen dieser offenen Frage und um auf Wunsch der Bevölkerung Grenzvereinbarungen mit den Nachbarn zu ermöglichen, hält das Rahmengesetz den Anschluß weiterer politisch, kulturell und wirtschaftlich zugehöriger Gebiete offen.

Das so umschriebene Landesgebiet umfaßt 40000 qkm. Von seinen nahezu 12 Millionen Einwohnern entfällt je die Hälfte auf das Rheinland und auf Westfalen. Erst wenn dieser Raum im Nordwesten Deutschlands zusammengefaßt wird, ist er hinsichtlich seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung so ausgeglichen und durchmischt, daß er weder politisch noch konfessionell noch hinsichtlich seiner Wirtschaftsstruktur einseitig wird.

Zu Artikeln 2 und 3:

Vorbehaltlich weiterer Einzelgesetzgebung legt das Rahmengesetz die Schaffung des Landesparlaments und die obersten Regierungsorgane fest.

Es soll späterer Entscheidung vorbehalten bleiben, ob die Landesregierung selbständig unter Kontrolle des Parlaments arbeiten oder ob sie sein Ausführungsorgan sein soll.

Ebenso bleibt späterer Entscheidung vorbehalten, in welcher Form die mittlere staatliche Landesverwaltung ausgeübt werden soll.

Zu Artikeln 4–6:

Bei der Größe der Bevölkerung reicht der Instanzenzug: Gemeinde-Kreis-Land nicht aus. Das Sonderphänomen des Industriegebietes an Rhein und Ruhr zwingt zur Aufteilung der Landesaufgaben.

Man kann diesen Zwang nicht dadurch umgehen, daß man unter Außerachtlassung der wirtschaftlichen, historischen und natürlichen Gegebenheiten die Grenze im Osten so zieht, daß sie näher am Ruhrgebiet liegt. Wird der ganze Regierungsbezirk Osnabrück herausgelassen, so vermindert sich die Einwohnerzahl nur um 4%. Würde etwa die Teutoburgerwaldgrenze gewählt, so beträgt die Verminderung nur 9%. Auch das verbleibende Gebiet mit 83 Großkreisen (statt insgesamt 103 Kreisen) wird für eine zentral laufende Verwaltung noch zu groß.

Das Rahmengesetz sieht daher die Beibehaltung der provinziellen Selbstverwaltungen der Provinzen Rheinland und Westfalen vor und überträgt ihnen die gesamte laufende Verwaltung, soweit sie nicht als Hoheitsverwaltung von der Landesregierung und ihren Unterorganen wahrgenommen wird. Diese Lösung bringt eine große Anzahl von politischen und verwaltungsmäßigen Vorteilen mit sich.

Sie setzt an die Stelle einer wegen ihres Umfangs notwendig bürokratischen Verwaltung des Gesamtlandes eine unmittelbare und persönliche Verwaltung ihrer großen historisch gewachsenen Teilgebiete.

Sie erhält die bewährten Provinzialverwaltungen und provinziellen Sonderverwaltungen, die zu einer Instanz zusammengefaßt werden können (vgl. Art. 8).

Sie vermeidet es gerade in den laufenden Verwaltungsangelegenheiten, daß Westfalen vom Rheinland und umgekehrt das Rheinland von Westfalen her verwaltet wird. Sie findet damit die Mittellösung zwischen der Trennung und dem Zusammenschluß dieser beiden in sich so unterschiedlichen und zugleich aufeinander so angewiesenen Provinzen. Sie unterbindet die Reibungen und Spannungen, die jede andere Lösung notwendig zur Folge hat. Da die Landtage beider Provinzen den

vereinigten Landtag des Landes ergeben, ist auch eine Auseinanderentwicklung beider Provinzen verhindert.

Die Einrichtung der Provinzialverwaltungen ermöglicht es, die Bevölkerung über eine parlamentarische Kontrolle hinaus so intensiv unmittelbar an der Verwaltungstätigkeit mitwirken zu lassen, wie dies sonst nur in den Gemeinden und Kreisen der Fall ist. Dies wird in einer besonderen Provinzialordnung festzulegen sein.

Zu Artikel 7:

Artikel 7 soll es insbesondere ermöglichen, dem engeren rheinisch-westfälischen Industriegebiet insoweit eine einheitliche Verwaltung für besondere Aufgaben zu geben, als es einerseits aus einer internationalen Kontrolle erforderlich wird und es sich andererseits aus dem besonderen Charakter dieses Gebiets ergibt. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk bietet einen geeigneten Ausgangspunkt für diese gemeinschaftliche Verwaltung besonderer Aufgaben.

Wegen seiner wirtschaftlichen und natürlichen Einseitigkeit ist das engere Ruhrgebiet für eine völlig selbständige Verwaltung trotz seiner 4 1/2 Millionen Einwohner ungeeignet. Mit seinen 2 1/2 Millionen Menschen im westfälischen und 1 3/4 Millionen Menschen im rheinischen Teil läßt es sich aber auch nicht einer der beiden Provinzen geschlossen zuteilen, ohne daß natürliche Bindungen zerrissen werden und das politische und wirtschaftliche Schwergewicht im Nordwesten Deutschlands sich unnatürlich verlagert. Die Provinzgrenze im Ruhrrevier ist nicht willkürlich. Sie deckt sich durchaus mit den Unterschieden, die sich an Rhein und Ruhr zeigen und die zu einer deutlich differenzierten wirtschaftlichen Struktur beider Teile geführt haben.

Zu Artikel 8:

Das vorbehaltene Ausführungsgesetz soll den klaren Verwaltungsaufbau festlegen, der die Regierungs- und Aufsichtsgeschäfte von der eigentlichen Verwaltung trennt. Dieses Gesetz wird auch über die Eingliederung der Sonderverwaltungen in die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverwaltung zu befinden haben. Als Grundsatz wird die Zuständigkeit der Gemeinden und Kreise festzulegen sein. Die höheren Instanzen sollen nur solche Aufgaben zu übernehmen haben, die über die Leistungsfähigkeit der Kreise hinausgehen oder die einer einheitlichen oder ausgleichenden Regelung bedürfen.

Zu Artikel 9:

Hinsichtlich des Sitzes der Landesregierung soll dem Beschluß des Landtags nicht vorgegriffen werden.

Zu Artikel 10:

Die neue Gliederung des nordwestdeutschen Raumes ist die Grundlage für die großen Aufgaben des Wiederaufbaues. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, daß das Land Rheinland-Westfalen möglichst bald eingerichtet wird.

113a.

14. 5. 1946: Protokoll der 1. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug)

Landtagsarchiv NRW, A 10200/1a. Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr. Ende: 12.55.

Zu der ersten Sitzung des Hauptausschusses waren neben dem Oberpräsidenten, die Generalreferenten Dr. *Menzel*, Dr. *Stricker*, Dr. *Heukamp*, Dr. *Weber* und Herr *Brockmann* erschienen. Die Mitglieder des Ausschusses hatten sich vollständig eingefunden.[1] Als Vertreter der Militärregierung waren Major *Bailey* und Sergeant *Leon* erschienen.

Die Sitzung wurde eröffnet durch Herrn Oberpräsidenten DR. AMELUNXEN, der nach kurzen Begrüßungsworten den Anwesenden einen Gesamtüberblick über die Aufgaben der Provinzialregierung gab und inzwischen notwendig gewordene Ergänzungen der Aufgabengebiete der einzelnen Generalreferate und sonstige Änderungen unterbreitete. So gehört künftig auch die Bearbeitung der Angelegenheiten der Konferenzen der Oberpräsidenten und Ministerpräsidenten, die alle vier Wochen stattfinden,[2] zum Aufgabenbereich des Generalrefertats I, weiter auch die Bearbeitung der Angelegenheiten des neuen Zonenbeirates in Hamburg und des Hauptausschusses des Provinzialrates. Zum Generalreferat IV gehörte bis vor kurzem die Oberste Straßenbaubehörde und die Straßenverkehrsdirektion. Die Straßenverkehrsdirektion ist die Fortsetzung des früheren Beauftragten für den Nahverkehr, dem die Fahrbereitschaftsleiter unterstanden. Später wurde die Bezeichnung Straßenverkehrsdirektion gewählt und die Fahrbereitschaftsleiter erhielten die Bezeichnung Straßenverkehrsämter. Seit einiger Zeit sind nun die Obersten Straßenbaubehörden und die Straßenverkehrsdirektion zu einem Sonderreferat zusammengefaßt worden, das dem Oberpräsidenten unmittelbar unterstellt wurde.[3] In Bielefeld ist vor einigen Wochen eine Generaldirektion für Straßenbau und Verkehr eingerichtet worden, von der dieses neue Sonderreferat in technischen Fragen ressortiert. Beim Generalreferat V ist vor kurzer Zeit insofern eine Änderung eingetreten, als Herr Dr. *Heukamp* selbständiger Präsident der Landesernährungsämter und der Landesbauernschaft geworden ist. In der Spitzenbehörde Westfalens ist Präsident Dr. *Heukamp* in landwirtschaftlichen Fragen Berater des Oberpräsidenten. Die letzte Änderung bezieht sich auf das Generalreferat Wiederaufbau und Wohnungswesen. Das Baulenkungsamt Westfalen wurde aus dem Generalreferat herausgelöst und unmittelbar dem Oberpräsidenten unterstellt.

Der Oberpräsident führte dann weiter aus: Wir stehen nun vor der Aufgabe, die in allen Provinzen zur Zeit erörtert wird, die Provinzialregierung umzugestalten, und zwar nach den Richtlinien, die von der Militärregierung gegeben wurden und die Herr Major *Bailey* in der ersten Sitzung des Provinzialrates dargelegt hat.[4] Bevor wir aber zu diesen einzelnen Richtlinien Stellung nehmen können, ist es notwendig zu wissen, nach welchen Gesichtspunkten künftig die territoriale Aufgliederung in der englischen Zone erfolgt und wie die verfassungsmäßige Grundlage in den einzelnen Provinzen und Ländern der engli-

1 *Groß* (SPD), *Steinhoff* (SPD), *Hansmann* in Vertretung für *Henßler* (SPD), *Jöstingmeier* (CDU), *Lindner* (CDU), *Gronowski* (CDU), *Perk* (KPD), *Ledwohn* (KPD), *Reismann* (Zentrum), *Altenhain* (FDP).

2 Vgl. Nr. 69, Anm. 2.

3 Vgl. Nr. 43, Anm. 10.

4 Vgl. die Nrn. 96, 107.

schen Zone sein wird. Sie wissen, daß in den letzten Monaten die verschiedensten Pläne erörtert worden sind, so in letzter Zeit auch der Gedanke, aus der Nordrheinprovinz und der Provinz Westfalen ein Land zu machen; daneben soll ein zweites und drittes Land in der englischen Zone geschaffen werden, einmal Niedersachsen, bestehend aus Hannover, Oldenburg und Braunschweig und ein drittes Land, bestehend aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Wir von der Provinzialregierung können eine abschließende Stellung dazu amtlich nicht einnehmen; ich glaube aber, daß die Provinzialregierung und der Hauptausschuß in der allernächsten Zeit mit diesen Dingen sich beschäftigen müssen, da ich der Auffassung bin, daß die Militärregierung keine Veränderungen vornehmen wird, ohne vorher die berufenen Körperschaften in den einzelnen Provinzen und Ländern zu befragen. Wir haben diese Frage heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil von der CDU ein Schreiben eingegangen ist, in dem gebeten wurde, die Frage eines Staates Rheinland und Westfalen heute zu besprechen.[5]

Der Abgeordnete STEINHOFF (SPD) bittet, den ganzen Fragekomplex voreinst zurückzustellen und zunächst den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die Angelegenheit im engeren Kreise zu behandeln.

Abgeordneter JÖSTINGMEIER (CDU) wünscht Auskunft, ob die Dinge schon in ein entscheidendes Stadium eingetreten sind.

Oberpräsident DR. AMELUNXEN entgegnet: Wir wissen von Plänen, aber wir wissen nicht nach welcher Richtung diese Pläne betrieben werden.

Interpreter LEON (der englische Dolmetscher): Herr Major *Bailey* läßt sagen, daß weder der Kontrollrat noch die Militärregierung irgendwelche Entscheidungen getroffen oder irgendwelche Beschlüsse gefaßt haben. Bevor irgendeine Entscheidung getroffen wird, will die Militärregierung oder der Kontrollrat die Ansicht der verschiedenen Ausschüsse oder des Zonenrates hören. Alles bis jetzt Bekanntgewordene ist nur private Ansicht. Auch in den englischen Zeitungen erschienen in den letzten Wochen Nachrichten über die künftige Gestaltung der englischen Zone.[6] Auch diese sind nur persönliche und private Ansichten von Journalisten oder von englischen Militäroffizieren oder Zivilbeamten. Die Militärregierung würde sich aber freuen, wenn sie irgendwelche Vorschläge vom Provinzialrat erhalten würde, um Entscheidungen zu treffen oder diese Vorschläge weiterzuleiten.

Nachdem einige Abgeordnete noch kurz gesprochen hatten, beschäftigte sich Generalreferent DR. MENZEL in einem kurzen Vortrag mit der beabsichtigten Aufteilung der englischen Zone.[7] Dr. *Menzel* hatte u.a. eine Karte zeichnen lassen, die die Aufteilung der britischen Zone nach wirtschafts- und verkehrspolitischen Grundsätzen berücksichtigte. In Westfalen interessiere im Augenblick die Frage, wohin bei einer künftigen Aufteilung Lippe-Detmold und Osnabrück zu schlagen wären. Mit aller Entschiedenheit müsse sich Westfalen dagegen wehren, daß das Ravensberger Land von Westfalen getrennt und nach Hannover geschlagen würde.

5 Nr. 110.

6 Vgl. Nr. 111.

7 Siehe hierzu Nr. 113b.

Der Abgeordnete LEDWOHN (KPD) hält es nicht für richtig, heute über eine Aufteilung der englischen Zone zu sprechen, zumal sich die Mitglieder auf der letzten Sitzung des Provinzialrates einstimmig für die Einheit des Reiches eingesetzt hätten. Die Parteien müßten sich die Pläne, die von außen in die Provinz getragen werden, zunächst einmal ansehen, um dann eine Entscheidung zu fällen. Der Redner empfahl, den Hauptausschuß in Kürze noch einmal zusammentreten zu lassen und ihm dann einen praktischen Vorschlag zur Neugliederung des Reiches zu unterbreiten.[8]

Oberpräsident DR. AMELUNXEN entgegnete, das sei der Sinn der heutigen Besprechung. Diese Frage würde lediglich zur Diskussion gestellt, damit auf Grund der Besprechung die einzelnen Mitglieder sich mit ihren Fraktionen in Verbindung setzen können. Zweckmäßig erscheine es aber doch, den Parteien Material zuzuleiten, das eindeutig die Zugehörigkeit Lippe-Detmolds und Osnabrücks zu Westfalen belege. Schaumburg-Lippe scheide mit dem morgigen Tage aus der Provinz Westfalen aus und gehöre dann zu Hannover. Die Militärregierung habe aber wissen lassen, daß diese Änderung nichts mit der Neugliederung der britischen Zone zu tun habe.[9] Die Militärregierung stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß Lippe-Detmold zu Westfalen gehöre.

Abgeordneter JÖSTINGMEIER (CDU) weist auf die kulturelle und wirtschaftliche Verflechtung des südlichen Teiles von Oldenburg mit Westfalen hin.

Abgeordneter REISMANN (Zentrum) bemerkt, die gleichen Tendenzen, wie in Südoldenburg seien auch im südlichen Emsland festzustellen. Bei der künftigen Neugestaltung müsse den berechtigten Wünschen der Bewohner des südlichen Oldenburger Landes und des südlichen Emslandes Rechnung getragen werden.

Abschließend konnte Oberpräsident DR. AMELUNXEN feststellen, daß der Ausschuß der Meinung war, die Gebiete der Provinz Westfalen nicht auseinanderreißen zu lassen, und daß der Plan, Rheinland und Westfalen zusammen zu legen, im Provinzialrat keine Zustimmung finden werde.[10]

Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 3. Juni 1946, um 10 Uhr, stattfinden zu lassen.

[...][11]

8 Zum Vorschlag der KPD vgl. Nr. 136.

9 Vgl. die Nrn. 82, 109.

10 Über den letzten Teil dieses Satzes, der keineswegs die einmütige Auffassung des Hauptausschusses wiedergibt, wurde in der zweiten Sitzung am 3. 6. 1946 heftig gestritten (siehe Nr. 141).

11 Im folgenden behandelt: Ernährungslage; Sitzungsgelder und Reisekosten.

113b.

13. 5. 1946: Vortragsentwurf des Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel, für die 1. Hauptausschußsitzung des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 57–154. Durchschlag.

Mit Schreiben vom Mai 1946 (ohne Tagesangabe) – Az. 307/A & LG/2306/9 – hat uns die hiesige Militärregierung einen Plan der Kontrollkommission über den künftigen Aufbau der Provinzialregierung überreicht.[1] Sie hat hierzu um Stellungnahme nach Anhörung des Provinzialrates gebeten. Diese Stellungnahme wird möglichst bald schriftlich erfolgen. Der Zweck des heutigen Vortrages besteht darin, in einem größeren Rahmen die Zusammenhänge, der mit diesem Schreiben aufgeworfenen Probleme, zu zeigen. Diese Fragen können nicht für sich allein beantwortet werden. Sie hängen zusammen mit a) der territorialen Neugliederung, b) dem Neuaufbau der deutschen Verwaltung.[2]

Zu a): Die Eingliederung von Schaumburg-Lippe in die Provinz Hannover beweist, daß auch die Gebietsfragen in Angriff genommen werden sollen.[3] Das ist zu begrüßen. Denn ohne die Klärung, wieviel Länder in der britischen Zone sein werden, ist auch eine Beantwortung über den Umfang der Befugnisse dieses Landes nicht möglich. Kleine Gebiete können nicht soviel Zuständigkeiten haben, wie große. Die richtige Abgrenzung ist dann gegeben, wenn das Gebiet den ersten Ausgleich an sich selbst vollziehen kann.

Gebiete einseitiger Struktur, denen wesentliche Lebensgrundlagen fehlen, eignen sich nicht zur Zusammenfassung, da sie in jeder Krise die nächsthöhere Instanz zur Hilfe heranholen müssen und so einen ungesunden Zentralismus erstreben.

Da jeder Zentralismus sehr leicht die Grundlage für eine Diktatur bildet, wir aber die Selbstverwaltung planen, müßten größere, in sich leistungsfähigere Länder geschaffen werden. Andererseits dürften diese Länder nicht zu groß sein, da sich sonst der Länderseparatismus entwickelt.Die Folge ist daher, möglichst Länder, mit 5–7 Millionen Einwohnern, ca. 12 bis 15 Länder für Deutschland und 4–5 Länder für die britische Zone. Diese Länder für die britische Zone wären: Nordrheinland, Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein, Hamburg. Die Grenzen Nordrheinlands stehen fest, müßten aber durch ein kleines Restgebiet der französischen Zone ergänzt werden. Zu Westfalen gehören politisch und wirtschaftlich gesehen der Regierungsbezirk Osnabrück und Lippe-Detmold.

---

1 Siehe Nr. 107 zum 10. 5. 1946.

2 Wie aus dem Protokoll der Hauptausschußsitzung vom 14. 6. 1946 (Nr. 113a) hervorgeht, trug *Menzel* von diesem Entwurf lediglich die Teile betreffend die territoriale Neugliederung vor. Zum Neuaufbau der deutschen Verwaltung bzw. künftigen Aufbau der Provinzialregierung äußerte er sich nicht. Dies könnte bedeuten, daß die Provinzialregierung bereits kurz vor der Hauptausschußsitzung erfahren hatte, daß die Militärregierung die Anweisung vom 10. 5. 1946 widerrufen hatte (vgl. hierzu Nr. 108, Anm. 6). Laut einem Rundschreiben vom 7. 5. 1946 (StA Münster, Oberpräsidium 7013) sollte *Menzel* auch in der für den 17. Mai angekündigten 9. Konferenz zwischen Militärregierung und Provinzialregierung über die verwaltungsmäßige und politische Neugestaltung Westfalens referieren; am 14. 5. teilte das Oberpräsidium der Militärregierung aber mit, daß von seiten der Provinzialregierung keine Punkte für die Konferenz vorlägen, da man sich zu den am meisten interessierenden Fragen, wie Neugestaltung der Provinzialregierung usw., im Augenblick noch nicht äußern könne; die Konferenz wurde daraufhin abgesagt (vgl. StA Münster, Oberpräsidium 7013).

3 Vgl. Nr. 113a: Aussage *Amelunxens* vor Anm. 9.

Die hier ausgestellte Karte beweist dies.[4] Die Richtung des Güterverkehrs bei der Eisenbahn liegt sowohl bei Osnabrück als auch bei Lippe-Detmold zu mehr als der Hälfte nach dem Westen, bei dem Straßenverkehr ungefähr 80% des Gütertransports aus Osnabrück und Lippe-Detmold nach dem Westen und 20% nach dem Osten in Richtung Hannover.

Außerdem sind Pläne für eine Nordseeprovinz entstanden, die das Gebiet von Holland bis zu dem Gebiet zwischen Elbe und Weser umfaßt, einschließlich Oldenburg und Bremen, das die Hauptstadt dieser Provinz werden könnte.[5] Die Provinz Hamburg würde Braunschweig erhalten, würde aber für sich als Sonderfall bestehen bleiben.[6]

Neuerdings sind Pläne aufgetaucht, Rheinland und Westfalen zusammenzulegen. Diese Pläne sind abzulehnen. Sie würden das Ruhrgebiet zu einer Besonderheit hervorheben und damit die Absicht fördern, es von Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu trennen.

[...][7]

Mit diesen Vorschlägen ist zugleich auch das Wichtigste zu dem Plan der Kontrollkommission gesagt. Im wesentlichen ergibt sich:

a) Die Schaffung von Länderregierungen, die die Kompetenzen der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zusammengefaßt übernehmen, ist richtig.

b) Die Durchführung einer weitgehenden Selbstverwaltung mit parlamentarischen Kontrollen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wird begrüßt.

c) Die bisherigen Zentralämter werden richtiger in Zentralausschüsse des Länderrates und des britischen Zonenbeirates (Z.A.C – Zonal Advisory Council) umbenannt, weil dies ihre Befugnisse und Kontrolle nach außen kenntlich macht.

d) Gegen die Errichtung derartiger zentraler Ausschüsse auf den Gebieten, die die Aufgaben einer künftigen Reichsregierung umfassen, bestehen keine Bedenken, wenn diese zentralen Ausschüsse in den Länderrat und Zonenbeirat eingebaut werden.

e) Bei diesen zentralen Ausschüssen gab es zwei Arten:
1. Zentrale Ausschüsse, bei denen es sich um reine Aufgaben einer künftigen Reichsregierung handelt, z.B. Auswärtiges, Reichspost, Reichsbahn, Finanz- und Lastenausgleich, Rechtsprechung usw.
2. Zentrale Ausschüsse, die anstelle der künftigen Reichsbehörden Weisungen an die Länder geben, die Durchführung dieser Weisungen jedoch bei den Ländern selbst liegt. Z.Zt. Lenkung auf dem Gebiete der Ernährung und Wirtschaft, der Arbeitspolitik usw.

f) Die Einrichtung einer Länderregierung mit Ministerien aus Vereinfachungs- und Ersparnisgründen, vor allem, daß die Zuständigkeiten zusammengefaßt und möglichst wenig Ministerien gebildet werden. So könnte das Ministerium für städtische Angelegenheiten (kommunale Aufsicht) mit dem Ministerium Public Safety zusammengelegt werden. In Verbindung damit müßte die Verantwortung für die Exekutive auf den Mini-

4 Karte nicht ermittelt.

5 Am 18. 5. 1946 wurde von der oldenburgischen Landesregierung eine Denkschrift zur Errichtung eines Landes Weser-Ems vorgestellt (Bundestag ParlA, 1–147).

6 Weitere Hinweise auf den Plan einer Zusammenfügung von Braunschweig und Hamburg liegen nicht vor.

7 Die folgenden Ausführungen zum Neuaufbau der deutschen Verwaltung decken sich inhaltlich mit der Denkschrift *Menzels* vom 6. 5. 1946 (Nr. 103).

ster für Public Safety übernommen werden.[8] Er ist dann der zuständigen britischen Militärbehörde verantwortlich. Die Wasserstraßendirektion und die Straßenverkehrsdirektion einschließlich Straßenbau müssen, wie früher, in der gleichen Hand liegen. Das ist schon deshalb möglich, weil die Weisungen auf diesem Gebiet von der künftigen Reichsbehörde und bis dahin von dem zuständigen Zentralausschuß ergehen würden. Die Maßnahmen des Länderaufbaues müßten ebenfalls wie bisher in einer Hand liegen, d.h. die Trennung von Baulenkung und Bauwirtschaft mit den Arbeiten der Bauverwaltung, der Landesverwaltung und des Landeswohnungsamts muß aufgehoben werden. Nur so gibt es eine Garantie für einen schnellen Wiederaufbau.

Dies sind einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem Plan der Kontrollkommission. Der Provinzialrat wird hierzu noch im einzelnen Stellung nehmen müssen.

Ich bitte diese Vorschläge als einen Beweis unserer Bemühungen aufzufassen, die deutsche Verwaltung, die in den letzten Jahren so sehr gelitten hat, nicht noch weiteren Belastungen auszusetzen. Von ihrem Funktionieren hängt bei einer zerschlagenen Nation unendlich vieles mehr ab als bei gesunden Völkern. Nur wenn es uns gelingt, Deutschland nicht zerfallen zu lassen, werden die Menschen und hier vor allem die Jugend, die Ideen des Friedens, der Demokratie und der Völkerverständigung als ein selbstgewolltes höheres Ideal begreifen und sich dafür nicht aus Zwang sondern aus eigener innerer Überzeugung einsetzen.

8 Vgl. den von der Militärregierung in Vorschlag gebrachten Organisationsplan für die künftige „Regierung" der Provinz: Nr. 107, Anm. 10, 11.

114.

14. 5. 1946: Der Generalreferent Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel, an die übrigen Generalreferenten der Provinzialregierung Westfalen

HStA Düsseldorf, RWN 133–10.[1] Vervielf. Exemplar. Vermerk: „Abdruck für den Herrn Reg. Präsidenten".

Vor einiger Zeit übersandte ich Richtlinien über die Fragen der territorialen Neuaufgliederung und des Verwaltungsaufbaues in Deutschland und für die britische Zone. Verschiedene Besprechungen und Vorträge haben mich veranlaßt, diese Grundsätze teilweise umzuarbeiten. Die neue Fassung ist beigefügt.[2] Ich verweise vor allem auf die Ziffern 7 und 8.

An Hand dieser Grundsätze bitte ich die Herren Generalreferenten, und zwar jeder für die in sein Arbeitsgebiet fallenden Zuständigkeiten, alsbald Vorschläge zu machen,

1 Weitere Exemplare: StA Münster, Oberpräsidium 4869; ebd., Oberpräsidium 7121; HStA Düsseldorf, NW 318–181.

2 Gemeint ist die Denkschrift vom 6. 5. 1946 (Nr. 103).

A) wie sich die Zuständigkeiten künftighin auf das Reich, das Land und die Land-, Stadtkreise verteilen sollen. Bei den Landkreisen muß eine Unterteilung vorgenommen werden zwischen Kreisaufgaben und Aufgaben der Gemeinden, kreisangehörigen Städten und Ämtern. Über die Notwendigkeit der Beibehaltung der Ämter bitte ich ebenfalls um Äußerung.

Es sind 4 Gruppen zu unterscheiden:
1. Reine Reichsaufgaben mit eigenem Unterbau, soweit dies unbedingt erforderlich ist, z.B. Auswärtiges, Verkehr, Reichspost, Finanzen (?), Rechtsprechung. Sollen die Zuständigkeiten bei der Rechtsprechung und der Justizverwaltung getrennt werden?
2. Angelegenheiten, bei denen das Reich nur die Richtlinien gibt (Lenkung), die Länder oder Stadt-, Landkreise die Ausführung haben (dezentralisierte Verwaltung).
3. Aufgaben, die nur zur Länderzuständigkeit gehören, dem Reich also nur die Gesetzgebung verbleibt. Dabei ist wiederum zu unterscheiden a) Grundsatzgesetzgebung, b) allgemeine Gesetzgebung.
4. Reine Selbstverwaltungsaufgaben, unterteilt nach der Zuständigkeit von a) Stadtkreis, b) Landkreis, c) kreisangehöriger Gemeinde.

Bei der Beantwortung dieser Fragen zu 4 a–c ist von einer Stärkung der Selbstverwaltung auszugehen und davon, daß die bisherigen Aufgaben der Provinzialverwaltung in die Zuständigkeit der Provinzialregierung (Länderregierung) übergehen oder schon übergegangen sind, die Provinzialstufe für die Selbstverwaltung mithin wegfällt.

B) Welche Aufgaben können als Auftragsangelegenheiten erledigt werden und von welcher Verwaltungsebene (Land, Kreis, Gemeinde oder dergl.)?

C) Bei den Vorschlägen ist davon auszugehen, daß die Provinz Westfalen in ihrem jetzigen Umfang bestehen bleibt. Die etwaige Hinzunahme von Lippe-Detmold und Osnabrück dürfte auf die Aufteilung der Zuständigkeiten keinen Einfluß ausüben.

D) Die Fragen sind unabhängig davon zu behandeln, ob eine Reichsgewalt besteht oder nicht. Solange diese Reichsgewalt nicht vorhanden ist, wird anzustreben sein, sie vorläufig von einem Kräftezentrum einer jeden Zone (vgl. Nr. [7] der beigefügten Grundsätze) wahrnehmen zu lassen.

E) Ich bitte, die Vorschläge auch auf diejenigen Verwaltungsgebiete zu erstrecken, für die der Oberpräsident z.Zt. nicht zuständig ist, z.B. Volksschulangelegenheiten, Angelegenheiten des Oberfinanzpräsidenten usw.

F) Ich bitte um Anregungen über die Frage, ob die bei den Ländern tätigen Beamten Reichs- oder Länderbeamte werden sollen. Die Charakterisierung als Länderbeamte erschwert die Freizügigkeit und den Aufstieg. Es wäre denkbar, auch diese Beamten zu Reichsbeamten zu machen und sie zu den Länderregierungen abzuordnen. Dort könnte auch ihre Etatisierung erfolgen.

G) Die Vorschläge bitte ich, auch auf die Sozialversicherungsbehörden und auf alle öffentlichen Kassen, überhaupt auf alle Gebiete zu erstrecken, die ein Teil der öffentlichen Verwaltung sind, auch soweit diese sich nur auf die Aufsicht oder Kontrolle erstreckt.

Am Sonntag, den 26. 5. 1946, findet in Lübeck eine Länderchefbesprechung über die aufgeworfenen Fragen statt.[3] Da diese Probleme schon seit geraumer Zeit Gegenstand der

3 Zur Zusammenkunft der Länder- und Provinzchefs am 26. 5.: Nr. 138.

Erörterung sind, nehme ich an, daß es möglich ist, mir die Vorschläge möglichst in 3-facher Ausfertigung bis zum 20. Mai zu übersenden. Ich möchte erreichen, daß Westfalen durch einen Vorsprung in der Vorbereitung dieser Fragen einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung dieser Probleme erhält.[4]

4 Zur Reaktion des Generalreferenten Wohlfahrt, *Weber*, hierauf vgl. Nr. 126. Am 31. 5. 1946 beklagte sich *Menzel* beim Generalreferat Finanzen, daß von dort noch keine Stellungnahme eingegangen sei; da er nicht im Besitz sämtlicher Stellungnahmen der Generalreferenten gewesen sei, habe er in Lübeck nicht referieren können (HStA Düsseldorf); noch am selben Tag erläuterte *Höpker-Aschoff* daraufhin *Menzel* seine Überlegungen zum künftigen Aufbau der Verwaltung insbesondere auf dem Gebiet des Finanzwesens (AdsD, NL Menzel R 22).

115.

15. 5. 1946:[1] Denkschrift von Oberpräsident Lehr für den Militärgouverneur der britischen Zone, Luftmarschall Douglas, anläßlich dessen Besuchs in Düsseldorf[2]

HStA Düsseldorf, RWN 91–3.[3] Druck. Paraphe von Wandersleb.

Vorschlag zur Neugliederung der britischen Zone

1. Bei einer Neugliederung der britischen Zone kann die gegenwärtige Gebietsaufteilung Ausgangspunkt sein. Es muß aber berücksichtigt werden, daß es sich bei den jetzigen Staaten und früheren preußischen Provinzen fast durchweg um Schöpfungen des 19. Jahrhunderts handelt. Dynastische Interessen und Zufälligkeiten kriegerischer Ereignisse haben die meisten ihrer Grenzen bestimmt. Zusammengehörigkeit auf Grund gleichen

1 Eine Datumsangabe fehlt auf dem Dokument; vgl. zur Datierung Anm. 2.

2 Am 16. 5. 1946 erwähnte *Lehr* in einem Gespräch mit *Zuhorn* und *Naunin*, er habe tags zuvor dem britischen Militärgouverneur *Douglas* persönlich eine Denkschrift zur Neugliederungsfrage überreicht (vgl. Nr. 117). Daß es sich hierbei um das vorliegende Dokument, welches selbst keinen ausdrücklichen Hinweis auf seinen Verwendungszweck enthält, handelt, läßt sich indirekt erschließen. Wie bereits von W. KÖHLER, 1961, S. 122, richtig erkannt, wurde die Denkschrift von *Wandersleb* im Zusammenwirken mit dem Landesplaner Professor *Prager* – allerdings auf der Grundlage vorheriger Überlegungen *Lehrs* – erarbeitet. Am 8. 5. 1946 übermittelte *Prager* Abteilungsleiter *Wandersleb* einen detaillierten Vorschlag zur Dreigliederung der britischen Zone einschließlich Kartenmaterials (Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218; HStA Düsseldorf, NW 72–42). Dieser Vorschlag wurde unverändert in die Denkschrift übernommen, die folglich kurze Zeit vor dem Besuch von *Douglas* am 15. 5. 1946 fertiggestellt worden sein dürfte. Nun geht aus Pkt. 10 der Denkschrift deutlich hervor, daß hier eine vorgesetzte britische Stelle angesprochen wird. Es ist zu schließen, daß *Lehr* die günstige Gelegenheit der Anwesenheit des Militärgouverneurs in Düsseldorf nutzte, um diesem seine Überlegungen darzulegen und ihm die vorliegende – eigens zu diesem Zweck gedruckte – Denkschrift zu überreichen. Für diese These spricht nicht zuletzt, daß *Lehr* in dem erwähnten Gespräch am 16. 5., den beiden Westfalen den in der Denkschrift entwickelten Vorschlag zur Abgrenzung des Landes Rheinland-Westfalen zur Kenntnis brachte.

3 Ein weiteres Exemplar im Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 83, in Ledermappe mit folgender Widmung: „Dem geistigen Schöpfer des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Dr. h.c. *Lehr* ganz ergebenst überreicht von Dr. Hermann *Wandersleb*, Reg. Vizepräsident. Düsseldorf, den 27. August 1946." Beide Exemplare mit vollständigem Kartenmaterial.

Volkstums, geschichtlicher und kultureller Verbundenheit der betreffenden Gebiete sind dagegen bei ihrer Bildung im allgemeinen wenig beachtet worden. Noch weniger entsprechen die bisherigen Gebietsabgrenzungen den meist erst im 20. Jahrhundert in ihrer vollen Bedeutung hervorgetretenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

2. Bei der auf Karte 1[4] eingezeichneten Dreigliederung der britischen Zone ist den oben aufgeführten Erfordernissen einer sinnvollen Gebietsabgrenzung nach Möglichkeit entsprochen. Die 3 Gebiete sind:[5]
a) Nord-Ostsee-Land. Dazu gehören: die bisherige Provinz Schleswig-Holstein, ferner aus Provinz Hannover Reg.-Bez. Stade die Kreise: Bremervörde, Cuxhaven-Stadt, Land Hadeln, Osterholz, Stade, Wesermünde-Stadt, Wesermünde-Land und die Hansestadt Hamburg.
b) Niedersachsen. Dazu gehören: die bisherige Provinz Hannover, vom Reg.-Bez. Stade aber nur die Kreise Rotenburg und Verden und vom Reg.-Bez. Osnabrück nur die Kreise Bersenbrück, Lingen, Bentheim, Meppen, Aschendorf-Hümmling, ferner die Länder Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe.
c) Rheinland-Westfalen. Dazu gehören: die bisherige Nord-Rheinprovinz, die bisherige Provinz Westfalen, ferner aus Provinz Hannover Reg.-Bez. Osnabrück die Kreise Osnabrück-Stadt, Osnabrück-Land, Melle, Wittlage und das Land Lippe-Detmold.

3. Die Aufgliederung in nur drei Teile wird vor allem deshalb empfohlen, um Gebiete zu schaffen, die genügend groß und leistungsfähig sind, um lebensvolle Glieder eines künftigen deutschen Bundesstaates zu sein. Nur ausreichend große Länder sind imstande, parlamentarische Körperschaften durch die Größe und Bedeutung der ihnen zufallenden Aufgaben mit dem Gefühl wirklicher Verantwortlichkeit und damit echtem demokratischen Geist zu erfüllen. Nur solche Länder können auch Träger einer wirksamen Landesregierung sein.

4. Die drei bezeichneten Länder gehen allerdings über engere Volkstumsgrenzen hinweg. Zur Wahrung und Erhaltung des Stammesbewußtseins wären deshalb unter dem einheitlichen Landtag und der einheitlichen Landesregierung ggf. besondere kommunale Körperschaften und entsprechende Verwaltungen zu schaffen und zwar in dem
Nord-Ostsee-Land für: a) Schleswig-Holstein, b) Hamburg und ggf. c) das westelbische Gebiet, bestehend aus dem Hauptteil des Reg.-Bez. Stade.
Im Land Niedersachsen könnten entsprechende Körperschaften und Verwaltungen gebildet werden für: a) Braunschweig mit Reg.-Bez. Hildesheim, b) die Reg.-Bezirke Hannover, Lüneburg, die Kreise Rotenburg und Verden vom Reg.-Bez. Stade und das Land Schaumburg-Lippe, c) Oldenburg mit Reg.-Bez. Aurich, den Teilen des Reg.-Bez. Osnabrück, die nicht in Rheinland-Westfalen einbezogen werden, ggf. auch mit Bremen, falls diesem nicht auch eine Sonderstellung eingeräumt wird wie der Stadt Hamburg im Rahmen des Nord-Ostsee-Landes.
Für Rheinland-Westfalen wären dementsprechend aufrecht zu erhalten in gewissem Umfange Sonderverwaltungen für a) Westfalen einschließlich Lippe-Detmold und den Südteil des Reg.-Bez. Osnabrück, b) die bisherige Nord-Rheinprovinz.

4 Siehe Karte 1.

5 Der folgende Dreigliederungsvorschlag ist nur eine Spezifizierung der Darlegungen *Lehrs* von Ende April/Anfang Mai (vgl. die Nrn. 89, 102).

5. In der deutschen Geschichte haben die genannten Räume in ihrer Untergliederung fast alle jahrhundertelang gleiche Schicksale getragen. Für den Raum Rheinland-Westfalen zeigt die Karte 2[6] den Umfang des früheren Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreises, der von 1512 bis 1806 bestand. Dieser Reichskreis umfaßte rund drei Jahrhunderte lang den Raum von der heutigen Westgrenze des Reiches bis zur Weser. Gebiete des Erzstiftes Köln waren als Enklaven eingelagert.

6. Die Eigenart der naturgemäß vielgestaltigen Kulturarbeit läßt einerseits eine Pflege in den kleineren Räumen, wie sie oben als Teilgebiete mit einer Art provinzieller Selbstverwaltung bei den einzelnen Ländern angeführt sind, zweckmäßig erscheinen. Für eine kraftvolle Entfaltung kulturellen Lebens sind aber die Mittel großer Gebietskörperschaften, wie es die oben umrissenen drei Länder sind, erforderlich.

7. Alle anderen Gesichtspunkte überragend und ausschlaggebend für eine Zusammenfassung großer Räume sind die wirtschaftlichen Erwägungen.

In dem vorgesehenen Nord-Ostsee-Land erhalten alle bisherigen Einzelgebiete: Schleswig-Holstein, Hamburg und das Gebiet westlich der Elbe jeweils wertvolle Ergänzungen und einen Strukturausgleich, der ihnen jetzt fehlt.

Niedersachsen weist vom Harzvorland bis zur Küste Gebiete von großer Mannigfaltigkeit auf, die sich glücklich ergänzen können. Weder die Provinz Hannover noch die Länder Braunschweig, Oldenburg und Bremen können sich als selbständige Wirtschaftskörper behaupten; in enger Verbindung sind sie zu bedeutenden wirtschaftlichen Leistungen fähig.

Rheinland-Westfalen einschließlich Lippe-Detmold und dem Südteil des Reg.-Bez. Osnabrück sind wirtschaftlich nicht nur im Ruhrgebiet seit dessen Erschließung eng verwachsen, sondern bilden vom westlichen Rhein- bis westlichen Weserufer eine große Wirtschaftseinheit.

8. Für Rheinland-Westfalen zeigt Karte 3[7] die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen der Nord-Rheinprovinz und Westfalen. Zwischen der links- und der rechts-rheinischen Wirtschaft besteht von jeher ein erheblicher wirtschaftlicher Unterschied, der zu allen Zeiten die Landschaften zu beiden Seiten des Stromes in ihren Lebensverhältnissen voneinander abhängig gemacht hat. Die Provinzgrenze zwischen der Nord-Rheinprovinz und Westfalen wird überdeckt von gleichartiger Industrie in engster Verbundenheit, so besonders im eigentlichen Ruhrgebiet wie auch in dem südlich anschließenden Gebiet von der Wupper bis zur Sieg. Im Norden und Osten Westfalens greifen im westfälischen Gebiet verwurzelte Industrien über die Provinzgrenze in das Gebiet von Osnabrück und Detmold. Damit ergibt sich die Notwendigkeit einer Änderung der jetzt wirtschaftlich unorganischen Grenzen in diesem Raum.

9. Unstreitig und unbestritten ist der enge Zusammenhang der Nord-Rheinprovinz mit dem westfälischen Ruhrgebiet, vom bergischen Land her auch mit Südwestfalen und vom nördlichen Niederrhein her auch mit dem Münsterland. Diskussion gibt es nur darüber, ob a) ein Teil von Ostwestfalen und das Land Detmold etwa nach Hannover herübergezogen werden könnte, b) die Verbindung des Südteils des Reg.-Bez. Osnabrück mit Westfalen gerechtfertigt ist.

---

6 Siehe Karte 2.

7 Siehe Karte 3.

Hierüber sind deshalb in der besonderen Anlage[8] nähere Angaben gemacht, in denen der Nachweis für die Verbundenheit der angeführten Gebiete mit dem westfälischen Kernland erbracht wird.

10. Es sollten vorstehend nur einige Anmerkungen zu der vorgeschlagenen Neugliederung gemacht werden. Es würde dankbar begrüßt, wenn Gelegenheit gegeben würde, zu Einzelfragen und auch zu den selbstverständlich auftauchenden Bedenken Stellung zu nehmen. Insbesondere erfolgt ohne besondere Aufforderung keine Äußerung zu Einzelheiten der Neugliederung außerhalb des Gebietes von Rheinland-Westfalen.

11. Bei einer Fünfgliederung könnten selbständige Gebiete bleiben:[9]

a) Schleswig-Holstein mit westelbischem Gebiet (dem auf Karte 1 verzeichneten Nordteil des Reg.-Bez. Stade),
b) Hamburg,
c) Niedersachsen (wie auf Karte 1 umrissen),
d) Westfalen mit Lippe-Detmold und dem Südteil des Reg.-Bez. Osnabrück (wie auf Karte 1 eingezeichnet),
e) Nord-Rheinprovinz.

12. Abschließend ist für Rheinland-Westfalen folgendes hervorzuheben: Dieses Gebiet ist von den Kriegseinwirkungen weitaus am schwersten von allen Gebieten der drei westlichen Zonen Deutschlands betroffen und liegt z. Zt. wirtschaftlich noch völlig darnieder. Keinesfalls darf es weitere Schwächungen oder gar Gebietsverluste erfahren. Falls dieses Gebiet aber wieder Baustoffe für Wohnungen, Ställe, Scheunen und Industriebetriebe, Düngemittel für seine Landwirtschaft und Arbeitsmöglichkeit für seine Industrie erhält, wird es in überraschend kurzer Zeit wieder neue Kräfte entfalten, die ihm die Erfüllung staatspolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Pflichten weit über sein engeres Gebiet hinaus ermöglichen werden. Das ist seine deutsche und europäische Aufgabe.

Die Notwendigkeit der Erweiterung Westfalens im Norden und der Verhinderung einer Abgliederung von Minden-Ravensberg und Lippe[10]

Die Metall- und Textilindustrie des Osnabrücker Bezirks sind seit langem nach ihrer Entstehung, ihren Funktionen und Organisationsverhältnissen mit dem Ruhrgebiet bzw. dem Münsterland stärkstens verzahnt. Künftig müssen sie rohstofflich von der westfälischen Seite aus gelenkt werden, ebenso in ihren Produktionszielen. Sonst werden in der Abwicklung ihrer Industrien starke Unstimmigkeiten aufkommen, durch die der Stand der gesamten Leistungen der größeren Bezirke in Unordnung geraten würde.

Ostwestfalen ist mit seinen Leistungszielen in Industrie und Landwirtschaft nach dem Westen gerichtet. Das läßt sich an den Verkehrszahlen sowie aus den Absatz-Funktionen aller Betriebe exakt feststellen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mußten eine große Zahl von Industriezweigen aus Arbeits- und Unkostengründen nach Ostwestfalen und Lippe-Detmold verlagert werden. Es ist dort ein dem Kerngebiet organisch verwachsenes großes Industrievorland entstanden, das ganz vorwiegend nach seinen Erfordernis-

8 Vgl. unten.

9 Vgl. den entsprechenden Vorschlag *Lehrs* vom 6. 5. 1946 (Nr. 102).

10 Mit dieser Überschrift beginnt eine neue Seite der Denkschrift; der Abschnitt ist jedoch nicht als eigenständige Anlage ausgewiesen.

sen arbeitet. Es muß künftig von der Staatslenkung Rheinland-Westfalens auch ausdrücklich nach den Notwendigkeiten des Gesamtgebietes in der Produktion gelenkt werden. Das kann nicht von dem außenstehenden Hannover aus geschehen.

Die Industriebetriebe des westfälischen Ostens und Lippes setzen nach eingehenden Untersuchungen, die bei ihnen vorgenommen wurden, in normalen Jahren 2/3 bis 3/4 und mehr ihrer Erzeugung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk an Verbrauchsgütern und Produktionsmitteln ab.

Die ostwestfälisch-lippisch-paderborner Industrie ist ganz auf den Großabnehmer „Ruhrgebiet" abgestellt. Dieser hat in den genannten Gebieten die Industriezweige zur Entwicklung gebracht, die ihm aus besonderen Gründen fehlen, er ist also um so mehr von ihnen abhängig. Bezeichnend ist daher auch die auffallend große Zahl von Einzelbranchen in Ostwestfalen und Lippe. Ihre Zahl beträgt z.B.in der Textil-, Bekleidungs-, Metall- und Holzindustrie je 50–60 verschiedene Arten. Dazu kommen an die 30 bei Lebens- und Genußmitteln, viele Spezialitäten in der chemischen, papierverarbeitenden und Glasindustrie. Man braucht bei allen nur ihre einzelnen Sorten festzustellen, um zu wissen, wo sie im Gebrauch hingehören.

Lippe gibt nach Rheinland-Westfalen z.B. rund 60% seines Möbelvertriebs, 70% seiner Glaswaren, 75% des Bau-, 90% des Grubenholzes, 75% des Zuckers.

Höchst bedeutungsvoll ist, daß eine gegenseitige Ergänzung in der Abwicklung des Produktionsverlaufes besteht. Das Ruhrgebiet z.B. liefert für den Osten Kohle, Gas, Strom, Metalle und Halbzeug und bekommt von ihm Werkzeuge, Maschinen und Schrott. Die Textilbezirke von Minden-Ravensberg, Lippe, Münsterland, Niederrhein und Wuppertal reichen sich gegenseitig die Garne, Gewebe und Chemikalien zur Weiterverarbeitung in Webereien, Wäsche- und Kleiderfabriken, die dazu gehörigen verschiedenen Zubehörteile, betreiben miteinander Färbereien, Ausrüstung und sonstige Veredelung.

Zahlreiche andere Fälle der wechselseitigen produktionellen Abhängigkeit vervollständigen das Bild engster Verbundenheit, das eine Abrundung des Gebiets, mindestens in dem auf Karte 1 dargestellten Umfange erfordert.

116.

16. 5. 1946:[1] Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung bei dem Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz, in Düsseldorf

Archiv des LWL, II K 265.[2]

Besprechung am 16. 5. 46 in Düsseldorf; anwesend 1. Landesrat *Kitz*, Oberstadtdirektor Dr. *Zuhorn* und Landesrat Dr. *Naunin*.

Z[uhorn] erläuterte das Rahmengesetz mit dem Vorbehalt, daß es sich um eine persönliche Arbeit handle, die von der Westfälischen Provinzialregierung nur als Eventualplan angesehen werde.[3]

K[itz] erklärte, daß er sich vor einiger Zeit mit etwa folgenden Gründen gegen eine Verbindung mit Westfalen gewandt habe:[4]

1. Außenpolitisch sei es bedenklich, einen Weststaat zu präsentieren.

2. Es sei nicht notwendig, alle Länder gleich groß zu machen. Ein großes Land fordere leicht dazu heraus, daß ihm einzelne Teile abgeschnitten werden. Im Rheinland besteht gerade Gefahr hinsichtlich einer Ausweitung der französischen Besatzungszone auf den Regierungsbezirk Aachen.

3. Wenn ein solcher Plan von der Rheinprovinz ausginge, könne Westfalen befürchten, daß das Rheinland es schlucken wolle.

4. Bei Bildung eines großen Landes bestehe eher die Gefahr, daß statt der Einrichtung von Provinzen die Regierungspräsidenten zu counties mit kommunalem Charakter würden.

5. Die englische Regierung setzt z.Zt. vier Gebietskommissare ein.[5] Der *Bevin*-Plan, der von drei Ländern sprach, sei daher noch keine abschließende Lösung.

K[itz] erkannte ausdrücklich die verwaltungsmäßigen Vorteile des Rahmengesetzes an, vertrat aber den Standpunkt, daß es von der Rheinprovinz nur als Eventualplan vorgesehen werden sollte.

Anschließend fand die Besprechung bei Oberpräsident Dr. *Lehr* statt,[6] in der *K[itz]* seine Bedenken zu Ziffer 2 und besonders zu 4 betonte, während er grundsätzlich eine Zusammenfassung für wahrscheinlich unvermeidlich erklärte.

Naunin

1 Der Vermerk wurde am 23. 5. 1946 angelegt.

2 Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 2.

3 Mit einer ähnlichen Erklärung übersandte *Naunin* das Rahmengesetz einschließlich Begründung am 15. 5. 1946 an den Zonenbeirat: der Entwurf sei im wesentlichen auf Anregung *Zuhorns* entstanden und werde von der Provinzialverwaltung vertreten; er habe die Zustimmung der Provinzialregierung noch nicht gefunden, allerdings seien Besprechungen in der Schwebe (Archiv des LWL, II K 265).

4 Vgl. Nr. 85.

5 Durch die Ernennung der „Regional Commissioners" am 1. 5. 1946 wurde das bisherige Regiment der vorwiegend militärisch orientierten Kommandeure auf regionaler Ebene durch zivile Instanzen abgelöst; vgl. U. REUSCH: Besatzungsregiment, 1985, S. 185; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 40f.

6 Nr. 117.

117.

16. 5. 1946:[1] Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung bei Oberpräsident Lehr in Düsseldorf

Archiv des LWL, II K 265.[2]

Anwesend: Oberpräsident Dr. *Lehr*, Vizepräsident *Wandersleb*, 1. Landesrat Dr. *Kitz*, Oberregierungsrat *Schröder*, Oberstadtdirektor Dr. *Zuhorn*, Landesrat Dr. *Naunin*.

Professor Dr. *Kuske*, der zur Militärregierung bestellt war, hatte uns bei Oberpräsident *Lehr* angemeldet und den Zweck unseres Kommens – Frage des Bestehens von Abmachungen zwischen Rheinland und Hannover über die Raumabgrenzung – mitgeteilt.[3]

Oberpräsident *Lehr* eröffnete die Besprechung sofort mit dem Bemerken, daß er Westfalen die Sorge nehmen könne, daß es von der Rheinprovinz und Hannover in die Zange genommen werden solle. Es liege keine Vereinbarung vor.[4] Im Gegenteil sei er der Meinung, daß es im Interesse der Rheinprovinz liege, daß Westfalen erhalten bleibe und sein landwirtschaftliches Hinterland noch um die Gebiete im Norden erweitert würde.

Anhand einer Karte, die er am Schluß der Besprechung mitgab, erläuterte Oberpräsident *Lehr* seinen Plan, die Rheinprovinz mit Westfalen zu einem Land zusammenzufassen. Über die Verwaltungseinrichtungen, die dazu erforderlich seien, ließe sich sicherlich eine Einigung herbeiführen. Jedenfalls stehe er auf dem Standpunkte, daß die Provinzen erhalten bleiben sollen und daß die gegenwärtige gemeinsame Grenze zwischen Rheinland und Westfalen nicht angetastet werden solle. Die Rheinprovinz wende sich grundsätzlich dagegen, daß Teile Westfalens, insbesondere das westfälische Ruhrgebiet, ihr zugeschlagen würden.

Die Bildung eines starken Landes im Westen sei nötig, so erklärte Oberpräsident *Lehr* weiter, um das Rheinland gegen Abbrüche zu schützen und seine Zugehörigkeit zum Reich für die Dauer zu sichern. Die vom *Bevin*-Plan geforderte Dreiteilung der britischen Zone gehe möglicherweise auf hannoversche Überlegungen zurück,[5] die Bildung eines übergroßen Landes Hannover erscheine aber für die Reichseinheit nicht unbedingt zuträglich. Im Laufe der Erörterung erklärte er weiter, daß er nicht die Sorge teile, daß durch die Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen die Wiedervereinigung der ganzen Rheinprovinz erschwert werde.

Oberstadtdirektor Dr. *Zuhorn* trug vor, daß er persönlich einen entsprechenden Plan bereits ausgearbeitet habe, daß dieser Plan jedoch von der westfälischen Provinzialregierung nach der Stellungnahme ihres Hauptausschusses[6] nur als Eventualplan angesehen werde für den Fall und für den Zeitpunkt, daß Westfalen nicht als selbständiges Land (mit entsprechender Vergrößerung) zu erhalten sei. Er könne den Vorschlag daher nur mit dieser Einschränkung vortragen. Auf Bitte des Oberpräsidenten *Lehr* wurde die Ausarbeitung überreicht. Die Herren der Rheinprovinz baten, ihnen auch Unterlagen über die Begründung der westfälischen Nordansprüche zugänglich zu machen.

---

1 Der Vermerk wurde am 17. 5. 1946 angelegt.

2 Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 3.

3 *Kuske* hatte am Tag zuvor einen Vortrag im Oberpräsidium Münster gehalten, in dem er – in Übereinstimmung mit seinen früheren Ausarbeitungen – auf die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Rheinland und Westfalen hinwies; allerdings betonte er auch, daß eine entlang der Provinzgrenze verlaufende Zweiteilung deutlich erkennbar sei (Notiz *Naunins* vom 23. 5. 1946: Archiv des LWL, II K 265); vgl. zur Haltung *Kuskes* Nr. 31 mit Anm. 2.

4 Vgl. das Schreiben *Lehrs* an *Kopf* vom folgenden Tag (Nr. 119).

5 Diese Vermutung wird auch von *Severing* vorgebracht (vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 200); anhand der britischen Akten läßt sich dies jedoch nicht belegen.

6 Vgl. die Nrn. 113a,b.

1. Landesrat *Kitz* wies auf das Bedenken hin, daß das Vorhandensein eines größeren Landes auch umgekehrt dazu führen könne, daß ihm Gebiete weggenommen würden, eine Gefahr, die besonders in der Rheinprovinz über eine Ausdehnung der französischen Besatzungszone eintreten könne.

Bei Besprechung der Abgrenzung des Gebiets bestand schließlich Übereinstimmung darüber, daß nicht nur der engere Zipfel um Osnabrück, wie in der Karte eingezeichnet, sondern der ganze Regierungsbezirk Osnabrück nach Westfalen einzubeziehen sei. Von Westfalen wurden Bedenken erhoben, gegen die Abtrennung des Gebietes zwischen Elbe- und Wesermündung von Hannover, wie auf der Karte vorgesehen.[7] Es bestand Übereinstimmung, daß diese Frage für unsere beiden Provinzen nicht von besonderer Bedeutung sei und daß man sie auch anders vorschlagen könne.

Bezüglich des taktischen Vorgehens teilte Oberpräsident *Lehr* mit, daß er seinen Plan auf Bildung des Landes Rheinland-Westfalen am Tage vorher dem englischen Feldmarschall *Douglas* bei dessen Besuch vorgetragen und die Angelegenheit auch in dem Memorandum erläutert habe, daß er dem Feldmarschall mitgegeben habe.[8] Außerdem habe er bereits mit General *Balfour* in Lübbecke im gleichen Sinne gesprochen.[9]

Oberpräsident *Lehr* hielt es für notwendig, daß sich Rheinland und Westfalen baldigst, noch vor der Zonensitzung, über den Plan und seine Durchführung einigten, und schlug dazu eine gemeinsame Besprechung unter Hinzuziehung der Referenten und Sachverständigen vor.[10] Hierüber wollte er anschließend fernmündlich mit Herrn Oberpräsidenten *Amelunxen* sprechen.[11] In der gemeinsamen Besprechung werde auch die Frage des weiteren Vorgehens betreffend Interessierung der Öffentlichkeit und der englischen Stellen festzulegen sein.

Naunin, Landesrat

7 Aus den Angaben ist ersichtlich, daß die dem Memorandum *Lehrs* vom 15. 5. 1946 zugehörige Karte 1 bei der Besprechung vorgelegen hat; vgl. Nr. 115 und Karte 1.

8 Vgl. Nr. 115.

9 Unterlagen über die Besprechung zwischen *Lehr* und *Balfour* waren nicht zu ermitteln.

10 Am 19. 5. 1946 trafen sich rheinischerseits *Wandersleb* und *Schröder* sowie als Vertreter Westfalens Generalreferent *Menzel* zu der angekündigten Besprechung (Nr. 125); zu einer persönlichen Aussprache zwischen *Amelunxen* und *Lehr* kam es erst auf der Länderchefkonferenz in Lübeck am 26. 5. 1946 (Nr. 138).

11 *Amelunxen* wurde am nächsten Tag auch von *Naunin* über die Gespräche in Düsseldorf unterrichtet; vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 113.

118.

16. 5. 1946:[1] Vermerk von Landesrat Naunin über eine Besprechung bei Oberstadtdirektor Hansmann in Dortmund

Archiv des LWL, II K 265.

Besprechung am 16. 5. 46 in Dortmund; anwesend: Oberstadtdirektor *Hansmann*, Oberstadtdirektor Dr. *Zuhorn* und Landesrat *Naunin*.

Z[uhorn] ging von der Besprechung des Hauptausschusses aus, an der *H[ansmann]* an Stelle von Herrn *Henßler* teilgenommen hatte.[2] *H[ansmann]* erklärte, daß die SPD in erster Linie auf die Reichseinheit strebe und daher für ein ungeteiltes Westfalen eintrete. Seine politischen Freunde lehnten überwiegend ein Zusammengehen mit dem Rheinland ab. Insbesondere da man befürchte, daß die rheinische Provinzialregierung Westfalen ins Schlepptau nehmen würde. Er wolle aber den Plan eines Zusammenschlusses mit seinen Freunden besprechen unter dem Gesichtspunkte, daß durch den *Bevin*-Plan und die darin vorgesehene Zusammenfassung des Ruhrgebietes möglicherweise eine neue Situation eingetreten sei.[3]

Naunin

1 Der Vermerk wurde am 23. 5. 1946 angelegt.

2 Vgl. Nr. 113a mit Anm. 1.

3 Eine Änderung der ablehenenden Haltung der SPD hinsichtlich des Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen zeichnete sich hiernach aber nicht ab; vgl. insbesondere die Nrn. 127, 141, 154, 170, 172.

119.

17. 5. 1946: Oberpräsident Lehr an Oberpräsident Kopf (Hannover)[1]

HStA Hannover, Nds. 50 acc. 32/63 Nr. 70 vol 1. Ausfertigung. Vermerk: „Persönlich!" An- und Unterstreichungen. Paraphe Kopfs. Hs. Vermerk: „An Dr. Jaeger, Prof. Brüning, Dr. von Campe."

Sehr verehrter, lieber Herr *Kopf*!

Die Frage der Neugliederung der britischen Zone wird nicht nur bei den britischen und deutschen Stellen, sondern auch im französisch besetzten Gebiet behandelt und ist wahrscheinlich außerdem Gegenstand der Besprechungen der Außenminister in Paris gewesen. Am gestrigen Tage fand dort die Schlußbesprechung statt, in welcher informatorisch die Frage Deutschlands und vor allem des Ruhrgebietes Gegenstand war.[2] Be-

1 Vom selben Tag datiert ein Schreiben *Lehrs* an den lippischen Landespräsidenten *Drake*; hierin spricht sich *Lehr* ebenfalls gegen die Teutoburgerwald-Grenze und für den Einbezug Lippe-Detmolds in das vereinigte Gebiet von Rheinland und Westfalen aus; Druck bei: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 44.

2 Zur ersten Verhandlungsrunde der Außenminister in Paris vom 25. 4. - 16. 5. 1946: J. FOSCHEPOTH: Außenministerkonferenzen, 1985, S. 68f; vgl. hierzu auch das Resümee *Lehrs* vom 18. 5. 1946 (Nr. 123).

schlossen wurde eine Junikonferenz, in welcher die inzwischen ausgearbeiteten Vorschläge der Sachbearbeiter geprüft werden sollen. Im November dieses Jahres soll eine Friedenskonferenz das Thema zum Abschluß bringen. Es besteht somit von deutscher Seite ein lebenswichtiges Interesse daran, in der britischen Zone Klarheit zu schaffen.

Auch die Neubildung der Regierung innerhalb der bisher bestehenden Grenzen der Provinzen ist abhängig von der Gesamtgestaltung.

Ich habe mir die bisher mit Ihnen gelegentlich unseres Stuttgarter Zusammenseins[3] flüchtig[4] besprochenen Fragen der Neugestaltung des hannoverschen Raumes unter dem Gesichtspunkt Niedersachsen überlegt und gegen die rheinisch-westfälischen Interessen abgewogen.

Einem so weitgehenden Zugriff Hannovers auf westfälisches Gebiet vermag ich nicht zuzustimmen.[5] Er widerspricht dem Lebensinteresse Westfalens und des Rheinlandes. Wenn das rheinisch-westfälische Gebiet sich zu einheitlichem Lande, bestehend aus den beiden Provinzen, vereinigt, so liegt der wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes unstreitig in einem industriellen Teil, im Bergbau und seiner eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie.

Es ist unbedingt notwendig, daß dieses rein industrielle Gebiet das nötige Agrarhinterland hat. Unsere Nord-Rheinprovinz hat durch den Fortfall der Regierungs-Bezirke Koblenz und Trier den wesentlichsten Teil des Agrarhinterlandes eingebüßt. Nun kann nicht noch Westfalen verstümmelt werden. Wir haben es in diesen Monaten und insbesondere in den Krisenwochen der letzten Zeit gesehen, wie schwer es ist, bei seinen Nachbarn bitten zu müssen und müssen es immer wieder erleben, auch jetzt noch, daß uns nicht geholfen wird. Mir wird erneut von unserem Landesernährungsamt berichtet, daß die dafür in Frage kommenden Länder mit den Fleisch- und Butterzuteilungen in Rückstand sind. Dazu gehört auch Hannover. Nach eingehender Erwägung müssen Rheinland und Westfalen deshalb die Teutoburgerwald-Linie unter allen Umständen ablehnen und statt ihrer die Wesergrenze fordern.

Das bedeutet also die Provinz Westfalen in ihrem ungeschmälten Bestand, zuzüglich Lippe-Detmolds und des Regierungs-Bezirks Osnabrück mit angrenzendem Hinterland. Hannovers Landwirtschaft wird dadurch keineswegs bedroht und bleibt in der vorgesehenen Vergrößerung von Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Oldenburg, eventuell auch Bremen, ein Gebiet, das in jeder Beziehung ein in seiner Wirtschaft geschlossenes, tragfähiges Ganzes darstellt. In dieser Verfassung sind auch Rheinland-Westfalen ein in sich geschlossenes Ganzes, ein sich tragendes Staatsgebiet.

Soeben lädt Oberpräsident *Steltzer* ein, schon am Sonnabend den 25. nach Lübeck zu kommen, um an einer Ostseefahrt Sonntag vormittag teilzunehmen.[6] Ich werde hinfahren und wir können uns am besten schon Sonnabend - Sonntag dort vorbesprechen.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Dr. *Lehr*

3 Gemeint ist wahrscheinlich das Treffen vom 3. 4. 1946; vgl. Nr. 72 mit Anm. 1.

4 Das Wort „flüchtig" vom Empfänger unterschlängelt.

5 Vgl. die Besprechung *Lehrs* mit *Zuhorn* und *Naunin* vom 16. 5. 1946 (Nr. 117).

6 Zur Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen in Lübeck siehe Nr. 138.

120.

17. 5. 1946: Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Wilden (Düsseldorf), an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster)

WWA, K 5 Nr. 198. Ausfertigung. Paraphe und hs. Vermerk Gieselmanns.[1] Eingangsstempel vom 20. 5. 1946.

Sehr geehrter Herr *Gieselmann*,

die Fragen der Neugestaltung der Länder im Westen drängen zu einer baldigen Entscheidung. Ob wir mit unserer Besprechung bis zum 20. Juni warten sollen – wie es zunächst in Hahnenklee vereinbart war –[2] bezweifele ich. Jedenfalls sollten wir beide schon vorher zusammenkommen, damit wir uns über die Angelegenheit Westfalen und Rheinland bereden.[3]

Heute morgen habe ich eine längere Aussprache mit unserem Oberpräsidenten gehabt. Er hat mich über die Pläne unterrichtet; namentlich darüber, welche Absichten bestehen, Teile der Provinz Westfalen abzutrennen und nach Hannover sowie nach dem „Nordland" hinüberzuziehen.

Ich habe Dr. *Lehr* bewogen, bei unserer nächsten Zusammenkunft am 21. Mai, wozu Sie eingeladen sind, seine Ansichten vorzutragen.[4] Hoffentlich können Sie teilnehmen.[5] Vielleicht verabreden wir dann gleich eine Zeit für eine ruhige Aussprache unter uns. Am 21. Mai nachmittags kann ich leider nicht, weil ich dann schon anderswo verpflichtet bin.

Wie mir Dr. *Lehr* mitteilte, wird er am nächsten Mittwoch mit Ihrem Oberpräsidenten irgendwo in Westfalen zusammenkommen.[6] Über das Ergebnis der Aussprache soll ich rechtzeitig unterrichtet werden.

Verbindlich grüßt

Ihr J. *Wilden*

1 Der Vermerk lautet: „verspätet eingegangen; mit Dr. *Wilden* besprochen am 25. 5.; [...] in Bremen den rheinischen Standpunkt (Rheinland und Westfalen ganz, und Osnabrück) mit vertreten"; zur Sitzung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der britischen Zone in Bremen vgl. Nr. 152.

2 Am 13. 5. 1946 fand in Hahnenklee die erste Sitzung des Vorstands der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der britischen Zone statt; auf dieser Sitzung trug Oberpräsident *Kopf* als Gast die hannoverschen Pläne zur Dreiteilung der Zone unter Andeutung der Ansprüche Niedersachsens auf westfälisches Gebiet vor und forderte die Vertreter der Kammern auf, sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit der Frage der territorialen Gliederung zu beschäftigen (Durchschläge der Rede Kopfs: WWA, K 5 Nr. 198; Archiv des LWL, II K 265 mit Notizen *Naunins*).

3 Am 17. 5. 1946 besprachen auch die westfälischen Industrie- und Handelskammern erstmals die territorialen Probleme in bezug auf Rheinland und Westfalen; man kam überein, die Angelegenheit auf der nächsten Präsidialsitzung ausführlich zu erörtern (WWA, K 1 Nr. 2317; vgl. auch Nr. 157a).

4 Siehe Nr. 128.

5 Vgl. Anm. 1.

6 Vgl. Nr. 117, Anm. 10.

121.

17.–19. 5. 1946: Entschließung des Parteitags der westfälischen CDU in Recklinghausen[1]

Archiv des LWL, II K 265.[2] Vervielf. Exemplar.

Der Westfälische Parteitag der Christlich-Demokratischen Union in Recklinghausen spricht die Erwartung aus, daß die Siegermächte dem deutschen Volke die Lebensgrundlage nicht zerstören. Ein großes Volk von über 60 Millionen Menschen hat ein natürliches und unverletzliches Recht auf Leben, Arbeit und Brot, auch dann, wenn es bedingungslos kapituliert hat.

Ohne den Besitz der Kohlengruben und der Industrie im Rhein- und Ruhrgebiet und ohne eine ausreichende Ernährungsgrundlage im Osten des Reiches ist unser Volk dem Hunger, der Verelendung und dem Untergang preisgegeben. Bei allem Verständnis für das Verlangen unserer westlichen Nachbarn nach Frieden und Sicherheit können wir niemals zugeben, daß das Ruhrgebiet gegen den Willen des Volkes, insbesondere auch der Arbeiterschaft, aus dem Verband des Reiches herausgelöst wird. Eine solche Maßnahme würde niemals zu einer dauerhaften Befriedung Europas führen, sondern nur Unzufriedenheit und damit Unfrieden stiften.[3]

Unter Berufung [auf] wiederholte Erklärungen alliierter Staatsmänner während des Krieges und unter Hinweis auf die Atlantic Charta erwarten wir, daß ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung keine Gebietsteile aus dem deutschen Reich gelöst werden und innerhalb des Reiches keine Gebietsveränderungen vorgenommen werden. Westfalen muß bei einer Neugliederung des Reiches als politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit ungeteilt erhalten bleiben.[4]

1 In einem Schreiben vom 11. 6. 1946 (Nr. 153) erklärt *Kannengießer*, diese Entschließung sei von ihm geschrieben und vorgebracht worden.

2 Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 5; weitere Exemplare: HStA Düsseldorf, RWN 105–12/II; ACDP, III-002–035; ebd., I-182–008/02.

3 In diesem Sinne äußerte sich auch *Gronowski* in seiner Begrüßungsrede; er betonte, man wolle nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einheit Deutschlands (HStA Düsseldorf, RWN 105–12/II).

4 *Adenauer* erklärte in einer Rede auf dem Recklinghauser Parteitag – über die Forderung eines ungeteilten Westfalen hinausgehend –, daß er es begrüße, wenn Rheinland und Westfalen im Zuge der Neugestaltung der britischen Zone in eine enge staatliche Gemeinschaft treten sollten. Wörtlich äußerte er: „Wir Rheinländer fühlen uns mit den Westfalen auf das engste verbunden, und ich hoffe, daß, wenn es zu einer Verwirklichung dieser Pläne kommt, wir eng und fest und treu zusammenarbeiten werden" (Rede als Druck: ACDP, III-002–035).

122.

18. 5. 1946: Bericht (Nr. 31) des Legationsrats a.D. Budde (Bad Godesberg)[1]

BA Koblenz, NL Pünder 228. Durchschlag. Unterstreichungen. Paraphe und hs. Vermerk Buddes: „Nur für Herrn Sts. Pünder zur Kenntnis". Hs. Vermerk: „Original an OP Dr. Lehr".

Betr.: Stellungnahme der Provinz Westfalen zur Schaffung von Ländern in der britischen Zone

1. In verschiedenen Gesprächen mit Oberpräsident Dr. *Amelunxen*, Minister *Höpker-Aschoff* und Dr. *Menzel* in Münster habe ich festgestellt, daß sowohl die Provinzialregierung wie auch der beratende Provinzialausschuß Westfalens die Linie verfolgen, aus der Provinz Westfalen mit Einbeziehung verschiedener Gebiete, die heute noch zur Provinz Hannover gehören, deren Bevölkerung jedoch verkehrswirtschaftlich, konfessionell und sozial nach Westfalen tendieren soll, ein Land Westfalen zu bilden.[2]

2. Hinsichtlich der englischen und französischen Pläne für Rhein und Ruhr steht man in Westfalen auf dem Standpunkt, von westfälischer Seite aus diesen Plänen nicht eher Rechnung zu tragen, als bis sie der deutschen Seite offiziell präsentiert werden. Wenn die wirtschaftliche Internationalisierung zur Pflicht gemacht werde, müsse und werde man auf einer entsprechenden deutschen Beteiligung bestehen. Man wolle aber auf keinen Fall schon jetzt auf den ausländischen Gedanken der Bildung eines Landes „Rheinland-Westfalen" näher eingehen.

3. Meinerseits habe ich im Hinblick auf die letzten Endes allein ausschlaggebende außenpolitische Seite der Angelegenheit die These vertreten, aus taktischen Gründen sei es in der Tat zweckmäßig, wenn Westfalen nach außen zunächst ganz stur den Gedanken vertrete, es solle ein Land Westfalen gebildet werden. Innerlich müßten wir aber darauf vorbereitet sein, aus außenpolitischer Notwendigkeit in irgendwelcher Gestalt ein Land Rhein-Ruhr oder Rheinland-Westfalen zu erhalten.

Die außenpolitische Situation sei heute klar erkennbar:[3] Der *Bevin*-Plan biete durch den politisch verwerteten Gedanken eines deutschen Föderalismus den Franzosen die Möglichkeit, sich mit einem Land Rheinland-Ruhr-Westfalen politisch zufrieden zu geben. Der *Bidault*-Plan gehe weit darüber hinaus. Die Tatsache, daß man den Inhalt beider Pläne jetzt bereits öffentlich diskutiere, bedeute nach aller früheren außenpolitischen Erfahrung, daß entweder eine Angleichung beider Pläne oder ein politischer Bruch zwischen Frankreich und England in der deutschen Frage eintrete. Vermutlich sei zu gegebener Zeit mit einem Kompromiß zu rechnen. Infolgedessen müsse erwartet werden, daß allermindestens der britische Plan eines Landes Rheinland-Ruhr-Westfalen Gestalt gewinnen werde. Wir täten demnach gut daran, uns unter Ausschluß der Öffentlichkeit selbst schon im einzelnen damit zu beschäftigen, wie ein solches Land Rheinland-Ruhr-Westfalen aussehen müsse, um dem deutschen Interesse in möglichst großem Umfang Rechnung zu tragen.

---

1 Zu den Berichten *Buddes* vgl. Nr. 73, Anm. 1 und 2; vgl. zu diesem Stück allgemein die in vieler Hinsicht von ähnlichen Gedanken geprägte Stellungnahme Schröders vom 23. 5. 1946 (Nr. 131).

2 Wie die Hauptausschußsitzung vom 3. 6. 1946 zeigt, lag der westfälische Provinzialrat jedoch keineswegs geschlossen auf dieser von der Provinzialregierung vertretenen Linie; vgl. Nr. 141.

3 Vgl. das außenpolitische Resümee *Lehrs* vom selben Tag (Nr. 123).

Ein Vergleich der heutigen außenpolitischen Situation mit der vom Herbst 1923, als man sich von Westfalen aus mit Erfolg und mit Unterstützung Englands gegen eine Einbeziehung Westfalens in einen größeren Weststaat habe wenden können, sei nicht möglich. Heute sei auch Westfalen, das damals zum größten Teil militärisch unbesetztes Gebiet war, von fremden Truppen okkupiert und fremder Verwaltung unterstellt.[4]

Es gebe heute keinen Unterschied zwischen Rheinland und Westfalen mehr, der mit Aussicht auf außenpolitischen Erfolg ausgenutzt werden könne. Die Rücksicht auf eine spätere Wiedergewinnung der deutschen Souveränität spreche vielmehr für eine feste Klammerbildung zwischen Rheinland und Westfalen, um zu vermeiden, daß das außenpolitische Gefälle das Rheinland allzu weit vom Reich abdrängen werde. Je mehr landwirtschaftliche Teile Westfalens das wirtschaftlich und politisch so sehr empfindliche Industriegebiet staatsrechtlich umschließen würden, um so größer sei die Aussicht auf die notwendige Sicherung der Reichsidee.

4. Aus den führenden Kreisen des Städtetages ist mir bekannt, daß man in diesem Gremium (das in normalen Zeiten 4,2 Millionen Einwohner des Rheinlandes und 2,6 Millionen in Westfalen repräsentiert) aus Gründen der praktischen Erfahrung dem Gedanken eines einzigen Landes Rheinland-Westfalen sympathisch gegenübersteht.[5] Tatsächlich kann eine wirtschaftliche, politische und soziale Krisenfestigkeit des von England vorgeschlagenen Landes Rhein-Ruhr-Westfalen praktisch nur erreicht werden, wenn der empfindliche Eidotter des Industriegebietes an Rhein und Ruhr von dem schützenden Eiweiß und der Schale weiter landwirtschaftlicher Gebiete umgeben ist.

5. In meinen Gesprächen habe ich auf Grund der außenpolitischen Erfahrungen der 20er Jahre zum Ausdruck gebracht, es sei durchaus richtig, wenn man deutscherseits in der Öffentlichkeit weiterhin an der wirtschaftlichen und politischen Einheit des Reiches festhalte. Insofern seien die verschiedenen Erklärungen der Parteien (Dr. *Adenauer*, Dr. *Schumacher*) sowie der Presse vom außenpolitischen Standpunkt aus taktisch auf der richtigen Linie. Ich sei sogar der Meinung, daß man in den vergangenen Monaten deutscherseits z.B. für das Saargebiet in der politischen Öffentlichkeit noch viel zu wenig eingetreten sei, viel zu wenig gerade angesichts des Umstandes, daß mit dem Verlust des Saargebiets jetzt offenbar fest zu rechnen sei, nachdem neuerdings der saarländischen Bevölkerung von Frankreich sogar die Befreiung von den Reparationslasten versprochen wurde. Wir wüßten aus alter Erfahrung in allen Verhandlungen mit den Exponenten der französischen Außenpolitik, daß Frankreich jeden Erfolg gering achte, den es ohne große Mühe erreicht habe. Um so bedauerlicher sei es, daß die englische Politik es noch nicht genügend verstanden habe, die den französischen Aspirationen stark widerstrebende deutsche öffentliche Meinung an Rhein und Ruhr in ihr außenpolitisches Spiel mit einzubeziehen. Ganz nüchtern betrachtet müßten wir allerdings darauf eingestellt sein, die von Dr. *Schumacher* in seiner wirkungsvollen Formulierungskunst als „Bausteine des Reiches" bezeichneten „Länder"[6] nicht nur als Bauelemente eines künftigen Reichsverbandes mit bundesstaatlichem Charakter in Angriff zu nehmen, sondern als lebensfähige Lebewesen, deren Existenzsicherung auch möglich sei, solange die Reichsidee noch im Hintergrunde aller unserer Pläne liegen müsse. Die sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch notwen-

4 Zur politischen Situation von 1923: R. MORSEY: Rheinlande, 1965, S. 195–203.

5 Vgl. hierzu Nr. 135.

6 Siehe Nr. 72, Anm. 2.

dige Entfernung Preußens (bzw. der ostelbischen Konkursmasse Preußens um Berlin herum) von Rhein und Ruhr sei historisch unerläßlich und darum die von England dem französischen Partner angebotene Bildung eines Landes Rheinland-Ruhr-Westfalen im föderalistischen Verbande des Reiches ein Ziel, mit dem wir uns innerlich trotz allen taktisch gebotenen äußerlichen Widerstrebens wohl abfinden könnten.

6. Ich hatte bei der Erörterung all dieser Fragen in Westfalen den Eindruck, daß das historisch und stammesmäßig begründete westfälische Mißtrauen hinsichtlich eines Zusammengehens mit dem Rheinland immer noch lebendig und nur langsam im Schwinden begriffen ist.

Darum wäre es wohl erforderlich, bei allen internen Gesprächen, die zwischen Rheinland und Westfalen auf dem Wege zur Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen weiterhin zu führen sein werden, weil die außenpolitische Konstellation dazu zwingen dürfte, personalpolitisch ein großzügiges Entgegenkommen zu zeigen.

123.

18. 5. 1946: Vermerk von Oberpräsident Lehr

HStA Düsseldorf, NW 190–638.[1] Hs. Korrekturen.

Nachdem die Tagung der Außenminister in Paris am Mittwoch den 15. Mai beendet[2] und informatorisch die deutsche Frage, insbesondere die Rhein-Ruhr-Frage, besprochen worden ist, läßt sich anhand der in der Presse erschienenen Veröffentlichungen der englische, französische und amerikanische Standpunkt wie folgt darstellen:

a) Der englische Standpunkt[3]

Die britischen Vorschläge, als *Bevin*-Plan bezeichnet, gehen von dem Grundgedanken aus, daß die Regelung für das Rhein-Ruhr-Gebiet in einen Gesamtplan für den künftigen Reichsaufbau einzubeziehen ist. Gleichzeitig wird er auch den französischen Forderungen auf politische Sicherung gegenüber Deutschland gerecht.

1. Zu diesem Grundgedanken wird im einzelnen ausgeführt: Das Ziel ist ein föderatives Deutschland, das aus den einzelnen Ländern als Bundeseinheit bestehen soll.

2. Die einzelnen Länder haben weitgehende politische, verwaltungstechnische und kulturelle Autonomie.

---

1 Durchschlag: HStA Düsseldorf, NW 96–550.

2 Die Konferenz endete offiziell erst am Donnerstag, den 16. 5. 1946; vgl. zur ersten Session der Pariser Außenministerkonferenz: J. FOSCHEPOTH: Außenministerkonferenzen, 1985, S. 68f; R. STEININGER: Rhein-Ruhr-Frage 1979, S. 125–131.

3 Referiert im wesentlichen nach dem Bericht im „Observer" vom 12. 5. 1946 (Nr. 111).

3. Dementsprechend werden, wie in der amerikanischen Zone, auch in der britischen 3 Länder gebildet. Auch jetzt bestehen schon 3 Corpsdistrikte der 3 britischen Besatzungscorps.[4] Die 3 Länder sind: Norddeutschland mit Schleswig-Holstein, Groß-Hannover, Rheinland-Westfalen.

4. Für dies letztere Gebiet wird zur politischen Sicherung gegenüber Frankreich vorgesehen, daß dieses Gebiet in besondere Beziehungen zu den nichtdeutschen Nachbarstaaten gebracht wird.

5. Diese Beziehungen würden durch einen langfristigen Vertrag geschaffen, der die Regierung des Rhein-Ruhr-Landes verpflichtet, das Recht der nichtdeutschen Nachbarstaaten zur Teilnahme an der Planung, der Kontrolle und der industriellen Geschäftsführung in einer besonderen Körperschaft anzuerkennen.

Dieser Plan soll ein gerechtes Gleichgewicht zwischen politischen Sicherungsbedürfnissen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten herstellen. Sein wesentlicher Zug ist, daß er der wirtschaftlichen Kontrolle über das Wirtschaftsgebiet an Rhein und Ruhr einen politischen Charakter gibt.

b) Der französische Plan[5]

Der Grundgedanke ist: Je nach der örtlichen Entwicklung soll entweder ein einheitlicher Rheinland-Staat unter internationaler Besatzung oder 2 oder 3 jeweils unter getrennter alliierter Besatzung stehende Staaten geschaffen werden. Dieses Gebiet soll ständig besetzt werden. Es soll Selbstverwaltung haben, seine eigenen Diplomaten und sein eigenes Finanz- und Wirtschafts-System erhalten.

Die wichtigsten Punkte des französischen Planes sind im einzelnen:

1) Politische und wirtschaftliche Internationalisierung des Ruhrgebietes. Alle interessierten Staaten sollen an der Organisation des neuen Regimes im Ruhrgebiet beteiligt werden.

2) Der neue Ruhrstaat soll von einer internationalen Streitmacht besetzt und sein Bestand garantiert werden.

3) Die Bergwerke und Hauptindustrien des Ruhrgebietes sind zu enteignen und als internationale Konzerne für den gemeinschaftlichen Nutzen fortzuführen.

4) Zollgrenzen sollen zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland errichtet werden. Ein Teil der Aktiva der Handelsbilanz des neuen Ruhrstaates soll vorläufig zur Bezahlung von Lieferungen an das übrige Deutschland verwendet werden.

c) Der amerikanische Plan[6]

Der amerikanische Vorschlag setzt sich aus 5 Fragen zusammen, die für die Verwaltung Deutschlands von dringender wirtschaftlicher Bedeutung sind.

1) Soll das Ruhr- und Rheingebiet internationalisiert werden? Sollen bejahendenfalls die verbliebenen Wirtschaftsquellen ein Teil der deutschen Wirtschaftsstruktur bleiben?

4 Zu den Corps-Distrikten vgl. Nr. 9, Anm. 3.

5 Referiert nach einem Bericht in der „Freiheit" vom 17. 5. 1946.

6 Wie Anm. 5.

2) Sollen die Deutschland verbleibenden Hilfsquellen als geschlossenes Ganzes verfügbar gemacht werden? Sollen Überschüsse über den deutschen Bedarf hinaus für die Ausfuhr zur Verfügung gestellt werden?

3) Kann eine Einigung über die Errichtung eines Verwaltungsapparates erzielt werden, der Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt?

4) Sollen die Zonengrenzen lediglich als Demarkationslinien für die Besatzung aufrechterhalten bleiben und nicht als Schranken für den Güteraustausch innerhalb Deutschlands?

5) Kann eine vorläufige Einigung darüber erzielt werden, die späteren Westgrenzen Deutschlands in den Entwurf des Friedensvertrages aufzunehmen?

d) Der deutsche Standpunkt insbesondere unter Berücksichtigung der Verhältnisse an Rhein und Ruhr.

1. Das Ziel Deutschlands kann nur sein, aus dem Zustand der völligen Zerschlagung und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wieder zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zu kommen und ein wirtschaftlich gesundes, gleichberechtigtes Mitglied der zu schaffenden Vereinigten Staaten von Europa zu werden.

2. Diesem Gesichtspunkte stehen alle Lösungen entgegen, welche autonome Staaten vorsehen, die ein eigenes Finanz- und Wirtschaftssystem und eigene Diplomatie haben.

3. Angesichts der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen kann es das Ziel des in der britischen Besatzungszone liegenden Rhein- und Ruhr-Gebietes nur sein, im Rahmen dieser Zone selbst wieder wirtschaftlich zu gesunden und damit gleichzeitig das Gesamtgebiet der britischen Zone wirtschaftlich zu festigen und zu einem Überschußgebiet zu machen, von dem aus die Gesundung der übrigen Zonen maßgebend gefördert und der grundlegende Beitrag zur Gesundung Europas geleistet werden kann.

4. Man kann unter den obwaltenden Besatzungsverhältnissen nach dem Grundsatz „Charity begins at home" zuerst nur sorgen, daß die Leistungsfähigkeit des Gebietes an Rhein und Ruhr wieder hergestellt wird und die Verwüstungen des Krieges, insbesondere in Landwirtschaft und Industrie, beseitigt werden.

5. In der festen Hand der Besatzung und infolge der durchgreifenden Denazifizierung besteht keinerlei Gefahr aus diesem Gebiet für die Sicherheit Frankreichs. Die laufende Wirtschaftskontrolle ist ohne weiteres durchführbar. Das Eigeninteresse dieses Gebietes zwingt zur Entfaltung rein friedensmäßiger, mit den Nachbarn eng verflochtener Wirtschaft.

6. Um den großen Aufgaben gerecht zu werden, muß das Land an Rhein und Ruhr auch territorial richtig abgegrenzt werden. Legt man den Gedanken der Dreiteilung der britischen Zone zugrunde, der auch als der gegebene betrachtet werden muß, so ist Rheinland und Westfalen ein zusammengehöriges Ganzes.

7. Der Gedanke, nur den engsten Industriebezirk zusammenzufügen, also der verstümmelten Nord-Rheinprovinz ein verstümmeltes Westfalen anzugliedern, würde ein schwerwiegender Fehler sein und die wirtschaftliche Kraftentfaltung auf das stärkste behindern. Deshalb ist der Gedanke einer Teutoburger-Wald-Grenze quer durch Westfalen hindurch unbedingt abzulehnen und das ganze Westfalen zu fordern einschließlich der in diesem Zusammenhang notwendigen Gebiete von Lippe-Detmold und Regierungsbezirk Osnabrück.

Zur Kenntnis an: a) Herrn Regierungsvizepräsidenten Dr. *Wandersleb*, b)Herrn 1. Landesrat Dr. *Kitz*, c) Herrn Prof. Dr. *Kuske*, d) Herrn ORR Dr. *Schröder*, e) Herrn RR Dr. *Nansen*, f) Herrn Prof. Dr. *Schwippert*.

Vorstehende Ausführungen sende ich Ihnen unter Bezugnahme auf die heutige Besprechung mit der Bitte um Überprüfung und Rückäußerung unter eventueller Beifügung von Kartenmaterial. Mit Rücksicht auf meine am Sonnabend den 25. Mai stattfindende Reise nach Lübeck bitte ich, Ihre Ausführungen mir noch vorher rechtzeitig zuzuleiten.[7]

Dr. *Lehr*

7 Vgl. die Stellungnahme *Schröders* vom 23. 5. 1946 (Nr. 131); direkte Reaktionen der anderen angesprochenen Personen sind nicht bekannt.

124.

18. 5. 1946: Die Bezirksleitung der KPD-Niederrhein (Düsseldorf) an die Landes- bzw. Bezirksleitungen der SPD, CDU, FDP und der Zentrumspartei[1]

HStA Düsseldorf, RWV 26–287. Ausfertigung. Hs. Vermerk: „Dr. Schreiber. Fragen Sie doch bei SPD an, was die machen. [...][2]".

Wie Sie aus der Tagespresse und den Radiomeldungen erfahren haben, werden Pläne erwogen, die die Einheit Deutschlands aufs stärkste gefährden. Die demokratischen Parteien als die Willensträger unseres Volkes haben die Aufgabe, zu dieser ernsten Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wenn wir auch als deutsches Volk nur in einem geringen Umfange auf die Entscheidungen der Vertreter der Alliierten einzuwirken vermögen, so ist es dennoch unsere Aufgabe, alles zu tun, um dem Willen des deutschen Volkes für ein einheitliches Deutschland Ausdruck zu verleihen.

In Anbetracht der Lage schlagen wir Ihnen eine gemeinsame Aussprache aller demokratischen Parteien vor, in der die Durchführung gemeinsamer Kundgebungen für die Einheit Deutschlands zu beraten wäre.[3]

1 Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um das an die CDU-Rheinland gerichtete Exemplar; ein Schreiben ähnlichen Inhalts übersandten die Kommunisten im Bezirk Mittelrhein am 7. 6. 1946 an die dortige SPD (HAStK, NL Görlinger 113).

2 Unterschrift unleserlich.

3 Zu den gleichartigen Vorschlägen der KPD vom Februar 1946 vgl. Nr. 58; zu dem von seiten der nordrheinischen FDP initiierten Versuch gemeinsamer Kundgebungen vgl. die Nrn. 78, 92, 105.

Das deutsche Volk, welches sich heute auf allen Gebieten in einer schwierigen Lage befindet, würde eine positive Stellungnahme zur Einheit unseres Landes begrüßen. Und aus dieser Erwägung heraus wenden wir uns an die verantwortlichen Leitungen der demokratischen Parteien und hoffen, daß Ihrerseits eine zusagende Antwort ergehen wird.[4]

Hochachtungsvoll

Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Niederrhein

Hugo *Paul*

4 Eine Antwort ist nicht bekannt; immerhin kam es am 15. 6. bzw. 29. 6. 1946 auf lokaler Ebene, nämlich in Duisburg und Düsseldorf, zu überparteilichen Veranstaltungen, auf denen die Frage der Einheit Deutschlands im Vordergrund stand; vgl. Nr. 176.

125.

19. 5. 1946: Vermerk des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder, über eine Besprechung zwischen Vertretern der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz und der Provinzialregierung Westfalen in Bielefeld[1]

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218. Hs. Korrekturen. Hs. Vermerk: „OP".

Teilnehmer:
für Westfalen: Generalreferent Dr. *Menzel*, Oberpräsidium, Münster
für Nord-Rheinprovinz: Regierungs-Vizepräsident Dr. *Wandersleb*, Oberregierungsrat Dr. *Schröder*, Oberpräsidium, Düsseldorf

I. Gegenstand der Besprechung:

Die Reform des Verwaltungsaufbaues und die territoriale Neugliederung der britischen Zone unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses Rheinland-Westfalen.

II. Reform des Verwaltungsaufbaues:

[1.] In Münster ist von der Militärregierung ein Schema des von der Kontrollkommission zur Zeit projektierten deutschen Verwaltungsaufbaues vorgelegt worden.[2] Dieses Schema ist der westfälischen Provinzregierung zwar nicht ausgehändigt worden;[3] es wurde aber um eine Stellungnahme dazu gebeten, die Westfalen auch abgegeben hat.[4] Eine Kopie dieser Stellungnahme werden wir erhalten. Bei diesem Schema handelt es sich um einen Plan der Verwaltungs-Abteilung der Kontrollkommission, über den ich bereits im April inoffiziell berichtet habe. Er sieht für eine Zentralinstanz (sei es auf der Zonen-Ebene,

1 Außer dem hier vorliegenden Dokument fertigte *Schröder* noch einen Kurzbericht über diese Besprechung an; dieser Kurzbericht liegt den Ausführungen von K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 322 zugrunde.

2 Vgl. Anlage A zum Schreiben der Militärregierung Westfalen vom 10. 5. 1946 (Nr. 107 mit Anm. 9, 10, 11).

3 Zur Zurücknahme dieser Anlage vgl. Nr. 108, Anm. 6.

4 Nicht ermittelt.

sei es für eine spätere Reichs-Ebene) gewisse Funktionen vor, die nach unten selbständig durchgegliedert sind und keine fremde Mittel- (oder Länder-) Instanz kennen. Diese Funktionen sind Eisenbahn, Post, Justiz, Arbeit, Sozialversicherung. Bei den vorgenannten fünf Regierungsfunktionen gibt es keine Verbindung mit der Länder- (oder Mittel-) Instanz. Dagegen ist eine solche Verbindung vorgesehen auf dem Gebiet der Finanzen, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, dem Bauwesen[5] und dem Straßenverkehr. Reine Länderangelegenheiten sind dagegen Municipal affairs, Erziehung, Volkswohlfahrt, Öffentliche Gesundheit, Public Safety, Domänen, Forst, Fischerei, Gestüte und ähnliches.[6] (Diese Aufstellung erfolgt nach dem Gedächtnis und ist unter Umständen in dem einen oder anderen Punkte nicht ganz zutreffend.)

Die Stellungnahme Westfalens zu diesem Schema ist im ganzen positiv ausgefallen. Vorbehalte waren nur hinsichtlich einiger Funktionen zu machen z.B. Arbeit, Justiz (wohl auch Sozialversicherung). In der Besprechung wurde festgestellt, daß der Nord-Rheinprovinz ein ähnliches Projekt noch nicht offiziell zur Kenntnis gebracht worden ist, daß aber gegebenenfalls die Stellungnahme der Nord-Rheinprovinz mit der Westfalens wohl ziemlich übereinstimmen werde.

2. Das *Steltzer'sche* Referat lag Dr. *Menzel* noch nicht vor.[7] Die Erörterung des *Steltzer-'schen* Vortrages im ZAC sowohl wie der von Dr. *Menzel* selbst aufgestellten Leitsätze zur territorialen verwaltungsmäßigen Neugestaltung[8] ergab, daß sich die *Steltzer'sche* und die *Menzel'sche* Auffassung im wesentlichen decken und daß zu beiden – im wesentlichen übereinstimmenden – Auffassungen sich auch die Nord-Rheinprovinz positiv einstellen könne.

3. Gliederung der Provinzial- bzw. Landesregierung
In Westfalen hat die Militärregierung auf 10 Ministern bestanden.[9] Das wirkte zunächst überraschend im Vergleich zu der in der Nord-Rheinprovinz gezeigten Haltung der Militärregierung. Im Endergebnis stimmen jedoch beide Pläne insofern überein, als es sich bei den 10 in Westfalen einzeln hervorgehobenen Funktionen um die gleichen Funktionen handelt, die auch in der Nord-Rheinprovinz von der Militärregierung ausdrücklich gewünscht werden, jedoch durch die Zusammenfassung verschiedener Funktionen in einer Hand (Wirtschaft und Landwirtschaft, Öffentliche Gesundheit und Wohlfahrt, Öffentliche Werke und Verkehr) auf 7 Ministerien zusammengedrängt sind.[10] In dieser Hinsicht besteht also zwischen Münster und Düsseldorf nur ein formaler, aber kein sachlicher Gegensatz.

Verschiedenheiten in der Münsteraner Praxis liegen insoweit vor, als sich dort der Präsident des Landesarbeitsamtes (SPD) freiwillig der Provinzialregierung unterstellt hat und daß daneben auch die an sich selbständigen Polizeikörper – jedenfalls überwiegend – der Provinzialregierung laufend berichten.

Zur Frage der Eingliederung der Arbeitsverwaltung in die Provinz- bzw. Landesverwaltung ist der Standpunkt Westfalens unbedingt positiv. Hinsichtlich der Eingliederung der

5 Der Bereich „Bauwesen" ist in der erwähnten Anlage A (Anm. 2) nicht auf Reichsebene vorgesehen.

6 Vgl. Nr. 107 mit Anm. 11.

7 Vgl. Nr. 97 mit Anm. 4.

8 Siehe Nr. 103.

9 Vgl. Nr. 107.

10 Vgl. Nr. 101 mit Anm. 6.

Oberfinanzpräsidien ist es nicht so wesentlich interessiert, da deren Funktionen als mehr technischer Art angesehen werden. Dagegen teilt Westfalen die Auffassung, die auch von Hannover aus nachdrücklich betont wurde, daß die Justizverwaltung mindestens überwiegend Landesverwaltung sein müsse.

Am Beispiel der Justizverwaltung entwickelte Dr. *Menzel* auch seine Auffassung über das künftige Beamtentum, das er doch stärker als ein Reichs-(bzw. Staats-) als ein Landes-Beamtentum aufgebaut sehen möchte, um eine weitere Ausbildungs- und vor allen Dingen auch Austauschmöglichkeit innerhalb der Beamtenschaft zu haben. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß die Militär-Regierung gegen ein Reichsbeamtentum nachdrücklich eingestellt ist, weil sie von diesem sowohl zentralistische wie auch – in einer gewissen Verkennung der jüngeren Geschichte – militaristische Tendenzen befürchtet.[11]

III. Die Erörterung der territorialen Fragen wurde von der Nord-Rheinprovinz eingeleitet in Anknüpfung an eine Erkundigung über den Parteitag der SPD. Vor allem kam es darauf an zu klären, wie weit für das Projekt Niedersachsen eine einheitliche Front *Kopf* und *Schumacher* und – auf englischer Seite – etwa Colonel *Annan* von der Political Division[12], Labour Party usw. gegeben ist. Dr. *Menzel* wußte offensichtlich nichts, hielt es aber hinsichtlich der Zustimmung, die seine grundsätzlichen Tendenzen bei *Schumacher* gefunden haben, (der ihn in den Vorstand der SPD als besonderen Verwaltungs- und Polizeispezialisten gezogen hat) für sehr wohl möglich, daß in dem Niedersachsen-Projekt durchaus keine Einheitlichkeit zwischen *Kopf* und *Schumacher* besteht.[13] Wie weit ein wirkliches englisches Interesse vorliegt bzw. irgendeine Unterstützung von dort zugesagt ist, entzieht sich jedenfalls seiner Kenntnis. Er hat jedoch eine Besprechung mit *Schumacher* während der kommenden ZAC-Tagung vorgesehen, um die Stellungnahme *Schumachers* zu dem Niedersachsen-Projekt eindeutig zu klären.

In den Augen von Dr. *Menzel* hat *Kopf* sich an das Gentlemen-Agreement der letzten Chefkonferenz,[14] die Territorialfrage nach Vorbereitung von Memoranden erst in Lübeck zu behandeln, nicht gehalten, als er auf einer Tagung der niedersächsischen Handelskammern in Hahnenklee doch schon über das Niedersachsen-Projekt gesprochen hat,[15] übrigens in dem Sinne, daß dazu die Zustimmung von Oberpräsident Dr. *Lehr* vorläge. (Letzteres ist mindestens insoweit nicht richtig, als die Pläne Hannovers, Westfalen zu beschneiden, zu keiner Zeit gebilligt worden sind, während allerdings das Dreier-Projekt ausgesprochene Zustimmung gefunden hat.)

Der augenblickliche Stand der Stellungnahme Westfalens in der Territorialfrage ist etwa folgender: Westfalen geht davon aus, daß keine Gebilde geschaffen werden sollten, die geeignet wären, das Streben nach einem einheitlichen Reich verkümmern zu lassen.

---

11 Vgl. U. REUSCH: Berufsbeamtentum, 1985, S. 197–206.

12 Die „Political Division", die wiederum der „Governmental Sub-Commission" untergeordnet war, war für Fragen der politischen Gestaltung der britischen Zone zuständig. Interessanterweise existiert zur „Political Division" kein direktes Pendent auf der Ebene der Provinzial-Detachments; dort wurden die entsprechenden Probleme von der Abteilung „Internal Affairs & Commmunication" behandelt; vgl. zur Organisation der Militärregierung auf zonaler bzw. regionaler Ebene die Pläne bei: J. THIES, 1979, S.39; K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 275.

13 Zur Haltung *Schumachers* vgl. Nr. 127.

14 Über diese Konferenz, die vermutlich am 1. oder 2. 5. 1946 unmittelbar vor der 3. Sitzung des Zonenbeirats stattgefunden hat, konnte nichts Näheres ermittelt werden.

15 Siehe Nr. 120, Anm. 2.

Anhand von Untersuchungen über Wirtschafts- und vor allem Verkehrs-Struktur hat Westfalen einen Plan entwickelt, der 5 Länder (außer Hamburg) vorsieht und zwar: Nord-Rheinprovinz, Westfalen (einschließlich Süd-Osnabrück und Lippe-Detmold), eine See-Provinz (die etwa das Gebiet zwischen holländischer Grenze und Weser umfaßt), Hannover (einschließlich Braunschweig), Schleswig-Holstein.[16]

Dabei hat Westfalen zum Ausdruck gebracht, daß die Bevölkerung sowohl des Süd-Emslandes wie des südlichen Teils von Oldenburg den Wunsch geäußert hat, nicht nach Hannover, sondern nach Westfalen zu kommen.

Westfalen hatte bei seiner bisherigen offiziellen Stellungnahme noch nicht die letzten Meldungen über die Pariser Konferenz, vor allem nicht über den *Bevin*-Plan und über den französischen Plan, berücksichtigen können. Dies vorausgeschickt, hat es – und das gilt sowohl für einen Beschluß sämtlicher Generalreferenten des Oberpräsidiums, wie für den übereinstimmenden des Hauptausschusses des Provinzialrats[17] – zur Frage des Zusammenschlusses zwischen Rheinland und Westfalen folgenden Standpunkt eingenommen:

Ein solcher Zusammenschluß ist nicht wünschenswert. Es ist einstweilen nicht zu erkennen, ob die Engländer an dem Rhein-Ruhr-Gebiet stärker politisch oder stärker wirtschaftlich interessiert sind. Solange das jedoch nicht geklärt ist, ist schwer zu sagen, in welcher Weise sie etwa den Franzosen entgegenkommen möchten. Mißtrauisch hat Westfalen gestimmt, daß die KPD für eine Zusammenfassung des Industriegebietes und die Beseitigung der Industriegrenzen zwischen Rheinland und Westfalen eintritt. Man befürchtet, daß die KPD ihren Schwerpunkt im Industriegebiet suchen und ausbauen möchte, um etwa bei einer internationalen Besatzung dann stärker von dort aus in das übrige Gebiet ausstrahlen zu können. Westfalen befürchtet, daß, wenn man jetzt einen freiwilligen Zusammenschluß zwischen Rheinland und Westfalen vornehme, dieses Gebiet allzusehr auf dem Präsentierteller angeboten werde und im übrigen auch dank seiner Größe unter Umständen doch gewissen Randgefahren von verschiedenen Seiten ausgesetzt sein würde. Es ist darüber hinaus der Meinung, daß das natürliche Streben der Nord-Rheinprovinz nach Süden gehen müsse, daß aber dieses Streben durch den Zusammenschluß mit Westfalen – im Gegensatz zum Reichsinteresse – abgeschwächt werde.

Die Gefahr, die Westfalen drohe, werde einstweilen noch nicht besonders hoch veranschlagt, vor allem, da man nach einer Information aus englischer Quelle zu wissen glaube, daß die territoriale Gliederung den Beschlüssen gewählter deutscher Vertretungen vorbehalten bleibe.

Der *Zuhorn'sche* Plan[18] finde bei der Provinzialregierung und beim Hauptausschuß des Provinzialrats einstweilen keine Unterstützung. Seine Propagierung nach außen sei unerwünscht; er sei lediglich als Material verwertbar für den Fall, daß doch ein Zusammenschluß in Frage kommen werde. Im übrigen werde dieser Plan stark von den Leuten befürwortet, die das Interesse der provinziellen Selbstverwaltung verfolgten und stützten.

Dieser bisherigen Stellungnahme von Westfalen wurde von den Vertretern der Nord-Rheinprovinz die gegenwärtige außenpolitische Situation entgegengehalten und dazu ausführlich das Material erörtert, das bisher über den *Bevin*-Plan, *Bidault*-Plan und die

16 Vgl. die leicht abweichende Einteilung in der Vorlage *Menzels* vom 13. 5. 1946 (Nr. 113b).

17 Zur Auseinandersetzung um den Beschluß des Provinzialrats vgl. Nr. 141.

18 Nr. 112a.

amerikanische These vorliegt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Nord-Rheinprovinz weder in personeller noch in sachlicher Hinsicht irgendein Eigeninteresse verfolge. Es sei absolut zutreffend, daß die Nord-Rheinprovinz ihre natürliche Ergänzung in dem verlorengegangenen Südteil der Provinz habe und immer suchen werde; es gehe aber nicht um das Schicksal der Nord-Rheinprovinz als solcher, sondern es gehe um das Schicksal Westfalens. Nach dem *Bevin*-Plan sei sicher, daß Westfalen in irgendeiner Weise verstümmelt werde, da nach allen Informationen entweder von Teilen Westfalens oder von dem größeren Teil gesprochen werde, ganz gleich, ob nun nur das westfälische Industriegebiet oder Westfalen bis zum Teutoburger Wald in den neuen Staat gebracht werde, erfolge in jedem Falle eine Amputation Westfalens, die die Nord-Rheinprovinz im Gesamtinteresse keineswegs wünsche und für unbedingt schädlich halte. Die Nord-Rheinprovinz unterstütze das Bestreben Westfalens, Osnabrück sowie Lippe-Detmold zur Abrundung zu erhalten und habe auch nichts gegen die Tendenz Emslands und Süd-Oldenburgs einzuwenden. Westfalen müsse sich aber darauf einrichten, daß nicht etwa nur eine wirtschaftliche Konstruktion im Industriegebiet oder um das Industriegebiet herum errichtet werde, sondern daß – ganz gleich, ob nach englischem oder französischem Muster – die Schaffung eines Staates geplant sei, der einen Teil Westfalens mitumfassen solle. Unter diesen Umständen sei gar nicht mehr die Frage, ob Westfalen allein bleiben könne oder nicht, sondern es sei nur die Frage, ob Westfalen es vorziehe, geteilt zu werden, oder ob es ihm zur Erhaltung aller künftigen Möglichkeiten nicht doch lieber sei, ungeteilt – und gegebenenfalls abgerundet – in eine Verbindung mit der Nord-Rheinprovinz zu kommen.

Dr. *Menzel* konnte sich auf die Dauer der Einsicht nicht verschließen, daß der letzte Stand der außenpolitischen Diskussion in Münster bisher noch nicht entsprechend berücksichtigt sei und daß unter diesen Umständen tatsächlich der Zusammenschluß eingehender überdacht und gegebenenfalls vorbereitet werden müsse. Das führte schließlich am Rande zu der Frage, wo etwa die Hauptstadt eines solchen Gebietes liegen könne. Darüber kam es jedoch nur zu einem ganz losen Gedankenaustausch, da die Schwierigkeit, eine geeignete unzerstörte Stadt zu finden, auf Anhieb nicht überwindbar erscheint.

Es wurde schließlich etwa folgender Gedankengang entwickelt: Wenn weitere Informationen aus der internationalen Diskussion und weitere Überlegungen hüben und drüben die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses ergeben, soll eine gemeinsame Kundgebung der beiden Provinzialräte bzw. der für eine solche Erklärung genügend repräsentativen Hauptausschüsse der beiden Provinzialräte erfolgen, die etwa folgendes besagen würde:

An sich haben Rheinland und Westfalen die Absicht, selbständige Gebilde im Reichsganzen zu bleiben. Wenn es aber beschlossene Sache der Alliierten wird, einen neuen Rhein-Ruhr-Staat zu schaffen, so darf dieser dann nicht einen mehr oder weniger großen Teil Westfalens, sondern muß das ganze Westfalen umfassen.

IV. Vorgeschlagener Fortgang der Besprechungen:

Die Nord-Rheinprovinz wird versuchen – ebenso wie Westfalen – möglichst zuverlässige Informationen über den *Bevin*-Plan und die in ihm vorgesehenen Grenzen des Rhein-Ruhr-Staates zu bekommen. (Es müßte hierbei geklärt werden, wie weit etwa die im *Bevin*-Plan vorgesehene Zerschneidung Westfalens unter dem Eindruck der Forderung Groß-Hannovers auf die Teutoburger Wald-Grenze geht.) Es soll dann – am besten Sonntag den 26. Mai in Lübeck – eine Besprechung der beiden Oberpräsidenten stattfin-

den.[19] (Dafür wird vorgeschlagen die Zuziehung sowohl von Dr. *Menzel* wie der jetzt beteiligten Düsseldorfer Vertreter.) Im Anschluß daran könnte eine weitere Abstimmung mit den in Betracht kommenden politischen Vertretern und ZAC-Mitgliedern vorgenommen werden, gegebenenfalls auch ein gemeinsamer Schritt der beiden Oberpräsidenten im Hauptquartier erfolgen. Dr. *Menzel* bittet jedenfalls ausdrücklich darum, im Hauptquartier über diese Frage nur unter Hinzuziehung von Oberpräsident Dr. *Amelunxen* zu verhandeln. Ergibt diese vorbereitende Fühlungnahme die Notwendigkeit eines gemeinsamen Schrittes, soll dann in der ersten Juni-Woche die gemeinsame Beratung und Entschließung der beiden Provinzialrats-Hauptausschüsse erfolgen.

Zusammenfassung:

1. In der Frage des Verwaltungsaufbaues und der Gliederung der Provinzial- bzw. Landesverwaltung besteht im wesentlichen Einverständnis zwischen Düsseldorf und Münster.

2. In der Frage der territorialen Neugliederung weicht der Vorschlag Münsters insoweit ab, als es statt drei Ländern in der britischen Zone fünf vorsieht.

3. In der Frage des Zusammenschlusses zwischen Rheinland und Westfalen war die Stellungnahme Dr. *Menzels* in Übereinstimmung mit der Provinzregierung und der des Provinzialrates zunächst ablehnend, führte jedoch nach Abwägung der außenpolitischen Gesichtspunkte und Gefahren zu einer weitgehenden Annäherung an den Düsseldorfer Standpunkt. Es erscheint daher, falls die vorgesehenen weiteren Besprechungen die bisherige Entwicklungs-Tendenz fortsetzen können, durchaus erreichbar, in Kürze eine brauchbare gemeinsame Erklärung von Rheinland und Westfalen zur Frage eines Rhein-Ruhr-Staates publizieren zu können.[20]

G. *Schröder*

19 Siehe Nr. 138.

20 Wie der weitere Verlauf der Ereignisse zeigt, konnte zwischen den Provinzialregierungen in Düsseldorf und Münster kein Konsens über die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen erzielt werden.

126.

20. 5. 1946: Der Generalreferent Wohlfahrt, Weber, an den Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel

HStA Düsseldorf, RWN 133–10. Ausfertigung.

Betr.: Territoriale und verwaltungsmäßige Neugestaltung. Dortige Schreiben vom 6. und 14. Mai 1946[1]

Zu Punkt 1–3:[2]

Unter allen Umständen ist darauf hinzuwirken, daß eine eigene Provinz Westfalen erhalten bleibt. Diese muß umfassen: a) die bisherige Provinz Westfalen, b) das Land Lippe-

1 Vgl. die Nrn. 103, 114.

2 Die Nummerierung bezieht sich auf die Stellungnahme *Menzels* vom 6. 5. 1946 (Nr. 103).

Detmold, c) den Regierungsbezirk Osnabrück mit den Kreisen Osnabrück, Stadt und Land, und Landkreis Melle, d) die Kreise Lingen und Bentheim, sowie das südliche Oldenburg (sogenanntes Oldenburger Münsterland).

Lippe-Detmold muß hinzugenommen werden, weil es untrennbar mit dem Minden-Ravensberger-Land zusammengehört und dorthin gehen wird, wohin dieses kommt. Die Bevölkerung ist in beiden Gebieten einheitlich strukturiert und hat westfälischen, nicht hannoverschen Einschlag. Der Regierungsbezirk Osnabrück ist vorwiegend nach Westfalen ausgerichtet, desgleichen die unter d) genannten Kreise. Die wirtschaftlichen Tendenzen der unter b)–d) genannten Kreise sind auf Westfalen und das Ruhrgebiet gerichtet (vergleiche auch die Ausführungen in dem Jahresbericht des Landespräsidenten von Lippe).

Einer Aufteilung der Provinz in einen östlichen Teil (nach Hannover) und westlich/südlichen Teil (zur Rheinprovinz) ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Es ist besser, wenn das Ruhrgebiet zu zwei Ländern gehört, damit jeder Teil für sich von einem landwirtschaftlichen Hinterland unterstützt und getragen wird. Die Aufteilung der englischen Zone in noch kleinere Gebiete würde eine verwaltungsmäßige Zersplitterung des Landes bedeuten und keine in sich tragfähige Verwaltung schaffen. Die Regierungsinstanz müßte wegfallen, da der Umfang des geschlossenen Gebiets Westfalen durchaus noch von einer Landesregierung verwaltet werden kann. Es genügt eine Reichs-(oder Zonen-)verwaltung, eine Länderverwaltung für die Provinz und eine Kreisverwaltung für die Stadt- und Landkreise. Die Einrichtung der Ämter in den Landkreisen hat sich in der Praxis bewährt und würde die Selbständigkeit und Initiative der unteren Stellen durchaus fördern. Ggf. könnten einige zu große Landkreise noch unterteilt werden. Gegen die Beibehaltung der Regierungsinstanz spricht auch der Gedanke der notwendigen Selbstverwaltung, da man billigerweise dann auch dieser Stelle eine eigene parlamentarische Vertretung und Ratsbildung zubilligen müßte.

Zu Punkt 4–8: Den dargelegten Auffassungen wird zugestimmt.

Zum Schreiben vom 14. Mai 1946:

Bei den Wohlfahrts- und Gesundheitsaufgaben kommt im allgemeinen die Zuständigkeit des Reiches nicht in Frage. Entsprechend der Zuständigkeit des Landesfürsorgeverbandes und der Bezirksfürsorgeverbände kommen nur die Länderregierungen und Kreisverwaltungen in Betracht. In der Regierungsstufe liegt überhaupt keine Wohlfahrtsaufgabe.[3] Die Fürsorgeaufgaben unterliegen teilweise einer gesetzlichen Regelung durch das Reich (Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz, Reichs-Jugendgerichtsgesetz, Fürsorgepflichtverordnung). Die Ausführung liegt bei den Provinzen und Kreisen. Diese Regelung hat sich bewährt und kann bleiben, nötigenfalls auch vorläufig ohne die reichsgesetzliche Lenkung, die allerdings den Vorteil der einheitlichen Gestaltung der Grundgedanken für die verschiedenen Länder hat, während die praktische Durchführung nach der Eigenart der Länder dezentralisiert werden muß. Ein weiterer Teil der Wohlfahrtsaufgaben, insbesondere im Zusammenwirken mit den caritativen Verbänden, sind reine Selbstverwaltungsaufgaben. Die Schulaufsicht der Sonderschulen (Blinden- und Gehörlosenschulen, Erziehungsheime), die bei den Schulverwaltungen der Regierung liegt, wird zweckmäßig,

3 In einem weiteren Schreiben vom selben Tag unterbreitete *Weber* Vorschläge für eine Überführung der Geschäfte im Bereich Wohlfahrt von der Provinzialverwaltung auf die Provinzialregierung (HStA Düsseldorf, RWN 133–9).

wie es früher auch bei den Blinden- und Gehörlosenschulen bereits der Fall war, auf die Länderinstanz übertragen.

Den Aufgaben und der Zuständigkeit der Wohlfahrt entsprechend würden die Beamten als Länderbeamte anzusehen sein.

I.A.

Dr. *Weber*, Generalreferent

127.

20. 5. 1946: Der Vorsitzende der SPD Deutschlands, Schumacher (Hannover),[1] an den stellvertretenden Präsidenten der Governmental Sub-Commission bei der CCG/BE, Albu (Lübbecke) (Auszüge)

AdsD, NL Schumacher J 80. Abschrift bzw. Übertragung einer stenographischen Aufzeichnung.[2]

Lieber Mr. *Albu*!

Während eines kürzlichen Besuches in Berlin versprach ich Herrn Oberst *Annan*, daß ich, sobald die Parteikonferenz in Hannover[3] sei, Ihnen ein Memorandum schicken würde über die Hauptprobleme, wie auch über die scheinbar weniger bedeutenden Fragen betreffs der Erhaltung und Unterstützung der Demokratie. Im folgenden will ich versuchen, einige dieser Probleme aufzuzählen:

[...][4]

1 Über die Person des Absenders gibt das Stück selbst keinen direkten Aufschluß – eine Unterschrift oder Paraphe fehlt; aufgrund der Bedeutung des Inhalts, der Stellung des Empfängers, eines engen Vertrauten von Deutschlandminister *Hynd*, und der äußeren Zusammenhänge kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß es sich hierbei um den SPD-Vorsitzenden Kurt *Schumacher* handelt; diese Vermutung äußert in einem dem Dokument beiliegenden Schreiben vom 12. 4. 1977 auch der dem engeren Kreis um *Schumacher* angehörende Fritz *Heine*; zum Verhältnis *Hynd-Albu*: U. REUSCH: Hynd, 1986, S. 66; vgl. auch den Artikel *Schumachers* vom 25. 6. 1946 (Nr. 172).

2 Der Anfang des Dokuments (2 Blätter) liegt in maschinenschriftlicher Form vor; darauf folgen 11 Blätter einer stenographischen Mitschrift (Stolze-Schrey), die vom damaligen Mitarbeiter in der SPD-Zentrale Fritz *Sänger* stammt; dazu *Heine* an *Sänger* (laut dem in Anm. 1 erwähnten Brief vom 12. 4. 1977): „Vermutlich hat er [*Schumacher*] dabei diesen Brief konzipiert und möglicherweise in unserem (Deinem) Beisein den Entwurf Annemarie *Renger* diktiert. Und weiter vermute ich, daß Du dann gleichzeitig mit ihr den Text mitstenographiert hast"; dem hier abgedruckten Text wurde die 1977 von *Sänger* angefertigte Übertragung in Langschrift zugrunde gelegt; gewisse Ungereimtheiten (vgl. Anm. 5) deuten dabei auf Fehler bei der Übertragung oder bereits im Originalstenogramm hin; dies wurde vom Bearb. nicht näher überprüft, da die Grundaussagen des Dokuments in jedem Fall deutlich werden.

3 Zum SPD-Parteitag in Hannover vom 9.-11. 5. 1946 vgl.: K. KLOTZBACH, 1982, S. 78–81.

4 Pkte. 1–6: Voraussetzungen für Sozialisierung und Bodenreform; Pkt. 7: Rechtsungleichheiten in der Verwaltung; Pkt. 8: Schwarzhandel.

9. Die Frage, ob Rheinland und Ruhr politisch einen besonderen Teil Deutschlands darstellen, wird nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern auch das von ganz Europa entscheiden. Wenn die französische Forderung Erfolg haben wird, wie es den Anschein hat, so wird das endgültige Ziel, die Sicherheit Frankreichs, auf keinen Fall erreicht werden. Ein Deutschland, das aller seiner Lebensquellen beraubt wäre, wird nur ein neuer Gefahrenherd werden. Solange kein vereinigtes Deutschland besteht, würde es auch nicht ratsam sein, solche souveränen Rechte, wie die bei der Schaffung des Rhein-Ruhr-Staates besprochenen, an verschiedene Staaten zu vergeben. Es ist nicht zu unterstützen, falls gewisse Grenzdistrikte besonders bevorzugte Behandlung bekämen, Vergleiche mit anderen deutschen Teilen zu unterlassen. Falls Rheinland und Ruhr als Ganzes von Deutschland abgetrennt würden, würde jede demokratische Politik in Deutschland Illusion sein, und die SPD könnte von der politischen Bühne abdanken.

10. Der englische Plan, der nach Zeitungsberichten sich für die Schaffung eines Staates Rhein-Ruhr mit Zunahme eines größeren Teiles von Westfalen einsetzt, hat noch nicht den Inhalt der Hälfte der Bevölkerung der britischen Zone.[5] Die CDU, die vom bürokratischen und reaktionären Flügel geführt wird, käme dort an die Spitze der politischen Kräfte. Diese Kreise versuchen jetzt, ihre eigenen Anhänger in die führenden Stellen in Rheinland und Westfalen einzuschieben, die dadurch frei wurden, daß ihre Vorgänger verhaftet wurden.

11. Ein Weststaat von solcher Größe würde ein neues und weit schwierigeres Bayern innerhalb Deutschlands darstellen – und die anderen kleineren Staaten in der britischen Zone könnten damit nicht konkurrieren und würden kaum gehört werden, wenn die Staaten in einem gemeinsamen Raum arbeiten – und würde auch keine Sozialisierung möglich machen. Die Entwicklung der Schlüsselindustrie würde mehr als zweifelhaft sein.

12. Die allgemeine Meinung ist, daß eine wirtschaftliche Kontrolle der Rhein- und Ruhr-Industrie auf jeden Fall von einer verwaltungstechnischen Kontrolle verfolgt werden müsse. Das ist nicht ganz richtig. Es würde besser sein, wenn in dem Rahmenbereich Deutschland die Provinzen Rheinland und Westfalen für sich als ein neuer Staat geschaffen würden. Es könnte mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß die absolute Mehrheit der CDU sich nicht auf den westfälischen Teil erstrecken würde. Die Entwicklung im Rheinland kann gegenwärtig noch nicht ganz überblickt werden.

[...][6]

5 Dieser Satz beruht offensichtlich auf einem Hör- oder Übertragungsfehler; gemeint ist, wie *Schumacher* es in seinem Artikel vom 25. 6. 1946 (Nr. 172) formuliert: „Das Land Rheinland-Westfalen würde beträchtlich mehr als die Hälfte der Gesamteinwohner der britischen Zone umfassen."

6 Pkt. 13: Notwendigkeit der Wirtschaftslenkung durch Sozialdemokraten; Pkt. 14: Errichtung neuer Industrien; Pkt. 15: Anhörung der Parteien bei wichtigen Entscheidungen; Pkt. 16: Versorgungslage; Pkt. 17: Sozialversicherung; Pkt. 18: Erhöhung indirekter Steuern; Pkt. 19: Politische Betätigung von Beamten; Pkt. 20: Personallage bei der Polizei; Pkt. 21: Pressepolitik; Pkt. 22: Öffentliche Versammlungen; Pkt. 23: Jugenderziehung; Pkt. 24: Verbot der Aktivitäten des sogenannten Zentralkomitees; Pkt. 25: Arbeiterwohlfahrt; Pkt. 26: Rückkehr politischer Emigranten; Pkt. 27: Rückerstattung des SPD-Eigentums; Pkt. 28: Verbindungen mit der Sozialistischen Internationale; Pkt. 29: Erleichterung bei Reisen und Transporten.

Dies ist die Liste der Vorschläge. Sie können entscheiden, ob es möglich ist oder nicht, in diesem Zusammenhang etwas zu unternehmen.[7] Ich würde sehr dankbar sein, wenn Sie diese Liste auch an Oberst *Annan* geben könnten und an die anderen Herren, die in Frage kommen.

7 Die Argumente *Schumachers* zur Frage der Neugliederung wurden am 21. 6. 1946 von *Hynd* in der entscheidenden Sitzung des „Overseas Reconstruction Committee" – allerdings ohne Erfolg – vorgebracht; vgl. R. STEININGER: Rhein-Ruhr-Frage, 1979, S. 136.

128.

21. 5. 1946: Protokoll der Präsidial-Sitzung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf[1] (Auszug)

WWA, K 5 Nr. 198. Vervielf. Exemplar. Unterstreichungen. Hs. Vermerke. Eingangsstempel der Industrie- und Handelskammer Münster vom 28. 5. 1946.

[...][2]

Punkt 2:

Oberpräsident Dr. *Lehr* berichtete über die geplante Neugestaltung der Länder innerhalb der britischen Zone. Er begründete eingehend seine Auffassung, nämlich für eine Verbindung der Rheinprovinz mit Westfalen, und zwar mit dem Westfalen ohne irgendwelche Abtrennung.

Abschließend kam die Vereinigung zu dem Ergebnis, mit den westfälischen Kammern sich besonders zu verständigen, über die Bildung des Landes Rheinland-Westfalen. Hierzu bemerkte Dr. *Wilden*, die ersten Schritte seien bereits getan[3] und im übrigen hätte sich in Hahnenklee ein kleiner Ausschuß gebildet, der zu der Gesamtheit der Länder-Fragen vorbereitend Stellung nähme. Die Verhandlung fände bereits am 7. Juni in Bremen statt.[4] Der Oberpräsident bat die Vereinigung, ihn zu unterstützen bei der Anregung an die Militärregierung, der Wirtschaft eine Atempause zu gewähren, damit sie sich erhole. Außerdem hält er es für angebracht, einer Anregung des Herrn *Wehrhahn* entsprechend, sich für die Freigabe der Kriegsgefangenen einzusetzen.

[...][5]

1 Anwesend waren Vertreter der Kammern Aachen, Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Krefeld, Mönchengladbach, Remscheid, Neuss, Solingen und Wuppertal sowie Oberpräsident *Lehr* als Gast.

2 Pkt. 1: Bericht über die Gründung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der britschen Zone in Hahnenklee am 13. 5. 1946; vgl. Nr. 120, Anm. 2.

3 Siehe Nr. 120.

4 Hierzu Nr. 152.

5 Pkte. 3–7: Ausführungen betr. Organisation und Aufgaben der Kammern.

129.

21. 5. 1946: Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) an Oberbürgermeister Pünder (Köln)

BA Koblenz, NL Pünder 660. Ausfertigung. Unterstreichungen. Hs. Vermerke.

Sehr verehrter Herr *Pünder*!

Ihr Telegramm vom 18., das heute morgen bei mir eintrifft, hat mich sehr gefreut.[1] Ich hatte inzwischen auch von mehreren anderen Teilnehmern der Konferenz gehört, daß mein Entwurf Interesse gefunden hätte und darf das mit lebhafter Befriedigung feststellen.

In der Anlage übersende ich Ihnen wunschgemäß fünf Stücke des Entwurfs des Rahmengesetzes, wie ich ihn jetzt auf Grund der letzten Besprechungen verbessert habe.[2] Ich muß aber ausdrücklich bemerken, wie ich das auch Herrn Oberpräsidenten Dr. *Lehr* gesagt habe,[3] daß die Grundlinien des Entwurfes nicht mit den Ansichten sehr maßgebender Herren der Provinzialregierung übereinstimmen. Es würde mir sehr daran liegen, wenn wir die Angelegenheit auch mündlich möglichst bald einmal besprechen könnten. Geht es am nächsten Samstagnachmittag?

Mit freundlichen Grüßen

Ihr *Zuhorn*

1 Das Telegramm *Pünders* vom 18. 5. 1946 lautet: „Ihr wertvoller Entwurf Rheinland und Westfalen fand auch in der Oberbürgermeister-Konferenz Essen lebhaftes Interesse. Plane namens Städtetag, diese Pläne nachdrücklichst zu unterstützen. Wäre für umgehende Übersendung Ihres verbesserten Entwurfs dankbar." (HStA Düsseldorf, RWN 58–2); auf der Konferenz in Essen am 16. 5. 1946 hatte man sich – nachdem *Pünder* den Rahmengesetzentwurf vorgestellt hatte – darauf verständigt, die Frage der territorialen Neugliederung auf der rheinisch-westfälischen Städtekonferenz am 6. 6. 1946 in Köln zu behandeln; zugleich wurde ein Oberbürgermeisterausschuß gebildet, der versuchen sollte, sich noch vor diesem Termin auf eine bestimmte Ansicht zu einigen (vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 111; Nr. 135, Anm. 4).

2 *Pünder* hatte bis zu diesem Zeitpunkt nur den ersten Entwurf des Rahmengesetzes benutzen können; vgl. Nr. 112a mit Anm. 1.

3 Vgl. Nr. 117.

130.

23. 5. 1946: Der Controller[1] der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Major Askwith, an Oberpräsident Lehr

Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.[2] Übersetzung. „Persönlich und vertraulich".

Sehr geehrter Herr Dr. *Lehr*!

Wie Sie wahrscheinlich wissen, ist es schon lange die Absicht der Militärregierung, daß, sobald eine ernannte Vertretung in der Ebene der Provinz errichtet ist, das Amt des Oberpräsidenten in zwei Ämter geteilt wird. Die politischen Funktionen der Stellung sollen dabei von den exekutiven getrennt werden, wie das bei den Kreisen und Gemeinden geschehen ist.[3] Der Regional Commander hat mich beauftragt bei Ihnen anzufragen, ob Sie bereit sind, eine von diesen beiden Stellungen zu übernehmen, wenn die Trennung in der Nord-Rheinprovinz vorgenommen ist, und bejahenden Falles, welche.

Sie möchten wahrscheinlich genau wissen, welches die Art der beiden Stellungen sein wird, wenn die Trennung vorgenommen ist. Darauf ist zu antworten, daß der Oberpräsident eine Art Hauptminister oder Premierminister werden soll – der Leiter des Provinzial-Minister-Cabinetts. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung darüber getroffen worden, ob er ein besonderes Portefeuille haben wird oder nicht. Vorläufig soll er den Titel Oberpräsident beibehalten, aber sobald die Provinzen des früheren Staates Preußen den Status von halbautonomen Ländern erhalten haben, soll dieser Titel ersetzt werden durch den Titel Ministerpräsident oder Landespräsident.

Der Amtsinhalt der exekutiven Stellung wird das ständige Arbeiten unter dem Premierminister als dem ersten Beamten sein. Wenn der Premierminister ein besonderes Portefeuille hat, wird der erste exekutive Beamte der ständige Hauptbeamte in der Abteilung des Premierministers sein. In Beziehung auf die ständigen Hauptbeamten in den Abteilungen, die anderen Ministern unterstehen, wird er primus inter pares sein. Er wird ferner als die Spitze des Berufsbeamtentums in der Provinz angesehen werden. Seine Amtsbezeichnung wird wahrscheinlich lauten „Leitender Oberregierungsdirektor".

Bevor Sie sich entschließen, werden Sie wahrscheinlich den Wunsch haben, die Angelegenheit mit mir persönlich zu besprechen, und wenn Sie gern mit Herrn Brigadier *Barraclough* sprechen möchten, so wird er ebenfalls Sie sehr gern empfangen.[4] Ich habe es jedoch zunächst für am besten gehalten, Ihnen schriftliche Erläuterungen zu geben, damit Sie in der Lage sind, Ihre Entscheidung in aller Ruhe zu erwägen.

Ihr ergebener

gez. [A.V. *Askwith*][5]

1 Wie Nr. 63, Anm. 3.

2 Ausfertigung in englischer Sprache: Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.

3 Zur Realisierung dieses britischen Reformkonzepts auf kommunaler Ebene: W. RUDZIO: Neuordnung, 1968.

4 Hierzu Nr. 133.

5 Nach der englischen Ausfertigung vom Bearb. ergänzt.

131.

23. 5. 1946: Stellungnahme des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder[1]

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218. Unterstreichungen. Hs. Korrekturen und Vermerk Schröders: „Dr. Wandersleb".

1. Ausgangspunkt: Die Stellungnahme zur Rhein-Ruhr-Frage muß ausgehen von dem gegenwärtigen Stand der internationalen Diskussion unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Deutschland bedingungslos kapituliert hat und daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht in der Lage ist, sich selbst zu ernähren, und zwar weder aus den Erzeugnissen des eigenen Bodens, noch aus den Erlösen eines Exportes.

2. Einen klaren Plan über ihre Stellung zu Westdeutschland haben lediglich England und Frankreich entwickelt. Dabei ist die Grundskizze des englischen Plans aus Rundfunk und Zeitungsveröffentlichungen einigermaßen klar, während das für den französischen Plan, der wesentlich differenzierter ist (und sein muß), nicht in diesem Maße zutrifft.[2]

Die russische Stellungnahme ist im wesentlichen undurchsichtig und vor allem dadurch bestimmt, daß Rußland unter allen Umständen das Rhein-Ruhr-Gebiet als tatsächliches oder potentielles Rüstungszentrum ausgeschaltet sehen möchte.[3]

Die amerikanische Stellungnahme tendiert im allgemeinen stärker nach der englischen Seite, da der englische Plan mehr Distanz hält. Amerika kommt es vor allem darauf an, das deutsche Problem umfassend zu regeln und sich nicht in eine partielle Westregelung einzulassen. Dabei darf man davon ausgehen, daß Amerika der Abtrennung deutscher Gebietsteile oder der Schaffung von reichsunabhängigen neuen Staaten ablehnend gegenübersteht, dagegen die bundesstaatliche Gliederung Gesamtdeutschlands befürwortet.

3. Die Nord-Rheinprovinz kann jede Äußerung zur gebietlichen Neugliederung, sei es der Zone, sei es des Reichs, nur mit der Bemerkung einleiten, daß die Nord-Rheinprovinz lediglich ein Teil der gesamten Rheinprovinz ist, die ihrerseits einen geeigneten Baustein für ein einheitliches, bundesstaatliches Reich abgeben könnte.

Die praktische politische Diskussion muß jedoch – nach Vorausschickung des gesamtrheinischen Wunsches – von der britischen Besatzungszone als einer tatsächlichen Gegebenheit ausgehen. Sie muß ferner die Kardinalforderung erheben, daß diese Nord-Rheinprovinz weder an Holland noch an Belgien irgendeinen Raumverlust erleiden kann oder darf.[4] Ihrer Bevölkerungszahl nach wäre die Nord-Rheinprovinz ein genügend großes Glied in einem bundesstaatlichen Reichsaufbau und auch bei der Neugliederung der britischen Zone als solcher. Ihre einseitige Wirtschaftsstruktur legt jedoch bei der Neugliederung den dringenden Wunsch nahe, einmal das ganze Industriegebiet zu umfassen und

1 Die Stellungnahme geht auf die Aufforderungs *Lehrs* vom 18. 5. 1946 zurück (Nr. 123).

2 Vgl. allg. die Analysen *Buddes* und *Lehrs* (Nrn. 73, 122, 123 mit Literaturhinweisen).

3 Erst mit den Forderungen Außenminister *Molotows* auf der zweiten Session der Pariser Außenministerkonferenz am 10. 7. 1946, die auf eine internationale Kontrolle der Ruhrindustrie unter gleichzeitiger Erhaltung der Einheit Deutschlands zielten, traten die Positionen der sowjetischen Deutschlandpolitik wieder klarer zu Tage; die Rede *Molotows* in Auszügen bei: K.-J. RUHL, 1982, Nrn. 152, 181; vgl. H. GRAML, 1983, S. 358–363.

4 Die Frage der belgischen und niederländischen Territorialansprüche trat erst im Winter 1946 in den Vordergrund; dazu: K. PABST, 1979.

zum anderen dieses Industriegebiet ausgeglichen zu sehen durch größere agrarische Bezirke. Aus diesem Blickwinkel heraus erscheint ein Zusammengehen der Nord-Rheinprovinz und Westfalens im Falle der Neugliederung der britischen Zone durchaus gegeben, wobei der Wunsch Westfalens, durch Süd-Osnabrück und Lippe-Detmold abgerundet zu werden, die unbedingte Unterstützung der Nord-Rheinprovinz (übrigens in jedem Falle) finden kann und muß.

Die Aufgliederung der britischen Zone in drei Teile, ist – jedenfalls auf der Grundlage der englischen Pläne – wahrscheinlicher, als die Bildung von zahlreicheren Einzelstaaten in der britischen Zone. Dem Lebensinteresse der Nord-Rheinprovinz wird die Dreigliederung eher gerecht, als die Gliederung in 4 oder 5 Länder. Die Drei-Gliederung der britischen Zone, unter Zusammenlegung von Nord-Rheinprovinz und Westfalen, hindert keineswegs eine künftige Entwicklung dahin, daß das ganze Rheinland wieder zusammenfinden kann (wenn man einmal unterstellt, daß Frankreich etwa durch das Saargebiet zufriedengestellt wird und im Rahmen einer engeren Bindung der drei westlichen Besatzungszonen sein Sicherungsbedürfnis als erfüllt ansieht). Die Nord-Rheinprovinz hat an der Erhaltung Gesamt-Westfalens und seiner Abrundung um so mehr ein Interesse (und dies im besten nationalen Sinne) weil dadurch einer Nord-Süd-Orientierung am wenigsten die Bahn verbaut wird.

4. Ganz nüchtern betrachtet darf man als die wahrscheinlichste Kompromißlösung diejenige ansehen, daß unter allen Umständen ein Rhein-Ruhr-Staat gebildet wird, der zwangsläufig aus der Nord-Rheinprovinz und einem beträchtlichen Teile Westfalens bestehen muß. (Die Bildung eines Staates, der nur das reine Industrierevier umfaßte, ist mehr oder weniger wohl eine Utopie und könnte nur eine Totgeburt sein). Außenpolitisch gesehen, hat daher das Gebiet Rheinland und Westfalen durchaus ein Interesse daran, den englischen Plan zu stützen, auf seiner Basis jedoch die Erhaltung Gesamt-Westfalens anzustreben und dieses Gesamt-Westfalen in eine, sei es zeitweilige, sei es dauernde Bindung zum Nord-Rheinland zu bringen.

Für diesen Staat muß sichergestellt werden, daß er nicht autonom, sondern nur Glied eines deutschen Bundesstaates ist. Ihm eine besondere völker- und staatsvertragliche Bindung an die nichtdeutschen Nachbarstaaten in wirtschaftlicher Beziehung aufzuerlegen, erscheint durchaus als glücklicher Gedanke. Auf diese Weise könnte ein stärkeres Zusammenwachsen Westeuropas, – im Interesse einer gesamt-europäischen Verständigung – erzielt werden, während andererseits ein aus Rheinland-Westfalen bestehender Staat so tief in den deutschen Lebensraum hineinragt, daß er keineswegs das Opfer westlicher Annexionsgelüste zu werden braucht, im Gegenteil durchaus einen Wall gegen diese darstellen könnte. (Eine Parallele dazu ließe sich übrigens auch im Süden durch Hinübergreifen auf die andere Rheinseite ohne allzu große Schwierigkeiten schaffen.)

5. In der Diskussion mit Westfalen muß der Gesichtspunkt vorweg gestellt werden, daß die Nord-Rheinprovinz von sich aus keine Annexionsgelüste hat,[5] daß es auch nicht um die Teilung der Nord-Rheinprovinz, sondern um eine beabsichtigte Teilung Westfalens geht, die die Nord-Rheinprovinz mithelfen möchte zu verhüten. Diese Argumente sind an sich sowohl außenpolitisch zwingend, wie an sich so gesund, daß Westfalen den Zusammenschluß einer Zerstückelung vorziehen muß.

5 Vgl. die von *Budde* in seinem Bericht vom 18. 5. 1946 vorgebrachte Anregung, dem westfälischen Mißtrauen durch großzügige personalpolitische Angebote zu begegnen (Nr. 122).

6. Bei dieser Erörterung darf die gesamtdeutsche Lösung nicht einen Augenblick aus dem Gesichtsfeld verloren werden. Eine objektive Würdigung der gegenwärtigen außenpolitischen Situation zwingt jedoch dazu, die Möglichkeit eines stärkeren Zusammenschlusses der drei westlichen Besatzungszonen ins Auge zu fassen, da die Mitwirkung Rußlands in der gesamtdeutschen Lösung im englisch-amerikanischen Sinne höchst zweifelhaft ist, Rußland es vielmehr vorzuziehen scheint, in seiner Besatzungszone den Versuch einer selbständigen Entwicklung zu machen, die – im Sinne des bolschewistischen Imperialismus – auf den Westen Deutschlands überzugreifen bestimmt sein mag.

Faßt man den Zusammenschluß der drei westlichen Besatzungszonen aber ins Auge, so sind sowohl der rheinisch-westfälische Zusammenschluß, wie das Wiederzusammenwachsen des ganzen Rheinlandes realpolitische Aspekte. Durch die Forderung, Westfalen ungeteilt zu erhalten, wird mindestens keine der sich bietenden Möglichkeiten verschüttet.

G. *Schr[öder]*

132a.

23. 5. 1946: Der Oberregierungsrat bei der Provinzialregierung Westfalen, Barbrock, an Landesrat Naunin

Archiv des LWL, II K 228. Ausfertigung.

Betrifft: Gebietsreform Rheinland-Westfalen

Eine Kombination des Planes von Oberbürgermeister Dr. *Zuhorn*,[1] der wohl vorwiegend durch außenpolitische Erwägungen bestimmt ist, mit den Wünschen der Provinzialregierung und des Hauptausschusses, die die Eigenstaatlichkeit Westfalens zum Ziel haben,[2] ist meines Erachtens durchaus möglich und zwar in der Form der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen den beiden westlichen Provinzen, die gewisse gemeinsame Aufgaben übernehmen kann, ohne die Eigenstaatlichkeit der beiden Länder anzutasten.[3] Einen ersten Entwurf für die Bildung einer solchen Verwaltungsgemeinschaft füge ich in der Anlage bei.[4] Er unterscheidet sich von dem *Zuhornschen* Entwurf u.a. dadurch, daß

1 Vgl. Nr. 112a,b.

2 Vgl. Nr. 113a.

3 In einer Stellungnahme vom 29. 5. 1946 weist *Barbrock* darauf hin, daß eine Aufteilung des Ruhrgebiets auf zwei unabhängige Länder die Entwicklung eines politisch einseitig kontrollierten Ballungskerns verhindere; so sei das Wiederentstehen einer großen Rüstungsschmiede leichter zu unterbinden (StA Münster, Oberpräsidium 4869).

4 Nr. 132b.

die provinzielle Selbstverwaltung hinfällig wird und, wie es vom Provinzialhauptausschuß geplant war,[5] in der Landesregierung aufgeht.

Vorzulegen: Herrn Landesrat Dr. *Naunin* – Provinzialverband

Barbrock

5 Im Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 14. 5. 1946 ist von einer Auflösung des Provinzialverbandes nicht die Rede (vgl. Nr. 113a).

132b.

23. 5. 1946: Gesetzentwurf des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Westfalen, Barbrock[1]

Archiv des LWL, II K 228.[2]

I.

Die Länder Nord-Rheinprovinz, Westfalen und Lippe schließen sich zur Durchführung ihrer gemeinsamen oder gleichartigen Aufgaben sowie zur Sicherstellung einheitlicher Rechtsentwicklung und Rechtsanwendung zu einer engeren Gemeinschaft im Rahmen des Deutschen Reiches zusammen, die den Namen „Rheinisch-Westfälischer Bund" führt, im folgenden „Bund" genannt.

II.

Die Organe des Bundes sind:

1. Der Vereinigte Landtag, der aus den Landtagsabgeordneten der beteiligten Länder besteht.
2. Die erforderliche Anzahl von ständigen paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen unter dem Vorsitz eines hierzu vom Vereinigten Landtag gewählten Landesministers.
3. Der Ministerrat. Er besteht aus den Regierungschefs der Länder und den Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse. Der Vorsitzende wird erstmalig vom Vereinigten Landtag auf 3 Jahre gewählt. Alle 3 Jahre wechselt der Vorsitz zwischen den Regierungschefs der Nord-Rheinprovinz und Westfalens.
4. Das ständige Büro. Er besteht aus dem vom Vereinigten Landtag zu wählenden Generalsekretär und der erforderlichen Anzahl von Beamten, die von den Landesregierungen zum Dienst im ständigen Büro abgeordnet werden.

1 Am 1. 6. 1946 übersandte *Zuhorn* den Entwurf an *Pünder* mit der Bemerkung, er erreiche nicht die von ihm, *Zuhorn*, angestrebte ganz feste Verklammerung von Rheinland und Westfalen (HStA Düsseldorf, RWN 58–2); in der weiteren Diskussion hat der Entwurf *Barbrocks* keine Rolle mehr gespielt.

2 Weitere Exemplare: StA Münster, Oberpräsidium 4869; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; HStA Düsseldorf, RWN 58–2.

III.

(1) Der Rheinisch-Westfälische-Bund ist zuständig für:
1. Die Wahrnehmung der Länderinteressen in und gegenüber der von den Alliierten geplanten Organisation zur wirtschaftlichen Kontrolle des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes.
2. Die Ausübung des Gesetzgebungsrechts der Länder gemäß den Vorschriften des Reichsrechts und den Bestimmungen des Kontrollrates.
3. Die Übernahme und Fortführung der Aufgaben des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk nach Maßgabe eines noch zu erlassenden Gesetzes.
4. Sonstige gemeinsame oder gleichartige Aufgaben der Länder nach näherer Bestimmung des Vereinigten Landtages.

(2) Beschlüsse des Vereinigten Landtages und der zuständigen Ausschüsse zu Ziffer 1., 2. und 4. sind nur gültig, wenn die Mehrheit sowohl der rheinischen wie der westfälisch-lippischen Abgeordneten dafür gestimmt hat.

IV.

(1) Über die Aufstellung des Haushaltsvoranschlages des Bundes beschließt der Vereinigte Landtag.

(2) Die Kosten des Bundes werden auf die beteiligten Länder nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen umgelegt.

V.

(1) Der Vorsitzende des Ministerrats leitet dessen Geschäfte.

(2) Der Ministerrat beschließt über die Zuständigkeit seiner einzelnen Mitglieder, soweit hierüber nicht vom Vereinigten Landtag Bestimmungen erlassen werden.

(3) Der Ministerrat erläßt die Verordnungen zur Durchführung der Gesetze, soweit diese selbst nicht etwas anderes bestimmen.

(4) Der Ministerrat beschließt über Gesetzesvorlagen, die an den Vereinigten Landtag zu bringen sind.

VI.

Der Vorsitzende des Ministerrats vertritt den Bund innerhalb des Deutschen Reichs.

VII.

Übergangsvorschriften. Bis zur Durchführung allgemeiner Landtagswahlen in den Ländern setzt sich der Vereinigte Landtag aus den Mitgliedern der vorläufigen beratenden Gremien zusammen. Seine Zuständigkeit richtet sich bis dahin nach den Vorschriften der Militärregierung.

133.

24. 5. 1946: Vermerk von Oberpräsident Lehr über ein Gespräch mit Vertretern der Militärregierung Nord-Rheinprovinz

Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70.

Ich habe heute vormittag die Angelegenheit[1] kurz mit Brigadier *Barraclough* und dem Controller besprochen und ihnen gesagt, daß ich bei der Trennung des Oberpräsidenten in zwei Ämter die politische Funktion des Oberpräsidenten bzw. des Hauptministers oder Landespräsidenten vorziehen würde.[2] Ich habe für den leitenden Exekutiv-Beamten Herrn Regierungs-Vizepräsidenten Dr. *Wandersleb* genannt.[3]

L[ehr]

1 Bezieht sich auf das Schreiben der Militärregierung vom 23. 5. 1946 (Nr. 130).

2 Auf Aufforderung der Militärregierung wurde der hier mündlich geäußerte Entschluß *Lehrs* von ihm in zwei Schreiben, an Controller *Askwith* bzw. General *Barraclough*, vom 1./2. 7. 1946 noch einmal schriftlich bestätigt (Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70).

3 Vgl. hierzu auch ein Schreiben *Adenauers* an *Lehr* vom 3. 6. 1946 (ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 254).

134.

24. 5. 1946: Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Küster (Essen), an den Leiter des Instituts für Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsforschung, Däbritz (Essen)

RWWA, Abt. 18 b 3. Durchschlag. Hs. Vermerke.

Sehr geehrter Herr *Däbritz*!

Gestern haben wir uns auch kurz über die innerhalb der englischen Zone anstehenden Fragen der Länderbildung unterhalten. Hierzu ist mir der Entwurf eines Rahmengesetzes in die Hände gekommen, von dem ich in der Anlage eine Abschrift beifüge.[1] Die Durchsicht dieses Entwurfs hat mich auf den Gedanken gebracht, daß es voraussichtlich zweckmäßig sein wird, in unsere Überlegungen auch die Frage einzuschalten, wie das zu bildende Land „Rheinland-Westfalen" am zweckmäßigsten innerlich aufgeteilt wird. Mir ist es immerhin zweifelhaft, ob der im Entwurf gemachte Vorschlag einer Aufgliederung in die beiden bisherigen Provinzen richtig sein wird. Dieser Vorschlag riecht doch allzu

1 Gemeint ist der Rahmengesetzentwurf *Zuhorns* (Nr. 112a).

sehr nach dem Bestreben, einfach das Bisherige aufrecht zu erhalten. Gerade vom Standpunkt des Ruhrgebietes aus dürfte zu diesem Vorgehen einiges zu sagen sein.[2]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr *K[üster]*

Anlage

2 Die von Prof. *Däbritz* im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Essen vorgelegte Denkschrift beschäftigt sich allerdings nicht mit dem Problem der inneren Verwaltungsstruktur der künftigen Länder in der britischen Zone (vgl. Nr. 179).

135.

25. 5. 1946: Oberbürgermeister Pünder (Köln) als vorläufiger Vorsitzender des Deutschen Städtetages in der Britischen Zone an die CCG/BE über die Militärregierung Köln

HStA Düsseldorf, NW 53–528.[1] Abschrift.[2] An- und Unterstreichungen.

Betr.: Rhein und Ruhr

Bezug: Meine Besprechung mit Staatsminister *Hynd* in Köln am 13. April 1946[3]

Wenngleich der mit Genehmigung der Militärregierung im Wiedererstehen begriffene Deutsche Städtetag in der britischen Zone sich satzungsgemäß nicht mit Politik befaßt, verfolgt er naturgemäß mit sorgendem Interesse die staatsrechtliche Entwicklung Deutschlands und insbesondere die an Rhein und Ruhr. Denn die dem Städtetag satzungsgemäß obliegende Pflege der Wohlfahrt der in ihm zusammengefaßten Städte und die Förderung ihrer gemeinschaftlichen kommunalen Interessen ist selbstredend nur möglich in einem einigermaßen gesund gegliederten Staatswesen.

Die im Städtetag zusammengeschlossenen deutschen Städte der britischen Zone machen über die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, in den beiden Provinzen Nordrheinland und Westfalen sogar fast zwei Drittel. Trotz dieser überragenden Bedeutung der großen Stadtkreise in der britischen Zone und damit auch des wiedererstehenden Deutschen Städtetages habe ich es als der vorläufige Vorsitzer bisher vermieden, auf gemeinsamen

1 Weitere Exemplare: BA Koblenz, NL Pünder 8; ebd., NL Pünder 228; Archiv des LWL, II K 145; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; StA Münster, Oberpräsidium 4868; HStA Düsseldorf, RWN 58–2; Bundestag ParlA, 1–147; teilweise im Druck wiedergegeben bei K. ZUHORN, 1955, S. 114f.

2 Abschrift für Oberpräsident *Lehr*.

3 Vgl. Nr. 77 mit Anm. 1; wie erwähnt, läßt sich die Behauptung *Pünders*, er habe auch das Schreiben vom 25. 5. Minister *Hynd* persönlich erläutert, nicht aufrecht erhalten; denkbar ist allerdings, daß es zu der von ihm beschriebenen Besprechung mit *Asbury* und *Balfour* um die Monatswende Mai/Juni 1946 gekommen ist; angesichts der den Briten bereits bekannten Denkschriften *Lehrs* ist es aber sehr unwahrscheinlich, daß *Pünders* Gesprächspartner seine Eingabe als ersten und einzig wirklich konstruktiven deutschen Plan bezeichnet haben (vgl. H. PÜNDER, 1968, S. 299, 301).

Tagungen Entschließungen zu diesen für die Städte entscheidend wichtigen Fragen der kommenden Staatsgliederung fassen zu lassen, weil eben unser Städtetag nur erst vorläufig von der Militärregierung genehmigt ist. Angesichts der bedeutsamen Beratungen der Pariser Konferenz und der dort erörterten Pläne, die mit den Namen der beiden Außenminister *Bevin* und *Bidault* verknüpft sind, fühle ich mich als Vorsitzer des Städtetages i.E. nicht nur berechtigt, sondern nunmehr geradezu verpflichtet, in eigener Formulierung Gedanken wiederzugeben, die auf verschiedenen Städtekonferenzen, so vor allem letzthin auf einer Zusammenkunft der größten Städte von Nordrheinland und Westfalen, in eingehenden Aussprachen vorgetragen worden sind.[4]

In knapper Zusammenfassung sind dies folgende Gedanken:

1. Die deutsche Einheit, wie sie von den Alliierten vor allem auf der Potsdamer Konferenz festgelegt worden ist, sollte – keineswegs nur im deutschen, sondern auch im wohlverstandenen internationalen Interesse – baldigst wiederhergestellt werden.

2. Alle separatistischen Bestrebungen weisen die deutschen Städte der britischen Zone mit Entrüstung von sich. In ihren Mauern ist kein Platz für solche Pläne. Zur Vorbereitung der wiederkommenden deutschen Einheit sollte der ungehinderte Interzonenverkehr – gleichfalls im gemeinsamen Interesse Deutschlands und der ganzen Welt – baldigst wieder zugelassen werden.

3. Aus dieser Grundeinstellung heraus verfolgen die deutschen Städte, vor allem im Rheinland und in Westfalen, mit banger Sorge die weitere Entwicklung des sogenannten *Bidault*-Planes. Frankreich gebührt unbedingt eine Sicherheit gegen etwaige abermalige militärische Überfälle. Aber wie ich persönlich in den letzten Monaten mehrfach in wichtigen Einzelbesprechungen wie auch öffentlich betonen durfte, kann diese Sicherheit weit besser bei Fortbestand der bisherigen Reichsgrenzen durch geeignete Maßnahmen gefunden werden, als durch Schaffung eines oder gar mehrerer Kleinstaaten an Rhein und Ruhr unter internationalem Schutz. Eine solche Zerstückelung des deutschen Volkskörpers würde die in aller Ehrlichkeit und mit aller Energie begonnene Wiederaufbauarbeit bester deutscher demokratischer Kräfte in ganz Westdeutschland unerträglich und unmöglich machen.

4. Dagegen würde eine gesunde Aufgliederung Deutschlands auf föderalistischer Grundlage zweckentsprechend sein. Der Föderalismus entspricht deutscher Eigenart bester Prägung. Der Zentralismus kommt nur zu oft autoritären Tendenzen zustatten, wie das Hitlerregime gezeigt hat.

---

4 Die hier von *Pünder* den Briten suggerierte Ansicht, seine Darlegungen würden von den Kommunen getragen, war keineswegs zutreffend; wie die Debatte auf der 1. Rheinisch-Westfälischen Städtekonferenz am 6. 6. 1946 zeigte, fand das Vorgehen des Kölner Oberbürgermeisters keine Mehrheit; *Pünder* war gezwungen zu erklären, er habe im Schreiben vom 25. 5. 1946 nur für seine eigene Person gesprochen. Vermutlich war *Pünder* schon auf der Tagung der Oberbürgermeister am 16. 5. 1946 in Essen klar geworden, daß es schwer sein würde, insbesondere die SPD-regierten Städte für den Plan Rheinland-Westfalen zu gewinnen. Das Schreiben vom 25. 5. wurde von ihm daher wohl bewußt vor der Konferenz vom 6. 6. formuliert, um diesen Plan mit der Autorität des Deutschen Städtetages bei den Briten vertreten zu können. Erst auf der 5. Vorstandssitzung des Städtetages am 22. 6. 1946 wurde eine Pressenotiz mit sehr viel allgemeineren Forderungen gebilligt, nämlich nach der Erhaltung der Einheit des Deutschen Reiches, der Schaffung leistungsfähiger Gebiete und des Fortfalls der Zonengrenzen (BA Koblenz, NL Pünder 228; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn/Deutscher Städtetag 16); vgl. hierzu: K. ZUHORN, 1955, S. 111, 114–116; H. PÜNDER, 1968, S. 299 (mit positiv gefärbter Schilderung); Nr. 129 mit Anm. 1; Nr. 137; zur Reaktion der SPD-Oberbürgermeister *Henßler* (Dortmund) und *Steinhoff* (Hagen) vgl. Nr. 141.

5. Die so auf föderalistischer Grundlage gebildeten Einzelländer Deutschlands müßten einigermaßen lebensfähig sein, d.h. in sich eine gesunde Aufgliederung von Stadt und Land darstellen. Ein Land, das fast nur aus zusammengeballter Industrie ohne landwirtschaftliches Hinterland bestünde, würde sich notwendigerweise zu einem Unruheherd für seine ganze Umgebung, ja schließlich für ganz Nordwesteuropa entwickeln.

6. Die Einzelländer dürfen daher nicht zu klein sein, auch schon aus rein verwaltungstechnischen Gründen. Schon die Erfahrungen dieses ersten Jahres haben fast überall gezeigt, daß die alten preußischen Provinzen (und erst recht die noch viel kleineren Staatswesen, die fast durchweg früheren dynastischen Erwägungen ihren Bestand verdanken) keine geeignete Grundlage für künftige deutsche Einzelländer darstellen. Um allen ihren Aufgaben gerecht zu werden, müßten sich die Oberpräsidien ganz unnatürlich und unorganisch ausweiten. Aber selbst dann noch müßten wohl alle Behörden und nicht zuletzt auch die Städte feststellen, daß trotz aller dankenswerten Bestrebungen auf enge Anlehnung und Zusammenarbeit mit den Nachbarprovinzen alles Stückwerk bleiben müßte, weil eben eine frühere preußische Provinz oder ein noch kleineres Land keine tragfähige Grundlage für ein Staatsgebilde darstellen.[5]

7. Der Ausbau der Provinzen zu Einzelländern und die Umbildung der notgedrungen aufgeblähten Verwaltungsdienststellen der Oberpräsidien zu politischen Regierungen müßte daher als ein schwerer organischer Fehler bezeichnet werden. Dagegen dürfte der sogenannte *Bevin*-Plan mit seiner Aufgliederung der britischen Zone in drei oder – unter Sonderberücksichtigung des Stadtstaates Hamburg – in vier Einzelländer eine gute staatsrechtliche Grundlage für einen gesunden Wiederaufbau eines föderalistischen Deutschlands darstellen.

8. Vor allem gilt dies für das im *Bevin*-Plan vorgesehene Land Rheinland-Westfalen. In ihm wäre das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet mit breitem landwirtschaftlichem Hinterland eingebettet. Mit seinen gut 12 Millionen Einwohnern in Stadt und Land wäre es ein einigermaßen gesunder Organismus, wenn er sich auch infolge der vorerst bedauerlicherweise nur auf die Kohle beschränkten Ausfuhr noch nicht aus eigener Kraft völlig ernähren könnte, aber in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht brächte ein solches Land Rheinland-Westfalen alle Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung mit sich. Allerdings wäre bei seiner Schaffung die Wiedereingliederung der bei der Zonenfestsetzung vorübergehend abgetrennten beiden rheinischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier dringend geboten, ebenso wie irgendwelche Absplitterungen von Westfalen nicht in Frage kommen dürfen. Ob umgekehrt bisher nicht zu Westfalen gehörige Gebietsteile noch hinzugeschlagen werden sollten, darf anheimgegeben werden.

9. In diesen drei (oder vier) Einzelländern der britischen Zone, vor allem also auch in dem Land Rheinland-Westfalen, sollte getreu den britischen Richtlinien, aber auch in Anknüpfung an beste deutsche Traditionen die Selbstverwaltung in organischer Weise entwickelt werden, in erster Linie selbstredend in der Ebene der Stadt- und Landkreise, aber darüber auch in der Ebene der bisherigen Provinzen. Aus diesem Grunde erschiene z.B. im Lande Rheinland-Westfalen für diese Selbstverwaltungsangelegenheiten die Erneue-

5 Zur Kritik von Mitgliedern der westfälischen Provinzialregierung an den Ausführungen *Pünders* (besonders bezüglich der Punkte 6 und 7) vgl. die Nrn. 143, 160.

rung der beiden altbewährten Provinzialverwaltungen Rheinland und Westfalen dringend geboten.[6]

10. Der Militärregierung dürfte bekannt sein, daß zu diesen knappen Vorschlägen schon wertvolle deutsche Vorarbeiten aus jüngster Zeit vorliegen,[7] so daß weitere Ausführungen im Augenblick nicht nötig sind. Der mit Genehmigung der Militärregierung im Wiedererstehen begriffene Deutsche Städtetag steht aber auch seinerseits zu jeder etwa gewünschten Mitarbeit in dieser vor allem für die Stadtkreise der britischen Zone so lebenswichtigen Frage jederzeit zur Verfügung.

Dr. *Pünder*
Staatssekretär a.D.
Oberbürgermeister der Stadt Köln

6 Diese Forderung wurde von *Pünder* in einem Schreiben vom 24. 7. 1946 an die CCG/BE noch einmal ausdrücklich betont (Druck: H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 34).

7 Wahrscheinlich spielt *Pünder* hier sowohl auf die Darlegungen *Lehrs* als auch den *Zuhorn*-Plan an.

136.

25. 5. 1946: Die Fraktion der KPD im Beratenden Westfälischen Provinzialrat (Herne) an Oberpräsident Amelunxen

Landtagsarchiv Nordrhein-Westfalen, A 10302/12. Ausfertigung.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 3. 6. 1946[1] ersuchen wir, beiliegenden Entwurf[2] über die politische Neuregelung des Reiches und der Selbstverwaltungskörperschaften zur Diskussion zu stellen.

Der Entwurf geht von der Tatsache aus, daß verschiedene ernsthafte Bestrebungen vorhanden sind, die Einheit des Reiches durch die Bildung von verschiedenen Ländern in der britischen Zone zu gefährden.[3] Es besteht die Notwendigkeit, diesen Bestrebungen einen klaren politischen Standpunkt der Provinz Westfalen entgegenzustellen.

1 Der Tagesordnungspunkt lautet: „Bericht über die Beratung der Länderchefs in Lübeck vom 26. 5. 1946 über die Frage der territorialen und verwaltungsmäßigen Neugestaltung der britischen Zone" (HStA Düsseldorf, RWN 133–4); vgl. Nr. 141.

2 Vorhanden im: Landtagsarchiv NRW, A 10302/12; Archiv des LWL, II K 265 (Abschrift); in diesem Entwurf wird in erster Linie die territoriale, wirtschaftliche und kulturelle Einheit Deutschlands herausgestellt; deshalb sei auch die politische Einheit zu fordern; im Detail wird der Aufbau Deutschlands als eines dezentralisierten Einheitsstaats mit drei Stufen der Selbstverwaltung – Kommunen, Kommunalverbänden, Provinzen – beschrieben; konkrete Angaben über Möglichkeiten der territorialen Gliederung fehlen.

3 Am selben Tag teilte *Ledwohn* Oberstadtdirektor *Zuhorn* zu dessen Rahmengesetzentwurf mit, daß mit der Bildung von selbständigen Ländern in der britischen Zone der Partikularismus seine Verwirklichung erleben und der Gedanke der Reichseinheit nicht nur mißkreditiert, sondern praktisch zu Grabe getragen würde; deshalb lehne die KPD die vorgeschlagene Bildung des Landes Rheinland-Westfalen ab (Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21).

Die Militärregierung hat durch ihren Vertreter, Herrn Major *Bailey*, den Provinzialrat gebeten, zu der Neugliederung der britischen Zone Vorschläge einzureichen.

Man kann die territoriale und politische Gliederung der britischen Zone nicht aufzeigen, ohne dabei die Aufgaben und Zuständigkeiten einer kommenden Reichsverwaltung zu umreißen. Dieser Versuch ist in dem beiliegenden Entwurf gemacht worden.

Weiter hielten wir es für notwendig, die Kompetenzen der unteren Selbstverwaltungsorgane (Gemeinden und Kreise) im Zusammenhang mit den Aufgaben der Provinzialverwaltung zu umreißen. Von diesem Standpunkt ausgehend glauben wir, daß die mehrfache Willensäußerung der Parteiführer in Westfalen und des Provinzialrates in diesem Entwurf einen praktischen Niederschlag gefunden hat.

Wir stellen hiermit den Antrag, nach ausgiebiger Diskussion im Hauptausschuß und im Provinzialrat und eventuellen Änderungen und Ergänzungen, die in dem Entwurf festgelegten politischen Richtlinien als Grundlage für die Verhandlungen festzulegen, welche die Provinzialregierung im Zonenbeirat und anderen Konferenzen über die Neugliederung der britischen Zone führen wird.

Wir ersuchen das Sekretariat des Provinzialrates, eine Abschrift des Entwurfes den einzelnen Fraktionsvorsitzenden der im Provinzialrat vertretenen Parteien vor der Sitzung des Hauptausschusses als Anlage zusenden zu wollen.

Kommunistische Fraktion
im Provinzialrat Westfalen
Ledwohn

137.

25.-29. 5. 1946: Vermerk des Abteilungsleiters Allgemeine Verwaltung, Wandersleb, für Oberpräsident Lehr über wichtige Vorgänge in dessen Abwesenheit[1] (Auszüge)

HStA Düsseldorf, NW 53–528. Anstreichungen.

1) Mr. *Albu* erwartet den Herrn Oberpräsidenten am Freitag, dem 31. Mai, 9.15 Uhr im Zimmer des Controller Mr. *Askwith*. Mr. *Albu* ist, wie ich erfahre, ein hoher Beamter aus der näheren Umgebung von Minister *Hynd*.[2]

2) Während des Herrn Oberpräsidenten und meiner Abwesenheit[3] hat Herr Minister *Hermes* uns einen Besuch machen wollen.

3) Am Dienstag, dem 28., 11.30 Uhr, waren die Abteilungsleiter zur Vorstellung bei dem Zivilbeauftragten für die Nord-Rheinprovinz, Mr. *Asbury*, geladen.[4] Die Vorstellung er-

1 *Lehr* nahm in der Zeit vom 25.–29. 5. 1946 an der Konferenz der Länderchefs in Lübeck bzw. an der 4. Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg teil.

2 Zur Besprechung zwischen *Lehr* und *Albu* siehe Nr. 140.

3 *Wandersleb* hatte zeitweise ebenfalls an der Konferenz in Lübeck (Anm. 1) teilgenommen.

4 *Asbury* war am 25. 5. 1946 in der Nord-Rheinprovinz eingetroffen; zur Einsetzung der „Regional Commissioners" in der britischen Zone vgl. Nr. 116, Anm. 5.

folgte durch den Controller, der in englischer Unterhaltung Mr. *Asbury* mitteilte, daß dies die leitenden permanent civil servants seien, die nächstens politische Minister übergeordnet erhielten. Er zeigte ihm dabei den Plan der Siebengliederung der Provinzialregierung.[5] Er setzte hinzu, daß einige der Abteilungsleiter with parties connected seien, die meisten seien no-party. Anschließend an die Vorstellung führte Mr. *Asbury* kurz aus, er wolle guten Kontakt mit den Herren der Verwaltung bekommen und werde sich bemühen, zur Lösung der schwierigen Fragen in der Nord-Rheinprovinz seinen Beitrag zu leisten. Anschließend fragte er, ob die Erschienenen besondere Wünsche vorzutragen hätten. Der Unterzeichnete wies darauf hin, daß der Herr Oberpräsident Dr. *Lehr* zu seinem Bedauern infolge des Vorsitzes in der Zonenratsitzung in Hamburg am Erscheinen verhindert sei, aber sogleich nach seiner Rückkehr eine Zusammenkunft mit ihm vereinbaren würde, um die wichtigsten akuten Fragen der Organisation und auf dem Gebiet der Wirtschaft und Ernährung zu besprechen. Der Dolmetscher unterließ es nicht, bei der Übersetzung the question of coal zu erwähnen. Mr. *Asbury* erwiderte sehr freundlich, er kenne die Gründe der Abwesenheit von Herrn Dr. *Lehr* und würde sich freuen, ihn bald nach seiner Rückkehr von Hamburg begrüßen zu können. Damit war die Vorstellung in einer Viertelstunde erledigt.

4) Mit Mr. *Sovyer* fanden mehrere Besprechungen betr. die vom Controller gewünschten Karten über die Neugliederung der britischen Zone statt. Es wurden Karten mit der sogenannten Dreigliederung und der Fünfgliederung gewünscht.[6] Bei den Karten mit der Dreigliederung sollte Hamburg in das Nord-Ostseeland mit einbezogen werden, bei der Fünfgliederung Rheinland von Westfalen getrennt bleiben. Mit einem selbständigen Hamburg ergeben sich dann 5 Länder.

[...][7]

12) Oberbürgermeister Dr. *Pünder* überreichte auf der Rückkehr von einer Vorstandsbesprechung des Deutschen Städtetags eine Abschrift seines Schreibens an C.C. for Germany, Adm. and Loc. Gov. Branch, c/o 622 (SK Köln) Det Mil Gov Köln betr. Rhein und Ruhr.[8] Dr. *Pünder* wurde über den Verlauf der Lübecker Tagung[9] kurz unterrichtet und wird weiter nachdrücklich für die Dreigliederung eintreten. Eine Sitzung des rheinisch-westfälischen Städtetags am Donnerstag, den 6. 6., will er dazu benutzen, eine entsprechende Entschließung fassen zu lassen.[10] Es wurde ihm in Aussicht gestellt, daß er dazu ggf. noch neues Informationsmaterial von dem Herrn Oberpräsidenten erhalten würde. Die Entschließung des Städtetags kann mit einer etwaigen Entschließung des Hauptausschusses, der für Freitag, den 7. Juni, eingeladen ist, abgestimmt werden (Anlage 2).[11]

Dr. *Wandersleb*

---

5 Siehe Nr. 101 mit Anm. 6.

6 Vermutlich entsprechend den Vorschlägen der Denkschrift *Lehrs* vom 15. 5. 1946 (Nr. 115).

7 Pkte. 5–11: Personelle und organisatorische Probleme von untergeordneter Bedeutung.

8 Vgl. Nr. 135.

9 Hierzu Nr. 138.

10 Eine Entschließung kam dort nicht zustande (vgl. Nr. 135, Anm. 4).

11 Zur Entschließung des Hauptausschusses des Provinzialrats Nord-Rheinprovinz vgl. Nr. 151.

138.

26. 5. 1946:[1] Protokoll über die Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen[2] in Lübeck (Auszug)

HStA Düsseldorf, NW 53–737. Vervielf. Exemplar. Beginn: 18.20 Uhr. Schluß: 19.20 Uhr.

[...][3]

Punkt 1) der Tagesordnung:

Territoriale Gliederung der britischen Zone und Verfassung der einzelnen Länder; [es] wird nach vertraulicher Erörterung im kleinen Kreise nachfolgende Entschließung angenommen:

Die Regierungschefs geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Provinzen und Länder der Britischen Zone bereit sind, zur Erhaltung des Rhein-Ruhrgebietes im Reichsverbande alle erdenklichen Opfer zu bringen.

Jeder der Regierungschefs kann zu einer erneuten Beratung einladen, sobald ihm dies nach seinem pflichtmäßigen Ermessen erforderlich erscheint.[4] Punkt 2) und 3): werden von der Tagesordnung abgesetzt.

[...][5]

1 Die Tagung erstreckte sich auch noch auf den 27. 5. 1946.

2 Teilnehmer (laut vorangestellter Liste): für die Nord-Rheinprovinz: Oberpräsident *Lehr*, Vizepräsident *Wandersleb* (zeitweilig), Oberregierungsrat *Schröder*; für Westfalen: Oberpräsident *Amelunxen*, Generalreferent *Menzel*, Regierungsrat *Schilling*; für Braunschweig: Ministerpräsident *Kubel* und Begleiter; für Bremen: Bürgermeister *Kaisen* und Begleiter; für Hamburg: Bürgermeister *Petersen* und Begleiter; für Hannover: Oberpräsident *Kopf* und Begleiter; für Lippe: Landespräsident *Drake*; für Oldenburg: Ministerpräsident *Tantzen* und Begleiter; für Schleswig-Holstein: Oberpräsident *Steltzer* und Begleiter.

3 Außerhalb der Tagesordnung wurden erörtert: Währungsfragen, Entwicklung der Organisation des Länderrats.

4 Obwohl über die vertraulichen Erörterungen im einzelnen nichts mitgeteilt wird, so zeigt doch diese Entschließung – und dieser Eindruck wird durch spätere Äußerungen *Lehrs* und *Amelunxens* bestätigt (vgl. die Nrn. 140, 141) –, daß man in der Frage der territorialen Neugliederung, insbesondere des rheinisch-westfälischen Raums, keinen gemeinsamen Nenner finden konnte und konkrete Entscheidungen auf einen späteren Zeitpunkt verschob; vgl. allg. auch Nr. 139.

5 Pkt. 4: Wahl eines Regierungschefs der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe oder Bremen in den Rechts- und Verfassungsausschuß des Zonenbeirats; Pkt. 5: Antrag über Atempause für die deutsche Wirtschaft.

139.

27. 5. 1946: Protokoll der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats in Hamburg

HStA Düsseldorf, NW 53–261. Durchschlag.

Es waren anwesend:
a) vom Rechts- und Verfassungsausschuß: Landrat *Heile* als Vorsitzender, Dr. *Amelunxen*, *Kopf*, Dr. *Groth*, Albin *Karl*, Dr. *Lingemann*, *Steltzer*.
b) Mitglieder des Hauptausschusses: Dr. *Lehr*, *Spliedt*, *Henßler*.

Der Vorsitzende, Landrat HEILE, eröffnet die Sitzung um 17 Uhr und erteilt das Wort dem Generalsekretär des Zonenbeirates, Dr. *Weisser* zur Verlesung des Schreibens ZAC/p/(46)28 des Britischen Verbindungsstabes (siehe Anlage 1).[1]

Landrat HEILE stellt fest, daß damit die Frage der Stellung des Zonenbeirates an die zweite Stelle gerückt sei, es gelte jetzt, die Neukonstruktion des deutschen Staates und die Unterteilung der Zone in Verwaltungsgebiete zu erörtern. Dies sei ein Problem, das über den Rahmen einer mit der Plenarsitzung zeitlich verbundenen kurzen Ausschußsitzung weit hinausgehe und nur in einer ganztägigen Sondersitzung des Ausschusses vorangetrieben werden könne. Er schlägt daher eine solche Sondersitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses vor.

Dr. AMELUNXEN schließt sich diesem Vorschlage an. Er betont, daß er einer Aufforderung seiner örtlichen Militärregierung, sich zur Frage der Verwaltungsreform zu äußern, erst dann sinnvoll nachkommen könne, wenn die staatsrechtliche Stellung der Zone klar sei.

Dr. GROTH schlägt vor, die Sondersitzung erst anzuberaumen, wenn die in Punkt 5 der Stellungnahme der Kontrollkommission enthaltene Aufforderung an den Zonenbeirat, die Neuordnung der Gebietsgrenzen der Länder und Provinzen zu erörtern, wirklich ergangen sei,[2] da sich ohne solche Richtlinie die Diskussion im leeren Raum bewegen würde.

Der Ausschuß a) beschließt die Durchführung einer Sondersitzung, die sich mit der Frage der Neuordnung der Gebietsgrenzen innerhalb der Zone befassen und am 13. Juni 1946, 16 Uhr, in Godesberg beginnen soll, b) bestellt Dr. *Amelunxen* als Korreferenten zu dem Referat von Oberpräsident *Steltzer* über die Verwaltungsreform.[3]

1 Das Schreiben des Verbindungsstabes datiert vom 25. 5. 1946; zum Inhalt siehe Nr. 97, Anm. 3, 5.

2 Eine erste inoffizielle Mitteilung der CCG/BE zu den Aufgaben und Befugnissen des zu schaffenden Sonderausschusses erfolgte durch eine Pressenotiz vom 6. 6. 1946 (vgl. Nr. 147).

3 Zur Sondersitzung am 13./14. 6. 1946 siehe Nr. 161a.

140.

31. 5. 1946: Vermerk des Regierungsrats bei Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Nansen,[1] über eine Besprechung zwischen Oberpräsident Lehr und Vertretern der CCG/BE in Düsseldorf

HStA Düsseldorf, NW 53–738. Unterstreichungen.

Betr.: Besuch des Mr. A.H. *Albu*[2], Main-HQ Lübbecke (Adviser in German Affairs), und Lieutenant-Colonel *Annan*[3], Chef der politischen Abteilung[4] im Main-HQ Lübbecke

Heute um 9.30 Uhr wurde Herr Oberpräsident Dr. Dr. h.c. *Lehr* von den Herren Mr. *Albu* und Lieutenant-Colonel *Annan* aufgesucht. Zugegen war Regierungsrat Dr. *Nansen*.

Mr. *Albu* war auf englischer Seite der Wortführer. Er eröffnete dem Herrn Oberpräsidenten, daß der Grund seines Besuches, die Berichte des Herrn Oberpräsidenten seien, die er (Mr. *Albu*) in Lübbecke zur Kenntnis bekommen habe.[5] Er sehe in dem Herrn Oberpräsidenten einen Experten, mit dem er am ehesten die Lage in der britischen Zone erörtern könne.

Mr. *Albu* bat dann den Herrn Oberpräsidenten um eine kurze Stellungnahme über eine möglicherweise gedachte Aufteilung der britischen Zone in Länder.

Der Herr Oberpräsident erläuterte dann an Hand eines Buntdruckes der britischen Zone mit statistischen Angaben, weshalb er eine Drei-Länderteilung der britischen Zone für zweckmäßig halte.

Ich hatte den Eindruck, daß die Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten auf die beiden englischen Herren überzeugend wirkten. Beide bestätigen, daß sie mit dem Herrn Oberpräsidenten gleicher Meinung seien.

Bemerkenswert erscheint mir jedoch, daß von beiden Herren immer wieder ausdrücklich betont wurde, daß das Rhein-Ruhrgebiet in dieser Unterhaltung nicht mit einbegriffen sei, da die Zukunft des Rhein-Ruhrgebietes nicht von den britischen Stellen in Deutschland entschieden würde.[6]

Ich hatte ferner den Eindruck, daß die Ansprüche Niedersachsens (Hannover) von beiden Herren sehr skeptisch beurteilt werden.

---

1 Zur Person *Nansens*, alias *Zech-Nentwich*, vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 167.

2 Hier und im folgenden korrigiert aus „C.B. Albwu"; *Albu* war stellvertretender (=acting) Präsident der Governmental Sub-Commission bei der CCG/BE und zugleich ein enger Vertrauter von Deutschlandminister *Hynd*; vgl. zu Person und Stellung: U. REUSCH: Londoner Institutionen, 1980, S. 392; U. REUSCH: Hynd, 1986, S. 66; J. THIES, 1979, S. 39.

3 Vgl. Nr. 94, Anm. 2.

4 Zur „Political Division" vgl. Nr. 125, Anm. 12.

5 Bezüglich der Stellungnahmen *Lehrs* für die Militärregierung vgl. die Nrn. 89, 102, 115.

6 Auch wenn die CCG/BE nicht autonom über die staatliche Neuordnung des Rhein-Ruhr-Gebiets entscheiden konnte, brachte sie ihr politisches Gewicht in London voll zur Geltung; am 6. 6. 1946 traten die Vertreter der Kontrollkommission – ganz im Sinn der Vorstellungen *Lehrs* und seiner Gesinnungsgenossen – überzeugend für den Zusammenschluß der Nord-Rheinprovinz mit einem ungeteilten Westfalen ein; die zunächst von Außenminister *Bevin* befürwortete engere „Ruhrstaatlösung" wurde damit zu Fall gebracht; vgl. hierzu R. STEININGER: Rhein-Ruhr-Frage, 1979, S. 132–136.

Mr. *Albu* stellte dann an den Herrn Oberpräsidenten die Frage, ob die Ansicht des Herrn Oberpräsidenten, Rheinland und Westfalen zu einem Land zusammenzufassen, im Zonenbeirat Unterstützung finden würde. Der Herr Oberpräsident verneinte diese Frage.

Mr. *Albu* fragte, welche Lösung man sich im Zonenbeirat denken würde? Herr Oberpräsident Dr. *Lehr* gab dann in kurzen Umrissen Bericht über die letzte Länder-Chefbesprechung, in der diese Fragen erörtert wurden.[7] Als der Herr Oberpräsident Dr. *Lehr* dann auf die Wünsche der kleinen Länder Braunschweig, Oldenburg, Lippe und Hamburg zu sprechen kam, meinte Mr. *Albu*, daß es wohl ein Jahrhunderte alter Fehler der Deutschen gewesen sei, sich selbst aufzusplittern (wörtlich). Oberpräsident Dr. *Lehr* gab dieser Auffassung recht.

Mr. *Albu* erwähnte dann kurz die Möglichkeit, einen reinen Ruhrindustriestaat zu schaffen, der in der Lage sein müßte, auf Grund seines Exports, einen gesunden Lebensstandard für die Bewohner dieses Ruhrstaates zu gewährleisten. Oberpräsident Dr. *Lehr* überzeugte dann Mr. *Albu* und Lieutenant-Colonel *Annan*, daß dieser Staat nicht lebensfähig sein würde, da 1. die Zerstörungen der Industrien in diesem Gebiet zu groß seien, um in diesem Maße Export in absehbarer Zeit zu produzieren, und 2. dieses Gebiet ein landwirtschaftliches Hinterland haben muß, als Ausgleichsmöglichkeit bei Versagen der Lebensmittelzufuhr, wie wir es in den letzten Wochen erlebt haben.

Mr. *Albu* fragte dann den Herrn Oberpräsidenten, ob das Wiederaufbauprogramm der Städte tatsächlich von der Kohle abhängen würde. An Hand praktischer Beispiele war es dem Herrn Oberpräsidenten möglich, die Herren von der Notwendigkeit der Kohle zum Wiederaufbau zerstörter Wohnungen zu überzeugen.

Mr. *Albu* fragte dann, wie es möglich sei, daß die Verpflegung in den einzelnen Provinzen der britischen Zone so unterschiedlich sei, vor allem wie es möglich sei, daß die Nord-Rheinprovinz so benachteiligt sei. Oberpräsident Dr. *Lehr* führte dann an Hand von Beispielen an, daß es 1. am guten Willen der Nachbarprovinzen und Nachbarzonen und 2., wenn tatsächlich der gute Wille zum Helfen vorhanden sei, es dann in der Regel an dem alliierten Gegenoffizier (Food-Officer) scheitern würde, der es vorziehe, für seine Provinz auf lange Sicht Vorräte anzulegen, (es gilt insbesondere für Kartoffellieferungen), statt der in Not befindlichen Nachbarprovinz auszuhelfen. Mr. *Albu* erklärte dann mit einer humorvollen Geste, daß die alliierten Gegenoffiziere (Food-Officer) für ihre Provinz wohl größere Patrioten seien, als die deutschen Beamten selbst.

Zum Schluß der Unterhaltung gab Mr. *Albu* zu verstehen, daß es ihm nicht unbekannt sei, daß die Stimmung in der britischen Zone sehr englandfeindlich geworden sei. Die Gründe hierfür seien ihm bekannt. Er selbst bedauere diesen Zustand sehr, aber er hoffe, daß mit Entscheidungen in den nächsten Wochen zu rechnen sei, die die Lage bessern werden.

Mr. *Albu* bat dann den Herrn Oberpräsident wiederholt mehrere Vorschläge über die Gestaltung der britischen Zone an das Hauptquartier einzureichen.[8] Der beste Vorschlag

7 Vgl. Nr. 138.

8 Direkt am nächsten Tag richtete *Lehr* ein Schreiben an Sir William *Strang*, den politischen Berater des Militärgouverneurs, dessen Inhalt aber leider nicht bekannt ist (vgl. Dankschreiben *Strangs* vom 12. 6. 1946: Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 70); *Strang* zählte in der Sitzung am 6. 6. 1946 (siehe Anm. 6) zu den entschiedenen Befürwortern der „großen Lösung".

dürfte dann einen maßgeblichen Einfluß auf die Neugestaltung der britischen Zone haben (wörtlich).

Die Unterredung war um 10.30 Uhr zu Ende. Die Unterhaltung wurde ohne Dolmetscher in englischer Sprache geführt.

Im Auftrage:
Dr. *Nansen*

141.

3. 6. 1946: Protokoll der 2. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats (Auszug)

Landtagsarchiv NRW, A 10200/2. Unterstreichungen.

Zu der 2. Sitzung des Hauptausschusses waren außer dem Herrn Oberpräsidenten, der Regierungspräsident Frhr. *von Oer*, die Generalreferenten Dr. *Menzel*, Prof. Dr. *Nölting*, Dr. *Stricker*, Herr *Brockmann*, Dr. *Schilling* und die Abgeordneten:

Henßler, Steinhoff, Groß (SPD)
Gronowski, Lindner, Jöstingmeier (CDU)
Reimann, Blum (KPD)
Altenhain (FDP) und
Dr. *Reismann* (Zentrum)

erschienen. Von der Militärregierung hatten sich Major *Bailey*, Major *Emck* und Sgt. *Leon* eingefunden.

Nach kurzen Begrüßungsworten, auch an die Vertreter der Militärregierung, gab Oberpräsident Dr. AMELUNXEN einen Bericht über die Beratung der Länderchefs in Lübeck vom 26. Mai 1946 über die Frage der territorialen und verwaltungsmäßigen Neugestaltung der britischen Zone.[1] In Lübeck, so bemerkte der Oberpräsident, seien im wesentlichen nur die bereits bekannt gewordenen Pläne herausgestellt worden, die in den einzelnen Provinzen und Ländern für die Neugliederung bestünden. Er habe in den bisherigen Beratungen den Standpunkt vertreten, der in der Sitzung des Hauptausschusses am 14. Mai[2] niedergelegt worden sei.[3] Die Provinzial-Regierung habe die Absicht, sobald die Denkschrift der Provinz Hannover[4] vorliege, auch ihrerseits den westfälischen Standpunkt in einer Denkschrift zu vertreten und eingehend zu begründen, welche Gebiete über die Grenzen Westfalens hinaus kulturell und wirtschaftlich zu Westfalen gehörten. In Kürze würde sich auch der Zonenbeirat mit der künftigen Gestaltung der englischen Zone beschäftigen. Dabei werde auch die territoriale Neugliederung besprochen werden.

1 Vgl. Nr. 138.

2 Korrigiert aus „12. Juni".

3 Vgl. Nr. 113a.

4 Für die Provinz Hannover ist lediglich die Denkschrift Oberpräsident *Kopfs* vom 1. 4. 1946 bekannt (vgl. Nr. 80, Anm. 3).

Der Rechtsausschuß des Zonenbeirates werde nach Pfingsten in Godesberg zusammentreten, um alle schwebenden Fragen zu besprechen und Vorbereitungen zu treffen.[5] Durch die Kontrollkommission sei mitgeteilt worden, daß die Absicht bestehe, deutsche Stellen zur Neugestaltung der Grenzen und über verfassungsrechtliche Fragen zu hören.[6] Der Deutsche Städtetag habe in einem Schreiben vom 25. Mai, gerichtet an die Militärregierung in Köln, den Standpunkt vertreten, die beste Lösung wäre in einem Zusammenschluß von Rheinland und Westfalen zu einem einheitlichen Staatsgebilde zu erblicken.[7] Ergänzend teilte der Oberpräsident noch mit, daß die Zentrumsfraktion einen Antrag eingebracht habe, den *Bevin*-Plan auf die Tagesordnung zu setzen. Er schlägt vor, diesen Antrag gleich im Zusammenhang mit dem Bericht zu besprechen.

Abgeordneter JÖSTINGMEIER (CDU) beanstandet einen Satz in dem Protokoll über die erste Provinzialratssitzung. Das Protokoll vermerkt „Nachdem Redner aller Parteien zum Worte gekommen waren, konnte Oberpräsident Dr. *Amelunxen* abschließend feststellen, daß der Ausschuß einstimmig der Meinung war, die Gebiete der Provinz Westfalen nicht auseinander reißen zu lassen und daß der Plan, Rheinland und Westfalen zusammen zu legen, im Provinzialrat keine Zustimmung finden werde."[8] Abgeordneter *Jöstingmeier* behauptet von einer Ablehnung könne schon deswegen keine Rede sein, weil über einen Zusammenschluß von Rheinland und Westfalen überhaupt nicht gesprochen worden sei und daher auch eine Ablehnung nicht möglich gewesen wäre (Von einigen Mitgliedern wird dieser Ansicht widersprochen).

Abgeordneter GRONOWSKI (CDU) ist der Ansicht, daß stimmungsgemäß wohl eine Sympathie für die Zusammenlegung der beiden Provinzen zu bemerken sei.

Abgeordneter REIMANN (KPD) widerspricht energisch den Ausführungen seines Vorredners und behauptet entgegen einer Bemerkung seines Vorredners, es stimme nicht, daß sich im Provinzialrat eine erdrückende Mehrheit für den Zusammenschluß ergeben würde. Die KPD würde niemals für einen solchen Plan stimmen, die werktätige Bevölkerung im Rheinland und Westfalen wünsche ein solches Gebilde auch gar nicht. Die KPD wolle keinen Bundesstaat Rheinland-Westfalen, sie wolle eine Provinz Westfalen und eine Provinz Nord-Rheinland.[9]

Abgeordneter HENSSLER (SPD) polemisiert entschieden gegen den Beschluß des Städtetages und legt Wert darauf, ein für alle Mal festzustellen, daß die Länderbildung eine Frage der Politik ist. Die SPD lehne die Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen entschieden ab. Fünf oder sechs Länder in der jetzigen englischen Zone würden erträglich sein. Er bedaure, daß hier den Gedanken einer starken Dezentralisierung Vorschub geleistet werde. Man müsse zu erreichen suchen, das ganze deutsche Gebiet auch einheitlich zu verwalten. Auf keinen Fall dürfe die Möglichkeit gegeben werden, noch mehr Zonalstellen zu schaffen. Diese Stellen seien anonymer Art, sie ständen außerhalb jeder Kontrolle.

Abgeordneter LINDNER (CDU) entgegnet, die CDU wolle sich nicht auf die Schaffung eines Staates Rheinland-Westfalen festlegen, sie wolle aber auch nicht, wie es im Protokoll geschehen sei, die Schaffung eines solchen Gebildes grundsätzlich ablehnen.

---

5 Hierzu Nr. 161a,b.

6 Vgl. Nr. 97, Anm. 5.

7 Vgl. Nr. 135.

8 Nr. 113a, S. 335.

9 Vgl. zu den Ausführungen *Reimanns* die Eingabe der KPD-Fraktion an den Oberpräsidenten (Nr. 136).

Abgeordneter Dr. REISMANN (Z) unterstreicht die Notwendigkeit der Erhaltung der Provinz Westfalen im Rahmen der jetzigen Grenzen. Er hält es für notwendig, daß auch dem englischen Hauptquartier die Wünsche der Provinz Westfalen unterbreitet werden.

Abgeordneter GRONOWSKI (CDU) bemerkt, er ließe sich bei allen Erwägungen von dem Gedanken leiten, das Ruhrgebiet dem deutschen Volke zu erhalten. Wenn das Ruhrgebiet unter der Bedingung des Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen erhalten bleiben könne, dann dürfe man sich einem Zusammenschluß nicht widersetzen. Die CDU wollte lediglich anregen, diese Frage schon früh genug zu besprechen und man hätte alle Veranlassung, die Militärregierung zu unterstützen.

Abgeordneter STEINHOFF (SPD) bestreitet die Unrichtigkeit des Protokolls. Denn schon allein der Beschluß, an den bisherigen Grenzen Westfalens nicht rütteln zu lassen, schlösse eine Zusammenlegung mit dem Rheinland vollständig aus. Der Städtetag sollte sich mehr um Fragen kümmern, die ihn angingen und dazu gehöre auch das Ernährungsproblem, vor allem die Kartoffelversorgung. Man müsse der englischen Regierung auch einmal sagen, daß es nicht angehe, die Selbstverwaltung durch die Schaffung immer neuer Gebilde zu untergraben, ganz zu schweigen von dem Kostenaufwand, den man gar nicht bestreiten könne.

Abgeordneter HENSSLER (SPD) spricht den Männern der Verwaltung das Recht ab, über die Frage des Zusammenschlusses Rheinland und Westfalen zu entscheiden. Und zu diesen Männern gehörten auch die Chefs der Städte.

Nachdem Abgeordneter REIMANN (KPD) noch einmal die Ansicht seiner Partei dargelegt hat, bemerkt Oberpräsident Dr. AMELUNXEN, die Provinzialregierung habe die Pflicht, die Militärregierung über die Ansicht des Provinzialausschusses zu unterrichten. Er schlägt vor, die Ansicht des Ausschusses in einer Entschließung niederzulegen.

Abgeordneter REIMANN (KPD) hält eine Beschlußfassung für überflüssig. In der ersten Sitzung sei die Ansicht des Ausschusses niedergelegt worden. Dr. *Adenauer* dürfe Westfalen nicht mit Köln vergleichen. Föderalismus wäre der erste Schritt zum Separatismus (Widerspruch).

Nach kurzer Aussprache bestätigt der Ausschuß mit 6 gegen 3 Stimmen der CDU und 1 Stimme des Dr. *Reismann* die Richtigkeit des Protokolls, doch wird der Auffassung des Oberpräsidenten über die Zusammengehörigkeit von Westfalen, Lippe-Detmold und einiger kulturell und wirtschaftlich nach Westfalen neigender Grenzgebiete und der weiteren Auffassung, daß die Frage eines Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen nicht spruchreif sei, einmütig zugestimmt.

[...][10]

10 Aussprache über Probleme aus dem Bereich des Generalreferats Innere und Allgemeine Verwaltung (insbesondere betr. Polizeiwesen); Verschiedenes.

142.

3. 6. 1946: Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) an den Generalsekretär des Zonenbeirats, Weisser (Hamburg)

Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21. Durchschlag mit hs. Korrekturen. Abgangsvermerk vom 3. 6. 1946.

Sehr verehrter Herr Dr. *Weisser*!

In der Anlage darf ich Ihnen einen Abdruck des von mir vor kurzem im Oberpräsidium gehaltenen Referates „Westfälische Geschichte – Westfälisches Bewußtsein" übersenden. Ich würde mich freuen, wenn die Darlegungen Ihr Interesse fänden. Es handelt sich um einen Auszug aus unseren Forschungen für das „Raumwerk Westfalen".[1]

Zugleich füge ich einen Abdruck bei über die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen dem Ruhrgebiet und dem westfälischen Norden und Nordosten, die aus der Feder von Herrn Dr. *Helmrich*, einem Schüler und Mitarbeiter von Herrn Universitäts-Professor Dr. *Kuske*, Generalreferent für Wirtschaft bei der Provinzialregierung in Düsseldorf, stammen.[2]

Meinen Entwurf eines Rahmengesetzes über die Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen haben Sie inzwischen durch Herrn Dr. *Naunin* erhalten;[3] er ist mit durch unsere Unterhaltung in Braunschweig[4] inspiriert. Der Entwurf geht aus von zwei Grundgedanken: Erhaltung des Rheinlandes bei Deutschland, und zwar nicht nur jetzt, sondern für alle Zukunft, durch die Verklammerung mit Westfalen und Erhaltung der selbständigen Stammeskörper des Rheinlandes einerseits und von Westfalen andererseits.[5] Die warmen Worte, die Sie in Braunschweig mir gegenüber für die alten Provinzialverwaltungen fanden, haben mich, wie Sie sich denken können, als früheren Landesrat sehr gefreut. Mein Entwurf sieht in der Verfolgung dieses Gedankens der Erhaltung der provinziellen Eigenständigkeit die Beibehaltung einer provinziellen Ebene auf der Selbstverwaltungsseite vor, während ich den Oberpräsidenten hier als Instanz fallen lasse. Ob man bei meinem Entwurf die Regierungspräsidenten als richtige Instanz nehmen soll oder als Außenstellen der Landesregierung, möchte ich weiteren Überlegungen überlassen. Notwendig ist aber meiner Ansicht nach, daß in den einzelnen Teillandschaften irgendeine staatliche Behörde bleibt, damit sich diese Teillandschaften nicht verlassen vorkommen.

Es ist schade, daß wir uns nicht einmal mündlich über all diese Fragen unterhalten können. Kommen Sie gar nicht hier in unsere Gegend? Ich würde dann gern Gelegenheit nehmen, Sie zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Zuhorn

1 Vgl. Nr. 64, Anm. 1.

2 Hierzu Nr. 75, Anm. 2.

3 Vgl. Nr. 116, Anm. 3.

4 *Zuhorn* hatte sich am 4. 5. 1946 anläßlich einer Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages in Braunschweig aufgehalten (vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 109f).

5 In gleicher Weise äußert sich *Zuhorn* zum Rahmengesetz in einem ebenfalls vom 3. 6. 1946 stammenden Schreiben an den Braunschweiger Oberbürgermeister *Böhme* (Durchschlag: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21).

143.

5. 6. 1946: Der Generalreferent Finanzen, Höpker-Aschoff, an Oberbürgermeister Pünder (Köln)[1]

StA Münster, Oberpräsidium 4868.[2] Entwurf. Hs. Vermerk Höpker-Aschoffs: „H[errn] Dr. Menzel mit der Bitte um Kenntnisnahme und Rückgabe". Paraphe Barbrocks.

Lieber Herr Staatssekretär!

Ich danke Ihnen für die Übersendung der Abschrift Ihres Briefes an die Militärregierung in Köln vom 25. 5. 1946.[3] Die Ziffern sechs und sieben sind mir unverständlich. Rheinland und Westfalen sind die beiden größten Provinzen der britischen Zone. Warum sollen gerade diese beiden Provinzen nicht groß genug sein, um innerhalb eines deutschen Bundesstaates Länder zu werden? Die Aufgliederung der britischen Zone in vier Länder (oder wenn man das schlecht abgerundete Gebiet Niedersachsen mit Oldenburg und Braunschweig nach dem Vorschlag der Oldenburger[4] in zwei Länder aufteilen will – die Aufgliederung in fünf Länder) scheint mir viel organischer zu sein als die Bildung von zwei großen Ländern Rheinland-Westfalen und Niedersachsen und eines kleineren Landes Hamburg-Schleswig-Holstein. Eine solche Aufgliederung in drei Länder müßte dann wiederum zu einer Aufteilung der beiden großen Länder in Provinzen führen. Der Aufbau wird dann viel zu verwickelt – Zentralverwaltung, Länderverwaltung, Provinzialverwaltung und darunter Kreise und Gemeinden. Ich gebe noch zu bedenken, daß die beiden süddeutschen Länder Großhessen und Württemberg nicht so groß sind, weder an Bevölkerungszahl noch an Raumumfang, wie Westfalen und Rheinland jedes für sich.

Wir vertreten hier einhellig die Auffassung, daß Nordrheinland und Westfalen jedes für sich eine gute Grundlage für eine Länderregierung abgeben würden.

Der Begriff der Selbstverwaltung ist allmählich ein Gegenstand grober Mißverständnisse geworden. Es gibt hier Leute, die ernsthaft meinen, daß in dem gleichen Gebiete, z.B. im Raum Westfalen, neben einer Landesregierung noch eine Selbstverwaltung der Provinz aufrecht erhalten werden könnte. Das ist natürlich barer Unsinn. Zwischen Aufgaben der Hoheitsverwaltung und Aufgaben der Selbstverwaltung gibt es keinen Unterschied dem Inhalte nach. Es handelt sich in beiden Fällen um öffentliche Aufgaben. Der Begriff Selbstverwaltung bedeutet nur, daß innerhalb eines Staates bestimmte öffentliche Aufgaben von einer einen Teil des Staatsgebietes ausmachenden Körperschaft in eigener Verantwortung erledigt werden.

Der Plan Rhein-Ruhrstaat sollte m.E. in der Öffentlichkeit nicht verfolgt werden. Wir sollten uns einmütig auf den Standpunkt stellen, daß die internationale Kontrolle der Schwerindustrie und des Bergbaues eine wirtschaftliche Kontrolle sein sollte – ausgeübt durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach dem Muster der Reichsbahngesellschaft des Dawes-Planes, in deren Organen deutsche und ausländische Stellen vertreten sein würden, als deutsche Stellen also vor allem die künftigen Landesregierungen von Rheinland und Westfalen und eine etwaige deutsche Zentralregierung. Daß Sie den Plan des Rhein-Ruhrstaates ohne weiteres den Engländern vorgelegt haben – als ob die deutschen Stellen mit dem *Bevin*-Plan einverstanden wären –, hat mich geradezu mit

1 Zur Reaktion des Empfängers: K. PÜNDER, 1968, S. 300f; vgl. auch das im selben Tenor gehaltene Schreiben *von Oers* an *Pünder* vom 13. 6. 1946 (Nr. 160).

2 Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 4; Ausfertigung: BA Koblenz, NL Pünder 660.

3 Vgl. Nr. 135.

4 Nach der Denkschrift der oldenburgischen Landesregierung vom 18. 5. 1946 war die Schaffung eines Landes Weser-Ems vorgesehen im wesentlichen bestehend aus dem Land Oldenburg, der Stadt Bremen sowie den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück (vervielf. Exemplar der Denkschrift z.B. im WWA, K 5 Nr. 198).

Bestürzung erfüllt. Leider Gottes propagiert hier Herr Oberbürgermeister Dr. *Zuhorn* ähnliche Pläne in vollem Widerspruch zu den Auffassungen der Provinzialregierung.

Mit herzlichem Gruß

Ihr *H[öpker]-A[schoff]*

144.

5. 6. 1946: Vermerk von Oberpräsident Lehr

HStA Düsseldorf, NW 190–638. Hs. Korrekturen. Paraphen von Wandersleb, Schröder und Nansen.

1) Aus dem vorliegenden Auszug von Radio London[1] und aus den deutschen Tageszeitungen, soweit sie heute morgen vorliegen,[2] ergibt sich, daß der britische Außenminister *Bevin* sowohl mit Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg als auch mit Amerika über die Gestaltung der Ruhr verhandelt und besondere Vorschläge gemacht hat.[3] Soweit sich aus dem ganzen ein Bild machen läßt, scheint er auf folgende Formen hinzusteuern: Die britische, französische und amerikanische Zone organisieren ihre Distrikte nach eigenem Gutdünken, aber diese drei Zonen treten untereinander in engste wirtschaftliche Verflechtung auf dem Wege vertraglicher Wirtschaftsabmachungen ein, einschließlich Finanz-, Steuer- und Zollfragen. Das Ruhrgebiet erhält einen Sonderstatus.

Das bedeutet für die britische Zone, daß in der Aufteilung der Dreierplan oder der Viererplan (bei Einschluß Hamburgs in Schleswig-Holstein)[4] zur Durchführung kommt, daß das Ruhrgebiet und damit die Nord-Rheinprovinz in der britischen Zone bleiben, mit Westfalen in noch zu ermittelndem Umfang vereint werden und wirtschaftspolitisch eine besondere Form erhalten, vermutlich in der Form eines aufsichtsführenden und kontrollierenden Gremiums.

2) Herrn Regierungs-Vizepräsident Dr. *Wandersleb*. Ich bitte mit aller Beschleunigung weiter an der Herstellung des Kartenmaterials zu arbeiten.

3) Herrn ORR Dr. *Schröder* zur Kenntnis.

---

1 Aufzeichnung der Meldung durch die Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz: HStA Düsseldorf, NW 115–108.

2 Z.B. Bericht der „Rheinischen Post" vom 5. 6. 1946 über den „neuen" *Bevin*-Plan.

3 In seiner Rede am 4. 6. 1946 vor dem Unterhaus, auf die sich die Meldungen beziehen, hatte *Bevin* hinsichtlich des Ruhrgebiets ausgeführt, „es seien provisorische Vorschläge an die französische, holländische, belgische und luxemburgische Regierung abgegangen. Nach seiner Ansicht liege eine bessere Zukunftsgestaltung in der Behandlung des Ruhrgebietes als selbständige und später in ein föderatives Deutschland einzugliedernde Provinz unter internationaler Kontrolle, als in einer vollständigen Abtrennung von Deutschland... Wenn das Ruhrgebiet einer internationalen Kontrolle unterstellt sei, entfalle die Gefahr, die in einer höheren Stahlproduktion Deutschlands liege." (HStA Düsseldorf, NW 115–108).

4 Der Einschub in Klammern bezieht sich auf den Dreierplan.

4) Herrn RR Dr. *Nansen*. Ich bitte um Zuleitung aller nur irgendwie auf diese Fragen bezüglichen Nachrichten. Wir müssen, sobald über den neuesten *Bevin*-Vorschlag[5] nähere Umrisse erkennbar sind, mit Ausführungsvorschlägen hervortreten.

Dr. *Lehr*

5 Vgl. hierzu Nr. 167.

145.

5. 6. 1946: Oberpräsident Lehr an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Köln)

HStA Düsseldorf, RWV 26–205. Ausfertigung. Anstreichungen. Hs. Vermerke: „Dr. Schreiber"; „z.d.A. Provinzialrat".

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Den im Schlußsatz Ihres Schreibens vom 24. 5.[1] erwähnten Brief an Herrn Brigadier *Barraclough*[2] über die von der CDU verlangte Anzahl der Mitglieder des Provinzialrats habe ich mit Interesse gelesen.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, ist der darin vertretene Standpunkt auch von hier aus bereits wiederholt nachdrücklich geltend gemacht worden. Es ist danach auch das ursprünglich vorgesehene Kräfteverhältnis von 55 : 45 in 51 : 49 (davon 37 CDU statt 32) abgeändert worden. Daraufhin habe ich nochmals schriftlich Stellung genommen und erneut ein Verhältnis 50 : 50 als notwendig bezeichnet und hierzu bestimmte Vorschläge gemacht.[3] Darauf ist mir eine Antwort bisher noch nicht zugegangen.[4]

Was die von dort gemachten Vorschläge anlangt, so bitte ich, die bei einzelnen Personen fehlenden Angaben baldmöglichst zu ergänzen.[5] Weiterhin bitte ich, die Einreichung der

1 Nicht ermittelt.

2 Vgl. Nr. 99, Anm. 5.

3 Im Anschluß an das Schreiben des Oberpräsidenten vom 8. 5. 1946 (Nr. 106) müssen weitere Verhandlungen mit der Militärregierung stattgefunden haben, über die jedoch nichts Näheres zu ermitteln war.

4 Wie der im August 1946 von der Militärregierung bekanntgegebene Schlüssel für die Zusammensetzung des Ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen zeigt, war in der Nord-Rheinprovinz die von der CDU und der Provinzialregierung angestrebte Verteilung der Sitze im Verhältnis 50:50 zwischen bürgerlichen und linken Kräften inzwischen durchgesetzt worden. Im 100 Sitze umfassenden Kontingent der Nord-Rheinprovinz erhielten: SPD 36, KPD 14, CDU 36, Zentrum 8, FDP 4, Unabhängige (bürgerlich) 2.

5 Wie ein Schreiben *Adenauers* an *Arnold* vom 3. 6. 1946 zeigt, war der innerparteiliche Entscheidungsprozeß über die Aufstellung der Kandidaten zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen (ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 252).

Fragebogen zu beschleunigen und sie nicht erst gesammelt, sondern jeweils nach Eingang bei Ihnen eine Anzahl hierher zu senden.

In ausgezeichneter Hochachtung
mit ergebenen Grüßen
Dr. *Lehr*

146.

5. 6. 1946: Der Geschäfsführer der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Küster (Essen), an den Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske

RWWA, Abt. 18 b 3. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Professor!

In der jüngsten Präsidialsitzung der nordrheinischen Kammern hat Herr Oberpräsident Dr. *Lehr* einen kurzen Überblick über die Fragen der regionalen Neubildung innerhalb der englischen Zone gegeben.[1] Zum Schluß seiner Ausführungen hat Herr Oberpräsident Dr. *Lehr* die Kammern darum gebeten, ihn mit Unterlagen vom Standpunkt der Wirtschaft bei der Vertretung seiner Auffassungen zu unterstützen. Die Industrie- und Handelskammer Essen hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung damit beauftragt, das Problem einer Zusammenfassung der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen vom Standpunkt der Wirtschaft aus zu untersuchen und dabei insbesondere die Abgrenzungsfragen gegenüber Hannover zu beachten. Herr Professor *Däbritz* hat in Zusammenarbeit mit uns das in zwei Exemplaren in der Anlage beigefügte Gutachten erstattet.[2]

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Freundlichkeit haben würden, das Gutachten zu überprüfen und als Material baldmöglichst an Herrn Oberpräsidenten Dr. *Lehr* weiterzuleiten. Es wäre uns sehr erwünscht, Ihre Auffassung zu dem Gutachten kennenzulernen.[3]

Mit verbindlichster Begrüßung
Ihr sehr ergebener
K[üster]

2 Anlagen

---

1 Vgl. Nr. 128.

2 Das Gutachten vom 3. 6. 1946 trägt den Titel: „Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsgebietes" (vervielf. Exemplar: RWWA, Abt. 18 b 3; vgl. auch Nr. 100, Anm. 15); zum Inhalt siehe die unter Nr. 179 wiedergegebenen Auszüge aus der 2. Fassung des Gutachtens vom 1. 7. 1946; in einem weiteren Schreiben vom selben Tag erklärt *Küster* gegenüber *Däbritz*, er wolle das Gutachten auf der Bremer Tagung am 7. 6. 1946 (vgl. Nr. 152) mit *Gieselmann* aus Münster besprechen; davon sei abhängig, ob auch ein Stück an Generalreferent *Nölting* gehe (RWWA, Abt. 18 b 3). Am 26. 6. 1946 teilte die Industrie- und Handelskammer Münster der Industrie- und Handelskammer zu Essen mit, daß ein Exemplar des Gutachtens an *Nölting* übergeben worden sei (RWWA, Abt. 18 b 3).

3 In seinem Antwortschreiben vom 6. 6. 1946 betont *Kuske*, daß sich der Inhalt des Gutachtens mit seinen eigenen früheren Forschungsarbeiten decke; es sei eine sinnvolle Zusammenfassung der gleichstrukturierten sowie der gegensätzlichen Wirtschaftsbezirke unter einer gemeinsamen klaren Verwaltung notwendig (RWWA, Abt. 18 b 3); zur Haltung *Kuskes* vgl. allg. Nr. 31 mit Anm. 2.

147.

6. 6. 1946: Pressemitteilung der CCG/BE (Auszug)

Druck: „Rheinische Post" vom 8. 6. 1946.

Die britische Kontrollkommission für Deutschland hat beschlossen, die Frage der regionalen Neugliederung der britischen Zone dem Zonenbeirat zu unterbreiten. Der Zonenbeirat wird ersucht, einen Unterausschuß einzusetzen, der sich aus Mitgliedern dieses Gremiums und einigen Nichtmitgliedern zusammensetzen soll. Die dem Unterausschuß angehörenden Nichtmitglieder des Zonenbeirats sollen Verfassungs- und Rechtssachverständige und ferner Bevollmächtigte umfassen, die von den Zivilbeauftragten der Länder und Provinzen ernannt werden. Die Ausschußmitglieder haben die Frage der Anzahl und der Grenzen der neuen Länder, die in der britischen Zone errichtet werden sollen, zu prüfen und Empfehlungen über deren verfassungsmäßigen Rechte und die Zusammensetzung ihrer Regierungen abzugeben. Der Zonenbeirat soll dann einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht bis zum 30. September 1946 einreichen.[1] Diese Berichte werden von der britischen Kontrollkommission geprüft, und selbst, wenn die Vorschläge nicht in vollem Umfang akzeptiert werden können, werden sie doch die Grundlage für die Beschlüsse der Kontrollkommission abgeben.

Man hofft, diese vorbereitenden Arbeiten für die neue Länderverfassung bis zum Februar 1947 abschließen und zu diesem Termin auch die ernannten repräsentativen Körperschaften der neuen Länder einsetzen zu können, die die neue Verwaltung bilden. Nach Abschluß dieser Arbeiten sollte es möglich sein, im Juli 1947 in den neuen Ländern Wahlen abzuhalten.

Die Frage der Zukunft der Ruhr und des Rheinlandes gehört gegenwärtig noch nicht zur Zuständigkeit des Zonenbeirats.[2]

[...][3]

1 Die offizielle Anweisung der Militärregierung zur Errichtung dieses Sonderausschusses stammt erst vom 4. 7. 1946 und wurde erst in der 5. Sitzung des Zonenbeirats am 10./11. 7. 1946 behandelt; Druck der Anweisung: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 45; AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 25, S. 612–615; vgl. hierzu weiter die Nrn. 158, 161a, 165, 172, 188.

2 Hierzu heißt es in der Anweisung vom 4. 7. 1946 (siehe Anm. 1): „Die Frage der Stellung von Nordrhein/Westfalen ist zunächst zurückzustellen, sie kann aber dem Zonenbeirat zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden. Der Zonenbeirat kann, wenn er es wünscht, in Betracht ziehen, daß Gebiete, wie der Regierungsbezirk Minden und das Land Lippe, im ganzen oder teilweise dem neuen Land Hannover zugewiesen werden."

3 Die Pressemitteilung enthält weiterhin Hinweise zur Bodenreform und den damit zusammenhängenden Aufgaben des Zonenbeirats.

148.

6. 6. 1946: Der Generalreferent Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker, an den Sekretär des SPD-Bezirks Östliches Westfalen, Groß (Bielefeld)[1]

HStA Düsseldorf, NW 22–1261. Entwurf. Abgangsvermerk vom 6. 6. 1946.

Sehr geehrter Herr *Groß*!

Z.Zt. wird in der Öffentlichkeit die Frage der Neugliederung der britischen Zone intensiv besprochen. Der Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrates hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Unteilbarkeit Westfalens als eine Grundforderung der westfälischen Politik anzusehen sei. Von größter Bedeutung hierfür ist die Einstellung des Raumes zwischen Gütersloh und Minden. Ich halte es für erforderlich, daß die Stadträte, die Kreistage und wichtigen Organisationen[2] sich in der Öffentlichkeit in Resolutionen für dieses Ziel aussprechen. Ich bitte Sie daher, im Einvernehmen mit den anderen politischen Parteien im dortigen Bezirk zu veranlassen, daß entsprechende Resolutionen gefaßt, in der Presse veröffentlicht und der Provinzialregierung zugeleitet werden. Da es immerhin möglich ist, daß eine Entscheidung über diese Fragen schon in Kürze fällt, wäre ich Ihnen für eine Beschleunigung der Angelegenheit sehr dankbar. Gleichzeitig würde es unsere Angelegenheit fördern, wenn in den Zeitungen auch entsprechende Aufsätze erscheinen würden, die aus dem Gebiete selbst herauskommen müssen.[3] Ich bitte Sie, dementsprechend mit in Frage kommenden Herren Fühlung zu nehmen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
bin ich Ihr sehr ergebener
Str[icker]

1 Ein gleichlautendes Schreiben erhielt der Herforder Oberbürgermeister *Holzapfel*; vgl. hierzu dessen Anwort vom 1. 7. 1946 (Nr. 177).

2 Ebenfalls am 6. 6. 1946 bat *Stricker* den Westfälischen Heimatbund um Mitteilung, wie die Bemühungen verlaufen seien, in Ostwestfalen Stellungnahmen hinsichtlich der Unteilbarkeit Westfalens herbeizuführen (HStA Düsseldorf, NW 22–1261); auf die Bemühungen des Heimatbundes läßt sich vermutlich die Entschließung des Kreistages des Kreises Höxter vom 6. 6. 1946 zurückführen (Nr. 149).

3 *Stricker* wandte sich am 6. 6. 1946 auch direkt an die Redaktionen der „Westfalenzeitung" und der „Freien Presse" in Bielefeld mit der Bitte, bei Behandlung der Frage der Neugliederung der britischen Zone herauszustellen, daß die Einheit Westfalens unter allen Umständen gewahrt bleiben müsse (HStA Düsseldorf, NW 22–1261). Tatsächlich erschien am 15. 6. 1946 in der „Freien Presse" ein Kommentar unter dem Titel „Westfalen und die Länderreform" (Nr. 165).

149.

6. 6. 1946: Entschließung des Kreistags des Kreises Höxter in Brakel[1]

HStA Düsseldorf, NW 57–152. Abschrift.

Mit tiefer Sorge und großem Befremden hat der Kreistag von den Bestrebungen Kenntnis genommen, die Provinz Westfalen aufzuteilen und damit auch den Kreis Höxter abzusplittern und ihn eventuell der benachbarten Provinz Hannover anzugliedern. Der Kreistag lehnt diese Bestrebung auf das entschiedenste ab. Er als die berufene Vertretung aller Schichten des Kreises erklärt eindeutig, daß der Kreis Höxter mit Treue und Zähigkeit an der Zugehörigkeit zu seiner angestammten Provinz Westfalen festhält.

Die wirtschaftlichen und kulturellen Belange des Kreises und die Jahrhunderte alte Geschichte verbinden den Kreis Höxter untrennbar mit der Provinz Westfalen. Der Kreistag erwartet von der Provinzialregierung, daß sie die Interessen des Kreises in jeder Beziehung wahrnimmt und den Bestrebungen auf Absplitterung des Kreises Höxter von der Provinz Westfalen entschieden entgegentritt. Fest steht, daß eine Befragung der Bevölkerung des Kreises den Standpunkt des Kreistages in vollem Umfange bestätigt.

Ebenso erwartet der Kreistag, daß die maßgebenden Stellen der Provinz alles tun, daß die geographische und wirtschaftliche Einheit der Provinz Westfalen erhalten bleibt und nicht zerrissen wird.[2]

Wir sind Westfalen und wollen Westfalen bleiben!

Für den Kreistag des Kreises Höxter
gez. *Schlüter*, Landrat

1 Vgl. Nr. 148, Anm. 2.

2 Am selben Tag wandten sich auch die Heimatvereine der Kreise Hamm, Unna, Soest und Lippstadt mit einer Resolution an Landeshauptmann *Salzmann*, der beauftragt wurde, bei den zuständigen Stellen alles daran zu setzen, daß das historisch gewachsene Westfalen mit seiner politischen, kulturellen und volkswirtschaftlichen Einheit gewahrt bleibe (Archiv des LWL, II K 265).

150.

6. 6. 1946: Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster), an die Militärregierung für den Regierungsbezirk Münster (Warendorf) (Auszüge)

WWA, K 5 Nr. 491.[1] Durchschlag. Hs. Vermerk Gieselmanns.

Wir nehmen Bezug auf unseren heutigen Besuch bei Major *Connor* und Captain *Klink*. Wir übermitteln Ihnen in der Anlage:

[...][2]

1 Übersetzung ins Englische: WWA, K 5 Nr. 491.

2 Pkt. 1 bezieht sich auf die „Nichteisen-Metall-Anordnung Nr. I v. 23. April 1946".

2. Einige Vorgänge über die Abgrenzung etwa zu bildender Länder in der britischen Zone.[3]

Die Wirtschaft des nördlichen Teils unseres Kammerbezirks ist über den Plan, vom übrigen Westfalen verwaltungsmäßig abgetrennt zu werden, sehr besorgt. Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Ruhrgebiet und mit der Rheinprovinz sind derartig stark, daß eine verwaltungsmäßige Eingliederung zu Hannover erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten für den nördlichen Teil unseres Bezirks mit sich bringen müßte.

3. 2 Exemplare unseres Rundschreibens Nr. 1.

gez. Dr. *Gieselmann*
Hauptgeschäftsführer

3 Als Anlagen liegen dem Schreiben bei: 1. Abschrift der Information des Oberst *Patterson* vom 16. 4. 1946 (Nr. 80); 2. Bemerkungen zu den territorialen Plänen Oberpräsident *Kopfs* gemäß seiner Rede in Hahnenklee (vgl. Nr. 120, Anm. 2); 3. Auszug aus der „Neuen Westfälischen Zeitung" vom 14. 5. 1946 mit einer Zusammenfassung des Observer-Artikels vom 12. 5. 1946 (vgl. Nr. 111).

151.
7. 6. 1946: Entschließung des Hauptausschusses des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz[1]

Landtagsarchiv NRW, A 09020/5/2.[2]

Der heute, am 7. Juni 1946 in Düsseldorf tagende Hauptausschuß des Rheinischen Provinzialrates erörterte an Hand eines Vortrages des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz die Verhältnisse in der britischen Besatzungszone, soweit es sich um eine etwaige territoriale Neugliederung handelt.[3]

Während der Verhandlungen wurde die in der „Kölnischen Rundschau" vom 7. 6. 1946 veröffentlichte Meldung, Hamburg, den 6. Juni 1946 bekannt: „Der Zonenbeirat wurde auf Beschluß der britischen Kontrollkommission beauftragt, die Länderreform der britischen Zone in Angriff zu nehmen und Vorschläge über die Anzahl und die Grenzen der neuen Länder und die Zusammensetzung ihrer Regierungen zu machen. Wenn die neue Länderverfassung bis zum Februar 1947 vorliegt, könnten die Wahlen in den neuen Ländern im Juli 1947 abgehalten werden."[4]

1 Die Anwesenheitsliste des Hauptausschusses von diesem Tag enthält folgende Namen: *Lehr, Gnoß, Görlinger, Härdle, Meister, Hamacher, Middelhauve, Renner, Skrentny, Paul, Arnold, Adenauer, Heinemann, Agartz, Pünder, Albers, Wandersleb* (Landtagsarchiv NRW, A 09020/5/3).

2 Weiteres Exemplar: BA Koblenz, NL Pünder 228.

3 Das Protokoll dieser Hauptausschußsitzung ist sehr mangelhaft. Immerhin läßt sich erkennen, daß außer den schon in der Provinzialratssitzung am 6. 5. 1946 vorgestellten Plänen der Drei- und Fünfgliederung besonders die Frage des Zusammengehens der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen sowie die Möglichkeit der Aufhebung der Zonengrenzen erörtert wurde (Landtagsarchiv NRW, A 09020/5/5); vgl. allg. J. BRAUTMEIER, 1986, S. 50.

4 Vgl. hierzu Nr. 147.

Nach eingehender Aussprache ergaben sich folgende einheitlich von sämtlichen Anwesenden gutgeheißenen Gesichtspunkte:[5]

1. Voraussetzung einer jeden Neugliederung des Reiches ist die Feststellung seiner zukünftigen Grenzen.

2. Eine weitere Voraussetzung ist der Fortfall der Zonengrenzen.

3. Bei der Neugliederung muß der Gesichtspunkt ausschlaggebend sein, möglichst leistungsfähige Gebiete zu schaffen, die sowohl für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft, wie für eine sparsame und zielsichere Verwaltung die nötige Grundlage geben. Eine Zersplitterung in nicht leistungsfähige Teile muß vermieden werden.

5 Die Entschließung wurde auch von der Plenumssitzung des Provinzialrats am 21. 6. 1946 gebilligt; vgl. Nr. 168.

152.

7. 6. 1946: Protokollauszug[1] über die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Zonenvereinigung der Industrie- und Handelskammern in Bremen

WWA, K 5 Nr. 198. Hs. Korrekturen.

Dr. *Gieselmann*, Münster, betont das Interesse der Wirtschaft an einer zweckmäßigen Grenzziehung der Länder, wenn solche gebildet werden. Neben den Volkstums- usw. Gesichtspunkten müßten auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte dabei als entscheidend angesehen werden. Die Zonenvereinigung könne sich bei einer Stellungnahme zu diesen Problemen wohl kaum materiell zu den Grenzfragen im einzelnen äußern, sondern müsse sich wohl auf die Herausstellung einiger Grundsätze beschränken.[2] Als solche bezeichnet er:

1. Ein Eingriff in bestehende Verhältnisse dürfe nur dort vorgenommen werden, wo eine Notwendigkeit dazu vorliegt, da jede Veränderung des bestehenden Zustandes die derzeitigen Schwierigkeiten für die Wirtschaft noch vermehre.

2. Es ist nicht Sache der Kammern als Wirtschaftsvertretungen, Angliederung fremder Gebiete an die neuen Länder zu verlangen. Derartige Erweiterungsversuche, wie sie heute schon mancherorts sichtbar geworden seien, seien geeignet, die Begehrlichkeit auch anderer Stellen zu wecken, was im gesamtdeutschen Interesse nicht erwünscht sei.

3. Soweit Grenzberichtigungen sich als notwendig ergeben, müßten wirtschaftliche Teilräume zusammengefaßt werden, die sich gegenseitig ergänzen oder besonders eng aufeinander angewiesen sind. Nicht strukturelle Gleichheit, sondern wirtschaftliche Verflech-

1 Das Dokument gibt nur den vorliegenden Auszug wieder (Pkt. 2 der Tagesordnung).

2 Zur weiteren Behandlung dieses Problems im Rahmen der Zonenvereinigung der Industrie- und Handelskammern vgl. die Nrn. 175, 181.

tung sei für die Abgrenzung von modernen Verwaltungsbezirken ausschlaggebend. Autarkie- oder Abschließungsbestrebungen dürften selbstverständlich nicht Platz greifen, da das Reich eine wirtschaftliche Einheit sein müsse. Diesbezüglich bestehe aber keine Gefahr, wenn man – beispielsweise auch im Hinblick auf die Wirtschaftslenkung und Planung – eng verflochtene Teilwirtschaftsräume zusammenfaßt. Wenn die Zonenvereinigung sich auch materiell mit den Grenzziehungen im einzelnen befassen wolle, so sei dazu vom westfälischen Standpunkt aus – er spreche hier gleichzeitig auch im Auftrage der rheinischen Kammern[3] – folgendes zu fordern: Wahrscheinlich werde das Ruhrgebiet als Ganzes nur einem Land zugeteilt, so daß die Bildung je eines Landes aus der Rheinprovinz und aus Westfalen unwahrscheinlich sei. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge über die rheinisch-westfälische Provinzgrenze hinüber seien so eng, daß für den Fall, daß diese Grenze fortfallen würde, der Zusammenschluß der Rheinprovinz und Westfalens gefordert werden müsse und zwar müßten ganz Westfalen und die ganze Rheinprovinz mit Rücksicht auf die obige grundsätzliche Forderung zu 3. als engstens zusammenhängende und aufeinander angewiesene Teilwirtschaftsräume dem einen Land eingegliedert werden.[4] Die Größe eines solchen Landes (40000 qkm, 12 Mill. Einwohner) brauche nicht zu schrecken. Wegen der großen Wirtschaftskonzentration des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, insbesondere des Ruhrgebiets, würde das Land auf alle Fälle, wie man es auch abgrenze, ein Übergewicht gegenüber allen anderen möglichen Ländern haben und wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung auch ruhig haben dürfen.

3 Zu den Kontakten zwischen rheinischen und westfälischen Kammern vgl. Nr. 120 und Nr. 146, Anm. 2.

4 Vgl. die Entschließung der westfälischen Industrie- und Handelskammern vom 12. 6. 1946 (Nr. 157b).

153.

11. 6. 1946: Das Mitglied des Zonenausschusses der CDU, Kannengießer (Osnabrück), an den Osnabrücker Regierungspräsidenten Petermann (Osnabrück)

ACDP, I-182–008/02. Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Regierungspräsident!

Wie ich höre, ist in den Besprechungen über die verschiedenen Pläne zur Neuordnung der Länder und Provinzen von einer Einflußnahme von mir bezüglich des Regierungsbezirks Osnabrück die Rede gewesen.

Ich lege Wert auf folgende Feststellung:

1) Grundsätzlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß man zunächst abwarten soll, was die Außenministerkonferenz in Paris ergibt, die sich mit der Frage befaßt. Wie mir Herr Dr. *Adenauer* sagte, liegt eine Zusicherung vor, daß der Plan – soweit er die britische Zone betrifft – dem Zonenbeirat in Hamburg zur Stellungnahme vorgelegt werden soll.[1] Eine Beeinflussung der Siegermächte ist im jetzigen Stadium nicht möglich.

1 Vgl. Nr. 147.

2) Die Pläne von Oldenburg, Hannover und Münster halte ich für verfehlt. – Wir sollten uns nicht gegenseitig „eingemeinden". Wenn wir solche Pläne machen, die jeweils nach Befriedigung von Sonderwünschen auf Kosten anderer aussehen, tragen wir nur dazu bei, die Loslösungsbestrebungen von jenseits der deutschen Grenze zu fördern. Deshalb habe ich z.B. bei Besprechungen gelegentlich des Parteitages der CDU in Recklinghausen – an denen auch Herren aus Osnabrück und Oldenburg teilnahmen – den Standpunkt vertreten, daß wir uns mit der Forderung auf Verbleib des Ruhrgebiets im deutschen Vaterlande und der Forderung nach Befragung der betroffenen Bevölkerung im Falle einer Änderung der Länder und Provinzen begnügen sollten. Die anliegende Entschließung habe ich geschrieben und vorgebracht.[2] Was außerdem von der CDU zur Sicherung des Ruhrgebiets getan werden konnte, ist geschehen.

3) Im Regierungsbezirk Osnabrück habe ich mit Ihnen sowie Herrn Dr. *Rüschemeier* im Beisein von *Burlage* über diese Fragen gesprochen. Aus mehreren Gründen halte ich eine Erklärung des Landtages des Regierungsbezirks Osnabrück, die sich auf Verbleib bei Hannover festlegt, für unnötig, und auch wegen gewisser parteipolitischer Bestrebungen in dieser Frage (SPD und NLP) für unangebracht. Außerdem besteht keine Einigkeit in der Bevölkerung in dieser Frage. – Wenn eben möglich sollte man vermeiden, daß diese Frage zu einem Streitpunkt in der Bevölkerung würde. Zur Zeit ist es den meisten Leuten des Regierungsbezirks ganz gleich, ob sie zu Weser-Ems, Hannover, Westfalen oder Niedersachsen gehören.

Die Sache könnte aber zu einem politischen Streitfall werden, der für die CDU, deren Anhänger in dieser Frage nicht einer Meinung sein dürften, unerwünscht ist und der überhaupt wenig Sinn hat, da wir ja weitgehend Objekt der großen Politik sind. Ich bin schon deshalb auch gegen die Bemühungen von Herrn *Zuhorn*.[3] Deshalb habe ich auch weder im Emsland noch im Osnabrücker Land mit irgend jemand über diese Frage gesprochen oder sie angeschnitten. Ich halte es auch nicht für fruchtbar, wenn die Kreistage über diese Frage debattieren oder Entschließungen pro oder contra fassen, so daß es auch hier zu Gegensätzlichkeiten in der Bevölkerung sowie zwischen den Kreisen kommt. Etwas anderes ist die Ablehnung der Vorschläge des Oldenburgischen Staatsministeriums.[4]

4) Ich glaube, daß wir in unserer Auffassung ziemlich gleich gehen, allerdings nicht in der Auffassung, daß die gesamte Bevölkerung des Regierungsbezirks nach Hannover tendiert. Ich erinnere Sie an die Meinung des verstorbenen Herrn *Berentzen* in Haselünne, der stets die Auffassung hatte, das Emsland gehöre nach Westfalen. Diese Meinung ist heute ebenso lebendig und könnte durch entsprechende Agitation auf weite Kreise ausgedehnt werden. Die gleiche Meinung besteht in Südoldenburg. Meines Erachtens wird die Entwicklung trotz aller anderen Pläne – z.B. Nordrheinprovinz – Westfalen – Osnabrück – Südoldenburg (Ruhrgebiet in einem großen Land! Erhaltung der Provinz Westfalen) – doch zu einem Niedersachsen unter Teilung Westfalens führen. Der Einfluß gewisser Kreise der SPD in Hannover ist zur Zeit sehr groß.

---

2 Gemeint ist die Entschließung des Parteitags der westfälischen CDU vom 17.-19. 5. 1946 (Nr. 121).

3 *Zuhorn* plädiert in seinem Rahmengesetz für den Anschluß des Regierungsbezirks Osnabrück an Westfalen (vgl. Nr. 112a).

4 Vgl. hierzu Nr. 143, Anm. 4.

Entscheidend ist, daß uns das Ruhrgebiet gesichert wird. Wenn auf irgendeine Weise uns die Industriegrundlage gerettet werden kann, muß auch eine Teilung Westfalens hingenommen werden, wenn es auch für viele schmerzlich ist. Aus ähnlichen Erwägungen ist ja auch auf das alte Zentrum verzichtet worden.

Allerdings ist betr. des Ruhrgebiets zu befürchten, daß eine Sonderregelung erfolgt. Wir hoffen aber, daß der englische Standpunkt, eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage wiederherzustellen, sich durchsetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebenster

gez. [*Kannengießer*]

Abschrift an Herrn Dr. *Rüschemeier* und Herrn Dr. *Otto*.

154.

12. 6. 1946: Protokoll über eine Besprechung zwischen dem Mitglied der Militärregierung Westfalen, Major Bailey, und Vertretern von CDU, SPD und FDP in Münster[1]

ACDP, III-002–001. Vervielf. Exemplar.

Major *Bailey*, SO II Political,[2] hatte am 12. 6. 1946, 15 Uhr, Vertreter der Provinzleitungen der politischen Parteien zu sich gebeten, um ihnen einige Fragen hinsichtlich der Provinzialregierung zur Beantwortung vorzutragen.

Zu dieser Besprechung waren erschienen:
1. Herr Dr. *Jöstingmeier* – als Vertreter der CDU;
2. Herr *Henßler* – als Vertreter der SPD;
3. Herr *Benkwitz* – als Vertreter der FDP.[3]

Die Fragen, die den Parteivertretern gestellt wurden und nach Möglichkeit sofort mündlich bzw. später seitens der Parteien schriftlich beantwortet werden sollten, waren folgende:
1. Was ist Ihre Meinung über die Provinzialregierung (dies bedeutet nicht die Meinung hinsichtlich einzelner Persönlichkeiten, sondern der Verantwortlichkeiten, Ausführungsbefugnisse usw. der Provinzialregierung)?
2. Haben Sie etwas gegen die augenblickliche Vertretung der Parteien einzuwenden?
3. Haben Sie irgendwelche konstruktiven Vorschläge für die Verbesserung der Provinzialregierung?

1 Dem äußeren Anschein nach wurde das Protokoll von der Militärregierung angefertigt.

2 *Bailey* fungierte wahrscheinlich als „Personal Assistent" des Kommandeurs der Militärregierung Westfalen.

3 Die Gründe für das Fehlen der Zentrumspartei und der KPD sind nicht bekannt.

Die einzelnen Vertreter der Parteien äußerten sich zu den gestellten Fragen wie folgt:

I. Dr. JÖSTINGMEIER – CDU – führte aus: Eine Meinung meiner Partei zu diesen gestellten Fragen kann ich im Augenblick nicht vorbringen, da diese Fragen bislang nicht erörtert wurden. Ich kann lediglich meine persönliche Meinung sagen, nehme aber mit Bestimmtheit an, daß diese Meinung auch die meiner Parteifreunde ist. Es wird das Beste sein, wenn eine Beantwortung dieser drei Fragen durch meine Partei später schriftlich erfolgt.

Eine Neuordnung des staatlichen Lebens in Deutschland steht zu erwarten. Wie verlautet, wird in Kürze in Paris ein großer Plan, der von Berlin vorbereitet ist, Gegenstand einer Besprechung zur Neugliederung des Reiches sein.[4] Angesichts dieser Absicht wäre es ja zweckmäßig[5], jetzt schon speziell für die Provinzialregierung Münster konstruktive Änderungsvorschläge einzureichen. Es scheint zweckmäßig zu sein, daß man vorläufig, bis diese Pläne bekannt sind und der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, von irgendwelchen Änderungen innerhalb der Provinzialregierung absieht und diese läßt, wie sie zur Zeit ist. Es wird doch etwas Neues kommen. Wie es zur Zeit in der englischen Zone und im Reich ist, bleibt es nicht. Wir rechnen mit einer großzügigen Neuregelung des Reiches, wenigstens in der britischen Zone. Es sind schon Pläne durchgesickert. Diese werden evtl. später bekannt gegeben, vielleicht bei der nächsten Sitzung des Zonenbeirates. Dieser soll sich mit den Plänen gutachtlich befassen. Ich würde von mir aus sagen, daß diese Ansicht die meiner Parteifreunde ist und daß vorläufig keine Änderung hinsichtlich der Provinzialregierung zu machen wäre.

Hinsichtlich der Einrichtung der Provinzialregierung als solcher bin ich der Meinung, daß der ganze Apparat zu groß und zu kostspielig ist angesichts der gegenwärtigen Befugnisse. Der Oberpräsident besaß sonst einen kleinen Verwaltungsapparat. Jetzt ist ein riesig großer Verwaltungsapparat aufgezogen. Gegenüber seinen Machtbefugnissen hat dieser nichts zu sagen. Er hat keine Initiative und ist vorläufig der Militärregierung unterstellt. Selbst bis in die kleinsten Kleinigkeiten ist die Provinzialregierung vorläufig abhängig von den Anweisungen der Militärregierung. Eine Selbstregierung setzt voraus ein gewisses Maß von Selbständigkeit. Es ist Voraussetzung einer jeden Demokratie, daß sie ein gewisses Maß von Freiheit hat in der Durchführung und Freiheit ihrer Entschlüsse. Solange dieser Apparat, der sehr kostspielig ist, diese Freiheit nicht hat, wird er bei der Armut, in der wir uns befinden, nicht gehalten werden können. Die Einnahmen der Provinzialregierung sollen geringer sein als die Ausgaben, wie ich hörte. Im Volk hat man so recht kein Verständnis für diesen Riesenapparat, der praktisch gar keine Befugnisse hat. Wir haben dies bisher als eine Vorbereitungsmaßnahme angesehen für die demnächst einzuführende Selbstverwaltung. Insofern hat diese Einrichtung ihre Berechtigung.

Was die Besetzung der einzelnen Generalreferate angeht, so muß ich sagen, daß die CDU in keiner Weise mitgewirkt hat und auch nicht gefragt worden ist, obwohl wir wissen, daß der Oberpräsident sich mit anderen Parteien beraten hat und demnach andere Parteien in seine Regierung aufgenommen hat. Wir haben zur Provinzialregierung keine Fühlung gehabt.[6] Es sind zwar zwei Mitglieder der Provinzialregierung Mitglieder der CDU, aber nicht von der CDU als solche präsentiert worden, so daß wir uns vorläufig

4 Zur publizistischen Verbreitung des „neuen" *Bevin*-Plans vgl. Nr. 144.

5 Richtigerweise müßte wohl „unzweckmäßig" stehen.

6 Zur Kritik der Parteien an der westfälischen Provinzialregierung vgl. auch Nr. 47.

nicht mit der Provinzialregierung identifizieren können. Wir können ihr nicht unser volles Vertrauen schenken. Das ist auch Ansicht meiner Freunde im Provinzialvorstand. Wir wollen damit sagen, wir sind nicht verantwortlich dafür, was die Provinzialregierung macht, wie z.B. eine Partei, die an der Bildung der Provinzialregierung beteiligt ist, (wie z.B. die Labour-Party in England die Verantwortung für die gebildete Regierung trägt). Wenn auch zwei Vertreter der CDU Mitglieder in der Regierung sind, sind sie nicht als Vertreter der CDU aufgenommen und wir sind auch nicht gefragt worden. Wir wollen keine Verantwortung übernehmen. Wir behalten uns Entschlußfreiheit vor. Wir behalten uns auch vor, Kritik zu üben; wir wollen sie auch nicht bekämpfen, wir tolerieren sie. Ich glaube, daß ich das im Sinne meiner Partei sagen kann. Ich kann dies in den nächsten Tagen auch schriftlich noch einreichen.

Diese drei Fragen sollen dem Vorstand gestellt werden und nach der Pariser Konferenz die Meinung der Partei darüber schriftlich abgegeben werden.

Dr. *Jöstingmeier* bat namens seiner Partei, dieser die drei Fragen noch einmal schriftlich zur Äußerung zu stellen.[7]

II. HENSSLER – SPD – sagte zu den gestellten Fragen: Die Frage hinsichtlich der Persönlichkeiten, die in der Provinzialregierung tätig sind, wird jedenfalls mehr verschieden beantwortet werden. Das ist eine Frage des politischen Vertrauens. Ich möchte jetzt die Frage nicht im Handumdrehen beantworten, aber sagen kann ich Ihnen zum Beispiel, daß uns ein Mann, wie der Vertreter des Herrn Oberpräsidenten, der Herr Freiherr *von Oer*, nicht gefällt, daß wir nicht der Auffassung sind, daß die Einstellung dieses Mannes für uns tragbar ist. Auch der Oberpräsident wird eine umstrittene Persönlichkeit sein, aber man muß erst einmal abwarten, bis Wahlen gewesen sind. Aber bezüglich des Herrn *von Oer* bin ich der Auffassung, obwohl ich nicht absolut beweismäßig dies belegen kann, daß er kein Mann der Demokratie ist.

Die Fragen, außer denen der Persönlichkeit, kommen mir zu unvorbereitet, als daß ich die Möglichkeit hätte, die Fragen jetzt sofort zu beantworten.

Major BAILEY: Sagen Sie, ob Sie etwas gegen die augenblicklichen Vertretungen bei der Provinzialregierung haben.

HENSSLER: Ich glaube, daß man diese im großen und ganzen anerkennen müßte. Kein Mensch kann sagen, wie die Parteien nunmehr aus den Wahlen hervorgehen, aber ungefähr nehme ich an, wird die Zusammensetzung heute als gegeben anerkannt werden müssen.

Major BAILEY: Die SPD wird vielleicht ein paar konstruktive Vorschläge hinsichtlich der Befugnisse und der Verantwortung der Provinzialregierung haben. Ich spreche immer von der Zukunft, wenn die Wahlen vorbei sind.

HENSSLER: Die Frage hängt doch wohl stark mit der künftigen Gestaltung der ganzen englischen Zone zusammen, der Länderbildung, der Zuständigkeit, der Rechte bei den Ländern. Ich sehe von meinem Standpunkt aus eine gewisse Gefahr darin, die selbständigen Länder zu schaffen, ihnen Rechte zu geben, die früher das Reich hatte. Ich habe auch Bedenken gegen ein Deutschland, das auf föderalistischer Grundlage besteht.[8] Ich sehe die Dinge so, daß wir eine sehr starke zentrale Gestaltung brauchen, um die Aufgaben

7 Weiterer Schriftverkehr in dieser Angelegenheit konnte nicht ermittelt werden.

8 Zur Haltung *Henßlers* vgl. auch die Nrn. 104, 161a, 170, 193.

meistern zu können, die uns gestellt sind. Was ich aber vor allen Dingen wünsche ist, daß die Landesstellen, die wir heute haben – ich denke an das Landesernährungsamt, Polizei, Wirtschaft – in die Länderregierung als Mittelinstanz eingegliedert werden und nicht neben den provinziellen und Länderregierungen stehen. Wir brauchen eine starke Zusammenfassung, aber auch eine klare und sparsame Verwaltung. Was heute gebildet ist, ist für das bankrotte Deutschland viel zu teuer.

Was sonstige Fragen anlangt, so müssen diese überlegt sein, wenn ich namens meiner Partei sprechen soll. Es sind die Fragen der Erörterung in der Partei. Es gehen die Auffassungen sehr auseinander.

Bei uns ist auch noch die Frage aufgeworden worden, inwieweit die Generalreferenten Vorsitzende der einzelnen Ausschüsse[9] sein sollen, und genauso der Oberpräsident Vorsitzender des Provinzialrates. Wenn die gewählten Körperschaften auch beschlußfähig wären, müßten die Körperschaften ihre eigenen Vorsitzenden wählen; soweit die Körperschaften beratend sind, wird man sich mit diesem Zustand begnügen können.

Major BAILEY: Dies war die beste Weise, um die Ausschüsse bilden zu lassen. Dies ist nur bis nach den Wahlen.

III. Herr BENKWITZ – FDP – führte aus: Von allen Behörden, mit denen wir zu tun haben, ist die des Oberpräsidiums die schlechteste. Wir haben versucht, mit dem Oberpräsidenten engeren Konnex zu bekommen. Aber über den Versuch ist dies nicht herausgekommen wegen des Zeitmangels beim Oberpräsidenten und den Generalreferenten. Wie Dr. *Jöstingmeier* sagte, ist bei dem Zustandekommen der Provinzialregierung weder seine noch meine Partei gefragt worden oder hinzugezogen worden. Man hat sich einfach die besten Persönlichkeiten herausgesucht und ich vertrete den Standpunkt, es ist wichtiger eine Persönlichkeit zu haben, als eine Partei zu vertreten. Es entscheidet der Kopf und der Kenner, und nicht die Partei. Es wäre zweckmäßig gewesen die Parteien zu fragen, ob man mit den Herren einverstanden ist. Es war nicht möglich, in die zweiten und dritten Stellen Leute hineinzubringen, da die Herren die ihnen genehmen Männer sich selber aussuchten. Irgendeine Verantwortung an der bisherigen Tätigkeit der Provinzialregierung kann man nicht übernehmen.

Der Zustand hat sich etwas gebessert in der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bevölkerung, nachdem der Provinzialrat ins Leben gerufen ist. Daß wir bei dem Provinzialrat sehr schlecht abgeschnitten haben, steht fest. Ich bin der Ansicht, daß es falsch ist, meine Partei mit nur 5 Mitgliedern zu vertreten.

Ich halte es für sehr dankenswert, wenn auch diese Besprechung überraschend kam, um hinsichtlich der Provinzialregierung für die Zukunft konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Im Gegensatz zu Herrn *Jöstingmeier* sage ich, daß der Apparat der Provinzialregierung größer sein muß als früher; denn wenn die Länder Rechtsbefugnisse ausüben sollen, müssen sie mehr Menschen dazu haben als bislang.

Besorgen tut uns die ungeheure Anzahl der Polizeikräfte, die sehr viel Geld kosten und von deren Einsatz wir wenig merken. Es wäre erfreulich zu hören, welche Aufgaben die Polizei hat. Ein Landrat in einem Kreis hat zum Beispiel der Polizei nichts zu sagen. Man weiß auch nicht, an wen man sich wenden soll mit Wünschen, die die Polizei betreffen.

9 Gemeint sind die Ausschüsse des westfälischen Provinzialrats.

Ich bin der Meinung, daß die zukünftige Gestaltung Deutschlands – es herrscht auch selbst darüber innerhalb der Parteien keine Einigkeit – durchaus möglich wäre auf föderalistischer Grundlage bei Zusammenfassung einzelner Arbeitsgebiete.[10]

Ich vertrete den Standpunkt der provinziellen Zusammenfassung des Deutschen Reiches auf bestimmten Gebieten wie Finanz, Verkehr und auch irgendwelcher Dinge, die sich durch die Neugestaltung ergeben könnten; es müßte dann eine zentrale Zusammenfassung geschaffen werden, während man in bezug auf Kultur usw. den Ländern ganz bestimmte Aufgabengebiete zuteilen sollte.

Bei allen Bestrebungen innerhalb Deutschlands, sowohl im Bismarckreich, bei der Republik und im Dritten Reich, hat es sich gezeigt, daß sich eine einheitliche Zusammenfassung der Deutschen nicht ermöglichen läßt, daß sich zum Beispiel Bayern und Preußen nicht gut unter einen Hut bringen lassen. Es müßte hier ein gesunder Mittelweg gefunden werden.

Über die vorgelegten Fragen müssen wir uns eingehend äußern und wir werden versuchen, dies baldmöglichst zu tun. Es hat keinen Zweck sich untereinander Vorwürfe zu machen; wichtig ist, für diesen bestimmten Zweck das Bestmögliche für Deutschland zu tun im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde, mit der wir hier zufrieden sein können, unter bewußter Betonung unseres deutschen Standpunktes.

Mit den Vertretern der Parteien wurde ein neuer Besprechungstermin in gleicher Angelegenheit festgelegt, für Mittwoch, den 10. 7. 1946, 15 Uhr beim HQ Mil Gov Westfalen Region. Der Termin wurde von den anwesenden Parteien, CDU, SPD, FDP, vorgemerkt.[11]

10 Vgl. im Gegensatz zu dieser Aussage die Rede *Blüchers* vom 16. 6. 1946 (Nr. 166), in der stärker einheitsstaatliche Gesichtspunkte hervorgehoben werden; allg. zur Auseinandersetzung in der FDP hinsichtlich des künftigen Staatsaufbaus: K. SCHRÖDER, 1985, S. 139–154.

11 Vgl. zum Fortgang Nr. 180.

155.

12. 6. 1946: Oberpräsident Lehr an den Provinzbeauftragten für die Nord-Rheinprovinz, Asbury (Düsseldorf-Rath)

HStA Düsseldorf, NW 53–363.[1] Zweitschrift der Ausfertigung.

Unter Bezugnahme auf die Unterredung, welche ich am Montag, den 3. Juni, mit Ihnen zu führen die Ehre hatte,[2] überreiche ich Ihnen zu Ihrer persönlichen Orientierung in der Anlage[3]:

1 Entwurf: HStA Düsseldorf, NW 53–312.

2 Hierbei handelte es sich wahrscheinlich um die erste Unterredung *Lehrs* mit *Asbury*, der erst kurz zuvor in der Nord-Rheinprovinz eingetroffen war (vgl. hierzu Nr. 137 mit Anm. 4).

3 Die Anlagen liegen dem Dokument nicht bei.

1. Ausführungen der Generalbauleitung der Nord-Rheinprovinz über den Notbau in der Landwirtschaft in der Nord-Rheinprovinz. Der Bericht ist am gleichen Tage auch Herrn Controller *Askwith* zugeleitet worden.

2. Einen Bericht der Abteilung Landwirtschaft und Ernährung über Maßnahmen zur Versorgung der Nord-Rheinprovinz und ihrer Abhängigkeit von den Überschußgebieten. Dieser Bericht ist an den Leiter der Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg, Herrn Minister *Schlange-Schöningen*, abgesandt. Ich bitte, auch von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen. Die darin aufgezeigten Übelstände hängen auf das engste zusammen mit meinem Vorschlag, bei einer etwaigen Aufteilung der Britischen Zone in drei große Gebiete der Nord-Rheinprovinz durch den Zusammenschluß mit der gesamten Provinz Westfalen einschließlich des südlichen Teiles des Regierungbezirks Osnabrück und von Lippe-Detmold das nötige landwirtschaftliche Hinterland zu schaffen. Diesen letzten Bericht sandte ich gleichzeitig an Controller Mr. *Askwith* und Military Government North Rhine Region.[4]

Dr. *Lehr*

4 Anschreiben an diese beiden Stellen: HStA Düsseldorf, NW 53–363.

156.

12. 6. 1946: Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster) an den Rektor der Universität Münster, Schreiber[1] (Münster)

Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21. Durchschlag. Abgangsvermerk vom 12. 6. 1946.

Sehr verehrte Magnifizenz!

Unter Bezugnahme auf unsere mehrfachen Besprechungen übersende ich Ihnen in der Anlage Abschriften der Resolutionen der Landkreise Lingen, Meppen, Cloppenburg und Vechta,[2] die mir übermittelt sind, mit der Bitte um Kenntnisnahme. Ich habe sie auch dem Herrn Oberpräsidenten und verschiedenen anderen Mitgliedern der Provinzialregierung zugeleitet.[3] Die Resolutionen sind, wie Sie aus ihnen ersehen werden, außerordentlich positiv für Westfalen abgefaßt. Vom Kreise Aschendorf bin ich noch ohne Nachricht.

1 Zu den Aktivitäten *Schreibers*, der mehrfach Aussprachen mit britischen Stellen in Münster und Bünde über Probleme der Neugliederung gehabt haben soll, vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 119.

2 Druck der Resolutionen vom 27. 5. 1946 (Vechta), 4. 6. 1946 (Cloppenburg, Lingen) und 7. 6. 1946 (Meppen) bei K. ZUHORN, 1955, Anlage 8a–d; vgl. allg. ebd., S. 103, 122; zu den entsprechenden Bemühungen der Kreise Cloppenburg und Vechta im Oktober 1945 vgl. Nr. 35.

3 Eine Abschrift der vier Resolutionen wurde am 8. 6. 1946 Oberpräsident *Amelunxen* und dem Provinzialpressechef *Stricker* übermittelt (Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; HStA Düsseldorf, NW 22–1261); die Entschließungen wurden auch dem Herforder Oberbürgermeister *Holzapfel* zur Verfügung gestellt (Anschreiben vom 18. 6. 1946 im Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21).

Sobald ich von dort Mitteilung bekomme, werde ich mir erlauben, Sie gleichfalls sofort zu unterrichten.

Die Resolutionen gehen zurück auf ein Referat, das ich vor etwa drei Wochen in Meppen vor den Landräten und Oberkreisdirektoren dieser Kreise gehalten habe.

Mit verbindlichen Grüßen und Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Zuhorn

157a.

12. 6. 1946: Protokoll über die Präsidialsitzung der Vereinigung der westfälischen Industrie- und Handelskammern in Detmold (Auszug)

WWA, K 1 Nr. 2317. Vervielf. Exemplar. Eingangsstempel der Industrie- und Handelskammer Dortmund vom 21. 6. 1946.

Anwesend:

Arnsberg	Präsident *Cosack*, Dr. *Brenig*
Bielefeld	Präsident *Spiekerkötter*, Dr. *Wilms*
Bochum	*Brockhausen*
Detmold	Präsident *Küster*, *Schmitt*, E. *Koch*, *Mesch*, Dr. *Haus*
Dortmund	Dr. *Stiegler*, *Utermann* I und II, *Mertes*
Hagen	Präsident *Radinger*
Münster	Präsident *Deiters*, Dr. *Gieselmann*
Siegen	Präsident *Niederstein*, Dr. *Gerhard*, *Wilde*

Vorsitz: Präsident *Deiters*

1. Schaffung von Ländern in der britischen Besatzungszone

Dr. *Gieselmann*, Münster, berichtet über die Ereignisse und die Besprechung des geschäftsführenden Ausschusses der Kammer-Zonenvereinigung in Bremen.[1] Nach eingehender Erörterung wird die in der Anlage beigefügte Entschließung[2] von den westfälischen Kammern einstimmig angenommen. (Die Kammer Detmold ist an dieser Abstimmung nicht beteiligt, da sie sich für den Anschluß des Landes Lippe an Hannover ausgesprochen hat.)[3] Die Entschließung soll dem Oberpräsidenten zugeleitet werden und dann ggf. dem Zonenbeirat und der Militärregierung. Die Kammer Münster wird nach Fühlungnahme mit Herrn Prof. *Nölting* die übrigen Kammern benachrichtigen, wann

1 Vgl. Nr. 152.

2 Nr. 157b.

3 Eine Denkschrift mit diesem Votum war bereits am 4. 5. 1946 von der Industrie- und Handelskammer Detmold, der dortigen Handwerkskammer und der Kreisbauernschaft Lippe vorgelegt worden (Druck: H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 42); vgl. hierzu auch Nr. 163, Anm. 6.

ggf. eine Besprechung mit dem Herrn Oberpräsidenten persönlich möglich und zweckmäßig ist.[4]

[...][5]

4 Zum Fortgang Nr. 173.

5 Es folgen acht weitere Tagesordnungspunkte betr. organisatorische und finanzielle Fragen.

157b.

12. 6. 1946: Entschließung der westfälischen Industrie- und Handelskammern anläßlich ihrer Konferenz in Detmold

WWA, K 5 Nr. 198.[1] Vervielf. Exemplar.

Die am 12. 6. 1946 in Detmold zu einer Präsidialkonferenz versammelten westfälischen Industrie- und Handelskammern (Arnsberg, Bielefeld[2], Bochum, Hagen, Dortmund, Münster und Siegen) haben einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Für den Fall, daß auch in der britischen Besatzungszone Verwaltungsbezirke mit gewissen staatlichen Funktionen (Länder) gebildet werden, wünschen wir für unseren Bezirk eine Grenzziehung, die den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen – neben den kulturellen und volkstumsmäßigen Belangen – entspricht. Die jetzige Provinzgrenze sollte dabei nur abgeändert werden, wenn zwingende Gründe vorliegen. Jede Grenzänderung schafft für die Wirtschaft in etwa abgetrennten Teilräumen Schwierigkeiten, die bei der heutigen so außerordentlich bedenklichen Lage möglichst vermieden werden sollten.[3]

In den neuen Verwaltungsbezirken (Ländern) sollten wirtschaftliche Teilräume zusammengefaßt bleiben oder werden, die eine besondere enge wirtschaftliche Verflechtung untereinander aufweisen. Wir halten selbstverständlich die Wirtschaftseinheit des ganzen Reiches für erforderlich und sehen den alsbaldigen Fortfall der Zonengrenzen als Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung an. Wir lehnen daher auch Autarkiebestrebungen oder Abschließungstendenzen der neuen Verwaltungsbezirke ab. Gerade darum aber wünschen wir, daß bei der Grenzziehung berücksichtigt wird, wenn benachbarte Räume in ihren wirtschaftlichen Funktionen sich gegenseitig in lebenswichtiger Weise ergänzen oder aufeinander angewiesen sind. Unsere Kammerbezirke

1 Druck: K. ZUHORN, 1955, Anlage 6; weitere Exemplare: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; Bundestag ParlA, 1–148.

2 Zur besonderen Bedeutung der zustimmenden Haltung der Industrie- und Handelskammer Bielefeld vgl. Nr. 163.

3 Obwohl aus dieser Entschließung sowie den übrigen Verlautbarungen der westfälischen Kammern der Wunsch nach einem Zusammenschluß von Westfalen und der Nord-Rheinprovinz deutlich herauszulesen ist, dürften mit Rücksicht auf die westfälische Provinzialregierung diese zurückhaltenden Formulierungen gewählt worden sein; so kommentiert auch die Industrie- und Handelskammer zu Essen in einem Schreiben vom 1. 7. 1946 diese Entschließung folgendermaßen: „Es war offenbar für Sie nicht einfach, die Entschließung zu entwerfen. Man merkt die taktischen Rücksichten, die Sie nehmen mußten. An sich ist aber die Entschließung hinlänglich eindeutig." (WWA, K 5 Nr. 198); vgl. hierzu auch die Aussagen *Gieselmanns* in einem Schreiben an die Handelskammer Bremen vom 27. 6. 1946 (Nr. 175).

sind als solche wirtschaftlichen Teilräume untereinander und mit denen der Rheinprovinz, trotz starken Eigenlebens, im Warenbezug und Absatz so stark verflochten und so weitgehend auf den Bedarf und die Erzeugung des Ruhrgebietes eingestellt, daß die verwaltungsmäßige Abtrennung nur eines Teilraumes von den übrigen und seine Zuteilung zu einem anderen als rheinisch-westfälischen Verwaltungsbezirk wichtigste wirtschaftliche Zusammenhänge durchschneiden und organische Entwicklungen hemmen oder erschweren würde. Wenn die Provinzgrenze zwischen Rheinland und Westfalen fortfallen sollte, kann für uns nur die Zusammenfassung ganz Westfalens mit der Rheinprovinz in Frage kommen. Nur dieser Zusammenschluß der großen Konzentration der Grundstoffindustrie an der Ruhr mit den vornehmlich auf Verbrauchsgütererzeugung oder auf Weiterverarbeitung von Ruhrgebietserzeugnissen eingestellten umliegenden Teilwirtschaftsräumen würde einen Verwaltungsbezirk ergeben, der nicht nur ernährungs- und industriewirtschaftlich, sondern auch arbeitsmarktmäßig, sozialpolitisch und finanzwirtschaftlich die Ausgeglichenheit haben würde, die für eine zweckmäßige moderne Verwaltung erwünscht ist.

Zugleich namens der Industrie- und Handelskammern Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Hagen, Siegen

Die Industrie- und Handelskammer Münster

gez. *Deiters* gez. Dr. *Gieselmann*

Präsident Hauptgeschäftsführer

158.

12. 6. 1946: Kommentar der „Rheinischen Post" (Düsseldorf)[1]

Druck: „Rheinische Post" vom 12. 6. 1946

Regionale Neugliederung

Die britische Kontrollkommission hat den Zonenbeirat für die britische Zone in der vergangenen Woche beauftragt, die regionale Neugliederung der Zone beratend vorzubereiten.[2] An sich hätte diese Neugliederung ohne Befragen deutscher Stellen erfolgen können. Daß das nicht geschah, daß der Bericht des Zonenbeirats, selbst wenn er von den entscheidenden Stellen nicht in vollem Umfang akzeptiert werden kann, doch „die Grundlage für die Beschlüsse der Kontrollkommission" abgeben wird, ist eine Geste, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte. Selbstverständlich ist auch in dieser Frage das deutsche Volk mehr Objekt denn Subjekt der Politik. Trotzdem ist ein gewisser Fortschritt darin zu erblicken, daß es sich durch ernannte Vertreter zu ihr äußern kann.

Daß die Neugliederung grundsätzlich kommt, und daß das alte Preußen in keiner wie auch immer gearteten Form wieder aufersteht und durch seine Masse maßgebenden

1 Die „Rheinische Post" war von den Briten als Zeitung mit christlich-demokratischer Ausrichtung zugelassen worden; die beiden wichtigsten Lizenzträger waren Anton *Betz* und der Düsseldorfer Oberbürgermeister und spätere Ministerpräsident Karl *Arnold*; vgl. hierzu D. HÜWEL, 1980, S. 79–82.

2 Vgl. Nr. 147.

Einfluß auf die anderen Länder Deutschlands ausübt, steht außer allem Zweifel und – wird von niemandem bedauert werden. Auch auf den Zeitpunkt, bis zu dem die Neugliederung erfolgen soll, hat sich die Kontrollkommission ziemlich genau festgelegt. Es geht also praktisch nur noch um das Wie der Neugliederung. Sollen aus dem preußischen Gebiet, das Großbritannien als Besatzungsmacht untersteht, drei, vier, sechs oder gar noch mehr Länder gemacht werden? Soll, um der Stadt Oldenburg den Glanz einer Landeshauptstadt zu bewahren, aus dem „Gau" Weser-Ems unseligen Angedenken ein Land Weser-Ems werden? Was soll mit den Forderungen Lippe-Detmolds auf Aufrechterhaltung seiner Eigenstaatlichkeit geschehen? Wie läßt sich politisch und wirtschaftlich die britische Zone so aufgliedern, daß daraus lebensfähige Gebilde, Länder, die Bausteine einer höheren Ordnung, nämlich eines föderalistisch aufgebauten Reiches, werden können? Das sind die Fragen, die der Zonenbeirat beziehungsweise der von ihm eingesetzte Unterausschuß zu beraten hat.

Wenn in diesem Zusammenhang von einem föderalistisch aufgebauten Reich gesprochen wird, so deshalb, weil von der britischen Regierung mehr als einmal ganz eindeutig erklärt worden ist, daß ein föderalistischer Aufbau den einzigen Weg darstellt, eine einheitliche Grundlage Deutschlands beizubehalten, denn nur eine solche Föderation, die den in ihr vereinigten Staaten, Ländern oder Provinzen ein großes Ausmaß von Selbstverwaltung gibt, würde, wie die Times mit einem Hinweis auf *Bevins* letzte Rede[3] sagt, die Gefahren abwenden, die sich in der Vergangenheit aus einem streng zentralistischen Deutschland erhoben. Von dieser Auffassung dürfte sich die britische Regierung selbst durch bestformulierte Erklärungen nicht abbringen lassen. Damit erübrigt sich eigentlich jede Aussprache über diesen Punkt. Wenn aber trotzdem im Berliner Rundfunk gesagt wurde, das Föderalismus seiner ganzen Natur nach gefährlich und reaktionär sei, so stellt das in diesem Augenblick durchaus keinen positiven Beitrag zur Lösung der Frage der deutschen Einheit dar. So vage Feststellungen vertiefen höchstens die Unterschiede zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den westlichen Zonen und sind Wasser auf die Mühlen derer, die ein föderalistisches Deutschland ebensowenig wollen wie ein zentralistisches. Ein föderatives Deutschland braucht ebensowenig reaktionär zu sein wie ein zentralistisches fortschrittlich. Das haben die letzten eineinhalb Jahrzehnte zur Genüge gelehrt. Abgebrauchte Schlagworte wie „reaktionär" sollten außerdem in der Aussprache über so wichtige Fragen ebensowenig gebraucht werden, wie es vergessen werden sollte, daß die Einheitsfrage im Grundsatz nicht von uns, sondern von den alliierten Großmächten abhängt, die ja auch in der regionalen Neugliederung das letzte Wort zu sprechen haben, und daß keine Art von Neugliederung das Gefühl in uns zu ertöten braucht, daß wir Deutsche sind und ein gemeinsames Schicksal tragen und tragen wollen.

Wenn im Zusammenhang mit der regionalen Neugliederung der britischen Zone dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, diese erst dann durchzuführen, wenn die zukünftigen Grenzen des Reiches feststehen, und die Zonengrenzen gefallen sind, so ließe sich sicher dann zu mancher Frage abschließenderes sagen, als es unter den obwaltenden Umständen möglich ist. Die genannten Voraussetzungen sind jedoch nicht gegeben und werden kaum bis zu dem Zeitpunkt gegeben sein, an dem der Zonenbeirat seinen Bericht einzureichen hat. Die deutschen Vertreter werden also bei ihren Vorschlägen das Hauptgewicht auf die Schaffung möglichst leistungsfähiger Gebiete zu legen haben, die, wie der

3 Vgl. Nr. 144, Anm. 3.

Hauptausschuß des Rheinischen Provinzialrates das ausdrückte,[4] sowohl für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft als auch für eine sparsame und zielsichere Verwaltung die nötige Grundlage geben. Daß dabei das Ruhrgebiet mit der Nord-Rheinprovinz und mit Westfalen zu einer Einheit zusammengefaßt werden muß, steht außer Frage.

4 Vgl. Nr. 151.

159.

13. 6. 1946: Landesrat Naunin an die Dortmunder Stadtarchivrätin von Winterfeld (Dortmund)

Archiv des LWL, II K 73. Entwurf. Hs. Vermerke.

Sehr verehrtes Fräulein Dr. *von Winterfeld*!

Sie werden sich vielleicht aus der Zeit vor dem Kriege erinnern, daß ich der Mitarbeiter von Landesrat *Kühl* war und als solcher Ihnen auch selbst gelegentlich bekannt geworden bin. Infolge der Abwesenheit von Herrn *Kühl* habe ich mich bei der Provinzialverwaltung nunmehr der Raumfragen annehmen müssen, und in diesen Dingen habe ich eine Bitte an Sie.

Wie Sie schon aus den Zeitungen ersehen haben werden, gehen einzelne Pläne dahin, Westfalen zwischen Hannover und der Rheinprovinz aufzuteilen. Daß wir als alte Verfechter des Raumes Westfalen eine solche Entwicklung für sachlich höchst unglücklich halten, werden Sie von vornherein annehmen. Es laufen verschiedene Dinge, um Westfalen auf jeden Fall geschlossen zu erhalten. Für diesen Gedanken soll auch die westfälische Öffentlichkeit interessiert werden. Die Pressestelle der Provinzialregierung beabsichtigt daher, an die Zeitungen in der Provinz laufend kurze Artikel zu geben in denen die gesamtwestfälische Gemeinsamkeit zum Ausdruck kommt.[1] Gedacht ist an alle Lebensbereiche und auch an die ganze Entwicklung Westfalens. Von Ihnen hätte ich nun gerne einen solchen kurzen Artikel über die westfälischen Stadtrechte und einen weiteren über die westfälische Hanse. Beides sind ja Dinge, die eine starke westfälische Eigenständigkeit in der Wirtschaft und Kultur des Mittelalters beweisen. Ich weiß, daß Ihre leider immer noch nicht gedruckten Arbeiten in unserem Provinzialinstitut liegen.

Die Artikel sind in einer Länge von 1–2 Schreibmaschinenseiten gedacht. Sie könnten sie unter Ihrem Namen und auch unter Hinweis auf Ihre vorliegenden Manuskripte abfassen. Sie könnten sie aber auch gewissermaßen anonym zur Verfügung stellen, wie wir es mit einem großen Teil der übrigen Artikel tun wollen. Es würde sich dann um eine Art Unterlage handeln, mit der die Pressestelle nach eigenem Ermessen verfahren kann.

Da der Provinzialregierung eigene Quellen für solche Artikel fehlen, bin ich beauftragt worden, Themen und Bearbeiter ausfindig zu machen und die Aufsätze einzusam-

1 Vgl. auch Nr. 148, Anm. 3.

meln.[2] Ich möchte glauben, daß es Ihnen nur eine geringe Mühe machen wird, beide Themen in Kürze abzudiktieren. Bei den Stadtrechten könnte man z.B. an den Erlaß der neuen Gemeindeordnung anknüpfen, die den Satzungen der Gemeinden weiten Spielraum läßt und möglicherweise zu Satzungstypen führen wird, die den alten Stadtrechten irgendwie parallel laufen könnten.

Sollten Ihnen weitere Themen einfallen, die sich für eine solche Bearbeitung eignen und die das Interesse der Öffentlichkeit finden werden, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie damit entsprechend verfahren würden.

Für Rückfragen bin ich telefonisch unter 40851 in Münster erreichbar. Wir kommen von hier aus leider sehr schwer nach Dortmund durch.

Herr *Kühl* schrieb mir aus der Gefangenschaft in England, daß es ihm verhältnismäßig gut geht und daß er mit Interesse die uns angehenden Fragen verfolgt.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

N[aunin]

2 Trotz der gegensätzlichen Auffassung von Provinzialregierung und Provinzialverwaltung in der Frage des Zusammenschlusses von Westfalen mit der Nord-Rheinprovinz war man in bezug auf den Erhalt der westfälischen Einheit zu gemeinsamen Bemühungen bereit; ob derartige Artikel tatsächlich erschienen sind, ist dem Bearb. nicht bekannt.

160.

13. 6. 1946: Der Regierungspräsident beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, an Oberbürgermeister Pünder (Köln)

BA Koblenz, NL Pünder 660.[1] Ausfertigung.

Lieber Herr *Pünder!*

Kurz vor Pfingsten bekam ich den Abdruck Ihres Schreibens an die CCG 621 (SK Köln) Det Mil Gov vom 25. 5. 1946[2], für dessen Zusendung ich Ihnen herzlichst danken möchte. Leider kam ich vor den Feiertagen nicht mehr dazu, dies zu tun. Ich habe mit größtem Interesse von obengenanntem Schreiben Kenntnis genommen. Auch mit seinem Inhalt bin ich weitgehend, wenn auch nicht voll und ganz, einverstanden. Letzteres gilt insbesondere für Ihre Ausführungen unter Ziffer 6 und 7. Hier vertreten wir den Standpunkt, daß z.B. Westfalen, namentlich erweitert durch Lippe, Osnabrück und Südoldenburg, keineswegs zu klein ist, um ein lebensfähiges Land werden zu können.[3] Gegen den Plan, die Nordrheinprovinz und Westfalen zu einem Land zusammenzuschließen, beste-

1 Entwurf: HStA Düsseldorf, RWN 133–10.

2 Nr. 135.

3 Vgl. hierzu die mehr oder weniger identische Kritik *Höpker-Aschoffs* an *Pünder* (Nr. 143).

hen hier nicht unerhebliche Bedenken. Rheinländer und Westfalen sind immer gute Nachbarn gewesen; ob sie sich aber in einem Staat vertragen werden, scheint mir nicht ganz zweifelsfrei. Auch könnte man in einer solchen Staatenbildung so etwas wie eine de facto-Anerkennung der das Rheinland durchschneidenden Südgrenze der britischen Zone erblicken.

Ich weiß sehr wohl, daß die Verfechter dieses Planes das allen Deutschen gemeinsame Ziel verfolgen, Gefahren abzuwenden, die etwa dem Ruhrgebiet und dem linken Rheinufer von außen drohen könnten. Müßte man annehmen, daß diese Gefahren nur auf dem Wege eines staatlichen Zusammenschlusses von Westfalen und Rheinland zu bannen wären, so würde sich wohl niemand weigern, diesen Weg zu gehen. Wir bezweifeln aber, daß dem so ist. Andererseits ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß von Seiten der Hannoveraner, die sich geradezu „imperialistisch" gebärden, versucht werden wird, nicht nur den Anschluß Lippes, Osnabrücks usw. an Westfalen zu verhindern, sondern auch noch Teile altwestfälischen Bodens, insbesondere Minden-Ravensberg und den Kreis Tecklenburg, nach Hannover zu bringen. Würden Rheinland und Westfalen zu einem Staat, so hätten diese Bestrebungen das Argument des Gebiets und Kräfteausgleichs – „balance of power" – für sich und damit eine wesentlich bessere Chance. Sie kennen ja wohl die hannoversche Denkschrift, die diese Pläne ganz offen verficht.[4] Ende Mai besuchte mich Herr *Wegmann*, derzeitiger Innenminister von Oldenburg. Er machte kein Hehl aus seiner Entrüstung über das Rheinland-Westfalen-Projekt, in dem er eine Art Verrat an den „getrennten Brüdern" nördlich der heutigen westfälischen Provinzialgrenze zu sehen schien.[5] Er hat sich inzwischen auch mit Herrn Dr. *Zuhorn* ausgesprochen, und ich möchte wünschen, daß er sich auch einmal mit Ihnen träfe.

Am 18. d. Mts. tagt in Godesberg der Historische Verein für den Niederrhein, dessen Mitglied ich seit vielen Jahren bin. Ich habe die Absicht, an der Tagung teilzunehmen und hoffe, daß auch Sie vielleicht dort erscheinen werden. Wir könnten uns dann einmal mündlich über den gegenwärtigen Stand der Dinge unterhalten.

[...][6]

Mit der Bitte um freundliche Empfehlung an Ihre verehrte Gattin verbleibe ich in alter Freundschaft stets Ihr

Freiherr *von Oer*

4 Vgl. Nr. 80, Anm. 3.

5 Am 31. 7. 1946 legte *Wegmann* noch einmal in einem Brief an *von Oer* seine Einwände gegenüber den Plänen *Pünders* bzw. der Schaffung von Nordrhein-Westfalen dar (HStA Düsseldorf, RWN 133–10).

6 Persönliche Bemerkungen.

161a.

13./14. 6. 1946: Vermerk des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder, über die gemeinsame Tagung des Rechts- und Verfassungsausschusses sowie Hauptausschusses des Zonenbeirats in Bad Godesberg[1]

HStA Düsseldorf, NW 53–261.[2] Hs. Korrekturen. Hs. Vermerk Schröders: „1) OP 2) Dr. Wandersleb 3) Dr. Schröder".

I. Teilnehmer:

An der Tagung nahmen als Mitglieder der beiden Ausschüsse bzw. des Zonenbeirats teil: *Heile*, Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses, Dr. *Adenauer*, Vorsitzender des Hauptausschusses, Dr. *Lehr*, *Kopf*, *Henßler*, Dr. *Degkwitz*, MPr *Tantzen*, Dr. *Amelunxen*, *Steltzer*, Dr. *Schneider*, Dr. *Schumacher*, *Karl*, *Lingemann*, Dr. *Groth*, *Reimann*, *Spliedt*, Dr. *Andreé*, *Kubel*, Frau Prof. *Petersen* (stellvertretendes Mitglied). Dazu als Begleiter und Sachverständige: Dr. *Menzel*, Dr. *Kuske*, Dr. *Stricker*, Dr. *Kottenberg*, Dr. *Weitz*, *von Gumppenberg*, Dr. *Kitz*, *Pferdmenges*, Dr. *Jäger*, Dr. *Nansen*, *Kriedemann*, Dr. *Drexelius*, Dr. *Schröder*, *von Campe*, *tom Moelen*, *Zander* (Gast), *Köster*, *Josten*, Dr. *Brüning* und Dr. *Solf*.

II. Die Sitzungen fanden statt am 13.6. nachmittags von 16–19 Uhr und am 14. vormittags von 9–14 Uhr.

III. Sitzungsverlauf:

OP Dr. Lehr eröffnet die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, die im Wortlaut dieser Aufzeichnung anliegt.[3] Er umreißt die den Ausschüssen gestellten Probleme, vor allem unter außenpolitischen Gesichtspunkten.[4] Er spricht sich dabei für ein ungeteiltes Westfalen und für die Wiederzusammenfügung des ganzen Rheinlandes aus.

Nach der Begrüßungsansprache übernimmt Landrat Heile den Vorsitz. Er tritt ein für eine organisatorische Gliederung des deutschen Reiches nach seiner historischen Entwicklung und schlägt vor, sofort vorläufige Länder zu schaffen, dort Regierungen zu bilden und die spätere Regelung abzuwarten.[5] Eine organisatorische Gliederung des Reiches ohne eine Nationalversammlung halte er für nicht möglich und für nicht gerechtfertigt.

Dr. Adenauer greift zurück auf den Auftrag, der dem Ausschuß erteilt worden sei, ausgehend vom Problem der Sonderverwaltungen. Dazu komme jetzt ein neuer Auftrag, für den nach den Zeitungsmeldungen ein Unterausschuß gebildet werden müsse. Dieser

1 Die Tagung in Bad Godesberg geht zurück auf einen Beschluß des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats vom 27. 5. 1946 (vgl. Nr. 139).

2 Neben dem Vermerk *Schröders* existiert noch ein „Bericht" über die Tagung in Form eines Wortprotokolls (HStA Düsseldorf, NW 53–261); wie ein Vergleich mit dem Vermerk zeigt, weist der „Bericht" an manchen Stellen Lücken auf; wo aber der „Bericht" zur inhaltlichen Ergänzung des vorliegenden Dokuments beitragen kann, sind Auszüge in den Anmerkungen wiedergegeben.

3 HStA Düsseldorf, NW 53–261.

4 *Lehr* verwies hierbei insbesondere auf die Unterhausdebatte am 4./5. 6. 1946 (vgl. Nr. 144, Anm. 3).

5 Insbesondere wegen der Befürwortung eines föderalistischen Staatsaufbaus war *Heiles* Position innerhalb der FDP heftig umstritten; vgl. hierzu: K. Schröder, 1985, S. 139–154.

Unterausschuß sei durch den ZAC selbst einzusetzen.[6] Er schlägt vor, einen solchen Unterausschuß provisorisch einzusetzen und danach die Gutachten der anwesenden Sachverständigen zu hören.

Landrat HEILE erwidert, daß die Gliederung der britischen Zone ohne die gleichzeitige Berücksichtigung der Gliederung des ganzen Reiches nicht möglich sei. Die amerikanische Regelung in Süddeutschland halte er nicht für vorbildlich. In der Einsetzung von vier Regional Commissioners[7] sehe er ein Indiz für die mutmaßliche Tendenz der britischen Militärregierung.

OP DR. LEHR unterstützt den Vorschlag Dr. *Adenauers* und teilt mit, daß ihm ein englischer Vorschlag bekannt sei, nach welchem das Reich auf der Grundlage von 11–12 Ländern gegliedert werden solle.[8] In diesem Gremium und an dieser Stelle müsse die politische und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit des ganzen Reiches betont und vor allem gegen die Loslösung von Rhein und Ruhr aus dem Reichsverbande Stellung genommen werden.

Landrat HEILE vertritt die Auffassung, daß der Rechts- und Verfassungsausschuß auch das gegebene Gremium für den noch nicht formulierten neuen Auftrag der Kontrollkommission sei.

OP KOPF wendet ein, daß ein Sonderausschuß von der Kontrollkommission verlangt werde.

OP DR. LEHR schlägt vor, unter allen Umständen ein Bekenntnis zur Einheit abzulegen. Er gibt die Entschließung des Hauptausschusses des Rheinischen Provinzialrats bekannt.[9] Danach sei Voraussetzung für die Diskussion vor allem die Feststellung der künftigen Grenzen des Reiches. Er schlägt vor, die anwesenden Gutachter anzuhören.

REIMANN (KPD) stimmt OP Dr. *Lehr* zu. Er bringt eine Resolution in Vorschlag, wonach in Verfolg der Stuttgarter Anregung eine Zusammenkunft von Vertretern aller Zonen (einschließlich der Ostzone) stattfinden solle.

Landrat HEILE stimmt OP Dr. *Lehr* hinsichtlich einer Reichseinheits- und Rhein-Ruhr-Entschließung zu und ist auch hinsichtlich der Zuziehung von Vertretern der russischen Zone zu einer allgemeinen Besprechung einverstanden.

---

6 Vgl. hierzu Nr. 147; noch am 7. 6. 1946 hatte das Generalsekretariat des Zonenbeirats Oberpräsident *Lehr* mitgeteilt, daß auf Bitte der Militärregierung die Godesberger Tagung als inoffiziell und rein informativ anzusehen sei, da die genauen Richtlinien für die Einsetzung des Unterausschusses dem Zonenbeirat erst in etwa einem Monat zur Verfügung stehen würden (HStA Düsseldorf, NW 53–261).

7 Vgl. Nr. 116, Anm. 5.

8 *Lehr* bezieht sich hierbei auf eine Meldung der Zeitung „News Chronicle", wonach Großbritannien und die USA übereingekommen seien, 11 bis 12 deutsche Staaten zu schaffen, die in einem losen Verband zusammengefaßt werden sollten (Aufzeichnung der Pressestelle der Provinzialregierung vom 8./10. 6. 1946: HStA Düsseldorf, NW 115–108); siehe auch Nr. 167; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S.203f., der jedoch die Meldung in einen anderen Zusammenhang stellt.

9 Nr. 151.

Dr. Adenauer schlägt getrennte Resolutionen für Reichseinheits-Entschließung[10] und Erklärung für Zusammentritt von Vertretern aller Zonen vor.

Dr. Schumacher hält eine allgemeine Verlautbarung über die Tagung unter Einarbeitung auch des Gesichtspunktes der Heranziehung von Vertretern der Ostzone für erwünscht.

MPr Tantzen wendet sich gegen die Anwesenheit von Sachverständigen. Die Mitglieder des Zonenbeirats seien selbst sachverständig.

Landrat Heile spricht sich für Anhörung der Sachverständigen aus.

Im Anschluß daran entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Dr. *Adenauer*, Landrat *Heile*, OP Dr. *Lehr* und Herr *Reimann* (letzterer mit dem Zwischenruf: „Wir wollen Deutschland verwalten und können nicht einmal zwei Ausschüsse regieren!") beteiligen.

Danach erhält Dr. Menzel/Münster das Wort zu dem von OP Dr. *Amelunxen* angekündigten Korreferat zu den Ausführungen von OP *Steltzer*.[11] Er legt dabei einen eingehenden Plan für die Zuständigkeitsverteilung vor.[12]

OP Dr. Lehr schlägt die Anhörung von Dr. *Kitz*, Dr. *Kuske* und Dr. *Weitz* vor. MPr *Tantzen* ist dagegen; Dr. *Schumacher*, Dr. *Groth* und Dr. *Adenauer* sprechen sich dafür aus.

Dr. Adenauer bittet den Referenten Dr. *Menzel* um Aufklärung, was unter konkurrierender Gesetzgebung und ergänzender Gesetzgebung zu verstehen sei (wird von Dr. *Menzel* unter Bezugnahme auf die Weimarer Regelung beantwortet). Wenn der Vorschlag Dr. *Menzel* die Neuformung bzw. Aufteilung aller Landkreise vorsehe, so halte er das für einen schwerwiegenden Fehler. Hinsichtlich der Zuständigkeit des Reiches in Finanzfragen sei er immer ein Gegner der *Erzbergerschen* Reform gewesen. Die Finanzen müßten entscheidend bei den Ländern bleiben.

Dr. Menzel begründet daraufhin die von ihm hinsichtlich der Finanzen vorgeschlagene Zuständigkeit.

MPr Tantzen führt aus: die Militärregierung habe bisher keinerlei Vorschläge der Regierungschefs befolgt, eher im Gegenteil. Große Länder seien eine Gefahr für das Reich, wie durch das Beispiel Bayerns bewiesen werde (eigene bayerische Pässe). Die britische Zone brauche im Interesse des Reiches mittlere Länder. Er spreche sich gegen die großen Kreise aus. Er kritisiert die Ausweisungen aus Süddeutschland.

---

10 Laut „Bericht" (Anm. 2) erwidert *Adenauer* hier Ministerpräsident *Tantzen* auf dessen Vorschlag, keine Resolution zu verabschieden: „Seien Sie sich doch klar über die Situation: der Auftrag der britischen Kontrollkommission ist bisher noch nicht eingegangen. In dem Augenblick, in dem der Auftrag beim Generalsekretariat eingeht, haben wir nicht mehr das Recht, uns mit den Fragen von Rhein und Ruhr zu beschäftigen... Deswegen würde ich empfehlen, nicht mehr lange zur Resolution zu sprechen, sondern lassen wir die Angelegenheit doch vom Stapel."

11 Zum Referat *Steltzers* vgl. Nr. 97.

12 Das Korreferat *Menzels* wurde als Broschüre gedruckt (z.B. im StA Münster, Oberpräsidium 4868); der erste Teil dieses Korreferats ist identisch mit der Denkschrift *Menzels* vom 6. 5. 1946 (Nr. 103); im zweiten Teil werden die Zuständigkeiten von Reich und Ländern bei den einzelnen Verwaltungszweigen (Finanzen, Gesundheit, Bauwesen, usw.) behandelt; außer den schon in der Denkschrift vom 6. 5. formulierten allgemeinen Aussagen zur territorialen Neugliederung werden diesbezüglich keine weiteren Angaben gemacht; hierzu erklärt *Menzel* laut „Bericht" (Anm. 2): „...wir sind der Auffassung, daß wir die große Frage der Grenzziehung nur erledigen können, wenn wir uns klar geworden sind, was den Ländern zustehen soll."

OP DR. LEHR spricht sich noch einmal für die Anhörung der Sachverständigen aus.[13] Daraufhin erhält Prof. *Kuske* das Wort zu Ausführungen über die Wirtschaftszusammenhänge, die bei jeder Neugliederung zu berücksichtigen seien. Nach ihm spricht Dr. *Kitz* über die vorgeschlagene Dreiteilung der Zuständigkeiten: Reich, Länder, Stadt- und Landkreise. Soviel Verlockendes diese Einteilung auch habe, so werde sie sich in der Praxis als undurchführbar erweisen. Er stimmt Dr. *Adenauer* und MPr *Tantzen* darin zu, daß die nach dem *Menzelschen* Vorschlag zu erwartenden Änderungsanforderungen an die Stadt- und Landkreise derzeit unmöglich durchgeführt werden können. Das Problem sei, ob und wie man ohne Zwischenschaltung anderer Stellen auskommen könne, sei es ohne die Provinzialverwaltung, sei es ohne die Regierungspräsidenten. Große Länder könnten keinesfalls eine Dreiteilung durchführen. Anders geartete Zusammenschlüsse, Zweckverbände und dergleichen, seien nicht wünschenswert. Man solle zurückgreifen auf den Vorschlag von *Drews* und die Regierungspräsidenten als Außenstellen der Länder bzw. der Oberpräsidenten umbauen.[14]

Auf Wunsch von OP *Kopf* spricht DR. JÄGER/Hannover. Die Weimarer Demokratie sei nicht genügend in die Tiefe gebaut worden. Die Repräsentationsorgane müßten einen umfassenden Aufgabenbereich haben. Die Länder müßten in räumlicher Beziehung modern sein. Sie müßten an die Landschaften anknüpfen. Dabei seien die Wirtschaftsgebiete den Verwaltungsorganisationen zugrunde zu legen und nicht etwa reine Verwaltungsgesichtspunkte. Das Ideal sei eine starke Dezentralisierung und demokratisches Eigenleben auf den unteren Stufen. In den letzten Jahren hätte alles zur Zentralisierung gedrängt.

Als weiterer Sachverständiger von Hannover spricht PROF. DR. BRÜNING. Er legt die Gliederung Hannovers bzw. Niedersachsens in wirtschaftsgeographischer Beziehung dar. Die Durchführung der großen Kultivierungsarbeiten sei nur unter Mitwirkung der reicheren Gebiete möglich. Die Grenze sei niemals ein Saum eines Gebietes, sondern ein durchbluteter Streifen. Es sei begrüßenswert, daß sich im Raum Niedersachsen schon andere Zusammenschlüsse gebildet hätten. (Einwurf Präs. Dr. *Schneider*/Bremen: „Wir haben auch einen Skatclub ‚Niedersachsen' und in Bremen einen Bestattungsverein gleichen Namens!").

Fortsetzung der Debatte am 14. 6.

Landrat *Heile* eröffnet die Sitzung.[15]

DR. ADENAUER spricht zur Geschäftsordnung. Er will wissen, welche Sachverständigen noch geladen seien. Er habe gehört, daß auch Oberbürgermeister Dr. *Pünder*, Köln, und

13 Laut „Bericht" (Anm. 2) führt *Lehr* an dieser Stelle aus: „Ich muß daran erinnern, daß wir vor einer Aufgabe stehen, die uns von der Besatzung gestellt ist und daß es nicht gut ist, vor dieser Aufgabe die Augen zu verschließen. Wir müssen uns darüber klar werden, welche Wege wir in großen Zügen gehen wollen. Es mag sein, daß große Länder in gewisser Hinsicht eine Gefahr für Deutschland sein können; mittlere und kleine Länder können das auch sein, das kommt noch darauf an. Aber das nützt uns alles nichts: wir werden gefragt, wie die britische Zone aussehen soll. Es wäre falsch, wenn wir in diesem Augenblick nichts sagten. Sagen wir nichts, dann wird über unseren Kopf hinweg entschieden und wir können nachher nicht sagen, es sei uns keine Gelegenheit gegeben worden, uns zu der Sache zu äußern."

14 Zum Vorschlag von *Drews*: H. LADEMACHER: Rheinlande, 1976, S. 770f.

15 Die einleitenden Worte *Heiles* im „Bericht" (Anm. 2) geben das dürftige Ergebnis des ersten Tages gut wieder: „Unsere gestrige Sitzung hat uns zwar mancherlei Anregungen gebracht, wir sind indessen nicht in die Tiefe dessen gedrungen, um das es sich hier handelt. Ich hoffe, daß es uns heute gelingt, uns auf das eigentliche Problem zu konzentrieren..."

Herr *Görlinger* aus Köln erwartet würden.[16] Im übrigen greift Dr. *Adenauer* das Sekretariat wegen mangelnder Vorbereitung scharf an.

REIMANN schlägt vor, sich auf die Themen zu beschränken, die den Ausschüssen vom Plenum konkret überwiesen worden seien. Im übrigen spricht er sich für eine allgemeine Entschließung aus.

OP DR. LEHR greift auf die Vorgeschichte der Godesberger Tagung zurück. Godesberg am Rhein sei gerade deshalb als Tagungsort bestimmt worden, um den Westproblemen besonders gerecht werden zu können.[17]

Dr. SCHUMACHER verlangt, daß nur die *Steltzer*- und *Menzelschen* Vorschläge diskutiert werden.[18]

Landrat HEILE wendet sich gegen die Angriffe gegen seine Verhandlungsführung. Es möge sein, daß er versagt habe. Er habe jedoch geglaubt, die Sachverständigen anhören lassen zu müssen, da der Vorsitzende des ZAC es gewünscht und sie für die Zwecke des Ausschusses mitgebracht habe.

Ministerialrat JOSTEN antwortet für das Sekretariat. Der Generalsekretär selbst sei wegen der Ernährungstagung in Hamburg seiner Meinung nach unabkömmlich gewesen. Die Vorbereitungen habe Oberlandesgerichtspräsident *Lingemann* freundlicherweise übernommen.

Oberlandesgerichtspräsident LINGEMANN erklärt, daß er nur die Frage der Unterbringung und Verpflegung und nichts anderes übernommen habe.[19]

OP STELTZER führt aus, daß der Start der ganzen Arbeit sehr unglücklich gewesen sei. Ausgangspunkt sei der auf dem Gebiete der Verwaltungszuständigkeiten herrschende Wirrwarr. Im Gegensatz zu MPr *Tantzen* sei er der Meinung, daß die Militärregierung durchaus für deutsche Anregungen empfangsbereit sei. Er vermisse, daß in diesem Gremium einmal die Sonderverwaltungen selbst Stellung nehmen, vor allen Dingen hinsichtlich der Zustände, die auf dem Polizei- und Verkehrsgebiet nahezu an das Skandalöse grenzten.

MPr TANTZEN trägt noch einmal seine Auffassung vor, daß der mittlere Raum das gegebene Gliederungsprinzip sei. In diesen Raum paßten auch die Sonderverwaltungen hinein. Im Gegensatz zu Prof. *Kuske* stehe er auf dem Standpunkt, daß man Staats- und

16 *Pünder* war von *Lehr* ebenfalls eingeladen worden, aber nicht erschienen.

17 Aussage *Lehrs* laut „Bericht" (Anm. 2): „Ich darf einmal feststellen, daß wir auf unserer letzten Tagung des Zonenbeirats den Ort Godesberg gewählt haben, weil die wesentliche Frage, so wie Herr *Heile* es betont hat, nämlich Rhein und Ruhr und die Ländergruppierung hier behandelt werden sollte; die anderen Fragen sind eigentlich nicht die Fragen, weswegen wir ausgerechnet hier in Godesberg zusammen kommen wollten, sie sollten nach meiner Meinung später behandelt werden."

18 Wie der „Bericht" (Anm. 2) verdeutlicht, war *Schumacher* nicht bereit, über Fragen der Grenzziehung zu sprechen, geschweige denn Beschlüsse hierüber zu fassen: „Ich wundere mich, daß wir uns stundenlang unterhalten, was wir eigentlich hier sollen, obwohl der Antrag klar und einheitlich ist. Die Unterlage sollte das Referat *Steltzer* bilden... Dabei ist die Frage nicht in erster Linie eine solche der Grenzziehung, sondern die Frage der Aufteilung und Zuständigkeit. Auf diese Frage müssen wir uns beschränken."

19 Die Versäumnisse hinsichtlich der organisatorischen Vorbereitung der Tagung (fehlende Unterlagen, unklare Tagesordnung u.a.) wurden von *Lehr* in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zonenbeirats gegenüber Generalsekretär *Weisser* in einem Schreiben vom 15. 6. 1946 mißbilligend zum Ausdruck gebracht (HStA Düsseldorf, NW 53–261).

Wirtschaftsgrenzen nicht zusammenlegen könne. Die Wirtschaft müsse sich, wolle sie überhaupt bestehen, über ganz Deutschland erstrecken. Dr. *Jäger* habe die kleinen Länder als schädlich für die Demokratie bezeichnet. Das Gegenteil sei richtig. Gerade die kleinen Länder Oldenburg, Baden und Württemberg hätten die Demokratie entscheidend gepflegt und gefördert. Gegen Prof. *Brüning* müsse er bemerken, daß nicht die großen Partner die kleinen durchgeschleppt hätten. Er müsse für sich in Anspruch nehmen, daß in Oldenburg vieles sehr viel besser bestellt sei als in gleichartigen Gegenden Nordhannovers. Unter allen Umständen spreche er sich gegen Großräume aus.

SPLIEDT spricht zunächst Dr. *Menzel* seinen Dank für die umfangreiche Kompetenzaufstellung aus. Hierbei sei jedoch die Arbeitsverwaltung vernachlässigt. Er als Gewerkschaftsmann müsse die Frage stellen: „Wie soll der Einbau der Gewerkschaften erfolgen?". Es stehe fest, daß die Gewerkschaften über 1918 hinaus als großer Träger der kommenden Wirtschaft anzusprechen seien. Die Verwaltung der Arbeitskräfte müsse aus Stadt und Land herausgenommen werden und zentral erfolgen. Das Beispiel der Reichsanstalt [für Arbeit] von 1927 sei als wesentlicher Fortschritt zu begrüßen. Heute müßten die Bergbaukräfte überall gefunden werden. Das gehe nicht auf regionaler Basis. Es existiere ferner das Problem des Ausgleichs der Arbeitskraft. In Hamburg seien 20000 Menschen arbeitslos, während 21000 Stellen offen stünden. Den Arbeitslosen fehlten jedoch die physischen Voraussetzungen für die benötigte schwerere Arbeit. Die Diskrepanz zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft werde immer stärker. Es sei erschütternd, daß kräftige Männer im Alter von 20–30 Jahren nahezu ganz fehlen. Der künftige Aufbau der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung müsse wahrscheinlich dreiteilig sein und bestehen aus der Organisation der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und schließlich der öffentlichen Korporation. Diese drei Organisationen hätten als Selbstverwaltung unter der Aufsicht des Reiches zusammen zu arbeiten.

DR. ADENAUER beklagt, daß die Diskussion der Probleme in Deutschland so wenig einheitlich sei. Den Grund sieht er in der totalen Verschiedenheit des Rechtszustandes in den einzelnen Zonen. Hier sei es nur möglich, sich auf wenige große Fragen zu beschränken und zu diesen Stellung zu nehmen. Die Amtsstuben seien überall noch mit dem NS-Geist des Befehlens durchtränkt. Dieser Befehlsgeist müsse schleunigst dem Geiste demokratischer Führung weichen. Jeder Gedanke an separatistische Möglichkeiten im Reich sei ausgeschlossen. Man müsse endlich einmal davon Kenntnis nehmen, daß die CSU in Bayern mit 70% aller Stimmen die stärkste Partei sei. Diese stehe nach der einmütigen Erklärung all ihrer Vertreter unbedingt auf dem Boden der Reichseinheit. Die Tendenz des *Menzelschen* Vorschlags könne er nicht billigen. Die CDU lasse keinesfalls einen Zentralismus zu, ebenso wie er von Anfang an die *Erzbergersche* Finanzreform bekämpft habe. Zu den Ausführungen *Spliedts* müsse er bemerken, daß der Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik unter keinen Umständen gebilligt werden könne. Oberste Instanz sei nicht die Wirtschaft, sondern seien die politischen Parteien und die von ihnen beschickten Vertretungskörperschaften.

OP DR. LEHR erinnert an den Kampf aller gegen alle, der 1928/29 um die Gemeindegrenzen gegangen sei. Die Wirtschaftsstruktur sei ein eminent wichtiger Faktor bei der deutschen gebietlichen Neugliederung. Es müßten Länder entstehen, die eine gewisse Ausgleichskraft in sich selbst hätten. Hinsichtlich der Verwaltungsreform erheischten die Zustände auf dem Sektor der Ernährung, des Verkehrs und der Wirtschaft schleunigste

Maßnahmen, um die unheilvolle Zersplitterung zu beseitigen.[20] Wenn Dr. *Adenauer* von dem NS-Befehlsgeist spreche, so sei zu beachten, daß es nur eine Befehlsstelle gebe, nämlich die Militärregierung. Es sei ein wesentlicher Mangel, daß noch keine beschließenden Körperschaften in Deutschland existierten. Im übrigen sei die Nord-Rheinprovinz in der demokratischen Ausgestaltung vorweg gegangen. Sie habe zuerst einen Provinzialrat gehabt.

OP STELTZER betont gegenüber *Spliedt*, daß die Gewerkschaften in Kammern einzugliedern seien und daß über diesen ein Wirtschaftsrat aufgebaut werden müsse. Für die Kontrolle der Verwaltung, auch für den Schutz des Einzelnen, verspreche er sich viel von der Tätigkeit der Verwaltungsgerichte. Schleswig-Holstein habe bereits ein Landesverwaltungsgericht.

HENSSLER spricht eingehend über die Frage der Verwaltung der Finanzen. Es genüge nicht, daß die Länder und Gemeinden Zuschläge zur Einkommensteuer erheben dürften, denn die Finanzkraft der einzelnen Bezirke sei ganz verschieden. In den Arbeitergegenden sei es auch bei stärkster Inanspruchnahme von Zuschlägen zur Einkommensteuer nicht möglich, eine gleich gute Schulausbildung zu sichern wie in anderen begüterten Gegenden. Der Wiederaufbau schließlich sei überhaupt nicht auf regionaler Basis zu finanzieren. Er greife im übrigen in jeden Lebens- und Wirtschaftsbezirk so weit hinein, daß er nicht losgelöst betrachtet und geregelt werden könne. Deswegen sei eine zentrale Finanzgestaltung unumgänglich. In der Länderfrage spreche er sich aus für Länder mit einer gewissen Ausgleichskraft. Diese Länder dürften jedoch nicht zu groß sein, so daß ihnen das Reich mehr oder weniger entbehrlich vorkomme. Der Gedanke der Zonenverwaltung sei trotz allem zwangsläufig.[21] Im übrigen seien die Verhältnisse in Bayern doch weit schlimmer als Dr. *Adenauer* meine (Dr. *A[denauer]*: „Wer ist denn dort Ministerpräsident?"). Das liege weniger an dem Ministerpräsidenten, als an dem im Lande eingebürgerten partikularen Bazillus.[22] Gegenüber *Spliedt* unterstützt er die Meinung Dr. *Adenauers*, daß die Politik unter allen Umständen führen müsse. Die Einschaltung der Gewerkschaften sei wichtig und werde in geeigneter Weise erfolgen.[23]

---

20 In einem Schreiben vom 30. 9. 1946 äußert sich *Kuske* rückblickend über die Tagung in Godesberg: „Als ich z.B. vor einigen Monaten mal in Godesberg beim Zonenbeirat zu Verhandlungen über den Länderaufbau anwesend war – auch Dr. *Schumacher* war dort –, stellte ich fest, daß die Oberpräsidenten usw. eine doch für die Sache eigentlich wichtige Beleuchtung der wirtschaftspolitischen Seite gar nicht hören wollten! In dem Fall war nur *Lehr* eine Ausnahme, aber er kam nicht durch mit seinen Absichten nach besserer Klarstellung. Nun ist *Lehr* ja organisatorisch auffallend wenig veranlagt. Aber in dem Fall hatte er doch das Empfinden um eine Vertiefung der Einsicht in die Dinge – auch wirtschaftlich." (HStAK, NL Görlinger 47); zur Haltung *Kuskes* vgl. allg. Nr. 31 mit Anm. 2.

21 *Henßler* ausführlich laut „Bericht" (Anm. 2): „Was die Ländergrößen anbetrifft, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß ich Länder haben möchte mit einer gewissen Ausgleichskraft, aber nicht so groß, daß sie die Einheit entbehren können. Es besteht bei uns die Gefahr des Auseinandergehens. Wir brauchen deshalb eine starke zentrale Zusammenfassung, denn auch die Verhältnisse in unserer englischen Zone dringen darauf. Wir brauchen also da schon eine gewisse Zentralisierung. Wir wünschen sie nicht in ihrem Aufbau als selbständige Organisation bis unten hin, wir wünschen sie eingegliedert in die Provinzialverwaltung, nach mittleren und unteren Instanzen. Aber das bringt schon allein die Frage auf: wer soll die oberste Instanz bestimmen? Solange wir mit der Tatsache der Zonen rechnen müssen, werden wir, wenn wir zu gesunden Verhältnissen kommen sollen, uns auch mit dem Gedanken einer Zonenverwaltung abfinden müssen; ich sehe darin keine so große Gefahr."

22 Zur anti-einheitsstaatlichen Linie des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Bayern, Wilhelm *Hoegener*, vgl.: K. KLOTZBACH, 1982, S. 98f.

23 Zur Kritik *Henßlers* am Auftreten der SPD auf der Godesberger Tagung vgl. Nr. 170.

Landrat HEILE gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß es in einem zentralistischen Staat keine Demokratie geben könne. Er verweist auf die preußischen Erfahrungen. Was den Partikularismus angehe, so verweise er auf die Braunschweigische Enklave Thedingshausen, die in seinem Kreise gelegen sei. Diese Enklave sei wider alle Vernunft und Notwendigkeit der Braunschweiger Verwaltung unterstellt geblieben.

MPr TANTZEN trägt den Inhalt der *Bischoffschen* Denkschrift über die Ländergliederung vor. (*Bischoff* ist Leiter des Statistischen Amtes in Oldenburg). *B[ischoff]* kommt zu dem Ergebnis, daß sieben Länder[24] in der britischen Zone wünschenswert und zweckmäßig seien (in der anschließenden Diskussion wird festgestellt, daß diese Denkschrift auf eine Anregung von Dr. *Weisser* zurückzuführen ist. Dieses Verfahren wird von allen Anwesenden mißbilligt).[25]

DR. MENZEL faßt in einem Schlußwort die Ergebnisse der Diskussion zu seinem Korreferat zusammen. Er sei bestimmt kein Freund des Zentralismus; aber an einer zentralen Finanzverwaltung müsse man unter allen Umständen festhalten.

OP DR. LEHR spricht den Wunsch aus, daß sich hier endlich auch einmal Westfalen und Hannover durch OP Dr. *Amelunxen* und OP *Kopf* äußern sollten, da die Diskussion in der Länderfrage im wesentlichen um deren Gebiet gehe (Westfalen und Hannover quittierten mit Stillschweigen;[26] Hannover verweist auf den kommenden Sonderausschuß, in dem es seine Darlegungen machen werde).

DR. ADENAUER hebt zum Schluß noch einmal den Gesichtspunkt hervor, daß die Verantwortlichkeit der Gemeinden für die Finanzgebarung gegeben sein müsse; wer Ausgaben beschließe, müsse auch wissen, daß er zu bezahlen habe. Nur dann komme Verantwortung und wahre Demokratie zustande.

IV. Die Diskussion der beiden Ausschüsse zur Länder- und Verwaltungsfrage hat kein endgültiges Ergebnis, sondern lediglich vorbereitenden Charakter gehabt. Die Ausschüsse sind sich darin einig, daß zunächst die Stellungnahme der Kontrollkommission abgewartet werden müßte, damit auf dieser Basis dann ein neuer Ausschuß, der vom Zonenbeirat selbst eingesetzt wird, die Probleme endgültig behandeln kann.

V. Zur Weiterleitung an das Plenum des Zonenbeirats wurde eine Resolution *Reimanns* angenommen, wonach Vertreter aller vier Zonen baldmöglichst zusammenkommen sollten. Der Zonenbeirat wird ersucht, der Kontrollkommission einen entsprechenden Vorschlag zu machen.[27]

VI. Zur Rhein-Ruhr-Frage wurde eine von OP Dr. *Lehr* in Vorschlag gebrachte Entschließung verlesen und im Grundsatz gebilligt.[28] Die Diskussion führte zu dem Ergebnis, daß die unmittelbare Weiterleitung an die Presse wegen entgegenstehender Bestim-

24 Rheinland, Westfalen, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schleswig-Holstein und Hamburg (Denkschrift *Bischoffs:* Bundestag ParlA, 1–147).

25 Vgl. Anm. 19.

26 Vor dem Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats erklärte *Amelunxen* am 2. 7. 1946, die künftige Gestaltung der Provinz Westfalen sei auf der Tagung in Bad Godesberg nicht zur Sprache gekommen (vgl. Nr. 180).

27 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 658f.

28 Nr. 161b.

mungen der Kontrollkommission nicht möglich sei, daß aber in diesem Sinne von den einzelnen Mitgliedern des Zonenbeirats überall Stellung genommen werden soll.

[...][29]

G. *Schröder*

29 Behandlung der Frage der Entnazifizierung Jugendlicher.

161b.

13./14. 6. 1946: Gemeinsame Entschließung des Rechts- und Verfassungsausschusses sowie des Hauptausschusses des Zonenbeirats anläßlich der Tagung in Bad Godesberg[1]

HStA Düsseldorf, NW 53–261.

Die zur gemeinsamen Tagung des Hauptausschusses und des Rechts- und Verfassungsausschusses des Zonenbeirats in Bad Godesberg am Rhein am 13. und 14. Juni versammelten Mitglieder des Zonenbeirates bekennen sich im Hinblick auf die Verlautbarungen in der Presse über den Verlauf der Beratungen des englischen Unterhauses und der Außenministerkonferenz in Paris über die deutsche Frage einmütig zu dem Grundgedanken der Einheit des Reiches in politischer und wirtschaftlicher Beziehung.

Sie halten eine auch nur vorläufige Loslösung von Rhein und Ruhr aus dem Reichsverband und ein besonderes Rhein-Ruhrstatut für unvereinbar mit diesem Grundgedanken der Einheit Deutschlands und für einen verhängnisvollen Schlag gegen den Lebensnerv des deutschen Volkes.

Nicht nur der Wiederaufbau Deutschlands, sondern auch die Wiedergesundung Europas würden damit schwer gefährdet. Die etwaige Neugliederung der britischen Zone muß unter Einschluß des Rhein-Ruhrgebiets geplant werden.

1 Die Entschließung wurde nicht veröffentlicht. Die Mitglieder des Zonenbeirats sollten allerdings in diesem Sinn überall Stellung beziehen (vgl. Nr. 161a).

162.

14. 6. 1946: Der Vorsitzende der Zentrumspartei Westfalen, Reismann (Münster), an den Generalreferenten Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker[1]

HStA Düsseldorf, NW 22–1261. Ausfertigung. Unterstreichungen. Paraphe und hs. Vermerke Strickers. Paraphe und hs. Vermerk Amelunxens: „Herr [...], sagen Sie bitte Herrn Reismann, daß die Presse in der nächsten Woche aktiv werden wird".

Lieber Herr *Stricker*!

In der letzten Hauptausschußsitzung des Provinzialrats[2] teilte der Oberpräsident mit und zwar auf meinen besonderen Wunsch, daß das Ergebnis der Besprechung des Provinzialrats nachdrücklich in der Presse bekanntgemacht werden sollte. Insbesondere die Resolution von der Erhaltung des ungeteilten Westfalens sollte bekanntgemacht werden, da auch die Anschlußbestrebungen aus dem südlichen Oldenburg, aus Osnabrück und dem südlichen Emsland aktiv gefördert und in der Öffentlichkeit vertreten werden sollen. Da ich in den Zeitungen noch nichts bemerkt habe, so möchte ich darauf aufmerksam machen. Ich wünsche eine größere Aktivität in diesem Punkte, nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innerpolitischen Gründen. Entgegen früheren Versprechungen sind unter dem 5. 5. [19]46 Resolutionen der lippischen Körperschaften (Industrie- und Handelskammer, Bauernschaft usw.) gefaßt und verbreitet, die für einen Anschluß nach Hannover sprechen.[3] Entgegen seiner früheren Zusage hat Herr *Kopf* inzwischen Schaumburg-Lippe vereinnahmt.[4] Ich sehe keinen Grund ein, weswegen wir mit unseren Ansprüchen zurückhalten. Ich bitte, auch die Resolution der dortigen Kreistage in der Presse bekannt zu geben.[5] Ich bin mit unseren bisherigen Zurückhaltungen in diesem Punkte nicht einverstanden.[6]

Mit freundlichem Gruß!
Ihr Bernh[ard] *Reismann*
Rechtsanwalt

1 Zu weiteren vermutlich von *Reismann* initiierten Bemühungen der Zentrumspartei in dieser Phase vgl. Nr. 169, Anm. 7.

2 Siehe Nr. 141.

3 Die erwähnte Resolution datiert vom 4. 5. 1946 (vgl. Nr. 157a, Anm. 3).

4 Zur Angliederung von Schaumburg-Lippe an Hannover vgl. Nr. 109.

5 Vgl. Nr. 156, Anm. 2.

6 Zu den bereits eingeleiteten Anstrengungen der westfälischen Provinzialregierung in dieser Angelegenheit siehe Nr. 148; in in seinem Antwortschreiben vom 19. 6. 1946 erklärt *Stricker*, daß Anfang der kommenden Woche eine Pressekonferenz stattfinden solle, in der die von *Reismann* angeschnittenen Fragen besprochen würden (HStA Düsseldorf, NW 22–1261); zur Pressekonferenz *Amelunxens* am 24. 6. vgl. Nr. 169.

163.

14. 6. 1946: Vermerk von Landesrat Naunin für Landeshauptmann Salzmann

Archiv des LWL, II K 265. Ausfertigung. Paraphe Salzmanns.

1. Zur Besprechung mit Herrn Oberbürgermeister *Ladebeck*, Bielefeld.[1]

In Westfalen hat die Erörterung über die Abgrenzung eines Landes Westfalen begonnen mit den Zeitungsnachrichten, die eine Veröffentlichung des Observer vom 12. 5. 1946 wiedergeben.[2] Darin war die Rede von einer Zuteilung des Ruhrgebiets und eines größeren Teiles von Westfalen zum Rheinland und des Restes von Westfalen nach Niedersachsen.

Wenige Tage vorher hatte Oberpräsident *Kopf*, Hannover, über diese Fragen auf einer Sitzung der Industrie- und Handelskammern der britischen Zone in Hahnenklee gesprochen.[3] Dr. *Gieselmann* berichtete darüber am 15. Mai 1946 im Oberpräsidium bei Generalreferent Dr. *Menzel* im Anschluß an einen Vortrag von Prof. Dr. *Kuske*.[4] Nach seinen stenografischen Notizen berichtete Dr. *Gieselmann*, Oberpräsident *Kopf* habe etwa Folgendes hinsichtlich der Neueinteilung der Länder in der britischen Zone erklärt: Bezüglich der Grenzen des Landes Niedersachsen könne man auf das zurückgreifen, was Ende der zwanziger Jahre von der Wissenschaft der hannoverschen Stellen erarbeitet worden sei. Das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen sei durch den Handelskammerverband Niedersachsen-Kassel bestimmt. (In der kurzen Sitzungsniederschrift der Tagung ist dieser Passus der Rede des Oberpräsidenten *Kopf* nicht enthalten).

Die Abgrenzung des Raumes Niedersachsen ist in Dutzenden von Veröffentlichungen des hannoverschen Provinzialinstituts, insbesondere in dem großen mehrere Bände umfassenden Niedersachsen-Atlas enthalten. Sie enthält von Westfalen die Kreise Minden, Herford, Bielefeld Stadt und Land, Halle, Tecklenburg, ferner das Land Lippe.[5]

Diese Abgrenzung Niedersachsens beruht auf dem früheren Gebiet des Handelskammerverbandes Niedersachsen-Kassel, dem sich die Handelskammer Bielefeld etwa 1925 aus lohn-politischen Gründen angeschlossen hatte. Bielefeld gehörte gleichzeitig zum westfälischen Handelskammerverband. Die Kammer Bielefeld hat später ihren Anschlußwunsch nach Hannover zurückgenommen und am 12. 6. 1946 bei einer Tagung der westfälischen Kammern in Detmold erklärt, daß sie den Willen ihrer Mitglieder erfragt und festgestellt habe, daß überhaupt keine Stimme für einen Anschluß nach Hannover sich erhoben habe.[6]

---

1 Am 24. 6. 1946 notierte *Salzmann*, er habe den Inhalt des Vermerks mit Oberbürgermeister *Ladebeck* besprochen und sich mit ihm auf eine Tagung des Heimatbundes in Bielefeld geeinigt (Archiv des LWL, II K 265).

2 Siehe Nr. 111; tatsächlich begannen die Erörterungen über den künftigen Status Westfalens und seiner Grenzen aber schon beträchtlich früher.

3 Vgl. Nr. 120, Anm. 2.

4 Vgl. Nr. 117, Anm. 3.

5 Hierzu W. KOTHE, 1943/52, S. 192.

6 Aufgrund dieser Bemerkungen *Naunins* wird klar, welche Bedeutung das positive Votum der Industrie- und Handelskammer Bielefeld zur Entschließung der westfälischen Kammern vom 12. 6. 1946 hatte (vgl. Nr. 157b); in diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß die Industrie- und Handelskammer Bielefeld in einer Stellungnahme vom 17. 6. 1946 die Argumente der lippischen Kammern für einen Anschluß an Hannover (hierzu Nr. 157a, Anm. 3) zurückwies und die enge Verbindung zwischen Lippe und dem Minden-Ravensberger-Raum herausstellte; die Bielefelder befürworteten ein einheitliches Westfalen unter Einschluß Lippes (WWA, K 5 Nr. 198).

In der ersten Zeit hatte auch Lippstadt noch zum Handelskammerbezirk Bielefeld gehört und war damals nach Niedersachsen eingerechnet worden, dieses fiel später weg, als Lippstadt zur Handelskammer Arnsberg zugeteilt wurde.

2. Die Hannoversche Denkschrift konnte ich nicht einsehen. Herr Dr. *Menzel* hat sie z.Zt. mit bei Besprechungen über Raumeinteilungsfragen, die von den Regierungen der britischen Zone in Godesberg geführt werden.[7] Weder ORR *Barbrock* noch RR *Schilling* haben sie bisher einsehen können.

Naunin

7 Vgl. Nr. 161a.

164.

15. 6. 1946: Vermerk des Regierungspräsidenten beim Oberpräsidium Westfalen, von Oer, über ein Telefongespräch mit dem Regierungspräsidenten von Minden, Zenz

HStA Münster, RWN 133–10.

1. Vermerk: Heute um 11 Uhr wurde ich von Herrn Regierungspräsidenten Dr. *Zenz* aus Minden angerufen. Er kam auf den kürzlich erörterten Plan zu sprechen, daß der Herr Oberpräsident in Minden-Ravensberg gelegentlich einer großen öffentlichen Versammlung zur Frage des Raumes Westfalen und der Neueinteilung der britischen Zone in einer Rede Stellung nehmen sollte. Dr. *Zenz* erklärte, daß er mit den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung von Minden-Ravensberg Fühlung genommen und überall begeisterte Zustimmung zu diesem Plan gefunden habe. Sein Eindruck sei der, daß die Bevölkerung geradezu darauf warte, den Herrn Oberpräsidenten einmal bei sich zu sehen und seine Rede zu hören.[1]

Ich habe eingewandt, daß mir aus einer kürzlichen Besprechung mit dem Herrn Oberpräsidenten bekannt sei, daß dieser eine Rede vor den versammelten Vertretern der Presse und des Rundfunks für wirkungsvoller und mehr in die Breite gehend halte, als ein Auftreten in öffentlichen Versammlungen, selbst wenn diese in großen Räumen abgehalten würden. Dr. *Zenz* meinte hierzu, der Herr Oberpräsident möchte doch das eine tun und das andere darum nicht lassen. Auch in öffentlichen Versammlungen würden doch Presse und Rundfunk jedenfalls vertreten sein.

Dr. *Zenz* bat mich dann, dem Herrn Oberpräsidenten folgenden Plan zu unterbreiten: Samstag, den 29. 6. abends Versammlung in der Oetkerhalle zu Bielefeld (2000 Sitzplätze, ungerechnet die Stehplätze). Herr Oberbürgermeister *Ladebeck*, Bielefeld, mit dem Herr Dr. *Menzel* den Plan besprochen habe, sei gerne bereit, die Oetkerhalle kostenlos zur Verfügung zu stellen.[2] Für den Abend und die Nacht bittet Dr. *Zenz* den Herrn Ober-

1 Zur Diskussion der Neugliederungsfrage im Minden-Ravensberger Raum vgl. auch die Nrn. 165, 171, 183.

2 Zu parallelen Kontakten der Provinzialverwaltung mit *Ladebeck* vgl. Nr. 163.

präsidenten, sein Gast zu sein. Sonntag, den 30. 6. vormittags Versammlung in der „Skala" in Minden. Dieser Saal fasse etwa 1000 Personen. Beide Versammlungen, so erklärte Dr. *Zenz*, würden einen überaus starken Besuch aufweisen.

Zum Schluß bat Dr. *Zenz* um möglichst baldigen Bescheid, am besten telegrafisch. Ich habe ihm versprochen, den Plan dem Herrn Oberpräsidenten sofort zu unterbreiten und heute mittag oder Montag Bescheid zu geben.[3]

2. Herrn Oberpräsidenten mit der Bitte um Kenntnisnahme und Entscheidung vorgelegt.

[von] O[er]

3 Soweit bekannt, fanden die Veranstaltungen nicht statt.

165.

15. 6. 1946: Kommentar der „Freien Presse" (Bielefeld)[1]

Druck: „Freie Presse" vom 15. 6. 1946.

Westfalen und die Länderreform

Die britische Kontrollkommission hat den Zonenbeirat für die britische Zone beauftragt, Vorschläge für die Länderreform in der britischen Zone auszuarbeiten.[2] Wenn mit diesem Auftrag die Frage der Länderreform überhaupt der Lösung zugeführt werden soll, ist er ohne jeden Vorbehalt wärmstens zu begrüßen. Auch eine Länderreform innerhalb einer bestimmten Zone kann nützlich, vielleicht auch notwendig sein. Sie wird aber Stückwerk bleiben, solange nicht die Grenzen des künftigen Gesamtdeutschlands festgelegt sind. „Gebt ihr ein Stück, so gebt es gleich in Stücken!" Es wäre lebhaft zu bedauern, wenn dieses Wort etwa als Leitspruch über den Bemühungen stehen würde, die eine Länderreform in Angriff nehmen wollen und die schließlich entdecken würden, daß nur eine Zonenreform dabei herausgekommen sei. Eine Reform, die nicht das ganze Deutschland sieht, sondern nur Umgruppierungen in den Zonen selbst, verdient nicht den Namen einer Reform.

In den Jahren 1928 und 1929 sind die Probleme der Reichsreform lebhaft und gründlich in den Tagungen der Länderkonferenzen erörtert worden.[3] Die Fragen der Zuständigkeiten und der Abgrenzung der neuzuschaffenden Verwaltungsgebiete fanden dabei eine eingehende Prüfung. Das Ziel der Beratungen war, die gesetzgeberischen Grundlagen für den dezentralisierten Einheitsstaat zu schaffen, dessen Glieder mit weitgehenden Zustän-

1 Die „Freie Presse" war das Organ der SPD im Bezirk Östliches Westfalen; zwar verweigerte die Militärregierung dem Vorsitzenden des Bezirks, Carl *Severing*, die Lizenz, übergab sie jedoch an den ihm nahestehenden Bezirkssekretär Emil *Groß*, so daß *Severing* doch einen Einfluß auf die Zeitung nehmen konnte (P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 150); das Dokument ist besonders deshalb von Interesse, weil ansonsten nur wenige Hinweise zur Haltung des SPD-Bezirks Östliches Westfalen vorliegen.

2 Bis zu diesem Zeitpunkt war ein solcher Auftrag nur angekündigt worden (vgl. Nr. 147).

3 Vgl. hierzu: H.G. STEINBERG: Reichsreform, 1971, S.119–124; E. KÜHL, 1967, S. 292–297.

digkeiten ausgestattet werden sollten, um das Überwuchern eines bürokratischen Zentralismus zu verhindern. Wo Vertreter der sozialdemokratischen Partei jetzt an den Beratungen der Länderreform teilnehmen, werden die Ziele jener Konferenzen auch für sie richtungsweisend sein können, also: der dezentralisierte Einheitsstaat!

In den Debatten, die heute über diese Dinge in der Presse und in Versammlungen geführt werden, wird der Begriff des Föderativ-Staates oder des Bundesstaates oft in einen Gegensatz zum dezentralisierten Einheitsstaat gebracht. Das ist aber lediglich ein Spiel mit Worten. Denn ebenso wenig, wie das Etikett einer Weinflasche den Inhalt dieser Flasche verbürgt, entscheidet der Name des dezentralisierten Einheitsstaates oder der Name des Föderativ-Staates das Wesen, den Charakter und den Inhalt des zu schaffenden Gebildes. Auf den Inhalt, das heißt also: auf die Rechte und auf die Zuständigkeiten aber kommt es an. Die können in einem Lande, dem man die Bezeichnung Föderativ-Staat beilegt, geringer sein, als in dem gleichen Verwaltungsbereich des dezentralisierten Einheitsstaates. Wir halten es darum für nützlich, in den Erörterungen über die Fragen der Reform alle Schlagworte und vermeintlichen staatsrechtlichen Prinzipien auszuschalten und immer nur zu prüfen, was für das Deutschland von morgen in Sachen seiner Verwaltung förderlich und notwendig ist.

Eine besonders wichtige Frage ist dabei die „territoriale Gliederung", auf gut deutsch: die Abgrenzung der künftigen Verwaltungsgebiete. Sie dürfen nicht zu groß sein, wenn sie sich nicht zu neuen Wasserköpfen auswachsen, sondern übersichtlich bleiben sollen. Es dürfen keine Zwerggebilde sein, weil zu kleine Gebiete den Ausgleich der Wirtschaftskräfte in Industrie und Landwirtschaft gefährden. In den Beratungen der Länderkonferenz wurden Gebiete mit einer Einwohnerzahl von über 4 bis 6 Millionen als die idealsten Größenklassen bezeichnet. Von dieser Zahl könnte man auch jetzt ausgehen, wenn man beginnt, die Grenzen der zu errichtenden Gliedstaaten abzustecken. Der amerikanische Außenminister *Byrnes* hat vor seinem Abflug nach Paris auf einer Pressekonferenz die Behauptung dementiert, daß er mit Ernest *Bevin* der Außenministerkonferenz einen Plan zur Errichtung eines deutschen Elf-Staaten-Bundes vorschlagen werde. Immerhin: die Errichtung von elf Gliedstaaten würde in ihrer Größenordnung dann ungefähr den Vorstellungen entsprechen, die man sich früher von dem Umfang und der Einwohnerzahl der geplanten deutschen Provinzen machte.

Unsere Heimatprovinz Westfalen sollte darum, das ist unser lebhafter Wunsch, in ihrer heutigen Abgrenzung bestehen bleiben. Sie hat bisher keine Ausdehnungsbestrebungen betrieben im Gegensatz zu manchen anderen Verwaltungsgebieten der Zonen. Sie kann auch jetzt darauf verzichten. Einige an ihren Grenzen liegende Landkreise der Provinz Hannover und des Landes Oldenburg haben sich in den letzten Tagen zwar für eine Angliederung an Westfalen ausgesprochen,[4] aber diese „Länderreform", die jetzt einzelne Kreise auf eigene Faust zwar, aber nicht immer auf eigene Gefahr betreiben, ist nicht ohne Bedenken. Sie kann in einem wilden Durcheinander münden und zu den chaotischen Zuständen in Politik und Wirtschaft auch noch ein Chaos in der Verwaltung herbeiführen. Expansionsbedürfnisse hat also, wie gesagt, die Provinz nicht. Aber sie hat das Recht und die Pflicht, alles zu tun, um sich in ihrer heutigen Zusammensetzung und in ihren alten Grenzen zu erhalten. Der industrielle Südteil der Provinz macht den Ausgleich mit den landwirtschaftlichen Gebietsteilen des nördlichen und östlichen Westfalen

4 Vgl. Nr. 156 mit Anm. 2.

erforderlich. Nichts wäre gefährlicher, als Verwaltungsgebiete zu schaffen, die nur von industriellen Anlagen bebaut sind und die Millionen Industriearbeiter zusammenballen. Die Mischung, die heute gerade in Westfalen besteht, ermöglicht den Ausgleich auf sehr vielen Gebieten der Wirtschaft. Wer daran rüttelt, zerstückelt nur, reformiert aber nicht. Schnitte in den Volkskörper der Provinz Westfalen bedeuten darum immer wirtschaftlichen Blutverlust. Das aber kann nicht der Sinn einer Reform sein.

Und wenn es weiter richtig ist, daß im Mittelpunkt aller verständigen Politik und aller Fürsorge der Mensch stehen soll, dann darf auch der westfälische Mensch bei allen Reformplänen eine Berücksichtigung erwarten. Wir wissen uns frei von jeder Sentimentalität und von einer übertriebenen Wertschätzung der Tradition. Aber wenn Wahrung der Stammeszugehörigkeit und echter Heimatsinn zusammenfallen mit den politischen und wirtschaftlichen Erfordernissen des neuen deutschen Gliedstaates, dann darf man fordern, bei allen Maßnahmen zur Länderreform auch diese Faktoren nicht außer Acht zu lassen. Westfalen ist seit etwa einem Jahrhundert nicht nur ein geographischer, sondern auch ein feststehender politischer und wirtschaftlicher Begriff geworden, und wenn man auch nicht mehr von Ureinwohnern sprechen kann, so gelten doch seine Bewohner als ein Stamm harter, tüchtiger Menschen. Laßt Land und Stamm zusammen!

166.

16. 6. 1946: Rede des Vorstandsmitglieds der FDP in der britischen Zone, Blücher, in Wuppertal (Auszug)

BA Koblenz, NL Blücher 154.[1] Unterstreichungen. Hs. Korrekturen.

[...][2]

Uns Menschen an Ruhr und Rhein ganz besonders, darüber hinaus alle Deutschen bedrückt neben dem Hunger am meisten die Sorge um das Schicksal des Ruhrgebietes,[3] und sie ist verbunden mit der Frage, wie ist es mit der Einheit Deutschlands?

Wir erklären feierlich: das Ruhrgebiet kann nur ein Teil Deutschlands bleiben, fest wie jedes andere Land und nach der gleichen Rechtssatzung mit dem Reiche verbunden: um Deutschlands willen, um Europas, ja um der Welt willen. Ohne das Ruhrgebiet ist Deutschland ein Wirtschaftskörper ohne Herz. Es muß sterben. Alle Erleichterungen, die auf dem Papier stünden, könnten nie die Tatsache einmal zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland gezogener Grenzen beseitigen. Der Mensch des Ruhrgebietes aber ist mit dem ganzen Deutschland verwandt. Seit hundert Jahren sind die besten Söhne, ist das beste Blut des Landes in das aufblühende Gebiet gezogen. Sie schlugen die lebendige

1 Teilweise abgedruckt in den FDP-Nachrichten Nr. 2 und 3 (Jahrgang 1/1946) (HStA Düsseldorf, RWN 96–13).

2 Begrüßungsworte; Ausführungen zur Lage der Wirtschaft und zum Problem der Ernährung.

3 Zu den bereits im April 1946 einsetzenden Bemühungen der FDP, in der Öffentlichkeit gegen die Herauslösung des Ruhrgebiets aus dem Reichsverband Stellung zu beziehen vgl. Nr. 78.

Brücke in alle Himmelsrichtungen, in die auch das Werk ihrer Arbeit strömte. So ist das Ruhrgebiet in einem zweiten Sinne das Herz Deutschlands geworden. Würde man dieses aus Deutschland heraustrennen, so würde der gewaltige Arbeitsimpuls verebben, denn diese Menschen könnten nicht mehr wissen und fühlen, daß sie für ihr Heimatland arbeiten; sie würden sich als Menschen entrechtet, ihrer Heimat beraubt sehen. So wäre dem Gebiet sein wirtschaftlicher Wert zum Teil geraubt, eine neue und unheilbare politische Wunde am Leibe Europas gerissen, Deutschland eine dauernde Belastung und nicht ein wertvolles dienendes Glied für Europa und die Welt. Im Herzen Europas müßte der Glaube an eine neue Zeit, an den Sieg des sittlichen Rechtes schwinden. Die Sache des Friedens hätte einen fürchterlichen Schlag erhalten. Wir glauben, daß dies auch die alliierten Regierungen einsehen. Was sie erstreben: Die Kontrolle der Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung der Förderung und Fertigung des Ruhrgebietes, das können sie uns auferlegen; wir werden es tragen. Denn das ist gewiß: Niemals mehr wird der schaffende Mensch dieses Gebietes einer deutschen Kriegsvorbereitung seine Kraft leihen. Wir wissen auch, daß Frankreich dies selbst erfahren wird, wenn einmal die Stürme des Krieges sich beruhigt haben und wenn es den deutschen Menschen kennt, wenn es weiß, wie ihn die grausigen 13 Jahre gewandelt haben. Und daher hoffen wir um des Wohles und des Friedens der Völker willen: Das Ruhrgebiet bleibt bei Deutschland.

Eine Rheinland-Frage gibt es gar nicht, so möchte ich sagen, würde diese Sprache nicht dem ernsten Gegenstand zu wenig angemessen erscheinen. So dürfen wir statt dessen aussprechen: Die Bevölkerung des Rheinlandes kennt keine Rheinlandfrage, sie will in ihrer überwältigenden Mehrheit nichts anderes, als bei Deutschland bleiben; sie hat auch noch nie von Deutschland sich lösen wollen, jeder von uns hat die Geschichte der Separatisten miterlebt. Sicher haben die Rheinländer zum Teil das Preußentum abgelehnt, aber Preußen ist tot und das, was hier unter Preußentum verstanden wurde, ist nicht nur eine bloß geschichtliche Erinnerung, es ist vom ganzen deutschen Volke abgetan. Die Treue zu Deutschland ist im Rheinland nicht geringer als an der Ruhr und in Hamburg, als in Frankfurt oder Karlsruhe oder Stuttgart, als in München oder Dresden oder Berlin. Sollte es aber auf er anderen Seite wirklich eine Rheinland-Frage geben, so wird die klare Haltung der Rheinländer und der ehrliche Wille der großen Mächte, nicht in Europa neue Brandherde oder eitrige Wunden zu schaffen, sie ausräumen. An diesen ehrlichen Willen glauben wir. Und da ein vom Reiche getrenntes Rheinland den Frieden Europas und der Welt nicht weniger stören würde als ein abgesondertes Ruhrgebiet, da auch es das Hindernis sein würde für die Gesundung Deutschlands, Europas und der Welt, deswegen muß das Rheinland bleiben und wird es bleiben, was es war; das von allen Deutschen geliebte, als schönstes Stück unserer großen Heimat bewunderte deutsche Rheinland.

An dieser Stelle wieder das Wort: Wir hoffen, daß wir Frankreich durch unsere Arbeit, durch unser Bekenntnis zum Recht und zum Frieden, durch die Erziehung unserer Jugend in einem neuen Geist, durch unseren Willen zur Zusammenarbeit überzeugen und zum Freunde gewinnen; unsere beiden Länder sind von Natur geschaffen, sich zu ergänzen; durch ein enges Wirtschaftsband vereint könnten sie ihren Völkern Nahrung, Arbeit und Wohlstand geben und sie wären ein gewichtiges Unterpfand des Friedens. Das zu erreichen, ist ein Ziel, für das sich große Mühe lohnt.

Mögen ein deutsches Ruhrgebiet und ein deutsches Rheinland die Atmosphäre schaffen, in der wir uns diesem Ziele schnell nähern.

In eben dieser Stunde werden die Fragen der Ruhr und des Rheines, des deutschen Schicksals überhaupt, erneut von den alliierten Staatsmännern behandelt.[4] Wir wissen, daß vielleicht auch eine Entscheidung in diesen Tagen und Wochen fällt: Ob durch die Öffnung der russischen Besatzungszone der Weg geebnet wird für eine Beseitigung der Zonengrenzen überhaupt oder ob die verhängnisvolle Trennung zwischen den östlichen und westlichen Zonen noch länger, vielleicht sehr lange dauert. Wir sind auch bei dieser Entscheidung nur Zuschauer, aber eines können wir tun: wir grüßen unsere Brüder, die in der russisch besetzten Zone leben; wir hoffen mit allen Fasern unseres Herzens, daß eine Einigung zwischen den vier Mächten die Beseitigung der Zonengrenze und ein innigeres Zusammenleben mit diesen Deutschen gestattet, von denen wir uns so schmerzlich getrennt fühlen. Sollte aber die Trennung, vielleicht nochmals für eine lange Zeit dauern, so mögen sie wissen, daß es zwischen uns in unserem Herzen keine Grenzen gibt. Auch anscheinende und vorübergehende materielle Erleichterungen können nicht das größere Ziel vergessen lassen: Die Einheit mit ihnen. Die Einigung zwischen den vier Mächten aber, wird von uns nicht zuerst wegen der erhofften Beseitigung der Zonen gewünscht: Über allem steht unsere Überzeugung von der Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, ja ihn mit Geduld in Freundschaft zu wandeln. Geschieht das, dann sind auch wir mit der ganzen Menschheit die Nutznießer. Aus dieser Gesinnung lehnen wir alle die ab, die leichtfertig vom Kriege reden, oder sich ihn wünschen. Nur durch eine Verständigung zwischen den vier großen Mächten können die Verhandlungen über zwei Fragen schon jetzt möglich werden, die für uns von solcher Bedeutung sind, moralisch und materiell, die ich aber nur nennen darf. Die endgültige Grenzziehung in Schlesien durch die Festsetzung der Glatzer Neiße als Ostgrenze, also die Rückgabe des sogenannten polnischen Verwaltungsgebietes zwischen der Lausitzer und Glatzer Neiße und ferner die Heimsendung unserer Kriegsgefangenen durch alle ehemaligen Gegner.

Über die Wichtigkeit der Aufhebung der Zonengrenzen noch mal etwas zu sagen ist nicht notwendig. Jeder von uns denkt seit einem Jahre über diese Fragen nach: Ernährung, Wirtschaft, Verkehr, Finanzen, Steuern, sie alle würden in gleicher Weise Vorteil haben oder überhaupt erst vernünftig betrieben oder verwaltet werden können. Wir haben mit Absicht schon bei der Ernährung über diese Frage gar nicht erst sehr ausführlich gesprochen, so sehr ist ihre Erkenntnis Gemeingut. Wir wollen hier das einmal sagen, was alle, nicht zuletzt auch [die] für die deutsche Wirtschaft verantwortlichen Engländer und Amerikaner wissen: Eine Lösung aller Fragen auf den eben genannten Gebieten ist überhaupt nicht möglich, solange die Grenzen der Besatzungszonen gleichzeitig Landesgrenzen im strengsten Sinne einer fernen Vergangenheit sind und aus einem Wirtschaftsgebiet vier machen; solange wird Deutschland nicht in der Lage sein, sich selbst zu erhalten, geschweige denn, einen Beitrag zu dem Aufbau der Welt zu liefern. An einer einzelnen Stelle, bei der Besprechung der Probleme der deutschen Wirtschaft, ist hierüber noch einmal etwas zu sagen.

Die deutschen Länder, die nach dem Befehl der Alliierten entstehen sollen, dürfen die wirtschaftliche Einheit Deutschlands nicht beeinträchtigen. Es dürfen nicht 10 bis 12 Länder an die Stelle der vier Zonen treten.[5] Diese Forderung erscheint banal. Doch wenn

4 Am 15. 6. 1946 hatte die zweite Session der Pariser Außenministerkonferenz begonnen; vgl. hierzu: H. GRAML, 1983, S. 358–363; J. FOSCHEPOTH: Außenministerkonferenzen, 1985, S. 69–73.

5 Zur Kontroverse innerhalb der FDP bezüglich der staatlichen Gestaltung Deutschlands vgl. Nr. 154, Anm. 10 und Nr. 161a, Anm. 5.

Sie sich überlegen, was alles einheitlich durch das Reich oder wenigstens im Reich geregelt, geordnet, durchgeführt sein oder werden muß, um wirklich ganz Deutschland zu einer wirtschaftlichen Einheit zu machen, dann scheint der Sinn einer Aufteilung in Länder fragwürdig, weil anscheinend zu wenig verbleibt, was diese wirklich autonom regeln könnten. Der einheitlichen Behandlung in ganz Deutschland bedürfen: Die zentrale Planung der Wirtschaft, die Überwachung der Preisbildung, das Arbeitsrecht, die Sozialpolitik, das Verkehrs-Wesen und -Recht, die Finanz- und Steuergesetze, das bürgerliche- und Handelsrecht, das Schul- und Ausbildungswesen. Aber auch fast jedes andere Gebiet fordert, sobald man in die Einzelheiten geht, die reichseinheitliche Regelung. Die Möglichkeit eigenstaatlicher Betätigung sieht man noch auf dem Gebiet der Länderverwaltung und ihrer Verfassung, der Polizei, der Agrargesetzgebung, der Kulturpolitik in einigen Bereichen. Wir werden mit großer Sorgfalt und Tatkraft darüber wachen und dafür eintreten, daß zuerst das Reich den Einfluß erhält und bewahrt, den es zur Erfüllung seiner Aufgaben gebraucht. Niemals werden wir freien Demokraten den partikularistischen Bestrebungen irgendwelcher verzopfter Gruppen und Grüppchen unsere Hilfe leihen.

Das will nicht sagen, daß wir farblose Unitaristen sind. Wir hoffen, daß durch den Fortbestand bzw. die Schaffung der Länder wertvolles Kulturgut erhalten bleibt; wir begrüßen als gute Demokraten das freie Spiel der Kräfte, das auf der Grundlage des gleichen Rechtsbodens sich bemüht um die bessere Leistung, die selbständigere Auswirkung der Einzelkraft, um den Ausbau der Selbstverwaltung, unter Wahrung der heimischen Tradition. Wir verstehen auch, daß die Alliierten deswegen im straff zentralisierten Reich eine Gefahr sehen, weil Hitler es geschaffen [hat]. Wir wissen, daß wir ihr Vertrauen in unsere Wandlung erst verdienen müssen. Wir wiederholen, daß wir nicht Freunde einer geistlosen Zentralisation sind. Für uns gibt es nur eine Überzeugung, einen Willen: Vor dem Wohle eines Landes oder Ländchens steht das Wohl des ganzen deutschen Volkes. Wir sind zuerst Deutsche und dann Rheinländer oder Westfalen usw. Die neue Verfassung wollen wir so bauen, daß dieser Wille sich äußert. Und wir werden wachsam sein, denn wir wissen, wie der Bestand von Ländern an sich schon die Gefahr in sich birgt, daß ein Partikularismus sich entwickelt. Erfüllen aber die Länder ihre Aufgabe, die willigen, dienenden, hingebenden Glieder des großen Ganzen zu sein, dann sind sie ein Segen für Deutschland. Dann können sie Träger der schönsten Aufgabe sein, bei der sie uns als Helfer finden: Die Selbstverwaltung eines freien, erd- und landschaftsgebundenen Volkes an Stelle eines Obrigkeitsstaates zu setzen, der sich zum Regieren fremder, verständnisloser Organe und Menschen bedient.

So sehen wir die vorbereitenden Arbeiten für die Feststellung der Räume der neuen Länder und wünschen, daß nicht Ehrgeizeleien, sondern nur die sachliche Berücksichtigung der Erfordernisse von Wirtschaft und Verwaltung die Grenzen ziehen. Nur eines müssen wir als Forderung aussprechen: Zonengrenzen können nicht die Feststellung der neuen Ländergrenzen beeinflussen. Was zusammengehört, muß wieder zusammengefügt werden. Ich erinnere hier in unserer Heimat an die unnatürliche Aufteilung der Rheinprovinz, die wieder beseitigt werden muß. Schließlich muß ich noch eine Selbstverständlichkeit erwähnen: In Grenzgebieten können Länder erst abgesteckt werden, wenn der Inhalt der Friedensverträge die Reichsgrenze festgestellt hat.

[...][6]

6 Weitere Themen der Rede: Kriegsversehrte, Lastenausgleich, Sozialversicherung, Industrie, Landwirtschaft, Handwerk, Demontage, Wirtschaftsprogramm der FDP, Währung, Privateigentum.

167.

18. 6. 1946: Informationsdienst des Sekretariats des Zonenbeirats für die Mitglieder des Zonenbeirats

HStA Düsseldorf, NW 53–716. Vervielf. Exemplar. „Nur für den Dienstgebrauch! Vertraulich!" Hs. Vermerke. Unterstreichungen.

Das aktuelle Thema:

Der Programmpunkt „Deutschland" in Paris.[1]

Nachdem beschlossen worden ist, das Deutschland-Problem auf die Tagesordnung der zweiten Pariser Außenminister-Konferenz zu setzen, wurden zugleich auch einige taktische Gesichtspunkte aus London und Washington mitgeteilt, wie diese komplizierte und für das Schicksal der europäischen Mitte entscheidende Frage behandelt werden soll. Die Dauer der Pariser Konferenz wird auf drei Wochen geschätzt, bei einem erfolgreichen Verlauf könnte sie direkt in eine große europäische Friedenskonferenz übergeleitet werden.[2] Wie stark das Interesse auch der nicht unmittelbar berührten Mächte an dem Deutschland-Problem ist, geht daraus hervor, daß China zum letzten Wochenende in einem Brief verlangte, zu den Beratungen über Deutschland hinzugezogen zu werden. Schon in der letzten Sitzung der ersten Pariser Konferenz hatte die chinesische Regierung auf ihr Recht aufmerksam gemacht, an den Verhandlungen beteiligt zu sein. Die bisherige Nichtteilnahme Chinas an den Besprechungen der Außenminister erklärte sich aus der Beschränkung auf die Friedensverträge mit Italien, Finnland und den Südoststaaten.

Der in Umrissen erörterte zweite *Bevin*-Plan über ein föderalistisches Deutschland liegt in seinem endgültigen Entwurf vor.[3] Dieser Plan, der noch nicht veröffentlicht ist, wurde von dem führenden Deutschlandsachverständigen des Foreign Office R.A.B. *Burrows* zur Konferenz mitgebracht. *Burrows* wird als erster Sachverständiger der britischen Delegation *Bevin* laufend beraten. Das Deutschland-Problem dürfte frühestens in der zweiten Hälfte der Pariser Beratungen besprochen werden. Nach weiter vorliegenden amerikanischen Meldungen beschränkt sich der Föderativ-Plan *Bevins* nicht nur auf die Neugliederung der britischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, sondern erfaßt die künftige Struktur des gesamten deutschen Staatsgebietes. Im einzelnen, so sagt die „New-York Times", sollen nach *Bevin* fünf deutsche Bundesstaaten unter der Kontrolle der Sowjetunion, vier unter der Kontrolle Großbritanniens, drei unter der Amerikas und einer unter französischer Kontrolle gebildet werden.[4] Die verfassungsmäßigen Einzelheiten dürften der Diskussion der Außenminister vorbehalten bleiben, sie sind noch keines-

1 Eine weitere Mitteilung des Informationsdienstes zu diesem Thema wurde am 26. 6. 1946 verbreitet (HStA Düsseldorf, NW 53–716).

2 Zur Pariser Außenministerkonferenz vgl. Anm. 7.

3 Zu den Nachrichten über einen „neuen" *Bevin*-Plan Anfang Juni 1946 vgl. Nr. 144 mit Anm. 2.

4 Nach einem Bericht des Legationsrats a.D. *Budde* vom 10. 7. 1946, dessen Informationen teilweise auf einem Artikel von Edgar *Stern-Rubarth* im „Daily Telegraph" vom 25. 6. 1946 beruhen, sollten lediglich 9–10 Länder geschaffen werden, davon drei in der britischen Zone (BA Koblenz, NL Pünder 228); zum Artikel von *Stern-Rubarth* vgl. auch den Informationsdienst des Zonenbeirats vom 26. 6. (wie Anm. 1).

wegs endgültig formuliert.[5] Es wird weiter bekannt, daß die Sowjetunion und Frankreich von dem *Bevin*-Plan in Kenntnis gesetzt worden sind, nachdem ein enger Kontakt in dieser Frage zwischen Washington und London hergestellt war. Diese Feststellung ist insofern wichtig, als weder die Sowjetunion noch Frankreich vor die vollendete Tatsache eines englisch-amerikanischen Blocks in der Deutschlandfrage gestellt werden. Der *Bevin*-Plan ist kein gemeinsamer englisch-amerikanischer Vorschlag, wohl aber kann gesagt werden, daß der englische Vorschlag die amerikanische Unterstützung finden wird. Wenn der USA-Außenminister *Byrnes* eine Festlegung der amerikanischen Außenpolitik auf den *Bevin*-Plan dementierte,[6] so deshalb, weil *Bevin* der Autor des Planes ist und die USA-Regierung sich noch nicht entschied, auf eine weitere eigene Initiative zu verzichten. Sachlich stimmt aber die USA-Politik mit dem Rahmen des *Bevin*-Planes überein: die amerikanischen Behörden haben bekanntlich ihre Besatzungszone in Deutschland bereits nach dem föderalistischen Prinzip organisiert. Von russischer und französischer Seite sind Vorschläge über die Lösung des Deutschland-Problems und die Methode seiner Behandlung auf der Pariser Konferenz nicht eingegangen, hinsichtlich des Rhein-Ruhr-Gebietes steht jedoch der *Bidault*-Plan immer noch zur Diskussion.

Für den ersten Teil der jetzigen Pariser Konferenz sind Überraschungen hinsichtlich der Deutschland-Frage nicht zu erwarten, im übrigen aber wird dieses Problem als die Schicksals-Frage der weiteren Zusammenarbeit der Großmächte angesehen.[7]

5 Zur Verfassung bemerkt *Budde* (wie Anm. 4), der *Bevin*-Plan sehe eine ziemlich lockere Föderation von deutschen Gebietsstaaten vor; die Bundesgewalt solle unter die Kontrolle der Vereinten Nationen gestellt werden; eine bundeseinheitliche Regelung sei auf den Feldern Wirtschaft, Währung, Verkehr und Rechtspflege vorgesehen.

6 Vgl. hierzu Nr. 165.

7 Auf der Pariser Konferenz, die sich vom 10.-12. Juli der Deutschlandfrage zuwandte, wurde der Plan *Bevins* zur Schaffung eines deutschen Bundesstaates so gut wie nicht erörtert; dies lag daran, daß Außenminister *Molotow* eingangs der Debatte am 10. 7. 1946 die Möglichkeit einer föderalistischen Gestaltung Deutschlands scharf zurückwies; daraufhin konzentrierte sich *Bevin* im wesentlichen auf die Frage der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit; Druck der Rede *Molotows*: K.-J. RUHL, 1982, Nr. 152 und Nr. 181; vgl. auch: H. GRAML, 1983, S. 358–363; J. FOSCHEPOTH, 1985, S. 69–73.

168.

21. 6. 1946: Wortprotokoll der Sitzung des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz (Auszug)

Landtagsarchiv NRW, A 09010/6/1.

[...][1]

Punkt 2: Länderreform in der britischen Zone

[Oberpräsident DR. LEHR]: Die Frage der Verfassungs- und Länderreform ist seit Beginn des Jahres in Fluß gekommen, und besonders dann, als die erste Stellungnahme der Vertreter der Regierung und des neugegründeten Länderrates in Süddeutschland

1 TOP 1: Ernährungslage.

stattfand. Es war die Tagung in Stuttgart, über die ich bereits im einzelnen berichtet habe.[2] Ich verweise auch auf die vorangegangene Außenministerkonferenz in Paris und auf die gegenwärtig dort stattfindenden Verhandlungen, bei welchen die Deutschlandfrage an der zweiten Stelle steht und wohl augenblicklich erörtert wird, und schließlich verweise ich Sie auf die bedeutsamen Ausführungen, die das englische Unterhaus am 4. und 5. Juni auf seiner Tagung verlautbart hat.[3] Wir haben auch dem Hauptausschuß des Provinzialrates am 7. Juni diese Frage in großen Zügen unterbreitet und der Hauptausschuß hat einstimmig folgende wesentlichen Punkte gutgeheißen: (werden vorgelesen).[4]

Mit Rücksicht darauf, daß diese Verhandlungen zur Zeit in Paris im Gange sind, möchte ich Ihnen empfehlen, von einer Erörterung im einzelnen heute möglichst Abstand zu nehmen und erst dann erneut die Angelegenheit in Angriff zu nehmen, wenn in den nächsten Wochen die Ergebnisse der Pariser Beratungen uns bekannt werden. Es ist dann aber notwendig, daß der Provinzialrat seine Stimme erhebt, damit der Zonenbeirat, der ja aufgefordert ist, ein Gutachten, ein Mehrheitsgutachten sowie ein Minderheitsgutachten zur Verfassungs- und Länderreform zu geben,[5] durch seine rheinischen Vertreter entsprechend unterrichtet wird über das, was uns nottut. Ich habe aus den bisherigen Fühlungnahmen noch keineswegs den Eindruck bekommen, daß man überall begriffen hat, daß hier an Rhein und Ruhr nicht nur das Herzstück der britischen Zone ist, sondern daß hier das Herzstück ist, das für den Aufbau von ganz Europa von Bedeutung ist. Und diese Provinz, die heute um die Hälfte und mehr verkleinert worden ist, hat dabei die größte Bevölkerungsdichte. Es ist notwendig, daß diesen besonderen Verhältnissen hier an Rhein und Ruhr bei der zukünftigen Gestaltung der Länder Rechnung getragen wird. Ich weiß noch nicht, wie im einzelnen das Gesicht der künftigen Nord-Rheinprovinz aussehen wird, oder wie dieses Land später heißen wird. Aber wir haben aus den betrüblichen Vorkommnissen der letzten Wochen und Monate, aus den Ernährungsschwierigkeiten, gesehen, daß es ein Krisenherd erster Ordnung ist, wenn man ausschließlich schwerindustrielle Gebiete für sich allein nimmt und unter besondere Gesetze und besondere Satzung stellt. Wir brauchen auch eine weiträumige Linie und wir brauchen auch ein agrarisches Hinterland, damit eine gewisse Krisenfestigkeit für uns erreicht wird. Ich möchte auch auf die Verhandlungen hinweisen, die am 13. und 14. in Bad Godesberg stattfanden in Sachen des Rechts- und Verfassungsausschusses und des Hauptausschusses des Zonenbeirats.[6] Auch dort war man einmütig der Auffassung von der Notwendigkeit der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Das ist eben für uns die Voraussetzung. Der zweite wesentliche Grundgedanke, der auch einstimmig dort festgelegt worden ist, ist der Gedanke des Fortfalles der Zonengrenze. Wir können hier an Rhein und Ruhr nur betonen, daß auch eine nur vorläufige Loslösung der Gebiete an Rhein und Ruhr aus dem Gesamtkörper des Deutschen Reiches von verhängnisvollen Folgen für unser deutsches Volk sein würde. Ja ich bin der Auffassung, daß es ein Schlag gegen den Lebensnerv des deutschen Volkes sein würde und daß darüber hinaus die Wiederaufrichtung Europas schwer gefährdet würde, wenn man die Wirtschaft an Rhein und Ruhr aus dem Gesamtkörper der deutschen Wirtschaft herauslösen würde. Ich möchte Sie

2 Vgl. hierzu Nr. 72 mit Anmerkungen.

3 Vgl. Nr. 144 mit Anm. 3 und Nr. 167.

4 Vgl. Nr. 151.

5 Vgl. Nr. 147.

6 Vgl. Nr. 161a.

bitten, vielleicht noch zu einigen Grundgedanken das Wort zu nehmen, aber doch auf eine Erörterung im einzelnen heute noch möglichst zu verzichten.

Zwischenruf DR. ADENAUER: Ich schlage vor, daß wir einstimmig zustimmen.

Oberpräsident DR. LEHR: Vielleicht können in Anlehnung an das, was der Hauptausschuß gesagt hat, folgende Gedankengänge von Ihnen einstimmig gutgeheißen werden. Der Rheinische Provinzialrat spricht sich in Übereinstimmung mit der Entschließung des Hauptausschusses vom 7. Juni 1946 dafür aus, das folgende Gesichtspunkte für die bevorstehende territoriale und verwaltungsmäßige Neugliederung Deutschlands Berücksichtigung finden (werden verlesen).[7]

GÖRLINGER: Das ist alles noch in Fluß und muß sehr wohl abgewogen werden. Ich glaube, wir werden in der nächsten Zeit sehen, wieweit wir in dieser Sache handelnd eingreifen können und wieweit wir nur Objekt sind. Wir wollen Dinge verhindern, die wir nicht für richtig halten. Ich glaube, daß wir uns auf diese Formel festlegen können.

Oberpräsident DR. LEHR: Ich stelle fest, daß es einstimmig angenommen ist.[8] Einer der Herren Vorredner verwies darauf, daß im Augenblick Baufacharbeiter auch auf dem Gebiet der Nord-Rheinprovinz in stärkerem Maße zu auswärtigen Arbeiten herangezogen werden, und ich verweise Sie wiederum auf einen wunden Punkt und Fehler in unserer gegenwärtigen Verwaltungsorganisation. Die Landesarbeitsämter stehen im Augenblick außerhalb der Provinzial-Regierung, und ich halte es für grundfalsch, daß man die Landesarbeitsämter außerhalb der Länder- und Provinzregierungen stellt. Es ist doch praktisch unmöglich, über wirtschaftliche Fragen gleich welcher Art, mögen sie Bergbau, Landwirtschaft oder sonst etwas betreffen, Beschlüsse zu fassen, wenn man nicht über die Arbeitskräfte beschließen kann und selbst die Unterlagen zur Hand hat. Die Abteilung Arbeit, die früher uns angegliedert war,[9] gehört notwendigerweise in die Regierung hinein und Sie selbst werden den Wunsch haben, die parlamentarische Kontrolle über den Arbeitseinsatz auszuführen. In dieses Facharbeiterproblem bin ich praktisch nicht in der Lage einzugreifen.

PROFESSOR KONEN: ist nicht zu verstehen, macht eine Bemerkung.

Oberpräsident DR. LEHR: Der Militärregierung schwebt eine Dreigliederung vor, und zwar 1. handelt es sich um solche Gebiete, die zentral geleitet werden, mit eigenem Unterbau das weitere verwalten. Das ist zum Beispiel die Bahn, die Post, die Telegraphie, aber auch die Arbeit. 2. Einrichtungen, die Zentralstellen haben, auch zentral Anweisungen haben, aber sich in ihrem Unterbau der regionalen Instanz bedienen, wie die Landwirtschaft, die zentrale Weisungen gibt, sich aber regionaler Stellen bedient. Auch die Wirtschaft. Dasselbe ist beim Verkehr zu verlangen. Da werden Sie auch noch sehr lebendige Wünsche haben. Das sind so einige Gebiete. Und meiner Meinung nach gehört Arbeit in diese Gruppe hinein. Die dritte Gruppe ist die, die bei der Länderregierung bleibt und dort allein, nicht zentral verwaltet wird.

GÖRLINGER: Wir können den Herrn Oberpräsidenten nur unterstützen. Es ist notwendig, auch über die örtlichen Instanzen eine Verbindung zu schaffen. Wie sollen wir

7 Entsprechend der Entschließung des Hauptausschusses vom 7. 6. 1946 (Nr. 151).

8 Die Entschließung wurde am 6. 7. 1946 von *Lehr* der Militärregierung Nord-Rheinprovinz zugeleitet (HStA Düsseldorf, NW 53–363).

9 Hierzu Nr. 65.

unsere Städte aufbauen, wenn wir keinerlei Verbindung haben zu den Arbeitskräften. Wir sollten uns gegenseitig unterstützen und diesen Wunsch immer wieder zum Ausdruck bringen.

Oberpräsident DR. LEHR: Wäre es vielleicht möglich, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, den Sie in bezug auf die Arbeit fassen wollen. Vielleicht setzen sich die Herren *Konen* und *Görlinger* zusammen und arbeiten ihn aus.

DR. BURGHARTZ: Tausende von Flüchtlingen strömen zu uns herein, die nicht untergebracht werden können. Könnte man nicht dafür sorgen, daß alle die Ostflüchtlinge, die noch keine Heimat haben, in Hamburg eingesetzt werden. Wenn sie dem Handwerk angehören, sollten sie in erster Linie in Hamburg eingesetzt werden.

[...][10]

10 TOP 3: Besondere Notlage der Stadt Köln; TOP 4: Haushaltsplan 1946.

169.

24. 6. 1946: Ansprache von Oberpräsident Amelunxen auf einer Pressekonferenz der Provinzialregierung Westfalen[1]

HStA Düsseldorf, NW 22–1261.[2] Druck.

Die Frage der gebietsmäßigen Neugliederung innerhalb der britischen Zone wird in absehbarer Zeit ihrer Lösung entgegengeführt. Das ist eine Notwendigkeit, weil ohne eine Lösung dieser Frage die verfassungsmäßige Gestaltung der verschiedenen Gebietsteile nicht geregelt werden kann. Außerdem kann auch, bevor die Neugliederung nicht feststeht, die aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und Kostenersparnis unter allen Umständen zu fordernde Verwaltungsreform nicht durchgeführt werden.

Wir in Westfalen haben es bisher bewußt vermieden, in Landkartenmalerei und Verwaltungsexperimente zu machen. Statt dessen haben wir uns bemüht, alle Verwaltungsaufgaben organisatorisch in der Provinzialregierung zusammenzufassen und möglichst alle Aufgabengebiete unter demokratischer Kontrolle zu lassen. Wir wollen auch die zahllosen Denkschriften, die über die Neugliederung des künftigen Reiches verfaßt und verbreitet wurden, nicht um eine weitere Denkschrift vermehren, zumal weithin die

1 Der Entschluß *Amelunxens*, den Anspruch auf ein eigenständiges Westfalen in der Öffentlichkeit vorzutragen, wurde vor allem dadurch bekräftigt, daß die westfälische Militärregierung am 17. 6. 1946 überraschend die schon im Mai kurzzeitig gültige Anweisung zur Umwandlung der Provinz in ein Land wieder vorlegte (vgl. hierzu Nr. 107 mit Anm. 2); die Ansprache des Oberpräsidenten wurde in der westfälischen Presse ausführlich kommentiert bzw. in längeren Auszügen wiedergegeben („Freie Presse" vom 26. 6. 1946; „Westfälische Rundschau" vom 26. 6. 1946; „Neue Westfälische Zeitung" vom 28. 6. 1946; „Westfalen-Zeitung" vom 28. 6. 1946); vgl. zur Wertung: K. TEPPE: Besatzungsregiment, 1983, S. 322; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 209; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 112.

2 Weitere Exemplare: ACDP, III-002–270; Bundestag ParlA, 1–147; HStA Düsseldorf, NW 318–183; ebd., NW 318–182; StBKAH, 08.20.

Neigung besteht, neue Denkschriften, die mit der anstehenden Frage sich befassen, überhaupt nicht mehr zu lesen. Grundsätzlich bin ich der Meinung, daß in der Frage der territorialen Neugliederung, also der Frage, in welchem landschaftlichen Verband unsere westfälischen Menschen und Familien künftig ihr Gemeinschaftsleben gestalten und leben wollen, die Ansicht der Bevölkerung entscheidend sein muß. Das verlangt die Demokratie. Die Ansicht der Bevölkerung wird aber unter den gegebenen Verhältnissen in erster Linie repräsentiert durch die politischen Parteien. Infolgedessen werden, wenn die Militärregierung, wie ich überzeugt bin, uns das Recht zugesteht, die Neugliederung bestimmend zu beeinflußen, die politischen Parteien in erster Linie zu befragen sein. Andererseits wird man alle Gutachten, die von Experten der Verwaltung und Wirtschaft erstattet werden, genau prüfen, aber dabei immer berücksichtigen müssen, daß all diese Sachverständigen das Problem von ihrem engeren Sachverständigenhorizont aus sehen. Verwaltung und Wirtschaft dürfen in dem neuen Volksstaat, den wir aufbauen wollen, nicht entscheidend sein. Die Festlegung der großen Richtlinien für Verwaltung und Wirtschaft liegt im Rahmen der von der Militärregierung gegebenen Freiheit ausschließlich bei der Politik. Die heutigen Regierungschefs innerhalb der britischen Zone, die ernannt und nicht durch eine Wahl des Volkes auf ihre Sessel gesetzt wurden, sind insoweit legitimiert, als ihre Auffassung die Auffassung der Bevölkerung der jeweiligen Gebietsteile wiedergibt. Die Regierungschefs können die Auffassung der Bevölkerung heute feststellen durch eine Befragung der innerhalb der britischen Zone überall ernannten Provinzialräte, in der die politischen Parteien vertreten sind und die, wenn sie vom Volk auch noch nicht gewählt wurden, einen einigermaßen zuverlässigen Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung darstellen.

Die ehemaligen preußischen Provinzen sind, weil Preußen tot ist, keine Provinzen mehr. Es sind Gebietsteile, die, soweit sie innerhalb der britischen Zone sich befinden, durch Provinzialregierungen ländermäßig verwaltet werden, wobei die Hoheitsrechte bei der Militärregierung liegen. Diese Gebietsteile müssen über kurz oder lang eine verfassungsmäßige Verwaltungsform finden, die, wenn nicht alle Zeichen trügen, die Länderform[3] sein wird. Ob die Zahl der Länder eine sehr große, eine größere oder eine kleine sein soll, das wird in Kürze im Zonenbeirat in Hamburg, der von der Kontrollkommission um einen Vorschlag für die Länderreform gebeten wurde,[4] geprüft werden.

Die zu bildenden Länder dürfen nicht zu klein sein. Das verlangt der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung. Die zu bildenden Länder dürfen auch nicht zu groß sein, damit kein Übergewicht einzelner Länder entsteht und kein Land im Laufe der Entwicklung in die Versuchung gerät, nach Eigenstaatlichkeit zu streben und von der als Verkörperung der politischen Einheit erstrebten Reichszentrale sich unabhängig zu machen. Das heutige Westfalenland mit rund 20000 qkm und rund 6 Millionen Einwohnern ist weder zu groß noch zu klein. Gebietsmäßig und bevölkerungsmäßig entspricht es den Forderungen, die vom Standpunkt der Demokratie sowohl wie von dem der Verwaltungspraxis und Verwaltungsreform zu stellen sind.

Wir in Westfalen haben für die kommende gebietsmäßige Neugestaltung, die wir uns als Neugliederung des gesamten deutschen Raumes und nicht allein der britischen Zone denken und wünschen, nur e i n e Forderung, die wir mit der uns eigenen Hartschädelig-

3 Korrigiert aus „Länderreform".

4 Vgl. Nr. 147.

keit bis zum letzten vertreten werden. Wir wollen, daß das Westfalenland ungeteilt bleibt. Das fordern wir aus stammesartlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen.[5] Das Westfalenland ist kein künstlich zusammengeballtes Gefüge. Es ist natürlich gewachsen. Es gibt ein Westfalenbewußtsein. Seit den Anfängen der deutschen Geschichte ist der Raum Westfalen ein stammesmäßig feststehender Begriff. Infolgedessen würde die westfälische Bevölkerung jede Abtrennung einzelner Teile Westfalens als eine Vergewaltigung ihrer Heimat betrachten. Dementsprechend hat der Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats in seiner Sitzung am 3. d. Mts. einstimmig den Standpunkt vertreten, daß Westfalen, Lippe und einige kulturell und wirtschaftlich nach Westfalen tendierende Randgebiete zusammengehören.[6] Seitdem dieser Beschluß durch die Presse der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, sind bei der westfälischen Provinzialregierung aus weiten Kreisen der Bevölkerung Westfalens Zustimmungserklärungen eingetroffen, in denen immer wieder der unbeugsame Wille der westfälischen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, ungeteilt zu bleiben.[7]

Von Hannover, wo der kühne Plan der Bildung eines großen Landes Niedersachsen besteht, wird das Verlangen gestellt, die westfälischen Kreise Minden, Lübbecke, Bielefeld, Herford, Halle und Tecklenburg aus Westfalen herauszubrechen und diese Kreise Hannover einzuverleiben. Dieses Verlangen weisen wir mit Energie zurück. Die genannten Kreise sind uraltes westfälisches Land und gehören stammesmäßig, geschichtlich und kulturell, wirtschaftlich und verkehrsmäßig eindeutig zu Westfalen, Insbesondere sind die organisatorischen Verflechtungen, in denen die genannten Kreise mit dem Raum Niedersachsen stehen, ungleich dünner als die entsprechenden Verflechtungen innerhalb des westfälischen Raums.

Der Anspruch, den Hannover auf das Land Lippe stellt, wird wohl von dem Lande Lippe aus selbst zurückgewiesen werden. In allen einsichtigen Kreisen in Lippe besteht die Auffassung, daß das Land zur Durchführung größerer Verwaltungsaufgaben zu klein ist und daher auf bestimmten Gebieten Anlehnung an ein größeres Verwaltungsgebiet finden muß. Diese Anlehnung, namentlich auf dem Gebiet der Ernährung, der Wirtschaft und des Verkehrs, besteht seit längerer Zeit zwischen Lippe und Westfalen, und zwar mit bestem Erfolg. In welcher Form das Land Lippe schließlich in einen weiteren Gebietsrahmen einzugliedern wäre, wird in erster Linie die lippische Bevölkerung zu bestimmen haben. Wenn jedoch die verehrten Eroberungspolitiker Hannovers behaupten, das wirtschaftliche und soziale Gesicht Lippes sei weitgehend nach Hannover orientiert, so weisen wir von Westfalen aus darauf hin, daß Lippe 60 Prozent seiner Möbel, 70 Prozent seiner Glaswaren, 75 Prozent des Bauholzes und 90 Prozent des Grubenholzes nach dem Westen abgibt, während Lippe vom Westen her mit Kohlen und Koks, Strom und Gas, Halbzeug und Maschinen beliefert wird. Diese wirtschaftlichen Wechselbeziehungen prägen sich auch stark in dem Straßenverkehr und Eisen-

5 Die im folgenden vorgebrachten Argumente und Angaben zugunsten der Einheit Westfalens (unter Einschluß angrenzender Gebiete) wurden von Regierungsrat *Schilling* in einem Entwurf vom 19. 6. 1946 für *Amelunxen* zusammengestellt (Durchschlag: Archiv des LWL, II K 265).

6 Vgl. Nr. 141.

7 Im Entwurf *Schillings* (wie Anm. 5) wird hier auf Resolutionen örtlicher Zentrumsorganisationen (Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Bottrop) hingewiesen; bereits am 4./5. 6. 1946 hatte sich die Zentrumspartei von Warendorf, Steinfurt bzw. Ochtrup beim Oberpräsidenten für ein ungeteiltes Westfalen eingesetzt (Landtagsarchiv NRW, A 10303/1–3).

bahngüterverkehr aus, die von Lippe, dessen Grenzen zu 75 Prozent an Westfalen angrenzen, fast ganz nach dem Westen orientiert sind.

Wir hegen von Westfalen aus keine Eroberungspläne. Jedoch sind in der allerletzten Zeit aus mehreren Kreisen in Hannover und Oldenburg Beschlüsse zu uns gelangt, in denen einstimmig der Wille der dortigen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, in den westfälischen Raum wieder eingegliedert zu werden. Solche Beschlüsse liegen vor vom Kreistag des Kreises Lingen vom 4. d. Mts., vom Kreistag des Kreises Meppen vom 7. d. Mts., vom Kreistag des Kreises Cloppenburg vom 4. d. Mts. und vom Hauptausschuß des Kreises Vechta vom 7. d. Mts.[8] Angesichts dieses eindeutigen Volkswillens in den genannten Teilen von Hannover weisen wir darauf hin, daß nicht nur die Kreise Lingen und Meppen, sondern der ganze Regierungsbezirk Osnabrück aus stammesartlichen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gründen eher zu Westfalen als zu Hannover gehört. Und die Wünsche der Bevölkerung in den Kreisen Vechta und Cloppenburg sind um so verständlicher, als das aus den genannten Kreisen bestehende „Oldenburger Münsterland", ebenso wie der ganze Regierungsbezirk Osnabrück bis zum Beginn des vorigen Säkulums immer zu Westfalen gehört hat. Wenn es heute auch schon mehr denn ein Jahrhundert dem Lande Oldenburg zugehört, so hat es seine engen wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen und kulturellen Verbindungen mit Westfalen doch stets aufrechterhalten.

Wir in Westfalen lassen uns bei all diesen Fragen von ganz großen Gesichtspunkten leiten. Wir denken an Gesamtdeutschland. Wir halten es daher auch für selbstverständlich, daß das Ruhrgebiet politisch bei Deutschland bleibt. 60 Prozent der Bevölkerung des Ruhrgebietes leben auf der roten Erde, und 70 Prozent der Kohlenförderung des Ruhrgebiets liegen im westfälischen Raum. Wir Westfalen sind also am Ruhrgebiet so stark interessiert wie keiner sonst. Daß die Wirtschaft des Ruhrgebiets streng kontrolliert werden muß, ist auch eine unabdingbare Forderung unsererseits.

Die gegenwärtigen Erörterungen über die territoriale Neugliederung erinnern an jene Jahre vor der Hitlerzeit, in der die Länderreform leidenschaftlich beraten und schließlich komplett zerredet wurde.[9] Viele glauben, dort, wo man einst stehen blieb, wieder anknüpfen und die alten strittigen Begriffe wieder hervorzaubern zu können. Das jetzt in Anbetracht unserer Notlage unbedingt zu erreichende Ziel einer sinnvollen Neugliederung des deutschen Raumes wird um so leichter und friedlicher erreicht werden, je mehr alle beteiligten Kreise sich Mühe geben, bei allen Plänen, Vorschlägen und Erörterungen die alten, teilweise zu hart umkämpften Schlagworten gewordenen Begriffe Zentralismus und Föderalismus, Unitarismus und Partikularismus zu meiden.

8 Vgl. Nr. 156 mit Anm. 2; die Resolution des Kreises Vechta stammt allerdings vom 27. 5. 1946.

9 Zur Frage der Länderreform in den 20er/30er Jahren vgl. H.G. STEINBERG: Reichsreform, 1971, S. 101–126.

170.

24. 6. 1946: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler, an den SPD-Parteivorstand (Hannover)

Stadtarchiv Dortmund, Best. 454 Nr. 4. Durchschlag.

Werte Genossen!

Ich halte für dringend erforderlich, daß in der Partei eine Klärung herbeigeführt wird, wie innerhalb der einzelnen Zonen die Verwaltungsgestaltung erfolgen soll. Der Vorstand der Partei muß m.E. dazu Stellung nehmen, da die Auffassung über diese Frage noch sehr verschieden ist. Zum Teil greift auch der Artikel „Deutschland und seine Länder" von dem Genossen Dr. *Schumacher*, dem ich im großen und ganzen zustimme, dieser Klärung voraus.[1] Ich habe den Eindruck, daß Genosse *Schumacher* sich in dieser Frage zu stark beeinflussen läßt von Genossen, die die Dinge sehr einseitig nur unter dem Gesichtspunkt der Länder-Interessen sehen. Ich bin mit ihm der Auffassung, daß die Entwicklung zu einem einheitlichen Reichsganzen nicht gefährdet werden darf. Ich sehe aber eine solche Gefährdung vielmehr in einer starken Ausweitung der Länderrechte als wie in der Einrichtung einer Zonenverwaltung.[2] Letztere läßt sich bestimmt viel leichter wieder aufheben als eine Einschränkung der Länderrechte vorgenommen werden kann. Wir haben im Zonenbeirat ja auch den Beschluß gefaßt, daß die einzelnen zonalen Verwaltungen Organe des Zonenbeirats sein sollen.[3] Die vom Genossen *Schumacher* vorgeschlagene Koordinierung stellt aber m.E. keine so große zentrale Kraft dar, wie sie notwendig ist. Ich fürchte, daß wir zu einem Zustand kommen, der in den Ländern starke autarke Bestrebungen begünstigen wird, und während wir für die Aufhebung der Zonengrenzen plädieren, helfen wir mit, noch innerhalb der einzelnen Zonen Grenzen herauszubilden, die politisch und wirtschaftlich die Einheit gefährden. Ich will auf einzelne Beweisführung hier verzichten. Es genügt für die Begründung meines Wunsches der Hinweis, daß eine einheitliche Auffassung in der Partei über diesen Frage-Komplex noch nicht besteht. In zwei Parteikonferenzen[4] im westfälischen Bezirk ist diese Frage von uns erörtert worden und Genosse Dr. *Menzel* wird bestätigen müssen, daß eine ziemlich einheitliche Auffassung in Richtung meiner Beurteilung bestand. Ich halte die Klärung für dringlich, weil ich vermieden sehen möchte, daß wieder, wie bei den Verhandlungen in Godesberg,[5] bei künftigen Sitzungen im Zonenbeirat verschiedene Auffassungen von Sozialdemokraten geäußert werden. Ich hatte erwartet, daß schon die erste Sitzung des Vorstandes der Partei zu dieser Frage Stellung nimmt. Das Versäumnis muß bald nachgeholt werden.

Mit besten Grüßen!

H[enßler]

---

1 Siehe Nr. 172; *Henßler* muß der Artikel bereits vor seinem Erscheinen in der „Welt" am 25. 6. 1946 vorgelegen haben.

2 Auf die Gefahr einer autarken „Zonenregierung" hatte insbesondere *Menzel* in seiner Denkschrift vom 6. 5. 1946 hingewiesen (vgl. Nr. 103: Pkt. 8).

3 Sitzung des Zonenbeirats am 2./3. 5. 1946; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 19, S. 459.

4 Unterlagen über diese Konferenzen konnten nicht ermittelt werden.

5 Vgl. Nr. 161a.

171.

24. 6. 1946: Der Superintendent der Evangelischen Kirche von Westfalen, Kunst (Bielefeld), an Landesrat Naunin

Archiv des LWL, NL Salzmann 12. Ausfertigung. Unterschrift und Vermerke Naunins. Unterschrift und hs. Vermerk Zuhorns: „mit Danksagung zurück".

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Ich bin Ihnen aufrichtig dankbar für die Übersendung des von der Provinzialverwaltung herausgegebenen Werkes „Der Raum Westfalen".[1] Ich habe in ihm mit Gewinn gelesen und freue mich, eine solch sorgfältige und umfassende Arbeit ständig in der Führung meines provinzialkirchlichen Amtes zur Verfügung zu haben.

Mit Ihnen sind wir in der Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen der Meinung, daß Westfalen unter allen Umständen in seinem bisherigen Bestand erhalten bleiben muß. Wir haben uns deshalb entschlossen, mit einem ausführlich begründeten Votum an die Militärregierung heranzutreten und um Berücksichtigung unserer Anliegen zu bitten.[2] Wir beabsichtigen auch, mündlich die Angelegenheit bei der Militärregierung zur Sprache zu bringen. Ich wäre Ihnen nur dankbar, wenn Sie Propst *Funcke* oder mich wissen ließen, welche Schritte Sie unter Umständen außerdem noch für notwendig hielten.[3]

Mit verbindlicher Empfehlung
bin ich Ihr sehr ergebener
Kunst

1 Zum „Raumwerk" vgl. Nr. 64, Anm. 1.

2 Unterlagen hierzu konnten im Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen nicht ermittelt werden.

3 Weitere Kontakte zwischen der westfälischen Provinzialverwaltung und der Landeskirchenleitung lassen sich nicht belegen.

172.

25. 6. 1946: Artikel des 1. Vorsitzenden der SPD Deutschlands, Schumacher, in der Zeitung „Die Welt"[1]

Druck: „Die Welt" vom 25. 6. 1946.

Deutschland und die deutschen Länder

Eine Stellungnahme zur politischen Neugestaltung
der britischen Zone

Die Sozialdemokratie hat als erste politische Partei die Erhaltung Deutschlands als eines staatlichen, nationalen und wirtschaftlichen Ganzen auf ihre Fahne geschrieben. Sie hat

1 Vgl. zur bisherigen Beurteilung des Artikels: K. ZUHORN, 1955, S. 120; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 547f; W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 157f; P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 209.

dabei von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Entwicklung Deutschlands nicht zum wenigsten von seiner neuen inneren Organisation abhängig werden wird.

Seitdem hat in den verschiedenen Zonen eine verschiedenartige Entwicklung eingesetzt. In der amerikanischen und sowjetischen Zone ist man mit einem gewissen Schwung zu vorläufigen Resultaten gelangt, die allerdings korrigierbar und bei näherem Hinschauen auch korrekturbedürftig sind. In der britischen Besatzungszone, in der bisher die Dinge am wenigsten geklärt sind, ist erst jetzt die Diskussion in Fluß gekommen.

Es ist erfreulich, daß überall mehr oder weniger deutlich der Gedanke durchklingt, daß die Schaffung von Ländern als Bausteine für die Errichtung eines höheren nationalen und staatlichen Ganzen[2] sich nicht auf die Zonen beschränken und durch die Zonen bestimmen lassen dürfe. Mit anderen Worten: es wird jetzt an der Zeit, daß die Sieger den Deutschen sagen, wie weit sich ihr Gebiet ausdehnen soll. Ferner muß von vornherein klar ausgesprochen werden, daß die zukünftigen deutschen Länder nicht durch die momentanen Zonengrenzen bestimmt werden können. Beispiele dafür ließen sich u.a. aus Württemberg-Baden und aus den Rheinlanden herleiten.

Es hat in der britischen Zone überrascht, daß der Beginn der öffentlichen Diskussion durch den Ministerpräsidenten eines Landes der amerikanischen Zone eingeleitet worden ist.[3] Es ist nicht das Motiv einer Konkurrenz der Zonen untereinander, das uns diesen Gedanken aussprechen läßt, sondern der Wunsch, daß nicht die augenblicklich in einer Zone herrschende Ländereinteilung schematisch auf andere Zonen übertragen wird, denn in Wahrheit gibt es nirgends etwas Definitives.

Ein solcher Schematismus blickt uns aus dem Artikel Professor *Geilers*, des hessischen Ministerpräsidenten, in mehrfacher Hinsicht entgegen. Die amerikanische Besatzungszone ist in drei Länder eingeteilt. Er macht nun den Vorschlag, die an Volkszahl beträchtlich größere britische Besatzungszone ebenfalls einfach in drei Länder zu gruppieren. Ohne Zweifel hat die amerikanische Konstruktion sehr vieles für sich, aber ebenso zweifelsfrei ist, daß dort zwei verhältnismäßig recht kleine Länder einem übergroßen Land gegenüberstehen. Die Größe der Länder aber dürfte für die Entwicklung des Inhalts der Rechte und der Zuständigkeiten der Länder wie eines künftigen übergeordneten Reichs von entscheidender Bedeutung sein.

Wir wünschen keine Zonenländer, d.h. keine Zonen, die derartig fest zusammengeschweißt sind, daß sie ein Land darstellen. Wir halten jede Begründung solcher Objekte für falsch und verderblich, mögen sie aus dem Blickwinkel der zentralen Zonenverwaltungen oder der kleineren Verwaltungseinheiten, etwa der Regierungspräsidien, kommen. Dann würde ganz Deutschland in vier Länder zerfallen, die, abgesehen von ihrer ungleichen Größe und Bedeutung, auch mancherlei andere Gefahrenherde in sich bergen, vor allem aber die Entwicklung zu einem einheitlichen Reichsganzen gefährden würden.[4] Wenn also Länder, die kleiner als Zonen sind, in der Periode der Entwicklung

2 Vgl. zur Genese dieser Formulierung Nr. 72, Anm. 2.

3 *Schumacher* bezieht sich hier auf einen Artikel des hessischen Ministerpräsidenten *Geiler* in der „Welt" vom 12. 6. 1946 (vgl. zum Inhalt die folgenden Ausführungen *Schumachers*); die Aussage des SPD-Vorsitzenden, mit diesem Artikel sei die öffentliche Diskussion in der britischen Zone eingeleitet worden, trifft allerdings nicht zu; bereits nach dem Bekanntwerden des Observer-Artikels vom 12. 5. 1946 wurde die Neugliederungsfrage immer wieder in Pressekommentaren und -berichten behandelt (vgl. z.B. auch Nr. 158).

4 Vgl. hierzu die abweichende Auffassung *Henßlers* in seinem Schreiben vom 24. 6. 1946 (Nr. 170).

zum Reich hin die Träger der meisten Rechte werden sollen und zum Schluß eine vernünftige, sinnvoll Deutschland und den Interessen der Welt gleich entgegenkommende Gestaltung erfolgen soll, dann muß man sich über die Größe der Länder ebenso klar werden wie über die Faktoren, aus denen heraus sie entstehen sollen. Dabei können gerade die Deutschen nicht genug gewarnt werden vor einer Überschätzung der historischen Momente, die auch jetzt schon wieder im Munde aller Reaktionäre und Interessenten sind.

Kein Appell an gesamtdeutsche Notwendigkeiten hilft darüber hinweg, daß vorläufig zonale Zwischenlösungen gefunden werden müssen. Das gilt auch für die britische Zone. Hier wie überall ist es notwendig, Zwergstaaten oder auch nur Länder vom Umfang und der Tradition des Regierungsbezirkes ebenso zu vermeiden wie übergroße Staaten. Ein solcher übergroßer Staat in der amerikanischen Zone ist Bayern, und seine relative Übergröße hat ja ihre Konsequenzen im Lande selbst wie in dem Verhältnis des Landes zu Deutschland gezeigt. Professor *Geiler* bringt nun den Vorschlag, die britische Zone in drei Länder zu teilen. Einmal eine Art Küstenland Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg mit Ausdehnungschance nach Osten (es gibt auch Varianten dieser Idee mit Ausdehnung nach Westen[5] über Bremen, Oldenburg, Aurich). Zum anderen ein Niedersachsen, dessen Kernstück Hannover und Braunschweig und eventuell die Nordwestküste sein soll. Schließlich ein Land Rheinland-Westfalen. Damit wäre der entscheidende Fehler bereits gemacht.

Das Land Rheinland-Westfalen würde beträchtlich mehr als die Hälfte der Gesamteinwohner der britischen Zone umfassen. In seinem Gebiet würde sich fast die gesamte industrielle Potenz Deutschlands befinden, jedenfalls ihre schwerindustrielle Grundlage. Dieses Land wäre übermächtig gegenüber den beiden anderen Ländern der britischen Zone und würde innerhalb dieser Zone noch mehr Komplikationen erzeugen als etwa Bayern in der amerikanischen Zone. Denn die strammsten Föderalisten pflegen im eigenen Lande die energischsten Zentralisten zu sein. Es wäre bei einer Einteilung Deutschlands in elf oder zwölf Länder, von der jetzt gesprochen wird,[6] von vornherein gegenüber jedem anderen Land im Vorteil, und wenn es einen politischen Sonderakzent zeigen würde, dann würde in manchen Fällen kaum die Gesamtheit der anderen Länder dagegen aufkommen.

Kompliziert wird diese Tatsache noch dadurch, daß die internationale ökonomische Kontrolle des Ruhrgebiets es mit sich bringen kann, daß diesem Land gewisse Sonderrechte völkerrechtlicher Natur, vor allem bezüglich internationaler Abmachungen, gegeben werden könnten. Darüber entscheiden aber nicht die Deutschen, sondern die Siegermächte. Die Schaffung eines einheitlichen Landes Rheinland-Westfalen wäre nationalpolitisch gesehen eine Katastrophe. Darüber hilft ein Übermaß von gesinnungstüchtigen nationalen Vokabeln und Kraftausdrücken im Sinne der Reichswerdung nicht hinweg ebensowenig wie die Berufung auf die Wünsche anderer Länder.

Man muß sich darüber klar sein, daß nicht die derzeitigen Länderchefs die Träger der Länderformung sein dürfen. Die Verantwortung vor der Geschichte werden die politischen Parteien zu tragen haben, und ihnen muß in erster Linie auch die Neugestaltung überlassen bleiben. Sie mögen in dem kommenden Unterausschuß des britischen Zonen-

5 So etwa in der Denkschrift *Lehrs* vom 15. 5. 1946 (Nr. 115).

6 Vgl. Nr. 161a, Anm. 8.

beirates durch den einen oder anderen Vertreter bedeutsamer Interessen ergänzt werden. In keinem Fall aber können, wie es in der amerikanischen Zone ist, die Chefs der Regierungen die Männer sein, die die neuen Länder gestalten. Es ist ein ander Ding, sich um die Betreuung seines eigenen Landes zu bemühen, und wieder eine andere Sache, dieses Land zu einem fördernden Moment in der geschichtlich-politischen Entwicklung für ein kommendes Gesamtdeutschland zu machen. Schließlich darf bei dieser ganzen Diskussion auch nicht übersehen werden, daß sich auch ein neues Deutschland nicht in sich selbst erschöpfen darf. Von vornherein muß als eine deutsche Aufgabe angesehen werden, die Möglichkeiten zur internationalen Kooperation, d.h. konkret gesprochen zu den Vereinigten Staaten von Europa, im Auge zu behalten und zu fördern.

Tatsächlich ist jetzt auch die Aufforderung der britischen Militärregierung, die Länder in der Zone neu zu gestalten, nicht an die Regierungen, sondern an den Zonenbeirat ergangen, der durch einen besonderen Unterausschuß bis zum 30. September seine Gutachten erstatten soll.[7] Wir werden damit rechnen müssen, daß im nächsten Jahr politische Wahlen nicht mehr in den Grenzen der alten Länder und Provinzen, sondern in denen der neuen Länder stattfinden werden, und das ist gut und notwendig so.

Nach 1918 hat wohl eine ganze Anzahl von Leuten, sowohl Sozialdemokraten wie linksstehende Bürgerliche, positive Konzeptionen über eine wirkliche Neugestaltung Deutschlands gehabt.[8] Sie haben sich aber nicht durchsetzen können. Der Egoismus der kleinen Länder war ebenso hartnäckig und penetrant wie die Selbstbehauptung Preußens. Die Parteitaktik aller Richtungen, die auf den verschiedensten Motiven basierte, hinderte die notwendige Neugliederung Deutschlands, die nur auf der Überwindung der Zwergstaaten und der Zerschlagung Preußens beruhen konnte. Daß auf diese Weise zuviel von den Methoden des alten preußischen Obrigkeitsstaates sowie von dem historisch übersättigten Eigendünkel der kleineren Länder im Reich erhalten geblieben ist, kann als eine der Hauptursachen für die Entwicklung zur Katastrophe angesehen werden.

Diesmal soll und muß es anders werden. Für die britische Zone angewandt, würde das bedeuten, daß nicht drei, sondern vier oder fünf Länder notwendig wären. Rheinland und Westfalen müssen politisch und verwaltungsmäßig getrennt bleiben, wobei die Nordrheinprovinz die Chance behalten muß, die in der jetzigen französischen Zone liegenden Regierungsbezirke Koblenz und Trier wieder an sich zu ziehen. Die verwaltungsmäßige Trennung würde die internationale ökonomische Kontrolle in keiner Weise erschweren. Diese Behauptung ist lediglich eine agitatorische Formel der Interessenten. Aber das übergroße Land Rheinland-Westfalen würde das Werden eines Gesamtdeutschlands nicht fördern, sondern entscheidend hindern. Die westfälischen Sozialdemokraten haben sich in ihrer Presse eindeutig in diesem Sinne ausgesprochen.[9] Auch für die britische Zone gilt die Theorie, daß lebensfähige und das Werden Deutschlands fördernde Länder in ihrer Einwohnerzahl zwischen 3 1/2 und 7 Millionen liegen müssen. Was darunter ist, kann sich reaktionär auswirken, was darüber liegt, muß reichsgefährdende Konsequenzen zeitigen.

7 Vgl. Nr. 147.

8 Vgl. Nr. 169, Anm. 9.

9 Vgl. Nr. 165.

In den einzelnen Zonen ist vorläufig die Kooperation der Länder nötig und wird nötig bleiben. Es wird immer in jeder Zone eine Stelle der Koordinierung unentbehrlich sein. Aber Koordinierung soll keine Führung bedeuten. Nur müssen sich die Länderregierungen von vornherein darüber klar sein, daß die Stelle der Koordinierung nicht nur von den Exponenten der Regierungen, sondern auch von Vertretern der Länderparlamente geführt werden muß. Jeder andere Zustand führt zu bürokratisch-obrigkeitlichen Methoden, also gerade zu denen, die wir unter keinen Umständen wollen.

Der Weg zum deutschen Bundesstaat ist lang und schwer. Er muß ebenso ferngehalten werden von bloß staatenbündlerischen Tendenzen wie vom Zentralismus eines Machtstaates. Er kann nur föderativ ein neues Deutschland bauen, muß sich aber von allen forciert föderalistischen Tendenzen fernhalten.[10] Er muß ein geeintes Deutschland im Rahmen der Notwendigkeiten Europas als sein Ziel ansehen.

10 Allg. zum Konzept der SPD in den Westzonen hinsichtlich des künftigen Staatsaufbaus: K. KLOTZBACH, 1982, S. 98f; H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 505–541.

173.

26. 6. 1946: Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster), an die Industrie- und Handelskammern Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Hagen und Siegen

WWA, K 5 Nr. 198. Durchschlag.

[Betr.:] Länderabgrenzung

Die Entschließung vom 12. d. Mts.[1] hatten wir, wie Ihnen schon mitgeteilt, dem Herrn Oberpräsidenten unterbreitet.[2] Wie heute der persönliche Referent des Herrn Oberpräsidenten, Herr Regierungsrat Dr. *Schilling*, dem Unterzeichneten auf Anfrage hin mitteilt, wäre es erwünscht, wenn die Entschließung der westfälischen Kammern weiteste Verbreitung findet.

Wir haben nunmehr die Entschließung dem Zonenbeirat für seine Verhandlungen im Rechts- und Verfassungsausschuß zugeleitet, ferner dem Zentralamt für Wirtschaft in Minden, dem Oberpräsidenten *Kopf*, Hannover, dem Oberpräsidenten *Lehr*, Düsseldorf, den Industrie- und Handelskammern Essen, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Krefeld, Mönchengladbach, Osnabrück, Hannover, Hildesheim, Oldenburg, Emden, Bremen, Weser-

1 Siehe Nr. 157b.

2 Mit Schreiben vom 18. 6. 1946 hatte die Industrie- und Handelskammer Münster den anderen westfälischen Kammern mitgeteilt, sie habe die Entschließung dem Generalreferenten Wirtschaft, *Nölting*, vorgelegt; dieser habe erklärt, der Inhalt der Entschließung entspreche durchaus dem, was im Oberpräsidium gewünscht werde; eine besondere Erörterung der Entschließung gegenüber dem Oberpräsidenten sei daher nicht notwendig; die Entschließung sei daraufhin *Amelunxen* kommentarlos übermittelt worden (WWA, K 5 Nr. 198); vgl. K. ZUHORN, 1955, S. 118.

münde, Hamburg, ferner der Militär-Regierung 307 (Westfalen-Region)[3]. Wenn Sie noch weitere Stellen kennen, denen die Entschließung zentral von der Gesamtheit der westfälischen Kammern aus zugeleitet werden soll, so bitten wir Sie, uns diese Stellen noch aufzugeben.

Von unserer eigenen Kammer aus haben wir die Entschließung den kommunalen Stellen und der für uns zuständigen Militär-Regierung (Regierungsbezirk) zugeleitet. Letzteres mit einem entsprechenden Anschreiben, das auf die Verhältnisse unseres Bezirks besonders eingeht.[4] Wir würden empfehlen, daß auch jede der übrigen westfälischen Kammern der für sie zuständigen Militär-Regierung die Entschließung zuleitet. Eine Übersetzung fügen wir zwecks einheitlichen Wortlauts in der Anlage bei.

Wir machen im übrigen darauf aufmerksam, daß das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen im Auftrage der Kammer Essen eine Untersuchung „Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsgebietes" angestellt hat (unter dem 3. Juni 1946), die geeignet ist, unsere Entschließung wirtschaftlich zu unterbauen.[5] Wir empfehlen den Bezug.

gez. Dr. *G[ieselmann]*
Hauptgeschäftsführer

3 Am 8. 7. 1946 dankt die Militärregierung Westfalen der Industrie- und Handelskammer Münster für die Entschließung und betont, im Falle einer Neugliederung der Ländergrenzen würden die Ansichten der verantwortlichen Stelle mitgeteilt werden (WWA, K 5 Nr. 198).

4 In dem Schreiben (25. 6. 1946) wird noch einmal auf die enge Verbundenheit des Kammerbezirks Münster mit dem Ruhrgebiet hingewiesen; eine verwaltungsmäßige Trennung werde daher ganz erhebliche Nachteile mit sich bringen (WWA, K 5 Nr. 198).

5 Vgl. Nr. 179.

174.

27. 6. 1946: Vermerk von Landesrat Westermann über eine Besprechung mit dem Generalreferenten Finanzen, Höpker-Aschoff, und dessen Mitarbeiter Oberregierungsrat Barbrock in Münster

Archiv des LWL, II K 228. Unterstreichungen.

Minister *Höpker-Aschoff* machte vertraulich Mitteilung von dem Entwurf einer Verfügung des Generalreferenten I, die die Eingliederung der gesamten Verwaltung des Provinzialverbandes in die Provinzregierung zum Inhalt hat.[1] Die Verfügung verteilt sämtliche Dienststellen des Provinzialverbandes auf die verschiedenen Generalreferate. Es wird in einem Begleitvermerk vorgeschlagen, diese Verfügung der Militärregierung zur Genehmigung vorzulegen, ferner sie sofort mit dem Landeshauptmann zu besprechen.

1 Entwurf dieser Verfügung im HStA Düsseldorf, NW 318–181 als Anhang eines Schreibens von *Höpker-Aschoff* an *Menzel* vom 3. 7. 1946.

Major *Emck* hat nachmittags Herrn Oberregierungsrat *Barbrock* erklärt, daß in Verbindung mit dem Erlaß der Militärregierung zur Aufstellung politischer Ministerien der Provinzialverband verschwinden müsse, ebenfalls die Regierungspräsidenten.[2]

Major *Smith* hat vormittags Herrn *H[öpker]-A[schoff]* auf Anruf der Finance Division aufgefordert, den bisher doppelt geführten Haushalt A und B[3] zusammen zu legen, da die Finance Division eine derartige Trennung nicht wolle. Minister *H[öpker]-A[schoff]* hat dieses Ansinnen, jedenfalls für 1946, als nicht durchführbar abgelehnt und erklärt, daß nach den getrennten Haushalten bereits gebucht würde und eine jetzige Zusammenlegung ein völliges Durcheinander bringen würde. Major *Smith* hat dann aber verlangt, daß die Geldanforderungen in einheitlicher Form ohne Trennung A und B vorgenommen werden; das bedeutet für uns, daß wir nicht mehr für die einzelnen Fachgebiete z.B. Flüchtlinge, Straßen, Ostpensionäre, Tuberkulose, Spezialanforderungen stellen können, sondern unsere gesamten Kassenmittel zusammenfassen müssen, aus ihnen alles bezahlen müssen und bei den monatlichen Anforderungen nach Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben unseren Bedarf anzumelden haben.

In der 1 1/2 Stunden währenden Besprechung äußerte Minister *H[öpker]-A[schoff]*, daß er im Hinblick auf den sogenannten politischen Erlaß der Militärregierung die Eingliederung nicht mehr für aufschiebbar halte. Er habe bisher immer die Auffassung vertreten, daß man zunächst die Entwicklung der zonalen Instanzen und die Trennung der Aufgabengebiete abwarten müsse, bevor man an die Organisation der Provinzialinstanz (Länderverwaltung) herangehe. Die Ereignisse schienen aber jetzt auch in Westfalen stärker zu sein als die bisher geäußerte Auffassung. Er habe den Wunsch, möglichst bald mit Herrn Landeshauptmann *Salzmann* nochmal persönlich zu sprechen und schlage dafür, da er den Erlaß, der ihm zur Mitzeichnung vorgelegt sei, nicht länger hinauszögern könne, Montag, den 1. 7. vor.[4]

Westermann

2 Der Erlaß der Militärregierung vom 17. 6. 1946 (hierzu Nr. 107 mit Anm. 2) gibt keine Auskunft darüber, was im Fall der Umwandlung der Provinz Westfalen in ein Land mit der Provinzialverwaltung geschehen soll.

3 Gemeint sind die bisher getrennt geführten Haushalte der Provinzialregierung (A) und der Provinzialverwaltung (B).

4 Eine Notiz über das Gespräch wurde nicht ermittelt; zu den Absichten *Menzels*, die Provinzialverwaltung abzuschaffen, vgl. dessen Ausführungen vor dem Hauptausschuß des westfälischen Provinzialrats am 2. 7. 1946 (Nr. 180).

175.

27. 6. 1946: Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster), an den Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen, Ulrich (Bremen)

WWA, K 5 Nr. 198. Durchschlag.

[Betr.:] Entschließung der Zonenvereinigung der Kammern zur Gebietsabgrenzung

Sehr geehrter Herr *Ulrich*!

Haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihres Entwurfs zu der Entschließung der Zonenvereinigung.[1] Nach unserer Sitzung in Bremen ist die Diskussion über diese Dinge weitergegangen. Ich habe Ihnen beispielsweise die Entschließung der westfälischen Kammern zugesandt.[2] Es wird Ihnen auch aus der Mitteilung von Herrn Dr. *Fricke* die Stellungnahme der Kammern Wesermünde und Emden bekannt geworden sein.[3] Nach dem Ergebnis dieser weiteren Diskussion zweifle ich noch mehr, als ich es schon in Bremen tat, daran, daß die Zonenvereinigung zu einer einheitlichen Auffassung, d.h. zu einer in der Öffentlichkeit zu verwertenden Entschließung, wird kommen können. Ich sehe anhand Ihres Entwurfs einerseits und der weitergegangenen Diskussion andererseits zwei grundsätzliche Fragen, in denen es vermutlich nicht zu einer Übereinstimmung kommen wird.

Das ist einmal die Größe der zu bildenden Länder (Verwaltungsbezirke) und zum anderen die Frage ihrer „Souveränität". Sie vertreten in Ihrem Grundsatz: Länder mittlerer Größe und machen dabei für Rheinland-Westfalen einerseits und die Hansestädte andererseits Ausnahmen.[4] Ich habe den Eindruck, daß man in den für uns maßgeblichen Kreisen hier für eine Lösung: große Länder ist. Sie ersehen das beispielsweise aus der westfälischen Entschließung, die ja, wenn man die wirtschaftliche Unteilbarkeit des Ruhrgebiets in Betracht zieht, eigentlich für einen Zusammenschluß der ganzen Rheinprovinz mit der ganzen Provinz Westfalen eintritt. Dieselbe Tendenz beobachtet man in der Stellungnahme der Kammer Emden. Vom rheinischen und westfälischen Standpunkt aus könnte man also wahrscheinlich Ihren Satz, daß die preußischen Provinzen als die geeignete Größe anzusehen seien, nicht unterschreiben.

In der Frage der „Souveränität" gehen die Meinungen hier im allgemeinen doch wohl dahin, daß die neuen Verwaltungsbezirke zum mindesten eine beschränkte Souveränität haben müssen. Diese würde sich vor allen Dingen beziehen müssen auf die Kulturpolitik, ferner auch auf das Verwaltungsrecht, wahrscheinlich auch weitgehend Kommunalpolitik

1 Dem Bearb. lag nur ein zweiter, geringfügig geänderter Entwurf vor, den *Ulrich* am 29. 6. 1946 – noch vor Eintreffen des vorliegenden Schreibens in Bremen – nach Münster geschickt hatte (WWA, K 5 Nr. 198); vgl. zum besseren Verständnis das Antwortschreiben *Ulrichs* vom 2. 7. 1946 (Nr. 181).

2 Nr. 157b.

3 Nach Mitteilung des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Hannover, *Fricke*, sprachen sich die Kammern Wesermünde und Emden mehr oder weniger direkt für ein Land Niedersachsen insbesondere unter Einschluß Oldenburgs aus (Rundschreiben vom 20. 6. 1946: WWA, K 5 Nr. 198).

4 Im Entwurf *Ulrichs* – dies gilt auch für die ursprüngliche Fassung – wurden die preußischen Provinzen als geeignete Größen für die künftigen Verwaltungsbezirke bezeichnet; allerdings seien die Provinzen Westfalen und Nord-Rheinland zusammenzufassen, da das Ruhrgebiet ungeteilt verwaltet werden müsse (vgl. Anm. 1).

und vielleicht auch Sozialpolitik. Auf die Begründung für und wider den einzelnen Standpunkt brauche ich hier nicht einzugehen.

Im einzelnen habe ich zu Ihrem Entwurf noch folgende Bedenken:
Zu 1. Es gibt viele nicht unbeachtliche Kreise, die auf dem Standpunkt stehen, daß die gebietliche Reichsreform jetzt, d.h. unmittelbar mit der Festlegung der Reichsgrenzen erfolgen muß, wenn sie überhaupt je erfolgen soll.
Zu 2. Der Satz über die Vorsicht bei der Beseitigung der Kleinstaaten wird – um einmal auf die hiesigen Verhältnisse zu exemplifizieren – in Detmold sehr viel Gegenliebe finden, in Bielefeld dagegen kein Verständnis erwecken.
Zu 4. Die Frage der Beibehaltung der Regierungsbezirke ist sehr umstritten, auch hier bei uns.[5]
Zu 6. Das gleiche gilt von der Frage der Sonderverwaltungen und ihrer Beibehaltung. Diese Frage wird überhaupt erst zu entscheiden sein, wenn die grundsätzlichen Entscheidungen hinsichtlich der Größe der neuen Verwaltungsbezirke und ihrer Souveränität entschieden wird.

Es fehlt für meine Auffassung von dem gesamten Fragenkomplex in Ihrem Entwurf ein Eingehen auf die Frage, ob man strukturell gleiche Gebiete oder aber – das ist die Auffassung der westfälischen Kammern – wirtschaftlich verflochtene Teilräume zusammenfassen soll. Gerade für die Kammern als Wirtschaftsorganisationen wäre eine klare Stellungnahme zu dieser Frage erwünscht und würde auch wohl in der Öffentlichkeit erwartet werden. Aber ich gebe zu, daß auch da eine Einigung innerhalb der Zonenvereinigung wahrscheinlich schwierig sein würde.

Nach allem komme ich, wie gesagt, immer mehr zu der Auffassung, daß die Zonenvereinigung sich vielleicht überhaupt mit diesen Fragen nicht befassen sollte, sondern ihre Behandlung den einzelnen Kammern bzw. den Kammervereinigungen überlassen sollte. Allenfalls könnte die Zonenvereinigung die Grundsätze zu 2. und 3. Ihres Entwurfs und vielleicht die oben angedeutete Frage – Zusammenfassung struktureller gleicher oder wirtschaftlich verflochtener Teilräume – als Empfehlung für die einzelnen Kammern und Kammervereinigungen herausstellen. Sobald wir uns nämlich in das Materielle hereinbegeben, stoßen wir auf Meinungsverschiedenheiten, die wahrscheinlich doch nicht überbrückt werden können. Gerade hierdurch würde der Start der Zonenvereinigung vielleicht erschwert werden. Sollen wir also nicht lieber die ganze Angelegenheit vom Forum der Zonenvereinigung fernhalten?

Abschrift dieses Schreibens gebe ich an Herrn Dr. *Fricke*.

Ich bin mit den besten Grüßen
Ihr gez. Dr. *G[ieselmann]*

5 Im geänderten Entwurf *Ulrichs* wurde die Frage der Regierungsbezirke nicht mehr angesprochen (vgl. Anm. 1).

176.

29. 6. 1946: Gemeinsame Entschließung von CDU, Zentrum, KPD und SPD anläßlich einer Kundgebung in Düsseldorf[1]

Druck: „Rheinische Post" vom 3. 7. 1946.[2]

Die Bevölkerung Düsseldorfs, schon seit Monaten in aufreibender Sorge um das tägliche Brot, empfindet die Versuche, Deutschland zu zerstückeln, als eine ernste Bedrohung der Existenz des deutschen Volkes. Die Loslösung einzelner Gebiete von Deutschland würde die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches noch weiter steigern, die geringen Ansätze einer Aufwärtsentwicklung wieder zerschlagen und das Leben des deutschen Volkes einfach unmöglich machen.

Eine solche Entwicklung würde den aufkeimenden Glauben des deutschen Volkes an den Beginn einer neuen, besseren Epoche seiner und der europäischen Geschichte wieder ersticken und lauernden faschistisch-reaktionären Elementen neuen Antrieb verschaffen. Gegenüber diesen Gefahren bekennt sich die gesamte Bevölkerung Düsseldorfs, gleich welcher politischen Richtung und Weltanschauung, einmütig zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Die Frauen und Männer, die dem Aufruf der vier antifaschistischen Parteien zu einer gemeinsamen Willenskundgebung in Düsseldorf in so überwältigender Zahl gefolgt sind, geben der Hoffnung Ausdruck, daß jener Satz der Potsdamer Beschlüsse, der dem deutschen Volk die Einheit seines Reiches garantiert, bald in der Aufhebung der Zonengrenzen eine praktische Anwendung finden möge.

Die demokratischen Männer und Frauen Düsseldorfs blicken mit großen Erwartungen auf die Tagung der Staatsmänner in Paris. Sie hoffen zuversichtlich, daß die Ergebnisse dieser Beratungen jede Abtrennung deutscher Gebiete und die Gefährdung der deutschen Einheit verhindern werden. Nur so ist dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben, in wahrhaft demokratischer Freiheit und nationaler Einheit zu leben und zu arbeiten und den ihm gebührenden Platz unter den freien Völkern der Erde einzunehmen.

Für die Christlich-Demokratische Union, gez. *Arnold*,
Für die Deutsche Zentrums-Partei, gez. *Haefs*,
Für die Kommunistische Partei, gez. *Fränken*,
Für die Sozialdemokratische Partei, gez. *Richter*.

1 Am 15. 6. 1946 war eine ähnliche Entschließung von CDU, SPD, KPD und FDP auf einer Kundgebung in Duisburg-Hamborn verabschiedet worden (FDP-Nachrichten, 1. Jahrgang/1946, Nr. 2: HStA Düsseldorf, RWN 96–13); inwiefern diese beiden Kundgebungen auf die Initiative des KPD-Bezirks Niederrhein von Mitte Mai zurückgehen, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen (vgl. Nr. 124).

2 Eine ausführliche Berichterstattung über diese Kundgebung findet sich auch in der „Freiheit" vom 2. 7. 1946.

177.

1. 7. 1946: Oberbürgermeister Holzapfel (Herford) an den Generalreferenten Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker[1]

HStA Düsseldorf, NW 22–1261. Ausfertigung. Paraphe Strickers. Hs. Vermerke.

Lieber Herr Dr. *Stricker*!

Auf Grund Ihres Schreibens vom 6. 6.[2] habe ich die Frage mit den verschiedenen Stellen im hiesigen Bezirk besprochen. Es ist übereinstimmend der Wunsch vorhanden, bei Westfalen zu bleiben, denn letzten Endes sind wir seit Jahrhunderten mit den übrigen westfälischen Gebieten verbunden und es liegt im beiderseitigen Interesse, wenn diese enge Verbindung weiterhin bestehen bleibt.

Allerdings ist die Auffassung bei den einzelnen Kreisverwaltungen, die ja auch bei der Tagung des Städtetages vom 6. 6. in Köln zum Ausdruck kam,[3] daß es nicht Angelegenheit der Städte oder Kreise sei, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, sondern vielmehr Aufgabe der politischen Parteien.

In der Zwischenzeit hat ja auch der Zonenbeirat die Aufgabe bekommen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Allerdings sind die Unterlagen bisher noch nicht herausgegeben.[4] Sobald die Unterlagen den einzelnen Mitgliedern des Unterausschusses des Zonenbeirates zugeleitet werden, werde ich auch diese Unterlagen bekommen. Wir haben in der CDU einen besonderen Ausschuß für dieses Fragengebiet eingesetzt,[5] und ich werde als Westfale selbstverständlich mich für die Zusammengehörigkeit aller westfälischen Bezirke auch in einer zukünftigen Gliederung des Reiches einsetzen, soweit dieses im Rahmen der vorgesehenen Pläne nur irgendwie möglich ist.

Mit den besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Holzapfel

1 Vgl. das Antwortschreiben *Strickers* vom 15. 7. 1946 (Nr. 190).

2 Siehe Nr. 148, Anm. 1.

3 Zur rheinisch-westfälischen Städtekonferenz am 6. 6. 1946 in Köln vgl. Nr. 135, Anm. 4.

4 Vgl. Nr. 147.

5 Auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU vom 26.-28. 6. 1946 war *Adenauer* ermächtigt worden, in der Frage der Neugliederung der britischen Zone bei Bedarf einen Ausschuß von Sachverständigen zu bestellen (H. PÜTZ, 1975, Nr. 7); Unterlagen dieses Ausschusses konnten nicht ermittelt werden.

178.

1. 7. 1946: Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Küster (Essen), an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster)

WWA, K 5 Nr. 198. Ausfertigung.

Betreff: Länderabgrenzung

Lieber Herr *Gieselmann*!

Ich danke Ihnen für Ihre Mitteilung vom 26. d. Mts.[1], daß Sie auch ein Exemplar der *Däbritz'schen* Ausarbeitung[2] Herrn Professor *Nölting* übergeben haben. Mit dem Zonenbeirat besteht bereits eine gute Verbindung. Die Übergabe der Ausarbeitung von Herrn *Däbritz* an den rheinischen Oberpräsidenten hat zur Folge gehabt, daß Herr *Däbritz* zu den Godesberger Beratungen des Verfassungsausschusses zugezogen wurde.[3] Die Aufnahmefähigkeit für Gedankengänge, wie sie in der Denkschrift vertreten werden, scheint allerdings in den Kreisen des Zonenbeirates gegenwärtig noch nicht groß zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr *Küster*

1 Ausfertigung im RWWA, Abt. 18 b 3.

2 Vgl. Nr. 179.

3 Im Vermerk über die Godesberger Tagung (Nr. 161a) wird *Däbritz* allerdings nicht unter den Teilnehmern geführt.

179.

1. 7. 1946: Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Essen)[1] im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Essen (Auszug)[2]

RWWA, Abt. 18 b 3. Vervielf. Exemplar.

[...][3]

VIII. Zusammenfassung

1. Eine Analyse der britischen Zone hat ergeben, daß sie in wirtschaftlicher Hinsicht nicht einheitlich und in sich ausgeglichen ist, sondern, vom Standpunkt der Industriali-

1 Leiter des Instituts war Professor *Däbritz*.

2 Bei dem hier vorliegenden Gutachten unter dem Titel „Zur Frage der Länderabgrenzung innerhalb des britischen Besatzungsgebiets" handelt es sich um eine zweite, erweiterte Fassung; die erste Fassung wurde bereits am 3. 6. 1946 vorgelegt (vgl. Nr. 146, Anm. 2); in der ersten Fassung waren die Vorschläge hinsichtlich der territorialen Gliederung allerdings weniger dezidiert.

3 Die Überschriften der Kapitel lauten: I. Vorgeschichte; II. Die Gesamtstruktur der britischen Zone. Große und kleine Länder?; III. Die natürlichen Gegebenheiten; IV. Die industrielle Struktur der Südzone; V. Industrielle Verflechtungen der Südzone; VI. Die industrielle Struktur des hannover-braunschweigischen Raums; VII. Die Landwirtschaft Westfalens und seiner Nachbargebiete.

sierung betrachtet, ein starkes Gefälle in süd-nördlicher Richtung aufweist derart, daß die Industrie am stärksten im Südteil der Zone (Rheinland-Westfalen) vertreten und die Landwirtschaft im Nordteil (Küstengebiete) vorherrschend ist, zwischen diese beiden Zonenstreifen schiebt sich teilweise ein gemischt landwirtschaftlich-industrielles Gebiet (der hannover-braunschweigische Raum) ein.

Angesichts dieser Sachlage werden die Länder, die bei einer Aufteilung der britischen Gesamtzone entstehen, zu wirtschaftlich noch einseitigeren Gebilden werden. Dabei ist zu beachten, daß eine industrielle Einseitigkeit weit bedenklicher ist als eine agrarische. Es muß mithin die Grenzziehung für den hochindustrialisierten Südstreifen besonders sorgfältig bedacht werden.

2. Diese Einseitigkeit kann gemildert werden, wenn die projektierten Länder möglichst weiträumig gemacht werden. Überdies werden nur Länder mit einigermaßen breitem und tragfähigem Unterbau in den für den Wiederaufbau entscheidenden Fragen wie Rohstoffbewirtschaftung, Arbeitseinsatz, Unterbringung und Eingliederung der Flüchtlinge, Verkehrspolitik u.a. zu einem ersten internen Ausgleich fähig sein und erst dann wird der letzte volkswirtschaftliche Ausgleich regionaler Gegensätze möglich sein.

3. Aus den naturgegebenen Verhältnissen der britischen Zone lassen sich keine für die Ziehung der Ländergrenzen maßgebenden Anhaltspunkte gewinnen. Lediglich die Weser in ihrem Mittellauf stellt eine Trennungslinie dar. Dagegen bildet der Teutoburger Wald für den neuzeitlichen Verkehr kein Hindernis.

4. Der Südteil der britischen Zone zeigt folgenden Aufbau:

a) In dem Raum zwischen der niederländischen Grenze und dem Gebiet östlich Hamm bzw. zwischen Sieg und Lippe birgt er ein hoch industrialisiertes Kernstück, in dem 9 Millionen Menschen wohnen. Es besteht aus folgenden Einzelteilen: Ruhrbezirk, Niederrhein-Gebiet, Aachener Bezirk, Kölner Bezirk, Bergisches Land und märkisches Sauerland, Teile des Siegerlandes. Seine Produktion ist vorwiegend auf Produktionsmittel und Investitionsgüter gerichtet.

b) Dieser Kern ist umgeben von einem Kranz weniger industrialisierter und agrarisch durchsetzter Landschaften, unter denen an der Nord- und Ostfront hervorgehoben seien: Der Münsterländer Textilbezirk mit der Grafschaft Bentheim, der Kreis Tecklenburg, der Osnabrücker Raum, das Minden-Ravensberger Land, das Land Lippe, die Kreise Höxter-Warburg. Für die Leistungsrichtung dieser Randgebiete ist entscheidend, daß sie wesentlich auf den Bedarf jenes Kernstückes zielt, – sei es, daß sie die Lücken seiner Produktion ausfüllen, sei es, daß sie Verbrauchsgüter zur Versorgung der Bevölkerung liefern. In ähnlicher Weise haben sich die rheinische und die westfälische Landwirtschaft mit ihrer Erzeugung auf den rheinisch-westfälischen Industriebezirk eingestellt und in ihm ihren Absatzmarkt gefunden.

Wesentlich hiervon verschieden ist die Struktur des ostwärts anschließenden hannover-braunschweigischen Raumes. Hier kommt der Landwirtschaft mit andersartigen Leistungsrichtungen eine weit größere Bedeutung zu. Auch ist die Industrie flächiger über den Raum verteilt und nur in wenigen größeren Städten überdurchschnittlich entwickelt, mit besonderen Leistungen auf dem Gebiet der Konstruktionen und einzelnen Nahrungsmittelindustrien. Im ganzen gesehen tendiert der hannover-braunschweigische Raum nach dem mitteldeutschen Industriebezirk hin und kann als Brücke zu ihm angesehen werden.

5. Der rheinisch-westfälische Wirtschaftsraum in der geschilderten Wechselwirkung von Kernstück und Randgebieten hat sich organisch und natürlich gebildet. Seiner Entwicklung liegt eine innere Logik zugrunde.

Keinesfalls ist dabei eine Art wirtschaftlicher Autarkie erreicht oder auch nur erstrebt worden. Vielmehr gehen noch immer an zahlreichen Stellen Verbindungen in die übrige Volkswirtschaft und in die Weltwirtschaft hinein. Das Ergebnis ist lediglich, daß auf diese Weise die Versorgung mit Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern besser gewährleistet wird, als wenn sie dem Zufall der Konjunkturen überlassen bleibt und daß, soweit es sich um die Landwirtschaft handelt, die Ernährung jener 9 Millionen Menschen besser gesichert wird.

Hieran ist um so mehr festzuhalten, als die Rheinprovinz, der eine der beiden Partner dieses Industriebezirks, bei der Grenzziehung zwischen der britischen und französisch-amerikanischen Zone zwei seit alters eng mit ihr verwachsene Teilgebiete, die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, eingebüßt hat.

6. Eine Abtrennung von Teilen der Provinz Westfalen, wie sie der Plan für das Land „Groß-Hannover" vorsieht,[4] unterliegt hiernach stärksten wirtschaftlichen Bedenken. Sie würde an die Stelle geschichtlich gewordener und sinnvoll begründeter Zusammenhänge weitgehend künstliche, in ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen ungenügend fundierte Beziehungen setzen. Das gilt insbesondere für die Forderung, das Minden-Ravensberger Land aus der Provinz Westfalen herauszunehmen.

Erwünscht ist dagegen, weil in der Gleichartigkeit der wirtschaftlichen Struktur und in den vorwiegenden Verflechtungen begründet, das Land Lippe mit der Provinz Westfalen zu vereinigen. Gewichtige wirtschaftliche Gründe sprechen ferner für eine Angliederung der Grafschaft Bentheim und des Osnabrücker Gebietes an die Provinz Westfalen.

4 Vgl. Nr. 80 mit Anm. 3.

180.

2. 7. 1946: Wortprotokoll der 3. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats[1] (Auszug)

Landtagsarchiv NRW, A 10200/3b.[2]

Oberpräsident Dr. Amelunxen: Ich eröffne die 3. Sitzung[3] des Hauptausschusses des Provinzialrats. Vor mir liegt die Tagesordnung mit 10 Punkten.[4] Unter Punkt 10 können Sie Anträge stellen, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Ich darf dann in die Beratungen eintreten. Als Punkt 1 steht: „Bericht über die Tagung des Rechtsausschusses des Zonenbeirats in Godesberg am 13. Juni d. J."

Meine Herren! Sie wissen, daß sich der Zonenbeirat in seiner vorletzten Sitzung erstmalig mit der Frage der verfassungsmäßigen und verwaltungsmäßigen Gestaltung der englischen Zone beschäftigt hat und auch mit der Frage der Neugliederung, die kurz angeschnitten wurde. Sie wurde durch den Zonenbeirat dem Rechtsausschuß des Zonenbeirats überwiesen. Der Rechtsausschuß hat am 13. Juni in Bad Godesberg getagt.[5] Bei dieser Besprechung sind eigentlich nur allgemeine Dinge besprochen worden. Die Frage der Neugliederung ist nur angedeutet worden, so daß ich von irgendwelchen Beschlüssen, die dort gefaßt worden sind, nichts zu berichten habe. Insbesondere ist auch die Frage der künftigen Gestaltung Westfalens kaum berührt worden, und zwar um deswillen, weil die Ansprüche von Hannover in der bekannten Denkschrift des Oberpräsidenten überhaupt nicht zur Sprache kamen.

Der wesentliche Inhalt der Beratungen in Godesberg ist ein Referat gewesen unseres Generalreferenten Dr. *Menzel* als Korreferat zu dem Referat des Oberpräsidenten *Steltzer* auf der vorletzten Sitzung des Zonenbeirats. In diesem Referat ist insbesondere die Rede gewesen von den einzelnen Aufgaben, die bei der Provinzialregierung bleiben sollen und die als Auftragsangelegenheit bei der Provinzialregierung verbleiben sollen. Der Vortrag des Herrn Generalreferenten Dr. *Menzel* wird gedruckt werden und wird in Kürze allen Mitgliedern des Provinzialrates zugehen. Gleich wird Herr Dr. *Menzel* eine kurze Übersicht über das Tableau geben, das zu diesem Korreferat zusammengestellt wurde.

---

1 Anwesende Mitglieder laut Anwesenheitsliste (Landtagsarchiv NRW, A 10200/3k): *Steinhoff* (SPD), *Ledwohn* (KPD), *Perk* (KPD), *Reismann* (Zentrum), *Altenhain* (FDP), *Gronowski* (CDU), *Jöstingmeier* (CDU), *Stier* (CDU); wie aus dem Protokoll hervorgeht waren darüber hinaus zeitweise anwesend: *Henßler* (SPD), *Wenke* (SPD); anwesende Vertreter der Provinzialregierung: *Amelunxen*, *Menzel*, *Nölting*, *von Oer*, *Stricker*, *Höpker-Aschoff*, *Wagner*; weiterhin anwesend drei Vertreter der Militärregierung Westfalen.

2 Neben dem Wortprotokoll existiert noch ein wenig ergiebiges Kurzprotokoll: Landtagsarchiv NRW, A 10200/3c; HStA Düsseldorf, RWN 133–4.

3 Korrigiert aus „2. Sitzung".

4 Tagesordnung: 1. Bericht über die Tagung des Rechtsausschusses des Zonenbeirats in Godesberg am 13. Juni 1946; 2. Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen; 3. Staatsbürgerliche Bildungsarbeit; 4. Mitteilung über die geplante Errichtung eines westfälischen Erholungsheimes für die Opfer des Nazitums; 5. Mitteilung über Kontrolle der landwirtschaftlichen Güter in Westfalen; 6. Reform der Tabaksteuern; 7. Bildung eines Ältestenausschusses des Provinzialrats; 8. Besprechung des Termins für die nächste Plenarsitzung des Provinzialrats; 9. Termin für die nächste Sitzung des Hauptausschusses; 10. Sonstiges (Landtagsarchiv NRW, A 10200/3g).

5 Vgl. Nr. 161a.

Da die Frage der künftigen Gestaltung Westfalens im Rechtsausschuß nicht zur Sprache kam, andererseits aber die Öffentlichkeit Wert darauf legt, unsere Stellung zu erfahren und andererseits für uns es sich auch die Notwendigkeit ergab, auf die Ansprüche von Hannover zu antworten, habe ich in einer Rede vor der Presse am 24. Juni die Stellungnahme Westfalens kurz umrissen.[6] Diese Rede ist auch schließlich in der Presse erschienen. Ein Abdruck dieser Rede liegt allen Herren unseres Hauptausschusses vor.

In Verbindung mit der Frage der zukünftigen verfassungsmäßigen Gestaltung der einzelnen Gebiete innerhalb der englischen Zone ist uns, der Provinzialregierung, ein Schreiben der Provinzial-Militärregierung vom 17. Juni des Jahres zugegangen.[7] Dieses Schreiben liegt in Abschrift auch allen Herren vor. In diesem Schreiben ist die Frage angeschnitten, wie künftig die Provinzialregierung organisiert werden soll, ob eine Trennung der politischen Stellung von den bürokratischen Stellungen erfolgen soll; es ist auch die Frage angeschnitten, wie die einzelnen Aufgabengebiete auf die Zonenbehörden und Provinzialregierung verteilt werden sollen. In diesem Schreiben ist insbesondere die Frage an die Provinzialregierung gestellt worden – und zwar soll diese Frage im Einvernehmen mit dem Provinzialrat beantwortet werden – welche Aufgaben nur zonal gesteuert werden, aber in der Provinzialregierung beraten werden sollen, schließlich in welcher Weise die regionalen Behörden der zonalen Stellen in die Provinzialregierung eingegliedert werden sollen, und drittens die Frage, welche Fragen zur ausschließlichen Zuständigkeit der Provinzialregierung gehören sollen. Das Schreiben ist allen Mitgliedern des Provinzialrats zugegangen bzw. allen Mitgliedern unseres Hauptausschusses. Ich glaube, wir können über Einzelheiten heute noch nicht diskutieren, ich hoffe aber, daß die Herren Parteiführer dieses Schreiben zum Gegenstand einer Erörterung in ihren Parteien machen und daß wir dann sehr bald über diese Frage hier im Hauptausschuß sprechen. Ich hoffe, daß wir heute schon einen Termin für diese Besprechung festlegen können, ja wir in der Lage sind, im Einvernehmen mit dem Provinzialrat eine Stellungnahme der Militärregierung bis zum 27. Juli, der Termin ist uns gesetzt, mitteilen können.

Meine Herren! Am 12. Juni hat bei der Militärregierung eine Besprechung mit Vertretern der politischen Parteien stattgefunden.[8] Bei dieser Besprechung ist auch von einer Seite geltend gemacht worden, die Bevölkerung sei sehr unzufrieden mit der Provinzialregierung, weil der Oberpräsident hier eine große Behörde aufgebaut hätte. Darauf möchte ich noch antworten, daß ein Oberpräsidium in der alten Form heute überhaupt nicht mehr besteht, daß Oberpräsidium ist abgeschafft, Preußen existiert nicht mehr, die Provinz existiert nicht mehr, wir haben heute einen Gebietsteil der englischen Zone vor uns, der von einer Gebietsregierung verwaltet wird. An der Spitze dieser Gebietsverwaltung steht heute eine Provinzialregierung und an der Spitze dieser Provinzialregierung steht ein Mann, der sich von früher her „der Oberpräsident" nennt. Als ich vor Jahresfrist hierher kam, bekam ich von der Militärregierung den Auftrag, hier eine Provinzialverwaltung aufzuziehen, in der sämtliche Aufgaben bearbeitet werden mußten, die bisher Preußen und den Reichsministerien zufielen.[9] Also mußte doch hier ein Apparat aufgebaut werden und wenn in der Bevölkerung die Auffassung besteht, das sei hier zu kost-

6 Siehe Nr. 169.

7 Vgl. hierzu Nr. 107, Anm. 2 und Nr. 169, Anm. 1.

8 Vgl. Nr. 154.

9 Vgl. hierzu die Nrn. 22, 26, 29.

spielig, dann wäre ich den Parteien sehr dankbar, wenn da aufmerksam gemacht würde, welche Aufgabe zu erfüllen sei. Wenn gesagt würde, wir hätten mit der nötigen Sparsamkeit die Provinzialregierung nicht aufgebaut, dann kann ich Ihnen sagen, daß das hier so sparsam wie möglich gemacht worden war, wie an keiner anderen Stelle in der englischen Zone. Mehrere meiner Herren sind schon vor Überarbeitung zusammengebrochen.

Meine Herren! In dieser Besprechung, die bei der Provinzialmilitärregierung stattgefunden hat, da ist auch gesagt worden, man hätte mit dem Oberpräsidenten noch keine rechte Fühlung nehmen können, auch mit den Herren Generalreferenten nicht. Man hätte wohl Versuche gemacht, aber über den Versuch sei man nicht hinausgekommen, weil der Oberpräsident zu stark beschäftigt wäre und die Generalreferenten auch.

Meine Herren! Ich will von mir nicht reden, aber die Herren arbeiten von morgens früh bis abends spät und ich persönlich habe bisher, das sind 12 Monate, jeden Menschen, der von mir empfangen werden wollte, auch empfangen. Ich möchte glauben, daß an keiner anderen Stelle in der englischen Zone eine solche Einstellung zur Bevölkerung vorhanden ist. Wenn Sie sich andere Provinzialregierungen oder Länderregierungen ansehen, finden Sie meist im Flur Plakate „Hier wird nur empfangen an Freitagen und Samstagen von 10 bis 12 Uhr". Wir empfangen den ganzen Tag von morgens 8 bis abends 7 Uhr. Hier liegt also ein kleiner Irrtum vor. Wie wir zu dieser Frage stehen, das ersehen Sie auch aus unserer Geschäftsordnung.[10] Ich habe einige Exemplare mitgebracht, damit jeder Herr eine Geschäftsordnung bekommt. Darin befinden sich in § 11, Abs. 3 zwei Stellen, die besagen, daß sämtliche wichtigen Sachen dem Oberpräsidenten persönlich vorgelegt werden müssen. Zu den wichtigen Sachen unter § 11, Abs. 3 gehören sämtliche Angelegenheiten, die von der Provinzialmilitärregierung kommen, sämtliche Angelegenheiten, die von den Chefs der politischen Parteien kommen, und sämtliche Schreiben, die von Mitgliedern des Provinzialrates kommen. Wir betrachten sie als die Exponenten der Volkssouveränität und darum haben wir den Passus in die Geschäftsordnung hineingenommen. Und nach diesem Grundsatz werden wir auch weiter verfahren.

Meine Herren! Nun ist bei der Provinzial-Militärregierung vereinbart worden, daß eine zweite Sitzung der Herren Parteiführer bei der Provinzial-Militärregierung am 10. Juli stattfindet. Vielleicht haben wir nachher noch Gelegenheit, über dieses Datum zu sprechen, weil wir vor dieser Sitzung noch einmal zusammenkommen möchten, um über das Schreiben zu sprechen, das in Abschrift überreicht worden ist und das das Datum vom 17. Juni trägt. (Zwischenruf: Wir sind heute nachmittag zur Militärregierung geladen). Oberpräsident Dr. *Amelunxen* fährt fort: Ich weiß nicht, wer dazu geladen hat. Ein Abgeordneter wirft ein: Ich bin von der englischen Dienststelle geladen. Oberpräsident: Weil Sie das Schreiben nicht kennen, würde ich Ihnen vorschlagen, wenn nachmittags in der Sitzung eine weitere Besprechung vereinbart wird, sie so festzulegen, daß wir vorher noch einmal zusammenkommen. Abgeordneter *Gronowski* zeigt seine Einladung vor. Der Oberpräsident liest sie und fährt fort: Der 10. Juli ist ursprünglich vereinbart worden. Aus dem Schreiben geht auch hervor, daß der 10. Juli vereinbart war.

Generalreferent Dr. Menzel: Meine Herren! Es wurde vorgeschlagen, daß das, was hier in diesen beiden Anlagen niedergelegt ist, zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses wird. Es wird nicht nötig sein, selbst sich zu diesem Problem zu äußern. Sie werden höchstwahrscheinlich im Rahmen

10 Ein Exemplar der Geschäftsordnung vom 31. 12. 1945 im HStA Düsseldorf, RWN 133–9.

ihrer Fraktion zu der Frage, die da aufgeworfen wurde, sich Klarheit verschaffen. Ich darf dabei nur auf eines hinweisen: Eine Anlage enthält einige Richtlinien, für den künftigen territorialen und verwaltungsmäßigen Neuaufbau des Reiches, der Länder und der Städte.[11] Sie haben dann eine zweite Anlage. An Hand dieser Grundsätze ist einmal der Versuch unternommen worden, alle öffentliche Verwaltungsbetätigung, ganz gleich, auf welchem Gebiet sie liegt, einzugliedern in den künftigen Aufbau, den wir uns als möglichst sparsam, klar und einfach gedacht haben, nämlich Reich – Land und dann Kreis und Stadt.[12] Das bedingt einerseits den Wegfall der Provinzialverwaltungen, Provinzialselbstverwaltungen und andererseits auch den Wegfall der Regierungspräsidenten.[13] Wir haben dies alphabetisch angeordnet und ich bitte Sie, sich bis zur nächsten Sitzung mit diesen Dingen zu befassen, weil nur, wenn Sie die Einzelheiten kennen, überhaupt klar werden kann, wie der künftige Verwaltungsaufbau zu erzielen sein soll. Es ist selbstverständlich, daß der Gebietsumfang in einer gewissen Beziehung steht zu dem, was diesem Gebiet an Funktionen anzuvertrauen ist. Wenn ich – um ein Beispiel zu wählen – die britische Zone aufteilen würde in 30 Grafschaften, so kann jedes dieser 30 Gebiete nicht dieselben Zuständigkeiten haben, als wenn die britische Zone aufgeteilt wird – sagen wir einmal – in vier oder fünf Länder, die in sich ausgeglichener und auch verwaltungsmäßig viel leistungsfähiger sind. Es läßt sich also die Frage der Gebietsaufteilung nicht trennen von der Frage der Zuständigkeitsverteilung. Sie werden ja auch in der Diskussion bei der nächsten Hauptausschußsitzung zu den Fragen Stellung nehmen wollen über die Auflösung der alten Provinzial-Selbstverwaltung, wie dies übrigens schon in einer Provinz geschehen ist, und Sie werden Stellung nehmen wollen, ob der Posten eines Regierungspräsidenten bleiben soll. Wir wollen eine sehr große Stärkung der Selbstverwaltung, d.h. wir wollen in die Kreise und Städte möglichst viel Kompetenzen hineinlegen, so daß das zur Folge haben würde, daß ein Teil dessen, was bisher der Regierungspräsident erledigte, künftig die kommunale Selbstverwaltung, die Kreise und Städte erledigen und die restlichen Aufgaben des Regierungspräsidenten die Länder. Die Angabe der Richtlinien würde heraufzusetzen sein vom Regierungspräsidenten auf die Provinz. Das hätte den Vorteil, daß wir alle öffentliche Betätigung nicht nur einfach aufgliedern würden, sondern daß auch alle öffentliche Betätigung parlamentarisch kontrolliert wäre. Zur Zeit ist ja die Regierungspräsidentenstufe die einzige, die keinerlei parlamentarische Kontrolle neben sich hat, ein Prinzip, das wir nicht für richtig halten. Wir würden also die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Teil herablegen zur Selbstverwaltung und den Rest, die großräumigen Fragenkomplexe, die Fragen der Richtlinien herauflegen zum Land. Ich wollte das heute nur andeuten, damit Sie wissen, von welchen Gedanken wir bei diesem Vorschlag ausgegangen sind. Sie werden dann bei den einzelnen Punkten, auf die ich heute nicht eingehen will, finden, daß wir möglichst dem Reich nur die Richtlinien gelassen haben – die wären zunächst wahrzunehmen von einer Zonen- oder Länderverwaltung – und daß wir dann das Schwergewicht der ganzen Zuständigkeit von den Kreisen und Städten verwaltet sehen. In der Frage der Finanzverwaltung stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Probleme der Lastenverteilung nicht allein von den Kreisen und Städten, auch nicht von den Ländern gelöst werden dürfen, sondern Aufgabe des Reiches sind.

11 Gemeint ist die Denkschrift *Menzels* vom 6. 5. 1946 (Nr. 103).

12 *Menzel* bezieht sich hier auf den zweiten Teil seines Korreferats vom 13./14. 6. 1946 (vgl. Nr. 161a, Anm. 12).

13 Vgl. hierzu Nr. 174.

Die Lastenverteilung muß so geregelt werden, daß die Gebiete, die durch den Krieg verschont geblieben sind, selbstverständlich nun erhöht herangezogen werden zum Lastenausgleich zugunsten derjenigen Gebiete, die – wie z.B. das Ruhrgebiet – besonders stark gelitten haben. Wenn man den Ländern allein die Lastenverteilung überließe, würden wir zu dem unmöglichen Ergebnis kommen, daß gerade die ärmsten Länder erhöhte Steuern erheben müssen gegenüber den verschont gebliebenen. Ich möchte mich darauf beschränken. Als Anregung zur Diskussion wollen wir diesen Punkt in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses behandeln.

OBERPRÄSIDENT: Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist wohl nicht der Fall. Meine Herren! Wird sonst zu diesem ersten Punkt der Tagesordnung das Wort gewünscht? Waren Sie einverstanden damit, was ich über die Frage Westfalen vor der Presse gesagt habe?

Abgeordneter GRONOWSKI: Mit den Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten, daß die Provinz Westfalen eine Einheit bleibt, sind wir durchaus einverstanden. Was die zweite Sache angeht, die Beschwerden, die eingereicht worden sind, so muß ich sagen: Ja, sie haben es ja in der Hand, den alten und schönen Titel Oberpräsident abzustreifen. Nennen Sie sich Ministerpräsident, dann wissen die Leute, daß sie eine neue Regierung haben und nicht einen Oberpräsidenten. Die Auffassung ist vollständig falsch, daß in den letzten 30 Jahren der Oberpräsident ein paar Beamte gehabt hat. Nach dem ersten Weltkrieg hatte der Oberpräsident vier große Behörden. Es gab auch schon allerhand zu tun, freilich nicht in dem Umfange, wie es heute ist. Aber ich glaube, Sie könnten den Amtstitel Oberpräsident ablegen, der vielleicht der schönste von allen Titeln ist. Nach parlamentarischen Begriffen müßten Sie der Regierung den Vorschlag machen, daß Ihnen ein Vertrauensvotum ausgestellt wird. Wenn nicht, dann müßten Sie abgeben. Aber diese parlamentarische Einrichtung besteht noch nicht und darum muß es Ihnen genügen, wenn unsererseits gesagt wird, daß aus unseren Kreisen die Beschwerden trotz verschiedener Anschuldigungen nicht herausgekommen sind.

OBERPRÄSIDENT: Ich will dazu Stellung nehmen. Ich lege auf Titel keinen Wert. Wir haben bisher gearbeitet und werden weiterarbeiten. In anderen Provinzen und Ländern haben sich die Leute alle möglichen Titel zugelegt. Ich halte das für untragbar, der Bevölkerung zu sagen, ich wollte Minister sein, wie man das in anderen Gegenden gemacht hat.

Abgeordneter GRONOWSKI: Die Bevölkerung kennt eben nicht die Umgruppierung. Daher kommt dieses Mißverständnis. Generalreferent? Was ist das? So werden wir hunderte Male gefragt. Das muß man erst mit der Politik den Leuten beibringen wie ein Kapital aus dem Katechismus oder über die Glaubensfragen.

OBERPRÄSIDENT: Wir können das der Bevölkerung noch nicht überall klar machen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn die Herren Mitglieder des Provinzialrats mithelfen würden, die Bevölkerung zu überzeugen, daß wir nicht mehr das sind, was früher der Oberpräsident war. Die Auffassung, daß der Oberpräsident früher eine kleine Behörde war, habe ich nicht vertreten. Ich habe nur angeführt, daß Kreise dieses Provinzialrats diese Auffassung geäußert haben. Wird sonst noch das Wort gewünscht?

Abgeordneter LEDWOHN (KPD): Es ist wertvoll, darauf hinzuweisen, daß auf der letzten Sitzung in Godesberg, von der der Herr Oberpräsident berichtete, ein wertvoller Gedanke ausgesprochen wurde, und zwar, daß über die neue Einteilung der Länder

letzten Endes beschließen soll eine Beratung aller Parteiführer und aller entsprechenden staatlichen Stellen aus dem gesamten Deutschen Reich.[14] Wir möchten diesen Vorschlag besonders begrüßen, denn wenn wir auch jetzt gezwungen sind, uns in einer Form festzulegen, in der wir in der Provinz Westfalen die Verwaltung neu regeln wollen, so wollen wir doch die endgültige Regelung auch unseres Gebietes in dieser Beziehung von einer Entscheidung im gesamtdeutschen Rahmen abhängig machen. Ich glaube, daß dieser Gedanke wertvoll ist und auch befolgt werden sollte. Ich nehme an, daß im allgemeinen die anwesenden Herren mit den Richtlinien, die hier in den Vorschlägen des Herrn Dr. *Menzel* ausgearbeitet sind, schon einverstanden sind, und ich glaube kaum, daß große Differenzen zwischen den einzelnen Parteien in dieser Beziehung vorhanden sind. Wir wollen aber noch nicht diskutieren. Ich hätte aber doch gern etwas über das Verfahren gehört, wie man die ganze Angelegenheit regeln will. Bis 27. Juli ist eine relativ kurze Zeit. Bis zum 27. sollen die Vorschläge bei der Militärregierung eingereicht werden und dazu als Vorschläge des Provinzialrats, in welcher Weise die Regierung gedenkt, die Geschäfte der Provinzialregierung zu erledigen, und es würde wohl zweckmäßig sein, uns hier einen Plan aufzustellen, wie wir nun die Dinge erledigen wollen. Ich glaube, es wird die Absicht bestehen, daß seitens der Provinzialregierung ein ganz konkreter Plan ausgearbeitet wird, wie in Zukunft die Provinzialregierung bzw. Provinzialverwaltung aufgebaut sein soll und welche Zuständigkeiten sie haben soll. Das ergibt sich im wesentlichen aus den Vorschlägen, die bereits ausgearbeitet sind. Es handelt sich meiner Ansicht nach darum, ob die Parteiführer und Parteien von sich aus entsprechende Vorschläge machen oder können wir damit rechnen, daß die Provinzialregierung den einzelnen Fraktionen solche Vorschläge zuschickt, damit die Parteien dazu Stellung nehmen. Ich denke, ein solches Verfahren ist sehr zweckmäßig und wir kommen dann schneller weiter. Ich kann für meine Fraktion erklären, daß wir diesen Vorschlag auf der Basis der hier ausgearbeiteten Richtlinien ausarbeiten werden. Da wir im Grunde genommen damit einverstanden wären, bliebe noch zu klären, ob wir Ministerien bilden oder ob wir bei Generalreferaten bleiben. Ich persönlich neige dazu, daß wir einer solchen Instanz wie der Provinzialverwaltung und -regierung nicht den Charakter einer Regierung und den Namen von Ministerien beilegen, sondern daß wir – entsprechend dem kleineren Aufgabenkreis – uns vielleicht mit der Benennung beschränken und bei der Verwaltung bleiben und sie als Verwaltungsabteilung oder Generalreferat bezeichnen. Sonst schimmert immer der Gedanke durch, wenn wir Ministerien in der Provinz einrichten, daß dann die Provinz den Charakter als Provinz des Reiches verliert und den Charakter des Landes annimmt. Und in dieser Beziehung muß ich schon sagen, daß ich glaube, daß dann eine gewisse föderalistische Tendenz zum Ausdruck kommt.[15] Wie gesagt, eine Klarstellung wird sich erst dann ergeben, wenn wir darüber diskutieren. Ich möchte das nur zunächst mal mit in die Debatte hineinwerfen.

Abgeordneter ALTENHAIN: Für den Provinziallandtag ist ein Datum überhaupt noch nicht vorgesehen. Ich würde sagen, wenn am 27. die Vorschläge eingereicht werden sollen und heute Nachmittag die Besprechung bei der Militärregierung ist, dann würde vielleicht noch einmal eine Ausschußsitzung[16] stattfinden und im Anschluß daran der Hauptausschuß des Provinzialrates. Der Landtag müßte aber noch gehört werden, bevor

14 Vgl. Nr. 161a.

15 Zu den Vorstellungen der KPD bezüglich der Neugestaltung Deutschlands vgl. Nr. 136.

16 Es ist unklar, welcher Ausschuß hier gemeint ist.

der Militärregierung ein endgültiger Vorschlag gemacht wird. Nun haben wir einmal das Organ des Provinzialrats und bei einer solch wichtigen Angelegenheit kann ich mir denken, daß der Provinzialrat zuständig wäre, darüber mitzureden. Vielleicht wäre es richtig, wenn wir zumindest vor dem 27. Juli, dem Termin, den die Militärregierung bestimmt hat, die Termine festlegen.

OBERPRÄSIDENT: Ich hatte an den 16. Juli gedacht.

Abgeordneter ALTENHAIN: Es wäre doch vielleicht schön, wenn wir heute Nachmittag feststellen könnten, wann noch einmal die Herren zur Militärregierung müssen. Da wäre doch zu empfehlen, daß das am gleichen Tage geschieht. Wir haben auch nicht so viel Zeit, daß eine Sitzung vormittags, die andere nachmittags [stattfindet]; vielleicht der Hauptausschuß nachmittags, müßte doch möglich sein.

OBERPRÄSIDENT: Der nächste Termin für die Militärregierung liegt noch nicht fest. Wenn der 16. Juli in Aussicht gestellt ist, so sollten Sie der Militärregierung sagen, daß Sie an dem Tag hier sein werden. Dann wird die Militärregierung darauf eingehen.

Abgeordneter GROSS: Also beide Sitzungen am 16. Juli zusammen.

OBERPRÄSIDENT: Wir wissen allerdings nicht, ob wir am 16. Juli schon mit von Vorbereitungen fertig sind, denn es ist ein großer Fragenkomplex. Wir müssen dann bis zum 27. die Vorschläge bei der Militärregierung einreichen. Das sind dann noch 10 Tage.

Abgeordneter GRONOWSKI: Ich habe es so verstanden: Wir müssen erst Zeit haben, das Material, das Sie uns heute übergeben haben und das noch kommen wird, durchzuarbeiten und zu verdauen und dann betrachten wir das als eine sogenannte Regierungsvorlage und wenn wir das durchgearbeitet haben, dann können wir doch erst zusammenkommen. Die Sitzung der Parteiführer oder des Hauptausschusses hat doch gar keinen Sinn, wenn wir nicht das gesamte Material rechtzeitig durcharbeiten. Bis zum 16. Juli geht es schon, aber über Verwaltung ist nicht so einfach zu diskutieren.

OBERPRÄSIDENT: Wir werden das sehr gut vorbereiten.

Abgeordneter GROSS: In der Praxis ist es so, daß wir das Material, was Herr Dr. *Menzel* ausgearbeitet hat, unseren Fraktionen vorlegen müssen, um uns ein Urteil zu bilden.

OBERPRÄSIDENT: Das neue, noch angekündigte Material müßte ebenfalls vorliegen, so daß die Fraktionen sich sehr eingehend mit dieser Vorlage beschäftigen können. Wir würden am 16. Juli noch einmal zusammenkommen im Hauptausschuß und eine endgültige Formulierung fassen und in der Woche zwischen dem 22. und 25. der Provinzialrat. Oder was schlagen Sie vor?

Abgeordneter STEINHOFF: Es wäre notwendig, daß dieses Material bald zur Verfügung gestellt wird, damit wir es in den nächsten Tagen in den Fraktionen zur Verfügung haben.

DR. MENZEL: Das ist technisch unmöglich.

Abgeordneter GROSS: In 14 Tagen ist Sitzung des Hauptausschusses. Wir müssen uns ja dann schon klar darüber sein.

Abgeordneter LEDWOHN: Es fragt sich, ob wir nicht am 12. doch eine Sitzung durchführen. Wir werden in einer Sitzung den Fragenkomplex nicht erledigen können. Deswegen ist es zweckmäßig, wenn wir in einer Vorbesprechung die ganzen Dinge behandeln und in einer späteren Sitzung endgültig darüber Beschluß fassen. Ich würde darum bitten, daß wenigstens drei Tage vor Stattfinden der Sitzung die Vorlage den Fraktionsführern zugeht.

OBERPRÄSIDENT: Bis 12. können wir das nicht.

Abgeordneter GROSS: Der 16. ist Dienstag.

OBERPRÄSIDENT: Da nehmen wir Dienstag, den 16. Juli für den Hauptausschuß und wir bemühen uns, bis dahin das Material zu versenden.

Abgeordneter ALTENHAIN: Vielleicht wäre der 15. besser.

DR. MENZEL: Ich muß am 15. nach Bünde zum Verfassungsausschuß für die ganze Zone. Das ist ein Verwaltungsbeirat für die ganze Zone.

OBERPRÄSIDENT: Also Dienstag, den 16. Juli, 10.00 Uhr vormittags. Bis dahin wird das Material vorliegen.[17] Wir werden uns bemühen.

Abgeordneter ALTENHAIN: Es wäre das beste, wir würden heute besprechen, daß die nächste Parteiführerbesprechung auch am 16. 7. stattfindet.

OBERPRÄSIDENT: Ja, das würde ich empfehlen. Also der Hauptausschuß am 16. 7., morgens 10 Uhr. Wenn heute nachmittag bei der Militärregierung ein neuer Termin vorgeschlagen wird, wollen Sie vorschlagen, daß Sie Dienstag, den 16. Juli nachmittags empfehlen würden. Aber was einer der Herren Vorredner gesagt hat, ist sicher richtig: Wir werden niemals an einem Tag zu dem endgültigen Beschluß kommen. Wir wissen selbst heute in ihren Einzelheiten nicht, welche Vorschläge wir machen, weil wir zunächst die Beratungen in Hamburg, Celle und Bünde abwarten möchten.[18] Der Termin vom 27. Juli ist uns gesetzt worden. Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn wir nicht in der Lage sein sollten, es bis zum 27. Juli fertig zu bringen, dann – glaube ich – wird die Militärregierung bereit sein, diesen Termin etwas zu verschieben, wenn es nicht anders ginge.

VERTRETER DER MILITÄRREGIERUNG: Man legt großen Wert darauf, daß dieser Termin eingehalten wird.

OBERPRÄSIDENT: Wir werden uns bemühen. Wird sonst noch das Wort gewünscht zum 1. Punkt der Tagesordnung? Ich darf wohl annehmen, daß alle Parteien mit meinen Ausführungen zur Frage Westfalen einverstanden sind. Meine Herren! Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

[...][19]

17 Die nächste Sitzung des Hauptausschusses fand schließlich am Mittwoch, den 17. Juli statt (vgl. Nr. 191); am 8. Juli wurde die Vorlage der Provinzialregierung für die Parteien fertiggestellt (vgl. Nr. 186).

18 Die nächste Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg fand am 10./11. 7. 1946 statt; zuvor trafen sich die Chefs der Länder und Provinzen am 7./8. 7. 1946 in Celle.

19 Von der Tagesordnung (siehe Anm. 4) wurden im folgenden die Punkte 2–6 ausführlich erörtert; die Punkte 7–9 entfielen oder hatten sich erledigt; unter Pkt. 10 wurde die „Benzinfrage" erörtert.

181.

2. 7. 1946: Der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen, Ulrich (Bremen), an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Gieselmann (Münster)

WWA, K 5 Nr. 198. Ausfertigung.

Sehr geehrter Herr Dr. *Gieselmann*!

Für Ihr Schreiben vom 27. 6.[1] danke ich Ihnen bestens. Ich kenne die Stellungnahme der Kammern Wesermünde und Emden[2] zur Gebietsabgrenzung nicht, würde es aber sehr bedauern, wenn es nicht gelingen sollte, innerhalb der Zonenvereinigung zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen. Ich halte dies für durchaus möglich. In der Frage der „Souveränität" stimme ich überhaupt mit Ihnen überein. Die Frage der Regierungsbezirke ist in meiner letzten Fassung weggelassen. Die Frage der Sonderverwaltungen habe ich ausdrücklich mit der Größe der neuen Verwaltungsbezirke in Zusammenhang gebracht; auch hier besteht also gar keine Differenz.

Es bleibt also lediglich die Frage der „Großen Länder". Da ich für die beiden westlichen Provinzen ausdrücklich die Ausnahme festgelegt habe, hat die Frage für die britische Zone ja kaum noch Bedeutung und für diese sollen wir ja zunächst nur praktische Vorschläge machen. Die Frage, ob man nur strukturell gleiche oder wirtschaftlich verflochtene Räume zusammenfassen soll, ist nicht mit einem reinen Ja oder Nein zu beantworten. Ihr eigener Vorschlag ist eine Kombination von beiden, insofern Sie für das Ruhrrevier die strukturelle Gleichheit verlangen und sie dann mit den beiden wirtschaftlich verbundenen Provinzresten zusammenführen. In diesem Problem liegt m.E. kein logischer Gegensatz; denn einerseits soll man nicht trennen, was unbedingt unzerreißbar zusammengehört (strukturelle Gleichheit, z.B. Ruhrrevier), auf der anderen Seite kann es erwünscht sein, wirtschaftlich verflochtene Teilräume zusammenzufassen. Wir sind uns aber alle klar darüber, daß dies nicht zu Autarkien führen kann.

Alle diese Gedanken können in voller Klarheit zum Ausdruck kommen, so daß ich es sehr bedauern würde, wenn wir nicht zu einer gemeinsamen Formulierung kämen. Ich schlage vor, daß wir uns in Nenndorf mit Herrn Dr. *Fricke* zusammensetzen, um den Versuch einer Vereinbarung zu machen.[3] Herrn Dr. *Fricke* habe ich Abschrift dieses Schreibens übersandt.

Die Erklärung des westfälischen Oberpräsidenten[4] ist übrigens hier allgemein als eine Unterstützung meines Vorschlages angesehen, die Provinz als Grundlage zu nehmen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr *Ulrich*

1 Nr. 175.

2 Vgl. Nr. 175, Anm. 3.

3 Eine gemeinsame Erklärung der Zonenvereinigung der Industrie- und Handelskammern ist – soweit erkennbar – nicht veröffentlicht worden.

4 Gemeint ist die Ansprache *Amelunxens* vom 24. 6. 1946 (Nr. 169).

182.

2. 7. 1946: Der Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske, an die Industrie- und Handelskammer Münster

WWA, K 5 Nr. 198. Ausfertigung. Eingangsstempel vom 3. 7. 1946.

Für die freundliche private Übersendung der Detmolder Entschließung der westfälischen Handelskammern[1] danke ich Ihnen verbindlichst.[2] Sie muß mit großer Genugtuung begrüßt werden.

Leider verlaufen die Erörterungen über die neuen Verwaltungsgebiete viel zu sehr nach politischen und dabei partikularistischen Gesichtspunkten. Die jetzt wahrlich so überaus wichtigen wirtschaftlichen und sozialen werden übergangen, sind womöglich unbequem.[3] Eine Hauptsache ist, daß sie ganz anders als bisher zur Geltung gebracht werden. Davon hängt außerordentlich viel für die kommende Lebenshaltung der ganzen Bevölkerung ab.

Mit verbindlichsten Grüßen

Ihr ergebener

Kuske

1 Vgl. die Nrn. 157b, 173.

2 Vom 3. 7. 1946 liegt in gleicher Angelegenheit auch ein Dankschreiben von Oberpräsident *Lehr* vor, in dem er sich erfreut darüber zeigt, „daß sich die Auffassung der westfälischen Industrie- und Handelskammern so weitgehend mit der Auffassung der nord-rheinischen Industrie- und Handelskammern deckt" (Ausfertigung: WWA, K 5 Nr. 198).

3 Zur kritischen Einstellung *Kuskes* gegenüber der bisherigen Behandlung der Neugliederungsfrage vgl. besonders Nr. 161a, Anm. 20.

183.

3. 7. 1946: Regierungsrat Heyne (Minden) an Landeshauptmann Salzmann

Archiv des LWL, II K 265. Hs. Ausfertigung. Eingangsstempel vom 5. 7. 1946.

Sehr verehrter, lieber Herr *Salzmann*!

Haben Sie vielen herzlichen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 27. 6. 1946[1] und Ihr liebenswürdiges Eintreten für meine Nichte. Sie haben mir eine große Sorge abgenommen.

1 Nicht ermittelt.

Wegen der anderen Frage habe ich mich bei Landwirten insbesondere dem Kreisbauernführer umgehört.[2] Der Hauptstein des Anstoßes sind die rücksichtslosen Erfassungsmaßnahmen von Unna[3] gegen Bauern, Mühlenbesitzer und dergleichen. Die Bauern gehen schon dazu über, Vieh schwarz im benachbarten Hannover zu Überpreisen zu kaufen, um der Ablieferungspflicht zu genügen und trotzdem den nötigen Viehbestand zu halten. Daneben wird behauptet, daß die Finanzämter bei der Durchführung der Steuergesetze weniger scharf als hier seien. Auch seien die Tariflöhne dort für die Bauern günstiger. Weiter wird behauptet – ich habe keine Möglichkeit, das zu prüfen –, das Münsterland würde gegenüber Ostwestfalen begünstigt, z.B. sei der Kreis Borken nicht so scharf belastet. Das sei immer so gewesen. Dabei kommt dann auch konfessioneller Unsinn zu Tage. Der evangelische, bessere Minden-Ravensberg Hengst sei nicht angekört worden, hingegen der schlechtere katholische Hengst aus dem Münsterland. Leider wird so etwas geglaubt. Dabei muß etwas daran sein, da mir *Grünberg* aus dem Sauerland die Klage erzählte, in Münster sähe man nur – verzeihen Sie meine Offenheit – nur das Münsterland und das Industriegebiet, sähe aber nicht genügend auf die Interessen der Randgebiete Westfalens. Bei den Bauern heißt das, los von dem roten Kohlenpütt und hin zu dem sozial ausgeglicheneren, konservativen Hannover. Daß das Ganze kurzsichtig ist, will man nicht begreifen. Schließlich leben wir von der Industrie, ihrer Steuerkraft und ihrem Konsum. Den Absatz ins Ruhrgebiet hätten die Hannoveraner auch, ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen, wird dagegen eingewandt.

Trotzdem ist die Frage m.E. noch nicht brennend. Zur Zeit ist der Landwirt in der Ernte und das geht ihm allem andern vor.

Die städtische, gewerbetreibende Bevölkerung macht soweit ich mich umgehört habe, überhaupt nicht mit, nicht nur hier in Minden, wo man fürchtet, die Regierung zu verlieren, sondern auch anderswo, dazu ist die gewerbliche und industrielle Wirtschaftsverflechtung Minden-Ravensberg mit Gesamtwestfalen zu eng. Bei Hannover fürchtet man, nur Steuerquelle und unbeachtet Randgebiet zu sein. Ich hoffe, damit Ihnen erschöpfende Auskunft gegeben zu haben. Sollte noch weiteres zu klären sein, will ich mich gerne umhören. Hoffentlich geht es Ihnen gut. Bitte behandeln Sie die Sache im Interesse meiner Gewährsleute vertraulich. Nochmals meinen verbindlichsten Dank.

Mit recht freundlichem Gruß

Ihr Hermann *Heyne*

2 Es geht um die Frage der Einstellung der Minden-Ravensberger Bevölkerung zu einem eventuellen Anschluss an die Provinz Hannover; hierzu läßt sich allgemein feststellen, daß lediglich in landwirtschaftlichen Kreisen sowie bei einigen wenigen anderen Gruppen diesem Gedanken Sympathie entgegengebracht wurde; eine Angliederung von Minden-Ravensberg an „Niedersachsen" wäre mit Sicherheit auf großen Widerstand in der dortigen Bevölkerung gestoßen; vgl. hierzu auch H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 50.

3 Sitz des Landeswirtschaftsamtes.

184.

4. 7. 1946: Entschließung der Deutschen Zentrumspartei anläßlich der Sitzung des Vorstands[1] in Essen

ACDP, I-293–001/4. Vervielf. Exemplar.

Das Zentrum zur Neugestaltung Deutschlands

Die Zentrumspartei will den Frieden Europas und der Welt. Sie anerkennt die Verpflichtung ganz Deutschlands, zur Sicherung dieses Friedens jeden sinnvollen und zweckmäßigen Beitrag zu leisten. Sie ist indes überzeugt, daß dieser Beitrag nur dann wirksam werden kann, wenn das Reich als lebensfähiges Ganzes auf demokratischer Grundlage im Rahmen eines geeinten Europa erhalten bleibt. Ein zerstückeltes Deutschland aber würde die Einigung Europas nicht fördern, sondern hemmen, weil die Zerstückelung eines europäischen Gliedstaates dem Grundgedanken der Wiederbelebung des europäischen Gedankens widerstrebt. Ein zerrissenes Deutschland wird ein Unruheherd sein. Das deutsche Problem wird seine endgültige Lösung nur in der glücklichen Lösung des gesamteuropäischen Problems finden. Deshalb wendet sich die Zentrumspartei gegen jeden Versuch, die Sicherung des europäischen Friedens durch eine Zerstückelung Deutschlands oder durch das Herausschneiden wichtiger Wirtschaftsgebiete erreichen zu wollen. Nicht einzelne deutsche Gebietsteile, sondern das ganze und ungeteilte Deutschland und das ganze deutsche Volk sollen durch innerpolitische Gestaltung und durch den festen, unwiderruflichen Einbau in das europäische Ganze zu Garanten des Friedens gemacht werden.[2]

Zur Frage der Neugliederung eines demokratischen und föderativen Deutschlands erstrebt das Zentrum die Bildung deutscher Länder, die eine dauerhafte Lebensfähigkeit und Verwaltungseinheit gewährleisten. Bei der Neugestaltung dieser Länder ist auf die geschichtlich gewordenen Zusammenhänge, auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den Wunsch der Bevölkerung in demokratischer Weise Rücksicht zu nehmen.[3]

Als Vorbedingung für den gesamten wirtschaftlichen Wiederaufbau und eine ausgleichende Lebensmittelzuteilung des deutschen Volkes hält das Zentrum die alsbaldige Beseitigung der Zonengrenzen für das dringendste Gebot der Stunde.

---

1 Laut Protokoll (ACDP, I-293–001/4) waren anwesend 4 Mitglieder des Direktoriums und 21 Mitglieder des Hauptvorstandes; vgl. zur Organisation der Führung der Zentrumspartei: G. SCHWARZE, 1984, S. 94f.

2 Bis hierhin ist die vorliegende Entschließung identisch mit einer Entschließung, die bereits auf dem 1. Parteitag des Zentrums in Essen am 9./10. 3. 1946 verabschiedet worden war; Protokoll des 1. Parteitags: BA Koblenz, NL Brockmann 3.

3 Zur Haltung des Zentrums in der Frage der Neugliederung vgl. auch die Nrn. 86, 113a, 141, 162.

185a.

5. 7. 1946: Legationsrat a.D. Budde (Bad Godesberg) an Oberbürgermeister Pünder (Köln)

BA Koblenz, NL Pünder 228. Ausfertigung. Paraphe und hs. Vermerke Pünders.

Lieber, sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Hoffentlich habe ich bald einmal wieder Gelegenheit zu einem längeren Gespräch mit Ihnen. In der nächsten oder übernächsten Woche werde ich versuchen, vielleicht mit Dr. *van Aubel* zusammen zu Ihnen nach Köln zu kommen, weil ich glaube, daß verschiedene wichtige Dinge nur durch Sie weiter getrieben werden können.

Das anliegende Schriftstück[1], über dessen besondere Bedeutung ich Ihnen mündlich berichten werde, wird Sie interessieren, auch weil es Sie selbst betrifft.

Mit herzlichen Grüßen und in
alter Verbundenheit

Ihr aufrichtig ergebener

Eugen *Budde*

1 Siehe Nr. 185b.

185b.

5. 7. 1946:[1] Anlage zum Schreiben des Legationsrats a.D. Budde (Bad Godesberg) an Oberbürgermeister Pünder (Köln)[2]

BA Koblenz, NL Pünder 228. Durchschlag. Hs. Vermerk: „Kts. Dr. Pünder".

Betr. Deutsche Länder und Friedensvertrag

1. Die seit einigen Monaten beobachtete Entwicklung von Ländern auch in der britischen Zone geht systematisch weiter. Jedoch bietet die Formung solcher Länder aus dem Leichenkoloß des früheren preußischen Machtstaats erheblich mehr Schwierigkeiten, als dies in der amerikanischen Zone sowie bei der Konstruktion des süddeutschen Länderrats in Stuttgart der Fall gewesen ist. Sowohl unter den Regierungschefs wie unter den Parteiführern der britischen Zone ist man sich noch lange nicht über die Frage einig, ob man große, mittlere oder kleinere Länder vorschlagen soll.

Vom Rheinlande her betrachtet würde man am liebsten ein einziges Land Rheinland-Westfalen mit dem Industriegebiet in der Mitte schaffen, um so den empfindlichen Eidot-

1 Das vorliegende Dokument wurde wie das Anschreiben (Nr. 185a) datiert; vermutlich ist es aber etwas früher entstanden, allerdings nicht vor dem 25. 6. 1946.

2 Der eigentliche Verfasser des Stücks konnte nicht ermittelt werden.

ter des Industriereviers sozusagen mit dem schützenden Eiweiß und der Schale weiter landwirtschaftlicher Gebiete umgeben zu können. Die Westfalen haben jedoch bisher aus stammesmäßig begründetem und verständlichem Mißtrauen gegenüber den rheinischen Politikern mit ihrer bekannten Wendigkeit wenig Neigung gezeigt, auch ihrerseits diese Linie zu verfolgen, vielmehr bisher ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß sie ein Land Westfalen mit den alten Provinzgrenzen und einigen Abrundungen wünschen.

Bemerkenswert ist, daß in diesen Auseinandersetzungen die außenpolitische Konstellation von den meisten Wortführern kaum beachtet worden ist. Man ist in den deutschen Regierungskreisen ebenso wie in den Parteiführungskreisen lediglich bemüht, immer wieder die Meinung zum Ausdruck zu bringen, daß die politische Loslösung westdeutscher Gebiete aus dem politischen Verbande des Reiches unmöglich ist und daß höchstenfalls eine internationale Kontrolle des Industriegebietes in Frage kommt, bei der die Deutschen beteiligt sein müssen. Dagegen hat man noch kaum erkannt, daß der von britischer Seite aufgeworfene, von amerikanischer Seite offenbar unterstützte Gedanke der Schaffung eines Landes Rheinland-Westfalen innerhalb des föderalistischen Verbandes des Restreiches mit einigen internationalen Besonderheiten sogar nur das Minimum der französischen Forderungen erfüllt, mit dem also wohl auf jeden Fall zu rechnen ist.[3]

2. Einen sehr klaren Vorschlag für die Bildung eines Landes Rheinland-Westfalen hat der jetzige Oberbürgermeister von Köln, früherer langjähriger Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Hermann *Pünder*, gemacht, dessen internationale Beziehungen aus den vergangenen Jahren vor *Hitler* bekannt sind, und der auch bei den Völkerbundstagungen in Genf sowie anderen internationalen Konferenzen viel in Erscheinung getreten ist und damals manche Sympathien im Ausland gewonnen hat. Nach Ansicht von Dr. *Pünder*, die er an den britischen Minister *Hynd* direkt heranbringen konnte,[4] bilden die früheren preußischen Provinzen oder noch kleinere Länder keine tragfähige Grundlage für ein Staatsgebilde. Er plädiert daher in Anlehnung an die britischen Ideen für die Schaffung von drei oder – unter Sonderberücksichtigung des Stadtstaates Hamburg – vier Ländern, die eine gute staatsrechtliche Grundlage für einen gesunden Wiederaufbau eines föderalistischen Deutschland geben würden. Vor allem gelte dies für ein Land Rheinland-Westfalen. In ihm wäre das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet mit breitem landwirtschaftlichen Hinterland eingebettet. Mit ungefähr 12 Millionen Einwohnern in Stadt und Land würde dieses Gebilde nach Ansicht Dr. *Pünders* ein einigermaßen gesunder Organismus werden, wenn er sich auch infolge der vorerst bedauerlicherweise nur auf die Kohle beschränkten Ausfuhr noch nicht aus eigener Kraft ernähren könnte; aber in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht brächte ein solches Land Rheinland-Westfalen alle Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung mit sich. Allerdings wäre bei seiner Schaffung die Wiedereingliederung der bei der Zonenfestsetzung vorübergehend abgetrennten beiden rheinischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier dringend geboten, ebenso wie irgendwelche Absplitterungen von Westfalen nicht in Frage kommen dürften.

3 Vgl. hierzu besonders die Stellungnahme *Schröders* vom 23. 5. 1946 (Nr. 131).

4 Zu den Kontakten *Pünders* mit *Hynd* im April 1946 vgl. Nr. 77; das wichtigere Schreiben *Pünders* vom 25. 5. 1946 (Nr. 135), auf das sich die folgenden Aussagen beziehen, war aber nicht an *Hynd*, sondern an die CCG/BE gerichtet.

In diesen drei oder vier Einzelländern der britischen Zone, vor allem also auch in dem Land Rheinland-Westfalen sollte nach den Vorschlägen Dr. *Pünders* getreu den britischen Richtlinien, aber auch in Anknüpfung an beste deutsche Tradition die Selbstverwaltung in organischer Weise entwickelt werden, in erster Linie selbstredend in der Ebene der Stadt- und Landkreise, aber darüber auch in der der bisherigen Provinzen. Aus diesem Grunde erschiene nach den Vorschlägen von Dr. *Pünder* z.B. im Lande Rheinland-Westfalen für Selbstverwaltungsangelegenheiten die Erneuerung der beiden altbewährten Provinzverwaltungen Rheinland und Westfalen dringend geboten.

Der Führer der SPD in der britischen Zone Dr. Kurt *Schumacher* hat sich nach anfänglichem Schweigen neuerdings gegen den Plan von drei oder vier Ländern in der britischen Zone gewandt und vor allem die Schaffung eines Landes Rheinland-Westfalen als eine politische Unmöglichkeit bezeichnet, weil ein so großes Land nichts anderes als ein neues Preußen sein würde.[5]

Nach der Ansicht einiger Kenner der politischen Pläne Dr. *Schumachers* soll seine Ablehnung jedoch mehr von der Erwägung bestimmt sein, daß in einem Lande Rheinland-Westfalen die SPD hinter der CDU, vielleicht sogar hinter der KPD an Zahl und Bedeutung zurücktreten würde.[6] Tatsächlich hat die SPD in Rheinland-Westfalen gegenüber der KPD vor 1933 immer einen schweren Stand gehabt. Bei einer ähnlichen Entwicklung der Stimmenverhältnisse wie vor 1933 könnte also die CDU zusammen mit dem besonders in Westfalen neuanwachsenden Zentrum unter Umständen die sozialistischen Stimmen in die Minderheit verweisen. Man behauptet, eine solche parteipolitische Entwicklung innerhalb eines abgeschlossenen Landes Rheinland-Westfalen bedeute eine Gefahr für die SPD, deren Existenz als große oder größte Partei am besten in einer ländermäßig gar nicht aufgespaltenen Zone gesichert werde, wodurch sie von Zentralinstanzen des Staates und der Partei aus ihren starken Arm überall hin strecken könnte. Angeblich soll Dr. *Schumacher* erkannt haben, daß eine Föderalisierung des Reiches nicht nur der zentralistischen KPD, sondern auch der unitaristisch gewachsenen und gearteten SPD Schaden zufügen würde. Das süddeutsche Beispiel, bei dem die SPD Bayerns und Württembergs bereits stark aus dem alten marxistischen Fahrwasser heraus getreten ist und unter dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* und dem württembergischen Staatsrat Dr. Carlo *Schmid* (Tübingen) christlich-kleinbürgerliche Züge angenommen hat, zeigt schon heute, daß diese Befürchtung nicht unberechtigt ist.

Aus alledem geht hervor, daß die Bildung von föderalistischen Ländern in der britischen Zone parteipolitisch betrachtet infolge des dadurch eintretenden Systems der schottendichten politischen Abgrenzung gegenüber zentralistischen Einflüssen den marxistischen Parteien Abbruch tun würde.

3. Mehr und mehr tritt bei den bürgerlichen Politikern, unter denen sich unter der Führung von Dr. *Adenauer* und Dr. *Pünder* einige wenige außenpolitische Fachleute aus der Stresemann- und Brüningzeit befinden, auch der Gedanke in den Vordergrund, daß der Weg zum Friedensvertrag oder doch wenigstens zu einer provisorischen Regelung eines friedensvertragsrechtlichen modus vivendi über die Schaffung von Ländern als völkerrechtsfähigen Staatspersönlichkeiten führt. Die augenblickliche Zwischenzone zwischen dem Kriegszustand und dem endgültigen Friedenszustand wird sowohl auf deut-

5 Vgl. Nr. 172.

6 Vgl. hierzu Nr. 127.

scher wie auf britischer Seite als auf die Dauer unerträglich betrachtet. Dieser Zwischenzustand ist nach Ansicht deutscher Experten nur zu überwinden, wenn neue Völkerrechtssubjekte in Deutschland entstehen, mit denen im Falle des erwarteten Scheiterns einer zentralen Friedensvertragsregelung für Deutschland wenigstens die Westalliierten zu einem friedensvertragsrechtlichen modus vivendi kommen können.

Es darf angenommen werden, daß auf der Basis solcher Überlegungen die Bildung von Ländern in der britischen Zone in den nächsten Monaten verstärkte Impulse erhalten wird, nachdem man nach deutscher Auffassung auch auf britischer Seite inzwischen zu der Überzeugung gekommen ist, den deutschen Regierungsstellen müsse man künftig mehr Chancen gewähren, weil nur auf diese Weise eine erneute außenpolitische Kompromittierung der neuen deutschen Demokratie wie in der Zeit der Weimarer Republik vermieden werden könne.

186.

8. 7. 1946: Rundschreiben von Oberpräsident Amelunxen an die Mitglieder des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats[1]

HStA Düsseldorf, RWN 133–4. Vervielf. Exemplar.

Betr.: Umänderung der Provinzregierung Westfalens in eine Landesregierung, Schreiben der Militärregierung vom 17. 6. 1946[2]

Die am 17. Juli 1946 stattfindende Sitzung des Hauptausschusses des Provinzialrats wird sich mit dem angeführten Schreiben der britischen Militärregierung vom 17. 6. 46 zu befassen haben, das inzwischen allen Mitgliedern des Hauptausschusses zugegangen ist.[3] Nach Ziffer 9 jenes Schreibens werden Vorschläge des Provinzialrats im Einvernehmen mit der Provinzialregierung bis zum 27. Juli erwartet, und zwar nur hinsichtlich der zu Ziffer 6a–e[4] aufgeführten fünf Punkte. Es empfiehlt sich, die Stellungnahme gegenüber der Militärregierung auch ausdrücklich auf diese Punkte zu beschränken.

Ich schlage vor, daß der Hauptausschuß eine nach Einzelziffern aufgegliederte Entschließung des Plenums vorbereitet und diese Entschließung dann von mir aus mit einem entsprechenden Begleitschreiben an die Militärregierung übersandt wird, da sich die Abfassung eines solchen Schreibens nicht zur Beratung für eine Vertreterkörperschaft von 100 Personen eignet. Ich werde in der Sitzung des Hauptausschusses einen Entwurf für die entsprechende Entschließung des Provinzialrats vorlegen.

---

1 Vgl. die Erörterungen im Hauptausschuß des Provinzialrats am 2. 7. 1946 (Nr. 180).

2 Vgl. Nr. 107, Anm. 2.

3 Aufgrund des Bekanntwerdens der Vereinigung Westfalens mit der Nord-Rheinprovinz lief die Sitzung am 17. 7. 1946 nicht in der geplanten Weise ab (vgl. Nr. 191).

4 Vgl. die entsprechenden Ziffern bei Nr. 107.

Sie wird von folgenden Erwägungen auszugehen haben:[5]

1. Die Umänderung der Provinzialregierung in eine Landesregierung ist zu begrüßen, wenn damit die Voraussetzungen zu einer Angleichung an die süddeutschen Verfassungsverhältnisse geschaffen würden. Die hoffentlich recht baldige Bildung einer Reichsgewalt und der Wegfall der Zonengrenzen können nur dann einen vollen Erfolg haben, wenn der verwaltungsmäßige Aufbau in den einzelnen Zonen nicht zu sehr voneinander abweicht.

Nach der endgültigen Zerschlagung Preußens bilden die Länder und Provinzen die einzigen leistungsfähigen Träger jeder Staatsgewalt. Alle öffentliche Betätigung und Verwaltung, ganz gleich auf welchem Gebiet sie liegt, muß daher in diesen einzig übriggebliebenen Träger einer Staatsgewalt (Land - Provinz) eingebaut werden. Dies entspricht auch dem Verwaltungsaufbau Süddeutschlands und der russischen Zone.

2. Die Voraussetzung für die erwünschte Umänderung ist daher die Wiedereingliederung aller bisher nicht unter der Provinzialregierung stehenden Verwaltungen, z.B. Landesernährungsamt, Polizei, Verkehr, Justiz usw. Ich verweise auf die bei der einzelnen Aufgliederung angeführten Gründe.

3. Daraus folgt, daß die zur Zeit vorhandenen oder etwa noch beabsichtigten Zonenämter keinen eigenen Unterbau zur Durchführung ihrer Aufgaben besitzen dürfen, daß vielmehr hierzu der Fachminister der Landesregierung zuständig ist. Also: Zentrale Lenkung und Planung der Zonalverwaltung (bis zur Schaffung einer Reichsgewalt); dezentralisierte Verwaltung durch die Länder, die vielleicht Aufgaben an die Selbstverwaltungskörperschaften der Städte und Kreise weiter übertragen können.

Der Wiedereinbau dieser Verwaltungen einschließlich Polizei und Justiz ist schon deshalb erforderlich, weil die Sonderverwaltungen sonst keiner parlamentarischen Kontrolle unterstehen und die Übertragung von Beschlußrechten an den Provinzialrat und die Schaffung von ministeriellen Kompetenzen bei der Landesregierung keinen Sinn hat, wenn beide auf den wichtigsten Gebieten der öffentlichen Verwaltung völlig ausgeschaltet sind. Der finanzielle und verwaltungsmäßige Aufwand, der mit der Schaffung eines Provinziallandtags und einer Landesregierung verbunden ist, ist nur vertretbar, und würde von dem Volke nur verstanden werden, wenn damit zugleich der Einfluß beider Institutionen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und des staatlichen Daseins verbunden ist. Der „Mann auf der Straße" verbindet mit einer Landesregierung, einem Landesparlament, die verständliche Vorstellung, daß beide für die Politik und für alle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung zuständig sind. Er wird beide für den Zustand der Dinge verantwortlich machen, d.h. auch für diejenigen Vorgänge, die nicht zur Zuständigkeit einer Landesregierung gehören würden. Wenn daher die Forderung auf Wiedereinbringung der angeführten Verwaltungen nicht in vollem oder doch wesentlichen Umfange anerkannt wird, dann empfiehlt es sich von der geplanten Umorganisation Abstand zu nehmen und damit zu warten, bis die Bildung einer Reichsgewalt, ihre Kompetenz und die territoriale Neugliederung des Reiches durchgeführt sind. Ich bin fest überzeugt, daß die Bildung einer Reichsgewalt zu der universellen Zuständigkeit der Länder und Provinzen führen wird.

5 Die folgenden Ausführungen tragen deutlich die Handschrift *Menzels*; siehe dazu dessen Denkschrift vom 6. 5. 1946 (Nr. 103).

4. Entschließt man sich zur Schaffung von Länderministerien, dann wird aus Ersparnis- und verwaltungstechnischen Vereinfachungsgründen eine möglichst geringe Anzahl von Ressorts zu errichten sein. Die Bevölkerung würde für die Errichtung zu vieler Ministerien in diesen Notzeiten kein Verständnis haben. Schleswig-Holstein hat laut Amtsblatt Nr. 1 vom 15. 6. 1946 sieben Ministerien ausschließlich Justiz. In der Provinz Westfalen bestehen zur Zeit 9 Generalreferate und 2 unmittelbar dem Oberpräsidenten unterstellte Sachgebiete (Wiederaufbau und Straßenverkehr).[6]

5. Für die Aufteilung der Arbeiten auf die einzelnen Ministerien wird daher folgender Vorschlag unterbreitet:[7]

Ministerpräsident – Oberpräsident
zuständig für: Richtlinien der Politik
Angelegenheiten des Zonenbeirats
Angelegenheiten der Länderchefbesprechungen
Pressestelle
Amt für staatsbürgerliche Aufklärung
Zentralamt für Rechnungslegung und Ausgabenkontrolle
(soweit diese Aufgaben nicht von einer territorial höheren Instanz wahrgenommen werden).

Die einzelnen Ministerien wären:

I. Ministerium der Inneren und Allgemeinen Verwaltung
Die gleichen Zuständigkeiten wie das bisherige Generalreferat I ohne die an den Ministerpräsidenten übergegangenen politischen Angelegenheiten, jedoch bleiben die allgemeinen Verfassungsfragen bei dem Innenministerium. Hinzu kommen zum Innenministerium die Wohnungswirtschaft und das Landesflüchtlingsamt.

Ein früherer englischer Vorschlag sah ein besonderes Ministerium für Public Safety vor. Sollte die Militärregierung darauf weiter bestehen, dann ist eine Personalunion zwischen Innen- und Public Safety-Ministerium vorzuschlagen, wie ja auch auf der untergeordneten Verwaltungsebene die Watch Committees an ihrer Spitze den Leiter der jeweiligen übergeordneten Zivilbehörde haben.[8]

II. Finanzministerium
Im Umfang des bisherigen Generalreferats II, jedoch ohne kommunale Finanzaufsicht, die auf das Innenministerium übergeht, dafür aber Eingliederung des Oberfinanzpräsidiums.

III. Wirtschaftsministerium
Wie das bisherige Generalreferat III.

6 Zur Unterstellung des Sachgebiets „Straßenverkehr" unter den Oberpräsidenten vgl. Nr. 43, Anm. 10 und Nr. 49, Anm. 5; inwiefern eine entsprechende Aufsicht des Oberpräsidenten über das Gebiet „Wiederaufbau" und damit eine Beschneidung der Kompetenzen des Generalreferenten Wiederaufbau und Wohnungswesen gegeben war, konnte den Organisationsplänen nicht entnommen werden.

7 Die hier vorgeschlagene Gliederung der Ministerien hält sich nur bedingt an den britischen Vorschlag vom Mai 1946 (siehe Nr. 107, Anm. 10, 11).

8 In den „Watch Committees" waren Repräsentanten der Gerichte und Mitglieder der Stadträte vertreten; ihnen oblag, unabhängig von den Gemeindeparlamenten, die verwaltungsmäßige Kontrolle der Polizei (P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 187).

IV. Verkehrsministerium
Als Landesministerium für Post, Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffahrtsverkehr, zumeist als übertragene Reichsaufgaben, Straßenbau als Selbstverwaltungsangelegenheit, soweit es sich nicht um die Autostraßen und die Reichsstraßen (I. Ordnung) handelt, sonst die gleiche Zuständigkeit wie früher das Generalreferat IV.

V. Ernährung- und Landwirtschaftsministerium (einschließlich Bodenreform)
Wie das alte Generalreferat V.

VI. Ministerium für Arbeit und Wiederaufbau
Der Wiederaufbau ist im wesentlichen eine Arbeitseinsatzfrage und eine Frage der Arbeitsmarktpolitik. Die Landesregierung wird nur die zentrale Planung haben und die Einzelausführung den Selbstverwaltungskörperschaften überlassen. An der Planung sind das Innen- und Wirtschaftsministerium maßgeblich zu beteiligen. Ferner würde zum Arbeitsministerium das Oberbergamt gehören, während die Frage der Kohlenwirtschaft zum Wirtschaftsministerium gehört.

VII. Ministerium für Wohlfahrt und öffentliche Gesundheit
Wie jetzt Generalreferat VII.

VIII. Kultusministerium
Wie jetzt Generalreferat VIII. Hinzu müssen jedoch die Volks-, Mittel- und Fachschulen, die gewerblichen Schulen und die Sonderschulen bei der Provinzialverwaltung (Blindenschule, Taubstummenschule usw.) kommen.

IX. Justizministerium
und zwar in Personalunion mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten, so daß jede Verteuerung vermieden wird. Damit ist zugleich garantiert, daß keine Eingriffe in die Rechtsprechung geschehen. Der Einbau der Justizverwaltung unter die allgemeine Landesregierung ist nur deshalb geschehen, damit die Justiz nicht ein Sonderleben führt. Das gleiche ist in den übrigen Besatzungszonen durchgeführt.

Mit dem vorstehenden Vorschlag würden zwar ebenso viel Ministerien wie jetzt Generalreferate sein, dafür ist aber die Justiz mit eingebaut und staatliche Sonderverwaltungen und die beiden jetzt dem Oberpräsidenten unmittelbar unterstellten Dienststellen wären dann mit in die Ministerien hineingebracht. Damit sind die Fragen zu 6a und b der Militärregierung vom 17. 6. 46 beantwortet.

6. Die Leiter der Ministerien sind am geeignetsten mit „Landesminister" und nicht mit „Minister" zu bezeichnen.

7. Die Frage 6c des britischen Schreibens vom 17. 6. schneidet das Problem der Abgrenzung von Auftrags- und Selbstverwaltungsangelegenheiten an. Eine Frage, wie sie bisher viel auf der Landkreisebene bekannt war. Das Problem als solches wird daher nunmehr lediglich auf das Verhältnis zwischen Reich (zunächst Zone) – Land verlagert. Bindende Anweisungen an eine zonal gesteuerte Behörde können durch eine Regierung oder ihr Parlament naturgemäß nicht gegeben werden, da die Weisungsbefugnisse immer nur von oben nach unten, nicht umgekehrt bestehen. Die Einflußnahme auf die Auftragsangelegenheiten kann jedoch in anderer Form durchgeführt werden.

Zunächst werden die Auftragsangelegenheiten durch den Ministerpräsidenten oder die Minister durchgeführt, d.h. von Männern, die den Selbstverwaltungsorganen, vor allem der Volksvertretung jederzeit verantwortlich sind, so daß nach außen gegenüber der Bevölkerung ein Landesbeamter die Auftragsangelegenheiten vertritt.

Außerdem bestehen noch folgende Möglichkeiten des Landes, auf die Auftragsangelegenheiten Einfluß zu bekommen:

a) Das Land kann vor allem durch das Länderparlament, wenn auch nicht bindende Beschlüsse, so doch empfehlende und beratende Beschlüsse fassen, Wünsche äußern und die Aufmerksamkeit der anweisenden Behörde auf bestimmte Fragen lenken.

b) Es kann zwar nicht die Auftragsweisung an sich, wohl aber kontrollieren, ob und in welchem Umfange eine Weisung vorliegt.

c) Schließlich kann das Land und vor allem das Länderparlament die Form und die Art und Weise der Durchführung der Auftragsangelegenheit prüfen und notfalls beanstanden, wenn die Art und Weise dieser Durchführung nicht im Rahmen des Auftrages liegt. Das ist sehr wichtig, denn vielfach wird der Staatsbürger von einer Weisung nicht so sehr wegen ihres Inhalts, sondern wegen der Art ihrer Durchführung betroffen.

8. Die erweiterten Befugnisse des Landes und die möglichst weitgehende Übertragung von Aufgaben an die Selbstverwaltungskörperschaften der Kreise und Städte werden zur Folge haben, daß die jetzige Instanz des Regierungspräsidenten einen erheblichen Teil ihrer Aufgaben an die Selbstverwaltung der Städte und Kreise und einen weiteren Teil an das Land übertragen wird. Damit entfällt die Notwendigkeit einer besonderen Mittelinstanz zwischen Land und Kreis – Stadt. Ob bei der wenig günstigen Lage der Stadt Münster als Hauptstadt Westfalens in Minden und Arnsberg für einige Aufgabengebiete Nebenstellen ohne entscheidende Befugnis verbleiben sollen, mag zunächst dahingestellt sein. Da die Regierungsbezirke nicht parlamentarisch kontrolliert sind, die Schaffung einer besonderen Bezirksvertretung zu viel Aufwand wäre, muß ihre Aufgabe schon aus diesen Gründen auf die übrigen demokratisch überwachten Instanzen übertragen werden.

Eine solche Entscheidung würde durch die Schaffung größerer und damit auch verwaltungsmäßig leistungsfähigerer Kreise und Städte erleichtert werden. Wenn die erste Zusammenfassung aller Verwaltungstätigkeit nicht bei dem Land, sondern in möglichst weitgehendem Maße bereits bei den Städten und Kreisen liegen würde, dann würden der Landrat und der Oberbürgermeister eine Art Regierungspräsident in ihrem Bezirk sein und das Land würde dann universell zuständig sein für alle Fragen, die großräumig sind, für die Fragen der Lenkung und Planung und für die Fragen der Durchführung der Reichspolitik und Reichsgesetze. Dies wäre ein klarer, einfacher und billiger Verwaltungsaufbau.

9. Die Besoldung der Minister müßte in allen Ländern gleich hoch sein. Vorbilder sind in Süddeutschland und in der britischen Zone in den sehr kleinen Ländern Oldenburg und Braunschweig vorhanden. Die Anpassung an die süddeutschen Verhältnisse wäre erwünscht. Ich habe wegen der in Süddeutschland vorhandenen Besoldung bei dem Länderrat in Stuttgart Rückfrage gehalten.

187.

8. 7. 1946: Oberbürgermeister Arnold (Düsseldorf) an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf)

StBKAH, 06.05. Ausfertigung.

Sehr verehrter, lieber Herr Doktor!

Mit Schreiben vom 5. d. Mts. habe ich Ihnen bereits die deutsche Übersetzung betreffend Vorschläge für die künftigen Ministerabteilungen der Nord-Rheinprovinz zugeleitet.[1] Ich habe mir diese Angelegenheit nochmals eingehend überlegt und glaube, daß es sehr schwer sein wird, solche Vorschläge zu machen, ohne zuvor zu wissen, wie eigentlich das noch zu schaffende Staatsgebilde aussehen soll. Es ist meiner Einsicht für die künftige politische Entwicklung doch undenkbar, daß der bisherige Bezirk der Nord-Rheinprovinz zu einem eigenen Staatswesen umgebildet werden soll.

Es muß doch von vornherein eine Regelung angestrebt werden, die auch für die künftige Entwicklung Bestand haben kann. Wenn schon eine organische Gliederung des Reiches auf föderativer Grundlage notwendig erscheint, dann scheint mir eine staatliche Zusammenfassung von ganz Rheinland und Westfalen unentbehrlich zu sein. Wenn wir nicht schon am Anfang der Entwicklung auf dieses Ziel hinsteuern und wenn wir mit einer kleineren Zwischenregelung uns einverstanden erklärten, würde eine spätere Regelung um ein Vielfaches erschwert werden.

Ich weiß, daß bei unserem Wahlvolk diese Auffassung vollkommen geteilt wird. Auch dieser Umstand darf insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen nicht übersehen werden. Diese ganzen Fragen bedürfen also dringend der Aussprache und Überlegung, weshalb ich anregen möchte, doch baldmöglichst eine außerordentliche Vorstandssitzung einzuberufen.[2]

Mit den besten Grüßen

Ihr *Arnold*

1 Am 5. 7. 1946 teilte *Arnold* dem CDU-Vorsitzenden mit, die Militärregierung wolle der CDU in einem künftigen aus der Nord-Rheinprovinz zu bildenden Land drei Ministerien anbieten: 1. Verwaltung, 2. Handel und Industrie – Ernährung und Landwirtschaft, 3. Erziehung – Religionsangelegenheiten.

2 Vgl. die Antwort *Adenauers* vom 14. 7. 1946 (Nr. 189).

188.

11.–16. 7. 1946:[1] Stellungnahme des Generalreferenten Innere und Allgemeine Verwaltung, Menzel, für den Sonderausschuß zur Länderneugliederung des Zonenbeirats[2]

Bundestag ParlA, 1–147.[3] Vervielf. Exemplar.

Neuaufbau der Länder in der britischen Zone

A. Das Schreiben der Kontrollkommission vom 4. Juli 1946[4] erfordert vom Zonenbeirat Vorschläge über folgende Punkte:
a) Zahl der neuen Länder
b) Grenzen dieser Länder
c) Verfassungsmäßige Befugnisse der Länder
d) Zusammensetzung der Länderregierungen
e) die Frage, ob es ratsam ist, die Regierungsbezirke beizubehalten oder abzuschaffen; der Zonenbeirat kann jedoch in Betracht ziehen, daß dies eine Angelegenheit ist, die dem Ermessen der neuen Länderverwaltungen, nachdem sie eingerichtet sind, anheimzustellen wäre.

Diese Aufgaben werden begrenzt durch die in dem gleichen Schreiben enthaltenen drei Weisungen:
a) Die Grundlage der deutschen Verwaltung innerhalb der Zone ist das „Land".
b) Es soll nicht mehr als fünf Länder geben und – wenn möglich – weniger.
c) Die Frage der Stellung von Nordrhein-Westfalen[5] ist zunächst zurückzustellen, sie kann aber dem Zonenbeirat zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden. Der Zonenbeirat kann, wenn er es wünscht, in Betracht ziehen, daß Gebiete, wie der Regierungsbezirk Minden und das Land Lippe, im ganzen oder teilweise dem neuen Land Hannover zugewiesen werden.

Die Beschränkung zu c) schließt nur die Erörterung des Ruhrproblems aus, nicht aber die Stellungnahme, ob Rheinland und Westfalen bei der jetzigen politischen Lage zusammengehen oder selbständig bleiben sollen.[6]

B. Territoriale Neugliederung

I. Die englische Aufforderung wird begrüßt. Sie gibt den deutschen Stellen die Möglichkeit, durch eigene Initiative an der Gestaltung des Aufbaues mitzuwirken. Sie gibt aber

1 Eine genaue Datumsangabe fehlt; der Terminus post quem ergibt sich aus der Sitzung des Zonenbeirats am 10./11. 7. 1946, auf der das im folgenden erwähnte Schreiben der CCG/BE vom 4. 7. besprochen wurde; als Terminus ante quem ist die Bekanntgabe der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen am 17. 7. 1946 anzusehen.

2 Die Stellungnahme wurde mit einem Begleitschreiben *Menzels* am 19. 7. 1946 dem Zonenbeirat übersandt – mit der Bemerkung, daß der Entwurf durch die Zusammenlegung der Nord-Rheinprovinz und der Provinz Westfalen in manchen Punkten überholt sei (Bundestag ParlA, 1–147).

3 Weiteres Exemplar: BA Koblenz, NL Spiecker 2.

4 Vgl. hierzu Nr. 147, Anm. 1.

5 Im Schreiben der CCG/BE vom 4. 7. 1946 steht „Nordrhein/Westfalen".

6 Diese Interpretation *Menzels* zeigt einmal mehr, daß die westfälische Provinzialregierung trotz deutlicher Anzeichen für eine anderslautende Entscheidung bis zuletzt versuchte, das Ziel eines selbständigen Westfalen zu verwirklichen.

auch die Möglichkeit, die verfassungs- und verwaltungsmäßigen Zustände in der britischen Zone an die Verhältnisse der übrigen Zonen, insbesondere der amerikanischen, anzugleichen. Die Vorschläge und Pläne sind daher so zu gestalten, daß sie für das gesamte Deutsche Reich gelten können.

Der Ausgangspunkt, daß nur fünf Länder die künftigen Träger der Reichsgewalt in der britischen Zone sein sollen, ist richtig. Nach dem vorläufigen Wegfall der Reichsgewalt und der endgültigen Zerschlagung Preußens sind die Provinzen (künftig Länder) zur Zeit die einzigen leistungsfähigen Träger jeder Staatsgewalt. Nur sie können daher auch als Grundlagen für die Wiederherstellung der Reichsgewalt dienen.

II. Die einzelnen Länder müssen wirtschaftlich, verkehrstechnisch und kulturell möglichst eine geschlossene Einheit bilden, d.h. leistungsfähige und in sich ausgeglichene Gebiete sein, die nicht zu groß sind, um übersichtlich zu bleiben, und die nicht zu klein sind, da ihnen sonst nicht die erforderlichen Zuständigkeiten übertragen werden können. Raum und Aufgabenumfang müssen aufeinander abgestimmt sein. Länder von 5 bis 7 Millionen Einwohnern erscheinen im allgemeinen als die günstigste Lösung.[7] Sobald sie geschaffen sind, ist der Weg für die Neugestaltung ihres territorialen Unterbaus gegeben (Großkreise und größere Städte).

III. Hieraus ergeben sich für die britische Zone fünf Gebiete

a) Rheinland, das seine Ergänzung nach seinem Süden (Koblenz) finden muß. Die französische Demarkationslinie kann nur als vorübergehend und nicht als ein Hinderungsgrund betrachtet werden, die Länder so zu gestalten, wie sie für die nächsten Jahrzehnte zum künftigen Aufbau des Reiches für erforderlich gehalten werden.

b) Westfalen, bisherige Grenzen, und zwar ohne Zusammengehen mit dem Rheinland. Beide Gebiete wären mit 12 bis 13 Millionen Einwohnern zu groß und unübersichtlich, sie würden die Gefahr eines Länderseparatismus mit sich bringen. Ein solches Land hätte auch politisch und wirtschaftlich ein zu großes Übergewicht.

Lippe-Detmold, dessen Grenzen zu 75 % an Westfalen stoßen, gehört dahin, wo das Ravensberger Land ist. Da das Ravensberger Land verkehrstechnisch und wirtschaftlich zu 80 bis 90 % seine Beziehungen nach dem Westen ausstrahlt, es auch die gesunde Mischung auf sozialem und konfessionellem Gebiete in der Provinz Westfalen garantiert, gehört es nach wie vor, wie seit Jahrhunderten, zum Land Westfalen.

Westfalens Ostgrenzen[8]

Das ganze westfälische Gebiet unter Einschluß ganz Oldenburgs und Ostfrieslands wurde 1512 zum westfälischen Reichskreis zusammengefaßt, der bis Ende des Deutschen Reiches 1806 eine gewisse politische Bedeutung behalten hat. An ihn grenzte im Osten der Niedersächsische Reichskreis und im Süden und Südosten der Oberrheinische Kreis.

Im Osten bilden die Weser oder genauer die 450 bis 500 Meter hohen Berge des Sollings und des Süntel auf dem Ostufer der Weser eine klare Grenze. Lippe-Detmold gehört daher zu dieser landschaftlichen Einheit, während Schaumburg-Lippe bereits außerhalb liegt.

7 Vgl. die Nrn. 103, 113b.

8 Der folgende Abschnitt über „Westfalens Ostgrenzen" stellt einen Einschub in den laufenden Text dar.

Stammesmäßig sitzen die Westfalen – wie Sprache, Häuserbau, Trachten, Volkstum und Sitten usw. ausweisen – bis zur Weser und bis Südoldenburg hinein. Im Nordwesten grenzen sie an die Friesen etwa bei Papenburg. Die stammesmäßigen Zusammenhänge werden auch außerhalb des jetzigen Provinzgebietes noch stark empfunden. Im vorigen Jahrhundert sprach Hannover in seinen amtlichen Erlassen noch regelmäßig von seinen neuen „westfälischen Landesteilen", wenn es Osnabrück und Bentheim meinte.

Das Schwergewicht des Güter- und Personenverkehrs und das Schwergewicht der industriellen und landwirtschaftlichen Verbindungen des Minden-Ravensberger Landes liegt nach dem Westen. So ist der Güterumschlag Mindens in Richtung Westen 65 %, in Richtung Hannover nur 15 %. Das Minden-Ravensberger Land bildet zusammen mit Lippe das Reservoir für die Ernährung des Ruhrgebietes, insbesondere der Bergarbeiter. Dafür verarbeitet es durch seine Kleinindustrie einen wesentlichen Teil der Ruhrproduktion und es ist kein Grund ersichtlich – in dem Gutachten Hannovers[9] werden alle substanzierten Angaben unterlassen –, warum dieses seit fünf Jahrhunderten zu Westfalen gehörende Land nach Hannover gehen sollte.

Lippe (ohne Schaumburg-Lippe) gehört grundsätzlich dahin, wo das Ravensberger Land ist. Der Güterversand Lippes geht fast ganz nach Westfalen und der Rheinprovinz und nur mit 11 % nach Hannover. Er deckt sich mit den Prozentsätzen der Güterversandzahlen des benachbarten Minden-Ravensberger Gebietes. 60 % seiner Möbel, 70 % seiner Glaswaren, 75 % des Bauholzes und 90 % des Grubenholzes gibt Lippe nach dem Westen, während Lippe vom Westen her mit Kohlen und Koks, Strom und Gas, Halbzeug und Maschinen beliefert wird. Diese engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lippe und Westfalen resultieren vor allem daher, daß Lippe 75 % seiner Gesamtgrenze mit Westfalen gemeinsam hat.

Fast das Gleiche hat von dem Regierungsbezirk Osnabrück zu gelten. Die Schwerindustrie Osnabrücks gehört konzernmäßig zum Ruhrgebiet. Der Regierungsbezirk Osnabrück gehört zur Elektrizitätsversorgung des RWE mit seinem Stützpunkt in Ibbenbüren und zu den VEW, die Lingen beliefern. Auch der Güter- und Personenverkehr des Regierungsbezirks Osnabrück geht zu durchschnittlich 80 % in das Westfälische und nur zum Rest in das Hannoversche. Osnabrück hat seit Jahrhunderten zu Westfalen gehört und ist nur aus dynastischen Gründen bei dem Reichsdeputationshauptschluß zu Hannover gekommen.

Aus den Kreisen Cloppenburg, Vechta und einigen anderen Gegenden Südoldenburgs sind der Provinz Westfalen Wünsche der Bürgervertretungen zugegangen, bei einer Neuaufteilung der Zone in Westfalen eingegliedert zu werden.[10]

c) Hannover: Hannover erhält zu seinem jetzigen Gebiete die Länder Braunschweig und Oldenburg und die Hansestadt Bremen.

d) Schleswig-Holstein, das mit seinen zur Zeit ca. 2 Millionen Einwohnern zwar noch zu leistungsschwach ist, seine natürliche Ergänzung aber nach Mecklenburg und Vorpommern hat. Auch hier dürfen die Demarkationslinien kein Hinderungsgrund sein, diese Wünsche vorzutragen. Die Zusammenlegung von Schleswig-Holstein und Hamburg erscheint nicht erforderlich.

9 Gemeint ist die Denkschrift *Kopfs* vom 1. 4. 1946 (vgl. Nr. 80, Anm. 3).

10 Vgl. Nr. 156 mit Anm. 2.

e) Stadt Hamburg. Die verhältnismäßig geringe Einwohnerzahl von Hamburg wird hoffentlich künftig ausgeglichen durch den wiedererhofften Handel.

C. Verfassungsmäßiger Neuaufbau[11]

I. Die Umänderung der Provinzialregierungen in die Länderregierungen wird aus den gleichen Gründen begrüßt wie die geplante territoriale Neuaufgliederung, da auch insoweit die deutsche Initiative eingeschaltet und die Ausgleichsmöglichkeit an die übrigen Zonen gegeben wird.

Voraussetzung dieser Umbildung ist jedoch die Vermeidung von Sonderverwaltungen und der Wiedereinbau der neben den bisherigen Provinzialverwaltungen bestehenden Arbeitsgebiete wie z.B. Landesernährungsamt, Polizei, Verkehr, Justiz usw. Diese anonymen Sonderverwaltungen müssen verschwinden und unter die parlamentarisch kontrollierte Landesregierung gestellt werden. Die Schaffung von Landesparlamenten und Landesregierungen hat keinen Sinn, wenn die wichtigsten Gebiete der öffentlichen Betätigung ihrer Kontrolle, Weisung und Lenkung entzogen sind. Dieser Wiedereinbau ist daher die unbedingte Voraussetzung für die Schaffung von Länderregierungen. Es würde damit der gleiche Aufbau durchgeführt werden wie in der amerikanischen und russischen Zone.

II. Innerhalb des Landes hat der Grundsatz zu gelten ebenso wie später im Verhältnis von Reich zu Land: Zentrale Lenkung – dezentralisierte Verwaltung, Stärkung der Selbstverwaltung, und zwar nicht nur durch Verminderung der Eingriffsmöglichkeiten seitens des Staates, sondern auch durch Umwandlung von Auftragsangelegenheiten in Selbstverwaltungsangelegenheiten.

Damit ist die Notwendigkeit der Schaffung von Großkreisen und leistungsfähigen Städten verbunden, die in der Lage sind, geeignete Träger für größere Aufgabengebiete zu sein.

III. Für den Aufbau der Landesregierung wird folgender Vorschlag gemacht (wie in der amerikanischen und russischen Zone, wobei die Bezeichnung Ministerpräsident und Minister nur geschieht, um die gleichen Bezeichnungen zu haben wie in den übrigen Zonen):

a) Ministerpräsident. Zuständig für Richtlinien der Politik, Angelegenheiten des Zonenbeirats, Angelegenheiten der Länderchefbesprechung, Presse, Amt für staatsbürgerliche Aufklärung, Zentralamt für Rechnungslegung und Ausgabenkontrolle (soweit diese Aufgaben nicht von einer territorial höheren Instanz wahrgenommen werden), Justizverwaltung, kraft Auftrages durch den jeweiligen Oberlandesgerichtspräsidenten. Damit wird ein Eingriff in die Rechtssprechung vermieden, die Justiz- und Personalpolitik aber in die Allgemeinpolitik des Landes eingebaut.

b) Ministerium des Innern. Zuständig vor allem für: Kommunalaufsicht, Polizei (kein besonderes Ministerium für Public Safety), Beamtenangelegenheiten, Landesflüchtlingsamt, allgemeine Verfassungsangelegenheiten usw.

c) Finanzministerium: Zuständig vor allem für Finanz- und Lastenausgleich, Durchführung der Steuergesetzgebung in Verbindung mit den in das Landesfinanzministerium einzubauenden Oberfinanzpräsidenten. Hier handelt es sich im wesentlichen um Auftragsangelegenheiten des Reichs.

11 Pkt. C lehnt sich eng an das Rundschreiben der Provinzialregierung vom 8. 7. 1946 an (Nr. 186).

d) Wirtschaftsministerium. Zuständig vor allem für Planung und Lenkung der Produktion, des Verbrauchs, Preisbildung und sonstige Angelegenheiten der gesamten Wirtschaft.

e) Verkehrsministerium. Zuständig vor allem für Straßenverkehr und Binnenschiffahrt und koordiniert für Post- und Eisenbahnangelegenheiten.

f) Ernährungsministerium (einschließlich Bodenreform)

g) Ministerium für Arbeit, einschließlich Landesarbeitspräsident.

h) Ministerium für Volkswohlfahrt und öffentliche Gesundheit einschließlich Veterinärangelegenheiten.

i) Kultusministerium einschließlich Universität und sämtlicher höheren Fach- und Volksschulen.

k) Bau- und Wiederaufbauministerium einschließlich Wohnungswirtschaftsangelegenheiten.

IV. Die Frage, ob die Regierungspräsidentenstufe[12] beibehalten werden soll, ist zu verneinen, und zwar aus folgenden Gründen:

a) Die Stärkung der Selbstverwaltung wird im Zusammenhang mit der Schaffung von Großkreisen eine Reihe von Aufgaben, die bisher bei den Regierungspräsidenten lagen, diesen entziehen und sie unmittelbar an den Staatsbürger heranbringen und damit zugleich unter die Kontrolle der Bürgervertretungen stellen.

b) Die durch die historische Entwicklung erforderlich gewordene Umänderung der Provinzialregierung in eine Landesregierung wird der Landesregierung notwendigerweise erheblich mehr Rechte übertragen, als bisher bei der Provinzialverwaltung alten Stils waren. Es handelt sich hierbei vor allem um Aufsichtsrechte, die bisher den Regierungspräsidenten zustanden.

c) Durch diese Abgabe von Aufgaben nach unten und oben wird der Zuständigkeitsbereich der Regierungspräsidenten von selbst unterhöhlt.

d) Die Regierungsbezirke sind auch nicht groß genug, um Träger größerer Aufgaben zu sein, z.B. Arbeitseinsatz, Produktionslenkung, Verbrauchsregelung, Lastenverteilung, Finanzausgleich usw.

e) Würde man die Regierungspräsidentenstufe im alten Umfange belassen, dann hätten wir statt der früheren drei Stufen (Reich-Regierungspräsident-Kreis)[13] künftig vier voll ausgebaute Stufen (Reich-Land, Regierungspräsident-Kreis). Die Verwaltung muß jedoch billiger, einfacher und übersichtlicher werden. Jede unnötige Instanz muß verschwinden.

f) Der Regierungspräsident wäre auch die einzige Verwaltungsstufe, die nicht parlamentarisch kontrolliert ist. Es muß jedoch der Grundsatz gelten, daß jede öffentliche Verwaltung einer solchen Kontrolle untersteht.

12 Zur Frage der Mittelinstanz im neuen Land Nordrhein-Westfalen vgl. auch die Nrn. 193, 196, 201, 202, 204, 206, 208a, 209.

13 Genaugenommen waren zur Weimarer Zeit – mit Blick auf Preußen – sogar fünf Stufen vorhanden: Reich – Land – Provinz – Regierungsbezirk – Kreis.

V. In den preußischen Provinzen gab es neben der Hoheitsverwaltung des Oberpräsidiums (der künftigen Landesregierung) noch die Spitzen der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Städte und Kreise. Ihre Aufgaben sind in der russischen Zone vereinigt worden mit den Hoheitsaufgaben des Oberpräsidiums. Das ist richtig und hat auch in der britischen Zone zu geschehen. Auch früher hatten die Selbstverwaltungskörper bei der Zentrale keine eigene Vertretung. Ihre Interessen können durch die Vereinigung der Städtetage, Gemeindetage usw. wahrgenommen werden.

Die Provinzialselbstverwaltungen waren früher kontrolliert durch den Provinziallandtag und den Provinzialrat. Dieser besteht nicht mehr. Damit ist jede parlamentarische Kontrolle für die provinzielle Selbstverwaltung weg; da die Landesregierungen durch die Länderparlamente kontrolliert werden sollen, kann nicht für die alten Provinzial-Selbstverwaltungen eine zweite Vertreterkörperschaft gebildet werden, auch das zwingt zu der Vereinigung der der früheren Oberpräsidialverwaltung mit den Aufgaben der provinzialen Selbstverwaltung.

VI. Der Wegfall der Mittelinstanzen muß bei allen künftigen Ländern gleichmäßig durchgeführt werden. Es wäre bedenklich, hier jedem Land die eigene Entscheidung zu überlassen, weil zu viel örtliche Bindungen vorliegen, die dann niemals zur Abschaffung dieser überholten Mittelinstanz führen würden. Das Land Hannover wird allerdings gebietsmäßig sehr groß werden. Wenn aber die Großkreise und die großen Städte geschaffen werden, wird sich das verwaltungsmäßig politische Leben im wesentlichen auf dieser Ebene abspielen. Rückfragen und Besuche bei der Landesregierung werden selten sein. Bei Hannover könnte man höchstens daran denken, ein oder zwei Außenstellen der Landesregierung ohne eigene Entscheidungsbefugnis in wesentlichen Dingen zu bilden, vor allem aber der bisherigen Hansestadt Bremen als Art Selbstverwaltung die Bestimmungen über die großen Häfen und den Weser-Unterlauf überlassen.

D. Die englische Forderung zur gutachtlichen Stellungnahme über die künftige Gestaltung der britischen Zone sollte zugleich benutzt werden, um auch den Umbau des Zonenbeirats in eine rein politische Körperschaft zu fordern und in Anpassung an süddeutsche Verhältnisse bis zur Schaffung der Reichsgewalt auch eine Art Länderrat für die britische Zone zu bilden. In den Länderrat könnten die jetzigen Zonalämter um so eher eingebaut werden, als sie sich der Länder zur Durchführung ihrer Aufgaben bedienen sollen. Ein solcher parlamentarisch kontrollierter Länderrat würde auch nie eine Gefahr für die Weiterentwicklung zu einer Reichsgewalt bilden. Erhält jede Besatzungszone ein solches Kräftezentrum, dann besteht schließlich die Möglichkeit zur Bildung eines Deutschen Beirates bei der Alliierten Kontrollkommission in Berlin.[14]

gez. Dr. *Menzel*

14 Vgl. Pkt. 7. der Ausführungen *Menzels* vom 6. 5. 1946 (Nr. 103).

189.

14. 7. 1946: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer (Rhöndorf), an Oberbürgermeister Arnold (Düsseldorf)

StBKAH, 06.05.[1] Durchschlag.

Lieber Herr Arnold!

Bei meiner Rückkehr von Hamburg[2] fand ich Ihre beiden Briefe vom 5. und 8. d. Mts. vor.[3] Ich teile insbesondere die in Ihrem Schreiben vom 8. 7. ausgesprochenen Bedenken. Ich weiß aber nicht, ob Sie Gehör finden werden. Jedenfalls werden wir uns damit beschäftigen müssen. Da mich gestern morgen, am 13. 7. 1946, Herr Generaldirektor *Müller* telefonisch anrief und die Post manchmal sehr lange braucht, habe ich diesen gebeten, Sie in meinem Namen telefonisch zu bitten, folgende Feststellungen zu machen:
a) Wieviele Ministerien sollen geschaffen werden?
b) Welche Ministerien erhalten die anderen Parteien?
c) Wie ist es mit dem Chef der Verwaltung?
d) Wer ernennt die Landesdirektoren?[4]

Ich muß morgen, am 15. 7. 1946, auf Ersuchen der britischen Militärregierung für unbestimmte Zeit nach Berlin fliegen.[5] Der Aufenthalt kann 8 bis 14 Tage dauern, wie mir gesagt wurde. Worum es sich handelt, weiß ich nicht. Ich werde sofort nach meiner Rückkehr mich mit Ihnen in Verbindung setzen. Meine Berliner Adresse kann ich Ihnen leider nicht angeben, da ich nicht weiß, wo ich untergebracht werde. Ich bitte, diese Reise nach Berlin vertraulich zu behandeln!

Aus der Tagung des Zonenbeirats wird Sie insbesondere folgendes interessieren: Ich habe beantragt, Wahlen zum Provinziallandtag am 13. Oktober abzuhalten. Die Militärregierung hatte nach anfänglichen Zögern die Zulassung der Behandlung dieses Antrages ausgesprochen. Der Antrag ist mit einer kleinen Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Von den politischen Vertretern haben lediglich Herr Dr. *Otto*, Osnabrück, und ich dafür gestimmt.[6]

Es scheint mir nunmehr richtig, um die Stellung der anderen Parteien der Öffentlichkeit bekannt zu geben, daß in allen Provinziallandtagen bzw. Provinzialräten entsprechende Anträge gestellt werden. Für diese besteht ja nicht die Verpflichtung zur Geheimhaltung, wie für die Verhandlungen des Zonenbeirats. Ich lege Ihnen den Durchschlag des Antrages, den ich heute an den Oberpräsidenten abgehen lasse, bei.[7]

Mit vielen Grüßen

Ihr ergebener

A[denauer]

1 Druck: ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 288.

2 *Adenauer* hatte an der Sitzung des Zonenbeirats am 10./11. 7. 1946 teilgenommen.

3 Vgl. Nr. 187.

4 Im Zusammenhang mit der immer noch im Raum stehenden Umwandlung der Nord-Rheinprovinz in ein Land hatte die CDU bereits mehrmals mit dem Oberpräsidenten verhandelt (vgl. die Nrn. 99, 145; ADENAUER. Briefe 1945–1947, 1983, Nr. 235 vom 8. 5. 1946, Nr. 238 vom 20. 5. 1946, Nr. 254 vom 3. 6. 1946).

5 In Berlin wurden *Adenauer* und *Schumacher* über die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen unterrichtet (vgl. Nr. 205).

6 AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 25, S. 598–605.

7 Indirekte Wiedergabe des Antrags bei K. ADENAUER, 1965, S. 198.

190.

15. 7. 1946: Der Generalreferent Verkehr und Leiter der Provinzial-Pressestelle, Stricker, an Oberbürgermeister Holzapfel (Herford)

HStA Düsseldorf, NW 22–1261. Entwurf. Abgangsvermerk vom 15. 7. 1946.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Ich danke Ihnen für Ihr freundliches Antwortschreiben vom 1. Juli[1] 1946.[2] Es ist bedauerlich, daß sich die Städte als die doch wichtigsten Zentren des Wirtschafts- und Kulturlebens eines Landes entschlossen haben, nicht selbst zur Frage der Neuordnung der Länder und Provinzen Stellung zu nehmen. Ich verstehe zwar, daß man den politischen Parteien den Vorrang lassen möchte, glaube aber, daß man sich eine besondere Wirkung auf das In- und Ausland versprechen dürfte, wenn die Städte als die betonten Träger der Tradition ihre Stimme in die Waagschale werfen würden.

Vielleicht besteht für Sie, sehr verehrter Herr Dr. *Holzapfel*, die Möglichkeit, nach Rücksprache eventuell mit den dortigen Parteien den Rahmen des in Köln gefaßten Entschlusses zu sprengen und für Herford als der am stärksten exponierten Stadt Westfalens eine Ausnahme zu erwirken.

Ich danke Ihnen auch für Ihr Versprechen, sich in der CDU für unser Ziel einzusetzen und bitte Sie, falls dort das Thema spruchreif geworden sein sollte, mir freundlichen Bescheid geben zu wollen.

Ich bin, mit den besten Grüßen,
Ihr sehr ergebener
St[ricker]
Provinzialpressechef

1 Korrigiert aus „Juni".
2 Siehe Nr. 177.

191.

17. 7. 1946: Protokoll der 4. Sitzung des Hauptausschusses des Beratenden Westfälischen Provinzialrats

HStA Düsseldorf, RWN 133–4.[1] Vervielf. Exemplar. Hs. Vermerk: „R.P."

Beginn der Sitzung: 10.30 Uhr.
Zu der Sitzung waren erschienen:
Von der Militärregierung: Mister *Parker*,
Von der Provinzialregierung: Oberpräsident Dr. *Amelunxen*, Regierungspräsident Freiherr *von Oer*, Generalreferent Dr. *Menzel*, Generalreferent Minister *Höpker-Aschoff*, Ge-

1 Weiteres Exemplar: HStA Düsseldorf, NW 318–183.

neralreferent Professor Dr. *Nölting*, Generalreferent Dr. *Stricker*, Generalreferent Oberbaurat *Heller*, Generalreferent Dr. *Weber*, Oberschulrat Dr. *Koch*, Regierungsrat Dr. *Schilling*
von der SPD: die Abgeordneten *Groß*, *Wenke* und *Steinhoff*,
von der CDU: die Abgeordneten *Gronowski*, *Jöstingmeier* und *Lindner*,
von der KDP: die Abgeordneten *Kaiser* und *Ledwohn*,
von der FDP: Abgeordneter *Altenhain*.

Oberpräsident Dr. Amelunxen gibt nach der Begrüßung im Auftrage der Militärregierung folgendes bekannt: Die Höhere Militärregierung, die Kontrollkommission, hat beschlossen, aus Rheinland und Westfalen ein Land zu machen mit dem Sitz in Düsseldorf, und zwar soll die gesamte Provinz Westfalen in dieses Land eingegliedert werden, dagegen soll das bisherige Land Lippe zu Hannover kommen. Diese Regelung soll sehr bald durchgeführt werden. An die Presse darf diese Mitteilung noch nicht ergehen, weil stündlich eine amtliche Verlautbarung erwartet wird, die über Radio gegeben werden soll.[2]

Die Abgeordneten *Groß*, *Steinhoff* (SPD), *Gronowski* (CDU) und *Ledwohn* (KPD) geben die einmütige Stimmung des Provinzialrats-Hauptausschusses wieder, indem sie erklären, daß man nichts anderes tun könne, als diese schicksalhafte Erklärung zur Kenntnis zu nehmen und eine Plenarsitzung einzuberufen. Da die Plenarsitzung erst nach Eintreffen näherer Mitteilungen erfolgen kann, muß von einer Terminfestlegung Abstand genommen werden.[3]

Abgeordneter Gronowski (CDU) schlägt vor, am Vormittag des Sitzungstages eine Hauptausschuß-Sitzung und am Nachmittag die Plenarsitzung selbst durchzuführen.

Auf das Ersuchen des Abgeordneten Altenhain (FDP), weitere Angaben dem Hauptausschuß zu machen, sichert Herr Oberpräsident Dr. *Amelunxen* zu, daß sofort nähere Einzelheiten über den Beschluß der Kontrollkommission an die Hauptausschußmitglieder ergehen, sobald diese bei der Provinzialregierung bekannt werden.

Oberpräsident Dr. Amelunxen teilt weiter mit, daß für den Unterausschuß des Zonenbeirates für Fragen der Verwaltungs- und Verfassungsreform und die Neugliederung innerhalb der britischen Zone ein Mitglied des Provinzialausschusses namhaft gemacht werden soll.[4]

Generalreferent Dr. Menzel schlägt vor, mit Rücksicht auf die Ansprüche Hannovers auf Minden, Bielefeld und Lippe ein Provinzialratsmitglied aus diesem Gebiet zu benennen.

Abgeordneter Wenke (SPD) schlägt Abgeordneten *Groß* vor. Dieser Vorschlag wird einstimmig akzeptiert.

Auf Anfrage von Generalreferent Prof. Dr. Nölting, ob es noch Zweck habe, weitere Sitzungen einzuberufen, antwortet der Oberpräsident dahingehend, daß man die bereits einberufenen Sitzungen abhalten lassen solle. Ferner gibt der Oberpräsident Dr. Ame-

2 Siehe Nr. 192.

3 Vor dem Zusammentritt des Ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen am 2. 10. 1946 fand keine Plenarsitzung des westfälischen Provinzialrats mehr statt.

4 Zur Zusammensetzung des Sonderausschusses für den Neuaufbau der Länder siehe die Teilnehmerliste vom 19. 8. 1946: Bundestag ParlA, 1–150.

LUNXEN bekannt, daß er in der letzten Sitzung des Zonenbeirates aufgefordert wurde, einen Sachverständigen aus Westfalen für den Ausschuß für Bodenreform namhaft zu machen und er hierfür das Provinzialratsmitglied *Böhner* nannte, der dann einstimmig vom Zonenbeirat gewählt wurde.[5]

Zur geforderten Wiedereingliederung der Ernährungsämter in die Provinzialregierung liegt ein Antrag vor, der auf der Länderkonferenz in Celle[6] angenommen wurde. Minister *Schlange-Schöningen* hat bereits zugesichert, die Organisation der Landwirtschaft dementsprechend aufzubauen.

Der in der letzten Hauptausschuß-Sitzung vorgelegene Antrag betreffend Schuldlossprechung der Jugendlichen ist im Zonenbeirat einstimmig mit der Maßgabe angenommen worden, daß alle jene, die am 30. Januar 1933 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendeten, erfaßt werden.[7]

Bezüglich der – ebenfalls in der letzten Sitzung angeschnittenen Frage – Entlassung von Polizeibeamten wurde vom Oberpräsidenten ein entsprechendes Schreiben an die Militärregierung gerichtet. Der Gebietsbeauftragte Mr. *Berry* wird diese Angelegenheit prüfen lassen. Das Ergebnis wird den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Kenntnis gebracht.

Generalreferent DR. MENZEL berichtet über einen geplanten Kurs für Beamte in Bielefeld, in dem englische Herren Vorträge halten werden. Generalreferent Dr. *Menzel* teilt ferner mit, daß er von der Militärregierung aufgefordert wurde, Vorschläge für Lehrpläne an Polizeischulen einzureichen und bat die Herren Abgeordneten, an der Ausarbeitung dieser Vorschläge mitzuwirken.

In Anbetracht der zu erwartenden Umbildung der Verwaltung wird von der Konstituierung eines Ausschusses für staatsbürgerliche Erziehung Abstand genommen. Um 11 Uhr schließt der Oberpräsident Dr. *Amelunxen* die Sitzung.

5 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 590f.

6 Protokoll der Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen vom 7./8. 7. 1946: HStA Düsseldorf, NW 318–183.

7 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 609f.

192.

17. 7. 1946:[1] Aufzeichnung der Pressestelle der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz über eine Meldung des Nordwestdeutschen Rundfunks

HStA Düsseldorf, NW 115–106.[2] Vervielf. Exemplar.

Die Zusammenfassung der Nord-Rheinprovinz mit der Provinz Westfalen zu einem Land unter dem Namen Nordrhein-Westfalen mit Düsseldorf als Sitz wurde heute vom britischen Oberbefehlshaber in Deutschland, Sir Sholto *Douglas*, angeordnet, wie auf

1 Die Reinschrift der Meldung erfolgte am 18. 7. 1946.

2 Weiteres Exemplar: Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218.

einer Pressekonferenz in Berlin bekannt gegeben wurde. Mit dieser Zusammenlegung der beiden westdeutschen Provinzen hat die Länderreform in der britischen Zone ihren Anfang genommen. Die Zusammenfassung der Nord-Rheinprovinz mit Westfalen ist, wie ein hoher britischer Offizier vor Pressevertretern erklärte, einzig und allein deshalb geschehen, um die Regierungs-, Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben in der britischen Zone zu erleichtern. Sie wird jedoch, wie der hohe britische Offizier betonte, in keiner Weise die künftigen Beschlüsse der vier Alliierten beeinträchtigen. Die Grenzen der beiden Provinzen bleiben weiter bestehen.[3] Das Land Lippe, das bisher mit Westfalen verbunden war, fällt an die Provinz Hannover.[4] Über die personelle Zusammensetzung der Verwaltung in dem neuen Land wird nach den Erklärungen des Offiziers zur Zeit entschieden.[5] Bei den Erwägungen über die Bildung eines solchen großen Landes, das größer ist als die anderen Länder, wurde berücksichtigt, daß es Unrecht wäre, die alten traditionellen deutschen Grenzen umzustoßen, und daß ein kleineres, neugebildetes, nur aus Industriegebieten bestehendes Land zu leicht das Opfer der Konjunkturschwankungen in Handel und Industrie werden könnte.

In seinen weiteren Ausführungen vor den alliierten Journalisten wies der hohe britische Offizier auf die ernste Kohlenlage in der britischen Zone hin. Obwohl die Kohlenförderung in der britischen Zone in der letzten Zeit etwas gestiegen sei, sei die Lage noch immer mehr als ernst. Während noch vor einiger Zeit der Mangel an Kohle hauptsächlich auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen war oder auf schlechte Maschinen im Bergbau sowie auf den Mangel an Grubenholz, sei heute der Mangel an Arbeitskräften ein Hauptgrund der bestehenden Schwierigkeiten in der Kohleförderung. Zur Erreichung des gesteckten Produktionsziels von 300.000 Tonnen Kohle je Tag müßten weitere 30.000 Bergarbeiter im Ruhrkohlenbergbau eingesetzt werden.

3 Dieser mißverständliche Satz führte in der Presse zu verschiedenen Spekulationen; in einer DPD-Meldung vom 17. 7. wurde vermutet, daß das neue Land weiterhin von zwei Oberpräsidenten mit Sitz in Düsseldorf und Münster verwaltet werden sollte (vgl. „Rheinische Post" vom 20. 7. 1946); dagegen hieß es in einem Kommentar der „Rheinischen Post" vom 24. 7. 1946, daß mit der Aufrechterhaltung der Grenzen der beiden Provinzen weniger die Beibehaltung der Grenzen zueinander als vielmehr die Erhaltung der territorialen Abgrenzungen nach außen gemeint sein dürfte; weiter wurde dort darauf hingewiesen, auch die Beibehaltung zweier Provinzialselbstverwaltungen würde das Zusammenwachsen der beiden Landesteile behindern und in mancher Beziehung eine Barriere für eine freie Entfaltung des wirtschaftlichen Aufbaus im neuen Land bedeuten.

4 Bereits am 19. 7. 1946 nahm der lippische Landtag zu dieser Meldung Stellung und verabschiedete eine Entschließung zugunsten einer Verbindung Lippes mit Minden-Ravensberg (H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 47); im Januar 1947 wurde Lippe dem Land Nordrhein-Westfalen eingegliedert; zu dieser Entwicklung: U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 210–237.

5 Am 24. 7. 1946 wurde *Amelunxen* mit der Bildung einer Regierung beauftragt.

193.

18. 7. 1946: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Henßler (Bad Sassendorf), an den SPD-Parteivorstand (Hannover)[1]

AdsD, NL Schumacher J o. Hs. Ausfertigung vorliegend als Fotokopie. Unterstreichungen. Eingangsstempel vom 20. 7. 1946.

Werte Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen in Bad Sassendorf, wo ich eine dreiwöchige Erholungskur machen will: Die Entscheidung der englischen Regierung, daß Rheinland-Westfalen zu einem Staat vereinigt werden sollen, zwingt zu neuen Überlegungen bezüglich der Länder- und Verwaltungsgliederung in der englischen Zone. Nach meiner Auffassung ist mit dieser Entscheidung nicht nur die 5-Länder-Lösung von vornherein indiskutabel. Auch eine 3-Länder-Lösung scheint mir kaum noch möglich. Wir werden ernstlich eine 2-Länder-Lösung in Betracht ziehen müssen, damit dem Gebilde Rheinland-Westfalen ein gleichstarkes neben- bzw. gegenübergestellt werden kann.[2]

Da nun durch Sieger-Diktat Staaten gebildet werden müssen, die die Kraft zur Eigenstaatlichkeit weitgehend besitzen, der Drang dazu aber noch stärker sein wird wie die sachliche Möglichkeit, kann die Frage einer übergeordneten Verwaltung nicht mehr so dilatorisch wie bislang behandelt werden.[3] Wenn nicht von vornherein durch klare Festlegung der Zuständigkeiten gesichert wird, daß die Länder nur Bausteine des künftigen Reiches sind, in den zentralen Fragen also nur Mittelinstanz und nicht Höchstinstanz, dann sehe ich schwarz für die Sicherung der Reichseinheit. Wir brauchen eine starke zentrale Kraft – einmal als Mittel zur Eindämmung des partikularistischen Geistes, zum andern aber, weil ohne zentrale Erhaltung der Kräfte und ohne zentrale Planung und Lenkung die Neugestaltung im Trümmerdeutschland sich überhaupt nicht meistern läßt – gleichgültig, ob die Ostzone einbezogen werden kann oder vorläufig abgeschrieben werden muß. Daß die Militärregierungen, um Deutschland schwach zu halten, eine starke zentrale Kraft nicht wünschen, darf uns nicht abhalten zu fordern, was wir für richtig halten.

Eine weitere Überlegung muß sein, ob die früher in Preußen üblich gewesene Trennung staatlicher Aufgaben und solcher der provinziellen Selbstverwaltung aufgegeben oder beibehalten werden soll. Nach *Menzels* Vorschlag sollte die frühere provinzielle Selbstverwaltung in die Länderregierung eingebaut werden.[4] Das war m.E. unbedenklich – und bedeutete Verwaltungsvereinfachung – bei Ländern in der von uns vorgesehenen Größenordnung. Jetzt sieht aber die Sache ganz anders aus. Ich fürchte, wir kommen bei so großen Ländern, wie sie uns jetzt von den Engländern aufgezwungen werden, zu einer noch größeren bürokratischen Machtentfaltung als wie früher in Preußen, wenn die pro-

1 Am 27. 7. 1946 schrieb *Henßler* in gleicher Angelegenheit noch einmal persönlich an *Schumacher* (AdsD, NL Schumacher J o).

2 Diesem Gedanken *Henßlers* schloß sich auch der SPD-Vorsitzende an und brachte einen entsprechenden Vorschlag im Sonderausschuß für den Neuaufbau der Länder ein; *Schumachers* Gutachten scheiterte jedoch im Zonenbeirat mit klarer Mehrheit; vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, Nr. 34, S. 823–848.

3 Vgl. die Ausführungen *Henßlers* vom 24. 6. 1946 (Nr. 170).

4 Zur Behandlung des Problems der „unteren Mittelinstanz" seitens der SPD vgl. weiter Nr. 204.

vinzielle Selbstverwaltung in die staatliche Verwaltung übernommen wird. Eine Selbstverwaltung setzt voraus, daß sie räumlich überschaubar bleibt, sonst bekommt naturgemäß die Bürokratie das Übergewicht. Die Beachtung dieses Gedankens würde auch im groß-hannoverschen Raum die oldenburgischen und braunschweigischen Bedenken mindern und wäre wohl auch Voraussetzung, daß Schleswig-Holstein mit Groß-Hannover zu einem Staat vereinigt werden könnte, was m.E. die Folge der Zwangsvereinigung Rheinland-Westfalens zu einem Staat sein muß.

Die Verfügung des Staatengebildes Rheinland-Westfalen muß wie eine Verhöhnung zu den Versicherungen wirken, daß man der deutschen Demokratie die freie Entscheidung über den staatlichen Neuaufbau geben will. Ich sehe darin eine Knebelung der deutschen Demokratie mit bitterbösen Auswirkungen.

Ich halte für dringend notwendig, daß wir in der Partei nochmals zu diesem Fragen-Komplex Stellung nehmen,[5] bevor die Verhandlungen im Zonen-Ausschuß beginnen.

Besten Gruß

Fr[itz] *Henßler*

5 Vgl. das Schreiben des Bezirksvorsitzenden Niederrhein, *Gnoß*, vom 20. 7. 1946 (Nr. 197).

194a.

19. 7. 1946:[1] Der Rat der Stadt Münster an Oberpräsident Amelunxen

HStA Düsseldorf, NW 23–364. Ausfertigung. Hs. Vermerke.

Betr.: Vereinigung der Provinzen Nordrheinland und Westfalen

Zu der Vereinigung der Provinzen Nordrheinland und Westfalen zu einem Lande mit der Hauptstadt Düsseldorf hat der Rat der Provinzialhauptstadt Münster in der Sitzung vom 19. Juli 1946 in einer Entschließung[2] Stellung genommen. Ich erlaube mir, in der Anlage diese Entschließung des Rates der Provinzialhauptstadt Münster zu überreichen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß der darin bekundete einmütige Wille der Bürgerschaft Münsters zur Erhaltung ihrer Stadt als Hauptstadt der Provinz Westfalen anerkannt wird.

Die Stadt Münster hat auf Grund ihrer Vergangenheit und ihrer traditionellen Stellung als Hauptstadt der Provinz Westfalen ein Anrecht darauf, daß die in der Entschließung zum Ausdruck gebrachten Wünsche der Bürgerschaft Münsters beachtet werden. Alle Kräfte der Stadt sind mit ungebrochenem Behauptungswillen daran gegangen, trotz der Katastrophe, die die Stadt betroffen hat, die traditionelle Stellung Münsters zu erhalten, zu festigen und wieder zu erneuern. Die Stadt bedarf aber in ihrem Kampf um ihr Beste-

1 Die Datumsangabe auf dem Anschreiben ist unvollständig; es wurde das Datum der Entschließung übernommen.

2 Nr. 194b.

hen und um ihre Weitergeltung der klaren Unterstützung der zuständigen höchsten Verwaltungsstellen. Der Rat der Stadt Münster bittet darum, die anliegende Entschließung bei den künftigen Verhandlungen allen englischen und deutschen Stellen zur Kenntnis zu bringen. Er bittet weiter, daß Sie, Herr Oberpräsident, die in dieser Entschließung niedergelegte Willenskundgebung als berechtigt anerkennen mögen und in jeder möglichen Form unterstützen.

Dr. *Siehoff*
Oberbürgermeister

194b.

19. 7. 1946: Entschließung des Rats der Stadt Münster

HStA Düsseldorf, NW 23–364.

Der Rat hat davon Kenntnis genommen, daß die Provinzen Nordrheinland und Westfalen zu einem Lande vereinigt werden und die gemeinsame Landesregierung in Düsseldorf ihren Sitz haben wird. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß unter Aufrechterhaltung der beiden Provinzen für den westfälischen Teil eine provinzielle Zusammenfassung der gesamtwestfälischen Verwaltungsaufgaben in Münster weiter erhalten bleiben wird, die den landschaftlichen Gegebenheiten des westfälischen Raumes Rechnung trägt.[1]

Münster als traditionelle Hauptstadt der Provinz Westfalen ist der politische, wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt Westfalens. Es wird diese Stellung trotz aller zeitbedingter Schwierigkeiten weiter behaupten.

1 Die Entschließung ist u.a. wahrscheinlich auf eine Initiative der westfälischen Provinzialverwaltung zurückzuführen (vgl. Nr. 195, Anm. 4).

195.

19. 7. 1946:[1] Vermerk von Landesrat Westermannn über eine Besprechung mit dem Abteilungsleiter Finanzen, Ersten Landesrat Kitz, in Düsseldorf

Archiv des LWL, II K 48. Unterstreichungen. „Vertraulich". Hs. Vermerk.

Bestellung eines Landespräsidenten (Person nicht feststehend, verschiedene genannt); ihm wird beigegeben ein „Oberpräsident" als [eine] Art Landesdirektor (Fachbeamter). Dem Landespräsidenten steht ein politischer Rat zur Verfügung, nach dessen Anhörung er ein Ministerkabinett bestellt. Zunächst provisorisch, endgültige Bestellung nach den Wahlen. Zahl der Minister nicht feststehend, etwa 6 bis 7.[2]

Zur Regelung der großen organisatorischen Fragen kleiner Ausschuß bestehend aus den beiden jetzigen Oberpräsidenten mit je einem Deutschen. In gleicher Weise wird ein englischer Ausschuß der beiden Militärregierungen gebildet. Für alle Fachgebiete d.h. Finanzen, Wirtschaft, Verkehr, Wohlfahrt usw. wird ebenfalls ein Spezialausschuß gebildet von den entsprechenden deutschen und englischen Fachreferenten mit je einem Herrn, z.B. Finanzen: *Höpker-Aschoff*, *Barbrock* – *Kitz*, *Greinert*, dazu die entsprechenden Herren der Militärregierung.[3]

Die Militärregierung ist sich klar, daß die Überleitung nur etappenweise erfolgen kann, zumal die Raumfrage auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Wesentlich ist daher sofortige Angabe der Zahlen von Beamten und Angestellten, die in Frage kommen. Die von uns angeforderten Zahlen der Finanzabteilung sind auf Veranlassung der Militärregierung erfolgt und hängen mit der Raumbeschaffung zusammen.

Die Frage der Provinzialverbände ist eingehend besprochen worden. *K[itz]* äußerte, daß Dr. *L[ehr]* für eine Dezentralisierung sei, auch die Militärregierung interessiere sich neuerdings sehr unter dem Gesichtspunkt der Dezentralisierung für das Problem der Provinzialverbände. Bei dieser Frage handelt es sich darum, ob es möglich ist, einen Provinzialverband mit universellen Aufgaben zu schaffen oder eine Art „Zweckverband" mit begrenzt umrissenen Aufgaben. Das erstere wäre zu verlangen, um das zweite zu erreichen. Auch in rheinischen Stadtkreisen Stimmung für Provinzialverband.[4]

Für die Übersiedlung stehen drei Pläne zur Besprechung
a) sogenannte totale Lösung, die Gesamtverwaltung einschließlich beider Provinzialverbände wird in Düsseldorf vereinigt (raumtechnisch undurchführbar und Widerstand der politischen Parteien).

---

1 Der Vermerk wurde am 20. 7. 1946 angelegt.

2 Wie die spätere Entwicklung zeigt, waren diese Überlegungen hinsichtlich des Aufbaus der politischen und administrativen Spitze des neuen Landes spekulativer Natur.

3 Über den konkreten organisatorischen Ablauf der Vereinigung der beiden Provinzen liegt bisher kaum Literatur vor.

4 Schon am 17. 7. 1946 hatte *Westermann* in einem Schreiben an den Bochumer Oberbürgermeister *Geyer* angeregt, daß sich die westfälischen Stadtkreise in einer Entschließung für den Erhalt der provinziellen Selbstverwaltung aussprechen sollten; angesichts der angekündigten Zusammenlegung der Provinzen Nordrheinland und Westfalen gelte es, unbedingt für den westfälischen Teil eine regionale Verwaltung zu erhalten (Archiv des LWL, NL Salzmann 12).

b) Die jetzigen Provinzialregierungen werden in Düsseldorf vereinigt. Provinzialverband bleibt in Münster; ob Nordrhein seinen Provinzialverband sofort ausgliedert ist Zweckmäßigkeitsfrage.
c) In Düsseldorf nur Kopf der Landesregierung einschließlich der Etat- und Finanzabteilung; beide Provinzialverbände außerhalb und Fachgebiete im größeren Umfange dezentralisiert in den Provinzen.

Klarheit darüber, daß Banken, Versicherungen (Feuer – Leben) getrennt bleiben, auch Sozialversicherung. Letzteres nach neuen Plänen der Militärregierung ungewiß. Die Frage der Regierungsbezirke ist bisher weder von englischer noch von deutscher Seite ernstlich zur Diskussion gestellt worden, so daß darüber im Augenblick noch nichts gesagt werden kann. Auffassung der Provinzen: nur Provinzebene, keine Regierungsebene in den beiden Provinzen, Außenstellen offen.

W[estermann]

196.

20. 7. 1946: Stellungnahme des Oberregierungsrats bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz, Schröder[1]

Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218. „Vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch".

1. Nach einer DPD-Meldung vom 17. Juli werden die Nord-Rheinprovinz und die Provinz Westfalen auf Befehl der Militärregierung in ein Land unter dem Namen „Nordrhein-Westfalen"[2] mit der Hauptstadt Düsseldorf zusammengefaßt. Die Grenzen der zwei Provinzen sollen bestehen bleiben. Das Land Lippe, das bisher mit Westfalen verbunden war, fällt an die Provinz Hannover. Es heißt in der Meldung weiter: „Über die personelle Zusammensetzung der Verwaltung des neuen Landes wird zur Zeit entschieden."[3]

2. Solange die Entscheidung der Militärregierung über die Zusammenlegung der beiden bisherigen preußischen Provinzen noch nicht im einzelnen kommentiert ist und die angekündigten personellen Entscheidungen noch nicht gefallen bzw. bekanntgegeben sind, läßt sich nur ein vorläufiger Umriß der möglichen Organisation des neuen Landes geben. Die Organisation des neuen Landes Rheinland-Westfalen muß drei Gesichtspunkte unbedingt berücksichtigen:
a) sie muß so gestaltet sein, daß sie jederzeit in ihren Grundzügen das Modell der künftigen deutschen Gesamtorganisation sein kann bzw. sich ohne weiteres in die künftige Reichs- oder Landesorganisation einfügen läßt;

1 Das Dokument trägt die Überschrift „Bemerkungen zur kommenden Organisation des Landes Nordrhein-Westfalen".

2 An dieser Stelle im Dokument Verweis auf folgende Fußnote: „Der bessere Name wäre Rheinland-Westfalen, vor allem im Hinblick auf die Namensgebung Rheinland-Hessen-Nassau."

3 Vgl. Nr. 192.

b) sie muß ferner dem besonderen wirtschaftichen Charakter des Landes Rechnung tragen;
c) sie muß vor allem einfach, übersichtlich und sparsam sein.

3. Da sich nach der heute maßgebenden Auffassung Demokratie und Verwaltung nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben aufbauen und entwickeln sollen, läßt sich auch das Bild der Landesregierung nur dann richtig zeichnen, wenn man sich zunächst den Aufbau von unten nach oben vergegenwärtigt. Als unproblematisch sind dabei die untersten Stufen anzusehen, nämlich: Gemeinde – Stadt- und Landkreis.[4]

Das Problem liegt dagegen darin, ob und welche Zwischenstufe zwischen den Gemeinden und Stadt- und Landkreisen und der Landesregierung bestehen soll,[5] da von vornherein zu berücksichtigen ist, daß auch das Land nur als ein Bestandteil der übergeordneten Einheit „Reich" betrachtet werden darf. Es geht also praktisch um die Frage, ob der Regierungspräsident als Zwischenstufe zwischen Landesregierung und den Städten und Kreisen eingeschaltet bleiben kann und soll. Da das Land Rheinland-Westfalen nach Ausgliederung von Lippe und ohne Süd-Osnabrück einen Raum von 32800 qkm umfaßt, auf dem (1946) 11,5 Mill. Menschen leben (1939: 11,7 Mill.), ist es zu groß, um ohne ein geeignetes Bindeglied von der Hauptstadt Düsseldorf aus verwaltet werden zu können. (Hier Entfernungsbeispiele einfügen).[6] Zur Zeit hat die bisherige Nord-Rheinprovinz drei Regierungspräsidenten (Köln, Düsseldorf und Aachen); die bisherige Provinz Westfalen hat ebenfalls drei Regierungspräsidenten (Münster, Arnsberg und Minden). Die (noch unvollständige) Bekanntgabe der Militärregierung enthält die Klausel, daß die bisherigen Provinzgrenzen beibehalten werden sollen.[7]

4. Wenn man davon ausgeht, daß bei dem augenblicklichen Stand von Verwaltung, Wirtschaft und Verkehr ein Bindeglied zwischen Landesregierung und Städten/Kreisen wünschenswert ist, wird es sich empfehlen, zunächst auch aus allgemein politischen Gründen – siehe Aachen im Westen, Minden im Osten des Landes – die Beibehaltung der Regierungspräsidenten vorzusehen. Nun sind aber die Regierungspräsidenten, da bisher nur in der Provinz Hannover Bezirkslandtage eingerichtet worden sind, die eigentlich allgemein als ungewöhnlich und wesensfremd empfunden werden, keiner demokratischen (Parlaments-) Kontrolle unterworfen. Das ist allerdings in dem Augenblick auch nicht mehr nötig, in dem die Regierungspräsidenten zu Außenstellen der Landesregierung umgebildet werden können. Denn wenn man die heutigen Funktionen der Regierungspräsi-

4 An dieser Stelle im Dokument Verweis auf folgende Fußnote: „Über das Problem der Neugliederung der Landkreise in territorialer Beziehung (vgl. Vorschlag *Menzel*) bleibt noch zu sprechen."; *Schröder* bezieht sich hier auf die Ausführungen *Menzels* auf der Tagung in Godesberg am 13./14. 6. 1946 (vgl. Nr. 161a).

5 Zur Frage der Mittelinstanz im neuen Land vgl. H. ROMEYK, 1986, S. 58–63.

6 Diese Anmerkung zeigt, daß es sich bei dem Dokument um einen noch zu komplettierenden Entwurf *Schröders* handelt.

7 An dieser Stelle im Dokument Verweis auf folgende Fußnote: „Diese Bemerkung kann sich sowohl auf ‚die Grenzen nach außen' beziehen, also territoriale Unversehrtheit bedeuten, als auch einen Hinweis auf das neue Verhältnis der bisherigen Provinzen zueinander enthalten. Dabei ist aber schwerlich an die Erhaltung getrennter Provinzialverwaltungen gedacht, sei es in der Form des Fortbestehens zweier Oberpräsidien oder zweier Landeshauptleute unter der neuen Landesregierung. Die Erhaltung einer territorialen Abgrenzung der beiden bisherigen Provinzen gegeneinander könnte – würde sie verlangt – ebenso gut in der Beibehaltung der bisherigen Regierungsbezirksgrenzen gefunden werden (wie ja schließlich ‚die Grenze' überhaupt nur durch das Zusammenfließen und Ineinandergehen verschiedener Grenzen kleinerer bis zu den kleinsten Gebilden entsteht)."; vgl. auch Nr. 192, Anm. 3.

denten zerlegt und sich dabei die besondere Gliederung für die beiden großen Sektoren Wirtschaft und Landwirtschaft vor Augen hält, dürfte es nicht übermäßig schwierig sein, die ihnen verbleibenden Funktionen in angemessener Weise umzubauen. Es bleiben hier vor allem zwei Hauptgruppen ihrer Betätigung, nämlich die Kommunalaufsicht und das Volksschulwesen.[8] Das Volksschulwesen wird – da seine Zusammenfassung an einer Landeszentrale keinesfalls in Betracht kommt – in der bisherigen Form dezentralisiert bleiben können, während die Kommunalaufsicht (jedenfalls entspricht das den Plänen der Militärregierung) der Landeszentrale (bisher dem Oberpräsidenten) verbleiben bzw. zugewiesen werden soll. Die einzurichtenden Gemeindeprüfungsämter der Landesregierung (bisher des Oberpräsidenten) könnten sehr wohl in eine angemessene Verbindung zu den als Außenstellen der Landesregierung umgestalteten Regierungspräsidenten gebracht werden.

Ergebnis dieser Betrachtungen: a) Erhaltung der Regierungsbezirke (in territorialer Beziehung), b) Umwandlung der Regierungspräsidenten in Außenstellen der Landesregierung.

5. Ein weiteres Problem bildet die Frage der provinziellen Selbstverwaltung.[9] Wenn man den Verlauf der Entwicklung in der britischen Zone seit der Kapitulation betrachtet und auch die Entwicklungslinie der letzten Jahre überhaupt kritisch abwägend heranzieht, so geht der Zug der Entwicklung offenbar auf eine Ausschaltung der provinziellen Selbstverwaltung. Die provinzielle Selbstverwaltung verlangt, wenn sie überhaupt – abgesehen von der Verwaltung von Vermögen und besonderen Anstalten – einen Sinn in dem demokratischen Aufbau haben soll, ein Parlament auf der Provinzstufe. Es ist aber schlechthin unvorstellbar, daß etwa überhaupt oder auch nur unter den besonderen Bedingungen des neuen Landes ein (bzw. zwei) Provinziallandtage neben dem Parlament der Länderebene stehen könnten. Es würde auch nicht organischer erscheinen, aus einem Landesparlament „für bestimmte Provinzialangelegenheiten" von Zeit zu Zeit zwei Parlamente unter Aufteilung der Vertreter „nach provinzieller Herkunft" zu machen.[10] Für diese Form des neuen Staatsaufbaus würde die breitere Öffentlichkeit weder aus politischen, noch aus Verwaltungs-, noch aus wirtschaftlichen, noch aus ideologischen Gründen Verständnis aufbringen können. Die vorgesehene Beibehaltung der Grenzen der beiden Provinzen darf nach meiner Auffassung nicht Anlaß zur Aufrechterhaltung zweier getrennter Provinzialverwaltungen mit eigenen Provinziallandtagen sein, sondern es muß bei dem von der Militärregierung längst angeordneten Aufgehen der provinziellen Selbstverwaltung in der Landesverwaltung bleiben (vorbehaltlich gewisser unten erörterter Modifikationen). Alle wirklich wesentlichen Aufgaben der provinziellen Selbstverwaltung hinsichtlich ihrer Anzeichen, ihrer sonstigen Einrichtungen und ihrer Vermögensverwaltung lassen sich sehr wohl ohne eine für die beiden bisherigen Provinzen getrennte allgemeine provinzielle Selbstverwaltung fortsetzen; sie könnten in Spezialinstitutionen verwandelt werden, die bei einer noch zu erörternden Unterstellung unter das zuständige Fachministerium der Parlamentskontrolle auch der Landesebene selbst unterliegen würden.

---

8 An dieser Stelle im Dokument Verweis auf folgende Fußnote: „Über ihre jetzige weiter Zuständigkeit für Gesundheit, Gewerbe, Arbeit, Ernährung, Kirchen, Wohnung und Flüchtlinge wird noch gesondert zu sprechen sein. Diese Aufgaben eignen sich z.T. durchaus für die Außenstellen der Landesregierung."

9 Vgl. hierzu auch die Nrn. 193–195, 201–204, 206, 208a/b, 209; zur weiteren Entwicklung der provinziellen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen: H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960.

10 So etwa der Vorschlag *Zuhorns* (Nr. 208a).

Ergebnis der Betrachtungen: Die Aufrechterhaltung zweier getrennter provinzieller Selbstverwaltungen wird keineswegs empfohlen, ebenso wenig die Einrichtung einer allgemeinen provinziellen Selbstverwaltung für das ganze Land (allein der Name „Land" scheint diese Institution schon auszuschließen!). Dagegen wird für wünschenswert gehalten die Verbringung der kulturell usw. wichtigsten Aufgaben der provinziellen Selbstverwaltung in besonderen Institutionen, deren Charakter und Beaufsichtigung noch einer eingehenderen Prüfung und Darstellung bedarf.

6. Wenn man die so gewonnenen Ergebnisse nunmehr von der Ebene des Landes aus, also von oben nach unten, ansieht, müßte sich folgender Aufbau realisieren lassen: a)Landesregierung, b) Regierungspräsidenten als Außenstellen der Landesregierung, c) Städte und Kreise, d) Gemeinden, dazu: Sonderregelung für alle oder einen Teil der bisherigen provinziellen Selbstverwaltungsaufgaben und -institutionen.

7. Für die Organisation der Landesregierung selbst wird hier zunächst einmal das Problem der Sonderverwaltungen außer Betracht gelassen, da es sich für die ganze britische Zone in Fluß befindet und auch die Regelung in Rheinland-Westfalen der Regelung für die gesamte britische Zone entsprechen muß. Für die zu skizzierenden Grundzüge der Landesregierung wird dabei davon ausgegangen, daß die notwendige Verbindung zwischen Sonderbehörden und Landesverwaltung (vom Aufbau der Sonderbehörden her gesehen: der Mittelinstanz) in einiger Zeit endgültig erreicht werden kann. Dies vorausgeschickt, könnte die Landesregierung wie folgt gegliedert werden: Landespräsident (oder Ministerpräsident), Ministerien für: Inneres (1), Finanzen (2), Wirtschaft (zuzüglich Verkehr und öffentliche Arbeiten) (3), Ernährung und Landwirtschaft (4), Kultus (5), Sozialministerium (Volkswohlfahrt und öffentliche Gesundheit) (6), Wiederaufbau (7), Arbeit (8), zweifelhaft: Justiz (9), (falls Verkehr und öffentliche Arbeiten selbständig bleiben soll): (10).[11]

8. Organisation der Landesregierung im Einzelnen

Bei dem Landespräsidenten (Ministerpräsidenten) ergibt sich zunächst die Frage, ob für ihn ein besonderes Staatsministerium wünschenswert erscheint oder ob er sich im wesentlichen nur einer Staats- (oder Präsidial- oder Landes-) Kanzlei bedienen will. Die Entscheidung dieser Frage hängt an sich sehr von der künftigen verfassungsmäßigen Stellung des Landespräsidenten ab. Da diese jedoch im augenblicklichen Stadium der Entwicklung noch nicht definitiv umrissen werden kann, wird es sich wohl empfehlen, zuerst nur eine solche Kanzlei einzurichten, die später jederzeit zu einem Staatsministerium ausgestaltet werden könnte. Wenn man aufgrund der Kenntnis von den bisherigen Tendenzen der Militärregierung davon ausgehen kann, daß dem politischen Ministerpräsidenten ein höchster leitender Verwaltungsbeamter gegenübergestellt wird, wird die Einrichtung der Staatskanzlei von vornherein so erfolgen müssen, daß sie auch den umfassenden Koordinierungsaufgaben gerecht werden kann, die einem solchen leitenden Oberregierungsdirektor (oder leitenden Landesdirektor) zufallen werden. Für die Einrichtung dieser Staatskanzlei (oder Präsidial- oder Landeskanzlei) wären etwa einschließlich der

11 An dieser Stelle im Dokument Verweis auf folgende Fußnote: „Inzwischen hat sich die Militärregierung offenbar für 10 Ministerien entschieden (siehe Anlage)."; in der Anlage (Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218) werden folgende Ministerien genannt: 1. Inneres, 2. Finanzen, 3. Wirtschaft, 4. Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, 5. Kultus, 6. Gesundheit und Wohlfahrt (Sozialministerium) 7. Verkehr, 8. Wiederaufbau und Wohnungswesen, 9. Justiz, 10. Arbeit; vgl. auch den entsprechenden Vorschlag *Lehrs* vom 22. 7. 1946 (Nr. 198).

persönlichen Referenten 6 Referate vorzusehen, die – unter Leitung des Ministerpräsidenten bzw. seines beamteten Gegenspielers, des leitenden Landesdirektors – folgende Aufgabengebiete wahrnehmen müßten: 1) Koordinierung, 2) Zonalangelegenheiten (eine Art außenpolitisches Referat), 3) Presse, 4) Angelegenheiten der Beamten der Landesregierung, 5) Orden, Ehrenzeichen, Ehrungen aller Art, 6) Persönlicher Referent des Ministerpräsidenten und persönlicher Referent des leitenden Landesdirektors.

Anmerkung: Hier muß der Organisationsplan der übrigen Länder der britischen Zone vergleichend hinzugezogen werden. Meines Erachtens ist jedenfalls auf dem Papier die Organisation in Hannover am weitesten fortgeschritten. Hannover ist auch das einzige wirklich vergleichbare Land, da die Verhältnisse in Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg und Braunschweig wenig echte Parallelitäten bieten.[12]

Es folgen Bemerkungen zur Organisation der vorgeschlagenen Ministerien, eine Gegenüberstellung des bisherigen Status in der Nord-Rheinprovinz und in Westfalen, politische und personelle Betrachtungen.[13]

G. *Schröder*

12 Zur Organisation der Verwaltung in den anderen Provinzen und Ländern der britischen Zone vgl.: H. POTTHOFF/R. WENZEL, 1983, S. 59–73.

13 Vgl. Anm. 6.

197.

20. 7. 1946: Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Niederrhein, Gnoß (Düsseldorf), an den SPD-Parteivorstand (Hannover)

AdsD, NL Schumacher J o. Ausfertigung vorliegend als Fotokopie. Hs. Vermerke. Eingangsstempel vom 23. 7. 1946.

Werte Genossen!

Die Situation in der Frage der Länderreform ist ja nun überraschend entschieden worden, wenigstens soweit Rheinland und Westfalen dabei infrage kommen. Es ergibt sich jetzt die Tatsache, daß in der Öffentlichkeit dazu Stellung genommen wird. So haben z.B. die Kommunisten für ihren Bezirk Ruhrgebiet eine Erklärung gegen diese Absicht der Zusammenlegung von Rheinland und Westfalen veröffentlicht[1] und auch unser Genosse *Görlinger* hat nach einer Mitteilung im Radio in der Kölner Stadtverordneten-Versammlung diese gleiche Auffassung verkündet.[2] Wir befinden uns jetzt hier in einer Zwangslage. Sollte die Militärregierung ihre angekündigte Absicht verwirklichen, – und nach unserer Kenntnis werden hier in Düsseldorf bereits alle Vorbereitungen dafür getroffen – dann wird keinerlei öffentliche Erklärung diese Absicht verhindern können.

1 Vgl. zur Haltung der KPD auch Nr. 199.

2 Aufzeichnung der Meldung vom 19. 7. 1946: HStA Düsseldorf, NW 115–106.

Ganz davon abgesehen, ist die Auffassung in der Partei durchaus nicht eindeutig in die Form einer Ablehnung zu kleiden, da der erweiterte Bezirksvorstand Niederrhein in seiner letzten Sitzung[3] in der Mehrheit der Auffassung war, daß diese politische Entwicklung auch von uns aus angestrebt werden müsse. Eine Beschlußfassung darüber ist zwar bei uns nicht erfolgt, da wir eine einseitige Festlegung seitens unseres Bezirksvorstandes im Rahmen der Gesamtpartei nicht vornehmen wollten. Es sprechen nach unserer Auffassung ebensoviel Gründe für wie gegen die beabsichtigte Zusammenlegung von Rheinland und Westfalen, wobei wir vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus freilich zu der Erkenntnis kamen, auf eine Auseinanderreißung dieses Gebietes je nach den autonomen Rechten der Länder zu einer schweren Schädigung für das industrielle Rhein- und Ruhrgebiet führen könnte.[4] Wir haben in unserer Vorstandssitzung lediglich den Beschluß gefaßt, an die Bezirke Bielefeld, Dortmund und Köln heranzutreten und sie zu einer gemeinsamen Aussprache einzuladen, an der neben den Führern der Partei auch führende sozialdemokratische Gewerkschaftler und Wirtschaftssachverständige teilnehmen sollen. Ich habe deshalb auftragsgemäß die drei anderen Bezirke schriftlich von unserem Wunsche verständigt und sie um die Zustimmung [zu] einer solchen gemeinsamen Aussprache gebeten. Da inzwischen durch die Rundfunknachricht die Situation zunächst gänzlich verändert worden ist, mir auch bekannt wurde, daß die CDU bereits für Montag ihren Landesvorstand zur Besprechung dieser neuen Situation eingeladen hat, habe ich nunmehr heute aus eigener Initiative die obengenannten drei Bezirke zu einer Besprechung der Situation für Dienstagnachmittag nach Düsseldorf telegraphisch eingeladen, damit wir uns erstmalig in diesem Kreise über unsere Haltung verständigen können und nicht jeder Bezirk oder einzelne Parteigenossen zu Sonderaktionen starten, die an sich die Situation nur noch mehr verwirren würden. Ich sehe mich veranlaßt, Euch davon zu unterrichten, weil uns daran liegt, alle diese Fragen im engsten Zusammenhang mit dem Parteivorstand zu klären und dazu beizutragen, daß eine einheitliche Haltung nunmehr auch bei uns erreicht wird. Sollte die für Dienstagnachmittag, 14 Uhr, in unserem Sekretariat vorgesehene Besprechung zustande kommen, wird der Parteivorstand selbstverständlich von dem Ergebnis dieser Aussprache sofort unterrichtet.[5]

Mit Parteigruß!

Ernst *Gnoß*

3 Vgl. zu dieser Sitzung am 17. 7. 1946: W. FÖRST: Geschichte, 1970, S. 159.

4 Mit ähnlichen Argumenten hatte sich noch am 17. 7. 1946 das „Rhein-Echo", dessen Chefredakteur Alfred *Dobbert*, Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Niederrhein, war, für einen Zusammenschluß der beiden Provinzen ausgesprochen.

5 Ob diese Besprechung stattgefunden hat, konnte nicht ermittelt werden.

198.

22. 7. 1946: Oberpräsident Lehr an den stellvertretenden Controller[1] der Militärregierung Nord-Rheinprovinz, Sealy-King

HStA Düsseldorf, NW 53–363. Zweitschrift der Ausfertigung. Paraphen Wanderslebs und Schröders.

Betrifft: Organisation des Kabinetts[2]

Unter Bezugnahme auf die gestrige Besprechung bringe ich folgende Einrichtung des Kabinetts in Vorschlag:[3]

I. Ministerpräsident
dazu: Staatssekretär, Sekretariat („Landeskanzlei").
Das Sekretariat sollte zusammengesetzt sein aus 8 Referenten für: 1) Koordinierung (2 Referenten), 2) Zonalangelegenheiten, 3) Angelegenheiten der Beamten der Landesregierung, 4) Presse, 5) Ehrungen aller Art, 6) Persönlicher Referent des Ministerpräsidenten, 7) Persönlicher Referent des Staatssekretärs.
Es würden weiter für das Sekretariat benötigt: 12 Bürobeamte (clerks), dazu 10 technische Hilfskräfte (Stenotypistinnen, Telefonistinnen usw.)

II. 10 Minister
und zwar: Minister für Inneres, Minister für Finanzen, Minister für Wirtschaft, Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Minister für Kultus, Minister für soziale Angelegenheiten (Volkswohlfahrt und öffentliche Gesundheit), Minister für Wiederaufbau, Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten, Minister für Justiz, Minister für Arbeit. Jedem Minister wäre ein persönlicher Referent beizugeben.

Eine Diagrammzeichnung liegt bei.

Dr. *Lehr*

1 Vgl. Nr. 63, Anm. 3.

2 Vgl. die entsprechenden Passagen in der Stellungnahme *Schröders* vom 20. 7. 1946 (Nr. 196).

3 Vermutlich hoffte *Lehr* zu diesem Zeitpunkt noch darauf, selbst zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen zu werden.

199.

23. 7. 1946: Wortprotokoll der Sitzung des Hauptausschusses des Nichtexekutiven Provinzialrats der Nord-Rheinprovinz[1] (Auszug)

Landtagsarchiv NRW, A 09020/6/3.

OBERPRÄSIDENT: Begrüßung. Zu Anfang will ich über die ungewöhnliche Sachlage unterrichten, wobei ich sagen muß, daß das, was ich Ihnen sage, Sie selbst bereits über Rundfunk und Presse wissen. Ich weiß ebenfalls nicht mehr, als was über Rundfunk und Presse veröffentlicht wurde. Am Mittwoch der Woche war es, als der Rundfunk bekannt gab, daß durch Befehl von Luftmarschall Sholto *Douglas* die Nord-Rheinprovinz und Westfalen zu einem Land zusammengelegt worden sei unter dem Namen Nord-Rhein-Westfalen, wobei die Provinzgrenzen bestehen bleiben sollen, über die personelle Besetzung werde noch entschieden.[2] Das wäre der Sinn.

Weder mit der Regierung in Westfalen, noch der Nord-Rheinprovinz ist vorher über diesen Entschluß gesprochen worden. Er kam für uns vollständig überraschend, aber nicht unerwartet. Seit Monaten ist das Problem der Zusammenlegung von Rheinland-Westfalen ebenso wie das Problem der Neugliederung der britischen Zone im Ganzen Gegenstand der Erörterungen innerhalb der verschiedenen Regierungen gewesen und ist vor allem in Fluß gekommen, da der Zonenbeirat in Hamburg beauftragt worden ist, ein Mehrheits- oder Minderheitsgutachten bis Ende September zu erstatten über die Neugliederung der britischen Zone.[3] Wir in Düsseldorf sind zu Anfang des Jahres (Frühjahr) gefragt worden, wie ich[4] mir persönlich die Neugliederung einer Zone dächte. Ich habe zunächst hingewiesen auf die geographischen Verhältnisse und gesagt, ein Blick auf die Karte zeigt, daß man drei große Gebiete in der britischen Zone unterscheiden könne: Rheinisch-westfälisches Gebiet, mit Schwerpunkt Kohle-Eisen-Stahl, der Hannoversche Raum, zusammengesetzt mit Wirtschaft und Landwirtschaft und endlich der Raum der Ost- und Nordseeküste. Ich habe die Militärregierung darauf aufmerksam gemacht, daß das System der englischen Grafschaften für deutsche Verhältnisse wohl ernsthaft nicht in Frage komme (diese Räume in 40–50 Grafschaften aufzuteilen), zum Schluß habe ich noch daraufhingewiesen, daß äußerstenfalls eine Vierer- oder Fünfer-Teilung mit Einschluß von Hamburg hingenommen werden könnte. Immer wieder habe ich aber zum Ausdruck gebracht, die Dreier-Lösung sei die gegebene.[5] Vom Städtetag ist ebenfalls Stellung genommen worden[6] und Dr. *Pünder* kann selbst das Wort dazu nehmen, wenn er es wünscht.

Die Regierungschefs haben sich auch damit befaßt und dann sind verschiedene Meinungen aufgetaucht. Da ist von Hannover eine Denkschrift gekommen über den Großraum Hannover[7] mit dem Hinweis, Oldenburg, Braunschweig und Lippe einzuverleiben und

1 Einem Kurzbericht *Schröders* über die Sitzung zufolge waren von den Parteien anwesend: *Gnoß*, *Görlinger*, *Meister*, *Kolb* (SPD); *Renner*, *Paul*, *Skrentny* (KPD); *Heinemann*, *Pünder*, *Albers*, *Arnold* (CDU); *Hamacher* (Zentrum); *Beutler* (FDP) (Landtagsarchiv NRW, A 09020/6/4).

2 Vgl. Nr. 192.

3 Vgl. Nr. 147 mit Anm. 1.

4 In Klammern davor „wir".

5 Vgl. zu den Vorschlägen *Lehrs* die Nrn. 89, 102, 115.

6 Vgl. Nr. 135.

7 Siehe Nr. 80, Anm. 3.

auch von Westfalen den Nordteil zu nehmen (Teutoburgerwaldgrenze wurde als Grenze zwischen Hannover und Westfalen gedacht). Ein besonderer Vorschlag Oldenburgs, in dem ein neuer Staat von Norden nach Süden Weser/Ems vorgeschlagen wird.[8] Auch Vorschläge Braunschweigs, wie durch Vergrößerung des Regierungsbezirks Hildesheim dieser Staat ausgebaut werden könnte. Vorschläge aus Schleswig-Holstein usw. und Hamburg sind gekommen.[9] Eine Reihe von Gesichtspunkten, die jetzt auf der Tagesordnung des ZAC standen und dort vorbereitet waren. Es wurde ein Gremium gewählt, das die Vorarbeiten für ein Gutachten leisten soll. In diesem Gremium sollen maßgebend die großen Parteien sein. Sowohl die Regierungschefs im ZAC wie die Vertreter der Fachgruppen haben zugunsten der politischen Parteien darauf verzichtet, darin vertreten zu sein. Wir kamen zu der Erkenntnis, daß – wenn man die Regierungschefs und Fachvertreter und politischen Parteien zu einem vorbereitenden Ausschuß zusammenfassen würde – u.U. dieser größer sein würde wie der ZAC. Anreger dieser Idee war Dr. *Schumacher*. Wir haben uns ihm dann angeschlossen.[10] Ich bitte zunächst von den Parteien im Provinzialrat einen Vertreter und Stellvertreter in Vorschlag zu bringen. Das hier eingegangene Telegramm besagt, daß in den Ausschuß auch der Vorsitzende der Länderchefs oder Provinzialchefs gewählt werden könnte. Ich möchte dazu betonen, daß ich selbst bitte, nicht gewählt zu werden. Ich habe die Möglichkeit als Sachverständiger soweit gehört zu werden und möchte den Parteien die Möglichkeit geben, über diese Stimme zu verfügen. Ich würde empfehlen die Mitglieder gleich zu benennen, da die Angelegenheit sehr dringlich ist.[11]

Für uns im Westen ist die Entscheidung vorweg genommen. Es war zu erkennen, als das Gutachten von uns verlangt wurde, daß hier etwas Besonderes vorging. Damals hieß es, in dem Schreiben der Kontrollkommission, daß Westfalen und Rheinland herausgenommen werden sollte.[12] Daraus war zu erkennen, um dieses Land geht etwas Besonderes vor. Sie haben ja selbst die Pariser Verhandlungen verfolgt, die verschiedenen Anträge von den großen Mächten, die Ablehnung dieser Anträge, die Unmöglichkeit zu einer einheitlichen Linie zu kommen und dann die Ankündigung von *Bevin*, daß man nun von England aus mit besonderen Maßnahmen vorgehen würde.[13] Wir haben in diesen Tagen ein schweres Herz gehabt, daß neue Ansprüche an die Nord-Rheinprovinz gestellt würden von Holland und Belgien, die auf einer Grenzberichtigung stehen. Es ist deshalb mit voller Absicht geschehen, daß ich das Grenzland bereist habe und mich überall ausdrücklich eingesetzt habe für die Einheit Deutschlands, für die wirtschaftliche und politische Einheit und gegen jede Grenzberichtigung und jeden Separatismus. Wir waren unserer Sache nicht sicher und hatten stark befürchtet, daß u.U. ein Statut für Rhein und Ruhr beschlossen werden könnte. Es besteht die Möglichkeit auch heute noch. Die Hauptgefahr ist für uns an Rhein und Ruhr beseitigt durch die Schaffung des einen großen Landes. Das hat für uns wirtschaftlich und verwaltungsmäßig große Vorteile. In

8 Siehe Nr. 143, Anm. 4.

9 Ein „Diskussionsbeitrag" des Braunschweiger Oberbürgermeisters *Böhme* datiert vom 1. 7. 1946 (BA Koblenz, NL Pünder 228); eine Stellungnahme Bremens liegt vom 25. 5. 1946 vor (Bundestag ParlA, I–147).

10 Vgl. AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 615–617, 656f.

11 Zur Zusammensetzung des Sonderausschusses vgl. auch Nr. 191, Anm. 4.

12 Vgl. Nr. 147 mit Anm. 2 und Nr. 188 mit Anm. 5.

13 Vgl. zur Pariser Konferenz Nr. 167 mit Anm. 7.

diesem Stadium der Sache, möchte ich noch nicht weiter [darauf] eingehen, weil mir noch jede Unterlage fehlt. Ich bin nur kurz von der Militärregierung befragt worden, ob ich den Rundfunk gehört hätte, ich erwiderte nein, daß mir aber der Inhalt mitgeteilt worden sei. Daraufhin wurde mir bedeutet, dann sei ich ja unterrichtet. Ich habe mich nochmals für die Idee mit ein paar verabschiedenden Worten ausgesprochen, daß ich diesen Zusammenschluß für sehr wirkungsvoll halte und erwarte nun die näheren Befehle, wie die Konstruktion gedacht ist.

Wie mag eine solche Landesregierung aussehen? Sie werden schon gehört haben, daß die Bezirksregierung von Düsseldorf nach Wuppertal verlegt wird. Das Problem ist nicht einfach. Jedoch die Unterbringung der Regierung sind die kleineren Sorgen.

Wesentlich ist, daß ein solches Land entsteht, bei dem die wirtschaftlichen Belange dominierend sind. Es wird wahrscheinlich das größte Land der britischen Zone sein und wenn Sie die amerikanische und französische Zone vergleichen, das Land mit der größten wirtschaftlichen Macht und der größten Bevölkerungszahl im ganzen Westen. Das ist wichtig für unsere Nachbarländer, denn Belgien und Holland sind wesentlich kleiner. Im Augenblick kann ich nicht mehr sagen. Das ist nun Ihre Sache zu sagen, was Sie für Auffassungen und Weisungen haben (an die politischen Parteien gerichtet). Soll der Provinzialrat in seinem Plenum zusammentreten? In Westfalen hat sich genau wie hier der Hauptausschuß versammelt, hat Kenntnis genommen von dem, was Herr *Amelunxen* vorgetragen hat und beschlossen zunächst abzuwarten, welche Weisungen noch kommen und dann das Plenum zusammenzurufen.[14]

Ich glaube, wir machen dasselbe. Dagegen bitte ich zu erwägen, ob Sie sich nicht stark machen wollen, und jetzt sofort die Vertreter benennen, die zu dem Zonenbeiratsausschuß entsandt werden sollen. Da der Hauptausschuß des Provinzialrats sich aus den wichtigsten Mitgliedern des Plenums zusammensetzt, könnte er sich stark machen vorbehaltlich der späteren Genehmigung durch das Plenum. Die Sache ist sehr dringlich, Eile ist geboten.

Dr. Pünder: Es ist zweckmäßig, daß der Hauptausschuß Kenntnis nimmt und zunächst abwartet. Persönlich würde ich weitergehen. Ich habe mich für dieses Land Rheinland/Westfalen sehr eingesetzt und bin erleichtert, daß diese Entscheidung gottseidank gefallen ist. In Einzelheiten wird hier noch viel zu sagen sein. Doch will ich hier, was Sie Herr *Lehr* nicht besonders erwähnt haben, besonders betonen: Zusammenfallen muß [damit] auch die Wiedererweckung der Selbstverwaltung in der Provinzialinstanz. Wir müssen eine Provinzialverwaltung haben, an der Spitze einen Landeshauptmann, wie ein auf demokratischer Grundlage gewählter Provinziallandtag vorhanden sein muß.[15] In dieser Instanz müßte über die Weimarer-Verfassung hinaus zu größeren Zuständigkeiten gelangt werden. Ich möchte Sie bitten Herr Oberpräsident, daß Sie, wie auch Ihre Herren Mitarbeiter, über diese Dinge mit der Militärregierung sprechen und daß Sie für den Gedanken der Selbstverwaltung eintreten.[16] Das habe ich übrigens letzten Freitag persönlich auch mit Mr. *Asbury* getan, der diese Auffassung teilt. Je mehr wir in eine

14 Vgl. Nr. 191.

15 In diesem Sinn wandte sich *Pünder* (als Vorsitzender des Deutschen Städtetages in der Britischen Zone) am folgenden Tag an die CCG/BE (Druck: H. Naunin: Dokumente, 1961, Nr. 34).

16 Daß der Gedanke der provinziellen Selbstverwaltung nicht von allen Mitarbeitern der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz befürwortet wurde, zeigt die Stellungnahme *Schröders* vom 20. 7. 1946 (Nr. 196).

demokratische Verfassung hineinwachsen, desto mehr müssen wir die Selbstverwaltung der Provinzialinstanz entwickeln. Unsere grundsätzliche Frage ist schon gelöst. Ich möchte bitten nicht gewählt zu werden, da ich auch wie Sie Herr Oberpräsident auf andere Weise Gelegenheit habe, meine Meinung zu äußern. Ich schlage als Vertreter Herrn *Arnold* vor.

BEUTLER: Frage: Wie ist die Funktion dieses vom Provinzialrat zu entsendenden Mannes? Geht er aus eigenem Recht dahin, oder vertritt er den Provinzialrat? Hat er darzulegen, was der Provinzialrat wünscht, dann entsteht die Vorfrage: ob der Provinzialrat über das, was in diesem Gutachten zu sagen wäre, unter sich klar geworden ist, damit er seinem Vertreter Weisung geben kann.

OBERPRÄSIDENT: Über diese Frage ist im Zonenbeirat keine eindeutige Erklärung abgegeben worden. Es ist lediglich so gewünscht worden, daß in dem Ausschuß, der der englischen Regierung ein Gutachten abzugeben hat, eine örtliche Vertretung der Provinzial- bzw. Landesregierungen sein soll. Damit ist meines Erachtens gesagt, daß der Vertreter die Volksvertretung der betreffenden Provinz oder des Landes übernimmt. Praktisch ist dies fast unmöglich, daß ein einzelner Mann diese Meinung wiedergeben soll. Es wird zu erwarten sein, daß in dem Provinzialrat keine einheitliche Meinung vorhanden ist, so kann dieser Vertreter nichts anderes tun, als daß er ein Referat abgibt: „in unserem Provinzialrat liegen folgendermaßen die Verhältnisse. Ich persönlich vertrete folgenden Standpunkt." Er muß ja als einzelner Vertreter in seiner Berichterstattung objektiv sein, wie seine heimatliche Volksvertretung zu der Sache steht.

PAUL: Das mutet ja an, als ob der Herr Oberpräsident von der Bildung des neuen Landes herzlich wenig gewußt hat. Wir stehen der Sache sehr skeptisch gegenüber. Seit langen Monaten sind Pläne entworfen worden, die auf die englische Militärregierung einwirkten. Es wird noch Weiteres geschehen sein in der Frage der Bildung und Zusammensetzung der neuen Körperschaften. Wir sind nicht der Auffassung, daß die Neubildung von Nord-Rhein-Westfalen Vorteile für unsere Bevölkerung bringen wird. Für uns ist in erster Linie das Leben der schaffenden Bevölkerung entscheidend. Ich glaube, es ist vollständig abwegig, wenn man sagt, dieses Land wird eine große wirtschaftliche Macht darstellen. Wogegen soll sie eingesetzt werden? Wenn wir so die Frage stellen, wirtschaftliche Macht, krisenfestes Land, dann wird den Kräften Vorschub geleistet, die auf die Zersplitterung schnellstens hinaus gehen. Die Bildung dieses Landes kann nicht ohne Befragung der Bevölkerung geschehen. Wenn schon Demokratie sein soll, ist es nicht Aufgabe der Körperschaft Ja und Amen zu sagen, sondern das Gros der Bevölkerung muß die Möglichkeit haben, zustimmend oder ablehnend seine Meinung zu äußern. Wir wissen, daß auch außenpolitische Gesichtspunkte zur Bildung des Landes geführt haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die erste Zersplitterung Deutschlands im Bundesstaat beginnen würde. Die Bildung eines Bundesstaates wird nicht die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme bedeuten, sondern wird größere Schwierigkeiten mit sich bringen, als wie wir sie heute haben. Ernährungschwierigkeiten bestanden in einer Zeit, wo keine Länderregierungen da waren. Die Ergebnisse der späteren Zusammenarbeit sind zur Genüge bekannt. Die schaffende Bevölkerung hat er gespürt, daß keine Zusammenarbeit vorhanden war. Die Frage: Einer für alle und alle für einen, war vollständig außer Acht gelassen. Jeder versuchte, für seine Provinz so viel wie möglich herauszubekommen. Vom vaterländischen Standpunkt aus kann man dieses Land nicht gutheißen. Es ist durch Verfügung der Militärregierung geschehen.

Wir Kommunisten können uns nicht mit der Bildung des Landes einverstanden erklären. (Wortlaut einer Entschließung vorgelesen.)[17]

OBERPRÄSIDENT: Ich möchte eine Klarstellung geben, weil vielleicht meine Ausführungen in einem Punkt mißverstanden [worden] sind. Ich habe meiner Überraschung Ausdruck gegeben über den Zeitpunkt. Ich habe gleich gesagt, daß der Entschluß unerwartet kam, aber keine Überraschung darstellt. An dem Entschluß selbst haben wir nicht mitgewirkt, aber in den Fragen zur Aufgliederung der britischen Zone haben wir sehr stark das unsrige dazu beigetragen.

Ich darf darauf hinweisen, daß ich auf allen Kundgebungen, sei es im Provinzialrat hier, im Zonenbeirat in Hamburg oder beim süddeutschen Länderrat, ausgeführt habe, [daß] eine Neuordnung der britischen Zone in Länder verschiedener Art und Größe dazu führen soll, daß diese Länder nur Bausteine für eine künftige Reichseinheit sein sollen und daß alles verhindert wird, was der Bildung der künftigen wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands entgegen steht. Aber die Tatsache, daß die Bemühungen um die einheitliche deutsche Wirtschaft fehlgeschlagen sind, zwang die englische Militärregierung nun ihrerseits Maßnahmen zu ergreifen. Sowohl Amerikaner wie Engländer haben in Paris Anträge zugunsten einer Einheit Deutschlands gestellt. Weil ihre Anträge nicht durchkamen, deshalb ist diese Entscheidung so gekommen.

Der Grundsatz „Einer für alle und alle für einen" sei in der Vergangenheit nicht beachtet worden. Als der Aufbau der Regierung begann, gab es weder Post noch Eisenbahn. Man fing an, erst örtlich aufzubauen. Erst allmählich kamen Verbindungen zustande, und sowie eine Möglichkeit bestand, mit Nachbarn wieder in Verbindung zu treten, kam die Fühlungnahme. Sie ist fortlaufend vertieft worden. Es hat sich immer gezeigt, daß allzu viele kleine Regierungen die einheitliche Willensbildung erschweren. Die Verhältnisse sind verschieden gewesen und es ist klar, daß derjenige, der beispielsweise in einem wenig zerstörten Land mit ausreichenden Lebensmitteln lebt andere Vorstellungen und Gedanken hat, wie der, der schwer vom Krieg heimgesucht ist und unter schwerem Mangel leidet. Für diese Verhältnisse ist die Neugliederung von großem Wert. Hier ist nie behauptet worden, daß wir nicht Pläne zur Neugliederung der britischen Zone bearbeiten, sondern im Gegenteil, sie sind mit Sorgfalt erwogen worden. Auf die großen politischen

17 Die Entschließung lautete folgendermaßen: „Durch die Anordnung der britischen Militärregierung ist überraschend, ohne Kenntnis und Befragung der demokratischen Parteien und der Bevölkerung, die Bildung eines neuen Landes, umfassend Rheinland – Westfalen, vorgenommen worden. Diese neue Regelung ist der erste Schritt zu einer Aufsplitterung Deutschlands in Bundesstaaten.

Der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen können wir nicht zustimmen, da der demokratische Neuaufbau, sowie das Leben unseres Volkes nur in einem einheitlichen Deutschland unter einer demokratischen Zentralregierung gesichert ist.

Das demokratische Prinzip erfordert, daß der Bevölkerung von Rheinland und Westfalen das Recht gegeben wird, in einer demokratischen Volksabstimmung ihren Standpunkt zu der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen darzulegen.

Sollte entgegen dem Willen des deutschen Volkes diese Länderbildung dennoch vorgenommen werden, so werden wir auf dem Boden dieser geschaffenen Lage entschieden und unablässig für die Interessen des schaffenden Volkes und ein einheitliches Deutschland arbeiten." (Landtagsarchiv NRW, A 09020/6/6; HStA Düsseldorf, RWN 48–79); durch ein Schreiben des Oberpräsidenten vom 5. 8. 1946 (Landtagsarchiv NRW, A 09020/6/7) entstand der falsche Eindruck, die Entschließung sei vom Hauptausschuß verabschiedet worden; dagegen erhoben *Albers* und *Pünder* am 16. 8. 1946 scharfen Protest (Landtagsarchiv NRW, A 09020/6/11–12).

Geschehnisse haben wir jedoch keinen Einfluß. Was jetzt geschehen ist, ist aus Regionen gekommen, die wir nicht beeinflussen können. Trotzdem wird die Entscheidung in sachlicher Hinsicht von uns durchaus begrüßt und [wir] wollen das beste tun, um sie so segensreich auswirken zu lassen wie nur möglich.

GÖRLINGER: Wir waren jetzt erst auf dem Wege, daß dieser Provinzialrat politisch zusammengesetzt werden soll. Die Frage der Aufteilung hat uns nicht voll befriedigt. Es wird keinen Zweck haben in diese Debatte einzutreten, da die Frage Rheinland-Westfalen schon entschieden ist.[18] Es handelt sich nun um den übrigen Teil der britischen Zone. (Oberpräsident ließt das Telegramm vor.) Es ist bedauerlich, daß wir nur einen Vertreter entsenden können, da die Länder in Größe und Bevölkerungszahl sehr verschieden sind, ist dies nicht ausgewogen. Die Dinge müssen abgewägt werden. Die CDU ist durch Dr. *Adenauer* vertreten, Oberpräsident Dr. *Lehr* ist als Sachverständiger dort. Nach diesem Gesichtspunkt müßte ein Vertreter der SPD hingeschickt werden.

OBERPRÄSIDENT: Wollen die Herren sich fraktionsmäßig zur Beratung zurückziehen?

GNOSS: schlägt als Vertreter Herrn *Görlinger* vor. Ich bin persönlich nicht der Meinung, daß für uns, nachdem die Frage Rheinland-Westfalen aus der Zuständigkeit herausgenommen worden ist, die Frage der Länderreform uninteressant ist. Dieser Ausschuß hat eine doppelte Aufgabe, nämlich: zu der Frage der Länder- und Verfassungsreform Stellung zu nehmen. Für uns ist die Verfassungsreform doch von größter Bedeutung.

Zu den Ausführungen die Herr *Paul* gemacht hat. Ich glaube er hat die Dinge, soweit die wirtschaftliche Seite in Frage kommt [...][19] wenn er zu dem Standpunkt kommt, wogegen soll sich diese wirtschaftliche Macht richten. Man sollte lieber die Frage so stellen, wofür soll diese Macht eingesetzt werden beim Wiederaufbau Deutschlands. Dann haben wir die Möglichkeit, aus diesem Land ungeheuer viel zu dem politischen und wirtschaftlichen Deutschland beizutragen. Nach meiner Auffassung können wir gerade durch die Verwaltungsreform diese Dinge stärkstens beeinflussen. Entscheidend ist, welche autonomen Rechte diese Länder bekommen. Die Dinge sind sehr wichtig. Niemand ist gegen die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands. Wir haben den brennenden Wunsch, daß diese Einheit nicht nur unter den Westzonen, sondern auch mit der Ostzone hergestellt wird, doch werden uns einige Gesichtspunkte trennen. Wir werden uns nicht mit dem einverstanden erklären, was *Pieck* sagte: daß das deutsche Volk sich abfinden müsse, daß ein großer Teil der deutschen Ostzone verloren gegangen ist. Beides ist notwendig für uns, das rheinisch-westfälische Industriegebiet wie das Agrargebiet des Ostens. Wir werden uns für die wirtschaftliche und politische Einheit einsetzen.

BEUTLER: wünscht zu hören, welche Auffassung dieser Mann, der zu dem Ausschuß entsandt werden soll, über das Problem vertritt.

OBERPRÄSIDENT: Die im Vordergrund stehenden wirtschaftlichen Belange bei dieser Lösung haben eine zweite Voraussetzung. Es ist nicht gut, daß wir neue Länderzusammenfassungen machen. Es ist unbedingt notwendig, daß mit dieser Neugliederung zugleich eine Aufhebung der Zonengrenzen verbunden wird. Wieweit sich diese Auflösung erstrecken mag, läßt sich im Augenblick nicht ausführen. Aus dem, was wir über die

18 Am 19. 7. 1946 hatte *Görlinger* bereits im Kölner Stadtrat größte Bedenken gegen die Bildung Nordrhein-Westfalens angemeldet (HStA Düsseldorf, NW 115–106).

19 Lücke in der Vorlage.

Presse gehört haben, wird tatsächlich die Zonengrenze gelockert auf den Gebieten Finanz, Verkehr, Transport, Handel und Industrie. Es ist in den Pariser Verhandlungen gesagt worden, daß diese Öffnung der Zonengrenzen sich nicht auf die eine oder andere Zone erstrecken soll, sondern daß jede Macht das Recht haben soll, dieser Zonenöffnung beizutreten. Es ist nicht der Wunsch, daß sich die englische und amerikanische Zone allein ergänzen, es ist durchaus der Wunsch, daß sich die französische und russische Zone anschließen. Ich denke an unsere großen Wirtschaftsbeziehungen zum Osten (Ernährung, Textil), das wäre uns sehr willkommen zum Güteraustausch. Ich hoffe, daß die Verfassung der Länder sich auswirken wird auf die wirtschaftlichen Grenzen aller vier Zonen.

SKRENTNY: Bausteine des Reiches. Wir haben von der Tagung in Stuttgart diese Entschließung gehört[20] (Zwischenruf *Paul*: mühselig angenommen), aber sind zu der Auffassung gekommen, daß dieses Land alles andere sein will als Baustein des Reiches. Es wird überhaupt sehr wenig von einer Zentralregierung gesprochen. Auch eine wirtschaftliche Einheit kann nur den Erfolg haben, wenn gleichzeitig die Bildung einer politischen Einheit durchgeführt wird. Wir denken nicht an die frühere Form, das Übergewicht Preußens. Mit der Beseitigung Preußens, meinen wir nicht die Zerstückelung des Landes, die Änderung der Grenzen, sondern der Preußengeist muß weg, auch aus der Wirtschaft, und das geschieht nicht in der Bildung von Ländern und Provinzen. Herr *Skrentny* schlägt eine Tagung der beiden Provinzialräte Westfalen – Nord-Rheinprovinz vor, so daß eine Fühlungnahme und Klärung mancher Frage herbeigeführt wird.

RENNER: Meines Erachtens ist es falsch, als wenn der Ablauf der Pariser Verhandlungen den entscheidenden Anstoß gegeben hätte. Die Pariser Verhandlung war vor 14 Tagen. Von der Umgestaltung der Provinz haben wir seit Mitte Dezember vorigen Jahres gehört. Es ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß Sie [als] einer der Treibenden sehr stark draußen dafür eingetreten sind. Wir haben in diesem Raum vor zwei Monaten gehört, daß diese Neuregelung zu bewerten ist im Sinne des kleineren Übels. Herr *Görlinger* sagte in Köln: (vorgelesen aus einer Zeitung). Wenn Worte einen Sinn haben, soll das bedeuten, daß Herr *Görlinger* in Köln sich stark gegen diese Bildung gewandt hat.[21]

Mein Vorgänger sagte heute mit Recht, zu wessen Gunsten und Ungunsten? Ich bin der Meinung, der Widerstand der Sowjetunion gegen die Aufhebung der Zonengrenzen ist darauf zurückzuführen, daß bei uns die Garantien nicht gegeben sind, die ihr notwendig erscheinen, um einem Wiedererstehen der Reaktion entgegen zu treten. Das ist der Widerstand der Sowjetunion. Sind nicht bei uns in unserer Wirtschaft noch die alten Kräfte vorhanden, vielleicht die erste Garnitur durch die Zweite ersetzt, die letzten Endes hinter dem Föderalismus steht. Wir behaupten, in der Westzone sind die Kräfte getarnt an der Macht, die den Faschismus bis zur letzten Minute gestützt haben. Man soll politische Ereignisse nicht auf Grund der Rundfunkmeldungen beurteilen. Auch unser Rundfunk ist eine einseitige Angelegenheit.

Was hat Herr *Pieck* gesagt? (aus der Zeitung vorgelesen). Wir haben hier so oft betont, auch Sie Herr Oberpräsident, daß dieses Vorgehen der britischen Regierung nichts anderes sei, als ein Versuch, die Loslösung von Rheinland-Westfalen aus dem deutschen Staatsverband zu verhüten. Wenn die englische Regierung jetzt diese Politik betreibt,

20 Vgl. Nr. 72 mit Anm. 2.

21 Vgl. Anm. 18.

dann wird sie vorgreifen der (französischen Regierung?)[22]. Das ist die Politik des kleineren Übels? Was sich hier tut, ist der Auftakt zur Aufsplitterung ganz Deutschlands. Der Föderalismus, wie er in Deutschland lebt, geht nicht in der Linie des Bausteineschaffens zu einem geeinten Deutschland, das ist Spaltung Deutschlands. Wir wollen uns nicht selbst aufsplittern, sondern kämpfen nur in der Form, daß wir das Restdeutschland zusammenfassen und zur zentralen Einheit bringen. Da ist in Süddeutschland ein Föderalismus, der gegen das zentrale Ziel geht. Wir warnen rechtzeitig. Wir verstehen auch, weshalb gewisse Kreise in der Wirtschaft dafür sind, das Preußentum in der Wirtschaft übersehen zu wollen, die Wirtschaft für den Kapitalismus und nicht für das soziale Gesetz [...][23]. Betäuben wir uns nicht mit Worten, hier ist die Reaktion am arbeiten, die unter anderer Form getarnt nichts anderes will, als ihre alte Herrschaft.

OBERPRÄSIDENT: Es war zu erwarten, daß diese Tagung starke politische Betrachtungen auslösen würde. Ich schlage vor, das Gebiet der hohen Politik zu verlassen. Wir sind nur Objekt und müssen uns an das halten, was wir gesehen und gehört haben. Wir haben das Trauerspiel in Paris gehört. Die Lösung der Deutschen Frage hat sich nicht erfüllt. Wir sitzen in beispielloser Not und können nicht länger warten. Da die Vorschläge zur wirtschaftlichen Einheit der Mächte gescheitert sind, es ist dies nicht abzuleugnen, hat die englische Regierung dann zu ihren Maßnahmen greifen müssen.

Ich verlange nicht, daß Sie meine Herren von der kommunistischen Fraktion dieser Auffassung beitreten sollen. Ihre Freunde haben in Paris eine andere Auffassung vertreten. Für uns hat es keinen Zweck, diese Gegensätzlichkeiten auch hier in unseren kleinen Hauptausschuß hineinzubringen. (Zwischenruf *Renner*: Sie haben begonnen von der Pariser Konferenz zu sprechen). Ich kann es nicht ändern, man muß davon sprechen.

Betr. kleineres Übel: Was ich gesagt habe, ist zusammenzufassen: daß die Vereinigung zu einem Land für die Nord-Rheinprovinz der beste Schutz ist, nicht abgetrennt zu werden vom deutschen Gesamtvaterland. Das ist ein guter Schutz, und aus diesem Grunde haben wir uns von Anfang an mit dem Problem befaßt. Das wäre ja gar keine Regierung mit Weitblick, wenn sie an diesen Problemen vorbeigegangen wäre. Ich werde einmal alles das in knappen Zügen zusammensetzen lassen, was von unserer Regierung geschehen ist. Die Unterlagen sind da. Meine Schriftsätze, die ich in dieser Sache beim Zonen[bei]rat, Regierungschefskonferenz, Militärregierung [...][24] sind da, so daß sich ein lückenloses klares Bild zeigen läßt.

ARNOLD: Herrn *Renner* möchte ich folgendes sagen: Wir lehnen jeden Föderalismus ab, der mit Separatismus etwas zu tun hat. Wir werden diesen Standpunkt immer herausstellen. Das schließt nicht aus, daß andererseits ein Zentralismus sich wie im III. Reich herausbildet. Herr *Arnold* tritt für zwei zu benennende Personen ein, die sich abwechseln.

GÖRLINGER: Ich möchte kurz meinem Freund von der kommunistischen Fraktion sagen, im Hauptausschuß sind wir einstimmig der Meinung, daß die deutsche Grenze so feststehen bleiben muß und daß die Zonengrenzen fallen. Dabei darf ich aussprechen, nie werden wir mit der Grenzziehung im Osten einverstanden sein, genau wie im Westen nicht. So können wir eine politische einheitliche Meinung herbeiführen. Die verfassungsmäßige Gestaltung des neuen Reiches müssen wir von unten nach oben bauen. Wir

22 So in der Vorlage.

23 Lücke in der Vorlage.

24 Lücke in der Vorlage.

waren gezwungen, bei den Gemeinden anzufangen. Es bleibt kein anderer Weg übrig. Der föderative Gedanke muß Platz greifen. Alles das, was sich auf der unteren Ebene erledigen läßt, muß dort begonnen werden. Der Gedanke zum Ganzen muß vorhanden sein. Es ist ein Unding, daß Abteilungen ganz herausgestellt werden, z.B. die Polizei, daß sie nicht mehr kommunal sein soll.

Aber jeder der das Reich liebt, wird trotzdem und gerade dieserhalb diesen föderativen Gedanken, der nicht zum Föderalismus auswachsen darf, das möchte ich besonders betonen, vertreten. Gerade jetzt beginnen im Westen die Zonengrenzen zu schmelzen. Es wäre zu wünschen, daß alle vier Besatzungsmächte schon jetzt auf eine gemeinschaftliche Linie kämen, die wir für unsere kommende Arbeit brauchen. Die Zonen und Länder sind kein Endstadium. Wir sind später durchaus frei, die Dinge zu korrigieren und diese Bausteine so aus und abzuwägen, wie sie benötigt werden. Kein Zweifel, daß Nordrhein-Westfalen störend wirkt. Bei diesen Dingen sind wir jedoch nur Objekt, wie Herr Oberpräsident gesagt hat, und nicht Subjekt. Wir sind nicht unabhängig, sondern gezwungen zu arbeiten oder abseits zu stehen. Noch ist das Stadium da, wo wir Positives leisten können. Es kann eine Zeit kommen, daß wir sagen (die politischen Parteien) „hier machen wir nicht mehr mit, hier ist die Gefahr der Verantwortung zu groß."

Wir lernen alle noch, einer von dem andern, in dem Willen den rechten Weg zu finden, der unserem Vaterland dient. Zu der Benennung von Personen zu dem Ausschuß darf ich noch verweisen, daß nicht nur Herr *Adenauer*, sondern auch Herr *Lehr* sich dort äußern können. Es muß ein ausgewogenes Spiel der Kräfte sein. Die CDU wird am stärksten dort sein.

OBERPRÄSIDENT: Vorschlag, daß beide Herren dorthin gehen sollen mit dem Recht sich gegenseitig zu vertreten (Zusatz von Herrn *Pünder*: ohne Vorrang). Oberpräsident läßt durch Herrn ORR Dr. *Schröder* die bisherige Zusammensetzung des Ausschusses vorlesen.[25]

PAUL: Ich zweifle nicht daran, daß Sie den guten Willen haben, alles zu tun, um die Einheit Deutschlands zu wahren. Wenn wir aber offene Augen haben, dann sehen wir solche Bestrebungen nicht im Saargebiet, im Norden unseres Landes, in Bayern. Dort ist eine Verfassung entwickelt worden, die kein Wort vom Reich spricht. Da geben sich Kräfte her, die Deutschland zerstören. Wenn dieses Land geschaffen wird, ist die Frage nicht die politische Demokratie, sondern das wirtschaftliche Übergewicht der alten Kräfte ist so gewaltig, daß sie die demokratische Entwicklung erdrücken würden. Herr *Görlinger*, man kann das eine nicht vom anderen trennen. Wir werden in einen Zustand kommen, der vielleicht mit dem Jahr 1918 zu vergleichen ist, und vielleicht wird dann noch einmal das deutsche Volk zur Schlachtbank geführt, nur für eine absinkende Klasse. Des Volkes Willen ist oberstes Gesetz. Gewiß sind wir in der Hand der Sieger. Ich halte es für abwegig über Dinge zu verhandeln, die nicht in unserem Zuständigkeitsbereich liegen.

Aber wenn von einzelnen gesagt wird, es gibt keine Debatte darüber, wir müssen. Unseren Willen auszusprechen ist unsere Pflicht. Ich kann Ihnen sagen, daß in Westfalen sehr starke Strömungen dagegen sind. Das entspringt nicht aus der [...][26] Entwicklung,

25 Vgl. Anm. 10, 11.

26 Lücke in der Vorlage.

sondern aus der Gefahr, daß das Rheinland sie erdrücken würde. Die gute Zusammenarbeit auf neuem Boden wird nicht kommen. Aber wir werden trotzdem für die Interessen unseres Volkes eintreten.

OBERPRÄSIDENT: Ich will abschließend betonen: Sie wissen, daß separatistische Kräfte in der Nord-Rheinprovinz keinen Boden haben. Die Abwehr aller solcher Bestrebungen wird im wesentlichen verhindert. Dafür bürgt die Bevölkerung, die nach dem ersten und nach dem letzten Weltkrieg solche Bestrebungen nicht aufkommen ließ.

Ich bin nicht in der Lage, den Provinzialrat von Westfalen einzuberufen, wie Herr *Amelunxen* es auch nicht kann, den rheinischen Provinzialrat nach Westfalen einzuladen. Wir müssen abwarten, welche Nachrichten von der Militärregierung kommen. Sowie ich diese in Händen habe, werde ich Sie zusammenrufen und zu dem Entschluß kommen, was der Provinzialrat oder Provinziallandtag wünscht.[27]

Der Ausschuß ist sich einig geworden, daß ohne Priorität Herr *Arnold* für Länderreform und Herr *Görlinger* für Verfassungsreform in Hamburg eintritt.

PAUL: Ich bin der Auffassung, daß durch die Vertretung der Länder die CDU sehr stark vertreten ist. Wir wünschen, daß auch ein kommunistischer Vertreter genannt wird. Sonst würden nur einseitige Wünsche beachtet. Wir sind nicht ganz mit Ihrer Auffassung einig.

DR. WANDERSLEB: O nein, die SPD und KPD zusammen haben ein entscheidendes Übergewicht.

OBERPRÄSIDENT: schlägt Abstimmung vor, ob Vorschlag drei oder zwei Vertreter angenommen wird. Mehrheit auf zwei Vertreter.

[...][28]

27 Weitere Sitzungen des Hauptausschusses oder des Plenums des nordrheinischen Provinzialrats fanden nicht statt.

28 Kurze Besprechung verschiedener Probleme von untergeordneter Bedeutung.

200.

24. 7. 1946: Rede des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer, vor dem Landesvorstand in Köln[1] (Auszüge)

HStA Düsseldorf, RWV 26–14. Durchschlag.

[...][2]

Was die Gliederung der britische Zone angeht, so wissen Sie, daß von Anfang an ausgenommen war die Nord-Rheinprovinz und Westfalen. Es ist ein Sonderausschuß eingesetzt worden, der bis zum 30. September entsprechende Vorschläge über die Gestaltung

1 Vgl. auch das Referat *Adenauers* auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 1. 8. 1946 (Nr. 205).

2 Leitlinie für den kommenden Wahlkampf; Frage der Parteidisziplin.

der britischen Zone und über die Verfassung der zu bildenden Länder der britischen Kontrollkommission machen soll.[3] Der Entschluß, Nordrhein und Westfalen zu einem Land zusammenzufassen, ist von der britischen Militärkommission im unmittelbaren Anschluß an die Pariser Konferenz und im Hinblick auf deren Ergebnisse gefaßt worden ohne jedes Zutun von uns. Weite Kreise der Provinz Westfalen haben unter Führung des Oberpräsidenten *Amelunxen* – insbesondere hat das, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, der dortige Provinzialrat getan – vorher schon einen Beschluß gefaßt, in der die Selbständigkeit von Westfalen gefordert wird. Ich halte den Beschluß für gut;[4] ich halte es für richtig, daß die Nord-Rheinprovinz und Westfalen zu einem Lande vereint werden, von allem anderen abgesehen aus dem jedem von Ihnen einleuchtenden Grund, daß es aus politischen Gesichtspunkten heraus notwendig erscheint, die Nord-Rheinprovinz möglichst weit nach Osten hin zu verklammern und zu verankern. Ich brauche darüber kein weiteres Wort zu sagen. Ich meine, dieser Gesichtspunkt genügt, und diesem Gesichtspunkt muß sich alles Weitere unterordnen.

Soweit ich im Bilde bin, wird das Land Nordrhein-Westfalen erst mit den anderen Ländern ins Leben treten, die in der britischen Zone gebildet werden. Also wird es Ende des Jahres darüber werden.[5] Die Länder werden dann zuerst ernannten Ministerpräsidenten unterstellt, und es werden dann etwa drei bis vier Monate danach allgemeine Wahlen stattfinden und dann Regierungen gebildet werden auf Grund der allgemeinen Wahlen. Dann würden wir mit diesen allgemeinen Wahlen erst zu rechnen haben im März bis Juni, Juli des nächsten Jahres.[6] Das ist eine sehr lange Zeit, und um so mehr erscheint es nach meiner Meinung nötig, daß wir schon vorher darauf drängen, daß allgemeine Wahlen stattfinden.[7] Ich sehe z.B. gar nicht ein, warum nicht der Provinziallandtag der Nordrhein-Provinz und der Provinziallandtag der Provinz Westfalen sich über gewisse Fragen, die noch zu lösen sind, äußern sollen, z.B. warum man das so machen soll, daß einfach den Leuten das aufgezwängt wird. Eins müssen wir in diesem Augenblick verlangen, wo feststeht, daß das Land Nordrhein-Westfalen gebildet wird – und ich hoffe, daß Sie dem zustimmen –, daß wir einen entsprechenden Beschluß veröffentlichen, und zwar das Verlangen, daß die Süd-Rheinprovinz wieder zu uns kommt. Die Bezirke Koblenz und Trier sind kulturell, traditionell, wirtschaftlich, menschlich so fest mit uns verbunden, daß wir unter allen Umständen in diesem Augenblick erklären müssen: wir erblicken mit der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht die Entwicklung als abgeschlossen, sondern wir müssen darauf bestehen, daß die Süd-Rheinprovinz wieder hinzukommt. Zu der Frage der Zonengrenzen brauchen wir dabei keine Stellung zu nehmen, das wäre im Augenblick inopportun, aber das Verlangen müssen wir laut und öffentlich erheben.

[...][8]

3 Vgl. Nr. 147 mit Anm. 1, 2.

4 Sinngemäß müßte eigentlich stehen: „Ich halte den Beschluß nicht für gut."

5 Am 23. 8. 1946 wurde das Land Nordrhein-Westfalen mit der britischen Verordnung Nr. 46 offiziell ins Leben gerufen; Druck der Verordnung Nr. 46: H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 27; K.-J. RUHL, 1982, Nr. 62.

6 Die ersten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen fanden am 20. 4. 1947 statt.

7 Einen entsprechenden Antrag hatte *Adenauer* bereits am 10./11. 7. 1946 im Zonenbeirat eingebracht (AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 598–606).

8 Entlassung des Abteilungsleiters Landwirtschaft der Provinzialregierung, *Müller*; Lage der Landwirtschaft; Flüchtlingsproblem.

Die außenpolitische Situation ist durch die Pariser Konferenz wenigstens zunächst etwas ungeklärt, was Deutschland angeht, wie Sie wissen, ein vollkommener Mißerfolg. Rußland hat auf einmal auf seine Fahne geschrieben das Wort: nationale Einheit Deutschlands.[9] Es verschweigt natürlich dabei, daß es mit Polen einen Vertrag geschlossen hat, in dem sich Polen und Rußland gegenseitig versprechen, ihre von ihnen verlangten Westgrenzen durchzusetzen. Es verschweigt natürlich dabei, daß in der russischen Zone nach wie vor alles weiter abtransportiert und demontiert wird. Es verschweigt dabei, daß Rußland in der interalliierten Militär-Kommission für eine Stahlquote für uns eingetreten ist von sage und schreibe 1 1/2 Millionen Tonnen, um hier Arbeitslosigkeit und Verzweiflung in vollem Maße einziehen zu lassen. Das verschweigt Rußland!

Aber der Deutsche verfällt nur zu leicht dem Zauber, wie soll ich es nennen, der Werbung durch das Wort „national" und „nationale Einheit". Daher ist die Gefahr, die durch diese neueste Wendung in der russischen Haltung nach außen hin entsteht, nicht zu gering zu schätzen. Nehmen Sie hinzu die Verzweiflung, die bei zahlreichen unserer früheren aktiven Offiziere hier weiter entstanden ist, dadurch daß sie von allen Berufen ausgesperrt werden. Nehmen Sie das alles in allem, dann ist für einen Nationalbolschewismus in ganz Deutschland das Feld nur zu sehr bereit. Wenn die anderen Alliierten, USA, Britannien und Frankreich, nicht eine vollkommene Abkehr ihrer bisherigen Politik vornehmen, wenn sie nicht jetzt mit Mut und Entschlossenheit dahingehen, wenigstens in ihrer Zone wirtschaftliches Leben entstehen zu lassen, uns wieder an die Arbeit zu lassen, uns wieder aufbauen zu lassen, uns wieder ein Ziel zu geben, uns eine Hoffnung zu geben, – wenn sie das nicht tun, wenn sie in ihrer bisherigen Lethargie verbleiben, dann weiß ich nicht, ob die russische Saat nicht doch eines Tages auch bei uns aufgeht.

Die französische Politik steht ja vor einer vollkommenen Wende. Sie hatte sich absolut auf Rußland verlassen. Denken Sie noch daran, daß Rußland bis vor wenigen Wochen verlangt hatte: die Internationalisierung des Ruhrgebietes, und daß es jetzt nach wenigen Wochen – ich glaube, Stalin selbst hat es erklärt – plötzlich heißt: nein, Einheit Deutschlands. Sie ersehen daraus im vollen Umfang, wie konsterniert die französische Politik zur Zeit sein muß. Sie muß sich auffangen, sie muß sich vollkommen umstellen, und sie muß auch im eigenen Interesse nach meiner Überzeugung sich anpassen den Überlegungen und Erwägungen der amerikanischen und britischen Regierung. Denn eine Russifizierung auch unseres Gebietes bedeutet natürlich auch den vollkommenen Untergang Frankreichs. Wie es nun werden wird, wer weiß es. Die Tatsache, daß England sofort nach der Beendigung der Pariser Konferenz der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, daß dieses Land Nordrhein-Westfalen gebildet werde, ist ein Entschluß, der, wie ich Ihnen eben sagte, eine sehr starke außenpolitische Tendenz hat. Die Schnelligkeit dieses Entschlusses läßt vielleicht darauf schließen, daß England nach langen, langen Erwägungen und Überlegungen doch jetzt endlich zur Tat schreitet und den Weg beschreitet, den ich eben kurz skizziert habe.

[...][10]

9 Vgl. Nr. 167, Anm. 7.

10 Kurze Ausführungen zum Stand der Parteiorganisation.

201.

25. 7. 1946: Entschließung der Delegiertentagung der CDU-Westfalen in Werl[1]

StA Münster, Oberpräsidium 4869.[2] Vervielf. Exemplar.

Zum Zusammenschluß der beiden bisherigen Provinzen Nordrheinprovinz und Westfalen zum neuen Land „Nordrhein-Westfalen" gibt die Delegiertentagung der westfälischen CDU in Werl der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Zusammenschluß der beiden Schwesterprovinzen, die schon bisher durch starke wirtschaftliche und kulturelle Gemeinsamkeiten verbunden waren, dem deutschen Vaterlande und der Bevölkerung von Westfalen und Rheinland zum Segen gereichen möge. Möge er dazu beitragen, das Volk aus dem furchtbaren Elend und dem namenlosen Unglück, in das das Hitlerregime uns gestürzt hat, in unermüdlicher angestrengtester Arbeit wieder herauszuführen.

Innerhalb des neuen Landes „Rhein-Westfalen" gebühren den Westfalen wie den Rheinländern gleiche Rechte und gleiche Berücksichtigung ihrer Interessen. In diesem Sinne verlangt die Delegiertentagung für Westfalen die Aufrechterhaltung derjenigen provinziellen Einrichtungen die dem gesamtwestfälischen Interesse gedient haben, insbesondere des Provinziallandtages und der provinziellen Selbstverwaltung.[3] Das neue Land darf nicht zentralistisch regiert werden. Westfalen will auch im neuen Lande Westfalen bleiben, ohne daß dadurch der Zusammenhang und der Zusammenhalt des neuen Landes beeinträchtigt werden soll. Gerade die Wahrung der provinziellen westfälischen und rheinischen Interessen durch besondere provinzielle Einrichtungen, die sich seit über hundert Jahren des Vertrauens der Bevölkerung erfreuen, wird es ermöglichen, daß die Bevölkerung sich um so schneller in das neue Land einlebt und in ihm wohlfühlt. Wir warnen vor einem so großen Zentralismus, der auch in keiner Weise den Forderungen einer gesunden Demokratie Rechnung trägt. Überspannter Zentralismus würde das Zusammenleben im neuen Lande nicht erleichtern und stärken, sondern erschweren, wenn nicht sprengen.

1 Nach einem Vermerk *Zuhorns* vom 27. 7. 1946 wurde die Entschließung von *Holzapfel* und ihm formuliert (Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21).

2 Druck: H. NAUNIN: Dokumente, Nr. 44; weitere Exemplare: BA Koblenz, NL Pünder 660; Bundestag ParlA, 1–147; Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 149; Archiv des LWL, II K 228; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.

3 Vgl. hierzu Nr. 196, Anm. 9.

202.

26. 7. 1946: Entwurf einer Satzung über die Organisation des Verwaltungsaufbaus des Staates Nordrhein-Westfalen durch den Vorstand der Zentrumspartei Westfalen (Münster)

Archiv des LWL, II K 228.[1] Durchschlag. Eingangsstempel der Provinzialverwaltung vom 29. 7. 1946. Paraphe Salzmanns.

I. Spitze: Ministerpräsident mit politischem Kabinett. Ministerpräsident ist zugleich Staatspräsident. Kabinett hat rein politische Aufgaben und kontrolliert die Verwaltung,

1 Weitere Exemplare: HStA Düsseldorf, RWN 48–79; Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; BA Koblenz, NL Brockmann 47; ACDP, I-293–001/4.

verwaltet aber nicht selbst. Die Minister unterstehen der politischen Kontrolle des Landtages und bedürfen seines Vertrauens.

II. Darunter unpolitische Verwaltungen selbständig und getrennt für zwei Provinzen Nordrhein und Westfalen.[2] Rein unpolitisch. An der Spitze ein leitender Oberregierungsdirektor (Landeshauptmann). Unter ihm Regierungsdirektoren (Landesräte) für jedes Generalreferat, das genau dem Ministerium entspricht. Die Landesräte haben die Anweisungen ihres zuständigen Ministers auszuführen und werden von diesen kontrolliert. Die Provinzialverwaltung soll auf dieser Ebene der Provinz genau entsprechend dem Stande der Landkreise und der Stadt zwischen dem politischen Minister und dem unpolitischen Oberregierungsdirektor (Landesrat) aufgeteilt werden, wie es beim Oberbürgermeister (Oberstadtdirektor) und Landrat (Oberkreisdirektor) der Fall ist. Neben (unter) jedem Minister stehen also 2 Generalreferenten = Oberregierungsdirektoren (Landesräte).

III. Die Regierungspräsidenten erscheinen eventuell auf die Dauer entbehrlich und können langsam abgebaut werden, soweit sie nicht als Außenstelle der Provinzialverwaltung einem etwaigen Bedürfnis entsprechend fortgeführt werden sollen. Als Instanz überflüssig.[3] Eventuell können sie vorläufig mit dem alten Aufgabenbereich belassen werden.

Im Interesse der volksnahen Verwaltung erscheint es durchaus richtiger, das Oberpräsidium (Landesverwaltung) direkt über Stadt- und Landkreise als Beschwerdeinstanz entscheiden zu lassen.

IV. Landräte und Oberbürgermeister wie bisher.

V. Allgemein. In jeder Stufe ist darauf zu achten, daß möglich viel an Zuständigkeiten nach unten verlegt wird bzw. unten bleibt. Das gilt bei den Gemeinden und Ämtern, den Stadt- und Landkreisen und dem entspricht es, daß die Provinz auch ihre Selbständigkeit in der Verwaltung gegenüber dem Land bekommt.

Die verwaltungsmäßige Trennung des Landes erscheint schon deswegen zweckmäßig, weil die Vergangenheit erhebliche Rechtsunterschiede zwischen den linksrheinischen und überhaupt rheinischen Gebieten und Westfalen hat, so daß es nicht zweckmäßig ist, alles in einen Topf zu werfen. Außerdem entspricht es dem Wunsch nach Dezentralisation und stammesmäßiger Selbständigkeit, im Rahmen dieses Staates jeder Provinz ihre eigene Verwaltung zu erhalten.

Im Benehmen mit dem Vorstand
der Rheinischen Zentrumspartei
Reismann
1. Vorsitzender der
Westfälischen Zentrumspartei

2 In einem Schreiben an *Wandersleb* äußerte sich *Lehr* am 1. 8. 1946 kritisch zu diesem Vorschlag des Zentrums: „Je stärker man die Verwaltungen rein gebietsmäßig aufteilt, desto mehr gefährdet man den eigentlichen Zweck. Weder wirtschaftlich, noch politisch wird der Ministerpräsident etwas durchgreifendes erreichen können, wenn er immer mit zwei selbständigen und getrennten Verwaltungen, mit einem leitenden Oberregierungsdirektor (Landeshauptmann), rechnen muß und wenn jeder Minister zwei Generalreferenten = Oberregierungsdirektoren als Exekutivorgane unter sich hat." (Stadtarchiv Bonn, Slg. Wandersleb 218).

3 Zu gegenteiligen Auffassungen innerhalb des Zentrums vgl. Nr. 206.

203.

28. 7. 1946: Ansprache des Kölner Oberbürgermeisters Pünder auf einer Kundgebung der CDU in Münster (Auszug)[1]

StA Münster, Oberpräsidium 4869.[2] Vervielf. Exemplar.[3]

Sie erwarten nunmehr im Anschluß an diese meine Ausführungen zu den deutschen Schicksalsfragen mit Recht von mir auch einige Ausführungen über das von der britischen Militärregierung soeben gebildete neue Land Rheinland-Westfalen. Ich bin hierzu gern bereit, muß allerdings gleich betonen, daß ich vorerst nur für mich persönlich sprechen kann, mich hierbei allerdings der Zustimmung prominenter Mitglieder und Führer unserer Union gewiß weiß.[4] Ich erkläre in aller Freimut, daß ich mich schon seit Monaten für die Schaffung dieses Landes eingesetzt habe, und zwar unbekümmert darum, daß beachtliche deutsche Dienststellen und Parteigruppen dieser meiner Einstellung kritisch gegenüber standen. Ich bin für diese Lösung eingetreten aus wirtschaftlichen, kulturellen und namentlich auch außenpolitischen Gründen. Für jeden Einsichtigen ist die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Rheinland und Westfalen längst bekannt. Das so heiß umstrittene Industriegebiet ist sowohl ein Teil Westfalens wie auch des Rheinlandes. Uralt sind die kulturellen Verbindungen dieser beiden westlichen deutschen Stämme. Das Erzstift Köln des heiligen römischen Reiches deutscher Nation gebot durch Jahrhunderte in diesen beiden Landschaften. Außenpolitisch ist heute eine enge Verbindung zwischen den beiden Westprovinzen eine gebieterische Notwendigkeit; denn die Klammer vom linken Rheinufer hinüber nach den weiten deutschen Gebieten östlich des Rheines kann angesichts der außenpolitichen Lage nicht kräftig genug sein. Daß damit der Schwerpunkt des deutschen politischen Lebens in Zukunft vielleicht etwas mehr nach dem Westen verlagert wird, wollen wir zugeben, aber warum auch nicht? Die Wiege unseres deutschen Reiches hat einst im Westen unseres Vaterlandes gestanden und niemand, wo er auch immer in Deutschland wohne, hat das Recht, dieser etwaigen Rückentwicklung in den Arm zu fallen. Der Einwand, daß damit im Westen Deutschlands ein neues „Preußen" entstünde, ist durchaus töricht. Der künftigen Gliederung unseres deutschen Reiches ist weder mit Winkelmesser, noch mit Rechenschieber, noch mit Wahlgeometrie beizukommen.

An eine Voraussetzung habe ich meine Vorschläge allerdings von Anbeginn an geknüpft, nämlich an die Wiederherstellung der Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage vor allem auch in der Provinzialinstanz.[5] Es liegt mir völlig fern, irgendwelche Vorwürfe gegen die Maßnahmen in dem hinter uns liegenden ersten Wiederaufbaujahr zu erheben. Im Gegenteil müssen wir dankbar sein, daß sich, vor allem hier in Münster, beherzte Männer gefunden haben, um den durch *Hitlers* Wahnsinnspolitik in den Abgrund gerissenen deutschen Schicksalswagen ganz langsam wieder etwas aufwärts zu schieben. Diese Einstellung bedeutet auf der anderen Seite aber nicht, daß wir für die Zukunft alles

1 Die Rede wurde von *Pünder* in Form des vorliegenden Auszugs verbreitet.

2 Weitere Exemplare: HStA Düsseldorf, RWN 58–2; BA Koblenz, NL Pünder 8; ACDP, I-182–013/05; Bundestag ParlA, 1–147.

3 Hier vorliegend Abdruck für Oberregierungsrat *Barbrock*.

4 Vgl. die Ausführungen *Adenauers* vom 24. 7. 1946 (Nr. 200).

5 Vgl. hierzu das Schreiben *Pünders* an die CCG/BE vom 24. 7. 1946 (siehe Nr. 199, Anm. 15).

richtig finden, was in diesem ersten Wiederaufbaujahr an organisatorischem Staatsaufbau geschaffen worden ist. Jedenfalls dürften nach meiner Meinung die monströsen Gebilde der beiden Provinzialregierungen in Münster und Düsseldorf nunmehr in einem noch größeren Wasserkopf in Düsseldorf unter keinen Umständen ihre schreckliche Krönung finden! Gerade umgekehrt muß auf der Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung neues kommunales Leben in wieder zu errichtenden Provinzialverwaltungen in Rheinland und Westfalen entstehen. So sehe ich im Geiste auch für unser altes und einst so herrliches Münster eine blühende Entwicklung bedeutender Verwaltungsarbeit auf provinzieller Grundlage vor mir. Wie in der Vor-Hitlerzeit muß hier wieder ein westfälischer Provinziallandtag tagen und eine kraftvolle Provinzialverwaltung unter einem westfälischen Landeshauptmann müssen hier in Münster arbeiten. Ihre Zuständigkeit muß mindestens so groß sein wie die auf Grund der bewährten *Stein-Hardenbergschen* Reformen.

Niemand braucht zu besorgen, daß damit für die künftige Landesregierung in Düsseldorf nichts mehr zu tun übrig bliebe. Sie wird allerdings nach meiner Auffassung in ihrem Endstadium nicht übergroß sein dürfen, aber gerade darin wird ihre Stärke und absolut notwendige Schlagkraft liegen. Niemand komme mit dem Einwand, daß die Entwicklung der neuen Zoneninstanzen diesen Plan unmöglich mache. Wo ein Wille ist, da ist nach alter Erfahrung auch ein Weg! Jedenfalls habe ich auf Grund meiner nun auch schon recht langen praktischen Arbeit die Erfahrung gemacht, daß die britische Militärregierung berechtigten deutschen Vorschlägen und Wünschen durchaus zugänglich ist, da auch ihr, wie ich immer wieder mit Befriedigung feststelle, an einer Wiedererstarkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in der britischen Zone durchaus gelegen ist.

Auch ein Regierungspräsident muß hierher nach Münster zurückkehren.[6] Seine Zuständigkeit denke ich mir allerdings etwas anders als bisher. So wie früher der preußische Oberpräsident – ehe man, vielleicht der Not gehorchend, zu der Bildung des gegenwärtigen Wasserkopfes geschritten war – im wesentlichen der Staatskommissar des Berliner Preußischen Staatsministeriums in der Provinz war, so denke ich mir künftig die drei westfälischen und die drei rheinischen Regierungspräsidenten als eine Art Staatskommissar der Landesregierung Düsseldorf in ihren sechs Regierungsbezirken.[7]

Wenn so das neue Land Rheinland-Westfalen aufgebaut wird, werden die Landschaften nicht verkümmern, und wird vor allem auch unser liebes Münster Provinzialhauptstadt mit einem blühenden kommunalpolitischen Leben bleiben, und zwar in weit höherem Umfang, als es im vergangenen Jahr mit der Referentenarbeit im stillen Kämmerlein einer riesenhaften Provinzialregierung gewesen war. Genau so sehe ich die Entwicklung am Rhein, wobei selbstredend noch genau zu prüfen sein wird, wo diese neue rheinische Provinzialverwaltung aufzubauen sein wird. Denn in Düsseldorf, von wo jetzt eben schon auf Befehl der Militärregierung der Regierungspräsident nach Wuppertal umzieht, wird kein Platz für die rheinische Provinzialverwaltung sein.

Nicht abschließen kann ich diese meine Ausführungen, ohne der rheinischen Gebiete um Koblenz und Trier zu gedenken. Auch sie gehören zum deutschen Rheinland und wir dürfen und werden nicht ruhen und rasten, bis die nur zufällige Zonengrenze zwischen

6 Das Regierungspräsidium Münster befand sich zu dieser Zeit noch in Warendorf.

7 Vgl. besonders Nr. 196, Punkte 3 und 4.

Nord- und Mittelrhein gefallen und Koblenz und Trier wieder zu uns gehören. Mit freudiger Befriedigung dürfen wir feststellen, daß diese Auffassung von unseren dortigen Parteifreunden der Union in vollem Umfang geteilt wird.

204.

1. 8. 1946: Vermerk von Landesrat Naunin für Landeshauptmann Salzmann

Archiv des LWL, II K 228.[1] Paraphe Salzmanns.

Ich mache auf den Artikel *Schumachers* in der letzten Nr. der „Welt" aufmerksam.[2]

1. Er fordert:
a) Einteilung der britischen Zone in 2 Großländer[3] nämlich 1. Nordrhein-Westfalen, 2. Rest (gleich Niedersachsen?),
b) Unterteilung der Länder in Landschaften als Zwischeninstanz zwischen Land und Kreis,
c) Bildung der Landschaften unter Absehen von allen historischen und dynastischen Belastungen,
d) Gleiche Zuständigkeiten für alle Landschaften. Die Länder sollen regieren, die Landschaften verwalten. Die bisherige Selbstverwaltung gehört auch zu der landschaftlichen Verwaltung. „Über die Ausübung der Funktionen der früheren Selbstverwaltung läßt sich streiten".
e) Eine Landschaft soll das Ruhrgebiet bilden.[4]

2. Minden-Ravensberg wird als westfälisches Gebiet anerkannt. Es soll nicht abgetrennt werden, damit nicht eine konfessionelle Grenze entsteht.

3. Es gibt dann eine Aufteilung des Landes etwa wie folgt:
a) Ruhrgebiet, wahrscheinlich größer als Ruhrsiedlungsverband nämlich einschließlich Mark, Hauptgebiete der Talsperren, Regierungsbezirk Düsseldorf.
b) eine Nordprovinz aus dem nördlichen Münsterland und Minden-Ravensberg,
c) eine Südprovinz aus den Regierungsbezirken Aachen – Köln, südliches Sauerland.

4. Gegen derartige Pläne hilft nur der Gesichtspunkt, daß
a) die Wirtschaft für die räumliche Einteilung nicht allein ausschlaggebend sein kann,
b) die Einteilung nach der stammesmäßigen Zusammengehörigkeit erfolgen muß.

Naunin

1 Abschrift: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 12.

2 „Die Welt" vom 30. 7. 1946; Druck des Artikels in Auszügen: H. NAUNIN: Dokumente, 1961, Nr. 33; vgl. H. NAUNIN: Landschaftsverbandsordnung, 1960, S. 135.

3 Vgl. hierzu Nr. 193.

4 Gegen die Idee einer „Landschaft" Ruhrgebiet wandte sich *Henßler* in einem Schreiben an *Schumacher* vom 27. 7. 1946 (AdsD, NL Schumacher J 0).

205.

1. 8. 1946: Eröffnungsreferat des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und CDU-Rheinland, Adenauer, anläßlich der Tagung des Zonenausschusses der CDU in Neuenkirchen (Auszug)

BA Koblenz, NL Holzapfel 261.[1] Durchschlag. Unterschrift Holzapfels und Vermerk: „5. Tagung".

[...][2]

Die Gliederung der Zone interessiert Sie natürlich sehr, weil jetzt das neue Land Nordrhein-Westfalen geschaffen worden ist. Hierzu einige Worte. Am Montag vor 14 Tagen[3] wurde ich nach Berlin bestellt zu dem Generalleutnant *Robertson*.[4] Außer mir war noch da Herr *Schumacher* von deutscher Seite. Herr *Löns* war auch mit da, ebenfalls hatte Herr *Schumacher* einen Begleiter. Andere Parteien waren nicht vertreten. Außerdem waren noch anwesend Herr *Kaiser* und Herr *Katzenberger* aus Berlin. Es wurde uns dort von General *Robertson* erklärt, daß die britische Regierung sich entschlossen habe, das Land Nordrhein-Westfalen zu schaffen. General *Robertson* – die Verhandlungen waren vertraulich – gab einen ziemlich ausführlichen Bericht über den Verlauf der Pariser Konferenz, machte auch sonst noch einige Ausführungen, die vertraulich zu behandeln sind. Man hatte aus dem Ganzen den Eindruck, daß die Schaffung dieses Landes Nordrhein-Westfalen aus außenpolitischen Gründen erfolgt ist; daß man erst das Versagen der Pariser Konferenz bei der Behandlung der deutschen Frage abwarten wollte, um in unmittelbarem Anschluß daran zur Lösung dieses Entschlusses zu schreiten.[5] Das erhellt ganz klar auch aus folgendem: ich war eine Woche früher schon gebeten worden, mich drei Tage zum Flug nach Berlin bereit zu halten, weil eine Besprechung mit General *Robertson* sofort nach Abschluß der Pariser Konferenz stattfinden sollte. Die Pariser Konferenz hat dann wider Erwarten eine Woche länger gedauert, und infolgedessen wurde dieser Flug auch um eine Woche verschoben. Es wurde dann von General *Robertson* gefragt, wie wir zur Schaffung dieses Landes Nordrhein-Westfalen stünden. Ich habe erklärt, daß ich mit diesem Land durchaus einverstanden sei, daß es seit jeher meiner Anschauung entsprochen habe, daß man die Rheinprovinz möglichst weit nach Osten verklammern müsse. Herr *Schumacher* fragte, ob irgend eine Änderung des Beschlusses noch in Frage komme. Er erhielt die Antwort: nein, der Beschluß steht fest. Er begnügte sich dann damit zu erklären, daß er und seine Partei gegen die Schaffung dieses Landes seien. Warum, hat er nicht weiter ausgeführt, aber die Gründe liegen ziemlich klar zutage. Dieses Land Nordrhein-Westfalen ist ein Land in den drei westlichen Zonen, das die größte Einwohnerzahl haben wird und dazu ein sehr großes wirtschaftliches Schwergewicht, in dem auch aller Wahrscheinlichkeit nach die CDU die Mehrheit haben wird. Diese letztere Tatsache hat offenbar Herrn *Schumacher* und seine Parteifreunde dazu bewogen, die nationalen Gesichtspunkte, die hier in erster Linie meines Erachtens maßgebend sein müssen, zurückzustellen und die parteipolitischen Gesichtspunkte an die erste Stelle zu rücken.

Was die Frage des Ministerpräsidenten dieses neuen Landes angeht, so kann ich Ihnen folgendes darüber sagen: die Engländer hielten es für richtig, daß der erste Ministerpräsident ein Westfale sei, und zwar glaubten sie, das sei deswegen nötig, weil Düsseldorf Sitz der Landesregierung werde und weil man vielleicht das Bedauern hierüber etwas mildern könne dadurch, daß man den Mini-

1 Druck (als Teil des Protokolls der Tagung des Zonenausschusses am 1./2. 8. 1946): H. PÜTZ, 1975, Nr. 8.

2 Ausführungen zur Versorgungslage.

3 15. 7. 1946.

4 Vgl. zum Folgenden auch: K. ADENAUER, 1965, S. 98f.

5 Zur Pariser Konferenz vgl. Nr. 167, Anm. 7.

sterpräsidenten aus Westfalen nehme.[6] Sie waren weiter der Ansicht, daß es richtig sei, zuerst gewissermaßen einen geschäftsführenden Ministerpräsidenten zu nehmen, der bis zu den Wahlen des Landtages tätig sein solle und parteipolitisch nicht abgestempelt sei. Das sind wohl die Gründe, warum die Wahl auf Herrn *Amelunxen* gefallen ist. Ich will Sie hier, da Sie ja zum Teil nicht aus Nordrhein-Westfalen stammen, nicht mit Einzelheiten aufhalten über Verhandlungen, die in der Zwischenzeit Herr *Gronowski* und ich mit Herrn *Amelunxen* gehabt haben, man kann das ja außerhalb der Tagesordnung, wenn es nötig ist, tun, aber ich möchte doch ausdrücklich feststellen gegenüber den anderslautenden Zeitungsnachrichten, daß Herr *Amelunxen* in keiner Weise der CDU auch nur irgendwie nahesteht. Unsere westfälischen Parteifreunde sind der Auffassung, daß, wenn das Zentrum in Westfalen in einzelnen Gegenden eine gewisse Bedeutung hat, dies auf Herrn *Amelunxen* zurückzuführen sei, der aus der Zentrumspartei führende Leute auf leitende Stellen innerhalb seiner Provinzialverwaltung gestellt habe. Ich habe weiter den Eindruck aus zwei sehr langen Gesprächen, die ich mit Herrn *Amelunxen* gehabt habe, und aus den Mitteilungen westfälischer Parteifreunde, daß Herr *Amelunxen* sich noch durch zwei weitere Eigenschaften auszeichnet: 1) er ist den Engländern außerordentlich dankbar für alles, was sie tun; 2) er steht der SPD innerlich, menschlich und auch in seinen Ansichten ganz außerordentlich nahe, so daß, wenn ich ihn charakterisieren sollte, ich nicht wüßte, ob ich sagen sollte, er steht dem Zentrum näher oder der SPD. Er scheint zwischen beiden zu stehen. Wir werden mit Herrn *Amelunxen* keinen leichten Stand haben, und wir müssen sehr klar zu erkennen geben, daß Herr *Amelunxen* eben nicht unser Mann ist, und daß wir – vorausgesetzt, daß wir eine entsprechende Anzahl von Ministerposten bekommen, und weiter vorausgesetzt, daß auf einen Ministerposten, den wir nicht bekommen, nicht die Leute hingestellt werden, die für uns untragbar sind – verpflichtet sind mitzuarbeiten im Interesse der Bevölkerung. Ich habe bei der ersten Gelegenheit einer öffentlichen Rede nach den Beschlüssen der Engländer, das Land Nordrhein-Westfalen zu schaffen, erklärt, daß zu diesem Land die Süd-Rheinprovinz unbedingt hinzugehöre und daß wir unter keinen Umständen davon Abstand nehmen könnten.[7] Ich habe weiter die Gelegenheit benützt, in der Öffentlichkeit doch, wenn auch noch mit einer gewissen Reserve, einzutreten für die Ansichten unserer Parteifreunde in der französischen Zone auf Schaffung eines westdeutschen Landes, bestehend aus Westfalen, Rheinprovinz, Rheinhessen, Rheinpfalz und Teilen von Hessen-Nassau.[8] Zwei Gründe waren für mich dabei maßgebend: einmal glaube ich, daß lediglich in der Schaffung eines solchen Landes, natürlich als Bundesstaat in Deutschland, noch die Möglichkeit gegeben ist, das Saargebiet für Deutschland zu retten. Sie werden in der Zeitung gelesen haben, daß die Saar-Region[9] erheblich vergrößert worden ist. Das Gebiet, das der Saar-Regierung unterstellt ist, geht jetzt bis unmittelbar an die Stadtgrenze von Trier. Zunächst braucht diese Maßnahme noch nicht viel auf sich zu haben; sie könnte – und es wird so dargestellt – sein eine Verschiebung der Zuständigkeiten innerhalb der verschiedenen Militär-Gouverneursbezirke: Rheinhessen-Nassau – Saargebiet. Aber immerhin, mit dieser Maßnahme ist ein nicht unbeträchtliches Stück Land aus dem Gebiet der Süd-Rheinprovinz ausgeschieden und dem sehr gefährdeten Saargebiet eingegliedert.[10]

Der zweite Grund, der mich, wie ich hoffe, mit Ihrer Zustimmung, veranlaßt hat, für die Schaffung eines solchen Landes einzutreten, ist folgender: wenn ein solches westdeutsches Land geschaffen

6 Zur ersten Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen (mit neuen Dokumenten): R. STEININGER: Ruhrfrage, 1987, S. 203–208; vgl. auch: P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 227–233.

7 Am 28. 7. 1946 hatte *Adenauer* auf zwei Großkundgebungen der CDU in Dortmund und Osnabrück diese Forderung erhoben (HStA Düsseldorf, RWV 26–1026).

8 Auf einer Kundgebung der CDP in Koblenz am 5. 8. 1946 betonte *Süsterhenn*, daß das Rheinland als Ganzes zu einem lebensfähigen staatlichen Gebilde zusammengefaßt werden müsse („Rheinischer Merkur" Nr. 42 vom 6. 8. 1946); vgl. dazu H.-P. SCHWARZ, 1966, S. 413f.

9 Korrigiert aus „Saar-Regierung".

10 Zur Verknüpfung der Saarfrage mit der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen: K. ADENAUER, 1965, S. 100–103.

würde, so würde das nach meiner Meinung die sicherste Garantie sein dafür, daß irgend eine neue kriegerische oder militaristische Aktion in Deutschland nicht mehr kommen könnte. Man darf ja bei diesen Maßnahmen nicht nur an die augenblicklichen Verhältnisse denken, sondern man muß an eine lange Zukunft denken. Ein derartiges westdeutsches Land würde ganz naturgemäß nach den Anschauungen seiner Bewohner und nach seiner ganzen Wirtschaft auf eine Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn Deutschlands, mit Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und England gerichtet sein und würde daher eine durchaus sichere Garantie des Friedens bieten. Vielleicht würden dadurch auch die Alliierten, insbesondere Frankreich, davon überzeugt werden können, daß [durch] die Schaffung eines solchen Landes eine dauernde Besetzung, Abtrennung oder irgendwelche sonstigen sehr viel schwereren Maßnahmen überflüssig würden. Das sind einstweilen noch ziemliche Zukunftsperspektiven, obgleich auf dem Gebiete der ausländischen Politik die Situation sich manchmal sehr schnell ändert.

Diese Änderung haben wir ja erlebt jetzt bei dem plötzlichen Wechsel, den Rußland in seiner Stellung zu Deutschland eingenommen hat. Wenn Sie sich daran erinnern, daß etwa sechs Wochen vor der Pariser Konferenz *Stalin* selbst erklärt hat, daß das Ruhrgebiet internationalisiert werden müßte, und demgegenüber hält, was *Molotow* sechs Wochen später auf der Pariser Konferenz erklärte, die Einheit Deutschlands müsse gewahrt werden, das Ruhrgebiet dürfe nicht internationalisiert werden, dann sehen Sie daraus, welch plötzliche Sprünge und Wendungen in der auswärtigen Politik, ich will nicht sagen eintreten, aber jedenfalls plötzlich sichtbar werden. Diese Politik Rußlands ist sehr durchsichtig. Offenbar hat Rußland eingesehen, daß es ihm nicht gelingt, mit Hilfe der KPD und Teilen der SPD die Führung in Deutschland zu bekommen. Darum scheint Rußland nunmehr die nationale Flagge für Deutschland hochziehen zu wollen, weil es genau weiß, daß der Deutsche auf eine nationale These sehr schnell eingeht und sicher dann, wenn ihm eine solche These geboten wird in einem Augenblick der tiefsten Demütigung und der größten Niederlage wie jetzt. Diese Politik Rußlands ist ganz unmißverständlich. Rußland verfolgt ganz klar das Ziel, für seine Politik damit das ganze deutsche Volk zu gewinnen, für die Politik eines einheitlichen Deutschlands mit Berlin als Zentrale, was von Rußland ausdrücklich hinzugesetzt wird, und in Klammern dürfen wir wohl alle sagen: unter russischer Führung. Ich glaube, daß die Gefahr, die von dorther drohte, so groß war, daß sie nun zum ersten Mal seit der Besetzung England zu schnellem Handeln gezwungen hat, indem es dieses Land Nordrhein-Westfalen geschaffen hat und indem es vorgestern erklärt hat, daß England bereit sei, mit der amerikanischen Zone zusammen eine wirtschaftliche Einheit zu bilden. Ich will auf die Frage Rußland jetzt nicht weiter eingehen, aber ich glaube, jeder von uns wird möglichst diese Frage anhand von Zeitungen und sonstigen Nachrichten studieren und im Auge behalten müssen.

England hat sich bereit erklärt, mit der amerikanischen Zone zusammen eine wirtschaftliche Einheit zu bilden. Ob das sehr schnell kommen wird, können wir nicht beurteilen. Eine gewisse Erleichterung können wir uns jedenfalls davon versprechen, obgleich wir uns darüber klar sein müssen, daß bei der Erleichterung, die wir z.B. von Bayern bekommen sollen, der größte Widerstand von den lieben Bayern geleistet wird und nicht von den Amerikanern, die die Kohle aus dem Ruhrgebiet haben wollen, aber nichts dafür geben wollen. Wie Frankreich sich mit seiner Zone dazu stellt, ist noch gar nicht zu sehen.

Die französische Politik gegenüber Deutschland ist zur Zeit überhaupt ziemlich undurchsichtig. Offenbar hat die Wendung der russischen Politik Frankreich doch sehr konsterniert. Es kommt hinzu, daß die Franzosen, ich glaube am 2. September, wiederum Wahlen haben, und zwar Wahlen, die dann wohl das Kräfteverhältnis im Innern festlegen sollen, und offenbar wird erfahrungsgemäß eine Partei und eine Regierung zögern, unmittelbar vor einer solchen Wahl irgend eine entschiedene Wendung im außenpolitischen Kurs vorzunehmen, weil sie sich zu leicht dadurch Angriffen der parteipolitischen Gegner aussetzt. Man wird also damit rechnen müssen, daß die Haltung Frankreichs bis in den September hinein noch mehr oder weniger unklar bleiben wird. Für uns bedarf es wohl keiner Erörterung, daß es sehr wünschenswert ist, wenn nun Rußland den eisernen

Vorhang nicht hochzieht und wenn wir infolgedessen kein einheitliches Wirtschaftsleben in ganz Deutschland haben können, wir dann als zweitbeste Lösung das einheitliche Wirtschaftsleben in den drei nicht von Rußland besetzten Zonen möglichst bald verlangen müssen und dabei auch der Hoffnung Ausdruck geben dürfen, daß England, Frankreich und Amerika dann nun auch, wenn sie diesen entschiedenen Schritt gegenüber Rußland getan haben, nun auch nicht zögern werden, das Wirtschaftsleben in diesen drei westlichen Zonen wirklich zur Entfaltung kommen zu lassen. Wie dringend notwendig das ist, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen.

[...][11]

11 Ausführungen zum Thema Wahlen und Wahlkampf (im Hinblick auf die Kommunalwahlen in der britischen Zone im September/Oktober 1946).

206.

2. 8. 1946: Rundschreiben von Landrat Vahle (Schwelm) an führende Politiker der Zentrumspartei in Rheinland und Westfalen[1] (Auszug)

ACDP, I-293–001/4.[2] Ausfertigung. Unterstreichungen.

Liebe Parteifreunde!

Gestatten Sie mir, daß ich einige Zeilen rein informatorisch an Sie richte. Eine Antwort erwarte ich nicht. Es sollen nur Anregungen sein.

1. Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Zonenvorstand müßte meines Erachtens sofort zu dieser ungeheuer wichtigen politischen Frage Stellung nehmen.[3] Ziel: Föderalismus mit Betonung der deutschen Einheit unter absoluter Ablehnung von Partikularismus oder gar Separatismus. Unter den gegebenen Verhältnissen muß die Zentrumspartei die von der Militärregierung vollzogene Tatsache als einen Anfang auf dem Wege zur staatlichen Neugestaltung des Reichs ansehen. Die Zentrumspartei muß den Zusammenschluß dieser zwei kulturell, wirtschaftlich und geschichtlich verwandten Provinzen zu einem lebensfähigen Land begrüßen, aber wünschen, daß eine Erweiterung durch Angliederung der Regierungsbezirke Osnabrück und Aurich erfolgt, um die Ergänzung dieses stark industriellen Landes durch wertvolle landwirtschaftliche Bezirke und durch den Anschluß an Fischereihäfen zu erreichen.

Im Lande Nordrhein-Westfalen muß eine unserer Art und praktischen Verhältnissen angepaßte radikale Verwaltungsreform durchgeführt werden, ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen. Das Zueinander- und Ineinanderwachsen der Schwesterprovinzen ist

1 Das Schreiben ist gerichtet an: *Hamacher*, *Spiecker*, *Wessel*, *Brockmann*, *Stricker*, *Muckermann*, *Reismann* und *Steffensmeier*.

2 Weitere Ausfertigung: HStA Düsseldorf, RWN 48–80.

3 Bereits am 26. 7. 1946 hatte der Vorstand der westfälischen Zentrumspartei (in Abstimmung mit der rheinischen Parteispitze) den Entwurf einer Satzung über die „Organisation des Verwaltungsaufbaus des Staates Nordrhein-Westfalen" vorgelegt, der den Gedanken *Vahles* weitgehend zuwiderläuft (vgl. Nr. 202).

zu fördern. Die beiden Provinzen können nicht weiter bestehen bleiben, um von vornherein jede Rivalität zwischen Rheinland und Westfalen auszuschließen. Außer der tragenden unteren Verwaltungsstufe (Landkreis – Stadtkreis) ist nur eine Mittelinstanz zu belassen. Diese Mittelinstanz kann nur der Regierungspräsident sein.[4] Die Regierungsbezirke dürfen nicht zu groß und nicht zu klein sein. Sechs oder acht im erweiterten Land, sind erforderlich. Notwendig ist eine Neuaufteilung der Regierungsbezirke vielleicht auch eine neue Namensgebung. Dem Regierungspräsidenten sind in der Mittelinstanz alle Behörden (mit Ausnahme der Post, der Eisenbahn, der Justiz und der Reichsfinanzverwaltung) anzugliedern, damit der verhängnisvollen Entwicklung der Schaffung von vielen Sonderbehörden Einhalt geboten und die einheitliche politische und verwaltungsgemäße Führung der Behörden in allen Instanzen gewahrt bleibt. Im Regierungsbezirk ist auch eine Gebietskörperschaft mit Selbstverwaltung und Bezirksparlament zu schaffen. Damit fallen die beiden Provinz-Selbstverwaltungen fort. Eine richtige Aufteilung der Regierungsbezirke ist wichtig. Vermieden werden muß unter allen Umständen, daß der Ruhr-Regierungsbezirk[5] kommt. Eine solche Reform ist nicht nur einfacher und billiger, sondern auch eine Forderung der Bevölkerung. Die politische Forderung muß sein: Einfacher und billiger Verwaltungsaufbau, fort mit dem Vielerlei der Behörden!

Bei dieser entscheidenden politischen Frage müssen wir alles vermeiden, was auch nur in etwa nach Verfolgung parteipolitischer Ziele aussehen könnte. Das würde das Volk nicht verstehen und uns in den Geruch erbärmlicher Parteipolitiker bringen. Wir dürfen nur große, dem Volksganzen dienende Ziele stecken! Nur dann haben wir auf die Dauer Erfolg. Die Verwaltungsreform ist eine solch wichtige Frage, daß Fachleute wie Oberregierungsrat *Jambor* und andere Verwaltungsbeamte sofort zu Rate gezogen werden sollten.[6]

[...][7]

Mit freundlichen Grüßen

Willi *Vahle*

4 Zur Frage der Mittelinstanz im neuen Land vgl. bes. Nr. 196 mit Anm. 5, 9.

5 Vgl. hierzu Nr. 204.

6 Wie der Hinweis auf Oberregierungsrat *Jambor* zeigt, stand *Vahle* in enger Beziehung zur Bezirksregierung in Arnsberg.

7 Pkt. 2: Broschüre „Der Weg der deutschen Demokratie"; Pkt. 3: Parteiorganisation und Wahlaussichten; Pkt. 4: Zusammenhalt innerhalb der Partei; Pkt. 5: Mitarbeit *Vahles*.

207.

4. 8. 1946: Der Abteilungsleiter Wirtschaft, Kuske (Neuss), an den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz, Görlinger (Köln)

HAStK, NL Görlinger 47. Hs. Ausfertigung. „Vertraulich".

Lieber Genosse *Görlinger*!

Im Hinblick auf Einzeleindrücke, die mir fortwährend begegnen, darf ich Ihnen Folgendes aufstellen. Sie werden mich hierbei hinreichend genug kennen, daß es sich für mich nicht im Mindesten um meine persönlichen Interessen handelt. Diese haben in allen sachlichen und öffentlichen Angelegenheiten für mich nie eine Rolle gespielt. Ich habe mich ja auch niemals seit meiner Studentenzeit um etwas „beworben", bin vielmehr immer nur meiner auf die Tatsachenerkenntnis gerichteten wissenschaftlichen Arbeit nachgegangen und nahm deren Wirkung auf mein persönliches Schicksal auf, wie sie kam. Ich wollte und will nur stets den Erfordernissen der Allgemeinheit dienen. Wenn ich in dieser Absicht gestört werde, so empfinde ich das und wehre mich. Aber in meinen äußerlichen Interessen bin ich unbekümmert und zudem bin ich in diesen nach meinen ganzen Lebensansprüchen gesättigt, bedarf schon darum keines Ehrgeizes.

Die Vereinigung der Nordprovinz mit Westfalen hat ihre großen Nachteile.[1] Wir laufen damit die große Gefahr der ständigen Trennung von der Südprovinz einschließlich des Saargebietes, die für unseren wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Ausgleich unentbehrlich sind und deren weiterer Verbleib die Ursache ständiger allgemeiner Beunruhigung ist. Im Einzelnen wird dadurch namentlich die Stadt Köln für die Zukunft stark benachteiligt werden, nicht weniger dazu das Aachener Gebiet.

Die Vereinigung Nordrheinland-Westfalen schafft auch einen sehr unerwünschten großen Wasserkopf im Zonen- und im gesamtdeutschen Rahmen. Er wird darin fortwährend unnötige Spannungen veranlassen. Daß er an Stelle Preußens eine neue und noch straffere Zusammenfassung Deutschlands als Mission wird verfolgen und erreichen können, um eine dauernde Konsolidation Mitteleuropas herzustellen, erscheint zweifelhaft. Ob mit ihm die Gefahr der Ablockerung dieser Kernländer Deutschlands vom Ganzen wirklich dauernder gebannt worden ist, steht nicht fest.

Wenn wir uns nun aber auf den Boden der Tatsachen stellen müssen, so ist hierbei große Umsicht geboten. Die Dinge lassen sich keineswegs zugunsten der stärksten, inhaltreichsten und zugleich empfindlichsten Seite, der des Rheinlandes, an. Der Hinweis, wir hätten mit der Vereinigung mehr Spielraum für unsere Ernährung gefunden, hat wenig Bedeutung; denn Hellweg, Ost- und Nordwestfalen können sich für uns bei der starken industriellen und Flüchtlingsbesiedlung, die Westfalen hat, nur ganz schwach bewähren. Um dessentwillen brauchen wir keine Verschmelzung der Provinzen. Diese muß schon viel umfassender angelegt werden und ist ja auch schon in den sich entwickelnden Zonenausweitungen in Vorbereitung.

Wir müssen nun darauf bedacht sein, daß in der zu bildenden neuen einheitlichen Organisation der beiden Provinzen der rheinische Teil nicht überflügelt wird. Dazu deuten sich schon für uns ungünstige Tatsachen an, die durch die enge Verbindung der westfälischen Stellen mit den britischen Zentralen unverkennbar gefördert werden. Hier besteht

1 Vgl. zur bisherigen Haltung *Kuskes* Nr. 31 mit Anm. 2.

ähnlich wie 1933 die Aussicht auf eine Erfassung der rheinischen Einrichtungen durch westfälische Personen, die, wie sich bei den *Winkelnkempers*[2] und anderen erwies, bei uns nicht hinreichend in unsere überaus komplizierten Verhältnisse eingewöhnt und eingearbeitet sind. Sie kommen aus den viel einfacheren und inhaltsärmeren westfälischen Zusammenhängen und wollen nun unsere maßgeblich übernehmen.[3]

In der wirtschaftspolitischen Ordnung sind wir, wie Ihnen *Agartz* bestätigen kann, der westfälischen gedanklich und organisatorisch erheblich überlegen, und wir beeinflußten bis in die allerletzte Zeit die Entwicklung der gesamten Vorbereitung der neuen Politik in einzelnen sehr wichtigen Abschnitten führend. Wir haben die systematischen Pläne auf lange Sicht und die Behandlung der Einzelkomplexe an der Hand. Das wurde von mir und meinen Referenten angebahnt, die ich aus der begrenzten Rolle von Verteilern des von mir längst umgestalteten früheren Landeswirtschaftsamtes herausführte und zu aktiven Wirtschaftspolitikern zu machen bestrebt war. In Westfalen ist das Alles viel weiter zurück.

Wenn wir im Rheinland bisher keine der Öffentlichkeit sichtbareren handgreiflichen Dauerergebnisse schaffen konnten, so liegt das nicht an uns, sondern an den Ihnen bekannten, vorerst noch nicht überwindlichen Widerständen. Wir beherrschen aber sicher den verwickelten Sachverhalt erkenntnismäßig und wissen, was wir wollen. Ich persönlich habe ihn ja als eine meiner Lebensaufgaben eingehendst immer verfolgt wie kein anderer und zwar ganz ebenmäßig nicht nur über das Rheinland, sondern auch über den ganzen Westen unter ständiger Mitarbeit in Westfalen und auch für Westeuropa. Es gibt in Westfalen keine Stelle darin wie unsere, wobei auch meine vielen tüchtigen Schüler mannigfach jetzt mit beteiligt sind, die mir bei Behörden, Organisationen und Firmen sehr nützlich sind und eine massive Atmosphäre des Vertrauens schaffen halfen. Auch mit meinen Referenten in Düsseldorf, die mich meist nicht kannten oder mich mit Mißtrauen begrüßten, hat sich doch ein gemeinsamer Wille entwickelt. Verschiedene meiner tüchtigsten Herren haben jetzt die Absicht, die Mitarbeit in der Behörde aufzugeben, wenn ich gehe.

In unserer Partei aber scheint es Leute zu geben, die mich skeptisch als „Kathedersozialisten" besehen. Sie wissen nicht, daß ich gerade das Gegenteil bin und als Praktiker und organisatorisch bei wichtigen allgemeinen Aufgaben besondere Erfolge zu haben pflegte. Sie wissen nicht, welche enormen Hemmungen uns bei unserer schweren opfervollen Arbeit, die wir obendrein so gut wie ehrenamtlich verfolgen, entgegen stehen. Wie Ihnen bekannt ist, habe ich mich nie auf eigentliche parteipolitische Tätigkeit einlassen können, einfach aus dem Grunde, weil ich bei meiner großen wissenschaftlichen und beruflichen Arbeit nie Zeit zu dieser Betätigung hatte, die ja, wenn sie ordentlich verlaufen soll, ihre besonderen Methoden und Aufwendungen erfordert. Ich habe mich hier nur auf meine Mitwirkung für die Gewerkschaften beschränken können.

Nach unserem letzten Gespräch habe ich weitere Eindrücke gewonnen, die dahin gehen, daß die Situation für die künftige Organisation und meine Stellung darin ziemlich unbequem ist. Die wirtschaftspolitische Abteilung wird der Gegenstand unsachlicher Bestrebungen, die bedauerlich sind. Ich bin darauf eingestellt, der Mitarbeit den Rücken zu

2 Hierzu konnte nichts ermittelt werden.

3 *Kuskes* spielt hier vor allem auf die sich abzeichnende Ernennung des westfälischen Generalreferenten *Nölting* zum nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister an; vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 231–233.

kehren.[4] Ich kann mich nicht anderen unterordnen müssen, die in diesen konkreten wichtigen Aufgaben nicht die eingehendsten Erfahrungen für den Westen haben. Täte ich das, so würde das von der hier beteiligten Öffentlichkeit nicht verstanden werden, und die allgemeine Zusammenarbeit würde sich zum Nachteil der hier notwendigen Entwicklung vermindern.

Ich hatte mir eine fruchtbare harmonische Zusammenarbeit mit unserem alten Freund *Agartz* vorgestellt. Dieser wird durch den sich anscheinend nun schürzenden Verlauf der ganzen Sache aber auch daran verhindert, daß wir so miteinander gehen können, wie wir das uns dachten.

Grundsätzlich ist hier von Bedeutung, daß man sich bei gutem Willen zu aufopfernder Mitarbeit obendrein der Gefahr unwürdiger Behandlung aussetzt, eine Tatsache, die längst nicht nur von mir empfunden wird.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr *Kuske*

4 Tatsächlich reichte *Kuske* am 17. 8. 1946 sein Rücktrittsgesuch als Leiter der Wirtschaftsabteilung bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz ein (HStA Düsseldorf, NW.Pe 164); am folgenden Tag teilte er *Görlinger* mit, er sei u.a. zurückgetreten, weil er über die Verhandlungen bei der Vergabe des Wirtschaftsministeriums nicht ausreichend informiert worden sei (HAStK, NL Görlinger 47).

208a.

7. 8. 1946:[1] Entwurf eines Rahmengesetzes über eine vorläufige Verfassung[2] durch Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster)

StA Münster, Oberpräsidium 4869.[3] Vervielf. Exemplar.

Entwurf eines Rahmengesetzes über eine vorläufige Verfassung des Landes „Nordrhein-Westfalen".[4]

I. Abschnitt: Grundlagen.

Artikel 1: Gebiet.

(1) Das Land Nordrhein-Westfalen ist Glied des Deutschen Reiches.

(2) Es besteht aus den bisherigen Provinzen Nordrheinprovinz und Westfalen. Weitere Gebiete, die politisch, wirtschaftlich und kulturell zum rheinisch-westfälischen Gebiet gehören, können sich im Wege des Staatsvertrages anschließen.

(3) Sitz der Landesregierung ist Düsseldorf.

Artikel 2: Zuständigkeit.

(1) Die Gesetzgebung, die Regierung und die Rechtspflege gehören zur Zuständigkeit des Landes, soweit nicht das Reich zuständig ist. Das Land nimmt auftragsweise die Reichsangelegenheiten wahr, für die keine eigenen Reichseinrichtungen im Lande bestehen.

(2) Die Verwaltung obliegt den Selbstverwaltungskörperschaften, soweit nicht Reich oder Land Verwaltungsaufgaben in ihre eigene Zuständigkeit übernommen haben. Welche Verwaltungsaufgaben sich das Land vorbehält (Landesverwaltungsgeschäfte), wird durch ein Landesverwaltungsgesetz oder durch die betreffenden Sondergesetze bestimmt.

---

1 Die Datierung richtet sich nach einem Anschreiben, mit dem der Entwurf an Oberregierungsrat *Barbrock* (Oberpräsidium Münster) übersandt wurde (StA Münster, Oberpräsidium 4869); vermutlich ist der Entwurf aber einige Tage früher entstanden (vgl. Anm. 2).

2 Bei dem vorliegenden Entwurf handelt es sich bereits um die dritte von *Zuhorn* angefertigte Fassung; eine erste Fassung muß zwischen dem 17. 7. und 22. 7. 1946 entstanden sein (StA Münster, Oberpräsidium 4869); eine zweite verbesserte Fassung wurde *Barbrock* am 23. 7. zugestellt (StA Münster, Oberpräsidium 4869); diese diente wiederum als Grundlage für den hier abgedruckten Entwurf sowie für eine eigenständige Fassung des Deutschen Städtetages vom 26. 7. 1946 (Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; HStA Düsseldorf, RWN 133–10; StA Münster, Oberpräsidium 4869; BA Koblenz, NL Pünder 660); die Abweichungen der vom Städtetag vorgelegten Fassung gegenüber derjenigen *Zuhorns* sind nicht substantieller Natur, so daß auf eine Wiedergabe verzichtet wird.

3 Weiteres Exemplar: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21.

4 Das „Rahmengesetz über eine vorläufige Verfassung" lehnt sich eng an das Rahmengesetz *Zuhorns* vom Mai 1946 an (Nr. 112a); ein Abdruck ist dennoch lohnenswert, weil es sich um den ersten eigentlichen Verfassungsentwurf für das Land Nordrhein-Westfalen handelt; neben dem Verfassungsentwurf *Zuhorns* bzw. des Deutschen Städtetages existiert ein früher Entwurf *Lehrs* von Ende August 1946 (Bundestag ParlA, 1–148); beide Entwürfe haben bei der späteren Diskussion über die Landesverfassung Nordrhein-Westfalens aber keine Rolle mehr gespielt (vgl. P. HÜTTENBERGER, 1973, S. 437–473); vgl. auch das zugehörige Memorandum *Zuhorns* (Nr. 208b).

Artikel 3: Gliederung.

Das Land gliedert sich entsprechend seiner stammesmäßigen Zusammensetzung und zur Sicherung einer dezentralisierten Verwaltung in zwei Provinzen, die Nordrheinprovinz und die Provinz Westfalen, die für die gesamtprovinziellen Verwaltungsaufgaben Selbstverwaltungskörperschaften bilden.

II. Abschnitt: Die Organe des Landes.

Artikel 4: Organe.

Die Organe des Landes sind der Landtag, die Landesregierung und der Ministerpräsident.

Artikel 5: Landtag.

(1) Der Landtag besteht aus Abgeordneten, die in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl auf je vier Jahre von der Bevölkerung gewählt werden. Das Nähere über die Wahlen bestimmt ein Landeswahlgesetz.

(2) Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Landes und stimmen nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Volkswohl bestimmten Überzeugung; sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

(3) Der Landtag wählt seinen Vorsitzenden (Landtagspräsident).

Artikel 6: Auflösung des Landtages.

Der Landtag wird aufgelöst entweder durch eigenen Beschluß, für den mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder gestimmt hat, oder durch Beschluß der Landesregierung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen.

Artikel 7: Zuständigkeit des Landtages.

(1) Der Landtag beschließt die Landesgesetze. Er stellt die Grundsätze auf für die Durchführung der Regierungsgeschäfte und der dem Lande vorbehaltenen Verwaltungsaufgaben und überwacht ihre Ausführung.

(2) Er beschließt den Landeshaushaltsplan.

(3) Staatsverträge bedürfen seiner Genehmigung.

Artikel 8: Landesregierung.

(1) Die Landesregierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und soviel Landesministern, als für die ordnungsmäßige Führung der Landesaufgaben Ministerien notwendig sind. Über Zahl und Zuständigkeit der Minister beschließt der Landtag.

(2) Der Ministerpräsident führt im Ministerrat den Vorsitz und gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Er bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik.

(3) Der Ministerpräsident und die Landesminister, diese auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, werden vom Landtag ohne Aussprache gewählt.

(4) Der Ministerpräsident und die Landesminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtages.

Artikel 9: Zuständigkeit der Landesregierung.

(1) Die Landesregierung ist die oberste vollziehende und leitende Behörde des Landes.

(2) Sie verkündet die vom Landtag beschlossenen Gesetze und Staatsverträge. Sie erläßt die Verordnungen zur Ausführung der Gesetze, soweit das Gesetz diese Aufgaben nicht einzelnen Ministern übertragen hat.

(3) Der Ministerpräsident vertritt das Land nach außen.

Artikel 10: Zuständigkeit der Landesminister.

(1) Die Landesminister führen die laufenden Regierungs- und Landesverwaltungsgeschäfte.

(2) Sie bedienen sich der Regierungspräsidenten als Außenstellen für sämtliche Landesministerien und der ihnen sonst unterstehenden Landesbehörden.

III. Abschnitt: Selbstverwaltung.

Artikel 11: Selbstverwaltung.

(1) Alle Verwaltung, die nicht das Reich oder das Land in ihre eigene Zuständigkeit übernommen haben, wird von den Gemeinden, den engeren Gemeindeverbänden (Ämter, Kreise) und den Provinzen durch ihre gewählten Vertretungen, unter der gesetzlich geregelten allgemeinen Aufsicht des Landes, in eigener Zuständigkeit geführt.

(2) Soweit die Landesverwaltungsgeschäfte nicht aus besonderen Gründen Landesbehörden übertragen sind, werden sie von den Selbstverwaltungskörperschaften durchgeführt. Sie unterliegen dabei einer verstärkten Aufsicht der Landesregierung, welche die Fragen der Zweckmäßigkeit und Gleichmäßigkeit in der Durchführung dieser Verwaltungsaufgaben einschließt.

Artikel 12: Provinzlandtage.

(1) Die Provinzlandtage beschließen über die Angelegenheiten der Provinzen.

(2) Sie bestehen aus den in den Provinzen gewählten Mitgliedern des Landtages.

Eventuell Zusatz: und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Vertretungskörperschaften der Stadt- und Landkreise gewählt werden.

Artikel 13: Provinzverwaltungen.

(1) Die Durchführung der provinziellen Angelegenheiten nach den Beschlüssen der Provinzlandtage obliegt den Provinzverwaltungen.

(2) Die Provinzverwaltungen führen ferner die Landesverwaltungsgeschäfte nach Artikel 11 Abs. 2 durch.

(3) Die Provinzverwaltung besteht aus dem Landeshauptmann und den diesem beigeordneten leitenden Beamten. Sie werden von den Provinzlandtagen gewählt.

Artikel 14: Verfassung der Selbstverwaltungskörperschaften.

Im übrigen wird die Verfassung der Provinzen und der anderen Selbstverwaltungskörperschaften durch das Landesverwaltungsgesetz und die besonderen Gemeindeverfassungsgesetze (Provinzialordnung, Kreisordnung, Gemeindeordnung) geregelt.

Artikel 15: Gemeinsame Selbstverwaltungsangelegenheiten.

(1) Soweit es erforderlich ist, können für die Verwaltung von regionalen Selbstverwaltungsangelegenheiten, die beiden Provinzen oder Teilen von ihnen gemeinsam sind und zweckmäßig gemeinsam verwaltet werden, gemeinsame Selbstverwaltungseinrichtungen geschaffen werden.

(2) Die Schaffung solcher gemeinsamer Selbstverwaltungseinrichtungen für beide Provinzen beschließt der Landtag. Zur Gültigkeit eines Beschlusses über die Schaffung gemeinsamer Selbstverwaltungseinrichtungen ist die Mehrheit der rheinischen und die Mehrheit der westfälischen Mitglieder notwendig.

IV. Abschnitt: Übergangsbestimmungen.

Artikel 16: Vermögen des früheren Preußischen Staates.

Inwieweit das im Lande Nordrhein-Westfalen belegene Vermögen des früheren Preußischen Staates auf das Land oder auf die Provinzen übergeht, wird durch Gesetz bestimmt.

208b.

7. 8. 1946:[1] Memorandum Oberstadtdirektor Zuhorns (Münster) zum Entwurf eines Rahmengesetzes über eine vorläufige Verfassung[2]

StA Münster, Oberpräsidium 4869.[3] Vervielf. Exemplar.

Memorandum zum Entwurf eines Rahmengesetzes über eine vorläufige Verfassung des Landes „Nordrhein-Westfalen".

Da nach dem Wunsche der Militär-Regierung das neue Kabinett seine Tätigkeit sobald wie möglich aufnehmen soll, erscheint es notwendig, auch eine vorläufige Verfassung des neuen Landes festzulegen, in der die grundlegenden Bestimmungen über die demokratischen Organe des Landes und über den verwaltungsmäßigen Aufbau des Landes niedergelegt sind. Die Verfassung kann nur eine vorläufige sein. Die Ausarbeitung und Beschlußfassung über eine endgültige Verfassung ist Aufgabe des demnächst zu wählenden politischen Gesamtparlaments. Die vorläufige Verfassung könnte schon durch die jetzt bestehenden Provinzialräte beraten werden.

Das Gebiet des neuen Landes ist durch die Entscheidung der englischen Militär-Regierung zunächst festgelegt. Mit Rücksicht darauf, daß das Land Lippe und der Regierungsbezirk Osnabrück sowie die Südkreise des Landes Oldenburg wirtschaftlich und kulturell aufs engste mit Westfalen verbunden sind, muß die Verfassung eine Bestimmung enthalten, nach der der Anschluß dieser Gebiete an das neue Land möglich ist. Das neue Land ist ein Glied des deutschen Reiches. Seine Zuständigkeit muß daher mit der demnächst für das Reich bestehenden Zuständigkeit abgestimmt werden. Artikel 2 bestimmt dementsprechend, daß die Gesetzgebung, die Regierung und die Rechtspflege zur Zuständigkeit des Landes gehören, soweit nicht das Reich zuständig ist. Selbstverständlich ist, daß die ordentliche Gerichtsbarkeit durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Gerichte ausgeübt wird.

Grundlegender Gedanke des Entwurfs ist, daß alle Verwaltung den Selbstverwaltungskörperschaften obliegt, soweit nicht Reich oder Land Verwaltungsaufgaben in ihre eigene Zuständigkeit übernommen haben (Art. 2 Abs. 2). Das Prinzip der Allzuständigkeit gilt also wie bisher für sämtliche, auch die großräumigen kommunalen Ebenen. Der für

1 Vgl. zur Datierung Nr. 208a, Anm. 1.

2 Nr. 208a.

3 Weitere Exemplare: Stadtarchiv Münster, Akten OStDir Zuhorn 21; BA Koblenz, NL Pünder 660.

Reich und Land gemachte Vorbehalt, daß beide ihrerseits Aufgaben in die eigene Zuständigkeit übernehmen können, sichert vor Überspannung des Prinzips. Um aber das demokratische Prinzip der Allzuständigkeit der Selbstverwaltungskörperschaften zu gewährleisten, ist eine Bestimmung aufgenommen, wonach dieser Vorbehalt nur durch Gesetz (Landesverwaltungsgesetz oder die betr. Sondergesetze) ausgeübt werden kann. Die Durchführung des Grundsatzes der Allzuständigkeit aller Selbstverwaltungskörperschaften für die Verwaltung schließt auch die möglichste Beseitigung aller Sonderbehörden in sich.

Das neue Land muß zur Sicherung einer dezentralisierten Verwaltung aufgegliedert werden. Die Zusammensetzung des Landes aus den beiden Stammesteilen Rheinland einerseits und Westfalen andererseits ergibt zwingend die erste Gliederung in die beiden Provinzen. Jede andere Lösung würde den zentralisierten Einheitsstaat bedeuten. Ein solcher zentralisierter Einheitsstaat würde aber zur Folge haben, daß entweder die Rheinländer von den Westfalen oder die Westfalen von den Rheinländern überfremdet würden. Diese Überfremdung wollen aber, wie nachdrücklich betont werden muß, weder die Rheinländer noch die Westfalen. Ein Einheitsstaat, der noch stärker zentral regiert würde, als die preußischen Provinzen im alten Preußen verwaltet sind, würde dazu führen, daß entweder der eine oder der andere Partner der neuen Ehe die Scheidung anstreben würde. Gerade wer die Dauer der neuen Ehe wünscht, muß gegen jede zu starke Zentralisation sein.

Abschnitt II des Entwurfs bringt die Bestimmungen über die demokratischen Organe des Landes, den Landtag und die Landesregierung. Hierzu sei noch folgendes erläutert: Ein besonderer Staatspräsident ist nicht vorgesehen. Seine Funktionen sollen durch den Ministerpräsidenten wahrgenommen werden. Die Landesminister sollen dem Landtag vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen werden.

Eine grundlegende Neuregelung gegenüber dem bisherigen Zustand bringt Art. 10. Der innere Aufbau des neuen Landes muß eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung herbeiführen. Es ist daher davon ausgegangen, daß sowohl die Oberpräsidenten wie die Regierungspräsidenten als Instanzen fortfallen. Die Oberpräsidenten (Provinzialregierungen) verschwinden ganz. Die Regierungspräsidenten bleiben nur als Außenstellen für sämtliche Landesministerien erhalten. Die Beibehaltung der Regierungspräsidenten in dieser Form erscheint notwendig, um in den großen Teillandschaften des neuen Landes durch besondere Kommissare die Verbindung der Landesregierung mit der Bevölkerung zu erleichtern. Für die Verwaltungstätigkeit sind die Oberpräsidien und Regierungspräsidien nicht mehr notwendig, da nach dem eingangs erörterten Gedanken des Entwurfs grundsätzlich alle Verwaltungstätigkeit von den Selbstverwaltungskörperschaften ausgeübt wird.

Abschnitt III enthält in näherer Ausführung des Art. 2 Abs. 2 die grundlegenden Bestimmungen über die Selbstverwaltungskörperschaften. Als solche werden die Gemeinden, Ämter, Kreise und Provinzen festgelegt. Ausdrücklich sei bemerkt, daß es im kommunalen Sektor keine Instanzen gibt, daß vielmehr die Selbstverwaltungskörperschaften selbständig nebeneinander stehen. Von einer Aufsicht der einen Selbstverwaltungskörperschaft über die andere ist keine Rede. Es handelt sich lediglich um eine verschiedene Aufteilung der Aufgaben auf die drei kommunalen Ebenen (Gemeinde, engere Gemeindeverbände, weitere Gemeindeverbände). Für sie ist entscheidend, ob es sich um Aufgaben handelt, die rein örtlicher Natur sind und örtlich bewältigt werden können oder ob es

sich um überörtliche oder gar nur großräumig zu erledigende Aufgaben handelt, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinde bzw. des einzelnen engeren Gemeindeverbandes übersteigen.

Für die Verwaltung der nur großräumig zu bewältigenden Aufgaben sind die bisherigen Provinzialverbände die gegebenen Selbstverwaltungskörperschaften. Es gibt sowohl für die bisherige Rheinprovinz wie für die bisherige Provinz Westfalen eine Reihe von traditionsgebundenen Aufgaben, die von einer Landesregierung nicht mit derselben Liebe und Tatkraft gefördert werden können, wie sie eine Selbstverwaltung der einzelnen Provinz aufbringt. Es würde anderseits durchaus falsch sein, die bisherigen Regierungsbezirke zu weiteren Kommunalverbänden zu machen, weil diese Bezirke zu klein sind für die Bewältigung des größten Teils derjenigen Aufgaben, für die gerade diese großräumigen Selbstverwaltungskörperschaften zuständig sind. Als Beispiele seien hier die Fürsorgeverwaltung, die Anstaltsverwaltung und die landschaftliche Kulturpflege genannt. Auch auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs gibt es solche an den Großraum gebundene Aufgaben, die sich besser im Rahmen der Provinz als im Rahmen des Landes oder des kleineren Regierungsbezirks erledigen lassen. Es sei an das Kleinbahnwesen erinnert. Auch dem Gedanken, die Regierungsbezirke, um sie für die Erledigung dieser großräumig zu verwaltenden Aufgaben geeignet zu machen, zu vergrößern und erst nach dieser Vergrößerung die Regierungsbezirke zu kommunalisieren, ist dringend zu widerraten. Grundsatz für die gegenwärtige Verwaltungsreform muß sein, bei der Neuorganisation nur solche Gebietsveränderungen vorzunehmen, die im Interesse der sachlichen Erledigung der Aufgaben unbedingt notwendig sind. Da aber für die Erledigung der großräumigen Selbstverwaltungsaufgaben sich die Provinzialverbände bisher durchaus bewährt haben, wäre es nicht zu verstehen, durch Vergrößerung von Regierungsbezirken verkleinerte Provinzen zu schaffen, die zudem des stammesmäßigen Zusammenhaltes, der die jetzigen Provinzen auszeichnet, entbehren würden.

Entsprechend dem Grundsatz, daß möglichst alle Verwaltung durch die Selbstverwaltungskörperschaften durchgeführt werden soll, ist im Abs. 2 von Art. 11 bestimmt, daß auch für diejenigen Verwaltungsgeschäfte, die sich das Land vorbehalten hat, für die aber die Errichtung besonderer Behörden nicht notwendig erscheint, in der Durchführung die Selbstverwaltungskörperschaften zuständig sein sollen. Die Natur der Aufgaben bringt es mit sich, daß hierbei eine verstärkte Aufsicht der Landesregierung, welche die Fragen der Zweckmäßigkeit und Gleichmäßigkeit in der Durchführung einschließt, notwendig ist.

Da jede Selbstverwaltungskörperschaft parlamentarischer Kontrolle unterliegen muß, ist es notwendig, daß nicht nur die Gemeinden und Kreise, sondern auch die Provinzen eine demokratische Vertretung bekommen. Damit diese Vertretung nicht in einen Gegensatz zum Willen des Gesamtparlaments gerät, erscheint es zweckmäßig, diese Vertretung in jeder Provinz zusammenzusetzen aus den jeweiligen Abgeordneten dieser Provinz im Gesamtparlament. Bei dieser Art der Bildung des Provinzialparlaments könnte man auch nicht von einer Überfülle an Parlamenten sprechen. Mit Rücksicht darauf, daß es sich bei den Aufgaben der Provinzen zugleich um die Wahrnehmung von Interessen der Stadt- und Landkreise handelt, wäre allerdings zu überlegen, ob eine näher zu bestimmende Anzahl von Vertretern der Stadt- und Landkreise, die von deren Vertretungskörperschaften zu wählen wären, hinzugenommen werden soll.[4] Eine provinzielle Selbstverwal-

4 Bezüglich des Gedankens der indirekten Wahl der Provinzialparlamente vgl. auch Nr. 209.

tungskörperschaft ohne eine solche Vertretung wäre ein Unding und würde in keiner Weise dem demokratischen Gedanken Rechnung tragen. Es ist auch nicht zu erkennen, daß sich sowohl in der Rheinprovinz wie in der Provinz Westfalen die bisherigen Provinziallandtage des Vertrauens der Bevölkerung erfreut haben, die in ihnen eine Keimzelle der Demokratie gesehen hat. Es wäre durchaus abwegig, im Zeichen der Demokratie diese demokratischen Einrichtungen zu beseitigen. Es wäre auch nicht genügend, wenn lediglich in jeder Provinz ein kleiner Ausschuß für die provinzielle Selbstverwaltungskörperschaft gebildet würde. Die Einsetzung eines kleinen Verwaltungsausschusses für die laufenden Geschäfte ist vielmehr Sache des Provinzparlaments selbst. Für die der parlamentarischen Kontrolle unterliegende Verwaltung der provinziellen Selbstverwaltungskörperschaften empfiehlt es sich, die bisherige Regelung (Landeshauptmann, Landesräte) beizubehalten.

Die Artikel 12 und 13 sind ausdrücklich in den Entwurf aufgenommen, weil sie die Grundrechte der Provinzen darstellen und daher ihre Verankerung in der Verfassung notwendig erscheint.

Im übrigen ist die Regelung der Verfassung der Provinzen im einzelnen und die der anderen Selbstverwaltungskörperschaften dem Landesverwaltungsgesetz und den Gemeindeverfassungsgesetzen (Provinzialordnung, Kreisordnung, Gemeindeordnung) zu überlassen. Für Verwaltungsangelegenheiten, die beiden Provinzen oder Teilen von ihnen gemeinsam sind und zweckmäßig gemeinsam verwaltet werden, wird die Möglichkeit vorbehalten, besondere gemeinsame Selbstverwaltungseinrichtungen zu schaffen. Die Schaffung solcher gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen ist parlamentarisch besonders zu sichern.

Der Entwurf im ganzen beschränkt sich bewußt auf die organisatorische Seite, alles übrige muß der endgültigen Verfassung überlassen werden.

209.

19. 8. 1946: Oberbürgermeister Weitz (Duisburg) an Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster)

BA Koblenz, NL Pünder 660. Abschrift. Paraphe und hs. Vermerke Pünders.

Lieber Herr *Zuhorn*!

Vielen Dank für Ihren Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Verfassung des Landes Rheinland-Westfalen und das zugehörige Memorandum.[1] Ich habe beide bedeutsamen Produkte Ihres Geistes mit größtem Interesse gelesen und stimme Ihnen in allen wesentlichen Punkten durchaus zu. Inzwischen hatte ich Gelegenheit, mit Herrn Dr. *Kitz* über die Frage der provinziellen Selbstverwaltung zu sprechen. Herr *Kitz* sieht gerade umgekehrt wie Sie in einer zu weitgehenden Selbstverwaltung der beiden Provinzen eine

1 Vgl. Nr. 208a,b.

Gefahr für eine künftige Ehescheidung.[2] Er ist deshalb der Ansicht,daß die provinzielle Selbstverwaltung sich auf die Aufgaben im wesentlichen beschränken soll, die sie vor 1933 gehabt hat (wobei die getrennte Verwaltung der Straßen schon bedenklich sei) und man grundsätzlich auf die Rechtslage vor 1884 zurückgehen sollte, als der kommunale Provinzialverband mehr Zweckverband der zugehörigen Stadt- und Landkreise gewesen sei. Herr Dr. *Kitz* möchte als Verwaltung dieser Provinzialverwaltung einen Landeshauptmann haben und die entsprechenden Landesräte, als Provinziallandtag ein Gremium, das aus indirekten Wahlen hervorgeht, also von den Stadt- und Landkreisen gewählt wird. Eine personelle Verbindung dieses Gremiums mit dem Landtag, wie Sie sie vorsehen, wäre also nicht gegeben.

Dieser Gedanke ist erwägenswert. Besonders gefällt mir, daß für die beiden Provinzen besondere parlamentarische Vertretungen vorgesehen sind, die indirekt gewählt und vollständig anders zusammengesetzt sind wie der Landtag. Es ist auch sehr wohl möglich, daß gerade Ihr Vorschlag, daß der Landtag sich aus zwei Hälften (Rheinland und Westfalen) von vornherein zusammensetzt wirklich eine Ehescheidung zu sehr erleichtert. Ich glaube deshalb, daß man den Vorschlag *Kitz* reiflich überlegen sollte, wobei zu prüfen wäre, welche weiteren Kompetenzen man den einzelnen Provinzialverwaltungen übertragen könnte.[3] Bei dem Vorschlag *Kitz* müßten wohl, was mir persönlich gar nicht gefällt, die von Ihnen vorgesehenen Regierungspräsidenten als staatliche Außenstellen bestehen bleiben. Ich neige selbst viel mehr dazu, daß die eigentliche Staatsaufsicht in dem relativ kleinen Land zentral ausgeübt werden kann und daß alles, was im übrigen die Regierungspräsidenten heute zu tun haben – zum großen Teil sind sie nur qualifizierte Briefträger – von der parlamentarisch kontrollierten Provinzialverwaltung auszuüben wäre.

Vielleicht haben wir in Köln demnächst Gelegenheit, über die Frage zu sprechen. Herrn Kollegen *Geyer* in Bochum hat erfreulicherweise das Problem aus seinem Dornröschenschlaf geweckt. Es würde ihn sicher interessieren, wenn Sie ihm Ihre Denkschriften zusenden würden.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr ergebener
gez. Dr. *Weitz*

2 In einem Schreiben vom 31. 8. 1946 umreißt *Kitz* die Problematik der provinziellen Selbstverwaltung im neuen Land in wenigen Sätzen sehr klar: „Es ist jetzt im Gegensatz zu früher eine regionale Verwaltung in Gestalt einer Landesverwaltung vorhanden, die etwas ganz anderes ist wie das frühere preußische Oberpräsidium in Koblenz. Die Provinzial-Verwaltung muß, wenn man für ihren Fortbestand eintritt, eine Form finden, die sie nicht mit der neuen Landesregierung und ihren parlamentarischen Körperschaften in eine den Wert der sachlichen Arbeit unterhöhlende Konkurrenz bringt." (HStA Düsseldorf, NW 96–550).

3 In einem Schreiben an *Adenauer* vom 29. 8. 1946 führt *Weitz* hierzu weiter aus: „Unserer Ansicht nach ist mit der Bildung der Regierung *Amelunxen* das Pferd am Schwanze aufgezäumt worden. Richtig wäre gewesen, zunächst den Mittelbau über die Stadt- und Landkreise, vielleicht nach dem Vorschlag *Kitz* wie vor 1884 in Form des Zweckverbandes der Stadt- und Landkreise mit einem Provinziallandtag zu schaffen und darüber erst als kleine Dachgesellschaft ein ‚Ministerium'. Dieses brauchte dann nicht so Wasserkopf ähnlich zu sein wie jetzt mit 11 Ministern und noch einem zweiten Elferrat von Staatssekretären." (Abschrift: BA Koblenz, NL Pünder 660).

210.

22. 8. 1946: Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Amelunxen (Münster), an den Sonderausschuß zur Länderneugliederung des Zonenbeirats (Hamburg)

Bundestag ParlA, 1–148.[1] Vervielf. Exemplar.

Betrifft: Eingliederung Lippes in das Land Nordrhein-Westfalen[2]

Das Schreiben der Kontrollkommission vom 4. 7. 1946[3] verlangt eine Stellungnahme über die Zukunft des Landes Lippe. Das Land Nordrhein-Westfalen steht auf dem Standpunkt, daß Lippe (ohne Schaumburg-Lippe) in das neue Land Nordrhein-Westfalen gehört.

Das Landesparlament von Lippe hat vor einiger Zeit beschlossen, daß Lippe grundsätzlich dahin gehört, wo das Ravensberger Land ist.[4] Diese Forderung ist berechtigt. Der Güterversand Lippes geht fast ganz nach Westfalen und der Rheinprovinz und nur mit 11 % nach Hannover. Er deckt sich mit den Prozentsätzen der Güterversandzahlen des benachbarten Minden-Ravensberger Gebietes. 60 % seiner Möbel, 70 % seiner Glaswaren, 75 % des Bauholzes und 90 % des Grubenholzes gibt Lippe nach dem Westen, während Lippe vom Westen her mit Kohlen und Koks, Strom und Gas, Halbzeug und Maschinen beliefert wird. Diese engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lippe und Westfalen resultieren vor allem daher, daß Lippe 75 % seiner Gesamtgrenze mit Westfalen gemeinsam hat.

Das Gleiche hat von dem Minden-Ravensberger Land zu gelten, das seit 5 Jahrhunderten zu Westfalen gehört. Das Schwergewicht des Güter- und Personenverkehrs und das Schwergewicht der industriellen und landwirtschaftlichen Verbindungen des Minden-Ravensberger Landes liegt nach dem Westen. So ist der Güterumschlag Mindens in Richtung Westen 65 %, in Richtung Hannover nur 15 %. Das Minden-Ravensberger Land bildet zusammen mit Lippe das Reservoir für die Ernährung des Ruhrgebietes, insbesondere der Bergarbeiter. Dafür verarbeitet es durch seine Kleinindustrie einen wesentlichen Teil der Ruhrproduktion. Es ist bisher von keiner Seite irgend ein stichhaltiger Grund angeführt worden, der die Zugehörigkeit dieses Minden-Ravensberger Landes und damit auch Lippes zu Hannover begründen könnte.

Beide Gebiete müssen daher zusammenbleiben. Lippe muß daher zu Nordrhein-Westfalen.[5]

gez. *Amelunxen*

---

1 Weiteres Exemplar: BA Koblenz, NL Spiecker 2; Zusammenfassung des Inhalts: AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 838f.

2 Die in der Sitzung des Zonenbeirats am 18./20. 9. 1946 stattfindende Abstimmung über die verschiedenen Gutachten des Sonderausschusses erbrachte eine Mehrheit von 15 gegen 3 Stimmen zugunsten dieser Erklärung *Amelunxens* (AKTEN ZUR VORGESCHICHTE I, 1976, S. 847).

3 Siehe Nr. 147, Anm. 1.

4 Eine entsprechende Erklärung hatte der lippische Landtag zuletzt am 29. 7. 1946 abgegeben (H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, Nr. 49).

5 Zur weiteren Entwicklung bis zur Angliederung Lippes an Nordrhein-Westfalen im Januar 1947 vgl. bes.: U. ROMBECK-JASCHINSKI, 1984, S. 215–237; H. NIEBUHR/K. SCHOLZ, 1984, S. 35–39 und Nrn. 46–69.

Register

VORBEMERKUNG: Beim vorliegenden Register handelt es sich um ein gemischtes Personen- und Ortsregister, das Einleitung und Dokumente einschließlich des Kommentars berücksichtigt.

Bei den Angaben zur Person werden – soweit sie ermittelt werden konnten – in der Regel nur die Ämter und Berufe aufgeführt, die die jeweiligen Personen im hier behandelten Zeitraum ausgeübt haben und die im Sachzusammenhang von Bedeutung waren. Personen, die lediglich in dem vor 1945 liegenden Zeitraum eine Rolle spielen, werden nur dann näher identifiziert, wenn sie nicht als allgemein bekannt gelten können.

Das Ortsregister erfaßt alle Orte, Verwaltungsbezirke, Territorien, Landschaften sowie verschiedene geographische Gebilde, die im Kontext eine eigenständige Bedeutung haben. Das heißt, *nicht* aufgenommen wurden Ortsbezeichnungen, wenn sie ausschließlich zur genaueren Definition oder Identifikation einer Institution oder Behörde dienen und mit dieser zu einer Einheit verschmolzen sind, wie etwa in folgenden Fällen: SPD-Bezirk *Niederrhein,* Industrie- und Handelskammer *Essen,* Militärregierung *Westfalen.* Nicht ausgewertet wurden darüber hinaus in den Dokumenten vorkommende Adressen sowie sämtliche Kopfregesten. Letztere sind hinsichtlich der Ortsangaben von geringer Relevanz. Hinter einigen Registereinträgen folgen durch Schrägstrich abgetrennte entweder synonym benutzte oder eng verwandte Ortsangaben, die mit Hilfe von Querverweisen aufzufinden sind. Wo notwendig oder sinnvoll, stehen weitere Erläuterungen in Klammern.

Auf ein Sachregister wurde bewußt verzichtet. Die Einleitung, die unter sachlichen Gesichtspunkten gegliedert ist, bietet bei Durchsicht der entsprechenden Fußnoten einen raschen Zugriff auf die wichtigsten Dokumente. Im übrigen ersetzt bei den ausführlich behandelten territorialen Problemen das Ortsregister ein Sachregister. Nicht zuletzt lassen sich auch über das Personenregister sowie das „Verzeichnis der Dokumente" Sachzusammenhänge (z. B. zu den Themen „Parteien" oder „Provinzialräte") leicht erschließen.

Aachen (Regierungsbezirk) 18, 132, 136, 138, 141–143, 148, 159 f., 264, 269, 280, 330, 345, 453, 492, 514

Addess, N., Sekretärin bei der Militärregierung Westfalen 192

Adenauer, Konrad, Vorsitzender der CDU in der brit. Zone; Vorsitzender der CDU-Rheinland; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz; Mitglied des Zonenbeirats 21, 23, 34, 46 f., 60–65, 69, 82 f., 86 f., 208, 210 f., 219, 230, 242 f., 258, 264, 278, 280, 283–285, 291, 293–296, 298 f., 303–305, 307 f., 316, 351, 353, 375, 388, 392, 397, 399, 414–421, 436, 451, 469, 475, 482, 503, 506–509, 512, 515–518, 530

Adler, A. G. A., Dolmetscher bei der Militärregierung Westfalen 192

Agartz, Viktor, SPD-Vorstandsmitglied; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz; Generalsekretär des Zentralamtes für Wirtschaft (Minden); Mitglied des Zonenbeirats 206, 219, 397, 521 f.

Ahaus 261

Albers, Johann, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Gewerkschaftsführer; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219, 242, 397, 498, 502

Albrecht, Gerhard, Leiter der Abt. Volkswohlfahrt der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 19, 169

Albu, Austen, stellv. Präsident der Governmental Subcommission bei der CCG/BE 13, 52 f., 69, 365–367, 380, 384 f.

Alef, Wilhelm, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 203

Alphand, Herveé Jean-Charles, Leiter der Wirtschaftsabt. im franz. Außenministerium 324

Altenhain, Gustav, Vorsitzender der FDP-Westfalen; Vorstandsmitglied der FDP in der brit.Zone; Mitglied im Provinzialrat Westfalen; stellv. Mitglied des Zonenbeirats 211, 213 f., 220, 333, 386, 455, 460–462, 484

Amelunxen, Rudolf, Oberpräsident der Provinz Westfalen; erster Ministerpräident des Landes Nordrhein-Westfalen; Mitglied des Zonenbeirats 12, 24–27, 35, 44, 48, 50, 52–56, 62, 64, 72–74, 78, 83 f., 88, 129, 150 f., 154–159, 162 f., 166–168, 171–174, 180 f., 185, 192–194, 197–204, 209, 211–213, 216 f., 220, 222 f., 245, 255, 265 f., 272, 286–288, 292, 317–320, 323, 333–336, 347, 352, 363, 379, 382 f., 386–388, 406, 408, 414, 421, 423, 436–439, 445, 455–457, 461–463, 470–474, 483–486, 488, 500, 507 f., 516, 530 f.

Amerikanische Besatzungszone/US-Zone 34, 38, 41, 70, 243 f., 253 f., 256, 276, 290, 294, 304, 325, 355, 391, 432 f., 442–444, 454, 467, 477, 479, 500, 504, 517

Andrée, Ernst, Mitglied des Zonenbeirats 414

Annan, Noel G., brit. Oberstleutnant; Mitarbeiter der Political Division der CCG/BE 52, 284, 360, 365, 367, 384 f.

Antz, Joseph, Gruppenleiter in der Kulturabt. der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Arnold, Karl, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Oberbürgermeister von Düsseldorf; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 19, 62, 64, 175–178, 207, 218, 242, 295, 392, 397, 409, 450, 475, 482, 498, 501, 505, 507

Arnsberg 135, 228, 263, 269, 474, 492

Asbury, William, Regional Commissioner für die Nord-Rheinprovinz, später Militärgouverneur von Nordrhein-Westfalen 376, 380 f., 405 f., 500

Aschendorf 262 f., 341, 406

Askwith, A. V., brit. Major; Leiter der Abt. IA & C und Controller der Militärregierung Nord-Rheinprovinz 47, 224, 254, 258, 282, 306 f., 315 f., 369, 375, 380, 406

Attlee, Clement, brit. Premierminister 33

Aubel, Peter van, Geschäftsführer des Deutschen Städtetages in der brit. Zone 190, 467

Aurich 262 f., 269, 341, 390, 443

Bad Driburg 129

Bad Godesberg 52 f., 75, 139 f., 383, 387, 413–415, 418, 420–422, 425, 434, 440, 452, 455, 459

Bad Neuenahr 17, 148

Bad Pyrmont 75, 314

Bad Sassendorf 487

Bad Tönisstein 17 f., 125, 127, 148

Baden s. auch Württemberg

Baden 225, 297, 325, 419

Baerleken, Wilhelm, Gruppenleiter in der Abt. Wiederaufbau bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Bailey, brit. Major, Militärregierung Westfalen 221 f., 286, 322, 333 f., 380, 386, 401, 403 f.

Balfour, Michael, brit. General, CCG/BE 52, 347, 376

Barbrock, Bernhard, Oberregierungsrat bei der Provinzialregierung Westfalen 154, 225, 326 f., 329, 372–374, 425, 446 f., 490, 512, 513

Barraclough, (Sir) John, brit. General, Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz 18 f., 21, 43, 47, 137, 139 f., 146 f., 174–178, 224 f., 229 f., 282, 285, 294, 369, 375, 392

Battersby, J., brit. Major, Militärregierung Westfalen 192

Bayern 15, 43, 69, 215, 232 f., 251, 269 f., 276, 280, 297, 309, 366, 405, 416, 418 f., 443, 469, 506, 517

Becker, Aloys, Mitarbeiter des Oberpräsidenten des Rheinprovinz-Militärdistrikts 17

Becker, Ludwig, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen 199

Beckmann, Kurt, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Mittelrhein 216

Belgien 61, 249, 370, 391, 499 f., 517

Bender, Clemens, Geschäftsführer der FDP-Westfalen 198–200, 211, 213

Bender, Paul, KPD-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Benkwitz, Walter, FDP-Politiker (Münster) 401, 404

Bentheim 260–262, 330, 341, 364, 453 f., 478

Berentzen, (verstorbener) Politiker aus Haselünne 400

Berg (Provinz) 271

Bergisches Land 49, 330, 342, 453

Berlin 14, 24, 29, 31–34, 38, 64, 126, 158, 166, 173, 205, 214, 218, 246, 289, 313, 324, 354, 365, 402, 429, 481 f., 486, 515, 517

Berry, (Sir) Henry Vaughan, Regional Commissioner für Westfalen (bis August 1946), dann bis 1949 für Hamburg 485

Bersenbrück 262, 341

Betteley, brit. Oberst, Militärregierung Hannover 185 f.

Betz, Anton, Lizenträger der „Rheinischen Post" in Düsseldorf 409

Beutler, H. Wilhelm, Vorstandsmitglied FDP-Nord-Rheinprovinz; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 315, 498, 501, 503

Bevin, Ernest, brit. Außenminister 30–35, 45 f., 51, 53 f., 62, 70, 81 f., 224, 247, 324, 345 f., 348, 352, 354, 361 f., 377 f., 384, 390–392, 402, 410, 427, 432 f., 499

Bidault, Georges, franz. Außenminister 29, 74, 224, 245 f., 352, 361, 377, 433

Bielefeld 50 f., 78, 237, 262 f., 330, 395, 424 f., 438, 449, 484 f.

Billotte, Pierre, franz. General 152

Bischoff, Karl, Leiter des Statistischen Amtes in Oldenburg 421

Bitburg 142

Bitter, Wilhelm, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 203, 205

Blank, Theodor, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 205

Blücher, Franz, Vorsitzender der FDP in der brit. Zone; Vorstandsmitglied der FDP-Nord-Rheinprovinz; Mitglied des Zonenbeirats 74 f., 314 f., 405, 428–431

Blum, Léon, franz. sozialistischer Politiker 245, 386

Bochum 32, 165, 438, 530

Bode, (Baron) Franz Heinrich von, Leiter der Abt. Verkehr und öffentliche Arbeiten der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 137, 169, 285

Böckler, Hans, vorläufiger Vorsitzender des DGB/Britische Zone; Mitglied des Zonenbeirats 190, 206, 219, 264, 273, 280

Böhme, Ernst, SPD-Politiker, Oberbürgermeister von Braunschweig 389, 499

Böhner, Franz, westf. Zentrumspolitiker; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 485

Böker, Siegfried, Mitglied im Vorstand des „Allgemeinen Industriearbeiterverbandes" (Bochum) 159 f.

Boelitz, Otto, Vorstandmitglied CDU-Westfalen 204

Bonn 18, 130 f., 138–140, 303

Borken 465

Bornefeld-Ettmann, Franz, Vorstandmitglied CDU-Westfalen 210

Bottrop 438

Bowen, brit. Oberstleutnant, Militärregierung Westfalen 192

Brandenburg 269

Brauda, Klaus, CDU-Politiker (Wuppertal) 207

Braunschweig (Land, Bezirk) 37 f., 41, 52, 65, 75, 178–181, 200, 261, 263, 277, 279, 291, 309, 334, 337, 341 f., 349, 361, 382, 385, 390, 421, 443, 452 f., 474, 488, 495, 498 f.

Braunschweig (Stadt) 57, 389, 499

Brecht, Arnold 16

Bremen 38, 40 f., 77, 88, 232, 234 f., 243, 263, 269, 276 f., 279, 290, 301, 309, 337, 341 f., 349 f., 367, 382, 390, 393, 407, 417, 443, 448, 478, 481, 495, 499

Bremervörde 341

Brenig, Paul, Hauptgeschäftsführer der IHK Arnsberg 407

Briand, Aristide 252

Brilon 228

Britische Besatzungszone/englische Zone 11 f., 24, 29 f., 34, 38–45, 47, 51–53, 57, 60, 62, 64–66, 68–71, 74–77, 80 f., 86–88, 136, 151–153, 156, 161, 167, 173 f., 177, 189, 191, 193, 204, 206, 209, 224, 228, 231, 237–240, 243 f., 251, 253 f., 257, 263–266, 268–270, 272, 275–279, 290, 292 f., 300, 304, 308 f., 313, 316, 322 f., 325, 330, 333–336, 338, 340 f., 346, 348 f., 351 f., 355 f., 358, 364, 366 f., 371, 375–387, 390 f., 393–395, 397, 399, 402, 406, 407–410, 413, 415–417, 421 f., 424–426, 432–434, 436 f., 441–444, 451–458, 463, 467, 469, 470, 474, 476 f., 481, 484, 486 f., 493–495, 498, 500, 502–504, 507 f., 513–515, 518

Britton, brit. Major, Militärregierung Nord-Rheinprovinz 284 f., 307

Brockhausen, Erich, Hauptgeschäftsführer der IHK Bochum 407

Brockmann, Johannes, westf. Zentrumspolitiker; Generalreferent für Kultur der Provinzialregierung Westfalen 201, 333, 386, 518

Brodehl, Gruppenleiter in der Abt. Verkehr und öffentliche Arbeiten der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Brüning, Heinrich 414, 417, 419

Brüning, Kurt, hannoverscher Sachverständiger 252

Budde, Eugen, Legationsrat a. D., Informant Lehrs beim Länderrat 42, 50, 245–252, 258, 352–354, 370 f., 432 f., 467–470

Bückeburg 265, 322

Bünde 326, 406, 462

Burg Steinfurt 261, 263, 438

Burghartz, Arnold, rhein. Zentrums-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 301, 436

Burlage, Politiker im Regierungsbezirk Osnabrück 400

Burrows, (Sir) Bernard A. B., Erster Sekretär im brit. Außenministerium 432

Busch, Clemens, Regierungspräsident Köln 264

Busch, Hans, Oberregierungsrat bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 131

Butschkau, Fritz, Gruppenleiter in der Abt. Finanzen der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 168

Byrnes, James F., US-Außenminister 34, 427, 433

Campe, Carl Rudolf von, hannoverscher Sachverständiger 414

Celle 462, 485

Chadwick, Cecil A. H., brit. General, Kommandeur der Militärregierung Westfalen 24, 28, 55, 168, 201–203, 221–223, 286, 320, 322

China 432

Cloppenburg 37, 55, 59, 179 f., 186, 262, 331, 406, 439, 478

Cochem 152

Connor, brit. Major, Militärregierung für den Regierungsbezirk Münster 396

Conradsen, Bruno, Gruppenleiter in der Kulturabt. der Provinzialegierung Nord-Rheinprovinz 169

Cosack, Adolf, Präsident der IHK Arnsberg 407

Creybohm, Kommunalpolitiker im Landkreis Cloppenburg 180

Cutting, C. H., brit. Hauptmann, Leiter der Abt. Manpower der Militärregierung Westfalen 192

Cuxhaven 263, 341

Däbritz, Walther, Leiter des Rhein.-Westf. Instituts für Wirtschaftsforschung (Essen) 77, 79, 301, 375 f., 393, 451

Davis, F. C., brit. Oberstleutnant, Leiter der Abt. Flüchtlinge der Militärregierung Westfalen 201

Degkwitz, Rudolf, Mitglied des Zonenbeirats 414

Deist, Willi, westf. CDU-Politiker 205

Deiters, Gustav, Präsident der IHK Münster 407, 409

Detmold 78, 134, 322, 408, 424, 449, 464

Deutschland s. auch Mittel-, Nordwest-, Süd-, Westdeutschland

Deutschland/Deutsches Reich/Deutsches Vaterland 9, 29–35, 41 f., 45, 49, 53, 55, 57, 60 f., 63–67, 69, 71–75, 81, 86 f., 89, 125, 128, 146, 163–165, 167, 184 f., 211, 214 f., 224 f., 231–236, 239, 244–248, 250, 252 f., 258 f., 262, 269, 285 f., 288, 304, 308, 311, 315, 324–326, 329, 331, 335–338, 343, 348, 351, 354–358, 366, 370, 372, 374, 376–379, 383 f., 387, 389, 391, 399–405, 410, 414 f., 417, 419 f., 422, 426–435, 439–445, 450, 460, 466, 468, 470, 477, 487, 499, 501–503, 505 f., 509, 512, 517 f., 520, 523,

Diekmann, Franz, westf. Landeshauptmann († 1944) 16

Dillon, brit. Oberst, Kommandeur der Militärregierung für Oldenburg 185

Dinkelbach, Heinrich, Finanzdirektor der Vereinigten Stahlwerke (Düsseldorf) 264

Ditzen, Heinrich Josef, Kaufmann 83

Dobbert, Alfred, Vorstandsmitglied SPD-Niederrhein; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz; Redakteur des „Rhein-Echo" (Wuppertal) 70, 219, 496

Dominicus, Max, rhein. FDP-Politiker 314

Dorten, Hans Adam, rhein. Separatistenführer 139

Dortmund 33, 59, 204, 213, 348, 412, 516

Douglas, (Sir) Sholto, Luftmarschall, Militärgouverneur für die brit. Besatzungszone 46, 52, 340, 347, 485, 498

Dovifat, Emil, Berliner CDU-Politiker, Chefredakteur 207

Drake, Heinrich, SPD-Politiker; Landespräsident des Landes Lippe; Mitglied des Zonenbeirats 36, 50, 84, 134, 348, 382

Dresden 429

Drews, Bill, preuß. Innenminister († 1938) 271, 417

Drexelius, Wilhelm, Sachverständiger aus Hamburg 414

Drummond, Sir Eric (Earl of Perth), brit. Politiker 248, 251

Düsseldorf (Regierungsbezirk) 18, 132, 136, 138, 141–143, 148 f., 159 f, 263 f., 269, 280, 492

Düsseldorf (Stadt, Sitz der Provinzialregierung) 12, 17 f., 33, 35, 42, 46, 50, 53, 64, 67, 71, 73 f., 79, 83–86, 89, 130, 136 f., 139 f., 143, 152, 162, 176 f., 181–184, 186–188, 191, 195, 200, 206, 224, 232, 237, 244, 251, 259, 273, 296, 306, 314, 345, 347, 358 f., 363, 389, 397, 409, 445, 450, 484–486, 488–492, 495 f., 498, 500, 513–515, 521, 523

Duisburg 67, 71, 86, 143, 270, 358, 450

Durlack, Stefan, FDP-Politiker (Krefeld) 314

Ebert, Christian, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 203

Edwards, W. H. G., brit. Major, Militärregierung Westfalen 192

Egbring, Bürgermeister von Goldenstedt 185 f.

Eifel 142, 270

Eisenhower, Dwight David, amerikan. General, Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte; Militärgouverneur der amerikan. Besatzungszone 166

Elbe (Fluß) 337, 342

Elsaß-Lothringen 166

Emck, J. H. A., brit. Major, Leiter der Abt. Adm & Loc Gov und Controller der Militärregierung Westfalen 46, 48, 192, 194, 201, 221, 266, 292, 320–322, 386, 447

Emsland 73, 179, 226, 262, 272, 330, 335, 361 f., 400, 423

Endersbach 244

England s. Großbritannien

Ernst, Johann, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 220

Erzberger, Matthias 416, 419

Essen 58 f., 72, 74, 143, 259, 301, 314, 368, 377, 446, 466

Esterhues, Josef, Gruppenleiter in der Kulturabt. der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Europa 163, 246, 248, 276, 356, 366, 371, 378, 428 f., 434, 444 f., 466, 521

Evans, E. W., Mitarbeiter der CCG/BE 192

Fenzky, Maria, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Mittelrhein 216

Fielden, brit. Oberst, Militärregierung Nord-Rheinprovinz 155 f.

Finnland 432

Firebrace, J. A., brit. Major, Militärregierung Westfalen 192, 201

Fränken, Fritz, rhein. KPD-Politiker 450

Franken, Anne, Vorstandsmitglied der CDU-Rheinland; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Frankfurt/Main 429

Frankreich 29–31, 35, 42, 58, 61, 67, 72, 163 f., 166, 224, 233, 245–249, 251 f., 324, 352 f., 355 f., 366, 370 f., 377, 391, 429, 433, 509, 517 f.

Französische Besatzungszone 29, 136, 152, 304, 336, 345, 347 f., 391, 444, 454, 500, 504, 516 f.

Fratzscher, Alfred, Vorstandsmitglied der FDP-Nord-Rheinprovinz 314 f.

Frederik, brit. Major, Militärregierung Nord-Rheinprovinz 230

Frey, Martin, Gruppenleiter in der Abt. Landwirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 170

Fricke, Hans Joachim, Hauptgeschäftsführer der IHK Hannover 448 f., 463

Friedrich, Helmut, Vorstandsmitglied der FDP-Westfalen 197

Fries, Fritz, SPD-Politiker, Regierungspräsident Arnsberg 228

Frings, Josef, Erzbischof von Köln 258, 264

Fritzen, Karl, Gruppenleiter in der Abt. Verkehr der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Frowein, Abraham, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz; Präsident des Zentralamtes für Wirtschaft (Minden) 219

Fuchs, Hans, Oberpräsident des Rheinprovinz-Militärdistrikts; Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz 17–19, 21 f., 35, 60, 125, 127 f., 130 f., 137–152, 155 f., 165 f., 168, 170, 174 f., 177

Funcke, Propst der Evangelischen Kirche von Westfalen 441

Gaffey, Hugh, amerikan. General, Kommandeur des XXIII. Corps der 15. US-Armee 132

Galen, Wilhelm Emanuel von, Landrat in Lingen 186

Gaulle, Charles de, franz. General und Ministerpräsident 35, 66, 163–166

Geiler, Karl, Ministerpräsident von Groß-Hessen 70, 442 f.

Geissbüsch, Nikolaus, Gruppenleiter in der Abt. Finanzen der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 168

Gelsenkirchen 77, 438

Gérard, Heinrich, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Mittelrhein 716

Gerfeldt, Ewald, Leiter der Abt. Gesundheit der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 168

Gerhard, Otto, Geschäftsführer der IHK Siegen 407

Gerow, Leonard T., amerikan. General, Oberbefehlshaber d. 15. US-Armee 127 f.

Geyer, Franz, CDU-Politiker, Oberbürgermeister von Bochum 490, 530

Gibb, brit. Major, Verbindungsoffizier beim Zonenbeirat 253 f.

Gierlichs, Alban, Gruppenleiter in der Abt. Wirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 131, 170

Gieselmann, Franz-Josef, Hauptgeschäftsführer der IHK Münster 76–79, 350, 395, 396–398, 407–409, 424, 445 f., 448 f., 451, 463

Gildemeister, Stefan, Gruppenleiter in der Kulturabt. der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Gilsing, Anton, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 203

Gladbeck 59

Glock, Georg, rhein. SPD-Politiker 19, 175–178

Gnoß, Ernst, Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 88 f., 181, 191, 196 f., 206, 218, 264, 278, 282, 302, 397, 488, 495 f., 498, 503

Göbel, Fritz, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Görlinger, Robert, Vorsitzender des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz; Mitglied des Zonenbeirats 19 f., 67 f., 88, 170, 181–184, 186 f., 190–191, 206, 216–218, 235, 264, 278–280, 299, 397, 418, 435 f., 495, 498, 503–507, 520–522

Göring, Hermann 133

Goldmann, Karl, Gruppenleiter in der Abt. Gesundheit der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 168

Gouin, Felix, franz. Ministerpräsident 31, 42, 245, 258

Greinert, Hellmuth, Gruppenleiter in der Abt. Finanzen der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 155, 168, 490

Gressler, Julius, rhein. FDP-Politiker; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 306

Grogan, A.E., brit. Hauptmann, Militärregierung Westfalen 192, 201

Gronowski, Johannes, Vorsitzender der CDU-Westfalen; Mitglied im Provinzialat Westfalen 62 f., 163, 210 f., 286, 323, 333, 351, 386 f., 455, 457, 459, 461, 484, 516

Groß, Emil, Sekretär des SPD-Bezirks Östliches Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 209 f., 333, 386, 395, 426, 461 f., 484

Großbritannien/England 10, 29 f., 34, 51, 156, 178, 227, 245–247, 249, 251, 269, 301, 320, 324, 352–354, 370, 403, 410, 415, 432, 499, 509, 517 f.

Großhessen/Groß-Hessen (Land) 225, 233, 297, 325, 390

Groth, Hubert, Mitglied des Zonenbeirats 383, 414, 416

Grünberg, Oberregierungsrat bei der Provinzialregierung Westfalen 225, 465

Grumbach, Salomon, franz. sozialistischer Politiker 258

Gütersloh 395

Gummersbach 191, 206

Gumppenberg, Maximilian von, Mitarbeiter bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 414

Guntermann, Friedrich, Vorstandsmitglied FDP-Nord-Rheinprovinz 314

Haake, Ferdinand, westf. Zentrums-Politiker 220

Habel, Werner, Gruppenleiter in der Abt. Landwirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 170

Hackethal, Franz, Regierungspräsident Münster 24, 228 f.

Hadeln 341

Haefs, rhein. Zentrums-Politiker (Düsseldorf) 450

Härdle, Minna, rhein. SPD-Politikerin; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219, 397

Hagemann, Eduard, Landeshauptmann und stellv. Oberpräsident der Provinz Hannover 153 f.

Hagen 59

Hahnenklee 76, 350, 360, 367, 424

Halbfell, August, SPD-Politiker, Generalreferent für Arbeit der Provinzialegierung Westfalen 193, 201

Halle/Westf. 424, 438

Hamacher, Wilhelm, Vorsitzender der Zentrums-Partei Britische Zone; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 73, 207, 264, 278, 280, 397, 498, 518

Hamburg 38–40, 43, 46, 52, 88, 180 f., 237, 244, 251, 257, 263, 266, 268, 276 f., 279, 280, 282, 290 f., 294, 296, 301, 303, 309, 313, 325, 333 f., 336 f., 341–343, 361, 378, 380–382, 385, 390 f., 397, 399, 406, 418, 421, 429, 436 f., 443, 462, 468, 478 f., 482, 495, 498 f., 502, 507

Hamm 263, 396, 453

Hannover s. auch Niedersachsen

Hannover (Provinz, Land, Regierungsbezirk, Landschaft) 16, 36–38, 41, 43–45, 52, 54 f., 59, 65 f., 78, 84, 88, 151, 153–155, 160, 178–181, 186, 190 f., 212, 215, 217, 224, 226, 257, 260–263, 265 f., 269, 272, 276 f. 281, 283, 290 f., 293, 300 f., 303, 309 f., 313, 321 f., 334–337, 341 f., 344, 346 f., 349 f., 352, 360 f., 364, 382, 384, 393 f., 396 f., 400, 407, 411, 413, 417, 419, 421, 423–425, 427, 438 f., 443, 445, 452 f., 455 f., 465, 476, 478, 481, 484, 486, 491 f., 495, 498 f., 531

Hannover (Stadt) 13, 36, 44, 59, 65 f., 68, 184, 196, 299, 310, 365

Hansmann, Wilhelm, westf. SPD-Politiker, Oberstadtdirektor von Dortmund; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 333, 348

Harkort, Friedrich 190

Harvey, (Sir) Oliver Charles, Deputy Under-Secretary of State im brit. Außenministerium 324

Haseland 330

Haselünne 400

Haslock, C. I. E., brit. Major, Militärregierung Westfalen 192, 201

Haus, Rudolf, Hauptgeschäftsführer der IHK Detmold 407

Haushofer, Albrecht 16

Heeke, August, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 204

Hegmann, Heinrich, rhein. CDU-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218

Heile, Wilhelm, Vorsitzender bzw. Präsident der FDP in der brit. Zone; Mitglied des Zonenbeirats 75, 289, 291, 383, 414–418, 421

Heimerich, Hermann, Oberregierungspräsident des Bezirkes Mittelrhein-Saar 18, 132 f., 136, 139, 149

Heine, Fritz, Mitglied im zentralen SPD-Vorstand der Westzonen 365

Heinemann, Gustav, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218, 278, 281, 397, 498

Heinen, Franz, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 296

Helferich, Heinrich, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 203

Heller, Karl Hermann, Generalreferent für Wiederaufbau und Wohnungswesen der Provinzialregierung Westfalen 26, 192, 201, 484

Helmrich, Wilhelm, Wirtschaftshistoriker 255, 389

Hemsath, Heinrich, westf. SPD-Politiker 87

Hennemann, westf. CDU-Politiker 203

Henßler, Fritz, Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen; Oberbürgermeister von Dortmund; Mitglied im Provinzialrat Westfalen; Mitglied des Zonenbeirats 9, 59, 67 f., 70, 87 f., 163–165, 282, 288, 312 f., 333, 348, 377, 383, 386–388, 401, 403, 414, 420, 440, 442, 455, 487 f., 514

Herford 59, 210, 262, 395, 406, 424, 438, 451, 483

Hermes, Andreas, Erster Vorsitzender der CDU (Berlin) 205, 380

Herne 26, 59, 199

Hertz, Rudolf, rhein. FDP-Politiker 314

Herzfeld, Karl, rhein. KPD-Politiker; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Herzner, Franz, rhein. KPD-Politiker; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Hessen s. auch Großhessen

Hessen („Freistaat") 15

Hessen/Rheinhessen/Hessen-Nassau 17 f., 86, 127 f., 132, 136, 148, 190, 267, 269, 270, 516

Heuer, westf. CDU-Politiker 203

Heukamp, Hermann, Generalreferent für Landwirtschaft und Ernährung der Provinzialregierung Westfalen 26, 333

Heuser, Werner, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Heymann, Fritz, Gruppenleiter in der Abt. Landwirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 170

Heyne, Hermann, Regierungsrat in Minden 464 f.

Hilden 148

Hildesheim 261, 263, 269, 341, 445

Hillenkötter, Albert, westf. CDU-Politiker 203

Hiltrup 151

Hitler, Adolf 165, 251, 468, 512

Högner, Wilhelm, bayerischer Ministerpräsident 244, 420, 469

Höpker-Aschoff, Hermann, Generalreferent für Finanzen der Provinzialregierung Westfalen 26, 50, 54 f., 58, 163, 225, 260, 340, 352, 390 f., 412, 446 f., 455, 483, 490

Höxter 59, 211, 395 f., 453

Hoffmann, Hans, Oberregierungspräsident für „Hessen-Pfalz" 149

Holland 61, 249, 255, 262, 337, 370, 391, 499 f., 517

Holzapfel, Friedrich, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen; Oberbürgermeister von Herford; Mitglied des Zonenbeirats 59, 63 f., 204, 395, 406, 451, 483, 510

Homberg/Ndrh. 196

Hoppe, Anton, westf. CDU-Politiker 203 f.

Horion, Johannes, Landeshauptmann der Rheinprovinz († 1933) 16

Hübinger, Paul Egon, persönl. Referent von Oberpräsident Fuchs 155, 165, 168

Hunsrück 142, 270

Hynd, John B., brit. Deutschlandminister 13, 33, 57 f., 69, 82, 258, 365, 367, 376, 380, 389, 468

Ibbenbüren 261, 478

Iburg 262

Idar-Oberstein 132, 148

Iserlohn 137

Italien 432

Jäger, hannoverscher Sachverständiger 414, 417, 419

Jagenburg, Paul, westf. KPD-Politiker 163

Jambor, Max, westf. Zentrumspolitiker; Oberregierungsrat im Regierungspräsidium Arnsberg 519

Janich, Franz, Gruppenleiter in der Abt. Allgemeine Verwaltung der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 40, 268, 768

Janssen, FDP-Politiker (Haan/Rhld.) 314

Jenner, Hans Bruno, Regierungspräsident Münster 228

Joest, August von, rhein. CDU-Politiker; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Jöstingmeier, Georg, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 62 f., 203, 205, 333–335, 386 f., 401, 403 f., 455, 484

Josten, Paul, Mitarbeiter im Sekretariat des Zonenbeirats 414, 418

Kämper, Sekretärin von Oberpräsident Lehr 278, 285

Kaisen, Wilhelm, SPD-Politiker; Bürgermeister von Bremen 238, 382

Kaiser, Ewald, westf. KPD-Politiker; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 199, 220, 484

Kaiser, Jakob, Vorsitzender der CDU-Berlin 86, 515

Kannengießer, Josef, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 63 f., 203 f., 210 f., 351, 399–401

Karl, Albin, SPD-Politiker, Mitglied des Zonenbeirats 383, 414

Karlsruhe 429

Kassel 269 f., 424

Katzenberger, Hermann, Vorstandsmitglied CDU-Berlin 86, 515

Keith, brit. Hauptmann, Militärregierung Nord-Rheinprovinz 227

Kiel 180, 269, 495

Kipp, Georg, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen 197

Kitz, Wilhelm, Leiter der Abt. Finanzen der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz; Erster Landesrat des Provinzialverbandes Rheinland 17, 37, 50, 125–127, 130, 137, 141, 148, 154, 161, 168, 267–271, 345–347, 357, 414, 416 f., 490, 529 f.

Klein, Rudolf, kommissarischer Oberpräsident der Provinz Westfalen 23 f., 27, 36, 129, 134 f., 157

Kleve 271

Klink, brit. Hauptmann, Militärregierung für den Regierungsbezirk Münster 396

Klönne, Moritz, Fabrikant in Dortmund 190

Kneble, N. B. C., brit. Leutnant, Dolmetscher bei der Militärregieung Westfalen 192

Koblenz (Regierungsbezirk, Stadt) 18, 29, 58, 131–133, 136, 138, 141 f., 148, 151, 280, 309, 349, 378, 444, 454, 468, 477, 508, 513 f., 516, 530

Koch, E., Mitarbeiter der IHK Detmold 407, 484

Koch, Hans, Minister in der Separatistenregierung Dorten 1923/24 139

Köbler, Franz, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf 264

Kölges, Max, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Köln (Erzbistum) 260, 342, 512

Köln (Regierungsbezirk) 18, 132, 136, 138, 141–143, 148, 159 f., 263 f., 269, 453, 492, 514

Köln (Stadt) 13, 29, 57, 59 f., 71, 74, 86, 88, 143, 176, 181–184, 191, 206, 215 f., 231, 235, 258 f., 270, 300, 302, 314, 368, 376, 379, 387 f., 390, 417 f., 436, 451, 467 f., 483, 495, 503 f., 520, 530

Köppen, Werner, Gruppenleiter in der Abteilung Volkswohlfahrt der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Köster, Kajus, Mitarbeiter im Sekretariat des Zonenbeirats 414

Kolb, Walter, rhein. SPD-Politiker, Oberstadtdirektor von Düsseldorf 50, 206, 218, 236, 278, 280, 498

Kolbow, Carl-Friedrich, Landeshauptmann der Provinz Westfalen († 1945) 16

Konen, Heinrich, Rektor der Universität Bonn; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218, 264, 303, 435 f.

Konrad, Gruppenleiter in der Abt. Volkswohlfahrt der Provinzialegierung Nord-Rheinprovinz 169

Kopf, Hinrich Wilhelm, SPD-Politiker, Oberpräsident der Provinz Hannover; Mitglied des Zonenbeirats 37, 39, 41, 50, 53, 66, 76, 78, 81, 88, 180, 224 f., 243, 257, 263, 276, 279, 346, 348–350, 360, 382 f., 386, 397, 414 f., 417, 421, 423 f., 445, 478

Kost, Heinrich, Generaldirektor von Rhein-Preußen (Homberg) 264

Kottenberg, Kurt Rudolf, Mitarbeiter bei der Provinzialregierung Nord-Rheinrovinz 414

Kraemer, Peter, FDP-Politiker (Bonn) 314

Krefeld 330

Kriedemann, Herbert, Mitglied im zentralen Parteivorstand der SPD der Westzonen; Mitglied des Zonenbeirats 186 f., 310, 414

Kroll, Joachim, Rektor der Universität Köln; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218, 264

Kubel, Alfred, Ministerpräsident des Landes Braunschweig; Mitglied des Zonenbeirats 382, 414

Kühbach, Wilhelm, Gruppenleiter in der Abt. Landwirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 170

Kühl, Ernst, Landesrat des Provinzialverbandes Westfalen 411 f.

Küster, August, Hauptgeschäftsführer der IHK Essen 77, 375 f., 393, 407, 451

Kuhnen, Ludwig, SPD-Politiker; Oberbürgermeister von Aachen; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 235 f.

Kunst, Hermann, Superintendent der Evangelischen Kirche von Westfalen 441

Kuske, Bruno, SPD-Politiker, Leiter der Abt. Wirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 19 f., 44, 49, 68, 88, 130, 137, 170 f., 181–183, 189–191, 206, 230, 255, 285, 295, 346, 357, 389, 393, 414, 416–418, 420, 424, 464, 520–522

Ladebeck, Arthur, SPD-Politiker, Oberbürgermeister von Bielefeld 424 f.

Lammers, Aloys, CDU-Politiker, Leiter der Abt. Kultur der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 21, 230

Lammers, Ursula, Dolmetscherin bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 174

Langhoff, Wolfgang, rhein. KPD-Politiker, Mitlied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218

Larking, brit. Major, Militärregierung Nord-Rheinprovinz 284 f.

Ledingham, George A., brit. Oberst, Kommandeur der Militärregierung Westfalen 23, 36

Ledwohn, Josef, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 71 f., 199, 214, 333, 335, 379 f., 455, 459–461, 484

Lehr, Robert, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz; Vorsitzender des Zonenbeirats 12, 18–22, 35 f., 39–44, 46, 50–53, 66, 68, 77, 79, 81–84, 136, 162, 165, 168, 174–176, 180–182, 188 f., 191, 195 f., 206 f., 218–220, 224 f., 227, 229–232, 234–237, 242–245, 253 f., 256–258, 264 f., 268–271, 275–279, 283–285, 295–310, 315 f.,

326, 340–350, 352, 354–357, 360, 367–370, 375 f., 379–385, 391–393, 397, 405 f., 414–421, 433–436, 443, 445, 464, 490, 494, 497–507, 511, 523

Lensing, Lambert, Vorsitzender bzw. Vorstandsmitglied der CDU-Westfalen 163, 198, 200, 203–205, 210, 212–215, 220

Leon, brit. Sergeant, Militärregierung Westfalen 333 f., 386

Lichtenstein, Kurt, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 211, 220

Liebenau 260

Lindner, Wilhelm, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 62, 203 f., 333, 386 f., 484

Lingemann, Heinrich, Oberlandesgerichtspräsident Düsseldorf; Mitglied des Zonenbeirats 131, 137, 156, 165, 383, 388, 414, 418, 420, 424

Lingen 55, 59, 186, 260–262, 341, 364, 406, 439, 478

Lippe/Lippe-Detmold (Land) 24, 36, 38, 41, 46, 49, 54 f., 78 f., 84, 129, 134 f., 157, 166 f., 210, 226, 260–263, 277, 279, 293, 309, 319, 322, 326–330, 334–337, 339, 341–344, 348 f., 356, 361–364, 371, 373, 382, 385, 388, 394, 406 f., 410, 412 f., 424, 438 f., 453 f., 476–478, 484, 486, 491 f., 498, 526, 531

Lippstadt 396, 425

Löningen 260

Löns, Josef, Generalsekretär der CDU in der brit. Zone 86, 521

London 10, 29 f., 38, 47, 53, 55, 58, 79–82, 321, 384, 432 f.

Lothringen 324

Lude, Philipp, Regierungspräsident Aachen 264

Lübbecke 52, 347, 365, 384, 438

Lübeck 51 f., 325, 339 f., 347, 349, 357, 360, 362, 379–381, 386, 443

Lüneburg 263, 269, 341

Lüninck, Ferdinand von, Oberpräsident der Provinz Westfalen († 1944) 153

Luther, Hans 15

Luxemburg 61, 391, 517

Maaß, Bruno, Vorstandsmitglied FDP-Nord-Rheinprovinz 314

Macintyre, A. C., brit. Oberstleutnant, stellv. Kommandeur der Militärregierung Nord-Rheinprovinz 139 f., 149–152, 155 f., 174

Mangoldt, Hermann von, Sachverständiger aus Schleswig-Holstein 258

Mark (Landschaft, Grafschaft) 260, 330, 514

Marx, Franz, Mitglied der SPD-Bezirksleitung Obere Rheinprovinz 181, 183 f.

Mecklenburg 279, 478

Meister, Fritz, rhein. SPD-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219, 397, 498

Melle 341, 364

Mende, Erich, Sekretär der FDP-Nord-Rheinprovinz 314 f.

Menzel, Walter, Mitglied der SPD-Bezirksleitung Westliches Westfalen; Generalreferent für Innere und Allgemeine Verwaltung der Provinzialregierung Westfalen 24, 44, 47 f., 50 f., 54–56, 67, 78, 87 f., 192, 211, 220 f., 293, 310–313, 320 f., 333 f., 336–340, 347, 352, 358–364, 382, 386, 414, 416–419, 424 f., 440, 446 f., 455, 457–462, 471, 476–481, 483–485, 487, 492

Meppen 55, 59, 186, 260, 262, 341, 406 f., 439

Mertes, P. H., stellv. Hauptgeschäftsführer der IHK Dortmund 407

Mesch, Mitarbeiter der IHK Detmold 407

Meve, L. M., Mitarbeiter der Militärregierung Westfalen 201

Middelhauve, Friedrich, Vorsitzender der FDP-Nord-Rheinprovinz; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 75, 89, 264, 278, 296, 314 f., 397

Minden (Regierungsbezirk, Stadt, Bistum, Kreis) 41, 46, 62, 135, 160, 251, 260–263, 269, 277, 279, 284, 296 f., 394 f., 424–426, 438, 445, 465, 474, 476, 478, 484, 492, 531

Minden-Ravensberg s. auch Ostwestfalen

Minden-Ravensberg (Landschaft) 49, 54, 78, 84, 261, 262, 330, 334, 343 f., 364, 413, 424 f., 453 f., 465, 477 f., 486, 514, 531

Mitchell, V., brit. Major, Militärregierung Westfalen 192

Mitteldeutschland 61, 263, 453

Mittelrhein-Saar (Oberregierungsbezirk) 18, 132

Möhle, SPD-Politiker (Münster) 197

Moelen, Adolf Stier tom, Sonderbeauftragter Bremens beim Länderrat 414

Moers 166

Mohr, Karl, Gruppenleiter in der Abt. Wirtschaft der Provinzialegierung Nord-Rheinprovinz 169

Molotow, Wjatscheslav, sowjet. Außenminister 32 f., 249, 370, 433, 517

Moore, amerikan. Oberleutnant 132

Moselgebiet 309

Mosheim, Theobald, Gruppenleiter in der Abt. Wirtschaft der Provinialregierung Nord-Rheinprovinz 131, 165, 169, 180

Muckermann, Richard, rhein. Zentrumspolitiker 518

Müller, Prof. (Münster) 226

Müller, Hanns, rhein. FDP-Politiker 314

Müller, Karl, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Leiter der Abt. Landwirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 137, 141, 148, 170, 220, 242, 284, 482, 508

München 429

Münster (Bistum) 260, 331

Münster (Regierungsbezirk) 23 f., 59, 135, 160, 269, 492

Münster (Stadt, Sitz der Provinzialregierung) 12 f., 23, 27, 33, 35, 37, 44 f., 49–52, 54–57, 61, 67, 71, 73, 78, 85–87, 129 f., 135, 137, 151, 153, 162, 186, 197, 202 f., 228, 251, 259, 261, 263, 266, 272, 352, 358 f., 362 f., 393, 400, 402, 406, 412, 448, 465, 474, 486, 488 f., 491, 512 f.

Münsterland 76 f., 263, 330, 342–344, 453, 465, 514

Naunin, Helmut, Landesrat beim Provinzialverband Westfalen 13, 37, 44, 49 f., 52, 54, 58 f., 63, 76, 78, 82, 225, 228 f., 255, 260–263, 267 f., 326, 329–332, 340, 345–350, 372 f., 389, 411 f., 424 f., 441, 514

Nansen, Sven (alias Zech-Nentwich), Mitarbeiter bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 357, 384–386, 392, 414

Necker, Kurt, Regierungspräsident Düsseldorf 264

Neheim-Hüsten 61

Neiße (Fluß) 430

Neustadt a.d.H. 18, 125, 131

Niederrhein 207, 270 f., 342, 344, 413, 453

Niederrhein-Westfalen (geplantes Land) 16

Niedersachsen/Groß-Niedersachsen/Groß-Hannover (Land, Landschaft) 16, 37, 41, 43 f., 65, 76–78, 81, 88, 153, 180, 191, 243, 251, 263, 270, 276, 279, 281, 303, 309, 313, 325, 334, 341–343, 349 f., 355, 360, 362, 384, 390, 400, 417, 424 f., 438, 443, 448, 454, 465, 488, 514

Niederstein, Mitarbeiter der IHK Siegen 407

Nieswandt, Wilhelm, rhein. SPD-Politiker; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Nölting, Erik, SPD-Politiker, Generalreferent für Wirtschaft der Provinzialregierung Westfalen 44, 78, 88, 192, 225, 255, 386, 393, 407, 445, 451, 455, 484, 521

Nord-Rheinland/Rheinland/Land Niederrhein/u.a. (geplantes Land) 14, 41–44, 62, 64, 70, 155, 257, 263 f., 271, 273, 277, 279, 301, 303, 305, 309 f., 334, 336, 343, 390, 399, 421, 475, 477, 482

Nord-Rheinprovinz/Rheinland 9, 11, 14, 17–23, 25, 27, 30, 32–35, 38–44, 46–54, 56–58, 60–66, 68–77, 79, 81–83, 85, 88 f., 125, 130, 133, 136–139, 141–147, 149, 151 f., 155 f., 158–160, 165, 170, 173–178, 181, 188 f., 191, 196, 200, 208, 227, 231, 236 f., 240, 242, 244 f., 250–252, 255, 259, 263 f., 267 f., 272–275, 277, 283–285, 291, 293, 295–298, 302 f., 305, 307–309, 314, 316 f., 323, 325–331, 334 f., 337, 341–343, 345–351, 353 f., 356, 358, 359–364, 366 f., 369–373, 376 f., 380–382, 384 f., 387 f., 390–394, 397, 399 f., 405 f., 408 f., 411–413, 420, 424, 434 f., 444, 448, 467, 470, 475–478, 482, 484–492, 495 f., 498 f., 502, 505, 507 f., 510–513, 519–521, 523 f., 529–531

Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Westfalen (Land) 9–16, 23, 34, 36, 56, 59, 64 f., 68, 70, 72, 76, 79, 82–89, 134, 215, 228, 322, 340, 392, 394, 413, 476, 480, 482, 484, 486, 490–494, 498, 500–504, 506, 508–510, 512–516, 518, 520, 523, 526, 529, 531

Nordsee 41, 68, 171, 190, 243, 301, 498

Nordseeprovinz/Küstenland/Nord-Ostsee-Land 44, 270, 290, 310, 337, 341 f., 350, 361, 443

Nordwestdeutschland/nordwestdeutscher Raum 40 f., 45, 81, 180, 225, 244, 331 f.

Ochtrup 438

Oelde 211

Oer, Clemens von, westf. CDU-Politiker, stellv. Oberpräsident der Provinz Westfalen 24, 26, 46, 48, 54, 58, 154, 185, 192–194, 201–203, 211, 266, 292 f., 320–322, 386, 390, 403, 412 f., 425 f., 455, 483

Oldenburg s. auch Südoldenburg

Oldenburg (Land, Stadt) 37 f., 41, 52, 65, 160, 178–181, 185, 226, 261–263, 277, 279, 281, 293, 300, 309, 334, 337, 341 f., 349, 361, 382, 385, 390, 400, 410, 413, 419, 421, 423, 427, 439, 443, 448, 474, 477 f., 488, 495, 498 f.

Osnabrück (Regierungsbezirk, Bistum, Gebiet, Kreis) 16, 36, 46, 49 f., 54 f., 63, 73, 77, 79, 84, 153, 159, 179, 181, 226, 260, 261–263, 269, 272, 326–328, 330 f., 334–337, 339, 341–343, 347, 349 f., 356, 361 f., 364, 371, 390, 399 f., 406, 412 f., 423, 439, 453 f., 478, 492, 518, 526

Osnabrück (Stadt) 55, 63, 211, 341, 364, 400, 516

Osterholz 341

Ostfriesland 261, 293, 477

Ostmann, Bürgermeister 180

Ostsee 41, 243, 301, 498

Ostwestfalen s. auch Minden-Ravensberg

Ostwestfalen 16, 54, 59, 263, 291, 313, 342–344, 395, 427, 465, 520

Otto, Paul, hannoverscher CDU-Politiker, Mitglied des Zonenbeirats 401, 482

Paderborn 260

Papen, Franz von 23, 207

Papenburg 260, 478

Paris 31 f., 34, 51, 248, 258, 279, 281, 324, 348, 354, 361, 370, 377, 399, 402 f., 427, 432–434, 450, 499, 502, 504, 505, 508 f., 515, 517

Parker, Mitarbeiter der Militärregierung Westfalen 483

Patterson, brit. Oberst, Militärregierung Hannover 263, 266, 397

Patterson, R. P., Oberst in der 15. US-Armee 127

Paul, Hugo, Vorsitzender des KPD-Bezirks Niederrhein; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218, 232 f., 235 f., 264, 358, 397, 498, 501–504, 506 f.

Penz, Karl, rhein. FDP-Politiker 314

Perk, Willi, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 71, 333, 455

Petermann, Johann, Regierungspräsident Osnabrück 399–401

Petersen, Katharina, (stellv.) Mitglied des Zonenbeirats 414

Petersen, Rudolf, regierender Bürgermeister von Hamburg; Mitglied des Zonenbeirats 180, 237 f., 244, 382

Pfalz/Rheinpfalz 17 f., 86, 125, 127 f., 132, 136, 148, 516

Pferdmenges, Robert, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219, 414

Philips, brit. Major, Militärregierung Nord-Rheinprovinz 278

Pieck, Wilhelm, Mitglied im Zentralkommitee der KPD 503 f.

Piepgras, Balzer, Gruppenleiter in der Abt. Volkswohlfahrt der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Platz, Hermann, Leiter der Abt. Kultur der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 21, 137, 166, 169

Polen 509

Pollock, James, US-Militärregierung 244

Pommern 478

Potsdam 29 f., 34, 231–233, 236, 325, 377, 450

Prager, Stephan, Leiter der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland 340

Prange, Theodor, Regierungsvizepräsident Münster 228

Preuß, Hugo 15, 269

Preußen 15 f., 33, 37, 40, 43, 65, 133, 233, 251, 260 f., 264, 269, 279, 281, 289, 300, 304, 308 f., 325, 369, 405, 409 f., 429, 437, 444, 456, 469, 471, 477, 480, 487, 504, 512, 520, 526 f.

Prüm 142

Pünder, Hermann, CDU-Politiker, Oberbürgermeister von Köln; vorläufiger Vorsitzender des Deutschen Städtetages in der brit. Zone; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 13, 19, 24, 57–59, 82, 85 f., 88, 218, 242, 245, 258, 368, 373, 376–379, 381, 390 f., 397, 412 f., 417 f., 467–470, 498, 500–502, 506, 512–514

Radinger, August Edward, Präsident der IHK Hagen 407

Rammenohl 190

Rappaport, Philipp, Leiter des Ruhrsiedlungsverbandes 35, 162, 255

Rave, Wilhelm, Landesbaurat beim Provinzialverband Westfalen 255

Ravensberg s. Minden-Ravensberg

Ravensburg (Grafschaft) 260

Recklinghausen 63, 205, 351, 400, 438

Reifferscheidt, Hans, Mitglied der SPD-Bezirksleitung Obere Rheinprovinz 181–184

Reimann, Max, Vorsitzender des KPD-Bezirks Ruhrgebiet-Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen; Mitglied des Zonenbeirats 71 f., 89, 198, 211–213, 291, 386–388, 414–416, 418

Reismann, Bernhard, Vorsitzender der Zentrumspartei Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 26, 73 f., 163, 199 f., 204, 212 f., 220, 272, 333, 335, 386, 388, 423, 455, 511, 518

Renger, Annemarie, Mitarbeiterin in der westzonalen SPD-Zentrale in Hannover365

Renner, Heinz, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen; Oberbürgermeister von Essen; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rhein-

provinz 71, 218, 278, 280, 282, 299 f., 304, 306, 397, 498, 504 f.

Rhein (Fluß) 9, 32, 60, 224, 270, 512

Rheinhessen s. Hessen

Rheinisch-Westfälische Republik 15

Rheinisch-westfälischer Bund 373 f.

Rheinisch-westfälischer Raum/Rheinland-Westfalen 11, 16, 29, 31, 41–43, 45, 60, 64, 66, 68, 81 f., 160, 224, 251, 276, 309, 342–344, 349, 382, 448, 453, 498

Rheinisch-westfälisches Wirtschafts-, Industriegebiet 46, 49, 79, 159, 243, 250, 270, 301, 308 f., 343 f., 374, 378, 399, 453 f., 503

Rheinland s. Nord-Rheinprovinz, Rheinprovinz, Süd-Rheinprovinz

Rheinland („Freistaat") 15

Rheinland-Hessen-Naussau (Verwaltungsbezirk) 273, 491

Rheinland-Westfalen s. auch Nordrhein-Westfalen, Rheinisch-westfälischer Raum

Rheinland-Westfalen/Weststaat (geplantes Land) 13, 33, 46, 48–50, 52, 54 f., 57 f., 62 f., 68–73, 75, 77 f., 81, 85, 154, 270, 326 f., 329, 332, 340–342, 344–347, 349, 352–355, 366–368, 371, 375, 377–379, 387, 389 f., 413, 443 f., 467–469, 488

Rheinpfalz s. Pfalz

Rheinprovinz/Rheinland (auch Landschaft) 10, 11, 13–15, 17 f., 24 f., 29 f., 34, 37, 50 f., 54, 57, 60 f., 63 f., 66, 68 f., 80, 83, 86, 125, 127 f., 131–133, 136, 138, 140–146, 154, 159, 161, 163 f., 166, 170, 190, 207, 215, 245, 248–250, 258, 262, 269–271, 273, 280, 309, 329, 345–347, 366, 370–372, 379, 389, 394, 413 f., 429, 442, 444, 448, 454, 469, 475, 513, 515 f., 527 f.

Rheinprovinz-Militärdistrikt 18, 127 f., 131 f., 136

Rhein-Ruhr-Gebiet s. auch Ruhrgebiet

Rhein-Ruhr-Gebiet/Rhein und Ruhr 11, 29 f., 32, 35, 40, 42, 45 f., 48, 52 f., 58, 61, 63, 66 f., 69, 71 f., 80–82, 87, 159, 163–165, 208, 224 f., 231–233, 236, 245, 248–252, 259, 270, 288, 304, 315, 324 f., 329–331, 351–356, 361, 370, 376 f., 381 f., 384, 415 f., 418, 422, 428, 430, 433 f., 496, 499

Rhein-Ruhr-Staat/Rhein-Ruhr-Land/Ruhrstaat 32, 37, 44 f., 47–51, 57, 61 f., 64, 68, 81, 164, 225 f., 248, 255, 270, 280, 313, 323, 325, 352–355, 362 f., 366, 371, 384 f., 390

Rheinstaat 35, 83, 136, 165, 248, 355

Richter, Georg, rhein. SPD-Politiker 450

Ridout, D. G. B., brit. Oberst, stellv. Kommandeur der Militärregierung Westfalen 192, 194 f., 221

Riepenhausen, Hans, Mitarbeiter beim Provinzialverband Westfalen 255

Rippel, Otto, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 203 f.

Robertson, (Sir) Brian Hubert, stellv. Militärgouverneur für die brit. Besatzungszone 30–32, 34, 69, 80, 82, 86 f., 515

Roelen, Wilhelm, Generaldirektor der Thyssenschen Gas- und Wasserwerke (Duisburg) 264

Röntgen, Paul, Hochschullehrer an der TH Aachen; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218, 264

Rotenburg a. d. W. 341

Rüberg, Alois, westf. Zentrumspolitiker; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 72

Rühl, Konrad, Gruppenleiter in der Abt. Finanzen der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 168

Rüschemeier, Philipp, Mitglied im Vorstand des CDU-Landesverbandes Hannover 400 f.

Ruhrgebiet s. auch Rheinisch-westfälisches Wirtschaftsgebiet, Rhein-Ruhr-Gebiet

Ruhrgebiet („Landschaftsbezirk", Regierungsbezirk) 85, 87, 514, 519

Ruhrgebiet/Ruhr/Industriegebiet/Ruhrbezirk 12, 14, 29, 30–33, 35, 37, 48 f., 54, 59, 63, 66, 69, 71, 74–77, 79–81, 87, 136, 151, 162–164, 207, 233, 245–250, 261 f., 271, 325, 329–332, 337, 342–344, 346, 348, 351, 355, 361, 364, 366, 372, 376, 388 f., 391, 394, 397, 399–401, 409, 411, 413, 424, 428 f., 439, 443, 446, 448, 453, 459, 463, 465, 468, 476, 478, 509, 517, 531

Ruhrprovinz/Industrieprovinz 15 f., 32, 35, 53, 162, 191, 255

Runge, Hermann, rhein. SPD-Politiker; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219, 296

Rußland s. Sowjetunion

Saarland/Saargebiet 17 f., 86, 125, 127 f., 132, 136, 148, 235, 245, 248, 324, 353, 506, 516, 520

Sachsen 15, 269

Sänger, Fritz, Mitarbeiter in der westzonalen SPD-Zentrale in Hannover 365

Salzmann, Bernhard, Landeshauptmann der Provinz Westfalen 25, 36 f., 49, 54, 85, 153–155, 225, 266, 268, 396, 424, 447, 464 f., 514

Sauerland 49, 260, 330, 453, 465, 514

Schaumburg-Lippe 24, 36, 38, 41, 44 f., 79, 129,

134 f., 153, 157, 166 f., 210, 226, 260, 263, 265 f., 272, 279, 321 f., 335 f., 341, 349, 423, 477 f., 531

Scheid, Mitarbeiter bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 152

Schepke, Dr., Gruppenleiter in der Abt. Wirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Scheuble, Julius, Präsident des Landesarbeitsamtes Nord-Rheinprovinz; Leiter der Abt. Arbeit der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 20, 137, 166, 169, 227

Schilling, Gerhard, Regierungsrat, persönl. Referent von Oberpräsident Amelunxen 171, 192, 201, 211, 213, 220–333, 321, 382, 386, 425, 438, 445

Schirrmacher, Willi, Sekretär des SPD-Bezirks Obere Rheinprovinz 283

Schlange-Schöningen, Hans, CDU-Politiker, Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft; Mitglied des Zonenbeirats 485

Schlesien 269, 430

Schleswig-Holstein (Provinz-Land) 38, 41, 43 f., 88, 160, 181, 251, 257, 263, 276 f., 279, 281, 283, 290 f., 300 f., 309 f., 325, 334, 336, 341–343, 355, 361, 382, 390 f., 420 f., 443, 472, 478, 488, 499

Schlüter, Heinrich, Landrat des Kreises Höxter 396

Schmelzer, Josef, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 203, 205

Schmid, Carlo, SPD-Politiker, Vorsitzender des Staatssekretariats Württemberg-Hohenzollern 469

Schmidt, Otto, Vorstandsmitglied CDU-Rheinland 208

Schmitt, Mitarbeiter der IHK Detmold 407

Schneider, Karl, Mitglied des Zonenbeirats 414, 417

Schnippenkötter, Josef, Gruppenleiter in der Kulturabteilung der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Schrage, Josef, westf. CDU-Politiker 203

Schreiber, Georg, westf. CDU-Politiker, Rektor der Universität Münster 326, 406 f.

Schreiber, Hans, Geschäftsführer der CDU-Rheinland 294

Schreiber, Walter, Zweiter Vorsitzender der CDU-Berlin 205, 207

Schröder, Gerhard, CDU-Politiker, persönl. Referent des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz 20, 50 f., 83, 165, 174, 346 f., 357–363, 370–372, 382, 391, 414–422, 468, 491–495, 497f., 500, 506

Schülgen, Eberhard, Regierungsrat bei der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Schulenburg, Fritz von der 16

Schumacher, Kurt, Vorsitzender der SPD in den drei Westzonen; Mitglied des Zonenbeirats 9, 13, 21, 34, 41, 65 f., 68–70, 82, 85–88, 164, 182, 196, 244, 310, 353, 360, 365–367, 414, 418, 470, 440–445, 469, 482, 487, 499, 514 f.

Schumacher-Hellmold, Otto, Geschäftsführer der FDP-Nord-Rheinprovinz 259, 314 f.

Schwerdt, Paul, rhein. KPD-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Schwering, Leo, geschäftsführender Vorsitzender der CDU-Rheinland 208

Schwippert, Hans, Leiter der Abt. Wiederaufbau der Provinzialegierung Nord-Rheinprovinz 137, 162, 170, 285, 357

Sealy-King, stellv. Controller der Militärregierung Nord-Rheinprovinz 497

Severing, Carl, Vorsitzender des SPD-Bezirks Östliches Westfalen 40, 65, 163, 189–191, 209–212, 220, 313, 346, 426

Siegerland 49, 226, 330, 453,

Siehoff, Wilhelm, Oberbürgermeister von Münster 489

Siemer, Hermann, Landrat des Kreises Vechta 185 f.

Siemons, Carl Ludwig, rhein. CDU-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218

Siemsen, Karl, rhein. SPD-Politiker 196

Skrentny, Konrad, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Niederrhein; stellv. Leiter der Abt. Arbeit der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 19 f., 175–177, 227, 230, 278, 305, 397, 498, 504

Smend, Rudolf, Staatsrechtler 256

Smith, brit. Major, Militärregierung Westfalen 447

Soberg, Adolf, rhein. KPD-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Soergel, Hans, kommissarischer Leiter der Abt. Wirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 19, 130, 137, 148, 165, 169

Soest 72, 396

Solf, Dr., Sachverständiger 414

Sovyer, Mitarbeiter der Militärregierung Nord-Rheinprovinz 381

Sowjetische Besatzungszone/russische Zone/ Ostzone 29, 31, 65, 165, 218, 234 f., 304, 372,

410, 415 f., 430, 442, 471, 479, 481, 487, 503 f., 509

Sowjetunion/Sowjetrußland/Rußland 29–31, 33, 51, 249, 370, 372, 432 f., 504, 509, 517 f.

Spickerkötter, Präsident der IHK Bielefeld 407

Spiecker, Karl, Vorstandsmitglied der Zentrumspartei in der brit. Zone; Mitglied des Zonenbeirats 72, 518

Spliedt, Franz, SPD-Politiker, Mitglied im vorläufigen Zonenvorstand des DGB; Mitglied des Zonenbeirats 291, 383, 414, 419 f.

Stade 263, 269, 341, 343

Stalin, Josef W. 517

Stansgate, Viscount of (William Wedgwood Benn), brit. Politiker 247

Steffensmeier, Heinrich, Zentrumspolitiker 518

Stein, Karl vom, Reichsfreiherr 240, 513

Steinhoff, Fritz, westf. Politiker, Oberbürgermeister von Hagen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 59, 333 f., 377, 386, 388, 455, 461, 484

Steinhude 268

Steltzer, Theodor, CDU-Politiker, Oberpräsident von Schleswig-Holstein; Mitglied des Zonenbeirats 40, 42, 45, 180, 237 f., 256–258, 268, 272, 289, 291 f., 349, 359, 382 f., 414, 416, 418, 420, 455

Stern-Rubarth, Edgar, brit. Journalist 432

Steup, Paul, Geschäftsführer der CDU-Westfalen 199, 203–205, 212, 220

Stiegler, Friedrich, Vizepräsident der IHK Dortmund 407

Stier, Hans-Erich, westf. CDU-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Westfalen 455

Stockwell, G. C., brit. Oberstleutnant, Militärregierung Westfalen 192, 201

Stöver, Georg, rhein. SPD-Politiker, Leiter der Abt. Volkswohlfahrt der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 19 f., 169, 181–184, 188 f., 191, 230, 285, 295

Stoltenhoff, Ernst, Generalsuperintendent der Rheinprovinz 264

Sträter, Eduard, Regierungspräsident Düsseldorf 148

Strang, Sir William, politischer Berater des Militärgouverneurs für die brit. Besatzungszone 52, 385

Stresemann, Gustav 252

Stricker, Fritz, westf. Zentrumspolitiker; Generalreferent für Verkehr der Provinzialregierung Westfalen 26, 44, 172, 192, 201, 211, 220, 266, 333, 386, 395, 406, 414, 423, 451, 455, 483 f., 518

Strümpfel, Karl, Gruppenleiter in der Abt. Verkehr der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Stuttgart 39–42, 66, 243–245, 253, 257, 276, 297, 349, 415, 429, 434, 467, 474, 504

Süddeutschland 41 f., 50, 224, 239, 243–245, 280, 297, 303, 316, 415 f., 433, 471, 474, 505

Südoldenburg/oldenburgisches Münsterland 36, 49, 54 f., 59, 73, 226, 260, 262 f., 272, 331, 335, 362, 364, 400, 412, 478, 526

Süd-Rheinprovinz/südliche Rheinprovinz 18, 34 f., 46, 54, 86, 88, 138 f., 141–146, 149–152, 228, 273, 362, 508, 516, 520

Süsterhenn, Adolf, rheinland-pfälzischer CDP/CDU-Politiker 516

Sulingen 260

Tantzen, Theodor, FDP-Politiker, Ministerpräsident des Landes Oldenburg; Mitglied des Zonenbeirats 382, 414, 416–418, 421

Tecklenburg 260, 263, 413, 424, 438, 453

Terboven, Josef 16

Teutoburger Wald 330, 349, 356, 362, 453, 499

Thamm, Helmuth, Oberregierungsrat bei der Provinzialregierung Westfalen 154

Thedingshausen 421

Thyssen, Johannes, Gruppenleiter in der Kulturabt. der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Tietmann, Otto, Gruppenleiter in der Abt. Landwirtschaft der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 170

Triebel, Wilhelm Friedrich, Mitarbeiter im Oberpräsidium Rheinprovinz-Militärdistrikt 130

Trier (Regierungsbezirk, Stadt) 18, 29, 58, 131–133, 136, 138, 141 f., 280, 309, 349, 378, 444, 454, 468, 508, 513 f., 516

Ulrich, Arthur, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen 448 f., 463

Unna 396, 465

USA/Vereinigte Staaten/Amerika 29 f., 51, 245, 249, 370, 391, 415, 432 f., 509, 518

US-Zone s. Amerikanische Besatzungszone

Utermann, Siegfried, Geschäftsführer der IHK Dortmund 407

Utermann, Wilhelm, Hauptgeschäftsführer der IHK Dortmund 407

Vahle, Willi, westf. Zentrumspolitiker, Landrat in Schwelm 89, 518 f.

Vechta 37, 55, 59, 179, 186, 260, 262, 331, 406, 439, 478

Verden 341

Vesper, Walter, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Niederrhein; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219

Vincke, Ludwig von, Oberpräsident der Provinz Westfalen († 1844) 262

Vockel, Heinrich, CDU-Politiker (Berlin) 203

Vogt, Dr., Mitarbeiter im Oberpräsidium Rheinprovinz-Militärdistrikt 131

Vormann, Karl, Bevollmächtigter für den Nahverkehr in der Abt. Verkehr der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 169

Wagner, Hans, Mitarbeiter bei der Provinzialregierung Westfalen 455

Wandersleb, Hermann, rhein. CDU-Politiker, Leiter der Abt. allg. Verwaltung der Provinzialregierung Nord-Rheinprovinz 20 f., 43, 50 f., 168, 182, 206, 224, 227, 230, 243, 268, 273, 278 f., 281, 284 f., 294 f., 305 f., 316, 340, 346 f., 357 f., 375, 380–382, 391, 397, 507, 511

Warburg 453

Warendorf 77 f., 202 f., 228, 438, 513

Wascher, Rudolf, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Mittelrhein; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 216, 220, 234

Washington 163, 245, 432 f.

Waterkorte, Peter, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Niederrhein 175

Wattenscheid 59

Weber, Josef, Generalreferent für Wohlfahrt und Gesundheit der Provinzialregierung Westfalen 26, 201, 333, 340, 363–365 484

Wegmann, August, CDU-Politiker, Innenminister des Landes Oldenburg 413

Wehrhahn, Hermann-Josef, Unternehmer (Neuss) 367

Weiler, Bankdirektor (Münster) 231

Weiser, Josef, Zentrumspolitiker 205

Weisser, Gerhard, SPD-Politiker, Generalsekretär des Zonenbeirats 383, 389, 418, 421

Weitz, Heinrich, CDU-Politiker, Oberbürgermeister von Duisburg; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 86, 213, 218, 242, 414, 416, 418, 529 f.

Wenke, Heinrich, Sekretär des SPD-Bezirks Westliches Westfalen; Mitglied im Provinzialrat Westfalen 196–200, 204, 209–212, 220, 455, 484

Wennigsen 65 f., 69, 164, 218

Werl 510

Weser (Fluß) 9, 60, 170, 190, 260, 337, 342, 349, 361, 477 f., 481

Weser-Ems (geplantes Land, Gau) 337, 390, 400, 410, 499

Wesergebirge 260, 477

Wesermünde 341

Wessel, Helene, westf. Zentrumspolitikerin, Mitglied im Provinzialrat Westfalen 204, 214, 518

Westdeutsches Land 516 f.

Westdeutschland 15, 61

Westermann, Leonhard, Landesrat beim Provinzialverband Westfalen 55, 154 f., 161, 255, 268, 446 f., 490 f.

Westerwald 142, 270

Westfalen s. auch Ostwestfalen

Westfalen („Freistaat") 15

Westfalen (geplantes Land) 41, 43 f., 47–50, 55 f., 64, 70, 72, 74, 155, 257, 272, 277, 301, 303, 309 f., 334, 336, 343, 352, 372, 390, 399, 421, 424, 437, 447, 468, 470, 477

Westfalen (Provinz, Landschaft) 9–11, 13–16, 21, 23–28, 30, 32–40, 42–52, 54–82, 85 f., 89, 129, 134 f., 137, 149 f., 153 f., 157, 159 f., 166 f., 170, 172 f., 178–181, 185, 188, 190 f., 193, 195, 197 f., 202, 209, 213 f., 217, 220–222, 225 f., 228, 238–241, 245, 250–252, 255, 257, 259–263, 265, 267, 270–272, 284, 286 f., 291, 293, 300, 303, 308 f., 313, 316, 319, 322 f., 325–331, 333–335, 337, 339–343, 345–354, 356, 358–364, 366 f., 371–373, 376–382, 384–391, 393, 395–397, 399–401, 406, 408 f., 411–414, 421, 423–428, 436–439, 441, 444, 447 f., 451 f., 454–456, 459 f., 462, 465, 468–470, 472, 474–478, 483–492, 495 f., 498–500, 502, 506–508, 510–513, 516, 519–521, 523 f., 526–531

Westfalen-Nord (Parteigau) 16

Westfalen-Süd (Parteigau) 16

White, John, brit. Oberst, Kommandeur der Militärregierung Stadt Köln 258

Wiehengebirge 260, 330

Wiesbaden 269, 270

Wilde, Mitarbeiter der IHK Siegen 407

Wilden, Josef, Hauptgeschäftsführer, später Präsident der IHK Düsseldorf 20, 77, 182, 219, 264, 280, 350, 367

Williams, W. J. V., brit. Oberstleutnant, Militärregierung Westfalen 192

Wilms, Wilhelm, Hauptgeschäftsführer der IHK Bielefeld 407

Wilms, Matthias, rhein. SPD-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 218

Wingender, Hanns, stellv. Leiter der Landesversicherungsanstalt 230

Winterfeld, Luise von, Stadtarchivrätin in Dortmund 411 f.

Wittlage 341

Wittlich 142

Wolf, Heinrich Christian, CDU-Politiker, Präsident der Bergischen IHK 219

Württemberg/Württemberg-Baden 244, 251, 297, 325, 390, 419, 442, 469

Wuppertal 344, 500, 513

Zander, Joseph, Bürgermeister von Bad Godesberg 414

Zech-Nentwich s. Nansen

Zenz, Paul, Regierungspräsident Minden 425 f.

Zilles, Hermann, Vorsitzender des KPD-Bezirks Mittelrhein; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 216, 218

Zillken, Elisabeth, Vorstandsmitglied CDU-Westfalen 204

Zimmermann, Emil, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen 163

Zöllig, Karl, Mitglied der SPD-Bezirksleitung Niederrhein; Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 181–184, 191, 219

Zuhorn, Karl, CDU-Politiker, Oberstadtdirektor von Münster 11, 13, 37, 44, 48–51, 54 f., 57–59, 63, 71, 73, 77, 82, 85 f., 130, 154 f., 185, 225, 261, 265, 326–329, 340, 345 f., 348 f., 361, 368, 372 f., 375, 379, 389, 391, 400, 406 f., 413, 493, 510, 523-530

Zulauf, Ernst, rhein. KPD-Politiker, Mitglied im Provinzialrat Nord-Rheinprovinz 219